# Gesetz zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen

vom 16. Dezember 2025
(Nds. GVBl. 2025 Nr. 102)

Zusammengestellt von der Landtagsverwaltung

# Inhaltsverzeichnis

## A. Drucksachen und Stenografische Berichte


Drs. 19/5930 - Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen (Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930) 5

Stenografischer Bericht über die erste Beratung am 10.12.2024 (53. Sitzung, Seite 4380) 47

Drs. 19/9281 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zu Drs. 19/5930 55

Stenografischer Bericht über die abschließende Beratung am 15.12.2025 (79. Sitzung, Seite 6607) 80

Drs. 19/9348 - Schriftlicher Bericht zu Drs. 19/5930 und 19/9281 89


## B. Gesetzesfassung


Gesetz zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen vom 16.12.2025 (Nds. GVBl. 2025 Nr. 102) 124

Berichtigung des Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen vom 17.03.2026 (Nds. GVBl. 2026 Nr. 28) 137


## C. Niederschriften über die Beratungen in den Ausschüssen


Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes (18. Sitzung am 16.01.2025) - öffentlicher Teil - 138

Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes (19. Sitzung am 13.02.2025) - öffentlicher Teil - 142

Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes (25. Sitzung am 16.05.2025) 155

Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes (28. Sitzung am 25.09.2025) 227

- öffentlicher Teil -

Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes (29. Sitzung am 06.11.2025) - öffentlicher Teil - 240

Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes (30. Sitzung am 04.12.2025) - öffentlicher Teil - 245

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen (70. Sitzung am 10.12.2025) 253

## D. Anlagen - Vorlagen für die Ausschussberatungen


Vorlage 1: 257
Gegenüberstellung der geltenden Bestimmungen des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes (NVerfSchG) in der Fassung vom 02.08.2021 (Nds. GVBl. S. 564) mit Artikel 1 des Gesetzentwurfs

Vorlage 2: 304
Stellungnahme von Dietmar Marscholleck vom 17.04.2025

Vorlage 3: 321
Stellungnahme von Prof. Dr. Markus Ogorek und Luca Manns vom 23.04.2025

Vorlage 4: 352
Stellungnahme der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Berlin, vom 05.05.2025

Vorlage 5: 380
Stellungnahme der Deutschen Polizeigewerkschaft im DBB Landesverband Niedersachsen vom 02.05.2025

Vorlage 6: 387
Stellungnahme der Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen vom 20.08.2025

1. Nachtrag zur Vorlage 6: 390
Ergänzende Stellungnahme der Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen Stand: 20.08.2024

Vorlage 7: 392
Stellungnahme von Dr. Jakob Hohnerlein vom 06.05.2025

Vorlage 8: 410
Stellungnahme des Landesbeauftragten für Datenschutz vom 08.05.2025

Vorlage 9: 421
Stellungnahme von Prof. Dr. Graulich vom 11.05.2025

Vorlage 10: 440
Stellungnahme von Herrn Dr. iur. habil. Ulrich Vosgerau vom 14.05.2025 zur öffentlichen Anhörung des AfVerfSch am 16.05.2025

Vorlage 11: 451
Stellungnahme von Herrn. Dr. Tim Wihl zum Gesetz zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmunge, Stand 16.05.2025

Vorlage 12: 465
Stellungnahme von Prof. Dr. jur. Mattias G. Fischer zum "Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen" vom 15.05.2025

Vorlage 13: 478
Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD (ohne Artikel 1 Nr. 16 Buchst. a bis c [§§ 30 bis 32 NVerfSchG-Entwurf])

Vorlage 14: 536
Formulierungsvorschläge und Anmerkungen des GBD zum Fünften Kapitel des Gesetzentwurfs vom 29.10.2025

Vorlage 15: 555
Beratungsstand des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes sowie Formulierungsvorschlag zu § 4 Abs. 3 (NVerfSchG)

**Gesetzentwurf**

Hannover, den 27.11.2024

Niedersächsischer Ministerpräsident

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

Frau
Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
Hannover

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

anliegend übersende ich den von der Landesregierung beschlossenen

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlussfassung des Landtages herbeizuführen. Eine Gesetzesfolgenabschätzung hat stattgefunden.

Federführend ist das Ministerium für Inneres und Sport.

Mit freundlichen Grüßen
Stephan Weil

**Entwurf**

# Gesetz zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen

Artikel 1

Änderung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes

Das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz in der Fassung vom 2. August 2021 (Nds. GVBl. S. 564) wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Abs. 3 Satz 2 werden nach dem Wort „Information“ ein Komma und das Wort „Prävention“ eingefügt.

2. § 4 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

   a) Satz 3 erhält folgende Fassung:

   „[3]Bestrebungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 oder 4 können auch von Einzelpersonen ausgehen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln.“

   b) Es wird der folgende Satz 4 angefügt:

   „[4]In diesem Fall gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass die Verhaltensweise der Einzelperson darauf gerichtet sein muss, die dort genannten Bestrebungen zu verwirklichen.“

3. In § 7 Abs. 1 Satz 1 wird nach dem Wort „Einzelperson“ die Angabe „nach § 4 Abs. 1“ eingefügt.

4. § 14 wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

      aa) Nummer 2 erhält folgende Fassung:

      „2. verdecktes Mithören

         a) ohne Inanspruchnahme technischer Mittel,

         b) und Aufzeichnen des öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen,

      unter den Voraussetzungen des § 15;“.

      bb) Nummer 5 erhält folgende Fassung:

      „5. außerhalb von Wohnungen verdeckt angefertigte fotografische Bildaufzeichnungen sowie außerhalb von Wohnungen verdeckt angefertigte Bildaufzeichnungen zum Zwecke der Identifizierung von Personen durch die nachträgliche Erstellung von Einzelbildern unter den Voraussetzungen des § 15;“.

      cc) Am Ende der Nummer 6 Buchst. b wird nach dem Komma das Wort „sowie“ eingefügt.

      dd) Am Ende der Nummer 6 Buchst. c wird das Wort „sowie“ gestrichen.

      ee) Nummer 6 Buchst. d wird gestrichen.

      ff) In Nummer 7 wird die Angabe „24“ durch die Angabe „48“ ersetzt.

      gg) Die bisherige Nummer 9 wird Nummer 10.

      hh) Die bisherige Nummer 10 wird Nummer 9 und darin wird die Angabe „19“ durch die Angabe „17“ ersetzt.

      ii) In Nummer 11 werden nach dem Wort „Ermittlung“ die Worte „des Standortes sowie“ eingefügt.

b) Absatz 1 Satz 4 wird gestrichen.

c) Es wird der folgende Absatz 3 angefügt:

„(3) [1]Darüber hinaus darf die Verfassungsschutzbehörde Personen, die ihr logistische oder sonstige Hilfe leisten, ohne Vertrauenspersonen, sonstige geheime Informantinnen oder Informanten oder überworbene Agentinnen oder Agenten zu sein (Gewährspersonen), in Anspruch nehmen, soweit dies für den Einsatz eines nachrichtendienstlichen Mittels nach Absatz 1, zum Schutz der Beschäftigten, Einrichtungen und Gegenstände der Verfassungsschutzbehörde sowie zum Schutz der in Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 genannten Personen oder für die Beschaffung, Herstellung und Verwendung von Hilfsmitteln nach Absatz 2 erforderlich ist. [2]Die weiteren Einzelheiten der Inanspruchnahme von Gewährspersonen sind in einer Dienstvorschrift umfassend zu regeln.“

5. § 16 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Im einleitenden Satzteil werden die Worte „sowie Gewährspersonen“ gestrichen und nach dem Wort „Informanten“ wird das Komma durch das Wort „sowie“ ersetzt.

bb) Nummer 2 erhält folgende Fassung:

„2. gegen sie im zentralen staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister keine Tatvorwürfe wegen der Begehung eines Straftatbestandes von besonderer Bedeutung im Sinne des Absatzes 6 eingetragen oder sie diesbezüglich freigesprochen sind und sie nicht im Bundeszentralregister mit einer Verurteilung wegen eines solchen Straftatbestandes eingetragen sind,“.

b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 Nr. 1 werden nach der Angabe „§§ 86 a“ ein Komma und die Angabe „89 b und c“ eingefügt.

bb) In Satz 3 wird nach dem Wort „unumgänglich“ die Angabe „und für die Aufklärung der Bestrebung oder der Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 unerlässlich“ eingefügt.

c) Absatz 5 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„[2]Die Inanspruchnahme ist auch dann unverzüglich zu beenden, wenn sich tatsächliche Anhaltspunkte ergeben, dass die Person rechtswidrig einen Straftatbestand von besonderer Bedeutung (Absatz 6) verwirklicht hat.“

bb) Es wird der folgende Satz 3 angefügt:

„[3]In diesem Fall sind die Strafverfolgungsbehörden zu unterrichten, wenn nicht der Schutz von Leib und Leben der in Anspruch genommenen Person ein Unterlassen erfordert.“

d) Absatz 6 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 2 werden nach dem Komma die Worte „ausgenommen eine Straftat nach den §§ 129 a oder 129 b Abs. 1 Satz 1 StGB, soweit er auf § 129 a StGB verweist,“ angefügt.

bb) Nummer 3 wird gestrichen.

cc) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 3.

6. § 17 wird wie folgt geändert:

   a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

   „Besondere Voraussetzungen für Observationen, Bildübertragungen und Bildaufzeichnungen sowie das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes“.

   b) In dem Wortlaut wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt und nach der Angabe „Nr. 8“ wird die Angabe „sowie des verdeckten Mithörens und Aufzeichnens des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9“ eingefügt.

7. In § 19 Abs. 1 wird die Angabe „10 bis 12“ durch die Angabe „11 und 12“ ersetzt.

8. § 20 wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

      aa) Im einleitenden Satzteil wird die Angabe „Diensteanbieter nach § 2 Satz 1 Nr. 1 des Telemediengesetzes (TMG)“ durch die Angabe „Anbieter von digitalen Diensten nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 des Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetzes (TDDDG)“ ersetzt.

      bb) In Nummer 1 wird die Angabe „(§ 14 TMG)“ durch die Angabe „(§ 2 Abs. 2 Nr. 2 TDDDG)“ ersetzt.

      cc) In Nummer 2 wird die Angabe „(§ 15 TMG)“ durch die Angabe „(§ 2 Abs. 2 Nr. 3 TDDDG)“ ersetzt.

   b) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:

      aa) Im einleitenden Satzteil wird die Angabe „Diensteanbieter nach § 3 Nr. 6“ durch die Angabe „Anbieter von Telekommunikationsdiensten nach § 3 Nr. 1“ ersetzt.

      bb) Nummer 1 erhält folgende Fassung:

      „1. zu den Bestandsdaten gemäß § 3 Nr. 6 und § 172 TKG (einfache Bestandsdaten),“.

      cc) In Nummer 3 wird die Angabe „§ 96 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 TKG“ durch die Angabe „§ 9 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 TDDDG“ ersetzt.

   c) In Absatz 4 wird die Angabe „des Absatzes 3 Satz 2 Halbsatz 1 und Satz 3 das Bundesamt“ durch die Angabe „des Absatzes 2 Satz 2 oder 3 das Bundeszentralamt“ ersetzt.

9. § 21 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

   a) Am Ende des Absatzes 3 Satz 2 werden die Worte „und für Ersuchen nach § 20 Abs. 4“ gestrichen.

   b) Satz 3 erhält folgende Fassung:

   „[3]Die Verfassungsschutzbehörde informiert die G 10-Kommission im Rahmen der Einholung der Zustimmung nach Satz 1 oder 2 darüber, wenn sie gegen die betroffene Person bereits zeitgleich weitere nachrichtendienstliche Mittel und besondere Auskunftsverlangen, die der Zustimmung der G 10-Kommission unterliegen, einsetzt.“

   c) Satz 4 erhält folgende Fassung:

   „[4]Die G 10-Kommission prüft im Rahmen der Erteilung der Zustimmung die Zulässigkeit und Notwendigkeit des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels oder des besonderen Auskunftsverlangens; im Fall des Satzes 3 prüft sie zudem, ob sich aus der Summe der eingesetzten nachrichtendienstlichen Mittel und besonderen Auskunftsverlangen ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Grundrechte der betroffenen Person ergibt.“

d) Es wird der folgende Satz 5 eingefügt:

„[5]Führt die Überprüfung zu dem Ergebnis, dass ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Grundrechte der oder des Betroffenen vorliegt, hat die Verfassungsschutzbehörde die eingesetzten nachrichtendienstlichen Mittel und besonderen Auskunftsverlangen unverzüglich auf ein verhältnismäßiges Maß zu reduzieren.“

e) Der bisherige Satz 4 wird Satz 6.

10. § 22 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird nach den Worten „seiner Beendigung den“ das Wort „erheblich“ eingefügt.

bb) In Satz 3 werden die Worte „betroffenen Personen“ durch die Worte „erheblich betroffenen Personen“ ersetzt und nach der Angabe „20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1“ die Angabe „und zu Kontostammdaten nach § 20 Abs. 4“eingefügt.

cc) In Satz 4 wird die Angabe „§ 30“ durch die Angabe „§ 29“ ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 Nr. 4 werden nach dem Wort „Mittels“ die Worte „oder des besonderen Auskunftsverlangens“ eingefügt.

bb) Es wird der folgende Satz 8 angefügt:

„[8]Sind mehrere nachrichtendienstliche Mittel und besondere Auskunftsverlangen in demselben Sachzusammenhang durchgeführt worden, ist die Beendigung der letzten Maßnahme für die Berechnung der Fristen maßgeblich.“

c) Dem Absatz 3 werden die folgenden Sätze 3 und 4 angefügt:

„[3]Einer Mitteilung bedarf es abweichend von Satz 1 endgültig auch dann nicht, wenn zehn Jahre nach Beendigung des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels oder nach der Erteilung der Auskunft die in Absatz 2 bestimmten Fristen noch nicht begonnen haben und die Voraussetzungen für eine Löschung der personenbezogenen Daten vorliegen. [4]Dies bedarf ebenfalls der Zustimmung der G 10-Kommission; in den Fällen des Satzes 2 der Zustimmung der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz.“

11. § 23 Abs. 5 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„[3]Ein Ersuchen um die Übermittlung personenbezogener Daten, die aufgrund einer Wohnraumüberwachung nach § 100 c StPO oder nach § 35 NPOG erlangt worden sind, ist nur unter den in § 25 Abs. 2 Satz 3 genannten Voraussetzungen zulässig.“

12. In § 24 Abs. 1 werden die Worte „, insbesondere Grundbücher, Personenstandsbücher, Melderegister, Personalausweisregister, Passregister, Führerscheinkartei, Waffenscheinkartei,“ gestrichen.

13. § 25 Abs. 2 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„[3]Die Übermittlung personenbezogener Daten, die aufgrund einer Wohnraumüberwachung nach § 100 c StPO oder nach § 35 a NPOG erlangt worden sind, ist nur unter den Voraussetzungen des Satzes 2 und nur bei einer im Hinblick auf das Ausmaß des zu erwartenden Schadens und die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts erhöhten Gefahr für eines der in § 30 Abs. 1 Satz 2 genannten besonders gewichtigen Rechtsgüter zulässig.“

14. § 28 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Satz 3 wird die Angabe „§ 30“ durch die Angabe „§ 29“ ersetzt.

b) In Absatz 4 Satz 2 wird die Angabe „9“ durch die Angabe „10“ ersetzt.

c) In Absatz 7 wird die Angabe „9“ durch die Angabe „10“ ersetzt.

15. Im Vierten Kapitel wird der bisherige § 30 als neuer § 29 eingefügt.

16. Das Fünfte Kapitel wird wie folgt geändert:

a) Es wird der folgende neue § 30 eingefügt:

„§ 30

Grundsätze für die Übermittlung personenbezogener Daten

(1) [1]Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln oder durch besondere Auskunftsverlangen erhoben worden sind, nach Maßgabe der Absätze 4 bis 6 sowie der §§ 31 und 32 nur zum Schutz besonders gewichtiger Rechtsgüter übermitteln. [2]Besonders gewichtige Rechtsgüter sind

1. die freiheitliche demokratische Grundordnung, der Bestand oder die Sicherheit des Bundes und der Länder, die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 3,
2. der Bestand oder die Sicherheit anderer Staaten, internationaler oder überstaatlicher Organisationen, denen die Bundesrepublik Deutschland angehört, der Gedanke der Völkerverständigung (Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes) und das friedliche Zusammenleben der Völker (Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes),
3. die Menschenwürde, Leib, Leben, Freiheit oder sexuelle Selbstbestimmung einer Person oder
4. Sachen von bedeutendem Wert, deren Erhaltung im besonderen öffentlichen Interesse geboten ist.

[3]Ausnahmsweise darf die Übermittlung in Einzelfällen, in denen die in Absatz 1 Nrn. 1 bis 4 genannten Rechtsgüter oder solche von vergleichbarem Gewicht betroffen sind und ein Unterlassen der Übermittlung in krassem Missverhältnis zu den Grundwerten der Rechtsordnung stünde, unbeschadet der Maßgabe der §§ 31 und 32 auch dann erfolgen, wenn die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, im Vertretungsfall die Vertreterin oder der Vertreter, der Übermittlung zugestimmt hat. [4]Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie übermittelt wurden.

(2) Personenbezogene Daten, die nicht durch den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel oder durch besondere Auskunftsverlangen erhoben worden sind, darf die Verfassungsschutzbehörde übermitteln, sofern die Übermittlung zur Aufgabenerfüllung des Empfängers erforderlich ist.

(3) [1]Jede Übermittlung von personenbezogenen Daten im Sinne des Absatzes 1 ist zu dokumentieren. [2]Bei der Dokumentation ist auch die zugrunde gelegte Rechtsvorschrift anzugeben.

(4) Sind mit personenbezogenen Daten, die nach den §§ 30 bis 32 übermittelt werden dürfen, weitere personenbezogene Daten der betroffenen Person oder von Dritten so verbunden, dass eine Trennung nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich ist, so dürfen auch diese personenbezogenen Daten übermittelt werden; sie sind nach Maßgabe des § 28 Abs. 3 in ihrer Verarbeitung einzuschränken.

(5) Die Übermittlung ist unzulässig, wenn dadurch Informationsquellen oder die Arbeitsweise der Verfassungsschutzbehörde gefährdet würden und diese Sicherheitsinteressen das Interesse des Empfängers an der Datenübermittlung überwiegen.

(6) Erweisen sich personenbezogene Daten nach ihrer Übermittlung als unvollständig oder unrichtig, so sind sie gegenüber dem Empfänger unverzüglich zu ergänzen oder zu berichtigen, es sei denn, dass der Mangel für die Beurteilung des Sachverhalts offensichtlich ohne Bedeutung ist.“

b) § 31 erhält folgende Fassung:

„§ 31

Übermittlung personenbezogener Daten an Staatsanwaltschaften, Polizeibehörden und Behörden zur Umsetzung operativer Befugnisse

(1) [1]An Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden des Landes ist die Übermittlung personenbezogener Daten, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln oder durch besondere Auskunftsverlangen erhoben worden sind, nur zur Verfolgung einer besonders schweren Straftat zulässig, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht der Begehung einer solchen Tat begründen und die Tat besonders schwer wiegt. [2]Besonders schwere Straftaten sind:

1. die in § 100 b Abs. 2 StPO in der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes geltenden Fassung genannten Straftaten,
2. die in § 100 g Abs. 2 StPO in der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes geltenden Fassung genannten Straftaten,
3. terroristische Straftaten nach § 2 Nr. 15 NPOG in der am 1. Januar 2023 geltenden Fassung,
4. aus dem Strafgesetzbuch:
   a) Straftaten der Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates gemäß den §§ 87, 88 und 89 StGB,
   b) Straftaten gegen Organe und Vertreter ausländischer Staaten in besonders schweren Fällen (§ 102 Abs. 1 StGB) sowie Straftaten gegen Verfassungsorgane in den Fällen der §§ 105, 106 Abs. 3 StGB,
   c) besonders schwerer Fall der Sabotagehandlungen an Verteidigungsmitteln nach § 109 e Abs. 4 StGB,
   d) Sexueller Missbrauch von Kindern ohne Körperkontakt mit dem Kind, § 176 a StGB,
   e) Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit nach den §§ 224 bis 227 StGB,
   f) besonders schwerer Fall der politischen Verdächtigung, § 241 a Abs. 4 StGB,
   g) besonders schwerer Fall der Computersabotage nach § 303 b Abs. 4 StGB, soweit sich die Straftat gegen die innere oder äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere gegen sicherheitsempfindliche Stellen von lebenswichtigen Einrichtungen, richtet.

[3]Darüber hinaus ist eine Straftat besonders schwer, wenn sie mit einer Höchststrafe von mehr als fünf Jahren bedroht ist. [4]Die Übermittlung ist stets zulässig, soweit sie zur Ausräumung eines bestehenden Tatverdachts erfolgt.

(2) [1]An Polizeibehörden und andere Behörden des Landes mit der Befugnis, gegenüber einer Person unmittelbare Folgemaßnahmen mit Grundrechtsrelevanz vorzunehmen (operative Befugnis), ist die Übermittlung nur zulässig, soweit dies zur Abwehr einer konkretisierten Gefahr für ein Rechtsgut nach § 30 Abs. 1 Satz 2 oder eines von den besonders schweren Straftaten im Sinne des Absatzes 1 Sätze 2 und 3 geschützten Rechtsgütern erforderlich ist. [2]Die Übermittlung in den Fällen des § 32 Abs. 2 und 3 bleibt davon unberührt.

(3) [1]Sind die zu übermittelnden personenbezogenen Daten nach § 26 Abs. 2 und Abs. 3 Satz 4 gekennzeichnet, so ist die Kennzeichnung bei der Übermittlung aufrechtzuerhalten. [2]Die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, im Vertretungsfall die Vertreterin oder der Vertreter, kann mit Zustimmung der G 10-Kommission an-

ordnen, dass bei der Übermittlung auf die nach Satz 1 erforderliche Kennzeichnung der personenbezogenen Daten verzichtet wird, wenn dies unerlässlich ist, um die Geheimhaltung der Art und Weise der Datenerhebung nicht zu gefährden. [3]Bei Gefahr im Verzug kann die Anordnung bereits vor der Zustimmung getroffen werden. [4]In diesem Fall ist die Zustimmung unverzüglich nachträglich einzuholen. [5]Stimmt die G 10-Kommission nicht nachträglich zu, so ist die Kennzeichnung unverzüglich durch die empfangende Staatsanwaltschaft oder Polizeibehörde nachzuholen; darauf ist sie von der Verfassungsschutzbehörde hinzuweisen. [6]Über die Übermittlung von personenbezogenen Daten, die unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 10 bis 12 oder mit besonderen Auskunftsverlangen zu Nutzungsdaten nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, besonderen Bestandsdaten nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, Verkehrsdaten nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 oder Daten nach § 20 Abs. 3 Satz 1 erhoben wurden, entscheidet eine besonders bestellte Beschäftigte oder ein besonders bestellter Beschäftigter, die oder der mit der Auswertung nicht befasst war und die Befähigung zum Richteramt hat.

(4) [1]Sind die übermittelten personenbezogenen Daten nach Absatz 3 Satz 1 gekennzeichnet, so hat die empfangende Staatsanwaltschaft, Polizeibehörde oder sonstige Behörde mit operativen Befugnissen die Kennzeichnung aufrechtzuerhalten. [2]Wurden personenbezogene Daten übermittelt, die unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 10 bis 12 oder mit besonderen Auskunftsverlangen zu Nutzungsdaten nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, besonderen Bestandsdaten nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, Verkehrsdaten nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 oder Daten nach § 20 Abs. 3 Satz 1 erhoben worden sind, so prüft die empfangende Staatsanwaltschaft oder Polizeibehörde unverzüglich und danach in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die übermittelten personenbezogenen Daten für den Zweck erforderlich sind, zu dem sie übermittelt wurden. [3]Soweit die in Satz 3 genannten personenbezogenen Daten für diesen Zweck oder für eine rechtmäßige zweckändernde Verwendung oder Übermittlung nicht erforderlich sind, sind sie unverzüglich unter Aufsicht einer oder eines besonders bestellten Beschäftigten, die oder der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. [4]Die Löschung ist zu dokumentieren. [5]Die Verfassungsschutzbehörde ist unverzüglich über die Löschung zu unterrichten.

(5) [1]Die Polizeibehörden des Landes dürfen die Verfassungsschutzbehörde um Übermittlung personenbezogener Daten ersuchen, wenn diese zur Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit erforderlich sind. [2]Um Übermittlung personenbezogener Daten, die von der Verfassungsschutzbehörde durch den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel oder durch besondere Auskunftsverlangen erhoben worden sind, darf nur ersucht werden, wenn die Voraussetzungen der Absätze 1 oder 2 sowie des § 30 Abs. 1 vorliegen. [3]Die Verfassungsschutzbehörde ist verpflichtet, die personenbezogenen Daten zu übermitteln; die Absätze 3 und 4 sowie § 30 Abs. 5 bis 7 gelten entsprechend. [4]Sie darf nur solche personenbezogenen Daten übermitteln, die bei ihr bereits bekannt sind oder von ihr aus allgemein zugänglichen Quellen entnommen werden können."

c) § 32 erhält folgende Fassung:

„§ 32

Übermittlung an sonstige Behörden und Stellen

(1) [1]An sonstige Behörden und Stellen ist die Übermittlung von personenbezogenen Daten, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln oder durch besondere Auskunftsverlangen erhoben worden sind, nur unter den Voraussetzungen des § 30 Abs. 1 und nach Maßgabe der folgenden Absätze zulässig. [2]§ 26 a BVerfSchG bleibt unberührt.

(2) [1]Die Übermittlung ist zulässig

1. an Verbotsbehörden im Sinne des § 3 Abs. 2 des Vereinsgesetzes zur Vorbereitung oder Durchführung einer Maßnahme nach § 3 Abs. 1 Satz 1 des Vereinsgesetzes,

2. an den Bundestag, die Bundesregierung oder eine Landesregierung zur Vorbereitung oder Stellung eines Antrags nach Artikel 18 Satz 2 des Grundgesetzes in Verbindung mit § 36 Bundesverfassungsgerichtsgesetz (BVerfGG),

3. an den Bundestag, den Bundesrat, die Bundesregierung oder eine Landesregierung zur Vorbereitung oder Stellung eines Antrags nach Artikel 21 Abs. 4 des Grundgesetzes in Verbindung mit § 43 BVerfGG.

[2]Ferner ist die Übermittlung an sonstige Behörden zulässig, wenn hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dies im Einzelfall zur Erfüllung von Aufgaben des Empfängers erforderlich ist, insbesondere

1. zur Durchführung einer gesetzlich vorgesehenen Eignungs- oder Zuverlässigkeitsüberprüfung von Personen, insbesondere im Rahmen des Vollzugs des besonderen Ordnungsrechts, einschließlich des Waffen-, Jagd- und Sprengstoffrechts, des Atom- und Luftsicherheitsrechts, des Bewachungsgewerberechts, des Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrechts, des Beamtenrechts, der Sicherheitsüberprüfungsgesetze, des Spielbankengesetzes und in Ordensangelegenheiten,

2. an Finanzämter, wenn dies zu den in § 51 Abs. 3 der Abgabenordnung genannten Zwecken erforderlich ist,

3. für eine andere im besonderen öffentlichen Interesse liegende Überprüfung von Personen, insbesondere im Rahmen der Überprüfung der Verfassungstreue von Bewerberinnen und Bewerbern und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. In diesem Fall sind die betroffenen Personen vorab über die Anfrage zu informieren.

[3]Die Übermittlung darf keinen Nachteil herbeiführen, der erkennbar außer Verhältnis zum beabsichtigten Schutz steht. [4]§ 31 Abs. 3 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass die Kennzeichnung nicht aufrechtzuerhalten ist, wenn die Übermittlung aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung erfolgt.

(3) [1]Im Übrigen ist die Übermittlung an sonstige Behörden und öffentliche Stellen zulässig, wenn dies zur Abwehr einer konkretisierten Gefahr für ein Rechtsgut nach § 30 Abs. 1 Satz 2 oder zur Abwehr eines von den besonders schweren Straftaten im Sinne des § 31 Abs. 1 Sätze 2 und 3 geschützten Rechtsgütern erforderlich ist oder die empfangende Stelle über keine operativen Befugnisse verfügt und dies im Einzelfall zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. [2]Absatz 2 Sätze 3 und 4 gilt entsprechend. [3]Für die Übermittlung an Behörden des Landes gilt auch § 31 Abs. 4 entsprechend.

(4) [1]Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz an ausländische öffentliche Stellen sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen übermitteln, soweit die Übermittlung in einem Gesetz, einem Rechtsakt der Europäischen Gemeinschaften oder einer internationalen Vereinbarung geregelt ist und in Abhängigkeit von der empfangenden Stelle die jeweils zu beachtenden Voraussetzungen der §§ 30 und 31 in entsprechender Anwendung vorliegen. [2]Die Übermittlung unterbleibt, wenn ihr auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland entgegenstehen oder ein datenschutzrechtlich angemessener und die elementaren Menschenrechte wahrender Umgang mit den Daten beim Empfänger nicht hinreichend gesichert ist. [3]Bei der Prüfung, ob eine Übermittlung zu unterbleiben hat, berücksichtigt die Verfassungsschutzbehörde insbesondere den bisherigen Umgang des Empfängers mit übermittelten Daten. [4]Die Übermittlung der von einer Ausländerbehörde empfangenen personenbezogenen Daten unterbleibt, es sei denn, die Übermittlung ist völkerrechtlich geboten. [5]Übermittlungen nach Satz 1 sind zu dokumentieren und der oder dem Landesbeauftragten für den Datenschutz mitzuteilen.

(5) [1]Personenbezogene Daten dürfen an Personen oder Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs nicht übermittelt werden, es sei denn, dass dies im Einzelfall zum Schutz eines in § 30 Abs. 1 Satz 2 genannten Rechtsguts oder gemäß § 30 Abs. 1 Satz 3 erforderlich ist und die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, im Vertretungsfall die Vertreterin oder der Vertreter, der Übermittlung zugestimmt hat.

[2]Jede Übermittlung ist zu dokumentieren. [3]Die in der Dokumentation enthaltenen personenbezogenen Daten dürfen ausschließlich zur Datenschutzkontrolle verwendet werden. [4]Sie sind zu löschen, wenn seit der Mitteilung gemäß Satz 7 ein Jahr vergangen ist, frühestens jedoch zwei Jahre nach der Dokumentation. [5]Der Empfänger darf die übermittelten personenbezogenen Daten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur zu dem Zweck verarbeiten, zu dem sie ihm übermittelt wurden. [6]Er ist auf die Verarbeitungsbeschränkung und darauf hinzuweisen, dass sich die Verfassungsschutzbehörde vorbehält, Auskunft über die Verarbeitung der personenbezogenen Daten zu verlangen. [7]Die Übermittlung der personenbezogenen Daten ist der betroffenen Person durch die Verfassungsschutzbehörde mitzuteilen, sobald eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung durch die Mitteilung nicht mehr zu besorgen ist.“

d) In § 33 Abs. 2 Satz 2 wird die Angabe „§ 30“ durch die Angabe „§ 29“ ersetzt.

17. In § 36 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 2 wird nach der Angabe „20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1“ die Angabe „und zu Kontostammdaten nach § 20 Abs. 4“ eingefügt.

18. § 42 erhält folgende Fassung:

„[1]§ 22 Abs. 2 Satz 8 gilt für alle nach Inkrafttreten dieses Gesetzes beendeten Einsätze. [2]Für Einsätze, die bereits vor Inkrafttreten dieses Gesetzes beendet wurden, gilt § 22 Abs. 2 in der vorherigen Fassung.“

Artikel 2

Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes

§ 4 Abs. 5 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes vom 27. Januar 2004 (Nds. GVBl. S. 35), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 7. Juli 2021 (Nds. GVBl. S. 483), erhält folgende Fassung:

„(5) [1]Das Fachministerium unterrichtet die Kommission innerhalb von drei Monaten nach Einstellung der Beschränkungsmaßnahme über die Mitteilung an Betroffene oder über die Gründe, die einer Mitteilung entgegenstehen (§ 12 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes). [2]Hält die Kommission eine Mitteilung für geboten, so ist diese unverzüglich von der Verfassungsschutzbehörde vorzunehmen. [3]§ 12 des Artikel 10-Gesetzes bleibt unberührt.“

Artikel 3

Neubekanntmachung

Das Ministerium für Inneres und Sport wird ermächtigt, das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz in der nunmehr geltenden Fassung mit neuem Datum bekannt zu machen und dabei Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

Artikel 4

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

---

Begründung

## A. Allgemeiner Teil

I. Anlass und Zielsetzungen des Gesetzes

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 26. April 2022 - 1 BvR 1619/17 - zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz eine über dieses Landesgesetz hinaus bedeutsame Grundsatz-

entscheidung getroffen, die sich mittelbar auch auf die Verfassungsschutzgesetze des Bundes und der Länder auswirkt.

Das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz (NVerfSchG) erfüllt in vielen Bereichen bereits die nunmehr aufgestellten Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Gleichwohl haben sich insbesondere im Bereich der Datenübermittlungsbefugnisse einige Anpassungsbedarfe ergeben, die mit dem „Gesetz zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen“ umgesetzt werden. Die Änderungen resultieren in Teilen aus den Ergebnissen einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die zur Vereinheitlichung der Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts eingerichtet wurde. Die Umsetzung erfolgt unter Berücksichtigung der besonderen Strukturen des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes.

Die Vorschriften zur Datenübermittlung werden umfassend unter Berücksichtigung des Kriteriums der hypothetischen Datenneuerhebung mit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts in Einklang gebracht. Dabei wird auch dessen nachfolgender Beschluss vom 28. September 2022 - 1 BvR 2354/13 - in die Überarbeitung einbezogen. In diesem hatte das Bundesverfassungsgericht die Übermittlungspflichten der Verfassungsschutzbehörden an die Staatsanwaltschaften und die Polizeien gemäß den §§ 20 und 21 des Bundesverfassungsschutzgesetzes (BVerfSchG) für mit dem Grundgesetz (im Folgenden: GG) unvereinbar erklärt.

Eine weitere Anpassung aufgrund des Urteils zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz stellt die nunmehr eingerichtete unabhängige Kontrolle der additiven Wirkung von nachrichtendienstlichen Mitteln und besonderen Auskunftsverlangen dar.

Im Bereich der besonderen Auskunftsverlangen waren aufgrund der umfassenden Änderungen des Telemediengesetzes (TMG), des Telekommunikationsgesetzes (TKG) sowie der Schaffung des Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetzes (TDDDG) redaktionelle Anpassungen erforderlich.

Im Übrigen wurde in weiteren Bereichen eine größere Harmonie mit den Vorschriften des Bundesverfassungsschutzgesetzes hergestellt.

Da die allgemeine Gefährdungslage in Niedersachsen unverändert hoch ist, waren die nachrichtendienstlichen Mittel seit der letzten Reform maßvoll an die tatsächlichen Erfordernisse einer effektiven nachrichtendienstlichen Tätigkeit anzupassen. Dabei wurde u. a. die Möglichkeit von Standortabfragen beim Einsatz technischer Mittel im Zusammenhang mit Mobilfunkendgeräten geschaffen, die Möglichkeit eröffnet, verdeckt das öffentlich gesprochene Wort mitzuhören und aufzuzeichnen und der Einsatzzeitraum der kurzfristigen Observation verlängert.

II. Schwerpunkte des Gesetzentwurfs

Schwerpunkte des Gesetzentwurfs sind insbesondere:

1. die Streichung der Voraussetzung des expliziten Gewaltbezugs bei Verhaltensweisen von Einzelpersonen (§ 4 Abs. 1 NVerfSchG-E);
2. die Schaffung der Möglichkeit des verdeckten Mithörens und Aufzeichnens des öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. b NVerfSchG-E);
3. die Ausweitung von Bildaufzeichnungen nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 auf nicht-fotografische Bildaufzeichnungen zur Feststellung von Personenpotenzial (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 NVerfSchG-E);
4. die Erweiterung des Einsatzzeitraumes der kurzfristigen Observation (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 NVerfSchG-E);
5. die Angleichung der Voraussetzungen für das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes außerhalb von Wohnungen unter Einsatz technischer Mittel an die einer längerfristigen Observation (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 NVerfSchG-E);
6. die Änderung der Voraussetzungen zur Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen aufgrund der Begehung von Straftaten (§ 16 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 NVerfSchG-E);

7. der Katalog der Straftaten, die Vertrauenspersonen begehen dürfen, wird um szenetypische Straftaten erweitert (§ 16 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 NVerfSchG-E);

8. im Bereich der besonderen Auskunftsverlangen werden die Verweisungen auf die Vorschriften im Telemediengesetz und Telekommunikationsgesetz redaktionell auf die überarbeiteten Gesetze angepasst (§ 20 Abs. 1 und 2 NVerfSchG-E);

9. die Absenkung der Voraussetzungen für eine Kontostammdatenabfrage (§ 20 Abs. 4 NVerfSchG-E);

10. die Überprüfung der additiven Wirkung von nachrichtendienstlichen Mitteln wird unter die aufsichtliche Kontrolle der oder des Vorsitzenden der G 10-Kommission gestellt (§ 21 a NVerfSchG-E);

11. die Anpassung der Mitteilungspflichten (§ 22 Abs. 1 NVerfSchG-E);

12. die Streichung des Verbots und Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Übermittlung von Daten aus einer Wohnraumüberwachung an die Verfassungsschutzbehörde (§ 25 Abs. 2 Satz 3 NVerfSchG-E);

13. die Übermittlungsvorschriften wurden grundlegend überarbeitet, an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts angepasst und neu strukturiert (§§ 30 bis 32 NVerfSchG-E);

14. die Anpassung des § 4 Abs. 5 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes (Nds. AG G 10) mit § 12 des Artikel 10-Gesetzes, in dem das Zustimmungserfordernis bei vorläufiger Nichtmitteilung nach drei Monaten gestrichen wird.

III. Wesentliche Ergebnisse der Verbandsbeteiligung

Im Rahmen der Verbandsbeteiligung wurden folgende Institutionen und Verbände beteiligt:

– Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände (AG KSV),

– Bund Deutscher Kriminalbeamter Niedersachsen (BDK),

– Deutsche Polizeigewerkschaft Niedersachsen (DPolG),

– Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen (GdP).

Parallel erfolgte eine Beteiligung des Landesbeauftragten für den Datenschutz (LfD).

Die AG KSV hat keine Bedenken vorgetragen.

Die GdP erachtet die beabsichtigten Änderungen als erforderlich und sinnvoll. Für einen handlungsfähigen und effizienten Verfassungsschutz sei es dringend geboten, rechtliche Vorschriften kontinuierlich auf die tatsächlichen Erfordernisse hin zu überprüfen. Sie sieht die Entscheidungen und Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt.

Der BDK und die DPolG haben keine Stellungnahme abgegeben.

Der LfD hat zu einzelnen der vorgesehenen Änderungen Stellung genommen, die wie folgt berücksichtigt wurden:

Ein Verweisungsfehler in § 32 Abs. 4 Satz 5 NVerfSchG-E wurde behoben. Die sich aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ergebenden Grundsätze für die Datenübermittlung von der Verfassungsschutzbehörde an andere Behörden und Stellen, auf die der LfD hinweist, sind in dem Gesetzesentwurf bereits berücksichtigt. Die zunächst vorgesehene Aufhebung der Mitteilungspflicht über Einsätze von Vertrauenspersonen wurde gestrichen und die Norm modifiziert und angepasst, sodass auch dem Transparenzgrundsatz Rechnung getragen wird.

Die weiteren vom LfD angeführten Kritikpunkte werden nicht übernommen. Dies aus folgenden Gründen:

Nach Auffassung des LfD hat das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz von technischen Mitteln eine Eingriffstiefe vergleichbar mit der verdeckten Anfertigung von Bildübertragungen und -aufzeichnungen nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 NVerf-

SchG. Daher solle dies nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen des § 17 NVerfSchG möglich sein.

Dem wird nicht gefolgt. Eine Anhebung der Voraussetzungen ist angesichts der geringen Eingriffstiefe dieses nachrichtendienstlichen Mittels nicht angezeigt. Bei dem Mithören und Aufzeichnen des öffentlich gesprochenen Wortes wird lediglich die Kommunikation umfasst, die ohnehin von einer unbestimmten Anzahl von Personen ohne besondere Bemühungen gehört und mithin auch aufgezeichnet werden kann. Die Vortragenden sind gerade nicht vor einer Kenntnisnahme des Inhalts geschützt. Es kommt darauf an, ob eine begründete Erwartung bestehen darf, nicht von Dritten gehört zu werden. Dies ist bei öffentlich wahrnehmbaren Äußerungen, wie beispielsweise in der Öffentlichkeit gehaltenen Reden, evident nicht der Fall. Eine zu einer Maßnahme nach Nummer 8 vergleichbare Eingriffstiefe liegt nicht vor. Zudem wird das nachrichtendienstliche Mittel nicht voraussetzungslos eingesetzt, sondern nur unter den Bedingungen des § 15 NVerfSchG.

Der LfD sieht die Ausweitung des § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 NVerfSchG-E auf nicht-fotografische Bildaufzeichnungen selbst in Anbetracht der gesetzlich normierten Zweckbestimmung als nicht akzeptabel an. Der Eingriff bei Erhebung und Auswertung der Aufnahme sei identisch zu demjenigen bei der Aufzeichnung nach Nummer 8.

Dieser Ansicht kann nicht gefolgt werden. Die Eingriffstiefe ergibt sich nicht nur aus der Erhebung, sondern auch der weiteren Verarbeitung der personenbezogenen Daten. Da die jeweilige Bildaufzeichnung nach der zur Identifizierung von Einzelpersonen erfolgten Erstellung von Einzelbildern unverzüglich zu löschen ist, ist die Eingriffstiefe geringer als bei einer Bildübertragung und -aufzeichnung nach Nummer 8, zumal eine Übertragung nach Nummer 5 gerade nicht umfasst ist. Die Maßnahme ist daher einer einzelnen fotografischen Bildaufzeichnung ähnlich.

Das angeführte Argument des LfD, dass, „selbst wenn die Videodateien mit Ausnahme der Einzelbilder zu löschen sind“, etwaige Erkenntnisse aus der Auswertung weiterhin bekannt wären und etwa mittels Vermerken verfügbar gemacht werden könnten, verfängt nicht. Der Verfassungsschutz ist an Recht und Gesetz gebunden. Die Neufassung der Nummer 5 enthält bezüglich der Bildaufzeichnungen eine explizite Vorgabe die weitere Verarbeitung der durch die Aufzeichnung erhobenen personenbezogenen Daten betreffend.

Ferner sieht der LfD die vorgeschlagene Absenkung und Angleichung der Voraussetzungen für das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes außerhalb von Wohnungen unter Einsatz technischer Mittel an diejenigen der längerfristigen Observation als nicht sachgerecht an. Während der Betroffene im Hinblick auf Bildübertragungen und -aufzeichnungen nach Nummer 8 keine Verhinderungsmaßnahmen ergreife, sei dies bei dem nicht öffentlich gesprochenen Wort durchaus der Fall. Es handele sich um Äußerungen, die gerade nicht von jedermann wahrgenommen werden sollen. Daher solle es bei der ursprünglichen Voraussetzung des § 19 NVerfSchG bleiben.

Diese Auffassung wird nicht geteilt. Bereits der Einsatz des nachrichtendienstlichen Mittels der längerfristigen Observation ist nur unter hohen Voraussetzungen und nur mit Zustimmung der G 10-Kommission möglich. Diese Hürden genügen der mit dem verdeckten Mithören des nicht öffentlich gesprochenen Wortes einhergehenden Eingriffsintensität. Hingegen sind die bisherigen Voraussetzungen des § 19 NVerfSchG, welche tatsächliche Anhaltspunkte für die Planung oder Begehung einer G10-Straftat voraussetzen, zu hoch angelegt. Zwar werden bei dem verdeckten Mithören mit technischen Mitteln ebenfalls Kommunikationsinhalte erhoben, diese fallen jedoch nicht in den Schutzbereich des Artikels 10 Grundgesetz. Da die Tiefe eines Eingriffs in Artikel 10 Grundgesetz nochmal erheblich intensiver ist als bei dem verdeckten Mithören, welches zudem nur außerhalb eines besonders geschützten Bereiches zum Einsatz kommen darf, ist eine entsprechende Stufung der Eingriffsvoraussetzungen sachgerecht.

Hinsichtlich der in § 16 Abs. 5 Satz 3 NVerfSchG-E geregelten Unterrichtung der Strafverfolgungsbehörden, wenn bei Inanspruchnahme einer Vertrauensperson tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass diese rechtswidrig eine Straftat von besonderer Bedeutung nach § 16 Abs. 6 NVerfSchG-E begangen hat, rät der LfD, zu überprüfen, ob die Voraussetzungen des Bundesverfassungsgerichts aus der Entscheidung vom 16. Februar 2023, 1 BvR 1547/19 und 1 BvR 2634/20 (automatisierte Datenanalyse durch die Polizei), zur Anwendung kommen müssen.

Die zitierte Entscheidung ist in diesem Kontext jedoch nicht relevant. Zwar nimmt das Bundesverfassungsgericht in den dortigen Ausführungen Bezug auf die bereits in vorheriger Rechtsprechung entwickelten Grundsätze zur (zweckändernden) Weiternutzung erhobener Daten, die grundsätzlich auch auf die Datenverarbeitung beim Verfassungsschutz übertragen werden können. Jedoch betrifft die zitierte Entscheidung polizeirechtliche Landesregelungen (Hessen und Hamburg) zur automatisierten Datenanalyse bzw. -auswertung bei der Polizei. Bei der diskutierten Unterrichtung handelt es sich jedoch um eine Datenübermittlung des Niedersächsischen Verfassungsschutzes an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden. Für diese Fälle hat das Bundesverfassungsgericht u. a. in seinen Entscheidungen zum BKA-Gesetz (Urteil vom 20.4.2016, 1 BvR 966/09, 1 BvR 1140/09), zu den Datenübermittlungsvorschriften des BVerfSchG (Beschluss vom 28.9.2022, 1 BvR2354/13) sowie zum Hessischen Verfassungsschutzgesetz (Beschluss vom 17.7.2024, 1 BvR 2133/22) Grundsätze der Datenübermittlung festgelegt. Demgemäß ist eine Übermittlung von mit nachrichtendienstlichen Mitteln oder besonderen Auskunftsverlangen erhobenen personenbezogenen Daten an Staatsanwaltschaften oder Polizeibehörden nur zur Verfolgung einer besonders schweren Straftat zulässig. Die besonders schweren Straftaten sind für den vorliegenden Fall in § 16 Abs. 6 festgelegt und entsprechen den vom Bundesverfassungsgericht festgelegten Anforderungen.

Der LfD verlangt unter Bezugnahme auf seine Stellungnahme an den Niedersächsischen Landtag zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen (Landtagsdrucksache 18/7315) vom 26. Januar 2021 bereits für eine einfache Bestandsdatenabfrage nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 NVerfSchG das Vorliegen einer konkretisierten Gefahr. Dies sei dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 27. Mai 2020, 1 BvR 1873/13 und 1 BvR 2618/13 (Bestandsdatenauskunft II), zu entnehmen, der diesbezüglich bislang nicht umgesetzt worden sei.

Dem wird nicht gefolgt. Das Bundesverfassungsgericht stellt in dem zitierten Beschluss hinsichtlich des Erfordernisses einer konkretisierten Gefahr bei der einfachen Bestandsdatenabfrage insbesondere auf den Bereich der Gefahrenabwehr, sprich die Polizei, ab. Bezüglich der Nachrichtendienste und damit auch dem Verfassungsschutz heißt es unter Randnummer 151 ausdrücklich:

„Bei - wie vorliegend - nicht tief in die Privatsphäre eingreifenden und insgesamt weniger gewichtigen Eingriffen kann es jedoch genügen, dass eine Auskunft zur Aufklärung einer bestimmten, nachrichtendienstlich beobachtungsbedürftigen Aktion oder Gruppierung im Einzelfall geboten ist (vgl. dazu BVerfGE 130, 151 [206] = NJW 2012, 1419), denn damit wird ein wenigstens der Art nach konkretisiertes und absehbares Geschehen vorausgesetzt. Im Hinblick darauf, dass der Aufgabenbereich der Nachrichtendienste von vornherein dadurch gekennzeichnet ist, dass er dem Schutz besonders gewichtiger Rechtsgüter dient (vgl. BVerfGE 141, 220 [339] = NJW 2016, 1781 Rn. 320; vgl. auch BVerfGE 133, 277 [326] = NJW 2013, 1499 Rn. 118), bedarf es keiner weitergehenden Anforderungen an den Rechtsgüterschutz.“

Dies entspricht auch der sonstigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. So hat es in seinem Urteil zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz zum wiederholten Mal festgestellt, dass Überwachungsbefugnisse des Verfassungsschutzes aufgrund der spezifischen Aufgaben der Beobachtung und Vorfeldaufklärung ohne - im Vergleich zu beispielsweise der Polizei - operative Anschlussbefugnisse an modifizierte Eingriffsschwellen geknüpft werden können. Weiter heißt es: „Demgegenüber kommt Verfassungsschutzbehörden die Aufgabe zu, Aufklärung im Vorfeld von Gefährdungslagen zu betreiben. Sie haben mannigfaltige Bestrebungen auf ihr Gefahrenpotenzial hin allgemein zu beobachten und sie gerade auch unabhängig von konkreten Gefahren in den Blick zu nehmen (vgl. BVerfGE 133, 277 <325 Rn 116>).“ (Urteil vom 26.04.2022, 1 BvR 1619/17, Rn 153 ff.)

Der LfD verweist im Hinblick auf die §§ 23 und 25 NVerfSchG-E (Datenübermittlung aus Wohnraumüberwachung) auf das bereits oben angeführte Urteil zur automatisierten Datenanalyse bzw. -auswertung bei der Polizei, insbesondere der dortigen Ausführungen zur zweckändernden Weiternutzung (s. o.). Neben dem für eine rechtmäßige Zweckänderung jeweils zu schützenden Rechtsgut beziehungsweise aufzudeckender Straftat sowie des erforderlichen Konkretisierungsgrads der Gefahrenlage beziehungsweise des Tatverdachts, also der Eingriffsschwelle (die nicht in jedem Fall identisch sei mit derjenigen der Datenerhebung), bedürfe es im Rahmen der Ermächtigung zu einer Nutzung für andere Zwecke eines eigenen, hinreichend spezifischen Anlasses. So sei es verfassungsrechtlich geboten, aber regelmäßig auch ausreichend, dass sich aus den Daten

- sei es aus ihnen selbst, sei es in Verbindung mit weiteren Erkenntnissen der Behörde - ein konkreter Ermittlungsansatz ergebe. Diese Voraussetzungen müssten mit aufgenommen werden, wobei zwischen dem Bereich der Strafverfolgung einerseits und dem Bereich der Gefahrenabwehr andererseits zu differenzieren sei.

Dieser Auffassung wird nicht gefolgt. Hinsichtlich der Übertragbarkeit des zitierten Urteils auf den vorliegenden Fall der Datenübermittlung von anderen Behörden an den Verfassungsschutz wird auf die obigen Ausführungen verwiesen. Es ist nicht auf die polizeilichen Aufgaben der Strafverfolgung und der Gefahrenabwehr abzustellen, sondern nach den Maßstäben des Verfassungsschutzes zu kategorisieren und abzuwägen.

Maßgeblich für die Frage der Zulässigkeit der Übermittlung von Erkenntnissen aus Wohnraumüberwachungen von einer Polizei- an eine Verfassungsschutzbehörde ist das weiter oben bereits benannte BKA-Urteil (BVerfG, Urteil vom 20.04.2016 - 1 BvR 966/09, 1 BvR 1140/09, dort ab Rn. 275 ff., zu Wohnraumüberwachung insbesondere Rn. 283 ff.). Danach ist eine Übermittlung von Erkenntnissen aus eingriffsintensiven Maßnahmen einer Wohnraumüberwachung durch eine Polizei- an eine Verfassungsschutzbehörde unter dem Gesichtspunkt der hypothetischen Datenneuerhebung gerechtfertigt, wenn die für die Datenerhebung maßgeblichen Eingriffsschwellen auch für die Übermittlung vorliegen. Gemessen wird dies sowohl an den Maßstäben einer durch die Übermittlung erfolgenden Zweckänderung (Erfordernis eines im Hinblick auf den Zweck der Datenerhebung vergleichbar gewichtigen Rechtsgüterschutzes) als auch an der Gefahrenlage (dringende Gefahr). Die Voraussetzungen für die Übermittlung von Daten aus Wohnraumüberwachungen werden in § 25 Abs. 2 Satz 3 NVerfSchG-E entsprechend eng gefasst und enthalten die entsprechend erhöhte Übermittlungsschwelle.

Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass auch nach dem Urteil zur automatisierten Datenanalyse für die Weiternutzung von aus einer Wohnraumüberwachung erlangten Daten ein konkreter Ermittlungsansatz gerade nicht ausreichend ist. Vielmehr muss jede neue Nutzung der Daten wie bei der Datenerhebung selbst auch durch eine dringende Gefahr gerechtfertigt sein (vgl. Urteil vom 16.02.2023, 1 BvR 1547/19 und 1 BvR 2634/20, Rn 64).

IV. Wesentliches Ergebnis der Gesetzesfolgenabschätzung

Mit den vorgeschlagenen Änderungen soll das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz den verfassungsrechtlichen Vorgaben umfassend gerecht werden. Durch die weiteren punktuellen Anpassungen der nachrichtendienstlichen Befugnisse wird die Handlungsfähigkeit des Niedersächsischen Verfassungsschutzes gestärkt. Diese Ziele werden mit dem Änderungsgesetz erreicht. Eine Alternative zum Erreichen der Ziele besteht nicht. Insbesondere die überarbeiteten Übermittlungsvorschriften und die Einrichtung einer unabhängigen Stelle zur Überwachung der additiven Wirkung von nachrichtendienstlichen Mitteln stellen die Verfassungsmäßigkeit des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes auch in Zukunft sicher. Durch die punktuell neuen Befugnisse wird der Niedersächsische Verfassungsschutz in die Lage versetzt, den gestiegenen und zukünftigen Anforderungen gerecht zu werden. Die vorgenommenen Klarstellungen sind notwendig, um eine praktikable und rechtssichere Anwendung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes auch weiter zu gewährleisten.

V. Auswirkungen auf die Umwelt, den ländlichen Raum und die Landesentwicklung

Keine.

VI. Auswirkungen auf die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern

Keine.

VII. Auswirkungen auf Familien

Keine.

VIII. Auswirkungen auf Menschen mit Behinderungen

Keine.

IX. Voraussichtliche Kosten und haushaltsmäßige Auswirkungen

Keine.

## B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes):

Zu Nummer 1 (§ 3):

Aus Klarstellungsgründen wird der Aspekt der Prävention in den Gesetzeswortlaut übernommen. Aus der Gesetzesbegründung der Novellierung im Jahr 2016 (Drs. 17/2161, S. 23) lässt sich entnehmen, dass der Gesichtspunkt der Prävention als Oberbegriff der Angebote zum Ausstieg bereits in der vorherigen Gesetzesfassung angelegt war. Die Präventionsarbeit stellt seit Jahren einen Schwerpunkt der Verfassungsschutzbehörden dar. Diese Aufklärungsaufgabe der Verfassungsschutzbehörde soll durch Angebote zur Information wie z. B. durch die Durchführung von Veranstaltungen erfüllt werden. Gleichzeitig umfasst der Oberbegriff auch den präventiven Wirtschaftsschutz. Durch die ausdrückliche Nennung werden diese wichtige Aufgabe des Verfassungsschutzes noch deutlicher in den Vordergrund gestellt und auf diese Weise besonders hervorgehoben. Präventionsmaßnahmen zeichnen sich im Vergleich zu reinen Informationsmaßnahmen durch ihre Zielgerichtetheit aus. Daher geht der Begriff inhaltlich auch über den der Information hinaus.

Durch die Aufnahme eines neuen Absatzes 3 wird die bisher aus der Aufklärung der Öffentlichkeit hergeleitete präventive Aufgabe der Verfassungsschutzbehörde, die darin besteht, Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 entgegenzuwirken und ihrem Entstehen vorzubeugen, ausdrücklich im Gesetz normiert. Gleichzeitig wird mit dieser ausdrücklichen Normierung neben den anderen Aufgaben, wie der Unterrichtung der zuständigen Stellen und der Aufklärung der Öffentlichkeit, die Wichtigkeit und Gleichwertigkeit dieser präventiven Aufgabe hervorgehoben. Ein allgemeiner Bildungsauftrag ist damit nicht verbunden. Durch Satz 2 wird klargestellt, dass zur Prävention auch Angebote zum Ausstieg gehören, bei denen die Verfassungsschutzbehörde auch selbst an Anhängerinnen und Anhänger von Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 herantreten kann.

Zu Nummer 2 (§ 4):

Zu den Buchstaben a und b:

Es handelt sich um eine Folgeänderung aufgrund der Änderung des § 4 Abs. 1 BVerfSchG durch das Gesetz zur Anpassung des Verfassungsschutzrechts (VerfSchRAnG) vom 5. Juli 2021 (BGBl. I S. 2274). Die Begriffsbestimmungen des § 4 BVerfSchG ergänzen definitorisch die für Bund und Länder verbindlichen Aufgabenbeschreibungen des § 3 Abs. 1 BVerfSchG und gelten mithin auch für den Niedersächsischen Verfassungsschutz. Die Länder sind nur zu weitergehenden Regelungen befugt, nicht hingegen zu einschränkenden. Aus Gründen der Normenklarheit wird die Regelung des § 4 BVerfSchG in § 4 Abs. 1 wiederholt.

Die bisherige Regelung in § 4 Abs. 1 geht noch von einer grundsätzlich unterschiedlichen Bedrohungseinschätzung bei Bestrebungen von Personenzusammenschlüssen einerseits und von Einzelpersonen andererseits aus (vgl. Satz 3). Bislang müssen Verhaltensweisen durch Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, auf die Anwendung von Gewalt gerichtet sein. Hieran kann insbesondere angesichts der Bedingungen der digitalen Moderne und Erkenntnissen zu Radikalisierungsverläufen nicht mehr festgehalten werden. So eröffnen insbesondere soziale Medien, welche von zahlreichen Menschen täglich genutzt werden, Einzelpersonen eine enorme Wirkungsbreite für Agitation und Hassbotschaften, sodass (eruptive) Radikalisierungsverläufe auch ohne die Zugehörigkeit zu einer Gruppierung möglich sind. Die von Einzeltätern begangenen Anschläge in Halle am 9. Oktober 2019 und Hanau am 19. Februar 2020 zeigen, dass der Verfassungsschutz angesichts dieser Entwicklungen insbesondere im Hinblick auf seine Frühwarnfunktion in die Lage versetzt werden muss, Extremisten und andere Verfassungsfeinde (wie z. B. Reichsbürger) bereits im Vorfeld militanter Handlungen in den Blick nehmen zu können. Die neue Regelung trägt dem Rechnung, sieht dabei aber eine besondere Würdigung des Einzelfalls vor. Der Gewaltbezug entfällt, stattdessen ist eine besondere Würdigung des Einzelfalls vorzunehmen, indem - anders als bei Personenzusammenschlüssen - in Bezug auf Einzelpersonen

ein Entschließungsermessen auszuüben ist. Dabei erfolgt eine Risikoabschätzung, bei welcher im Kern die Schutzgutrelevanz des jeweiligen Sachverhalts, auch im Hinblick auf sein Entwicklungspotenzial, zu beurteilen ist. Eine solche Risikoabschätzung ist bereits im Rahmen des personenbezogenen Bearbeitungsansatzes der Sicherheitsbehörden methodisch etabliert, etwa bei der sicherheitsbehördlichen Priorisierung in der Gefährderbearbeitung.

Zu Nummer 3 (§ 7):

Die Aufnahme der Verweisung auf § 4 Abs. 1 hat lediglich klarstellenden Charakter. Mit der Einfügung soll ein Gleichlauf zu § 6 Abs. 1 hergestellt werden; dort wird ebenfalls auf § 4 Abs. 1 verwiesen.

Zu Nummer 4 (§ 14):

Zu den Buchstaben a und c:

Zu Doppelbuchstabe aa:

Die Nummer 2 der vorherigen Fassung wird im Rahmen einer redaktionellen Anpassung in § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. a überführt.

Die Vorschrift wird mit § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. b um das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel erweitert.

Das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des öffentlich gesprochenen Wortes stellt im Vergleich zum Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes einen wesentlich geringeren Eingriff für Betroffene dar. Bei einer Kommunikation, die von unbestimmt vielen Menschen ohne besondere Bemühungen gehört werden kann, müssen sich Vortragende das Zuhören Dritter selbst zuschreiben und sind nicht gegen deren Kenntnisnahme des Inhalts geschützt. Entscheidend ist, ob Vortragende begründetermaßen erwarten dürfen, nicht von Dritten gehört zu werden (vgl. BVerfG NJW 2002, 3619, 3621). Eine solche Erwartung besteht bei in der Öffentlichkeit gehaltenen Reden oder öffentlich wahrnehmbaren Äußerungen nicht. Teilweise werden die Auftritte von den Vortragenden selbst ins Internet eingestellt, um eine noch breitere Aufmerksamkeit zu erlangen. Insofern ist die Durchführung derartiger Maßnahmen unter den geringeren Eingriffsvoraussetzungen des § 15 angemessen.

Eine praktische Relevanz für eine solche Maßnahme ergibt sich z. B. für die Aufzeichnung von Vorträgen und Predigten in öffentlich zugänglichen Moscheen, die Beobachtungs- oder Verdachtsobjekten zuzuordnen sind. Zur Aufgabenerfüllung ist es notwendig, diese Vorträge oder Predigten im Nachhinein zu übersetzen und mithilfe islamwissenschaftlicher Expertise zu interpretieren, um etwaige verfassungsfeindliche Inhalte identifizieren und dokumentieren zu können. Auf die Interpretation einzelner Begriffe kommt es dabei oftmals maßgeblich an. Nur durch eine Aufzeichnung ist ein wiederholtes Anhören möglich, um Missverständnisse und Fehlinterpretationen zu vermeiden. Gleiches gilt - in der Regel ohne die Übersetzungsproblematik - für Redebeiträge, die auf Demonstrationen, Versammlungen und Kundgebungen im öffentlichen Raum gehalten werden. Die bloße inhaltliche Zusammenfassung durch Anwesende ist hingegen nicht ausreichend, da die Wiedergabe subjektiv und gegebenenfalls lückenhaft erfolgt.

Ausgenommen sind hingegen solche Momente, die den Kernbereich der privaten Lebensführung im Sinne des § 10 betreffen, wie z. B. das religiöse Versinken im Gebet unter Tätigung von höchstpersönlichen Äußerungen. Eine entsprechende Verfahrensregelung erfolgt in einer Dienstvorschrift.

Zu Doppelbuchstabe bb:

§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 umfasst nicht mehr nur die verdeckte Anfertigung einzelner fotografischer Bildaufzeichnungen, sondern öffnet den Anwendungsbereich auch für die Anfertigung von nicht fotografischen Bildaufzeichnungen (z. B. Videografie). Letztere sind damit nicht mehr nur ausschließlich unter den strengeren Voraussetzungen des § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 in Verbindung mit den §§ 15 und 17 zulässig.

Mit dieser Anpassung wird dem Bedürfnis der Praxis Rechnung getragen, Bildaufzeichnungen im Rahmen von verdeckten Ermittlungen oder (kurzfristigen) Observationen, aus welchen nachträglich Einzelbilder für eine Identifizierung und in der Folge Personenpotenzialfeststellung bezüglich eines

bestimmten Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts gefertigt werden sollen, ebenfalls unter den erleichterten Voraussetzungen der §§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 5 und 15 zuzulassen und damit fotografisch angefertigten Einzelbildern gleichzusetzen.

Die örtlichen Gegebenheiten bei verdeckten Ermittlungen oder Observationen lassen es aufgrund eines bestehenden Entdeckungs- und Enttarnungsrisikos häufig nicht zu, dass unmittelbar vor Ort Fotografien von Personen mit Verbindungen zu einem Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt angefertigt werden können - z. B. bei Betreten/Verlassen einer Gaststätte, in welcher eine Veranstaltung von Reichsbürgern stattfindet. Der automatisierte Einsatz von Fotokameras, die in regelmäßigen Abständen Fotografien erstellen, ist als Alternative nicht zielführend, da der richtige Zeitpunkt der Aufnahme (z. B. wenn Personen die Veranstaltung eines Beobachtungsobjekts aus einem bestimmten Zugang heraus verlassen) nicht entsprechend gesteuert werden kann. Der „unbemannte“ Einsatz von Videotechnik, die für einen begrenzten, kurzen Zeitraum, beispielsweise für die Dauer einer Veranstaltung, starr auf eine bestimmte Örtlichkeit (z. B. dem Eingang einer Gaststätte) ausgerichtet ist, ist hierbei weitaus effektiver. So kann über den per Videografie erfassten Bewegungsablauf nachvollzogen werden, ob es sich um Veranstaltungsbesucher oder um unbeteiligte Dritte handelt, die evident keine Verbindung zum jeweiligen Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt haben (z. B. wenn Letztere erkennbar die Klingel einer über der Gaststätte gelegenen Wohnung bedienen). Die Videotechnik ersetzt damit praktisch das Auge einer observierenden Person. Bei der Auswertung kann das aufgenommene Material gesichtet und zum Zwecke der Identifizierung Einzelbilder von ausschließlich denjenigen Personen mit potenziellen Verbindungen zu dem jeweiligen Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt gefertigt werden. Nur die Daten dieser Personen werden dauerhaft gespeichert.

Hinzu kommt, dass sich häufig erst während einer laufenden verdeckten Ermittlung oder kurzfristigen Observation die Notwendigkeit ergibt, Videotechnik einzusetzen anstatt fotografische Einzelaufnahmen zu fertigen. Dabei ist der zeitliche Vorlauf in der Regel so kurz bemessen, dass die Einholung einer Anordnung der Fachministerin oder des Fachministers und der Zustimmung der G 10-Kommission allein für den Einsatz der Videotechnik nicht rechtzeitig möglich ist. Dies gilt ebenfalls bei Gefahr im Verzug, denn auch in diesem Fall ist die Maßnahme vor Beginn durch die Fachministerin oder den Fachminister anzuordnen, wenngleich es der vorherigen Zustimmung der G 10-Kommission nicht bedarf. Ergibt sich erst während des Einsatzes, dass der Einsatz von Videotechnik notwendig ist, ist jedoch die Einholung auch „nur“ der Anordnung durch die Fachministerin oder den Fachminister in der Kürze der Zeit nicht möglich. Weder die verdeckte Ermittlung noch die kurzfristige Observation sind hingegen an die benannten Voraussetzungen geknüpft. Die Möglichkeiten, im Rahmen dieser Maßnahmen auf bestimmte örtliche Gegebenheiten zeitnah mit Videotechnik zu reagieren, war mit der vorherigen Regelung äußerst begrenzt.

Da mit der Änderung die Notwendigkeit der Anordnung durch die Fachministerin oder den Fachminister und der Zustimmung der G 10-Kommission entfällt, wird der etwas erhöhten Eingriffstiefe von Bildaufzeichnungen im Vergleich zu einzelnen, durch eine Person angefertigte Fotografien dadurch Rechnung getragen, dass Nummer 5 bezüglich dieser Bildaufzeichnungen explizit die Zweckbindung enthält, nur zur Identifizierung von Einzelpersonen anhand von nachträglich zu erstellenden Einzelbildern eingesetzt werden zu dürfen. Sonstige Bildaufzeichnungen, die diesem Zweck nicht dienen, unterliegen nach wie vor den strengeren Voraussetzungen des § 14 Abs. 1 Nr. 8. Nach Erstellung der Einzelbilder zur Identifizierung ist die Bildaufzeichnung selbst unverzüglich zu löschen.

Zu den Doppelbuchstaben cc, dd, ee und dem Buchstaben c:

Mit der Gesetzesänderung 2016 wurde eine Differenzierung zwischen nachrichtendienstlichen Mittel nach § 14 Abs. 1 und anderen Hilfsmittel nach § 14 Abs. 2, die der Durchführung anderer nachrichtendienstlicher Mittel nach § 14 Abs. 2 dienen, vorgenommen (siehe hierzu Drs. 17/2161, S. 27 zu Absatz 3). Es wurde festgestellt, dass es sich bei Legenden sowie Tarnpapieren und Tarnkennzeichen nicht um eigenständige nachrichtendienstliche Mittel, sondern vielmehr um sogenannte Hilfsmittel handelt. Dabei ist dem nachrichtendienstlichen Mittel die unmittelbare heimliche Informationsbeschaffung in Form von personenbezogenen Daten immanent. Die Hilfsmittel dienen hingegen als Vorbereitungshandlung um den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel überhaupt zu ermöglichen oder dürfen zum Schutz der Beschäftigten, Einrichtungen und Gegenstände der Verfassungsschutzbehörde sowie zum Schutz der in Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 genannten Personen be-

schafft, hergestellt und verwendet werden. Durch die Verwendung der sogenannten Hilfsmittel selbst werden keine personenbezogenen Daten erhoben.

Um der Differenzierung, die mit der Gesetzesänderung 2016 eingeführt wurde, Rechnung zu tragen, ist auch die Gewährsperson konsequenterweise aus den nachrichtendienstlichen Mitteln zu streichen und vergleichbar den Legenden, Tarnpapieren und Tarnkennzeichen als Hilfsmittel für den Einsatz weiterer nachrichtendienstlicher Mittel zu kategorisieren. Wie die Legenden, Tarnpapiere und Tarnkennzeichen, welche in Absatz 2 genannt sind, ist daher auch die Gewährsperson in einem neu zu schaffenden Absatz 3 aufzuführen.

Gewährspersonen sind laut Legaldefinition Personen, die der Verfassungsschutzbehörde logistische oder sonstige Hilfe leisten, ohne Vertrauenspersonen, sonstige geheime Informantinnen oder Informanten oder überworbene Agentinnen oder Agenten zu sein. Die Gewährsperson erhebt folglich nicht selbst Informationen, sondern ermöglicht der Verfassungsschutzbehörde durch ihre Unterstützungshandlung die heimliche Informationsbeschaffung. Denkbar ist beispielsweise die Zurverfügungstellung einer Wohnung, um von dort eine Bildaufzeichnung oder Observation durchzuführen. Die personenbezogenen Daten werden dabei über das nachrichtendienstliche Mittel der Bildaufzeichnung oder der Observation erhoben. Die Besitzerin oder der Besitzer stellt lediglich die Wohnung und damit die entsprechende Logistik zur Verfügung. Diese Person ermöglicht daher den Einsatz des eigentlichen nachrichtendienstlichen Mittels, vergleichbar der Verwendung von Tarnpapieren oder Tarnkennzeichen. An der Informationsbeschaffung selbst ist sie nicht unmittelbar beteiligt. Damit ist die Gewährsperson bislang das einzige Mittel in § 14 Abs. 1, durch welches selbst keine personenbezogenen Daten erhoben werden.

Daher entspricht die Gewichtung der Eingriffsintensität in Vergleich zu den sonstigen nachrichtendienstlichen Mitteln im § 14 Abs. 1 Nr. 6 nicht dem tatsächlichen Eingriff in der Praxis. Überdies sind die §§ 15, 16 und 22 aufgrund der fehlenden unmittelbaren Datenerhebung praktisch nicht subsumierbar. So muss gemäß § 22 der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel nach § 14 Abs.1 Nrn. 7 bis 12 nach Beendigung den betroffenen Personen mitgeteilt werden. Bei dem Einsatz einer Gewährsperson gibt es jedoch keine Betroffenen in diesem Sinne.

Um der Differenzierung zwischen Hilfs- und nachrichtendienstlichem Mittel Rechnung zu tragen, ist die Gewährsperson daher konsequenterweise aus den nachrichtendienstlichen Mitteln herauszunehmen und gesondert in Absatz 3 als besonderes Hilfsmittel aufzuführen.

In entsprechender Anwendung des § 21 Abs. 7 sind die Einzelheiten der Inanspruchnahme einer Gewährsperson in einer gesonderten Dienstvorschrift zu regeln.

Zu Doppelbuchstabe ff:

Mit der Änderung wird der Zeitraum einer kurzfristigen Observation nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 von 24 auf 48 Stunden erweitert. Damit wird der vergleichsweise geringen Eingriffstiefe dieses nachrichtendienstlichen Mittels sowie praktischen Bedürfnissen Rechnung getragen. Bereits die Dauer einer kurzfristigen Observation für 24 Stunden ist in Niedersachsen ohnehin an, im Ländervergleich, hohe Hürden gebunden. Die zeitliche Befristung auf bislang maximal 24 Stunden kann aufgrund der daraus folgenden, mangelnden Flexibilität zu Erkenntnisverlusten führen. Wird beispielsweise ein Treffen ungenau terminiert oder verschoben, kann diese Entwicklung bereits dazu führen, dass die Dauer der kurzfristigen Observation überstiegen wird. Daher ist es notwendig, die Grenze von 24 Stunden auf 48 Stunden anzuheben.

Die Schwelle für eine längerfristige Observation wird dadurch weder überschritten noch aufgeweicht, da die längerfristige Observation nicht auf die Aufklärung eines zeitlich eng begrenzten Sachverhaltes abzielt, sondern z. B. der Erstellung eines umfassenden Kontakt- und Bewegungsbildes von Betroffenen dient und damit einen deutlich längeren Überwachungszeitraum abbildet. Es verbleibt damit bei der unterschiedlichen Zielrichtung einer kurz- und einer längerfristigen Observation. Auch der Einsatz technischer Mittel zu anderen Zwecken als der Bestimmung des Aufenthaltsortes ist nach wie vor an die Voraussetzungen einer längerfristigen Observation geknüpft. Der unterschiedlichen Eingriffstiefe der beiden Observationsarten wird daher auch durch die Erweiterung der Einsatzdauer nach wie vor Rechnung getragen.

Zu Doppelbuchstabe gg:

Es handelt sich um eine aus der Absenkung der Voraussetzungen für das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes (Doppelbuchstabe hh) ergebende Folgeänderung, die der Systematik geschuldet ist. Die Auflistung der nachrichtendienstlichen Mittel in § 14 Abs. 1 Satz 1 erfolgt aufsteigend nach deren jeweiligen Voraussetzungen. Da sich die Voraussetzungen für das verdeckte Mithören nun aus den §§ 15 und 17 und nicht mehr aus den §§ 15 und 19 ergeben, ist der an die §§ 15 und 18 geknüpfte Einsatz von verdeckten Ermittlerinnen und Ermittlern in der Auflistung nunmehr dahinter aufzuführen.

Zu Doppelbuchstabe hh:

Das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen nach bislang § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 10 NVerfSchG bzw. § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 NVerfSchG-E (Doppelbuchstabe gg) wird in der Regel im Zusammenhang mit längerfristigen Observationen genutzt. Erfahrungen mit neu beschaffter Mikrofontechnik haben gezeigt, dass das verdeckte Mithören mit technischen Mitteln gerade bei schwierigen Aufklärungsbedingungen und besonders konspirativem Verhalten der Zielpersonen ein wichtiges Einsatzmittel sein kann, um die Erkenntnislage weiter zu verdichten. Durch die Observation können zwar Erkenntnisse über z. B. Treffpunkte und Kontaktpersonen ermittelt werden, weitere inhaltliche, ideologisch bewertbare Erkenntnisse sind jedoch aus einer Observation allein nicht ermittelbar. Um den Mehrwert einer Observationsmaßnahme zu erhöhen, ist es daher sinnvoll, diese mit weiteren nachrichtendienstlichen Mittel zu kombinieren. Dabei handelt es sich vornehmlich um Bild- und Videoaufzeichnungen sowie das verdeckte Mithören. Während die Voraussetzungen für die verdeckt angefertigte Bildübertragung und -aufzeichnung nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 außerhalb von Wohnungen denjenigen der längerfristigen Observation entsprechen, gelten für den Einsatz des verdeckten Mithörens des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen durch die Verweisung auf § 19 höhere Voraussetzungen (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 3 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes). Dabei dürfen sowohl eine längerfristige Observation als auch Bildübertragungen und -aufzeichnungen bereits nur gegen ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt von erheblicher Bedeutung oder zur Aufklärung einer Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 NVerfSchG und nur unter Zustimmung der G 10-Kommission eingesetzt werden. Mithin sind auch diese nachrichtendienstlichen Mittel an hohe Hürden geknüpft, sodass eine Angleichung der Voraussetzungen auch unter Berücksichtigung der Eingriffstiefe des Mithörens vertretbar ist. Zwar werden bei dem verdeckten Mithören mit technischen Mitteln ebenfalls Kommunikationsinhalte erhoben, diese fallen jedoch noch nicht in den originären Schutzbereich des Artikels 10 Grundgesetz, sodass die über § 19 erfolgende Verweisung auf das Artikel 10-Gesetz zu weitgehend ist. Zudem ist das verdeckte Mithören mit technischen Mitteln nur außerhalb von Wohnungen zulässig und damit außerhalb eines besonders geschützten Bereiches.

Zu Doppelbuchstabe ii:

Bislang durften gemäß § 14 Abs. 1 Nr. 11 durch den Einsatz technischer Mittel wie dem sogenannten IMSI-Catcher (IMSI = International Mobile Subscriber Identity), lediglich Geräte- und Kartennummern von Mobiltelefonen ermittelt werden. Zur Unterstützung von Observationsmaßnahmen wird mit der Neufassung der Nummer 11 nun die Möglichkeit geschaffen, mit technischen Mitteln wie dem IMSI-Catcher zusätzlich eine Standortermittlung durchzuführen. Damit erfolgt eine Harmonisierung mit den Vorschriften des Bundesverfassungsschutzgesetzes sowie der Verfassungsschutzgesetze der anderen Länder, welche einen entsprechenden Einsatz von technischen Mitteln wie dem IMSI-Catcher zur Standortermittlung bereits erlauben.

Diese Möglichkeit war ursprünglich auch im Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz enthalten, wurde im Jahr 2009 jedoch gestrichen. Der IMSI-Catcher durfte ab diesem Zeitpunkt lediglich zur Ermittlung der Geräte- und der Kartennummern aktiv geschalteter Mobilfunkendeinrichtungen eingesetzt werden. Voraussetzung hierfür war das Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte für eine schwerwiegende Gefahr für ein in § 3 Abs. 1 Satz 1 genanntes Schutzgut. Begründet wurde die Streichung mit Zweifeln, ob die gegenüber den vergleichbaren Vorschriften in § 100 i der Strafprozessordnung (StPO) und § 33 b des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Nds. SOG) niedrigeren Eingriffsvoraussetzungen des § 6 d NVerfSchG für einen derart grundrechtsintensiven Eingriff den verfassungsrechtlichen Anforderungen genügen (vgl.

Schriftlicher Bericht, Drs. 16/843, S. 5). Im Zuge der Gesetzesnovelle im Jahr 2016 wurden sodann die Eingriffsvoraussetzungen für den Einsatz technischer Mittel zur Ermittlung der Geräte- und der Kartennummern aktiv geschalteter Mobilfunkendeinrichtungen angehoben. Seitdem darf sich gemäß § 19 Abs. 2 ihr Einsatz nur gegen eine Person richten, bei der tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass sie eine Straftat nach § 3 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes plant, begeht oder begangen hat oder aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass sie über ihren Teilnehmeranschluss für eine Person nach Nummer 1 bestimmte oder von ihr herrührende Mitteilungen entgegennimmt oder weitergibt oder dass eine Person nach Nummer 1 ihren Teilnehmeranschluss nutzt, und dass deshalb der Einsatz unumgänglich ist, um Erkenntnisse über ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt oder über eine Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 zu gewinnen. Begründet wurde diese Anhebung mit der im Vergleich zur Bundesregelung (§ 9 Abs. 4 Satz 1 in Verbindung mit § 8 a Abs. 2 BVerfSchG) bis dahin niedrigeren Eingriffsschwelle. Die Regelung des Bundes erlaubt im Gegensatz zu der aktuellen niedersächsischen Regelung allerdings auch den Einsatz von technischen Mitteln wie dem IMSI-Catcher zur Standortermittlung.

Die Neuregelung trägt zudem einsatztaktischen Erwägungen Rechnung. Der Einsatz eines technischen Mittels wie des IMSI-Catchers ermöglicht eine Standortfeststellung auch dann, wenn Betroffene keine Fahrzeuge nutzen und damit die Nutzung eines GPS-Senders als für Observationszwecke bestimmtes technisches Mittel im Sinne des § 14 Abs. 1 Nrn. 4 und 7 nicht in Betracht kommt oder die Verwendung solcher Mittel aufgrund konspirativen Verhaltens von Betroffenen oder aus anderen operativen Gründen nicht möglich ist.

Zu Buchstabe b:

Das im Verfassungsschutzverbund einzigartige Verbot, Drohnen zur Anfertigung von Bildübertragungen und Bildaufzeichnungen einzusetzen, ist nicht mehr zeitgemäß. Dem niedersächsischen Verfassungsschutz fehlt damit bisher ein effektives und fortschrittliches technisches Aufklärungsmittel, insbesondere in ländlichen oder schwer zugänglichen Gebieten.

Bei der Einführung des Verbots mit der Novelle des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes im Jahr 2016 waren derartige Einsätze aus technischen Gründen noch nicht beabsichtigt. Allerdings gab es bereits damals Stimmen, die sich dafür aussprachen, die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Einsatz von Drohnen zu formulieren, um eine zukünftige Verwendung nicht auszuschließen. Durch die Streichung des Verbots erfolgt insoweit auch eine Harmonisierung des Rechtsrahmens im Vergleich zum Bundesverfassungsschutzgesetzes sowie den Verfassungsschutzgesetzen der anderen Länder, die den Einsatz von Drohnen seit jeher zulassen.

Der Einsatz von Drohnen hilft beispielsweise bei der Aufklärung von Personenpotenzial im Rahmen von konspirativ stattfindenden rechtsextremistischen Veranstaltungen im ländlichen Raum. Insbesondere für die Beobachtung von Strukturen bei Gruppierungen wie den sogenannten völkischen Siedlern ist ein Drohneneinsatz ein sinnvolles und notwendiges Instrument, da Veranstaltungen und Treffen häufig auf abgeschiedenen, schwer einsehbaren Grundstücken stattfinden. Eine herkömmliche Observation stellt aufgrund der fehlenden Möglichkeit des versteckten Agierens bzw. einer erhöhten Enttarnungsgefahr in diesem Umfeld kein geeignetes Mittel zur Aufklärung dar. Ein Drohneneinsatz kann hingegen auch kurzfristig und vergleichsweise risikolos Aufschluss über die Anzahl der Teilnehmenden und die Zusammensetzung des Teilnehmerkreises bringen.

Der Einsatz von Drohnen unterliegt abhängig vom Einsatzzweck den entsprechenden Voraussetzungen des § 14 Abs. 1, insbesondere der Nummern 4, 5 und 8.

Zu Nummer 5 (§ 16):

Zu Buchstabe a:

Zu Doppelbuchstabe aa:

Die Streichung der Gewährsperson aus Absatz 1 ist die logische Folge aus der Streichung des § 14 Abs. 1 Nr. 6 Buchst. d. Damit sind Gewährspersonen aus dem Katalog der nachrichtendienstlichen Mittel herausgelöst. Die besonderen Voraussetzungen des § 16 können folglich keine Anwendung

mehr finden. Die weiteren Einzelheiten zur Inanspruchnahme von Hilfspersonen sind in einer gesonderten Dienstvorschrift zu regeln, siehe § 14 Abs. 3 Satz 2.

Zu Doppelbuchstabe bb:

Der Maßstab für den Ausschluss von Vertrauenspersonen, sonstigen geheimen Informantinnen und Informanten sowie überworbenen Agentinnen und Agenten aufgrund von Straftaten, die diese in der Vergangenheit begangen haben, wird angepasst. Es wird zukünftig nicht mehr auf tatsächliche Anhaltspunkte für die Begehung eines Straftatbestands im Sinne des § 16 Abs. 6 abgestellt. Diese Voraussetzung führte in der Praxis zu Subsumtionsproblemen, da die Verfassungsschutzbehörde eigene Erwägungen strafrechtlicher Art anzustellen, z. B. umfangreiche Ermittlungsakten auszuwerten und eine eigene strafrechtliche Bewertung vorzunehmen hat. Nunmehr soll einerseits auf die Eintragung in das zentrale staatsanwaltschaftliche Verfahrensregister und andererseits auf die Eintragung im Bundeszentralregister abgestellt werden. Im Hinblick auf die Berücksichtigung der Eintragung im Bundeszentralregister erfolgt dadurch auch eine Angleichung an die Regelung des § 9 b Abs. 2 Nr. 5 BVerfSchG.

Das ausschließliche Abstellen auf die Eintragung im Bundeszentralregister ist nicht ausreichend, da diese erst nach Rechtskraft der jeweiligen Verurteilung erfolgt und der Anknüpfungspunkt damit zeitlich zu stark nach hinten verlagert wird. Um bereits den Zeitraum im Vorfeld der Eintragung abzudecken, wird daher ergänzend auf die Eintragung in das zentrale staatsanwaltschaftliche Verfahrensregister abgestellt. Eine Eintragung im letzteren Register steht die Inanspruchnahme nicht entgegen, wenn es sich um einen Freispruch handelt. Grund dafür ist, dass ein Freispruch gemäß den §§ 492 und 494 Abs. 2 Satz 2 StPO erst zwei Jahre nach Erledigung des Verfahrens aus dem zentralen staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister gelöscht wird.

Durch das Abstellen auf die Register wird ein eindeutiger Rahmen für die Voraussetzungen der Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen, sonstigen geheimen Informantinnen und Informanten sowie überworbenen Agentinnen und Agenten geschaffen. Die Verfassungsschutzbehörde kann auf Grundlage des § 18 Abs. 3 Sätze 1 und 2 BVerfSchG u. a. die Staatsanwaltschaften um Übermittlung der zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten ersuchen, wenn sie nicht aus allgemein zugänglichen Quellen oder nur mit übermäßigem Aufwand oder nur durch eine den Betroffenen stärker belastende Maßnahme erhoben werden können. Dazu gehören entsprechend § 492 Abs. 4 und Abs. 2 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 StPO auch die in das Register eingetragenen Personendaten, die zuständige Stelle und das Aktenzeichen, die nähere Bezeichnung der Straftaten, insbesondere die Tatzeiten, die Tatorte und die Höhe etwaiger Schäden sowie die Tatvorwürfe unter Angabe der gesetzlichen Vorschriften.

Die Verfassungsschutzbehörde hat in diesem Kontext lediglich die formalen Kriterien juristisch zu überprüfen. Die Prüfung der Voraussetzungen der Straftatbestände entfällt.

Aufgrund der besonderen Anforderungen im Hinblick auf die Integrität von Vertrauenspersonen, sonstigen geheimen Informantinnen und Informanten sowie überworbenen Agentinnen und Agenten genügt es für den Ausschluss bereits, wenn diese durch ihr Verhalten eine Eintragung mit einer in Absatz 6 genannten Straftat verursacht haben. Aus Gründen der Praktikabilität und des effektiven Ausschlusses ungeeigneter Personen wird dahin gehend auch in Kauf genommen, dass bei möglichen Falscheintragungen im Verfahrensregister bzw. bei einer späteren Einstellung des Strafverfahrens oder einem gerichtlichen Freispruch, die Inanspruchnahme der betroffenen Person nicht zulässig ist.

Zu Buchstabe b:

Der Katalog der Straftaten, die die in Anspruch genommenen Personen begehen dürfen, wird um die szenetypischen Straftaten der §§ 89 b und 89 c des Strafgesetzbuchs (StGB) erweitert. Insbesondere in klandestinen jihadistischen Gruppen setzen sich die in Anspruch genommenen Personen regelmäßig der Gefahr der Verwirklichung der genannten Straftaten aus. In bestimmten Beobachtungs- bzw. Verdachtsobjekten werden derartige Taten von Beteiligten erwartet, sodass ihre Begehung zur Gewinnung und Sicherung der Informationszugänge durch die in Anspruch genommenen Personen unumgänglich ist. An die Prüfung der Verhältnismäßigkeit der Begehung einer solchen Tat werden zudem weitere Anforderungen geknüpft. Nicht nur muss die Verwirklichung der Straftatbestände im Einzelfall unumgänglich, sondern für die Aufklärung der Bestrebung oder der

Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 auch unerlässlich sein. Durch die Ergänzung in Satz 3 wird der Ausnahmecharakter des Absatzes 4 weiter hervorgehoben und damit deutlich gemacht, dass die Begehung einer dort aufgeführten Straftat nur unter engen Voraussetzungen strafrechtlich gerechtfertigt ist.

Zu Buchstabe c:

Aufgrund der Änderung unter Doppelbuchstabe aa ist auch eine Anpassung des Absatzes 5 erforderlich. Inhaltlich ist in Bezug auf Absatz 5 keine Änderung bezweckt. Es ist erforderlich, den Wortlaut zu überarbeiten, damit auch das Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte weiterhin ein Anknüpfungspunkt für die unverzügliche Beendigung der Inanspruchnahme bleibt.

Sofern nach Inanspruchnahme einer Vertrauensperson tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, dass die Person rechtswidrig einen Straftatbestand von besonderer Bedeutung verwirklich hat, soll die Verfassungsschutzbehörde verpflichtet sein, den Einsatz unverzüglich zu beenden.

Sofern sich diese Anhaltspunkte im Rahmen der Zusammenarbeit oder aus anderen Quellen ergeben, müssen daraus auch frühzeitig Konsequenzen folgen. Dahin gehend erscheint es nicht ausreichend, über die Verweisung des Absatzes 5 Satz 1 die Eintragung in das staatsanwaltschaftliche Verfahrensregister bzw. das Bundeszentralregister abzuwarten.

Durch die Schaffung des Satzes 3 wird auch die Pflicht zur Unterrichtung der Strafverfolgungsbehörden beibehalten.

Zu Buchstabe d:

Gemäß § 16 Abs. 4 dürfen Vertrauenspersonen, sonstige geheime Informantinnen und Informanten sowie überworbene Agentinnen und Agenten während ihres Einsatzes u. a. die Tatbestände der §§ 129, 129 a und 129 b Abs. 1 Satz 1 StGB (Bildung, Beteiligung, Unterstützung, Bewerbung einer kriminellen/terroristischen Vereinigung im In- und Ausland) verwirklichen, soweit dies im Einzelfall verhältnismäßig und für die Aufklärung der Bestrebung unerlässlich ist. Insoweit sind diese Taten nach § 16 Abs. 4 im strafrechtlichen Sinne gerechtfertigt.

Gleichzeitig dürfen diese Personen gemäß § 16 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 jedoch nicht in Anspruch genommen werden, wenn sie solche Taten in der Vergangenheit begangen haben

Durch die Herausnahme der §§ 129 a und 129 b StGB aus § 16 Abs. 6 Nr. 2 wird nun ermöglicht, dass zukünftig Vertrauenspersonen aus dem Bereich von insbesondere verbotenen Organisationen wie beispielsweise der PKK, dem IS, der HIZB ALLAH oder der Hamas angeworben werden dürfen. Dies ist andernfalls nicht möglich, da solche Personen in der Regel bereits den Tatbestand der Mitgliedschaft/Unterstützung/Bewerbung einer terroristischen Vereinigung erfüllt haben. Jedoch ist gerade der Einsatz einer bereits in der Organisation befindlichen Person als Vertrauensperson unabdingbar. Aufgrund der in diesen Organisationen in hohem Maße vorhandenen Skepsis gegenüber Neuzugängen ist das Einschleusen einer Vertrauensperson nicht zielführend, da unter Umständen keine Akzeptanz erzielt werden kann, vor allem aber ein erhebliches Enttarnungsrisiko besteht.

Zu Nummer 6 (§ 17):

Es handelt sich um eine aus Nummer 4 Doppelbuchst. hh resultierende Folgeänderung. Da sich die Voraussetzungen für das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen nun aus den §§ 15 und 17 ergeben, muss § 17 um dieses nachrichtendienstliche Mittel ergänzt werden.

Zu Nummer 7 (§ 19):

Da die Voraussetzungen für das verdeckte Mithören des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen von den §§ 15 und 19 auf die §§ 15 und 17 abgesenkt werden, das Mithören aus Gründen der Systematik daher nicht mehr in § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 10, sondern in Nummer 9 geregelt wird und die verdeckten Ermittlerinnen und Ermittler nunmehr in Nummer 10 stehen, muss in der Folge die Verweisung auf technische Mittel in § 19 Abs. 1 entsprechend angepasst werden.

Zu Nummer 8 (§ 20):

Durch das Telekommunikationsmodernisierungsgesetz (TKMoG) wurden das Telekommunikationsgesetz und das Telemediengesetz umfassend überarbeitet. Mit dem neu geschaffenen, zum 1. Dezember 2012 in Kraft getretenen, Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetz (TTDSG) wurden die bisher im Telekommunikationsgesetz und Telemediengesetz geregelten Bestimmungen zum Datenschutz in ein eigenständiges Gesetz überführt. Mit der am 16. November 2022 in Kraft getretenen Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (sogenannte Digital Services Act), die seit dem 17. Februar 2024 in allen Mitgliedstaaten der EU gilt, wurde ein einheitlicher Rechtsrahmen für digitale Vermittlungsdienste geschaffen. Die in der Folge notwendigen Anpassungen im nationalen Recht erfolgten durch Gesetz vom 6. Mai 2024, das am 14. Mai 2024 in Kraft getreten ist. Gegenstand ist insbesondere die Einführung eines Digitale-Dienste-Gesetzes (DDG), das das bisherige Telemediengesetz ablöst. Der bisher gebräuchliche Rechtsbegriff der „Telemedien“ wird durch den Begriff der „digitalen Dienste“ ersetzt, was u. a. eine Änderung der Bezeichnung des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes zur Folge hat. Diese trägt nun die Bezeichnung Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetz (TDDDG).

Zu Buchstabe a:

Zu den Doppelbuchstaben aa bis cc:

Aufgrund der Überführung der Datenschutzbestimmungen des Telemediengesetzes in das Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetz sind redaktionelle Anpassungen vorzunehmen.

Der Begriff des Anbieters von digitalen Diensten nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 TDDDG hat den Begriff des Diensteanbieters nach § 2 Satz 1 Nr. 1 TMG ersetzt und erweitert den Anwendungsbereich des Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetz im Vergleich zum Telemediengesetz. Da der Begriff des Diensteanbieters nicht mehr verwendet wird, ist auch das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz an die neue Definition anzupassen.

Die weiteren Änderungen sind redaktionelle Folgeänderungen, da sich die Definitionen für die Bestands- und Nutzungsdaten nunmehr aus § 2 Abs. 2 Nr. 2 bzw. § 2 Abs. 2 Nr. 3 TDDDG ergeben.

Zu Buchstabe b:

Zu Doppelbuchstabe aa:

Im Telekommunikationsgesetz erfolgte ebenfalls eine Neustrukturierung der Begriffsbestimmungen. Daher ist das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz folgerichtig an die neuen Definitionen anzupassen.

Zu Doppelbuchstabe bb:

Die Regelung des § 95 TKG a. F. ist in der Neufassung des Telekommunikationsgesetzes nicht mehr enthalten. Es befindet sich nunmehr eine Definition der Bestandsdaten in § 3 Nr. 6 TKG. Da § 3 Nr. 6 TKG nicht mehr auf „erhobene Daten“ abstellt, ist der Wortlaut des § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 anzupassen. Eine inhaltliche Änderung ist damit nicht bezweckt. Die Verweisung auf § 111 TKG a. F. ist redaktionell auf § 172 TKG anzupassen.

Zu Doppelbuchstabe cc:

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung. Die Definition der Verkehrsdaten ist nunmehr in § 9 Abs. 1 Nrn. 1 bis 4 TDDDG enthalten. Die Vorschrift genügt auch den Anforderungen des vom Bundesverfassungsgericht entwickelten sogenannten Doppeltürmodells, da der Abrufregelung im Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz auf der anderen Seite eine Datenübermittlungspflicht der Telekommunikationsdienstleister im § 8 b Abs. 6 BVerfSchG gegenübersteht (vgl. dazu die Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags „Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 26. April 2022 zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz“ WD 3 - 3000 - 068/22, S. 9).

Zu Buchstabe c:

Mit der Neufassung des § 20 Abs. 4 erfolgt eine Herabsetzung der Voraussetzungen für eine Kontostammdatenabfrage nach § 20 Abs. 4 im Unterschied zu einer vollumfänglichen Finanzermittlung nach § 20 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2. Dies ist angesichts der unterschiedlichen Eingriffstiefe der beiden besonderen Auskunftsverlangen geboten.

So kann mit einer Kontostammdatenabfrage nach § 20 Abs. 4 lediglich ermittelt werden, welche Person welche Konten führt, wann die Konten eröffnet wurden und wer gegebenenfalls noch berechtigt ist, das Konto zu nutzen. Auskünfte über die Kontotransferdaten, beispielweise Ein- und Auszahlungen oder Überweisungen, können hingegen nur über einen Antrag nach § 20 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 ermittelt werden. Bei der Kontostammdatenabfrage dürfen damit keinerlei Informationen über Inhaltsdaten im Sinne von Kontobewegungen, Namen von Überweisenden oder Überweisungsempfängern, ein- und ausgezahlte Geldbeträge etc. erteilt werden, es handelt sich um eine bloße Vorermittlung. Der Informationsgehalt und damit die Eingriffstiefe beider Maßnahmen variiert demnach erheblich. Gleichwohl waren die Voraussetzungen für die Abfragen bislang nahezu identisch. Da die Eingriffsintensität bei einer Kontostammdatenabfrage derjenigen einer einfachen Bestandsdatenauskunft nach § 20 Abs. 2 Nr. 1 gleichkommt, ist eine Angleichung an die für Letztere vorgesehenen Voraussetzungen und damit die Schaffung abgestufter Voraussetzungen zwischen Auskunftsverlangen nach Absatz 3 Satz 1 Nr. 2 und Abfragen nach Absatz 4 systematisch korrekt und angemessen.

Im Übrigen erfolgt mit der Einfügung des Begriffs Bundeszentralamt eine redaktionelle Anpassung.

Zu Nummer 9 (§ 21):

Zu Buchstabe a:

Da die Voraussetzungen der Kontostammdatenabfrage nach § 20 Abs. 4 aufgrund der vergleichbaren Eingriffstiefe an diejenigen einer einfachen Bestandsdatenauskunft nach 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 angeglichen werden, kann in der Konsequenz auch die Zustimmung durch die G 10-Kommission entfallen.

Zu den Buchstaben b bis e:

Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit erfordert die Schaffung einer effektiven aufsichtlichen Kontrolle, da die Transparenz der Datenerhebung und Datenverarbeitung sowie die Möglichkeiten individuellen Rechtsschutzes bei heimlichen Überwachungsmaßnahmen eingeschränkt sind (BVerfG, Urteil vom 26.04.2022 - 1 BvR 1619/17, Rn. 290).

Bereits in den Entscheidungen zum Antiterrordateigesetz (ATDG) vom 24. April 2013 - 1 BvR 1215/07 und zum Gesetz über das Bundeskriminalamt vom 20. April 2016 - 1 BvR 966/09; 1 BvR 1140/09 - hat das Bundesverfassungsgericht Ausführungen zur Ausgestaltung einer effektiven aufsichtlichen Kontrolle gemacht (BVerfG, Urteil vom 24. April 2013 - 1 BvR 1215/07, Rn. 216, 217; Urteil vom 20.4.2016 - 1 BvR 966/09, 1 BvR 1140/09, Rn. 140, 141), die im Vergleich zur Entscheidung zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz jedoch detailreicher sind.

In allen Urteilen wird als zentrale Voraussetzung für eine effektive aufsichtliche Kontrolle eine mit wirksamen Befugnissen ausgestattete Stelle genannt. Lediglich im Urteil zum Bundeskriminalamtgesetz sowie im Urteil zum Antiterrordateigesetz wird als effektive aufsichtliche Kontrolle ausdrücklich auf die Bundesdatenschutzbeauftragte oder den Bundesdatenschutzbeauftragten (BVerfG, Urteil vom 24.04.2013 - 1 BvR 1215/07, Rn. 141) bzw. auf die Datenschutzbeauftragten allgemein (Urteil vom 20.04.2016 - 1 BvR 966/09, 1 BvR 1140/09, Rn. 216) verwiesen. Zur Häufigkeit einer Kontrolle werden „angemessene Abstände“ gefordert und als „Höchstmaß“ etwa zwei Jahre genannt. Ebenfalls in beiden Urteilen wird für eine effektive Kontrolle verlangt, dass der aufsichtführenden Stelle eine praktikabel auswertbare Datenbasis zur Verfügung gestellt wird.

Als wichtige Voraussetzung einer effektiven Kontrolle wird hervorgehoben, dass die kontrollierende Stelle alle zeitgleich eingesetzten Überwachungsmaßnahmen gegen eine Person überprüfen können muss. Eine wirksame, effektive Kontrolle der nachrichtendienstlichen Überwachungsmaßnahmen setzt danach voraus, dass sich die Verhältnismäßigkeitsprüfung der aufsichtführenden Stelle (auch) auf die additive Wirkung verschiedener, paralleler Grundrechtseingriffe bezieht. Eine der

Kontrollstelle zugängliche, praktikabel auswertbare Datenbasis muss demnach sämtliche gegen eine bestimmte Person im gleichen Zeitraum gerichteten Überwachungsmaßnahmen enthalten. Aus dem Umstand, dass das Bundesverfassungsgericht für die Nachrichtendienste keine konkrete Stelle für die effektive aufsichtliche Kontrolle mehr nennt, kann gefolgert werden, dass dem Gesetzgeber bei der Ausgestaltung der aufsichtlichen Kontrolle ein weiter Gestaltungsspielraum zukommt, sofern die grundsätzlichen, vom Bundesverfassungsgericht festgestellten Anforderungen gewährleistet sind.

Die G 10-Kommission stellt im Anwendungsbereich des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes eine geeignete Kontrollinstanz dar. Die G 10-Kommission ist aufgrund der Konzeption des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes bereits in eine Vielzahl an nachrichtendienstlichen Maßnahmen einbezogen. Es ist daher naheliegend, über diese Stelle auch die aufsichtliche Gesamtkontrolle der gegenwärtigen, gegen eine Person zeitgleich eingesetzten Maßnahmen, zu gewährleisten. Dadurch, dass die Verfassungsschutzbehörde verpflichtet ist, im Rahmen der Einholung der Zustimmung der G 10-Kommission auf weitere zeitgleich gegen die betroffene Person eingesetzte nachrichtendienstliche Mittel oder besondere Auskunftsverlangen hinzuweisen, ist eine fortlaufende, kontinuierliche Kontrolle sichergestellt.

Zu Nummer 10 (§ 22):

Zu Buchstabe a:

Zu Doppelbuchstabe aa:

Die Aufnahme des Begriffs der „erheblichen“ Betroffenheit ist erforderlich, da durch den Einsatz der aufgeführten nachrichtendienstlichen Überwachungsmaßnahmen Personen mitbetroffen sein können, ohne selbst Ziel der jeweiligen Maßnahme zu sein. Über § 33 b finden die Begriffsbestimmungen des § 24 Niedersächsischen Datenschutzgesetzes (NDSG) und damit auch der in Nummer 1 normierte Betroffenenbegriff Anwendung. Demgemäß sind grundsätzlich sämtliche Personen betroffen, über die im Rahmen des Einsatzes personenbezogene Daten erhoben wurden. Je nach Art der Maßnahme kann durch deren Einsatz jedoch eine Vielzahl von Personen in vergleichsweise unerheblicher Weise mitbetroffen sein. Eine Betroffenheit wäre bei Anwendung der weiten Begrifflichkeit beispielsweise bereits gegeben, wenn eine Person im Rahmen einer Bildübertragung und -aufzeichnung nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 in den Blickwinkel des Kameraobjektivs läuft und damit unbeabsichtigt mit aufgenommen wird, eine weitere Datenverarbeitung aber von Beginn an nicht vorgesehen war. Da der Grundrechtseingriff in diesen Fällen als äußerst gering zu bewerten ist, ist der Begriff der Betroffenheit zum Zwecke der rechtssicheren Orientierung auf die Erheblichkeit einzuschränken. Erheblich betroffen in diesem Sinne sind im Regelfall die jeweilige Zielperson sowie weitere Personen, über die wiederholt Erkenntnisse derart gesammelt wurden, dass dies in der Summe einen Eingriff in deren Grundrechte begründet. Auch maßgebliche Protagonisten in einem Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt können von einer Maßnahme erheblich betroffen sein, ebenso wie Personen, deren nicht allgemein zugängliche Wohnung durch eine Person nach § 14 Abs.1 Satz 1 Nr. 6 betreten wurde. Eine weitere Spezifizierung des Begriffs mit Regelbeispielen erfolgt in einer Dienstvorschrift.

Entsprechende Einschränkungen des Betroffenenbegriffs finden sich ebenfalls beispielsweise in § 101 Abs. 4 StPO und § 74 Abs. 1 des Bundeskriminalamtgesetzes (BKAG). Diese Entscheidungen des Gesetzgebers hat das Bundesverfassungsgericht u. a. in seinem Urteil zum Bundeskriminalamtgesetz vom 20.04.2016 (1 BvR 966/09, 1 BvR 1140/09, Rn 260, m. w. N.) bestätigt.

Zu Doppelbuchstabe bb:

Da die Voraussetzungen der Kontostammdatenabfrage nach § 20 Abs. 4 aufgrund der vergleichbaren Eingriffstiefe an diejenigen einer einfachen Bestandsdatenauskunft nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 angeglichen werden, kann in der Konsequenz auch die Mitteilungspflicht entfallen.

Aus den unter Buchstabe aa geschilderten Gründen wird auch hier der Begriff der Betroffenheit eingeschränkt.

Zu Doppelbuchstabe cc:

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung aufgrund der Änderung unter Nummer 15.

Zu Buchstabe b:

Zu Doppelbuchstabe aa:

Mit der Änderung werden die besonderen Auskunftsverlangen ergänzt. Da diese in den Zurückstellungsgründen des § 22 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 1 und 2 bereits enthalten sind, ist es sachgerecht, diese auch in den Zurückstellungsgrund der Nummer 4 mit aufzunehmen. Der Einsatz der in § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 6 und 9 genannten Personen kann nicht nur durch das Bekanntwerden eines nachrichtendienstlichen Mittels, sondern auch eines besonderen Auskunftsverlangens gefährdet werden.

Zu Doppelbuchstabe bb:

Durch die Änderung kann eine Mitteilung nach Absatz 1 erst dann erfolgen, wenn sämtliche in demselben Sachzusammenhang durchgeführten nachrichtendienstliche Maßnahmen beendet sind. Die in Absatz 2 normierten Fristen beginnen damit erst zu dem Zeitpunkt, zu welchem keine parallelen Maßnahmen gegen ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt oder eine Zielperson mehr eingesetzt werden.

In Fällen, in welchen zeitgleich oder auch zeitversetzt mit Überschneidungen mehrere Überwachungsmaßnahmen beispielsweise gegen eine bestimmte Person eingesetzt werden, liegt regelmäßig ein Zurückstellungsgrund nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 vor. Daher ist es sachgerecht, wenn die Mitteilungsverpflichtung bzw. der entsprechende Fristbeginn erst zu dem Zeitpunkt ausgelöst wird, zu dem alle gegen die jeweilige Person eingesetzten Maßnahmen abgeschlossen sind.

Dasselbe gilt für einen gegen ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt gerichteten Einsatz, insbesondere im Hinblick auf Personen nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6. Hier greifen in den beschriebenen Fällen in der Praxis regelmäßig bislang die Zurückstellungsgründe des § 22 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2 und gegebenenfalls 4. Bei der Mitteilung über den Einsatz sind stets die Aspekte des Quellenschutzes zu beachten. Dies gilt sowohl im Hinblick auf die Vertrauensperson, deren Inanspruchnahme beendet ist, als auch für diejenigen, die noch in dem Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt tätig sind. Das Bundesverfassungsgericht hat im Hinblick auf die Ausgestaltung der aufsichtlichen Kontrolle betont, dass es geboten ist, diese in einer Weise auszugestalten, dass die Grundrechte der Vertrauenspersonen (insbesondere Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz) umfassend geschützt werden (BVerfG, Urteil vom 26.04.2022 - 1 BvR 1619/17, Rn. 355). Dies erfolgt vor dem Hintergrund, dass ihnen im Fall ihrer Enttarnung Gefahren für Leib und Leben drohen könnten. Eine ähnliche Gefährdungslage mit sogar höherer Eintrittswahrscheinlichkeit ergibt sich, wenn aufgrund der bestehenden Mitteilungsverpflichtungen betroffene Personen Kenntnis über den Einsatz einer Vertrauensperson erlangen, mit der Folge, dass sowohl deren als auch die Identität weiterer in dem Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt eingesetzten Vertrauenspersonen bekannt werden könnte. Gleiches gilt bei dem Einsatz sonstiger geheimer Informantinnen und Informanten und überworbenen Agentinnen und Agenten. Daher ist es auch in diesen Fällen sachgerecht und notwendig, die Mitteilungspflicht erst mit Ende sämtlicher Maßnahmen gegen das jeweilige Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt beginnen zu lassen. Den Interessen der Betroffenen wird dabei ebenso wie den Grundsätzen des Quellenschutzes Rechnung getragen.

Zu Buchstabe c:

Die Möglichkeit der endgültigen Nichtmitteilung wird dahin gehend ergänzt, dass es einer Mitteilung auch dann endgültig nicht bedarf, wenn die Fristen für die Mitteilung gemäß Absatz 2 Satz 8 auch zehn Jahre nach Beendigung des Einsatzes der jeweiligen Maßnahme noch nicht begonnen haben.

So soll vermieden werden, dass in Fällen, in welchen über einen langen Zeitraum Maßnahmen parallel eingesetzt werden (z. B. mehrere Vertrauenspersonen in einem Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt von erheblicher Bedeutung), die Daten der Betroffenen gegebenenfalls über Jahrzehnte aufbewahrt werden müssen, um einer zu einem weit in der Zukunft liegenden Zeitpunkt eventuell eintretenden Mitteilungspflicht Genüge zu tun. Denn in diesem Fall wären personenbezogene Daten betroffener Personen selbst dann weiter aufzubewahren, wenn die jeweilige Vertrauensperson längst abgeschaltet ist und die Voraussetzungen für eine Löschung vorliegen. Da aufgrund der parallel weiter eingesetzten Maßnahmen die Mitteilungspflicht aber überhaupt nicht ausgelöst wird, kann keine Zurückstellung nach Absatz 2 und damit auch keine endgültige Nichtmittei-

lung, welche eine Löschung der personenbezogenen Daten nach sich ziehen würde, erfolgen. Die daraus folgende, gegebenenfalls jahrzehntelange Speicherung von an sich zur Löschung anstehenden Daten stellt jedoch, ebenso wie der Einsatz der Maßnahme selbst, einen erheblichen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Betroffenen dar und widerspricht dem Grundsatz der Datensparsamkeit und insbesondere dem jeden Betroffenen zustehenden „Recht auf Vergessen“. Daher ist es angesichts der Neuregelung des Absatzes 2 Satz 8 erforderlich, für diese Fälle eine „Kappungsgrenze“ festzulegen. Da den Betroffenen dadurch andererseits jedoch die Möglichkeit genommen wird, die jeweilige Maßnahme überprüfen zu lassen, bedarf auch diese Form der Nichtmitteilung der Zustimmung der G 10-Kommission bzw. der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Zu Nummer 11 (§ 23):

Bislang war ein Ersuchen um Übermittlung personenbezogener Daten, die mit polizeilicher Wohnraumüberwachung nach § 100 c StPO bzw. § 35 a des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (NPOG) gewonnen wurden, nach Absatz 5 Satz 3 unzulässig. Dies korrespondierte mit dem bislang in § 25 Abs. 2 Satz 3 normierten entsprechenden Übermittlungsverbot. Da dieses nunmehr gestrichen und eine Übermittlung unter engen Voraussetzungen zugelassen wird (vgl. unter Nummer 13), muss es aus Gründen der Konsistenz ebenso möglich sein, unter den entsprechenden Voraussetzungen um eine Übermittlung dieser Daten ersuchen zu können.

Zu Nummer 12 (§ 24):

Die Aufzählung der analogen Register in Absatz 1 wird gestrichen, da einige der genannten Beispiele in der Vergangenheit umbenannt oder ganz weggefallen sind; beispielsweise die Führerscheinkartei zum Fahrerlaubnisregister; analoge Personenstandsbücher wurden durch ihre elektronische Form (§ 23) ersetzt. Aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung in Niedersachsen sowie auf Bundesebene ist zu erwarten, dass auch weitere der in § 24 Abs. 1 genannten Beispiele in naher Zukunft wegfallen werden. Stattdessen erfolgt daher eine grundsätzliche Nennung von Registern, die die in § 24 Abs. 1 genannten Beispiele umfassend mit abdeckt.

Zu Nummer 13 (§ 25):

Bislang war die Übermittlung von personenbezogenen Daten, die mit polizeilicher Wohnraumüberwachung nach § 100 c StPO bzw. § 35 a NPOG gewonnen wurden, nach Absatz 2 Satz 3 unzulässig. Dieses Verbot war ein Alleinstellungsmerkmal Niedersachsens im Verfassungsschutz-Verbund und hatte zur Folge, dass der Verfassungsschutz von sämtlichen Daten, die aus einer von Polizeibehörden rechtmäßig durchgeführten Wohnraumüberwachung stammen, keine Kenntnis erlangen durfte - anders als bei sonstigen Erkenntnissen der Polizei. Durch dieses ausdrückliche Verbot wurde der Verfassungsschutz Niedersachsen im Einzelfall um eine potenziell wichtige Erkenntnisquelle beschnitten. Das Übermittlungsverbot wird daher gestrichen und stattdessen eine entsprechende Rechtsgrundlage geschaffen.

Gemäß der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (Urteil vom 20.04.2016 - 1 BvR 966/09, 1 BvR 1140/09 - Urteil zum Bundeskriminalamtgesetz) ist die Übermittlung von Erkenntnissen aus der eingriffsintensiven Maßnahme einer Wohnraumüberwachung durch eine Polizei- an eine Verfassungsschutzbehörde unter dem Gesichtspunkt der hypothetischen Datenneuerhebung nur dann gerechtfertigt, wenn die für die Datenerhebung maßgeblichen Eingriffsschwellen auch für die Übermittlung vorliegen. Gemessen wird dies sowohl an den Maßstäben einer durch die Übermittlung erfolgenden Zweckänderung (Erfordernis eines im Hinblick auf den Zweck der Datenerhebung vergleichbar gewichtigen Rechtsgüterschutzes) als auch an der Gefahrenlage (dringende Gefahr). Die Voraussetzungen für die Übermittlung von Daten aus Wohnraumüberwachungen werden in § 25 Abs. 2 Satz 3 NVerfSchG-E entsprechend eng gefasst. Ist die Schwelle zur Übermittlung danach überschritten, stellt dies einen Fall dar, in welchem die gewonnene Erkenntnis für die Erfüllung der Aufgaben des Verfassungsschutzes von hoher Relevanz ist.

Zu Nummer 14 (§ 28):

Zu Buchstabe a:

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung aufgrund der Änderung unter Nummer 15.

Zu den Buchstaben b und c:

Da die Voraussetzungen für das verdeckte Mithören des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen abgesenkt werden, wird als systematische Folgeänderung die Verweisung in Absatz 4 Satz 2 und Absatz 7 jeweils geändert.

Zu Nummer 15 (Kapitel 4 § 29):

Aufgrund der Überarbeitung der Übermittlungsvorschriften (Änderungen unter den Nummern 16 Buchst. a bis d) ist die Verschiebung von § 30 NVerfSchG a. F. an die derzeit nicht besetzte Position des § 29 erforderlich. Dadurch werden die weiteren erforderlichen redaktionellen Anpassungen möglichst gering gehalten. Es ist lediglich eine redaktionelle Änderung der Verweisungen in den §§ 22, 28 und 33 vorzunehmen.

Aufgrund der Bedeutung der Übermittlungsvorschriften ist die Einführung eines § 31 a keine geeignete Alternative. Ein Verschieben aller Vorschriften ab § 32 a um eine Position nach hinten würde zu redaktionellen Folgeproblemen in einem deutlich erhöhten Ausmaß führen.

Aufgrund der Verschiebung von § 30 NVerfSchG a. F. an die Position des § 29 erstreckt sich das Vierte Kapitel „Auskunft“ nunmehr auf den § 29. Das Fünfte Kapitel „Übermittlung“ beginnt aufgrund der Verschiebung bereits mit § 30.

Zu Nummer 16 (Kapitel 5):

Zu Buchstabe a (§ 30):

Die Übermittlungsvorschriften werden aufgrund der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und auf Grundlage des Abschlussberichts der Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der bisherigen Gesetzessystematik des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes neu gefasst.

Im Rahmen einer verhältnismäßigen Ausgestaltung der Übermittlungsvorschriften waren dabei insbesondere die Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts zur Zweckbindung und Zweckänderung zu berücksichtigen:

Für die weitere Nutzung von Daten durch die erhebende Behörde selbst ist grundsätzlich keine eigenständige Rechtfertigung erforderlich, wenn sich diese im Rahmen des konkreten Anlasses des Erhebungseingriffs hält. Erlaubt der Gesetzgeber hingegen die weitere Nutzung von Daten über den konkreten Anlass und rechtfertigenden Grund einer Datenerhebung hinaus, muss er hierfür eine eigene Rechtsgrundlage schaffen. Zu unterscheiden ist dann zwischen der weiteren Nutzung im Rahmen der ursprünglichen Zwecke (vgl. BVerfG, Urteil vom 20.04.2016 - 1 BvR 966/09, 1 BvR 1140/09, Rn. 278 ff.) und zu anderen Zwecken als denen der ursprünglichen Datenerhebung (BVerfG, Urteil vom 20.04.2016 - 1 BvR 966/09, 1 BvR 1140/09, Rn. 284 ff.). Die Übermittlung von Daten an eine andere Behörde ist ein Unterfall der zweckändernden Nutzung, weil eine weitere Nutzung nur dann innerhalb der ursprünglichen Zwecksetzung bleiben kann, wenn sie seitens derselben Behörde erfolgt (BVerfG, Urteil vom 20.04.2016 - 1 BvR 966/09, 1 BvR 1140/09, Rn. 279). Erlaubt der Gesetzgeber einer Behörde die eigene Weiternutzung von Daten über das für die Datenerhebung maßgebende Verfahren hinaus, aber im Rahmen der ursprünglichen Zwecke, kann sie sich insoweit auf die der Datenerhebung zugrunde liegenden Rechtfertigungsgründe stützen und unterliegt damit nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen an eine Zweckänderung (BVerfG, Urteil vom 26.04.2022 - 1 BvR 1619/17, Rn. 226).

Im Rahmen der Übermittlung ist dabei vor allem die zweckändernde Nutzung durch dieselbe oder eine andere Behörde zu betrachten. Der Gesetzgeber kann eine weitere Nutzung der Daten auch zu anderen Zwecken als denen der ursprünglichen Datenerhebung erlauben. Dann liegt eine Zweckänderung vor. Es ist sicherzustellen, dass dem Eingriffsgewicht der Datenerhebung auch hinsichtlich der neuen Nutzung Rechnung getragen wird (vgl. BVerfG, Urteil vom 20.04.2016 - 1 BvR 966/09, 1 BvR 1140/09, Rn. 284 mit weiteren Nachweisen; BVerfG, Beschluss vom 28.09.2022 - 1 BvR 2354/13, Rn. 121). Dies richtet sich, jedenfalls wenn die Daten mit nachrichtendienstlichen Mitteln erhoben wurden, nach dem Kriterium der hypothetischen Datenneuerhebung.

Für eine verhältnismäßige Ausgestaltung der Übermittlungsvorschriften kommt es demnach darauf an, dass die entsprechenden Daten nach verfassungsrechtlichen Maßstäben auch für den geänderten Zweck mit vergleichbar schwerwiegenden Mitteln neu erhoben werden dürften (BVerfG, Urteil vom 26.04.2022 - 1 BvR 1619/17, Rn. 230 ff. mit weiteren Nachweisen). Das bemisst sich danach, ob der empfangenden Stelle unter den gegebenen Bedingungen eine eigene Befugnis eingeräumt werden dürfte, die Daten mit vergleichbar schwerwiegenden Mitteln wie dem ersten Eingriff erneut zu erheben. Danach sind Anforderungen sowohl an den Rechtsgüterschutz als auch an die Eingriffsschwellen, hier in Form von Übermittlungsschwellen, zu stellen. Die neue Nutzung der Daten muss also zum einen dem Schutz von Rechtsgütern oder der Aufdeckung von Straftaten solchen Gewichts dienen, dass dies eine Neuerhebung durch die empfangende Stelle mit vergleichbar schwerwiegenden Mitteln wie die vorangegangene nachrichtendienstliche Überwachung rechtfertigen könnte. Zum anderen setzt die Übermittlung grundsätzlich einen Anlass voraus, der eine ebenso eingriffsintensive Ersterhebung durch die empfangende Stelle verfassungsrechtlich rechtfertigen würde. Dabei gilt der Grundsatz der hypothetischen Datenneuerhebung nicht schematisch abschließend und schließt die Berücksichtigung weiterer Gesichtspunkte nicht aus (vgl. BVerfG, Urteil vom 26.04.2022 - 1 BvR 1619/17, Rn. 231 mit weiteren Nachweisen; BVerfG, Beschluss vom 28.09.2022 - 1 BvR 2354/13, Rn. 122).

Das Kriterium der hypothetischen Datenneuerhebung gilt grundsätzlich auch für die Übermittlung von Daten durch nachrichtendienstliche Behörden, also auch durch eine Verfassungsschutzbehörde. Auch die Übermittlung durch eine Verfassungsschutzbehörde ist mit einer Zweckänderung verbunden, die verfassungsrechtlicher Rechtfertigung bedarf. Denn in der Übermittlung personenbezogener Daten an eine andere Behörde liegt stets ein neuer Grundrechtseingriff. Dabei handelt es sich auch um eine Zweckänderung, weil eine weitere Nutzung innerhalb der ursprünglichen Zwecksetzung nur seitens derselben Behörde in Betracht kommt (BVerfG, Urteil vom 26.04.2022 - 1 BvR 1619/17, Rn. 232 mit weiteren Nachweisen).

Die Übermittlungsanforderungen unterscheiden sich je nachdem, an welche Behörde übermittelt wird. Denn für eine Rechtfertigung kommt es danach darauf an, ob der empfangenden Behörde zu dem jeweiligen Übermittlungszweck eine eigene Datenerhebung mit vergleichbar schwerwiegenden Mitteln wie der vorangegangenen Überwachung durch die Verfassungsschutzbehörde erlaubt werden dürfte (BVerfG, Urteil vom 26.04.2022 - 1 BvR 1619/17, Rn. 234 mit weiteren Nachweisen).

Die vom Bundesverfassungsgericht jeweils festgelegten Schwellen werden mit den §§ 30 ff. umgesetzt. Die erste Übermittlungsschwelle ist dabei im § 30 Abs. 1 festgelegt. Jede Übermittlung muss (unabhängig von der empfangenden Behörde oder Stelle) dem Schutz eines besonders gewichtigen Rechtsguts dienen. Die jeweils einzuhaltende zweite Übermittlungsschwelle ist in Abhängigkeit von der empfangenden Behörde oder Stelle in den §§ 31 und 32 festgelegt.

Gleichzeitig stellen die neuen Übermittlungsvorschriften auch einen besonderen Fall der Datenverwendung im Sinne des § 27 dar. Insoweit werden durch die §§ 30 ff. diesbezüglich nunmehr auch abschließende, spezielle Regelungen getroffen.

Mit dem neuen § 30 wird eine zentrale Regelung zur Übermittlung von Daten durch den niedersächsischen Verfassungsschutz geschaffen. Dieser legt die bei jeder Übermittlung zu erfüllenden Anforderungen fest. Darüber hinaus werden die allgemeinen Vorgaben bezüglich der Übermittlung und des weiteren Umgangs mit den übermittelten Daten festgelegt. Der in § 31 Abs. 6 a. F. noch enthaltene Hinweis auf die Unzulässigkeit der Datenübermittlung in der Verdachtsgewinnungsphase wird nicht mit übernommen, da er lediglich klarstellende Bedeutung hat. In dieser Phase dürfen ohnehin keine personenbezogenen Daten durch den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel oder Auskunftsverlangen erhoben werden (siehe § 12 Abs. 1 Satz 2).

Zu Absatz 1:

Absatz 1 legt die Voraussetzungen fest, die bei jeder Übermittlung von personenbezogenen Daten, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln oder besonderen Auskunftsverlangen erhoben worden sind, einzuhalten sind.

Das Bundesverfassungsgericht hat in jüngerer Vergangenheit mehrfach betont, dass Nachrichtendienste von vornherein die Aufgabe haben, besonders gewichtige Rechtsgüter zu schützen (BVerfG, Urteil vom 26.04.2022 - 1 BvR 1619/17, Rn. 150; BVerfGE 156, 11 Rn. 119; 155, 119 Rn.

151, 182, 240; 154, 152 Rn. 163; 141, 220 Rn. 320). Denn Nachrichtendienste seien Ausdruck der Grundentscheidung des Grundgesetzes für eine wehrhafte Demokratie, des Selbstbehauptungswillens des Rechtsstaates und damit Bestandteil des Sicherheitssystems der Bundesrepublik Deutschland (BVerfGE 156, 270 Rn. 104; 146, 1 Rn. 110; 143, 101 Rn. 126).

In seiner Rechtsprechung zum Sicherheitsrecht hat das Bundesverfassungsgericht einen Katalog von Rechtsgütern herausgebildet, die im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsabwägung auf höchster Stufe stehen und mit wechselnder Terminologie als Rechtsgüter „von überragendem verfassungsrechtlichen Gewicht“ (BVerfGE 154, 152 Rn. 163; 143, 101 Rn. 124) bzw. „von besonders schwerem Gewicht“ (BVerfGE 154, 152 Rn. 313) oder als „besonders gewichtige Rechtsgüter“ (BVerfG, Urteil vom 26.04.2022 - 1 BvR 1619/17, Rn. 243; BVerfGE 156, 11 Rn. 116) oder auch als „Schutzgüter von hohem verfassungsrechtlichem Gewicht“ (BVerfG, Urteil vom 26.04.2022, 1 BvR 1619/17 - Rn. 150; BVerfGE 141, 220 Rn. 100) bezeichnet (vgl. auch BVerfGE 155, 119 Rn. 150), wobei nicht immer alle Rechtsgüter vollständig aufgezählt werden und die begriffliche Abgrenzung etwa bei den vereinzelt genannten Rechtsgütern „Gesundheit“ (BVerfGE 133, 277, Rn. 203) und „sexuelle Selbstbestimmung“ (BVerfGE 156, 65, Rn. 277) zum regelmäßig aufgeführten „Leib“ nicht trennscharf herausgearbeitet wird.

Zu Absatz 1 Satz 2 Nrn. 1 und 2:

Bereits aus der Legaldefinitionen in Artikel 73 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. b Grundgesetz sowie § 3 Abs. 1 Nr. 1 ergibt sich, dass der Verfassungsschutz „zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ tätig wird. Die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ (vgl. § 4 Abs. 3) bzw. - so die synonyme Bezeichnung - „verfassungsmäßige Ordnung“ bildet das zentrale Schutzgut der wehrhaften Demokratie, zu dessen Schutz wichtige rechtsstaatliche Garantien und Freiheitsgewährleistungen ausdrücklich zurückgenommen werden (vgl. Artikel 9 Abs. 2, Artikel 10 Abs. 2 Satz 2, Artikel 18 Satz 1, Artikel 21 Abs. 1 und 2 Grundgesetz). Die vom Bund und einer Vielzahl der Länder (beispielsweise Niedersachsen) in den jeweiligen Verfassungsschutzgesetzen verwendete Begriffsdefinition des Schutzguts der freiheitlich demokratischen Grundordnung wurde in ausdrücklicher Übernahme der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE 2, 1; 5, 85) kodifiziert. Der Menschenwürde als Teil der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte kommt dabei regelmäßig ein besonders hoher Stellenwert zu, damit werden auch verfassungsfeindliche Einstellungen wie völkische Denkweisen oder (gruppenbezogene) Menschenfeindlichkeit erfasst (vgl. BVerfGE 144, 20). Das Bundesverfassungsgericht ordnet dieses Schutzgut daher den Rechtsgütern „von überragendem verfassungsrechtlichen Gewicht“ zu (BVerfGE 154, 152 Rn. 163; siehe auch Rn. 313 sowie BVerfGE 156, 11 Rn. 116, 121; 141, 220 Rn. 100).

Gleiches gilt für die weiter in Artikel 73 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. b Grundgesetz und in § 3 Abs. 1 Nr. 1 sowie § 4 Abs. 2 Nrn. 1 und 2 genannten Schutzgüter des Bestands und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (BVerfG, Urteil vom 26.04.2022 - 1 BvR 1619/17, Rn. 243; BVerfGE 156, 63 Rn. 202, 277; 156, 11 Rn. 116, 118, 121; 154, 152 Rn. 163, 313; 141, 220 Rn. 100, 108).

Die politischen und völkerrechtlichen Verpflichtungen, die aus der Mitgliedschaft in Bündnissen, Systemen gegenseitiger kollektiver Sicherheit im Sinne des Artikels 24 Abs. 2 Grundgesetz und ähnlichen Kooperationen einhergehen, rechtfertigen auch eine Einbeziehung von internationalen und überstaatlichen Institutionen wie der Europäischen Union (Artikel 23 Grundgesetz), der NATO oder der Europäischen Freihandelsassoziation (z. B. § 4 Abs. 3 Nr. 2 Buchst. d und Abs. 8 Satz 2 Nr. 3 sowie § 11 b Abs. 1 Satz 2 Nrn. 3 und 6 und Abs. 5 Nr. 3 des BNDG-Gesetzes -BNDG). Nach dem Grundsatz der souveränen Gleichheit (Artikel 2 Nr. 1 der Charta der Vereinten Nationen) sind alle Staaten vor dem Völkerrecht gleich, sodass diese aufgrund der völkerrechtlichen Einbindung der Bundesrepublik Deutschland ebenfalls mit zu berücksichtigen sind. Der Gedanke der Völkerverständigung (Artikel 9 Abs. 2 Grundgesetz) und das friedliche Zusammenleben der Völker (Artikel 26 Abs. 1 Grundgesetz) sind gemäß Definition Rechtsgüter von Verfassungsrang, denen ein entsprechender Schutz gebührt. Darüber hinaus wird hier die Wertung des § 3 Abs. 1 Nr. 4 logisch fortgeführt.

Zu Absatz 1 Satz 2 Nr. 3:

Die freiheitliche demokratische Grundordnung findet ihren Ausgangspunkt in der Würde des Menschen (Artikel 1 Abs. 1 Grundgesetz), die in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts

als der oberste Wert des Grundgesetzes anerkannt ist (BVerfGE 144, 22 Rn. 538 mit weiteren Nachweisen). Die Staatsgewalt und damit insbesondere auch der Verfassungsschutz hat sie in allen ihren Erscheinungsformen zu schützen (Artikel 1 Abs. 1 Satz 2 Grundgesetz). Aufgrund ihrer herausragenden Bedeutung wird die Menschenwürde den besonders gewichtigen Individualrechtsgüter ausdrücklich vorangestellt.

Die Trias der Personalschutzgüter „Leib, Leben und Freiheit“ gehört nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu den Rechtsgütern „von überragendem verfassungsrechtlichen Gewicht“ (BVerfGE 154, 152 Rn. 163; vgl. auch BVerfG, Urteil vom 26.04.2022 - 1 BvR 1619/17, Rn. 243; BVerfGE 156, 63 Rn. 204, 277; 156, 11 Rn. 116, 118, 121; 141, 220 Rn. 100, 108; 133, 277 Rn. 203).

In der Entscheidung zur elektronischen Fußfessel wird ferner die „sexuelle Selbstbestimmung“ als „höchstrangiger Verfassungswert“ bezeichnet (BVerfGE 156, 65 Rn. 277).

Zu Absatz 1 Satz 2 Nr. 4:

Schließlich rechnet das Bundesverfassungsgericht auch Sachen von bedeutendem Wert, deren Erhaltung im öffentlichen Interesse geboten ist, zu den besonders gewichtigen Rechtsgütern. Einem engen Verständnis folgend zählen dazu insbesondere wesentliche Infrastruktureinrichtungen oder sonstige Anlagen mit unmittelbarer Bedeutung für das Gemeinwesen (BVerfG, Urteil vom 26.04.2022 - 1 BvR 1619/17, Rn. 243; 141, 220 Rn. 183; 133, 277 Rn. 203), deren Schutz vor Sabotage und Spionage zu den zentralen Aufgaben des Verfassungsschutzes gehört (vgl. § 3 Abs. 1 Nr. 2 NVerfSchG). Beispielsweise hat der Sabotage-Angriff auf den Funkverkehr der Deutschen Bahn durch die systematische Zerstörung zweier Kabel Ende 2022 erhebliche Auswirkungen auf die gesamte Infrastruktur Deutschlands gehabt. Das Beispiel verdeutlicht, dass nicht allein der monetäre Wert im Fokus der Norm steht (im genannten Beispiel ein Kabel von geringem monetärem Wert), sondern auf den Wert des angegriffenen Schutzgutes, hier der Funktionsfähigkeit des öffentlichen Personennahverkehrs, für eine Gesellschaft abzustellen ist.

Zu Absatz 1 Satz 3:

Auch wenn die §§ 31 und 32 die weit überwiegende Zahl der Übermittlungssachverhalte normativ präzise und sachgerecht regeln, so sind Fallgestaltungen denkbar, in welchen im Einzelfall die vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Grundsätze der Eingriffsschwellen für Rechtsgutgefährdungen erfüllt sind, ohne dass in diesem konkreten Fall eine Subsumtion unter einen Übermittlungstatbestand möglich ist, beispielsweise eine Häufung von Bestechlichkeitssachverhalten in einer niedersächsischen Behörde. Beispiele dieser Art zeigen, dass es normativem Recht nicht immer gelingen kann, die mannigfaltigen Lebenssachverhalte lückenlos abzubilden. Dies ist insbesondere dem Umstand geschuldet, dass abstrakt-generelle Regelungen für eine Vielzahl von Anwendungen und Anwendern handhabbar und verständlich zu formulieren sind, um zum einen Sicherheit in der Rechtsanwendung zu gewährleisten und zum anderen den Betroffenen die rechtlichen Ge- und Verbote durch den sprichwörtlichen „Blick ins Gesetz“ aufzuzeigen. Dies gilt umso mehr, wenn - wie vorliegend - die komplexe Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts den Rechtsrahmen für die Gesetzgebung vorgibt.

Gleichermaßen stellte diese höchstrichterliche Rechtsprechung auch den Rahmen für die Einzelfallentscheidung durch die Leiterin oder den Leiter der Verfassungsschutzbehörde dar, der seine Entscheidung nach sorgfältiger Prüfung der widerstreitenden Interessen an den bekannten Leitlinien des Bundesverfassungsgerichts orientieren muss (in diesem Sinne auch Mitsching: Radbruchs Rechtsideen im Gleichgewicht?, ZRP 2021, 215). Das BVerfG hat in seinem Beschluss vom 17.07.2024 - 1 BvR 2133/22 - (dort Rn. 205) beispielsweise abstrakt Kriterien für eine besonders schwere Straftat aufgestellt, an der sich die Einzelfallentscheidung der Behördenleitung zu messen hat. Dort heißt es: „Die besonders schwere Straftat wird allerdings nicht allein durch den Strafrahmen indiziert (vgl. BVerfGE 109, 279 <243>). Jedenfalls für die Qualifizierung als ‚schwer‘ kann auch das geschützte Rechtsgut sowie dessen Bedeutung für die Rechtsgemeinschaft von Belang sein und daher bei der Einordnung des Gewichts einer Straftat ergänzend zum Strafrahmen berücksichtigt werden. Entsprechend kann eine Einstufung eines Straftatbestands als ‚schwer‘ bei einer Gesamtschau vertretbar sein, die insbesondere die jeweils geschützten Rechtsgüter in den Blick nimmt (vgl. BVerfGE 129, 208 <243>). Nichts Anderes gilt im Ergebnis für die Einstufung ei-

ner Straftat als besonders schwer. Zwar hat im Ausgangspunkt der Strafrahmen eine maßgebende Indizwirkung. Auch hat das Bundesverfassungsgericht jedenfalls für die Wohnraumüberwachung und Online-Durchsuchung für das Vorliegen einer besonders schweren Straftat einen Strafrahmen mit einer Höchstfreiheitsstrafe von mindestens fünf Jahren nicht ausreichen lassen (vgl. BVerfGE 109, 279 <347 ff.>; 141, 220 <338 Rn. 316>). Im Übrigen aber kann eine Straftat mit einer angedrohten Höchstfreiheitsstrafe von mindestens fünf Jahren auch dann als besonders schwer eingestuft werden, wenn dies nicht nur unter Berücksichtigung des jeweils geschützten Rechtsguts und dessen Bedeutung für die Rechtsgemeinschaft, sondern auch unter Berücksichtigung der Tatbegehung und Tatfolgen vertretbar erscheint.

Durch den einschränkenden Wortlaut und die gleichermaßen einzuhaltenden hohen Anforderungen wird die Regelung auch formal den Vorgaben der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gerecht. Darüber hinaus ist sie geeignet, Rechtsicherheit in den Fällen zu schaffen, in denen eine antizipierte Subsumtion unter eine Straftat nach § 31 Abs. 1 aufgrund fehlender Sachverhaltserkenntnisse nicht sicher gelingt, dies aber hinsichtlich einer Straftat der oben genannten Qualität bedenkenfrei möglich ist.

Zu Absatz 1 Satz 4:

Dieser schließt eine zweckändernde Weiterverarbeitung durch die Empfänger aus. Dadurch wird gewährleistet, dass sensible, personenbezogene Daten nicht unkontrolliert gestreut werden können. Demnach darf z. B. ein Landkreis, der als Staatsangehörigkeitsbehörde eine Information für die Entscheidung über einen Einbürgerungsantrag erhalten hat, diese grundsätzlich nicht für andere Aufgaben, etwa den Vollzug des Versammlungsrechts, verwenden.

Zu Absatz 2:

Damit wird eine Regelung zur Übermittlung von Daten geschaffen, die aus offen zugänglichen Quellen gewonnen wurden. Die Regelung ersetzt sowohl § 31 Abs. 1 Satz 4 NVerfSchG a. F. als auch § 32 Abs. 1 Satz 1 NVerfSchG a. F. und gilt nunmehr entsprechend der Konzeption des § 30 für die Übermittlung an sämtliche Empfänger.

Die Anforderungen sind im Vergleich zur Übermittlung von Daten, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln oder besonderen Auskunftsverlangen erhoben wurden, deutlich abgesenkt, da kein vergleichbares Schutzbedürfnis der jeweils betroffenen Personen besteht. Der Verfassungsschutzbehörde stehen diese Daten nicht aufgrund ihrer besonderen Befugnisse zur Verfügung, sondern sie hat diese durch allgemein zugängliche Quellen erlangt. Für die Übermittlung ist daher ausreichend, dass Empfänger die Daten zur Aufgabenerfüllung benötigen.

Zu Absatz 3:

Es wird eine umfassende Dokumentationspflicht im Zusammenhang mit der Übermittlung personenbezogener Daten geschaffen. Die Pflicht zur Dokumentation einschließlich der Nennung der Rechtsvorschrift, die der Übermittlung zugrunde liegt, ergibt sich daraus, dass jede Übermittlung von Daten an eine andere Stelle einen eigenen Grundrechtseingriff begründet (vgl. BVerfG, Beschluss vom 28.09.2022 - 1 BvR 2354/13, Rn. 138).

Zu Absatz 4:

Dieser fasst die vorherigen Regelungen des § 31 Abs. 1 Satz 5 NVerfSchG a. F. und die sich darauf beziehende Verweisung in § 32 Abs. 1 Satz 4 Halbsatz 1 NVerfSchG a. F. zusammen und gilt ebenfalls für die Übermittlung an sämtliche Empfänger. Eine inhaltliche Änderung tritt damit nicht ein.

Zu Absatz 5:

Damit werden die vorherigen Regelungen des § 31 Abs. 1 Satz 6 NVerfSchG a. F. und die sich darauf beziehende Verweisung in § 32 Abs. 1 Satz 4 Halbsatz 1 NVerfSchG a. F. zusammengefasst. Der Absatz gilt ebenfalls für die Übermittlung an sämtliche Empfänger. Dies wird durch eine Verallgemeinerung des Wortlauts der Vorschrift sichergestellt. Eine inhaltliche Änderung erfolgt nicht.

Zu Absatz 6:

Dieser fasst die vorherigen Regelungen des § 31 Abs. 3 NVerfSchG a. F. und die sich darauf beziehende Verweisung in § 32 Abs. 1 Satz 4 Halbsatz 2 NVerfSchG a. F. zusammen und gilt ebenfalls für die Übermittlung an sämtliche Empfänger. Eine inhaltliche Änderung ist damit nicht verbunden.

Die Verweisung in § 31 Abs. 3 Satz 2 NVerfSchG a. F. entfällt, da Absatz 6 nunmehr aufgrund der neuen Konzeption umfänglich Anwendung findet und somit auch die nachfolgenden Regelungen einschließt.

Zu Buchstabe b (§ 31):

§ 31 determiniert die speziellen Anforderungen für die Übermittlung an Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden zur Strafverfolgung oder zur Gefahrenabwehr sowie für andere Behörden, die über operative Befugnisse verfügen.

Zu Absatz 1 Satz 1:

Die Vorschrift regelt die Übermittlung an Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden des Landes zum Zwecke der Strafverfolgung. Sie stellt in Übereinstimmung mit verfassungsrechtlichen Vorgaben klar, dass die Übermittlung von personenbezogenen Daten, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln erhoben wurden, an Strafverfolgungsbehörden nur zur Verfolgung einer besonders schweren Straftat zulässig ist (vgl. BVerfG, Urteil vom 26.04.2022 - 1 BvR 1619/17, Rn. 249 ff.). Das Bundesverfassungsgericht hat des Weiteren festgestellt, dass der Gesetzgeber für eine Datenübermittlung an Strafverfolgungsbehörden verlangen müsse, dass bestimmte, den Verdacht begründende Tatsachen vorliegen (BVerfG, Urteil vom 26.04.2022 - 1 BvR 1619/17, Rn. 252). Dem trägt die Vorschrift Rechnung.

Zu Absatz 1 Satz 2 Nrn. 1 und 2:

Der Satz normiert einen Katalog von Straftaten, die bei abstrakter Betrachtung besonders schwer wiegen. Hierbei orientiert er sich in den Nummern 1 und 2 an den Straftatenkatalogen der Strafprozessordnung, die der Bundesgesetzgeber für so besonders schwerwiegend erachtet hat, dass tiefgreifende Grundrechtseingriffe im Rahmen strafprozessualer Maßnahmen gerechtfertigt sind (§ 100 b Abs. 2 StPO sowie § 100 g Abs. 2 StPO). Es handelt sich hier um eine statische Verweisung (zur Unzulässigkeit der dynamischen Verweisung vgl. BVerfG, Urteil vom 26.04.2022 - 1 BvR 1619/17, Rn. 386).

Zu Absatz 1 Satz 2 Nr. 3:

Die Nummer 3 war bisher in § 31 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 a NVerfSchG a. F. geregelt. Es wurde nunmehr ebenfalls eine statische Verweisung gewählt, um den verfassungsrechtlichen Anforderungen gerecht zu werden. Die Verweisung genügt den konkretisierten Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts im Hinblick auf die Normenklarheit. Es handelt sich um eine Verweisung auf ein weiteres Fachgesetz. Aus der Verweisung wird deutlich, dass ein Straftatbestand aus dem Katalog des § 2 Nr. 15 NPOG vorliegen muss und darüber hinaus auch die konkretisierenden Voraussetzungen, durch die im Katalog bezeichnete Straftatbestände zu terroristischen Straftaten werden.

Durch die Kombination der Straftaten mit den weitergehenden Anforderungen wird die Regelung auch den strengeren Anforderungen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gerecht und gewährleistet darüber hinaus einen normativen Gleichlauf mit dem Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz. Der Bezug zu einem terroristischen Hintergrund begründet jeweils das Vorliegen einer besonders schweren Straftat im Sinne der Rechtsprechung. Zudem finden sich die im Katalog des § 2 Nr. 15 NPOG aufgelisteten Straftatbestände zu großen Teilen in den von § 100 b Abs. 2 StPO sowie § 100 g Abs. 2 StPO bezeichneten besonders schwerwiegenden Straftaten wieder. Aber auch die übrigen Straftaten erfüllen die Voraussetzungen, die das Bundeverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 17.07.2024 - 1 BvR 2133/22 festgelegt hat, da terroristische Straftaten insbesondere im Hinblick auf die Tatbegehung, aber insbesondere auch auf ihre Tatfolgen als besonders schwer einzustufen sind.

Zu Absatz 1 Satz 2 Nr. 4:

Hinzu treten die in Nummer 4 genannten Straftaten, die gegen ein besonders gewichtiges Rechtsgut im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG, Urteil vom 26.04.2022 - 1 BvR 1619/17, Rn. 243) gerichtet sind und die zudem mit einer besonders hohen Strafandrohung (Höchststrafe mehr als fünf Jahre) strafbewehrt sind.

Außerdem wird die Verweisung auf die Straftaten der Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates und dessen Einrichtungen gemäß den §§ 87, 88 und 89 StGB, die zuvor teilweise in § 31 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 Buchst. b NVerfSchG a. F. enthalten war, beibehalten. Die zuvor ebenfalls enthaltene Verweisung auf die §§ 89 a und 89 c Abs. 1 bis 4 StGB wird nicht übernommen, da diese bereits in der Aufzählung des § 100 b Abs. 2 StPO enthalten sind.

Zu Absatz 1 Satz 2 Nr. 4 Buchst. a:

Auch wenn die §§ 87, 88 und 89 StGB nicht mit einem Mindeststrafrahmen von mehr als fünf Jahren belegt sind, so handelt es sich doch um besonders schwere Straftaten im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, da Sabotagestraftaten aufgrund der oftmals unkalkulierbaren Tatfolgen, insbesondere im Zusammenhang mit Angriffen auf Infrastruktureinrichtungen, ein besonderes Gewicht zukommt.

Zu Absatz 1 Satz 2 Nr. 4 Buchst. b und c:

Die genannten Straftatbestände sind wiederum von einigem Gewicht und schützen die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland und deren Verbündete (§ 102 Abs.1 StGB), die Funktionalität der Staatsorganisation (§§ 105 und 106 Abs. 2 StGB) und die Verteidigungsfähigkeit des Bundes (§ 109 e Abs. 4 StGB). Dabei handelt es sich wiederum um Schutzgüter, die auch der Verfassungsschutzbehörde in § 3 zugeordnet sind, sodass wiederum eine identische Schutzrichtung gegeben ist.

Zu Absatz 1 Satz 2 Nr. 4 Buchst. d und e:

Der sexuelle Missbrauch von Kindern ohne Körperkontakt (§ 176 StGB) und die benannten Körperverletzungsdelikte (§§ 224 bis 227 StGB) weisen im Strafrahmen bereits ein Höchstmaß von mindestens zehn Jahren auf und sind bereits aus diesem Grund als schwerwiegende Straftaten zu qualifizieren. Darüber hinaus weisen sie mit der körperlichen und seelischen Unversehrtheit, gerade in Bezug auf Kinder, ein besonders gewichtiges Schutzgut auf, sodass eine Übermittlung zu den vorgenannten Zwecken rechtlich geboten ist.

Zu Absatz 1 Satz 2 Nr. 4 Buchst. f:

Der besonders schwere Fall der politischen Verdächtigung ist zum einen mit einem erheblichen Strafrahmen von einem bis zehn Jahren Freiheitsstrafe belegt und betrifft zum anderen den Kern unseres Gemeinwesens, indem die politische Betätigung vor gewalttätigen Einmischungen schützt, was wiederum eine Übermittlung - auch im Hinblick auf die Rechtsgüter des § 3 - rechtfertigt.

Zu Absatz 1 Satz 2 Nr. 4 Buchst. g:

Die von der Norm abgedeckten Fallgestaltungen, nämlich die Computersabotage in einem besonders schweren Fall (§ 303 b Abs. 3 StGB), die sich zudem gegen die innere oder äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland richtet, insbesondere gegen sicherheitsempfindliche Stellen von lebenswichtigen Einrichtungen, bedrohen den Staat und dessen Funktionalität in digitalen Zeiten. Der Schutz dieses hohen Verfassungsguts, das auch die Lebensgrundlagen Einzelner umfasst, rechtfertigt die Übermittlung an Polizei und Staatsanwaltschaft.

Zu Absatz 1 Satz 3:

Das Bundesverfassungsgericht hat festgelegt, dass die besondere Schwere einer Straftat jedenfalls dann vorliegt, wenn sie mit einer Höchstfreiheitsstrafe von mehr als fünf Jahren bedroht ist (vgl. Entscheidung vom 17.07.2024 - 1 BvR 2133/22, Rn. 202 m. w. N.). Aus diesem Grund wurde diese Regelung als Auffangtatbestand eingefügt, um eine formale Rechtsgrundlage auch für künftige oder eher untypische Übermittlungsfälle zu generieren. Dabei ist die hergebrachte Struktur des Ab-

satzes 1 Satz 2 erhalten geblieben, um dem Rechtsanwender einen entsprechenden Orientierungspunkt zu bieten.

Zu Absatz 1 Satz 4:

Dieser Satz gilt für personenbezogene Daten, die ausschließlich dazu dienen, einen bestehenden Tatverdacht auszuräumen. Dahinter steht die Erwägung, dass durch fehlgeleitete Ermittlungen unnötig Ressourcen gebunden und eine sachgerechte Strafverfolgung erschwert wird. In diesem Fall kann vorausgesetzt werden, dass die Übermittlung überdies auch im Interesse der betroffenen Person erfolgt, sodass eine Absenkung der Voraussetzungen gerechtfertigt ist.

Zu Absatz 2:

Die kategorische Unterscheidung zwischen dem Aufgaben- und Befugniskreis von Nachrichtendiensten und Polizeibehörden liefert in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die zentrale, dogmatische Grundlage für die Etablierung spezifischer verfassungsrichterlicher Vorgaben sowohl in Bezug auf die gegenüber der Polizei abgesenkten Schwellen zur Datenerhebung (BVerfG, Urteil vom 26.04.2022 - 1 BvR 1619/17, Rn. 153 ff.; BVerfGE 156, 11 Rn. 101 ff.; 133, 277 Rn. 115 ff.) als auch für die kompensatorisch erhöhten Übermittlungsschwellen (BVerfG, Urteil vom 26.04.2022 - 1 BvR 1619/17, Rn. 170 ff., 234 ff.; BVerfGE 154, 152 Rn. 218 f.; 133, 277 Rn. 122 ff.).

Terminologisch zieht das Bundesverfassungsgericht zur Unterscheidung das Kriterium der „operativen Handlungsbefugnis“ bzw. „operativen Anschlussbefugnis“ heran (BVerfG, Urteil vom 26.04.2022 - 1 BvR 1619/17, Rn. 156 ff., 170 ff., 234 ff.; vgl. auch BVerfGE 156, 11 Rn. 101 ff.; 154, 152 Rn. 219). Darunter versteht das Gericht die Befugnis, Maßnahmen gegenüber Einzelnen erforderlichenfalls auch mit Zwang durchzusetzen (BVerfG, Urteil vom 26.04.2022 - 1 BvR 1619/17, Rn. 154, 158; BVerfGE 156, 11 Rn. 102; 133, 277 Rn. 120). Demgemäß spricht das Bundesverfassungsgericht auch von „operativen Zwangsbefugnissen“ (BVerfG, Urteil vom 26.04.2022 - 1 BvR 1619/17, Rn. 235; vgl. auch BVerfGE 156, 11 Rn. 106: „operativ tätige Behörden mit der Befugnis zu Zwangsmaßnahmen“) bzw. „polizeilichen Zwangsbefugnissen“, die es erlauben, „im Anschluss an eine Überwachungsmaßnahme aufgrund der gewonnenen Informationen selbst konkrete Gefahrabwehrmaßnahmen oder Strafverfolgungsmaßnahmen gegenüber Einzelnen mit Zwang durchzusetzen“ (BVerfG, Urteil vom 26.04.2022 - 1 BvR 1619/17, Rn. 154). Beispielhaft wird im Urteil zum Antiterrordateigesetz die Befugnis zu „Eingriffen in die persönliche Freiheit“ angeführt (BVerfGE 133, 277 Rn. 120).

Das Fehlen „polizeilicher Befugnisse“ gehört umgekehrt zu den Definitionsmerkmalen der Nachrichtendienste. Die Rechtsgrundlagen nachrichtendienstlicher Tätigkeit in Bund und Ländern enthalten ausnahmslos eine gesetzliche Klarstellung, dass der jeweilige Nachrichtendienst nicht nur organisatorisch von den Polizeibehörden getrennt bleiben muss (z. B. § 5 Satz 1 NVerfSchG, § 1 Abs. 1 Satz 2 BNDG, § 1 Abs. 4 MAD-Gesetz [MADG], § 2 Abs. 1 Satz 3 BVerfSchG), sondern auch über keine polizeilichen Befugnisse verfügt, weshalb ihm keine Weisungsbefugnisse gegenüber der Polizei zustehen und er die Polizei nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen darf, zu denen er selbst nicht befugt ist (z. B. § 5 Satz 1 NVerfSchG, § 2 Abs. 3 BNDG, § 4 Abs. 2 MADG, § 8 Abs. 3 BVerfSchG). Diese Regelungen gehen auf die Vorgaben der Militärgouverneure der westdeutschen Besatzungszonen im sogenannten Polizeibrief vom 14. April 1949 zurück und gehören seitdem zu den hergebrachten Grundsätzen des deutschen Nachrichtendienstrechts (siehe für das Bundesamt für Verfassungsschutz den § 3 Abs. 2 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vom 27. September 1950, BGBl. I S. 682).

Polizeibehörden stehen in der vom Bundesverfassungsgericht entwickelten Dogmatik paradigmatisch für Behörden, die über operative Befugnisse verfügen, doch bleibt der Topos nicht auf die Polizei im institutionellen Sinn beschränkt, sondern umfasst auch „sonstige Behörden“ mit entsprechenden Befugnissen, an die sich die Übermittlung nach denselben Grundsätzen wie die Weitergabe an Polizeibehörden richtet (BVerfG, Urteil vom 26.04.2022 - 1 BvR 1619/17, Rn. 258). Es empfiehlt sich daher, den Begriff der „operativen Befugnis“ gesetzlich zu definieren. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 17.07.2024 klargestellt, dass die Begrifflichkeiten der „operativen Befugnis“ und der „operativen Zwangsbefugnis“ synonym zu verstehen sind. Mit „ope-

rativer Befugnis“ sind demgemäß nicht nur Maßnahmen gemeint, welche - wie es z. B. bei polizeilichen Maßnahmen typischerweise der Fall ist - unmittelbar mit Zwang durchgesetzt werden und auf eine Zeitspanne beschränkt sind, in der die Entscheidung eines Gerichts kaum zu erlangen ist, was zu einer Beschränkung des in Artikel 19 Abs. 4 Grundgesetz garantierten Anspruchs auf effektiven Rechtsschutz führt. Vielmehr sind auch behördliche Maßnahmen erfasst, die im Rahmen förmlicher Verwaltungsverfahren (§ 9 des Verwaltungsverfahrensgesetzes - VwVfG) durch Verwaltungsakt (§ 35 VwVfG) getroffen werden, der erst nach Anhörung von Betroffenen erlassen wird (§ 28 VwVfG).

Hier wirkt vielmehr bereits die Übermittlung an öffentliche Stellen, die über operative Anschlussbefugnisse als solche verfügen, eingriffsverstärkend. Denn operativ ausgestattete Stellen könnten im Fall der Übermittlung die den Verfassungsschutzbehörden verschlossenen eingriffsintensiven Folgemaßnahmen gegenüber Bürgerinnen und Bürgern durchführen. Dadurch verlöre auf Seiten der Verfassungsschutzbehörden der Umstand, dass diese nicht mit operativen Anschlussbefugnissen ausgestattet sind, seinen schützenden Effekt (vgl. BVerfGE 133, 277 329 Rn. 123; 156, 11 50 Rn. 101, 51 f. Rn. 105; 162, 1 82 f. Rn. 171). Dabei kommt es auch nicht auf die Ausübung unmittelbaren Zwangs, sondern nur auf unmittelbar mögliche Folgemaßnahmen an (vgl. BVerfGE 162, 1 111 Rn. 234). Die operative Befugnis bezeichnet somit die Möglichkeit, gegenüber Einzelnen Maßnahmen erforderlichenfalls auch mit Zwang durchzusetzen (vgl. BVerfGE 133, 277 327 f. Rn. 120; 156, 11 50 f. Rn. 102; 162, 1 75 Rn. 154; zur Gesamtproblematik vgl. auch BVerfG, Entscheidung vom 17.07.2024 - 1 BvR 2133/22 Rn. 230 f.).

Es kommt nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in diesem Kontext allein darauf an, ob die empfangenden öffentlichen Stellen über operative Befugnisse verfügen und nicht darauf, ob und inwieweit die Datenübermittlung im Einzelfall deren Einsatz nach sich ziehen soll (vgl. BVerfG, Entscheidung vom 17.07.2024 - 1 BvR 2133/22 m. w. N.).

Zu Absatz 2 Satz 1:

Als Schwelle für Übermittlungen durch den Verfassungsschutz an Polizei- und andere Gefahrenabwehrbehörden sowie sonstige Behörden mit operativen Befugnissen fordert das Bundesverfassungsgericht wenigstens eine konkretisierte Gefahr für ein besonders bedeutsames Rechtsgut (BVerfG, Urteil vom 26.04.2022 - 1 BvR 1619/17, Rn. 245, 248). Satz 1 setzt diese Vorgabe um. Die besonders bedeutsamen Rechtsgüter sind in § 30 Abs. 1 Satz 2 definiert.

Der Begriff der „konkretisierten Gefahr“ ist ein unbestimmter Rechtsbegriff. Eine konkretisierte Gefahr liegt vor, wenn zumindest tatsächliche Anhaltspunkte für die Entstehung einer konkreten Gefahr für die Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bestehen (BVerfGE, 220, 272 f., Rn. 112). Gemeint ist demnach eine Sachlage, bei der sich der zum Schaden führende Kausalverlauf noch nicht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit vorhersehen lässt, jedoch bereits bestimmte Tatsachen auf eine im Einzelfall drohende Gefahr für das Rechtsgut hinweisen. Die Tatsachen müssen dafür jedoch zum einen bereits den Schluss auf ein wenigstens seiner Art nach konkretisiertes und zeitlich absehbares Geschehen zulassen, zum anderen darauf, dass bestimmte Personen beteiligt sein werden, über deren Identität zumindest so viel bekannt ist, dass Gefahrenabwehrmaßnahmen gezielt gegen sie eingesetzt und weitgehend auf sie beschränkt werden können (BVerfG, Urteil vom 26.04.2022 - 1 BvR 1619/17, Rn. 158 m. w. N.).

Absatz 2 Satz 1 Halbsatz 2 nimmt außerdem die Vorschrift des § 30 Abs. 1 Satz 3 in Bezug. Dadurch soll klargestellt werden, dass auch im Fall des Vorliegens der Ausnahmevorschrift in entsprechender Anwendung eine zumindest konkretisierte Gefahr in Bezug auf das geschützte Interesse vorliegen muss.

Zu Absatz 2 Satz 2:

Die Regelung macht deutlich, dass für die besonderen, in § 32 Abs. 2 und 3 normierten Fälle, andere Regelungen gelten.

Zu Absatz 3:

Dieser entspricht weitestgehend § 31 Abs. 2 NVerfSchG a. F. Die Anordnung des Verzichts auf die Kennzeichnung erfolgt nunmehr durch die Leiterin oder den Leiter der Verfassungsschutzabteilung, nicht mehr durch die Fachministerin oder den Fachminister. Dies ist angesichts des Umstands,

dass mit dem ausnahmsweisen Verzicht kein unmittelbarer, tiefgehender Grundrechtseingriff einhergeht, aus Gründen der organisatorischen Vereinfachung geboten. Da die Voraussetzungen für das verdeckte Mithören des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen abgesenkt werden, wird als systematische Folgeänderung die Verweisung auf Nummer 9 entsprechend in Nummer 10 geändert. Im Übrigen wird auf die ursprüngliche Gesetzesbegründung verwiesen.

Zu Absatz 4:

Die Neuregelung entspricht im Wesentlichen § 31 Abs. 4 NVerfSchG a. F. Satz 1 wurde gestrichen, da die Zweckbindung bereits allgemein neu in § 30 Abs. 1 Satz 4 geregelt wurde. Da die Voraussetzungen für das verdeckte Mithören des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen abgesenkt werden, wird als systematische Folgeänderung die Verweisung auf Nummer 9 entsprechend in Nummer 10 geändert. Außerdem wurden redaktionelle Anpassungen vorgenommen.

Zu Absatz 5

Dieser entspricht im Wesentlichen § 31 Abs. 5 NVerfSchG a. F. Die in den Sätzen 2 und 3 vorhandenen Verweisungen wurden an die neue Gesetzessystematik angepasst.

Zu Buchstabe c (§ 32):

Damit werden umfassende Regelungen für die Übermittlung von personenbezogenen Daten, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln oder durch besondere Auskunftserlangen erhoben worden sind, an sonstige Behörden und Stellen getroffen.

Zu Absatz 1:

Der Absatz nimmt klarstellend Bezug auf § 30 Abs. 1, um zu verdeutlichen, dass die Übermittlung von personenbezogenen Daten, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln oder durch besondere Auskunftsverlangen erhoben worden sind, nur zum Schutz der aufgezählten besonders gewichtigen Rechtsgüter zulässig ist. Beim Adressatenkreis „sonstige Behörden und Stellen“ kann es sich sowohl um inländische (Absätze 2 und 3) als auch um ausländische (Absatz 4) Behörden und öffentliche Stellen sowie Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs (Absatz 5) handeln. Die Übermittlung erfolgt unter Beachtung der in den Absätzen 2 bis 5 jeweils beschriebenen Voraussetzungen.

Wegen der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz des Bundes aus Artikel 73 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. b und c Grundgesetz, die dieser mit § 26 a BVerfSchG ausgeübt hat, fallen die Übermittlung von Erkenntnissen an Staatsanwaltschaften und Strafverfolgungsbehörden des Bundes und anderer Länder sowie an den Bundesnachrichtendienst nicht in den Regelungsbereich dieses Gesetzes.

Zu Absatz 2:

Dieser regelt die Datenübermittlung in besonderen Fällen. Das Bundesverfassungsgericht erkennt die Besonderheit dieser Fälle in seiner Entscheidung vom 17.07.2024 - 1 BvR 2133/22 ausdrücklich an, indem es in Rn. 113 wie folgt ausführt: „Jedenfalls in gesetzlich geregelten, herausgehobenen Zusammenhängen mit besonders hohem Gefahrenpotenzial für hochrangige Rechtsgüter und einer engen Verbindung zu den Schutzgütern des Verfassungsschutzes ist hier auf der Grundlage entsprechender tatsächlicher Anhaltspunkte im Einzelfall eine Übermittlung grundsätzlich möglich (vgl. zu diesen Fragen Gärditz, GSZ 2022, 161 <165 ff.>; Unterreitmeier, GSZ 2023, 34 <36 ff.>; Roggan, NVwZ 2024, 193 <195 f.>). In Betracht kommen solche Übermittlungen etwa zu Prüfzwecken im Waffen- oder Luftsicherheitsrecht sowie bei personenbezogenen Eignungs- oder Sicherheitsüberprüfungen im öffentlichen Dienst oder in den Fällen, in denen - basierend auf der verfassungsrechtlichen Grundentscheidung für eine wehrhafte Demokratie (vgl. Artikel 9 Abs. 2, Artikel 18, Artikel 21 Grundgesetz) - schon einer nur potenziellen Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung begegnet werden soll, wie etwa der Vorbereitung von Vereinsverboten (vgl. zur Vorverlagerung des Rechtsgüterschutzes BVerfGE 149, 160 <196 Rn. 104>).“

Aufgrund dieser Rechtsprechung, konkretisiert durch die nachstehenden Gründe, ist es bezüglich der aufgezählten (auch operativ tätigen) Behörden angezeigt, die Voraussetzungen der Übermitt-

lung von dem Erfordernis der konkretisierten Gefahr zu lösen. Die Gefahr einer praktisch „willkürlichen“ Übermittlung besteht durch die in den anderen jeweiligen Gesetzen normierten Übermittlungsvoraussetzungen gerade nicht, sodass es des Einziehens einer weiteren, zusätzlichen Übermittlungsschwelle nicht bedarf. Dies ergibt sich jeweils aus den besonderen Konstellationen und Zuständigkeiten, in denen die aufgezählten Behörden und Stellen tätig werden.

Da die Norm sich nur noch auf Übermittlungen im Inland bezieht, bedarf es bei der Übermittlung keiner Überprüfung des datenschutzrechtlichen Standards wie er noch in der Alt-Regelung vorhanden war.

Zu Absatz 2 Satz 1 Nr. 1:

Auch bei Vereinsverbotsbehörden handelt es sich um Gefahrenabwehrbehörden im weitesten Sinne. Zudem verfügen Vereinsverbotsbehörden bei der Vorbereitung und Durchführung von Vereinsverbotsverfahren auch über operative Befugnisse, insbesondere dürfen sie Vereinsvermögen und Beweismittel beschlagnahmen und zu diesem Zweck auch Wohnräume durchsuchen (§§ 4 und 10 des Vereinsgesetzes). Das Verbot von Vereinen, die verfassungswidrige Ziele verfolgen, ist jedoch unmittelbar im Grundgesetz angelegt; Vereinsverbotsbehörden stellen nur fest, was Kraft ausdrücklicher verfassungsrechtlicher Anordnung ohnehin schon gilt (Artikel 9 Abs. 2 Grundgesetz).

Sowohl das Handeln der Vereinsverbots- als auch der Verfassungsschutzbehörden ist unmittelbar mit dem verfassungsrechtlichen Schutzauftrag vor Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Artikel 73 Abs. 1 Nr. 10 b Grundgesetz) verknüpft und Ausdruck der wehrhaften Demokratie. Die Identität von Datenerhebungs- und Datenübermittlungszweck ist daher bei Datenübermittlungen des Verfassungsschutzes an Vereinsbehörden im Grundgesetz unmittelbar angelegt. Diese überlagernden, verfassungsrechtlichen Wertungen machen die Datenübermittlungen der Verfassungsschutzbehörden an die Vereinsverbotsbehörden zu einer besonderen Fallkonstellation, die von den allgemeinen Aussagen des Bundesverfassungsgerichts zur Datenübermittlung an Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden zu unterscheiden ist. Dies rechtfertigt es, in diesem Spezialfall auch eine Datenübermittlung im Vorfeld konkretisierter Gefahren zuzulassen. Zudem hat das Bundesverfassungsgericht die Vereinsbehörden explizit benannt (siehe oben).

Zu Absatz 2 Satz 1 Nrn. 2 und 3:

Auch die Verfahren zur Grundrechtsverwirkung (Artikel 18 Grundgesetz), Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Partei (Artikel 21 Abs. 2 und 4 Grundgesetz) und den Ausschluss von der Parteienfinanzierung (Artikel 21 Abs. 3 und 4 Grundgesetz) sind Ausdruck der wehrhaften Demokratie und im Grundgesetz gesondert geregelt. Die Arbeit des Verfassungsschutzes ist für die Einleitung und den erfolgreichen Abschluss solcher Verfahren essenziell. Dies rechtfertigt ausnahmsweise eine Absenkung der Übermittlungsschwelle ins Gefahrenvorfeld.

Zu Absatz 2 Satz 2:

Wie bereits oben ausgeführt, erkennt das Bundesverfassungsgericht die Möglichkeit der Übermittlung von Erkenntnissen in den sogenannten Mitwirkungsverfahren im Rahmen von gesetzlich normierten Regelanfragen, die die Übermittlungstatbestände explizit benennen, ausdrücklich an (Entscheidung vom 17.07.2024 - 1 BvR 2133/22, Rn. 113). In der nachfolgenden enumerativen Aufzählung werden die Übermittlungstatbestände konkretisiert. Daraus ergibt sich gleichzeitig der Maßstab für etwaige weitere, noch nicht in der Aufzählung aufgeführte, Übermittlungen im Rahmen von Mitwirkungsverfahren nach § 32 Abs. 2 Nr. 2.

Zu Absatz 2 Satz 2 Nr. 1:

Zu den „sonstigen Behörden“ in diesem Sinne gehören auch die Ordnungsbehörden, wie z. B. die Waffen-, Sprengstoff-, Jagdbehörden, die Gewerbeämter sowie die Ausländer- und Einbürgerungsbehörden, die zumeist im Wege von sogenannten Regelanfragen die Verfassungsschutzbehörden in Verwaltungsverfahren beteiligen müssen. Die mit den Regelanfragen korrespondierende Regelung findet sich in § 3 Abs. 4 Nrn. 1 (Sicherheitsüberprüfungen) und 3 (sonstigen gesetzlich vorgesehenen Fällen). Die Ordnungsbehörden werden auch zum Zwecke der Gefahrenabwehr tätig. Zur Durchsetzung ihrer Maßnahmen stehen ihnen aber regelmäßig nur die allgemeinen Vorschriften der Verwaltungsvollstreckung und des Verwaltungszwangs zur Verfügung (u. a. Zwangsgeld, Er-

satzvornahme, unmittelbarer Zwang). Ihre Entscheidungen betreffen überdies Rechtspositionen, die bereits der Gesetzgeber zum Schutz besonders gewichtiger Rechtsgüter teilweise einem präventiven Verbot mit Erlaubnisvorbehalt unterstellt hat. Es handelt sich daher um Rechtspositionen, die der Allgemeinheit durch allgemeines Gesetz entzogen sind und teilweise nur im Einzelfall auf entsprechenden Antrag nach einer gesetzlich geregelten Eignungs- oder Zuverlässigkeitsprüfung gewährt werden. Die Rechtsposition steht daher von vornherein unter dem gesetzlichen Vorbehalt der Eignung und Zuverlässigkeit sowie eigens in Gesetzen geregelten Tatbestandsvoraussetzungen. Die Mitwirkung des Verfassungsschutzes in diesen Fällen soll verhindern, dass Extremisten und andere Verfassungsfeinde Zugang zu Einrichtungen und Gegenständen erlangen, von denen besonders hohe Gefahren für die Allgemeinheit ausgehen, und dient damit dem Schutz der in § 30 Abs. 1 Satz 2 genannten Rechtsgüter.

Zu Absatz 2 Satz 2 Nr. 2:

Die Möglichkeit der Übermittlung an Finanzämter zu den in § 51 Abs. 3 der Abgabenordnung genannten Zwecken bestand bereits in der vorherigen Gesetzesfassung. Der Wortlaut wurde entsprechend § 32 Abs. 1 Satz 2 NVerfSchG a. F. übernommen.

Zu Absatz 2 Satz 2 Nr. 3:

Diese Regelung normiert die Übermittlung von Daten bei anderen, im besonderen öffentlichen Interesse liegenden Überprüfung von Personen, insbesondere zur Überprüfung der Verfassungstreue von Bewerberinnen und Bewerbern sowie Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Beschäftigte sind sowohl Beamte als auch Angestellte. Der in der Datenübermittlung liegende Grundrechtseingriff wiegt weniger schwer, wenn Betroffene um die Abfrage beim Verfassungsschutz vorher wissen und die Möglichkeit haben, diese zu vermeiden, indem sie beispielsweise von einer Bewerbung für den öffentlichen Dienst absehen.

Zu Absatz 2 Satz 3:

Um sicherzustellen, dass dem jeweiligen Gewicht des Grundrechtseingriffs in jedem Einzelfall Rechnung getragen wird, verpflichtet Satz 3 die Verfassungsschutzbehörde, bei jeder Übermittlung zu prüfen, ob Betroffenen dadurch unverhältnismäßige Nachteile entstehen.

Zu Absatz 2 Satz 4:

Dieser enthält die Verweisung auf die Kennzeichnungspflicht, die sich aus § 31 Abs. 3 ergibt. Die Verweisung war in der vorherigen Gesetzesfassung ebenfalls vorhanden.

Die Verweisung wird nunmehr allerdings mit der Einschränkung versehen, dass eine Pflicht zur Aufrechterhaltung der Kennzeichnung nicht besteht, wenn die Übermittlung aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung erfolgt. In diesem Fall besteht kein Bedarf an der Aufrechterhaltung der strengen Kennzeichnungspflicht, da sich aus der jeweiligen Verwendung in der weiteren Folge kein Bedürfnis an einer entsprechenden Kennzeichnung ergibt. Diese Regelung ist Ausfluss aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (Entscheidung vom 17.07.2024 - 1 BvR 2133/22, Rn. 113), da das Gericht in den hier geregelten Fällen eine Übermittlung für „grundsätzlich möglich“ erachtet, ohne auf das Kriterium der hypothetischen Datenneuerhebung zu rekurrieren.

Zu Absatz 3:

Es wird ein Auffangtatbestand geschaffen, der den hohen Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts Rechnung trägt; sowohl hinsichtlich der Rechtsprechung zum sogenannten Doppeltürmodell (vgl. BVerfGE 130, 151; 141, 220) als auch bezüglich der Anforderungen an die Übermittlungstatbestände (Entscheidung vom 17.07.2024 - 1 BvR 2133/22 m. w. N.). Gleichzeitig entsteht eine Regelung, an der sich die Übermittlung von personenbezogenen Daten an Stellen ohne operative Befugnisse messen lässt. Hierzu zählen beispielsweise Lagezentren, die in seltenen Fällen zur Erstellung von Lagebildern entsprechende Erkenntnisse benötigen.

Zu Absatz 4:

Dieser regelt die Übermittlung von Daten an ausländische öffentliche Stellen und entspricht in großen Teilen § 32 Abs. 3 NVerfSchG a. F. Die Vorschrift wurde an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts angepasst. Für die Übermittlung an ausländische Stellen gelten nach der Rechtspre-

chung des Bundesverfassungsgerichts die gleichen Voraussetzungen wie für die Übermittlung im Inland (vgl. BVerfG, Urteil vom 26.04.2022 - 1 BvR 1619/17, Rn. 261). Die Neufassung verweist daher auf die entsprechenden Regelungen in den §§ 30 und 31.

Die Regelung des § 32 Abs. 2 NVerfSchG a. F. wird in die Neufassung nicht übernommen. Die Streichung des Absatzes erfolgt unter dem Gesichtspunkt der Normenklarheit. Sie greift auf, dass das Gericht die Verweisung in § 24 Abs. 2 Satz 1 BNDG a. F. über § 19 Abs. 2 BVerfSchG (der eine dem § 32 Abs. 2 NVerfSchG a. F. entsprechende Regelung enthält) auf das NATO-Truppenstatut-Zusatzabkommen als allgemeinem völkerrechtlichen Rahmen mangels Normenklarheit als verfassungswidrig erkannt hat (BVerfGE 154, 152, Rn. 314). Die Prüfung einer Neuregelung hat zu dem Ergebnis geführt, dass eine spezielle Übermittlungsregelung an Dienststellen der Stationierungsstreitkräfte nicht mehr erforderlich ist, da der Übermittlungsbedarf vollumfänglich von der allgemeinen Auslandsübermittlungsbefugnis abgedeckt ist. Die Regelung soll auch künftig den verfassungsrechtlich eröffneten Rahmen ausschöpfen; eine spezielle Beschränkung für die Zusammenarbeit mit Stationierungskräften ist fachlich nicht angezeigt. Die bisherige Sonderregelung zugunsten der Stationierungsstreitkräfte wird deshalb aufgehoben.

Zu Absatz 5:

Dieser Absatz regelt die Übermittlung von personenbezogenen Daten an Personen oder Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs und entspricht im Wesentlichen § 32 Abs. 4 NVerfSchG a. F. Zur Übermittlung an Personen und Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs trifft das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 26.04.2022 keine Aussagen. Vielmehr führt es generell zur Abhängigkeit der Übermittlungsschwellen von der Reichweite der der empfangenden Behörde zustehenden Befugnisse zu Grundrechtseingriffen aus. Nichtöffentliche Stellen sind zu Grundrechtseingriffen von vornherein nicht befugt. Dennoch kann die Übermittlung von Erkenntnissen des Verfassungsschutzes an nichtöffentliche Stellen unter Umständen schwerwiegende Konsequenzen (z. B. wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Art) für Betroffene haben. Absatz 5 lässt eine Datenübermittlung daher nur in eng umgrenzten Ausnahmefällen zu. Sie ist nur dann zulässig, wenn sie zum Schutz eines in § 30 Abs. 1 Satz 2 genannten Rechtsguts oder zum Zweck des § 30 Abs. 1 Satz 3 erforderlich ist und die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung der Übermittlung zugestimmt hat.

Zu Buchstabe d (§ 33):

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung aufgrund der Änderung unter Nummer 15.

Zu Nummer 17 (§ 36):

Da die Voraussetzungen der Kontostammdatenabfrage nach § 20 Abs. 4 aufgrund der vergleichbaren Eingriffstiefe an diejenigen einer einfachen Bestandsdatenauskunft nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 angeglichen werden, kann in der Konsequenz auch die Unterrichtungspflicht an den Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes entfallen.

Zu Nummer 18 (§ 42):

Aufgrund der Regelung des § 22 Abs. 2 Satz 8 bedarf es einer Übergangsvorschrift für die bereits beendeten nachrichtendienstlichen Maßnahmen, die sich entweder noch in der Jahresfrist der Mitteilungsprüfung nach § 22 Abs. 2 Satz 2 befinden oder bereits zurückgestellt wurden. Diesbezüglich wird klargestellt, dass in diesen Fällen die Altfassung fortgilt.

Zu Artikel 2 (Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes)

§ 4 gestaltet die Überprüfungsaufgaben und -befugnisse der G 10-Kommission aus. Mit Streichung der Erforderlichkeit der Zustimmung der Kommission zur Nichtmitteilung bereits nach drei Monaten in Absatz 5 und dem in der Konsequenz entfallenden Antragserfordernis bei Nichtmitteilung erfolgt eine Harmonisierung mit § 12 des Artikel 10-Gesetzes. Da die Unterrichtungspflicht über erfolgende Mitteilungen sowie Nichtmitteilungen bestehen bleibt, kann die Kommission ihrer Kontrollfunktion jedoch weiterhin vollumfänglich nachkommen, sodass das Rechtsschutzinteresse der von einer G 10-Maßnahme Betroffenen nach wie vor gewahrt bleibt. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund, dass unverzüglich mitzuteilen ist, wenn die Kommission dies für geboten hält.

Zudem wird durch den neu eingefügten Satz 3 klargestellt, dass die bundesgesetzliche Regelung des § 12 des Artikel 10-Gesetzes ungeachtet des § 4 Abs. 5 vollumfänglich zur Anwendung kommt.

Zu Artikel 3 (Neubekanntmachung):

Durch die zahlreichen Einzeländerungen im Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz ist eine Neubekanntmachung erforderlich.

Zu Artikel 4 (Inkrafttreten):

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten dieses Gesetzes.

(Verteilt am 29.11.2024)

Wir kommen zu:

Tagesordnungspunkt 8:
Erste Beratung:
**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen** - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930

Für die Einbringung hat sich für die Landesregierung Frau Ministerin Behrens gemeldet. Bitte schön!

**Daniela Behrens**, Ministerin für Inneres und Sport:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! In Zeiten wachsender innen- und außenpolitischer Unsicherheiten steht der Staat in einer besonderen Verantwortung. Wir müssen unsere Institutionen, unsere Werte und vor allen Dingen unsere Demokratie schützen.

Ganz zentral dafür sind unsere Sicherheitsbehörden und hier besonders der Verfassungsschutz als effektives Frühwarnsystem unserer Demokratie. Ihnen müssen wir die notwendigen Befugnisse und Möglichkeiten an die Hand geben, um uns gegen Extremisten und Verfassungsfeinde zu schützen und vor allen Dingen gegen sie vorgehen zu können.

Meine Damen und Herren, genau das erreichen wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf. Mit den geplanten Änderungen des Verfassungsschutzgesetzes stellen wir sicher, dass der Verfassungsschutz in Niedersachsen seinen immer komplexer werdenden Aufgaben auch zukünftig gerecht werden kann, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

- Einzelne Fans des Verfassungsschutzes! Danke schön.

Zwei sehr wichtige Anforderungen wurden bei der Novellierung besonders berücksichtigt.

Zum einen setzen wir die aktuellen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nach den Entscheidungen zum Bayerischen und zum Hessischen Verfassungsschutzgesetz um. Dabei sei angemerkt, meine Damen und Herren: So viel gab es in Niedersachsen nicht zu ändern. Wir waren schon immer auf der richtigen Spur und gut aufgestellt.

Zum anderen werden wir mit maßvollen Erweiterungen der Befugnisse und Erleichterungen einzelner Maßnahmen die Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes verbessern. Das ist angesichts der veränderten Sicherheitslage auch sehr notwendig. Denn wir haben eine abstrakte Gefährdungslage in Niedersachsen, die nach wie vor hoch ist. Ich kann keinen Trend erkennen, dass sie sich nach unten entwickelt. Umso wichtiger ist es, die Instrumente bereitzustellen, dass unsere Demokratie wehrhaft ist.

Gleichzeitig haben wir mit der Novelle auch die Rechte der Betroffenen und den Kontrollbedarf angemessen berücksichtigt. Dadurch gewährleisten wir einen schonenden Ausgleich zwischen den widerstreitenden Interessen zwischen Sicherheit und individuellen Rechten. Denn, meine Damen und Herren, ein Verfassungsschutzgesetz muss immer ausgewogen sein: Auf der einen Seite müssen die Rechte des einzelnen Bürgers und der einzelnen Bürgerin wertgeschätzt werden, aber auf der anderen Seite muss es auch eine berechtigte Notwendigkeit der Sicherheitsbehörden geben, um Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger zu erzeugen. Diesen Spagat schaffen wir mit dieser Novelle des Verfassungsschutzgesetzes.

Lassen Sie mich in der gebotenen Kürze auf die vorgesehenen Änderungen eingehen. Wir werden dazu ja auch eine umfangreiche Debatte im Fachausschuss haben. Das ist ein Gesetzentwurf, der sicherlich Zeit braucht und eine intensive Debatte im Ausschuss verdient.

Was haben wir uns vorgenommen? Ein Frühwarnsystem muss in der Lage sein, Extremisten, die sich alleine radikalisieren, stärker in den Blick nehmen zu können. Die Voraussetzung der Beobachtung einzelner Personen schaffen wir mit dieser Novelle.

Außerdem ermöglichen wir jetzt auch den Einsatz von Drohnen. Niedersachsen ist bisher das einzige Land, dem dies qua Gesetz explizit verboten ist. Aber gerade auf dem Land und in schwer zugänglichen Gebieten kann der Nutzen dieses Aufklärungsmittels enorm sein.

Zudem werden die Voraussetzungen für das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes außerhalb von Wohnungen sowie auch für die Kontostammdatenabfrage maßvoll ausgerichtet.

Des Weiteren wird der Einsatzzeitraum für eine sogenannte kurzfristige Observation von bislang 24 auf 48 Stunden erweitert.

Meine Damen und Herren, das sind nur einige der Verbesserungen des Gesetzentwurfs, mit denen wir unseren Verfassungsschutz zukünftig nachhaltig stärken wollen.

Ich will auch auf die Themen eingehen, die in diesem Bereich diskutiert werden, nämlich die erneuten Forderungen - die wir auch aus der Opposition hören - nach weitergehenden Befugnissen für den Verfassungsschutz, wie zum Beispiel die Online-Durchsuchung oder eine Wohnraumüberwachung, die rein plakativ immer wieder vorgebracht werden, aber aus Sicht meines Hauses nicht zielführend sind. Die Fachleute sind sich da sehr einig. Die Möglichkeit, dass die Polizei unter strengen Voraussetzungen diese Mittel einsetzen kann, ist in der Praxis völlig ausreichend, meine Damen und Herren.

Ähnlich ist es mit der Forderung, den Verfassungsschutz auch im Bereich der Organisierten Kriminalität einzusetzen. Das alles halten wir, offen gesagt, für Nonsens. Unsere Polizei nimmt diese intensive Aufgabe wahr. Das ist richtig so, und das kann auch so bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es wäre schön, wenn Sie sich in der anstehenden Ausschussberatung auch mit dem Trennungsgebot noch einmal beschäftigen, damit auch die letzten Zweifler überzeugt werden können. Denn es gibt eine Notwendigkeit, die Arbeit der Polizei und des Verfassungsschutzes sinnvoll zu trennen. Das ist eine Lehre aus unserer Geschichte, und diese Lehre besteht bis heute weiter.

Die notwendige Zusammenarbeit in den Fragen der Inneren Sicherheit wird dadurch aber gar nicht im negativen Sinne beeinträchtigt. Diese Zusammenarbeit passiert, und sie funktioniert gut. Dafür brauchen wir keine weiteren Regelungen, erst recht

nicht etwas, was dieses Trennungsgebot aufweichen würde.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss:

Dieser vorliegende Entwurf ist aus meiner Sicht ein ganz, ganz wichtiger Schritt, um den Verfassungsschutz in Niedersachsen zu stärken und die Sicherheit für unser Land weiter zu wahren. Er schafft die Grundlagen, unsere Demokratie noch besser zu schützen, gegen Verfassungsfeinde vorzugehen und Extremisten besser im Auge zu haben. Alles das ist in diesen Zeiten sehr, sehr notwendig.

Unser Verfassungsschutz ist das Frühwarnsystem für unsere Demokratie. Er ist unerlässlich. Das kann er aber nur in voller Aufgabenstärke machen, wenn er eine gute, rechtliche Grundlage hat. Diese wollen wir hier schaffen.

Ich freue mich auf die anstehende Beratung und vor allen Dingen dann, wenn wir im nächsten Jahr diesen Gesetzentwurf beschließen können, denn der Verfassungsschutz braucht die Instrumente dringend.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Jens Nacke:**

Vielen Dank, Frau Ministerin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß nicht, ob es eine Nachlässigkeit oder der Versuch ist, zu zocken. Aber im Moment liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Wenn also irgendjemand die Aussprache eröffnen möchte, dann wäre es jetzt an der Zeit, sich zu melden. Die anderen können ihre Wortmeldungen ruhig auch schon abgeben. Ich mische dann einfach durch.

Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion der CDU der Kollege Plett. Bitte schön!

(Beifall bei der CDU)

**Christoph Plett** (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es war gar nicht geplant, dass ich sofort auf die Ministerin antworte. Aber so ist es nun einmal.

(Sebastian Zinke [SPD]: Was haben Sie denn geplant?)

Das vorliegende Konstrukt, das die Ministerin gerade eingebracht hat, ist - das will ich gerne zugestehen - angelehnt an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2022. Wir glauben aber, dass dieses Urteil des Bundesverfassungsgerichts in allen seinen Verästelungen vom Ministerium hätte besser durchgelesen werden sollen, weil es noch weitere Handlungsmöglichkeiten eröffnet und der vorliegende Gesetzentwurf die Handlungsmöglichkeiten, die dieses Urteil bietet, nicht ausnutzt. Ich will auch gleich hinzufügen, dass das Urteil aus dem Jahr 2022 stammt. Wir haben jetzt das Jahr 2024.

Mit allem Respekt vor dem, was uns die Judikative ins Stammbuch schreibt: Ich glaube, die Gefahrenlage bzw. Sicherheitslage hat sich in diesen zwei Jahren seit Verkündung des Urteils doch erheblich verändert. Wenn wir diese Änderung der Gefahrenlage und der Sicherheitslage aufgreifen, müssen wir die Instrumente, die das Verfassungsschutzgesetz zurzeit beinhaltet - aber auch in der Zukunft beinhalten muss - verändern, um eine Antwort auf die Sicherheitslage und die entsprechende Gefährdungsanalyse zu geben.

Die Verfassungsschutzbehörden sind natürlich an Grenzen zu binden. Das ist im Geburtsland der Stasi und der Gestapo aus unserer Geschichte zu lernen. Das ist ganz sicher so. Die Frage ist nur, ob diese rechtlichen Instrumente neu an die Gefährdungslage angepasst werden müssen, das heißt, ob das Spannungsverhältnis von Kontrolle durch die entsprechenden Gremien auch im Landtag auf der einen Seite und der Effizienz unserer Verfassungsschutzbehörden neu austariert werden muss.

Ich will einmal ein Beispiel für diese neue Lage geben. Wir alle erinnern uns an den verhinderten Anschlag auf die Botschaft Israels in Berlin. Der abgelehnte Asylbewerber konnte nur in Gewahrsam genommen werden, weil fremde, uns befreundete, Dienste Hinweise gegeben haben. Das sollte bei uns Bedenken auslösen, dass unser Instrumentarium vielleicht nicht ausreichend ist, um unsere Sicherheit herzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Zweites Beispiel: Solingen. Die schnelle Ergreifung des Attentäters ist nach unserer Erkenntnis, nach meiner Erkenntnis, nicht durch unsere Maßnahmen, die wir in den Verfassungsschutzgesetzen und darüber hinaus aufgeführt haben, erfolgt, sondern das Ergebnis ist wiederum einem befreundeten Nachrichtendienst zu verdanken. Auch hier stellt sich die Frage, ob unser Instrumentarium ausreicht.

Als drittes Beispiel möchte ich an den verhinderten Anschlag auf den Kölner Dom erinnern. Auch dort waren, nach meinen Informationen, nicht alleine unsere Sicherheitsbehörden tätig und haben dieses ausgeforscht, sondern es waren uns befreundete Dienste.

In diesem Zusammenhang müssen wir deutlich machen, dass wir bei dem Instrumentarium, das wir hier heute und in der Zukunft diskutieren müssen, nicht nur die innere Sicherheit im Blick haben müssen, sondern auch die Auswirkungen von hybriden Kriegen, die um uns herum toben. Ich will nur an Russland erinnern.

Zur Wiedereinführung der Wohnraumüberwachung: Frau Ministerin, es waren Ihr Ministerium und Ihre Partei, die die Wohnraumüberwachung aus dem damaligen Verfassungsschutzgesetz herausgenommen haben. Und wenn Sie glauben, dass das Bundesverfassungsgerichtsurteil dazu beigetragen hat, dass diese Herausnahme rechtmäßig ist, will ich Ihnen folgende Kommentierung vorlesen:

> „Wohnraumüberwachung, Online-Durchsuchung, Observationen, Handyortung, der Einsatz von verdeckten Mitarbeitern und Informanten. Das entspricht dem Kernbestand des Instrumentariums der Verfassungsschutzbehörden in den Ländern und auch im Bund.“

Das ist eine Kommentierung zu dem von mir genannten Urteil des Bundesverfassungsgerichtes. Das zeigt ganz eindeutig: Diese Instrumentarien, die wir fordern - mit Verlaub gesagt, ob das parlamentarische Sprache gewesen ist, obliegt dem Präsidenten -, „Nonsens“ zu nennen, halte ich doch für weit hergeholt.

Vielleicht orientieren Sie sich auch an der SPD in Thüringen. Ich will einmal aus dem dortigen Koalitionsvertrag zitieren. Dort wurde ganz eindeutig gesagt, dass wir die Instrumente der Online-Durchsuchung und der Wohnraumüberwachung als ein klares und gutes Instrumentarium nutzen können, um der Gefahren Herr zu werden. Genau das steht in Thüringen im Koalitionsvertrag. Wenn man das dann „Nonsens“ nennt, beleidigt man seine eigenen Mitglieder der SPD in Thüringen. Nur weiter so, Frau Ministerin! Das wird, glaube ich, noch Folgen haben.

(Beifall bei der CDU)

Des Weiteren will ich einmal darauf hinweisen - weil Sie gesagt haben, dass das Verfassungsschutzgesetz immer up to date gewesen sei -: In Ihrer eigenen Gesetzesbegründung wird zur Übermittlung von Personendaten auf Folgendes hingewiesen:

> „Durch dieses ausdrückliche Verbot wurde der Verfassungsschutz Niedersachsen im Einzelfall um eine potenziell wichtige Erkenntnisquelle beschnitten. Das Übermittlungsverbot wird daher gestrichen und stattdessen eine entsprechende Rechtsgrundlage geschaffen.“

Nur durch diese Veränderungen sind die Überlegungen, die wir hier anstellen, jetzt auch umgesetzt worden. Frau Ministerin, „Nonsens“ ist etwas anderes. Sie sollten sich einer besseren Sprache bedienen. Wir sind der Auffassung, ein besseres Verfassungsschutzgesetz ist machbar.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Jens Nacke:**

Vielen Dank, Herr Kollege Plett. - Als Nächstes hat sich zu Wort gemeldet: für die Fraktion der SPD der Kollege Zinke. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD)

**Sebastian Zinke** (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was ist Extremismus? Was ist extrem? Welche Worte, welche Pläne, welche Taten sind so, dass sie unserem Land und unserer Demokratie schaden? Ab wann muss der Staat zum Schutz unseres friedlichen Zusammenlebens eingreifen? Ab wann müssen Organisationen oder Parteien verboten werden, um unsere Demokratie zu schützen? Die Antworten liefert eine besondere Behörde unseres Landes. Diese Antworten liefert der Verfassungsschutz Niedersachsen.

(Widerspruch bei der AfD)

- Dass Sie damit ein Problem haben, wissen wir.

(Klaus Wichmann [AfD]: Das ist das Bundesverfassungsgericht, Herr Kollege!)

Diese Dinge zeigen, meine Damen und Herren: Der Verfassungsschutz ist eine für den Erhalt unserer Demokratie ganz wichtige Institution, die nicht nur den Regierungen als Frühwarnsystem dient, son-

dern die in Zeiten, in denen Extremismus, insbesondere im Netz, immer schwieriger wird zu erkennen, jeder Bürgerin und jedem Bürger ein Frühwarnsystem ist.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

- Einzelne Fans des Verfassungsschutzes sitzen dort drüben.

Wenn es sie nicht schon geben würde, meine sehr geehrten Damen und Herren, müsste man eine solche Behörde erfinden.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört übrigens auch, Herr Plett, dass es eine gute Zusammenarbeit zwischen den Diensten in Deutschland gibt. Dazu gehört aber auch, dass es eine gute Zusammenarbeit zwischen den Diensten auf internationaler Ebene gibt. Sie haben es gerade ausgeführt. Wir sind sehr dankbar, dass es Hinweise von ausländischen Diensten gibt, die dazu dienen, Anschläge in Deutschland zu verhindern. Das ist eine gute Praxis, die wir fortsetzen sollten, meine Damen und Herren.

Für diese wichtige Arbeit des Verfassungsschutzes haben die Verfassungsschutzämter in der Bundesrepublik besondere Rechte. Wahrscheinlich sind diese Verfassungsschutzgesetze die Regelungen, mit denen der Staat in besonders tiefer Weise in die Rechte der Bevölkerung eingreifen darf. Daher ist es richtig, diese besonderen Regeln immer wieder an gesellschaftliche und an technische Veränderungen anzupassen. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich den von der Landesregierung vorgelegten Gesetzentwurf, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es ist ausdrücklich richtig, radikalisierte Einzelpersonen - anders als bisher möglich - in den Blick zu nehmen, das Drohnenverbot abzuschaffen und die Möglichkeiten der Informationsbeschaffung zu erweitern. Das unterstützen wir auch inhaltlich ganz ausdrücklich. Was jetzt folgt, ist eine spannende Sache. Jetzt folgt die gesetzgeberische Tätigkeit des Landtages. Wir werden das Gesetz im Ausschuss beraten, um die schwierige Gratwanderung - diese ist von der Ministerin gerade beschrieben worden und auch vom Kollegen Plett - zwischen den notwendigen Rechten des Verfassungsschutzes und den Freiheiten unserer Bevölkerung auszutarieren.

Ich freue mich auf diese anspruchsvolle Aufgabe der nächsten Monate und auf die Beratungen im Ausschuss.

Weil wir genau die Aufgabe haben, Sicherheit auf der einen Seite und Freiheit auf der anderen Seite auszutarieren, müssen wir aufpassen, dass wir nicht überziehen. Deshalb ist es, anders als Sie, Herr Plett, gerade vorgetragen haben, nicht richtig, den Verfassungsschutz zu einer Superpolizei machen zu wollen. Es gibt das Trennungsverbot - die Ministerin hat darauf hingewiesen -, und das ist auch gut so, meine sehr geehrten Damen und Herren. Im Übrigen haben ja Beispiele aus Hessen und auch aus Bayern gezeigt, dass nicht alles, was man breitbeinig ankündigen kann, vor Verfassungsgerichten auch standhält. Deshalb kann ich die CDU nur auffordern, nicht in die Bayern-Falle zu tappen.

Was wir als Parlament allerdings tun sollten, ist, die Regelungen der parlamentarischen Kontrolle ebenfalls weiterzuentwickeln. Der Verfassungsschutz darf nicht einfach so in Rechte eingreifen. Viele Befugnisse können nur angewendet werden, wenn wir vorher zugestimmt haben. In jedem Fall aber hat der Verfassungsschutz uns als Parlament Rechenschaft abzulegen, und das nicht nur in einem Verfassungsschutzbericht, in dem einzelne Fraktionen und Parteien, die hier vertreten sind, ja sogar ein eigenes Kapitel haben, sondern er macht das auch in der Ausschussarbeit, in den Ausschüssen, in denen berichtet wird. Ich bin guter Hoffnung, dass den demokratischen Fraktionen diese notwendige Weiterentwicklung der parlamentarischen Kontrolle in gleicher Zeit gemeinsam gelingen wird.

In diesem Sinne freue ich mich auf die Beratung. Ich danke der Landesregierung für diesen Gesetzentwurf, und ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Jens Nacke:**

Vielen Dank, Herr Kollege Zinke. - Als Nächstes hat sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Camuz zu Wort gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Evrim Camuz** (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Seit dem letzten Plenum liegen ein Entschließungsantrag der CDU und ein Gesetzentwurf der Landesregierung vor. Am CDU-Entwurf und

auch bei dem Redebeitrag jetzt sieht man leider ganz klar, dass die CDU immer wieder versucht, das Trennungsgebot aufzuweichen. Das wird es mit uns Grünen nicht geben.

Das Trennungsprinzip geht historisch auf den sogenannten Polizeibrief der alliierten Militärgouverneure vom 14. April 1949 an den Parlamentarischen Rat zurück. Darin heißt es:

> „Der Bundesregierung wird es … gestattet, eine Stelle zur Sammlung und Verbreitung von Auskünften über umstürzlerische, gegen die Bundesregierung“

- hier wären es gegen die Landesregierung -

> „gerichtete Tätigkeiten einzurichten. Diese Stelle soll keine Polizeibefugnis haben.“

So sagten es damals die Alliierten. Ich finde, daran sollten wir uns auch weiterhin halten. Wir haben eine starke Polizei, und wir haben einen starken Verfassungsschutz, jetzt mit einer neuen rechtlichen Grundlage. Es gilt das Trennungsgebot, jetzt und auch morgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben das letzte Mal viel darüber gestritten, was ein gutes Verfassungsschutzgesetz ausmacht. Wenn man sich die Anmerkungen und den Entschließungsantrag der CDU anschaut, wäre es vielleicht ein verfassungswidriges Verfassungsschutzgesetz.

Wir hingegen sagen: Ein gutes Verfassungsschutzgesetz muss die Balance zwischen den Sicherheitsinteressen der Bürger und Bürgerinnen und den Grundrechten einhalten und stets wahren.

Zweitens. Ein gutes Verfassungsschutzgesetz darf nicht zu einem Instrument der Überwachung und Unterdrückung werden; Kontrolle und Transparenz sind unerlässlich.

Drittens. Ein wirksamer Verfassungsschutz schützt nicht nur vor extremistischen Gefahren, sondern auch vor Machtmissbrauch durch den Staat.

Ich finde, dieser Entwurf der Landesregierung wird all diesen Kriterien gerecht, und deswegen ist es ein guter Entwurf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Uns Grünen lag ein Punkt besonders am Herzen. Das ist die unabhängige aufsichtliche Kontrolle für den Fall mehrerer zeitgleich eingesetzter nachrichtendienstlicher Mittel. Das sind die sogenannten additiven Wirkungen.

Das bedeutet, dass gegen eine Person mehrere Maßnahmen chronologisch, hintereinander, eingesetzt werden. Das, was die Landesregierung vorgelegt hat, zeigt, dass die G10-Kommission nun gemeinsam berät, ob das noch verhältnismäßig ist, dass sie alle Maßnahmen nebeneinanderstellt. Das ist richtig und wichtig. In der G10-Kommission sind Menschen, die die Befähigung zum Richter- bzw. Richterinnenamt haben. Ich glaube, das ist eine super Expertise, weil es immer wieder um die Austarierung der Grundrechte geht. Daher freue ich mich besonders, dass das Eingang in den Entwurf gefunden hat.

Gerade zum Verfassungsschutz und zu nachrichtendienstlichen Maßnahmen gab es in letzter Zeit zahlreiche verfassungsgerichtliche Urteile. Auch dazu wurde gerade gesprochen. Hintergrund ist, dass wir uns auf einem sehr sensiblen Terrain, nämlich im Bereich der Beeinträchtigung von Grundrechten unserer Bürger*innen, bewegen. Uns Grünen ist es wichtig, diese Grundrechte genauso vor Terror und Extremismus zu schützen, also einerseits den Schutz der Grundrechte und andererseits den Schutz vor Terror und Extremismus zu gewährleisten.

Es ist diese Austarierung, die immer wieder eine Herausforderung darstellt. Aber wir stellen uns dieser Herausforderung. Niemandem ist geholfen, ein offensichtlich verfassungswidriges Gesetz vorzulegen. Daher bin ich der Innenministerin und der Fachexpertise in ihrem Ministerium sehr dankbar, dass sie sich die Zeit genommen haben, genau zu schauen, wie wir das Verfassungsschutzgesetz modernisieren wollen.

Aber kaum ein Gesetzentwurf geht so ins Gesetzgebungsverfahren, wie es herauskommt. Daher freue auch ich mich auf die Beratung im Ausschuss und würde mich darüber freuen, wenn wir auch weiterhin konstruktiv miteinander debattierten.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsident Jens Nacke:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Camuz. - Als Nächstes hat sich für die Fraktion der AfD ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Kollege Wichmann, zu Wort gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei der AfD)

**Klaus Wichmann** (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nun ist es also endlich da, das neue Verfassungsschutzgesetz bzw. die Änderungen, groß angekündigt, ja immer wieder angepriesen von Rot-Grün: Wir sollten doch alle Geduld haben, es werde schon kommen. Der große Wurf - nichts anderes sollte es sein.

Schauen wir uns das mal im Einzelnen an!

Sie wollen, dass der Verfassungsschutz künftig nicht mehr in der Öffentlichkeit über Gefahren für die Demokratie informiert, sondern präventiv - „erzieherisch“ könnte man sagen - tätig wird. Ich denke, dafür sind andere Stellen, die Bundeszentrale für politische Bildung zum Beispiel, geeigneter. Im Zweifel schaffen wir hier vielleicht Doppelstrukturen. Ich würde mindestens erwarten, dass man uns im Ausschuss darlegt, wo sich da etwas in der Präventionsarbeit unterscheidet.

Dann haben wir eine massive Änderung zu verzeichnen. Denn zukünftig dürfen auch Einzelpersonen vom Verfassungsschutz beobachtet werden, selbst dann, wenn sie keine Gewalt ausüben oder androhen wollen. Das ist ein tiefer Einschnitt in die bisherige Praxis. Als Grundsatz galt: Es reicht nicht, sich als Einzelperson verfassungsfeindlich zu äußern, um vom VS beobachtet werden zu dürfen; man muss sich entweder mit Gleichgesinnten zusammenschließen oder gewaltbereit sein. Das fällt nun weg. Noch mal: Das ist eine massive Beobachtungserweiterung des VS.

Bevor wir darüber abstimmen, wünsche ich mir eine detaillierte Unterrichtung über Fälle, in denen der Verfassungsschutz nicht beobachten durfte und es dann zu erheblichen Sicherheitsproblemen kam. Einer willkürlichen Ausweitung der Beobachtungsobjekte oder einer Ausweitung auf Vorrat dürfen wir nicht einfach hinterherlaufen.

Wer nun meint, das sei ja keine Willkür, sondern durch die Behörde werde eine verantwortliche Auswahl getroffen, dem halte ich zumindest entgegen, dass wir vorher harte Fakten brauchten, die jetzt durch eine Einzeleinschätzung ersetzt werden. Statt harter Fakten weiche Faktoren.

(Evrim Camuz [GRÜNE]: Das stimmt nicht!)

Außerdem gibt es eine ganze Reihe von technischen Anpassungen und Änderungen im Gesetzentwurf, über deren Vor- und Nachteile im Ausschuss sicherlich ebenfalls Auskunft erteilt wird. Zum Teil handelt es sich auch schlicht um eine Harmonisierung mit veränderten Gesetzen.

Aber es kommt auch zu einer Änderung, die mindestens moralisch zu einer Debatte führen dürfte. Dabei geht es um eine Straffreiheit so genannter V-Leute, also verdeckter Ermittler, die nun auch szenetypische Straftaten straffrei ausüben dürfen sollen. Diese Vorschriften sind stets ein Dilemma. Straffreiheit will man eigentlich nicht; aber wenn die Strafbarkeit dazu führt, dass ich nicht an Informationen herankomme, die möglicherweise einen Anschlag verhindern, die Menschenleben retten, dann stellt sich das Problem anders dar. Letztlich ist der Katalog der infrage kommenden Straftaten eingegrenzt, und das Gesetz geht hier nach meiner Einschätzung mit der ausreichenden Sorgfalt vor.

Und dann ist da noch eine Änderung der Vorschriften zur Datenübermittlung. Inhaltlich wird das Gesetz an die jüngere Rechtsprechung höherer Gerichte - genauer: an die rechtlichen Voraussetzungen zur Datenweitergabe an andere Behörden - angepasst. Das ist ein nicht unnormaler Vorgang und ebenfalls keinesfalls spektakulär.

Dem nun möglichen Einsatz von Drohnen durch den Verfassungsschutz darf man allerdings mit Fragezeichen begegnen. Welche Aufklärungen mussten denn bisher unterbleiben, so ganz ohne Drohnen? Welche Erkenntnisse liegen deshalb jetzt nicht vor? Denn machen wir uns selbst nichts vor: Sobald das Gesetz geworden ist, wird es bei jedem Grillfest, das von einer Drohne überflogen wird, heißen: Na, biste wieder beim Verfassungsschutz auffällig geworden?

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

- Sie mögen das als lauen Witz abtun, aber ich finde es nicht witzig,

(Evrim Camuz [GRÜNE]: Das sind Fake News, die Sie verbreiten!)

wenn der Normalmensch ab dann auch nur eine Sekunde darüber nachdenken muss - wieder ein Stück Freiheit weniger! -: Werde ich hier nicht doch überwacht? Da hilft dann auch kein allgemeiner Verweis auf angebliche Nichtmehrzeitgemäßheit des Verbots von Drohnen.

Es hilft mir auch nicht der Verweis auf andere Bundesländer. Vielleicht ist das ja insgesamt nicht wirklich nötig. All das werden wir hoffentlich im Ausschuss klären.

Bleibt zu sagen: Es ist in weiten Teilen ein technisches Anpassungsgesetz. Der große Wurf ist es nicht - eher ein Würfchen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Vizepräsident Jens Nacke:**

Vielen Dank, Herr Kollege Wichmann.

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, sodass wir zur Ausschussüberweisung kommen können.

Federführend soll der Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und mitberatend der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen sein. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

# Beschlussempfehlung

Hannover, den 10.12.2025

Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930

Berichterstattung: Abg. Sebastian Zinke (SPD)

(Es ist ein schriftlicher Bericht vorgesehen.)

Der Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Drucksache 19/5930 mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen anzunehmen.

Gerd Hujahn
Vorsitzender

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

**Gesetz**
**zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

Artikel 1
Änderung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes

Das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz in der Fassung vom 2. August 2021 (Nds. GVBl. S. 564) wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Abs. 3 Satz 2 werden nach dem Wort „Information“ ein Komma und das Wort „Prävention“ eingefügt.

2. § 4 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

   a) Satz 3 erhält folgende Fassung:

   „[3]Bestrebungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 oder 4 können auch von Einzelpersonen ausgehen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln.“

   b) Es wird der folgende Satz 4 angefügt:

   „[4]In diesem Fall gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass die Verhaltensweise der Einzelperson darauf gerichtet sein muss, die dort genannten Bestrebungen zu verwirklichen.“

*Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes*

**Gesetz**
**zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

Artikel 1
Änderung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes

Das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz in der Fassung vom 2. August 2021 (Nds. GVBl. S. 564) wird wie folgt geändert:

1. ____ § 3 Abs. 3 Satz 2 **erhält folgende Fassung:**

   **„[2]Sie wirkt solchen Bestrebungen und Tätigkeiten entgegen und beugt ihrem Entstehen vor (**Prävention**), insbesondere durch Angebote zur Information und zum Ausstieg.“**

2. § 4 ____ wird wie folgt geändert:

   **a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:**

   **aa)** *unverändert*

   **bb)** Es wird der folgende Satz 4 angefügt:

   „[4]In diesem Fall gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass die Verhaltensweise der Einzelperson darauf gerichtet sein muss, die **in Absatz 2** genannten **Ziele** zu verwirklichen.“

   **b) Absatz 3 erhält folgende Fassung:**

   **„(3) Die Begriffsbestimmung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gemäß § 4 Abs. 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes (BVerfSchG) findet in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.“**

**2/1. Dem § 6 wird der folgende Absatz 6 angefügt:**

**„(6) [1]Ein Beobachtungsobjekt hat erhebliche Bedeutung, wenn es auf die Anwendung oder Vorbereitung von Gewalt gerichtet oder aus anderen Gründen nach seiner Verhaltens- oder Wirkungsweise geeignet ist, ein in § 3 Abs. 1 genanntes Schutzgut erheblich zu beeinträchtigen.**

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| | **[2]Andere Gründe im Sinne des Satzes 1 liegen in der Regel vor, wenn das Beobachtungsobjekt**<br><br>**1. zum Hass aufstachelt oder zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen auffordert, Straftaten begeht oder auf die Begehung von Straftaten gerichtet ist,**<br><br>**2. seine Existenz, Organisation, Ziele oder Tätigkeit in erheblichem Maß verschleiert oder**<br><br>**3. erheblichen gesellschaftlichen Einfluss besitzt, insbesondere**<br><br>**a) durch Vertretung in Ämtern und Mandaten,**<br><br>**b) durch wirkungsbreite Publikationen oder systematisches Verbreiten von Desinformationen oder Betreiben von Einschüchterung oder**<br><br>**c) aufgrund des Gesamtbilds von Mitglieder- und Unterstützerzahl, Organisationsstruktur, Mobilisierungsgrad, Aktionsfähigkeit und Finanzkraft.**<br><br>**[3]Für die Bestimmung eines Beobachtungsobjekts von erheblicher Bedeutung und dessen Verlängerung gilt Absatz 2 Sätze 1 bis 4 entsprechend.“** |
| 3. In § 7 Abs. 1 Satz 1 wird nach dem Wort „Einzelperson“ die Angabe „nach § 4 Abs. 1“ eingefügt. | 3. ____ § 7 **wird wie folgt geändert:**<br><br>**a)** In **Absatz** 1 Satz 1 wird nach dem Wort „Einzelperson“ die Angabe „nach § 4 Abs. 1“ eingefügt.<br><br>**b) In Absatz 2 Satz 5 wird die Angabe „Abs. 5“ durch die Angabe „Abs. 5 und 6“ ersetzt.**<br><br>**3/1. § 10 wird wie folgt geändert:**<br><br>**a) Die Absätze 1 bis 3 erhalten folgende Fassung:**<br><br>**„(1) [1]Die Inanspruchnahme einer Vertrauensperson (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 Buchst. a) darf nicht angeordnet werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dadurch nicht nur zufällig der Kernbereich privater Lebensgestaltung beeinträchtigt wird. [2]Wenn sich während eines bereits laufenden Einsatzes** |

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

*Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes*

**tatsächliche Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung des Kernbereichs privater Lebensgestaltung ergeben, ist der Einsatz unverzüglich und so lange wie erforderlich zu unterbrechen. [3]Dies gilt nicht, solange die Fortsetzung der Inanspruchnahme zum Schutz von Leib oder Leben einer Vertrauensperson oder zur Sicherung ihres weiteren Einsatzes erforderlich ist. [4]Vertrauenspersonen und die sie führenden Beschäftigten der Verfassungsschutzbehörde dürfen, insbesondere in den Fällen des Satzes 3, den Kernbereich privater Lebensgestaltung beeinträchtigende Daten nicht speichern, verändern, verwenden oder übermitteln; sie haben solche Daten unverzüglich zu löschen. [5]Die Tatsache, dass den Kernbereich privater Lebensgestaltung beeinträchtigende Daten erhoben wurden, die Fortsetzung der Inanspruchnahme nach Satz 3 und die Löschung der Daten nach Satz 4 sind zu dokumentieren. [6]Die Sätze 1 bis 5 gelten entsprechend für den Einsatz einer verdeckten Ermittlerin oder eines verdeckten Ermittlers (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 10).**

**(2) [1]Eine sonstige Datenerhebung darf nicht angeordnet werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dadurch nicht nur zufällig Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erhoben werden. [2]Wenn sich während der bereits laufenden Datenerhebung tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erhoben werden, ist die Datenerhebung unverzüglich und so lange wie erforderlich zu unterbrechen, soweit dies technisch möglich ist. [3]Bereits erhobene Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung dürfen nicht gespeichert, verändert, verwendet oder übermittelt werden; sie sind unverzüglich zu löschen. [4]Die Tatsache, dass Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erhoben wurden, und deren Löschung sind zu dokumentieren.**

**(3) [1]Ergeben sich erst bei der Speicherung, Veränderung oder Verwendung von Daten tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass Daten dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, so dürfen diese Daten nicht mehr gespeichert,**

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| | **verändert, verwendet oder übermittelt werden; sie sind unverzüglich zu löschen. [2]Die Tatsache, dass Daten, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, erhoben wurden, sowie deren Löschung sind zu dokumentieren.“** |
| | **b) Es wird der folgende Absatz 6 angefügt:** |
| | **„(6) [1]Die Löschung von Daten nach dieser Vorschrift erfolgt unter Aufsicht einer oder eines besonders bestellten, mit der Auswertung nicht befassten Beschäftigten, die oder der die Befähigung zum Richteramt hat. [2]Daten, die in einer nach dieser Vorschrift angefertigten Dokumentation enthalten sind, dürfen ausschließlich zur Datenschutzkontrolle verwendet werden. [3]Sie sind nach Beendigung der gemäß § 33 a Abs. 1 Satz 2 durchzuführenden Kontrolle der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz zu löschen, spätestens zwei Jahre nach der Dokumentation.“** |
| 4. § 14 wird wie folgt geändert: | 4. § 14 wird wie folgt geändert: |
| a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert: | a) Absatz 1 **wird wie folgt geändert:** |
| | **aa)** Satz 1 wird wie folgt geändert: |
| | **aaa) Es wird die folgende neue Nummer 2 a eingefügt:** |
| aa) Nummer 2 erhält folgende Fassung: | |
| „2. verdecktes Mithören<br>a) ohne Inanspruchnahme technischer Mittel,<br>b) und Aufzeichnen des öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen,<br>unter den Voraussetzungen des § 15;“. | _____<br>_____<br>**„2 a.** verdecktes Mithören und Aufzeichnen des außerhalb von Wohnungen **von einer bestimmten Person zu einem bestimmten Zeitpunkt an einen nicht bestimmten oder beschränkten Personenkreis gerichteten (**öffentlich gesprochenen**)** Wortes unter Einsatz technischer Mittel unter den Voraussetzungen des § 15;“. |
| bb) Nummer 5 erhält folgende Fassung: | **bbb)** Nummer 5 erhält folgende Fassung: |
| „5. außerhalb von Wohnungen verdeckt angefertigte fotografische | „5. außerhalb von Wohnungen verdeckt angefertigte |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| Bildaufzeichnungen sowie außerhalb von Wohnungen verdeckt angefertigte Bildaufzeichnungen zum Zwecke der Identifizierung von Personen durch die nachträgliche Erstellung von Einzelbildern unter den Voraussetzungen des § 15;“. | **a)** **einzelne** fotografische Bildaufzeichnungen sowie<br>**b)** **sonstige** Bildaufzeichnungen**, die ausschließlich zur nachträglichen** Identifizierung von Personen **bestimmt sind,**<br>unter den Voraussetzungen des § 15;“. |
| cc) Am Ende der Nummer 6 Buchst. b wird nach dem Komma das Wort „sowie“ eingefügt. | **ccc)** _____ Nummer 6 **wird wie folgt geändert:**<br>**aaaa)** Am Ende **des Buchstabens** b wird nach dem Komma das Wort „sowie“ eingefügt. |
| dd) Am Ende der Nummer 6 Buchst. c wird das Wort „sowie“ gestrichen. | **bbbb)** Am Ende **des Buchstabens** c wird das Wort „sowie“ gestrichen. |
| ee) Nummer 6 Buchst. d wird gestrichen. | **cccc)**____ **Buchstabe** d wird gestrichen. |
| ff) In Nummer 7 wird die Angabe „24“ durch die Angabe „48“ ersetzt. | **ddd)** *unverändert* |
| gg) Die bisherige Nummer 9 wird Nummer 10. | **eee)** *unverändert* |
| hh) Die bisherige Nummer 10 wird Nummer 9 und darin wird die Angabe „19“ durch die Angabe „17“ ersetzt. | **fff)** *unverändert* |
| ii) In Nummer 11 werden nach dem Wort „Ermittlung“ die Worte „des Standortes sowie“ eingefügt. | **ggg)** *unverändert* |
| | **bb) Es wird der folgende neue Satz 3 eingefügt:**<br>**„[3]Die nach Satz 1 Nr. 5 Buchst. b angefertigten Bildaufzeichnungen dürfen ausschließlich zur nachträglichen Auswahl von Einzelbildern gespeichert, verändert und verwendet werden; anschließend sind sie unverzüglich zu löschen.“** |
| | **cc) Der bisherige Satz 3 wird Satz 4.** |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| b) Absatz 1 Satz 4 wird gestrichen. | **dd) Der bisherige** Satz 4 wird gestrichen. |
| c) Es wird der folgende Absatz 3 angefügt: | **b)** Es wird der folgende Absatz 3 angefügt: |
| „(3) [1]Darüber hinaus darf die Verfassungsschutzbehörde Personen, die ihr logistische oder sonstige Hilfe leisten, ohne Vertrauenspersonen, sonstige geheime Informantinnen oder Informanten oder überworbene Agentinnen oder Agenten zu sein (Gewährspersonen), in Anspruch nehmen, soweit dies für den Einsatz eines nachrichtendienstlichen Mittels nach Absatz 1, zum Schutz der Beschäftigten, Einrichtungen und Gegenstände der Verfassungsschutzbehörde sowie zum Schutz der in Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 genannten Personen oder für die Beschaffung, Herstellung und Verwendung von Hilfsmitteln nach Absatz 2 erforderlich ist. [2]Die weiteren Einzelheiten der Inanspruchnahme von Gewährspersonen sind in einer Dienstvorschrift umfassend zu regeln.“ | „(3) [1]_____ Die Verfassungsschutzbehörde **darf** Personen, die ihr logistische oder sonstige Hilfe leisten, ohne Vertrauenspersonen, sonstige geheime Informantinnen oder Informanten oder überworbene Agentinnen oder Agenten zu sein (Gewährspersonen), in Anspruch nehmen, soweit dies **erforderlich ist** für den Einsatz eines nachrichtendienstlichen Mittels nach Absatz 1, zum Schutz der Beschäftigten, Einrichtungen und Gegenstände der Verfassungsschutzbehörde sowie zum Schutz der in Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 genannten Personen oder für die Beschaffung, Herstellung und Verwendung von Hilfsmitteln nach Absatz 2 _____. [2]_____“ |
| 5. § 16 wird wie folgt geändert: | 5. § 16 wird wie folgt geändert: |
| a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert: | a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert: |
| aa) Im einleitenden Satzteil werden die Worte „sowie Gewährspersonen“ gestrichen und nach dem Wort „Informanten“ wird das Komma durch das Wort „sowie“ ersetzt. | aa) *unverändert* |
| bb) Nummer 2 erhält folgende Fassung: | bb) Nummer 2 erhält folgende Fassung: |
| „2. gegen sie im zentralen staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister keine Tatvorwürfe wegen der Begehung eines Straftatbestandes von besonderer Bedeutung im Sinne des Absatzes 6 eingetragen oder sie diesbezüglich freigesprochen sind und sie nicht im Bundeszentralregister mit einer Verurteilung wegen eines solchen Straftatbestandes eingetragen sind,“. | „2. ____ sie **nicht** im zentralen staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister **mit** Tatvorwürfen wegen der Begehung **einer in** Absatz 6 **genannten** Straftat _____ eingetragen **sind, es sei denn, sie wurden** freigesprochen**,** und sie nicht im Bundeszentralregister mit einer Verurteilung wegen einer **in Absatz 6 genannten** Straftat____ eingetragen sind,“. |
| | **a/1) Absatz 2 erhält folgende Fassung:** |
| | **„(2) Die Verfassungsschutzbehörde darf eine Vertrauensperson** |
| | **1. über sechs Monate hinaus,** |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| | **2. gezielt gegen eine bestimmte Person oder**<br><br>**3. gezielt in zu privaten Wohnzwecken genutzten Räumlichkeiten**<br><br>**nur in Anspruch nehmen, um Erkenntnisse über ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt von erheblicher Bedeutung oder über eine Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 zu gewinnen.“** |
| | **a/2) In Absatz 3 Satz 2 werden die Worte „wenn die G 10-Kommission die Zustimmung nach § 21 Abs. 5 Satz 5 erteilt hat“ durch die Worte „wenn die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, im Vertretungsfall die Vertreterin oder der Vertreter, dies angeordnet hat“ ersetzt.** |
| b) Absatz 4 wird wie folgt geändert: | b) Absatz 4 wird wie folgt geändert: |
| aa) In Satz 1 Nr. 1 werden nach der Angabe „§§ 86 a“ ein Komma und die Angabe „89 b und c“ eingefügt. | aa) In Satz 1 Nr. 1 werden nach der Angabe „§§ 86 a“ ein Komma und die Angabe „89 b**, 89** c“ eingefügt. |
| bb) In Satz 3 wird nach dem Wort „unumgänglich“ die Angabe „und für die Aufklärung der Bestrebung oder der Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 unerlässlich“ eingefügt. | bb) *unverändert* |
| | **cc) Es werden die folgenden Sätze 4 und 5 angefügt:**<br><br>**„[4]Eine in Absatz 1 genannte Person darf eine Wohnung mit dem Einverständnis der oder des Berechtigten betreten. [5]Das Einverständnis darf nicht durch ein über die Verwendung einer Legende hinausgehendes Vortäuschen eines Zutrittsrechts herbeigeführt werden.“** |
| c) Absatz 5 wird wie folgt geändert: | c) **In** Absatz 5 wird **der bisherige** Satz 2 **durch die** folgenden **neuen Sätze 2 und** 3 **ersetzt**: |
| aa) Satz 2 erhält folgende Fassung:<br><br>„[2]Die Inanspruchnahme ist auch dann unverzüglich zu beenden, wenn sich tatsächliche Anhaltspunkte ergeben, dass die Person rechtswidrig einen Straftatbestand von besonderer Bedeutung (Absatz 6) verwirklicht hat.“ | „[2]Die Inanspruchnahme ist auch dann unverzüglich zu beenden, wenn sich tatsächliche Anhaltspunkte ergeben, dass die Person rechtswidrig einen **in Absatz 6 genannten** Straftatbestand _____ verwirklicht hat. [3]In diesem Fall sind die Strafverfolgungsbehörden zu unterrichten, wenn nicht der Schutz von |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| bb) Es wird der folgende Satz 3 angefügt:<br><br>„[3]In diesem Fall sind die Strafverfolgungsbehörden zu unterrichten, wenn nicht der Schutz von Leib und Leben der in Anspruch genommenen Person ein Unterlassen erfordert.“ | Leib und Leben der in Anspruch genommenen Person ein Unterlassen erfordert.“ |
| d) Absatz 6 wird wie folgt geändert: | d) Absatz 6 wird wie folgt geändert: |
| | **1/aa) Im einleitenden Satzteil werden die Worte „Straftaten von besonderer Bedeutung im Sinne dieser Vorschrift“ durch die Worte „Straftatbestände, deren rechtswidrige Verwirklichung eine Inanspruchnahme nach dieser Vorschrift ausschließt,“ ersetzt.** |
| aa) In Nummer 2 werden nach dem Komma die Worte „ausgenommen eine Straftat nach den §§ 129 a oder 129 b Abs. 1 Satz 1 StGB, soweit er auf § 129 a StGB verweist,“ angefügt. | aa) In Nummer 2 werden nach dem Komma die Worte „ausgenommen ____ Straftat**en** nach den §§ 129 a **und** 129 b Abs. 1 Satz 1 StGB, soweit er auf § 129 a StGB verweist, **sowie**“ angefügt. |
| bb) Nummer 3 wird gestrichen. | bb) *unverändert* |
| cc) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 3. | cc) *unverändert* |
| 6. § 17 wird wie folgt geändert: | 6. § 17 **erhält folgende Fassung:** |
| a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:<br><br>„Besondere Voraussetzungen für Observationen, Bildübertragungen und Bildaufzeichnungen sowie das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes“. | _____<br><br>„**§ 17**<br>Besondere Voraussetzungen für Observationen **sowie verdeckte** Bild**-** und **Ton**aufzeichnungen _____ |
| b) In dem Wortlaut wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt und nach der Angabe „Nr. 8“ wird die Angabe „sowie des verdeckten Mithörens und Aufzeichnens des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9“ eingefügt. | **Die Verfassungsschutzbehörde darf die nachrichtendienstlichen Mittel der Observation nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7, der Bildübertragungen und Bildaufzeichnungen nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8** sowie des verdeckten Mithörens und Aufzeichnens des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 **nur einsetzen, um Erkenntnisse über ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt von erheblicher Bedeutung oder über eine Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 zu gewinnen.“** |
| 7. In § 19 Abs. 1 wird die Angabe „10 bis 12“ durch die Angabe „11 und 12“ ersetzt. | 7. *unverändert* |

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

8. § 20 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Im einleitenden Satzteil wird die Angabe „Diensteanbieter nach § 2 Satz 1 Nr. 1 des Telemediengesetzes (TMG)“ durch die Angabe „Anbieter von digitalen Diensten nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 des Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetzes (TDDDG)“ ersetzt.

bb) In Nummer 1 wird die Angabe „(§ 14 TMG)“ durch die Angabe „(§ 2 Abs. 2 Nr. 2 TDDDG)“ ersetzt.

cc) In Nummer 2 wird die Angabe „(§ 15 TMG)“ durch die Angabe „(§ 2 Abs. 2 Nr. 3 TDDDG)“ ersetzt.

b) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Im einleitenden Satzteil wird die Angabe „Diensteanbieter nach § 3 Nr. 6“ durch die Angabe „Anbieter von Telekommunikationsdiensten nach § 3 Nr. 1“ ersetzt.

bb) Nummer 1 erhält folgende Fassung:

„1. zu den Bestandsdaten gemäß § 3 Nr. 6 und § 172 TKG (einfache Bestandsdaten),“.

*Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes*

8. § 20 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 **erhält folgende Fassung**:

**„[1]Die Verfassungsschutzbehörde kann anordnen, dass diejenigen, die geschäftsmäßig** digitale Dienste **erbringen, daran mitwirken oder den Zugang zur Nutzung daran vermitteln, ihr Auskunft erteilen**

**1. zu Bestandsdaten** (§ 2 Abs. 2 Nr. 2 **des Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetzes –** TDDDG **–**) **mit Ausnahme von Passwörtern oder anderen Daten, mittels derer der Zugriff auf Endgeräte oder auf Speichereinrichtungen, die in diesen Endgeräten oder hiervon räumlich getrennt eingesetzt werden, geschützt wird, oder**

**2. zu Nutzungsdaten** (§ 2 Abs. 2 Nr. 3 TDDDG) _____.**“**

b) Absatz 2 ____ wird wie folgt geändert:

aa) **Satz 1 erhält folgende Fassung:**

**„[1]Die Verfassungsschutzbehörde kann anordnen, dass diejenigen, die geschäftsmäßig** Telekommunikationsdienste nach § 3 Nr. **61 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) erbringen oder daran mitwirken, ihr Auskunft erteilen**

1. zu den **von ihnen erhobenen** Bestandsdaten gemäß § 3 Nr. 6 und **den nach** § 172 TKG **erhobenen Daten** _____,

**2. zu Daten nach Nummer 1, mittels derer der Zugriff auf Endgeräte oder auf Speichereinrichtungen, die in diesen Endgeräten oder hiervon räumlich getrennt eingesetzt werden, geschützt wird oder die anhand einer zu einem bestimmten Zeitpunkt zugewiesenen Internetprotokoll-Adresse bestimmt werden, oder**

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| cc) In Nummer 3 wird die Angabe „§ 96 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 TKG“ durch die Angabe „§ 9 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 TDDDG“ ersetzt. | **3. zu Verkehrsdaten nach** § 9 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 TDDDG **und sonstigen zum Aufbau und zur Aufrechterhaltung der Telekommunikation notwendigen Verkehrsdaten.“** |
| | **bb) In Satz 3 wird die Angabe „Auskunft zu einfachen Bestandsdaten“ durch die Angabe „Auskunft nach Satz 1 Nr. 1“ ersetzt.** |
| | **cc) In Satz 4 wird die Angabe „Auskunft zu besonderen Bestandsdaten und zu Verkehrsdaten“ durch die Angabe „Auskunft nach Satz 1 Nr. 2 oder 3“ ersetzt.** |
| | **b/1) Dem Absatz 3 wird der folgende Satz 4 angefügt:** |
| | **„[4]Zur Erteilung einer Auskunft nach Satz 1 sind Unternehmen verpflichtet, die in Deutschland eine Niederlassung haben oder Leistungen erbringen.“** |
| c) In Absatz 4 wird die Angabe „des Absatzes 3 Satz 2 Halbsatz 1 und Satz 3 das Bundesamt“ durch die Angabe „des Absatzes 2 Satz 2 oder 3 das Bundeszentralamt“ ersetzt. | c) *unverändert* |
| 9. § 21 Abs. 3 wird wie folgt geändert: | 9. § 21 ____ wird wie folgt geändert: |
| | **1/a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:** |
| | **aa) In Satz 2 werden nach dem Wort „gilt“ die Worte „für die Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen in den Fällen des § 16 Abs. 2 sowie“ eingefügt sowie das Wort „besonderen“ und die Angabe „sowie für Ersuchen nach § 20 Abs. 4“ gestrichen.** |
| | **bb) In Satz 3 werden nach der Angabe „Nrn. 4 bis 6“ die Worte „in den nicht von § 16 Abs. 2 erfassten Fällen“ eingefügt.** |
| | **2/a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:** |
| | **aa) Satz 1 Nr. 1 erhält folgende Fassung:** |
| | **„1. ein Jahr in den Fällen des § 16 Abs. 2,“.** |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| | **bb) In Satz 2 Halbsatz 1 werden nach dem Wort „Anordnung“ die Worte „unter Berücksichtigung ihrer Gesamtdauer und der in dieser Zeit erlangten Erkenntnisse“ eingefügt.** |
| | **cc) Satz 3 wird gestrichen.** |
| a) Am Ende des Absatzes 3 Satz 2 werden die Worte „und für Ersuchen nach § 20 Abs. 4“ gestrichen. | a) _____ Absatz 3 **wird wie folgt geändert:** |
| | **aa) In** Satz 2 werden **nach dem Wort „gilt“ die Worte „für die Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen in den Fällen des § 16 Abs. 2 sowie“ eingefügt sowie das Wort „besonderen“ und** die Worte „und für Ersuchen nach § 20 Abs. 4“ gestrichen. |
| b) Satz 3 erhält folgende Fassung: | **bb) Der bisherige** Satz 3 **wird durch die folgenden neuen Sätze 3 bis 5/1 ersetzt:** |
| „[3]Die Verfassungsschutzbehörde informiert die G 10-Kommission im Rahmen der Einholung der Zustimmung nach Satz 1 oder 2 darüber, wenn sie gegen die betroffene Person bereits zeitgleich weitere nachrichtendienstliche Mittel und besondere Auskunftsverlangen, die der Zustimmung der G 10-Kommission unterliegen, einsetzt.“ | „[3]**In dem schriftlichen Antrag auf Zustimmung sind der G 10-Kommission alle beurteilungsrelevanten Tatsachen mitzuteilen; insbesondere sind anzugeben:**<br>**1. das Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt oder die Person, soweit möglich, mit Name und Anschrift, gegen das oder die sich der Einsatz des nachrichtendienstlichen Mittels richtet oder zu dem oder zu der die Erteilung der Auskunft angeordnet wird,**<br>**2. die** zeitgleich gegen **eine in Nummer 1 genannte** Person **von der Verfassungsschutzbehörde eingesetzten** weiteren nachrichtendienstlichen Mittel und besonderen Auskunftsverlangen**,**<br>**3. Art, Umfang und Dauer des Einsatzes oder der Auskunft,**<br>**4. der Sachverhalt sowie**<br>**5. eine Begründung**. |
| c) Satz 4 erhält folgende Fassung: | _____ |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| „[4]Die G 10-Kommission prüft im Rahmen der Erteilung der Zustimmung die Zulässigkeit und Notwendigkeit des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels oder des besonderen Auskunftsverlangens; im Fall des Satzes 3 prüft sie zudem, ob sich aus der Summe der eingesetzten nachrichtendienstlichen Mittel und besonderen Auskunftsverlangen ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Grundrechte der betroffenen Person ergibt.“ | [4]Die G 10-Kommission prüft im Rahmen der Erteilung der Zustimmung die Zulässigkeit und Notwendigkeit des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels oder des besonderen Auskunftsverlangens; im Fall des Satzes 3 **Nr. 2** prüft sie zudem, ob sich aus der Summe der eingesetzten nachrichtendienstlichen Mittel und besonderen Auskunftsverlangen ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Grundrechte _____ ergibt. |
| d) Es wird der folgende Satz 5 eingefügt: | _____ |
| „[5]Führt die Überprüfung zu dem Ergebnis, dass ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Grundrechte der oder des Betroffenen vorliegt, hat die Verfassungsschutzbehörde die eingesetzten nachrichtendienstlichen Mittel und besonderen Auskunftsverlangen unverzüglich auf ein verhältnismäßiges Maß zu reduzieren.“ | _____ |
| | **[5/1]Die G 10-Kommission hat die Zustimmung und ihre wesentlichen Gründe schriftlich festzuhalten**.“ |
| e) Der bisherige Satz 4 wird Satz 6. | **cc)** *unverändert* |
| | **b) In Absatz 4 Satz 3 wird die Angabe „Absatz 3 Satz 4“ durch die Angabe „Absatz 3 Satz 6“ ersetzt.** |
| | **c) Absatz 5 wird gestrichen.** |
| | **d) Die bisherigen Absätze 6 und 7 werden Absätze 5 und 6.** |
| | **e) In dem neuen Absatz 5 Satz 1 wird die Angabe „bis 5“ durch die Angabe „und 4“ ersetzt.** |
| | **f) In dem neuen Absatz 6 werden nach dem Wort „Mittel“ die Worte „sowie der Inanspruchnahme von Gewährspersonen“ eingefügt.** |
| 10. § 22 wird wie folgt geändert: | 10. § 22 wird wie folgt geändert: |
| a) Absatz 1 wird wie folgt geändert: | a) Absatz 1 wird wie folgt geändert: |
| aa) In Satz 1 wird nach den Worten „seiner Beendigung den“ das Wort „erheblich“ eingefügt. | aa) ***wird gestrichen*** |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| bb) In Satz 3 werden die Worte „betroffenen Personen“ durch die Worte „erheblich betroffenen Personen“ ersetzt und nach der Angabe „20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1“ die Angabe „und zu Kontostammdaten nach § 20 Abs. 4“eingefügt. | bb) In Satz 3 **Halbsatz 2** werden **_____ das Wort „einfachen“ gestrichen und** nach der Angabe „20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1“ die Angabe „und zu Kontostammdaten nach § 20 Abs. 4“ eingefügt. |
| cc) In Satz 4 wird die Angabe „§ 30“ durch die Angabe „§ 29“ ersetzt. | cc) *unverändert* |
| | **dd) Satz 5 erhält folgende Fassung:**<br>**„[5]Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, wenn**<br>**1. für die Mitteilung in unverhältnismäßiger Weise weitere personenbezogene Daten der betroffenen Person erhoben werden müssten oder**<br>**2. die Person nur unerheblich betroffen und anzunehmen ist, dass sie kein Interesse an einer Mitteilung hat.“** |
| b) Absatz 2 wird wie folgt geändert: | b) Absatz 2 wird wie folgt geändert: |
| aa) In Satz 1 Nr. 4 werden nach dem Wort „Mittels“ die Worte „oder des besonderen Auskunftsverlangens“ eingefügt. | aa) *unverändert* |
| | **aa/1) Satz 3 erhält folgende Fassung:**<br>**„[3]Stimmt die G 10-Kommission der Zurückstellung zu, so hat sie diese zu befristen; der Fristbestimmung kann der Zeitraum zugrunde gelegt werden, in dem die Voraussetzungen der Zurückstellung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht entfallen werden.“** |
| | **aa/2) In Satz 7 werden nach dem Wort „nach“ die Worte „der Beendigung des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels oder“ eingefügt.** |
| bb) Es wird der folgende Satz 8 angefügt:<br>„[8]Sind mehrere nachrichtendienstliche Mittel und besondere Auskunftsverlangen in demselben Sachzusammenhang durchgeführt worden, ist die Beendigung der letzten Maßnahme für die Berechnung der Fristen maßgeblich.“ | bb) ***wird gestrichen*** |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| c) Dem Absatz 3 werden die folgenden Sätze 3 und 4 angefügt:<br><br>„[3]Einer Mitteilung bedarf es abweichend von Satz 1 endgültig auch dann nicht, wenn zehn Jahre nach Beendigung des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels oder nach der Erteilung der Auskunft die in Absatz 2 bestimmten Fristen noch nicht begonnen haben und die Voraussetzungen für eine Löschung der personenbezogenen Daten vorliegen. [4]Dies bedarf ebenfalls der Zustimmung der G 10-Kommission; in den Fällen des Satzes 2 der Zustimmung der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz.“ | c) ***wird gestrichen*** |
| 11. § 23 Abs. 5 Satz 3 erhält folgende Fassung:<br><br>„[3]Ein Ersuchen um die Übermittlung personenbezogener Daten, die aufgrund einer Wohnraumüberwachung nach § 100 c StPO oder nach § 35 NPOG erlangt worden sind, ist nur unter den in § 25 Abs. 2 Satz 3 genannten Voraussetzungen zulässig.“ | 11. **In** § 23 **Abs. 2 Satz 1 wird die Angabe „des Bundesverfassungsschutzgesetzes (BVerfSchG)“ durch die Angabe „BVerfSchG“ ersetzt.** |
| 12. In § 24 Abs. 1 werden die Worte „, insbesondere Grundbücher, Personenstandsbücher, Melderegister, Personalausweisregister, Passregister, Führerscheinkartei, Waffenscheinkartei,“ gestrichen. | 12. *unverändert* |
| 13. § 25 Abs. 2 Satz 3 erhält folgende Fassung:<br><br>„[3]Die Übermittlung personenbezogener Daten, die aufgrund einer Wohnraumüberwachung nach § 100 c StPO oder nach § 35 a NPOG erlangt worden sind, ist nur unter den Voraussetzungen des Satzes 2 und nur bei einer im Hinblick auf das Ausmaß des zu erwartenden Schadens und die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts erhöhten Gefahr für eines der in § 30 Abs. 1 Satz 2 genannten besonders gewichtigen Rechtsgüter zulässig.“ | 13. ***wird gestrichen*** |
| 14. § 28 wird wie folgt geändert:<br><br>a) In Absatz 2 Satz 3 wird die Angabe „§ 30“ durch die Angabe „§ 29“ ersetzt. | 14. § 28 wird wie folgt geändert:<br><br>a) ____ Absatz 2 Satz 3 **erhält folgende Fassung:**<br><br>**„[3]Ein schutzwürdiges Interesse liegt insbesondere dann vor, wenn die betroffene Person einen Antrag auf Auskunft nach** § 29 **gestellt oder innerhalb des vergangenen Jahres eine Mitteilung nach § 6 Abs. 4 oder § 22 Abs. 1 erhalten hat.“**. |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| b) In Absatz 4 Satz 2 wird die Angabe „9“ durch die Angabe „10“ ersetzt. | b) In Absatz 4 Satz 2 wird die Angabe „9“ durch die Angabe „10“ ersetzt **und das Wort „besonderen“ wird gestrichen**. |
| | **b/1) Absatz 6 Satz 3 erhält folgende Fassung:** |
| | **„[3]Sie sind nach Beendigung der gemäß § 33 a Abs. 1 Satz 2 durchzuführenden Kontrolle der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz zu löschen.“** |
| c) In Absatz 7 wird die Angabe „9“ durch die Angabe „10“ ersetzt. | c) In Absatz 7 wird die Angabe „9“ durch die Angabe „10“ ersetzt **und die Worte „besonderen Bestandsdaten“ werden durch das Wort „Bestandsdaten“ ersetzt**. |
| 15. Im Vierten Kapitel wird der bisherige § 30 als neuer § 29 eingefügt. | 15. **Das** Vierte Kapitel wird **wie folgt geändert:**<br><br>Der bisherige § 30 **wird neuer** § 29 ____. |
| 16. Das Fünfte Kapitel wird wie folgt geändert: | 16. **Im** Fünften Kapitel **werden die bisherigen §§ 31 und 32 durch die folgenden neuen §§ 30 bis 32 h ersetzt**: |
| a) Es wird der folgende neue § 30 eingefügt: | _____ |
| „§ 30<br>Grundsätze für die Übermittlung personenbezogener Daten | **„§ 30**<br>**Übermittlung an inländische öffentliche Stellen** |
| *(hier nicht abgedruckt)* | **(1) Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten an inländische öffentliche Stellen übermitteln, wenn dies zur Erfüllung von Aufgaben der empfangenden Stelle erforderlich ist.**<br><br>**(2) [1]Absatz 1 gilt nicht für die Übermittlung von personenbezogenen Daten, die die Verfassungsschutzbehörde durch den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel oder durch besondere Auskunftsverlangen, die der Mitteilungspflicht nach § 22 Abs. 1 Satz 3 unterliegen, erhoben hat. [2]Die Übermittlung dieser Daten an inländische öffentliche Stellen ist nur unter den Voraussetzungen der §§ 31 bis 32 a zulässig.** |
| b) § 31 erhält folgende Fassung: | _____ |
| „§ 31<br>Übermittlung personenbezogener Daten an Staatsanwaltschaften, Polizeibehörden und Behörden zur Umsetzung operativer Befugnisse | **§ 31**<br>**Übermittlung zur Strafverfolgung** |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| *(hier nicht abgedruckt)* | **(1) Die Verfassungsschutzbehörde übermittelt die in § 30 Abs. 2 genannten personenbezogenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden des Landes, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht einer besonders schweren Straftat begründen und soweit die Daten zur Verfolgung dieser Straftat erforderlich sind.**<br><br>**(2) Besonders schwere Straftaten gemäß Absatz 1 sind**<br><br>**1. Straftaten, die im Höchstmaß mit einer Freiheitsstrafe von mehr als fünf Jahren bedroht sind, und**<br><br>**2. Straftaten gemäß den §§ 95, 100 a, 106 und 109 e StGB.** |
| c) § 32 erhält folgende Fassung: | _____ |
| „§ 32<br>Übermittlung an sonstige Behörden und Stellen | **§ 32**<br>**Übermittlung zur Gefahrenabwehr** |
| *(hier nicht abgedruckt)* | **(1) [1]Die Verfassungsschutzbehörde darf die in § 30 Abs. 2 genannten personenbezogenen Daten an inländische öffentliche Stellen übermitteln, soweit dies im Einzelfall zur Abwehr einer zumindest konkretisierten Gefahr für ein besonders gewichtiges Rechtsgut erforderlich ist. [2]Abweichend von Satz 1 ist die Verfassungsschutzbehörde im Fall einer unmittelbar bevorstehenden Gefahr oder einer im Einzelfall bestehenden Gefahr, die von einer Bestrebung oder Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 ausgeht, zur Übermittlung an die Polizeibehörden des Landes verpflichtet.**<br><br>**(2) Eine konkretisierte Gefahr nach Absatz 1 Satz 1 liegt vor, wenn sich der zum Schaden führende Kausalverlauf zwar noch nicht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit vorhersehen lässt, aber bereits bestimmte Tatsachen im Einzelfall auf die Entstehung einer konkreten Gefahr für ein besonders gewichtiges Rechtsgut hinweisen.**<br><br>**(3) Besonders gewichtige Rechtsgüter nach Absatz 1 Satz 1 sind**<br><br>**1. die freiheitliche demokratische Grundordnung, einschließlich des Gedankens der Völkerverständigung und des friedlichen Zusammenlebens der Völker,** |

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

*Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes*

**2. der Bestand und die Sicherheit des Bundes, der Länder sowie überstaatlicher und internationaler Organisationen, denen die Bundesrepublik Deutschland angehört,**

**3. sonstige Güter der Allgemeinheit, deren Bedrohung die Grundlagen der Existenz des Menschen berührt, Sachen von bedeutendem Wert und bedeutende Vermögenswerte, deren Erhaltung im besonderen öffentlichen Interesse geboten ist,**

**4. das Leben sowie bei einer erheblichen Gefährdung im Einzelfall die körperliche Integrität und Freiheit einer Person.**

**§ 32 a**
**Übermittlung zum vorbeugenden Rechtsgüterschutz**

**Die Verfassungsschutzbehörde darf die in § 30 Abs. 2 genannten personenbezogenen Daten übermitteln**

**1. an Verbotsbehörden im Sinne des § 3 Abs. 2 des Vereinsgesetzes zur Durchführung von Verbotsverfahren nach § 3 Abs. 1 Satz 1 des Vereinsgesetzes,**

**2. an den Bundestag, die Bundesregierung oder eine Landesregierung zur Vorbereitung eines Antrags auf Entscheidung gemäß Artikel 18 Satz 2 des Grundgesetzes,**

**3. an den Bundestag, den Bundesrat, die Bundesregierung oder eine Landesregierung zur Vorbereitung eines Antrags nach Artikel 21 Abs. 2 und 3 des Grundgesetzes und**

**4. an inländische öffentliche Stellen, insbesondere zur Durchführung von Verwaltungsverfahren,**

**a) auf deren Ersuchen, wenn dieses Ersuchen auf einer gesetzlichen Regelung beruht, oder**

**b) wenn die Verfassungsschutzbehörde zur Übermittlung gesetzlich verpflichtet oder berechtigt ist,**

**soweit dies im Einzelfall aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte zum Schutz der in § 32 Abs. 3 genannten Rechtsgüter erforderlich ist.**

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

*Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes*

**§ 32 b**
**Übermittlung an inländische nichtöffentliche Stellen**

**[1]Die Übermittlung personenbezogener Daten an inländische nichtöffentliche Stellen ist unzulässig, es sei denn, dass dies im Einzelfall zur Abwehr einer zumindest konkretisierten Gefahr für eines der in § 32 Abs. 3 genannten Rechtsgüter erforderlich ist. [2]Die Übermittlung bedarf der Zustimmung der Leiterin oder des Leiters der Verfassungsschutzabteilung, im Vertretungsfall der Vertreterin oder des Vertreters. [3]Für Handlungen zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr ist die Zustimmung nach Satz 2 entbehrlich. [4]Die empfangende Stelle hat die Verfassungsschutzbehörde über Handlungen nach Satz 3 und deren Anlass unverzüglich nachträglich zu unterrichten. [5]Die Verfassungsschutzbehörde hat der betroffenen Person eine Übermittlung nach Satz 1 mitzuteilen, sobald eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung nach § 3 Abs. 1 durch die Mitteilung nicht mehr zu besorgen ist.**

**§ 32 c**
**Übermittlung für Angebote zum Ausstieg**

**[1]Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten an Polizeibehörden des Landes, sonstige inländische öffentliche Stellen und in der Präventionsarbeit bewährte nichtöffentliche Stellen übermitteln, soweit die empfangende Stelle die Daten für Angebote zum Ausstieg aus Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 benötigt. [2]Satz 1 gilt nicht für personenbezogene Daten, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln oder besonderen Auskunftsverlangen erhoben wurden, welche der Mitteilungspflicht nach § 22 Abs. 1 Sätze 1 bis 3 unterliegen.**

**§ 32 d**
**Übermittlung an ausländische sowie über- und zwischenstaatliche Stellen**

**(1) [1]Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz an ausländische öffentliche Stellen sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen übermitteln, soweit die Übermittlung in einem Gesetz, einem Rechtsakt der Europäischen Gemeinschaften oder einer internationalen Vereinbarung geregelt und die Übermittlung zur Aufgabenerfüllung der empfangenden Stelle erforderlich ist. [2]Die**

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| | **Übermittlung der in § 30 Abs. 2 genannten personenbezogenen Daten ist nur zulässig**<br><br>**1. zur Strafverfolgung in entsprechender Anwendung von § 31,**<br><br>**2. zur Gefahrenabwehr in entsprechender Anwendung von § 32 und**<br><br>**3. zum vorbeugenden Rechtsgüterschutz in entsprechender Anwendung von § 32 a.**<br><br>**(2) [1]Die Übermittlung ist unzulässig, wenn**<br><br>**1. auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland entgegenstehen oder**<br><br>**2. ein datenschutzrechtlich angemessener und die elementaren Menschenrechte wahrender Umgang mit den Daten bei der empfangenden Stelle nicht hinreichend gesichert ist.**<br><br>**[2]Bei der Prüfung, ob eine Übermittlung gemäß Satz 1 Nr. 2 unzulässig ist, hat die Verfassungsschutzbehörde insbesondere den bisherigen Umgang der empfangenden Stelle mit übermittelten Daten zu berücksichtigen.**<br><br>**(3) Übermittlungen nach Absatz 1 sind der oder dem Landesbeauftragten für den Datenschutz mitzuteilen.**<br><br>**§ 32 e**<br>**Übermittlung im Interesse der betroffenen Person**<br><br>**Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten übermitteln, wenn offensichtlich ist, dass die Übermittlung im Interesse der betroffenen Person liegt, deren Einwilligung nicht oder nicht rechtzeitig eingeholt werden kann und kein Grund zu der Annahme besteht, dass sie in Kenntnis der Übermittlung die Einwilligung verweigern würde.**<br><br>**§ 32 f**<br>**Allgemeine Übermittlungsverbote**<br><br>**(1) Die Verfassungsschutzbehörde darf nur solche personenbezogenen Daten übermitteln, die ihr bereits bekannt sind oder von ihr aus allgemein zugänglichen Quellen entnommen werden können.** |

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

*Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes*

**(2) Die Übermittlung ist unzulässig, wenn dadurch Informationsquellen oder die Arbeitsweise der Verfassungsschutzbehörde gefährdet würden und diese Sicherheitsinteressen das Interesse der empfangenden Stelle an der Datenübermittlung überwiegen.**

**§ 32 g**
**Allgemeine Verfahrensvorschriften für die Übermittlung**

**(1) [1]Jede Übermittlung der in § 30 Abs. 2 genannten personenbezogenen Daten ist zu dokumentieren. [2]Bei der Dokumentation ist die zugrunde gelegte Rechtsvorschrift und der Zeitpunkt der Übermittlung anzugeben. [3]Die in der Dokumentation enthaltenen personenbezogenen Daten dürfen ausschließlich zur Datenschutzkontrolle verwendet werden. [4]Sie dürfen nicht gelöscht werden, solange sie für diese Kontrolle erforderlich sind.**

**(2) Sind mit personenbezogenen Daten weitere personenbezogene Daten der betroffenen Person oder von Dritten so verbunden, dass eine Trennung nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich ist, so dürfen auch diese übermittelt werden, soweit nicht berechtigte Interessen der betroffenen oder einer anderen Person offensichtlich überwiegen; die Verarbeitung dieser Daten ist nach Maßgabe des § 28 Abs. 3 einzuschränken.**

**(3) [1]Sind die personenbezogenen Daten nach § 26 Abs. 2 oder Abs. 3 Satz 4 gekennzeichnet, so hat die Verfassungsschutzbehörde die Kennzeichnung bei der Übermittlung aufrechtzuerhalten. [2]Die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, im Vertretungsfall die Vertreterin oder der Vertreter, kann mit Zustimmung der G 10-Kommission anordnen, dass bei der Übermittlung auf die Aufrechterhaltung der Kennzeichnung verzichtet wird, wenn dies unerlässlich ist, um die Geheimhaltung der Art und Weise der Datenerhebung nicht zu gefährden. [3]Bei Gefahr im Verzug kann die Anordnung bereits vor der Zustimmung getroffen werden. [4]In diesem Fall ist die Zustimmung unverzüglich nachträglich einzuholen. [5]Stimmt die G 10-Kommission nicht nachträglich zu, so ist die Kennzeichnung unverzüglich durch die empfangende Stelle nachzuholen; darauf ist sie von der Verfassungsschutzbehörde hinzuweisen. [6]Die**

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

*Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes*

**Sätze 1 bis 5 gelten nicht für die Übermittlungen gemäß § 32 a Nr. 4.**

**(4) Über die Übermittlung von personenbezogenen Daten, die unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 10 bis 12 oder mit besonderen Auskunftsverlangen nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2 und 3 oder Abs. 3 Satz 1 erhoben wurden, entscheidet in den Fällen der §§ 31 bis 32 a sowie § 32 d eine besonders bestellte Beschäftigte oder ein besonders bestellter Beschäftigter, die oder der mit der Auswertung nicht befasst war und die Befähigung zum Richteramt hat.**

**(5) Erweisen sich personenbezogene Daten nach ihrer Übermittlung als unvollständig oder unrichtig, so sind sie gegenüber der empfangenden Stelle unverzüglich zu ergänzen oder zu berichtigen, es sei denn, dass der Mangel für die Beurteilung des Sachverhalts offensichtlich ohne Bedeutung ist.**

**§ 32 h**
**Pflichten der empfangenden Stelle**

**(1) [1]Die empfangende Stelle darf die personenbezogenen Daten nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie übermittelt worden sind. [2]Nichtöffentliche Stellen sind auf die Zweckbindung nach Satz 1 und darauf hinzuweisen, dass sich die Verfassungsschutzbehörde vorbehält, Auskunft über die Verarbeitung der übermittelten Daten zu verlangen. [3]Sind die übermittelten Daten nach § 32 g Abs. 3 gekennzeichnet, so hat die empfangende Stelle die Kennzeichnung aufrecht zu erhalten.**

**(2) [1]Die Daten sind zu löschen, wenn sie für den Übermittlungszweck nicht oder nicht mehr erforderlich sind. [2]Wurden personenbezogene Daten übermittelt, die unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 10 bis 12 oder mit besonderen Auskunftsverlangen nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2 und 3 oder Abs. 3 Satz 1 erhoben wurden, so prüft die empfangende Stelle unverzüglich und danach in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die übermittelten Daten für den Zweck erforderlich sind, zu dem sie übermittelt wurden. [3]Soweit dies nicht der Fall ist, sind sie unverzüglich unter Aufsicht einer oder eines besonders bestellten Beschäftigten, die oder der die Befähigung zum Richteramt hat, zu**

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| | **löschen. [4]Die Löschung ist zu dokumentieren. [5]Die Verfassungsschutzbehörde ist unverzüglich über die Löschung zu unterrichten.“** |
| d) In § 33 Abs. 2 Satz 2 wird die Angabe „§ 30“ durch die Angabe „§ 29“ ersetzt. | **16/1.** *unverändert* |
| 17. In § 36 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 2 wird nach der Angabe „20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1“ die Angabe „und zu Kontostammdaten nach § 20 Abs. 4“ eingefügt. | 17. ____ § 36 **wird wie folgt geändert:** |
| | **a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:** |
| | **aa) Nummer 3 erhält folgende Fassung:** |
| | **„3. die Bestimmung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts von erheblicher Bedeutung sowie die Verlängerung der Bestimmung (§ 6 Abs. 6 Satz 3, § 7 Abs. 2 Satz 5),“.** |
| | **bb) In Nummer 4 wird im Klammerzusatz die Angabe „Abs. 7“ durch die Angabe „Abs. 6“ ersetzt.** |
| | **b)** In **Absatz 3** Satz 2 **werden das Wort „einfachen“ gestrichen und** nach der Angabe „20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1“ die Angabe „und zu Kontostammdaten nach § 20 Abs. 4“ eingefügt. |
| 18. § 42 erhält folgende Fassung: | 18. § 42 erhält folgende Fassung: |
| | **„§ 42<br>Übergangsvorschrift** |
| „[1]§ 22 Abs. 2 Satz 8 gilt für alle nach Inkrafttreten dieses Gesetzes beendeten Einsätze. [2]Für Einsätze, die bereits vor Inkrafttreten dieses Gesetzes beendet wurden, gilt § 22 Abs. 2 in der vorherigen Fassung.“ | _____ **Für Vertrauenspersonen, die am *[Tag vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes]* bereits in Anspruch genommen werden, finden § 16 Abs. 2 und § 21 Abs. 1 bis 3 erst ab dem Zeitpunkt einer Verlängerung der Inanspruchnahme Anwendung.**“ |
| Artikel 2<br>Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes | Artikel 2<br>Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes |
| § 4 Abs. 5 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes vom 27. Januar 2004 (Nds. GVBl. S. 35), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 7. Juli 2021 (Nds. GVBl. S. 483), erhält folgende Fassung: | § 4 ____ des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes vom 27. Januar 2004 (Nds. GVBl. S. 35), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 7. Juli 2021 (Nds. GVBl. S. 483), **wird wie folgt geändert**: |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| | **1. Absatz 1 wird wie folgt geändert:** |
| | **a) Es werden die folgenden neuen Sätze 3 und 4 eingefügt:** |
| | **„[3]In dem schriftlichen Antrag auf Zustimmung sind der G 10-Kommission alle beurteilungsrelevanten Tatsachen mitzuteilen; insbesondere sind anzugeben:** |
| | **1. die Person, gegen die sich die Beschränkungsmaßnahme richtet, soweit möglich, mit Name und Anschrift,** |
| | **2. Art, Umfang und Dauer der Beschränkungsmaßnahme,** |
| | **3. bei einer Überwachung der Telekommunikation die Rufnummer oder eine andere Kennung des Telekommunikationsanschlusses oder die Kennung des Endgerätes, wenn diese allein diesem Endgerät zugeordnet ist,** |
| | **4. im Fall des § 11 Abs. 1a des Artikel 10-Gesetzes eine möglichst genaue Bezeichnung des informationstechnischen Systems, in das zur Datenerhebung eingegriffen werden soll,** |
| | **5. die zeitgleich gegen die in Nummer 1 genannte Person von der Verfassungsschutzbehörde eingesetzten weiteren nachrichtendienstlichen Mittel und besonderen Auskunftsverlangen,** |
| | **6. der Sachverhalt sowie** |
| | **7. eine Begründung.** |
| | **[4]Die G 10-Kommission hat die Zustimmung und ihre wesentlichen Gründe schriftlich festzuhalten.“** |
| | **b) Die bisherigen Sätze 3 bis 5 werden Sätze 5 bis 7.** |
| | **2. Absatz 5 erhält folgende Fassung:** |
| „(5) [1]Das Fachministerium unterrichtet die Kommission innerhalb von drei Monaten nach Einstellung der Beschränkungsmaßnahme über die Mitteilung an Betroffene oder über die Gründe, die einer Mitteilung entgegenstehen (§ 12 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes). [2]Hält die | „(5) [1]Das Fachministerium unterrichtet die Kommission innerhalb von drei Monaten nach Einstellung der Beschränkungsmaßnahme über die Mitteilung an Betroffene oder über die Gründe, die einer Mitteilung entgegenstehen (§ 12 Abs. 1 **Satz 2** |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| Kommission eine Mitteilung für geboten, so ist diese unverzüglich von der Verfassungsschutzbehörde vorzunehmen. [3]§ 12 des Artikel 10-Gesetzes bleibt unberührt.“ | des Artikel 10-Gesetzes). [2]Hält die Kommission eine Mitteilung für geboten, so ist diese unverzüglich von der Verfassungsschutzbehörde vorzunehmen. [3]_____“ |
| | **Artikel 2/1**<br>**Einschränkung der Versammlungsfreiheit**<br><br>**Aufgrund dieses Gesetzes kann das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit (Artikel 8 Abs. 1 des Grundgesetzes) eingeschränkt werden.** |
| Artikel 3<br>Neubekanntmachung | Artikel 3<br>Neubekanntmachung |
| Das Ministerium für Inneres und Sport wird ermächtigt, das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz in der nunmehr geltenden Fassung mit neuem Datum bekannt zu machen und dabei Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen. | ***wird gestrichen*** |
| Artikel 4<br>Inkrafttreten | Artikel 4<br>Inkrafttreten |
| Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft. | *unverändert* |

(Verteilt am 11.12.2025)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Vielen Dank, Frau Viehoff.

Ich rufe vereinbarungsgemäß zusammen auf:

Tagesordnungspunkt 2:
Abschließende Beratung:
**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen** - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes - Drs. 19/9281 - Schriftlicher Bericht - Drs. 19/9348

Tagesordnungspunkt 3:
Abschließende Beratung:
**Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken - Verfassungsschutzgesetz grundlegend reformieren** - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/5071 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes - Drs. 19/9282

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen und den Antrag abzulehnen. Eine Berichterstattung zu dem Antrag unter Tagesordnungspunkt 2 ist nicht vorgesehen.

Ich eröffne die Beratung zu beiden Punkten. Zu Wort hat sich gemeldet: für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Sebastian Zinke. Bitte schön!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Sebastian Zinke** (SPD):

Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn dieser beiden Tagesordnungspunkte den Blick kurz in einen anderen Teil dieser Welt richten: nach Sydney. Wir verurteilen den antisemitischen Angriff auf feiernde Jüdinnen und Juden auf Schärfste, meine sehr geehrten Damen und Herren. Dieser Übergriff zeigt, dass wir alles tun müssen, um unsere Sicherheitsbehörden so auszustatten, dass wir solche Angriffe in Zukunft in Deutschland verhindern können.

(Beifall)

In diesem Lichte, meine sehr geehrten Damen und Herren, diskutieren wir eine Novellierung unseres Verfassungsschutzgesetzes. Dieses Gesetz diskutieren wir in einer, wenn man es flapsig ausdrücken möchte, wilden Zeit.

Wir haben es mit zahlreichen Veränderungen in unserer Gesellschaft sowohl in Deutschland als auch weltweit und mit einer veränderten Sicherheitslage in der Welt zu tun. Diese Veränderungen gehen von der Frage: „Werde ich zukünftig mit Elektromobilität unterwegs sein oder nicht?“ bis hin zu der Frage: „Wer sind eigentlich unsere Partner, wenn es um die Sicherheit Deutschlands geht?“

Diese Veränderungen führen vielfach - jedenfalls ist das meine Erfahrung - zu Verunsicherung und Ängsten in der Bevölkerung. Wir wissen aus der Geschichte, aber wir beobachten das auch ganz aktuell: In der Zeit der Unsicherheit haben Extremistinnen und Extremisten leichtes Spiel.

In dieser Zeit hat uns die Landesregierung den Entwurf für ein neues Verfassungsschutzgesetz vorgelegt. Das ist eines der, wie ich finde, anspruchsvollsten Gesetze, die wir als Parlament zu beraten haben - weil es in diesem Gesetz darum geht, in besonderer Art und Weise Möglichkeiten zu eröffnen, in Grundrechte einzugreifen.

Dass wir das Ganze sorgfältig angegangen sind, zeigt sich daran, dass wir den Gesetzentwurf vor genau einem Jahr zum ersten Mal beraten und ihn im Ausschuss ein Jahr lang mit Expertinnen und Experten, mit dem Gesetzgebungs- und Beratungsdienst, aber auch zwischen den Fraktionen sehr sorgfältig beraten haben und Ihnen heute eine leicht veränderte Version vorlegen können.

Das ist ein besonderes Gesetz, das besondere Befugnisse für eine besondere Behörde beinhaltet, die ein besonderes Gesetz in Deutschland schützt: Der Verfassungsschutz schützt unsere Verfassung, unser Grundgesetz. Das ist vielleicht eine Politikerphrase. Man kann es aber auch anders sagen: Der Verfassungsschutz schützt die Art, wie wir als Gesellschaft zusammenleben, wie in Deutschland und in Niedersachsen die Macht verteilt ist und wie wir die Bürgerinnen und Bürger vor staatlichen Eingriffen schützen können. Wer sich außerhalb dieser Regeln befindet, den dürfen wir als Verfassungsfeindin oder Verfassungsfeind bezeichnen.

Der Verfassungsschutz ist - dieser Vergleich wird immer wieder bemüht - ein Frühwarnsystem: für uns als Politik, aber vermehrt auch für die gesamte Gesellschaft. Denn in Zeiten von Digitalisierung und digitalen Newsräumen wird es immer schwieriger, Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus oder auch Desinformation, die von außen gesteuert wird, zu erkennen.

Deshalb ist es wichtig, dass wir den Verfassungsschutz stärken. Das tun wir mit der heutigen Verabschiedung dieses Gesetzentwurfs. Wir werden, wenn wir ihn heute beschließen, ein modernes, an der aktuellen Rechtsprechung orientiertes Gesetz haben. Der Verfassungsschutz wird damit die Möglichkeit haben, seine Aufgabe im System der Sicherheitsbehörden wahrzunehmen.

Lassen Sie mich kurz skizzieren, was wir verändern: Wir präzisieren in dem Gesetzentwurf die Aufgaben des Verfassungsschutzes, indem wir die Prävention mit aufnehmen. Zukünftig wird es möglich sein, Bestrebungen, die von Einzelpersonen ausgehen, zu beobachten. Wir werden die fdGO nicht mehr selbst definieren, sondern verweisen dynamisch auf das Bundesrecht. Wir kippen das Verbot,

Drohnen zu nutzen. Wir führen die Möglichkeit der Standortermittlung mittels IMSI-Catcher ein. Wir ermöglichen die Bildaufzeichnung zur Feststellung von Personenpotenzialen. Wir konkretisieren die erhebliche Bedeutung bei Verdachts- und Beobachtungsobjekten. Wir senken die Hürden für das Anwerben von V-Personen, die bereits in den entsprechenden Milieus unterwegs sind. Wir schaffen die Voraussetzungen für das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes und für die Kontostammdatenabfrage. Wir verlängern die kurzfristige Observation von 24 auf 48 Stunden. Und wir verändern mit diesem Gesetzentwurf auch die Datenübermittlungs- und Datenschutzvorschriften. Wir finden: Das ist ein rundes Paket, mit dem der Verfassungsschutz zukunftsfest aufgestellt ist.

Die CDU hat mit ihrem Antrag - das wird gleich sicherlich noch zur Sprache kommen - weitergehende Dinge wie die Wohnraumüberwachung gefordert. Dies sehen wir als übertrieben an, weil wir glauben, dass der Artikel 13 GG nur ein sehr enges Anwendungsfenster für einen Eingriff in das entsprechende Grundrecht eröffnet.

Das Gleiche gilt für die Online-Durchsuchung und die Frage, ob die Organisierte Kriminalität in Niedersachsen zukünftig vom Verfassungsschutz beobachtet werden soll. Länder, die das bereits eingeführt hatten, haben das wieder zurückgenommen, weil es eine *polizeiliche* Aufgabe ist, Kriminalität zu bekämpfen. Das sehen wir im Hinblick auf das klare Trennungsgebot auch zukünftig als für uns ausreichend an.

Das Gleiche gilt für die Quellen-TKÜ, die gefordert wird. Dabei wird übersehen, dass wir das bereits heute über das Artikel-10-Gesetz tun können.

Besonders diskutiert haben wir über die Forderung, auch Jugendliche unter 14 Jahren, also Kinder, vom Verfassungsschutz speichern und beobachten zu lassen. Dazu - ich hoffe, das wird hier heute nicht wiederholt - hat der Kollege Plett in der letzten Ausschusssitzung gesagt: „Der Verfassungsschutz muss die Vorfeldorganisation der Jugendämter sein.“ Das sehen wir anders. Wir glauben, dass es richtig ist, hier an das Alter von 14 Jahren anzuknüpfen, das auch in § 19 StGB, also bei der Strafmündigkeit, vorgesehen ist. Das ist ein gutes Alter.

Nichtsdestoweniger müssen wir bei Kindern, die im extremistischen Milieu aufwachsen, natürlich auch über die Jugendhilfe tätig werden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Insgesamt liegt uns hier heute ein ausgewogener Gesetzentwurf vor, der auf der einen Seite die Grundrechte schützt und auf der anderen Seite den Verfassungsschutz stärkt.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen bedanken, die an dieser Gesetzesberatung mitgewirkt haben: bei den Mitgliedern meiner eigenen Fraktion, aber auch bei allen Expertinnen und Experten, die uns mit Rat und Tat und mit ihrem Wissen zur Seite gestanden haben, insbesondere bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des GBD: bei Herrn Dr. Miller und Herrn Dr. Wefelmeier - weil es ein besonderes Gesetz ist, das wir hier beschließen wollen, und weil es auch einen besonderen Aufwand innerhalb der Verwaltung bedeutet, wenn wir einen solchen Gesetzentwurf beraten.

Meine Damen und Herren, der Gesetzentwurf beweist: Die rot-grüne Koalition ist ein Garant dafür, dass Freiheit und Sicherheit in einem abgewogenen Verhältnis zueinander stehen - heute und auch in Zukunft.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Zinke. - Für die Fraktion der CDU hat sich zu Wort gemeldet: der Kollege Christoph Plett. Bitte schön, Herr Plett!

(Beifall bei der CDU)

**Christoph Plett** (CDU):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Zinke hat gerade schon erwähnt, worum es geht: um die Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes. Wir als CDU-Landtagsfraktion sagen: Dieser Gesetzentwurf wird den sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit nicht gerecht. Er bleibt weit hinter dem zurück, was notwendig wäre, um unseren Verfassungsschutz endlich handlungsfähig zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Landtagsfraktion lehnt diesen Gesetzentwurf auf der Grundlage unseres eigenen Entschließungsantrags, der eine umfassende, moderne und wirksame Reform fordert und sie gewährleisten würde, ab. Der vorliegende Gesetzentwurf zementiert Schutzlücken, statt sie zu schließen.

Das Verfassungsschutzgesetz wurde 2016 unter Rot-Grün nicht reformiert, sondern deformiert. Es war eine „Kastration des Verfassungsschutzes“; der damalige hessische Datenschutzbeauftragte Professor Ronellenfitsch hat es treffend so bezeichnet. Die Wohnraumüberwachung wurde abgeschafft, Speicherfristen wurden drastisch verkürzt, und ein voraussetzungsloses Auskunftsrecht für Betroffene wurde geschaffen. Damit wurde Niedersachsen - das ist nicht nur unsere Auffassung - bundesweit zum Schlusslicht gemacht.

Die damalige, von SPD und Grünen geleitete Innenpolitik hat den Verfassungsschutz geschwächt - und die heutige Landesregierung setzt diese Linie fort. Der vorliegende Gesetzentwurf behebt diese Fehler nicht, nein, er schreibt sie sogar fest.

Wir leben in einer Zeit wachsender Gefahren und brauchen einen starken Verfassungsschutz. Schauen wir in die Verfassungsschutzberichte der letzten Jahre!

Erstens: Rechtsextremismus - steigende Fallzahlen, zunehmende Gewaltbereitschaft.

Zweitens: Islamismus - unvermindert hohes Anschlagspotenzial. Beispiel: der verhinderte Angriff auf einen Weihnachtsmarkt in Bayern, wie gestern und vorgestern mitgeteilt wurde.

Drittens: Auslandsgeheimdienste - russische Einflussoperationen, Cyberangriffe.

Viertens: Antisemitismus - nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel auf einem erschreckenden Höchststand. Ein weiteres Beispiel kam gestern in Australien hinzu.

Fünftens: Linksextremismus - zunehmende Militanz. Grüne reden diesen Extremismus in diesen Tagen in aller Regel klein.

(Volker Bajus [GRÜNE]: Bitte?)

Ich will nur das Verfahren in Sachsen erwähnen: Die Bundesanwaltschaft hat gegenüber der Hammerbande die Anklageschrift verlesen - drei Stunden lang! Wenn man sich das einmal vor Augen führt, ist dieser Linksextremismus nicht kleinzureden.

(Beifall bei der CDU)

In Gänze ist eine dramatische Zunahme von Einzeltätern festzustellen, radikalisiert im Internet.

Meine Damen und Herren, in dieser Lage braucht ein Verfassungsschutz moderne Mittel und Befugnisse, vergleichbar mit denen in anderen Bundesländern und dem Bund. Doch der Gesetzentwurf der Landesregierung macht genau das Gegenteil: Er hält an überholten Hürden fest und verweigert moderne Instrumente. Unser Entschließungsantrag hingegen zeigt den Weg: umfassend, modern und wirksam.

Wir als CDU haben einen eigenen Entschließungsantrag vorgelegt, der 23 konkrete Maßnahmen umfasst. Ich nenne nur einige wesentliche Punkte: Erweiterung des Aufgabenbereichs auf Organisierte Kriminalität, wie es in Bayern, Hessen und dem Saarland längst praktiziert wird - die Grünen und Linke in der SPD nennen es „rassistisch“; wir nennen es „Clankriminalität“ -,

(Beifall bei der CDU)

Absenkung der Altersgrenze von 14 Jahren bei der Erhebung von personenbezogenen Daten, längere Prüf- und Löschfristen analog zum Bundesamt für Verfassungsschutz, Wiedereinführung der Wohnraumüberwachung - die Wohnraumüberwachung ist übrigens für die Eigensicherung von Personen, mit denen der Verfassungsschutz zusammenarbeitet, elementar wichtig - und die Einführung der Online-Durchsuchung - Instrumente, die fast alle anderen Ämter längst haben -, Erleichterungen bei verdeckten Ermittlern, Vertrauenspersonen und technischen Mitteln, mehr Kooperation zwischen Polizei und Verfassungsschutz insbesondere bei schwersten Gefahrenlagen, projektbezogene Dateien wie die frühere Syrien-Datei, aber diesmal auf klarer Rechtsgrundlage.

Meine Damen und Herren, wir müssen den Verfassungsschutz nicht an die Leine legen - wir müssen ihn befähigen! Die Landesregierung nutzt den vom Bundesverfassungsgericht vorgegebenen verfassungsrechtlichen Rahmen nicht aus. Der vorgelegte Gesetzentwurf zeigt: Diese Landesregierung hat Angst, den bestehenden verfassungsrechtlichen Rahmen auszuschöpfen.

(Beifall bei der CDU)

Aber das Bundesverfassungsgericht hat eines mehrfach klargestellt: Der Staat hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich und die Bürgerinnen und Bürger vor Extremisten zu schützen. Andere Länder wie Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen oder Sachsen schöpfen diese verfassungs-

rechtlichen Möglichkeiten längst aus. Nur Niedersachsen bleibt Schlusslicht. Warum? Nicht aus rechtlichen Gründen, nein, sondern nur aus politischen.

Eine rot-grüne Landesregierung, die sich nicht traut, dem Verfassungsschutz das Werkzeug zu geben, das er braucht - darüber müssen wir nicht reden. Die Grünen sind die Bremser, das steht fest.

Frau Ministerin Behrens, das ist ein Gesetzentwurf der Landesregierung. Sie waren und sind bis heute nicht Herrin des Verfahrens. Sie dürfen heute das verkünden, was Ihnen die Grünen zugestehen, mehr nicht.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Entwurf kommt einem Versagen gleich, weil er einen Verstoß gegen das grundgesetzliche Gebot der wehrhaften Demokratie darstellt. Ich empfehle Ihnen - insbesondere Herrn Lühmann, der immer gerne evidenzbasiert und wissenschaftlich argumentiert -: Karl Loewenstein, „Apologie des liberalen Staatsdenkens“.

(Beifall bei der CDU)

Die Demokratie darf sich gegen ihre Feinde verteidigen und muss ihnen nicht mit wertneutraler Toleranz begegnen.

(Beifall bei der CDU)

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, findet sich im vorliegenden Gesetzentwurf nicht.

Wir brauchen Vertrauen in die Sicherheitsbehörden und nicht mehr Fesseln. In Ihrem Gesetzentwurf, meine Damen und Herren von der SPD und den Grünen, finden sich weiterhin zahlreiche Vorschriften, die auf einem grundlegenden Misstrauen gegenüber dem Verfassungsschutz beruhen.

(Evrim Camuz [GRÜNE]: Das hätten Sie doch alles in der vergangenen Wahlperiode machen können!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir als CDU haben dieses Misstrauen nicht.

Noch ein Wort zur Definition der freiheitlich-demokratischen Grundordnung: Wir haben uns im Ausschuss darauf verständigt, bei der Frage der gesetzlichen Definition der fdGO die anstehende Novellierung des Bundesverfassungsschutzgesetzes abzuwarten. Wird dort eine Neudefinition vorgenommen, wird sich das auch bei uns auswirken. Dazu brauchen wir keine Bundesratsinitiative.

Und eines will ich an dieser Stelle klar sagen: Mag das Bundesverfassungsgericht den Begriff der fdGO ausgeschärft haben: Auswirkungen auf die Bekämpfung von Extremismus kann ich dabei nicht erkennen. Alle bekannten Formen des Extremismus müssen auch zukünftig vom Verfassungsschutz beobachtet werden, auch die bekannten Formen des Linksextremismus.

(Beifall bei der CDU)

Unter dem Deckmantel der Menschenwürde darf es keinen „guten“ und „schlechten“ Extremismus geben.

In diesem Sinne: Wir als CDU-Landtagsfraktion fordern Sie auf, ein Gesetz vorzulegen, das unsere Bürger schützt, unseren Sicherheitsbehörden vertraut und unsere Demokratie wehrhaft macht. Der vorliegende Entwurf macht dies nicht.

In diesem Sinne: Ein gutes Verfassungsschutzgesetz für Niedersachsen wäre machbar - aber nicht mit dieser Regierung.

Herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU und von Jozef Rakicky [fraktionslos])

**Präsidentin Hanna Naber:**

Vielen Dank, Herr Plett. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich zu Wort gemeldet: die Kollegin Evrim Camuz. Bitte schön, Frau Camuz!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

**Evrim Camuz** (GRÜNE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Vor etwas über zehn Jahren hatten wir Grüne eine andere, eine differenzierte Meinung zur Verfassungsschutzbehörde. Ich würde lügen, wenn ich jetzt nicht sagen würde, dass der NSU-Terror und das Versagen unserer Verfassungsschutzämter immer noch sehr tief sitzen. Aber wir wollen nicht meckern, sondern wir wollen uns hier konstruktiv beteiligen. Wir wollen jetzt ein Verfassungsschutzgesetz einbringen und auch abschließend beraten, das den Bedrohungslagen unserer heutigen Zeit gerecht wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hierbei wollen wir zwei zentrale Aufgaben wahrnehmen. Erstens setzen wir die Vorgaben der höchstrichterlichen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts konsequent um und bringen das

Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz mit dieser Entscheidung in Einklang. Zweitens reagieren wir auf die aktuelle Sicherheitslage und schaffen moderne, rechtssichere Instrumente, die angesichts der anhaltend hohen Gefährdungslage dringend notwendig sind.

Zum ersten Punkt: Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2022 zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz hat auch Maßstäbe für andere Landesgesetze und die des Bundes gesetzt. Niedersachsen setzt diese Vorgaben nun entschlossen und verantwortungsvoll um.

Ich möchte mich an dieser Stelle beim GBD ausdrücklich für die konstruktive und engagierte Zusammenarbeit bedanken. Gemeinsam haben wir die Datenübermittlungsbefugnisse grundlegend überarbeitet, damit sie den verfassungsrechtlichen Anforderungen entsprechen.

Zudem schaffen wir eine unabhängige Kontrolle der additiven Wirkung nachrichtendienstlicher Mittel und besonderer Auskunftsverlangen. Diese Neuerung ist besonders wichtig, denn Eingriffe dürfen nicht nur einzeln betrachtet werden, wie es bisher war. Entscheidend ist auch, welche Wirkung sie im Zusammenspiel entfalten. Genau diese Gesamtschau verlangt das Bundesverfassungsgericht, und genau das setzen wir jetzt um.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zum zweiten Punkt: Der Verfassungsschutz sieht sich zunehmend mit neuen Bedrohungslagen konfrontiert. Wir sehen, wie Desinformationskampagnen aus dem Ausland, häufig auch aus Russland, im Vorfeld unserer Wahlen versuchen, das Vertrauen in demokratische Strukturen zu unterlaufen. Wir sehen, wie Cyberangriffe gezielt versuchen, sensible Infrastrukturen anzugreifen. Und wir sehen auch, wie Propaganda in sozialen Medien Reichweiten erlangen kann, die im analogen Raum kaum möglich wären.

Die Bedrohung kommt aber nicht nur von außen. Rechtsextremes Gedankengut wird über soziale Medien geteilt, wo gezielt auch versucht wird, Kinder und Jugendliche zu radikalisieren. Zur Begegnung dieser Bedrohungslage wollen wir den Verfassungsschutz endlich weiter stärken. Dafür sieht unser Gesetzentwurf verschiedene Maßnahmen vor, die wir in der notwendigen Grundrechtsabwägung und Sensibilität einführen.

Von den vielen Änderungen möchte ich eine besonders hervorheben: Die Anschläge von Halle und Hanau und jetzt auch in Sydney haben uns schmerzlich vor Augen geführt, dass gefährliche Radikalisierungsprozesse heute vielfach außerhalb organisierter Strukturen stattfinden. Soziale Medien geben Einzelpersonen Plattformen und Räume, in denen sie sich radikalisieren, Hass schüren und Gewaltfantasien verstärken können, ohne jemals ihren eigenen Schreibtisch, das Kinderzimmer zu verlassen.

Unser bisheriges Gesetz unterscheidet stark zwischen Gruppierungen und Einzelpersonen. Während Personenzusammenschlüsse frühzeitig beobachtet werden können, setzt die Beobachtung von Einzelpersonen voraus, dass ihr Verhalten bereits auf Gewalt gerichtet ist. Diese Differenzierung wird der Realität nicht mehr gerecht, und ich kann mich nicht daran erinnern, dass dieses Problem von der CDU jemals angepackt wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Einzelpersonen können - das zeigen die schrecklichen Ereignisse von Halle und Hanau - genauso gefährlich sein wie organisierte Zusammenschlüsse. Deshalb streichen wir den Gewaltbezug bei Einzelpersonen und ermöglichen damit dem Verfassungsschutz, gefährliche Entwicklungen früher, bevor radikalisierte Täter zur Tat schreiten, zu erkennen. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass jede Entscheidung im Einzelfall mit einem klaren Blick auf die Grundrechte der Betroffenen sorgfältig abgewogen wird.

Sehr geehrte Abgeordnete, dieser Gesetzentwurf stärkt unseren Verfassungsschutz, schärft seine verfassungsrechtlichen Leitplanken und macht ihn gleichzeitig wirksamer gegenüber der aktuellen Bedrohungslage. Daher bitte ich um Ihre Unterstützung.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Vielen Dank, Frau Camuz. - Für die Fraktion der AfD hat sich zu Wort gemeldet: der Abgeordnete Klaus Wichmann. Bitte schön, Herr Wichmann!

(Beifall bei der AfD)

**Klaus Wichmann** (AfD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir reden gleich im nächsten Tagesordnungspunkt über den auf eine andere Weise viel wichtigeren Teil des Themas Verfassungsschutz in Niedersachsen.

Dieser Teil hier ist ein Sammelsurium von Änderungen, zum Teil im sehr kleinen Detail, die man in weiten Teilen machen kann, aber nicht machen muss. Jedenfalls im Ausschuss hat die Behörde selbst keine Hilferufe ausgesandt nach dem Motto: Ohne diese Änderungen wird unsere Arbeit unmöglich oder wäre völlig absurd. Schlimmer noch: Mein Antrag, die Behörde selbst zu diesen geplanten Änderungen anzuhören und zu fragen: „Was hilft Ihnen, was ist denn überflüssig?“, wurde als unnötig abgelehnt.

Wieder einmal interessieren Sie sich nicht für die Realität. Stattdessen wird der Verfassungsschutz nun auch Einzelpersonen mit Geheimdienstmitteln überwachen dürfen. Wir haben es gerade gehört. Was Sie aber nicht beantworten können, ist, wie eine Einzelperson überhaupt die freiheitlich-demokratische Grundordnung beseitigen könnte.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Herr Wichmann?

**Klaus Wichmann** (AfD):

Deswegen kann man diesem Gesetz nicht zustimmen.

**Präsidentin Hanna Naber:**

Herr Wichmann!

**Klaus Wichmann** (AfD):

Wir lehnen es ab - genauso wie Zwischenfragen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Damit haben Sie meine Frage schon galant beantwortet. Herr Zinke, ich muss Ihnen leider einen Korb geben.

(Beifall bei der AfD)

Nun hat sich für die Landesregierung zu Wort gemeldet: Frau Ministerin Daniela Behrens.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

**Daniela Behrens**, Ministerin für Inneres, Sport und Digitalisierung:

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Mütter und Väter des Grundgesetzes wollten eine streitbare Demokratie. Sie wollten eine Demokratie, die sich vor extremistischen Bedrohungen schützen kann, unabhängig davon, ob diese extremistische Bedrohung von innen oder von außen kommt. Dieser Selbstschutz steht im Fokus der Arbeit des Niedersächsischen Verfassungsschutzes.

Der Verfassungsschutz gilt als effektives Frühwarnsystem unserer Demokratie. Um dieser Aufgabe nachkommen zu können, müssen wir ihm die notwendigen Befugnisse und Möglichkeiten an die Hand geben, um uns gegen Extremisten und Verfassungsfeinde zu schützen.

Daher freue ich mich, dass wir heute nach intensiver Beratung im Ausschuss die Novellierung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes beschließen wollen. Ich bedanke mich ausdrücklich ganz herzlich für die intensive und qualitätsvolle Debatte im Fachausschuss dieses Landtages. Das war sehr gut. Herzlichen Dank, dass Sie den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Verfassungsschutzgesetzes besser gemacht haben, meine Damen und Herren - herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Mit der Novellierung gehen wir auf notwendige Änderungen durch die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2022 ein, die sich unmittelbar auch auf die Verfassungsschutzgesetze des Bundes und der Länder auswirken. Auch die neueste Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist im vorliegenden Gesetzentwurf mit eingearbeitet worden. Darüber hinaus haben wir die Werkzeuge neu konzipiert, die der Verfassungsschutz braucht, damit die Arbeit weiterhin in gebotener Qualität geleistet werden kann.

Damit, meine Damen und Herren, ist der Niedersächsische Verfassungsschutz gut und sicher aufgestellt. Das sollten auch die Worte der Opposition hier nicht in Abrede stellen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was ist für mich das Wesentliche? Für mich ist das Wesentliche, dass wir zukünftig Drohnen als Aufklärungsmittel einsetzen können. Damit holen wir eine längst überfällige Anpassung an die Realität moderner Beobachtungsmethoden nach.

Wichtig sind ebenfalls das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes außerhalb von Wohnungen unter Einsatz technischer Mittel. Auch das wird klar definiert und damit erleichtert.

Wir sorgen dafür, dass die kurzfristige Observation von bislang 24 auf 48 Stunden ausgedehnt wird, und wir erweitern den Handlungsspielraum für die Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen.

All das sind wesentliche Verbesserungen der Arbeit des Verfassungsschutzes in Niedersachsen, und daher sind wir, was den Verfassungsschutz in Niedersachsen angeht, mit diesem neuen Gesetz gut aufgestellt. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich finde es auch wichtig, meine Damen und Herren, dass wir im Ausschuss sehr intensiv über die Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gesprochen haben. Es ist, glaube ich, richtig, dass wir im Lichte der zweiten NPD-Verbotsentscheidung den Begriff der fdGO präzisieren. Deswegen kommt der Antrag der Regierungsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur richtigen Zeit. Dazu wird später unter TOP 39 noch berichtet. Denn der Bund hat inzwischen angekündigt, zeitnah eine Novelle des Bundesverfassungsschutzgesetzes vorzulegen.

Aus diesem Grunde ist es richtig, dass wir eine rechtssichere, moderne und einheitliche Neudefinition des Begriffs der freiheitlichen demokratischen Grundordnung fordern. Das ist wichtig, denn es macht keinen Sinn, dass jedes Bundesland das selbst definiert. Wir brauchen das einheitlich, und daher ist der Verweis darauf richtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich kurz auf die Forderungen der Opposition, was den Verfassungsschutz, die Wohnraumüberwachung oder auch die Beobachtung Organisierter Kriminalität betrifft, eingehen. Hierzu ist ganz deutlich zu sagen: Der Verfassungsschutz, meine Damen und Herren, ist nicht die Polizei. Er hat weder dieselben Aufgaben noch dieselben Befugnisse - und das soll auch in Zukunft so bleiben. Die CDU vermischt die Arbeit von Polizei und Verfassungsschutz.

Das Gebot der Trennung dieser beiden Sicherheitsbehörden hat aber gute Gründe: Es ist eine Lehre aus unserer Geschichte. Deswegen, meine Damen und Herren, bleibt die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität Aufgabe der Polizei Niedersachsen. Die macht das übrigens sehr gut.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich einen letzten Aspekt erwähnen, meine Damen und Herren, zu dem ich mich nachher nicht zu Wort melden werde, denn die Einrichtung von parlamentarischen Kontrollgremien ist Sache des Parlaments und nicht der Exekutive. Als Fan der Gewaltenteilung nehme ich das sehr ernst.

Ich finde es richtig, dass Sie über die nachrichtendienstliche Arbeit, die sehr sensibel ist und der Kontrolle des Parlaments bedarf, sprechen. Mutmaßliche Antidemokraten dürfen weder sich selbst noch diejenigen kontrollieren, die die Demokratie schützen wollen. Das ist nicht das, was die Mütter und Väter unserer Verfassung beim Thema wehrhafte Demokratie gemeint haben.

Daher ist es wichtig, dass SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen ein parlamentarisches Kontrollgremium einrichten. Das hat der Bund schon getan, das haben andere Länder schon getan. Es ist wichtig, dass das Kontrollgremium aus der Mitte des Parlaments bestimmt wird und damit die wichtige Aufgabe des Verfassungsschutzes nicht diskreditiert wird. Auch dafür meinen herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In dem Sinne, meine Damen und Herren: Ziel unserer gemeinsamen Arbeit muss es immer sein, Vertrauen in den Staat zu stärken. Vertrauen in den Staat zu stärken, bedeutet, dass die Sicherheitsbehörden so gut wie möglich arbeiten können. Mit der Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes schaffen wir dies für unseren Verfassungsschutz in Niedersachsen - damit wir handlungsfähig sind, damit wir auf unsere Bürgerinnen und Bürger achten können, und zwar ohne Maß und Mitte zu verlieren.

Herzlichen Dank für die gute Beratung. Diesen Gesetzentwurf empfehle ich zur Annahme.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Hanna Naber:**

Vielen Dank, Frau Ministerin.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass wir nun zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 2 kommen.

Wer der Beschlussempfehlung folgen und damit den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Schlussabstimmung mit den in der Beschlussempfehlung empfohlenen Änderungen annehmen will, den oder die bitte ich, soweit möglich, aufzustehen. - Das sind die Fraktion der SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Gegenprobe! - Das sind die Fraktion der CDU, die Fraktion der AfD und unser fraktionsloses Mitglied. Falls ich jemanden übersehen haben sollte: Möchte sich ein Kollege, eine Kollegin enthalten? - Dem ist nicht so. Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

Ich komme nun zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 3.

Wer der Beschlussempfehlung folgen und damit den Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 19/5071 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? - Das ist die Fraktion der CDU und unser fraktionsloses Mitglied. Möchte sich ein Mitglied des Landtages enthalten? - Der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.

**Schriftlicher Bericht**

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes - Drs. 19/9281

Berichterstattung: Abg. Sebastian Zinke (SPD)

Der Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes empfiehlt Ihnen in der Drucksache 19/9281, den Gesetzentwurf mit den aus der Beschlussempfehlung ersichtlichen Änderungen anzunehmen. Diese Beschlussempfehlung kam mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen von CDU und AfD zustande. Der mitberatende Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen hat sich dieser Empfehlung mit demselben Abstimmungsergebnis angeschlossen.

Ein Ausschussmitglied der CDU-Fraktion bemängelte, dass trotz entsprechender Hinweise aus der Anhörung keine Inhalte aus dem Entschließungsantrag der CDU-Fraktion „Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken - Verfassungsschutzgesetz grundlegend reformieren“ (Drs. 19/5071) Eingang in die Beschlussempfehlung gefunden hätten. Ein Ausschussmitglied der SPD-Fraktion wies darauf hin, dass einige Anregungen aus der Anhörung in der Beschlussempfehlung berücksichtigt worden seien; darüber hinaus habe die CDU-Fraktion keine konkreten Änderungsvorschläge eingebracht, über die im Ausschuss hätte abgestimmt werden können.

Ein Schwerpunkt der Beratungen im federführenden Ausschuss lag bei der Frage, ob in der Folge des NPD-II-Urteils des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) aus dem Jahr 2017 (BVerfGE 144, 20) die Begriffsbestimmung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in § 4 Abs. 3 des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes (NVerfSchG) geändert werden sollte. Da der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst (GBD) darauf hinwies, dass dem Land für eine von § 4 Abs. 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes (BVerfSchG) abweichende Begriffsbestimmung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wegen Artikel 73 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. b des Grundgesetzes (GG) die Gesetzgebungskompetenz fehle, empfiehlt der Ausschuss eine Verweisung auf die Begriffsbestimmung in § 4 Abs. 2 BVerfSchG in der jeweils geltenden Fassung. Mehrere Ausschussmitglieder der Koalitionsfraktionen kündigten an, sich beim Bundesgesetzgeber für eine zeitnahe Änderung des § 4 Abs. 2 BVerfSchG einzusetzen, die sich aufgrund der empfohlenen dynamischen Verweisung umgehend auch im niedersächsischen Verfassungsschutzrecht auswirken werde (vgl. dazu auch die Erläuterungen zu Artikel 1 Nr. 2 Buchst. b [§ 4 Abs. 3 NVerfSchG]).

Den Ausschussempfehlungen zu den einzelnen Vorschriften liegen folgende Überlegungen zugrunde:

**Zu Artikel 1 (Änderung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes):**

**Zu Nummer 1 (§ 3 Abs. 3 Satz 2):**

Die Aufgabe der Prävention ist schon im geltenden Recht enthalten, sie soll aber nach Mitteilung des MI im Gesetz deutlicher zum Ausdruck kommen. Da die Prävention als Oberbegriff der Angebote zum Ausstieg angesehen wird (Begründung, Drs. 19/5930, S. 16), kann sie sprachlich nicht gleichrangig daneben gestellt werden. Die Ausschussempfehlung präzisiert durch eine Legaldefinition, dass die Aufgabe der Prävention darin besteht, Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 NVerfSchG entgegenzuwirken und ihrem Entstehen vorzubeugen (so die Begründung, Drs. 19/5930,

S. 16; wortgleich auch schon Drs. 17/2161, S. 23, zu § 3 Abs. 3 NVerfSchG-Entwurf 2014). Angebote zur Information und zum Ausstieg bleiben Regelbeispiele der Prävention.

**Zu Nummer 2 (§ 4):**

**Zu Buchstabe a (Absatz 1):**

§ 4 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 NVerfSchG weicht in seiner Regelungsstruktur mindestens seit 1992 von § 4 Abs. 1 Satz 1 BVerfSchG ab. Da insoweit allerdings keine inhaltlichen Unterschiede bestehen, wurde dies in der Vergangenheit auch vor dem Hintergrund der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die „Zusammenarbeit des Bundes und der Länder … zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Verfassungsschutz)“ (Artikel 73 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. b GG) in rechtlicher Hinsicht nicht problematisiert. Um keine unbeabsichtigte inhaltliche Abweichung zu erzeugen, empfiehlt der Ausschuss, die aus § 4 Abs. 1 Satz 4 BVerfSchG übernommene Entwurfsfassung des Absatzes 1 Satz 4 an die abweichende Regelungsstruktur anzupassen, indem die in Absatz 2 genannten Ziele der Bestrebung in Bezug genommen werden. Mit dieser Empfehlung nimmt der Ausschuss in Kauf, dass die Begründung (Drs. 19/5930, S. 16 f.), der zufolge „in Bezug auf Einzelpersonen ein Entschließungsermessen auszuüben ist“ (dies entspricht der Begründung zu § 4 Abs. 1 Satz 4 BVerfSchG in BT-Drs. 19/24785, S. 17), rechtlich schwer verständlich ist. Im Rahmen einer Begriffsbestimmung, die durch Inbezugnahme in den §§ 6 ff. zum Tatbestandsmerkmal wird, kann kein Ermessen ausgeübt werden (Ermessen gibt es nicht auf Tatbestands-, sondern ausschließlich auf Rechtsfolgenseite). Gemeint ist hier, dass der Verfassungsschutzbehörde, wenn von einer Einzelperson eine Bestrebung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 oder 4 ausgeht, ein Entschließungsermessen zustehen soll. Die Verfassungsschutzbehörde soll folglich entscheiden, ob sie tätig wird (durch Bestimmung der Einzelperson zum Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt nach den §§ 6 und 7 oder durch Beginn einer Verdachtsgewinnungsphase nach § 8) oder nicht. Dies ist bei Bestrebungen, die von einem Personenzusammenschluss ausgehen („Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss“) anders; hier steht der Verfassungsschutzbehörde kein Entschließungsermessen zu, sondern lediglich ein Auswahlermessen hinsichtlich der Art und Intensität der zu ergreifenden Maßnahmen (OVG Münster, NVwZ-Beilage 2024, 94, 113; Warg, in: Dietrich/Eiffler, Handbuch des Rechts der Nachrichtendienste, 2017, VI § 1 Rn. 40; Roth, in: Schenke/Graulich/Ruthig, Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, § 4 BVerfSchG Rn. 131, 133; Droste, Handbuch des Verfassungsschutzrechts, 2007, S. 200). Obwohl dies im Wortlaut der Regelung nicht deutlich zum Ausdruck kommt, empfiehlt der Ausschuss die Beibehaltung der Entwurfsformulierung, um möglichst einheitliche Begriffsbestimmungen mit dem Bundesrecht (und anderem Landesrecht) zu erzielen.

**Zu Buchstabe b (Absatz 3):**

Im Ausschuss wurde die Frage diskutiert, ob vor dem Hintergrund des Urteils des BVerfG vom 17.01.2017 (BVerfGE 144, 20 - NPD II) die Bestimmung des Begriffs der freiheitlichen demokratischen Grundordnung angepasst werden sollte. In der juristischen Fachliteratur ist umstritten, ob durch das NPD-II-Urteil der Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gegenüber dem bisherigen Begriffsverständnis verengt worden ist, ob, wenn ja, dies auf die freiheitliche demokratische Grundordnung i. S. d. Artikels 73 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. b GG (Verfassungsschutz) zu übertragen ist, und, wenn ja, ob es insoweit gesetzgeberischen Handelns oder nur einer verfassungskonformen Auslegung bedarf. Unabhängig von diesen Fragen hat der GBD die Auffassung vertreten, dass eine Anpassung des Begriffs der freiheitlichen demokratischen Grundordnung jedenfalls nicht in die Gesetzgebungskompetenz des Landesgesetzgebers falle. Der GBD begründete seine Auffassung damit, dass der Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ein Begriff der Verfassung sei, also vom Gesetzgeber nicht authentisch interpretiert, sondern allenfalls - mit einem Begriff aus der Anhörung - „operationalisiert“ werden könne, um die Gesetzesanwendung zu erleichtern. Diese Operationalisierung des Begriffs der freiheitlichen demokratischen Grundordnung liege als Bestandteil der Aufgabenstellung des Verfassungsschutzes gemäß Artikel 73 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. b GG in der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz des Bundes. In Ausübung dieser Kompetenz habe der Bund die freiheitliche demokratische Grundordnung in § 4 Abs. 2 BVerfSchG für die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder einheitlich definiert. Eine von dieser Begriffsbestimmung abweichende Landesgesetzgebung sei daher formell verfassungswidrig. Etwaiger

Änderungsbedarf aufgrund des NPD-II-Urteils sei mithin Sache des Bundesgesetzgebers. Diese Auffassung ist auch in der Anhörung vertreten worden. Die ebenfalls in der Anhörung vertretene Gegenauffassung, dass der Kompetenztitel des Artikel 73 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. b GG die Begriffsbestimmung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht erfasse, sodass den Ländern die Gesetzgebungskompetenz zufalle, habe den GBD nicht überzeugt. Wie der Bundesgesetzgeber „die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Verfassungsschutz)“ regeln können solle, ohne das zentrale Schutzgut - die freiheitliche demokratische Grundordnung - einheitlich zu bestimmen, erschließe sich nicht. Wenn die Schutzgüter in Bund und Ländern unterschiedlich definiert würden, dann bezögen sich auch die Informationserhebungen der Verfassungsschutzbehörden auf unterschiedliche Schutzgüter, sodass bei jeder Übermittlung im Verfassungsschutzverbund die Frage zu stellen sei, ob die Informationen zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nach „Landesdefinition“ oder zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nach „Bundesdefinition“ erhoben worden seien. Dies würde zu erheblichen Unsicherheiten bei den Informationsübermittlungen führen. Die von der Gegenauffassung in Anspruch genommene Rechtsprechung des BVerfG zur Antiterrordatei - demnach erfasse der Kompetenztitel des Artikels 73 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. b GG „die laufende gegenseitige Unterrichtung und Auskunftserteilung, die wechselseitige Beratung sowie gegenseitige Unterstützung und Hilfeleistung in den Grenzen der je eigenen Befugnisse“ (BVerfGE 156, 11, 41 [Rn. 76]) - stütze die Gegenauffassung nicht, da die Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zur Regelung der Aufgaben gehöre, auf die sich die Zusammenarbeit beziehe, nicht zur Regelung der Befugnisse zur Erfüllung dieser Aufgaben. Nach Auffassung des GBD obliege es nicht den Ländern, die vom Bund vorgegebenen Aufgaben des Verfassungsschutzes zu verkürzen. Denkbar sei allenfalls, dass die Länder ihren Verfassungsschutzbehörden zusätzliche Aufgaben zuwiesen.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Ausschuss, auf eine eigene Definition des Begriffs der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu verzichten und stattdessen in Absatz 3 auf § 4 Abs. 2 BVerfSchG in der jeweils geltenden Fassung zu verweisen. Der Ausschuss lehnt sich damit an entsprechende Regelungen aus Bayern und Hessen (Artikel 4 Abs. 1 des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes [BayVSG], § 3 Abs. 1 des Hessischen Verfassungsschutzgesetzes [HVSG]) sowie die Entwurfsregelung aus Berlin an. Diese Ausschussempfehlung ist im Hinblick auf die Gesetzgebungskompetenz unbedenklich, lässt aber trotzdem aus dem Landesgesetz ersichtlich werden, wo die für die Anwendung des NVerfSchG notwendige Begriffsbestimmung zu finden ist. Zudem wird sich dadurch eine Anpassung der Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch den Bundesgesetzgeber, für die sich die Ausschussmitglieder der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen einsetzen wollen, sofort auch auf den Verfassungsschutz in Niedersachsen auswirken, ohne dass das NVerfSchG dazu noch einmal geändert werden muss.

**Zu Nummer 2/1 (§ 6 Abs. 6):**

Der empfohlene neue Absatz 6 geht auf die neuere Rechtsprechung des BVerfG zurück, die bei besonders eingriffsintensiven nachrichtendienstlichen Mitteln - insbesondere bei längerfristigen Observationen, der Erfassung nichtöffentlicher Gespräche, der Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen und dem Einsatz verdeckter Ermittlerinnen/Ermittler (BVerfGE 162, 1, 91 f. [Rn. 191]) - eine gesteigerte Beobachtungsbedürftigkeit der Bestrebungen verlangt (BVerfGE 162, 1, 92 ff. [Rn. 192 ff.]), die vom Gesetzgeber hinreichend bestimmt und normenklar zu regeln ist (BVerfGE 162, 1, 95 ff. [Rn. 199 ff.]). In dem Erfordernis der „erheblichen Bedeutung“ der Bestrebungen bzw. der Beobachtungs- und Verdachtsobjekte, die bisher Bestandteil der Eingriffsschwellen in § 16 Abs. 2 (Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen) und § 17 (längerfristige Observationen und Bildaufzeichnungen, nach dem Entwurf auch das Erfassen nichtöffentlicher Gespräche außerhalb von Wohnungen) ist, hat das BVerfG keine hinreichend bestimmte Regelung der von Verfassungs wegen erforderlichen gesteigerten Beobachtungsbedarfs gesehen (BVerfGE 162, 1, 161 f. [Rn. 359 f.]). Auf diese verfassungsrechtliche Problematik wurde auch in der Anhörung hingewiesen. Der Ausschuss empfiehlt, mit dem neuen Absatz 6 eine den verfassungsrechtlichen Anforderungen genügende Konkretisierung der erheblichen Bedeutung von Beobachtungs- und Verdachtsobjekten in das Gesetz aufzunehmen. Da an den Begriff des Beobachtungs- und Verdachtsobjekts von erheblicher Bedeutung

in § 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3, § 16 Abs. 2 Satz 1, § 17 sowie 20 Abs. 1 Satz 4 angeknüpft wird, soll dieser Begriff in dem empfohlenen Absatz 6 für die Beobachtungsobjekte gesetzlich definiert werden und § 7 soll darauf für die Verdachtsobjekte verweisen (vgl. die Empfehlung zu Nummer 3), um eine Wiederholung derselben Formulierung in den §§ 15, 16, 17 und 20 zu vermeiden.

Die empfohlene Formulierung der Sätze 1 und 2 beruht auf einem Vorschlag des MI, der wiederum zurückgeht auf die Aufzählung in Anlage 1 des Abschlussberichts der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Auswertung des BVerfG-Urteils zum BayVSG vom 21.06.2022 (abrufbar unter www.imk2022.bayern.de). Diese Aufzählung ist - teilweise mit verbesserter Trennschärfe - auch eingegangen in Artikel 4 Abs. 2 Nr. 2 BayVSG (vgl. BayLT-Drs. 18/29057, S. 17; zur Entstehungsgeschichte Aicher/Unterreitmeier, BayVBl. 2023, 617, 620 f.) und § 5 Abs. 2 des Landesverfassungsschutzgesetzes Rheinland-Pfalz (LVerfSchG RP) (vgl. LT-RP-Drs. 18/10483, S. 39 ff.) sowie § 5 Abs. 3 des Hamburgischen Verfassungsschutzgesetzes (HmbVerfSchG), § 3 Abs. 2 HVSG und § 3 Abs. 4 Nr. 2 des Sächsischen Verfassungsschutzgesetzes (SächsVSG), die in der Anhörung als geeignete Vorbildregelungen bezeichnet worden sind.

Satz 1 enthält den vom BVerfG für die Beobachtungsbedürftigkeit vorgegebenen Maßstab der „Potenzialität“, nämlich die Intensität der Bedrohung der in § 3 Abs. 1 genannten Schutzgüter des Verfassungsschutzes. Demnach steigt die Beobachtungsbedürftigkeit, je deutlicher tatsächliche Anhaltspunkte es als möglich erscheinen lassen, dass die Schutzgüter des Verfassungsschutzes konkret bedroht sind und das gegen sie gerichtete Handeln erfolgreich sein kann (vgl. BVerfGE 162, 1, 92 [Rn. 193]; LT-RP-Drs. 18/10483, S. 42). Die Empfehlung zu Satz 1 folgt der bisherigen Wertung des NVerfSchG, die Gewaltausrichtung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts als herausgehobenen Fall der erheblichen Bedeutung anzusehen (vgl. dazu BVerfGE 162, 1, 92 [Rn. 194]; 144, 20, 226 [Rn. 588]).

Satz 2 benennt Regelbeispiele der erheblichen Bedeutung im Sinne einer widerlegbaren Vermutung, d. h. eine weitere Prüfung der Potenzialität im Einzelfall bleibt erforderlich, wie vom BVerfG ausdrücklich eingefordert (BVerfGE 169, 130, 199 [Rn. 151]).

Nummer 1 enthält zunächst volksverhetzende Tätigkeiten, welche die Potenzialität indizieren (BVerfGE 162, 1, 92 f. [Rn. 194]), die Formulierung („zum Hass aufstachelt oder zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen auffordert“) ist angelehnt an die Tatbestandsmerkmale des § 130 Abs. 1 Nr. 1 des Strafgesetzbuchs (StGB) (vgl. LT-RP-Drs. 18/10483, S. 43), wenngleich darin unter Umständen auch schon eine Gewaltausrichtung im Sinne des Satzes 1 zum Ausdruck kommen kann (eine solche Überschneidung ist unschädlich). Indizwirkung hat nach Nummer 1 zudem die (sonstige, d. h. nicht gewalttätige oder volksverhetzende) Straftatenbegehung im Rahmen der Zielverfolgung oder die Ausrichtung darauf (siehe auch Artikel 9 Abs. 2 GG: „Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen …, sind verboten.“), weil diese im Regelfall auch in einer Beziehung zu den Schutzgütern des Verfassungsschutzes steht (BVerfGE 169, 130, 201 [Rn. 153 f.]; 162, 1, 92 [Rn. 192]).

Nummer 2 trägt dem Umstand Rechnung, dass die Beobachtungsbedürftigkeit auch von dem Maß der Abschottung abhängt (BVerfGE 162, 1, 93 f. [Rn. 196]; vgl. auch BVerfGE 156, 270, 304 [Rn. 104]). Abgestellt wird darauf, ob das Beobachtungsobjekt seine Existenz, Organisation, Ziele oder Tätigkeit in erheblichem Maß verschleiert (vgl. LT-RP-Drs. 18/10483, S. 43).

In Nummer 3 wird das insbesondere für sogenannte legalistische Bestrebungen relevante Kriterium des erheblichen gesellschaftlichen Einflusses zusammengefasst und durch Regelbeispiele in den Buchstaben a bis c näher konkretisiert. Erforderlich ist hier eine wertende Gesamtbetrachtung unter Berücksichtigung der aufgezählten Kriterien (BVerfGE 162, 1, 93 [Rn. 195]), nicht ausreichend ist der Versuch, erheblichen gesellschaftlichen Einfluss auszuüben (BVerfGE 169, 130, 201 f. [Rn. 155 f.]). Anknüpfungspunkte des gesellschaftlichen Einflusses sind nach Buchstabe a die Vertretung in Ämtern und Mandaten (BVerfGE 162, 1, 93 f. [Rn. 195]; dazu auch LT-RP-Drs. 18/10483, S. 44), nach Buchstabe b wirkungsbreite Publikationen (BVerfGE 162, 1, 93 f. [Rn. 195]) und das systematische Verbreiten von Desinformationen oder Betreiben von Einschüchterung im Sinne des Herbeiführens einer Atmosphäre der Angst oder der Bedrohung (BVerfGE 162, 1, 93 f. [Rn. 197]; dazu auch BayLT-Drs. 18/29057, S. 19 f.) sowie nach Buchstabe c das Gesamtbild des Beobachtungsobjekts (BVerfGE 162, 1, 93 f. [Rn. 195]; vgl. auch Artikel 4 Abs. 2 Nr. 3 Buchst. b BayVSG; dazu BayLT-Drs. 18/29057, S. 20).

Die Ausschussempfehlung zu den Sätzen 1 und 2 führt zu Folgeänderungen in § 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3, § 16 Abs. 2 Satz 1, § 17 und § 20 Abs. 1 Satz 4; die Nennung der Beobachtungs- und Verdachtsobjekte, die auf die Anwendung oder Vorbereitung von Gewalt gerichtet sind, soll dort gestrichen werden, denn die Gewaltausrichtung ist in die empfohlene Legaldefinition der erheblichen Bedeutung eingeflossen. Kein Folgeänderungsbedarf wird ausgelöst für die Vorschriften, in denen (schon bisher) nur auf Beobachtungs- und Verdachtsobjekte, die auf die Anwendung oder Vorbereitung von Gewalt gerichtet sind, abgestellt wird (das sind § 13 Abs. 2 Nr. 1, § 23 Abs. 5 Satz 1, § 24 Abs. 1, § 25 Abs. 1 und 2 Satz 2 sowie § 26 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3).

Zu Satz 3 empfiehlt der Ausschuss, ein am bisherigen § 21 Abs. 5 (dieser soll gestrichen werden; vgl. die dortige Empfehlung) angelehntes Verfahren aufzunehmen zur Bestimmung von Beobachtungsobjekten von erheblicher Bedeutung (und in Verbindung mit § 7 Abs. 2 Satz 5 auch zur Bestimmung von Verdachtsobjekten von erheblicher Bedeutung). Diese Empfehlung beruht auf dem Wunsch des MI nach gesetzlichen Zuständigkeits- und Fristenregelungen in Anlehnung an den bisherigen § 21 Abs. 5 Sätze 1 bis 4 (Ministervorbehalt, Begründung, Befristung auf vier Jahre). Das MI verspricht sich von diesem zusätzlichen Verfahren, das neben die einzelfallbezogene Kontrolle durch die G 10-Kommission (§ 21 Abs. 3) tritt, praktische Vorteile bei der Darlegung der Voraussetzungen der nachrichtendienstlichen Mittel, die nur gegen ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt von erheblicher Bedeutung eingesetzt werden können. Der GBD hat dagegen zwar keine rechtlichen Einwände geltend gemacht, aber darauf hingewiesen, dass die ministerielle Festlegung der erheblichen Bedeutung die G 10-Kommission bei einer erforderlichen Zustimmung nach § 21 Abs. 3 nicht binde, sondern von dieser aufgrund der Darlegungen des MI jeweils im Einzelfall überprüft werden müsse. Dabei habe die G 10-Kommission auf den entscheidungserheblichen Zeitpunkt der Anordnung oder Verlängerung des nachrichtendienstlichen Mittels abzustellen, also gegebenenfalls neuere Entwicklungen zu berücksichtigen. Die vom Ausschuss empfohlene Verweisung auf Absatz 2 Satz 4, der die Voraussetzungen eines „einfachen“ Beobachtungsobjekts in Bezug nimmt, ist bei der entsprechenden Anwendung so zu verstehen, dass hier die Voraussetzungen eines Beobachtungsobjekts von erheblicher Bedeutung weiterhin vorliegen müssen.

Die Ausschussempfehlung zu Satz 3 führt zu einer Folgeänderung in § 36 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 (Unterrichtung des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes; vgl. die dortige Empfehlung).

**Zu Nummer 3 (§ 7):**

Zu Buchstabe b (Absatz 2 Satz 5) empfiehlt der Ausschuss eine Folgeänderung zu dem empfohlenen § 6 Abs. 6. Durch Verweisung auf § 6 Abs. 6 werden die Verdachtsobjekte von erheblicher Bedeutung im Gesetz definiert.

**Zu Nummer 3/1 (§ 10):**

**Zu Absatz 1:**

Die Empfehlung dient zur Umsetzung der neuesten Rechtsprechung des BVerfG zum Schutz des unantastbaren Kernbereichs privater Lebensgestaltung bei dem polizeilichen Einsatz von Vertrauenspersonen und verdeckten Ermittlerinnen/Ermittlern (BVerfGE 165, 1, 55 ff. [Rn. 100 ff.]), die auf den Verfassungsschutz übertragbar ist. Die Änderung ist erforderlich, um einen Verfassungsverstoß zu vermeiden, insbesondere durch die Anpassung der Ausnahmen von der Verpflichtung, eine laufende Datenerhebung unverzüglich zu unterbrechen, wenn sich tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erhoben werden (vgl. § 10 Abs. 2 Satz 1 g. F.). Aus Sicht des Ausschusses lassen sich die Maßgaben des BVerfG für den Kernbereichsschutz bei Vertrauenspersonen (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 Buchst. a) und verdeckten Ermittlerinnen/Ermittlern (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 10 des Entwurfs) nicht mehr in einer einheitlich für alle Datenerhebungen geltenden Regelung umsetzen (anders auch § 33 Abs. 2 Satz 1 des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes [NPOG]). Daher wird empfohlen, für diese nachrichtendienstlichen Mittel eine von § 10 Abs. 1 und 2 g. F. abweichende Regelung in Absatz 1 zu treffen und die bisherige Regelung in Absatz 2 auf die übrigen Datenerhebungen zu beschränken.

Die Empfehlung zu Satz 1 stellt bei der Kernbereichsprognose, die vor der Anordnung der Inanspruchnahme durchgeführt werden muss, auf eine mögliche Beeinträchtigung des Kernbereichs ab. Diese Beeinträchtigung kann sich aus den zu erhebenden Daten selbst ergeben (nach der Rechtsprechung des BVerfG ist die Gefahr, durch den Einsatz von Vertrauenspersonen oder verdeckten Ermittlerinnen/Ermittlern kernbereichsrelevante Informationen zu erheben, umso größer, je tiefer die vermeintliche Vertrauensbeziehung der Zielperson zu der Vertrauensperson oder der verdeckten Ermittlerin/dem verdeckten Ermittler ist). Der Kernbereich privater Lebensgestaltung kann laut BVerfG aber auch schon durch die Interaktion als solche berührt werden, ohne dass es hierfür noch auf die erhobenen Informationen ankommt, insbesondere, wenn zum Aufbau oder Erhalt des Vertrauensverhältnisses intime oder vergleichbar engste persönliche Bindungen begründet oder fortgeführt werden (BVerfGE 165, 1, 58 f. [Rn. 106 f.]). Durch den empfohlenen Satz 1 soll für Vertrauenspersonen - und in Verbindung mit dem empfohlenen Satz 6 auch für verdeckte Ermittlerinnen/Ermittler - sprachlich gegenüber § 10 Abs. 1 g. F. deutlicher zum Ausdruck gebracht werden, dass sich die Kernbereichsrelevanz nicht zwingend aus den erhobenen Daten selbst ergibt, sondern sich auch durch die Interaktion als solche ergeben kann. Den Anforderungen auf der Erhebungsebene, Informationen aus dem Kernbereich nicht gezielt zu erheben und Kontakte zur Zielperson in einem kernbereichsrelevanten Umfeld (z. B. im engen Familienkreis) zu meiden (BVerfGE 165, 1, 60 f. [Rn. 110 f.]), wird damit entsprochen.

Zur Umsetzung der weiteren Anforderung auf Erhebungsebene, den Einsatz bei einem Eindringen in den Kernbereich abzubrechen (BVerfGE 165, 1, 62 [Rn. 113]), dienen die empfohlenen Sätze 2 und 3 (auch i. V. m. Satz 6). Die Abbruchpflicht in Satz 2 trifft sowohl die Vertrauensperson selbst (bzw. i. V. m. Satz 6 die verdeckte Ermittlerin/den verdeckten Ermittler) als auch die Führungsperson in der Verfassungsschutzbehörde. Die empfohlene Wendung „solange wie erforderlich“ entspricht § 10 Abs. 2 Satz 1 g. F. Sie dient auch zur Umsetzung der Vorgabe des BVerfG, nach einem kernbereichsrelevanten Vorfall die Kernbereichsrelevanz der gesamten Überwachungsmaßnahme erneut zu prüfen und den Einsatz gegebenenfalls vollständig zu beenden (BVerfGE 165, 1, 65 f. [Rn. 119]). Der empfohlene Satz 3 berücksichtigt, dass die Ausnahme von der Abbruchpflicht wegen einer Gefährdung von Vertrauenspersonen oder verdeckten Ermittlerinnen/Ermittlern, wie sie schon § 10 Abs. 2 Satz 1 g. F. implizit vorsieht („soweit … dadurch die Datenerhebung den betroffenen Personen nicht bekannt wird“; vgl. dazu Drs. 17/6464, S. 9; Dietrich, in: Dietrich/Eiffler, VI § 2 Rn. 124), zwar zulässig bleibt, jedoch voraussetzt, dass ansonsten Leib oder Leben der Vertrauenspersonen und verdeckten Ermittlerinnen/Ermittler (Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 GG) in Gefahr gerieten (BVerfGE 165, 1, 63 [Rn. 115]). Diese Voraussetzung kann § 10 Abs. 2 Satz 1 g. F. nicht entnommen werden, und eine verfassungskonforme Auslegung hat das BVerfG mit Blick auf die Bestimmtheit und Normenklarheit ausdrücklich abgelehnt (BVerfGE 165, 1, 66 [Rn. 121]). Bei der weiteren zulässigen Ausnahme - Sicherung des weiteren Einsatzes der Vertrauenspersonen und verdeckten Ermittlerinnen/Ermittler - ist zu berücksichtigen, dass die Notwendigkeit des Schutzes für die weitere Verwendung der Person konkret darlegbar sein muss (dazu BVerfGE 165, 1, 63 f. [Rn. 115 f.]).

Auch die empfohlenen Sätze 4 und 5 tragen den Anforderungen des BVerfG Rechnung. Das BVerfG verlangt eine ausdrückliche Regelung der „Pflicht der verdeckt Ermittelnden und der Vertrauenspersonen und ihrer V-Person-Führer, im Fall eines unterbliebenen Abbruchs die Kernbereichsrelevanz vor der Weitergabe der Information zu überprüfen, gegebenenfalls den fehlenden Abbruch zu dokumentieren, etwa festgehaltene kernbereichsrelevante Informationen sofort zu löschen oder sonst zu vernichten und dies ebenfalls zu dokumentieren“ (BVerfGE 165, 1, 67 [Rn. 122 mit Verweisung auf die Rn. 117 ff.]). Der Einschub in Satz 4 („insbesondere in den Fällen des Satzes 3“) stellt klar, dass die Pflicht auch gilt, wenn der nach Satz 2 vorgeschriebene Abbruch stattgefunden hat, aber bereits kernbereichsrelevante Daten erhoben wurden. Wird die Kernbereichsrelevanz erst bei der Auswertung offenbar, gilt hingegen (weiterhin) Absatz 3. Für Zweifelsfälle hat das BVerfG verlangt, dass die „Klärung der Kernbereichsrelevanz zumindest durch die behördlichen Datenschutzbeauftragten erfolgt“ (BVerfGE 165, 1, 65 [Rn. 119]). Der Ausschuss geht davon aus, dass diese Anforderung erfüllt ist, denn § 10 Abs. 5 g. F. verpflichtet bei (sämtlichen) Zweifelsfällen dazu, diese der Leiterin/dem Leiter der Verfassungsschutzabteilung zur Entscheidung vorzulegen. Kommen Vertrauenspersonen Zweifel über die Kernbereichsrelevanz, haben sie ihre Zweifel ihrer Führungsperson mitzuteilen, welche sie der Abteilungsleitung zur Entscheidung vorlegt.

Nach dem empfohlenen Satz 6 sind die Sätze 1 bis 5 auch auf verdeckte Ermittlerinnen/Ermittler anzuwenden. Die verdeckten Ermittlerinnen/Ermittler in den Sätzen 1 bis 5 jeweils neben den Vertrauenspersonen zu nennen, würde die Regelungen sprachlich überfrachten.

**Zu Absatz 2:**

Die Empfehlung fasst die bisherigen Regelungen aus § 10 Abs. 1 und 2 g. F. zusammen. In Satz 1 dient das Wort „sonstige“ dazu, das Verhältnis zu der Spezialregelung in Absatz 1 zu verdeutlichen.

Zu Satz 2 empfiehlt der Ausschuss lediglich Folgeänderungen. Insbesondere bedarf es der bisherigen zweiten Ausnahme von der Unterbrechungspflicht („und dadurch die Datenerhebung den betroffenen Personen nicht bekannt wird“) nicht mehr, weil diese ausdrücklich für Vertrauenspersonen und verdeckte Ermittlerinnen/Ermittler vorgesehen war (vgl. Drs. 17/6464, S. 9). In der verbleibenden Ausnahme (bisher: „soweit dies informationstechnisch möglich ist“) soll - wie auch sonst im NVerfSchG - sprachlich nicht zwischen Informationstechnik und (sonstiger) Technik differenziert werden.

**Zu Absatz 3:**

Die Ausschussempfehlung enthält eine ausformulierte Regelung des Kernbereichsschutzes auf Verwertungsebene unter Verzicht auf die bisherige Verweisung auf Absatz 2.

**Zu Absatz 6:**

In dem empfohlenen Absatz 6 sollen die bisherigen Regelungen über die Aufsichtsperson und den Umgang mit Dokumentationen (Absatz 2 Satz 2 Halbsatz 2 und Sätze 4 und 5 g. F., auch i. V. m. Absatz 3 g. F.) verallgemeinert werden. Neben einer sprachlichen Entlastung des Absatzes 2 werden dadurch weitere entsprechende Regelungen in dem ohnehin bereits umfangreichen Absatz 1 entbehrlich.

Die in Satz 3 enthaltene Löschungspflicht hinsichtlich der Dokumentation soll an die Empfehlung zu § 28 Abs. 6 angeglichen werden (ähnlich auch der empfohlene § 32 g Abs. 1 Satz 4 zur Dokumentation von Übermittlungen). Die Dokumentationspflicht dient nach Satz 2 ausschließlich dazu, eine unabhängige Datenschutzkontrolle zu ermöglichen, nicht dem individuellen Rechtsschutz der betroffenen Person (die von der Dokumentation gar keine Kenntnis hat). Daher sollte bei der Löschung auf die gemäß § 33 a Abs. 1 Satz 2 von der oder dem Landesbeauftragten für den Datenschutz (LfD) im Abstand von höchstens zwei Jahren durchzuführenden Kontrolle abgestellt werden, da spätestens danach die weitere Speicherung der Daten nicht mehr erforderlich ist. Die Höchstfrist von zwei Jahren gilt für die nicht von § 33 a Abs. 1 Satz 2 erfassten Daten aus Maßnahmen, die nicht der Mitteilungspflicht nach § 22 Abs. 1 Sätze 1 bis 3 unterliegen.

**Zu Nummer 4 (§ 14):**

**Zu Buchstabe a (Absatz 1):**

**Zu Doppelbuchstabe aa (Satz 1):**

**Zu der empfohlenen Nummer 2a:**

Der Ausschuss empfiehlt, Nummer 2 Buchst. a des Entwurfs (verdecktes Mithören ohne Inanspruchnahme technischer Mittel) als gegenüber dem geltenden Recht unveränderte Nummer 2 zu belassen. Das neu in den Katalog der nachrichtendienstlichen Mittel eingefügte verdeckte Mithören und Aufzeichnen des öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen aus Nummer 2 Buchst. b des Entwurfs (verdeckte Tonaufzeichnungen) soll als eigenständige Nummer 2a gefasst werden. Die Ausschussempfehlung dient dazu, die verfassungsrechtlichen Bedenken auszuräumen, denen die Entwurfsregelung in verschiedener Hinsicht begegnet.

**1.** Das verdeckte Aufzeichnen des gesprochenen Wortes ist eine Verarbeitung (Speicherung) personenbezogener Daten und damit ein Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung als Bestandteil des allgemeinen Persönlichkeitsrechts gemäß Artikel 2 Abs. 1 i. V. m. Artikel 1 Abs. 1 GG (vgl. BVerfGE 150, 244, 266 [Rn. 43] m. w. N.; zum Recht am eigenen Wort BVerfGE 106, 28,

39). Dies gilt auch für das öffentlich gesprochene Wort, denn mit der Öffentlichkeit ist keine Einwilligung in dessen verdeckte staatliche Aufzeichnung im Sinne eines Grundrechtsverzichts verbunden.

Ob es dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz genügt, die verdeckten Tonaufzeichnungen unter die niedrigste Eingriffsschwelle für den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel zu stellen (§ 15), wie es der Entwurf vorsieht, bestimmt sich nach dem Eingriffsgewicht, das wiederum davon abhängt, wie weitgehend die Persönlichkeit betroffener Personen erfasst werden kann (BVerfGE 162, 1, 84 [Rn. 174] m. w. N.). Zwar begründet eine verdeckte Tonaufzeichnung des öffentlich gesprochenen Wortes einen weniger schwerwiegenden Grundrechtseingriff als eine verdeckte Tonaufzeichnung des nichtöffentlich gesprochenen Wortes nach Nummer 9 des Entwurfs. Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass der Wortlaut des Entwurfs auch gestattet, sämtliche in der Öffentlichkeit gesprochene Worte einer Zielperson über einen unbestimmten Zeitraum unter Einsatz von Überwachungstechnik (wie Richt- oder Lasermikrofone usw.; vgl. Löffelmann, in: Dietrich/Eiffler, VI § 3 Rn. 61) vollständig zu erfassen und aufzuzeichnen. Insbesondere bei längerer Dauer könnten solche Tonaufzeichnungen eine hohe Aussagekraft hinsichtlich der persönlichen, insbesondere auch der politischen und religiösen Einstellungen einer Zielperson gewinnen, sodass die Entwurfsregelung auch Eingriffe von erheblichem Gewicht zulassen würde (vgl. dazu zuletzt BVerfGE 170, 247, 282 [Rn. 94]).

Eingriffe von solchem Gewicht zuzulassen, entspricht allerdings nicht dem Regelungsziel des MI, das lediglich punktuelle Tonaufzeichnungen beabsichtigt. Die Ausschussempfehlung dient dazu, die vom MI nicht gewollten intensiveren Persönlichkeitsbeeinträchtigungen auszuschließen, sodass keine höhere Eingriffsschwelle erforderlich wird. Diese Regelungstechnik wurde vom BVerfG ausdrücklich anerkannt (BVerfGE 162, 1, 161 f. [Rn. 359 a. E.]) und bereits bei den weniger eingriffsintensiven Observationen und Bildaufzeichnungen nach den Nummern 4 und 5 genutzt. Entsprechend dem Regelungsansinnen des MI soll das neue nachrichtendienstliche Mittel auf den Einsatz gegen eine bestimmte Person beschränkt werden, sodass eine Anordnung gegen ein ganzes Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt (vgl. § 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Alt. 1) nicht in Betracht kommt (wie auch bei Observationen, die sich nicht abstrakt gegen Beobachtungs- oder Verdachtsobjekte, sondern immer nur gegen konkrete Einzelpersonen i. S. d. § 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Alt. 2. und Nrn. 2 bis 4 richten). Aus der empfohlenen Begrenzung auf einen bestimmten Zeitpunkt ergibt sich, dass die verdeckten Tonaufzeichnungen - wie vom MI beabsichtigt - für einen einzelnen Anlass angeordnet werden, also nicht als Dauermaßnahme zulässig sind (daher bedarf es auch keiner Befristung der Maßnahme in § 21 Abs. 2). Zur näheren Konturierung der Reichweite der Maßnahme soll zudem der Begriff des öffentlich gesprochenen Wortes konkretisiert werden. Nach bisheriger Auslegung ist ein Wort öffentlich gesprochen, wenn es entweder (subjektiv) an die Allgemeinheit gerichtet worden ist oder (objektiv) über einen durch persönliche oder sachliche Beziehungen abgegrenzten Bereich hinaus ohne weiteres wahrnehmbar gewesen ist (vgl. zum Strafrecht Fischer, StGB, § 201 Rn. 3 f.; zum Nachrichtendienstrecht Mallmann, in: Schenke/Graulich/Ruthig, § 9 BVerfSchG Rn. 21; Löffelmann, in: Dietrich/Eiffler, VI § 3 Rn. 40; Droste, S. 313 f.). Angelehnt daran hat sich das MI dafür ausgesprochen, das Wort als öffentlich gesprochen anzusehen, wenn es nicht an einen bestimmten (d. h. von der Sprecherin/dem Sprecher festgelegten) oder beschränkten (d. h. von äußeren Umständen wie den räumlichen Verhältnissen begrenzten) Personenkreis gerichtet ist. Dem ist der Ausschuss mit seiner Empfehlung gefolgt.

**2.** Im Ausschuss erörtert wurden auch verfassungsrechtliche Bedenken gegenüber der Entwurfsfassung, die sich daraus ergeben, dass laut Gesetzesbegründung verdeckte Tonaufzeichnungen von Redebeiträgen auf Demonstrationen, Versammlungen und Kundgebungen im öffentlichen Raum beabsichtigt sind (Drs. 19/5930, S. 17). Darin liegt ein Eingriff in die Versammlungsfreiheit (Artikel 8 Abs. 1 GG), deren Ausübung vor staatlicher Überwachung geschützt ist (vgl. dazu schon Bäumler, JZ 1986, 469, 471 f.; Hartmann, in: BK-GG, Art. 8 Rn. 314 m. w. N.; laut BVerfGE 69, 315, 349 verstoßen „exzessive Observationen“ gegen Artikel 8 Abs. 1 GG; zu heimlichen Maßnahmen BVerfGE 122, 342, 369/373; 155, 119, 183 [Rn. 139]). Dass die Verfassungsschutzbehörde auch in die Versammlungsfreiheit eingreift, ist zwar nicht neu, daher wird Artikel 8 Abs. 1 GG in § 41 (Einschränkung von Grundrechten) zitiert (vgl. Drs. 17/6464, S. 71 f.). Jedoch wurden verdeckte Tonaufzeichnungen von Versammlungen bisher - soweit ersichtlich - nicht erörtert (auch nicht in der nachrichtendienstrechtlichen Literatur, vgl. Droste, S. 412 ff.; Dietrich, in: Dietrich/Eiffler, VI § 2 Rn. 98; Löffelmann/Zöller, Nachrichtendienstrecht, 2. Aufl. 2025, B Rn. 74). Da nach der empfohlenen Fassung die verdeckten Tonaufzeichnungen nur punktuell und zudem nicht anlasslos erfolgen, verbleibt nach

Auffassung des Ausschusses im Hinblick auf Artikel 8 Abs. 1 GG allenfalls ein geringfügiges verfassungsrechtliches Risiko, weil dazu - soweit ersichtlich - noch keine einschlägige Rechtsprechung vorliegt. Diese Einschätzung beruht insbesondere darauf, dass aufgrund der empfohlenen Einschränkungen die Rednerin/der Redner bei einer Versammlung, deren öffentlich gesprochenes Wort aufgezeichnet werden soll, dazu selbst i. S. d. § 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Alt. 2 oder Nrn. 2 bis 4 Anlass gegeben haben muss. Öffentliche Redebeiträge unbeteiligter Dritter gezielt aufzuzeichnen, sieht die empfohlene Fassung nicht vor.

Der Ausschuss empfiehlt zudem, einen Verstoß gegen das Zitiergebot (Artikel 19 Abs. 1 Satz 2 GG) zu vermeiden. Das Zitiergebot erfordert nach der Rechtsprechung des BVerfG, in einem Änderungsgesetz, das in Artikel 8 Abs. 1 GG eingreift (wie hier durch die empfohlene Nummer 2a), das Grundrecht erneut zu zitieren; eine im Stammgesetz bestehende Zitierung (wie hier in § 41) genügt insoweit nicht (BVerfGE 113, 348, 366 f.). Vor diesem Hintergrund soll der empfohlene Artikel 2/1 (siehe dort) aufgenommen werden; diese Regelungstechnik hat das BVerfG akzeptiert (BVerfGE 155, 119, 175 f. [Rn. 120]).

**3.** Dass nach der Gesetzesbegründung die „Aufzeichnung von Vorträgen und Predigten in öffentlich zugänglichen Moscheen“ beabsichtigt ist (Drs. 19/5930, S. 17), begründet einen Eingriff in die Religionsfreiheit (Artikel 4 Abs. 1 und 2 GG). Ein solcher Eingriff kann, da Artikel 4 GG keinen Gesetzesvorbehalt kennt, nur durch kollidierendes Verfassungsrecht unter Abwägung im Sinne einer praktischen Konkordanz gerechtfertigt werden (OVG Münster, Urt. v. 12.02.2008 - 5 A 130/05 -, juris, Rn. 250 f. m. w. N.). In der Rechtsprechung ist grundsätzlich anerkannt, dass das Verfassungsschutzrecht zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung auch auf Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zur Anwendung gebracht werden kann, einschließlich des Einsatzes nachrichtendienstlicher Mittel; allerdings sind dabei die in Artikel 4 Abs. 1 und 2 GG verbürgten Grundrechte zu berücksichtigen (OVG Münster, a. a. O., Rn. 252 f. und 264 f. m. w. N.; Roth, in: Schenke/Graulich/Ruthig, § 8 BVerfSchG Rn. 59; Mallmann, a. a. O., § 9 BVerfSchG Rn. 14). Demnach muss nach Auffassung des Ausschusses - unter der Voraussetzung, dass es sich bei der aufzuzeichnenden Predigt in einer Moschee tatsächlich um ein öffentlich gesprochenes Wort handelt (so wie im Fall des OLG Brandenburg, NJW-RR 2007, 1641, 1642) - im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung berücksichtigt werden, dass in die Glaubensfreiheit des Predigers eingegriffen wird (sofern es sich noch um dessen Religionsausübung handelt, nicht um politische Agitation, wie im Fall des LG Köln, ZUM-RD 2005, 351, 353). Die Tatsachengrundlage muss dementsprechend auf eine hinreichend gewichtige Bedrohung der Schutzgüter des Verfassungsschutzes hindeuten.

**4.** Der GBD hat weitergehende verfassungsrechtliche Bedenken erhoben. Die Aufzeichnung einer Predigt in einer öffentlich zugänglichen Moschee könne einen Eingriff in das Wohnungsgrundrecht (Artikel 13 Abs. 1 GG) begründen. In diesem Fall würde sie nicht „außerhalb von Wohnungen“ stattfinden, wäre also auf Grundlage der empfohlenen Nummer 2a unzulässig. Das MI hat dazu die Auffassung vertreten, dass eine Moschee, soweit öffentlich für jedermann zugänglich (also ohne Nebenräume usw.), nicht als Wohnung i. S. d. Artikels 13 Abs. 1 GG geschützt sei. Als Wohnung seien nur Räumlichkeiten anzusehen, die einer allgemeinen Zugänglichkeit durch räumliche Abschirmung entzogen und Stätte des privaten Lebens und Wirkens seien, was von außen erkennbar sein müsse. Frei zugängliche Kirchen, Moscheen und andere Gotteshäuser könnten auch nicht mit Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen gleichgesetzt werden, die dem weiten Wohnungsbegriff unterfielen, denn der Sinn solcher Häuser mit freiem, unbeschränktem Zugang liege darin, das „Wort Gottes“ einer möglichst breiten Masse zu verkünden. Eine potenzielle (Teil-)Privatheit sei in diesen Fällen ausgeschlossen, mithin werde der Schutzzweck des Artikels 13 Abs. 1 GG nicht berührt.

Diese Auffassung des MI hat der GBD bezweifelt. Nach der ständigen Rechtsprechung des BVerfG und des BVerwG sei der Wohnungsbegriff mit Blick auf Entstehungsgeschichte und Schutzzweck des Artikels 13 Abs. 1 GG weit auszulegen. Er umfasse Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume, und zwar auch dann, wenn diese der Öffentlichkeit zugänglich seien, denn Artikel 13 Abs. 1 GG schütze auch gegen Eingriffe in die Entscheidung über das Zutrittsrecht im Einzelnen und über die Zweckbestimmung des Aufenthalts (vgl. nur BVerfGE 97, 228, 265; BVerwG, NJW 2005, 454 f., jeweils m. w. N.). Wenn der Sinn des Artikels 13 Abs. 1 GG die „Abschirmung der Privatsphäre in räumlicher Hinsicht“ sei (so BVerfGE 97, 228, 265), erschließe sich nicht, warum Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume darunterfallen sollten, Räume, die der Religionsausübung dienen, hingegen nicht. Auch wenn es in der Literatur umstritten sei, ob Kirchen unter den weiten Wohnungsbegriff des

Artikels 13 Abs. 1 GG fallen (dafür: Berkemann, in: AK-GG, 2. Aufl. 1989, Bd. 1, Art. 13 Rn. 23; Grote/Kraus, JuS 1997, 345, 350 m. w. N.; dagegen: Löffelmann, in: Dietrich/Eiffler, VI § 3 Rn. 63), spreche jedenfalls einiges dafür. Der volle Grundrechtsschutz bestehe allerdings nur bei nicht allgemein zugänglichen Räumen; die Zugänglichkeit von (Geschäfts-)Räumen hebe den Privatcharakter dieser Räume teilweise auf, führe aber nicht zu einem allgemeinen Verzicht auf das Wohnungsgrundrecht (vgl. nur Papier, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, Bd. 2, Art. 13 Rn. 14 m. w. N.). Insbesondere könne in der Zugänglichkeit keine Einwilligung in die Anfertigung von Tonaufzeichnungen gesehen werden (Gornig, in: v. Mangoldt/Klein/Starck, GG, Bd. 1, 7. Aufl. 2018, Art. 13 Rn. 47 f.). Das BVerfG habe wegen dieses abgestuften Schutzes die gesetzlichen Betretungs- und Besichtigungsrechte von Behörden zum Zweck von Überwachungen und Prüfungen (vgl. zu deren Anforderungen Wischmeyer, in: Dreier, GG, Bd. 1, 4. Aufl. 2023, Art. 13 Rn. 121 m. w. N.) zwar nicht der strengen Schrankensystematik des Artikels 13 Abs. 2 bis 7 GG unterworfen (vgl. nur Papier, a. a. O, Rn. 15 m. w. N.). Es erschließe sich jedoch nicht, warum Tonaufzeichnungen in Betriebs- und Geschäftsräumen während der Zeiten der allgemeinen Zugänglichkeit als Aufzeichnungen „außerhalb von Wohnungen“ i. S. d. § 100 f StPO zu verstehen sein sollten (so aber Rückert, in: MüKo-StPO, Bd. 1, 2. Aufl. 2023, § 100 f Rn. 10; anders hingegen ders., a. a. O., § 100 c Rn. 12; ausdrücklich offengelassen von BGH, NStZ 1997, 195, 196). Abgesehen davon bedürfe es auch wegen der strengen Anforderungen an die Bestimmtheit und Normenklarheit bei heimlichen Überwachungsmaßnahmen des Verfassungsschutzes (vgl. BVerfGE 162, 1, 125 f. [Rn. 273]) für einen Eingriff in den abgestuft geschützten räumlichen Bereich einer allgemein zugänglichen „Wohnung“ durch die Anfertigung von Tonaufzeichnungen zumindest einer ausdrücklichen gesetzlichen Ermächtigung unter Einhaltung des Zitiergebots (Artikel 19 Abs. 1 Satz 2 GG finde auf Artikel 13 Abs. 1 GG unstreitig Anwendung; vgl. nur Huber, in: v. Mangoldt/Klein/Starck, Art. 19 Rn. 75). Sollten Moscheen also, wofür aus Sicht des GBD einiges spreche, als Wohnungen i. S. d. Artikels 13 Abs. 1 GG anzusehen sein, sei der Einsatz des nachrichtendienstlichen Mittels der empfohlenen Nummer 2a (sowie der Nummer 9) auch während der Zeit, in der die Moschee allgemein zugänglich ist, unzulässig.

Der Ausschuss hat sich der Auffassung des MI, dass eine Moschee, soweit sie öffentlich für jedermann zugänglich ist, nicht als Wohnung i. S. d. Artikels 13 Abs. 1 GG geschützt sei, angeschlossen.

**Zu Nummer 5:**

Die in Nummer 5 des Entwurfs enthaltene Maßnahme soll nach der Begründung (Drs. 19/5930, S. 17 f.) den Einsatz verdeckter, stationärer Videotechnik ermöglichen, um brauchbare Einzelbilder zu erhalten, anhand derer die Personen identifiziert werden können. Da die Bildaufzeichnungen mit je unterschiedlichem Eingriffsgewicht in zwei nachrichtendienstlichen Mitteln genannt werden (Nummern 5 und 8), ist eine hinreichend bestimmte und praktisch ausführbare Abgrenzung erforderlich (vgl. auch die Kritik des LfD in der Verbandsbeteiligung; Begründung, S. 13). Dazu dient die Empfehlung des Ausschusses, die mit der Untergliederung in die Buchstaben a und b das sprachlich unglückliche Nebeneinander von „verdeckt angefertigten fotografischen Bildaufzeichnungen“ und „verdeckt angefertigten Bildaufzeichnungen“ auflöst.

In Buchstabe a soll, da der Gesetzentwurf insoweit keine Abweichung beabsichtigt, das Wort „einzelne“ wieder aufgenommen werden.

In Buchstabe b sollen die sonstigen Bildaufzeichnungen (also Videos sowie nicht nur einzelne Fotografien) geregelt werden. Diese sind nach Mitteilung des MI ausschließlich zur nachträglichen Identifizierung von Personen bestimmt. Erhebungszweck des nachrichtendienstlichen Mittels ist mithin die Identifizierung von Personen im Rahmen einer Personenpotenzialfeststellung (Begründung, S. 17). Dies stellt auf Ebene der Datenerhebung aber keine Beschränkung dar, die zur Abgrenzung von den Bildaufzeichnungen nach Nummer 8 geeignet wäre, worauf auch in der Anhörung hingewiesen wurde. Aus diesem Grund empfiehlt der Ausschuss, die das im Vergleich zu Nummer 8 geringere Eingriffsgewicht gewährleistende Beschränkung auf der Verwertungsebene durch den empfohlenen Satz 3 - ähnlich wie Satz 2 im Hinblick auf Nummer 4 - deutlicher werden zu lassen (siehe die Erläuterung zu Doppelbuchstabe bb).

**Zu Nummer 6:**

Der Ausschuss empfiehlt, die Nummer 6 betreffenden Änderungsbefehle redaktionell zusammenzufassen. Vgl. im Übrigen die Erläuterungen zu Absatz 3.

**Zu den Nummern 9 und 10:**

Aus Sicht des Ausschusses ist es verfassungsrechtlich zulässig, die Eingriffsschwelle für das verdeckte Abhören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes außerhalb von Wohnungen (Nummer 10 g. F. bzw. Nummer 9 des Entwurfs) abzusenken von § 19 („G 10-Schwelle“) auf § 17 (Beobachtungs- und Verdachtsobjekte von erheblicher Bedeutung). Daran ändert auch nichts, dass einige Stimmen in der nachrichtendienstrechtlichen Literatur die bisherige Gleichstellung mit der Telekommunikationsüberwachung (G 10-Maßnahmen) in § 9 Abs. 3 BVerfSchG und im Strafprozessrecht betonen (vgl. Bergemann, in: Lisken/Denninger, Handbuch des Polizeirechts, 6. Aufl. 2018, H Rn. 84) und insoweit ein grundsätzlich vergleichbares Eingriffsgewicht annehmen (BT-Drs. 12/989, S. 39; Löffelmann, in: Dietrich/Eiffler, VI § 3 Rn. 65; so i. E. auch die Kritik des LfD in der Verbandsbeteiligung, Drs. 19/5930, S. 13; vgl. zum hohen Schutzwert des allgemeinen Persönlichkeitsrechts in Gestalt des Rechts am gesprochenen Wort BVerfGE 106, 28, 40 f.).

**Zu den Doppelbuchstaben bb und cc (Sätze 3 und 4):**

Der empfohlene Satz 3 soll durch die darin enthaltene Verarbeitungsbeschränkung das Eingriffsgewicht der in Satz 1 Nr. 5 Buchst. b aufgenommenen stationären Videotechnik begrenzen (siehe dazu bereits die Erläuterung zu Satz 1 Nr. 5). Die Regelungsabsicht des Entwurfs, „die jeweilige Bildaufzeichnung nach der zur Identifizierung von Einzelpersonen erfolgten Erstellung von Einzelbildern unverzüglich zu löschen“ (Begründung, S. 13), wird durch den empfohlenen Halbsatz 2 klarer im Gesetz abgebildet. In Halbsatz 1 soll sowohl bei nicht nur einzelnen fotografischen Bildaufzeichnungen als auch bei Video-Bildaufzeichnungen auf die „Auswahl“ von Einzelbildern abgestellt werden, nicht auf deren „Erstellung“. Diese Empfehlung ändert nichts daran, dass sich die weitere Speicherung, Veränderung, Verwendung und Löschung der ausgewählten Einzelbilder - wie auch nach dem Entwurf und der g. F. - nach den §§ 26 ff. richtet.

Der bisherige Satz 3 soll Satz 4 werden (redaktionelle Folgeänderung).

**Zu Doppelbuchstabe dd:**

Die im Entwurf vorgesehene Streichung des Verbots, unbemannte Fluggeräte (Drohnen) einzusetzen Satz 4 g. F.), führt nach der Begründung (Drs. 19/5930, S. 21) dazu, dass die Verfassungsschutzbehörde Drohnen nach Maßgabe des Satzes 1 Nrn. 4, 5 und 8 im Rahmen kurzfristiger Observationen sowie verdeckter Bildübertragungen und -aufzeichnungen außerhalb von Wohnungen einsetzen kann. Zu ergänzen ist, dass der Einsatz von Drohnen auch nach Maßgabe des Satzes 1 Nr. 7 (längerfristige Observation) denkbar ist, denn (theoretisch) können auch Drohnen besondere für Observationszwecke bestimmte technische Mittel sein (Drs. 16/395, S. 18: „technische Mittel zur Ortung und Aufenthaltsbestimmung“; vgl. auch Meyer-Goßner/Schmitt, StPO, 66. Aufl. 2023, § 100h Rn. 2). Denkbar ist der Einsatz von Drohnen auch nach Maßgabe des Satzes 1 Nr. 9 des Entwurfs (heimliches Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes außerhalb von Wohnungen), wenn diese mit Mikrofonen ausgestattet sind.

Nach Einschätzung des Ausschusses ist mit dem Einsatz von Drohnen zur verdeckten Anfertigung von Bildaufzeichnungen kein so viel höheres Eingriffsgewicht verbunden, dass dieser Einsatz auf der Grundlage der BVerfG-Rechtsprechung (vgl. BVerfGE 162, 1, 84 [Rn. 174], 125 f. [Rn. 273]) nach den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit sowie der Bestimmtheit und Normenklarheit von den vorhandenen gesetzlichen Regelungen nicht mehr abgedeckt wäre. Bei der Erstellung von Bildaufzeichnungen wird zwar faktisch aufgrund des technischen Fortschritts (Miniaturisierung und Fernsteuerbarkeit der Kameras, Datenfernübertragung und praktisch unbegrenzter Speicherplatz) von einer erheblichen Zunahme der Eingriffsintensität ausgegangen (Löffelmann, in: Dietrich/Eiffler, VI § 3 Rn 78). Dies wurde jedoch vom BVerfG bisher nicht zum Anlass genommen, höhere Eingriffsschwellen für Bildaufzeichnungen zu verlangen. Dass Drohnen personenbezogene Aufnahmen und Übersichtsaufnahmen von Orten und aus Perspektiven erlauben, die mit fest installierten oder händisch geführten Kameras nicht erreicht werden können (vgl. Kornmeier, Der Einsatz von Drohnen zur Bildaufnahme, 2012, S. 147; Skobel, Die Polizei 2018, 252, 254; vgl. auch VGH München, Beschl. v. 15.02.2024 - 4 CE 23.2267 -, juris, Rn. 27), dürfte daran nichts ändern. Eingriffsvertiefend wirkt sich hier auch nicht aus, dass dem Einsatz von Drohnen im Vergleich zur offenen (polizeilichen) Videoüberwachung ein höheres Eingriffsgewicht beigemessen wird, weil heutige Drohnen wegen ihrer geringen Größe und Geräuschemission bei größerer Entfernung zu den aufgenommenen Personen

unscheinbar sind und damit ihr Einsatz einem verdeckten Einsatz nahekommt, denn es handelt sich hier von vornherein um einen verdeckten Einsatz (vgl. Buckler, in: Möstl/Schwabenbauer, BeckOK Polizei- und Sicherheitsrecht Bayern, Art. 47 PAG Rn. 9 f. m. w. N.). Verfassungsgerichtliche Entscheidungen zum Drohneneinsatz im Sicherheitsrecht, die diese Einschätzung des Ausschusses untermauern, liegen allerdings gegenwärtig - soweit ersichtlich - noch nicht vor.

Zu der möglicherweise missverständlichen Begründung (S. 21), dass Drohneneinsätze (auch) dazu dienen sollen, „Veranstaltungen und Treffen … auf abgeschiedenen, schwer einsehbaren Grundstücken“ zu überwachen, hat das MI mitgeteilt, dass damit keine Umgehung des Satzes 3 (Satz 4 der Empfehlung) beabsichtigt sei. Bildübertragungen und -aufzeichnungen nach Satz 1 Nrn. 5 und 8 von Versammlungen i. S. d. § 2 NVersG, die unter dem Schutz von Artikel 8 GG stünden, blieben unverändert verboten. Das MI weist zudem darauf hin, dass mit den „abgeschiedenen, schwer einsehbaren Grundstücken“ keine in den Schutzbereich des Wohnungsgrundrechts (Artikel 13 Abs. 1 GG) fallenden eingefriedeten Bereiche gemeint seien (z. B. Terrassen und Balkone). Aus solchen Bereichen mittels Drohnen Daten zu erheben, wäre als Einsatz technischer Mittel zur Überwachung von Wohnungen i. S. d. Artikels 13 Abs. 4 GG zu qualifizieren. Eine Rechtsgrundlage dafür ist im NVerfSchG nicht (mehr) enthalten.

**Zu Buchstabe b (Absatz 3):**

Nach der Begründung (Drs. 19/5930, S. 18 f.) werden durch die Inanspruchnahme von Gewährspersonen (Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 Buchst. d g. F.) keine personenbezogenen Daten erhoben, sodass die Gewährspersonen nicht zu den nachrichtendienstlichen Mitteln nach Absatz 1 gehören, sondern zu den Hilfsmitteln nach Absatz 2.

Der GBD hat darauf hingewiesen, dass diese Sichtweise der nachrichtendienstrechtlichen Literatur widerspreche, die Gewährspersonen zwar nicht als „Quelle im Objekt“ ansehe, aber diesen sehr wohl einen Informationszugang zum Milieu zuschreibe (aufgrund beruflicher oder privater Verbindungen, z. B. Kneipenwirte von Szenetreffs), auf dessen Grundlage sie anlassbezogen Informationen über Aufenthaltsorte oder bevorstehende Aktionen lieferten (Droste, S. 275 f.; Dietrich, in: Dietrich/Eiffler, VI § 2 Rn. 25 f.; Roth, in: Schenke/Graulich/Ruthig, § 8 BVerfSchG Rn. 30 m. w. N.). Auch nach § 8 Abs. 2 Satz 1 BVerfSchG dienten Gewährspersonen ausdrücklich „zur heimlichen Informationsbeschaffung“ (siehe auch BVerfGE 146, 1, 50 f. [Rn. 111]).

Das MI hat dazu erklärt, dass die o. g. Literatur die nachrichtendienstliche Praxis nicht korrekt abbilde. Gewährspersonen leisteten lediglich logistische oder sonstige Hilfe, seien aber an der unmittelbaren Informationsbeschaffung - im Unterschied zu Vertrauenspersonen, sonstigen geheimen Informantinnen/Informanten oder überworbenen Agentinnen/Agenten - gerade nicht beteiligt. Vielmehr ermöglichten sie durch reine Unterstützungshandlungen die heimliche Informationsbeschaffung nur mittelbar. Bei dem angeführten Beispiel des Kneipenwirts handele es sich daher nicht um eine Gewährsperson. Anders als im NVerfSchG werde in § 8 Abs. 2 BVerfSchG nicht trennscharf zwischen nachrichtendienstlichen und sonstigen Hilfsmitteln differenziert. Die Norm nehme allgemein sowohl auf die unmittelbare als auch auf die mittelbare heimliche Informationsbeschaffung durch Methoden, Gegenstände und Instrumente Bezug (vgl. die Nennung von Tarnpapieren und -kennzeichen neben nachrichtendienstlichen Mitteln wie Observationen und Bild- und Tonaufzeichnungen).

Der Ausschuss hat sich diesem Begriffsverständnis des MI angeschlossen und empfiehlt daher lediglich sprachlich-redaktionelle Verbesserungsvorschläge zu Satz 1. Satz 2 des Entwurfs soll zur Beibehaltung der Rechtssystematik in § 21 Abs. 7 verlagert werden (siehe die dortige Empfehlung).

**Zu Nummer 5 (§ 16):**

**Zu Buchstabe a (Absatz 1 Satz 1)**

Im Hinblick auf Nummer 2 des Entwurfs hat der GBD in Ergänzung der Gesetzesbegründung (Drs. 19/5930, S. 22) darauf hingewiesen, dass die Verfassungsschutzbehörde bei entsprechenden Ersuchen nach § 18 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 BVerfSchG an das Bundesamt für Justiz (BfJ) zwar Auskunft aus dem dort geführten zentralen staatsanwaltlichen Verfahrensregister (ZStV) erhält, jedoch nach § 492 Abs. 4 Satz 1 der Strafprozessordnung (StPO) beschränkt auf die Personendaten des Beschuldigten, die zuständige Stelle und das Aktenzeichen (§ 492 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 1 und 2 StPO)

sowie - wenn dies erforderlich ist - die nähere Bezeichnung der Straftaten und die Tatvorwürfe (§ 492 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 3 und 4 StPO). Das BfJ darf folglich keine Auskunft über die Verfahrenserledigung bei Staatsanwaltschaft oder Gericht (§ 492 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 StPO) erteilen (vgl. auch § 6 Abs. 2 i. V. m. § 4 Abs. 1 bis 3 ZStVBetrV). Um den Freispruch in Erfahrung zu bringen, der im Fall einer Positivmeldung (d. h. einer vom BfJ mitgeteilten einschlägigen Eintragung im ZStV) die Inanspruchnahme ausnahmsweise erlauben würde, ist mithin ein Ersuchen bei der zuständigen Staatsanwaltschaft nach § 18 Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 BVerfSchG unumgänglich (siehe auch Meyer-Goßner/Schmitt, § 492 Rn. 8). In der Praxis wird also bei jeder Positivmeldung ein weiteres Ersuchen an die jeweilige Staatsanwaltschaft erforderlich. Das MI hat dies bestätigt und zudem bekräftigt, dass im Fall einer Positivmeldung allein ein Freispruch (der allerdings noch nicht rechtskräftig sein muss) die Inanspruchnahme trotz einer Eintragung im ZStV rechtfertigen soll. Zwar wird die Eintragung im ZStV auch bei unanfechtbarer Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens oder endgültiger Einstellung gelöscht (mit der Folge, dass die Inanspruchnahme dann zulässig wird), jedoch frühestens zwei Jahre nach der Erledigung des Verfahrens (§ 494 Abs. 2 Satz 2 StPO). In der Zwischenzeit, also bis zur Löschung im ZStV, soll die Inanspruchnahme verboten bleiben, um Handlungssicherheit zu gewinnen (außer bei einem Freispruch). Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Ausschuss lediglich sprachlich-redaktionelle Verbesserungen. Insbesondere soll auf die Begehung einer „in Absatz 6 genannten Straftat“ abgestellt werden, aber deren „besondere Bedeutung“ entfallen. Dadurch wird sprachlich auf eine (weitere) Kategorie von Straftatbeständen verzichtet, die mit Blick auf die Übermittlungsregelungen in den §§ 30 ff. des Entwurfs zu Verwechslungen führen könnte.

**Zu Buchstabe a/1 (Absatz 2):**

Für die dauerhafte Inanspruchnahme einer Vertrauensperson knüpft Satz 1 g. F. an die Gewaltausrichtung oder die erhebliche Bedeutung des Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts an. Dies genügt nach der Rechtsprechung des BVerfG den Anforderungen an die Normenklarheit nicht mehr (BVerfGE 162, 1, 158 f. [Rn. 352] i. V. m. 155 f. [Rn. 343 f.]). Da diese verfassungsrechtliche Problematik durch die Empfehlung zu § 6 Abs. 6 Sätze 1 und 2 gelöst werden soll (siehe die Erläuterung dort), bedarf es hier insoweit lediglich einer Folgeänderung.

Weiterer Änderungsbedarf ergibt sich allerdings daraus, dass das BVerfG in seiner neueren Rechtsprechung nunmehr ausdrücklich festgestellt hat, dass die Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen wegen ihres erhöhten Eingriffsgewichts auch im Nachrichtendienstrecht einer unabhängigen Vorabkontrolle unterliegen muss (BVerfGE 162, 1, 158 f. [Rn. 352 i. V. m. Rn. 348]). Dieser verfassungsrechtlichen Vorgabe soll durch die Empfehlungen zu § 21 entsprochen werden (siehe die Erläuterungen dort). Um zu vermeiden, dass sämtliche Vertrauenspersonen zukünftig vor ihrer Inanspruchnahme einer einzelfallbezogenen Vorabkontrolle durch die G 10-Kommission unterworfen werden, empfiehlt der Ausschuss auf Vorschlag des MI, die bisherige Differenzierung der Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen in zwei Varianten mit unterschiedlichem Eingriffsgewicht (vorübergehende Inanspruchnahme einerseits, dauerhafte Inanspruchnahme andererseits) zu überarbeiten und an das neue bayerische Recht (Artikel 18 Abs. 1 Satz 2 i. V. m. Artikel 19 Abs. 1 Satz 1 BayVSG) anzulehnen. Nur die eingriffsintensivere Variante soll einer erhöhten Eingriffsschwelle und der notwendigen unabhängigen Vorabkontrolle durch die G 10-Kommission unterliegen. Diese Regelungstechnik der Untergliederung von nachrichtendienstlichen Mitteln anhand der jeweiligen Eingriffsintensität, die das BVerfG ausdrücklich anerkannt hat (BVerfGE 162, 1, 161 f. [Rn. 359 a. E.]), findet im NVerfSchG auch bei anderen nachrichtendienstlichen Mitteln Anwendung, so bei den Tonaufzeichnungen (siehe die Empfehlung zu § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 2a und 9), den Observationen (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 4 und 7 g. F.) und den Bildaufzeichnungen (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 5 und 8 g. F.).

Die empfohlene Nummer 1 berücksichtigt, dass die Dauer der Inanspruchnahme herausgehobene Bedeutung für das Eingriffsgewicht hat (BVerfGE 162, 1, 154 [Rn. 341]). Ein Einsatz von bis zu sechs Monaten lässt den Aufbau einer (das Eingriffsgewicht erhöhenden) Vertrauensbeziehung noch nicht erwarten (BVerfGE 162, 1, 157 [Rn. 348]). Die Begrenzung auf sechs Monate ist angelehnt an die Regelungen in Bayern, Hamburg, Hessen und Rheinland-Pfalz (Artikel 18 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 i. V. m. Artikel 19 Abs. 1 Satz 1 BayVSG, § 15 Abs. 7 Nr. 1 i. V. m. § 16 Abs. 1 HmbVerfSchG, § 12 Abs. 1 Satz 2 i. V. m. § 13 Abs. 1 Satz 1 HVSG und § 10 Abs. 1 Satz 3 Nr. 3 i. V. m. § 11 Abs. 1 Satz 1 LVerfSchG RP), sie beruht auf dem vom BVerfG festgesetzten Übergangsrecht (BVerfGE 162, 1, 177 [Rn. 406]; BayLT-Drs. 18/20957, S. 34). In der Praxis wird das vermutlich der Regelfall der

Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen durch die Verfassungsschutzbehörde sein, weil kürzere Einsätze als sechs Monate wohl nur in atypischen Fällen in Betracht kommen (so BayLT-Drs. 18/29057, S. 36).

Nummer 2 trägt - wie Artikel 18 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 i. V. m. Artikel 19 Abs. 1 Satz 1 BayVSG - der Rechtsprechung des BVerfG (BVerfGE 162, 1, 154 [Rn. 341]) Rechnung, der zufolge konkret personenbezogene Einsätze (§ 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Alt. 2 sowie Nrn. 2 und 3) eingriffsintensiver sind als organisationsbezogene Einsätze (§ 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Alt. 1).

In Nummer 3 wird dem Einsatz in Räumlichkeiten, die zu privaten Wohnzwecken dienen, ein erhöhtes Gewicht beigemessen (so auch BayLT-Drs. 18/29057, S. 34). Da mit der Nummer 3 der Einsatz von Vertrauenspersonen in Wohnungen i. S. d. Artikels 13 GG erstmals ausdrücklich im Gesetz genannt wird, sollten auch Regelungen über das Recht, Wohnungen zu betreten, aufgenommen werden (vgl. dazu die Empfehlung zu Absatz 4 Sätze 4 und 5).

Der ausleitende Satzteil entspricht § 17. Neben der planmäßigen Beobachtung und Aufklärung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts wird hier die Erfüllung der Aufgabe nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 (Spionageabwehr) genannt, bei der es keine Beobachtungs- oder Verdachtsobjekte gibt (vgl. § 6 Abs. 1 und § 12 Abs. 1) und bei der generell eine erhebliche Beobachtungsbedürftigkeit angenommen wird (vgl. § 13 Abs. 2 Nr. 3, § 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und § 17 sowie Artikel 4 Abs. 2 Nr. 2 Buchst. b BayVSG).

**Zu Buchstabe a/2 (Absatz 3 Satz 2):**

Da die eingriffsintensivere Variante der Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen (vgl. die Empfehlung zu Absatz 2) unter die einzelfallbezogene Vorabkontrolle der G 10-Kommission gestellt werden muss (vgl. die Empfehlungen zu § 21), ist die verfassungsrechtliche Notwendigkeit für die bisherige organisationsbezogene Vorabkontrolle gemäß § 21 Abs. 5 entfallen, die daher gestrichen werden soll (vgl. die dortige Empfehlung). Der Ausschuss empfiehlt, in Absatz 3 Satz 2 als Folgeänderung den Beginn der Werbung einer Vertrauensperson zumindest unter den Vorbehalt der Abteilungsleitung zu stellen (vgl. auch BayLT-Drs. 18/29057, S. 36). Eine Anwerbungsphase, in der „die ursprüngliche Vertrauensbeziehung … noch nicht vollständig durch staatliche Inpflichtnahme unterhöhlt ist“ (BVerfGE 162, 1, 158 [Rn. 351]), hat das BVerfG anerkannt, sie darf aber „nur von begrenzter Dauer sein“, wenn erst die Entscheidung über die Verpflichtung der unabhängigen Vorabkontrolle unterliegen soll (BVerfGE 162, 1, 159 [Rn. 353 f.]), wie es die Empfehlungen zu § 21 vorsehen. Der Ausschuss geht davon aus, dass die in Absatz 3 Satz 1 geregelte Werbung, die den Zeitraum von einem Jahr nicht überschreiten soll, dieser Vorgabe des BVerfG entspricht.

**Zu Buchstabe b (Absatz 4):**

Zu Satz 1 Nr. 1 wird lediglich eine redaktionelle Korrektur empfohlen.

Die empfohlenen Sätze 4 und 5 beruhen auf der ausdrücklichen Erwähnung des Einsatzes von Vertrauenspersonen in Privatwohnungen in dem empfohlenen Absatz 2 Nr. 3. Dieser Einsatz bedarf einer gesetzlichen Grundlage (Dietrich, in: Dietrich/Eiffler, VI § 2 Rn. 106). Die empfohlene Formulierung ist angelehnt an Artikel 18 Abs. 1 Sätze 4 und 5 i. V. m. Artikel 19 Abs. 1 Satz 1 BayVSG (dazu BayLT-Drs. 18/29057, S. 34), § 11 Abs. 1 Sätze 3 und 4 i. V. m. § 12 Abs. 1 SächsVSG, § 36 a Abs. 2 Sätze 2 und 3 NPOG sowie § 110 c Sätze 1 und 2 StPO. Durch die Verweisung in § 18 Abs. 2 Satz 2 gilt die Vorschrift auch für verdeckte Ermittlerinnen/Ermittler.

**Zu Buchstabe c (Absatz 5):**

Die Empfehlung enthält eine rechtsförmliche Berichtigung. Zu der Vereinfachung der Verweisung auf Absatz 6 vgl. die Erläuterung zu Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 des Entwurfs.

**Zu Buchstabe d (Absatz 6):**

Zum einleitenden Satzteil vgl. die Erläuterung zu Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 des Entwurfs sowie die Empfehlung zu Absatz 5. Im Übrigen handelt es sich um redaktionelle Verbesserungen.

**Zu Nummer 6 (§ 17):**

Vgl. zu der im Entwurf vorgesehenen Absenkung der Eingriffsschwelle für verdeckte Tonaufzeichnungen außerhalb von Wohnungen die Erläuterung zu § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 9 und 10. Der Ausschuss empfiehlt, die Vorschrift insgesamt neu zu fassen und die sprachlich sperrige Überschrift zu straffen. Die Bezugnahme auf Beobachtungs- und Verdachtsobjekte von erheblicher Bedeutung ist eine Folgeänderung zu dem empfohlenen § 6 Abs. 6 (vgl. die dortige Erläuterung).

**Zu Nummer 8 (§ 20):**

**Zu Buchstabe a (Absatz 1 Satz 1):**

Der Ausschuss empfiehlt, die Regelung über besondere Auskunftsverlangen zu digitalen Diensten neu zu fassen.

Die Formulierung des einleitenden Satzteils beruht auf dem redaktionellen Wunsch des MI, die Verweisung auf die Begriffsbestimmung der Anbieter von digitalen Diensten nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 des Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetzes (TDDDG) aufzulösen und stattdessen auszuformulieren - in inhaltlicher Übereinstimmung mit der Übermittlungsregelung in § 22 Abs. 1 TDDDG, der „ersten Tür“ der Datenübermittlung im sogenannten Doppeltürmodell des BVerfG (vgl. dazu grundlegend BVerfGE 130, 151, 184 [Rn. 123]). Dadurch werden auch die Mitwirkenden und Zugangsvermittler (vgl. § 2 Abs. 2 Nr. 1 TDDDG) sichtbarer (vgl. dazu auch die empfohlene Einleitung von Absatz 2 Satz 1).

Zu Nummer 1 wird empfohlen, die hier für Bestandsdaten geregelte Abrufregelung („zweite Tür“ der Datenübermittlung) enger zu fassen, um sie an die Übermittlungsregelung in § 23 TDDDG („erste Tür“) anzugleichen. Ohne die vorgeschlagene Beschränkung würde die Abrufregelung auch „die als Bestandsdaten erhobenen Passwörter oder andere Daten, mittels derer der Zugriff auf Endgeräte oder auf Speichereinrichtungen, die in diesen Endgeräten oder hiervon räumlich getrennt eingesetzt werden, geschützt sind“ (§ 23 Abs. 1 Satz 1 TDDDG), erfassen, obwohl diese nach § 23 Abs. 2 TDDDG nur an Strafverfolgungs- und Gefahrenabwehrbehörden, nicht hingegen an Verfassungsschutzbehörden übermittelt werden dürfen (vgl. BT-Drs. 19/17741, S. 40 f.). Ein solches Auseinanderfallen von „erster und zweiter Tür“, bei dem die landesrechtliche Abrufvorschrift zum Abruf von Daten ermächtigt, welche die Diensteanbieter nach Bundesrecht nicht an die Landesverfassungsschutzbehörde übermitteln dürfen, hat das BVerfG als Verstoß gegen das Gebot der Normenklarheit gewertet und infolgedessen die landesrechtliche Abrufregelung für verfassungswidrig erklärt (BVerfGE 162, 1, 151 f. [Rn. 336]). Ein solcher Verstoß wird durch die Empfehlung zu Nummer 1 vermieden.

Die Empfehlung zu Nummer 2 (Auskunftsverlangen zu Nutzungsdaten) berichtigt ein redaktionelles Versehen des Entwurfs.

**Zu Buchstabe b (Absatz 2):**

Auch bei den besonderen Auskunftsverlangen zu Telekommunikationsdiensten empfiehlt der Ausschuss, Satz 1 neu zu fassen. Die empfohlene Formulierung des einleitenden Satzteils beruht auf einer Anregung des MI. Da „Anbieter von Telekommunikationsdiensten“ gemäß § 3 Nr. 1 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) „jeder, der Telekommunikationsdienste erbringt“, ist, werden davon diejenigen nicht erfasst, die an der Erbringung von Telekommunikationsdiensten lediglich mitwirken. In § 174 Abs. 1 Satz 1 TKG („erste Tür“ der Datenübermittlung) werden allerdings auch die an der Erbringung Mitwirkenden zur Übermittlung ermächtigt, daher hat sich das MI dafür ausgesprochen, diese auch hier in der Abrufvorschrift („zweite Tür“ der Datenübermittlung) zu verpflichten (so auch § 8 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 BVerfSchG). Diesem Vorschlag ist der Ausschuss mit seiner Empfehlung gefolgt. Infolgedessen soll anstelle des § 3 Nr. 1 TKG („Anbieter von Telekommunikationsdiensten“) § 3 Nr. 61 TKG („Telekommunikationsdienste“) in Bezug genommen werden.

Die in Nummer 1 des Entwurfs gewählte Anknüpfung an „Bestandsdaten gemäß § 3 Nr. 6 und § 172 TKG“ ist ungenau, denn Bestandsdaten gemäß § 3 Nr. 6 TKG sind (nur) „Daten eines Endnutzers, die erforderlich sind für die Begründung, inhaltliche Ausgestaltung, Änderung oder Beendigung eines Vertragsverhältnisses über Telekommunikationsdienste“. Die nach § 172 Abs. 1 TKG für

Auskunftsersuchen der Sicherheitsbehörden zu verarbeitenden Daten sind hingegen auch zu speichern, „soweit diese Daten für betriebliche Zwecke nicht erforderlich sind“. Im letztgenannten Fall handelt es sich begrifflich also nicht mehr um Bestandsdaten i. S. d. TKG. Die Empfehlung dient der Anpassung an die vom TKG vorgegebenen Begriffe. In diesem Zusammenhang hat sich das MI dafür eingesetzt, die seit 2016 bestehende begriffliche Unterscheidung von „einfachen Bestandsdaten“ (Nummer 1) und „besonderen Bestandsdaten“ (Nummer 2), die sich im TKG so nicht wiederfindet, aufzugeben. Die jeweils abzufragenden Daten seien hinreichend klar beschrieben und deren Unterscheidung auch in der Sachbearbeitung verinnerlicht. Diesem Vorschlag ist der Ausschuss mit seiner Empfehlung gefolgt.

Zu Nummer 3 hat der GBD auf ein verfassungsrechtliches Problem der Datenübermittlung hingewiesen, das der Landesgesetzgeber allerdings nicht lösen kann. Die hier geregelte Abrufvorschrift („zweite Tür“ der Datenübermittlung von Telekommunikationsverkehrsdaten) bedürfe einer passenden bundesrechtlichen Übermittlungsvorschrift („erste Tür“ der Datenübermittlung). Es bestünden Zweifel, dass die im Bundesrecht geregelte „erste Tür“ den Anforderungen des BVerfG genüge. § 9 TDDDG selbst enthalte keine geeignete Übermittlungsregelung, sondern lasse in Absatz 1 Satz 4 lediglich die Pflicht zur Verarbeitung von Verkehrsdaten aufgrund von anderen Rechtsvorschriften offen (vgl. dazu näher Bäcker, GSZ 2023, 257, 259 f.). Eine Übermittlung von Verkehrsdaten an die Verfassungsschutzbehörde sei nach den §§ 170 ff. TKG nicht zulässig, denn § 174 Abs. 3 Nr. 5 und Abs. 5 Nr. 3 TKG betreffe nur Bestandsdaten und in § 177 TKG (Verwendung der nach § 176 TKG gespeicherten Verkehrsdaten) würden die Verfassungsschutzbehörden nicht genannt, sondern nur Strafverfolgungs- und Gefahrenabwehrbehörden. Die erforderliche Übermittlungsvorschrift könne daher allenfalls in § 8 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 und § 8 b Abs. 10 BVerfSchG gesehen werden, insbesondere unter Berücksichtigung der Entstehungsgeschichte (Terrorismusbekämpfungsgesetz 2002) und in der Auslegung als Delegation der Gesetzgebungsbefugnis für die Übermittlungsvorschrift (Artikel 73 Abs. 1 Nr. 7 Alt. 2 GG) an die Länder (so Aicher, GSZ 2024, 69, 70 f.). Diese Lösung begegne allerdings verfassungsrechtlichen Bedenken sowohl hinsichtlich des Gebots der Normenklarheit als auch der Kompetenzordnung des Grundgesetzes (Bäcker, GSZ 2024, 71, 72). Da das BVerfG ausdrücklich entschieden habe, dass verfassungsrechtliche Mängel der „ersten Tür“ (Übermittlungsvorschrift) nicht durch strengere Anforderungen der „zweiten Tür“ (Abrufregelung) kompensiert werden könnten (vgl. nur BVerfGE 155, 119, 194 [Rn. 162]), wirkten sich diese verfassungsrechtlichen Risiken auch auf die Entwurfsregelung aus. Da der Landesgesetzgeber diesem Risiko nicht abhelfen kann, hat sich der Ausschuss auf Vorschlag des MI dafür entschieden, an der Abrufregelung in Nummer 3 festzuhalten.

Die Empfehlungen zu den Sätzen 3 und 4 enthalten redaktionelle Folgeänderungen zu dem empfohlenen Verzicht auf die bisherige Unterscheidung von einfachen und besonderen Bestandsdaten in Satz 1 Nrn. 1 und 2.

**Zu Buchstabe b/1 (Absatz 3):**

Auf Vorschlag des MI empfiehlt der Ausschuss, für die besonderen Auskunftsverlangen nach Absatz 3 Satz 1 (Luftverkehrs- und Finanzauskünfte) das sogenannte Marktortprinzip aufzunehmen. Damit soll die hier geregelte „zweite Tür“ wie in Bayern, Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg und Hessen daran angepasst werden, dass der Bundesgesetzgeber mit § 8 a Abs. 4 BVerfSchG eine gleichlautende Regelung in die Übermittlungsvorschrift („erste Tür“) aufgenommen hat, um deren Anwendungsbereich klarzustellen in Bezug auf ausländische Unternehmen, die über keine (Zweig-) Niederlassung im Inland verfügen (BT-Drs. 19/24785, S. 18).

**Zu Buchstabe c (Absatz 4):**

Die Entwurfsregelung senkt die Eingriffsschwelle für den Abruf von Kontostammdaten, bei denen es sich funktional um Bestandsdaten handelt (vgl. Gärditz, in: Dietrich/Eiffler, VI § 1 Rn. 38). Bisher wurden Kontostammdatenabfragen in der Praxis regelmäßig in Kombination mit einer umfassenden Kontoauskunft gestellt (Gärditz, a. a. O.), die einer höheren Eingriffsschwelle unterliegt. Wenn an der Praxis der Kombinationsanträge festgehalten würde, wäre die Absenkung der Eingriffsschwelle somit faktisch irrelevant. Das MI hat dazu mitgeteilt, dass sich die Praxis ändern werde, weil Kontostammdaten auch für sich genommen einen Erkenntniswert zur Aufgabenerfüllung der Verfassungsschutzbehörde hätten. Bei der Tatsache, dass eine bestimmte Person eine Kontoverbindung nutzt oder dass sie über eine Verfügungsberechtigung für eine Kontoverbindung Dritter verfügt, handele es sich

um eine relevante Information i. S. d. § 3 Abs. 1. Gleichermaßen könne die Kenntnis, dass (und welche) Personen über ein Konto verfügen dürfen, das mit einem Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt im Zusammenhang steht, eine relevante Erkenntnis zur Aufhellung von Personenstrukturen in eben diesem Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt darstellen.

**Zu Nummer 9 (§ 21):**

**Zu Buchstabe 1/a (Absatz 1):**

Die Empfehlung zu Satz 2 enthält eine Folgeänderung zu der Empfehlung zu Absatz 3 Satz 2, die Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen in den eingriffsintensiveren Fällen des empfohlenen § 16 Abs. 2 (siehe dort) der einzelfallbezogenen unabhängigen Vorabkontrolle durch die G 10-Kommission zu unterwerfen. Infolgedessen soll für die Anordnung der Inanspruchnahme, wie auch in den anderen Fällen, die der Vorabkontrolle der G 10-Kommission unterfallen (z. B. § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 7 bis 12), der Ministervorbehalt gelten. Zudem wird eine Folgeänderung zu § 20 Abs. 2 Satz 1 empfohlen (Streichung der „einfachen“ und „besonderen“ Bestandsdaten; vgl. die dortige Erläuterung).

Auf Anregung des MI empfiehlt der Ausschuss überdies, den Ministervorbehalt für die Kontostammdatenabfrage nach § 20 Abs. 4 Satz 1 zu streichen, um diese insoweit den Bestandsdatenabfragen nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 gleichzustellen. Laut MI sei im Gesetzentwurf versehentlich nur der Zustimmungsvorbehalt der G 10-Kommission gestrichen worden (vgl. Absatz 3 Satz 2 des Entwurfs).

Zu Satz 3 empfiehlt der Ausschuss lediglich eine Folgeänderung zu der empfohlenen Erweiterung des Ministervorbehalts in Satz 2.

**Zu Buchstabe 2/a (Absatz 2):**

Das BVerfG verlangt, dass eine notwendige unabhängige Vorabkontrolle bei länger andauernden Einsätzen wiederholt wird, zumal sich die Bedingungen für die Fortsetzung im Laufe der Zeit ändern können (BVerfGE 162, 1, 159 f. [Rn. 354] i. V. m. 157 [Rn 348]; dazu sogleich zu Satz 2 Halbsatz 1). Angesichts der Bedeutung, die das BVerfG der Dauer des Einsatzes für die Eingriffsintensität beimisst (BVerfGE 162, 1, 154 [Rn. 341]), sollte dieser Zeitraum nicht zu lang bemessen sein. Der Ausschuss empfiehlt daher zu Satz 1 Nr. 1, sich in den eingriffsintensiveren Fällen der Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen (§ 16 Abs. 2) an Bayern, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Sachsen zu orientieren (ein Jahr, siehe Artikel 18 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. Artikel 19 Abs. 1 Satz 1 BayVSG, § 9 Abs. 4 Satz 3 i. V. m. § 15 Abs. 8 und § 16 Abs. 1 HmbVerfSchG, § 12 Abs. 3 Satz 2 i. V. m. § 13 Abs. 1 Satz 1 HVSG, § 10 Abs. 1 Satz 2 i. V. m. § 11 Abs. 1 Satz 1 LVerfSchG RP, § 11 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 i. V. m. § 12 Abs. 1 SächsVSG). Für die weiteren Fälle des § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6, für die bisher eine Anordnungsfrist von drei Jahren gilt, hält der Ausschuss eine solche Regelung für entbehrlich. Die nicht von § 16 Abs. 2 erfasste Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 Buchst. a ist ohnehin auf sechs Monate begrenzt (§ 16 Abs. 2 Nr. 1).

Die empfohlene Änderung in Satz 2 Halbsatz 1 dient zur Verbesserung der Normenklarheit. Schon bisher ist bei einer Verlängerung im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung das durch die Gesamtdauer der Maßnahme gegebenenfalls erhöhte Eingriffsgewicht ins Verhältnis zu setzen zu den dadurch gewonnenen Erkenntnissen. Angesichts der vom BVerfG betonten Bedeutung dieses Zusammenhangs (BVerfGE 162, 1, 157 [Rn. 348]) soll diese Maßgabe im Gesetzeswortlaut zum Ausdruck kommen, um dem Gebot der Normenklarheit gerecht zu werden.

Die bisherige Ausnahme in Satz 3 für die vorübergehende Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen soll als Folgeänderung zu § 16 Abs. 2 gestrichen werden.

**Zu Buchstabe a (Absatz 3):**

Der Ausschuss empfiehlt, sämtliche Änderungen des Absatzes 3 in Buchstabe a redaktionell zusammenzufassen.

Der Ausschuss empfiehlt zu Satz 2, die reguläre, einzelfallbezogene Vorabkontrolle auf die eingriffsintensiveren Fälle der Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen (vgl. die Empfehlung zu § 16

Abs. 2) zu erstrecken. Nach dem bisherigen Absatz 5 beschränkt sich die unabhängige Vorabkontrolle durch die G 10-Kommission bei der Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen darauf, die für den dauerhaften Einsatz nach § 16 Abs. 2 Satz 1 g. F. erforderliche erhebliche Bedeutung des Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts, gegen das Vertrauenspersonen eingesetzt werden sollen, zu überprüfen. Diese objektbezogene Vorabkontrolle genügt nach der neueren Rechtsprechung des BVerfG nicht. Das BVerfG hat unmissverständlich klargestellt, dass - erstens - das Eingriffsgewicht der dauerhaften Inanspruchnahme von Vertrauensleuten dem des Einsatzes verdeckter Mitarbeiter gleicht (BVerfGE 162, 1, 158 [Rn. 350 f.]), also - zweitens - die gleichen Anforderungen an Eingriffsschwelle und Vorabkontrolle gelten (BVerfGE 162, 1, 158 ff. [Rn. 352 ff.]. Auch beim Einsatz von Vertrauensleuten ist eine (wiederholte) unabhängige Vorabkontrolle verfassungsrechtlich unverzichtbar (BVerfGE 162, 1, 159 [Rn. 354 mit Verweis auf Rn. 348]). Da das Eingriffsgewicht der Maßnahme mit der Dauer der Maßnahme steigt und sich die qualitative und quantitative Intensität der abgeschöpften Beziehung im Laufe der Maßnahme ebenso verändert wie der erwartbare Erkenntnisgewinn, reicht die bisherige abstrakte, auf das Beobachtungs- bzw. Verdachtsobjekt, nicht auf die konkrete abgeschöpfte Kommunikationsbeziehung bezogene Kontrolle durch die G 10-Kommission verfassungsrechtlich nicht aus. Darauf wurde auch in der Anhörung hingewiesen. Dem besonderen, vom BVerfG anerkannten Schutzbedürfnis der Vertrauenspersonen (BVerfGE 162, 1, 160 [Rn. 355] m. w. N.) ist im Rahmen der Vorabkontrolle Rechnung zu tragen. Zudem enthält die Empfehlung zu Satz 2 eine Folgeänderung zu § 20 Abs. 2 Satz 1 (Streichung der „einfachen“ und „besonderen“ Bestandsdaten, vgl. die dortige Erläuterung).

Die Empfehlung zu Satz 3 beruht darauf, dass das BVerfG bei eingriffsintensiven Überwachungsmaßnahmen dem Erfordernis einer Vorabkontrolle im Verfassungsschutzrecht „wegen der Weite der nachrichtendienstlichen Eingriffsschwellen … besondere Bedeutung“ beimisst (BVerfGE 162, 1, 101 [Rn. 213]). Der Gesetzgeber muss „das Gebot vorbeugender unabhängiger Kontrolle in spezifischer und normenklarer Form“ regeln; diese Regelungen müssen „das Erfordernis einer hinreichend substantiierten Begründung des von der Behörde zu stellenden Antrags auf Anordnung enthalten, die es überhaupt erst praktisch erlaubt, eine unabhängige Kontrolle effektiv auszuüben; überdies „muss die antragstellende Behörde verpflichtet werden, über alle beurteilungsrelevanten Aspekte zu informieren“, um ein eigenverantwortliches Urteil der unabhängigen Stelle zu ermöglichen (BVerfGE 162, 1, 102 [Rn. 215]). Nach Mitteilung des MI sind bei den eingriffsintensiven Überwachungsmaßnahmen, die nach den Sätzen 1 und 2 der Vorabkontrolle durch die G 10-Kommission unterliegen, substantiierte Begründungen zwar geübte Praxis, jedoch verlangt der Wortlaut des Gesetzes lediglich eine Anordnung der Fachministerin/des Fachministers (Absatz 1 Satz 1) sowie eine Dokumentation der Gründe für die Anordnung (Absatz 1 Satz 4). An dieser bisherigen Regelung festzuhalten, begegnet verfassungsrechtlichen Bedenken im Hinblick auf das Gebot der Normenklarheit. Daher empfiehlt der Ausschuss, nähere Begründungserfordernisse aufzunehmen. Die Empfehlung ist - unter Berücksichtigung des Satzes 3 des Entwurfs in der empfohlenen Nummer 3 - angelehnt an § 39 Abs. 3 Sätze 1 und 2 LVerfSchG RP (dazu LT-RP-Drs. 18/10483, S. 128 f.).

Nach Nummer 1 ist das Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt zu bezeichnen, wenn sich der Einsatz des nachrichtendienstlichen Mittels gegen ein solches richtet (objektbezogener Einsatz gemäß § 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Alt. 1; bei den zustimmungsbedürftigen besonderen Auskunftsverlangen gibt es keinen objektbezogenen Einsatz). In den Fällen, in denen das nachrichtendienstliche Mittel oder besondere Auskunftsverlangen gegen eine Person eingesetzt wird, ist diese Person zu nennen, soweit möglich, mit Namen und Anschrift. Dies betrifft den IMSI-Catcher (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 11 i. V. m. § 19 Abs. 2) sowie Auskünfte zu Nutzungsdaten digitaler Dienste nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 (§ 20 Abs. 1 Satz 5), zu Telekommunikationsdaten nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2 und 3 (§ 20 Abs. 2 Satz 4) sowie zu Luftverkehrs- und Finanzdaten nach § 20 Abs. 3 Satz 1 (§ 20 Abs. 3 Satz 3) sowie die sonstigen der Vorabkontrolle der G 10-Kommission unterfallenden nachrichtendienstlichen Mittel, wenn sie nach § 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Alt. 2 oder Nrn. 2 bis 4 personenbezogen eingesetzt werden.

Nummer 2 greift Satz 3 des Entwurfs auf. Die dort enthaltene Beschränkung auf Maßnahmen, die der Zustimmung der G 10-Kommission unterliegen, widerspricht den Maßgaben des BVerfG, das ausdrücklich betont hat, eine effektive Kontrolle erfordere, „dass die kontrollierende Stelle jedenfalls alle Überwachungsmaßnahmen, denen eine Person durch eine Behörde ausgesetzt ist, in den Blick nehmen kann“ (BVerfGE 162, 1, 132 [Rn. 290]). Dass nach Satz 3 des Entwurfs die G 10-Kommission nur auf diejenigen Überwachungsmaßnahmen hingewiesen werden muss, die der

Vorabkontrolle durch die G 10-Kommission unterliegen (denen sie also bereits selbst zugestimmt hat), würde angesichts der nachrichtendienstlichen Mittel, die nicht der Zustimmung der G 10-Kommission bedürfen (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 6 g. F.), zu einem unvollständigen Bild der Überwachungsmaßnahmen führen. Vor diesem Hintergrund wird zu Nummer 2 empfohlen, die Beschränkung zu streichen. An der Beschränkung auf „zeitgleich“ eingesetzte nachrichtendienstliche Mittel und besondere Auskunftsverlangen ändert dies nichts. Maßnahmen, die sich bereits erledigt haben, müssen also nicht angegeben werden. Nach Mitteilung des MI betrifft dies insbesondere die im Rahmen von Vorermittlungen durchgeführten Bestandsdatenabfragen nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Abs. 2 Satz 1 Nrn. 1 und 2 sowie Abs. 4 (vgl. § 21 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3, der die Abfrage künftig anfallender Daten nur bei Auskunftsverlangen nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und Abs. 3 Satz 1 vorsieht). Nach Mitteilung des MI soll Nummer 2 nicht für die objektbezogenen Einsätze gemäß § 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Alt. 1 gelten. Die Ausschussempfehlung erfasst daher weder die Fälle, in denen das zustimmungsbedürftige nachrichtendienstliche Mittel gegen ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt gerichtet ist (§ 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Alt. 1), noch die Fälle, in denen das zustimmungsbedürftige nachrichtendienstliche Mittel oder Auskunftsverlangen gegen eine bestimmte Person eingesetzt wird, die von zeitgleich laufenden objektbezogenen Maßnahmen betroffen sein kann. Mit der o. g. Maßgabe des BVerfG ist dies nach Einschätzung des Ausschusses zu vereinbaren, denn auch in diesen Fällen ist die G 10-Kommission nicht gehindert, die parallel laufenden Überwachungsmaßnahmen in den Blick zu nehmen, wenn sie diese im Hinblick auf die additive Wirkung der Grundrechtseingriffe für beurteilungsrelevant hält.

Der GBD hat darauf hingewiesen, dass die gegenüber der geltenden Fassung neue Regelung in Satz 4 Halbsatz 2 des Entwurfs (Prüfung der additiven Grundrechtsbeeinträchtigung) nach der Rechtsprechung des BVerfG nicht ausdrücklich in das Gesetz aufgenommen werden müsse. Die Behörden hätten als Ausprägung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes bereits unmittelbar von Verfassungs wegen im Rahmen ihrer Befugnisse von sich aus zu beachten, dass das Ausmaß der Überwachung insgesamt beschränkt bleibe (BVerfGE 162, 1, 130 f. [Rn. 287 f.]). Da die Entwurfsregelung des Halbsatzes 2 darüber nicht hinausgehe, könne sie auch gestrichen werden. Der Ausschuss hat sich allerdings zur Klarstellung für die Beibehaltung der Entwurfsregelung ausgesprochen und empfiehlt daher lediglich redaktionelle Anpassungen an die Empfehlungen zu Satz 3 Nrn. 1 und 2.

Der Ausschuss empfiehlt, Satz 5 des Entwurfs (Reduzierung der Eingriffe bei Unverhältnismäßigkeit wegen additiver Grundrechtsbeeinträchtigung), der nicht unmittelbar auf die Rechtsprechung des BVerfG zurückgeht, zu streichen. Regelungszweck und praktische Umsetzung dieser Entwurfsregelung erschließen sich nicht, weil bereits Satz 6 des Entwurfs (Satz 4 g. F.) bestimmt, dass im Fall der Verweigerung der Zustimmung die Anordnung unverzüglich aufzuheben ist, und zwar von der Ministerin/dem Minister („actus contrarius“). Diese Vorschrift erfasst auch Fälle, in denen die Zustimmung wegen einer unverhältnismäßigen additiven Grundrechtsbeeinträchtigung verweigert wird. Der für die Aufhebung geltende Ministervorbehalt würde umgangen, wenn nach Satz 5 des Entwurfs in der laufenden G 10-Kommissionssitzung, in der die Ministerin/der Minister in aller Regel nicht anwesend ist, die Anordnung abgeändert werden könnte.

Mit dem empfohlenen Satz 5/1 soll eine Begründungspflicht in das Gesetz aufgenommen werden (vgl. auch § 39 Abs. 4 Satz 5 LVerfSchG RP; dazu LT-RP-Drs. 18/10483, S. 129), die das schon bisher von der G 10-Kommission praktizierte Verfahren abbildet. Diese Empfehlung dient zur Vermeidung eines verfassungsrechtlichen Risikos, denn nach der Rechtsprechung des BVerfG muss die Vorabkontrolle „die Rechtmäßigkeit der vorgesehenen Maßnahme eingehend prüfen und die Gründe schriftlich festhalten“ (BVerfGE 120, 274, 332; vgl. auch BVerfGE 125, 250, 338; BVerfGE 162, 1, 102 [Rn. 215] verweist auf BVerfGE 141, 220, 275 [Rn. 118], wo es heißt: „Der Gesetzgeber hat das Gebot vorbeugender unabhängiger Kontrolle in spezifischer und normenklarer Form mit strengen Anforderungen an den Inhalt und die Begründung der gerichtlichen Anordnung zu verbinden.“).

Weiterer Anpassungsbedarf bei der Ausgestaltung der unabhängigen Vorabkontrolle durch die G 10-Kommission ist der neueren Rechtsprechung des BVerfG aus Sicht des Ausschusses nicht zu entnehmen. Die Entscheidung mit Mehrheit sowie die Unabhängigkeit und Weisungsfreiheit der G 10-Kommission sind durch die in Absatz 6 Satz 2 enthaltene Verweisung auf § 3 Abs. 1 Sätze 6 und 7 des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Artikel 10-Gesetz (Nds. AG G 10) gewährleistet. Das BVerfG hat in seinen neueren Entscheidungen zu den strategischen Überwachungsbefugnissen

des BND zwar weitere Anforderungen an eine effektive Kontrolle gestellt (insbesondere die Hauptamtlichkeit und richterliche Erfahrung der Mitglieder; BVerfGE 154, 152, 290 ff., 295 [Rn. 272 ff., 286 f.]; 170, 79, 139 f. [Rn. 170 ff.]), die zur Einführung eines Unabhängigen Kontrollrats geführt haben (vgl. die §§ 40 ff. des BND-Gesetzes). Diese Rechtsprechung kann jedoch auf die notwendige unabhängige Vorabkontrolle landesverfassungsschutzrechtlicher Maßnahmen nicht übertragen werden (a. A. wohl Friedrich, JZ 2025, 403, 410 f.). Die Rechtsprechung ist zur strategischen Telekommunikationsüberwachung ergangen und beruht auf der „außerordentlichen Reichweite“ dieser Befugnisse (BVerfGE 154, 152, 243 [Rn. 151]; 170, 79, 134 [Rn. 160]) und dem weitgehenden Verzicht auf Benachrichtigungen, insbesondere im Ausland (BVerfGE 154, 152, 287 ff. [Rn. 267 ff.]). Diese Umstände führen zu besonders hohen Anforderungen an die Ausgestaltung der objektivrechtlichen Kontrolle, um einen „Ausgleich dafür zu schaffen, dass übliche rechtsstaatliche Sicherungen in weitem Umfang ausfallen“ und zugleich „die im Wesentlichen nur finale Anleitung der Überwachungsbefugnisse“ des BND zu kompensieren (BVerfGE 154, 152, 290 [Rn. 273]; 170, 79, 139 [Rn. 171]). Beide Aspekte sind Besonderheiten der strategischen Auslandsüberwachung, die bei dem einzelfallbezogenen Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel nach dem Landesverfassungsschutzrecht nicht in demselben Umfang vorliegen. Das BVerfG hat daher in seiner späteren Entscheidung zum BayVSG diese Ausführungen auch nicht wiederholt oder zitiert (BVerfGE 162, 1, 100 ff. [Rn. 213 ff.]), sondern im Gegenteil unter beispielhafter Verweisung auf die Tätigkeit der G 10-Kommission ausgeführt, dass die Vorabkontrolle gerade durch ein Gericht verfassungsrechtlich nicht vorgegeben ist (BVerfGE 162, 1, 106 [Rn. 224]). Vor diesem Hintergrund geht der Ausschuss davon aus, dass das BVerfG in der vorbeugenden Kontrolle durch die G 10-Kommission weiterhin einen der richterlichen Kontrolle gleichwertigen Kontrollmechanismus sieht (BVerfGE 120, 274, 335).

**Zu Buchstabe b (Absatz 4 Satz 3):**

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung zu Absatz 3.

**Zu Buchstabe c (Absatz 5):**

Da die Empfehlungen zu den Absätzen 1 bis 3 die Rechtsprechung des BVerfG umsetzen, indem sie die eingriffsintensiveren Fälle der Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen einer einzelfallbezogenen Vorabkontrolle durch die G 10-Kommission unterwerfen, entfällt die verfassungsrechtliche Notwendigkeit des bisherigen Absatzes 5 mit der hier geregelten abstrakten Vorabkontrolle der Beobachtungs- und Verdachtsobjekte, gegen die Vertrauenspersonen in Anspruch genommen werden dürfen. Das in Absatz 5 geregelte Verfahren ist - soweit ersichtlich - im Nachrichtendienstrecht des Bundes und der Länder einzigartig geblieben und soll hier gestrichen werden. Auf Vorschlag des MI empfiehlt der Ausschuss allerdings, gesetzliche Zuständigkeits- und Fristenregelungen für die Bestimmung von Beobachtungs- und Verdachtsobjekten von erheblicher Bedeutung und deren Verlängerung, die dem bisherigen § 21 Abs. 5 Sätze 1 bis 4 entsprechen (Ministervorbehalt, Begründung, Befristung auf vier Jahre), in die §§ 6 und 7 aufzunehmen (vgl. die Empfehlung zu § 6 Abs. 6 Satz 3).

**Zu den Buchstaben d und e:**

Es handelt sich um Folgeänderungen zu der empfohlenen Streichung von Absatz 5 g. F.

**Zu Buchstabe f (Absatz 6):**

Die Empfehlung enthält - an rechtssystematisch passender Stelle - die Verpflichtung, die Einzelheiten der Inanspruchnahme von Gewährspersonen in einer Dienstvorschrift zu regeln, aus § 14 Abs. 3 Satz 2 des Entwurfs.

**Zu Nummer 10 (§ 22):**

**Zu Buchstabe a (Absatz 1):**

Die Beschränkung der Mitteilungspflicht in Satz 1 des Entwurfs auf „erheblich betroffene Personen“ begegnet nach Auffassung des Ausschusses erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken und soll daher gestrichen werden. Nach der Rechtsprechung des BVerfG verlangt der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz bei heimlichen Überwachungsmaßnahmen die gesetzliche Anordnung von Benachrichtigungspflichten, um subjektiven Rechtsschutz i. S. d. Artikels 19 Abs. 4 GG zu gewährleisten.

Ausnahmen von der Benachrichtigungspflicht sind in Abwägung mit verfassungsrechtlich geschützten Rechtsgütern Dritter zulässig, aber auf das unbedingt Erforderliche zu beschränken; es müssen zwingende Gründe vorliegen, die eine nachträgliche Benachrichtigung ausschließen (BVerfGE 141, 220, 282 f. [Rn. 136] unter Verweis auf BVerfGE 125, 260, 336; siehe auch BVerfGE 129, 208, 250 f.; 109, 279, 363 f.). Dabei ist anerkannt, dass die Benachrichtigung von Personen, die „nur zufällig miterfasst wurden und die selbst nicht im Fokus staatlichen Handelns standen“, unterbleiben kann, wenn sie „von der Maßnahme nur unerheblich betroffen wurden und anzunehmen ist, dass sie kein Interesse an der Benachrichtigung haben“; in diesen Fällen ist auch die richterliche Bestätigung der Abwägung nicht notwendig (BVerfGE 125, 260, 337; 129, 208, 251). Diesem Maßstab wird die Entwurfsregelung nicht gerecht. Insbesondere fehlt die Voraussetzung des fehlenden Interesses an der Benachrichtigung. Hinzu kommt, dass nicht leicht festzustellen ist, wer nach der Entwurfsregelung als „erheblich betroffene Person“ angesehen werden soll. Da die mitzuteilenden Eingriffe von der Verfassungsschutzbehörde heimlich durchgeführt werden, folgen ihnen, anders als bei der polizeilichen Gefahrenabwehr oder Strafverfolgung, in der Regel keine offenen Maßnahmen, sodass sie kaum zur Kenntnis der Betroffenen gelangen und daher nur selten einer gerichtlichen Überprüfung unterliegen. Daraus leitet das BVerfG besonders strenge Anforderungen an die Bestimmtheit der Vorschriften ab (BVerfGE 162, 1, 95 f. [Rn. 200]). Die Entwurfsregelung ist aber weniger bestimmt als die Vorbildregelungen im Bundeskriminalamtgesetz (BKAG) und in der StPO. In § 101 Abs. 4 StPO und § 74 Abs. 1 BKAG findet sich zwar, wie in der Begründung (Drs. 19/5930, S. 26) ausgeführt, der Begriff „erheblich mitbetroffene Personen“, der auch einer verfassungsgerichtlichen Überprüfung standgehalten hat (vgl. BVerfGE 141, 220, 319 f. [Rn. 260] zu § 20 w BKAG a. F.). In diesen Vorbildregelungen wird jedoch für die unterschiedlichen heimlichen Überwachungsmaßnahmen differenziert zwischen verschiedenen Benachrichtigungsempfängern. Bei den längerfristigen Observationen, Bild- und Tonaufzeichnungen sowie Einsätzen von Vertrauenspersonen und verdeckten Ermittlerinnen/Ermittlern wird zur Benachrichtigung der „Zielperson“ verpflichtet (und daneben der „erheblich mitbetroffenen Personen“), wobei die „Zielperson“ durch die ausführliche Regelung der Störerverantwortlichkeit (vgl. § 45 Abs. 1 Satz 1 BKAG) näher konkretisiert wird (vgl. Ruthig, in: Schenke/Graulich/Ruthig, § 74 BKAG Rn. 9). Beim Einsatz von Vertrauenspersonen und verdeckten Ermittlerinnen/Ermittlern sind außerdem zu benachrichtigen „die Personen, deren nicht allgemein zugängliche Wohnung die … Vertrauensperson oder der Verdeckte Ermittler betreten hat“ (§ 74 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. c BKAG; dazu Ruthig, a. a. O., Rn. 13). Bei Eingriffen in die Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme oder das Post- und Fernmeldegeheimnis bestimmt § 74 Abs. 1 Satz 3 BKAG, dass die Benachrichtigung der betroffenen Personen unterbleiben kann, wenn die Person von der Maßnahme nur unerheblich betroffen ist und anzunehmen ist, dass sie kein Interesse an einer Benachrichtigung hat. Die Bestimmtheit des Rechtsbegriffs „erheblich betroffen“ leidet überdies dadurch, dass die nachrichtendienstlichen Mittel von der Verfassungsschutzbehörde häufig nicht personenbezogen (also gegen „Zielpersonen“) eingesetzt werden (woraus eine erhebliche Betroffenheit abgeleitet werden könnte), sondern objektbezogen (also gegen ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt gemäß § 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Alt. 1, d. h. in der Regel gegen einen Personenzusammenschluss; vgl. § 6 Abs. 1 Satz 1). Die fehlende Bestimmtheit der Entwurfsregelung wurde auch in der Anhörung gerügt. Um diese verfassungsrechtlichen Bedenken auszuräumen, empfiehlt der Ausschuss, die Änderung in Satz 1 zu streichen, also wie bisher „betroffene Personen“ zu benachrichtigen, nicht nur „erheblich betroffene Personen“. Stattdessen soll in Satz 5 Nr. 2 eine zusätzliche - verfassungsrechtlich unbedenkliche - Ausnahmeregelung für unerheblich betroffene Personen in Anlehnung an den o. g. Maßstab des BVerfG eingefügt werden (siehe die dortige Erläuterung).

Auch in Satz 3 soll die Beschränkung auf „erheblich“ betroffene Personen gestrichen werden (vgl. die Erläuterung zu Satz 1). Die empfohlene Streichung des Wortes „einfachen“ ist eine Folgeänderung zu § 20 Abs. 2 Satz 1 (siehe die dortige Erläuterung).

Vor dem Hintergrund der empfohlenen Streichung der Beschränkung der Mitteilungspflicht auf „erheblich betroffene“ Personen (siehe die Erläuterung zu Satz 1) empfiehlt der Ausschuss, die bisherige Ausnahme von der Mitteilungspflicht in Satz 5 neu zu fassen.

Die empfohlene Nummer 1 entspricht der bisherigen Regelung, die einen Teil der in der Begründung geschilderten praktischen Probleme bereits abdeckt. Wenn z. B. eine Person bei einer Videoüberwachung „in den Blickwinkel des Kameraobjektivs läuft und damit unbeabsichtigt mit aufgenommen

wird“ (Begründung, Drs. 19/5930, S. 26), löst dies, wenn die Person nicht namentlich bekannt ist, bereits nach Satz 5 g. F. keine Benachrichtigungspflicht aus (vgl. dazu Drs. 17/6464, S. 32).

Die Empfehlung zu Nummer 2 dient dazu, die verbleibenden Fälle zu erfassen, in denen eine Benachrichtigungspflicht von vornherein ausscheiden soll. Nach Satz 5 g. F. wäre nämlich in dem o. g. Beispiel eine betroffene Person, die bereits namentlich bekannt ist, zu der also keine weiteren Nachforschungen angestellt werden müssten, zwingend zu benachrichtigen, auch wenn sie nur unerheblich betroffen ist und vermutlich kein Interesse an einer Mitteilung hat. Die empfohlene Ausnahme von der Mitteilungspflicht entstammt der Rechtsprechung des BVerfG (siehe oben die Erläuterung zu Satz 1) und entspricht § 74 Abs. 1 Satz 3 BKAG, § 101 Abs. 4 Satz 4 StPO und Artikel 8 b Abs. 2 und 3 BayVSG. Die Personen, gegen die das nachrichtendienstliche Mittel oder besondere Auskunftsverlangen eingesetzt wurde, sind im Regelfall erheblich betroffen, müssen also benachrichtigt werden, ebenso wie die Personen, deren nicht allgemein zugängliche Wohnung betreten wurde (so auch die Begründung, S. 26). In Dienstvorschriften kann die unerhebliche Betroffenheit näher konturiert werden. Die Anwendung der Mitteilungspflicht im Allgemeinen und der hier vorgeschlagenen Ausnahme im Besonderen unterliegt der regelmäßigen zweijährlichen Kontrolle durch den LfD gemäß § 33 a Abs. 1 Satz 2.

**Zu Buchstabe b (Absatz 2):**

Die Ausschussempfehlung zu Satz 3 beruht auf den vom MI dargelegten praktischen Problemen, die zu der Entwurfsregelung in Satz 8 geführt haben, die der Ausschuss zur Streichung empfiehlt (dazu gleich). Die zu Satz 3 Halbsatz 2 empfohlene Ergänzung ermöglicht es der G 10-Kommission ausdrücklich, die Mitteilung solange zurückzustellen, wie eine andere Maßnahme läuft, die eine Zurückstellung nach Satz 1 begründet (z. B. die Inanspruchnahme einer Vertrauensperson). Die Zurückstellung der Mitteilung würde in einem solchen Fall erst nach dem Ende dieser Maßnahme enden. Auch während einer solchen Zurückstellung wäre es aber auch jederzeit möglich, die G 10-Kommission um die Zustimmung zur endgültigen Nichtmitteilung zu ersuchen, wenn die erhobenen Daten gelöscht werden können und die sonstigen Voraussetzungen des Absatzes 3 Satz 1 vorliegen.

Zu Satz 7 empfiehlt der Ausschuss die Berichtigung eines redaktionellen Versehens aus dem Gesetzgebungsverfahren 2014-2016 (eine notwendige Folgeänderung wurde übersehen).

Die Entwurfsregelung in Satz 8 begegnet erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken und soll daher gestrichen werden. Sie wurde auch in der Anhörung kritisiert. Im Hinblick auf die eingriffsintensiven heimlichen Überwachungsmaßnahmen des Verfassungsschutzes hat das BVerfG aus dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz das Erfordernis einer richterlichen Überprüfung der Nichtbenachrichtigung abgeleitet (BVerfGE 162, 1, 131 [Rn. 289] verweist auf BVerfGE 141, 220, 282 f. [Rn. 136], wo es heißt: „Liegen zwingende Gründe vor, die eine nachträgliche Benachrichtigung ausschließen, ist dies richterlich zu bestätigen und in regelmäßigen Abständen zu prüfen“; so auch schon BVerfGE 125, 260, 336 f.; 109, 299, 367 f.). Die bisher geltende Regelung in Satz 2, welche die Zustimmung der G 10-Kommission verlangt, wenn die Mitteilung nicht innerhalb eines Jahres nach der Beendigung des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels oder der Erteilung der Auskunft vorgenommen wurde, wird diesem Maßstab gerecht. Die Zustimmung der G 10-Kommission steht der vom BVerfG verlangten richterlichen Bestätigung gleich (vgl. dazu die Erläuterung zu dem empfohlenen § 21 Abs. 3 Satz 5/1). Die Entwurfsregelung des Satzes 8 schiebt die notwendige Kontrolle durch die G 10-Kommission bis zur Beendigung „der letzten Maßnahme“ auf, die „in demselben Sachzusammenhang durchgeführt“ wird. Denn die im Entwurfswortlaut genannten „Fristen“ sind laut Begründung (Drs. 19/5930, S. 27) „die in Absatz 2 normierten Fristen“, nach Mitteilung des MI konkret die Frist in Absatz 2 Satz 2 (siehe oben) und die Frist in Absatz 2 Satz 7 (Mitteilung an den LfD in den Fällen des Satzes 6). Die Entwurfsregelung ermöglicht also der Verfassungsschutzbehörde, durch den Einsatz irgendeines nachrichtendienstlichen Mittels (eine Beschränkung auf die mitteilungspflichtigen Mittel ist hier nicht vorgesehen) in dem nicht näher bestimmten „Sachzusammenhang“ die verfassungsrechtlich gebotene richterliche Überprüfung des Zurückstellungsgrunds auf lange Zeit, gegebenenfalls um Jahre oder sogar Jahrzehnte, auszuschließen. Der „Sachzusammenhang“ ist weit gefasst, nach der Begründung (S. 27) ist damit bei einem objektbezogenen Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel (vgl. § 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Alt. 1) das (gesamte) Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt (auch ein Sammelbeobachtungsobjekt) gemeint. Der Wortlaut erlaubt aber auch ein über das einzelne Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt hinausgehendes Verständnis. Eine so

weitgehende Suspendierung der gerichtlichen Kontrolle ist mit den Maßstäben des BVerfG nicht vereinbar. Die richterliche Bestätigung ergibt grundsätzlich nur dann einen Sinn, wenn sie unmittelbar an die Zurückstellung anschließt bzw. spätestens in dem prozessual gegebenenfalls notwendigen Abstand von einem Jahr (siehe Absatz 2 Satz 2). Dies folgt auch aus der verfassungsrechtlichen Verpflichtung, die Zurückstellung in regelmäßigen Abständen (erneut) zu prüfen. Diese Verpflichtung wäre sinnlos, wenn die erstmalige Prüfung schon in so weitem Umfang aufgeschoben werden könnte, wie es der Entwurf vorsieht. Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Ausschuss, die Entwurfsregelung zu streichen. Das vom MI dargelegte praktische Problem der wiederkehrenden Befassung der G 10-Kommission mit notwendigen Zurückstellungen soll, soweit in dem oben dargelegten verfassungsrechtlichen Rahmen möglich (die Zurückstellung der Benachrichtigung muss in zeitlicher Hinsicht auf das unbedingt Erforderliche begrenzt bleiben; BVerfGE 129, 208, 257 f.), an anderer Stelle gelöst werden. Der Gesetzgeber hat die G 10-Kommission zwar verpflichtet, die Zustimmung zu einer Zurückstellung zu befristen (§ 22 Abs. 2 Satz 3 g. F.), dabei hat er jedoch bewusst keine Höchstfrist gesetzt (Drs. 17/6464, S. 33). Es liegt nahe, sich bei der Fristbemessung daran zu orientieren, wann voraussichtlich der Zurückstellungsgrund entfallen könnte. Eine solche Prognose ist auch leistbar (siehe Absatz 3 Satz 1 Nr. 2). Das MI hat sich dafür ausgesprochen, diesen Spielraum der G 10-Kommission in Absatz 2 Satz 3 unter Einhaltung der verfassungsrechtlichen Grenzen (d. h. die Zurückstellung „richterlich zu bestätigen und in regelmäßigen Abständen zu prüfen“) in einem zweiten, klarstellenden Halbsatz zu verdeutlichen (siehe die Erläuterung zu Absatz 2 Satz 3).

**Zu Buchstabe c (Absatz 3 Sätze 3 und 4 des Entwurfs):**

Als Folgeänderung zu der empfohlenen Streichung von Absatz 2 Satz 8 des Entwurfs (vgl. die dortige Erläuterung) empfiehlt der Ausschuss, auch diese Regelung zu streichen, die ebenfalls in der Anhörung kritisiert wurde. Das in der Gesetzesbegründung dargelegte Regelungsbedürfnis für eine „Kappungsgrenze“ (Drs. 19/5930, S. 27 f.) entfällt nach Mitteilung des MI durch die Konkretisierung der schutzwürdigen Interessen der Betroffenen, die der Ausschuss zu § 28 Abs. 2 Satz 3 empfiehlt (siehe dort).

**Zu Nummer 11 (§ 23 Abs. 5 Satz 3 des Entwurfs):**

Der Ausschuss empfiehlt, die Entwurfsregelung zu streichen; sie wurde auch in der Anhörung kritisiert. Das BVerfG verlangt, dass „angesichts des besonderen Eingriffsgewichts dieser Maßnahmen [der Wohnraumüberwachung und der Online-Durchsuchung] (…) für sie jede neue Nutzung der Daten wie bei der Datenerhebung selbst auch durch eine dringende Gefahr (…) oder eine im Einzelfall hinreichend konkretisierte Gefahr (…) gerechtfertigt sein“ muss (BVerfGE 141, 220, 329 [Rn. 291]). Das bedeutet für die Wohnraumüberwachung, dass das Ersuchen (hier: durch die Verfassungsschutzbehörde) der Abwehr der dringenden Gefahr durch die Verfassungsschutzbehörde selbst (!) dienen muss (vgl. BVerfGE 162, 1, 135 f. [Rn. 301]). Es ist schon nicht ersichtlich, wie die Verfassungsschutzbehörde solche Gefahren abwehren sollte. Vor allem aber würde eine solche Gefahrenabwehr der Subsidiarität polizeilicher Hilfe unterliegen (vgl. BVerfGE 162, 1, 85 ff. [Rn. 178 ff.], 137 [Rn. 303]). Da in diesen Fällen die Polizei die zur Gefahrenabwehr erforderlichen Daten bereits hat, wären zudem keine Anwendungsfälle ersichtlich, selbst wenn die Subsidiarität aufgenommen würde.

Stattdessen empfiehlt der Ausschuss zu Absatz 2 Satz 1 eine redaktionelle Folgeänderung zu § 4 Abs. 3, wo die Abkürzung „BVerfSchG“ eingeführt werden soll, sodass sie hier verwendet werden kann.

**Zu Nummer 13 (§ 25 Abs. 2 Satz 3):**

Auch diese Entwurfsregelung erfüllt die verfassungsrechtlichen Vorgaben nicht und soll daher gestrichen werden (vgl. dazu die Erläuterung zu § 23 Abs. 5 Satz 3 des Entwurfs).

**Zu Nummer 14 (§ 28):**

**Zu Buchstabe a (Absatz 2 Satz 3):**

Die Ausschussempfehlung dient dazu, die schutzwürdigen Interessen der Betroffenen zu konkretisieren und dadurch das Regelungsbedürfnis für die „Kappungsgrenze“ des § 22 Abs. 3 Sätze 3 und 4 des Entwurfs (vgl. zu der empfohlenen Streichung die dortige Erläuterung) entfallen zu lassen. Nach § 28 Abs. 2 Satz 3 g. F. liegt ein schutzwürdiges Interesse, das einer Löschung von Daten nach Satz 2 entgegensteht, insbesondere dann vor, „wenn die betroffene Person einen Antrag auf Auskunft nach § 30 gestellt hat oder aufgrund einer Mitteilung nach § 6 Abs. 4 oder § 22 Abs. 1 die Stellung eines solchen Antrags zu erwarten ist“. Diese Vorschrift wird - entgegen ihrer Intention (vgl. dazu Drs. 17/6464, S. 44) - nach Mitteilung des MI in der Praxis so verstanden, dass auf die Löschung auch dann verzichtet wird, wenn eine Mitteilung nach § 22 Abs. 2 zurückgestellt worden ist. Vor diesem Hintergrund ist in der Praxis auch die endgültige Nichtmitteilung nach § 22 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 abgelehnt worden. Der aus diesem Grund in § 22 Abs. 3 Sätze 3 und 4 des Entwurfs aufgenommenen „Kappungsgrenze“ bedarf es nicht, wenn die Vorschrift entsprechend ihrer ursprünglichen Intention so ausgelegt wird, dass nur eine tatsächlich vorgenommene Mitteilung das Regelbeispiel eines schutzwürdigen Interesses begründet und eine Löschung der Daten verhindert. In den Fällen, in denen eine Mitteilung zurückgestellt wird, liegt es regelmäßig im Interesse der betroffenen Person, dass die zu ihr gespeicherten Daten unwiderruflich gelöscht werden (auch wenn dies nach § 22 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 zu einer endgültigen Nichtmitteilung beitragen kann). Das MI hat sich dafür ausgesprochen, diese Regelungsabsicht deutlicher zum Ausdruck zu bringen, um eine der bisherigen Intention des Satzes 3 widersprechende Praxis zukünftig zu verhindern. Zusätzlich hat das MI vorgeschlagen, eine Frist von einem Jahr aufzunehmen, in der die tatsächlich vorgenommenen Mitteilungen nach § 6 Abs. 4 und § 22 Abs. 1 einer Löschung entgegenstehen sollen, um den effektiven Rechtsschutz der Mitteilungsempfänger zu gewährleisten. Diesen Anregungen des MI ist der Ausschuss mit seiner Empfehlung gefolgt.

**Zu Buchstabe b (Absatz 4 Satz 2):**

Die empfohlene Streichung des Wortes „besonderen“ ist eine Folgeänderung zu § 20 Abs. 2 Satz 1 (Streichung der „einfachen“ und „besonderen“ Bestandsdaten; vgl. die dortige Erläuterung).

**Zu Buchstabe b/1 (Absatz 6 Satz 3):**

Die Löschungspflicht hinsichtlich der personenbezogenen Daten, die in der Dokumentation der Löschung enthalten sind, soll an die Empfehlungen zur Dokumentation der Verarbeitung von Kernbereichsdaten (§ 10 Abs. 6 Satz 3) und zur Dokumentation von Übermittlungen (§ 32 g Abs. 1 Satz 4) angeglichen werden. Die Dokumentation der Löschung dient nach Absatz 6 Satz 2 ausschließlich dazu, eine unabhängige Datenschutzkontrolle zu ermöglichen. Daher soll bei der Löschung der Dokumentation der Löschung auf die gemäß § 33 a Abs. 1 Satz 2 von der/dem LfD im Abstand von höchstens zwei Jahren durchzuführenden Kontrolle abgestellt werden; danach ist die weitere Speicherung der Dokumentationsdaten nicht mehr erforderlich. Einer Höchstfrist von zwei Jahren wie in § 10 Abs. 6 Satz 3 bedarf es hier nicht, da die Dokumentationspflicht nach Absatz 6 Satz 1 nur für Daten gilt, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln oder besonderen Auskunftsverlangen erhoben wurden, ebenso wie die regelmäßige Datenschutzkontrolle der oder des LfD nach § 33 a Abs. 1 Satz 2.

**Zu Buchstabe c (Absatz 7):**

Es handelt sich um Folgeänderungen zu § 20 Abs. 2 Satz 1 (Streichung der „einfachen“ und „besonderen“ Bestandsdaten; vgl. die dortige Erläuterung).

**Zu Nummer 15:**

Es handelt sich um eine redaktionelle Korrektur.

**Zu Nummer 16 (§§ 30 bis 32 h):**

Seit der Verabschiedung der §§ 31 ff. NVerfSchG sind mehrere einschlägige Urteile des BVerfG ergangen, die einschränkende Vorgaben für die Datenübermittlungen von Verfassungsschutzbehörden sowohl an Behörden und öffentliche Stellen als auch an nicht öffentliche Stellen enthalten (vgl. insbesondere BVerfGE 162, 1 ff. [Rn. 231 ff., 362 ff.]; 163, 43 ff. [Rn. 124 ff.]; 169, 130 ff. [Rn. 110 ff., 193 ff.]; BVerfG, Beschl. v. 24.06.2025 - 1 BvR 2466/19 - [„Trojaner I“]; Beschl. v. 24.06.2025 - 1 BvR 180/23 - [„Trojaner II“]). Diese machen eine umfassende Neuregelung der Datenübermittlungsvorschriften erforderlich. Die §§ 30 ff. des Entwurfs sollten diesem Änderungsbedarf Rechnung tragen, begegnen allerdings teilweise verschiedenen verfassungsrechtlichen und auch rechtssystematischen Bedenken. Darauf wurde auch in der Anhörung hingewiesen. Daher empfiehlt der Ausschuss, das Fünfte Kapitel - Datenübermittlung - insgesamt neu zu fassen. Die empfohlenen Formulierungen dienen insbesondere der Umsetzung der genannten Entscheidungen. Sie berücksichtigen aus Gründen einer möglichst weitgehenden Harmonisierung auch die Neuregelungen des Gesetzes zum ersten Teil der Reform des Nachrichtendienstrechts vom 22.12.2023 (BGBl. 2023, Nr. 413), die allerdings die Entscheidungen des BVerfG ab 2024 noch nicht berücksichtigen konnten. Soweit die empfohlene Fassung auf Regelungen des Entwurfs beruht oder diese ändert, wird darauf in den Erläuterungen hingewiesen. Dort wird auch dargelegt, welche verfassungsgerichtlichen Vorgaben durch die jeweils vorgeschlagenen Änderungen umgesetzt werden sollen.

**Zu § 30 (Übermittlung an inländische öffentliche Stellen)**

**Zu Absatz 1:**

Die Vorgaben des BVerfG, die in den Übermittlungsvorschriften zu beachten sind, beziehen sich nach Auffassung des Ausschusses bei der Übermittlung an öffentliche Stellen (dieser Begriff umfasst auch Polizei- und sonstige Behörden; für die Übermittlung an nichtöffentliche Stellen vgl. den empfohlenen § 32 b) nur auf die mit nachrichtendienstlichen Mitteln und besondere Auskunftsverlangen erhobenen personenbezogenen Daten. Die Ausschussempfehlung unterscheidet deshalb in den Absätzen 1 und 2 deutlicher als der Entwurf zwischen Übermittlungen dieser eingriffsintensiv erhobenen Daten (jetzt Absatz 2 in Verbindung mit den jeweiligen nachfolgenden Vorschriften) und den jetzt in Absatz 1 erfassten Übermittlungen der übrigen nach den sonstigen Vorschriften dieses Gesetzes erhobenen oder erlangten personenbezogenen Daten. Deren Übermittlung unterliegt über die Erforderlichkeit zur Aufgabenerfüllung der empfangenden Stelle hinaus keinen zusätzlichen Anforderungen (vgl. auch die entsprechende Erhebungsvorschrift in § 12).

Die Regelungen im Bund und in den anderen Ländern sowie im allgemeinen Datenschutzrecht (vgl. § 25 d Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BVerfSchG, Artikel 25 Abs. 3 BayVSG, § 25 HmbVerfSchG; § 5 Abs. 1 Satz 1 des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes [NDSG]) sehen zusätzlich eine Befugnis zur Übermittlung zwecks Erfüllung eigener Aufgaben vor. Auch das geltende Gesetz enthält in § 32 Abs. 1 Nr. 2 eine solche Befugnis für die Übermittlung an sonstige öffentliche Stellen. Das MI hält die ergänzende Aufnahme einer solchen allgemeinen Befugnis in Absatz 1 nicht für erforderlich, sondern hält insoweit an der Entwurfsfassung (vgl. § 30 Abs. 2 des Entwurfs) fest.

**Zu Absatz 2:**

Da das BVerfG für die eingriffsintensiv erhobenen Daten je nach Empfänger bzw. dessen Verarbeitungszwecken unterschiedliche besondere Anforderungen an die Eingriffsschwelle stellt, sollen für diese Daten - ebenso wie im Bund und den Ländern, die zuletzt ihre Verfassungsschutzgesetze novelliert haben - in den §§ 31 ff. nach Empfängern/Übermittlungszwecken differenzierende Übermittlungsregelungen formuliert werden.

Absatz 2 stellt dies in Abgrenzung zu Absatz 1 dementsprechend für die Übermittlung der Daten an öffentliche Stellen klar. Für die Übermittlung dieser Daten sollen wegen der Eingriffsintensität ihrer Erhebung - die deshalb nur unter den gegenüber § 12 erhöhten Eingriffsschwellen zulässig ist - auch die gegenüber Absatz 1 erhöhten Eingriffsschwellen der §§ 31 ff. gelten. Für die mit besonderen Auskunftsverlangen erhobenen Daten soll dies aber nur gelten, soweit sie der Mitteilungspflicht nach § 22 Abs. 1 Satz 3 unterliegen. Nicht unter Absatz 2, sondern unter Absatz 1 fallen danach die Bestandsdaten nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und die Kontostammdaten nach § 20 Abs. 4, da auch für

deren Erhebung wegen ihrer vergleichsweise geringen Eingriffsintensität keine erhöhten Eingriffsschwellen gelten und ihre Erhebung deshalb auch nicht der Mitteilungspflicht gemäß § 22 Abs. 1 Satz 3 unterliegt.

**Zu § 31 (Übermittlung zur Strafverfolgung):**

Die empfohlene Regelung enthält eine gegenüber § 31 Abs. 1 des Entwurfs neugefasste Vorschrift zur Übermittlung von Daten an die Strafverfolgungsbehörden (Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden, soweit sie Aufgaben der Strafverfolgung wahrnehmen). Diese Neufassung ist erforderlich, weil § 31 Abs. 1 des Entwurfs den Anforderungen, die das BVerfG an die Übermittlung an Strafverfolgungsbehörden gestellt hat (vgl. dazu insbesondere BVerfGE 169, 130, 183 ff. [Rn. 110 ff.], 216 ff. [Rn. 193 ff.]), nicht durchgängig gerecht wird.

**Zu Absatz 1:**

Nach Auffassung des BVerfG ist eine Übermittlung der eingriffsintensiv erhobenen Daten zu Strafverfolgungszwecken nur zulässig unter der Voraussetzung, dass „bestimmte Tatsachen den Verdacht des Vorliegens einer besonders schweren Straftat begründen“ (BVerfGE 169, 130, 217 f. [Rn. 200]). Diesen Grundsatz greift nunmehr der empfohlene Absatz 1 auf, insoweit in Übereinstimmung mit § 21 Abs. 1 BVerfSchG. Die Übermittlungsbefugnis ist auf die Strafverfolgungsbehörden Niedersachsens beschränkt, denn die Übermittlung an die Strafverfolgungsbehörden anderer Länder regelt § 26 a Abs. 1 Satz 1 BVerfSchG abschließend. Diese Regelung findet jedoch gemäß § 26 a Abs. 1 Satz 2 BVerfG auf die Datenübermittlung zwischen Behörden desselben Bundeslandes keine Anwendung. Die dadurch entstehende Regelungslücke wird durch Absatz 1 geschlossen.

Abweichend von § 31 Abs. 1 des Entwurfs wird die Übermittlung aber nicht in das Ermessen der Verfassungsschutzbehörde gestellt, sondern ist (wie bisher, vgl. § 31 Abs. 1 Satz 1 g. F.) verpflichtend. Dies beruht auf dem Umstand, dass auch § 26 a Abs. 1 Satz 1 BVerfSchG eine Verpflichtung enthält, den Strafverfolgungsbehörden der anderen Länder unter den Voraussetzungen des § 21 BVerfSchG die Daten zu übermitteln. Es wäre nicht nachvollziehbar, die Übermittlung an die Strafverfolgungsbehörden des eigenen Landes abweichend zu regeln.

Die Erforderlichkeit der übermittelten Daten für die Verfolgung der jeweiligen besonders schweren Straftat - wie auch die Erforderlichkeit der Übermittlung zu den sonstigen, in den anderen Vorschriften geregelten Übermittlungszwecken - ist von der Verfassungsschutzbehörde auf der Grundlage der dort vorhandenen Erkenntnisse zu beurteilen.

**Zu Absatz 2:**

Absatz 2 konkretisiert unter Berücksichtigung der dazu ergangenen Ausführungen des BVerfG den Begriff der besonders schweren Straftat aus Absatz 1 in Abweichung von § 31 Abs. 1 Satz 2 Nrn. 1 bis 4 des Entwurfs. Die dortigen Straftatenkataloge, die sich inhaltlich überschneiden und deshalb auch aus Bestimmtheitsgründen problematisch sind, werden den Anforderungen des BVerfG nicht gerecht. Für die Beurteilung, ob es sich um eine besonders schwere Straftat handelt, für deren Verfolgung die übermittelten Daten erforderlich sein müssen, stellt das Gericht maßgeblich auf den Strafrahmen der Tat ab (BVerfGE 169, 130, 183 [Rn. 110], 218 ff. [Rn. 202 ff.]; zuletzt bestätigt durch BVerfG, Beschl. v. 24.06.2025 - 1 BvR 180/25 - [„Trojaner II“], Rn. 203 ff.):

- Eine besonders schwere Straftat liegt danach jedenfalls dann vor, wenn sie mit einer Höchstfreiheitsstrafe von mehr als fünf Jahren bedroht ist (BVerfGE 169, 130, 219 [Rn. 203]; BVerfG, Beschl. v. 24.06.2025 - 1 BvR 180/25 - [„Trojaner II“], Rn. 209).
- Eine Einordnung eines Delikts als besonders schwer ist dagegen ausgeschlossen, wenn es lediglich mit einer Freiheitsstrafe von höchstens drei Jahren oder mit Geldstrafe bedroht ist (BVerfGE 169, 130, 221 [Rn. 208]; BVerfG, Beschl. v. 24.06.2025 - 1 BvR 180/25 - [„Trojaner II“], Rn. 211).
- Eine Straftat mit einer angedrohten Höchstfreiheitsstrafe von mindestens fünf Jahren kann als besonders schwer eingestuft werden, „wenn dies nicht nur unter Berücksichtigung des jeweils geschützten Rechtsguts und dessen Bedeutung für die Rechtsgemeinschaft, sondern auch

unter Berücksichtigung der Tatbegehung und Tatfolgen vertretbar erscheint“ (BVerfGE 169, 130, 219 f. [Rn. 205]; BVerfG, Beschl. v. 24.06.2025 - 1 BvR 180/25 - [„Trojaner II“], Rn. 210).

In Nummer 1 sollen abweichend vom Entwurf sämtliche Straftaten als besonders schwer eingestuft werden, die im Höchstmaß mit einer Freiheitsstrafe von mehr als fünf Jahren bedroht sind. Diese Formulierung lehnt sich sprachlich eng an die Vorgabe des BVerfG an (vgl. BVerfGE 169, 130, 219 [Rn. 203]). Die damit wohl verbundene teilweise Erweiterung des Katalogs der erfassten Straftaten (insgesamt mehr als 100 Straftatbestände) gegenüber den (unübersichtlichen) Vorgaben des § 31 Abs. 1 Satz 2 des Entwurfs ist deshalb insoweit verfassungsrechtlich unproblematisch.

Der zu Nummer 2 empfohlene Katalog enthält ergänzend einzelne Straftaten, die mit einer Höchstfreiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren bedroht sind. Straftaten mit diesem Strafmaß können nach Auffassung des BVerfG nur dann als besonders schwer eingestuft werden, „wenn dies nicht nur unter Berücksichtigung des jeweils geschützten Rechtsgutes, sondern auch unter Berücksichtigung der Tatbegehung und Tatfolgen vertretbar erscheint“ (BVerfGE 169, 130, 219 f. [Rn. 205]; jüngst bestätigt durch BVerfG, Beschl. v. 24.06.2025 - 1 BvR 180/25 - [„Trojaner II“], Rn. 211). Das BVerfG führt in diesem Zusammenhang näher aus, dass die besondere Schwere in tatbestandlich umschriebenen oder in einem Qualifikationstatbestand enthaltenen Begehungsmerkmalen und Tatfolgen einen „objektivierten Ausdruck“ finden muss (BVerfGE 169, 130, 220 [Rn. 206]). Entgegen der zuvor von einer Bund-Länder-Gruppe und der Fachliteratur erwogenen Auffassung (vgl. dazu nur Unterreitmeier, GSZ 2023, S. 34, 39 m. w. N.; Gärditz, GSZ 2022, 161, 168 f.) hat das BVerfG einer bloßen Anknüpfung an „Staatsschutzdelikte oder sonstige im Einzelfall gegen Verfassungsschutzgüter gerichtete Delikte“ eine ausdrückliche Absage erteilt (BVerfGE 169, 130, 222 f. [Rn. 210]). Namentlich erwähnt werden vom BVerfG insbesondere die in §§ 74 a, 120 GVG genannten Staatsschutzdelikte (BVerfGE 169, 130, 221 f. [Rn. 208]). Eine „Privilegierung aus einem übergreifenden präventiven Interesse an der Strafverfolgung im Aufgabenbereich der Verfassungsschutzbehörden“ sei nicht zulässig, weil damit die grundlegenden Unterschiede bei den Datenerhebungsbefugnissen zwischen Nachrichtendiensten einerseits und Strafverfolgungsbehörden andererseits unterlaufen würden (BVerfGE 169, 130, 222 f. [Rn. 210]). Daher genüge auch die Bezugnahme auf Verfassungsschutzgüter allein nicht. Hinzukommen müssten vielmehr in der Strafnorm objektivierte besondere Begehungsformen oder Tatfolgen (BVerfGE 169, 130, 221 ff. [Rn. 208, 214, 215]). Diese Umstände müssten, tatbestandlich umschrieben, das besondere Gewicht der Straftat begründen (BVerfGE 169, 130, 222 ff. [Rn. 209, 214]). Trotz der zu dieser Rechtsprechung in der Fachliteratur vorgetragenen Kritik (vgl. dazu insbesondere die Urteilsanmerkungen von Löffelmann/Wallrath, JR 2024, 671, 673 ff.; Unterreitmeier, GSZ 2024, 273, 278 ff.) hat das BVerfG die genannten Grundsätze in der Entscheidung zur (teilweise fehlenden) Verfassungsmäßigkeit verschiedener Vorschriften der StPO im Ergebnis bestätigt (vgl. BVerfG, Beschl. v. 24.06.2025 - 1 BvR 180/23 - [„Trojaner II“], Rn. 210).

Die in der Nummer 2 genannten Straftatbestände der §§ 95, 100a, 106 und 109 e StGB unterscheiden sich von anderen mit der gleichen Höchststrafe von fünf Jahren bedrohten Straftatbeständen dadurch, dass sie eine Freiheitstrafe als Mindeststrafe vorsehen. Der Gesetzgeber sieht diese Straftaten daher als so gravierend an, dass er die Bestrafung mit Geldstrafe nicht für ausreichend hält. Darin liegt nach Auffassung des MI in Kombination mit dem durch die genannten Straftatbestände beabsichtigten Schutz von Rechtsgütern des Verfassungsschutzes der vom BVerfG geforderte objektivierte Ausdruck der besonderen Schwere der Straftat. Auch wenn sich mangels genannter Beispiele nicht eindeutig ermitteln lässt, was das BVerfG unter den „in der Strafnorm objektivierten besonderen Begehungsformen oder Tatfolgen“ versteht, ist das verfassungsrechtliche Risiko der Aufnahme der genannten Tatbestände angesichts der genannten Argumentation aus Sicht des Ausschusses eher gering.

Das MI hat sich ergänzend dafür ausgesprochen, auch die Straftatbestände der §§ 87, 88 und 89 StGB in den Katalog der Nummer 2 aufzunehmen. Zur Begründung hat es vorgetragen, dass für eine Aufnahme von § 87 StGB (Agententätigkeit zu Sabotagezwecken) bereits der Bezug zu einer fremden Macht, sogar dem Geheimdienst einer fremden Macht, bzw. einer ausländischen nichtstaatlichen terroristischen Gruppierung spreche. Die in § 87 StGB genannten Tathandlungen fänden zudem in einem klandestinen Bereich statt. Hierbei handele es um eine in der Strafnorm objektivierte besondere Begehungsform i. S. d. Rechtsprechung des BVerfG. Hinzu komme, dass die §§ 87 und 88 StGB an Sabotagehandlungen bzw. deren Vorbereitung anknüpften. Sabotage, also die bewusste Beeinträchtigung von zivilen oder militärischen Einrichtungen durch vorsätzliche Beschädigung oder

Zerstörung, zeichne sich in der Regel durch unerwartete und zumeist auch unkalkulierbare Tatfolgen aus. Sie betreffe insbesondere Infrastruktureinrichtungen und Einrichtungen, die der öffentlichen Daseinsvorsorge dienten. Neben der Gefährdung der öffentlichen Daseinsvorsorge - gerade auch im Bereich kritischer Infrastrukturen - führe Sabotage als (mindestens mittelbare) Tatfolge zu einer Verunsicherung der Bevölkerung und zu einem Vertrauensverlust in die ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung des Staates. Daher schlage sich in diesen Straftatbeständen - anders als bei beispielsweise anderen Staatsschutzdelikten wie etwa den Verunglimpfungsdelikten - der Umstand der besonderen Betroffenheit von Verfassungsschutzgütern in den Tatbeständen dieser beiden Strafnormen nieder und begründe damit das besonders schwere Unrecht der jeweiligen Tat. Vergleichbares gelte auch für den Straftatbestand des § 89 StGB (Verfassungsfeindliche Einwirkung auf Bundeswehr und öffentliche Sicherheitsorgane). Durch § 89 StGB würden Angehörige der Bundeswehr oder eines öffentlichen Sicherheitsorgans vor bestimmten Beeinflussungen geschützt. Zu den Sicherheitsorganen gehörten die Bundespolizei, die Polizeien der Länder, Verfassungsschutzbehörden und Nachrichtendienste sowie in Deutschland stationierte NATO-Truppen. Hierbei handele es sich um Garanten für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Im planmäßigen Einwirken auf die Angehörigen dieser Institutionen, um die Verteidigungsbereitschaft und Gewährleistung der inneren Sicherheit zu schwächen und damit letztendlich das Vertrauen in den Bestand der Bundesrepublik zu erschüttern, läge eine in der Strafnorm objektivierte besondere Begehungsform bzw. Tatfolge im Sinne der Rechtsprechung des BVerfG. Hier sei insgesamt zu berücksichtigen, dass gerade bei den vorliegenden Sabotage- und Zersetzungstatbeständen die Strafverfolgung letztendlich auch dazu beitrage, Netzwerke und Strukturen aufzudecken und auf diese Weise Sabotagehandlungen und weitere Straftaten zu verhindern. Das MI hat daher in der vorgeschlagenen Aufnahme der Vorschriften der §§ 87, 88 und 89 StGB in den Katalog der besonders schweren Straftaten zur Übermittlung an die Strafverfolgungsbehörden insgesamt ein geringes und vertretbares verfassungsrechtliches Risiko gesehen.

Der Ausschuss hat sich im Ergebnis gegen die Aufnahme dieser Straftatbestände entschieden. Er ist damit der Einschätzung des GBD gefolgt, der bezweifelt hat, dass die Argumentation des MI die Bewertung als besonders schwere Straftat im Sinne der Rechtsprechung des BVerfG rechtfertigt. Soweit nämlich Begehungsmerkmale bzw. Tatfolgen im jeweiligen Straftatbestand angesprochen würden, wirkten sich diese regelmäßig bereits auf den - laut BVerfG grundsätzlich maßgeblichen - Strafrahmen aus. Diese Unklarheit werde dadurch verschärft, dass das BVerfG den tatbestandlichen Bezug zu den Schutzgütern des Verfassungsschutzes bzw. den Staatsschutzbezug des Straftatbestandes für sich genommen nicht als ausreichend erachtet habe (BVerfGE 169, 130, 221 ff. [Rn. 208 und 210]). Insofern verbleibe das nicht einzuschätzende Risiko, dass die Argumentation des MI, die wesentlich auf die von den §§ 87 bis 89 StGB geschützten Rechtsgüter (Bestand und Sicherheit sowie die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik) abstelle, nach Auffassung des BVerfG nicht tragen würde. Dies gelte insbesondere für die §§ 87 und 89 StGB. § 87 StGB stelle schon Vorbereitungshandlungen zu bestimmten Sabotageakten unter Strafe, wobei die eigentlichen Sabotagehandlungen gemäß § 87 Abs. 2 Nr. 1 StGB teilweise nicht einmal besonders schwere Straftaten nach der Nummer 1 seien (§§ 109 e, 305, 315 b, 316 b, 317, 318 StGB). Für den Straftatbestand des § 89 StGB reiche ein bloßes Einwirken auf Angehörige der Bundeswehr aus, ohne dass es auf den Erfolg dieser Einwirkung oder eine dadurch verursachte Gefahr ankomme.

**Zu § 32 (Übermittlung zur Gefahrenabwehr):**

Diese Vorschrift regelt die Datenübermittlung an Polizeibehörden und sonstige Stellen zur Gefahrenabwehr und dient der Umsetzung der insoweit vom BVerfG aufgestellten Anforderungen (vgl. dazu insbesondere BVerfGE 162, 1, 108 ff. [Rn. 231 ff.], 163 ff. [Rn. 362 ff.]; 163, 43, 90 ff. [Rn. 124 ff.]; 169, 130, 181 ff. [Rn. 107 ff.], 216 ff. [Rn. 193 ff.]). Die Ausschussempfehlung tritt damit an die Stelle von § 31 Abs. 2 des Entwurfs, der diesen Anforderungen nicht durchgängig genügt. Die Empfehlung ist angelehnt an § 19 Abs. 1 bis 3 BVerfSchG (vgl. zu dessen Begründung BT-Drs. 20/9345, S. 21 ff.).

**Zu Absatz 1:**

Der empfohlene Satz 1 setzt die Rechtsprechung des BVerfG zu den Voraussetzungen der Datenübermittlung zur Gefahrenabwehr um. Da für die Gefahrenabwehrmaßnahmen grundsätzlich operative Zwangsbefugnisse erforderlich sind, sind nach Auffassung des BVerfG zur Umsetzung des Grundsatzes der hypothetischen Datenneuerhebung, der auch für die Übermittlung der von

Nachrichtendiensten erhobenen Daten gilt, strenge Anforderungen sowohl an die Übermittlung an Polizeibehörden als auch an sonstige öffentliche Stellen mit „operativen Befugnissen“ zu stellen (vgl. grundlegend BVerfGE 156, 11, 49 ff. [Rn. 97 ff., insbesondere Rn. 102 ff.]; 169, 130, 226 f. [Rn. 221 f.). Daher ist - wie für die Ersterhebung der Daten durch die Gefahrenabwehrbehörden selbst - eine Übermittlung nur zulässig, wenn für ein besonders gewichtiges Rechtsgut eine wenigstens konkretisierte Gefahr besteht und die Übermittlung zu deren Abwehr erforderlich ist (vgl. ausführlich BVerfGE 163, 43, 90 ff. [Rn. 124 ff.] m. w. N.). Dies setzt die Zuständigkeit der empfangenden Behörde zu entsprechenden Gefahrenabwehrmaßnahmen voraus.

Satz 2 beruht auf der Parallelvorschrift des § 26 a Abs.1 Satz 1 i. V. m. § 19 Abs. 1 Satz 2 BVerfSchG. Danach ist die Verfassungsschutzbehörde bundesrechtlich unter den in der Empfehlung enthaltenen Voraussetzungen zur Datenübermittlung an die Staatsanwaltschaften und Polizeien der anderen Länder verpflichtet. Diese Regelung findet jedoch gemäß § 26 a Abs. 1 Satz 2 BVerfSchG auf die Übermittlung von Informationen zwischen Behörden desselben Bundeslandes keine Anwendung (vgl. auch die Erläuterung zu § 31 Abs. 1). Insoweit bedarf es also zur Begründung der Übermittlungspflicht - die Übermittlung nach Satz 1 steht im Ermessen der Verfassungsschutzbehörde - einer ergänzenden landesrechtlichen Bestimmung. Die Empfehlung stellt die niedersächsischen Polizeibehörden den Polizeibehörden anderer Länder gleich. Die gegenüber § 19 Abs. 1 Satz 2 BVerfSchG leicht abweichende Formulierung soll verdeutlichen, dass es auch für die Pflichtübermittlung entsprechend der Rechtsprechung des BVerfG einer Gefahr für ein besonders gewichtiges Rechtsgut bedarf. Satz 2 tritt damit im Ergebnis auch an die Stelle des § 31 Abs. 5 des Entwurfs. Angesichts der Verpflichtung der Verfassungsschutzbehörde, unter den genannten Voraussetzungen die Daten von sich aus den zur Gefahrenabwehr befugten Stellen zu übermitteln, soll die im Entwurf vorgesehene gesonderte Regelung zur Übermittlung auf Ersuchen der Polizeibehörden, die ohnehin nicht zu den weiteren Empfehlungen passt, entfallen.

**Zu Absatz 2:**

Die Regelung definiert - ebenso wie § 19 Abs. 2 BVerfSchG - den Begriff der „konkretisierten Gefahr“ in Übernahme der Rechtsprechung des BVerfG (vgl. nur BVerfGE 163, 43, 94 f. [Rn. 134]). Dies ist sinnvoll, weil dieser Begriff zwar in jüngerer Zeit vom BVerfG in ständiger Rechtsprechung verwendet wird, dem bisherigen niedersächsischen Recht aber unbekannt und insbesondere in den Gefahrendefinitionen des § 2 NPOG nicht enthalten ist.

**Zu Absatz 3:**

Die Vorschrift definiert in Umsetzung der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung (vgl. nur BVerfGE 165, 363, 410 [Rn. 105] m. w. N.) den Begriff des besonders wichtigen Rechtsguts. Diese Definition entspricht inhaltlich im Wesentlichen § 30 Abs. 1 Satz des Entwurfs, gleicht aber auf Vorschlag des MI den Wortlaut der Nummern 1 bis 4 im Interesse der Rechtsvereinheitlichung an § 19 Abs. 3 BVerfSchG an (vgl. dazu auch BT-Drs. 20/9345, S. 23). In der Übernahme von § 19 Abs. 3 Nr. 4 BVerfSchG könnte eine inhaltliche Abweichung vom Gesetzentwurf liegen, da in § 30 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 des Entwurfs ausdrücklich auch die Menschenwürde und die sexuelle Selbstbestimmung als besonders gewichtige Rechtsgüter ausdrücklich genannt werden. Das MI zieht hier aber aus Gründen des Gleichlaufs mit § 19 Abs. 3 BVerfG die vom Ausschuss deswegen empfohlene Formulierung vor.

**Zu § 32 a (Übermittlung zum vorbeugenden Rechtsgüterschutz):**

Die empfohlene Neuregelung beruht auf der Rechtsprechung des BVerfG zur Datenübermittlung an eine inländische öffentliche Stelle „auf deren Ersuchen oder zur Erfüllung einer dieser gegenüber bestehenden Nachberichts- oder Unterrichtungspflicht im Rahmen personen- oder gruppenbezogener Risikoprävention“ (vgl. dazu BVerfGE 169, 130, 185 [Rn. 113]). Das BVerfG hat entschieden, dass der Grundsatz der hypothetischen Datenneuerhebung (mit den Folgen der strengen Voraussetzungen für die Übermittlung an Behörden zu Gefahrenabwehrzwecken, vgl. dazu die Empfehlung zu § 32) insoweit nicht schematisch gilt. Vielmehr sei in „gesetzlich geregelten, herausgehobenen Zusammenhängen mit besonders hohem Gefahrenpotenzial für hochrangige Rechtsgüter und einer engen Verbindung zu den Schutzgütern des Verfassungsschutzes“ die Übermittlung schon bei einer gegenüber § 32 abgesenkten Eingriffsschwelle dann grundsätzlich zulässig, wenn tatsächliche

Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dies im Einzelfall zum Schutz besonders gewichtiger Rechtsgüter erforderlich ist (BVerfGE 169, 130, 185 [Rn. 113]). Die Empfehlung tritt an die Stelle von § 32 Abs. 2 des Entwurfs. Insbesondere der dortige Satz 2 wird den Anforderungen des BVerfG an die Zulässigkeit einer abgesenkten Eingriffsschwelle in mehrfacher Hinsicht nicht gerecht.

Die empfohlenen Nummern 1 bis 3 beruhen hinsichtlich der empfangenden Behörden auf § 32 Abs. 2 Satz 1 des Entwurfs, ergänzt werden diese aber um die vom BVerfG geforderte Eingriffsschwelle. Die Übermittlungen zum Schutz der Rechtsgüter aus Artikel 9 Abs. 2, Artikel 18 und Artikel 21 GG werden vom BVerfG ausdrücklich angesprochen (BVerfGE 169, 130, 185 [Rn. 113]) und zeichnen sich durch eine enge Verbindung zum Verfassungsschutz aus (vgl. auch § 20 Abs. 1 Nrn. 2 bis 4 BVerfSchG). Insoweit besteht daher kein verfassungsrechtliches Risiko.

Die Regelung in Nummer 4 greift die Vorgabe des BVerfG auf, dass es sich um eine Übermittlung auf gesetzlicher Grundlage handeln muss („gesetzlich geregelt“) und auf Ersuchen (Buchstabe a) oder zur Erfüllung einer bestehenden Nachberichts- oder Unterrichtungspflicht (Buchstabe b) erfolgt. Das BVerfG führt insoweit beispielhaft Prüfzwecke im Waffen- oder Luftsicherheitsrecht sowie personenbezogene Eignungs- oder Sicherheitsüberprüfungen im öffentlichen Dienst an (BVerfGE 169, 130, 185 [Rn. 113]). Hinsichtlich des Übermittlungszwecks soll, auch im Hinblick auf die vom BVerfG erwähnten Prüfzwecke, auf die Durchführung von Verwaltungsverfahren abgestellt werden. Damit werden alle Verfahren erfasst, die auf die Prüfung der Voraussetzungen, die Vorbereitung und den Erlass von Verwaltungsakten gerichtet sind (vgl. § 9 VwVfG).

Abweichend von § 32 Abs. 2 Satz 2 des Entwurfs und auch von § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 BVerfSchG soll dagegen auf Wunsch des MI auf eine konkrete Aufzählung einzelner Regelungsbereiche verzichtet werden, um alle zurzeit schon gesetzlich vorgesehenen Übermittlungen zu erfassen und bei aktuellen Änderungen der Rechtslage nicht jeweils das Gesetz ändern zu müssen. Die insoweit empfohlene offenere Formulierung hält der Ausschuss dennoch für verfassungsrechtlich zulässig. Zum einen bedarf es entsprechend der Vorgabe des BVerfG für die Übermittlung jeweils einer gesetzlichen Grundlage für das Ersuchen oder die Übermittlungspflicht im jeweiligen Fachgesetz. Der Fachgesetzgeber muss sich also bei der Schaffung oder Beibehaltung dieser Grundlage vergewissern, ob die Datenübermittlung durch den Verfassungsschutz unter Berücksichtigung der Anforderungen des BVerfG für die Aufgabenerledigung der empfangenden Stelle gerechtfertigt ist. Zum anderen muss die Verfassungsschutzbehörde bei der jeweiligen Übermittlung („im Einzelfall“) im Rahmen der Ermessensausübung prüfen, ob und welche Daten „zum Schutz der in § 32 Abs. 3 genannten Rechtsgüter“ erforderlich sind und daher übermittelt werden dürfen.

Die in § 32 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 des Entwurfs in Übernahme von § 32 Abs. 1 Satz 2 g. F. vorgesehene Ermöglichung einer Datenübermittlung an die Finanzämter soll entfallen. Die Schaffung der „ersten Tür“ für die Datenübermittlung an die Finanzbehörden im Sinn des sogenannten Doppeltürenmodells des BVerfG (dazu grundlegend BVerfGE 130, 151, 184 [Rn. 123]) fällt nicht in die Gesetzgebungskompetenz des Landesgesetzgebers. Der Bund hat die Problematik der möglichen Steuerbegünstigung extremistischer Organisationen gesehen und deshalb in § 51 Abs. 3 Satz 2 der Abgabenordnung (AO) eine widerlegliche Vermutung für die fehlende Gemeinnützigkeit für den Fall geregelt, dass die steuerpflichtige Körperschaft im Verfassungsschutzbericht des Bundes oder eines Landes erwähnt wird; ein individuelles Ersuchen der Finanzbehörden ist daneben nicht vorgesehen. Gegebenenfalls müsste daher der Bund, wenn er dies für erforderlich hält, zunächst die AO um eine Abfragemöglichkeit der Finanzbehörden ergänzen. Dann wäre die Übermittlung nach der empfohlenen Nummer 4 Buchst. a zulässig, ohne dass es einer gesonderten Regelung bedarf.

**Zu § 32 b (Übermittlung an inländische nichtöffentliche Stellen)**

Satz 1 der Empfehlung ersetzt § 32 Abs. 5 Satz 1 des Entwurfs. Im Urteil zur „BND-Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung“ (BVerfGE 154, 152, 305 [Rn. 313 i. V. m. Rn. 222]) hat das BVerfG gefordert, dass für die Übermittlung an nichtöffentliche Stellen eine zumindest hinreichend konkretisierte Gefahr für besonders gewichtige Rechtsgüter erforderlich ist. Dem trägt Satz 1 Rechnung (ähnlich auch § 22 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BVerfSchG).

Die Notwendigkeit der Zustimmung der Abteilungsleitung in Satz 2 ist aus § 32 Abs. 5 Satz 1 des Entwurfs übernommen.

Die empfohlenen Sätze 3 und 4 beruhen auf einem Vorschlag des MI. Sie lehnen sich an § 22 a Sätze 3 und 4 BVerfSchG an. Die in Satz 3 liegende Abweichung vom Gesetzentwurf, der einen solchen Verzicht auf die Zustimmung nicht vorsieht, hält der Ausschuss für die erfassten Fälle der gegenwärtigen Gefahr, die in § 2 Nr. 2 NPOG definiert ist, wegen der Eilbedürftigkeit der gefahrenabwehrenden Maßnahmen für verfassungsrechtlich unproblematisch.

Satz 5 entspricht inhaltlich § 32 Abs. 5 Satz 7 des Entwurfs.

**Zu § 32 c (Übermittlung für Angebote zum Ausstieg)**

Die empfohlene Regelung übernimmt inhaltlich weitgehend § 32 a g. F. Der bisherige Verweis auf die jeweiligen Verfahrensregelungen ist wegen der Empfehlung zu § 32 g entbehrlich. Dass eine Übermittlung an nichtöffentliche Stellen auch ohne Vorliegen einer konkretisierten Gefahr für eines der in dem empfohlenen § 32 Abs. 3 genannten Rechtsgüter im Hinblick auf die Rechtsprechung des BVerfG (vgl. dazu die Erläuterung zu § 32 b) verfassungsrechtlich zulässig ist, ist zwar nicht vollständig sicher. Angesichts des begrenzten Übermittlungszwecks, der keine für die betroffene Person unmittelbar belastende Wirkung hat („Angebot"), und der Bindung der empfangenden Stelle an den Übermittlungszweck (vgl. § 32 h Abs. 1 der Empfehlung) hält der Ausschuss das verfassungsrechtliche Risiko jedoch für sehr gering.

**Zu § 32 d (Übermittlung an ausländische sowie über- und zwischenstaatliche Stellen)**

Die empfohlene Regelung tritt an die Stelle von § 32 Abs. 4 des Entwurfs. Sie berücksichtigt dabei die Vorgaben des BVerfG zur Datenübermittlung an ausländische Behörden aus der Entscheidung zum BayVSG (BVerfGE 162, 1, 121 ff. [Rn. 260 ff.]).

**Zu Absatz 1:**

Satz 1 entspricht weitgehend dem geltenden Gesetz und § 32 Abs. 4 Satz 1 des Entwurfs.

Der empfohlene Satz 2 präzisiert die unklare Vorgabe aus § 32 Abs. 4 Satz 1 des Entwurfs, dass „in Abhängigkeit von der empfangenden Stelle die jeweils zu beachtenden Voraussetzungen der §§ 30 und 31 in entsprechender Anwendung vorliegen" müssen. Nach der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung sind bei der Übermittlung der mit nachrichtendienstlichen Mitteln und besonderen Auskunftsverlangen erhobenen Daten an ausländische Behörden die gleichen Anforderungen zu beachten wie bei der Übermittlung im Inland (vgl. ausführlich BVerfGE 162, 1, 121 f. [Rn. 261 f.]). Dementsprechend verweisen die Nummern 1 bis 3 konkret auf die Vorgaben für die Übermittlungen für die jeweiligen in den §§ 31 bis 32 a geregelten Zwecke. Diese Vorgaben können aber nur „entsprechend" Anwendung finden, da bei der Übermittlung „die Eigenständigkeit der jeweils anderen Rechtsordnung zu berücksichtigen" ist (BVerfGE 162, 1, 122 [Rn. 263]).

**Zu Absatz 2:**

Satz 1 schränkt die Datenübermittlung ins Ausland unter den in den Nummern 1 und 2 genannten Voraussetzungen in inhaltlicher Übernahme der Vorgaben aus § 32 Abs. 4 Satz 2 des Entwurfs ein. Diese Einschränkungen treten neben die allgemeinen Übermittlungsverbote aus dem empfohlenen § 32 f. Nummer 1 wird aus § 32 Abs. 2 Satz 2 Alt. 1 g. F. bzw. § 32 Abs. 4 Satz 2 des Entwurfs übernommen (enger § 25 a Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BVerfSchG: „wesentliche" auswärtige Belange). Nummer 2 übernimmt § 32 Abs. 4 Satz 2 Alt. 2 des Entwurfs (vgl. auch § 22 a Abs. 2 Satz 2 BVerfSchG). Damit werden die vom BVerfG erhobenen Forderungen zum Schutz der betroffenen Person umgesetzt. Das BVerfG verlangt, dass trotz der anzuerkennenden Eigenständigkeit der Rechtsordnung des Empfängerstaates „nicht die Garantien des menschenrechtlichen Schutzes personenbezogener Daten unterlaufen werden". Geboten ist daher „die Gewährleistung eines angemessenen materiellen datenschutzrechtlichen Niveaus für den Umgang mit den übermittelten Daten im Empfängerstaat" (BVerfGE 162, 1, 123 [Rn. 266]) sowie die „Einhaltung elementarer Menschenrechtsgewährleistungen (BVerfGE 162, 1, 124 [Rn. 268]).

Der empfohlene Satz 2 übernimmt inhaltlich § 32 Abs. 4 Satz 3 des Entwurfs (vgl. auch § 25 a Abs. 2 Satz 3 BVerfSchG). Durch die Prüfpflicht wird die Forderung des BVerfG umgesetzt, dass sich die

Verfassungsschutzbehörde über den datenschutzrechtlich angemessenen Umgang mit den übermittelten Daten im Empfängerstaat vergewissern muss (BVerfGE 162, 1, 124 [Rn. 269]).

**Zu Absatz 3:**

Die empfohlene Regelung beruht auf § 32 Abs. 4 Satz 5 Halbsatz 2 des Entwurfs.

**Zu § 32 e (Übermittlung im Interesse der betroffenen Person):**

Die empfohlene Vorschrift verallgemeinert auf Wunsch des MI in Anlehnung an § 25 b Satz 1 BVerfSchG den bereits in § 31 Abs. 1 Satz 4 des Entwurfs (Übermittlung zur Ausräumung eines Tatverdachts) enthaltenen Rechtsgedanken, dass eine Übermittlung zum Vorteil der betroffenen Person unabhängig davon, mit welchen Mitteln diese Daten erhoben worden sind, deren Recht auf informationelle Selbstbestimmung nicht beeinträchtigt. Laut MI wird damit einem Bedürfnis der Praxis Rechnung getragen.

**Zu § 32 f (Allgemeine Übermittlungsverbote):**

Die Empfehlung bündelt aus Gründen der besseren Verständlichkeit die im Entwurf an unterschiedlicher Stelle enthaltenen Übermittlungsverbote (mit Ausnahme der nur für die Übermittlung ins Ausland zusätzlich geltenden Verbote des § 32 d Abs. 2 der Empfehlung). Der Standort und die Überschrift verdeutlichen, dass diese Verbote für sämtliche zuvor geregelten Übermittlungen der empfohlenen §§ 30 bis 32 e gelten.

Absatz 1 ist im geltenden Recht in § 31 Abs. 5 Satz 4 enthalten, wird aber nach Auskunft des MI wegen seines grundlegenden Charakters bereits jetzt auf sämtliche Datenübermittlungen angewendet (vgl. auch § 17 Abs. 1 BVerfSchG). Der insoweit vom MI vorgeschlagenen gesetzlichen Übernahme in die allgemeinen Vorgaben für die Datenübermittlung hat der Ausschuss mit seiner Empfehlung entsprochen.

Die Regelung in Absatz 2 entspricht § 30 Abs. 5 des Entwurfs.

**Zu § 32 g (Allgemeine Verfahrensvorschriften für die Übermittlung):**

**Zu Absatz 1:**

Die Regelungen in den empfohlenen Sätzen 1 und 2 entsprechen weitgehend § 30 Abs. 3 des Entwurfs. Nach § 25 c Abs. 1 Satz 1 BVerfSchG (ebenso § 28 Abs. 1 HmbVerfSchG) ist allerdings auch der Zeitpunkt der Übermittlung zu dokumentieren. Dies ist für die Ermöglichung einer wirksamen Kontrolle der Rechtmäßigkeit der Übermittlung (vgl. dazu BVerfGE 141, 220, 284 f. [Rn. 141]: „hinreichende Angaben zu dem zu kontrollierenden Vorgang“; vgl. auch BVerfGE 154, 152, 272 [Rn. 229]) notwendig und soll daher hier ergänzt werden.

Satz 3 entspricht § 32 Abs. 4 Satz 3 g. F. bzw. § 32 Abs. 5 Satz 3 des Entwurfs.

Der empfohlene Satz 4 tritt an die Stelle der Löschungsvorgabe aus § 32 Abs. 5 Satz 4 des Entwurfs. Die Protokollierungs- bzw. Dokumentationspflicht ist nach Auffassung des BVerfG erforderlich, um eine unabhängige Datenschutzkontrolle zu ermöglichen. Es ist sicherzustellen, dass die dokumentierten Daten der oder dem Datenschutzbeauftragten in praktikabel auswertbarer Weise zur Verfügung stehen (vgl. nur BVerfGE 141, 220, 284 f. [Rn. 141]). Dies soll durch Satz 4 sichergestellt werden. Im Hinblick auf § 33 a Abs. 1 Satz 2 dürfte eine längere Speicherung als zwei Jahre grundsätzlich nicht erforderlich sein (vgl. auch die Empfehlungen zu § 10 Abs. 6 Satz 3 sowie § 28 Abs. 6 Satz 3). Nach Durchführung der Kontrolle sind die Daten nach § 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 zu löschen, weil eine anderweitige Verwendung durch die Verfassungsschutzbehörde nach Satz 3 ausgeschlossen ist, sodass die Daten nicht mehr erforderlich sind. Dies bedarf keiner ausdrücklichen Regelung. Dagegen erweckt § 32 Abs. 5 Satz 7 des Entwurfs durch das Abstellen auf die Mitteilung an die betroffene Person (vgl. Absatz 6) den (falschen) Eindruck, als habe die Dokumentationspflicht trotz

der in Satz 3 geregelten Zweckbindung auch den Rechtsschutz der betroffenen Person zum Zweck. Dies ist aber nicht der Fall.

**Zu Absatz 2:**

Die empfohlene Regelung entspricht inhaltlich § 31 Abs. 1 Satz 5 g. F. sowie § 30 Abs. 4 des Entwurfs. Ergänzend wird empfohlen, die Regelung durch die notwendige Berücksichtigung der berechtigten Interessen der Betroffenen an § 5 Abs. 3 NDSG (ähnlich auch § 25 c Abs. 2 BVerfSchG) anzugleichen („soweit …“). Es wäre nicht gerechtfertigt, wenn die Betroffenen bei der Übermittlung insbesondere der besonders eingriffsintensiv erhobenen Daten einen geringeren Schutz genießen würden als die nach allgemeinen Datenschutzrecht übermittelten Daten.

**Zu Absatz 3:**

Die empfohlene Vorschrift entstammt § 31 Abs. 3 des Entwurfs. Die dortige Beschränkung allein auf Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden erschließt sich nicht und entspricht auch nicht dem geltenden Recht (§ 31 Abs. 2 Sätze 1 bis 6 g. F.), sodass die Vorgabe in die allgemeinen Vorschriften aufgenommen werden soll. Satz 6 übernimmt § 32 Abs. 2 Satz 4 des Entwurfs und beruht auf dem Gedanken, dass für die auf einer gesetzlichen Regelung beruhende Übermittlung zum „administrativen Rechtsgüterschutz“ gemäß § 32 a Nr. 4 der Empfehlung der Grundsatz der hypothetischen Datenneuerhebung nur begrenzt gilt (vgl. Drs.19/5930, S. 40; vgl. dazu auch die Erläuterung zu § 32 a).

**Zu Absatz 4:**

Die Empfehlung beruht auf § 31 Abs. 3 Satz 6 des Entwurfs. Der Entscheidungsvorbehalt der/des besonders bestellten Beschäftigten soll wegen des gegenüber Absatz 3 anderen Regelungsgehalts und zum besseren Verständnis in einem eigenen Absatz geregelt werden. Im Fall des § 32 b greift wegen des dortigen Satzes 2 der Behördenleitervorbehalt. Im Übrigen soll der Verweis auf die durch besondere Auskunftsverlangen erhobenen Daten vereinfacht werden.

**Zu Absatz 5:**

Die empfohlene Regelung übernimmt § 30 Abs. 6 des Entwurfs.

**Zu § 32 h (Pflichten der empfangenden Stelle):**

Die Pflichten der empfangenden Behörde sollen aus systematischen Gründen ähnlich wie in § 25 BVerfSchG in einer eigenen Vorschrift geregelt werden.

Absatz 1 Satz 1 entspricht § 30 Abs. 1 Satz 4 des Entwurfs. Eine zweckändernde Weiterverarbeitung ist daher nicht zulässig. Satz 2 übernimmt § 32 Abs. 5 Satz 6 des Entwurfs (§ 32 Abs. 4 Satz 6 g. F.). Satz 3 übernimmt inhaltlich § 31 Abs. 4 Satz 1 des Entwurfs.

Absatz 2 Satz 1 enthält eine dem allgemeinen Datenschutzrecht entsprechende Löschungsverpflichtung (vgl. auch § 25 Abs. 1 Sätze 1 und 2 BVerfSchG). Es wird klarstellend darauf hingewiesen, dass die Löschungsverpflichtung nicht für die nach § 32 g Abs. 2 übermittelten Daten gilt. Es wäre sinnwidrig, wenn die danach übermittelten Daten, die mit den zweckgebunden übermittelten Daten untrennbar verbunden sind, mangels Erforderlichkeit dann von der empfangenden Stelle gelöscht werden müssten, obwohl ihre Trennung von den erforderlichen Daten weiterhin nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich ist. Diese Daten sind nach § 32 g Abs. 2 in ihrer Verarbeitung eingeschränkt; sie dürfen nach Absatz 1 mangels Übermittlungszwecks ohnehin von der empfangenden Stelle nicht verwendet werden. Die Sätze 2 bis 5 übernehmen für alle Übermittlungen von Daten, die mit besonders eingriffsintensiven Maßnahmen erhoben wurden, die Vorgaben aus § 31 Abs. 4 Sätze 2 bis 5 des Entwurfs.

**Zu Nummer 16/1 (§ 33 Abs. 2 Satz 2):**

Es handelt sich um Nummer 16 Buchst. d des Entwurfs in redaktionell berichtigter Fassung.

**Zu Nummer 17 (§ 36):**

**Zu Buchstabe a (Absatz 1 Satz 2):**

Der Ausschuss empfiehlt zu den Nummern 3 und 4 Folgeänderungen zu der empfohlenen Streichung der bisher in § 21 Abs. 5 geregelten abstrakten Vorabkontrolle der Beobachtungs- und Verdachtsobjekte, in denen Vertrauenspersonen eingesetzt werden dürfen, und zu Nummer 3 auch zu der empfohlenen Aufnahme eines abstrakten Verfahrens zur Bestimmung von Beobachtungs- und Verdachtsobjekten von erheblicher Bedeutung in § 6 Abs. 6 Satz 3 und § 7 Abs. 2 Satz 5 (siehe die Erläuterungen zu § 6 Abs. 6 Satz 3 und zu § 21 Abs. 5).

**Zu Buchstabe b (Absatz 3 Satz 2 Halbsatz 2):**

Die empfohlene Streichung des Wortes „einfachen“ ist eine Folgeänderung zu § 20 Abs. 2 Satz 1 (Streichung der „einfachen“ und „besonderen“ Bestandsdaten; vgl. die dortige Erläuterung).

**Zu Nummer 18 (§ 42):**

Die im Gesetzentwurf enthaltene Übergangsvorschrift ist angesichts der empfohlenen Streichung von § 22 Abs. 2 Satz 8 des Entwurfs entbehrlich und soll daher gestrichen werden. Stattdessen empfiehlt der Ausschuss, eine Übergangsregelung für die gegenwärtig auf Grundlage des § 16 Abs. 2 sowie § 21 Abs. 3 und 5 g. F. in Anspruch genommenen Vertrauenspersonen aufzunehmen. Sonst müssten sämtliche Vertrauenspersonen der Verfassungsschutzbehörde, die dem empfohlenen § 16 Abs. 2 unterfallen, mit dem Tag des Inkrafttretens des Gesetzes das neue Verfahren nach dem empfohlenen § 21 Abs. 1 bis 3 (Ministervorbehalt und Zustimmung der G 10-Kommission) durchlaufen. Die empfohlene Übergangsregelung beruht auf einem Vorschlag des MI und ist sprachlich an § 42 g. F. angelehnt. Sie wird im Höchstfall für die drei Jahre nach dem Inkrafttreten benötigt (vgl. § 21 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 g. F.).

**Zu Artikel 2 (§ 4 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes):**

**Zu Nummer 1 (Absatz 1):**

Die Empfehlung, die Sätze 3 und 4 aufzunehmen, entspricht der Empfehlung zu § 21 Abs. 3 Sätze 3 und 5/1 NVerfSchG (vgl. die Erläuterungen zu Artikel 1 Nr. 9 Buchst. a) in sprachlicher Anlehnung an § 10 des Artikel 10-Gesetzes (G 10) (Anordnung des Fachministeriums) und § 33 a Abs. 5 Satz 2 NPOG. Die Regelungen in § 9 G 10 (Antrag der Verfassungsschutzbehörde) und § 10 G 10 (Anordnung der obersten Landesbehörde), die auch für Überwachungsmaßnahmen durch die niedersächsische Verfassungsschutzbehörde unmittelbar gelten, betreffen nicht die Vorabkontrolle; § 15 G 10 betrifft nur die G 10-Kommission des Bundes. Sie enthalten mithin keine verfassungsrechtlich ausreichenden Verfahrensvorschriften für den Antrag auf Zustimmung und die Zustimmung selbst. Diese kann nur der Landesgesetzgeber vornehmen (vgl. § 16 G 10). Da das Nds. AG G 10 solche Regelungen bisher nicht enthält, sollen sie eingefügt werden. Eine entsprechende Verpflichtung in der nach § 3 Abs. 4 Nds. AG G 10 erlassenen Geschäftsordnung der G 10-Kommission (GO G 10-K) würde den verfassungsrechtlichen Vorgaben nicht genügen (siehe dazu die Erläuterungen zu Artikel 1 Nr. 9 Buchst. a [§ 21 Abs. 3 Sätze 3 und 5/1 NVerfSchG]; zu § 15 G 10 und § 5 Abs. 1 GO G 10-K des Bundes so auch Friedrich, JZ 2025, 403, 407).

**Zu Nummer 2 (Absatz 5):**

Der Ausschuss empfiehlt, in Satz 1 die Verweisung zu präzisieren. Satz 3 des Entwurfs ist entbehrlich und soll daher gestrichen werden.

**Zu Artikel 2/1 (Einschränkung der Versammlungsfreiheit):**

Die Empfehlung des Ausschusses dient dazu, einen Verstoß gegen das Zitiergebot (Artikel 19 Abs. 1 Satz 2 GG) zu vermeiden (vgl. dazu die Erläuterung zu Artikel 1 Nr. 4 Buchst. a Doppelbuchst. aa Dreifachbuchst. aaa [§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2a NVerfSchG]).

**Zu Artikel 3 (Neubekanntmachung):**

Wegen der parallelen Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Einrichtung eines Parlamentarischen Kontrollgremiums in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes (Drs. 19/7238) empfiehlt der Ausschuss, dort eine Neubekanntmachungsermächtigung aufzunehmen, um auch die dortigen Änderungen des NVerfSchG in die Neubekanntmachung einbeziehen zu können. Infolgedessen soll hier auf eine Neubekanntmachungsermächtigung verzichtet werden.

(Verteilt am 15.12.2025)

Niedersächsisches
# Gesetz- und Verordnungsblatt

79. Jahrgang | Hannover, den 19. Dezember 2025 | Nummer 102

**G e s e t z**
**zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

**Vom 16. Dezember 2025**

Der Niedersächsische Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Niedersächsischen
Verfassungsschutzgesetzes

Das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz in der Fassung vom 2. August 2021 (Nds. GVBl. S. 564) wird wie folgt geändert:

1. § 3 Abs. 3 Satz 2 erhält folgende Fassung:

   „[2]Sie wirkt solchen Bestrebungen und Tätigkeiten entgegen und beugt ihrem Entstehen vor (Prävention), insbesondere durch Angebote zur Information und zum Ausstieg.“

2. § 4 wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

      aa) Satz 3 erhält folgende Fassung:

      „[3]Bestrebungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 oder 4 können auch von Einzelpersonen ausgehen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln.“

      bb) Es wird der folgende Satz 4 angefügt:

      „[4]In diesem Fall gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass die Verhaltensweise der Einzelperson darauf gerichtet sein muss, die in Absatz 2 genannten Ziele zu verwirklichen.“

   b) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

   „(3) Die Begriffsbestimmung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gemäß § 4 Abs. 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes (BVerfSchG) findet in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.“

3. Dem § 6 wird der folgende Absatz 6 angefügt:

   „(6) [1]Ein Beobachtungsobjekt hat erhebliche Bedeutung, wenn es auf die Anwendung oder Vorbereitung von Gewalt gerichtet oder aus anderen Gründen nach seiner Verhaltens- oder Wirkungsweise geeignet ist, ein in § 3 Abs. 1 genanntes Schutzgut erheblich zu beeinträchtigen. [2]Andere Gründe im Sinne des Satzes 1 liegen in der Regel vor, wenn das Beobachtungsobjekt

   1. zum Hass aufstachelt oder zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen auffordert, Straftaten begeht oder auf die Begehung von Straftaten gerichtet ist,

2. seine Existenz, Organisation, Ziele oder Tätigkeit in erheblichem Maß verschleiert oder

3. erheblichen gesellschaftlichen Einfluss besitzt, insbesondere

   a) durch Vertretung in Ämtern und Mandaten,

   b) durch wirkungsbreite Publikationen oder systematisches Verbreiten von Desinformationen oder Betreiben von Einschüchterung oder

   c) aufgrund des Gesamtbilds von Mitglieder- und Unterstützerzahl, Organisationsstruktur, Mobilisierungsgrad, Aktionsfähigkeit und Finanzkraft.

[3]Für die Bestimmung eines Beobachtungsobjekts von erheblicher Bedeutung und dessen Verlängerung gilt Absatz 2 Sätze 1 bis 4 entsprechend."

4. § 7 wird wie folgt geändert:

   a) In Absatz 1 Satz 1 wird nach dem Wort „Einzelperson" die Angabe „nach § 4 Abs. 1" eingefügt.

   b) In Absatz 2 Satz 5 wird die Angabe „Abs. 5" durch die Angabe „Abs. 5 und 6" ersetzt.

5. § 10 wird wie folgt geändert:

   a) Die Absätze 1 bis 3 erhalten folgende Fassung:

   „(1) [1]Die Inanspruchnahme einer Vertrauensperson (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 Buchst. a) darf nicht angeordnet werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dadurch nicht nur zufällig der Kernbereich privater Lebensgestaltung beeinträchtigt wird. [2]Wenn sich während eines bereits laufenden Einsatzes tatsächliche Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung des Kernbereichs privater Lebensgestaltung ergeben, ist der Einsatz unverzüglich und so lange wie erforderlich zu unterbrechen. [3]Dies gilt nicht, solange die Fortsetzung der Inanspruchnahme zum Schutz von Leib oder Leben einer Vertrauensperson oder zur Sicherung ihres weiteren Einsatzes erforderlich ist. [4]Vertrauenspersonen und die sie führenden Beschäftigten der Verfassungsschutzbehörde dürfen, insbesondere in den Fällen des Satzes 3, den Kernbereich privater Lebensgestaltung beeinträchtigende Daten nicht speichern, verändern, verwenden oder übermitteln; sie haben solche Daten unverzüglich zu löschen. [5]Die Tatsache, dass den Kernbereich privater Lebensgestaltung beeinträchtigende Daten erhoben wurden, die Fortsetzung der Inanspruchnahme nach Satz 3 und die Löschung der Daten nach Satz 4 sind zu dokumentieren. [6]Die Sätze 1 bis 5 gelten entsprechend für den Einsatz einer verdeckten Ermittlerin oder eines verdeckten Ermittlers (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 10).

   (2) [1]Eine sonstige Datenerhebung darf nicht angeordnet werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dadurch nicht nur zufällig Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erhoben werden. [2]Wenn sich während der bereits laufenden Datenerhebung tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erhoben werden, ist die Datenerhebung unverzüglich und so lange wie erforderlich zu unterbrechen, soweit dies technisch möglich ist. [3]Bereits erhobene Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung dürfen nicht gespeichert, verändert, verwendet oder übermittelt werden; sie sind unverzüglich zu löschen. [4]Die Tatsache, dass Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erhoben wurden, und deren Löschung sind zu dokumentieren.

   (3) [1]Ergeben sich erst bei der Speicherung, Veränderung oder Verwendung von Daten tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass Daten dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, so dürfen diese Daten nicht mehr gespeichert, verändert, verwendet oder übermittelt werden; sie sind unverzüglich zu löschen. [2]Die Tatsache, dass Daten, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, erhoben wurden, sowie deren Löschung sind zu dokumentieren."

   b) Es wird der folgende Absatz 6 angefügt:

   „(6) [1]Die Löschung von Daten nach dieser Vorschrift erfolgt unter Aufsicht einer oder eines besonders bestellten, mit der Auswertung nicht befassten Beschäftigten, die oder der die Befähigung zum Richteramt hat. [2]Daten, die in einer nach dieser Vorschrift angefertigten Dokumentation

enthalten sind, dürfen ausschließlich zur Datenschutzkontrolle verwendet werden. [3]Sie sind nach Beendigung der gemäß § 33 a Abs. 1 Satz 2 durchzuführenden Kontrolle der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz zu löschen, spätestens zwei Jahre nach der Dokumentation.“

6. § 14 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aaa) Es wird die folgende neue Nummer 2 a eingefügt:

„2 a. verdecktes Mithören und Aufzeichnen des außerhalb von Wohnungen von einer bestimmten Person zu einem bestimmten Zeitpunkt an einen nicht bestimmten oder beschränkten Personenkreis gerichteten (öffentlich gesprochenen) Wortes unter Einsatz technischer Mittel unter den Voraussetzungen des § 15;“.

bbb) Nummer 5 erhält folgende Fassung:

„5. außerhalb von Wohnungen verdeckt angefertigte

a) einzelne fotografische Bildaufzeichnungen sowie

b) sonstige Bildaufzeichnungen, die ausschließlich zur nachträglichen Identifizierung von Personen bestimmt sind,

unter den Voraussetzungen des § 15;“.

ccc) Nummer 6 wird wie folgt geändert:

aaaa) Am Ende des Buchstabens b wird nach dem Komma das Wort „sowie“ eingefügt.

bbbb) Am Ende des Buchstabens c wird das Wort „sowie“ gestrichen.

cccc) Buchstabe d wird gestrichen.

ddd) In Nummer 7 wird die Angabe „24“ durch die Angabe „48“ ersetzt.

eee) Die bisherige Nummer 9 wird Nummer 10.

fff) Die bisherige Nummer 10 wird Nummer 9 und darin wird die Angabe „19“ durch die Angabe „17“ ersetzt.

ggg) In Nummer 11 werden nach dem Wort „Ermittlung“ die Worte „des Standortes sowie“ eingefügt.

bb) Es wird der folgende neue Satz 3 eingefügt:

„[3]Die nach Satz 1 Nr. 5 Buchst. b angefertigten Bildaufzeichnungen dürfen ausschließlich zur nachträglichen Auswahl von Einzelbildern gespeichert, verändert und verwendet werden; anschließend sind sie unverzüglich zu löschen.“

cc) Der bisherige Satz 3 wird Satz 4.

dd) Der bisherige Satz 4 wird gestrichen.

b) Es wird der folgende Absatz 3 angefügt:

„(3) Die Verfassungsschutzbehörde darf Personen, die ihr logistische oder sonstige Hilfe leisten, ohne Vertrauenspersonen, sonstige geheime Informantinnen oder Informanten oder überworbene Agentinnen oder Agenten zu sein (Gewährspersonen), in Anspruch nehmen, soweit dies erforderlich ist für den Einsatz eines nachrichtendienstlichen Mittels nach Absatz 1, zum Schutz der Beschäftigten, Einrichtungen und Gegenstände der Verfassungsschutzbehörde sowie zum Schutz der in Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 genannten Personen oder für die Beschaffung, Herstellung und Verwendung von Hilfsmitteln nach Absatz 2.“

7. § 16 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Im einleitenden Satzteil werden die Worte „sowie Gewährspersonen“ gestrichen und nach dem Wort „Informanten“ wird das Komma durch das Wort „sowie“ ersetzt.

bb) Nummer 2 erhält folgende Fassung:

„2. sie nicht im zentralen staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister mit Tatvorwürfen wegen der Begehung einer in Absatz 6 genannten Straftat eingetragen sind, es sei denn, sie wurden freigesprochen, und sie nicht im Bundeszentralregister mit einer Verurteilung wegen einer in Absatz 6 genannten Straftat eingetragen sind,“.

b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Verfassungsschutzbehörde darf eine Vertrauensperson

1. über sechs Monate hinaus,
2. gezielt gegen eine bestimmte Person oder
3. gezielt in zu privaten Wohnzwecken genutzten Räumlichkeiten

nur in Anspruch nehmen, um Erkenntnisse über ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt von erheblicher Bedeutung oder über eine Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 zu gewinnen.“

c) In Absatz 3 Satz 2 werden die Worte „wenn die G 10-Kommission die Zustimmung nach § 21 Abs. 5 Satz 5 erteilt hat“ durch die Worte „wenn die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, im Vertretungsfall die Vertreterin oder der Vertreter, dies angeordnet hat“ ersetzt.

d) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 Nr. 1 werden nach der Angabe „§§ 86 a“ ein Komma und die Angabe „89 b, 89 c“ eingefügt.

bb) In Satz 3 wird nach dem Wort „unumgänglich“ die Angabe „und für die Aufklärung der Bestrebung oder der Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 unerlässlich“ eingefügt.

cc) Es werden die folgenden Sätze 4 und 5 angefügt:

„[4]Eine in Absatz 1 genannte Person darf eine Wohnung mit dem Einverständnis der oder des Berechtigten betreten. [5]Das Einverständnis darf nicht durch ein über die Verwendung einer Legende hinausgehendes Vortäuschen eines Zutrittsrechts herbeigeführt werden.“

e) In Absatz 5 wird der bisherige Satz 2 durch die folgenden neuen Sätze 2 und 3 ersetzt:

„[2]Die Inanspruchnahme ist auch dann unverzüglich zu beenden, wenn sich tatsächliche Anhaltspunkte ergeben, dass die Person rechtswidrig einen in Absatz 6 genannten Straftatbestand verwirklicht hat. [3]In diesem Fall sind die Strafverfolgungsbehörden zu unterrichten, wenn nicht der Schutz von Leib und Leben der in Anspruch genommenen Person ein Unterlassen erfordert.“

f) Absatz 6 wird wie folgt geändert:

aa) Im einleitenden Satzteil werden die Worte „Straftaten von besonderer Bedeutung im Sinne dieser Vorschrift“ durch die Worte „Straftatbestände, deren rechtswidrige Verwirklichung eine Inanspruchnahme nach dieser Vorschrift ausschließt,“ ersetzt.

bb) In Nummer 2 werden nach dem Komma die Worte „ausgenommen Straftaten nach den §§ 129 a und 129 b Abs. 1 Satz 1 StGB, soweit er auf § 129 a StGB verweist, sowie“ angefügt.

cc) Nummer 3 wird gestrichen.

dd) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 3.

8. § 17 erhält folgende Fassung:

„§ 17

Besondere Voraussetzungen für Observationen
sowie verdeckte Bild- und Tonaufzeichnungen

Die Verfassungsschutzbehörde darf die nachrichtendienstlichen Mittel der Observation nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7, der Bildübertragungen und Bildaufzeichnungen nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 sowie des verdeckten Mithörens und Aufzeichnens des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 nur einsetzen, um Erkenntnisse über ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt von erheblicher Bedeutung oder über eine Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 zu gewinnen.“

9. In § 19 Abs. 1 wird die Angabe „10 bis 12“ durch die Angabe „11 und 12“ ersetzt.

10. § 20 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„[1]Die Verfassungsschutzbehörde kann anordnen, dass diejenigen, die geschäftsmäßig digitale Dienste erbringen, daran mitwirken oder den Zugang zur Nutzung daran vermitteln, ihr Auskunft erteilen

1. zu Bestandsdaten (§ 2 Abs. 2 Nr. 2 des Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetzes – TDDDG –) mit Ausnahme von Passwörtern oder anderen Daten, mittels derer der Zugriff auf Endgeräte oder auf Speichereinrichtungen, die in diesen Endgeräten oder hiervon räumlich getrennt eingesetzt werden, geschützt wird, oder
2. zu Nutzungsdaten (§ 2 Abs. 2 Nr. 3 TDDDG).“

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 erhält folgende Fassung:

„[1]Die Verfassungsschutzbehörde kann anordnen, dass diejenigen, die geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste nach § 3 Nr. 61 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) erbringen oder daran mitwirken, ihr Auskunft erteilen

1. zu den von ihnen erhobenen Bestandsdaten gemäß § 3 Nr. 6 und den nach § 172 TKG erhobenen Daten,
2. zu Daten nach Nummer 1, mittels derer der Zugriff auf Endgeräte oder auf Speichereinrichtungen, die in diesen Endgeräten oder hiervon räumlich getrennt eingesetzt werden, geschützt wird oder die anhand einer zu einem bestimmten Zeitpunkt zugewiesenen Internetprotokoll-Adresse bestimmt werden, oder
3. zu Verkehrsdaten nach § 9 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 TDDDG und sonstigen zum Aufbau und zur Aufrechterhaltung der Telekommunikation notwendigen Verkehrsdaten.“

bb) In Satz 3 wird die Angabe „Auskunft zu einfachen Bestandsdaten“ durch die Angabe „Auskunft nach Satz 1 Nr. 1“ ersetzt.

cc) In Satz 4 wird die Angabe „Auskunft zu besonderen Bestandsdaten und zu Verkehrsdaten“ durch die Angabe „Auskunft nach Satz 1 Nr. 2 oder 3“ ersetzt.

c) Dem Absatz 3 wird der folgende Satz 4 angefügt:

„[4]Zur Erteilung einer Auskunft nach Satz 1 sind Unternehmen verpflichtet, die in Deutschland eine Niederlassung haben oder Leistungen erbringen.“

d) In Absatz 4 wird die Angabe „des Absatzes 3 Satz 2 Halbsatz 1 und Satz 3 das Bundesamt“ durch die Angabe „des Absatzes 2 Satz 2 oder 3 das Bundeszentralamt“ ersetzt.

11. § 21 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 werden nach dem Wort „gilt“ die Worte „für die Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen in den Fällen des § 16 Abs. 2 sowie“ eingefügt sowie das Wort „besonderen“ und die Angabe „sowie für Ersuchen nach § 20 Abs. 4“ gestrichen.

bb) In Satz 3 werden nach der Angabe „Nrn. 4 bis 6“ die Worte „in den nicht von § 16 Abs. 2 erfassten Fällen“ eingefügt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 Nr. 1 erhält folgende Fassung:

„1. ein Jahr in den Fällen des § 16 Abs. 2,“.

bb) In Satz 2 Halbsatz 1 werden nach dem Wort „Anordnung“ die Worte „unter Berücksichtigung ihrer Gesamtdauer und der in dieser Zeit erlangten Erkenntnisse“ eingefügt.

cc) Satz 3 wird gestrichen.

c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 werden nach dem Wort „gilt“ die Worte „für die Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen in den Fällen des § 16 Abs. 2 sowie“ eingefügt sowie das Wort „besonderen“ und die Worte „und für Ersuchen nach § 20 Abs. 4“ gestrichen.

bb) Der bisherige Satz 3 wird durch die folgenden neuen Sätze 3 bis 5 ersetzt:

„[3]In dem schriftlichen Antrag auf Zustimmung sind der G 10-Kommission alle beurteilungsrelevanten Tatsachen mitzuteilen; insbesondere sind anzugeben:

1. das Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt oder die Person, soweit möglich, mit Name und Anschrift, gegen das oder die sich der Einsatz des nachrichtendienstlichen Mittels richtet oder zu dem oder zu der die Erteilung der Auskunft angeordnet wird,
2. die zeitgleich gegen eine in Nummer 1 genannte Person von der Verfassungsschutzbehörde eingesetzten weiteren nachrichtendienstlichen Mittel und besonderen Auskunftsverlangen,
3. Art, Umfang und Dauer des Einsatzes oder der Auskunft,
4. der Sachverhalt sowie
5. eine Begründung.

[4]Die G 10-Kommission prüft im Rahmen der Erteilung der Zustimmung die Zulässigkeit und Notwendigkeit des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels oder des besonderen Auskunftsverlangens; im Fall des Satzes 3 Nr. 2 prüft sie zudem, ob sich aus der Summe der eingesetzten nachrichtendienstlichen Mittel und besonderen Auskunftsverlangen ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Grundrechte ergibt. [5]Die G 10-Kommission hat die Zustimmung und ihre wesentlichen Gründe schriftlich festzuhalten.“

cc) Der bisherige Satz 4 wird Satz 6.

d) In Absatz 4 Satz 3 wird die Angabe „Absatz 3 Satz 4“ durch die Angabe „Absatz 3 Satz 6“ ersetzt.

e) Absatz 5 wird gestrichen.

f) Die bisherigen Absätze 6 und 7 werden Absätze 5 und 6.

g) In dem neuen Absatz 5 Satz 1 wird die Angabe „bis 5“ durch die Angabe „und 4“ ersetzt.

h) In dem neuen Absatz 6 werden nach dem Wort „Mittel“ die Worte „sowie der Inanspruchnahme von Gewährspersonen“ eingefügt.

12. § 22 wird wie folgt geändert:

    a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

        aa) In Satz 3 Halbsatz 2 werden das Wort „einfachen“ gestrichen und nach der Angabe „20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1“ die Angabe „und zu Kontostammdaten nach § 20 Abs. 4“ eingefügt.

        bb) In Satz 4 wird die Angabe „§ 30“ durch die Angabe „§ 29“ ersetzt.

        cc) Satz 5 erhält folgende Fassung:

            „[5]Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, wenn

            1. für die Mitteilung in unverhältnismäßiger Weise weitere personenbezogene Daten der betroffenen Person erhoben werden müssten oder

            2. die Person nur unerheblich betroffen und anzunehmen ist, dass sie kein Interesse an einer Mitteilung hat.“

    b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

        aa) In Satz 1 Nr. 4 werden nach dem Wort „Mittels“ die Worte „oder des besonderen Auskunftsverlangens“ eingefügt.

        bb) Satz 3 erhält folgende Fassung:

            „[3]Stimmt die G 10-Kommission der Zurückstellung zu, so hat sie diese zu befristen; der Fristbestimmung kann der Zeitraum zugrunde gelegt werden, in dem die Voraussetzungen der Zurückstellung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht entfallen werden.“

        cc) In Satz 7 werden nach dem Wort „nach“ die Worte „der Beendigung des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels oder“ eingefügt.

13. In § 23 Abs. 2 Satz 1 wird die Angabe „des Bundesverfassungsschutzgesetzes (BVerfSchG)“ durch die Angabe „BVerfSchG“ ersetzt.

14. In § 24 Abs. 1 werden die Worte „, insbesondere Grundbücher, Personenstandsbücher, Melderegister, Personalausweisregister, Passregister, Führerscheinkartei, Waffenscheinkartei,“ gestrichen.

15. § 28 wird wie folgt geändert:

    a) Absatz 2 Satz 3 erhält folgende Fassung:

        „[3]Ein schutzwürdiges Interesse liegt insbesondere dann vor, wenn die betroffene Person einen Antrag auf Auskunft nach § 29 gestellt oder innerhalb des vergangenen Jahres eine Mitteilung nach § 6 Abs. 4 oder § 22 Abs. 1 erhalten hat.“

    b) In Absatz 4 Satz 2 wird die Angabe „9“ durch die Angabe „10“ ersetzt und das Wort „besonderen“ wird gestrichen.

    c) Absatz 6 Satz 3 erhält folgende Fassung:

        „[3]Sie sind nach Beendigung der gemäß § 33 a Abs. 1 Satz 2 durchzuführenden Kontrolle der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz zu löschen.“

    d) In Absatz 7 wird die Angabe „9“ durch die Angabe „10“ ersetzt und die Worte „besonderen Bestandsdaten“ werden durch das Wort „Bestandsdaten“ ersetzt.

16. Das Vierte Kapitel wird wie folgt geändert:

    Der bisherige § 30 wird neuer § 29.

17. Im Fünften Kapitel werden die bisherigen §§ 31 und 32 durch die folgenden neuen §§ 30 bis 32 h ersetzt:

„§ 30

Übermittlung an inländische öffentliche Stellen

(1) Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten an inländische öffentliche Stellen übermitteln, wenn dies zur Erfüllung von Aufgaben der empfangenden Stelle erforderlich ist.

(2) [1]Absatz 1 gilt nicht für die Übermittlung von personenbezogenen Daten, die die Verfassungsschutzbehörde durch den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel oder durch besondere Auskunftsverlangen, die der Mitteilungspflicht nach § 22 Abs. 1 Satz 3 unterliegen, erhoben hat. [2]Die Übermittlung dieser Daten an inländische öffentliche Stellen ist nur unter den Voraussetzungen der §§ 31 bis 32 a zulässig.

§ 31

Übermittlung zur Strafverfolgung

(1) Die Verfassungsschutzbehörde übermittelt die in § 30 Abs. 2 genannten personenbezogenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden des Landes, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht einer besonders schweren Straftat begründen und soweit die Daten zur Verfolgung dieser Straftat erforderlich sind.

(2) Besonders schwere Straftaten gemäß Absatz 1 sind

1. Straftaten, die im Höchstmaß mit einer Freiheitsstrafe von mehr als fünf Jahren bedroht sind, und
2. Straftaten gemäß den §§ 95, 100 a, 106 und 109 e StGB.

§ 32

Übermittlung zur Gefahrenabwehr

(1) [1]Die Verfassungsschutzbehörde darf die in § 30 Abs. 2 genannten personenbezogenen Daten an inländische öffentliche Stellen übermitteln, soweit dies im Einzelfall zur Abwehr einer zumindest konkretisierten Gefahr für ein besonders gewichtiges Rechtsgut erforderlich ist. [2]Abweichend von Satz 1 ist die Verfassungsschutzbehörde im Fall einer unmittelbar bevorstehenden Gefahr oder einer im Einzelfall bestehenden Gefahr, die von einer Bestrebung oder Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 ausgeht, zur Übermittlung an die Polizeibehörden des Landes verpflichtet.

(2) Eine konkretisierte Gefahr nach Absatz 1 Satz 1 liegt vor, wenn sich der zum Schaden führende Kausalverlauf zwar noch nicht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit vorhersehen lässt, aber bereits bestimmte Tatsachen im Einzelfall auf die Entstehung einer konkreten Gefahr für ein besonders gewichtiges Rechtsgut hinweisen.

(3) Besonders gewichtige Rechtsgüter nach Absatz 1 Satz 1 sind

1. die freiheitliche demokratische Grundordnung, einschließlich des Gedankens der Völkerverständigung und des friedlichen Zusammenlebens der Völker,
2. der Bestand und die Sicherheit des Bundes, der Länder sowie überstaatlicher und internationaler Organisationen, denen die Bundesrepublik Deutschland angehört,
3 sonstige Güter der Allgemeinheit, deren Bedrohung die Grundlagen der Existenz des Menschen berührt, Sachen von bedeutendem Wert und bedeutende Vermögenswerte, deren Erhaltung im besonderen öffentlichen Interesse geboten ist,
4. das Leben sowie bei einer erheblichen Gefährdung im Einzelfall die körperliche Integrität und Freiheit einer Person.

§ 32 a

Übermittlung zum vorbeugenden Rechtsgüterschutz

Die Verfassungsschutzbehörde darf die in § 30 Abs. 2 genannten personenbezogenen Daten übermitteln

1. an Verbotsbehörden im Sinne des § 3 Abs. 2 des Vereinsgesetzes zur Durchführung von Verbotsverfahren nach § 3 Abs. 1 Satz 1 des Vereinsgesetzes,
2. an den Bundestag, die Bundesregierung oder eine Landesregierung zur Vorbereitung eines Antrags auf Entscheidung gemäß Artikel 18 Satz 2 des Grundgesetzes,
3. an den Bundestag, den Bundesrat, die Bundesregierung oder eine Landesregierung zur Vorbereitung eines Antrags nach Artikel 21 Abs. 2 und 3 des Grundgesetzes und
4. an inländische öffentliche Stellen, insbesondere zur Durchführung von Verwaltungsverfahren,
   a) auf deren Ersuchen, wenn dieses Ersuchen auf einer gesetzlichen Regelung beruht, oder
   b) wenn die Verfassungsschutzbehörde zur Übermittlung gesetzlich verpflichtet oder berechtigt ist,

soweit dies im Einzelfall aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte zum Schutz der in § 32 Abs. 3 genannten Rechtsgüter erforderlich ist.

§ 32 b

Übermittlung an inländische nichtöffentliche Stellen

[1]Die Übermittlung personenbezogener Daten an inländische nichtöffentliche Stellen ist unzulässig, es sei denn, dass dies im Einzelfall zur Abwehr einer zumindest konkretisierten Gefahr für eines der in § 32 Abs. 3 genannten Rechtsgüter erforderlich ist. [2]Die Übermittlung bedarf der Zustimmung der Leiterin oder des Leiters der Verfassungsschutzabteilung, im Vertretungsfall der Vertreterin oder des Vertreters. [3]Für Handlungen zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr ist die Zustimmung nach Satz 2 entbehrlich. [4]Die empfangende Stelle hat die Verfassungsschutzbehörde über Handlungen nach Satz 3 und deren Anlass unverzüglich nachträglich zu unterrichten. [5]Die Verfassungsschutzbehörde hat der betroffenen Person eine Übermittlung nach Satz 1 mitzuteilen, sobald eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung nach § 3 Abs. 1 durch die Mitteilung nicht mehr zu besorgen ist.

§ 32 c

Übermittlung für Angebote zum Ausstieg

[1]Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten an Polizeibehörden des Landes, sonstige inländische öffentliche Stellen und in der Präventionsarbeit bewährte nichtöffentliche Stellen übermitteln, soweit die empfangende Stelle die Daten für Angebote zum Ausstieg aus Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 benötigt. [2]Satz 1 gilt nicht für personenbezogene Daten, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln oder besonderen Auskunftsverlangen erhoben wurden, welche der Mitteilungspflicht nach § 22 Abs. 1 Sätze 1 bis 3 unterliegen.

§ 32 d

Übermittlung an ausländische sowie über- und zwischenstaatliche Stellen

(1) [1]Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz an ausländische öffentliche Stellen sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen übermitteln, soweit die Übermittlung in einem Gesetz, einem Rechtsakt der Europäischen Gemeinschaften oder einer internationalen Vereinbarung geregelt und die Übermittlung zur Aufgabenerfüllung der empfangenden Stelle erforderlich ist. [2]Die Übermittlung der in § 30 Abs. 2 genannten personenbezogenen Daten ist nur zulässig

1. zur Strafverfolgung in entsprechender Anwendung von § 31,
2. zur Gefahrenabwehr in entsprechender Anwendung von § 32 und
3. zum vorbeugenden Rechtsgüterschutz in entsprechender Anwendung von § 32 a.

(2) [1]Die Übermittlung ist unzulässig, wenn

1. auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland entgegenstehen oder
2. ein datenschutzrechtlich angemessener und die elementaren Menschenrechte wahrender Umgang mit den Daten bei der empfangenden Stelle nicht hinreichend gesichert ist.

[2]Bei der Prüfung, ob eine Übermittlung gemäß Satz 1 Nr. 2 unzulässig ist, hat die Verfassungsschutzbehörde insbesondere den bisherigen Umgang der empfangenden Stelle mit übermittelten Daten zu berücksichtigen.

(3) Übermittlungen nach Absatz 1 sind der oder dem Landesbeauftragten für den Datenschutz mitzuteilen.

§ 32 e

Übermittlung im Interesse der betroffenen Person

Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten übermitteln, wenn offensichtlich ist, dass die Übermittlung im Interesse der betroffenen Person liegt, deren Einwilligung nicht oder nicht rechtzeitig eingeholt werden kann und kein Grund zu der Annahme besteht, dass sie in Kenntnis der Übermittlung die Einwilligung verweigern würde.

§ 32 f

Allgemeine Übermittlungsverbote

(1) Die Verfassungsschutzbehörde darf nur solche personenbezogenen Daten übermitteln, die ihr bereits bekannt sind oder von ihr aus allgemein zugänglichen Quellen entnommen werden können.

(2) Die Übermittlung ist unzulässig, wenn dadurch Informationsquellen oder die Arbeitsweise der Verfassungsschutzbehörde gefährdet würden und diese Sicherheitsinteressen das Interesse der empfangenden Stelle an der Datenübermittlung überwiegen.

§ 32 g

Allgemeine Verfahrensvorschriften für die Übermittlung

(1) [1]Jede Übermittlung der in § 30 Abs. 2 genannten personenbezogenen Daten ist zu dokumentieren. [2]Bei der Dokumentation ist die zugrunde gelegte Rechtsvorschrift und der Zeitpunkt der Übermittlung anzugeben. [3]Die in der Dokumentation enthaltenen personenbezogenen Daten dürfen ausschließlich zur Datenschutzkontrolle verwendet werden. [4]Sie dürfen nicht gelöscht werden, solange sie für diese Kontrolle erforderlich sind.

(2) Sind mit personenbezogenen Daten weitere personenbezogene Daten der betroffenen Person oder von Dritten so verbunden, dass eine Trennung nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich ist, so dürfen auch diese übermittelt werden, soweit nicht berechtigte Interessen der betroffenen oder einer anderen Person offensichtlich überwiegen; die Verarbeitung dieser Daten ist nach Maßgabe des § 28 Abs. 3 einzuschränken.

(3) [1]Sind die personenbezogenen Daten nach § 26 Abs. 2 oder Abs. 3 Satz 4 gekennzeichnet, so hat die Verfassungsschutzbehörde die Kennzeichnung bei der Übermittlung aufrechtzuerhalten. [2]Die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, im Vertretungsfall die Vertreterin oder der Vertreter, kann mit Zustimmung der G 10-Kommission anordnen, dass bei der Übermittlung auf die Aufrechterhaltung der Kennzeichnung verzichtet wird, wenn dies unerlässlich ist, um die Geheimhaltung der Art und Weise der Datenerhebung nicht zu gefährden. [3]Bei Gefahr im Verzug kann die Anordnung bereits vor der Zustimmung getroffen werden. [4]In diesem Fall ist die Zustimmung unverzüglich nachträglich einzuholen. [5]Stimmt die G 10-Kommission nicht nachträglich zu, so ist die Kennzeichnung unverzüglich durch die empfangende Stelle nachzuholen; darauf ist sie von der Verfassungsschutzbehörde hinzuweisen. [6]Die Sätze 1 bis 5 gelten nicht für die Übermittlungen gemäß § 32 a Nr. 4.

(4) Über die Übermittlung von personenbezogenen Daten, die unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 10 bis 12 oder mit besonderen Auskunftsverlangen nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2 und 3 oder Abs. 3 Satz 1 erhoben wurden, entscheidet in den Fällen der §§ 31 bis 32 a sowie § 32 d eine besonders bestellte Beschäftigte oder ein besonders bestellter Beschäftigter, die oder der mit der Auswertung nicht befasst war und die Befähigung zum Richteramt hat.

(5) Erweisen sich personenbezogene Daten nach ihrer Übermittlung als unvollständig oder unrichtig, so sind sie gegenüber der empfangenden Stelle unverzüglich zu ergänzen oder zu berichtigen, es sei denn, dass der Mangel für die Beurteilung des Sachverhalts offensichtlich ohne Bedeutung ist.

§ 32 h

Pflichten der empfangenden Stelle

(1) [1]Die empfangende Stelle darf die personenbezogenen Daten nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie übermittelt worden sind. [2]Nichtöffentliche Stellen sind auf die Zweckbindung nach Satz 1 und darauf hinzuweisen, dass sich die Verfassungsschutzbehörde vorbehält, Auskunft über die Verarbeitung der übermittelten Daten zu verlangen. [3]Sind die übermittelten Daten nach § 32 g Abs. 3 gekennzeichnet, so hat die empfangende Stelle die Kennzeichnung aufrecht zu erhalten.

(2) [1]Die Daten sind zu löschen, wenn sie für den Übermittlungszweck nicht oder nicht mehr erforderlich sind. [2]Wurden personenbezogene Daten übermittelt, die unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 10 bis 12 oder mit besonderen Auskunftsverlangen nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2 und 3 oder Abs. 3 Satz 1 erhoben wurden, so prüft die empfangende Stelle unverzüglich und danach in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die übermittelten Daten für den Zweck erforderlich sind, zu dem sie übermittelt wurden. [3]Soweit dies nicht der Fall ist, sind sie unverzüglich unter Aufsicht einer oder eines besonders bestellten Beschäftigten, die oder der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. [4]Die Löschung ist zu dokumentieren. [5]Die Verfassungsschutzbehörde ist unverzüglich über die Löschung zu unterrichten.“

18. In § 33 Abs. 2 Satz 2 wird die Angabe „§ 30“ durch die Angabe „§ 29“ ersetzt.

19. § 36 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 3 erhält folgende Fassung:

„3. die Bestimmung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts von erheblicher Bedeutung sowie die Verlängerung der Bestimmung (§ 6 Abs. 6 Satz 3, § 7 Abs. 2 Satz 5),“.

bb) In Nummer 4 wird im Klammerzusatz die Angabe „Abs. 7“ durch die Angabe „Abs. 6“ ersetzt.

b) In Absatz 3 Satz 2 werden das Wort „einfachen“ gestrichen und nach der Angabe „20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1“ die Angabe „und zu Kontostammdaten nach § 20 Abs. 4“ eingefügt.

20. § 42 erhält folgende Fassung:

„§ 42

Übergangsvorschrift

Für Vertrauenspersonen, die am 19. Dezember 2025 bereits in Anspruch genommen werden, finden § 16 Abs. 2 und § 21 Abs. 1 bis 3 erst ab dem Zeitpunkt einer Verlängerung der Inanspruchnahme Anwendung.“

Artikel 2

Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes

§ 4 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes vom 27. Januar 2004 (Nds. GVBl. S. 35), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 7. Juli 2021 (Nds. GVBl. S. 483), wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt geändert:

   a) Es werden die folgenden neuen Sätze 3 und 4 eingefügt:

      „[3]In dem schriftlichen Antrag auf Zustimmung sind der G 10-Kommission alle beurteilungsrelevanten Tatsachen mitzuteilen; insbesondere sind anzugeben:

      1. die Person, gegen die sich die Beschränkungsmaßnahme richtet, soweit möglich, mit Name und Anschrift,
      2. Art, Umfang und Dauer der Beschränkungsmaßnahme,
      3. bei einer Überwachung der Telekommunikation die Rufnummer oder eine andere Kennung des Telekommunikationsanschlusses oder die Kennung des Endgerätes, wenn diese allein diesem Endgerät zugeordnet ist,
      4. im Fall des § 11 Abs. 1a des Artikel 10-Gesetzes eine möglichst genaue Bezeichnung des informationstechnischen Systems, in das zur Datenerhebung eingegriffen werden soll,
      5. die zeitgleich gegen die in Nummer 1 genannte Person von der Verfassungsschutzbehörde eingesetzten weiteren nachrichtendienstlichen Mittel und besonderen Auskunftsverlangen,
      6. der Sachverhalt sowie
      7. eine Begründung.

      [4]Die G 10-Kommission hat die Zustimmung und ihre wesentlichen Gründe schriftlich festzuhalten.“

   b) Die bisherigen Sätze 3 bis 5 werden Sätze 5 bis 7.

2. Absatz 5 erhält folgende Fassung:

„(5) [1]Das Fachministerium unterrichtet die Kommission innerhalb von drei Monaten nach Einstellung der Beschränkungsmaßnahme über die Mitteilung an Betroffene oder über die Gründe, die einer Mitteilung entgegenstehen (§ 12 Abs. 1 Satz 2 des Artikel 10-Gesetzes). [2]Hält die Kommission eine Mitteilung für geboten, so ist diese unverzüglich von der Verfassungsschutzbehörde vorzunehmen.“

Artikel 3

Einschränkung der Versammlungsfreiheit

Aufgrund dieses Gesetzes kann das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit (Artikel 8 Abs. 1 des Grundgesetzes) eingeschränkt werden.

Artikel 4

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Hannover, den 16. Dezember 2025

**Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages**

Hanna N a b e r

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

**Der Niedersächsische Ministerpräsident**

Olaf L i e s

Niedersächsisches
# Gesetz- und Verordnungsblatt

80. Jahrgang | Hannover, den 31. März 2026 | Nummer 28

**B e r i c h t i g u n g**
**des Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen vom 16. Dezember 2025 (Nds. GVBl. 2025 Nr. 102) wird wie folgt berichtigt:

In Nummer 17 wird die Angabe „§§ 31 und 32“ durch die Angabe „§§ 31 bis 32 a“ ersetzt.

Hannover, den 17. März 2026

**Niedersächsisches Ministerium**
**für Inneres, Sport und Digitalisierung**

Im Auftrage

P e j r i l

Verfassungsschutzpräsident

Herausgeber: Niedersächsische Staatskanzlei

LANDTAG
NIEDERSACHSEN

**N i e d e r s c h r i f t**

**über den öffentlichen Teil der 18. Sitzung**

**des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes**

**am 16. Januar 2025**

**Hannover, Landtagsgebäude**

Tagesordnung: Seite:


1. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

   Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930

   b) **Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken - Verfassungsschutzgesetz grundlegend reformieren**

   Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/5071

   *Verfahrensfragen* ..... 4

2. **Rechtsextreme türkische Ülkücü-Bewegung konsequent bekämpfen - „Graue Wölfe“ in Niedersachsen verbieten!**

   Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/2880

   *Verfahrensfragen* ..... 6

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung gemäß § 36 NVerfSchG**

   *(in vertraulicher Sitzung)* ..... 7

**Anwesend:**

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Gerd Hujahn (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Doris Schröder-Köpf (SPD)
3. Abg. Ulrich Watermann (SPD)
4. Abg. Lena-Sophie Laue (CDU)
5. Abg. Christoph Plett (CDU)
6. Abg. Evrim Camuz (GRÜNE)
7. Abg. Michael Lühmann (GRÜNE)
8. Abg. Klaus Wichmann (AfD)

Stellvertretendes Ausschussmitglied:

Abg. Julius Schneider (SPD)

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Ministerialdirigent Dr. Wefelmeier (Mitglied),
Ministerialrat Dr. Miller.

Von der Landtagsverwaltung:

Ministerialrat Wiesehahn.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Weemeyer, Stenografischer Dienst.

**Sitzungsdauer:** 14:04 Uhr bis 14:17 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930

*erste Beratung: 53. Plenarsitzung am 10.12.2024*
*federführend: AfVerfSch;*
*mitberatend: AfRuV*

b) **Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken - Verfassungsschutzgesetz grundlegend reformieren**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/5071

*erste Beratung: 46. Plenarsitzung am 29.08.2024*
*federführend: AfVerfSch;*
*mitberatend: AfluS*

*Verfahrensfragen: 15. Sitzung am 12.09.2024*

Auf Vorschlag des Abg. **Ulrich Watermann** (SPD) behandelt der **Ausschuss** diese beiden Punkte zusammen.

**Verfahrensfragen**

*Beratungsgrundlage zum Antrag der CDU-Fraktion: Stellungnahme der Landesregierung (Vorlage 1 zu Drs. 5071)*

Auf Vorschlag des Abg. **Ulrich Watermann** (SPD) bittet der - federführende - **Ausschuss** die Landesregierung, ihren Gesetzentwurf und ihre Stellungnahme zu dem Antrag der CDU-Fraktion in der nächsten Sitzung mündlich zu erläutern.

Auf Bitten des Abg. **Christoph Plett** (CDU) kommt der **Ausschuss** überein, den Mitgliedern des - mitberatenden - Ausschusses für Inneres und Sport anheimzustellen, an der nächsten Sitzung mit beratender Stimme teilzunehmen.

Auf eine weitere Anregung des Abg. **Christoph Plett** (CDU) hin ersucht der **Ausschuss** die Verfassungsschutzbehörde, ihm einen synoptischen Überblick über die Befugnisse der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder sowie über die für sie geltenden Speicher- und Löschfristen vorzulegen.

Abg. **Ulrich Watermann** (SPD) weist darauf hin, dass es beim Verfassungsschutzgesetz in besonderer Weise darauf ankomme, die Handlungsfähigkeit des Staates einerseits und den Schutz der Grundrechte in ein angemessenes Verhältnis zu bringen. Er regt deshalb an, zu dem Gesetzentwurf und dem Antrag eine Anhörung durchzuführen. Über die Einzelheiten könne in der nächsten Sitzung beraten werden.

***

LANDTAG
NIEDERSACHSEN

**N i e d e r s c h r i f t**

**über den öffentlichen Teil der 19. Sitzung**

**des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes**

**am 13. Februar 2025**

**Hannover, Landtagsgebäude**

Tagesordnung: Seite:


1. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

   Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930

   b) **Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken - Verfassungsschutzgesetz grundlegend reformieren**

   Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/5071

   *Beginn der Beratung* ..... 4

   *Verfahrensfragen* ..... 13

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung über russische Sabotageaktivitäten**

   *Unterrichtung* ..... 15

   *Aussprache* ..... 18

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung gemäß § 36 NVerfSchG**

   *(in vertraulicher Sitzung)* ..... 26

**Anwesend:**

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Gerd Hujahn (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Doris Schröder-Köpf (SPD)
3. Abg. Ulrich Watermann (SPD)
4. Abg. Sebastian Zinke (SPD)
5. Abg. Lena-Sophie Laue (CDU)
6. Abg. Christoph Plett (CDU)
7. Abg. Alexander Wille (CDU)
8. Abg. Evrim Camuz (GRÜNE)
9. Abg. Michael Lühmann (GRÜNE)

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Ministerialdirigent Dr. Wefelmeier (Mitglied),
Ministerialrat Dr. Miller.

Von der Landtagsverwaltung:

Ministerialrat Wiesehahn.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Weemeyer, Stenografischer Dienst.

**Sitzungsdauer:** 14:02 Uhr bis 16:02 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930

*erste Beratung: 53. Plenarsitzung am 10.12.2024*
*federführend: AfVerfSch;*
*mitberatend: AfRuV*

b) **Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken - Verfassungsschutzgesetz grundlegend reformieren**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/5071

*erste Beratung: 46. Plenarsitzung am 29.08.2024*
*federführend: AfVerfSch;*
*mitberatend: AfluS*

*zuletzt behandelt in der 18. Sitzung am 16.01.2025*

**Beginn der Beratung**

Verfassungsschutzpräsident **Pejril** (MI) teilt mit, der in der 18. Sitzung erbetene synoptische Überblick über die Befugnisse der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder sowie über die für sie geltenden Speicher- und Löschfrist solle im unmittelbaren Nachgang zur heutigen Sitzung verteilt werden.[1]

Das mehr als 40 Seiten umfassende Dokument beinhalte alle wesentlichen nachrichtendienstlichen Mittel nach § 14 des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes (NVerfSchG) und die besonderen Auskunftsverlangen nach § 20 NVerfSchG. Es stelle den aktuellen Rechtsstand dar. In einigen Ländern enthielten die Verfassungsschutzgesetze nur recht allgemeine Vorschriften zu den nachrichtendienstlichen Mitteln; die Einzelheiten würden dort in Dienstvorschriften geregelt.

Der Verfassungsschutzpräsident führt den Ausschuss sodann in den Gesetzentwurf ein. Der Entwurf - so legt er dar - greife die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Bundesverfassungsschutzgesetz, zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz und zum Hessischen Verfassungsschutzgesetz auf. Aufgrund dieser Entscheidungen aus Karlsruhe würden derzeit in zahlreichen Ländern Gesetzesänderungen vorbereitet. Die Verfassungsschutzgesetze von Rheinland-Pfalz und Sachsen seien in den vergangenen Monaten novelliert worden. Zuletzt sei am 5. Februar 2025 ein Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Verfassungsschutzgesetzes in Kraft getreten.

[1] Das Dokument wurde den Mitgliedern und den stellvertretenden Mitgliedern des Ausschusses mit E-Mail der Landtagsverwaltung vom 14. Februar 2025 zugeleitet.

Der nun vorliegende Gesetzentwurf der Niedersächsischen Landesregierung berücksichtige zum einen die erwähnte Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, zum anderen die Bedürfnisse der Praktiker des Verfassungsschutzes. Er sichere und stärke die Handlungsfähigkeit des niedersächsischen Verfassungsschutzes und werde damit den Schutz- und Sicherheitsinteressen des Landes gerecht. Zugleich regele er die parlamentarische Kontrolle. Er wahre die Rechte der Zielpersonen des Verfassungsschutzes und dritter Personen. Auf dieser Grundlage könne die hiesige Verfassungsschutzbehörde weiterhin als leistungsfähiges Frühwarnsystem fungieren.

Nach dieser allgemeinen Einführung erläutert MR **Goltsche** (MI) dem Ausschuss, wie von ihm in der 18. Sitzung erbeten, die aus Sicht der Landesregierung wesentlichen Punkte des Gesetzentwurfes.

Zu einigen Vorschriften ergeben sich Wortmeldungen aus den Reihen des Ausschusses.

Im Einzelnen kommen die Artikel 1 und 2 des Gesetzentwurfes zur Sprache, und zwar wie folgt:

**Artikel 1 - Änderung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes**

Aus diesem Artikel werden zum einen Punkte angesprochen, die die allgemeinen Vorschriften im Ersten Teil des Gesetzes betreffen, zum anderen solche, die die im Drittel Teil des Gesetzes geregelten Befugnisse zur Datenverarbeitung angehen.

**Erster Teil - Allgemeine Vorschriften**

Die Wortmeldungen zum Ersten Teil betreffen die §§ 3 und 4. Zu § 3 wird die Frage aufgeworfen, ob der Verfassungsschutz auch die Organisierte Kriminalität beobachten sollte. Zu § 4 geht es um die Frage, ob die Beobachtung von Einzelpersonen durch den Verfassungsschutz wie bislang von einem Gewaltbezug abhängig gemacht werden sollte.

**Nr. 1: § 3 - Aufgaben**

Abg. **Christoph Plett** (CDU) weist auf die **Forderung Nr. 1** im Antrag seiner Fraktion hin, den Katalog der Aufgaben des Verfassungsschutzes um die Beobachtung von Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität zu erweitern. Er fragt, warum diese Forderung in dem Gesetzentwurf der Landesregierung keinen Niederschlag finde.

VerfSchPräs **Pejril** (MI) antwortet, in den Freistaaten Sachsen und Thüringen sei die vormalige Aufgabe der dortigen Verfassungsschutzämter, die Organisierte Kriminalität zu beobachten, inzwischen gestrichen worden. In Sachsen sei dies auch Folge einer Entscheidung des dortigen Verfassungsgerichtshofes gewesen, der zufolge der Verfassungsschutz nur dann im Bereich der Organisierten Kriminalität tätig werden könne, wenn dies zugleich dem Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung diene.

Nur in Bayern, Hessen und dem Saarland gehöre die Beobachtung der Organisierten Kriminalität noch zu den Aufgaben der Landesverfassungsschutzbehörden. Die Organisierte Kriminalität spiele in ihrer Arbeit aber keine nennenswerte Rolle; der Aufgabenbereich werde in den dortigen Verfassungsschutzberichten kaum erwähnt.

Die Niedersächsische Landesregierung sehe auch angesichts der Erfahrungen in den genannten Ländern keinen Bedarf, den Verfassungsschutz mit der Beobachtung der Organisierten Kriminalität zu beauftragen. Die Organisierte Kriminalität müsse vielmehr von der Polizei bearbeitet werden. Wo es Berührungspunkte zwischen verfassungsfeindlichen Gruppierungen und der Organisierten Kriminalität gebe - was nur vereinzelt der Fall sei -, könnten die erforderlichen Datenübermittlungen zwischen Polizei und Verfassungsschutz auf Grundlage der bestehenden Regelungen vorgenommen werden.

Abg. **Christoph Plett** (CDU) weist auf Bombenanschläge und weitere schwere Straftaten hin, die Angehörige der sogenannten Mocro-Mafia in Düsseldorf und Köln begangen haben sollen. Er vertritt die Auffassung, dass solche Aktivitäten der Organisierten Kriminalität mit den Mitteln der Polizei allein nicht ausreichend bekämpft werden könnten. Vielmehr müssten auch nachrichtendienstliche Mittel eingesetzt werden, um in die Strukturen der Organisierten Kriminalität einzudringen.

VerfSchPräs **Pejril** (MI) erwidert, die in Nordrhein-Westfalen bestehende Gefahrenlage im Zusammenhang mit der Mocro-Mafia sei so konkret, dass sie ohne Weiteres von der Polizei bearbeitet werden könne. Nachrichtendienstlicher Befugnisse bedürfe es dazu nicht.

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD) ergänzt, Aufgabe des Verfassungsschutzes sei es, frühzeitig vor Bestrebungen zu warnen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richteten, und Ansätze zur Bekämpfung dieser Bestrebungen zu entwickeln. Er solle keine „Superpolizei“ sein, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln Einblick in alle möglichen Bereiche nehmen könne. In den Ländern, in denen der Verfassungsschutz für die Beobachtung der Organisierten Kriminalität zuständig sei oder gewesen sei, habe diese Tätigkeit des Verfassungsschutzes keine herausragenden Erkenntnisse erbracht. Die niedersächsische Polizei sei auf allen Ebenen so aufgestellt, dass sie die Organisierte Kriminalität effektiv bekämpfen könne. Angesichts all dessen halte die SPD-Fraktion an der Trennung der Aufgabenfelder der Polizei und des Verfassungsschutzes fest und lehne die Forderung der CDU-Fraktion ab.

Abg. **Michael Lühmann** (GRÜNE) fügt hinzu, die Organisierte Kriminalität missachte die Strafgesetze und oft auch die Menschenwürde, greife aber normalerweise nicht die freiheitliche demokratische Grundordnung im Ganzen an. Um sich mit den wirtschaftlichen Tätigkeiten von Verfassungsfeinden zu befassen - etwa die Aktivitäten rechtsextremistischer Musikverlage aufzuhellen -, bedürfe es keiner Erweiterung des Aufgabenspektrums des Verfassungsschutzes.

**Nr. 2: § 4 - Begriffsbestimmungen**

MR **Goltsche** (MI) erklärt, gemäß Absatz 1 könne der Verfassungsschutz Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handelten, nur dann beobachten, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet oder aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet seien, ein Schutzgut des Verfassungsschutzgesetzes erheblich zu beschädigen.

Für Personenzusammenschlüsse kenne das Gesetz diese Voraussetzung nicht. Im geltenden Gesetz komme somit zum Ausdruck, dass der Gesetzgeber die Bedrohungen, die von Personenzusammenschlüssen einerseits und Einzelpersonen andererseits ausgingen, grundsätzlich unterschiedlich eingeschätzt habe. Aus Sicht der Landesregierung sei dies den Bedingungen der digitalen Moderne und den Erkenntnissen über Radikalisierungsverläufe nicht mehr angemessen.

Denn soziale Medien eröffneten Einzelpersonen die Möglichkeit, Agitation und Hassbotschaften in zuvor ungekanntem Maße zu verbreiten. Eruptive Radikalisierungsverläufe seien auch ohne Zugehörigkeit zu einer Gruppe möglich.

Deshalb sehe der Gesetzentwurf vor, die Bedingung des Gewaltbezuges entfallen zu lassen und die Regelung somit an § 4 Abs. 1 des Bundesverfassungsschutzgesetzes anzupassen. Künftig werde die Verfassungsschutzbehörde im Falle von Einzelpersonen - anders als bei Personenzusammenschlüssen - ein Entschließungsermessen auszuüben haben. Den Kern dieser Einzelfallentscheidung werde eine Risikoabschätzung bilden, die das Entwicklungspotenzial des jeweiligen Sachverhaltes und die Schutzgutrelevanz einbeziehe.

Dieser Punkt entspreche der **Forderung Nr. 2** des Antrages der CDU-Fraktion.

**Dritter Teil - Befugnisse zur Datenverarbeitung**

Die Wortmeldungen zum Dritten Teil des Verfassungsschutzgesetzes beschränken sich auf das Zweite Kapitel, das die Datenerhebung durch den Verfassungsschutz betrifft, und das Fünfte Kapitel, das die Übermittlung personenbezogener Daten durch den Verfassungsschutz an andere Behörden regelt.

**Zweites Kapitel - Erhebung und sonstige Kenntnisnahme**

Dieses Kapitel bildet den Schwerpunkt der heutigen Beratungen. Zur Sprache kommen die §§ 14, 16, 20 bis 23 und 25.

**Nr. 4: § 14 - Nachrichtendienstliche Mittel**

Hier erläutert MR **Goltsche** (MI) zunächst die in **Buchstabe a** vorgesehenen Änderungen an **Absatz 1 Satz 1,** also an der Aufzählung der zugelassenen nachrichtendienstlichen Mittel.

Er führt aus, der Gesetzentwurf sehe in **Doppelbuchstabe aa** vor, in **Nr. 2** die verdeckte Aufzeichnung des öffentlich gesprochenen Wortes zu regeln. Es gehe hier zum Beispiel um Vorträge und Predigten, insbesondere um solche, die in einer Fremdsprache gehalten würden. Dem Verfassungsschutz solle gestattet werden, das Gesagte mit technischen Mitteln aufzuzeichnen, um es angemessen auswerten zu können.

Der Ministerialrat legt dar, in **Nr. 5** gehe es um die verdeckte Erstellung fotografischer Einzelbilder außerhalb von Wohnungen. Diese unterliege im Vergleich zur verdeckten Aufzeichnung bewegter Bilder erleichterten Bedingungen. Der Gesetzentwurf sehe in **Doppelbuchstabe bb** vor, auch die verdeckte Aufzeichnung bewegter Bilder unter diesen erleichterten Bedingungen zuzulassen, wenn sie nur erfolge, um zum Zwecke der Identifizierung von Personen nachträglich Einzelbilder zu erstellen. Aus Sicht der Landesregierung bräuchten in diesem Fall die besonderen Voraussetzungen für verdeckte Videoaufzeichnungen gemäß § 17 nicht erfüllt zu sein.

In **Nr. 6** solle durch die Regelung in **Doppelbuchstabe ee** die Inanspruchnahme von Gewährspersonen aus dem Katalog der nachrichtendienstlichen Mittel gestrichen werden.

Gewährspersonen seien Personen, die der Verfassungsschutzbehörde logistische oder sonstige Hilfe leisteten, zum Beispiel indem sie Briefkästen für den Empfang legendierter Postsendungen oder Wohnungen für eine Observation zur Verfügung stellten. An der Informationsbeschaffung

selbst seien sie nicht beteiligt. Personenbezogene Daten würden durch Gewährspersonen nicht erhoben.

Die bisher auf sie anwendbaren Vorschriften seien aus Sicht der Landesregierung weder praxisgerecht noch zielführend. So unterliege die Inanspruchnahme einer Gewährsperson bislang einer Mitteilungspflicht, obwohl von ihr niemand unmittelbar betroffen sei. Die Inanspruchnahme von Gewährspersonen solle daher künftig in Absatz 3 geregelt werden (siehe Seite 9 dieser Niederschrift).

Der Vertreter der Verfassungsschutzbehörde trägt ferner vor, längerfristige Observationen unterlägen gemäß **Nr. 7** besonderen Voraussetzungen. Als längerfristig sei eine Observation bislang anzusehen, wenn sie insgesamt länger als 24 Stunden dauere. Der Gesetzentwurf sehe in **Doppelbuchstabe ff** vor, diese Grenze auf 48 Stunden anzuheben.

Aus Sicht der Landesregierung fehle es der Verfassungsschutzbehörde durch die bisherige 24-Stunden-Grenze in bestimmten Fällen an Flexibilität. Schon wenn ein Treffen ungenau terminiert oder verschoben worden sei, könne die 24-Stunden-Grenze überschritten werden. Um dann drohende Erkenntnisverluste zu vermeiden, empfehle sich eine Anhebung auf 48 Stunden. § 15 binde eine kurzfristige Observation - also eine Observation unterhalb der anzuhebenden Zeitgrenze - bereits an vergleichsweise hohe Hürden. Eine Observation von einer Dauer zwischen 24 und 48 Stunden sei kein so tiefer Eingriff in die Rechte des Betroffenen, dass die in § 17 geregelten besonderen Voraussetzungen für längerfristige Observationen erfüllt sein müssten.

Herr Goltsche erklärt, gemäß **Nr. 10** sei das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen nur unter den besonders strengen Voraussetzungen des § 19 zulässig. Der Gesetzentwurf sehe in **Doppelbuchstabe hh** vor, künftig die für längerfristige Observationen geltenden Voraussetzungen des § 17 auch auf das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes anzuwenden.

Hierfür spreche, dass es zu einem verdeckten Mithören des nicht öffentlich gesprochenen Wortes in der Regel im Zusammenhang mit längerfristigen Observationen komme. Eine Observation ohne Mithören könne zwar Erkenntnisse über Treffpunkte und Kontaktpersonen liefern, aber keine Erkenntnisse über den Inhalt und den ideologischen Hintergrund von Gesprächen. Das verdeckte Mithören sei gerade bei schwierigen Aufklärungsbedingungen und besonders konspirativem Verhalten der Zielpersonen ein wichtiges Mittel, um die Erkenntnislage zu verdichten.

An der Vorschrift in § 21 Abs. 3, dass die Anordnung dieses nachrichtendienstlichen Mittels der Zustimmung der G-10-Kommission bedürfe, solle sich nichts ändern. Nicht mehr erforderlich solle jedoch sein, dass tatsächliche Anhaltspunkte für eine in § 3 Abs. 1 des Artikel-10-Gesetzes bezeichnete Straftat vorlägen.

Herr Goltsche führt ferner aus, gemäß **Nr. 11** könne der Verfassungsschutz technische Mittel einsetzen, mit denen zur Ermittlung von Geräte- und Kartennummern aktiv geschaltete Mobilfunkendeinrichtungen zur Datenabsendung an eine Stelle außerhalb des Telekommunikationsnetzes veranlasst würden. Gemeint seien damit insbesondere sogenannte IMSI-Catcher. Gemäß

**Doppelbuchstabe ii** solle es künftig zulässig sein, solche Mittel auch zur Ermittlung des Standortes des Endgerätes zu nutzen. Diese Möglichkeit könne insbesondere zur Unterstützung von Observationen dienen.

Herr Goltsche erläutert, **Buchstabe b** sehe vor, § 14 Abs. 1 **Satz 4** zu streichen, der bislang den Einsatz unbemannter Fluggeräte durch den Verfassungsschutz verbiete. Dieses Drohnenverbot sei aus Sicht der Landesregierung nicht mehr zeitgemäß. Denn Drohnen seien ein effektives und fortschrittliches Aufklärungsmittel insbesondere bei der Überwachung und Beobachtung konspirativer Veranstaltungen in ländlichen Gebieten oder schwer einsehbaren Bereich. Ein Verbot, Drohnen zur Bildübertragung und -aufzeichnung einzusetzen, gebe es weder im Bundesverfassungsschutzgesetz noch in den Verfassungsschutzgesetzen der anderen Länder. Künftig solle es auch in Niedersachsen zulässig sein, im Rahmen eines nachrichtendienstlichen Mittels unter den gesetzlich geregelten Voraussetzungen unbemannte Fluggeräte einzusetzen.

Mit den in den Buchstabe a und b vorgesehenen Änderungen entspreche der Gesetzentwurf teilweise der **Forderung Nr. 11** der CDU-Fraktion. Der dort ebenfalls geforderten Generalklausel zur Absicherung der Entwicklungs- und Technologieoffenheit hingegen bedürfe es aus Sicht der Landesregierung nicht. Schließlich könnten zur Durchführung der meisten in § 14 Abs. 1 Satz 1 aufgezählten nachrichtendienstlichen Mittel technische Mittel eingesetzt werden. Entwicklungs- und Technologieoffenheit sei insoweit bereits gegeben.

In **Buchstabe c** sehe der Gesetzentwurf vor, die Inanspruchnahme von Gewährspersonen in einem neuen **Absatz 3** zu regeln. Sie solle als besonderes Hilfsmittel - ähnlich wie die Verwendung von Tarnpapieren und Tarnkennzeichnen - gelten.

Abg. **Christoph Plett** (CDU) kommt auf die **Forderung Nr. 10** seiner Fraktion zu sprechen, den niedersächsischen Verfassungsschutz wieder zur Wohnraumüberwachung zu ermächtigen, wie es bis zum Jahre 2016 gewesen sei. Er erklärt, seine Fraktion halte die akustische Wohnraumüberwachung für ein adäquates Mittel, um konspirative Gespräche aufzuzeichnen. In manchen Fällen könne der Verfassungsschutz nur mithilfe der Wohnraumüberwachung den Sachverhalt richtig beurteilen.

VerfSchPräs **Pejril** (MI) legt dar, angesichts der im Grundgesetz verankerten Unverletzlichkeit der Wohnung komme eine optische oder akustische Wohnraumüberwachung nur in wenigen Fällen in Betracht. Ausweislich der Statistik des Bundesamtes der Justiz gebe es jährlich nur wenige Fälle der Wohnraumüberwachung.

Vorausgesetzt sei jeweils eine so konkrete Gefahr, dass regelmäßig polizeiliches Agieren zu ihrer Abwehr angezeigt sei. Die Wohnraumüberwachung gehöre daher zum polizeilichen Instrumentarium.

Nur in wenigen Ländern habe auch der Verfassungsschutz die Befugnis zur Wohnraumüberwachung. Der niedersächsische Verfassungsschutz sehe keinen Bedarf, neben der Polizei in diesem Bereich tätig zu werden, zumal die Durchführung einer Wohnraumüberwachung ein durchaus komplexes Unterfangen sei. Für den Fall, dass eine polizeiliche Wohnraumüberwachung verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse erbringe, sehe der Gesetzentwurf die Möglichkeit einer Datenübermittlung vor (siehe Seite 12 dieser Niederschrift, Nrn. 11 und 13: §§ 23 und 25).

Regierungsdirektorin **Sauer** (MI) ergänzt, in seinem Urteil zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz vom 26. April 2022 (1 BvR 1619/17) habe das Bundesverfassungsgericht aufgezeigt, wie hoch die Hürden für eine Wohnraumüberwachung lägen. Dieser Eingriff sei nur zur Abwehr einer dringenden Gefahr für Rechtsgüter von besonderem Gewicht - insbesondere Leib und Leben - zulässig. Eine Verfassungsschutzbehörde könne hier nur ausnahmsweise tätig werden, normalerweise sei dies Sache der Polizei. Aus Sicht des niedersächsischen Verfassungsschutzes sei kaum ein Fall vorstellbar, in dem nicht die Polizei, wohl aber der Verfassungsschutz eine Wohnraumüberwachung durchführen könnte.

**Nr. 5: § 16 - Besondere Voraussetzungen für die Inanspruchnahme von Personen**

MR **Goltsche** (MI) legt dar, die Verfassungsschutzbehörde dürfe gemäß **Absatz 1** Satz 1 Nr. 2 einen Menschen nur dann als Vertrauensperson in Anspruch nehmen, wenn keine tatsächlichen Anhaltspunkte dafür vorlägen, dass er rechtswidrig eine der in Absatz 6 aufgezählten Straftaten von besonderer Bedeutung begangen habe. Die Verfassungsschutzbehörde müsse somit eine eigenständige strafrechtliche Bewertung des Verhaltens der möglichen Vertrauensperson vornehmen. Der Gesetzentwurf sehe unter **Buchstabe a Doppelbuchstabe bb** vor, die Nr. 2 neu zu fassen und in ihr künftig darauf abzustellen, ob im zentralen staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister oder im Bundeszentralregister Tatvorwürfe im Sinne des Absatzes 6 eingetragen seien.

Der Ministerialvertreter führt weiter aus, gemäß Absatz 4 dürfe eine Vertrauensperson während ihres Einsatzes die Tatbestände der §§ 129, 129 a und 129 b Abs. 1 Satz 1 des Strafgesetzbuches - Bildung krimineller und terroristischer Vereinigungen - verwirklichen, soweit dies unter Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit im Einzelfall unumgänglich sei. Insoweit sei das Vorgehen der Vertrauensperson in einem strafrechtlichen Sinne gerechtfertigt. Wer solche Taten in der Vergangenheit begangen habe, dürfe aber gemäß Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 in Verbindung mit **Absatz 6** nicht als Vertrauensperson in Anspruch genommen werden.

Hierin liege aus Sicht der Landesregierung ein Wertungswiderspruch. Der Gesetzentwurf sehe deshalb in **Buchstabe d** vor, Absatz 6 so zu ändern, dass die Verwirklichung dieser Tatbestände die Inanspruchnahme als Vertrauensperson nicht mehr verhindere. Künftig solle der Verfassungsschutzbehörde möglich sein, Mitglieder oder Unterstützer krimineller oder terroristischer Organisationen - zum Beispiel der PKK, des Islamischen Staates, der Hisbollah oder der Hamas - als Vertrauenspersonen zu werben. Schließlich kämen bei terroristischen Organisationen eigentlich nur solche Menschen als Vertrauenspersonen infrage, die bereits in der Organisation tätig seien. Ein Einschleusen von außen sei mit einem erheblichen Enttarnungsrisiko verbunden.

Mit diesen Änderungen entspreche der Gesetzentwurf der **Forderung Nr. 13** der CDU-Fraktion.

**Nr. 8: § 20 - Besondere Auskunftsverlangen**

Der Gesetzentwurf - so führt MR **Goltsche** (MI) aus - sehe in Buchstabe c vor, die Voraussetzungen für die Kontostammdatenabfrage in Absatz 4 abzusenken und an die Voraussetzungen für die Abfrage einfacher Telekommunikationsbestandsdaten in Absatz 2 anzugleichen. Dies sei angesichts der im Vergleich zu einer vollumfänglichen Finanzermittlung wesentlich geringeren Eingriffstiefe einer Kontostammdatenabfrage angezeigt. Denn durch eine Stammdatenabfrage

könne lediglich ermittelt werden, für welche Person welche Konten geführt würden, wann ein Konto eröffnet worden sei oder wer gegebenenfalls noch berechtigt sei, ein Konto zu nutzen.

Mit dieser Änderung entspreche der Gesetzentwurf einem Punkt der **Forderung Nr. 11** der CDU-Fraktion.

**Nr. 9: § 21 - Verfahrensvorschriften**

MR **Goltsche** (MI) legt dar, durch **Buchstabe a** solle in **Absatz 3 Satz 2** das Erfordernis gestrichen werden, für Kontostammdatenabfragen die Zustimmung der G-10-Kommission einzuholen.

Auch diese Änderung entspreche der **Forderung Nr. 11** der CDU-Fraktion.

Die vorgeschlagene Neufassung der **Sätze 3 bis 5** durch die **Buchstaben b bis d** entspreche der Forderung des Bundesverfassungsgerichts, eine effektive aufsichtliche Kontrolle insbesondere für den Fall zu schaffen, dass mehrere nachrichtendienstliche Mittel oder besondere Auskunftsverlangen gleichzeitig gegen eine Person eingesetzt würden. Diese Kontrolle solle künftig der G-10-Kommission obliegen.

**Nr. 10: § 22 - Mitteilung an betroffene Personen**

MR **Goltsche** (MI) erläutert, durch **Buchstabe a** Doppelbuchst. aa und bb solle geregelt werden, dass der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel und besondere Auskunftsverlangen nicht allen betroffenen Personen, sondern nur den erheblich betroffenen Personen mitgeteilt werden müsse. So habe es die Verfassungsschutzbehörde auf Grundlage einer Dienstvorschrift bereits früher gehandhabt. Der Landesbeauftragte für den Datenschutz habe aber im Jahre 2024 kritisiert, dass die gesetzliche Auskunftspflicht durch eine Dienstvorschrift eingeschränkt worden sei. Dieser Kritik trage die vorgesehene Änderung von **Absatz 1** Rechnung.

An **Absatz 2** solle durch **Buchstabe b** Doppelbuchst. bb ein neuer Satz 8 angefügt werden. Dieser sehe vor, dass eine Mitteilung des Einsatzes nachrichtendienstlicher Mittel und besonderer Auskunftsverlangen erst erfolgen könne, wenn sämtliche im selben Sachzusammenhang durchgeführten Maßnahmen beendet seien. Die in Absatz 2 normierten Fristen begännen also erst zu laufen, wenn gegen ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt oder eine Zielperson keine parallelen Maßnahmen mehr eingesetzt würden.

Durch **Buchstabe c** sollten an den **Absatz 3** zwei Sätze angefügt werden, die die endgültige Nichtmitteilung des Einsatzes nachrichtendienstlicher Mittel oder besonderer Auskunftsverlangen beträfen. Einer Mitteilung solle es dem neuen **Satz 3** zufolge auch dann endgültig nicht bedürfen, wenn die Fristen für die Mitteilung gemäß Absatz 2 Satz 8 auch zehn Jahre nach Beendigung des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels noch nicht begonnen hätten. Es solle also eine Kappungsgrenze eingezogen werden. Da den Betroffenen hierdurch die Möglichkeit genommen werde, die jeweilige Maßnahme überprüfen zu lassen, solle eine endgültige Nichtmitteilung nach Satz 3 der Zustimmung der G-10-Kommission bzw. des Landesbeauftragten für den Datenschutz bedürfen; dies solle im neuen **Satz 4** geregelt werden.

Diese Änderungen entsprächen der **Forderung Nr. 16** des Antrages der CDU-Fraktion.

**Nr. 11: § 23 - Ersuchen und automatisierte Abrufverfahren**
**Nr. 13: § 25 - Verpflichtung zur Datenübermittlung an die Verfassungsschutzbehörde**

MR **Goltsche** (MI) legt dar, bisher sei es der Polizei ausnahmslos verboten, dem Verfassungsschutz personenbezogene Daten zu übermitteln, die durch eine polizeiliche Wohnraumüberwachung gewonnen worden seien, und der Verfassungsschutz dürfe nicht um entsprechende Datenübermittlungen ersuchen. Durch die in den Nrn. 11 und 13 vorgesehenen Änderungen an § 23 Abs. 5 Satz 3 und § 25 Abs. 2 Satz 3 sollten diese Verbote gelockert werden.

Dadurch werde der **Forderung Nr. 17** des Antrages der CDU-Fraktion entsprochen. Für durch andere Maßnahmen gewonnen Daten gebe es bereits jetzt gesetzliche Regelungen, die nun an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes angepasst werden sollten. Die Übermittlung von Erkenntnissen aus einer Quellen-Telekommunikationsüberwachung durch den Verfassungsschutz richte sich nach dem G-10-Gesetz.

**Nr. 16: Fünftes Kapitel - Übermittlung**

MR **Goltsche** (MI) trägt vor, anlässlich der vom Verfassungsschutzpräsidenten angesprochenen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts sehe der Gesetzentwurf vor, die Vorschriften zur Datenübermittlung umfassend und unter Berücksichtigung des Kriteriums der hypothetischen Datenneuerhebung neu zu ordnen und in einzelnen Punkten zu schärfen.

Er erklärt, mit seinem Urteil zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz habe das Bundesverfassungsgericht der Datenübermittlung vom Verfassungsschutz an die Polizei und andere Behörden, insbesondere solche mit Operativbefugnissen, hohe Hürden gesetzt. Die Übermittlung an eine Gefahrenabwehrbehörde setze diesem Urteil zufolge voraus, dass eine konkretisierte Gefahr für ein besonders bedeutsames Rechtsgut vorliege. In welchen Fällen dies der Fall sei, solle in § 31 Abs. 1 und 2 geregelt werden.

Auf eine Rückfrage des Abg. **Christoph Plett** (CDU) hin ergänzt RD'in **Sauer** (MI), eine Übermittlung an eine Strafverfolgungsbehörde komme nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz nur zur Verfolgung besonders schwerer Straftaten in Betracht. In seinem Beschluss zum Hessischen Verfassungsschutzgesetz vom 17. Juli 2024 (1 BvR 2133/22) habe das Bundesverfassungsgericht verdeutlicht, dass eine besonders schwere Straftat dann vorliege, wenn sie mit einer Höchstfreiheitsstrafe von mehr als fünf Jahren bedroht sei. Eine Straftat, die mit einer Höchstfreiheitsstrafe von fünf Jahren bedroht sei, könne als besonders schwer eingestuft werden, wenn dies unter Berücksichtigung von Tatbegehung und Tatfolgen vertretbar erscheine. In der Tatbegehung oder den Tatfolgen müsse dann also ein besonderes Unrecht vorliegen. Diese Vorgaben habe die Landesregierung in ihrem Gesetzentwurf aufgegriffen.

**Artikel 2 - Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel-10-Gesetzes**

MR **Goltsche** (MI) legt dar, in **§ 4 - Aufgaben und Befugnisse der G-10-Kommission -** solle **Absatz 5** neu gefasst werden.

Durch die Neufassung des **Satzes 1** solle das Erfordernis entfallen, die Zustimmung der G-10-Kommission einzuholen, wenn Betroffene nicht innerhalb von drei Monaten nach Einstellung einer Beschränkungsmaßnahme über die Maßnahme unterrichtet werden sollten. Hierdurch werde die landesrechtliche Vorschrift mit § 12 des Artikel-10-Gesetzes harmonisiert. Da die Pflicht, die Kommission über erfolgte Mitteilungen sowie über Nichtmitteilungen zu unterrichten, bestehen bleibe, könne die Kommission ihre Kontrollfunktion weiterhin vollumfänglich ausüben. Das Rechtsschutzinteresse der von einer G-10-Maßnahme Betroffenen bleibe also gewahrt.

Dies gelte umso mehr vor dem Hintergrund, dass gemäß **Satz 2** eine Mitteilung unverzüglich erfolgen müsse, wenn die Kommission dies für geboten halte.

**Verfahrensfragen**

Im Anschluss an die inhaltlichen Beratungen wendet sich der Ausschuss den Verfahrensfragen zu.

Auf eine Frage des Abg. **Sebastian Zinke** (SPD) hin legt Ministerialdirigent **Dr. Wefelmeier** (GBD) zunächst dar, das Bundesverfassungsgericht habe in den letzten Jahren mehrere ausführliche Entscheidungen zum Verfassungsschutzrecht gefällt. Vor dem Hintergrund dieser Rechtsprechung sei der Gesetzentwurf der Landesregierung in einigen Punkten nicht unproblematisch. Rechtlich schwierig seien insbesondere die Datenübermittlungsvorschriften. An einigen Punkten seien der Gesetzentwurf und seine umfangreiche Begründung zudem schwer verständlich. Der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst werde zunächst versuchen, hierzu eine Klärung mit der Verfassungsschutzbehörde herbeizuführen. Ob es dem GBD gelingen werde, seine Anmerkungen und Formulierungsvorschläge bis zur Sommerpause vorzulegen, stehe noch nicht fest.

Abg. **Ulrich Watermann** (SPD) vertritt die Einschätzung, dass es bei der Beratung des vorliegenden Gesetzentwurfes nicht nur auf juristischen Sachverstand, sondern auch auf Lebenserfahrung und Sachkenntnis ankommen werde.

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD) erinnert an die Anregung des Abg. Watermann in der 18. Sitzung, zu dem Gesetzentwurf und dem Antrag eine Anhörung durchzuführen.

Vors. Abg. **Gerd Hujahn** (SPD) schlägt vor, eine mündliche Anhörung vorzusehen und den Kreis der Anzuhörenden auf sechs zu begrenzen. Die Fraktionen der SPD und der CDU könnten je zwei, die Mitglieder der Fraktionen der Grünen und der AfD je einen Anzuhörenden benennen.

Abg. **Christoph Plett** (CDU) äußert sich skeptisch zu einer solchen Beschränkung des Kreises der Anzuhörenden. Er regt an, eine Zuschaltung von Sachverständigen per Videokonferenztechnik zuzulassen.

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD) entgegnet, seine Fraktion sei für eine größere Zahl von Anzuhörenden offen, wenn deren Stellungnahmen zu einer sachgerechten Beratung beitragen könnten.

Nach kurzer weiterer Besprechung kommt der **Ausschuss** überein, die Anhörung für die Sitzung am 15. Mai 2025 vorzusehen. Auf Wunsch soll eine Zuschaltung von Anzuhörenden per Videokonferenztechnik erfolgen. Der Ausschuss bittet die Sprecher der Fraktionen, den Kreis der Anzuhörenden am Rande des Februar-Plenums festzulegen.

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD) bittet den GBD, dem Ausschuss bis zur Sitzung am 15. Mai 2025 einen Überblick über den Stand der Befassung mit dem Gesetzentwurf zu geben.

MDgt **Dr. Wefelmeier** (GBD) sagt dies zu.

***

LANDTAG
NIEDERSACHSEN

**N i e d e r s c h r i f t**

**über die 25. - öffentliche - Sitzung**

**des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes**

**am 16. Mai 2025**

**Hannover, Landtagsgebäude**

Tagesordnung: Seite:

a) **Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken - Verfassungsschutzgesetz grundlegend reformieren**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/5071

b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930

*Anhörung*


- *Landesbeauftragter für den Datenschutz* ..... 3
- *Gewerkschaft der Polizei* ..... 10
- *Deutsche Polizeigewerkschaft* ..... 16
- *Professor Dr. Kurt Graulich, Humboldt-Universität zu Berlin* ..... 18
- *Ministerialrat Dietmar Marscholleck, Bundesministerium des Innern* ..... 24
- *Professor Dr. Markus Löffelmann, Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung* ..... 36
- *Forschungsstelle Nachrichtendienste, Universität zu Köln* ..... 42
- *Professor Dr. Mattias G. Fischer, Hessische Hochschule für Öffentliches Management und Sicherheit* ..... 54
- *Dr. Jakob Hohnerlein, Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität, Sicherheit und Recht* ..... 58
- *Dr. Tim Wihl, Universität Erfurt* ..... 63
- *Dr. Ulrich Vosgerau, Rechtsanwalt* ..... 67

**Anwesend:**

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Gerd Hujahn (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Doris Schröder-Köpf (SPD)
3. Abg. Ulrich Watermann (SPD)
4. Abg. Sebastian Zinke (SPD)
5. Abg. Lena-Sophie Laue (CDU)
6. Abg. Christoph Plett (CDU)
7. Abg. Alexander Wille (CDU)
8. Abg. Evrim Camuz (GRÜNE)
9. Abg. Michael Lühmann (GRÜNE)
10. Abg. Klaus Wichmann (AfD)

Stellvertretendes Ausschussmitglied:

Abg. Alexander Saade (SPD)

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Ministerialdirigent Dr. Wefelmeier (Mitglied),
Ministerialrat Dr. Miller.

Von der Landtagsverwaltung:

Ministerialrat Wiesehahn.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Weemeyer, Stenografischer Dienst.

**Sitzungsdauer:** 10:01 Uhr bis 14:34 Uhr.

Tagesordnung:

a) **Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken - Verfassungsschutzgesetz grundlegend reformieren**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/5071

*erste Beratung: 46. Plenarsitzung am 29.08.2024*
*federführend: AfVerfSch;*
*mitberatend: AfIuS*

b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930

*erste Beratung: 53. Plenarsitzung am 10.12.2024*
*federführend: AfVerfSch;*
*mitberatend: AfRuV*

*zuletzt behandelt in der 19. Sitzung am 13.02.2025*

**Anhörung**

**Der Landesbeauftragte für den Datenschutz**

*Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 7 zu Drs. 19/5071 und Vorlage 8 zu Drs. 19/5930*

***Anwesend:***
*- Ministerialrat **Johannes Bölsing,** Leiter des Referates 1*
*- Referentin **Johanna Busche,** Referat 1*

**Johannes Bölsing:** Ich leite beim Landesbeauftragten für den Datenschutz das Referat, das für die Datenverarbeitung beim Verfassungsschutz zuständig ist. Neben mir sitzt Frau Busche; sie ist meine Referentin für dieses Themengebiet. Zusammen haben wir die schriftliche Stellungnahme verfasst.

Der Landesbeauftragte, Herr Lehmkemper, kann aus persönlichen Gründen leider nicht an dieser Anhörung teilnehmen. Er lässt Sie aber alle herzlich grüßen.

Ich will versuchen, Ihnen mit Blick auf die wichtigsten vorgesehenen Regelungsänderungen darzustellen, was aus Sicht des Datenschutzes zu beachten ist. Dabei werde ich vor allen Dingen auf die eher kritischen Punkte eingehen - An welcher Stelle muss das Gesetz vielleicht nachgeschärft werden? Wo fehlt sogar etwas? -, um Sie ein wenig dafür zu sensibilisieren, welche Punkte aus datenschutzrechtlicher Sicht besonders wichtig sind.

Ergänzend möchte ich darauf hinweisen, dass ich in der mündlichen Anhörung nur auf wenige Punkte eingehen kann. Wir haben eine schriftliche Stellungnahme abgegeben, in der sehr detailliert dargestellt ist, warum wir zu bestimmten Ergebnissen gekommen sind.

*Zum Gesetzentwurf der Landesregierung*

Die zu betrachtenden Gesetzesänderungen verdeutlichen aus meiner Sicht sehr gut das Spannungsfeld, das sich aus den zu gewährenden Freiheitsrechten einerseits und den aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen andererseits ergibt. Dieses Spannungsfeld wird aus unserer Sicht in diesem Gesetzentwurf relativ deutlich. Vorweg: Der Gesetzgeber ist grundsätzlich berechtigt, die Schwerpunkte mal zu der einen, mal zu der anderen Seite zu verschieben - das steht dem Gesetzgeber frei. Nur hat er die verfassungsrechtlichen Vorgaben - und da insbesondere den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit - zu berücksichtigen.

Sie werden in unserer schriftlichen Stellungnahme immer wieder darauf stoßen, dass wir versuchen, den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit einzubringen, um zu hinterfragen, ob das jetzt vielleicht schon zu viel des Guten oder gerade noch in Ordnung ist oder ob es vielleicht sogar bessere Lösungen gibt. Wir stehen hierbei vor einer Herausforderung: Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat seit 2018 in loser Folge mehrere Entscheidungen gefällt, die sich genau mit der Frage beschäftigen, was noch verhältnismäßig ist, wenn Daten durch Polizei- und Strafverfolgungsbehörden oder durch Verfassungsschutzbehörden verarbeitet werden; es hat sich insbesondere auch zur Frage der Datenübermittlung zwischen diesen Behörden geäußert. Das „Dilemma“ ist, dass das Bundesverfassungsgericht relativ detailliert geurteilt hat. Das heißt, wenn man die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts wirklich umsetzen will, muss man auch in dieser Detailtiefe Gesetze formulieren. Darauf komme ich an entsprechenden Stellen zurück.

*Verdecktes Mithören und Aufzeichnen des öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. b NVerfSchG)*

Der Gesetzentwurf sieht in Nr. 4 eine Ausweitung der nachrichtendienstlichen Mittel für den Verfassungsschutz vor. So soll zum Beispiel - jetzt fängt es schon an, schwierig zu werden - das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen ermöglicht werden. Dieser Satz zeigt schon an, dass es sehr viele Voraussetzungen gibt, die erfüllt sein müssen. Wir haben darauf geschaut, wie dieses neue nachrichtendienstliche Mittel bezüglich der Eingriffstiefe einzustufen ist und ob die im Gesetzentwurf vorgesehenen Beschränkungen zu der Eingriffstiefe dieser neuen Regelung passen. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass es nicht passt.

Nach unserer Auffassung ist das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen vergleichbar mit der verdeckt angefertigten Bildübertragung und -aufzeichnung außerhalb von Wohnungen. Ob ich nun das Wort oder das Bild eines Menschen verdeckt aufnehme, die Eingriffstiefe ist sehr ähnlich. Das heißt, dass dann auch die gleichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Im Moment ist vorgesehen, dass eben nicht die Voraussetzungen des § 17 - wie für die verdeckt angefertigte Bildübertragung und -aufzeichnung vorgesehen -, sondern nur die geringeren Voraussetzungen des § 15 gelten. Man müsste jetzt genau prüfen, was dieses neue Mittel bedeutet. Passt es vielleicht zu einem anderen, das in der Eingriffstiefe ähnlich ist? Dann müssen logischerweise auch dieselben Voraussetzungen vorgesehen sein.

*Voraussetzungen für besondere Auskunftsverlangen (§ 20 Abs. 1 bis 4 NVerfSchG)*

In § 20 - Besondere Auskunftsverlagen - soll die Kontostammdatenabfrage mit der Abfrage einfacher Telekommunikationsbestandsdaten gleichgesetzt werden. Auf gut Deutsch: Wenn ich ein

Konto habe, dann soll der Verfassungsschutz Name, Vorname und Kontonummer abfragen dürfen. Das soll jetzt mit der Abfrage von Bestandsdaten gleichgesetzt werden, die sich auf einen Telefonanschluss beziehen: Name und Vorname des Anschlussinhabers und Telefonnummer.

Es ist aus unserer Sicht durchaus schlüssig, das gleichzusetzen und die Anforderungen ein wenig herunterzusetzen. Allerdings - und da komme ich schon auf das erste Urteil zu sprechen - hat das Bundesverfassungsgericht 2020 nach unserem Verständnis entschieden, dass für die einfache Bestandsdatenabfrage eine Eingriffsschwelle in Form einer konkretisierten Gefahr geschaffen werden muss. Das ist aber noch nicht geschehen. Das heißt, wenn wir das jetzt gleichsetzen, müsste man sich zusätzlich mit den Voraussetzungen der Bestandsdatenabfrage beschäftigen, um das insgesamt verfassungskonform und verhältnismäßig auszugestalten.

*Anpassung der Mitteilungspflichten (§ 22 NVerfSchG)*

Ich komme zu einem aus Sicht des Datenschutzrechts sehr kritischen Komplex. § 22 - Mitteilung an betroffene Personen - hat im Kern die Idee, dass Betroffene in dem Moment informiert werden, wenn der Einsatz eines nachrichtendienstlichen Mittels beendet wird. Derjenige erfährt dann, dass gegen ihn ein nachrichtendienstliches Mittel angewandt wurde. Er kann dann rechtliche Möglichkeiten - vielleicht eine Auskunftsanfrage beim Verfassungsschutz oder sogar eine gerichtliche Überprüfung - nutzen.

Hier ist der Kern des Datenschutzes, nämlich das Transparenzprinzip, betroffen. Die Idee der europäischen Datenschutzreform war, dass der Betroffene von allen Verarbeitungen seiner Daten wissen soll. Dieser Aspekt ist ein Ausfluss dieses Prinzips.

Das Transparenzprinzip, das bisher im Verfassungsschutzgesetz relativ stark verankert ist, soll nun begrenzt werden. Zum einen sieht der Gesetzentwurf vor, dass statt der betroffenen Personen nur noch die *erheblich* betroffenen Personen zu informieren sind. Das heißt, es sind dann nicht mehr alle Betroffenen zu informieren; die Gruppe der insgesamt zu Informierenden wird sich reduzieren. Die nicht erheblich Betroffenen sollen keine Mitteilung mehr bekommen.

In anderen Bereichen, zum Beispiel in der Strafprozessordnung (StPO), ist es als verfassungskonform bewertet worden, bei verdeckten Maßnahmen davon abzusehen, alle Betroffenen zu informieren, und dies auf erheblich Betroffene zu beschränken.

Allerdings sollte man das nicht so machen, wie es der Gesetzentwurf vorsieht.

Zum einen soll der Begriff der „erheblich betroffenen Person“ dem Gesetzentwurf zufolge nicht im Gesetz, sondern in einer Dienstvorschrift definiert werden. Wir empfehlen, dass man das auf Gesetzesebene regelt. Schließlich ist auch der Begriff der „betroffenen Personen“ auf Gesetzesebene definiert worden, nämlich im Niedersächsischen Datenschutzgesetz. Aus unserer Sicht ist es nicht sehr glücklich, einen gesetzlich definierten Begriff - nämlich den der betroffenen Person - durch eine Dienstvorschrift zu beschränken. Das sollte schon ebenengerecht geschehen. Wenn das Gesetz beschränkt werden soll, dann bitte schön durch ein Gesetz und nicht durch eine Definition unterhalb des Gesetzes.

Zum anderen gibt es doch einen deutlichen Wegfall von Transparenz für die nicht erheblich Betroffenen. Unser erster Vorschlag ist: Bevor der Verfassungsschutz die Entscheidung trifft, jemanden nicht zu informieren, sollte immer erst der oder die Datenschutzbeauftragte des Verfassungsschutzes prüfen, ob es sich wirklich um einen nicht erheblich Betroffenen handelt. Wir

denken an dieser Stelle also an eine Mitprüfungspflicht des Datenschutzbeauftragten. Unser zweiter Vorschlag ist, die Überprüfung dieser Bewertungen in den Pflichtprüfungskanon für den Landesbeauftragten für den Datenschutz aufzunehmen. § 33 a sieht bestimmte Pflichtprüfungen vor, die wir beim Verfassungsschutz alle zwei Jahre vornehmen müssen. Dort könnte das aufgenommen werden, sodass eine Kontrolle auf jeden Fall stattfindet - einmal vorab durch den Datenschutzbeauftragten oder die Datenschutzbeauftragte und einmal im Nachgang durch uns -, um das Transparenzdefizit auszugleichen.

Bei § 22 sieht der Gesetzentwurf weitere Punkte vor, die aus unserer Sicht kritisch sind. Nehmen wir mal an, die Mitteilung geht nur noch an die erheblich Betroffenen. Dann stellt sich die Frage, wann der Verfassungsschutz die erheblich Betroffenen informieren muss. Dazu sieht der Entwurf der Gesetzesänderung jetzt eine Verschiebung der Fristen vor. Bisher beginnt die Pflicht, die Betroffenen über den Einsatz eines nachrichtendienstlichen Mittels zu informieren, wenn der Einsatz dieses Mittels endet. Das soll jetzt geändert werden, und zwar soll die Informationspflicht erst beginnen, wenn *alle* nachrichtendienstlichen Mittel beendet sind.

In der Begründung des Gesetzentwurfs wird argumentiert, dadurch solle verhindert werden, dass Vertrauenspersonen (V-Personen) gefährdet werden, die möglicherweise noch aktiv sind. Das kann ich nachvollziehen, aber dann müsste eine Begrenzung auf die Fälle erfolgen, in denen wirklich Personen gefährdet sind. Wenn gerade keine Vertrauenspersonen mehr im Einsatz sind, dann ist das gar nicht erforderlich, denn dann wird schließlich niemand gefährdet. Aus unserer Sicht wäre eine Begrenzung wichtig.

Das ist insbesondere deshalb wichtig, weil der Gesetzentwurf in einer weiteren Änderung eine Kappungsgrenze für die Mitteilungspflicht insgesamt vorsieht. Durch die Anfügung eines neuen Satzes 3 an § 22 Abs. 3 soll geregelt werden, dass die Mitteilungspflicht komplett wegfällt, wenn die Mitteilung nach zehn Jahren noch nicht erfolgen musste.

Geplant sind also drei Stufen: Erstens sollen nur noch erheblich Betroffene informiert werden. Zweitens soll der Fristbeginn, ab wann zu informieren ist, deutlich nach hinten verschoben werden, in Abhängigkeit davon, wie lange nachrichtendienstliche Mittel noch laufen. Drittens soll nach zehn Jahren auf jeden Fall Schluss sein. Unserer Meinung nach ist das insgesamt ein sehr starkes Defizit an Transparenz. Darum wäre unser Vorschlag, das so nicht umzusetzen.

Ein Gedanke noch zu Nr. 10 Buchst. c: In der Begründung des Gesetzentwurfs wird darauf abgestellt, dass es auch ein datenschutzrechtlicher Eingriff sei, Daten nur noch aufzubewahren, um irgendwann Mitteilungspflichten erfüllen zu können. - Ja, das stimmt. Aber das Verfassungsschutzgesetz selbst sieht eine Beschränkung der Verarbeitung derjenigen Daten vor, die nur noch zur Erfüllung der Mitteilungspflicht aufgehoben werden. Der Eingriff in die Rechte des Betroffenen ist extrem gering, da die Daten nicht mehr anderweitig verwendet werden dürfen. Es geht dann also nur noch um ihre Aufbewahrung, damit am Tag X, wenn die Mitteilung zu erfolgen hat, sie auch erfolgen kann.

*Überarbeitung und Neustrukturierung der Übermittlungsvorschriften (§§ 30 bis 32 NVerfSchG)*

Kommen wir zum nächsten kritischen Punkt: den Datenübermittlungen zwischen dem Verfassungsschutz einerseits und der Polizei und anderen Behörden andererseits.

Aus unserer Sicht werden die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu diesem Themengebiet nur unzureichend umgesetzt. Bei diesen Datenübermittlungen greifen die Vorgaben

des Verfassungsgerichts zur hypothetischen Datenneuerhebung - kurz: HyDaNe. Wenn beispielsweise die Polizei Daten hat und diese nicht zur Gefahrenabwehr verwenden, sondern dem Verfassungsschutz zur Verfügung stellen will - oder umgekehrt -, dann liegt eine Zweckänderung vor, die legitimiert sein muss. Das Bundesverfassungsgericht hat dazu entschieden, dass es sich erstens um vergleichbare Rechtsgüter oder Straftaten handeln muss, um das als zulässig zu betrachten. Zweitens wird eine Konkretisierung der Gefahrenlage oder des Tatverdachts benötigt, also eine sogenannte Eingriffsschwelle. Drittens ist ein hinreichend spezifischer Anlass für die Übermittlung erforderlich. Dazu äußert das Bundesverfassungsgericht, es müsse dann immer ein sogenannter konkreter Ermittlungsansatz gegeben sein.

Nach unserer Auswertung finden sich diese Voraussetzungen im Gesetzentwurf nicht komplett wieder. Zum Beispiel sind nicht wirklich vergleichbare Rechtsgüter betroffen. So gibt es eine Verweisung auf § 17 Abs. 1 des Außenwirtschaftsgesetzes; darauf haben wir auch in unserer schriftlichen Ausführung hingewiesen. Das scheint uns von der Schwere der Straftat her nicht unbedingt vergleichbar zu sein mit anderen Strafnormen, die in Bezug gesetzt werden. Außerdem fehlen - das ist aus unserer Sicht das größte Manko - die Regelungen zum konkreten Ermittlungsansatz; die dritte Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts taucht nach unserem Dafürhalten nicht auf.

*Zum Antrag der Fraktion der CDU*

Die Vorschläge im Entschließungsantrag der CDU-Fraktion sind sehr abstrakt, sodass wir uns nicht konkret dazu äußern können, ob sie die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts erfüllen oder nicht. Das heißt, die endgültige Bewertung bliebe einer Umsetzung durch einen Gesetzentwurf vorbehalten.

Punkte, die sowohl im Gesetzentwurf als auch im Antrag enthalten sind, werde ich jetzt nicht wiederholen.

*Einführung der Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Forderung zu § 11 NVerfSchG)*

Ein aus unserer Sicht wichtiger Punkt ist die Forderung nach Einführung der Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ), und da spielt auch der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit eine Rolle. Dazu gibt es von der Innenministerkonferenz eine Musterregelung, und die soll auch für den Verfassungsschutz eingeführt werden.

Wir sagen, dass das grundsätzlich möglich ist; verfassungsrechtlich ist das abgedeckt. Die Frage ist aber, ob das wirklich erforderlich ist, und daran haben wir Zweifel. Uns würde interessieren, in wie vielen Fällen der Verfassungsschutz gern eine Quellen-TKÜ durchgeführt hätte, aber davon Abstand nehmen musste, weil diese Möglichkeit gesetzlich nicht gegeben war.

Regelungen zur Quellen-TKÜ gibt es in der Strafprozessordnung und im Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz. Wir sehen im Bereich der Polizei aber nur ganz wenige Anwendungsfälle. Man muss sich also gut überlegen, ob man dieses scharfe Schwert wirklich braucht. Das ist eine Frage der Erforderlichkeit: Ist das wirklich notwendig?

*Revision des Katalogs nachrichtendienstlicher Mittel, Einführung einer Generalklausel (Forderung zu § 14 NVerfSchG)*

Die Nr. 11 des Entschließungsantrages enthält die Forderung, die Handlungsmöglichkeiten des Verfassungsschutzes zu erweitern: Drohnen und technische Mittel zur Ortung von Mobilfunkgeräten sollen eingesetzt werden können. Hierbei sind die Grundsätze der Erforderlichkeit und der Verhältnismäßigkeit ganz wichtig. Für derartige neue Techniken wird eine eigene Rechtsgrundlage benötigt, weil Generalklauseln nicht ausreichen. Das Bundesverfassungsgericht sagt, dass Generalklauseln bei entsprechender Eingriffstiefe untauglich sind. Unsere Idee und Forderung wäre, Spezialregelungen zu schaffen, so wie es im Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetz und im Niedersächsischen Brandschutzgesetz für den Einsatz von Drohnen geschehen ist. Im Polizeigesetz fehlt eine solche Spezialregelung noch; auch darauf muss auf jeden Fall geachtet werden.

*Erweiterung der Verpflichtung zur Datenübermittlung an die Verfassungsschutzbehörde (Forderung zu § 25 NVerfSchG)*

Die Nr. 18 enthält die - sehr abstrakt formulierte - Forderung, die Sicherheits- und sonstigen Behörden zu einer erweiterten Datenübermittlung zu verpflichten. Sie sollen also mehr Übermittlungen an den Verfassungsschutz schon von sich aus vornehmen müssen.

Es heißt im Antrag, dass man dafür keine besonderen Übermittlungsschwellen benötige. Aus unserer Sicht ist das nicht ganz richtig. Bei uns gilt gemäß unserer Verfassung und dem Rechtsstaatsprinzip ein Trennungsgebot, und das aus gutem Grund. Das heißt, grundsätzlich sind die Daten des Verfassungsschutzes einerseits und die Daten der Polizei- und Strafverfolgungsbehörden andererseits voneinander zu trennen. Nur in Ausnahmefällen dürfen Übermittlungen erfolgen. Nach unserem Verständnis muss man auch da die Grundsätze der hypothetischen Datenneuerhebung anwenden. Die Anforderungen sind allerdings weit geringer, wenn keine verdeckten Mittel und Maßnahmen angewandt worden sind.

*Zur Ausgestaltung der G-10-Kommission (§ 3 Nds. AG G 10)*

In einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom Oktober 2024 geht es um die strategische Inland-Ausland-Fernmeldeaufklärung durch den Bundesnachrichtendienst (BND). Das Bundesverfassungsgericht verlangt darin, dass ein Kontrollorgan wie die G-10-Kommission professionell, unabhängig und gerichtsähnlich sein muss. Da stellt sich für die Datenschutzaufsichtsbehörden die Frage - und zwar in allen Ländern -, ob die G-10-Kommissionen diese drei Kriterien erfüllen. Das heißt, unsere Bitte und Empfehlung ist, zu prüfen, ob die drei Elemente bei der G-10-Kommission in Niedersachsen wirklich erfüllt sind. Sonst bietet es sich an, das jetzt gleich mitzuregeln.

Ich komme zum Ende unserer Stellungnahme. Sie haben festgestellt, dass ein Spannungsfeld zwischen dem, was die Sicherheitsbehörden machen sollen - die Handlungsmöglichkeiten sollen erweitert werden -, und erheblichen Grundrechtseingriffen besteht. Uns ist klar, dass entsprechende Veränderungen herbeigeführt und Handlungsmöglichkeiten erweitert werden müssen, wenn die Sicherheitslage sich verschärft - allerdings unter dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Das ist im Einzelfall zu bewerten.

Abg. **Christoph Plett** (CDU): Sie baten darum, bei einem Wegfall der Mitteilungspflicht in Bezug auf nicht erheblich Betroffene den Datenschutzbeauftragten in den Prozess einzubinden.

Der Staat hat eine Schutzpflicht gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes. Je mehr Personen von einem Vorgang Kenntnis haben, desto größer wird die Gefahr, dass Löcher entstehen und Informationen weitergegeben werden. Halten Sie es insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir in manchen Verfahren nur noch durch ausländische - insbesondere außereuropäische - Dienste an Informationen gelangen, für sinnvoll, das Verfahren auszuweiten, insbesondere in Bezug auf eine Neujustierung von Kontrolle und Effizienz?

**Johannes Bölsing:** Es geht nicht darum, mehr Kontrolle auszuüben, sondern es geht darum, den Wegfall an Kontrolle durch den Betroffenen auszugleichen. Der Status quo ist, dass der Betroffene informiert wird. Künftig soll er nicht mehr informiert werden, wenn er nicht *erheblich* Betroffener ist. Für diesen Wegfall an Transparenz sollte ein Ausgleich geschaffen werden. Damit ist es kein Mehr, sondern es ist maximal gleichwertig.

Die Gefahr, dass Informationen in falsche Hände gelangen, sehe ich nicht. Denn sowohl der Datenschutzbeauftragte des Verfassungsschutzes als auch der Landesbeauftragte für den Datenschutz sind besonders zur Verschwiegenheit verpflichtet. Das sehen auch strafrechtliche Normen vor. Der Datenschutzbeauftragte würde sich strafbar machen, wenn er diese Informationen weitergibt. Denn über die normale Amtsverschwiegenheit hinaus unterliegt er einer besonderen Verpflichtung, schon aus der Datenschutz-Grundverordnung bzw. aus dem Niedersächsischen Datenschutzgesetz heraus.

Abg. **Christoph Plett** (CDU): Im Zusammenhang mit dem NSU-Prozess mussten wir feststellen, dass - vielleicht auch aufgrund datenschutzrechtlicher Vorgaben - ein Austausch über erkannte Gefahren nicht erfolgt ist. Sie sagen jetzt, die Datenübermittlung müsse aufgrund angeblicher Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts noch weiter eingeschränkt werden. Ich halte dies vor dem Hintergrund tatsächlicher Gegebenheiten für nicht zielführend. Wir müssen unseren Diensten bessere Eingriffsmöglichkeiten geben und den Austausch erweitern, um die freiheitliche demokratische Grundordnung (fdGO) zu verteidigen. Insbesondere ist es auch Grundrechtsauftrag, diese zu verteidigen.

**Johannes Bölsing:** Ich vermag jetzt nicht zu sagen, ob datenschutzrechtliche Fragestellungen den Informationsaustausch verhindert haben oder vielleicht der eine oder andere von seinen Übermittlungsmöglichkeiten nicht Gebrauch gemacht hat.

Der Gesetzentwurf sieht vor, die §§ 30 ff. des Verfassungsschutzgesetzes zu ändern. Diese Änderung muss sowieso kommen, um die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen. Wir fordern also nicht mehr als das, was das Bundesverfassungsgericht uns mit auf den Weg gegeben hat. Die Änderungen müssen kommen, und unsere Idee ist, die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts komplett und nicht nur in Teilen umzusetzen.

**Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Niedersachsen**

*Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 6 zu Drs. 19/5071 und Drs. 19/5930*

***Anwesend:***
*- **Dragan Maric,** Vorsitzender der Kreisgruppe Verfassungsschutz*

**Dragan Maric:** Vorab zu meiner Person. Ich bin Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Verfassungsschutz sowie Vorsitzender des Bundesfachausschusses Verfassungsschutz der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Es war eine bewusste Entscheidung der GdP, heute meine Person zu entsenden, damit hier auch die Perspektive der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einfließen kann. Wir bewerten neben der rechtlichen Perspektive also auch die möglichen Auswirkungen auf unsere Kolleginnen und Kollegen.

*Zum Gesetzentwurf der Landesregierung*

*Streichung der Voraussetzung des Gewaltbezugs bei Verhaltensweisen von Einzelpersonen (§ 4 Abs. 1 Sätze 3 und 4 NVerfSchG)*

Nach der in § 4 Abs. 1 Satz 3 beabsichtigten Änderung müssen zukünftig Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, nicht mehr auf die Anwendung von Gewalt gerichtet sein. Hintergrund des Ganzen ist, wie auch in den Medien bekannt, dass Radikalisierungsverläufe a) schneller und b) oftmals individuell und ohne Einbindung in Gruppen verlaufen. Bei der vorgesehenen Änderung handelt es sich um eine praktische Konsequenz, die aus Sicht der GdP in Niedersachsen erforderlich ist, da sich die alten Muster, wie radikalisiert wurde - nämlich in Personenzusammenschlüssen -, tatsächlich in den vergangenen Jahren geändert haben.

*Verdecktes Mithören und Aufzeichnen des öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. b NVerfSchG)*

Der Gesetzentwurf sieht vor, das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel zuzulassen.

Hier möchte ich am Beispiel von Freitagspredigten argumentieren. Vertrauenspersonen werden in Beobachtungsobjekten eingesetzt, das heißt in Objekten, bei denen wir schon festgestellt haben, dass von ihnen eine gewisse Gefahr ausgeht. Gerade bei Freitagspredigten sind oftmals andere Prediger, auch fremdsprachige, da. Die Vertrauenspersonen haben etwas zu leisten, was in der Praxis teilweise schwierig ist. Die Sprachen werden gewechselt, Bedeutungen werden nicht mehr vollumfassend bemerkt und entsprechend an uns weitergeleitet. Das heißt, wir haben ein Beobachtungsobjekt, kommen aber nur bedingt weiter, weil Informationen wegen verschiedener Sprachen verlorengehen etc. Das macht uns die Arbeit schwerer.

Daher begrüßt die GdP in Niedersachsen die Aufzeichnungsmöglichkeit. Wir sehen den Schutz des Kernbereiches privater Lebensgestaltung gemäß § 10 NVerfSchG als nicht davon berührt an.

*Bildaufzeichnungen zum Zwecke der Identifizierung von Personen durch nachträgliche Erstellung von Einzelbildern (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 NVerfSchG)*

In Zukunft sollen neben einzelnen Bildaufnahmen außerhalb von Wohnungen auch Bildaufzeichnungen zum Zwecke der Identifizierung von Personen durch die nachträgliche Erstellung von Einzelbildern zugelassen werden. Aus Mitarbeitersicht möchten wir darauf hinweisen, dass mit jedem Einsatz immer ein gewisses Enttarnungsrisiko einhergeht. Das würden wir in diesem Fall minimieren, und wir könnten unter den rechtlichen Vorgaben Einzelbilder auswerten. Dem gesetzlichen Auftrag der Aufklärung könnten wir so besser nachkommen; künftig könnte umfänglicher ermittelt werden. Hier geht es vor allem auch um den Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die eingesetzt werden.

*Streichung des Verbots, Drohnen einzusetzen (§ 14 Abs. 1 Satz 4 NVerfSchG)*

Der Verfassungsschutz ist die einzige Behörde, bei der der Einsatz von Drohnen rechtlich nicht zulässig ist. Etwa im Fall von Siedlern, die sich hermetisch in einem größeren Umfang von der Gesellschaft abkapseln etc., ist es schwierig, Zugang zu bekommen und Aufklärung zu betreiben. Der Einsatz von Drohnen würde die Informationsgewinnung erleichtern und das Enttarnungsrisiko für die Kolleginnen und Kollegen minimieren. Auch was die praktische Arbeit betrifft, begrüßt die GdP in Niedersachsen das vollumfänglich.

*Ausschluss von Vertrauenspersonen, sonstigen geheimen Informanten sowie überworbenen Agenten aufgrund von Straftaten (§ 16 VerfSchG)*

Es ist beabsichtigt, dass Vertrauenspersonen zukünftig auch Straftaten nach den §§ 89 b und c des Strafgesetzbuches (StGB) verwirklichen dürfen. Diese Änderung begrüßen wir sehr, da sie einfach die Realität abbildet.

Wir als GdP in Niedersachsen gehen noch einen Schritt weiter und regen die Aufnahme des § 89 a an. Zum Hintergrund: Wenn etwa verdeckte Gruppen gemeinsam Schießübungen durchführen und die Vertrauensperson des Verfassungsschutzes das nicht kann oder nicht darf, gefährdet dies die Glaubwürdigkeit der Vertrauensperson, und dies wiederum gefährdet die Informationsgewinnung. Da Schießübungen einfach Realität sind, regen wir an, hier auch den § 89 a mit einzubringen.

*Zum Antrag der Fraktion der CDU*

Ich möchte jetzt zu einigen wesentlichen Änderungsforderungen im Antrag der Fraktion der CDU überleiten.

*Beobachtung von Organisierter Kriminalität als Aufgabe des Verfassungsschutzes (Forderung zu § 3 NVerfSchG)*

Bei der Nr. 1 geht es um die Beobachtung von Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität (OK) als neue Aufgabe des Verfassungsschutzes und, damit einhergehend, auch um eine Änderung des § 3.

Die GdP in Niedersachsen vertritt die Meinung, dass die Kernaufgabe des Verfassungsschutzes das Sammeln, Bewerten, Auswerten und Analysieren von Erkenntnissen über verfassungsfeind-

liche Bestrebungen ist. Wir sehen die Kriminalitätsbekämpfung inklusive der Aufklärung krimineller Strukturen im Aufgabenbereich der Polizei. Das Trennungsgebot muss gewahrt bleiben. Wir können heute schon Erkenntnisse mit Bezug zur Organisierten Kriminalität, die im Rahmen unserer Arbeit anfallen, an die Polizei übermitteln. Eine Erweiterung der Aufgaben ist in unseren Augen nicht zielführend und würde mit einem Mehrbedarf an Personal einhergehen. Die Aufgaben werden schon jetzt nicht weniger.

*Anpassung der Zweijahresfrist zur Überprüfung des Vorliegens der Voraussetzungen für eine Einstufung als Beobachtungsobjekt (Forderung zu § 6 Abs. 3 NVerfSchG)*

Bei Nr. 3 geht es um die Streichung der Zweijahresfrist zur Überprüfung, ob die Voraussetzungen für eine Beobachtung vorliegen, und eine entsprechende Änderung des § 6 Abs. 3. Wir haben aktuell eine Frist von zwei Jahren. Eine solche Frist mag Ihnen kurz vorkommen. Angesichts der Dynamisierung von Prozessen, der Veränderung von Verläufen etc. sehen wir - und auch ich persönlich - sie aber als Schutz an, um der Dynamisierung Rechnung zu tragen und gewisse Prozesse immer wieder neu bewerten zu müssen. Dies hat auch den Vorteil, dass vielleicht neue Erkenntnisse gewonnen werden können.

*Streichung von Vorschriften mit der Begründung, in ihnen komme ein Misstrauen gegen den Verfassungsschutz zum Ausdruck (Forderung zu § 6 Abs. 5, § 9 Abs. 1 Satz 1 sowie § 15 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 NVerfSchG)*

Ich möchte nun drei Punkte zusammenfassen, die mir persönlich und auch meinen Kollegen wichtig sind. Das sind die Nrn. 5, 6 und 12 des Antrages. Dabei geht es um die Streichung von Vorschriften in drei Paragrafen mit der Begründung, dass in den geltenden Regelungen ein Misstrauen gegenüber den Kolleginnen und Kollegen zum Ausdruck komme.

Wir sehen die drei Rechtsvorschriften, die in dem Antrag genannt sind, eher als förderlich an, um eine gewisse Transparenz hinsichtlich der Arbeit des niedersächsischen Verfassungsschutzes aufrechterhalten zu können. Das Handeln des Verfassungsschutzes ist weniger als das der Polizeibehörden nach außen hin sichtbar. Daher ist es in unseren Augen erforderlich, eine gewisse Transparenz zu schaffen, um die Dinge erklärbar zu machen und die Akzeptanz der Arbeit der Verfassungsschutzbehörden zu erhöhen. Wir sehen in diesen Normen ein Unterstreichen des rechtsstaatlichen Handels der Verfassungsschutzbehörde gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Dies trägt wesentlich zur Klarheit der Arbeit im Verfassungsschutz Niedersachsen bei. Wir sehen bei einer Streichung eher die Gefahr, dass das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Arbeit des Verfassungsschutzes Niedersachsen geschmälert wird.

*Überprüfung der Altersgrenze (Forderung zu § 13 NVerfSchG)*

In der Nr. 9 geht es um die Altersgrenze bei der Erhebung von personenbezogenen Daten Minderjähriger. Wir haben im Rahmen der jüngsten Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes im Jahre 2021 eine Herabsetzung der Altersgrenze von 16 auf 14 Jahre erreicht. Die GdP hat das begrüßt und ist diesen Weg mitgegangen.

Als GdP Niedersachsen orientieren wir uns an der strafrechtlichen Schuldfähigkeit nach § 19 StGB. Eine weitere Herabsetzung der Altersgrenze sehen wir als problematisch an und orientieren uns als Maßstab an der Altersgrenze, von der an man aktuell eine Eigenverantwortlichkeit des Handelns sieht.

*Wohnraumüberwachung und Onlinedurchsuchung (Forderung zu § 14 NVerfSchG)*

Es ist bekannt, dass die Wohnraumüberwachung und die Onlinedurchsuchung an hohe rechtliche Vorgaben gebunden sind. Ein rechtmäßiger Eingriff in den Kernbereich privater Lebensgestaltung ist nur im Einzelfall möglich - bei drohender konkreter Gefahr für ein überragend wichtiges Rechtsgut. Hier sehen wir auch die Problematik. In der Praxis ist im Regelfall die Schwelle zur Gefahrenabwehr überschritten. Die Relevanz für die Tätigkeit des Verfassungsschutzes sehen wir daher als geringfügig an. Meist ist in solchen Fällen polizeiliche Tätigkeit erforderlich.

*Überprüfung von Dokumentationspflichten und Löschregelungen (Forderung unter anderem zu § 28 NVerfSchG)*

Abschließend möchte ich auf Nr. 22 - Überprüfung der Notwendigkeit von Dokumentationspflichten sowie der Regelungen zur Löschung personenbezogener Daten - eingehen. Wir halten die aktuell bestehende Frist von fünf Jahren für ausreichend, verhältnismäßig und angemessen. Diese Frist entspricht auch der Praxis anderer Verfassungsschutzbehörden.

Nun möchte ich zum Gesamtfazit kommen. Zum einen werden die von der Landesregierung beabsichtigenden Änderungen - es wurde eben erwähnt - den Entscheidungen und Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahre 2022 gerecht. Zum anderen ist es auch aus Mitarbeitersicht für einen handlungsfähigen und effizienten Verfassungsschutz dringend geboten, rechtliche Vorschriften kontinuierlich zu überprüfen und an die tatsächlichen Erfordernisse und vor allem auch an technische Neuerungen und Fortentwicklungen anzupassen.

Wir halten die beabsichtigten Änderungen daher für erforderlich und sinnvoll. Sie erleichtern in dem einen oder anderen Punkt die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen im Verfassungsschutz. Die Verhältnismäßigkeit wird nach Ansicht der GdP Niedersachsen unter Beachtung weiterer einschlägiger Normen gewährleistet.

Die wesentlichen Eckpunkte des Entschließungsantrags der Landtagsfraktion der CDU gehen darüber hinaus. Wir sehen allerdings nicht, dass dadurch die Arbeit im Verfassungsschutz Niedersachsen effizienter und seine Handlungsfähigkeit merklich gestärkt wird.

Abg. **Evrim Camuz** (GRÜNE): Vielen Dank, dass Sie uns heute einen Einblick in die Praxis gegeben und dargestellt haben, inwiefern die vorgesehenen Änderungen praxisnah sind. Auch uns Grünen ist es wichtig, dass wir ein Gesetz beschließen, das den Herausforderungen der Verfassungsschutzbehörde gerecht wird.

Sie haben in Ihrem Fazit auch auf die Rechtsprechung und die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2022 Bezug genommen. Wir haben Ihnen über unseren Ausschussvorsitzenden und die Landtagsverwaltung noch eine Frage zugeleitet, die nicht Teil der aktuell vorgesehenen Reform ist, uns aber gleichwohl beschäftigt.[1] Sie bezieht sich auf das NPD-Urteil des

[1] Die Landtagsverwaltung schrieb den Anzuhörenden am 28. März 2025:

> Der Ausschuss bittet Sie darum, folgende Aspekte in Ihrer Stellungnahme zu berücksichtigen bzw. sich nach Möglichkeit auf entsprechende Nachfragen einzustellen:
>
> 1. Änderung der Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in § 4 Abs. 3 NVerfSchG im Hinblick auf die Rechtsprechung des BVerfG (insbesondere NPD-Verbot 2017)

Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 2017. Ein Thema war damals die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Ich möchte die Frage aufwerfen, inwiefern die Definition, die in diesem Urteil vorgenommen wurde, Eingang in die derzeitige Novelle des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes finden muss. Da Sie sich auch mit den anderen Urteilen intensiv beschäftigt haben, aber hierzu in der schriftlichen Vorlage, die uns vorliegt, nicht Stellung bezogen haben, würde ich gern wissen, was Sie dazu denken.

**Dragan Maric:** Wir haben uns tatsächlich in unserer Stellungnahme nicht mit der Definition der fdGO auseinandergesetzt. Ich wäre, falls sich das hier nicht klärt, bereit, das mit unseren Juristen gemeinsam nachzuliefern und Ihnen eine gemeinsame, aussagekräftige Meinung der GdP in Niedersachsen zuzuleiten.[2]

Abg. **Evrim Camuz** (GRÜNE): Ich würde das Angebot, das dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen, gern in Anspruch nehmen. Vielen Dank dafür.

Abg. **Michael Lühmann** (GRÜNE): Ich möchte, weil Sie extra darauf eingegangen sind und weil es um ein grundsätzliches Problem geht, das wir hier politisch beraten, nochmal nachhaken. Es geht mir um „Misstrauensvorschriften“ bzw. den Vorwurf des Misstrauens gegenüber Sicherheitsbehörden, wenn man gewisse Dinge in Gesetze schreibt, Stellen einrichtet oder Ähnliches.

Nehmen wir den hypothetischen Fall, dass wir eine ganze Menge an Vorschriften, wonach die Verhältnismäßigkeit zu wahren und auch entlastendes Material zu suchen ist, streichen - auch vor dem Hintergrund dessen, was in dem Bericht zur Frage der Einstufung der AfD steht. Wie viel Wissen ist eigentlich in der Öffentlichkeit - aber nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern zum Teil leider auch im politischen Diskurs - über die Arbeit des Verfassungsschutzes vorhanden? Welche Wirkung auf die Kolleginnen und Kollegen in der öffentlichen Kommunikation hätte es mutmaßlich, wenn wir Vorschriften über Verhältnismäßigkeit und ähnliche Dinge aus dem Gesetz streichen würden mit dem Argument, dass sich das sich ohnehin irgendwie ergibt? Wäre das wirklich hilfreich? Das wäre meine Nachfrage vor dem Hintergrund, dass man vielfach nicht weiß, wie der Verfassungsschutz wirklich arbeitet.

**Dragan Maric:** Der Verfassungsschutz hat durchaus viele bürokratische Formalitäten zu beachten. Das ist natürlich für jeden einzelnen Kollegen mit Arbeit verbunden; das kostet Zeit. Es wird aber weniger als Ausdruck von Misstrauen angesehen. In den vergangenen Jahren ist nicht an uns herangetragen worden, dass die Vorschriften als Misstrauensvotum angesehen werden. Ihre Einhaltung wurde teilweise als mühsam angesehen, weil sie mit Mehrarbeit und mehr Zeitaufwand verbunden ist. Allerdings hat das, glaube ich, in der praktischen Arbeit aber nicht *die* Relevanz. Im Gegenteil, ich persönlich war selber Auswerter, und ich muss sagen, dass mich die Verhältnismäßigkeitsbegründung und das damit verbundene nochmalige Auseinandersetzen mit dem Sachverhalt ruhiger schlafen ließen.

---

2. Streichung oder Änderung des Gewaltbegriffs in § 4 Abs. 5 NVerfSchG

[2] Die ergänzende Stellungnahme wurde am 26. Juni 2025 als 1. Nachtrag zu Vorlage 6 verteilt.

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD): Der Datenschutzbeauftragte hat zu dem Mitteilungsverfahren und zu den Veränderungen, die bei den Mitteilungen angedacht sind, ausgeführt. Nach meinem Eindruck - und ein wenig Einblick habe ich da durchaus - betreiben wir in Niedersachsen ein sehr aufwendiges Verfahren. Wir überprüfen sehr engmaschig, auch über die G-10-Kommission, ob mitzuteilen ist oder nicht. Sie haben sozusagen auch einen bundesweiten Blick. Können Sie etwas dazu sagen, ob wir das hier in Niedersachsen im Vergleich mit anderen Bundesländern sehr aufwendig machen? Der Datenschutzbeauftragte hat gesagt, dass er selber eine zusätzliche Prüfstufe für den Fall einführen möchte, dass wir die Absenkungen vornehmen, die im Gesetzentwurf vorgeschlagen ist.

**Dragan Maric:** Niedersachsen gilt im Verfassungsschutzverbund durchaus als Bundesland mit relativ vielen und auch bürokratischen Auflagen. Es ist in anderen Ländern deutlich einfacher. Das ist allerdings, wie wir an einigen Gerichtsentscheidungen sehen können, immer auch mit der Gefahr verbunden, dass datenschutzrechtliche Probleme entstehen bzw. Verfassungsschutzgesetze korrigiert werden müssen. Das ist ein zweischneidiges Schwert. Nach meinem Kenntnisstand sind die Dinge in Niedersachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern relativ restriktiv geregelt.

Abg. **Christoph Plett** (CDU): Mir geht es um die Frage des Schutzes Minderjähriger unter 14 Jahren und darum, ob der Verfassungsschutz auch Kinder unter diesem Alter überwachen bzw. Informationen über sie sammeln darf.

In Ludwigshafen hat ein Zwölfjähriger einen Bombenanschlag auf einen Weihnachtsmarkt versucht. Wir haben es hier in Hannover erlebt: Eine unter 14-Jährige ist mit einem Messer auf einen Polizisten losgegangen. Wir stellen fest, dass die Radikalisierungstendenzen nicht an der Schwelle von 14 Jahren haltmachen. Wenn die Unter-14-Jährigen nicht beobachtet werden können, begeben wir uns doch der Möglichkeiten von Deradikalisierungsprogrammen und von Präventionsarbeiten der Jugendämter. Denn wenn kein Austausch zwischen Verfassungsschutz und den von mir genannten Institutionen besteht, greifen diese Möglichkeiten nicht. Was halten Sie davon?

**Dragan Maric:** Unserer Ansicht nach greift der Einsatz von Präventionsmaßnahmen an einem anderen Punkt in der Gesellschaft. Er greift in Schulen, er greift in Vereinen und Institutionen.

Als Beispiel nenne ich PKK-Demonstrationen, auf denen Sechs-, Sieben-, Acht- oder Neunjährige verbotene Zeichen hochgehalten haben. Ich finde das absolut schwierig. Dahinter steht keine Eigenverantwortung. Die Radikalisierungsprozesse haben in anderen Bereichen stattgefunden, und da müssen unserer Ansicht nach Präventionsmaßnahmen stattfinden. Das miteinander zu vermengen, halte ich tatsächlich für schwierig. Wo ist die Grenze? Auf welches Alter soll abgestellt werden? Wir haben mit allen möglichen Fällen zu tun. Gerade bei Kindern, die Sachen machen, die ihnen die Eltern vorleben, halte ich das für schwierig. Im besten Fall sollten uns auch schon die Eltern bekannt sein. Und dann gibt es Möglichkeiten, einzugreifen.

Abg. **Ulrich Watermann** (SPD): Ich habe nach dem Vorfall um Safia S. meine grundlegende Einschätzung von der Geschwindigkeit der Radikalisierung von Kindern und Jugendlichen erheblich nachjustieren müssen - um das vorsichtig zu formulieren - und habe danach in meinem früheren Berufskreis vermehrt dafür geworben, sich dann, wenn man an schwierige Fälle gerät und unsicher ist, ob sich ein Kind oder ein Jugendlicher radikalisiert hat bzw. ob diese Gefahr besteht und

wie man damit umgehen soll, sowohl vom Staatsschutz als auch vom Verfassungsschutz beraten zu lassen.

Ich glaube, hier wäre ein Augenmerk darauf zu richten, dass es bei vielen, die mit diesem Phänomen zu tun haben, durchaus noch Unkenntnis gibt und dass es in meiner früheren Berufsgruppe eher ungewöhnlich ist, auf Sicherheitsbehörden zuzugehen. Hier bestand eher ein wenig Abstand. Insofern muss man das vielleicht intensivieren, um der Phänomene, die der Kollege gerade angesprochen hat, kind- und jugendgerecht Herr zu werden. Wie ist Ihre Erfahrung diesbezüglich?

**Dragan Maric:** Wir sind dieser Entwicklung schon in den letzten Jahren nachgegangen. Wir haben ein Präventionsprogramm, wir gehen in die Schulen, wir haben die „Aktion Neustart“. Wir versuchen mittlerweile auch über Social Media mit jugendgerechter Sprache, genau diese Leute zu erreichen. Das halten wir für den richtigen Weg.

**Deutsche Polizeigewerkschaft, Landesverband Niedersachsen**

*Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 5 zu Drs. 19/5071 und Drs. 19/5930*

***Anwesend:***
*- Landesvorsitzender **Patrick Seegers***

**Patrick Seegers:** Ihnen liegt die schriftliche Stellungnahme der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) Niedersachsen vor. Sie ist maßgeblich von meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Verfassungsschutz formuliert worden. Der Kollege Hitzemann lässt sich entschuldigen, und ich als Polizeibeamter maße mir - aus Respekt vor dem Gremium und auch aus Respekt vor den Kolleginnen und Kollegen und den anwesenden Juristen - nicht an, zum Verfassungsschutzgesetz in der Tiefe eine Kommentierung abzugeben. Ich sitze hier nur stellvertretend. Fragen, die mir gestellt werden, werde ich nur bedingt beantworten können.

Ich möchte vorab nur zu einigen wenigen Punkten ausführen und dann auf Fragen, die mir gestellt werden, eingehen, soweit mir dies möglich ist. Sonst liefern wir die Antworten gern nach; das hat mir der Kollege Hitzemann zugesagt, der im Übrigen aus dienstlichen Gründen heute nicht an dieser Anhörung teilnehmen kann.

Ganz grundsätzlich darf ich sagen, dass wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf und dem Entschließungsantrag der CDU-Fraktion deutliche Übereinstimmungen haben. In den einzelnen Punkten sind sie in unserer schriftlichen Stellungnahme genannt. Dabei darf ich drei Punkte herausstellen.

Der Kollege Maric hat für die GdP bereits folgenden Aspekt angesprochen: Die Kolleginnen und Kollegen, die wir vertreten, sind an uns herangetreten und haben uns deutlich gemacht, dass sie sich manchmal ein Stück weit im Hintertreffen gegenüber ihren Kolleginnen und Kollegen in anderen Bundesländern und beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) sehen. Hier kann und soll diese Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes eine Angleichung herbeiführen. Das begrüßen wir sehr. Die einzelnen Teilbereiche betrachten wir positiv.

Was die schon genannte Herabsetzung der Altersgrenze für Beobachtungen betrifft, sind auch wir der Meinung, dass, wie es der Abgeordnete Watermann skizziert hat, auf der einen Seite Prävention und auf der anderen Seite Beobachtung - an § 11 des Bundesverfassungsschutzgesetzes angepasst muss das aber ein absoluter Ausnahmefall sein - möglich sein müssen.

Ich glaube, wir sind uns grundsätzlich einig, dass es notwendig ist, dieses Verfassungsschutzgesetz zu novellieren. Es ist dringend geboten, es anzufassen. Die vorgeschlagenen Ergänzungen und Streichungen sind nach unserer Meinung erforderlich und entsprechen nach unserer Ansicht auch dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, sodass wir, auch wenn eine solche Aussage selten aus dem gewerkschaftspolitischen Raum kommt, sehr froh sind, dass diese Anpassungen so stattfinden sollen. Ich darf mich im Namen der Kolleginnen und Kollegen dafür bedanken.

Abg. **Evrim Camuz** (GRÜNE): Meine Frage und Bitte bezieht sich auf die fdGO-Definition aus dem NPD-Urteil. In Ihrer Stellungnahme habe ich dazu nichts gefunden. Sie haben angedeutet, dass Sie bereit sind, Fragen mitzunehmen und mit Ihren Kolleginnen und Kollegen auszudiskutieren. Ich möchte Sie höflich bitten, eine Stellungnahme zur Definition der fdGO nachzuliefern, damit wir auch die Sichtweise Ihrer Gewerkschaft erfahren.

**Patrick Seegers:** Ich hatte mir das bereits während des Vortrags des Kollegen der GdP notiert. Das können wir so machen. Ich gehe davon aus, dass unsere Sichtweise sehr ähnlich sein wird.

Abg. **Michael Lühmann** (GRÜNE): Vielleicht können Sie einmal klarstellen, wie eine Aufnahme der Möglichkeit zum Mitwirken an der Beobachtung von Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität, die von Ihnen ergänzend angeregt wird, mit den Aufgaben des Verfassungsschutzes vereinbart werden kann und wo sie innerhalb der Aufgabenbeschreibung des Verfassungsschutzes und im Rahmen der Grundbedingungen Richtung fdGO usw. eingebaut werden könnte. Ich will mir das gerne angucken, aber mir fehlt da einfach die Fantasie. Mir fehlt dafür die Fantasie.

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD): In diese Richtung geht auch meine Frage. Unbestritten bedroht die OK Grundlagen unserer Gesellschaft. Allerdings fehlt auch mir ein wenig die Vorstellungskraft bezüglich eines Anwendungsfalls. Es gibt eine polizeiliche Bearbeitung dieses Phänomens. Ich glaube, das ist auch richtig. In dem Moment, in dem man beispielsweise mit Schnittmengen zu tun hat oder in dem Personen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vorgehen - in welchem Phänomenbereich auch immer -, gibt das Verfassungsschutzgesetz heute schon die Möglichkeit, diese Bestrebung auch mit den Mitteln des Verfassungsschutzes zu beobachten. Mir fehlt die Vorstellungskraft bezüglich der Frage, wo eine Regelungslücke besteht, die wir aufgreifen sollten. Vielleicht können Sie oder die Kollegen, die das bearbeiten, über Erfahrungen aus den Ländern berichten, in denen es bereits entsprechende Regelungen gibt. In Bayern ist es so geregelt, dass auch OK beobachtet werden kann. Ich glaube, ein Bundesland - möglicherweise war das Hessen - hat eine entsprechende Regelung wieder gestrichen. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen, weil das ein prominenter Beitrag in Ihrer schriftlichen Stellungnahme ist.

**Patrick Seegers:** Ich werde die Fragen mitnehmen, und wir werden Ihnen unsere Antwort dazu über den Ausschussvorsitzenden schriftlich zuleiten, damit Sie das zur Verfügung haben.

Vors. Abg. **Gerd Hujahn** (SPD): Vielen Dank dafür, dass das nachgereicht wird. Es geht um die Frage der Grenze zwischen Polizei und Verfassungsschutz und um das Trennungsgebot. Ich

denke, es ist schon wichtig, dass diese Grenze zwischen Polizei und Verfassungsschutz definiert und nachvollziehbar ist. Insofern ganz herzlichen Dank für die Ausführungen und auch für das Versprechen, Antworten nachzuliefern.

**Professor Dr. Kurt Graulich**
Honorarprofessor, Humboldt-Universität zu Berlin

(per Videokonferenztechnik zugeschaltet)

*Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 9 zu Drs. 19/5930*

Prof. **Dr. Kurt Graulich:** Ich habe einzelne Punkte aus dem Gesetzentwurf herausgegriffen, zu denen ich im Folgenden etwas sagen möchte.

Der Gesetzentwurf betrifft im Wesentlichen das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz und eine Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel-10-Gesetzes. Er steht im Kontext des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 26. April 2022 zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz (BayVSG). Es ist im sicherheitsrechtlichen Bereich geradezu charakteristisch, dass wir immer einem Spiel von 16 plus 1 ausgesetzt sind. Das heißt, das Bundesverfassungsgericht sagt entweder zu einem Landesgesetz oder zu einem Gesetz des Bundes etwas und reflektiert darin auch die Auswirkungen auf die anderen Mitspieler.

Anpassungsbedarfe haben sich - unter Berücksichtigung des Kriteriums der hypothetischen Datenneuerhebung - vor allem im Bereich der Datenübermittlungsbefugnisse ergeben. Einbezogen in die Überarbeitung wurde auch der nachfolgende Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 28. September 2022. Darin hatte das Bundesverfassungsgericht die Pflichten der Verfassungsschutzbehörden zu Übermittlungen an die Staatsanwaltschaften und die Polizeien gemäß der §§ 20 und 21 des Bundesverfassungsschutzgesetzes (BVerfSchG) für mit dem Grundgesetz unvereinbar erklärt. Daraus ergibt sich jetzt dieser legislative Strauß, den Niedersachsen sich mit dem vorliegenden Entwurf vorgenommen hat.

Redaktionelle Anpassungen waren im Bereich der besonderen Auskunftsverlangen erforderlich aufgrund der umfassenden Änderungen im Telekommunikationsbereich, nämlich des Telemediengesetzes (TMG), des Telekommunikationsgesetzes (TKG) sowie der Schaffung des Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetzes (TDDDG).

Ich gehe nun auf einige - aus Zeitgründen nicht auf alle - der Vorschriften im Detail ein.

*Präventionsarbeit als Aufgabe des Verfassungsschutzes (§ 3 Abs. 3 Satz 2 NVerfSchG)*

Der Gesetzentwurf bekennt sich zur Präventionsarbeit als einem Schwerpunkt der Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörden. Im Vergleich zu reinen Informationsmaßnahmen zeichnen sich Präventionsmaßnahmen durch ihre Zielgerichtetheit aus und gehen daher inhaltlich über den Begriff der Information hinaus. Zur Prävention gehören auch Angebote zum Ausstieg, was bekanntlich im nachrichtendienstlichen Bereich nicht ganz unwichtig ist.

*Streichung der Voraussetzung des Gewaltbezugs bei Verhaltensweisen von Einzelpersonen (§ 4 Abs. 1 Sätze 3 und 4 NVerfSchG)*

Zu den Schwerpunkten des Gesetzentwurfs gehört die Streichung der Voraussetzung des expliziten Gewaltbezugs bei Verhaltensweisen von Einzelpersonen. Bislang mussten Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, auf die Anwendung von Gewalt gerichtet sein. Die von Einzelgängern verübten Anschläge in Halle und Hanau zeigen, dass der Verfassungsschutz insbesondere im Hinblick auf seine Frühwarnfunktion in die Lage versetzt werden muss, Extremisten und andere Verfassungsfeinde bereits im Vorfeld militanter Handlungen in den Blick zu nehmen.

*Verdecktes Mithören und Aufzeichnen des öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. b NVerfSchG)*

Zu den Schwerpunkten des Gesetzentwurfs zählt die Schaffung der Möglichkeit des verdeckten Mithörens und Aufzeichnens des öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. b NVerfSchG). Eine praktische Relevanz für eine solche Maßnahme ergibt sich zum Beispiel für die Aufzeichnung von Vorträgen und Predigten in öffentlich zugänglichen Moscheen, die Beobachtungs- oder Verdachtsobjekten zuzuordnen sind. Ausgenommen sind hingegen solche Momente, die den Kernbereich der privaten Lebensführung im Sinne des § 10 betreffen, wie zum Beispiel das religiöse Versinken im Gebet.

*Bildaufzeichnungen zum Zwecke der Identifizierung von Personen durch nachträgliche Erstellung von Einzelbildern (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 NVerfSchG)*

§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 umfasst nicht mehr nur die verdeckte Anfertigung einzelner fotografischer Bildaufzeichnungen, sondern öffnet den Anwendungsbereich auch für die Anfertigung von nicht fotografischen Bildaufzeichnungen, zum Beispiel Videografie. Mit dieser Anpassung wird dem Bedürfnis der Praxis Rechnung getragen, Bildaufnahmen im Rahmen von verdeckten Ermittlungen oder kurzfristigen Observationen zuzulassen.

*Gewährspersonen als besonderes Hilfsmittel (§ 14 Abs. 3 NVerfSchG)*

Mit der Gesetzesänderung 2016 wurde eine Differenzierung zwischen nachrichtendienstlichen Mitteln nach § 14 Abs. 1 und anderen Hilfsmitteln nach § 14 Abs. 2, die der Durchführung anderer nachrichtendienstlicher Mittel nach § 14 Abs. 1 dienen, vorgenommen. Es wurde festgestellt, dass es sich bei Legenden sowie Tarnpapieren und Tarnkennzeichen nicht um eigenständige nachrichtendienstliche Mittel, sondern vielmehr um sogenannte Hilfsmittel handelt. Um der Differenzierung zwischen Hilfs- und nachrichtendienstlichen Mitteln Rechnung zu tragen, wird die Gewährsperson aus den nachrichtendienstlichen Mitteln herausgenommen und gesondert in § 14 Abs. 3 als besonderes Hilfsmittel aufgeführt.

Nachdem Gewährspersonen aus dem Katalog nachrichtendienstlicher Mittel herausgelöst werden (§ 14 Abs. 1 Nr. 6 Buchst. d), können die besonderen Voraussetzungen des § 16 Abs. 1 auf sie keine Anwendung mehr finden.

*Verdecktes Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 NVerfSchG)*

Das verdeckte Mithören des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mitteln wird nur außerhalb von Wohnungen für zulässig erachtet und damit außerhalb eines besonders geschützten Bereichs. Der Abhörvorgang soll nach den Vorstellungen des Gesetzentwurfs mit weiteren nachrichtendienstlichen Mitteln kombiniert werden, vornehmlich mit Bild- und Videoaufzeichnungen sowie längerfristiger Observation.

*Ausschluss von Vertrauenspersonen, sonstigen geheimen Informanten sowie überworbenen Agenten aufgrund von Straftaten (§ 16 NVerfSchG)*

Der Maßstab für den Ausschluss von Vertrauenspersonen, sonstigen geheimen Informantinnen und Informanten sowie überworbenen Agentinnen und Agenten aufgrund von Straftaten, die diese in der Vergangenheit begangen haben, wird angepasst. Die Verfassungsschutzbehörde hat in diesem Kontext lediglich die formalen Kriterien juristisch zu überprüfen. Die Prüfung der Voraussetzungen der Straftatbestände entfällt.

Der Katalog der Straftaten, die die in Anspruch genommenen Personen begehen dürfen, wird um die szenetypischen Straftaten der §§ 89 b und 89 c StGB erweitert.

Sofern nach Inanspruchnahme einer Vertrauensperson tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, dass die Person rechtswidrig einen Straftatbestand von besonderer Bedeutung verwirklich hat, soll die Verfassungsschutzbehörde verpflichtet sein, den Einsatz unverzüglich zu beenden.

*Redaktionelle Anpassungen an geänderte Bundesgesetze zu Telekommunikation und digitalen Diensten (§ 20 Abs. 1 und 2 NVerfSchG)*

Im Bereich der besonderen Auskunftsverlangen werden die Verweisungen auf die Vorschriften im Telemediengesetz und Telekommunikationsgesetz redaktionell auf die überarbeiteten Gesetze angepasst. Auf Bundesebene ist das Digitale-Dienste-Gesetz (DDG) am 14. Mai 2024 in Kraft getreten, mit dem das zuvor geltende Telemediengesetz abgelöst wurde. Der zuvor gebräuchliche Begriff „Telemedien“ wird durch den Begriff „digitale Dienste“ abgelöst. In der Folge wurde die Bezeichnung Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetz (TDDDG) eingeführt. Das ist für den Bereich des Nachrichtendienstrechts und auch für den übrigen Sicherheitsrechtsbereich im Augenblick etwas verwirrend, weil nicht nur im sicherheitsrechtlichen Bereich laufend Änderungen stattfinden, sondern auch im Telekommunikationsbereich. Die Gesetze verschränken sich zum Teil, und es werden neue Gesetzesbezeichnungen eingeführt. Das macht die Sache nicht einfacher.

Das TDDDG hat redaktionelle Anpassungen ausgelöst, indem zum Beispiel der Begriff des „Anbieters digitaler Dienste“ den Begriff des „Diensteanbieters“ ersetzt. Der Anwendungsbereich des TDDDG wurde im Vergleich zum TMG erweitert. Da der Begriff des „Diensteanbieters“ nicht mehr verwendet wird, ist auch das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz an die neue Definition anzupassen.

Die Regelung zu dem der „Bestandsdaten“ nach § 95 TKG alter Fassung ist in der Neufassung nicht mehr enthalten. Eine Definition der „Bestandsdaten“ befindet sich nunmehr in § 3 Nr. 6 TKG.

Die Definition der Verkehrsdaten enthält nunmehr § 9 Abs. 1 Nrn. 1 bis 4 TDDDG. Die Regelung genügt auch den Anforderungen der Rechtsprechung des BVerfG an das sogenannte Doppeltürenmodell; der Abrufregelung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes steht nämlich

eine Datenübermittlungspflicht der Telekommunikationsdienstleister in § 8 b Abs. 6 des Bundesverfassungsschutzgesetzes gegenüber.

*Voraussetzungen für besondere Auskunftsverlangen (§ 20 Abs. 1 bis 4 NVerfSchG)*

Die Voraussetzungen der Kontostammdatenabfrage nach § 20 Abs. 4 werden aufgrund der vergleichbaren Eingriffstiefe an diejenigen einer einfachen Bestandsdatenauskunft nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 angeglichen. In der Konsequenz kann auch die Zustimmung durch die G-10-Kommission entfallen.

*Überprüfung der additiven Wirkung nachrichtendienstlicher Mittel (§ 21 Abs. 3 Sätze 3 und 4 NVerfSchG)*

Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit erfordert die Schaffung einer effektiven aufsichtlichen Kontrolle, da die Transparenz der Datenerhebung und -verarbeitung sowie die Möglichkeiten individuellen Rechtsschutzes bei heimlichen Überwachungsmaßnahmen eingeschränkt sind. Als wichtige Voraussetzung einer effektiven Kontrolle wird in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hervorgehoben, dass die kontrollierende Stelle alle zeitgleich eingesetzten Überwachungsmaßnahmen gegen eine Person überprüfen können muss. Aus dem Umstand, dass das Bundesverfassungsgericht für die Nachrichtendienste keine konkrete Stelle für die effektive aufsichtliche Kontrolle mehr nennt, kann gefolgert werden, dass dem Gesetzgeber bei der Ausgestaltung der aufsichtlichen Kontrolle ein weiter Gestaltungsspielraum zukommt, sofern die grundsätzlichen, vom Bundesverfassungsgericht festgestellten Anforderungen gewährleistet sind. Der Gesetzentwurf hält im Anwendungsbereich des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes die G-10-Kommission für eine geeignete Kontrollinstanz.

*Anpassung der Mitteilungspflichten (§ 22 NVerfSchG)*

Zu den Schwerpunkten des Gesetzentwurfs gehört auch die Anpassung der Mitteilungspflichten. Das ist ein wichtiger Punkt. Der Begriff der „erheblichen Betroffenheit“ soll in das Gesetz aufgenommen werden, weil durch den Einsatz der aufgeführten nachrichtendienstlichen Überwachungsmaßnahmen Personen mitbetroffen sein können, die nicht selbst Ziel der jeweiligen Maßnahme sind. Einschränkungen des Betroffenenbegriffs finden sich ebenfalls beispielsweise in § 101 Abs. 4 StPO und § 74 Abs. 1 des Bundeskriminalamtgesetzes.

*Überarbeitung und Neustrukturierung der Übermittlungsvorschriften (§§ 30 bis 32 NVerfSchG)*

Auch hierbei handelt es sich um einen wichtigen Komplex.

Ein neuer § 30 wird eingefügt. Die Übermittlungsvorschriften werden aufgrund der Vorgaben des BVerfG und auf Grundlage des Abschlussberichts der Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der bisherigen Gesetzessystematik des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes neu gefasst. Dabei werden insbesondere die Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts zu den Grundsätzen der Zweckbindung und Zweckänderung berücksichtigt.

Im Rahmen der Übermittlung ist vor allem die zweckändernde Nutzung durch dieselbe oder eine andere Behörde zu betrachten. Dies richtet sich, jedenfalls wenn die Daten mit nachrichtendienstlichen Mitteln erhoben werden, nach dem Kriterium der hypothetischen Datenneuerhebung. In seinem Urteil zu den heimlichen Überwachungsmaßnahmen im Bundeskriminalamts-

gesetz hat das Bundesverfassungsgericht für eine verhältnismäßige und somit rechtmäßige Weiterverwendung von Daten das Kriterium der sogenannten hypothetischen Neuerhebung eingeführt und somit die im Volkszählungsgesetz-Urteil begonnene Rechtsprechung fortentwickelt.

Das Kriterium der hypothetischen Datenneuerhebung gilt grundsätzlich auch für die Übermittlung von Daten durch nachrichtendienstliche Behörden, also auch durch eine Verfassungsschutzbehörde. Für eine verhältnismäßige Ausgestaltung der Übermittlungsvorschriften kommt es demnach darauf an, dass die entsprechenden Daten nach verfassungsrechtlichen Maßstäben auch für den geänderten Zweck mit vergleichbar schwerwiegenden Mitteln neu erhoben werden dürften. Mit dem neuen § 30 wird eine zentrale Regelung zur Übermittlung von Daten durch den niedersächsischen Verfassungsschutz geschaffen. Dieser legt die bei jeder Übermittlung zu erfüllenden Anforderungen fest.

§ 31 determiniert die speziellen Anforderungen für die Übermittlung an Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden zur Strafverfolgung oder zur Gefahrenabwehr sowie für andere Behörden, die über operative Befugnisse verfügen. Durch die Kombination der Straftaten mit den weitergehenden Anforderungen wird die Regelung auch den strengeren Anforderungen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gerecht und gewährleistet darüber hinaus einen normativen Gleichlauf mit dem Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz.

Hinzu treten die in § 31 Abs. 1 Nr. 4 genannten Straftaten, die gegen ein besonders gewichtiges Rechtsgut im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gerichtet sind und die zudem mit einer besonders hohen Strafandrohung - nämlich einer Höchststrafe von mehr als fünf Jahren - bewehrt sind.

Das Bundesverfassungsgericht hat festgelegt, dass die besondere Schwere einer Straftat jedenfalls dann vorliegt, wenn sie mit einer Höchststrafe von mehr als fünf Jahren bewehrt ist. Aus diesem Grund wurde die Regelung in § 31 Abs. 1 Satz 3 als Auffangtatbestand eingefügt, um eine formale Rechtsgrundlage auch für künftige oder eher untypische Übermittlungsfälle zu generieren.

Mit § 32 werden umfassende Regelungen für die Übermittlung von personenbezogenen Daten, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln oder durch besondere Auskunftsverlangen erhoben worden sind, an sonstige Behörden und Stellen getroffen.

Absatz 1 stellt klar, dass die Übermittlung von personenbezogenen Daten, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln oder durch besondere Auskunftsverlangen erhoben worden sind, nur zum Schutz der dort aufgezählten besonders gewichtigen Rechtsgüter zulässig ist.

Absatz 2 Satz 1 regelt die Datenübermittlung in besonderen Fällen, nämlich an Verbotsbehörden, an den Bundestag, die Bundesregierung oder eine Landesregierung usw.

Absatz 2 Satz 2 konkretisiert durch enumerative Aufzählung die Übermittlungen im Rahmen von Mitwirkungsverfahren. Zu den „sonstigen Behörden“ in diesem Sinne gehören auch die Ordnungsbehörden, die zumeist im Wege sogenannter Regelanfragen die Verfassungsschutzbehörden beteiligen müssen.

Um sicherzustellen, dass dem jeweiligen Gewicht des Grundrechtseingriffs in jedem Einzelfall Rechnung getragen wird, verpflichtet Absatz 2 Satz 3 die Verfassungsschutzbehörde, bei jeder Übermittlung zu prüfen, ob Betroffene dadurch unverhältnismäßige Nachteile erleiden.

Mit Absatz 3 wird ein Auffangtatbestand geschaffen, der den hohen Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts Rechnung trägt, sowohl hinsichtlich der Rechtsprechung zu den Anforderungen an das sogenannte Doppeltürenmodell als auch bezüglich der Anforderungen an die Übermittlungstatbestände.

Ich ende hier mit meinen Anmerkungen zu den einzelnen Vorschriften, damit Sie noch Zeit haben, Fragen zu stellen.

Abg. **Evrim Camuz** (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Graulich, dass Sie sich zugeschaltet und im Detail erläutert haben, welche Änderungen der Gesetzentwurf beinhaltet.

Im Nachgang hat Sie vielleicht die Frage des Ausschusses erreicht, ob im Hinblick auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 2017 eine Änderung der Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in § 4 Abs. 3 des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes geboten ist. Ich weiß nicht, ob Ihnen die Grundzüge des Urteils und die Präzisierung der Definition der fdGO bekannt sind, aber vielleicht sind Sie als ehemaliger Richter am Bundesverwaltungsgericht in der Lage, hier dazu Stellung zu beziehen.

Prof. **Dr. Kurt Graulich:** Ich schlage vor, auch in diesem Fall so zu verfahren, wie es heute bereits in anderen Fällen geschehen ist. Spielen Sie mir die Frage zu - ich bin gern bereit, mir sowohl die von Ihnen zugrunde gelegte Entscheidung als auch die Sie interessierende Frage anzuschauen und zu erläutern, was Sie dazu wissen möchten. Ich glaube, das ist besser, als wenn ich jetzt zu allgemein bleibe.

Vors. Abg. **Gerd Hujahn** (SPD): Vielen Dank für das Angebot, das wir natürlich gern annehmen.[3]

Abg. **Christoph Plett** (CDU): Herr Professor Graulich, der vorliegende Gesetzentwurf sieht keine Wiedereinführung der Wohnraumüberwachung vor, obwohl dieses Mittel im Rahmen der Harmonisierungsbestrebungen der Innenministerkonferenz explizit genannt wird. Wie beurteilen Sie das?

---

[3] Am 30. Mai 2025 übersandte Prof. Dr. Graulich folgende Antwort:

> Die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ stammt nicht aus dem Setzkasten der Begriffsjurisprudenz. Das BVerfG selbst führt im NPD-Urteil (Rn. 529 ff.) aus, dass „der Begriff der ‚freiheitlichen demokratischen Grundordnung‘ … durch die verfassungsgerichtliche Rechtsprechung konkretisiert worden“ sei. „Sein Regelungsgehalt kann nicht durch einen pauschalen Rückgriff auf Art. 79 Abs. 3 GG bestimmt werden, sondern beschränkt sich auf die für den freiheitlichen demokratischen Verfassungsstaat schlechthin unverzichtbaren Grundsätze.“ Und diese Relation gilt nicht nur für das Bundesverfassungsschutzgesetz, sondern auch für das NVerfSchG. Die Stellschrauben für das Verständnis der Begrifflichkeit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung liegen nicht einmal ausschließlich im Gesetzestext, sondern sie werden durch die verfassungsgerichtliche Rechtsprechung konkretisiert.
>
> Die Frage nach einer „Änderung der Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in § 4 Abs. 3 NVerfSchG im Hinblick auf die Rechtsprechung des BVerfG (insbesondere NPD-Verbot 2017)“ springt daher zu weit. Es kann allenfalls umgekehrt gefragt werden, ob eine bestimmte Norm oder Normbestandteile eines Gesetzes den Wirkungsbereich des Begriffskanons der fdGO übersteigen. Gründe für eine Änderung der Definition der fdGO in § 4 Abs. 3 NVerfSchG sehe ich daher nicht.

Prof. **Dr. Kurt Graulich:** Ich halte es nicht für meine Aufgabe, dem Gesetzgeber Zensuren zu erteilen. Die Wohnraumüberwachung wird bekanntlich nicht völlig ignoriert, sondern es wird zumindest gesagt: Außerhalb des Wohnraums dürfen bestimmte Überwachungsmaßnahmen erfolgen. Insofern verhält man sich zu dem Thema.

Der Umstand, dass hier für die Wohnraumüberwachung keine Eingriffsmöglichkeiten geschaffen werden, ist nur für denjenigen irritierend, der dort etwas vermisst. Jemand, der sich auf dem Boden der Verfassung und ihrer freiheitlichen Grundrechte befindet, ist von dem Fehlen solcher Eingriffe natürlich nicht negativ betroffen. Es ist Aufgabe des Landtages, an dieser Stelle nachzusteuern, wenn er meint, dass seiner Sicherheitsbehörde durch das Fehlen einer solchen Vorschrift etwas genommen werde. Aber das ist kein Systemfehler.

**Ministerialrat Dietmar Marscholleck**
Bundesministerium des Innern

*Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 2 zu Drs. 19/5071 und Drs. 19/5930*

**Dietmar Marscholleck:** Ich möchte einige Schlaglichter auf die Punkte werfen, die aus meiner Sicht wichtig und für Sie vielleicht auch hilfreich sind, um den Gesetzentwurf weiterzuentwickeln. Ich möchte dabei sowohl auf den Gesetzentwurf als auch auf den Entschließungsantrag eingehen.

*Zum Gesetzentwurf der Landesregierung*

Der Gesetzentwurf setzt sich selber zwei Ziele, die beide gut und richtig sind. Die erste Zielstellung ist selbstverständlich, die Verfassungsrechtsprechung umzusetzen. Die zweite Zielstellung ist nicht selbstverständlich, aber besonders gut: zu harmonisieren.

Eine Landesverfassungsschutzbehörde ist ein Glied des Verfassungsschutzverbundes. Verfassungsschutz funktioniert zusammen, und zwar *nur* zusammen. Deswegen ist es wichtig, dass alle, die in diesem Verbund mitwirken, eine gewisse harmonisierte Arbeitsgrundlage haben, an der keine größeren Ausfälle und Blindstellen festzustellen sind. Deswegen ist der zweite Strang der Harmonisierung mindestens ebenso wichtig wie der erste Strang der Umsetzung der Verfassungsrechtsprechung.

Wie gesagt, möchte ich kurz Schlaglichter auf beide Säulen werfen. Näheres dazu ist in meiner schriftlichen Stellungnahme festgehalten - auch zu den Fragen, die vorab gestellt worden sind, auch zu der Frage der Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Ich möchte nicht überkritisch erscheinen, deswegen sage ich vorab: Das ist ein guter Gesetzentwurf. Ihre Zeit ist aber zu kostbar, um zu jeder einzelnen Vorschrift zu sagen: Sie ist gut, macht es so. - Stattdessen konzentriere ich mich selektiv auf die Aspekte, die aus meiner Sicht noch besser gemacht werden könnten.

Schauen wir uns zunächst die erste Säule des Gesetzentwurfes an: die Umsetzung der Verfassungsrechtsprechung. Schon in vorausgegangenen Stellungnahmen ist referiert worden, dass es seit 2022 eine Kette von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts gibt, durch die wesent-

liche Strukturvorgaben zum Nachrichtendienst- und speziell zum Verfassungsschutzrecht gesetzt wurden, die in Ihrem Gesetzentwurf aufgegriffen und umgesetzt werden.

Das Gericht hat in seiner Grundsatzentscheidung von 2022 den Fokus auf zwei Elemente gerichtet: Das eine ist die Informationsbeschaffung mit nachrichtendienstlichen Mitteln, das andere ist die Datenübermittlung von Verfassungsschutzbehörden an andere Behörden.

Ihr Gesetzentwurf sagt - im Prinzip nicht falsch, aber auch nicht durchgängig ganz richtig -: Um den ersten Teil - nachrichtendienstliche Mittel - müssen wir uns vor dem Hintergrund der Verfassungsrechtsprechung nicht kümmern. Darum kümmern wir uns im Rahmen des Harmonisierungsansatzes, aber nicht unter dem Gesichtspunkt der Verfassungsrechtsprechung. Da sind wir schon clean; es ist okay, wie wir es haben.

Das ist weitgehend richtig, aber in einem Punkt nicht. Diesen einen Punkt möchte ich Ihnen näherbringen. Da ist Ihr geltendes Recht verfassungswidrig, und es bleibt verfassungswidrig, weil dieser Punkt im Gesetzentwurf nicht aufgegriffen wird.

*Bestimmung von Einsatzschwellen (§ 16 Abs. 2 und § 17 NVerfSchG)*

Das Bundesverfassungsgericht hat zum Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel gesagt, dass eine Klassifikation und Gegenüberstellung erforderlich sei. Auf der einen Seite steht das Eingriffsgewicht nachrichtendienstlicher Mittel: Ist es ein erheblicher, ein gesteigerter Eingriff? Wie intensiv sind die Eingriffe? Auf der anderen Seite steht das Allgemeinwohlinteresse, das diese Eingriffe rechtfertigt. Beides muss sich die Waage halten. Deswegen muss auch das Allgemeinwohlinteresse in komplementäre Gewichtungsklassen gegliedert werden. Wir brauchen für die Abwägung auch hinsichtlich des Gemeinwohlinteresses Abstufungen. Es reicht nicht, zu sagen, dass ein Eingriff erheblich sei, sondern man muss auch sagen können, dass es erhebliche Gemeinwohlinteressen gibt, die ihn erfordern.

Dazu steht im Gesetzentwurf zumindest implizit: Das haben wir schon geleistet, indem wir die Kategorie der Verdachts- und Beobachtungsobjekte von erheblicher Bedeutung geschaffen haben. - Das ist richtig, das würde diese Verfassungsanforderung auch durchaus erfüllen.

Das Gericht hat aber zusätzlich gesagt - und das fehlt in Ihrem Gesetzentwurf -: Es reicht nicht aus, das auf einer abstrakten Ebene festzustellen. Es reicht also nicht aus, zu sagen: Das muss erhebliche Bedeutung haben. - Der Gesetzgeber muss auch Kriterien dafür vorgeben, aus denen sich diese erhebliche Bedeutung ergibt. Das darf nicht offenbleiben.

Alle anderen Landesverfassungsschutzgesetze, die sich der Aufgabe, diese Verfassungsvorgaben umzusetzen, schon gestellt haben, haben das gemacht. Deswegen kann man sich einfach etwa das hamburgische, das rheinland-pfälzische, das sächsische oder das bayerische Gesetz anschauen. Diese Bundesländersind schon vorausmarschiert. In all diesen Gesetzen ist das geregelt; das kann man einfach abschreiben. Es gibt Nuancen im Detail - das kann man dann vielleicht so oder etwas anders machen -, aber das ist keine große Sache. Ich glaube, das ließe sich im laufenden Gesetzgebungsverfahren noch einpflegen. Und das wäre wichtig, weil das eine Flanke bei Ihnen schlösse.

Ich glaube nicht, dass das an der Praxis irgendetwas ändern würde. Die Praxis folgt den Kriterien, die das Gericht sehr ausführlich in seiner Entscheidung von 2022 referiert hat. An der Wirklichkeit würde das also nichts ändern. Aber zur Demokratie gehört auch die Gewaltenteilung, und

dadurch haben Sie die Verantwortung, das Wesentliche selbst zu entscheiden und dies nicht der Verwaltung zu überlassen. Und zu diesem Wesentlichen gehören auch die Kriterien, aus denen sich die Erheblichkeit ergibt. Dieser Punkt ist das Fundament meiner Stellungnahme. Diese Achillesferse des Entwurfs sollte noch beseitigt werden.

*Überarbeitung und Neustrukturierung der Übermittlungsvorschriften (§§ 30 bis 32 NVerfSchG)*

Schauen wir in Bezug auf die Verfassungsrechtsprechung kurz auf den anderen Strang: die Übermittlungen. Das, was das Bundeserfassungsgericht gefordert hat, setzt der Gesetzentwurf weitgehend gut um. Es ist insbesondere nicht richtig, was seitens des Landesdatenschutzbeauftragten dargestellt wurde: dass in irgendeiner Weise noch nähere Ausformungen von Ermittlungsansätzen im Gesetz zu leisten wären. Das Bundesverfassungsgericht hat sinngemäß gesagt: Das muss für den Empfänger der Anknüpfungspunkt sein, um Maßnahmen anschließen zu können. Das machen Sie, indem Sie jeweils auf die Empfängeraufgaben referenzieren und sagen, dass das Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte erforderlich ist. Die Kritik, die eingangs vom Landesbeauftragten für den Datenschutz geäußert wurde und eine weitere Eingrenzung fordert, kann ich mir also nicht zu eigen machen, sondern ich denke, die Regelung im Gesetzentwurf ist durchaus weitgehend gelungen.

An einem Punkt kann man es so regeln, wie die Landesregierung es regeln will; ich würde Ihnen aber empfehlen, kritisch zu reflektieren, ob das stimmig ist. Es geht um die Regelung der Übermittlung sensibler Daten zur Strafverfolgung. Dazu hat das Gericht im Jahr 2024 eine Entscheidung nachgelegt, die die Welt nicht einfacher gemacht hat. Darüber können die gesamte wissenschaftliche Welt und alle Praktiker nur den Kopf schütteln. Das ist aber nichts, wozu ich hier referieren möchte. Ich kann Ihnen dazu nur sagen: Zum Pragmatismus der Politik gehört auch, verfassungsgerichtliche Entscheidungen so hinzunehmen, wie sie sind. Deswegen kann mein Rat nicht sein, das zu ignorieren. Mein Rat ist aber, dass Sie sich nicht zu sehr einschüchtern lassen sollten. Ich habe den Eindruck, dass der Ansatz bei der Datenübermittlung für die Strafverfolgung etwas zu defensiv ist.

Die Frage ist, was man macht, wenn nach zehn Jahren entdeckt wird, dass eine politkriminelle Vereinigung viele Brandanschläge begangen hat, der Sachverhalt in einem Untersuchungsausschuss aufgerollt und festgestellt wird, dass der Verfassungsschutz das alles schon wusste, es der Polizei aber nicht weitergegeben hat. Sie wollen das so regeln, dass das Landesgesetz solche Übermittlungen nicht zulässt.

Es wäre wichtig, dass bei den Strafverfolgungsübermittlungen noch etwas nachgelegt wird. Mindestens müsste aus meiner Sicht geändert werden, dass besonders schwere Fälle einer kriminellen Vereinigung in den Straftatenkatalog aufgenommen werden. Es kann doch nicht sein, dass der Verfassungsschutz um solche Fälle weiß, das aber nicht der Strafverfolgung weitergibt.

Man sollte auch an dem einen oder anderen Punkt etwas mutiger sein. Wenn der Gesetzgeber entschieden hat, dass die einzige in Betracht kommende Strafe eine Freiheitsstrafe ist - dass also keine Geldstrafe möglich ist -, dann hat er eine Duftmarke gesetzt und zum Ausdruck gebracht, dass ein solcher Tatbestand besonders schwerwiegend ist. Wenn alle mildernden Umstände nicht dazu führen können, dass statt einer Freiheitsstrafe eine Geldstrafe verhängt wird, dann muss die Tat schon sehr schwerwiegend sein.

Daher wäre es ein einfacher Weg, ohne dass ein umfangreicher Straftatenkatalog nötig ist, festzulegen, dass fünf Jahre Höchststrafe und eine Freiheitsstrafe als Mindeststrafe das Package sind, das eine Übermittlung rechtfertigt. Ich glaube, es wäre ein guter Ansatz, das so festzulegen.

Auch damit wird nicht alles einbezogen, beispielsweise nicht die Spionage - § 99 Abs. 1 StGB: geheimdienstliche Agententätigkeit. Wenn man es gut machen wollte, würde man auch § 99 Abs. 1 aufnehmen. Es ist ärgerlich, wenn der russische Spion enttarnt wird, aber nicht der Staatsanwaltschaft benannt werden kann. Aber vielleicht können Sie darauf vertrauen, dass der Bund das heilt, weil im Koalitionsvertrag der Bundesregierung steht, dass diese Norm angefasst und die Höchststrafe auf zehn Jahre hochgesetzt werden soll. Dann wäre das okay.

Das sind die Punkte aus der Verfassungsrechtsprechung, die ich ansprechen wollte.

Ich finde es sehr gut, dass Sie harmonisieren, dass Sie nicht nur das unbedingt nötige Pflichtprogramm machen, sondern das Gesetz wirklich besser machen wollen. Dafür lernen Sie auch von anderen, die es gut gemacht haben. Gute Praktiken kann und sollte man aufgreifen. Das kann man aber noch ein wenig breiter und besser tun.

*Voraussetzungen für besondere Auskunftsverlangen (§ 20 Abs. 1 bis 4 NVerfSchG)*

Ich finde, der Harmonisierungsansatz sollte zunächst einmal in Ihrem eigenen Gesetz Platz greifen. Die nachrichtendienstlichen Mittel haben Sie relativ systematisch durchstrukturiert. Man könnte sich darüber unterhalten, ob alles Notwendige enthalten ist und ob die Wohnraumüberwachung noch ergänzt werden sollte. Aber jedenfalls hat das ein System. Gewissermaßen systemfremd angeflanscht ist das besonderen Auskunftsverlangen. Für die Unternehmensauskünfte gilt eine ganz andere Schwelle. Das ist einfach ein Fremdkörper im Gesetz. Wenn Sie Praktiker oder auch Rechtswissenschaftler fragen würden, was denn eigentlich die Schwelle ist und was daraus folgt, was also eigentlich im Gesetz steht, dann würden sehr viele ins Schlingern geraten, weil die Regelung ziemlich komplex und wenig verständlich ist.

Das Allereinfachste wäre, Sie würden Ihr Gesetz jetzt komplett renovieren. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung von 2022 den Impuls dafür gegeben, einheitliche Schwellen festzulegen, abstufend nach Eingriffsgewicht. Das sollten Sie hier auch machen. Kleiden Sie Ihre Regelung zu besonderen Auskünften ein in Ihr Schwellensystem! Nach Ihrem Schwellensystem werden bestimmte Sachen an die Schwelle des Beobachtungsobjekts von erheblicher Bedeutung geknüpft. Das wäre bei den Auskunftsregelungen passend.

Nehmen Sie diese Schwelle übrigens auch für die Auskünfte über Telekommunikationsverkehrsdaten! Es ist ziemlich unsinnig, dass sie wie Inhaltsdaten behandelt werden. Für drei Monate Telefonüberwachung gelten bei Ihnen die gleichen Voraussetzungen wie für die Abfrage der Telekommunikationsverbindungsdaten von drei Monaten. Nein, das ist ein milderer Eingriff, und dafür würde durchaus die Schwelle „erhebliche Bedeutung“ passen. Das ist mein Rat.

An diesem Punkt eine weitere Gegenposition zum Landesdatenschutzbeauftragten: Kontostammdaten sind natürlich Kleinkram. Das ist das Gleiche wie Telefonnummernauskünfte in grün. Selbstverständlich ist es richtig und auch verfassungsfest, die Schwelle abzusenken, sodass die Auskunft im Einzelfall erforderlich sein muss. Die Abfrage darf natürlich nicht ins Blaue hinein erfolgen, sondern muss im Einzelfall erforderlich sein; eine Schwelle muss es geben. Aber die Schwelle, die Sie im Entwurf vorgesehen haben, ist genau richtig.

*Vorabkontrollverfahren der G-10-Kommission (§ 21 Abs. 3 NVerfSchG)*

Wenn Sie es gut machen wollen - und es ist mein Rat, dass Sie es gut machen -, schauen Sie bei den Harmonisierungen nicht nur auf die materiellen Voraussetzungen! Das ist hier schon leicht angeklungen: Das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz ist - ich will es einmal polemisch sagen - etwas paranoid. Es ist sehr verfahrenslastig. Es gibt sehr viele Verfahrenseinengungen und -einschränkungen, die alle Aufwand generieren. Sie haben keine übermäßig große Behörde, und ich könnte mir vorstellen, dass dieser Aufwand wehtut, weil dafür Kräfte von ihrer eigentlichen Aufgabe, nämlich dem Schaffen von Sicherheit, abgezogen werden müssen.

Mein Rat ist also, dass Sie sich noch einmal anschauen, wo die unabhängige Vorabkontrolle im G-10-Verfahren wirklich benötigt wird. Beim Einsatz eines IMSI-Catchers - wenn Sie sich im Grunde selber eine Rufnummernauskunft besorgen, mit einem technischen Gerät vor Ort - brauchen Sie das nicht. Das gilt auch für andere Stellen. Näheres dazu finden Sie in meiner Stellungnahme. Eine effiziente Verfahrensverschlankung wäre also sinnvoll.

*Dauer der Verdachtsphase (§ 7 Abs. 2 NVerfSchG)*

Dann gibt es noch einen Sonderfall, der bei Ihnen, glaube ich, mittlerweile auch etwas zeitkritisch ist: die „Guillotine“ der Verdachtsfallbearbeitung.

Sie haben als einziges Land eine ganz strikte und strenge Abriegelung der Verdachtsfallbeobachtung: Nach einer Frist von vier Jahren ist Schluss. Entweder besteht dann Gewissheit, dass es sich um eine extremistische Vereinigung handelt, oder die Beobachtung und Aufklärung muss beendet werden.

Ich glaube, das wird der Komplexität des Lebens nicht gerecht, da es auch inhomogene Verbände gibt, also Vereinigungen, bei denen es interne Kämpfe gibt und bei denen beobachtet werden muss, ob sich bestimmte Strömungen durchsetzen. Im Moment könnte es sich durchaus noch um eine Mindermeinung handeln, die den Verband nicht beherrscht, der deshalb vielleicht auch nicht als extremistisch einzustufen ist. Aber stellen Sie sich vor, die Verfassungsschutzbehörde berichtet Ihnen, dass solche Strömungen in dem Verband immer stärker werden! Es ist also eine Tendenz erkennbar, die besagt, dass es eigentlich immer wichtiger wird, diesen Verband im Auge zu behalten, aber nach vier Jahren ist es noch nicht ganz so weit, dass man mit Gewissheit sagen kann, dass er extremistisch ist. Ist es dann richtig, die Rollos herunterzuziehen und sich blind zu machen? Das kann nicht richtig sein!

Sie müssen eine Einzelfalllösung finden. Die darf dann auch verfahrensmäßig abgeriegelt sein. Man könnte zum Beispiel eine Entscheidung der Ministerin verlangen, damit die Beobachtung länger als vier Jahre durchgeführt werden kann. Aber die Möglichkeit, die Verdachtsphase zu verlängern, sollte gegeben sein.

*Zum Antrag der Fraktion der CDU*

Zu dem Entschließungsantrag möchte ich sagen, dass ich nicht alle seine Positionen gut finde, aber ganz überwiegend finde ich sie gut.

Ich habe mich in meiner Stellungnahme auf wenige Punkte konzentriert, weil ich glaube, dass es wichtig ist, den Verfassungsschutz nicht zu stark in die parteipolitische Auseinandersetzung zu

ziehen. Das Schutzgut des Verfassungsschutzes sind die zentralen Prinzipien unserer freiheitlichen Ordnung. Da sollten die zentralen politischen Kräfte nach Möglichkeit an einem Strang ziehen.

*Wohnraumüberwachung und Onlinedurchsuchung (Forderung zu § 14 NVerfSchG)*

Manches überfordert den einen oder anderen. Ich glaube, Wohnraumüberwachung und Onlinedurchsuchung sind Themen, die in Niedersachsen nicht konsensfähig sind. Deswegen lohnt es sich auch nicht sonderlich, sich damit zu beschäftigen.

Ich möchte Ihnen aber nahelegen, sich mit zwei Punkten zu beschäftigen, auch aus einer politischen Perspektive. Denn in Rheinland-Pfalz und Hamburg - sie sind mit Blick auf die politischen Konstellationen nicht so weit von Ihnen weg - wird es anders gemacht, weshalb Sie das vielleicht auch in Betracht ziehen können.

*Überprüfung der Altersgrenze (Forderung zu § 13 NVerfSchG)*

Der eine Punkt ist die Speicherung von Daten Minderjähriger. Das ist hier schon angesprochen worden. Dabei geht es nicht um die Rettung der Welt; denn es geht nicht um viele Fälle. Aber wenn es einmal nötig sein sollte, eine sehr junge Person in den Blick zu nehmen, muss das möglich sein.

Im Gefahrenabwehrrecht ist das durchgängig so. Bei der Polizei gibt es gar keine Altersausschlüsse. Beim Verfassungsschutz ist es berechtigterweise etwas anders. Wir wollen vermeiden, dass irgendein unreifer Kerl, der mal Quatsch erzählt hat, wegen dieser Jugendsünde lebenslang abgestempelt ist. Das darf nicht sein. Aber dafür gibt es Regelwiedervorlagefristen und Höchstspeicherregelungen, die dafür sorgen, dass eine Etikettierung mit weniger aussagekräftigen Informationen nicht stattfindet.

Wenn man aber ein Gefahrengeschehen vor Augen hat - auch im Vorfeld konkreter Gefahren im polizeirechtlichen Sinne -, muss man das beobachten und auswerten dürfen. Das betrifft keine Vielzahl von Fällen. Aber ich finde es falsch, das ganz abzuriegeln. Hamburg hat eine vernünftige, abgewogene Regelung, die Sie sich einmal anschauen könnten. Rheinland-Pfalz hat sich für eine komplette Öffnung entschieden. Solch eine Lösung müsste eigentlich auch in Niedersachsen möglich sein.

*Anpassung der Mitteilungspflichten (§ 22 NVerfSchG)*

Der andere Punkt - der letzte, den ich von mir aus ansprechen möchte - ist die Mitteilungspflicht. Der Datenschutzbeauftragte hat Ihnen eine engere Regelung nahegelegt. Auch hier beziehe ich eine Gegenposition.

Das Bundesverfassungsgericht hat in einer Vielzahl von Entscheidungen die Besonderheit von Nachrichtendiensten herausgestellt. Das sind Behörden, deren Besonderheit darin besteht, dass sie im Geheimen operieren. Transparenzanforderungen wie bei anderen Stellen bestehen hier gerade nicht.

Ich finde es - das ist nicht polemisch gemeint, sondern das sehe ich wirklich so - sehr fatal, dass Sie Verrat an Vertrauenspersonen üben. Jemand, der sich vertrauensvoll auf die Zusammenarbeit mit einer Verfassungsschutzbehörde einlässt und Vertraulichkeit zugesagt bekommt, findet

in Ihrem Gesetz eine Verratspflicht. Die Landesverfassungsschutzbehörde ist gesetzlich verpflichtet, das Vertrauen zu brechen, indem die Vertrauensperson nachträglich offengelegt wird. Das ist doch ein Unding!

Es gibt Ausnahmeregelungen: Wenn Leib, Leben, Freiheit der Vertrauensperson gefährdet sind, dann muss nicht benachrichtigt werden.

Der erste Haken daran ist, dass Vertrauen eine subjektive Kategorie ist. Wenn im Gesetz steht, dass eine Vertrauensperson nur dann nicht verraten wird, wenn eine Behörde im Nachhinein prognostisch entscheidet, dass ihre Freiheit gefährdet ist, dann würde ich mich nicht darauf einlassen.

Der zweite Haken ist, dass manche Sachen nicht im Gesetz stehen. Was ist denn mit der sozialen Ächtung? Es geht doch nicht nur darum, dass jemand einem Fememord zum Opfer fällt, weil er als Vertrauensperson enttarnt wurde, sondern er verliert sein ganzes soziales Umfeld, er wird sozial geächtet. Ich weiß gar nicht, ob das ein Grund ist, der Sie befugt, von einem Verrat abzusehen.

Hamburg hat das erst in diesem Frühjahr geändert. Ich kann Ihnen nur nahelegen, das auch zu machen. In Rheinland-Pfalz wird das auch nicht so gemacht, beim Bund sowieso nicht.

Das waren die Spotlights, die ich auf Ihren Gesetzentwurf werfen wollte.

Abg. **Doris Schröder-Köpf** (SPD): Ich habe eine Frage zum Thema „erhebliche Bedeutung“. Sie haben vier Bundesländer aufgezählt, die das aufgenommen haben. Eine Übernahme wäre relativ einfach möglich. Sind die anderen Bundesländer gerade dabei, das zu tun? Gibt es welche, die das nicht tun wollen?

**Dietmar Marscholleck:** Manche gehen voran, andere - auch der Bund - folgen nach. Im Bund werden wir in dieser Wahlperiode eine Nachrichtendienstreform durchführen. Das ist vorgesehen; das ist laut Verfassungsrechtsprechung einfach zwingend. Im Landtag von Nordrhein-Westfalen befindet sich ein Gesetzentwurf, in dem das auch vorgesehen ist, gerade in der Beratung. Von anderen aktuellen Gesetzentwürfen, die das zum Inhalt haben, weiß ich nicht. Die Antwort lautet also: Alle, die es bisher gemacht haben, haben es so gemacht, Nordrhein-Westfalen wird es so machen - und der Bund ganz sicher auch, weil es von der Verfassungsrechtsprechung vorgegeben ist.

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD): Sie sagen, dass die Abwägung abgeschlossen wäre, wenn wir Kriterien für die „erhebliche Bedeutung“ einführen würden, weil man das dann quasi in die gesamte Systematik aufgenommen hätte. Verstehe ich das richtig?

**Dietmar Marscholleck:** „Erhebliche Bedeutung“ ist ein unbestimmter Rechtsbegriff. Er taucht in Ihrem Gesetz an verschiedenen Stellen auf. Deswegen ist es naheliegend, in den Begriffsbestimmungen eine Legaldefinition einzuführen, etwa in der Art: „Erhebliche Bedeutung hat ein Verdachts- oder Beobachtungsobjekt insbesondere, wenn …“. Im Anschluss könnten verschiedene Kriterien angeführt werden - Gewalt, Straftaten, aber auch Aktionspotenzial, Kampagnenfähigkeit und Ähnliches, also nicht nur harte Kriterien, sondern auch die Möglichkeiten, Wirkungsbreite zu entfalten. Das ist aber Standard, das ist in den Landesgesetzen enthalten und kein Hexenwerk. Das könnte man einfach in die Begriffsbestimmungen aufnehmen.

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD): Eine weitere Frage habe ich zu der Verdachtsfallproblematik, auf die Sie hingewiesen haben. Wir sind hinsichtlich dieser Kategorisierung anders als der Bund und andere Bundesländer unterwegs. Wie könnte eine praktikablere Lösung aussehen? Oder wäre Ihre Empfehlung, das ganz zu streichen?

**Dietmar Marscholleck:** Es ist vielleicht ein wenig exotisch, das in dieser Art gesetzlich zu regeln, aber es ist in der Sache nicht exotisch. Das machen fast alle Verfassungsschutzbehörden so, auch das Bundesamt für Verfassungsschutz.

In solchen Fällen gibt es einen Prüffall, bei dem man zunächst offene Quellen auswertet, um zu schauen, ob an der Sache überhaupt etwas dran ist. Dann gibt es die Phase des Verdachtsfalls, in der man Gefahrerforschung betreibt und der Sache nachgeht. Am Ende hat man ein Ergebnis und sagt zum Beispiel: Wir sind davon überzeugt, dass es sich tatsächlich um eine extremistische Bestrebung handelt. - Dann hört die Beobachtung natürlich nicht auf, aber es ist in der öffentlichen Kommunikation etwas anderes.

Das ist ein klassisches Modell. Ich würde Ihnen nicht empfehlen, das aufzugeben. Das kann man auch gesetzlich regeln. Niedersachsen war hier sogar Vorreiter. Ich finde das nicht schlecht.

Was schlecht ist, ist diese guillotinenhafte, holzschnittartige Abriegelung am Ende. Hier muss man die Vielgestaltigkeit der Lebenswirklichkeit aufnehmen und die Möglichkeit schaffen, an bestimmten Punkten weiterzugehen, anstatt eine Bestrebung - obwohl man merkt, es wird immer schlimmer - noch nicht als gesichert extremistisch einzustufen und sich wegzuducken. Das kann es nicht sein.

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD): Ist das als Plädoyer dafür zu verstehen, auf eine Frist gänzlich zu verzichten? Ist das in den meisten Gesetzen so vorgesehen? Oder ist dort eine andere, flexiblere Fristenregelung zu finden?

**Dietmar Marscholleck:** Die meisten Landesgesetze haben keine entsprechende Regelung, auch der Bund nicht. Es ist eher ungewöhnlich, das zu regeln. Ich finde es aber nicht schlecht, dass Sie diese Phasen gesetzlich transparent machen. Die Zeiträume sind stets in gewisser Weise dezisionistisch; man kann es so oder anders machen. Entscheidend ist, dass am Ende kein Zwangsmechanismus steht.

Sprechen Sie mit Ihren Praktikern, und fragen Sie nach den praktischen Erfordernissen! Ich kann sie Ihnen nicht referieren. Wenn es aus praktischen Gründen längere Fristen geben soll, dann wäre das auch okay. Man muss sich eine Frist setzen, an deren Ende man die Dinge betrachtet und sich ernsthaft fragt, ob sich der Verdacht bestätigt hat, ob man weitermachen muss oder aufhören kann. Wenn das nicht im Gesetz steht, dann steht es in der Dienstvorschrift. Man kann es aber auch im Gesetz stehen lassen.

Woran ich mich störe, ist die Ausnahmelosigkeit. Nach vier Jahren muss es möglich sein, die Frist noch einmal zu verlängern. Das kann auch unter eine besondere Zuständigkeitsregelung gestellt werden, zum Beispiel indem man sagt: Das ist so wichtig, dass das die Ministerin entscheiden muss.

Abg. **Doris Schröder-Köpf** (SPD): Haben Sie bei Ihrer Kritik an der Vierjahresfrist Bewegungen im Auge, die immer wieder durch äußere Einflüsse angeheizt werden? Eine Pandemie oder eine

Fluchtbewegung steigert die Mobilisierung bestimmter Gruppen. Haben Sie so etwas im Hinterkopf, wenn Sie diese Frist kritisieren?

**Dietmar Marscholleck:** Äußere Einflüsse triggern eher die Entstehung neuer Bestrebungen, die Gründung neuer Vereinigungen. Mit Blick auf die Bewertung bestehender Vereinigungen als Verdachtsfall oder gesichertes Beobachtungsobjekt ist es vielleicht so, dass solche äußeren Umstände dem einen oder anderen die Maske vom Gesicht reißen und man Extremismus deutlicher erkennt. Aber ich würde diesen Gesichtspunkt nicht in den Vordergrund stellen.

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD): Zum Thema Mitteilungspflichten: Nach meiner Erfahrung sehen wir in den Fällen, die Sie hier genannt haben, in der Regel ohnehin von einer Mitteilung ab. Ich habe nur von ganz wenigen Fällen gehört, in denen das zu entscheiden war und man es anders gehandhabt hat. Wie regeln das andere Länder?

**Dietmar Marscholleck:** Vertrauensschutz heißt, man muss sich darauf verlassen können. Wenn eine Ausnahmevorschrift alle relevanten Fälle abdeckt, dann wäre das eine Placebo-Regelung. Es ist aber ein Gebot rechtsstaatlicher Klarheit, keine Placebo-Regelung in das Gesetz zu schreiben und mit verschmitztem Lächeln zu sagen: Ha, wieder ein Ausnahmefall! - Ich finde, es gehört dazu, sich ehrlich zu machen und normenklar zu regeln, was dabei herauskommen soll. Und bei Vertrauensleuten muss dabei herauskommen, dass sie geschützt sind.

Abg. **Christoph Plett** (CDU): Die Kritik, die Sie in Ihrer Stellungnahme an der „gesetzlichen Verratspflicht“ in § 22 Abs. 1 formuliert haben - Stichwort: Mitteilung an Betroffene -, teile und unterstütze ich.

Sie sprachen eingangs von zwei Zielen des Gesetzentwurfes: der Umsetzung der Verfassungsrechtsprechung und der Harmonisierung. Den Verfassungsschutz gibt es ja nicht nur in Niedersachsen. Vielmehr handelt es sich um einen Verbund von Verfassungsschutzbehörden. Sie haben gesagt: Die Harmonisierung ist dabei ein Kriterium, das wir auf jeden Fall im Blick behalten müssen.

Ich teile Ihre Auffassung, dass wir hier in Niedersachsen hinsichtlich der Wohnraumüberwachung und der Onlinedurchsuchung nicht zueinanderkommen; das hat sich jetzt ergeben. Trotzdem noch einmal die Frage - insbesondere hinsichtlich der Wohnraumüberwachung -: Ist das nicht auch aus Ihrer Sicht eine Schutzmöglichkeit für diejenigen Informanten, die der Verfassungsschutz zum Beispiel bei Gesprächen in Wohnräumen einsetzt? Der Staat muss doch die Möglichkeit haben, diejenigen zu schützen, die er dort einsetzt.

**Dietmar Marscholleck:** Beim Thema Wohnraumüberwachung gibt es verfassungsrechtliche Anforderungen, nach denen die Schwellen dieselben sein müssen wie bei der Polizei. Die Verfassungsrechtsprechung sagt des Weiteren, eine Wohnraumüberwachung durch den Verfassungsschutz darf nur subsidiär erfolgen, also wenn die Polizei nicht zum Zuge kommt.

Damit ist die Maßnahme für die Verfassungsschutzbehörden sehr marginal. Sie hat keine zentrale Bedeutung. Aber sie hat eine Bedeutung. Wenn Sie alle Pfeile im Köcher haben wollen, dann gehört das dazu. Der Bund hat dazu eine gruselige Regelung. Sie ist noch nie angewandt worden, und sie wird, wenn sie so bestehen bleibt, auch nie angewandt werden, weil sie eine gegenwärtige Gefahr voraussetzt. Wenn Sie eine Regelung schaffen wollen, dann müsste sie natürlich praktikabel sein, sodass man sie auch nutzen kann.

Es gab einmal eine grenzüberschreitende extremistische Vereinigung in den Niederlanden und in Niedersachsen. Wenn die Mitglieder in den Niederlanden waren, dann waren wir immer froh, weil wir dann Informationen von unseren Partnerdiensten erhalten haben. Deutschland war für sie sozusagen ein Safe Haven, und das lag nicht nur an Niedersachsen, sondern auch am Bund. Das ist natürlich kein guter Zustand.

Abg. **Christoph Plett** (CDU): Wie beurteilen Sie die Regelungen für die Berufsgeheimnisträger wie Anwälte und Journalisten? Muss für das Gesetz noch eine Einzelfallbetrachtung überlegt werden? Ich glaube, dass eine generelle Betrachtung, so wie sie hier im Gesetz formuliert ist, nicht zielführend ist.

**Dietmar Marscholleck:** Zum Thema Berufsgeheimnisträger habe ich in meiner Stellungnahme etwas geschrieben. An dieser Stelle sind Sie zu rigide, und das ist verfassungswidrig.

In der StPO, in Ihrem eigenen Polizeigesetz und im Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (G 10) ist es anders geregelt. In bestimmten Bereichen muss eine Abwägung stattfinden, weil die Schutzaufgaben, die die Behörde wahrnimmt, ein hohes Gewicht für das Allgemeinwohl haben.

An dieser Stelle wäre eine Abwägung besser, so wie in allen vergleichbaren Rechtsnormen auch. In der schriftlichen Stellungnahme habe ich das nicht so ins Zentrum gerückt, weil es für die Praxis vielleicht nicht der allerwichtigste Punkt ist.

Abg. **Evrim Camuz** (GRÜNE): Sie haben über die Mindestaltersgrenze gesprochen und auf Rheinland-Pfalz als rot-grünes Land verwiesen. Ich habe mir das gerade angeschaut, und ich sehe in § 17 des Landesgesetzes sehr wohl eine Beschränkung. Nach § 17 Abs. 1 dürfen personenbezogene Daten über das Verhalten von Minderjährigen vor Vollendung des 14. Lebensjahres nicht in Dateien und in zu ihrer Person geführten Akten gespeichert werden. So ist es auch in Niedersachsen geregelt. Das irritiert mich. Können Sie nochmals erklären, was Sie damit meinen?

**Dietmar Marscholleck:** Ich werde Ihnen heute Nachmittag nachliefern, wo das wie geregelt ist.[4]

Abg. **Evrim Camuz** (GRÜNE): Ich fand ganz charmant, dass Sie gesagt haben, dass es uns als Landesgesetzgeber obliege, Wesentliches selbst zu entscheiden und zu regeln. Aber gleichzeitig raten Sie davon ab, dass wir als landesgesetzgebende Gewalt die fdGO-Definition aus dem NPD-Urteil 2017 übernehmen, weil es dem Bund obliege, an dieser Stelle einen Vorstoß zu machen, und damit wir nicht als einziges Land eine abweichende Definition haben. An unser Gesetz ist

---

[4] Am 16. Mai 2025 übersandte Herr Marscholleck folgende Antwort:

> In Rheinland-Pfalz ist es in § 9 Absatz 4 LVerfSchG geregelt (https://landesrecht.rlp.de/bsrp/document/jlr-VerfSchutzGRP2020V1P9):
>
> > „Der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel zur Erhebung personenbezogener Daten bei Minderjährigen ist frühestens ab Vollendung des 10. Lebensjahres und bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres nur zu deren Schutz zulässig, soweit tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass diese den objektiven Tatbestand einer der in § 3 Abs. 1 des Artikel-10-Gesetzes vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1254, 2298; 2007 I S. 154), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 413), genannten Straftatbestände verwirklichen werden, verwirklichen oder verwirklicht haben."
>
> Andere Begrenzungen hat das aktuell geltende Landesrecht nicht.

doch lediglich die niedersächsische Verfassungsschutzbehörde gebunden. Das hat nichts mit Artikel 31 des Grundgesetzes zu tun.

**Dietmar Marscholleck:** Hier ist die Welt eigentlich ziemlich einfach. Im § 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes sind die Aufgaben des Bundesamtes *und* der Landesbehörden geregelt. Es ist eine bundesgesetzliche Aufgabe, die der niedersächsische Verfassungsschutz erfüllt. Diese bundesgesetzliche Aufgabe ist im § 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes mit Legaldefinitionen unterlegt. § 4 Abs. 2 definiert, was die freiheitliche demokratische Grundordnung ist. Das ist Bundesrecht.

Man kann sich darüber unterhalten, ob der Landesgesetzgeber gehindert ist, wiederholendes Landesrecht zu erlassen, also das, was im Bundesgesetz steht, identisch in ein Landesgesetz zu schreiben. Im europäischen Recht wäre das nicht möglich, aber in der föderalen Ordnung geht es wahrscheinlich. Was Sie aber auf gar keinen Fall machen können, ist abweichendes Recht zu treffen.

Sie könnten zwar sagen, Sie schreiben die Regelung des Bundes mit anderen Worten, aber inhaltlich identisch in Ihr Gesetz. Aber dann würde ich fragen: Wozu denn?

Wenn Sie etwas inhaltlich anderes wollen, müssen Sie Ihre Fraktionskollegen im Bundestag darum bitten. Denn das könnte nur der Bundesgesetzgeber ändern. Ein Landesverfassungsschutzgesetz ist dafür die falsche Baustelle. Das kann der Landesgesetzgeber nicht regeln. Er kann es vor allem nicht anders als der Bund regeln. Es ist zurzeit auch nicht unklar geregelt.

Wir werden in dieser Wahlperiode eine Nachrichtendienstrechtsreform vorlegen. Möglicherweise wird sie etwas breiter angelegt sein und auch die Definitionsnorm aufgreifen. Es kann gut sein, dass dabei herauskommt, was Sie sich vorstellen. Aber ich glaube, in der Praxis würde eine Änderung der Definition nichts ändern. Denn die Praxis legt das geltende Recht aus und berücksichtigt dabei die Verfassungsrechtsprechung.

Das ist wirklich nicht unbedingt ein Punkt, bei dem man als Land irgendetwas gewinnen kann.

Abg. **Michael Lühmann** (GRÜNE): Die fdGO-Definition stammt bekanntlich aus den politisch und juristisch vielleicht noch nicht ganz so normierten 50er-Jahren. Was damals geurteilt wurde und wie man das dann umsetzte, hatte durchaus eine gewisse politische Wirkung. Ich will die Verbote der Sozialistischen Reichspartei (SRP) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) gar nicht infrage stellen, aber es hatte einen Hintergrund, dass man manche Dinge getan hat.

Nach meiner Erinnerung war ein Grund dafür, dass das zweite NPD-Verbotsverfahren so lange gedauert hat, dass man das Urteil an die heutigen Zeiten und die Entwicklung der Rechtsprechung anpassen musste. Dazu hat man eine neue Definition gestrickt. Dass man das Menschenwürdeprinzip an die erste Stelle gesetzt hat, halte ich für eine schon sehr wirkungsvolle Veränderung.

Ich nehme zur Kenntnis, dass wir eine solche Änderung der Definition im Landesrecht nicht gegen das Bundesrecht beschließen können. Aber dann ist unsere Aufgabe als Landesgesetzgeber, den Bundesgesetzgeber aufzufordern, endlich seine Hausaufgaben zu machen und auch an dieser Stelle die Rechtsprechung nachzuvollziehen. Ist es das, was Sie uns mitgeben würden? Wenn wir es ändern wollten, wäre das der Weg?

**Dietmar Marscholleck:** Ich weiß nicht, ob der Bund so dringend auf Aufforderungen aus Niedersachsen wartet.

(Heiterkeit)

Ich sehe hier keinen Widerspruch, weil das unterschiedliche Abstraktionsebenen sind. Was § 4 Abs. 2 BVerfSchG in der Tat aus dem SRP- und dem KPD-Urteil übernommen hat, ist eine weitergehende Ableitung; es sind Konkretisierungen. Im NPD-Urteil hat das Gericht eine höhere Abstraktionsebene gewählt, indem es gesagt hat: Menschenwürde, Demokratieprinzip und zentrale Elemente des Rechtsstaatsprinzips - das macht die freiheitliche demokratische Grundordnung aus.

Wenn eine Verfassungsschutzbehörde prüfen soll, ob gegen das Demokratieprinzip verstoßen wird, dann wird man auch das Demokratieprinzip sicherlich näher operationalisieren und stärker ableiten müssen. Dann kommt man aber wieder zu dem, was in § 4 Abs. 2 steht: Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition usw. Aus meiner Sicht ist es daher nur ein weiterer Schritt der Konkretisierung. Es fehlt die Systematisierung. Daher würde man es gegebenenfalls auch so regeln, dass man systematisierend eine Ebene mit den übergeordneten Prinzipien aufnimmt, das Wort „insbesondere“ folgen lässt und dann aufzählt, was jetzt schon vorhanden ist.

Ich finde, es wäre kein Gewinn an Normenklarheit, die Definition auf die drei Prinzipien - Menschenwürde, Demokratieprinzip und zentrale Elemente des Rechtsstaatsprinzips - zu beschränken. Es hat schon einen Vorteil, wenn im Gesetz deutlicher ausformuliert ist, was das Demokratieprinzip eigentlich ausmacht.

Abg. **Evrim Camuz** (GRÜNE): Auf der Website des Bundesamtes für Verfassungsschutz wird auf das NPD-Urteil Bezug genommen. Dort steht, die Würde des Menschen ist ein Teil dieses Dreiklangs. In dem Katalog, den Sie gerade erwähnt haben, wird wiederum auf die „im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte“ verwiesen. Dazu gehören sämtliche Menschenrechte. Hier wird es konkretisiert. Dazu gehört aber zum Beispiel Artikel 14 nicht, sondern es geht um den Kerngedanken der Menschenwürde, und da sehe ich schon einen Widerspruch.

Ich möchte aber noch auf den § 99 StGB eingehen - geheimdienstliche Agententätigkeit. Auch in Niedersachsen haben wir vor und nach der Bundestagswahl beobachtet, dass Einzelne aus Russland motiviert wurden und werden, Spionageaktivitäten aufzunehmen. Diese Menschen sind nicht sonderlich geschult, was bedeutet, nach dem derzeitigen Gesetzentwurf dürften wir keine Daten übermitteln, weil die Rechtsfolge bei nicht mehr als fünf Jahren Freiheitsstrafe läge.

**Dietmar Marscholleck:** Der Gesetzentwurf enthält in § 31 eine Regelung, nach der im Fall von zehn Jahren Höchststrafe übermittelt werden darf. Wenn die Höchststrafe nur fünf Jahre beträgt, dann soll die Übermittlung nur nach Maßgabe eines Straftatenkatalogs möglich sein. § 99 Abs. 1 StGB ist dort aber nicht enthalten, sodass es für den russischen Spion vergleichsweise gut ausgehen würde.

Abg. **Evrim Camuz** (GRÜNE): Ich finde diesen Hinweis wichtig. Das sollten wir auf jeden Fall aufnehmen. Vielen Dank dafür.

**Professor Dr. Markus Löffelmann**
Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Nachrichtendienste

*Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 4 zu Drs. 19/5071 und Drs. 19/5930*

Prof. **Dr. Markus Löffelmann:** Sie haben auch von mir eine umfangreiche schriftliche Stellungnahme bekommen; deshalb werde ich hier nur auf einzelne Punkte sowohl des Gesetzentwurfes als auch des Entschließungsantrages eingehen. Ich werde aber auch einige darüber hinausgehende Gesichtspunkte in den Raum stellen. Dankenswerterweise hat Herr Marscholleck bereits eine ganze Reihe von Punkten vorweggenommen, sodass ich mich kürzer fassen kann.

*Zum Gesetzentwurf der Landesregierung*

*Verdecktes Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 NVerfSchG)*

Ich möchte zunächst auf § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 hinweisen. Dort möchte man die Eingriffsschwelle für die akustische Überwachung außerhalb von Wohnraum absenken. Ich halte das für problematisch. Es handelt sich hierbei nach Verfassungsrechtsprechung - das kann man auch § 9 Abs. 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes entnehmen - um eine Maßnahme von hoher Eingriffsintensität, die etwa einer Telekommunikationsüberwachung gleichsteht. Deshalb ist das Anknüpfen an das G-10-Regelungsregime eigentlich ganz sinnvoll.

*Standortermittlung (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 11 NVerfSchG)*

In § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 11 soll nun die Standortermittlung mittels IMSI-Catcher integriert werden.

Ich finde diese Art der Regelung unter mehreren Gesichtspunkten nicht ganz glücklich. Es gibt verschiedene technische Möglichkeiten, den Standort zu bestimmen. Aus einer Grundrechtsperspektive macht das mit Blick auf die Eingriffsintensität keinen Unterschied. Das handhabt auch das Bundesverfassungsgericht so. In der Entscheidung zum HVSG vom April vergangenen Jahres hat es sich dazu in Breite geäußert.

Man könnte hier also eine allgemeine und technikoffene Vorschrift schaffen. Diese müsste sich gleichzeitig nicht an den im Übrigen überhöhten Anforderungen, denen der IMSI-Catcher unterworfen ist, orientieren. Vielmehr könnten die Anforderungen niedriger sein, wenn es um einzelne Standortdatenerhebungen geht.

In der Natur dieser Maßnahme liegt es allerdings auch, dass sie auch langfristig durchgeführt werden kann und dann die Erstellung umfassender Bewegungsprofile ermöglicht. Dann wäre wiederum eine höhere Schwelle notwendig. Auch das ist im vorliegenden Gesetzentwurf nicht abgebildet.

*Ausschluss von Vertrauenspersonen, sonstigen geheimen Informanten sowie überworbenen Agenten aufgrund von Straftaten (§ 16 NVerfSchG)*

Sie haben hier in Niedersachsen ein besonderes Regelungsregime, was Human Intelligence (HUMINT) anbelangt. Der Einsatz nicht nur von Vertrauenspersonen, sondern auch von Informanten und Gewährsleuten ist ausgeschlossen, wenn diese Personen straffällig geworden sind.

Es gibt eine ähnliche Regelung auf Bundesebene, die etwas toleranter ist. Dort gibt es auch Ausnahmetatbestände. Der Behördenleiter kann über Ausnahmen entscheiden.

Für mich trägt die Logik, die diesem Ausschluss zugrunde liegt, nicht wirklich. Ich bin jahrzehntelang Strafrichter gewesen. Unser Recht unterstellt, dass Personen resozialisiert sind, wenn sie verurteilt wurden und ihre Strafe verbüßt haben. Es gibt keinen nachrichtendienstlichen oder kriminalistischen Erfahrungssatz, dass Personen, die sich strafbar gemacht haben, etwa nicht nachrichtenehrlich sind und man sich auf sie nicht verlassen kann. Das sind ja Kriterien, um sie sozusagen als verlängerten Arm des Staates zu nutzen. Meine Empfehlung wäre, darüber nachzudenken, ob das tatsächlich eine sinnvolle Einschränkung ist, und möglicherweise eine etwas flexiblere Regelung zuzulassen, wie sie im Bund und auch in anderen Ländern vorgesehen ist.

*Zur Ausgestaltung der G-10-Kommission (§ 3 des Nds. AG G 10)*

Der Herr Landesbeauftragte für den Datenschutz hat schon die Problematik mit der G-10-Kommission angesprochen. Es geht um das jüngere Judikat des Bundesverfassungsgerichtes zu G-10-Maßnahmen, Stichwort: strategische Inland-Ausland-Fernmeldeaufklärung.

Ich möchte nur darauf hinweisen, dass es hier auch andere Lösungsmöglichkeiten gibt. Man kann natürlich die G-10-Kommission - wenn man diesen Gedanken auf die Landesebene überträgt - aufwerten und professionalisieren. Man kann es auch ähnlich machen, wie man es im Bund gemacht hat. Dort hat man mit dem Unabhängigen Kontrollrat eine eigene Institution geschaffen, die allen Belangen nachrichtendienstlicher Anforderungen - Third Party Rule und dergleichen - genügt. Und man denkt auch darüber nach - das ist wohl ein offenes Geheimnis -, diese Zuständigkeit auf weitere Maßnahmen zu erstrecken.

In Hamburg hat man sich das zum Vorbild genommen. Dort hat man jetzt ein unabhängiges Kontrollgremium geschaffen. Das ist etwas niedrigrangiger besetzt, aber erfüllt im Grunde genommen ähnliche Funktionen.

In Bayern und Hessen - das ist, wie ich finde, im Übrigen eine sehr pragmatische Lösung - hat man einfach das Amtsgericht beauftragt. Auch das ist möglich. Die gemeinhin vorhandene Vorstellung, nachrichtendienstliche Sachverhalte könnten nicht im Bereich des präventiven Grundrechtsschutzes durch ein Gericht behandelt werden, weil ein Gericht öffentlich verhandelt und dergleichen, trägt natürlich nicht, wenn es um den Richtervorbehalt oder vergleichbare Instrumente geht, weil solche Entscheidungen eben nicht öffentlich sind.

*Zum Antrag der Fraktion der CDU*

*Anpassung der Regelungen zum Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung bei zeugnisverweigerungsberechtigten Personen (Forderung zu § 10 Abs. 4 NVerfSchG)*

Ich möchte kurz auf die Nr. 7 des Entschließungsantrages eingehen, wo von einer Neuregelung des Kernbereichsschutzes und des Schutzes von Berufsgeheimnisträgern die Rede ist. Das spielt auch im Gesetzentwurf eine Rolle.

Aus meiner Sicht ist der Rückgriff zum Schutz von Berufsgeheimnisträgern auf § 53 StPO - Zeugnisverweigerungsrecht der Berufsgeheimnisträger - systematisch völlig verfehlt.

Mir ist bewusst, dass das im Sinne eines Automatismus in allen Gesetzgebungsverfahren, sowohl im Polizeirecht als auch im Verfassungsschutzrecht, immer wieder gemacht wird. Aber man muss sich einmal vergegenwärtigen: Diese Zeugnisverweigerungsrechte haben einen spezifisch strafprozessualen Charakter. Sie sollen besondere strafprozessuale Probleme lösen, die sich daraus ergeben, dass unser Strafprozessrecht einerseits eine allgemeine Zeugnispflicht vorsieht - jeder muss vor Gericht aussagen - und andererseits die Personengruppen, um die es da geht, wie etwa Hebammen, Berater bei Suchtproblemen oder psychotherapeutische Berater, eine besondere Nähe zu kriminogenen Sachverhalten und zu entsprechenden Personen haben.

Die Zusammensetzung des Kreises dieser Berufsgeheimnisträger ist immer umstritten gewesen. Auch dafür gibt es verfassungsrechtliche Leitplanken, aber diese schematisch auf den Bereich des Verfassungsschutzes zu übertragen, passt überhaupt nicht. Man müsste im Grunde genommen - hier knüpfe ich ein wenig an die Ausführungen von Herrn Marscholleck an - eine bereichsspezifische Abwägung treffen zwischen den Allgemeininteressen, den öffentlichen Interessen, denen der Verfassungsschutz dient, dem Schutz höchstrangiger Rechtsgüter, und natürlich schutzwürdigen Belangen von Berufsgeheimnisträgern, welche auch immer das sein mögen.

Schauen Sie einmal in das neue Hamburgische Verfassungsschutzgesetz! Dort findet sich eine Regelung, die einen neuen Weg geht. Da wird nicht auf den § 53 StPO Bezug genommen, sondern auf § 203 StGB. Das finde ich insgesamt schlüssiger.

*Wohnraumüberwachung und Onlinedurchsuchung (Forderung zu § 14 NVerfSchG)*

In Nr. 10 des Entschließungsantrages geht es um die akustische Wohnraumüberwachung - das ist bereits angesprochen worden - und um informationstechnische Eingriffe.

Es hat einen Grund, dass die akustische Wohnraumüberwachung auf Bundesebene bislang noch nicht in dem Bericht gemäß Artikel 13 Abs. 6 des Grundgesetzes aufgetaucht ist. Das gilt auch für die Landesebene. Mir sind nur Einzelfälle aus Bayern bekannt, in denen das überhaupt gemacht wurde. Der Grund sind die hohen Schrankenqualifikationen in Artikel 13 Abs. 4 des Grundgesetzes. Auch das Bundesverfassungsgericht hat in der BayVSG-Entscheidung darauf hingewiesen: Solche Maßnahmen dürfen nur zur Gefahrenabwehr durchgeführt werden. Nun betreibt der Verfassungsschutz keine Gefahrenabwehr. Deshalb bleibt notwendigerweise nur ein vielleicht theoretischer Anwendungsfall für die akustische Wohnraumüberwachung. Ich glaube, das ist ein Scheinproblem.

Ähnlich verhält es sich mit informationstechnischen Eingriffen. Dort ist es zwar so, dass diese Qualifikationen nicht in der Verfassungsnorm hinterlegt sind. Das Computergrundrecht ist bekanntlich auch eine Ableitung. Aber das Bundesverfassungsgericht zieht hier die Schwellen gleich und sagt: Die gleichen Voraussetzungen müssen für informationstechnische Eingriffe gelten. Im Ausland - BND - kann das ein wenig anders beurteilt werden. Der BND hat diese Möglichkeit, aber für das Inland besteht de facto rechtlich kein wirklich praktikabler Anwendungsbereich für diese Maßnahmen.

*Revision des Katalogs nachrichtendienstlicher Mittel, Einführung einer Generalklausel (Forderung zu § 14 NVerfSchG)*

Unter Nr. 11 des Entschließungsantrags geht es um die Revision des Katalogs nachrichtendienstlicher Mittel.

Ich fand diesen Katalog immer sehr gut. Er hat Vorbildcharakter. Ich finde, dass ein solcher Katalog für viel Transparenz und auch für eine hohe demokratische, parlamentarische Legitimation sorgt. Es ist auch kein Geheimnis, dass es hier viele Möglichkeiten gibt.

Natürlich besteht bei einem solchen Katalog viel Gestaltungsspielraum. Ich glaube nicht, dass ein solcher Katalog, wie er hier in Niedersachsen schon seit Längerem vorliegt, abschließend geregelt sein muss. Man kann diesen auch öffnen. Man kann einen solchen Katalog auch im Sinne des von Herrn Marscholleck bereits angesprochenen Stufensystems strukturieren. Man könnte die nachrichtendienstlichen Mittel nach Schwere, nach Eingriffsintensität ordnen und dann Kategorien von Gemeinwohlbelangen, von Aufklärungsbedarfen zuordnen. Man könnte auch eine Generalklausel - so ist es in vielen Polizeigesetzen, de facto auch in der Strafprozessordnung - mit einem Katalog von Standardbefugnissen kombinieren. Das ist alles möglich. Ich denke aber, dass hier die Diskussion noch nicht ausgereift ist.

*Bestimmung von Einsatzschwellen (§ 16 Abs. 2 NVerfSchG)*

Das zeigt sich auch sehr deutlich an dem Bereich HUMINT. Im Gesetz gibt es eine Regelung, die in sich wenig homogen ist. In § 16 werden V-Personen mit Gewährspersonen und Informanten auf eine Stufe gestellt. Das sehe ich aus einer verfassungsrechtlichen Perspektive nicht so.

Die Bandbreite des Einsatzes von V-Personen - das sagt uns das Bundesverfassungsgericht - ist sehr groß. Es sind Abstufungen möglich. Verdeckte Mitarbeiter sind - das sagt uns das Bundesverfassungsgericht weiter - genauso zu behandeln wie V-Personen. Auch hier ist eine große Bandbreite möglich. Sie sehen also: Dazu sind im Grunde genommen systematische Abstufungen notwendig. Man sollte dies alles aus einer verfassungsrechtlichen Perspektive von der Eingriffsintensität her betrachten.

*Datenweitergabe an Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs (§§ 32 und 32 a NVerfSchG)*

Ein Wort zu Nr. 20 - Datenübermittlungen an private Stellen. Ich glaube, dass das eine praktische Relevanz hat, die noch sehr stark unterschätzt wird. Das ist auch bei der Novellierung der Übermittlungsvorschriften auf Bundesebene ein Thema gewesen. Man hat dort mit § 22 a des Bundesverfassungsschutzgesetzes eine recht ausdifferenzierte Vorschrift geschaffen, die auch Übermittlungen zum Beispiel zum Kinder- und Jugendschutz zulässt.

Das gibt es hier nicht. Hier gibt es eine relativ strikte Regelung in § 32 Abs. 5 des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes, wo auf besonders gewichtige Rechtsgüter Bezug genommen wird. Aber dann fragt man sich: Welche Rechtsgüter sind zum Beispiel beim Kinder- und Jugendschutz oder bei der Wirtschaftsspionage gegen Unternehmen betroffen? Das lässt sich für einen Sachbearbeiter am Ende schwer beantworten. Und deshalb ist die Regelung eigentlich nicht so anwendungsfreundlich, wie sie sein könnte.

*Weitere Gesichtspunkte*

Welche darüber hinausgehenden Punkte mit Blick auf den vorliegenden Gesetzentwurf gibt es noch? - Der wichtigste Punkt - das will ich aber gar nicht mehr vertiefen, weil Herr Marscholleck es schon gut dargestellt hat - betrifft das Stufenmodell, also die einander entsprechenden Kategorien. Das wird bisher noch nicht systematisch durchgeführt. Das betrifft auch die Zuordnung von einzelnen nachrichtendienstlichen Mitteln zu verschiedenen - niedrigschwelligen, mittleren oder höheren - Kategorien.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der nicht auftaucht, aber perspektivisch für die Entwicklung des Verfassungsschutzrechts und auch des Polizeirechts von enormer Bedeutung ist, sind automatisierte Datenanalysen. Das Bundesverfassungsgericht hat im Jahr 2023 in seiner Entscheidung zu automatisierten Datenanalysen die Gesetzgeber in Bund und Ländern aufgefordert, sich darüber Gedanken zu machen und auch unter Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten verschiedene Eingriffsintensitäten automatisierter Datenverarbeitungen zu definieren. Was macht denn der Verfassungsschutz? - Er aggregiert aus einer Vielzahl von Quellen Daten. Er nutzt dabei auch automatisierte Systeme. Um diesen Punkt wird man perspektivisch nicht herumkommen.

Ein anderer Punkt, auf den ich immer wieder gern hinweise: Asservatenauswertung. Das ist ein noch gänzlich unbeackertes Thema. Es scheiden sich die Geister, welche Grundrechte überhaupt betroffen sind. Klar ist: Wenn man informationstechnische Systeme oder Datenspeicher vom Landeskriminalamt (LKA), vom Bundeskriminalamt (BKA) oder vielleicht von einem ausländischen Nachrichtendienst (AND) zur Verfügung gestellt bekommt, befindet sich darauf eine Unmenge personenbezogener Daten, und unser gegenwärtiges Regelungsregime - nicht nur bei Ihnen, sondern überall - behandelt das alles unter einer Schwelle, die allgemein für die Verarbeitung personenbezogener Daten gilt. Im Bereich des Strafprozesses haben wir dasselbe Problem. Darüber hat der Deutsche Juristentag vergangenes Jahr ausführlichst debattiert. Insgesamt sehe ich einen breiten Konsens, dass man hier spezifische Regelungen bräuchte.

*Harmonisierung des Verfassungschutzrechts*

Mein letzter Punkt ist vielleicht der wichtigste: Harmonisierung. Dieses Stichwort taucht im Gesetzentwurf und im Entschließungsantrag an mehreren Stellen auf; es ist auch hier vielfach genannt worden. Wenn man sich auf eine Metaebene begibt und das ganze Verfassungsschutzrecht auf Bundes- und Länderebene betrachtet, dann sieht man, dass sein Zustand verheerend ist. Das ist nämlich ein völlig zerfasertes Recht, das - wie mein Kollege Jan-Hendrik Dietrich einmal geschrieben hat - einer gemeinsamen Ordnungsidee entbehrt. Das macht es sehr schwierig - nicht nur für Rechtswissenschaftler, sondern auch für Parlamentarier - das Ganze zu vermitteln und überhaupt zu verstehen. Vor allem für die Mitarbeitenden in den Behörden wird die Anwendung enorm schwierig.

Wir haben jetzt durch die neue Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zu den Übermittlungsvorschriften neue Normen bekommen - in einigen Bundesländern, auf Bundesebene. Alle diese Normen sind verschieden. Da gibt es noch nicht einmal auf Bundesebene eine Deckung, lediglich teilweise Überschneidungen. Ich finde das katastrophal. Es wurde in der Vergangenheit viel darüber gesprochen, dass man doch harmonisieren und vielleicht ein Musterverfassungsschutzgesetz auf den Weg bringen sollte. Das hat alles nicht geklappt.

Aus dieser Entwicklung ziehe ich einen Schluss - nehmen Sie es mir bitte nicht krumm, vielleicht klingt das jetzt ein wenig häretisch -: Der Königsweg für Harmonisierung ist eine Übertragung der Gesetzgebungskompetenz auf den Bund. Es wäre vielleicht wert, darüber nachzudenken. Stellen Sie sich einmal vor, wir hätten im Bereich des Strafprozessrechts eine solche Situation wie hier im Verfassungsschutzrecht, nämlich dass alle Landesbehörden auf unterschiedlichen gesetzlichen Grundlagen arbeiten. Damit könnte man die Strafverfolgung - wenn sie länderübergreifende Probleme aufwirft - stilllegen. Das heißt nicht, dass Verfassungsschutzbehörden auf Landesebene abgeschafft werden sollten. Aber eine gemeinsame Rechtsgrundlage wäre viel

wert; da wäre viel gewonnen. Und wem das als ein zu schwieriger Weg erscheint: Für den Bereich der Zusammenarbeit, also für die ganzen Übermittlungsregime, hätten wir sogar schon die Bundeskompetenz. Man müsste es nur machen und damit die Landesgesetze entlasten.

Abg. **Christoph Plett** (CDU): Sie sprachen gerade von automatisierter Datenanalyse. Müssen wir dafür eine eigene Rechtsgrundlage im Gesetz schaffen, oder glauben Sie, dass die mit einem Auffangtatbestand gegeben ist?

Prof. **Dr. Markus Löffelmann:** Wenn man die Maßstäbe zugrunde legt, die das Bundesverfassungsgericht 2023 ausgeführt hat, dann ist das automatisierte Zusammenführen von Daten mit einer eigenen Eingriffsqualität verbunden. Diese Eingriffsqualität kann auch eine bestimmte Bandbreite haben. Das beginnt mit einfachen Suchfunktionen und reicht bis zum Erkennen von Mustern, die manuell nicht erkannt werden könnten, und dem Einsatz von KI. Da kommt es darauf an, was man machen möchte. Die Diskussionen dazu stehen noch ganz am Anfang. Wir hatten vor einem Jahr im Deutschen Bundestag eine Anhörung, in der es um Palantir und Co. ging. Man hat sich dann entschieden, auf Bundesebene eigene Lösungen zu entwickeln.

Vorausgehen müssten dem meines Erachtens eine juristisch-dogmatische Aufarbeitung verschiedener Varianten automatisierter Datenanalysen - da gibt es viele - und eine Bestimmung von deren Eingriffsintensität. Dem müsste man dann wieder - wie in einem Stufenmodell - Eingriffsschwellen zuordnen. Das ist natürlich eine gewaltige Herausforderung. Soweit ich weiß, laufen im Bereich des Polizeirechts im Zusammenhang mit dem großen Projekt „Polizei 20/20“ bereits entsprechende Überlegungen, sodass es also Foren für die Zusammenarbeit gibt. Vielleicht müsste man das für den Verfassungsschutz auch einmal anstoßen und diese Weichenstellungen in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe diskutieren.

Abg. **Christoph Plett** (CDU): Meine nächste Frage betrifft die Erweiterung der Höchstdauer der kurzfristigen Observation auf 48 Stunden. In Ihrer schriftlichen Stellungnahme legen Sie dar, das sei verfassungsrechtlich gar nicht notwendig. Halten Sie eine Änderung dieser Frist für sinnvoll, um eine Flexibilisierung in der Tätigkeit des Verfassungsschutzes zu erreichen?

Prof. **Dr. Markus Löffelmann:** Sie haben meiner Stellungnahme entnommen, dass die Trennlinie zwischen kurz- und längerfristiger Observation ursprünglich aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes kommt und dann erst einmal Eingang in die Strafprozessordnung gefunden hat. Dort hat man sich an der Dauer von 24 Stunden orientiert.

Ich sehe auf jeden Fall einen Unterschied zwischen strafprozessualen Observationen und solchen durch den Verfassungsschutz, weil Observationen durch den Verfassungsschutz ihrer Natur nach längerfristig angelegt sind. Sie beginnen auch schon zu einem viel früheren Zeitpunkt.

Eine verfassungsrechtliche Vorgabe, wo genau die Trennlinie verlaufen muss, kenne ich nicht. Die 48 Stunden, die von Ihnen herangezogen wurden, finde ich einen guten Kompromiss. Ich könnte mir auch noch einen Tag mehr vorstellen. Ich glaube, das ist eine Frage des gesetzgeberischen Gestaltungsspielraums.

Abg. **Christoph Plett** (CDU): Meine letzte Frage betrifft Videoaufzeichnungen Dritter, also anderer Betreiber. Wie beurteilen Sie das, und bedarf es dafür Ihrer Auffassung nach einer eigenen Rechtsgrundlage?

Prof. **Dr. Markus Löffelmann:** Das ist eine sehr interessante Thematik, zu der ich auch kurz ausgeführt habe. In einigen Landesverfassungsschutzgesetzen gibt es Normen, die erlauben, auf solche Videoaufzeichnungen zurückzugreifen. Ich denke, solche Normen sind schon erforderlich. Das ist im Grunde wie ein Auskunftsersuchen. Regelungen zu Auskunftsersuchen gibt es bekanntlich. Wenn man Privatpersonen verpflichtet, Informationen zur Verfügung zu stellen, dann braucht man dafür eine Rechtsgrundlage. Wenn die Privatpersonen von sich aus auf den Verfassungsschutz zugehen und sagen, sie verfügen über interessantes Material, dann würde ich das anders beurteilen.

**Forschungsstelle Nachrichtendienste, Universität zu Köln**

*Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 3 zu Drs. 19/5071 und Drs. 19/5930*

***Per Videokonferenztechnik zugeschaltet:***
*- **Luca Manns,** Geschäftsführer der Forschungsstelle*

**Luca Manns:** Ich darf Sie herzlich von Professor Dr. Markus Ogorek grüßen, der gerade in Paris ist und sich um die künftige Aufstellung des deutsch-französischen Programms kümmert, das wir in Köln seit zehn Jahren mit der Sorbonne betreiben. Das sind immer sehr lange, dicht getaktete Tage. Deswegen bat er mich, Sie zu grüßen und seinen Teil mit vorzustellen.

Herr Marscholleck und Herr Dr. Löffelmann haben gerade schon ganz viel Richtiges gesagt. Deshalb werde ich einige Teile etwas stakkatohaft durchgehen. Sollten Sie Fragen haben, die die schriftliche Stellungnahme nicht beantwortet, dann melden Sie sich danach bitte.

*Zum Gesetzentwurf der Landesregierung*

*Präventionsarbeit als Aufgabe des Verfassungsschutzes (§ 3 Abs. 3 Satz 2 NVerfSchG)*

Gegen die Aufnahme des Begriffs der Prävention in die Beschreibung des Aufgabengebiets der Verfassungsschutzbehörde kann im Grunde genommen niemand etwas haben.

*Streichung der Voraussetzung des Gewaltbezugs bei Verhaltensweisen von Einzelpersonen (§ 4 Abs. 1 Sätze 3 und 4 NVerfSchG)*

Wir müssen uns klarmachen, dass Onlineradikalisierungen mittlerweile sehr schnell verlaufen. Personen sagen in Chatforen ganz merkwürdige Sachen, sie posten merkwürdige GIFs, sie gleiten ab. Aber in den Bereich der möglichen Begehung einer Straftat kommen sie oft erst kurz vor der Tat.

Aus meiner Sicht sollte man auf diese Entwicklung bei den Lone Wolves reagieren und den Gewaltbezug herausnehmen, jedenfalls in seiner bisherigen Pauschalität. Sie können überlegen, dann bei der Verhältnismäßigkeit höhere Hürden vorzusehen. Eine Ein-Personen-Bestrebung, die noch legalistisch und nicht im Gewaltbereich unterwegs ist, hat ein viel geringeres Potenzial, Verfassungsschutzgüter zu bedrohen und zu schädigen, als eine große Vereinigung. Das gehört in die Abwägung, und dann kann man eigentlich damit leben. Auch an dieser Stelle rate ich davon ab, zu eng und zu starr unterwegs zu sein.

*Verdecktes Mithören und Aufzeichnen des öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. b NVerfSchG)*

Die Aufzeichnung des öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen ist nach unser Wahrnehmung - da gab es eben leicht verschiedene Schwingungen - kein besonders tiefer Grundrechtseingriff. Da können Sie sich an dem orientieren, was sich die Landesregierung vorstellt.

*Bildaufzeichnungen zum Zwecke der Identifizierung von Personen durch nachträgliche Erstellung von Einzelbildern (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 NVerfSchG)*

Zur Bildaufzeichnung zur Feststellung von Personenpotenzial wurde einerseits gesagt - ich glaube, von Herrn Marscholleck -: Das ist ein wichtiges Tool für Observanten. Andererseits wurde gesagt - ich glaube, vom LfD in seiner Stellungnahme -: Daraus werden Auswertungen und Vermerke, und dann schwappt das weiter. - Das ist aber eine Frage der Zweckbindung dieser Befugnis. Dem steht nicht grundsätzlich entgegen, dass man am Eingang eines Generalkonsulats oder eines islamistischen Vereins Videoaufnahmen fertigt, um im Nachhinein in Ruhe schauen zu können, um was für Personen es sich handelt.

*Höchstdauer der kurzfristigen Observation (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 NVerfSchG)*

Hinsichtlich des Einsatzzeitraums der kurzfristigen Observation kann ich nur zustimmen: Es gibt keine harte verfassungsrechtliche Definition, wie viel Zeit dabei eingeplant werden kann. 24 Stunden, 48 Stunden - beides ist aus unserer Sicht hinreichend kurz. 48 Stunden binden Sie nicht ganz so stark. Wenn Sie daran drehen wollen, scheint uns das - trotz der mittlerweile kleinteiligen Ausformung des Nachrichtendienstrechts durch Karlsruhe - im verfassungsrechtlichen Rahmen zu liegen.

*Verdecktes Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 NVerfSchG)*

Die Angleichung der Voraussetzungen für das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes außerhalb von Wohnungen unter Einsatz technischer Mittel an die einer längerfristigen Observation haben wir in der schriftlichen Stellungnahme noch relativ positiv gesehen. Nach dem, was wir heute gehört haben, müssen wir uns aber einem etwas restriktiveren Kurs anschließen.

Ich glaube nicht, dass diese Art von Datenerhebung im Rahmen der praktischen Beurteilung in jedem Fall mit G-10-Maßnahmen gleichzusetzen ist; denn es gibt auch nicht öffentlich gesprochenes Wort, das sehr viel weniger sensibel ist als ein zu Hause geführtes, ganz privates Telefonat. Aber natürlich gibt es da Überlappungen, und in diese Richtung geht auch die Rechtsprechung. Das haben wir auch in unserer schriftlichen Stellungnahme angedeutet. Da müssen Sie also noch einmal schauen.

In Niedersachsen ist das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlichen Wortes außerhalb von Wohnungen unter Einsatz technischer Mittel bislang an die hohe G-10-Schwelle gebunden. Egal wie stark und bedrohlich ein Legalist ist - mit G-10-Maßnahmen kommt man nicht an ihn heran. Und nicht alles, was für den Verfassungsschutz von Interesse ist, ist auch strafbe-

wehrt. Man denke zum Beispiel an die ausländische Einflussnahme, über die gerade viel diskutiert wird. Auf Bundesebene gibt es Überlegungen, dazu einen Straftatbestand einzuführen. Wir werden sehen, ob und inwiefern das kommt.

Der G-10-Katalog ist eine relativ starke Anknüpfung. Sie müssen die Schwellen hoch genug setzen, aber das muss nicht zwingend die G-10-Schwelle sein.

*Standortermittlung (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 11 NVerfSchG)*

Zum Einsatz von IMSI-Catchern hat Herr Dr. Löffelmann alles gesagt. Die Anforderungen scheinen uns sehr hoch zu sein. Vielleicht ist die angebotene Differenzierung klug.

*Gewährspersonen als besonderes Hilfsmittel (§ 14 Abs. 3 NVerfSchG)*

Gewährspersonen sind, wenn man sie kategorisieren will, auch aus anderer Sicht nachrichtendienstliche Hilfsmittel und sollten so behandelt werden. Dagegen haben wir also keine Einwände vorzubringen.

*Ausschluss von Vertrauenspersonen, sonstigen geheimen Informanten sowie überworbenen Agenten aufgrund von Straftaten (§ 16 NVerfSchG)*

Etwas problematischer scheint uns der Bereich „Straftaten und V-Leute“ zu sein. Einige Einzelfälle im ersten NSU-Untersuchungsausschuss, gerade von Landesämtern, die sehr außer Kontrolle geraten waren, haben zu teilweise sehr starken Gegenüberlegungen geführt.

Mit Blick auf die Überprüfung auf Straftaten erscheint es uns sehr klug, dass die Verfassungsschutzbehörde nicht mehr selbst prüfen muss, sondern an die Prüfung durch die Staatsanwaltschaften anknüpft. Die Verfassungsschutzbehörde ist keine Strafverfolgungsbehörde. Das Nebeneinander führt zu viel Bürokratie. Sich rechtssicher auf das Ergebnis der Prüfung durch originär zuständige Stellen verlassen zu können, scheint uns ein durchaus gangbarer Weg und kluger Ansatz zu sein.

Wir weisen darauf hin, dass § 9 b Abs. 2 Satz 3 BVerfSchG eine ganz besondere Ausnahmeregelung enthält, die auch im ersten Untersuchungsausschuss zum NSU auf Bundesebene diskutiert wurde. Da geht es um G-10-Katalogstraftaten und den Fall, dass der Einsatz dieses nachrichtendienstlichen Mittels unerlässlich ist. Das ist eine Ausnahme für ganz harte Fälle. Ob auch Sie eine solche Ausnahme schaffen wollen, ist eine politische Entscheidung. Bislang ist eine solche Ausnahme, wie es sie auf Bundesebene gibt, in Niedersachsen nicht vorgesehen.

Die Debatte über die generelle Frage, ob und welche Straftaten Vertrauensleute (V-Leute) begehen dürfen sollen, ist eine typisch deutsche Debatte; das wurde bereits angesprochen.

Bei der Aufklärung von gewaltgeneigten und gewalttätigen Bereichen - vielleicht sogar harten Terrorzellen - sind V-Leute ein wichtigeres Mittel als bei legalistischen Bestrebungen, die man mit Open Source Intelligence (OSINT) abdecken kann. Da steht man vor dem Ihnen allen bekannten Problem, dass man es da nicht mit Musterbürgern zu tun hat, die demnächst auf Lebenszeit verbeamtet werden, sondern mit Personen, bei denen man sich auf einem sehr schmalen Grat befindet zwischen der Tatsache, dass sie Verbindungen zur Szene haben, und der Frage, ob die Führung dieser Quellen durch einen Nachrichtendienst öffentlich vertretbar ist. Das ist ein Grunddilemma.

Individualrechtsgüter dürfen nicht angegriffen werden, aber Staatsschutz- oder Organisationsdelikte sind etwas anderes - das ist in Deutschland ziemlich festgezurrt. Der Gesetzentwurf sieht vor, den Katalog der Staatsschutzstraftaten zu erweitern. Das ist konsequent.

Über die Grundsatzfrage, wie sehr Restriktionen in diesem Bereich bei der Terroraufklärung hinderlich sind, wird weiter zu debattieren sein. Das können wir heute nicht klären. Wenn es so geregelt ist, wie es in Deutschland aus guten Gründen geregelt ist, muss man vor allem die Erwartungen der Öffentlichkeit an den eigenen Nachrichtendienst klären.

*Voraussetzungen für besondere Auskunftsverlangen (§ 20 Abs. 1 bis 4 NVerfSchG)*

Zu den Voraussetzungen für eine Kontostammdatenabfrage haben wir viel geschrieben.

Ich will nur auf einen Aspekt hinweisen: Ich halte die Einbeziehung der Quellenehrlichkeitsprüfung für sehr wichtig. Das Thema Quellenehrlichkeit wird - genauso wie das Thema Eigensicherung - oft nur nebenbei bedacht. Aber Quellenehrlichkeit dient oft auch dem Individualrechtsgüterschutz.

Nehmen Sie an, Sie haben von einer Quelle den Hinweis bekommen, dass jemand Agent sei oder Terrorstraftaten plane. Aber die Quelle hat einfach gelogen; sie wollte an Geld kommen, sie wollte sich wichtigmachen - Sie alle kennen die Gründe. Aber auf dieser Grundlage steht dann morgens um 6 Uhr das SEK bei jemandem vor der Tür und nimmt ihn fest. Das ist ein sehr harter Grundrechtseingriff.

Deswegen ist Quellenehrlichkeit ein ganz wichtiges Gut. Dafür braucht man harte Tools. Sich die Geldbewegungen anzuschauen, ist eine Möglichkeit, die man sich zumindest offenhalten sollte.

*Überprüfung der additiven Wirkung nachrichtendienstlicher Mittel (§ 21 Abs. 3 Sätze 3 und 4 NVerfSchG)*

Diese Regelung ist angesichts der Rechtsprechung konsequent und modern, auch mit Blick auf die vor wenigen Tagen veröffentlichte „Überwachungsgesamtrechnung für Deutschland“. In der Rechtswissenschaft und auch getrieben vom Bundesverfassungsgericht gibt es einen Trend zur Prüfung der additiven Wirkung.

Zwar können in die Prüfung der additiven Wirkung auf Landesebene keine Bundeserkenntnisse einbezogen werden. Aber dass Sie versuchen, zumindest Ihren Bereich abzudecken, ist ein lobenswerter und richtiger Ansatz.

Zu der Frage, wer die Überprüfung durchführen sollte - die G-10-Kommission, der Unabhängige Kontrollrat oder eine andere Institution -: Aus der Karlsruher Entscheidung zu § 5 G 10 haben wir mitnehmen dürfen, dass die G-10-Kommission auf Bundesebene für die sehr aufwendige Prüfung der strategischen Inland-Ausland-Aufklärung nicht geeignet sei. Gefordert sei hauptberuflich tätiges Fachpersonal, gefordert seien Volljuristen.

Diese Entscheidung ist aus meiner Sicht auf die nachrichtendienstlichen Mittel, die auf Landesebene zur Verfügung stehen, nicht eins zu eins übertragbar. Ich glaube schon, dass wir mittelfristig vor dem Ende der G-10-Kommission auf Bundesebene stehen und alles zum Unabhängigen Kontrollrat gehen wird, dass Sie aber auf Landesebene bei der G-10-Kommission bleiben können. Die Frage ist nur, ob sie nicht ein wenig professionalisiert werden sollte. Ich kenne die

Lage in Niedersachsen nicht, aber wir haben schon Schulungen in anderen Ländern durchgeführt, in denen wir Personen, die seit drei oder vier Jahren der G-10-Kommission angehörten, erklären mussten, was es mit dem Kernbereich der privaten Lebensgestaltung auf sich hat. Da ist also viel Musik im Faktischen, auch bei der Personalausstattung, bei den Hilfspersonen.

Von der angesprochenen Richterlösung in Bezug auf den Einsatz von V-Leuten oder die längerfristige Observation - nachrichtendienstliche Mittel, die nach der Entscheidung zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz der Vorabkontrolle unterliegen - halte ich wenig. Ich glaube schon, dass richterliche Kontrolle gut ist; In-Camera-Verfahren klappen zum Beispiel prima. Aber ich bin mir nicht sicher, ob der Amtsrichter am Sitz der Landesregierung neben OK-Sachen, Haftprüfungen und Durchsuchungsbeschlüssen auch die Spezifika eines Nachrichtendienstes und der Bedrohungslagen angemessen würdigen kann. Das ist eine Frage des Einzelfalls und auch wiederum eine Frage der Ausstattung. Aber wenn eine G-10-Kommission auf Landesebene gut arbeitet, dann kann man ihr, wenn man sie aufwertet, schon einiges zutrauen. Das ist eine rein politische Frage, die Sie bewerten müssen.

*Anpassung der Mitteilungspflichten (§ 22 NVerfSchG)*

Zu den Mitteilungspflichten nur ein kleiner Hinweis: Sie wollen eine Erheblichkeitsschwelle einführen. Das ist sicherlich nicht schlecht, damit das nicht uferlos wird. Aber welche Personen sind *erheblich* betroffen? Das weiß wieder kein Mensch. Wir würden sagen: Schreiben Sie doch „nicht unerheblich“. Was das bedeutet, weiß zwar auch kein Mensch, aber die Schwelle ist ein wenig niedriger. Dann bekommen Sie später keine Probleme, wenn Personen, die keine Mitteilung bekamen, doch durchaus nicht unwesentlich betroffen waren. Sie brauchen eine Schwelle, die sicherstellt, dass jeder, der nicht nur ganz kurz betroffen war, informiert wird und die wenigen Leute herausfiltert, die zwar rechtlich betroffen waren, aber faktisch nicht.

*Übermittlung von Daten aus einer Wohnraumüberwachung an die Verfassungsschutzbehörde (§ 25 Abs. 2 Satz 3 NVerfSchG)*

Zur Wohnraumüberwachung ist viel gesagt worden. Dieses Instrument ist aufgrund der Vorgaben des Artikels 13 des Grundgesetzes auf nachrichtendienstlicher Ebene kaum nutzbar. Es wird dort auch nur sehr wenig eingesetzt, wie die Fallzahlen zeigen. Daran werden Sie wenig drehen können.

Die vorgeschlagene Datenweitergabe von der Polizei hingegen gewinnt an Relevanz, wenn die Verfassungsschutzbehörde nicht selber eine Wohnraumüberwachung durchführen darf. Dabei müssen Sie - darauf wurde schon hingewiesen - die Grundsätze beachten, die in den Entscheidungen zum Bayerischen und zum Hessischen Verfassungsschutzgesetz aufgestellt wurden: dringende Gefahr und Subsidiarität.

Schon wegen des Erfordernisses der Subsidiarität wird eine Übermittlung fast nie erforderlich sein. Denn wenn die Polizei Erkenntnisse hat und auf dieser Grundlage vorgehen kann, was soll die Verfassungsschutzbehörde dann noch besser machen? Ich bin mir nicht sicher, ob diese Regelung einen Anwendungsbereich finden wird. Aber wenn Sie die Schwellen richtig regeln, haben Sie kein rechtliches Problem und können das ins Gesetz schreiben. Dann können Sie schauen, wie es sich entwickelt.

*Überarbeitung und Neustrukturierung der Übermittlungsvorschriften (§§ 30 bis 32 NVerfSchG)*

Die Übermittlungsvorschriften überspringe ich komplett. Dazu ist schon so viel Richtiges gesagt und erklärt worden. Das brauchen Sie nicht alles noch einmal von mir zu hören.

*Zum Antrag der Fraktion der CDU*

*Beobachtung von Organisierter Kriminalität als Aufgabe des Verfassungsschutzes (Forderung zu § 3 NVerfSchG)*

Zur Frage der Einbeziehung der OK in die Aufgaben des Verfassungsschutzes tobt ein kleiner Glaubenskrieg. Einige sagen: OK ist Polizeisache. Andere sagen: Nein, OK ist sehr wichtig und bedrohlich.

Ich sehe das nüchtern: In den Niederlanden beispielsweise - wir in Köln sind davon nicht weit weg - gibt es eine Bedrohung von Verfassungsorganen, eine Bedrohung für den Bestand und die Sicherheit des Staates. Der Bestand und die Sicherheit des Staates gehören neben der fdGO zu den Schutzgütern des Verfassungsschutzes. Wenn es solche Akteure gibt, dann kann man gegen sie auf jeden Fall nachrichtendienstlich vorgehen, dann muss man das eigentlich sogar.

Sie stehen also vor der Frage, wie stark Sie die Bedrohung für diese Schutzgüter des Verfassungsschutzes in Niedersachsen bewerten. Das ist eine rein faktische Frage, zu der Sie mehr wissen, als ich aus Nordrhein-Westfalen Ihnen erzählen kann. Mir scheint eine solche Bedrohung in Niedersachsen nicht gegeben zu sein, aber ich halte sie auch nicht für ausgeschlossen.

Wenn Sie die OK in die Aufgaben des Verfassungsschutzes einbeziehen, dann müssen Sie das auch personell abdecken. Nichts ist schlimmer, als wenn Aufgaben im Gesetzes stehen, für die man aber keine Kapazitäten hat, weil in den Bereichen Spionage, Rechtsextremismus und Ausländerextremismus schon viel los ist. Wenn Sie eine neue Aufgabe nicht personell abdecken, dann sollten Sie sie gar nicht erst ins Gesetz schreiben. Sonst gibt das nur Ärger.

*Anpassung der Zweijahresfrist zur Überprüfung des Vorliegens der Voraussetzungen für eine Einstufung als Beobachtungsobjekt (Forderung zu § 6 Abs. 3 NVerfSchG)*

Sie haben - was ich sehr gut finde - die drei Stufen gesetzlich geregelt. Mir sagte jemand aus dem BfV neulich: Niedersachsen hat ein mustergültiges Ordnungsgesetz. - Das fand ich ganz schön, und das stimmt in weiten Teilen. Ob der abschließende Katalog nachrichtendienstlicher Mittel klug ist, sei dahingestellt.

Wenn Sie die drei Stufen regeln, müssen Sie auch Fristen einziehen. Zwei Jahre sind aber tatsächlich sehr wenig. Nehmen wir als Beispiel die AfD: Das ist eine große Bestrebung, da ändert sich viel. Der Prüfaufwand ist sehr hoch. Deswegen schlagen wir vor: Wählen Sie eine etwas längere Frist! Schauen Sie, wie Sie mit drei oder vier Jahren klarkommen! - Wenn es in der Praxis bei Ihnen kein Problem gibt, muss das nicht sein. Aber zwei Jahre sind wirklich eine kurze Zeit.

*Überprüfung der Altersgrenze (Forderung zu § 13 NVerfSchG)*

Es geht hier nicht um das Strafrecht, sondern um frühzeitige Gefahrenverhütung. Es geht nicht um Schuld und Zurechenbarkeit, sondern um die Analyse und Abwehr von Bedrohungen. Des-

halb glaube ich nicht, dass es weiterhilft, den Glaubenskampf aus dem Strafrecht auf das Verfassungsschutzrecht zu übertragen. Sie müssten mit Experten über die Altersgrenze sprechen und dann klug entscheiden.

Bislang haben Sie sich für eine Altersgrenze von 14 Jahren entschieden. Wenn es im Verfassungsschutzrecht künftig 12 Jahre wären, ginge die Welt nicht unter. Im Strafrecht sähe ich das anders.

*Wohnraumüberwachung und Onlinedurchsuchung (Forderung zu § 14 NVerfSchG)*

Der Große Lauschangriff ist ein viel diskutiertes, sensibles Thema. Aber die Musik spielt eigentlich bei der Onlinedurchsuchung. Schauen Sie sich an, was Partner in anderen Staaten leisten! Sie überwachen bekanntlich nicht massenhaft Wohnräume, sondern gehen stärker in die Computersysteme, als wir es mit der erweiterten Quellen-TKÜ nach dem G 10 können.

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, die Schwellen für die Onlinedurchsuchung de facto gleich hoch zu legen wie für die Wohnraumüberwachung. Damit kommt dieses Instrument für den Verfassungsschutz kaum infrage. Das halte ich persönlich für schade, aber da können Sie nicht viel machen. Sie müssen mit den Schwellen aus Karlsruhe operieren, und die sind sehr hoch.

*Anpassung der Eingriffsschwellen für den Einsatz verdeckter Ermittler an die Schwellen für Vertrauenspersonen (Forderung zu § 18 NVerfSchG)*

Ich verstehe - offen gestanden - nicht, warum das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz unterschiedliche Eingriffsschwellen für den Einsatz von verdeckten Ermittlern einerseits und Vertrauenspersonen andererseits vorsieht. Wenn es dafür einen Grund gibt, fände ich es spannend, ihn zu erfahren.

Aus unserer Sicht ist der Einsatz verdeckter Ermittler nicht per se viel eingriffsintensiver als die Inanspruchnahme von V-Leuten. Verdeckte Ermittler operieren zwar unmittelbar für den Staat. Aber sie sind grundrechtsgebunden. Sie sind seriöse Beamte. Sie können viel besser steuern, wann sie in Straftaten, Provokationen usw. hineinlaufen. Sie berichten ehrlicher. Es gibt damit viele Gründe, zu sagen: Der Einsatz verdeckter Ermittler ist - soweit er in der Praxis überhaupt vorkommt - nicht per se ein tieferer Eingriff als die Inanspruchnahme von V-Leuten.

Dass Sie da an den G-10-Katalog anknüpfen, halte ich für viel zu hoch gegriffen. Bei dem starren G-10-Katalog geht es um eng umrissene Straftaten. Ich bin nicht sicher, ob das an dieser Stelle zielführend ist. Ich würde Ihnen jedenfalls raten, die Schwellen für den Einsatz verdeckter Ermittler an die Schwellen für die Inanspruchnahme von V-Leuten anzupassen.

*Dreimonatsfrist für den Einsatz eines verdeckten Ermittlers (§ 21 Abs. 2 Nr. 2 NVerfSchG)*

Die Dreimonatsfrist ist eine sehr kurze Frist für den Einsatz eines verdeckten Ermittlers. Ich glaube nicht, dass man eine so kurze Frist braucht. Bei der Anordnung des Einsatzes eines verdeckten Ermittlers muss immer eine Verhältnismäßigkeitsprüfung erfolgen. Damit kann man eigentlich arbeiten.

*Ergänzende Prüfbitten des Ausschusses vom 28. März 2025*

*Erforderlichkeit der Änderung der Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in § 4 Abs. 3 NVerfSchG*

Es gibt einen riesigen Glaubensstreit unter den Juristen. Viele Verfassungsrechtler sagen, das NPD-II-Urteil ist nur eine Konkretisierung der älteren Rechtsprechung. Einige durchaus gewichtige Stimmen - darunter Markus Ogorek - sagen hingegen, es liest sich schon wie eine Verengung. Ich fasse zusammen: Wir wissen es nicht. Der Streitstand ist uneinheitlich. Wir müssen auf eine Antwort aus Karlsruhe warten.

Hat es überhaupt Auswirkungen auf das Verfassungsschutzrecht, wenn in ihm die Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu Artikel 21 des Grundgesetzes Anwendung findet? Auch zu dieser Frage gibt es zwei Linien. Die eine Linie sagt: Der Beobachtungsauftrag sollte nicht weiter sein als das grundgesetzliche Schutzgut. - Die anderen sagen: Es sind zwei verschiedene Gesetze. Man hätte nicht zwingend den Begriff „freiheitliche demokratische Grundordnung“ nutzen müssen, sondern hätte auch einen Begriff wie „Verfassungsgrundsätze“ nehmen können, wie es ihn im Strafgesetzbuch gibt. - Halten wir fest: Auch hier ist der Streitstand uneinheitlich.

Auf beiden Ebenen ist die Rechtslage also ungeklärt. Darum kann man relativ klar sagen: Sie sind nicht verpflichtet, Ihr Gesetz anzupassen. Und wenn Sie es nicht müssen, dann passen Sie Ihr Gesetz nur an, wenn dies der Einheitlichkeit dient! Wenn Niedersachsen bei dieser ganz zentralen Norm anders fährt als andere Länder, gibt es bei Übermittlungen tausend Probleme. Das sollten Sie Ihrer Behörde nicht antun.

*Erforderlichkeit der Anpassung oder Streichung des Gewaltbegriffs (§ 4 Abs. 5 NVerfSchG)*

Begriffsbestimmungen sind immer eine fließende Angelegenheit. Sie in Niedersachsen machen das sowieso etwas anders als andere Länder. Ob man den Begriff ausweitet, verengt oder abschafft, das ist keine harte verfassungsrechtliche Frage, sondern richtet sich auch nach Ihrem Bedarf.

Der Verfassungsschutz ist ein Frühwarnsystem. Er muss vielleicht in gewisser Weise auch Bestrebungen in den Blick nehmen können, die keine Gewalt im harten strafrechtlichen Sinne des Wortes ausüben. Das ist aber nicht zwingend; eben ist schon viel dazu gesagt worden.

Abg. **Christoph Plett** (CDU): Herzlichen Dank, Herr Manns, für den rheinländischen Pragmatismus in Teilen Ihrer Antworten. Ich habe drei Fragen:

Erstens. Der vorliegende Gesetzentwurf sieht vor - Stichwort: additive Grundrechtsverletzung -, in § 21 Abs. 3 der G-10-Kommission die Aufgabe aufzuerlegen, zu prüfen, ob die gerade zur Entscheidung anstehende Maßnahme in Verbindung mit anderen Maßnahmen zu einem unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte der zu beobachtenden Person führt. Belastende Maßnahmen kann aber nicht nur der Verfassungsschutz ergreifen, sondern auch die Polizei. Wie soll die G-10-Kommission ohne Rechtsgrundlage auch an diese Informationen herankommen?

Zweitens. Sie sprachen von der Ehrlichkeit von Informanten. V-Personen werden höchst sorgsam ausgewählt. Ihre finanziellen Verhältnisse und ihre gesellschaftliche Position müssen im Vorfeld erkundet werden. Bedarf es dazu einer eigenen Rechtsgrundlage, und sehen Sie diese

Rechtsgrundlage im Gesetzentwurf? Wenn wir das zu einem wesentlichen Aspekt der Auswahl von V-Personen machen, dann müssen wir hier doch eventuell gesetzlich nachsteuern.

Drittens. Wenn ich es richtig verstanden habe, müssen Mord und Totschlag bisher gemäß § 31 auf jeden Fall mitgeteilt werden. Künftig soll die Übermittlung entsprechender Informationen ins Ermessen der Verfassungsschutzbehörde gestellt werden. Ich glaube nicht, dass es bei Kapitalverbrechen sinnvoll ist, die Übermittlung von Informationen in das Ermessen der Behörde zu stellen. Vielmehr sollte die Verpflichtung beibehalten werden.

**Luca Manns:** Es ist eine Besonderheit des Nachrichtendienstrechts, dass es zu ihm sehr wenig wissenschaftliche Forschung gibt. Zugleich kommen andauernd tiefgehende und kleinteilige Entscheidungen aus Karlsruhe, die sehr viel verwaltungsrechtlicher anmuten als in anderen Rechtsgebieten. Diese Lage führt dazu, dass der Gesetzgeber es relativ oft einfach versucht und schaut, wie es ausgeht.

Ich habe vor einigen Tagen mit jemandem aus Hessen telefoniert, der mir sagte: Wir haben die Entscheidung zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz eigentlich wortwörtlich in das Hessische Verfassungsschutzgesetz geschrieben, und dann sagt uns das Bundesverfassungsgericht: Der Gesetzgeber unterliegt dem Gebot der Normenklarheit, anders als wir. - Das reine Abschreiben hat also nicht gereicht; der hessische Gesetzgeber muss es noch einmal ausformen. Nachrichtendienstrecht zu schaffen, ist also gerade schwierig. Dass man dabei ein wenig blinzelt, liegt daran, dass niemand weiß, wohin die Reise geht oder ob sie mit der Entscheidung zum Hessischen Verfassungsschutzgesetz zu Ende ist. Ich bin da nicht ganz sicher. Wir werden schauen, was da noch kommt.

Zu Ihren drei Fragen:

Erstens. Bezüglich der additiven Grundrechtseingriffe haben Sie völlig recht. Das Problem ist, dass wir in Deutschland keine Behörde haben, die alles weiß. Ihre Verfassungsschutzbehörde weiß vermutlich nicht, was die Polizei macht - außer es hat gemeinsame Maßnahmen gegeben oder man hat sich ausgetauscht. Jedenfalls gibt es da keinen klaren Informationsweg. Und was die Bundesebene macht, weiß Ihre Behörde erst recht nicht. Sie wissen nicht, was der Zoll macht; der soll auch mal Telefone abhören, observieren oder durchsuchen. Durch die Föderalisierung und durch die Trennung zwischen Nachrichtendiensten, Polizei und Zoll gibt es eine starke Informationszersplitterung.

Niedersachsen kann natürlich nicht anordnen, dass der Bund und die anderen Länder alle Informationen zu Überwachungsmaßnahmen zuliefern. Der Entwurf enthält das, was das Land leisten kann.

Aber Sie haben völlig recht: Wenn man das, was das Bundesverfassungsgericht zu additiven Grundrechtseingriffen sagt, wirklich ernst nähme, müsste man darüber noch einmal nachdenken. Dann hätte man aber wahrscheinlich große Probleme mit der Dogmatik des Bundesverfassungsgerichtes zu Übermittlungsschwellen; da beißt sich die Katze ein wenig in den Schwanz.

Ob man eine Stelle haben will, die - wenn auch theoretisch nur zur Kontrolle der Additivität von Maßnahmen - alles weiß, ist eine gewichtige Frage, auch mit Blick darauf, wie robust das System ist, wenn in einem Land oder im Bund eine Partei regiert, die nicht ganz so sorgsam mit den demokratischen Institutionen und Prozessen umgeht.

Deshalb die klare Aussage: Sie können nur in begrenztem Umfang agieren. Was Sie tun können, sieht der Gesetzentwurf vor. Weiter wird die Reise erst einmal nicht gehen.

Zweitens: Quellenehrlichkeit. Bislang beruft man sich da auf den Schutz der Mittel und Methoden der Nachrichtendienste und arbeitet sich daran irgendwie entlang.

Sie in Niedersachsen haben die Kompetenzen des Verfassungsschutzes aber sehr stark an konkrete Stufen geknüpft; das wurde eben schon erwähnt. Das heißt, Sie gehen nicht aufgrund einer allgemeinen Norm vor und regeln dann spezifische Dinge, sondern Sie regeln alles in einem abschließenden Katalog der nachrichtendienstlichen Mittel und knüpfen daran jeweils Eingriffsschwellen. Das hat sicherlich eine hohe Logik.

Der Bund und einige andere Länder haben solch einen abschließenden Katalog nicht. Die nachrichtendienstlichen Mittel werden eher vage definiert und nur teilweise ausgeformt. Stattdessen knüpft man unmittelbar an die Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden an, wie sie in den §§ 3 und 4 BVerfSchG definiert sind. Was man zur Eigensicherung tut, wie man die Quellenehrlichkeit sichert, das unterliegt dem Mittel- und Methodenschutz; konkreter Regelungen dazu enthält man sich.

Ob Sie das auch so machen könnten, ist fraglich. Wenn Sie sonst alles im Einzelnen regeln, dann sollten Sie - jedenfalls nach meiner vorläufigen Bewertung - überlegen, auch bei den Maßnahmen zur Eigensicherung und zur Quellenehrlichkeit so zu verfahren.

Drittens: Informationsübermittlung. Ich verstehe Ihren Punkt, was Mord und Totschlag angeht. Aber es ist eine Grauzone. In § 100 b StPO sind Mord und Totschlag heute schon enthalten. Bei der Prüfung der Frage, ob man eine Verfassungsschutzbehörde generell zur Informationsübermittlung verpflichtet - unabhängig davon, ob sich solche Pflichten auch aus strafrechtlichen Normen ergeben -, muss man auch im Blick haben: Wenn die Gefahr besteht, im Falle von Straftaten durch denjenigen, der einen führt, „verraten“ zu werden, ist die Bereitschaft einer V-Person oder eines Informanten, für einen Nachrichtendienst tätig zu werden, noch geringer. Andererseits sähe sich der Dienst natürlich sehr schweren Anwürfen ausgesetzt, wenn er sagen müsste: Aus Gründen des Quellenschutzes haben wir darauf verzichtet, Informationen über eine ganz besonders schwere Straftat zu übermitteln, die wir in der staatlichen Sphäre erlangt haben.

Ich glaube, wenn man darüber nachdenkt - was ich gerade laut tue -, muss man zu dem Ergebnis kommen, dass man in der Abwägung mit der staatlichen Pflicht, Personen davor zu schützen, Opfer von Mord und Totschlag zu werden, zu einer Übermittlungspflicht kommen muss. Aber wie gesagt, § 100 b existiert und regelt diesen Bereich.

Abg. **Christoph Plett** (CDU): Ich teile Ihre Auffassung zur Prüfung additiver Grundrechtseingriffe. Aber welche Konsequenz hat das für § 21 Abs. 3? Schließlich unterliegen auch die Entscheidungen der G-10-Kommission einer gerichtlichen Kontrolle.

(Widerspruch des Abg. Michael Lühmann [GRÜNE])

- Aber natürlich können die Entscheidungen der G-10-Kommission überprüft werden.

**Luca Manns:** Überprüft wird die Maßnahme und nicht die Entscheidung der G-10-Kommission, wenn man es ganz genau nimmt. Aber das haben Sie sicherlich so gemeint.

Abg. **Christoph Plett** (CDU): Wenn die G-10-Kommission einer Maßnahme zustimmt, dann unterliegt die Maßnahme natürlich einer Überprüfung. Und die G-10-Kommission entscheidet natürlich auf Grundlage der ihr vorliegenden Tatsachen.

**Luca Manns:** Ja, das ist so. - Ich glaube, mit dem Schutzgut kommt es hin. Die Prüfung additiver Grundrechtseingriffe dient schließlich gerade dem Bürger. Aber die ich glaube nicht, dass Sie die Übermittlungsschwellen hinsichtlich der Nachweisthemen hinbekommen. Wenn Sie die Entscheidungen zum Bayerischen und zum Hessischen Verfassungsschutzgesetz ernst nehmen, schaffen Sie es nicht, eine Norm zu bauen, die zum Zwecke der Additivitätsprüfung Übermittlungen nicht nur durch niedersächsische Behörden vorsieht, sondern auch durch Behörden der anderen Länder und des Bundes. Dafür bräuchte man eine entsprechende Spiegelnorm. Aus diesen Gründen scheint es mir nicht absehbar zu sein, dass das gelingt.

Abg. **Michael Lühmann** (GRÜNE): Bei der additiven Wirkung bewegen wir uns im Prinzip gerade am Einstieg in eine Art Überwachungsgesamtrechnung. Was wir da landesrechtlich regeln können, das regeln wir. Der Rest ist an Schwellen und Hürden und auch an die Überlegungen - die ich vollkommen teile - gebunden, wer damit auf Bundesebene wie umgeht.

Daran knüpfe ich eine Frage zu G 10 und dem Kontrollregime auf Bundesebene an. Wie könnte man sich da eine Regelung vorstellen? Könnte man zum Beispiel gewisse Punkte auslagern? Ich habe zufällig gelesen, dass Sie gesagt haben: Es gibt Regelungsbereiche, die man eigentlich komplett an die Landesbehörden geben könnte - so stand es zumindest im *Spiegel* -, und dafür regelt der Bund andere Themen. Dann könnten gewisse Dinge durch den Unabhängigen Kontrollrat auf Bundesebene kontrolliert werden - wie auch immer man das organisiert.

**Luca Manns:** Aus dem Kreise der G-10-Kommission auf Bundesebene höre ich, dass man nicht daran glaubt, dass eine G-10-Kommission auf Bundesebene mittelfristig noch sinnvoll ist, wenn immer mehr Kompetenzen zum Unabhängigen Kontrollrat abwandern. Ich glaube, es war Herr Dr. Löffelmann, der vorhin sagte, dass man auch die Kontrolle der Inland-Ausland-Fernmeldeaufklärung an den Unabhängigen Kontrollrat übergeben wird, wenn jemand aufgrund des eindeutigen Obiter Dictum im Beschluss zu § 5 G 10 klagen sollte. Der G-10-Kommission bliebe dann noch die Kontrolle der Maßnahmen nach § 3 G 10, also der klassischen Individual-TKÜ. Für alles andere wäre - zumindest nach dem Willen der alten Bundesregierung und der Rechtsprechung - der Unabhängige Kontrollrat zuständig. Dann könnte man die G-10-Kommission auf Bundesebene auch abschaffen. So hätte sie wirklich keinen Sinn mehr.

Auf Landesebene gibt es aber keine strategische Aufklärung. Das heißt, es gibt auf Landesebene keinen hohen Grundbedarf an Personal - auch technischem Personal -, wie ihn der Unabhängige Kontrollrat hat.

„Unabhängiger Kontrollrat“ ist der Name einer Aufsichtsorganisation, in der Personen, die vorher Richter und Staatsanwälte waren, hauptberuflich mit einem Team arbeiten. Das ist aber nur ein Label. Das gleiche Ergebnis hätte man, wenn man erstens fordern würde, dass die Mitglieder einer G-10-Kommission Volljuristen sein müssen, zweitens den Mitgliedern eine höhere Entschädigung zahlen oder sie teilweise in ihrem Hauptamt freistellen würde und drittens der Kommission ein Team zur Seite stellen würde.

Sie brauchen also keinen Unabhängigen Kontrollrat zu erfinden, um das zu machen, was Sie machen wollen. Mit einer entsprechenden Konzeption kann das auch die G-10-Kommission.

Ich habe schon vorhin gesagt, dass ich mit der Zuständigkeit eines Richters am Amtsgericht nicht glücklich wäre. Bei der Anhörung im Hessischen Landtag sagten auch die anderen Anzuhörenden: Es droht die Gefahr, dass das nebenbei erledigt wird. - Darüber hinaus wäre die G-10-Kommission weiter für die G-10-Maßnahmen, für die Telekommunikationsüberwachung zuständig. Wenn dann für die Überprüfung des Einsatzes von V-Leuten und von längerfristigen Observationen ein Richter zuständig wäre, könnte die Additivitätsprüfung nicht gelingen. Und alle Zuständigkeiten beim Richter zu versammeln, auch die für G-10-Maßnahmen, wäre eine ganz neue Vorstellung.

Deswegen denke ich: Wir werden bei der Zuständigkeit der G-10-Kommission landen, die man dafür fitmachen muss. Wie fit sie schon heute ist, ist in den Ländern unterschiedlich.

Der Unabhängige Kontrollrat hat ein richtig großes Team. Ich glaube, es sind inzwischen 80 bis 100 Leute, die ihn im technischen und juristischen Bereich zuarbeiten. Der Kontrollrat selbst besteht aus hauptberuflich tätigen Personen. Ein solches gerichtsähnliches Gremium kann die Kontrolle effizient und schnell durchführen, und darauf kommt es am Ende an.

Zur Verlagerung von Kompetenzen des Landes auf den Bund gab es vergangenes Jahr einen Aufsatz von Herrn Schlömer in der *Zeitschrift für Rechtspolitik.* Er arbeitet bei der Bundestagsverwaltung und hat das sehr gut aufgedröselt. Das Endergebnis: Das ginge wahrscheinlich, wäre aber sehr kompliziert. - Realistischerweise muss man aber sagen, dass die Reise nicht in diese Richtung geht.

Abg. **Michael Lühmann** (GRÜNE): Sie haben zwei Punkte genannt, wie man sich über die fdGO-Definition streiten kann. Ein Punkt ist auch die Frage der Relevanz. Vorhin ist bisweilen bestritten worden, dass das überhaupt eine Relevanz hat. Sie sagen schon deutlich: Wenn wir das ändern würden, hätte das eine Relevanz, weil es Einfluss auf Kooperationen und Übermittlungen hätte, wenn man mit unterschiedlichen Grundbegriffen arbeiten würde. Eine Änderung wäre also von nicht unerheblicher Bedeutung.

**Luca Manns:** Ich glaube schon, dass es noch klappen würde, wenn man sich der Theorie anschlösse, dass die Definition durch das NPD-II-Urteile verengt wurde, und diese Definition in das Landesgesetz übertragen würde.

Es liegt zum Beispiel nahe, dass ein ethnisch-kultureller Volksbegriff in Konflikt mit Artikel 3 des Grundgesetzes steht - Bürger erster und zweiter Klasse. Aber die Verwaltungsgerichte sagen schon jetzt in den AfD-Verfahren alle: Das ist ein direkter Angriff auf die Menschenwürde. An den Universitäten wurde lange Zeit gelehrt, dass in den wenigsten Fällen auf eine Bedrohung der Menschenwürde abzustellen ist - bei Folter vielleicht oder bei einem Flugzeugabschuss. Aber die Dogmatik hat sich geändert. Mittlerweile sagt man relativ locker, dass ein einfacher Grundrechtsverstoß auch ein Verstoß gegen die Menschenwürde sein kann. Und die Menschenwürde ist als zentrales Prinzip auf jeden Fall von der Definition der fdGO umfasst, auch in der Fassung des NPD-II-Urteils.

Aber wahrscheinlich würde eine Änderung der Definition Prüfaufwand auslösen. Wenn es um eine Übermittlung von Daten von einer Behörde A an eine Behörde B geht und für diese Behörden unterschiedliche Kompetenzrahmen und Aufgabenzuordnungen gelten, dann müsste man einen Textblock schreiben, warum die unterschiedlichen Definitionen doch keinen Unterschied machen. Diese Mühe sollte man sich ersparen. Das Ganze würde eher zu einem Ärgernis im

Bereich der Dokumentation und in gerichtlichen Verfahren, als dass es zu einem Wegfall von Aufgaben für den niedersächsischen Verfassungsschutz durch eine Verengung der Zuständigkeit führen würde.

Eine solche Abweichung muss nicht sein. Der Trend zur Homogenität ist sehr sinnvoll. Sie sollten eher diesen Trend fördern, als in vorauseilendem Gehorsam zu versuchen, eine sehr unklare Rechtslage ins Gesetz zu übertragen, wozu Sie jedenfalls nicht verpflichtet sind. Gut gemeint wäre da am Ende nicht gut gemacht.

**Professor Dr. Mattias G. Fischer**
Hessische Hochschule für Öffentliches Management und Sicherheit, Kassel

*Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 9 zu Drs. 19/5071 und Vorlage 12 zu Drs. 19/5930*

Prof. **Dr. Mattias G. Fischer:** Ich möchte drei Punkte ansprechen. Zwei Punkte betreffen die gestellten Zusatzfragen, und der dritte Punkt ist einer, der aus meiner Sicht bisher zu kurz gekommen ist - Herr Manns hat ihn kurz angesprochen -, und zwar die Absenkung der Anforderungen für die Beobachtung von Einzelpersonen. Dieser Punkt ist im Gesetzentwurf enthalten und auch im Entschließungsantrag der Fraktion der CDU genannt.

*Streichung der Voraussetzung des Gewaltbezugs bei Verhaltensweisen von Einzelpersonen (§ 4 Abs. 1 Sätze 3 und 4 NVerfSchG)*

Besondere Bedeutung kommt den Normen zu, welche die Beobachtungsobjekte des behördlichen Verfassungsschutzes definieren. Sie legen den äußeren Rahmen der nachrichtendienstlichen Tätigkeit maßgeblich fest und determinieren insoweit auch den Anwendungsbereich der nachrichtendienstlichen Befugnisse.

Die Beobachtung von Einzelpersonen ist bisher nur dann zulässig, wenn deren verfassungsfeindliche Verhaltensweisen „auf Anwendung von Gewalt gerichtet oder aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut dieses Gesetzes erheblich zu beschädigen“. Nach dem Gesetzentwurf soll diese Einschränkung zukünftig vollständig entfallen. Zukünftig sollen auch bei Einzelpersonen Verhaltensweisen genügen, die auf die Verwirklichung verfassungsfeindlicher Ziele gerichtet sind.

Diese Ausweitung der Beobachtung von Einzelpersonen ist kritisch zu sehen. Sie erweist sich erstens als im Gesetzentwurf bereits sicherheitspolitisch nicht hinreichend begründet und führt zweitens zu einem Widerspruch zum Kernauftrag des Verfassungsschutzes. Zudem liegt ihr - entgegen der Begründung des Gesetzentwurfes - keine verfassungsrechtliche Regelungsverpflichtung zugrunde. Im Gesetzentwurf heißt es, das müsse quasi der Landesgesetzgeber verpflichtend nachvollziehen.

Schon die sicherheitspolitische Begründung ist aus meiner Sicht nicht wirklich nachvollziehbar. Der behördliche Verfassungsschutz hat im Kern die Aufgabe, Bestrebungen zu beobachten, die auf die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtet sind oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes insgesamt erschüttern wollen. Derartigen Bestrebungen ist eine gewisse „Relevanzschwelle“ inhärent: Sie sind regelmäßig erst be-

deutsam, wenn sie von Personenzusammenschlüssen ausgehen, also von einer mehr oder weniger verbundenen Personenmehrzahl. Klassischerweise sind das politische Parteien oder Vereine; es können aber auch Gruppierungen von geringerem Organisationsgrad sein. Einzelpersonen, die tatsächlich isoliert agieren, sind grundsätzlich nicht dazu in der Lage, die Verfassungsordnung als solche ernsthaft herauszufordern. Die Beobachtung einer Einzelperson widerspricht insofern der Kernaufgabe des nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes, wenn die Person keinerlei Bezüge zu einem Personenzusammenschluss aufweist.

Dessen ungeachtet kann auch eine terroristisch agierende Einzelperson den inneren Frieden erschüttern. Denken Sie beispielsweise an die Anschläge von Anders Breivik in Norwegen 2011, an das OEZ-Attentat in München 2016 oder die Anschläge von Hamburg 2017, Halle 2019, Hanau 2020 oder Mannheim 2024. Vor diesem Hintergrund ist es zumindest nachvollziehbar, mit dem noch geltenden Recht in der Gewaltorientierung verfassungsfeindlicher Verhaltensweisen sozusagen die nötige „Relevanzschwelle“ auch für die Beobachtung von Einzelpersonen zu sehen. Die Gewaltorientierung kann es rechtfertigen, dass die Verfassungsschutzbehörde ausnahmsweise auch Einzelpersonen als Beobachtungsobjekte führen darf, die eben nicht in einem oder in Bezug auf einen Personenzusammenschluss handeln.

Welchen Stellenwert die Gewaltorientierung insgesamt für die Kernaufgabe des nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes hat, macht insbesondere das Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen deutlich, das bestimmt, dass die Behörde diesbezüglich ihre „Schwerpunkte beim Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel im Bereich der gewaltorientierten Bestrebungen und Tätigkeiten“ zu setzen hat.

Für die Änderung der Rechtslage und damit die normative Beseitigung des Ausnahmecharakters der Beobachtung von Einzelpersonen ist schon kein sicherheitspolitisches Bedürfnis dargelegt.

Die Gesetzesbegründung weist zutreffend darauf hin, dass - das ist heute schon mehrfach angeklungen - „insbesondere soziale Medien … Einzelpersonen eine enorme Wirkungsbreite für Agitation und Hassbotschaften“ eröffnen, „sodass (eruptive) Radikalisierungsverläufe auch ohne die Zugehörigkeit zu einer Gruppierung möglich sind“. So steht es auch in der Begründung der entsprechenden Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes. Die zahlreichen terroristischen Anschläge von Einzeltätern, insbesondere seit den 2010er-Jahren - ich habe sie schon kurz erwähnt -, zeigen das Bedürfnis auf, Verfassungsfeinde „bereits im Vorfeld militanter Handlungen in den Blick nehmen zu können“.

Genau das ermöglicht aber bereits das geltende Recht. Die Beobachtung von Einzelpersonen setzt gegenwärtig auch keineswegs voraus, dass „militante Handlungen“ bereits begangen wurden, sondern verlangt Verhaltensweisen, die „auf Anwendung von Gewalt gerichtet“ sind. Noch bedeutsamer ist und nicht unterschlagen werden darf, dass das geltende Recht in Bezug auf Einzelpersonen schon jetzt keineswegs zwingend eine Gewaltorientierung verlangt. Nach dem Gesetz können Einzelpersonen schon heute auch dann beobachtet werden, wenn die Verhaltensweisen der betreffenden Personen „aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut erheblich zu beschädigen“.

Angesichts dieses aus meiner Sicht jedenfalls nicht nachvollziehbar begründeten sicherheitspolitischen Bedarfs ist es umso problematischer, dass sich die geplante Neuregelung in einen Widerspruch zur Kernaufgabe des Verfassungsschutzes setzen würde. Einzelpersonen, die tatsächlich isoliert agieren, sind grundsätzlich nicht dazu in der Lage, die Verfassungsordnung als solche

ernsthaft herauszufordern. Die Beobachtung einer Einzelperson widerspricht insofern der Kernaufgabe des Verfassungsschutzes und verlangt jedenfalls normativ nach einer erhöhten Eingriffsschwelle, die nach dem Gesetzentwurf aber zukünftig entfallen soll. Dass die Regelung zur Beobachtung von Einzelpersonen als Ermessensnorm ausgestaltet werden soll, wie es jetzt vorgesehen ist, stellt jedenfalls keinen adäquaten Ersatz für diese erhöhte Einsatzschwelle dar.

Bezeichnenderweise - das fand ich sozusagen gesetzeshistorisch ganz spannend - heißt es bereits in der Gesetzesbegründung zur Novellierung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes aus dem Jahr 1991, dass die Beobachtung von isoliert agierenden Einzelpersonen erst dann zulässig sein darf, wenn deren verfassungsfeindliche Aktivitäten „in ihrer Relevanz oder Gefährlichkeit einem organisierten Zusammenwirken mehrerer Personen gleichstehen“. Mit der erhöhten Eingriffsschwelle des § 4 Abs. 1 Satz 3, die noch im Gesetz steht, sollte - so die Gesetzesbegründung aus dem Jahr 1991 - auch normativ sichergestellt werden, dass eine den Verfassungsschutzbehörden „vielfach unterstellte ‚Gesinnungsschnüffelei‘, also die Beobachtung einer extremistischen Einstellung als solcher, nicht stattfinden darf“. An diesem Bedürfnis sollte sich wohl nichts geändert haben. Ich empfehle daher, keine Absenkung der Anforderungen für die Beobachtung von Einzelpersonen vorzunehmen.

Diese Absenkung ist - entgegen der Begründung des vorliegenden Gesetzentwurfs - auch keineswegs zwingend durch den Landesgesetzgeber vorzunehmen. Es gibt seit 2021 eine entsprechende Regelung, die diese Anforderungen herabsetzt, und zwar im Bundesverfassungsschutzgesetz. Sie sieht sich natürlich inhaltlich denselben Einwendungen ausgesetzt wie die geplante niedersächsische Neuregelung. Aber eine Verpflichtung zur Übernahme - das ist der entscheidende Punkt - besteht nicht. Der Bund verfügt auf dem Gebiet des Verfassungsschutzrechts nur über die Gesetzgebungskompetenz zur Regelung der „Zusammenarbeit des Bundes und der Länder“ und über die Kompetenz zur normativen Ausgestaltung einer „Zentralstelle“ zur „Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes“. Grundsätzlich fällt das materielle Verfassungsschutzrecht also in die Verfassungsschutzhoheit der Länder.

Man kann zwar davon ausgehen, dass es vorrangig dem Bundesgesetzgeber obliegt, den Verfassungsschutz als Aufgabe entsprechend den Vorgaben des Grundgesetzes zu umschreiben und inhaltlich zu konkretisieren; da sind wir wieder beim Thema „freiheitliche demokratische Grundordnung“. Bei der geplanten Neuregelung in Bezug auf die Einzelpersonen geht es aber in der Sache nicht um eine Aufgabennorm, sondern um eine Befugnisnorm, was man schon an der Ausgestaltung als Ermessensnorm sehen kann.

Zu dieser Bestimmung hervorzuheben ist abschließend, dass die Mehrzahl der Landesverfassungsschutzgesetze nach wie vor an den erhöhten Anforderungen für die Beobachtung von Einzelpersonen festhält. Auch Niedersachsen sollte das tun.

Nun noch kurz zu den beiden Zusatzfragen:

*Erforderlichkeit der Anpassung oder Streichung des Gewaltbegriffs (§ 4 Abs. 5 NVerfSchG)*

Eine Streichung oder Änderung des Gewaltbegriffs halte ich nicht für erforderlich.

*Erforderlichkeit einer Änderung der Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (§ 4 Abs. 3 NVerfSchG)*

Die Frage, ob durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus 2017 zum NPD-Verbotsverfahren tatsächlich eine Verengung der Definition vorgenommen wurde, die nachzuvollziehen wäre, wird in der rechtswissenschaftlichen Literatur in der Tat völlig unterschiedlich beantwortet, sodass es aus dieser Perspektive jedenfalls keine Klarheit gibt, wie Herr Manns schon angedeutet hat. Da würde ich mich anschließen.

Einen weiteren Punkt in diesem Zusammenhang hat Herr Marscholleck angesprochen: Bei der Konkretisierung des verfassungsrechtlichen Begriffs der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wird man wohl von einer vorrangigen Bundeskompetenz ausgehen müssen, das als Grundlage der Zusammenarbeit zu definieren, sodass jenseits aller praktischen Probleme, die beständen, wenn das in den Ländern unterschiedlich definiert würde, auch insoweit die Regelung gilt: Bundesrecht bricht Landesrecht. Insofern müsste man tatsächlich den Bundesgesetzgeber dazu bewegen, eine Änderung vorzunehmen.

Abschließend noch ganz kurz zu einem Punkt im Entschließungsantrag, der heute Morgen am Anfang der Anhörung angesprochen worden ist und mir wichtig erscheint:

*Streichung von Vorschriften mit der Begründung, in ihnen komme ein Misstrauen gegen den Verfassungsschutz zum Ausdruck (Forderung zu § 6 Abs. 5, § 9 Abs. 1 Satz 1 sowie § 15 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 NVerfSchG)*

Natürlich sind alle Verwaltungsbehörden an Recht und Gesetz gebunden. So steht es in Artikel 20 Abs. 3 des Grundgesetzes. Diese sogenannte Gesetzmäßigkeit der Verwaltung stellt den obersten Grundsatz allen Verwaltungshandels dar. Als Verfassungsgrundsatz ist er so selbstverständlich, dass die einschlägigen Fachgesetze diesen Satz nicht wiederholen müssen.

Demgegenüber heißt es aber in § 9 des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes, dass die Verfassungsschutzbehörde „an die allgemeinen Rechtsvorschriften gebunden“ ist. Da kann man natürlich fragen, was „allgemein“ heißt, und da wird es schon richtig problematisch. Diese Norm ist jedenfalls im bundesweiten Vergleich aller Verfassungsschutz- und Polizeigesetze einzigartig. Man kann sagen: Indem der Gesetzgeber es für notwendig hält, die Beschäftigten des Verfassungsschutzes ausdrücklich an den selbstverständlichen Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung zu erinnern, bringt er zum Ausdruck, dass er jedenfalls die Nichtbeachtung dieses Grundsatzes befürchtet. Damit wären wir dann doch bei einem gewissen Misstrauen des Gesetzgebers gegenüber den Beschäftigten.

Fraglos muss sich gerade der Verfassungsschutz angesichts zahlreicher Skandale einer behördenkritischen Betrachtung unterziehen. Auch das Unvermögen und die Verfehlungen des Verfassungsschutzes etwa im NSU-Komplex sind wohl wesentlich auf personelle Mängel zurückzuführen. Diesen Mängeln kann aber wirksam nicht mit deklaratorischen, Misstrauen ausdrückenden Normen begegnet werden. Insoweit helfen nur faktische Änderungen der Behördenkultur. Jedenfalls diese Norm sollte deshalb aus meiner Sicht ersatzlos gestrichen werden.

Abg. **Christoph Plett** (CDU): Was halten Sie von befristet angelegten, projektbezogenen Dateien wie zum Beispiel der Syrien-Datei, die damals angelegt worden ist, um alle Personen zu erfassen, die nach Syrien ausreisen und dort für den IS kämpfen wollten? Brauchen wir dafür eine eigene Rechtsgrundlage im Gesetz?

Prof. **Dr. Mattias G. Fischer:** Dafür kann man eine Rechtsgrundlage schaffen; das wäre rechtlich möglich. Die Frage wäre, wie man sie inhaltlich ausgestaltet.

Abg. **Christoph Plett** (CDU): Meine zweite Frage habe ich auch schon Professor Dr. Löffelmann gestellt. Sie betrifft den Zugriff auf Videomaterial von Dritten und insbesondere auch das Auswerten von Asservaten, die dem Verfassungsschutz anonym zugesandt bzw. übermittelt werden. Bedarf es dafür einer Rechtsgrundlage?

Prof. **Dr. Mattias G. Fischer:** Herr Dr. Löffelmann hat bereits darauf hingewiesen, dass das ein ganz wichtiger Punkt ist. Dafür brauchen wir eine Rechtsgrundlage; da gibt es einen entsprechenden Bedarf. Eine solche Regelung könnte und müsste man schaffen.

Abg. **Christoph Plett** (CDU): Die Kommunikation wird immer digitaler. Wie beurteilen Sie vor diesem Hintergrund, dass die Onlinedurchsuchung in dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht enthalten ist?

Prof. **Dr. Mattias G. Fischer:** Verfassungsrechtlich wäre das machbar; man könnte die Onlinedurchsuchung im Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz regeln. Der Anwendungsbereich würde allerdings angesichts der Schwellen, die das Bundesverfassungsgericht formuliert hat, höchst eingeschränkt sein, sodass das praktisch vielleicht kaum nutzbar wäre. Aber, wie gesagt, man kann nicht ausschließen, dass so ein Fall kommt. Von daher: Regelbar ist es, aber den tatsächlichen Mehrwert würde ich in Zweifel ziehen.

Abg. **Christoph Plett** (CDU): In der Tat hat das Bundesverfassungsgericht für die Onlinedurchsuchung höchste Hürden aufgestellt. In diesem Zusammenhang habe ich eine rechtspolitische Frage: Halten Sie diese Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vor dem Hintergrund, dass wir Informationen über geplante Anschläge zum Teil nur durch fremde Dienste erlangen, überhaupt noch für zeitgemäß?

Prof. **Dr. Mattias G. Fischer:** Ihre Frage ist, ob die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts überzeugend ist oder nicht. Wir müssen damit leben. Entscheidend ist letztlich nicht, was in der Verfassung steht, sondern was das Bundesverfassungsgericht sagt, was in der Verfassung steht. Daran sind wir gebunden. Insofern möchte ich mich dazu nicht weiter äußern.

**Dr. Jakob Hohnerlein**
Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität, Sicherheit und Recht, Freiburg

*Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 7 zu Drs. 19/5930*

**Dr. Jakob Hohnerlein:** Mit Blick auf die Zeit möchte ich nur auf wenige Komplexe näher eingehen: erstens auf die Übermittlungsvorschriften und zweitens auf den Begriff der fdGO.

Eigentlich wollte ich auch noch zur Beobachtung von Einzelpersonen ausführen. Dazu möchte ich mich aber voll und ganz meinem Vorredner anschließen: Auch ich bin der Auffassung, dass es eigentlich nicht zur Aufgabe des Verfassungsschutzes, die sich auf Bedrohungen für das Gemeinwesen insgesamt bezieht, passt, Einzeltäter zu beobachten, die außerhalb von Organisationen stehen. Aber wenn man doch eine Regelung dazu treffen möchte, dann halte ich die bisherige Regelung für eine recht gute Eingrenzung.

*Überarbeitung und Neustrukturierung der Übermittlungsvorschriften (§§ 30 bis 32 NVerfSchG)*

Zu Beginn meiner Ausführungen zu diesem Thema möchte ich - gleichsam einen Schritt zurücktretend - beleuchten, worin der Sinn dieses informationellen Trennungsgebots liegt, das sich letztlich in den Übermittlungsvorschriften ausdrückt. Damit sind wir bei der Aufgabe des Verfassungsschutzes, die begrenzt ist: Es geht nicht um eine allgemeine Kriminalitätsprävention. Das ist die Aufgabe der Polizei und der Strafverfolgungsbehörden, denen dafür umfassende Befugnisse eingeräumt wurden, auch zur heimlichen Überwachung - aus gutem Grund.

Die Aufgabe des Verfassungsschutzes wird in § 3 Abs. 1 deutlich benannt: Er befasst sich mit Bedrohungen des Staats und der freiheitlichen demokratischen Grundordnung insgesamt. An dieser Stelle setzt die Idee an, dass in diesem Zusammenhang sozusagen zufällig erfasste Informationen zu konkret bevorstehenden Straftaten unter gewissen Voraussetzungen weitergegeben werden dürfen. Aber dieses Recht zur Informationsweitergabe darf nicht jede Art von Straftat betreffen; denn sonst ergäbe das Prinzip der informationellen Trennung keinen Sinn.

An dieser Stelle kommt die Schwelle zur besonders schweren Straftat zum Tragen. Das bedeutet, dass die Aufklärungsbefugnisse der Strafverfolgungsbehörden und Gefahrenabwehrbehörden in Bezug auf die leichte und mittlere Kriminalität ausreichen müssen. Bei der Bestimmung, was eine schwere Straftat ist, liegt der Teufel im Detail. Diese Schwelle wollen Sie mit einem Katalog definieren, womit Sie der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nachkommen. Aber ob man das mit dem vorgeschlagenen Katalog bewerkstelligen kann, da hege ich bei so manchem Detail doch gewisse Zweifel. Denn das Bundesverfassungsgericht hat bekanntlich nicht allein Übermittlungsschwellen - Was muss man wissen? Wie konkret müssen Taten bevorstehen? - aufgestellt, sondern die Übermittlungsbefugnis ist auch auf bestimmte Rechtsgüter beschränkt.

Dabei ist - auch nach den jüngsten Entscheidungen - der Strafrahmen ein ganz zentraler Ansatzpunkt: Bei einer Höchststrafe von mehr als fünf Jahren - also de facto zehn Jahren - handelt es sich wohl um besonders schwere Straftaten. Auch durch den Verweis auf die Kataloge in den §§ 100 b und 100 g StPO sind damit Straftaten erfasst, die nicht dem Bereich der ganz besonders herausragenden Rechtsgüter zuzuordnen sind, die das Bundesverfassungsgericht in den Entscheidungen eingrenzend genannt hat. Zu diesem Bereich zählen die originären Rechtsgüter des Verfassungsschutzes - also freiheitliche demokratische Grundordnung und Bestand des Staates - sowie Leib, Leben und Freiheit der Person; für Sachen gilt das nur ganz eingeschränkt, nämlich für Sachen von erheblichem Wert, wenn ihre Erhaltung für das Gemeinwesen von Bedeutung ist. Damit fällt viel aus dem Katalog, zum Beispiel Eigentums- und Vermögensdelikte, auch wenn es im Strafrecht Gründe geben kann, diese höher zu bestrafen. Meines Erachtens ist von dieser engen Rechtsgutdefinition nicht alles erfasst, was in den genannten StPO-Vorschriften genannt wird. Neben Eigentums- und Vermögensdelikten wären bestimmte Verstöße gegen das Ausländerrecht oder gegen das Betäubungsmittelrecht als Beispiele zu nennen.

Ich meine, diese Regelung sollten Sie überarbeiten, wenn Sie keinen Schiffbruch in Karlsruhe riskieren wollen.

Mir scheint eine weitere Regelung, die Sie vorsehen, im Zusammenhang mit den Übermittlungsvorschriften äußerst problematisch zu sein: Das ist § 30 Abs. 1 Satz 3, eine sehr offen formulierte Ausnahmeklausel. In der Rechtsordnung insgesamt sind mancherorts solche Ausnahmeklauseln

mit dem Ziel einer gewissen Flexibilität durchaus bekannt. Denken Sie beispielsweise im Zivilrecht an unwirksame Verträge, wofür es neben speziellen Regelungen auch die recht allgemein gehaltene Regelung gibt, dass sittenwidrige Verträge nichtig sind.

Aber es gibt Bereiche in der Rechtsordnung, die bezüglich der Grundrechte sensibler sind, in denen man so nicht vorgehen kann, sondern in denen dem Gesetzgeber - also letztlich Ihnen - abverlangt wird, die Voraussetzungen genauer zu definieren. Das Argument, das in der Begründung anklang, eine Übermittlung zu einem Sachverhalt außerhalb des Katalogs könne ja auch verhältnismäßig sein, mag materiell richtig sein. Aber an der Stelle ist die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ganz klar: Es bestehen zwei Anforderungen nebeneinander. Erstens muss die inhaltliche Verhältnismäßigkeit bestehen. Zweitens müssen die wesentlichen Dinge formell im Gesetz geregelt sein.

Gerade im hier diskutierten Bereich des Sicherheitsrechts hat das Bundesverfassungsgericht für die einzelnen Informationserhebungsbefugnisse und insbesondere auch für die Übermittlungsbefugnisse immer wieder ganz klar gemacht, dass es hierzu sehr detaillierte Normen erwartet. Insofern ist eine solche Ausnahmeklausel wohl nicht möglich. Ich bin mir relativ sicher: Wenn diese Regelung vom Bundesverfassungsgericht geprüft würde, würde sie kassiert.

*Erforderlichkeit einer Änderung der Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (§ 4 Abs. 3 NVerfSchG)*

Der Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung scheint mir ein sehr wichtiges Thema zu sein, zu dem sich unterschiedliche Fragen ergeben.

Die erste ist inhaltlicher Natur: Stimmt es überhaupt, dass das Bundesverfassungsgericht 2017 den Begriff durch das NPD-Urteil verengt hat? Einige meiner Vorredner vertraten die Sichtweise, dass dies verfassungsrechtlich sehr offen sei. Diese Einschätzung teile ich, ehrlich gesagt, nicht. Meiner Meinung nach kann man das NPD-Urteil ganz deutlich so verstehen: In der Rechtsprechung der 50er-Jahre hat man auf sehr konkrete Elemente der demokratischen Ordnung des Grundgesetzes abgestellt. Daran gab es aber viel Kritik. In dem Urteil wird diese Kritik aufgenommen und argumentiert, dass ein neuer Ansatz benötigt wird, der sich stärker auf die Frage bezieht, was für einen freiheitlichen Verfassungsstaat wirklich unabdingbar ist.

In den konkreteren Ausführungen wird letztlich deutlich, dass mit der neueren Definition schon etwas anderes gemeint ist als mit den alten Begriffsbestimmungen im SRP- und im KPD-Urteil. Deutlich wird das beispielsweise im Bereich Demokratie, zu dem das Bundesverfassungsgericht nun eigentlich nur noch verlangt, dass es in irgendeiner Weise demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger und eine demokratische Legitimation der Staatsgewalt gibt, ohne dass es sich auf eine bestimmte repräsentative Form der Demokratie festlegt, wie es im KPD-Urteil der Fall war.

Was den Schutz der Grundrechte angeht - auch das wurde vorhin schon angesprochen -, macht es einen Unterschied, ob nur die Menschenwürde oder ob irgendwie alle im Grundgesetz konkretisierten Rechte erfasst sind, beispielsweise auch das Recht auf Eigentum. Ich gebe Herrn Manns darin recht, dass manche Aspekte der Einzelgrundrechte auch von der Menschenwürde erfasst sind. Das sieht man auch in den AfD-Urteilen. Aber das ist nicht durchgehend der Fall.

Um es einmal plastisch zu machen: In den vergangenen Jahren wurde über die Beobachtung von Klimaaktivistinnen und -aktivisten durch den Verfassungsschutz diskutiert. Dabei wurde auch

argumentiert, sie träten für ganz andere staatliche Strukturen ein und seien kritisch gegenüber dem Eigentum. Was das angeht, bin ich mir doch sehr sicher, dass eine solche Argumentation nach der Rechtsprechung im NPD-Urteil nicht mehr gedeckt ist. - So viel zu dem ersten - inhaltlichen - Aspekt.

Die zweite Frage: Gilt das für den Verfassungsschutz? - Daran kann man nicht wirklich zweifeln. Machen wir uns noch einmal die Aufgabe des Verfassungsschutzes klar! Die Informationen werden schließlich nicht „einfach so“, nicht als Selbstzweck gesammelt. Sie werden auch nicht originär dafür gesammelt, Strafverfolgung und Gefahrenabwehr zu betreiben. Sondern sie werden gesammelt, um verfassungsfeindliche Bestrebungen abzuwehren.

Womit wehrt man sie ab? Mit Parteiverboten, Vereinsverboten - das Bundesverfassungsgericht schon klargemacht, dass die neue Definition auch dafür gilt -, möglicherweise auch mit kommunikativen Mitteln. Aber man sieht schon, dass die Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörden untrennbar mit den Instrumenten zur Abwehr der verfassungsfeindlichen Bestrebungen verbunden ist und dass es deswegen eigentlich keine unterschiedliche Definition geben darf.

Das ist, zu guter Letzt, schon in der Rechtsprechung angeklungen. Es gibt mindestens eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts - eine Nichtannahmeentscheidung zu einer Verfassungsbeschwerde -, in der es spezifisch zum Verfassungsschutzrecht gesagt hat, dass der Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung geklärt ist, und hierzu auf das NPD-Urteil verwiesen hat.

Vor diesem Hintergrund bedürfen die Definitionen, wie sie im Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz und in allen anderen Verfassungsschutzgesetzen stehen, der Nachbesserung. Man kann hierbei aus verfassungsrechtlicher Sicht von einer Nachbesserungspflicht der jeweils zuständigen Gesetzgeber sprechen. Nachbesserungspflichten sind allgemein anerkannt, wenn eine ursprünglich verfassungskonforme Regelung verfassungswidrig geworden ist. Am häufigsten ergibt sich eine solche Pflicht mit der Änderung von Tatsachenlagen. Aber es kann auch mal vorkommen, dass sich das Verständnis des Verfassungsrechts, wie es letztlich durch das Verfassungsgericht geprägt wird, geändert hat; auch deswegen können Gesetze anpassungsbedürftig werden.

Natürlich besteht eine Möglichkeit der Anpassung darin, dass man die Definition übergangsweise verfassungskonform einschränkend auslegt. Aber das kann nach meiner Meinung keine Dauerlösung sein. Denn gerade im Sicherheitsrecht ist es besonders wichtig, dass die Befugnisse klar und deutlich gesetzlich geregelt werden. Deshalb ist es meines Erachtens auch notwendig, die Aufgabenbestimmung an das geltende Verfassungsrecht anzupassen. Wenn ein Gesetzestext die Rechtslage unzutreffend wiedergibt, dann ergibt sich daraus letztlich ein rechtsstaatliches Problem.

Die letzte Frage, auf die ich eingehen möchte - auch sie ist hier heute schon angesprochen worden -, betrifft die Bedeutung des Verfassungsschutzverbundes in diesem Zusammenhang. Aus einer pragmatischen Sicht spricht einiges dafür, im Bund und in allen Ländern einheitlich vorzugehen. Aus rechtlicher Sicht bin ich aber nicht der Meinung, dass das Land Niedersachsen durch die derzeitige bundesgesetzliche Regelung gebunden ist. Ich habe größte Zweifel daran, dass die Kompetenz nach Artikel 73 Abs. 1 Nr. 10 des Grundgesetzes, die sich nur auf die Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden bezieht, irgendetwas zur materiellen Tätigkeit der Verfassungsschutzämter auf der Länderseite aussagen kann. Insofern habe ich auch größte Zweifel, ob

es verfassungskonform ist, wenn das Bundesgesetz diesen Aufgabenbereich der Länder definiert.

Unabhängig davon haben wir es hierbei auch mit der Besonderheit zu tun, dass der Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht einfach frei nach politischer Gestaltung definiert wird, sondern er wird - wie bereits ausgeführt - eigentlich schon mit dem Grundgesetz vorgefunden. Daher besteht die gesetzgeberische Aufgabe eigentlich nur noch darin, das verfassungsrechtlich Vorgefundene im Gesetz aufzugreifen und zu formulieren.

Ich halte das auch aus praktischer Sicht für gut möglich. Dazu habe ich in der schriftlichen Stellungnahme einen Vorschlag unterbreitet. Ein anderer Vorschlag ist, insoweit den entsprechenden Leitsatz der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung aufzugreifen. Aber letztlich geht es hierbei nur um die Frage der Formulierung. Das wird man über kurz oder lang in allen Ländern und im Bund machen müssen.

Sicherlich wäre es gut, in dieser Sache koordiniert vorzugehen, aber dann müsste man das auch machen. Ich denke, es entschuldigt das Land Niedersachsen nicht, als Grund für seine Untätigkeit darauf zu verweisen, dass auch andere nichts ändern. Vielmehr trifft diese Nachbesserungspflicht alle Landesgesetzgeber und auch den Bundesgesetzgeber. Wenn man an dieser Stelle lieber koordiniert vorgehen will, zum Beispiel in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe, dann könnte eine Interimslösung darin bestehen, erst einmal nur die alte Definition zu streichen. Dann würde sich zumindest nicht ein unrichtiger Eindruck von der Rechtslage ergeben. Ich halte es also für allemal besser, dann nur den abstrakten Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Gesetz zu verwenden, als eine Definition zu verwenden, die dem verfassungsrechtlich Gebotenen nicht mehr entspricht.

Insofern rege ich stark an, dieses Thema weiterhin zu verfolgen. Wenn Sie nicht dazu bereit sind, das jetzt auf der Landesebene zu ändern, dann bietet es sich aus meiner Sicht an, im föderalen Verbund die Initiative zu ergreifen, damit die Vorschrift an die verfassungsrechtlichen Vorgaben angepasst wird.

Abg. **Evrim Camuz** (GRÜNE): Wir haben bei den Vorrednern gehört, dass es eine gewisse Zweistufigkeit der Definition der fdGO im Kontext eines Parteiverbotsverfahrens einerseits und im Verfassungsschutzrecht andererseits gebe. Können Sie diese Zweistufigkeit erläutern? Und wie stehen Sie zu dieser These?

**Dr. Jakob Hohnerlein:** Ich hatte eben schon versucht, deutlich zu machen, dass das aus meiner Sicht inhaltlich, vom Begriff her, gleichlaufen muss. Der Unterschied zwischen dem Verfassungsschutz und den Abwehrinstrumenten - zum Beispiel dem Parteiverbot und dem Vereinsverbot - ist meines Erachtens nur eine hinsichtlich der notwendigen Wissensgrundlage. Wenn man einen Verein verbieten will, dann muss man sich sicher sein, dass er gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung - entsprechend der engeren Definition - vorgeht. Um einen Verein zu beobachten, reicht es aus, dass man erste Anhaltspunkte hat. Es ist schließlich gerade der Sinn der Tätigkeit des Verfassungsschutzes, der Frage nachzugehen, ob sich die Anhaltspunkte bestätigen oder ob sich der Verdacht vielleicht zerstreut.

Abg. **Michael Lühmann** (GRÜNE): Man staunt manchmal, was in der öffentlichen Debatte als Extremismus bezeichnet wird. So hieß es neulich sehr schnell zu der Forderung der Linken, den Kapitalismus zu überwinden, dies sei gesichert linksextremistisch. Daran habe ich im Hinblick auf

die Neutralität des Grundgesetzes hinsichtlich der Wirtschaftsordnung arge Zweifel. Offenkundig entfaltet die Definition der fdGO eine unmittelbare Wirkung darauf, was beobachtet wird, was nicht beobachtet wird und wo zugegriffen wird.

Da Sie das vorhin angedeutet haben, frage ich ganz konkret nach: Ist das wirklich eine engere Definition? Ich finde, die Menschenwürde nach vorn zu stellen, ist doch eine sehr sensitive Definition - sensitiver als unsere bisherige fdGO-Definition. Die Kernaufgabe des Verfassungsschutzes ist die Früherkennung. Seit 2017 steht ein viel früher ansetzender Hebelpunkt zur Verfügung: Das ist die Menschenwürde, die der Kernbereich und der Ausgangspunkt unserer Verfassung ist, wie seit der zweiten NPD-Entscheidung völlig klargestellt ist. Auf dieser Grundlage kann der Verfassungsschutz viel früher ansetzen. An anderer Stelle könnte der Verfassungsschutz möglicherweise, wenn man die alte fdGO-Definition streicht, ein wenig später ansetzen. Mit der neuen fdGO-Definition würde sich also eine Verschiebung ergeben, oder sehe ich das falsch?

**Dr. Jakob Hohnerlein:** Das sehe ich auf jeden Fall so. Vorhin wurde infrage gestellt, ob das überhaupt eine praktische Relevanz hätte. Ja, ganz sicher, denke ich, weil man bestimmte Dinge sieht, die in den jüngsten Verfassungsschutzberichten aufgetaucht sind. Ich habe in den niedersächsischen Verfassungsschutzbericht von 2023 geschaut. Darin ist auch eine klimaaktivistische Gruppe erwähnt. Wie auch immer man zu dieser Gruppe steht - ich denke, das ist nicht das, was der Verfassungsschutz tun soll. Er soll Bestrebungen beobachten, die für unser demokratisches Gemeinwesen im Ganzen bedrohlich sind.

Daraus ergibt sich der Gedanke, an der Menschenwürde anzusetzen. Sie ist es, was uns als Gemeinwesen ausmacht. Es geht nicht um Details und darum, dass bestimmte Gruppierungen vielleicht eine ganz andere politische Ordnung wollen. Das ist im Grundgesetz gerade auch vorgesehen: Man kann es in sehr großem Umfang ändern. Man kann auch die Grundrechte ändern. Das ist auch ein paar Mal passiert, zum Beispiel mit der Einführung der Wohnraumüberwachung. Nur am Schutz der Menschenwürde kann man nichts ändern.

Insofern spricht meiner Meinung nach sehr viel dafür, diese Sache anzugehen. Das hätte auch eine durchaus große Bedeutung für die Praxis. Das ist es ja, was Sie mit dem Gesetz letztlich bezwecken: Es geht darum, den Verfassungsschutz anzuleiten, was er machen soll.

In meiner bisherigen Argumentation habe ich die Frage in den Mittelpunkt gerückt, dass es vielleicht freiheitsrechtlich problematisch ist, wenn zu viel beobachtet wird. Aber man könnte auch argumentieren, dass Ressourcen falsch eingesetzt werden, wenn für die Menschenwürde nicht so relevante Bestrebungen wie Klimaaktivisten beobachtet werden. Vielleicht müssen die Ressourcen doch auf das konzentriert werden, was wirklich eine Gefahr für unser demokratisches Gemeinwesen ist.

**Dr. Tim Wihl**
Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Universität Erfurt

*Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 11 neu zu Drs. 19/5930*

**Dr. Tim Wihl:** Ich habe mich sehr über die Einladung gefreut, bezweifle aber, dass meine Stellungnahme noch notwendig ist, denn ich kann mich zu 100 % meinem Vorredner anschließen.

Große Abweichungen in der Substanz sehe nicht. Insofern werde ich meine Ausführungen kurz halten.

*Erforderlichkeit einer Änderung der Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (§ 4 Abs. 3 NVerfSchG)*

Der erste Punkt, der mir wichtig ist, ist, wie Sie auch der schriftlichen Stellungnahme entnehmen können, § 4 Abs. 3, der bisher nicht geändert werden soll. Es geht darum, dass die Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts anzupassen ist - namentlich an die NPD-II-Entscheidung und die Die-Heimat-Entscheidung 2024, in der die entsprechenden Grundsätze noch einmal bestätigt bzw. zum Teil sogar präzisiert wurden.

Es geht also darum, das Sammelsurium des bisherigen Katalogs zusammenzudampfen auf die drei zentralen Elemente Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat. Diese inhaltlich auszufüllen ist natürlich einerseits Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts selbst, der es auch vielfach nachgekommen ist. Andererseits gibt es aber durchaus einen Hinweis darauf - das Bundesverfassungsgericht hat das selbst betont -, dass für die Gesetzgeber in Bund und Ländern in vielfacher Hinsicht Spielräume bestehen, auszugestalten, was man unter Demokratie und Rechtsstaat versteht. Mit Blick auf den Menschenwürde-Grundsatz ist das Gericht im Vergleich dazu etwas strenger gewesen und relativ präzise geworden. In der Tat arbeitet zum Beispiel das Bundesamt für Verfassungsschutz nach allem, was man jetzt weiß, auch in der Begutachtung mit diesen drei neuen Kriterien, was relevante politische Kräfte in diesem Land anbelangt.

Ich denke, dass sich entsprechend auch die Systematik der Beobachtungsobjekte nach diesen drei Prinzipien zu richten hat. Man dürfte nicht mehr von „Linksextremismus“, „Rechtsextremismus“, „Ausländerextremismus“, „Delegitimierung des Staates“ und Ähnlichem sprechen. Das sind Behelfsbegriffe, die politikwissenschaftlich schon lange - eigentlich seit Jahrzehnten, von Anfang an - angefochten werden. Der extremismustheoretische Zugang ist letztlich durch eine neue Systematik der Beobachtungsobjekte zu ersetzen, die sich an den drei Gruppen Menschenwürdefeindlichkeit, Demokratiefeindlichkeit und Rechtsstaatfeindlichkeit zu orientieren hätte. Dabei gibt es natürlich gewisse Überschneidungen.

Zu diesem ersten Punkt möchte ich außerdem anmerken - das haben mein Vorredner und Professor Dr. Fischer schon angedeutet -, dass es hier nicht unbedingt ein Kompetenzproblem gibt, sondern dass das Land Niedersachsen durchaus in der Pflicht ist - so hat mein Vorredner es genannt, und ich sehe das genauso -, das Recht an die neue Verfassungslage anzupassen. Es *kann* gar keine Pflicht geben, sich noch an einer verfassungswidrigen bundesrechtlichen Rechtslage zu orientieren. Dass das Bundesverfassungsschutzgesetz jetzt in diesem Punkt zu ändern ist, bedeutet letztlich, dass das Land hier natürlich vorpreschen kann, das heißt, dass Sie schon jetzt die fdGO-Definition an die verfassungsgerichtliche Rechtsprechung anpassen können. Denn das Bundesgesetz ist in dieser Hinsicht ohnehin schon verfassungskonform auszulegen bzw. in einer künftigen Novellierung an dieser Stelle zu ändern.

Der zweite wichtige Punkt - das hat auch Herr Dr. Hohnerlein schon herausgestellt - ist, dass die freiheitliche demokratische Grundordnung einen einheitlichen Rechtsbegriff bezeichnet. Wir können also nicht etwa von einer „Zweistufigkeit“ der freiheitlichen demokratischen Grundordnung - ich glaube, das war der Terminus, den Sie verwendet haben - sprechen. Anders als die

Eingriffsschwellen ist das Schutzgut, über das wir sprechen, nicht zwischen den föderalen Ebenen oder auch zwischen Verfassungs- und darunter stehendem einfachem Recht differenzierbar. Da können wir nicht differenzieren, wohl aber, was Normen zu den Aufgaben und Befugnissen der Verfassungsschutzbehörden angeht.

*Streichung der Voraussetzung des Gewaltbezugs bei Verhaltensweisen von Einzelpersonen (§ 4 Abs. 1 Sätze 3 und 4 NVerfSchG)*

Abschließend zu einem weiteren Thema, zu dem ich schriftlich Stellung genommen habe: zur Streichung des Gewalterfordernisses für beobachtete Einzelpersonen. Auch in diesem Punkt schließe ich mich den Kollegen Fischer und Hohnerlein an, denn ich sehe das ganz genauso. Sie können die einzelnen Argumente in meiner schriftlichen Stellungnahme nachlesen; hier nur so viel: Einzelpersonen sind letztlich so lange einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz nicht würdig, wie es nicht um das Vorfeld von Gewalttaten geht. Natürlich haben wir alle Terrortaten und auch Einzeltäter im Bereich Terror vor Augen. Aber da geht es um Gewalt; das ist ganz klar. Wenn es einen Gewaltbezug gibt, dann ist es natürlich immer sinnvoll, Einzelpersonen zu beobachten. Sonst sehe ich das eigentlich nicht.

Ich würde mich - im Gegenteil - sogar noch darüber hinausgehend dafür aussprechen, den Gewaltbezug zum Leitbild der Verfassungsschutzarbeit zu machen. Dafür gibt es auch einige Anhaltspunkte. Ich habe in meiner schriftlichen Stellungnahme zum Beispiel das Gesetz von Mecklenburg-Vorpommern zitiert, in dem insbesondere gewaltbezogene Bestrebungen zum Beobachtungsobjekt erklärt werden. Auch das Gesetz von Nordrhein-Westfalen ist schon genannt worden. Das hängt - das gebe ich ganz freimütig zu - auch mit einer rechtspolitischen Position zusammen, die man diesbezüglich beziehen kann, für die es in diesem Bereich keine verfassungsrechtlichen Schranken gibt. Diese können Sie beziehen, müssen es aber nicht. Aber im Sinne einer bürgerrechtlich orientierten Politik wäre das vielleicht sinnvoll.

Abg. **Evrim Camuz** (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Dr. Wihl. Sie haben in Ihrer Stellungnahme angerissen, dass die Definition aus dem zweiten NPD-Urteil auch in dem BfV-Gutachten zur AfD aufgenommen wird. Könnten Sie näher erläutern, woran genau man das erkennt?

**Dr. Tim Wihl:** Das ist eine etwas heikle Frage, weil dieses Gutachten durch Medien veröffentlicht wurde. Ich beziehe mich jetzt trotzdem darauf, aber auch auf das schon vorher veröffentlichte Gutachten zu diesem Themenkomplex, in dem es um die Verdachtsfalleinstufung geht. Darin wird mit den drei Begriffen „Menschenwürde“, „Demokratie“ und „Rechtsstaat“ operiert. Gerade in dem jüngsten Gutachten gibt es sicherlich einen gewissen Schwerpunkt beim Bereich Menschenwürdeverletzung - „ethnischer Volksbegriff“ ist das Stichwort. Beim Punkt Demokratie gab es, glaube ich - teilweise wurde das in der Presse bewertet -, eine Art Entlastung der AfD in mancher Hinsicht - also mit Blick auf Bestrebungen gegen die Demokratie im Sinne dieses Demokratiebegriffs. Aber wir reden über Menschenwürdeverletzungen; jedenfalls hat das Bundesamt diese so gesehen.

Ich persönlich kann das noch nicht abschließend bewerten. Das heißt, ob ich das so, wie es da steht, richtig finde, kann ich noch nicht sagen. Ich sage nur: Die Systematik, die erkennbar ist, ist, dass wir es mit den drei Untersuchungsgegenständen Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat zu tun haben.

Abg. **Evrim Camuz** (GRÜNE): Bedeutet das, dass die alte Definition, die unseren Verfassungsschutzgesetze noch zugrunde liegt, schon in den Gutachten zur AfD aufgehoben wurde - auch von der obersten Behörde selbst? Oder sieht man hier und da noch Argumentationsstränge mit Bezug zu der alten Definition?

**Dr. Tim Wihl:** Letztlich gehen das Bundesamt und die Landesämter bei der Bewertung der Beobachtungsobjekte wohl insofern selektiv vor, als sie sich natürlich auf diejenigen Elemente konzentrieren, bei denen sie Anhaltspunkte für entsprechende verfassungsfeindliche Bestrebungen sehen. Das heißt, andere Punkte werden dann gar nicht mehr thematisiert.

Was man aber sehr wohl erkennen kann - Herr Hohnerlein hat das übrigens in einem Aufsatz im Einzelnen nachgewiesen -, ist, dass sich im Nachgang des NPD-II-Urteils etwas an der Praxis verändert hat, und zwar in Richtung einer - nennen wir es einmal: - verfassungskonformen Auslegung des Katalogs, und damit eine Zugrundelegung der neuen Standards.

Man kann allerdings - um noch einmal zum Klimaaktivismus zu kommen - nicht erkennen, dass das vom Bundesamt und auch einzelnen Landesämtern schon durchgängig durchgehalten wird. Ein wenig mehr Konsequenz in der Befolgung dieser verfassungsrechtlichen Maßgaben wäre wünschenswert.

Abg. **Michael Lühmann** (GRÜNE): Wenn ich Sie richtig verstehe, kann man fast den Eindruck gewinnen, dass es beim Bundesamt mutmaßlich - offiziell kennen wir die 1 050 Seiten bekanntlich nicht - im Prinzip eine Art von Diskrepanz in der Bewertung dessen gibt, was man zum Beobachtungsgegenstand macht, wenn man beispielsweise die Klimaaktivisten betrachtet. Gibt es also möglicherweise mit Blick auf die fdGO-Definition ein angewandtes Recht im Berichtswesen und scheinbar in der Auswertung, aber auch ein noch vorgelagertes, altes Recht, wenn man die Gegenstände betrachtet? Das wäre ja ein seltsames Auseinanderklaffen bei der Grundlage - über nichts weniger reden wir -, auf der der Verfassungsschutz arbeitet.

Eine weitere Frage ist: Würde sich nicht auch etwas in der Arbeit verändern, wenn wir darüber sprächen, wie wir eigentlich Innenpolitik und Sicherheitspolitik machen - evidenzbasiert oder nicht? Ich selbst komme aus der Extremismusforschung. Wir hatten einen Sicherheitsforscher bei uns, der aus den Diensten kam und uns sagte: So, wie ihr Extremismus wissenschaftlich begreift, hängt ihr euch vom Sicherheitsdiskurs der Behörden ab. - Wir haben gesagt: Oder ihr hängt euch von evidenzbasierter Arbeit ab. - Wie ist Ihre wissenschaftliche Sicht auf solche sicherheitsbehördlichen Entwicklungen?

**Dr. Tim Wihl:** Es mag banal klingen, aber es gibt sozusagen eine Evolution der Beobachtungspraxis über die Zeit, die in Teilen der sehr kritischen politikwissenschaftlichen Forschung immer mal wieder als opportunistisch bezeichnet worden ist, im Sinne von: Die Verfassungsschutzbehörden orientieren sich an einem gesellschaftlichen Leitklima. Das ist ein Topos, den es in der sozial- und politikwissenschaftlichen Forschung seit Langem gibt, eine beständig geübte Kritik jenseits der sicherheitsbehördennahen Extremismusforschung - also wahrscheinlich einer anderen als derjenigen, die Sie praktiziert haben.

Ich glaube, es gibt einfach eine Notwendigkeit, zu differenzieren, weil die einzelnen Strömungen, die man sich anschaut, ideengeschichtlich betrachtet, so unterschiedlich sind - nicht nur in ihrer Herkunft, sondern auch im heutigen Gefahrenpotenzial, das sie ausgeprägt haben -, dass es eigentlich nicht sinnvoll ist, sie über einen begrifflichen Kamm zu scheren. Es hat aber natürlich

gewisse Legitimitätsgründe für das Auftreten der Behörde nach außen, einen - ich nenne es mal: - Symmetrieeindruck zu erwecken, also dass man nicht irgendwelche Favoriten hat, zum Beispiel nur nach rechts oder nur nach links schaut. Das wäre wahrscheinlich für die Legitimität der Behörde problematisch.

Aber die entscheidende Maßgabe müsste natürlich die Orientierung an der Verfassungsrechtsprechung sein. Wenn sich daraus ergibt, dass ein gewisser Schwerpunkt hier oder dort zu wählen ist, dann ist es eben so. Das ergibt sich dann aus dem Verfassungsrecht.

Abg. **Evrim Camuz** (GRÜNE): Wir haben vorhin gehört, dass es möglicherweise einen dogmatischen Kampf innerhalb der Rechtswissenschaften zwischen diesen zwei verschiedenen Strängen gibt. Nun haben Sie Ihre Meinung dazu artikuliert. Wie beurteilen Sie die derzeitige Diskussion im rechtspolitischen Raum?

**Dr. Tim Wihl:** Ich glaube, man muss hier unterscheiden. Sie alle kennen den Spruch „Zwei Juristen, drei Meinungen“ - oder vier oder fünf. In der Tat gibt es in der Literatur verschiedene Ansichten zu dem Verhältnis, wie es zum Beispiel Luca Manns gesagt hat. Aber es gibt eine eindeutige Dominanz derjenigen, die sagen, dass es eine Verengung und eine Veränderung der Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gibt. Insofern ist, auch wenn es natürlich immer abweichende Stimmen gibt - das ist normal -, die Tendenz in der Rechtswissenschaft derzeit, eine Verengung und auch ein Novellierungsbedürfnis mit Blick auf die entsprechende Definition zu sehen.

**Dr. Ulrich Vosgerau**
Rechtsanwalt

*Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 8 zu Drs. 19/5071 und Vorlage 10 zu Drs. 19/5930*

*Überarbeitung und Neustrukturierung der Übermittlungsvorschriften (§§ 30 bis 32 (NVerfSchG)*

**Dr. Ulrich Vosgerau:** Es gibt einen äußeren Anlass, sich heute mit einer Änderung und Reform des Landesverfassungsschutzgesetzes zu befassen, nämlich - wie in der Gesetzesbegründung zu Recht ausgeführt wird - die Entwicklung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts im Schwerpunkt zu der Frage der Übermittlung nachrichtendienstlich gewonnener Daten an andere Behörden und zu anderen Zwecken. Ich glaube, dass dies im Großen und Ganzen in den §§ 30 ff. ganz gut gelingt. Im Übrigen kann ich auf mein schriftliches Gutachten verweisen. Einige Einwände hatte ich, die allerdings teilweise Details betreffen mögen.

*Harmonisierung des Verfassungsschutzrechts*

Den rechtlichen Harmonisierungszwang durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts - es ist völlig klar, das muss bundesweit nachvollzogen werden - nehmen Sie allerdings, wie Herr Marscholleck herausgearbeitet hat, auch zum Anlass, eine gewisse weitere Harmonisierung vornehmen zu wollen, also das Landesrecht in Teilen an das Bundesrecht anzupassen. Herr Marscholleck hat das sehr gelobt. Ich möchte hier die Gegenthese beziehen - nicht nur insofern - und sagen: Ein Bedarf zur Harmonisierung des Landesrechts mit dem Bundesrecht besteht schon rechtlich kaum, und im Übrigen ist das auch kaum wünschenswert.

Ein ganz allgemeiner Grundsatz: Wir haben in Deutschland eine föderale Ordnung. Das ist herkömmlich immer unsere ganz große Stärke gewesen. Aber es gibt ein Problem, das sich auf allen Ebenen wiederholt. Ein ganz kurzer Exkurs: Sie kennen das von Europa. Es wäre die ganz große Stärke der EU, wenn man im EU-Verband stärker konkurrieren würde. Das eine Land macht niedrige Steuern, das andere Land macht hohe Steuern - dann kann man sehen, was für die Wirtschaft besser ist. Das alles erstickt ja die EU-Kommission durch eine viel zu große Gleichschaltung, durch eine viel zu große Tendenz zur Harmonisierung. Dadurch werden die Vorteile, die Europa haben könnte, zunichtegemacht.

Der Grundsatz, dass man viele Blumen blühen lassen kann und dann mal sieht, was besser funktioniert, was moderner ist und was einen Fortschritt bietet, gilt durchaus auch im Verfassungsschutzrecht im Bund. Die Länder haben hier eigentlich die Regelungskompetenz. Sie haben große Freiheiten. Es gibt Varianten. Es gibt große Unterschiede. Das sehen Sie am niedersächsischen Gesetz.

Das sehen Sie zum Beispiel an der Rechtsnorm in § 6 Abs. 5 des Landesgesetzes, also dem Neutralitätsgebot. Das ist ein Sondermerkmal des niedersächsischen Gesetzes. Ich erwähne das, weil die CDU-Fraktion das jetzt als Ausweis des Misstrauens gegen die Verfassungsschutzbehörde streichen möchte. Das stimmt natürlich nicht. Ich habe viele Erfahrungen mit dem Verfassungsschutz, weil ich rechtsanwaltlich in etlichen Prozessen gegen Verfassungsschutzbehörden und in Prozessen, bei denen verfassungsschutzmäßig und nachrichtendienstlich gewonnene Informationen im Mittelpunkt stehen - wie jetzt zum Beispiel im *Compact*-Verfahren beim Bundesverwaltungsgericht -, tätig bin. Ich kann daher sagen, wie unglaublich einseitig und mit welchem Verfolgungseifer Verfassungsschutzbehörden, die bekanntlich weisungsabhängige Exekutivbehörden sind, gegen Personen und Stellen zu Werke gehen, die bestimmte Politiker als ihre Gegner ausgemacht haben. Es ist deshalb ganz wichtig, dass solch ein Alleinstellungsmerkmal wie das Neutralitätsgebot unbedingt bewahrt wird. Das ist praktisch die cleverste Norm in diesem Landesgesetz.

Genauso richtig und wichtig ist es, dass ein weiteres Alleinstellungsmerkmal des niedersächsischen Gesetzes, nämlich § 6 Abs. 3, die Befristung auf zwei Jahre, erhalten bleibt, dass also die Behörde zwei Jahre Zeit hat, ihre Thesen von der Verfassungsfeindlichkeit zu beweisen, und sonst die Beobachtung einstellen muss. Das ist ganz wichtig - das kann ich wiederum als anwaltlicher Vertreter sagen -, damit irgendwann eine gewisse Rechtssicherheit einkehrt. Man darf hier nicht aus dem Blick verlieren, dass es um Grundrechtsträger geht. Der Verfassungsschutz beobachtet Grundrechtsträger. Auch hier hat Herr Marscholleck das Gegenteil gesagt. Ich beziehe wieder gern die Gegenposition.

*Aufgaben des Verfassungsschutzes*

Der eigentliche Konflikt, der hinter den Detailregelungen aufscheint - die Detailregelungen hat insbesondere der Landesdatenschutzbeauftragte sehr gut aufgedröselt; hier müssen wir ein wenig ins Grundsätzliche gehen -, kam in dieser Anhörung bisher zu kurz.

Man hätte aus dem Inbegriff dieser Anhörung ein wenig den Eindruck gewinnen können, dass sich die niedersächsische Verfassungsschutzbehörde hauptsächlich mit Terrorismusabwehr beschäftige und es deswegen auch sinnvoll sei, die Verfassungsschutztätigkeit in Bund und Ländern stärker zu harmonisieren, damit das alles noch besser geht, und auch die Kompetenzen des Ver-

fassungsschutzes auszuweiten, ihn mit Drohnen auszustatten und beispielsweise das Mitschneiden des vermeintlich öffentlich gesprochenen Wortes zu erlauben. - Das kritisiere ich in meinem Gutachten; dort können Sie die Einzelargumentation nachlesen. - So ist es aber nicht. Der Großteil der Tätigkeit auch des Landesamtes für Verfassungsschutz besteht nicht in der Terrorismusabwehr. Zur Terrorismusabwehr muss man leider sogar sagen: Die deutschen Verfassungsschutzbehörden wehren überhaupt keine Terroristen ab - nicht, weil sie es nicht wollen oder weil die Normen falsch formuliert sind, sondern weil sie es technisch nicht vermögen. Die Abwehr insbesondere islamistischer Anschläge, die in Deutschland in den vergangenen Jahren gelungen ist, funktioniert immer nach demselben Schema, nämlich dass die US-Amerikaner den deutschen Behörden einen Hinweis geben. Das ist die Erkenntnisgewinnung. Aus eigener Kraft kann der Landesverfassungsschutz das leider gar nicht, egal wie wir die Normen formulieren.

Der große Schwerpunkt der Tätigkeit des Verfassungsschutzes ist ein anderer. Er besteht darin, dass er Menschen ausforscht, die sich überhaupt nicht rechtswidrig verhalten, die insbesondere keine Gewalttaten planen, sondern die sich ganz einfach politisch dissident verhalten. Das ist ein deutscher Sonderweg; Österreich macht das teilweise auch noch. Alle anderen westlichen Demokratien kennen das nicht. Sie kennen nur die Abwehr rechtswidriger - speziell gewalttätiger - staatsfeindlicher Bestrebungen, nicht aber die Ausforschung völlig rechtmäßigen Verhaltens. Das wird zu Recht gesellschaftlich vielfältig kritisiert. Ich bedauere, dass das hier gar keine Rolle spielt.

Wenn Sie schon darangehen, das Gesetz aufzuschnüren: Ich habe in meinem Gutachten zwei kurze, schnell zu lesende Bücher aus der jüngsten Zeit angeführt. Beide sind von Autoren aus dem linken Spektrum - Ronen Steinke und Mathias Brodkorb, ein ehemaliger SPD-Politiker -, die sich in wirklich lesenswerten Veröffentlichungen in den Jahren 2023 und 2024 für die Abschaffung des Verfassungsschutzes in der bekannten Form aussprechen.

Sie wissen auch und haben alle mitbekommen, dass die deutsche Praxis, nach der Exekutivbehörden, die von Weisungen des Innenministers abhängig sind, Leute ausforschen, die sich völlig gesetzmäßig verhalten, inzwischen ein gewisses Misstrauen erzeugt und dass in den Vereinigten Staaten von Amerika inzwischen Zweifel bestehen, ob die Bundesrepublik Deutschland vor dem Hintergrund dieser Praxis wirklich noch vollumfänglich als eine Demokratie im westlichen Sinne gelten kann.

Ich bitte Sie, das in Erwägung zu ziehen. Denn - auch das ist meines Erachtens teilweise etwas schief dargestellt worden - Sie sind mitnichten verpflichtet, eine Art Harmonisierung im Sinne des Bundesrechts zu vollziehen. Der Bund hat eigentlich kaum eine Kompetenz für den Verfassungsschutz. Er hat die Kompetenz - auch das habe ich in meinem Gutachten geschildert -, Verfassungsschutzbemühungen der Länder zu bündeln und Unterlagen entsprechend anzulegen. Sie könnten das Landesamt für Verfassungsschutz auch abschaffen - wenn Sie das wollten; rechtlich ist das möglich -, wie Brodkorb es offenbar fordert. Sie könnten das Landesamt für Verfassungsschutz auch durchaus erhalten, aber seine Aufgaben umstellen, etwa in die Richtung, dass es sich in Zukunft mit gewalttätigem Terrorismus und von mir aus auch gern mit der Organisierten Kriminalität beschäftigt, wie das in Bayern geregelt ist. Sie könnten in die Aufgabenzuweisung auch deutlich hineinschreiben - wie das mein sehr geschätzter Kollege Josef Franz Lindner erst vorgestern auf X gefordert hat -, dass im Land Niedersachsen jedenfalls politische Parteien nicht mehr vom Verfassungsschutz beobachtet werden können, ganz einfach weil politische Parteien in die freie politische Auseinandersetzung hineingehören. Das wäre mal wirklich ein Fortschritt. Diese Auseinandersetzung darf nicht durch staatliche Ingerenz, durch letztlich

klandestin operierende Stellen, die wiederum vom Innenministerium weisungsabhängig sind, gestört und beeinflusst werden. Das alles könnten Sie machen. Ich wundere mich, dass das gar nicht erwogen wird.

(Abg. Christoph Plett [CDU]: Das hätte Sie gern! Das glaube ich!)

Zu meiner Kritik am Mitschneiden des öffentlich gesprochenen Wortes verweise ich auf mein Gutachten. Das will ich nicht wiederholen.

*Streichung der Voraussetzung des Gewaltbezugs bei Verhaltensweisen von Einzelpersonen (§ 4 Abs. 1 Sätze 3 und 4 NVerfSchG)*

Im Übrigen sehe ich es genauso wie der Kollege Dr. Fischer und der Kollege Dr. Hohnerlein vom Freiburger MPI, was die Beobachtung von Einzelpersonen angeht. Die Beobachtung von Einzelpersonen ist streng genommen - unabhängig davon, ob sie gewalttätig sind oder nicht - keine Aufgabe des Verfassungsschutzes; denn der Verfassungsschutz schützt den Staat, das Bundesland als solches oder die Verfassungsordnung als solche. Diese kann realistischerweise durch Einzelpersonen, selbst wenn sie gewalttätig wären, nicht durchgreifend infrage gestellt werden.

*Erforderlichkeit einer Änderung der Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (§ 4 Abs. 3 NVerfSchG)*

Was die Frage der Neudefinition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung angeht, kann ich Ihnen einen sehr konkreten Vorschlag unterbreiten.

Es kann meines Erachtens gar nicht zweifelhaft sein, dass das Bundesverfassungsgericht in seiner NPD-II-Entscheidung eine sehr nachhaltige Umdeutung vorgenommen hat. In seinen klassischen Entscheidungen zur SRP von 1952 und zur KPD von 1958 bemühte das Bundesverfassungsgericht sich einzelfallbezogen, Kriterien aufzuzeigen. Später versuchte der Gesetzgeber, die Kriterienkataloge des Bundesverfassungsgerichts in diesen klassischen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts - die ich wirklich auch im Sinne einer Wertung klassisch nennen würde, anders als die NPD-II-Entscheidung -, die seinerzeit eher einzelfallbezogen gemeint waren, in § 92 des Strafgesetzbuches und § 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes gesetzgeberisch nachzuzeichnen. Dabei verlor er allzu sehr aus dem Auge, dass man Gesetzgebung nicht so betreiben kann, dass man Aussagen aus einem Urteil einfach abschreibt oder herausdestilliert. Denn ein Urteil ist immer nur einzelfallbezogen, und die Gesetzgebung ist generell-abstrakt. Deswegen gibt es die Neudefinition im NPD-II-Urteil, die ich vom Ansatz her ganz richtig finde und vom Ansatz her nur unterstützen kann. Da kann ich auf das Bundesverfassungsgericht selber verweisen. Ich gebe Ihnen dazu ja die Fundstellen. Das Bundesverfassungsgericht betont, dass der Prozess der politischen Willensbildung auch in wichtigen Fragen des Verfassungsrechts offenbleiben muss.

Viele Leute wissen übrigens gar nicht, dass sogar die Verfassung selbst totalrevidierbar ist, allerdings nicht durch den verfassungsändernden Gesetzgeber, sondern nur durch das deutsche Volk. Wir haben das Alleinstellungsmerkmal des Grundgesetzes, das in Artikel 146 sozusagen sogar die Revolution für legitim erklärt, wenn das Volk selber sie macht. Insofern muss auch die verfassungsrechtliche Debatte über fundamentale Fragen erst einmal völlig offenbleiben. Es geht wirklich um einen Schutz minimal zu fassender Schutzgüter. Das ist vor allem das Demokratieprinzip als solches, und das ist das Rechtsstaatsprinzip als solches.

Das Bundesverfassungsgericht betont nun weiterhin die Menschenwürde. Diese starke Betonung der Menschenwürde durch das Bundesverfassungsgericht erscheint mir allerdings in diesem speziellen Kontext übertrieben, wie ich in meinem Gutachten auch ausgeführt habe. Das mag Sie erst mal verwundern, aber das kann ich gerne erklären.

(Abg. Sebastian Zinke [SPD] und Abg. Christoph Plett [CDU]: Das wundert uns gar nicht!)

Denn das ist wie eine Parallele zu der einfachgesetzlichen Einzelfrage, ob es eigentlich die Kompetenz des Bundesverfassungsschutzes oder des Landesverfassungsschutzes ist, Einzelpersonen zu beobachten. Antwort: So ist es nicht. Von Einzelpersonen kann kein Umsturz der Verfassungsordnung als solcher ausgehen.

Genauso wenig ist es im innersten Kern Aufgabe des Verfassungsschutzes, die Menschenwürde jedenfalls im Sinne eines subjektiven Rechts zu schützen, da die Menschenwürde etwas ist, was nur Menschen haben, was per Definition nur Einzelpersonen haben. Beim Verfassungsschutz geht es aber eben gerade um den Schutz der Verfassungsordnung als solcher. Man soll die Menschenwürde natürlich als objektives Prinzip integrieren. Aber ich würde es vermeiden, sie in der Weise, wie es das Bundesverfassungsgericht zuletzt getan hat, gewissermaßen überzubetonen. Das scheint mir auch deswegen untunlich zu sein, weil wir in den vergangenen Jahren eine ganz eigenartige politische Situation haben, in der verschiedene Minderheiten regelrecht um einen Opferstatus konkurrieren und daraus Kompensationsansprüche ableiten wollen. Es wäre misslich, wenn ein Missverständnis in die Richtung besteht: Es ist ein Fall für den Verfassungsschutz, wenn die eine Person beispielsweise in einer Weise redet, durch die die andere Person sich zu sehr angegriffen fühlt. - Das ist eindeutig nicht seine Aufgabe.

Deswegen unterbreite ich Ihnen hier einen ganz konkreten Formulierungsvorschlag:

> „Unter der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1 ist der innere Wesenskern sowohl des Demokratie- wie des Rechtsstaatsprinzips des Grundgesetzes zu verstehen. Bei deren konkretisierender Auslegung ist stets das grundgesetzliche Menschenwürdeprinzip mitzuberücksichtigen,“

- das ist also auch in meinem Formulierungsvorschlag enthalten -

> „welches besagt, dass zwar nicht alle Menschen gleich sind, aber alle Menschen jeweils Rechtssubjekte sind und jeweils Rechte haben.“

Und glauben Sie mir: Sie wären nicht nur berechtigt, das Landesamt für Verfassungsschutz notfalls ganz abzuschaffen, sondern Sie sind weiterhin berechtigt, auch diese von mir jetzt ganz kostenfrei vorgeschlagene Definition in das Landesrecht hineinzuschreiben. Weder das Bundesverfassungsgericht noch das Bundesrecht hindert Sie in irgendeiner Weise daran. Sie können das landesbezogen so definieren, und das würde ich Ihnen empfehlen.

Abg. **Michael Lühmann** (GRÜNE): Ich stelle fest, dass die Kritik am Verfassungsschutz die Seite gewechselt hat. Das ist spannend.

Ich verwahre mich dagegen, dass die Menschen, die Sie mehrheitlich vertreten - unter anderem Herrn Höcke -, als Dissidenten bezeichnet werden. Ich möchte Václav Havel ganz entschieden dagegen in Schutz nehmen, dass Sie eine solche Ähnlichkeit herstellen.

Ihre Ausführungen zur Menschenwürde wären tatsächlich ein eigenes Kapitel wert. Das könnte man bearbeiten und bewerten.

Den Demokratinnen und Demokraten in diesem Raum empfehle ich, dass wir künftig im Vorfeld darüber sprechen, ob wir in Bezug auf Personen, die hier als Sachverständige eingeladen werden und woanders ausgeladen werden, möglicherweise Regelungen brauchen. Eigentlich habe ich gar keine Lust, auf Ihren Vortrag zu replizieren, auch wenn Sie sehr geschickt formulieren können. Das ist nun mal Ihr Job. Das ist in Ordnung. In Nordrhein-Westfalen hat eine Enquetekommission Ihnen aber nach mehreren Redebeiträgen nicht mehr zuerkannt, dass Sie in der Lage sind, sich zweifelsfrei zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu verhalten, und Sie deswegen als Sachverständigen abgelehnt. Ich empfehle, dass wir darüber sprechen, ob wir künftig Regelungen dafür treffen. Denn so etwas möchte ich mir, ehrlich gesagt, im Rahmen einer Anhörung nicht erneut anhören müssen. Das halte ich für despektierlich. Dabei stelle ich noch nicht mal auf Ihre Teilnahme an Konferenzen ab. Dazu sage ich jetzt nichts. Ich brauche nicht noch eine Klage, die Sie dann irgendwo anstrengen. Deswegen lasse ich es an dieser Stelle damit bewenden. Jeder weiß, was gemeint ist.

**Dr. Ulrich Vosgerau:** Dazu möchte ich kurz zwei Dinge festhalten.

Erstens bin ich gerade in die Corona-Enquetekommission des Bundeslandes Thüringen berufen worden. Zwei Enquetes kann ich auch nicht nebeneinander machen. Die seinerzeitige Abberufung in Nordrhein-Westfalen beruhte nachweislich auf Fehlinformationen, wie inzwischen auch öffentlich klargestellt worden ist, zuletzt etwa durch den Artikel in der *Zeit* am 9. Januar dieses Jahres.

Zweitens. Dass ein Abgeordneter eines Landesparlaments zu einem laufenden Strafverfahren Stellung nimmt - ich bin bekanntlich im Strafverfahren gegen Höcke, das jetzt in der Revision beim Bundesgerichtshof anhängig ist - und sich dazu äußert, wie der Angeklagte anzureden ist oder nicht, halte ich auch vor dem Hintergrund des Gewaltenteilungsgrundsatzes für einigermaßen unpassend.

Abg. **Klaus Wichmann** (AfD): Herr Lühmann, Sie sind dafür bekannt, dass Sie weniger Fragen stellen, sondern mehr Vorträge halten. Ich halte es für nicht angebracht, Experten, die hier zur Anhörung geladen sind, derart persönlich anzugehen. Wir hören uns auch Ihre Experten an und meckern nicht herum. Ich fände es schöner, wenn wir uns an die Gepflogenheiten hielten und nicht dauernd irgendwelche Sonderwege wünschten.

Vors. Abg. **Gerd Hujahn** (SPD): Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Die Geschäftsordnungsdebatte gehört nicht zur Gesetzesdiskussion. Insofern beende ich hiermit die Sitzung. Ich bedanke mich bei allen Anzuhörenden, die dazu beigetragen haben, uns neue Impulse und Anregungen zu geben.

***

LANDTAG
NIEDERSACHSEN

**N i e d e r s c h r i f t**

**über den öffentlichen Teil der 28. Sitzung**

**des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes**

**am 25. September 2025**

**Hannover, Landtagsgebäude**

Tagesordnung: Seite:


1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026 -)**

   Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/7910 neu

   b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2025 bis 2029**

   Unterrichtung - Drs. 19/8151

   *Beratung des Entwurfs des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026*

   ***Einzelplan 03 - Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung***

   *Beginn der Vorstellung durch den Verfassungsschutzpräsidenten* ..... 3

   *Beginn der Mitberatung* ..... 7

   *(Weiteres in vertraulicher Sitzung)* ..... 8

2. a) **Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken - Verfassungsschutzgesetz grundlegend reformieren**

   Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/5071

   b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

   Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930

   *Fortsetzung der Beratung* ..... 9

**Anwesend:**

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Gerd Hujahn (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Doris Schröder-Köpf (SPD)
3. Abg. Alexander Saade (in Vertretung des Abg. Ulrich Watermann) (SPD)
4. Abg. Sebastian Zinke (SPD)
5. Abg. Lena-Sophie Laue (CDU)
6. Abg. Christoph Plett (CDU)
7. Abg. Evrim Camuz (GRÜNE)
8. Abg. Michael Lühmann (GRÜNE)
9. Abg. Klaus Wichmann (AfD)

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Ministerialrat Dr. Miller.

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrat Martin.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Weemeyer, Stenografischer Dienst.

**Sitzungsdauer:** 14:03 Uhr bis 16:27 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2:

a) **Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken - Verfassungsschutzgesetz grundlegend reformieren**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/5071

*erste Beratung: 46. Plenarsitzung am 29.08.2024*
*federführend: AfVerfSch;*
*mitberatend: AfIuS*

b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930

*erste Beratung: 53. Plenarsitzung am 10.12.2024*
*federführend: AfVerfSch;*
*mitberatend: AfRuV*

*zuletzt behandelt in der 25. Sitzung am 16.05.2025*

**Fortsetzung der Beratung**

*Beratungsgrundlage zum Gesetzentwurf der Landesregierung: Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes (Vorlage 13)*

Ministerialrat **Dr. Miller** (GBD) trägt vor, die Vorlage 13 enthalte die Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung. Davon ausgenommen seien die Übermittlungsvorschriften in Artikel 1 Nr. 16 Buchst. a bis c des Gesetzentwurfes, zu denen der GBD in der Sitzung am 6. November 2025 vortragen könne, wenn sich das Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung (MI) bis dahin zu dem dort bereits vorliegenden Vorlageentwurf geäußert habe.

Der erhebliche Umfang der Vorlage 13 und die außergewöhnliche Komplexität der Anmerkungen des GBD erklärten sich aus dem gewaltigen Umfang der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, der bei der Bearbeitung des Gesetzentwurfes berücksichtigt werden müsse. Etwa 20 Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts hätten Eingang in die Vorlage gefunden. Allein die seit dem Jahre 2022 ergangenen Entscheidungen nähmen in der amtlichen Entscheidungssammlung ungefähr 500 Seiten ein.

Die Anmerkungen dienten in erster Linie dazu, dem Ausschuss die Formulierungsvorschläge des GBD zu erläutern. Sie hätten aber auch den Zweck, zu dokumentieren, welche Gedanken in die Beratungen des Gesetzgebers eingeflossen seien. Diese sollten in die parlamentarischen Materialien aufgenommen werden, damit nachgewiesen werden könne, dass man sich intensiv mit der Rechtsprechung auseinandergesetzt habe. Auf diese Weise würden denkbare Klagen gegen die neuen Vorschriften erschwert.

Nach diesen Bemerkungen führt der Referent des GBD den Ausschuss in die Vorlage 13 ein. Wortmeldungen ergeben sich darüber hinaus zu folgenden Vorschriften in **Artikel 1 - Änderung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes -:**

**Nr. 2: § 4 - Begriffsbestimmungen**

Abg. **Evrim Camuz** (GRÜNE) fragt, ob der GBD vor dem Hintergrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts im zweiten NPD-Verbotsverfahren[1] geprüft habe, ob die Bestimmung des Begriffs der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Absatz 3 angepasst werden sollte.

MR **Dr. Miller** (GBD) weist darauf hin, dass die Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bei der Anhörung in der 25. Sitzung am 16. Mai 2025 immer wieder zur Sprache gekommen sei. Auch deshalb habe sich der GBD mit der Frage befasst, ob die Definition geändert werden sollte.

Der Vertreter des GBD trägt vor, der Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sei ein Begriff der Verfassung. Der Gesetzgeber könne ihn nicht authentisch interpretieren, sondern allenfalls - wie Ministerialrat Marscholleck vom Bundesministerium des Innern in der Anhörung gesagt habe - „operationalisieren“[2], um dem Gesetzesanwender greifbarer zu machen, was damit gemeint sei. Die Kernelemente dieses Begriffs seien aus dem Grundgesetz und dessen Auslegung durch das Bundesverfassungsgericht abzuleiten.

Diese Operationalisierung des Begriffs der freiheitlichen demokratischen Grundordnung als Bestandteil der Aufgabenstellung des Verfassungsschutzes obliege nach Auffassung des GBD gemäß Artikel 73 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. b des Grundgesetzes (GG) der ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes. In Ausübung dieser Kompetenz habe der Bund die freiheitliche demokratische Grundordnung in § 4 Abs. 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes (BVerfSchG) definiert.

Deshalb spreche einiges dafür, dass eine Änderung der Begriffsbestimmung Sache des Bundesgesetzgebers wäre. In diesem Sinne hätten sich bei der Anhörung unter anderem Herr Marscholleck[3] und Professor Dr. Fischer[4] geäußert.

Andere Angehörte, zum Beispiel Herr Manns[5], hätten Spielräume für den Landesgesetzgeber gesehen, ohne sich aber mit Artikel 73 GG zu befassen. In anderen Landesparlamenten gebe es Gesetzentwürfe, die eine Anpassung der Definition vorsähen; in den Begründungen fehle es aber an Ausführungen zur Gesetzgebungskompetenz.

Aus Sicht des GBD sei es daher sehr fraglich, ob ein Landesparlament die Begriffsbestimmung einseitig anpassen könne. Es sei dazu jedenfalls nicht verpflichtet. Der GBD rate deshalb davon ab, eine vom Bundesgesetz abweichende Formulierung zu wählen.

---

[1] Urteil vom 17. Januar 2017 - 2 BvB 1/13.
[2] S. 35 der Niederschrift über die 25. Sitzung.
[3] S. 4 der Vorlage 2 zu Drs. 19/5930; S. 33 bis 35 der Niederschrift über die 25. Sitzung.
[4] S. 9 bis 11 der Vorlage 12 zu Drs. 19/5930; S. 57 der Niederschrift über die 25. Sitzung.
[5] S. 26 bis 28 der Vorlage 3 zu Drs. 19/5930; S. 49, 53 und 54 der Niederschrift über die 25. Sitzung.

Abg. **Evrim Camuz** (GRÜNE) will daraufhin wissen, ob der Gesetzgeber den letzten Punkt der gesetzlichen Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung - „die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte“ - näher bestimmen könne, da es der Rechtsprechung zufolge vor allem um die Menschenwürde gehe.

MR **Dr. Miller** (GBD) antwortet, da sehe er durchaus Spielraum. Was unter der freiheitlichen demokratischen Rechtsordnung zu verstehen sei, sei dem Grundgesetz und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu entnehmen. Allerdings sei im rechtswissenschaftlichen Schrifttum umstritten, wie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im zweiten NPD-Verbotsverfahren zu verstehen sei. Einiges spreche dafür, dass das Gericht den Begriff enger gefasst habe als bisher. Wenn man dieser Auffassung folge, sei es sicherlich anzuraten, den letzten Punkt der Begriffsbestimmung enger zu interpretieren als bisher. Allerdings sei es Sache des Bundesgesetzgebers, eine solche Änderung vorzunehmen, wenn er sie für notwendig halte.

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD) schließt daraus, dass die gesetzliche Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Lichte der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ausgelegt werden müsse, die Formulierung der Definition aber ausschließlich dem Bundesgesetzgeber obliege und es dem Landesgesetzgeber verwehrt sei, seine Interpretation des Karlsruher Urteils in die landesrechtliche Begriffsbestimmung hineinzuformulieren.

MR **Dr. Miller** (GBD) erwidert, angesichts der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz des Bundesgesetzgebers, die dieser durch § 4 Abs. 2 BVerfSchG ausgefüllt habe, habe der Landesgesetzgeber eigentlich gar keine Zuständigkeit, die freiheitliche demokratische Grundordnung und damit die Aufgabe des Verfassungsschutzes zu definieren. Dennoch enthalte § 4 Abs. 3 des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes (NVerfSchG) eine solche Definition, was nie beanstandet worden sei, weil beide Definitionen übereinstimmten. Sobald der Landtag es aber unternähme, inhaltlich von der Begriffsbestimmung des Bundesgesetzes abzuweichen, läge das Problem auf dem Tisch, dass dem Land hierfür die Gesetzgebungskompetenz fehle.

Besser wäre es, darauf zu verzichten, bereits im Bundesgesetz bestimmte Begriffe auch im Landesgesetz zu definieren, und stattdessen dynamisch auf das Bundesgesetz zu verweisen. Genau so sei es in Bayern[6] und Hessen[7] bereits geregelt worden. Auch der Gesetzentwurf des Berliner Senats zur Neufassung des Verfassungsschutzgesetzes Berlin[8] sehe eine dynamische Verweisung auf das Bundesgesetz vor. Diese Vorgehensweise habe drei Vorteile: Erstens sei sie im Hinblick auf die Gesetzgebungskompetenz unbedenklich. Zweitens sei dann aus dem Landesgesetz ersichtlich, wo die für die Anwendung des Gesetzes notwendigen Begriffsbestimmungen zu finden seien. Drittens würde sich eine Anpassung der Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch den Bundesgesetzgeber - in der Anhörung habe Herr Marscholleck eine solche Änderung in der neuen Wahlperiode des Bundestages für möglich gehalten[9] - sofort auch auf den niedersächsischen Verfassungsschutz auswirken, ohne dass das Landesgesetz noch einmal geändert werden müsste.

---

[6] § 4 Abs. 1 des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes.
[7] § 3 Abs. 1 des Hessischen Verfassungsschutzgesetzes.
[8] Drucksache 19/2466 des Abgeordnetenhauses von Berlin, Artikel 1 § 6 Abs. 1.
[9] S. 34 der Niederschrift über die 25. Sitzung.

Abg. **Michael Lühmann** (GRÜNE) spricht an, dass in Artikel 73 Abs. 1 Nr. 10 GG nur die *Zusammenarbeit* des Bundes und der Länder auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes als Gegenstand der ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes bestimmt worden sei. Das bedeute nicht, dass die gesetzlichen Grundlagen der Arbeit der Verfassungsschutzbehörden der Länder bis ins Einzelne auf das Bundesgesetz abgestimmt sein müssten. Die Zusammenarbeit werde doch nicht dadurch erschwert, dass ein Landesgesetz den Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung so bestimme, wie es das Bundesverfassungsgericht in seiner jüngeren Rechtsprechung getan habe.

MR **Dr. Miller** (GBD) entgegnet, genau diese Ansicht werde auch in der Rechtswissenschaft vertreten. So hätten Dr. Hohnerlein[10] und Dr. Wihl[11] in der Anhörung die Meinung geäußert, dass eine Änderung der Begriffsbestimmung durch den Landtag mit Artikel 73 GG vereinbar wäre.

Den GBD habe diese Argumentation aber nicht überzeugt. Er könne sich nicht vorstellen, wie der Bund „die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Verfassungsschutz)“ regeln können solle, ohne ein zentrales Schutzgut - die freiheitliche demokratische Grundordnung - einheitlich zu bestimmen.

Wenn die Schutzgüter unterschiedlich definiert würden, dann bezögen sich auch die Informationserhebungen der Verfassungsschutzbehörden auf unterschiedliche Schutzgüter. Bei jeder Übermittlung im Verfassungsschutzverbund müsste man sich dann die Frage stellen, ob die Informationen zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nach „Landesdefinition“ oder zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nach „Bundesdefinition“ erhoben worden seien. Zumindest das Bundesamt für Verfassungsschutz müsse so lange nach der bisherigen „Bundesdefinition“ arbeiten, bis sie vom Bundesgesetzgeber geändert oder vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt worden sei.

Nach Einschätzung des GBD könnten unterschiedliche Begriffsbestimmungen somit zu erheblichen Unsicherheiten bei den Informationsübermittlungen führen. Auch dies sei ein Grund, von einer abweichenden Definition auf Landesebene abzuraten.

Herr Dr. Hohnerlein habe in seiner Argumentation auf die zweite Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Antiterrordatei[12] Bezug genommen. Das Bundesverfassungsgericht habe seinerzeit geschrieben, die behördliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes umfasse „die laufende gegenseitige Unterrichtung und Auskunftserteilung, die wechselseitige Beratung sowie gegenseitige Unterstützung und Hilfeleistung in den Grenzen der je eigenen Befugnisse“.[13] Bei der Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gehe es aber nicht um die Regelung von Befugnissen, sondern um die Regelung von Aufgaben. Nach Auffassung des GBD könne es nicht den Ländern obliegen, die Aufgaben des Verfassungsschutzes zu regeln. Vor allem könnten die Länder die vom Bund vorgegebenen Aufgaben nicht verkürzen.

---

[10] S. 11 bis 17 der Vorlage 7 zu Drs. 19/5930; S. 60 bis 63 der Niederschrift über die 25. Sitzung.
[11] S. 1 bis 10 der Vorlage 11 neu zu Drs. 19/5930; S. 64 bis 67 der Niederschrift über die 25. Sitzung.
[12] Beschluss vom 10. November 2020 - 1 BvR 3214/15.
[13] Rdnr. 76.

Denkbar sei allenfalls, dass die Länder ihren Verfassungsschutzbehörden zusätzliche Aufgaben zuweisen könnten, die einen Bezug zum Verfassungsschutz aufwiesen.

Abg. **Evrim Camuz** (GRÜNE) knüpft daran die Frage, ob eine Konkretisierung von § 4 Abs. 3 Nr. 7, bei der auf die Menschenwürde abgestellt würde, mit höherrangigem Recht nicht in Einklang stünde und deshalb verfassungswidrig wäre oder ob eine solche Konkretisierung verfassungskonform ausgelegt werden könnte.

MR **Dr. Miller** (GBD) antwortet, die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts lasse im Bereich des Nachrichtendienstrechts kaum einen Spielraum für verfassungskonforme Auslegung.

Vor allem in seinem Urteil zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz[14], aber auch in seinem Beschluss zum Hessischen Verfassungsschutzgesetz[15] habe das Bundesverfassungsschutz erklärt, dass die behördliche Anwendung gesetzlicher Begriffe der Kontrolle durch die Gerichte unterliege und die gesetzliche Regelung somit normalerweise durch das „Wechselspiel von Anwendungspraxis und gerichtlicher Kontrolle“ konkretisiert werden könne. Im Nachrichtendienstrecht funktioniere dieses Wechselspiel aber nur eingeschränkt, weil heimliche Überwachungsmaßnahmen den Betroffenen kaum zur Kenntnis gelangten und daher von ihnen auch nur selten angegriffen würden. Aus diesem Grunde stelle das Bundesverfassungsgericht besonders strenge Anforderungen an die Bestimmtheit und Normenklarheit von Ermächtigungen zur heimlichen Erhebung und Verarbeitung von Daten. Deshalb müsse der Gesetzgeber im Nachrichtendienstrecht - anders als im Polizeirecht oder im Strafverfahrensrecht - bestimmte Konkretisierungen selbst vornehmen und könne sie nicht der Ausprägung durch die Verwaltung überlassen.[16]

Aus diesem Grunde gebe es aus Sicht des Bundesverfassungsgerichts nur sehr wenig Raum für verfassungskonforme Auslegungen der Befugnisnormen des Nachrichtendienstrechts. Ob Karlsruhe das bei der Beschreibung der Aufgaben des Verfassungsschutzes genauso sähe, wisse der GBD nicht; denn die dargelegte Rechtsprechung sei zu den Befugnisnormen ergangen. Rechtsprechung zu den Aufgabennormen gebe es kaum.

Die Entscheidungen, in denen sich das Bundesverfassungsgericht zum Inhalt der freiheitlich demokratischen Grundordnung geäußert habe, seien nicht etwa zum Nachrichtendienstrecht ergangen, sondern im Rahmen von Parteiverbotsverfahren. Die herrschende Meinung in der Rechtswissenschaft nehme allerdings mit überzeugenden Argumenten an, dass der Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Parteienrecht und im Verfassungsschutzrecht einheitlich zu verstehen sei. Zumindest in Bezug auf die Beobachtung politischer Parteien hätten auch die Gerichte diese Begriffsidentität unterstellt.

Vor diesem Hintergrund werde man § 4 Abs. 2 BVerfSchG wohl so verstehen müssen, wie es das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung zum zweiten NPD-Verbotsverfahren ausgeprägt habe.

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD) fragt abschließend, ob der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst sich dafür ausspreche, bei der bisherigen Wiederholung der bundesrechtlichen Begriffsdefinition in

---

[14] Urteil vom 26. April 2022 - 1 BvR 1619/17.
[15] Beschluss vom 17. Juli 2024 - 1 BvR 2133/22.
[16] Rdnrn. 200 und 273 des Urteils vom 26. April 2022; Rdnr. 116 des Beschlusses vom 17. Juli 2024.

§ 4 Abs. 3 NVerfSchG zu bleiben, oder ob er in Erwartung der in Aussicht gestellten Änderung des Bundesrechts dafür plädiere, künftig dynamisch auf § 4 Abs. 2 BVerfSchG zu verweisen.

MR **Dr. Miller** (GBD) erklärt, der GBD habe zu dieser Frage in Vorlage 13 keinen Vorschlag gemacht und mache dazu auch heute keinen Vorschlag. Er rate lediglich davon ab, den Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung abweichend vom Bund zu regeln.

**Nr. 2/1: § 6 - Beobachtungsobjekt**

Eine Aussprache ergibt sich hier nur zu dem vom GBD vorgeschlagenen neuen **Absatz 6.**

Zu dem Formulierungsvorschlag auf Seite 4 der Vorlage 13 fragt Abg. **Sebastian Zinke** (SPD), ob die drei Regelbeispiele in **Satz 2** Nrn. 1 bis 3 kumulativ vorliegen müssten, um die erhebliche Bedeutung eines Beobachtungsobjekts zu begründen.

MR **Dr. Miller** (GBD) antwortet, die widerlegbare Vermutung, dass ein Beobachtungsobjekt erhebliche Bedeutung habe, solle schon dann gelten, wenn nur eines der drei Kriterien vorliege. Denn es handele es sich um drei Typen von Beobachtungsobjekten: Nr. 1 ziele auf hetzende Organisationen; die Formulierung sei an § 130 des Strafgesetzbuches (StGB) angelehnt. Nr. 2 betreffe klandestine, abgeschottete Organisationen. Bei Nr. 3 gehe es um legalistische Bestrebungen. Um zu verdeutlichen, dass nur eines der Kriterien erfüllt sein müsse, um die Vermutung zu belegen, sollte zwischen den Nrn. 2 und 3 das Wort „oder“ eingefügt werden.

Zu Nr. 1 schlägt der Referent des GBD bei dieser Gelegenheit vor, die Formulierung „Gewalt- und Willkürmaßnahmen“ durch „Gewalt- *oder* Willkürmaßnahmen“ ersetzen; so sei auch § 130 StGB gefasst.

Insgesamt empfiehlt Herr Dr. Miller somit folgende Fassung des Satzes 2:

> Andere Gründe im Sinne des Satzes 1 liegen in der Regel vor, wenn das Beobachtungsobjekt
>
> 1. zum Hass aufstachelt oder zu Gewalt- *oder* Willkürmaßnahmen auffordert, Straftaten begeht oder auf die Begehung von Straftaten gerichtet ist,
> 2. seine Existenz, Organisation, Ziele oder Tätigkeit in erheblichem Maß verschleiert *oder*
> 3. erheblichen gesellschaftlichen Einfluss besitzt, insbesondere
>    a) durch Vertretung in Ämtern und Mandaten,
>    b) durch wirkungsbreite Publikationen oder systematisches Verbreiten von Desinformationen oder Betreiben von Einschüchterung oder
>    c) aufgrund des Gesamtbilds von Mitglieder- und Unterstützerzahl, Organisationsstruktur, Mobilisierungsgrad, Aktionsfähigkeit und Finanzkraft.

Abg. **Evrim Camuz** (GRÜNE) fragt, warum das Beobachtungsobjekt von erheblicher Bedeutung nicht auch im Bundesverfassungsschutzgesetz definiert sei und ob ein Problem für das Landesgesetz entstehe, wenn der Bundesgesetzgeber eine solche Begriffsbestimmung einführe.

MR **Dr. Miller** (GBD) legt dar, im Bundesgesetz sei das Beobachtungsobjekt gar nicht definiert, obwohl es sich um einen zentralen Begriff der nachrichtendienstlichen Arbeit handele. Dort sei immer nur von Bestrebungen die Rede. Bestrebungen seien aber keine Personen, sondern Tätigkeiten. Diese Tätigkeiten würden von Personenzusammenschlüssen oder auch von Einzelpersonen verfolgt. Diese Personenzusammenschlüsse oder Einzelpersonen bezeichne man nachrichtendienstlich als Beobachtungsobjekte.

Anders als auf Bundesebene und in anderen Bundesländern sei dieser nachrichtendienstliche Begriff in Niedersachsen ins Gesetz aufgenommen worden. § 6 Abs. 1 NVerfSchG enthalte die Definition des Beobachtungsobjekts. Die Definition der erheblichen Bedeutung sollte im niedersächsischen Gesetz deshalb an das - gesteigert beobachtungsbedürftige - Beobachtungsobjekt und nicht an seine Bestrebungen anknüpfen. In anderen Ländern, die die gesteigerte Beobachtungsbedürftigkeit geregelt hätten, werde hingegen eher an die Bestrebungen angeknüpft.

Auf Bundesebene stehe eine entsprechende Regelung noch aus, auch wegen des vorzeitigen Endes der letzten Wahlperiode des Bundestages. Im Befugnisteil des Bundesverfassungsschutzgesetzes sei die umfangreiche jüngere Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts größtenteils noch nicht berücksichtigt worden.

Welche Regelung der Bundesgesetzgeber hier treffen werde, sei für den Landesgesetzgeber nicht von Bedeutung. Die Beschreibung der Beobachtungsobjekte als Anknüpfungspunkt für die Befugnisnormen in Niedersachsen könne auf jeden Fall so bleiben. Das könne der Bund nicht überregeln.

Zu dem Formulierungsvorschlag für einen **Satz 3** auf Seite 44 der Vorlage 13 stellt Abg. **Sebastian Zinke** (SPD) die Frage, ob die Feststellung der erheblichen Bedeutung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts und deren Verlängerung überhaupt gesetzlich geregelt werden müssten.

MR **Dr. Miller** (GBD) legt dar, in den §§ 6 und 7 sei bereits normiert, wie Beobachtungs- und Verdachtsobjekte bestimmt würden. Geregelt sei jeweils, welche Voraussetzungen gegeben sein müssten, wer die Entscheidung zu treffen habe, dass ihre Gründe zu dokumentieren seien und wie lange die Bestimmung zum Beobachtungs- bzw. Verdachtsobjekt gelten könne.

Eine verfassungsrechtliche Notwendigkeit, darüber hinaus auch die Feststellung der erheblichen Bedeutung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts gesetzlich zu regeln, sei nicht gegeben. Die erhebliche Bedeutung sei lediglich Teil der Eingriffsschwellen und somit eine Voraussetzung für die Anwendung bestimmter nachrichtendienstlicher Mittel, die von der G-10-Kommission überprüft werde. Wenn die Verfassungsschutzbehörde den Einsatz eines solchen nachrichtendienstlichen Mittels anordnen wolle, müsse sie jeweils prüfen, ob das Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt aktuell von erheblicher Bedeutung sei. Sie dürfe sich nicht auf eine möglicherweise veraltete Feststellung der erheblichen Bedeutung verlassen und müsse der G-10-Kommission im Einzelfall nachweisen können, dass die erhebliche Bedeutung aktuell vorliege.

Aus rechtlicher Sicht sei der vorgeschlagene Satz 3 also nicht erforderlich. Ob er angefügt werden solle, sei politisch zu entscheiden.

VerfSchPräs **Pejril** (MI) erläutert, die Feststellung der erheblichen Bedeutung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts sei bisher in § 21 Abs. 5 geregelt. Von dieser Feststellung und ihrer

Begründung gehe die Verfassungsschutzbehörde aus, wenn sie bei der G-10-Kommission Einzelmaßnahmen beantrage und begründe. Nun solle § 21 Abs. 5 einem Vorschlag des GBD auf Seite 43 der Vorlage 13 zufolge gestrichen werden. Die Verfassungsschutzbehörde spreche sich dafür aus, das bewährte Verfahren zur Feststellung der erheblichen Bedeutung beizubehalten und künftig in § 6 Abs. 6 Satz 3 zu verankern. Aber natürlich könne man auch anders verfahren.

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD) gibt zu bedenken, dass die Verfassungsschutzbehörde sich den Darlegungen des GBD zufolge nicht auf die Feststellung der erheblichen Bedeutung verlassen dürfe, sondern bei jeder Vorlage an die G-10-Kommission darlegen müsse, warum die erhebliche Bedeutung immer noch gegeben sei.

VerfSchPräs **Pejril** (MI) entgegnet, grundsätzlich verfahre das Ministerium schon jetzt genau so.

**Nr. 3/1: § 10 - Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung**

Zu Absatz 1 fragt Abg. **Sebastian Zinke** (SPD), ob es zulässig sei, eine Vertrauensperson in einem Bereich einzusetzen, in dem der Kernbereich privater Lebensgestaltung betroffen sein könnte, und ob eine Vertrauensperson abgeschaltet werden müsse, wenn es zu einer persönlichen Beziehung zu einer beobachteten Person komme.

MR **Dr. Miller** (GBD) antwortet, die Verfassungsschutzbehörde müsse vor der Anordnung der Inanspruchnahme einer Vertrauensperson prognostizieren, ob „dadurch nicht nur zufällig der Kernbereich privater Lebensgestaltung beeinträchtigt“ werde. Wenn hierfür tatsächliche Anhaltspunkte vorlägen, sei es verboten, die Inanspruchnahme anzuordnen. Es wäre daher unzulässig, jemanden als Vertrauensperson zu werben, der in einer sehr engen oder sogar intimen Beziehung zu der Zielperson stehe.

**Nr. 4: § 14 - Nachrichtendienstliche Mittel**

Abg. **Evrim Camuz** (GRÜNE) stellt fest, dem Formulierungsvorschlag des GBD zu Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 a zufolge solle es zulässig sein, das von einer bestimmten Person bei einer Versammlung außerhalb von Wohnungen öffentlich gesprochene Wort aufzuzeichnen. Bei einer Versammlung könne es aber vorkommen, dass weitere Personen der überwachten Person dazwischenredeten. Es stelle sich daher die Frage, inwiefern die Aufzeichnung die Rechte dieser weiteren Personen beeinträchtige.

MR **Dr. Miller** (GBD) erwidert, gezielt dürfe der Verfassungsschutz nur eine Person abhören, die durch ihr eigenes Verhalten Anlass zu dieser Maßnahme gegeben habe. Gemäß § 15 Abs. 2 Satz 2 dürfe ein nachrichtendienstliches Mittel aber auch dann eingesetzt werden, wenn Dritte von der Informationserhebung unvermeidbar mitbetroffen seien.

Es sei jedoch auch denkbar, dass bei einer Versammlung mehrere bestimmte Personen gezielt abgehört würden, weil sie jeweils durch ihr Verhalten - beispielsweise durch Äußerungen bei früherer Gelegenheit - Anlass zu dieser Maßnahme gegeben hätten.

Abg. **Evrim Camuz** (GRÜNE) fragt, ob die Aufzeichnung des von weiteren Personen gesprochenen Wortes nicht unverzüglich gelöscht werden müsste.

MR **Dr. Miller** (GBD) legt dar, gemäß § 26 Abs. 1 Satz 3 dürften Daten Dritter mitgespeichert werden, wenn sie nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand von den Daten der überwachten Person getrennt werden könnten. Sie müssten dann allerdings für die Verarbeitung gesperrt werden, dürften also nicht genutzt werden. Wenn es hingegen ohne unverhältnismäßigen Aufwand möglich sei, die Äußerungen Dritter aus der Aufzeichnung herauszuschneiden und zu löschen, dann müsse dies gemäß § 28 Abs. 2 Satz 1 auch geschehen.

Zu der Frage, ob die Bedingung „außerhalb von Wohnungen“ die Aufzeichnung des öffentlich gesprochenen Wortes in einer Moschee ausschließe, äußert Abg. **Sebastian Zinke** (SPD) die Auffassung, dass öffentlich zugängliche Gotteshäuser nicht als Wohnungen betrachtet werden könnten.

Abg. **Evrim Camuz** (GRÜNE) spricht sich dafür aus, der Überlegung des GBD auf Seite 18 der Vorlage 13 näherzutreten und darüber nachzudenken, die Verfassungsschutzbehörde ausdrücklich - und unter Einhaltung des Zitiergebotes - zu ermächtigen, durch die Aufzeichnung des in allgemein zugänglichen Räumen öffentlich gesprochenen Wortes in das Grundrecht gemäß Artikel 13 GG einzugreifen.

Nach Auffassung des GBD müsste der Gesetzgeber dann regeln, unter welchen Voraussetzungen der Verfassungsschutz durch Tonaufzeichnungen in den Schutzbereich des Artikels 13 eingreifen dürfe und wie tief dieser Eingriff sein dürfe, gibt MR **Dr. Miller** (GBD) zu bedenken. Das sei rechtlich nicht einfach, weil solche Eingriffe einer Wohnraumüberwachung nahekommen könnten und angesichts des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz kaum ein Fall denkbar sei, in dem eine Verfassungsschutzbehörde eine Wohnraumüberwachung durchführen dürfte.

Aus Sicht des MI sei es auch nicht erforderlich, eine gesonderte Ermächtigungsgrundlage für Aufzeichnungen in allgemein zugänglichen Gotteshäusern zu schaffen. Denn aus Sicht des MI fielen solche Räume überhaupt nicht unter das Grundrecht nach Artikel 13, sodass die im Gesetzentwurf vorgesehene Ermächtigung zu Aufzeichnungen „außerhalb von Wohnungen“ ausreiche.

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD) weist darauf hin, dass die Möglichkeit, Informationen in Moscheen zu erheben, für die Arbeit des Verfassungsschutzbehörde in Phänomenbereich Islamismus unentbehrlich sei. Er schließt sich der Auffassung des MI an, dass es für die technische Aufzeichnung des in solchen Räumen öffentlich gesprochenen Wortes keiner gesonderten Ermächtigungsgrundlage bedürfe.

**Nr. 9: § 21 - Verfahrensvorschriften**

In Ergänzung der Vorlage 13 macht MR **Dr. Miller** (GBD) darauf aufmerksam, dass der Gesetzentwurf vorsehe, dass in Absatz 3 der bisherige Satz 4 zum Satz 6 wird. Da in Absatz 4 Satz 3 auf den bisherigen Absatz 3 Satz 4 verwiesen werde, müsse dort die Angabe „Absatz 3 Satz 4“ durch die Angabe „Absatz 3 Satz 6“ ersetzt werden.

**Nr. 10: § 22 - Mitteilung an betroffene Personen**

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD) legt dar, die Mitteilung des Einsatzes nachrichtendienstlicher Mittel an die betroffenen Personen könne gemäß Absatz 2 Satz 1 zurückgestellt werden, um Vertrauenspersonen oder Personen aus deren Umfeld vor Gefahren für Leib und Leben zu schützen.

Der auf Seite 50 der Vorlage 13 niedergelegte Vorschlag, Absatz 2 Satz 3 um einen zweiten Halbsatz zu ergänzen, würde es der G-10-Kommission erlauben, prognostisch einzuschätzen, wie lange mit solchen Gefahren zu rechnen sei, und entsprechend lange die Mitteilung zurückzustellen. Wenn der Prognose zufolge die Gefahren für sehr lange Zeit zu befürchten seien, könne die Kommission die Mitteilung eben auch für sehr lange Zeit zurückstellen.

Der Abgeordnete äußert die Einschätzung, dass man bei einem großen Teil der Fälle damit rechnen müsse, dass es auch nach 10 oder 20 Jahren noch zu Racheakten der Betroffenen kommen könne. Eine Zurückstellung der Mitteilung für 10 oder 20 Jahre komme allerdings einer Entscheidung nahe, den Einsatz der nachrichtendienstlichen Mittel endgültig nicht mitzuteilen.

MR **Dr. Miller** (GBD) entgegnet, unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten spreche grundsätzlich nichts dagegen, dass die G-10-Kommission die Mitteilung für sehr lange Zeit zurückstelle, wenn sie mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit prognostizieren könne, dass ein Zurückstellungsgrund - etwa eine konkrete Gefahr für eine Vertrauensperson - so lange bestehen bleiben werde. Regelmäßige Wiedervorlagen hätten keinen Nutzen, wenn eine Mitteilung von vornherein ausscheide, etwa weil die Vertrauensperson nach wie vor in Anspruch genommen werde. Wenn die Vertrauensperson ausscheide, sei es früh genug, um über die Mitteilung, ihre Zurückstellung oder eine endgültige Nichtmitteilung zu entscheiden.

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD) betont, dass Racheakte eine Vertrauensperson auch noch Jahre nach dem Ende ihrer Inanspruchnahme durch den Verfassungsschutz treffen könnten, wenn die von ihrer Tätigkeit betroffenen Personen herausfänden, wer Informationen über sie an die Behörde geliefert habe. Deshalb komme eine Mitteilung in vielen Fällen auch nach dem Ende einer Maßnahme für recht lange Zeit nicht in Betracht.

Die Frage sei, wie gut die G-10-Kommission Gefahren nach dem Ende der Inanspruchnahme einer Vertrauensperson prognostizieren könne, gibt MR **Dr. Miller** (GBD) zu bedenken. Es könne ja auch Fälle geben, in denen Racheakte unwahrscheinlich seien, etwa weil die vormalige Vertrauensperson nach Südamerika ausgewandert sei. In solchen Fällen müsse die G-10-Kommission prüfen, ob die Inanspruchnahme der Vertrauensperson den Betroffenen doch mitgeteilt werden könne. Die Kommission müsste hier ein Verfahren finden, das die verfassungsrechtlichen Notwendigkeiten berücksichtige und trotzdem den praktischen Erfordernissen entspreche.

**Nr. 11: § 23 - Ersuchen und automatisierte Abrufverfahren**
**Nr. 13: § 25 - Verpflichtung zur Datenübermittlung an die Verfassungsschutzbehörde**

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD) schließt aus den Anmerkungen des GBD auf den Seiten 51 und 52 der Vorlage 13, dass kaum ein Fall vorstellbar sei, in dem eine deutsche Verfassungsschutzbehörde eine Wohnraumüberwachung durchführen dürfe. Er fragt, ob es dennoch Regelungen in Verfassungsschutzgesetzen gebe, die die eher theoretische Möglichkeit einer Wohnraumüberwachung vorsähen.

MR **Dr. Miller** (GBD) antwortet, solche Regelungen gebe es durchaus, etwa in § 9 Abs. 2 BVerfSchG. In der Anhörung habe Herr Marscholleck allerdings gesagt, dass diese Regelung noch nie angewandt worden sei und auch künftig nicht zur Anwendung kommen könne.[17] Im Übrigen sei diese Regelung verfassungswidrig. Wenn man eine entsprechende Regelung in das Landesgesetz aufnehmen wollte, müsste sie zumindest überarbeitet werden.

Eine Regelung zur Wohnraumüberwachung durch eine Verfassungsschutzbehörde enthalte auch Artikel 9 des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes. Um den verfassungsrechtlichen Anforderungen zu genügen, sehe das bayerische Gesetz enorm hohe Voraussetzungen für eine Wohnraumüberwachung durch das dortige Landesamt für Verfassungsschutz vor. Ob die Regelung jemals zur Anwendung kommen werde, wisse niemand.

Unter solch hohen Voraussetzungen könnte man eine Wohnraumüberwachung durch den Verfassungsschutz auch im Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz regeln. Ob sie zur Anwendung kommen könnte, sei auch in Niedersachsen sehr fraglich. Die Verfassungsschutzbehörde habe in ihrer Stellungnahme zu Nr. 10 des Antrages der CDU-Fraktion die Einschätzung geäußert, dass für eine Wohnraumüberwachung durch den Verfassungsschutz - wenn überhaupt - ein äußerst geringer Anwendungsbereich verbleiben dürfte.[18]

In den §§ 23 und 25 des Entwurfs gehe es allerdings um die Konstellation, in der zuvor eine Wohnraumüberwachung durch die Polizei stattgefunden habe, aus welcher Daten an die Verfassungsschutzbehörde übermittelt werden sollten. Dass in einem solchen Fall die Polizei außerstande sein solle, die dringende Gefahr selbst abzuwehren, und deswegen die Übermittlung an die Verfassungsschutzbehörde erforderlich sei, könne man sich - auch im MI - nicht vorstellen, sodass die Streichung der Entwurfsregelungen empfohlen werde.

*

Der **Ausschuss** kommt überein, die Beratung in der Sitzung am 6. November 2025 fortzusetzen.

***

[17] S. 32 der Niederschrift über die 25. Sitzung.
[18] S. 5 und 6 der Vorlage 1 zu Drs. 19/5071.

LANDTAG
NIEDERSACHSEN

**N i e d e r s c h r i f t**

**über den öffentlichen Teil der 29. Sitzung**

**des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes**

**am 6. November 2025**

**Hannover, Landtagsgebäude**

Tagesordnung: Seite:


1. a) **Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken - Verfassungsschutzgesetz grundlegend reformieren**

   Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/5071

   b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

   Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930

   *Fortsetzung der Beratung* ..... 3

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung eines Parlamentarischen Kontrollgremiums in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes**

   Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/7238

   *Fortsetzung der Mitberatung* ..... 7

   Verfahrensfragen ..... 8

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung gemäß § 36 NVerfSchG und § 2 Abs. 2 Nds. AG G10**

   *(in vertraulicher Sitzung)* .....

**Anwesend:**

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Gerd Hujahn (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Julius Schneider (i. V. der Abg. Doris Schröder-Köpf) (SPD)
3. Abg. Ulrich Watermann (SPD)
4. Abg. Sebastian Zinke (SPD)
5. Abg. Lena-Sophie Laue (CDU)
6. Abg. Christoph Plett (CDU)
7. Abg. Alexander Wille (CDU)
8. Abg. Evrim Camuz (GRÜNE)
9. Abg. Michael Lühmann (GRÜNE)
10. Abg. Stephan Bothe (i. V. des Abg. Klaus Wichmann) (AfD)

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Ministerialdirigent Dr. Wefelmeier (Mitglied).

Von der Landtagsverwaltung:

Ministerialrat Wiesehahn,
Frau Geerts.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Weemeyer, Stenografischer Dienst.

**Sitzungsdauer:** 14:00 Uhr bis 15:03 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

a) **Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken - Verfassungsschutzgesetz grundlegend reformieren**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/5071

*erste Beratung: 46. Plenarsitzung am 29.08.2024*
*federführend: AfVerfSch;*
*mitberatend: AfIuS*

b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930

*erste Beratung: 53. Plenarsitzung am 10.12.2024*
*federführend: AfVerfSch;*
*mitberatend: AfRuV*

*zuletzt beraten in der 28. Sitzung am 25.09.2025*

**Fortsetzung der Beratung**

*Beratungsgrundlage zum Gesetzentwurf der Landesregierung: Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes (Vorlage 14)*

Der Ausschuss setzt die Beratung zu **Artikel 1 - Änderung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes -** fort.

**Nr. 2: § 4 - Begriffsbestimmungen**

In Anschluss an die 28. Sitzung vom 25. September 2025 trägt Abg. **Evrim Camuz** (GRÜNE) vor, dass bei der Beratung auf Grundlage der Vorlage 13 des GBD der Umgang mit dem Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (FDGO) thematisiert worden sei. Dabei sei die Möglichkeit einer dynamischen Verweisung auf das Bundesgesetz angesprochen worden. Die Abgeordnete erkundigt sich, ob der GBD bis zur nächsten Ausschusssitzung einen entsprechenden Formulierungsvorschlag erstellen könne.

MDgt **Dr. Wefelmeier** (GBD) bejaht diese Frage und kündigt an, einen entsprechenden Vorschlag zu erstellen.

**Nr. 16: Fünftes Kapitel - Übermittlung**

MDgt **Dr. Wefelmeier** (GBD) trägt die Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD im Sinne der Vorlage 14 vor.

Eine Aussprache ergibt sich zu den nachstehend aufgeführten Paragrafen in der Fassung der Vorlage 14:

**§ 31 - Übermittlung zur Strafverfolgung**

Ministerialdirigent **Dr. Wefelmeier** (GBD) macht anhand der Ausführungen auf den Seiten 4 bis 8 der Vorlage 14 deutlich, warum der GBD dafür plädiere, Straftaten gemäß §§ 87, 88 und 89 StGB nicht in den Katalog, mit dem der Begriff der besonders schweren Straftat konkretisiert werden solle, aufzunehmen. Das MI hingegen wolle an diesen Straftatbeständen festhalten und spreche in diesem Zusammenhang von einem geringen und vertretbaren verfassungsrechtlichen Risiko. Die Entscheidung, wie an dieser Stelle verfahren werden solle, liege nun beim Ausschuss.

Verfassungsschutzpräsident **Pejril** (MI) erklärt, dass es um Straftatbestände gehe, die aus Sicht des MI aufgrund der aktuellen Lage - Stichwort „hybride Bedrohung“ - einer besonderen Relevanz unterlägen. Informationen aus dem nachrichtendienstlichen Kontext könnten aufgrund ihres klandestinen Charakters für die Strafverfolgungsbehörden eine besondere Bedeutung haben. Gerade in Bezug auf den Versuch der Verschleierung von Aktivitäten und Tathandlungen im vorbereitenden Bereich sei das Zusammenführen von Informationen relevant, um überhaupt erkennen zu können, welche Aktivitäten entfaltet würden und welche Straftatbestände zur Umsetzung kommen könnten. Am Beispiel der Brandsätze bei DHL in Leipzig werde deutlich, dass einzelne Sabotageakte in Summe weitreichende Folgen haben könnten.

Ähnliches sei bei Agententätigkeit zu Sabotagezwecken - § 87 StGB - der Fall. Man denke an die sogenannten Marschaufklärer: Sie beobachteten Truppenbewegungen und Verschiffungen von Rüstungsgütern, um Informationen an die Abwehr eines gegnerischen Dienstes zu liefern - dabei stehe Russland natürlich besonders im Fokus. In Niedersachsen passiere in diesem Kontext sehr viel, beispielsweise würden Rüstungsgüter über die Häfen verschifft, aber auch auf der Schiene in Richtung Polen und die Ukraine transportiert. Das MI wisse, dass solche Agententätigkeiten hier stattfänden.

Vor diesem Hintergrund gehe es um das Zusammenführen von Informationen, das Aufdecken von Strukturen und das Dingfestmachen der handelnden Akteure und der dahinterstehenden Netzwerke.

MDgt **Dr. Wefelmeier** (GBD) sagt, diese Erwägungen seien aus rechtspolitischen Gründen durchaus nachvollziehbar. Aus verfassungsrechtlicher Sicht könne es aber nicht um aktuelle politische Zustände oder Bedrohungslagen gehen. Das Bundesverfassungsgericht verlange „in der Strafnorm objektivierte besondere Begehungsformen oder Tatfolgen“, auch wenn unklar bleibe, welche Anhaltspunkte genau gefordert würden.

Zwar sei in der Fachliteratur kritisiert worden, dass das Bundesverfassungsgericht die Bezugnahme der Straftaten auf Rechtsgüter des Verfassungsschutzes nicht für ausreichend halte. Trotz dieser Einwände bleibe das Bundesverfassungsgericht, wie mit der jüngsten Entscheidung zum Antiterrordateigesetz II deutlich geworden sei, bei seiner Position. Daher verbleibe aus rechtlicher Sicht das vom GBD in der Vorlage 14 dargestellte Risiko.

Abg. **Evrim Camuz** (GRÜNE) schlägt vor, die Erkenntnisse in Ruhe auszuwerten und diesen Punkt bei der Fortsetzung der Beratung bei nächster Gelegenheit erneut aufzugreifen.

**§ 32 b - Übermittlung an inländische nichtöffentliche Stellen**

MDgt **Dr. Wefelmeier** (GBD) weist darauf hin, dass das Wort „Verfassungsschutzbehörde“ in Absatz 1 Satz 2 der Fassung der Vorlage 14 durch „Verfassungsschutzabteilung“ ersetzt werden müsse, um das Missverständnis, die Ministerin bzw. der Minister sei gemeint, zu vermeiden. Im Gesetz werde zwischen dem Abteilungsleitervorbehalt und dem Ministervorbehalt unterschieden, weshalb der unklare Begriff der „Verfassungsschutzbehörde“ im Sinne der Verständlichkeit auf Wunsch des MI durch „Verfassungsschutzabteilung“ zu ersetzen sei. Rechtliche Bedenken dagegen habe der GBD nicht vorzutragen.

Der **Ausschuss** signalisiert seine Zustimmung zu dem Vorschlag.

*

Der **Ausschuss** kommt überein, die Beratung in der nächsten Sitzung fortzusetzen.

***

LANDTAG
NIEDERSACHSEN

**N i e d e r s c h r i f t**

**über den öffentlichen Teil der 30. Sitzung**

**des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes**

**am 4. Dezember 2025**

**Hannover, Landtagsgebäude**

Tagesordnung: Seite:


1. a) **Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken - Verfassungsschutzgesetz grundlegend reformieren**

   Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/5071

   b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

   Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930

   *Fortsetzung der Beratung* ..... 4

   *Beschluss* ..... 9

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung eines Parlamentarischen Kontrollgremiums in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes**

   Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/7238

   *Fortsetzung der Mitberatung* ..... 10

   *Beschluss* ..... 11

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung gemäß § 36 NVerfSchG und § 2 Abs. 2 Nds. AG G10**

   *(in vertraulicher Sitzung)* ..... 12

**Anwesend:**

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Gerd Hujahn (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Doris Schröder-Köpf (SPD)
3. Abg. Ulrich Watermann (SPD)
4. Abg. Sebastian Zinke (SPD)
5. Abg. Lena-Sophie Laue (CDU)
6. Abg. Christoph Plett (CDU)
7. Abg. Alexander Wille (CDU)
8. Abg. Evrim Camuz (GRÜNE)
9. Abg. Michael Lühmann (GRÜNE)
10. Abg. Klaus Wichmann (AfD)

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Ministerialdirigent Dr. Wefelmeier (Mitglied),
Ministerialrat Dr. Miller.

Von der Landtagsverwaltung:

Ministerialrat Wiesehahn.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Weemeyer, Stenografischer Dienst.

**Sitzungsdauer:** 14:00 Uhr bis 14:43 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

a) **Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken - Verfassungsschutzgesetz grundlegend reformieren**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/5071

*erste Beratung: 46. Plenarsitzung am 29.08.2024*
*federführend: AfVerfSch;*
*mitberatend: AfIuS*

b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930

*erste Beratung: 53. Plenarsitzung am 10.12.2024*
*federführend: AfVerfSch;*
*mitberatend: AfRuV*

*zuletzt beraten in der 29. Sitzung am 06.11.2025*

**Fortsetzung der Beratung**

*Beratungsgrundlage zum Gesetzentwurf der Landesregierung: Beratungsstand und Formulierungsvorschlag des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes (Vorlage 15)*

Der Ausschuss schließt die Beratung des Gesetzentwurfes ab. Folgende Vorschriften kommen zur Sprache:

**Artikel 1 - Änderung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes**

**Nr. 2: § 4 - Begriffsbestimmungen**

Ministerialdirigent **Dr. Wefelmeier** (GBD) stellt den Formulierungsvorschlag auf Seite 2 der Vorlage 15 vor, der in der 29. Sitzung am 6. November 2025 erbeten wurde. Er legt dar, dieser Formulierungsvorschlag sehe vor, die bisherige landesrechtliche Bestimmung des Begriffs der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in **Absatz 3** durch eine dynamische Verweisung auf die entsprechende Vorschrift des Bundesverfassungsschutzgesetzes (BVerfSchG) zu ersetzen, die der Bundesgesetzgeber möglicherweise demnächst an die jüngere Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts anpassen werde. Gegen eine dynamische Verweisung bestünden an dieser Stelle keine rechtlichen Bedenken, zumal eine landesrechtliche Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht unbedingt erforderlich sei.

Abg. **Evrim Camuz** (GRÜNE) bedauert, dass die Begriffsbestimmung in § 4 Abs. 2 BVerfSchG noch nicht der aktuellen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts entspreche. Sie stellt fest, dass zu der Frage, ob der Landesgesetzgeber eine vom Wortlaut des Bundesgesetzes abweichende Definition verwenden könne, in der Anhörung in der 25. Sitzung am 16. Mai 2025 unter-

schiedliche Meinungen vertreten worden seien. Eine dynamische Verweisung sei in dieser Situation ein guter Kompromiss. Die Abgeordnete ruft die Ausschussmitglieder auf, ihre Kontakte zur Bundespolitik zu nutzen, um auf eine Anpassung des § 4 Abs. 2 BVerfSchG an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Januar 2017 - 2 BvB 1/13 - hinzuwirken.

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD) kündigt einen Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen an, durch den auf die Diskussion auf Bundesebene eingewirkt werden solle.[1]

Abg. **Christoph Plett** (CDU) erklärt, seine Fraktion habe hinsichtlich des Formulierungsvorschlages des GBD noch Abstimmungsbedarf.

> Der **Ausschuss** stimmt dem Formulierungsvorschlag des GBD und den auf den Seiten 2 und 3 der Vorlage 15 erwähnten Folgeänderungen mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU und der AfD zu.

**Nr. 2/1: § 6 - Beobachtungsobjekt**

Zu dem in der 28. Sitzung am 25. September 2025 besprochenen Formulierungsvorschlag zu **Absatz 6 Satz 3** teilt Abg. **Sebastian Zinke** (SPD) mit, die Fraktionen der SPD und der Grünen wollten dem Wunsch des Ministeriums für Inneres und Sport entsprechen, das Verfahren zur Feststellung der erheblichen Bedeutung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts und zu deren Verlängerung gesetzlich zu fixieren.

> Der **Ausschuss** nimmt den Formulierungsvorschlag mehrheitlich an.

**Nr. 8: § 20 - Besondere Auskunftsverlangen**

Ministerialrat **Dr. Miller** (GBD) trägt vor, bezüglich der besonderen Auskunftsverlangen habe der Bundesgesetzgeber das Marktortprinzip eingeführt. Demnach seien auch solche Unternehmen zur Auskunft verpflichtet, die in Deutschland zwar keine Niederlassung hätten, hier jedoch Leistungen erbrächten. Um dies auch im Landesgesetz so zu regeln, müsste dem **Absatz 3** ein **Satz 4** angefügt werden, wie auf Seite 11 der Vorlage 15 vorgeschlagen. Gegen eine solche Regelung habe der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst keine rechtlichen Bedenken.

> Der **Ausschuss** nimmt den Formulierungsvorschlag mehrheitlich an.

**Nr. 9: § 21 - Verfahrensvorschriften**

MR **Dr. Miller** (GBD) legt dar, in Bezug auf **Absatz 1 Satz 2** sei noch zu entscheiden, ob der Ministervorbehalt für die Kontostammdatenabfrage gestrichen werden solle. Das Landesgesetz sehe einen Ministervorbehalt üblicherweise für solche Maßnahmen war, die der Zustimmung

[1] Drucksache 19/9255.

der G-10-Kommission bedürften. Da dieses Erfordernis in Bezug auf Kontostammdatenabfragen entfallen solle, wäre es konsequent, wenn solche Abfragen künftig auch nicht mehr dem Ministervorbehalt unterliegen sollten.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag mehrheitlich, den Ministervorbehalt zu streichen und hierzu Buchstabe 1/a Doppelbuchst. aa wie folgt zu fassen:

„In Satz 2 werden nach dem Wort ‚gilt' die Worte ‚für die Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen in den Fällen des § 16 Abs. 2 sowie' eingefügt sowie das Wort ‚besonderen' *und die Angabe ‚sowie für Ersuchen nach § 20 Abs. 4 Satz 1'* gestrichen."

MR **Dr. Miller** (GBD) trägt vor, offen sei auch noch die Frage, ob in **Absatz 3 Satz 4** der zweite Halbsatz gestrichen werden solle. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bedürfe es einer solchen gesetzlichen Regelung nicht. Denn schon aus der Verfassung ergebe sich die Notwendigkeit, dass die G-10-Kommission prüfe, ob sich aus der Summe der eingesetzten nachrichtendienstlichen Mittel und besonderen Auskunftsverlangen ein unverhältnismäßiger Eingriff in der Grundrechte ergebe. Eine solche Vorschrift sei daher rein deklaratorischer Natur. Der Gesetzgeber habe also die Wahl, sie beizubehalten oder zu streichen.

Der **Ausschuss** spricht sich mehrheitlich dafür aus, den zweiten Halbsatz nicht zu streichen.

**Nr. 16: Fünftes Kapitel - Übermittlung**

**§ 31 - Übermittlung zur Strafverfolgung**

MDgt **Dr. Wefelmeier** (GBD) erinnert an seine Ausführungen in der 29. Sitzung und an seine Empfehlung, die §§ 87, 88 und 89 des Strafgesetzbuches nicht in **Absatz 2 Nr. 2** aufnehmen.

Auf Antrag der Abg. **Evrim Camuz** (GRÜNE) empfiehlt der **Ausschuss** dem Landtag mehrheitlich, dem Vorschlag des GBD zu folgen und die Nr. 2 wie folgt zu fassen:

„Straftaten gemäß den §§ 95, 100 a, 106 und 109 e StGB."

**Nr. 17: § 36 - Unterrichtungspflichten des Fachministeriums**

MR **Dr. Miller** (GBD) nimmt darauf Bezug, dass der Ausschuss sich dafür ausgesprochen habe, § 6 Abs. 6 Satz 3 in den Gesetzentwurf aufzunehmen. Vor diesem Hintergrund empfiehlt er, § 36 **Abs. 1 Satz 2 Nr. 3** so zu fassen, wie auf Seite 24 der Vorlage 15 vorgeschlagen.

Der **Ausschuss** nimmt diesen Vorschlag mehrheitlich an.

**Artikel 3 - Neubekanntmachung**

MR **Dr. Miller** (GBD) weist darauf hin, dass das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz (NVerfSchG) in nächster Zeit zweimal geändert werden solle: erstens durch diesen Gesetz-

entwurf, zweitens durch den Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung eines Parlamentarischen Kontrollgremiums in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes (Tagesordnungspunkt 2). Er empfiehlt, die Neubekanntmachungsermächtigung hier zu streichen und in den zweiten Gesetzentwurf einzufügen.

Der **Ausschuss** beschließt mehrheitlich, dem Landtag die Streichung des Artikels 3 zu empfehlen.

**Artikel 4 - Inkrafttreten**

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD) fragt die Verfassungsschutzbehörde, ob aus ihrer Sicht ein Inkrafttreten des Gesetzes am Tag nach seiner Verkündung - wie es der Gesetzentwurf vorsehe - sachgerecht sei oder ob ein gewisser Zeitraum vor dem Inkrafttreten benötigt werde, um die Mitarbeiter mit den geänderten Vorschriften vertraut zu machen.

Verfassungsschutzvizepräsident **Goltsche** (MI) erklärt, aus Sicht des Verfassungsschutzes spreche nichts dagegen, dass das Gesetz am Tag nach seiner Verkündung in Kraft trete. Im Gegenteil wünsche die Behörde sich ein zeitnahes Inkrafttreten.

*

Zum Abschluss der Beratungen bedauert Abg. **Christoph Plett** (CDU), dass das, was Experten in der Anhörung dargelegt hätten, kaum Eingang in die Gesetzesberatung gefunden habe. Die CDU-Fraktion habe den Eindruck gewonnen, dass die Fraktionen der SPD und der Grünen sich darauf hätten konzentrieren müssen, zu einem gemeinsamen Votum zu kommen.

Der Abgeordnete kritisiert erstens, dass die Koalitionsfraktionen über die Forderung Nr. 1 des Antrages der CDU-Fraktion, in § 3 NVerfSchG die Beobachtung von Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität als neue Aufgabe des Verfassungsschutzes festzulegen, überhaupt nicht nachgedacht habe. Aus Sicht der CDU-Fraktion müsse der Verfassungsschutz insbesondere die Clankriminalität und den islamistischen Terrorismus beobachten, zumal die Organisierte Kriminalität gerade in diesen Bereichen zunehme.

Zweitens bekräftigt der Abg. Plett die Forderung Nr. 9 seiner Fraktion, die Altersgrenze für die Erhebung von personenbezogenen Daten von Minderjährigen in § 13 NVerfSchG aufzuheben. Die gegenwärtige Regelung, nach der keine Daten über Personen gespeichert werden dürften, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hätten, sei realitätsfern. Professor Dr. Lindner von der Universität Augsburg habe sie in einer Stellungnahme gegenüber diesem Ausschuss in der 18. Wahlperiode sogar als unzulässig bezeichnet.[2] Der Abgeordnete erinnert daran, dass im Jahre 2016 ein Zwölfjähriger in Ludwigshafen am Rhein versucht habe, Nagelbombenanschläge zu verüben. Radikalisierungstendenzen bei unter 14-Jährigen seien insbesondere bei Kindern von Migranten zu beobachten. Zu ihnen müsse der Verfassungsschutz Daten erheben dürfen. Schließlich müssten auch die Jugendämter sich mit Radikalisierungstendenzen bei Kindern

[2] Vorlage 2 zu Drs. 18/7315, Nr. 3; Niederschrift über die 39. Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes am 11. Februar 2021, Seite 12.

befassen, und dabei seien die Jugendämter auf die Vorfeldarbeit des Verfassungsschutzes angewiesen.

Drittens erinnert der Abgeordnete an die Forderung Nr. 10, den Verfassungsschutz zur Wohnraumüberwachung und zur Onlinedurchsuchung zu ermächtigen. Es gefährde die Sicherheit von Mitarbeitern des Verfassungsschutzes, dass eine Wohnraumüberwachung durch den Verfassungsschutz in Niedersachsen nicht zulässig sei. Es sei die Pflicht der Verfassungsschutzbehörde, ihre Mitarbeiter bei ihrer Tätigkeit bestmöglich zu begleiten. Deshalb sei die Möglichkeit einer Wohnraumüberwachung notwendig. Auch sei es zwingend geboten, die Möglichkeit der Onlinedurchsuchung in das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz aufzunehmen. Hierzu sei aber offenbar keine Einigung zwischen SPD und Grünen möglich gewesen.

Viertens kommt der Vertreter der CDU-Fraktion auf die Forderung Nr. 21 zu sprechen, eine Rechtsgrundlage zur befristeten Einrichtung projektbezogener Dateien mit anderen Sicherheitsbehörden zu schaffen. Man habe erlebt, wie notwendig die Syrien-Datei gewesen sei, in der Personen erfasst worden seien, die nach Syrien hätten ausreisen wollen, um sich dort zu Kämpfern für den Islamischen Staat ausbilden zu lassen. Das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz sehe keine Grundlage für solche Dateien vor.

Fünftens sehe der Gesetzentwurf keine Grundlage für eine rechtmäßige Nutzung künstlicher Intelligenz durch den Verfassungsschutz vor. Es sei ein Versäumnis, dass man im Rahmen der Novellierung keine Rechtsgrundlage geschaffen habe.

Der Abgeordnete stellt fest, in all diesen Punkten unterstütze die Fachöffentlichkeit die Haltung der CDU-Fraktion. Dies habe auch die Anhörung gezeigt. Deshalb werde die CDU-Fraktion den Gesetzentwurf ablehnen.

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD) erwidert, die CDU-Fraktion habe keinen Änderungsvorschlag zum Gesetzentwurf der Landesregierung vorgelegt. Sie habe es versäumt, konkrete Formulierungen vorzuschlagen, über deren Aufnahme in das Gesetz der Ausschuss hätte beraten können.

Die Behauptung des Abg. Plett, dass zwischen den Fraktionen der SPD und der Grünen keine Einigung möglich gewesen sei, bezeichnet der Abgeordnete als „ziemlich abenteuerlich“. Er entgegnet, zwischen den Koalitionsfraktionen herrsche große Einigkeit. Sie hätten auch Punkte aus der Anhörung aufgegriffen.

Einig seien sich die beiden Fraktionen insbesondere auch darin, dass die Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung an die jüngere Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts angepasst werden müsse. Unterschiedliche Auffassungen habe es hier nur zu der Frage gegeben, auf welchem Wege diese Anpassung erfolgen könne. Da der GBD eine Gesetzgebungskompetenz des Landes ausgeschlossen habe, müsse die Anpassung wohl auf Bundesebene erfolgen. Es sei jedoch fraglich, ob die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hierzu bereit sei.

Abg. **Evrim Camuz** (GRÜNE) fügt hinzu, die CDU-Landtagsfraktion müsse damit klarkommen, dass der vorliegende Gesetzentwurf nicht ihre Handschrift trage, sondern die Handschrift der rot-grünen Koalition. Einige Forderungen aus dem Antrag der CDU-Fraktion hätten jedoch Aufnahme in den Gesetzentwurf gefunden.

Nicht einverstanden sei die Fraktion der Grünen mit der Forderung, die Beobachtung der Organisierten Kriminalität zur Aufgabe des Verfassungsschutzes zu machen. In der Anhörung hätten viele Experten empfohlen, an der bewährten Aufgabenaufteilung zwischen Polizei und Verfassungsschutz festzuhalten.

Was die Vorfälle in Ludwigshafen im Jahre 2016 und die Forderung nach einem Wegfall der Altersgrenze angehe, müsse die CDU sich vorhalten lassen, dieses Anliegen in der 18. Wahlperiode, als sie an der Regierung beteiligt gewesen sei, nicht durchgesetzt zu haben. Aus Sicht der Grünen sei es richtig, beim Verfassungsschutz keine Daten zu Zwölfjährigen zu sammeln. Es gebe andere Möglichkeiten, Radikalisierungstendenzen in diesem Alter zu bekämpfen, etwa Präventions-, aber auch Ausstiegsprogramme.

Abg. **Christoph Plett** (CDU) stellt fest, dass die Grünen bei der Gesetzesberatung die Vorreiterrolle gespielt hätten und die SPD sich darauf habe beschränken müssen, eine allzu liberale Gesetzesfassung zu verhindern.

Im Übrigen hätten die Forderungen der CDU schriftlich vorgelegen, nämlich in Form des Antrages der CDU-Fraktion. Der Vorwurf, keinen Änderungsvorschlag zum Gesetzentwurf der Landesregierung vorgelegt zu haben, sei insofern abwegig.

**Beschluss**

a) Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag, den Antrag der CDU-Fraktion abzulehnen.

   *Zustimmung:* *SPD, GRÜNE, AfD*
   *Ablehnung:* *CDU*
   *Enthaltung:* *-*

   Diese Beschlussempfehlung ergeht vorbehaltlich der Zustimmung des mitberatenden Ausschusses für Inneres und Sport.

   Auf eine Berichterstattung verzichtet der Ausschuss.

b) Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung der Vorlage 15 mit den in der heutigen Sitzung beschlossenen Änderungen anzunehmen.

   *Zustimmung:* *SPD, GRÜNE*
   *Ablehnung:* *CDU, AfD*
   *Enthaltung:* *-*

   Diese Beschlussempfehlung ergeht vorbehaltlich der Zustimmung des mitberatenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen.

   Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Sebastian Zinke (SPD).

***

LANDTAG
NIEDERSACHSEN

**N i e d e r s c h r i f t**

**über die 70. - öffentliche - Sitzung**

**des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen**

**am 10. Dezember 2025**

**Hannover, Landtagsgebäude**

Tagesordnung: Seite:


1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026 -)**

   Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/7910 neu

   b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2025 bis 2029**

   Unterrichtung - Drs. 19/8151

   *Mitberatung des Entwurfs eines Haushaltsgesetzes 2026* ..... 5

   *Beschluss* ..... 6

2. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026**

   Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/8220

   *Mitberatung* ..... 7

   *Beschluss* ..... 7

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich**

   Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/8503

   *Mitberatung* ..... 8

   *Beschluss* ..... 8

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930

*Mitberatung* ..... 9

*Beschluss* ..... 9

5. **Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung eines Parlamentarischen Kontrollgremiums in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/7238

*Fortsetzung der Beratung* ..... 10

*Beschluss* ..... 11

6. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Ladenöffnungs- und Verkaufszeiten**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - Drs. 19/7484

*Mitberatung* ..... 12

*Beschluss* ..... 12

7. **Qualität und Attraktivität der Rechtspfleger-Ausbildung in Niedersachsen, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein erhalten - Umstrukturierungspläne zur Umwandlung der Norddeutschen Hochschule für Rechtspflege (HR Nord Hildesheim) in eine Justizakademie sofort beenden!**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/7194

*Unterrichtung durch die Landesregierung* ..... 13

*Fortsetzung der Beratung* ..... 13

*Verfahrensfragen* ..... 15

**Anwesend:**

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Christoph Plett (CDU), Vorsitzender
2. Abg. Constantin Grosch (SPD)
3. Abg. Wiebke Osigus (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
4. Abg. Ulf Prange (SPD)
5. Abg. Jan Henner Putzier (i. V. der Abg. Antonia Hillberg) (SPD)
6. Abg. Jan Schröder (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
7. Abg. Tim Julian Wook (i. V. des Abg. Julius Schneider) (SPD)
8. Abg. Christian Calderone (CDU)
9. Abg. Carina Hermann (CDU)
10. Abg. Martina Machulla (CDU)
11. Abg. Jens Nacke (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
12. Abg. Volker Bajus (GRÜNE)
13. Abg. Evrim Camuz (GRÜNE)
14. Abg. Thorsten Paul Moriße (AfD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Ministerialdirigent Dr. Wefelmeier,
Parlamentsrat Dr. Oppenborn-Reccius (Mitglied),
Ministerialrat Dr. Miller,
Ministerialrat Dr. Müller-Rüster,
Ministerialrätin Dr. Schröder.

Von der Landtagsverwaltung:

Ministerialrätin Obst,
Frau Geerts.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Weemeyer, Stenografischer Dienst.

**Sitzungsdauer:** 10:18 Uhr bis 11:13 Uhr.

Tagesordnungspunkt 4:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930

*erste Beratung: 53. Plenarsitzung am 10.12.2024*
*federführend: AfVerfSch;*
*mitberatend: AfRuV*

**Mitberatung**

*Beratungsgrundlage: Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses (Vorlage 16)*

Ministerialdirigent **Dr. Wefelmeier** (GBD) legt dar, der Gesetzentwurf habe zahllose rechtliche Probleme aufgeworfen. Seine ausführlichen Anmerkungen und seine Formulierungsvorschläge dazu habe der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst in den Vorlagen 13 und 14 niedergelegt. Die vom federführenden Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes empfohlenen Änderungen hätten im Wesentlichen das Ziel, den Gesetzentwurf an die zahlreichen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes zum Nachrichtendienstrecht anzupassen.

Ein Schwerpunkt der Beratungen des federführenden Ausschusses habe auf der Bestimmung des Begriffs der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gelegen. Wunsch und Ziel der Fraktionen der SPD und der Grünen sei, dass diese Definition an die neueren Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes angepasst werde, insbesondere an das Urteil vom 17. Januar 2017 - 2 BvB 1/13 - zum zweiten NPD-Verbotsverfahren. Der GBD habe jedoch darauf hingewiesen, dass die Gesetzgebungskompetenz an dieser Stelle nicht beim Land, sondern allein beim Bund liege. Vor diesem Hintergrund hätten die Koalitionsfraktionen gestern den Antrag in Drs. 19/9255 vorgelegt, der vorsehe, die Landesregierung zu bitten, sich gegenüber dem Bund für eine Neudefinition einzusetzen. Damit eine etwaige Änderung des Bundesgesetzes automatisch auch für den niedersächsischen Verfassungsschutz gelte, sehe die Beschlussempfehlung vor, in § 4 Abs. 3 des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes künftig dynamisch auf das Bundesverfassungsschutzgesetz zu verweisen.

Wortmeldungen aus den Reihen des Ausschusses ergeben sich nicht.

**Beschluss**

Der **Ausschuss** schließt sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 16 anzunehmen.

*Zustimmung: SPD, GRÜNE*
*Ablehnung: CDU, AfD*
*Enthaltung: -*

***

Niedersächsischer Landtag
Gesetzgebungs- und Beratungsdienst

Hannover, den 17.01.2025
81/84/2916-813

# V o r l a g e 1

zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930

Diese Vorlage enthält eine Gegenüberstellung der geltenden Bestimmungen des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes (NVerfSchG) in der Fassung vom 2. August 2021 (Nds. GVBl. S. 564) mit Artikel 1 des o. g. Gesetzentwurfs. Die vom federführenden Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes erbetene Synopse des NVerfSchG mit den anderen Landesverfassungsschutzgesetzen wird das Ministerium für Inneres und Sport vorlegen.

Im Auftrag
Dr. Miller

Per E-Mail zu verteilen an:

Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes
Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen
Präsidentin des Landtages
Fraktionen
Staatskanzlei
Ministerium für Inneres und Sport
Justizministerium
Landesrechnungshof
Landesbeauftragter für den Datenschutz
Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen
Staatsgerichtshof
Kommunale Spitzenverbände

*Geltendes Recht*

**Niedersächsisches Verfassungsschutzgesetz (NVerfSchG)**

in der Fassung vom 2. August 2021 (Nds. GVBl. S. 564)

Inhaltsübersicht
*(hier nicht abgedruckt)*

Erster Teil
**Allgemeine Vorschriften**

§ 1
Zweck des Verfassungsschutzes

Der Verfassungsschutz dient dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder.

§ 2
Zuständigkeit

(1) [1]Verfassungsschutzbehörde ist das für Inneres zuständige Ministerium (Fachministerium). [2]Das Fachministerium unterhält eine Abteilung, die gesondert von der für die Polizei zuständigen Abteilung ausschließlich die der Verfassungsschutzbehörde nach diesem Gesetz und anderen Rechtsvorschriften obliegenden Aufgaben wahrnimmt (Verfassungsschutzabteilung).

(2) [1]Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Land Niedersachsen nur im Einvernehmen mit der Verfassungsschutzbehörde tätig werden. [2]Ihre Befugnisse bestimmen sich dabei nach den Vorschriften dieses Gesetzes.

(3) Die Verfassungsschutzbehörde darf andere Verfassungsschutzbehörden nicht um Maßnahmen ersuchen, zu denen sie selbst nicht befugt ist.

§ 3
Aufgaben

(1) Aufgabe der Verfassungsschutzbehörde ist die Sammlung und Auswertung von Informationen, insbesondere von sach- und personenbezogenen Auskünften, Nachrichten und Unterlagen, über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

**Gesetz zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

Artikel 1
Änderung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes

Das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz in der Fassung vom 2. August 2021 (Nds. GVBl. S. 564) wird wie folgt geändert:

| *Geltendes Recht* | *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* |
|---|---|
| oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben, | |
| 2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland für eine fremde Macht, | |
| 3. Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, | |
| 4. Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes) oder gegen das friedliche Zusammenleben der Völker (Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes) gerichtet sind. | |
| (2) [1]Die Verfassungsschutzbehörde unterrichtet den Landtag und die Landesregierung über Art und Ausmaß von Bestrebungen und Tätigkeiten nach Absatz 1. [2]Die Unterrichtung soll diese Organe in die Lage versetzen, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. | |
| (3) [1]Die Verfassungsschutzbehörde klärt die Öffentlichkeit auf der Grundlage ihrer Auswertungsergebnisse durch zusammenfassende Berichte und andere Maßnahmen über Bestrebungen und Tätigkeiten nach Absatz 1 auf. [2]Sie tritt solchen Bestrebungen und Tätigkeiten auch durch Angebote zur Information und zum Ausstieg entgegen. | 1. In § 3 Abs. 3 Satz 2 werden nach dem Wort „Information“ ein Komma und das Wort „Prävention“ eingefügt. |
| (4) Die Verfassungsschutzbehörde wirkt mit | |
| 1. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen nach Maßgabe des Niedersächsischen Sicherheitsüberprüfungsgesetzes, | |
| 2. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte, | |
| 3. bei der Überprüfung von Personen in sonstigen gesetzlich vorgesehenen Fällen, | |
| 4. bei einer im öffentlichen Interesse liegenden Überprüfung von Personen mit deren Einverständnis. | |
| § 4<br>Begriffsbestimmungen | 2. § 4 Abs. 1 wird wie folgt geändert:<br>a) Satz 3 erhält folgende Fassung: |

| *Geltendes Recht* | *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* |
|---|---|
| (1) [1]Bestrebungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Nrn. 1, 3 und 4 sind politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss. [2]Für einen Personenzusammenschluss handelt, wer ihn in seinen Bestrebungen nachdrücklich unterstützt. [3]Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, sind Bestrebungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 oder 4, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet oder aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut dieses Gesetzes erheblich zu beschädigen. | „[3]Bestrebungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 oder 4 können auch von Einzelpersonen ausgehen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln.“ |
| | b) Es wird der folgende Satz 4 angefügt:<br><br>„[4]In diesem Fall gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass die Verhaltensweise der Einzelperson darauf gerichtet sein muss, die dort genannten Bestrebungen zu verwirklichen.“ |
| (2) Im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1 sind<br><br>1. Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes: solche, die darauf gerichtet sind, die Freiheit des Bundes oder eines Landes von fremder Herrschaft aufzuheben, ihre staatliche Einheit zu beseitigen oder ein zu ihnen gehörendes Gebiet abzutrennen;<br><br>2. Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes: solche, die darauf gerichtet sind, den Bund, Länder oder deren Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit erheblich zu beeinträchtigen;<br><br>3. Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung: solche, die darauf gerichtet sind, einen der in Absatz 3 genannten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen. | |
| (3) Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1 zählen:<br><br>1. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,<br><br>2. die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,<br><br>3. das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition, | |

*Geltendes Recht* *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

4. die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,

5. die Unabhängigkeit der Gerichte,

6. der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und

7. die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

(4) Eine Gefährdung auswärtiger Belange im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 3 liegt nur dann vor, wenn die Gewalt innerhalb der Bundesrepublik Deutschland angewendet oder vorbereitet wird und sie sich gegen die politische Ordnung oder Einrichtungen anderer Staaten richtet oder richten soll.

(5) Gewalt im Sinne dieses Gesetzes ist die erhebliche, aggressive und unmittelbar gegen Personen oder fremde Sachen gerichtete Anwendung physischer Kraft.

§ 5
Trennungsgebot

[1]Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen der Verfassungsschutzbehörde zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht zu. [2]Sie darf die Polizei nicht um Maßnahmen ersuchen, zu denen sie selbst nicht befugt ist, auch nicht im Wege der Amtshilfe.

Zweiter Teil
**Bestimmung zum Beobachtungsobjekt**

§ 6
Beobachtungsobjekt

(1) [1]Beobachtungsobjekt ist ein Personenzusammenschluss oder eine Einzelperson nach § 4 Abs. 1, der oder die zur Erfüllung der Aufgabe nach § 3 Abs. 1 Nrn. 1, 3 und 4 planmäßig beobachtet und aufgeklärt wird. [2]Voraussetzung für die Bestimmung zum Beobachtungsobjekt sind Tatsachen, die, insgesamt betrachtet und unter Einbeziehung nachrichtendienstlicher Erfahrungen aus vergleichbaren Fällen, das Vorliegen einer Bestrebung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 oder 4 belegen.

(2) [1]Das Beobachtungsobjekt wird von der Fachministerin oder dem Fachminister bestimmt, im Vertretungsfall von der Staatssekretärin oder dem Staatssekretär oder deren oder dessen Vertreterin oder Vertreter. [2]Die Gründe sind zu dokumentieren. [3]Die Bestimmung ist auf höchstens vier Jahre zu befristen. [4]Die Verlängerung der Bestimmung um jeweils höchstens vier Jahre ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 Satz 2 weiterhin erfüllt ist; die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend. [5]Wird die Bestimmung nicht verlängert, so ist die Beobachtung

*Geltendes Recht* | *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

und Aufklärung unverzüglich zu beenden; die zu dem Beobachtungsobjekt gespeicherten personenbezogenen Daten sind nach Maßgabe des § 28 zu löschen.

(3) [1]Spätestens zwei Jahre nach der Bestimmung zum Beobachtungsobjekt oder einer Verlängerung ist von der Verfassungsschutzbehörde zu prüfen, ob die Voraussetzung des Absatzes 1 Satz 2 weiterhin erfüllt ist. [2]Ist das der Fall, so sind die Gründe zu dokumentieren. [3]Andernfalls ist die Bestimmung zum Beobachtungsobjekt von der Fachministerin oder dem Fachminister aufzuheben, im Vertretungsfall von der Staatssekretärin oder dem Staatssekretär oder deren oder dessen Vertreterin oder Vertreter; Absatz 2 Satz 5 gilt entsprechend.

(4) Endet die Bestimmung zum Beobachtungsobjekt, so soll die Verfassungsschutzbehörde den ihr bekannten in dem Personenzusammenschluss verantwortlich tätigen Personen oder der Einzelperson die Beendigung der Beobachtung mitteilen.

(5) Zur planmäßigen Beobachtung und Aufklärung nach Absatz 1 Satz 1 gehört auch die Berücksichtigung derjenigen Informationen einschließlich personenbezogener Daten, die gegen die Bestimmung zum Beobachtungsobjekt sprechen.

§ 7
Verdachtsobjekt

(1) [1]In einer Verdachtsphase wird durch planmäßige Beobachtung und Aufklärung eines Personenzusammenschlusses oder einer Einzelperson (Verdachtsobjekt) geprüft, ob das Verdachtsobjekt die Voraussetzung des § 6 Abs. 1 Satz 2 erfüllt. [2]Voraussetzung für die Bestimmung zum Verdachtsobjekt sind tatsächliche Anhaltspunkte, die, insgesamt betrachtet und unter Einbeziehung nachrichtendienstlicher Erfahrungen aus vergleichbaren Fällen, den Verdacht einer Bestrebung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 oder 4 rechtfertigen.

3. In § 7 Abs. 1 Satz 1 wird nach dem Wort „Einzelperson“ die Angabe „nach § 4 Abs. 1“ eingefügt.

(2) [1]Die Gründe für die Bestimmung zum Verdachtsobjekt und der Zeitpunkt des Beginns der Verdachtsphase sind zu dokumentieren. [2]Die Verdachtsphase ist auf zwei Jahre begrenzt. [3]Die Verdachtsphase kann einmalig um höchstens zwei Jahre verlängert werden, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 Satz 2 weiterhin erfüllt ist; die Gründe sind zu dokumentieren. [4]Endet die Verdachtsphase, ohne dass das Verdachtsobjekt zum Beobachtungsobjekt bestimmt wird, so ist die Beobachtung und Aufklärung unverzüglich zu beenden; die zu dem Verdachtsobjekt gespeicherten personenbezogenen Daten sind nach Maßgabe des § 28 zu löschen. [5]§ 6 Abs. 5 gilt entsprechend.

*Geltendes Recht* | *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

§ 8
Verdachtsgewinnung

(1) [1]In einer Verdachtsgewinnungsphase wird geprüft, ob die Voraussetzung des § 7 Abs. 1 Satz 2 erfüllt ist. [2]Voraussetzung für den Beginn der Verdachtsgewinnungsphase sind tatsächliche Anhaltspunkte, die, insgesamt betrachtet und unter Einbeziehung nachrichtendienstlicher Erfahrungen aus vergleichbaren Fällen, den Anfangsverdacht einer Bestrebung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 oder 4 begründen.

(2) [1]Die Gründe für den Beginn der Verdachtsgewinnungsphase und der Zeitpunkt ihres Beginns sind zu dokumentieren. [2]Die Verdachtsgewinnungsphase ist auf ein Jahr begrenzt. [3]Endet die Verdachtsgewinnungsphase, ohne dass ein Verdachtsobjekt oder ein Beobachtungsobjekt bestimmt wird, so ist die Prüfung unverzüglich zu beenden; die in der Verdachtsgewinnungsphase gespeicherten personenbezogenen Daten sind nach Maßgabe des § 28 zu löschen. [4]§ 6 Abs. 5 gilt entsprechend.

Dritter Teil
**Befugnisse zur Datenverarbeitung**

Erstes Kapitel
**Allgemeine Vorschriften**

§ 9
Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

[1]Die Verfassungsschutzbehörde ist an die allgemeinen Rechtsvorschriften gebunden. [2]Bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten hat sie von mehreren geeigneten Maßnahmen diejenige zu wählen, die betroffene Personen voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. [3]Eine Maßnahme darf keinen Nachteil herbeiführen, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

§ 10
Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung

(1) Eine Datenerhebung darf nicht angeordnet werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dadurch nicht nur zufällig Daten erhoben werden, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind.

(2) [1]Wenn sich während einer bereits laufenden Datenerhebung tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erhoben werden, ist die Datenerhebung unverzüglich und so lange wie erforderlich zu unterbrechen, soweit dies informationstechnisch möglich ist und dadurch die Datenerhebung den betroffenen Personen nicht bekannt

*Geltendes Recht* *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

wird. [2]Bereits erhobene Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung dürfen nicht gespeichert, verändert, verwendet oder übermittelt werden; sie sind unverzüglich unter Aufsicht einer oder eines besonders bestellten, mit der Auswertung nicht befassten Beschäftigten, die oder der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. [3]Die Tatsache, dass Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erhoben wurden, und deren Löschung sind zu dokumentieren. [4]Die in der Dokumentation enthaltenen Daten dürfen ausschließlich zur Datenschutzkontrolle verwendet werden. [5]Sie sind zu löschen, wenn seit einer Mitteilung nach § 22 Abs. 1 ein Jahr vergangen ist oder es einer Mitteilung gemäß § 22 Abs. 3 endgültig nicht bedarf, frühestens jedoch zwei Jahre nach der Dokumentation.

(3) Ergeben sich erst bei der Speicherung, Veränderung oder Verwendung von Daten tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass Daten dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, so gilt Absatz 2 Sätze 2 bis 5 entsprechend.

(4) Daten aus dem durch das Berufsgeheimnis geschützten Vertrauensverhältnis nach den §§ 53 und 53a der Strafprozessordnung (StPO) sind dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen.

(5) Bestehen Zweifel, ob Daten dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, so sind diese der Leiterin oder dem Leiter der Verfassungsschutzabteilung zur Entscheidung über die Zurechnung vorzulegen.

§ 11
Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs

Für die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs einschließlich der Verarbeitung der durch eine solche Maßnahme erlangten personenbezogenen Daten gelten die Vorschriften des Artikel 10-Gesetzes.

## Zweites Kapitel
## **Erhebung und sonstige Kenntnisnahme**

§ 12
Allgemeine Befugnis zur Datenerhebung

(1) [1]Die Verfassungsschutzbehörde darf die zu einer planmäßigen Beobachtung und Aufklärung nach § 6 Abs. 1 Satz 1 oder § 7 Abs. 1 Satz 1 oder zu einer Prüfung nach § 8 Abs. 1 Satz 1 erforderlichen personenbezogenen Daten erheben, soweit in den Vorschriften dieses Kapitels nicht anderes geregelt ist. [2]In der Verdachtsgewinnungsphase darf die Verfassungsschutzbehörde personenbezogene Daten nur aus allgemein zugänglichen Quellen erheben. Voraussetzung für die Erhebung von personenbezogenen Daten zur Erfüllung der Aufgabe

*Geltendes Recht* | *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ist das Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte, die, insgesamt betrachtet und unter Einbeziehung nachrichtendienstlicher Erfahrungen aus vergleichbaren Fällen, den Verdacht einer Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 rechtfertigen.

(2) [1]Werden personenbezogene Daten bei betroffenen Personen mit deren Kenntnis erhoben, so ist der Erhebungszweck anzugeben. [2]Werden personenbezogene Daten bei Dritten außerhalb des öffentlichen Bereichs erhoben, so ist der Erhebungszweck auf deren Verlangen anzugeben. [3]Die betroffenen Personen und die Dritten sind auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben hinzuweisen.

(3) Ist zum Zweck der Erhebung die Übermittlung personenbezogener Daten unerlässlich, so dürfen schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen nur im unvermeidbaren Umfang beeinträchtigt werden.

§ 13
Erhebung personenbezogener Daten von Minderjährigen

(1) Die Erhebung von personenbezogenen Daten über eine minderjährige Person, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, ist unzulässig.

(2) Die Erhebung von personenbezogenen Daten über eine minderjährige Person, die das 14. Lebensjahr, aber noch nicht das 16. Lebensjahr vollendet hat, ist nur zulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass sie

1. in einem oder für ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt tätig ist, das auf die Anwendung oder Vorbereitung von Gewalt gerichtet ist, und sie diese Ausrichtung fördert,

2. in herausgehobener Funktion in einem Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt tätig ist oder

3. eine Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ausübt.

(3) [1]Die Datenerhebung darf kein Verhalten einer Person aus der Zeit vor Vollendung ihres 14. Lebensjahres erfassen. [2]Das Verhalten einer Person aus der Zeit zwischen Vollendung ihres 14. und 16. Lebensjahres darf die Datenerhebung nur erfassen, wenn zum Zeitpunkt dieses Verhaltens die Voraussetzungen des Absatzes 2 vorlagen.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten nicht, soweit minderjährige Personen von der Datenerhebung unvermeidbar als Dritte betroffen werden.

*Geltendes Recht*

§ 14
Nachrichtendienstliche Mittel

(1) [1]Die Verfassungsschutzbehörde darf zur Erhebung personenbezogener Daten nur folgende nachrichtendienstliche Mittel einsetzen:

1. verdeckte Ermittlungen bei betroffenen Personen und Dritten unter den Voraussetzungen des § 15;

2. verdecktes Mithören ohne Inanspruchnahme technischer Mittel unter den Voraussetzungen des § 15;

3. Teilnahme an einer Kommunikationsbeziehung im Internet unter einer Legende (Absatz 2 Satz 1 Nr. 1) und unter Ausnutzung eines schutzwürdigen Vertrauens der betroffenen Person oder der oder des Dritten, um ansonsten nicht zugängliche personenbezogene Daten zu erhalten, unter den Voraussetzungen des § 15;

4. planmäßig angelegte verdeckte Personenbeobachtung (Observation), auch unter Einsatz besonderer für Observationszwecke bestimmter technischer Mittel, soweit dieser Einsatz allein der Bestimmung des jeweiligen Aufenthaltsortes der beobachteten Person dient, unter den Voraussetzungen des § 15;

5. einzelne verdeckt angefertigte fotografische Bildaufzeichnungen außerhalb von Wohnungen unter den Voraussetzungen des § 15;

6. Inanspruchnahme von

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

4. § 14 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 2 erhält folgende Fassung:

„2. verdecktes Mithören

a) ohne Inanspruchnahme technischer Mittel,

b) und Aufzeichnen des öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen,

unter den Voraussetzungen des § 15;“.

bb) Nummer 5 erhält folgende Fassung:

„5. außerhalb von Wohnungen verdeckt angefertigte fotografische Bildaufzeichnungen sowie außerhalb von Wohnungen verdeckt angefertigte Bildaufzeichnungen zum Zwecke der Identifizierung von Personen durch die nachträgliche Erstellung von Einzelbildern unter den Voraussetzungen des § 15;“.

| *Geltendes Recht* | *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* |
|---|---|
| a) Personen, deren planmäßig angelegte Zusammenarbeit mit der Verfassungsschutzbehörde Dritten nicht bekannt ist (Vertrauenspersonen), | |
| b) Personen, die in Einzelfällen Hinweise geben und deren Zusammenarbeit mit der Verfassungsschutzbehörde Dritten nicht bekannt ist (sonstige geheime Informantinnen und Informanten), | cc) Am Ende der Nummer 6 Buchst. b wird nach dem Komma das Wort „sowie“ eingefügt. |
| c) Personen mit einer bereits bestehenden Verbindung zu einem Nachrichtendienst einer fremden Macht, die zum Zweck der Spionageabwehr überworben worden sind (überworbene Agentinnen und Agenten), sowie | dd) Am Ende der Nummer 6 Buchst. c wird das Wort „sowie“ gestrichen. |
| d) Personen, die der Verfassungsschutzbehörde logistische oder sonstige Hilfe leisten, ohne Vertrauenspersonen, sonstige geheime Informantinnen oder Informanten oder überworbene Agentinnen oder Agenten zu sein (Gewährspersonen), | ee) Nummer 6 Buchst. d wird gestrichen. |
| unter den Voraussetzungen der §§ 15 und 16; | |
| 7. Observation, die innerhalb einer Woche insgesamt länger als 24 Stunden oder über einen Zeitraum von einer Woche hinaus durchgeführt wird (längerfristige Observation) oder bei der besondere für Observationszwecke bestimmte technische Mittel zu einem anderen als dem in Nummer 4 genannten Zweck eingesetzt werden, unter den Voraussetzungen der §§ 15 und 17; | ff) In Nummer 7 wird die Angabe „24“ durch die Angabe „48“ ersetzt. |
| 8. verdeckt angefertigte Bildübertragungen und Bildaufzeichnungen außerhalb von Wohnungen, die nicht unter Nummer 5 fallen, unter den Voraussetzungen der §§ 15 und 17; | |
| 9. Einsatz von hauptamtlichen Beschäftigten der Verfassungsschutzbehörde, die planmäßig angelegt und langfristig unter einer Legende (Absatz 2 Satz 1 Nr. 1) personenbezogene Daten erheben (verdeckte Ermittlerinnen und Ermittler), unter den Voraussetzungen der §§ 15 und 18; | gg) Die bisherige Nummer 9 wird Nummer 10. |
| 10. verdecktes Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen unter den Voraussetzungen der §§ 15 und 19; | hh) Die bisherige Nummer 10 wird Nummer 9 und darin wird die Angabe „19“ durch die Angabe „17“ ersetzt. |
| 11. technische Mittel, mit denen zur Ermittlung der Geräte- und der Kartennummern aktiv geschaltete Mobilfunkendeinrichtungen zur Datenabsendung an eine Stelle außerhalb des Telekommunikationsnetzes veranlasst werden, unter den Voraussetzungen der §§ 15 und 19; | ii) In Nummer 11 werden nach dem Wort „Ermittlung“ die Worte „des Standortes sowie“ eingefügt. |

| *Geltendes Recht* | *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* |
|---|---|
| 12. Beobachtung des Funkverkehrs auf nicht für den allgemeinen Empfang bestimmten Kanälen unter den Voraussetzungen der §§ 15 und 19; | |
| 13. Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des § 11. | |
| [2]Die durch den Einsatz besonderer für Observationszwecke bestimmter technischer Mittel nach Satz 1 Nr. 4 erhobenen personenbezogene Daten dürfen nicht zu einem Bewegungsbild verbunden werden. [3]Die in Satz 1 Nrn. 5 und 8 genannten Mittel dürfen nicht gegen Versammlungen im Sinne des Niedersächsischen Versammlungsgesetzes (NVersG) eingesetzt werden. [4]Der Einsatz unbemannter Fluggeräte ist unzulässig. | b) Absatz 1 Satz 4 wird gestrichen. |
| (2) [1]Soweit es für den Einsatz eines nachrichtendienstlichen Mittels nach Absatz 1 erforderlich ist, darf die Verfassungsschutzbehörde | |
| 1. fingierte biografische, berufliche oder gewerbliche Angaben (Legende) mit Ausnahme solcher beruflichen Angaben verwenden, die sich auf Berufsgeheimnisträgerinnen oder Berufsgeheimnisträger nach § 53 StPO oder Berufshelferinnen oder Berufshelfer nach § 53a StPO beziehen, und | |
| 2. Tarnpapiere und Tarnkennzeichen beschaffen, herstellen und verwenden. | |
| [2]Tarnpapiere und Tarnkennzeichen dürfen auch zum Schutz der Beschäftigten, Einrichtungen und Gegenstände der Verfassungsschutzbehörde sowie zum Schutz der in Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 genannten Personen beschafft, hergestellt und verwendet werden. [3]Die Behörden des Landes und der Kommunen sind verpflichtet, der Verfassungsschutzbehörde technische Hilfe bei der Beschaffung und Herstellung von Tarnpapieren und Tarnkennzeichen zu leisten. | c) Es wird der folgende Absatz 3 angefügt:<br><br>„(3) [1]Darüber hinaus darf die Verfassungsschutzbehörde Personen, die ihr logistische oder sonstige Hilfe leisten, ohne Vertrauenspersonen, sonstige geheime Informantinnen oder Informanten oder überworbene Agentinnen oder Agenten zu sein (Gewährspersonen), in Anspruch nehmen, soweit dies für den Einsatz eines nachrichtendienstlichen Mittels nach Absatz 1, zum Schutz der Beschäftigten, Einrichtungen und Gegenstände der Verfassungsschutzbehörde sowie zum Schutz der in Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 genannten Personen oder für die Beschaffung, Herstellung und Verwendung von Hilfsmitteln nach |

*Geltendes Recht* | *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

Absatz 2 erforderlich ist. [2]Die weiteren Einzelheiten der Inanspruchnahme von Gewährspersonen sind in einer Dienstvorschrift umfassend zu regeln.“

§ 15
Allgemeine Voraussetzungen für den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel

(1) [1]Der Einsatz eines nachrichtendienstlichen Mittels ist unzulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere, die betroffenen Personen weniger beeinträchtigende Weise möglich ist; dies ist in der Regel anzunehmen, wenn die Information aus allgemein zugänglichen Quellen erhoben oder durch ein Ersuchen nach § 23 beschafft werden kann. [2]Der Einsatz eines nachrichtendienstlichen Mittels darf nicht erkennbar außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts stehen, insbesondere nicht außer Verhältnis zu der Gefahr, die von dem jeweiligen Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt oder der Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ausgeht oder ausgehen kann. [3]Der Einsatz eines nachrichtendienstlichen Mittels ist unverzüglich zu beenden, wenn sein Zweck erreicht ist oder sich Anhaltspunkte dafür ergeben, dass er nicht oder nicht auf diese Weise erreicht werden kann.

(2) [1]Ein nachrichtendienstliches Mittel darf nur eingesetzt werden, wenn

1. sich der Einsatz gegen ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt oder gegen eine Person richtet, bei der tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie in diesem oder für dieses tätig ist,

2. sich der Einsatz gegen eine Person richtet, bei der tatsächliche Anhaltspunkte für die Ausübung einer Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 vorliegen,

3. sich der Einsatz gegen eine Person richtet, von der aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass sie mit einer der in den Nummern 1 und 2 genannten Personen in Verbindung steht und dass deshalb der Einsatz des Mittels unumgänglich ist, um Erkenntnisse über ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt, das auf die Anwendung oder Vorbereitung von Gewalt gerichtet ist oder aus anderen Gründen erhebliche Bedeutung hat, oder über eine Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 zu gewinnen,

4. dadurch die zur planmäßigen Beobachtung und Aufklärung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts oder zur Erfüllung der Aufgabe nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 erforderlichen Vertrauenspersonen, sonstigen geheimen Informantinnen und Informanten,

| *Geltendes Recht* | *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* |
|---|---|
| überworbenen Agentinnen und Agenten sowie Gewährspersonen gewonnen oder überprüft werden können oder | |
| 5. dies zum Schutz der Beschäftigten, Einrichtungen und Gegenstände der Verfassungsschutzbehörde sowie zum Schutz der Vertrauenspersonen, sonstigen geheimen Informantinnen und Informanten, überworbenen Agentinnen und Agenten sowie Gewährspersonen erforderlich ist. | |
| [2]Ein nachrichtendienstliches Mittel darf auch eingesetzt werden, wenn Dritte unvermeidbar betroffen werden. | |
| (3) Bei dem Einsatz eines nachrichtendienstlichen Mittels dürfen die Beschäftigten der Verfassungsschutzbehörde keine Straftaten begehen. | |
| (4) Die Zielsetzung und die Aktivitäten von Beobachtungsund Verdachtsobjekten dürfen von der Verfassungsschutzbehörde weder unmittelbar noch mittelbar steuernd beeinflusst werden. | |
| § 16<br>Besondere Voraussetzungen für die Inanspruchnahme von Personen | 5. § 16 wird wie folgt geändert: |
| | a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert: |
| | aa) Im einleitenden Satzteil werden die Worte „sowie Gewährspersonen“ gestrichen und nach dem Wort „Informanten“ wird das Komma durch das Wort „sowie“ ersetzt. |
| (1) [1]Vertrauenspersonen, sonstige geheime Informantinnen und Informanten, überworbene Agentinnen und Agenten sowie Gewährspersonen dürfen nur in Anspruch genommen werden, wenn | |
| 1. sie volljährig sind, | |
| | bb) Nummer 2 erhält folgende Fassung: |
| 2. keine tatsächlichen Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie rechtswidrig einen Straftatbestand von besonderer Bedeutung (Absatz 6) verwirklicht haben, | „2. gegen sie im zentralen staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister keine Tatvorwürfe wegen der Begehung eines Straftatbestandes von besonderer Bedeutung im Sinne des Absatzes 6 eingetragen oder sie diesbezüglich freigesprochen sind und sie nicht im Bundeszentralregister mit einer Verurteilung wegen eines solchen Straftatbestandes eingetragen sind,“. |
| 3. die Geld- oder Sachzuwendungen für die Inanspruchnahme einer Vertrauensperson nicht auf Dauer deren wesentliche Lebensgrundlage sind, | |
| 4. sie nicht ein Angebot zum Ausstieg annehmen und nicht die Absicht dazu haben und | |

*Geltendes Recht* | *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

5. sie nicht

   a) Mandatsträgerin oder Mandatsträger des Europäischen Parlaments, des Bundestages oder eines Landesparlaments oder

   b) Mitarbeiterin oder Mitarbeiter einer solchen Mandatsträgerin oder eines solchen Mandatsträgers oder einer Fraktion oder Gruppe eines solchen Parlaments

sind. [2]Die Verfassungsschutzbehörde darf Berufsgeheimnisträgerinnen und Berufsgeheimnisträger (§ 53 StPO) sowie Berufshelferinnen und Berufshelfer (§ 53 a StPO) nicht von sich aus in Anspruch nehmen.

(2) [1]Eine Vertrauensperson darf dauerhaft nur gegen ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt in Anspruch genommen werden, das auf die Anwendung oder Vorbereitung von Gewalt gerichtet ist oder aus anderen Gründen erhebliche Bedeutung hat. [2]Wenn die erhebliche Bedeutung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts noch nicht festgestellt werden kann und zu dessen Beobachtung und Aufklärung andere nachrichtendienstliche Mittel nicht denselben Erfolg versprechen, darf abweichend von Satz 1 eine Vertrauensperson vorübergehend gegen dieses Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt in Anspruch genommen werden.

(3) [1]Bei Vertrauenspersonen sowie überworbenen Agentinnen und Agenten soll der Zeitraum zwischen dem ersten Herantreten an die Person und dem Beginn der planmäßig angelegten Zusammenarbeit (Werbung) ein Jahr nicht überschreiten. [2]Die Werbung einer Vertrauensperson darf erst beginnen, wenn die G 10-Kommission die Zustimmung nach § 21 Abs. 5 Satz 5 erteilt hat. [3]Vertrauenspersonen sowie überworbene Agentinnen und Agenten sollen höchstens fünf Jahre von derselben oder demselben Beschäftigten der Verfassungsschutzbehörde geführt werden. [4]Ihre Werbung und Inanspruchnahme sind fortlaufend zu dokumentieren. [5]Die Sätze 3 und 4 gelten für die Betreuung sonstiger geheimer Informantinnen und Informanten entsprechend.

b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

(4) [1]Eine in Absatz 1 genannte Person darf nur folgende Straftatbestände verwirklichen:

1. § 84 Abs. 2, § 85 Abs. 2, § 86 Abs. 1, §§ 86 a, 98, 99, 129, 129 a sowie 129 b Abs. 1 Satz 1 des Strafgesetzbuchs (StGB), soweit er auf § 129 a StGB verweist,

aa) In Satz 1 Nr. 1 werden nach der Angabe „§§ 86 a“ ein Komma und die Angabe „89 b und c“ eingefügt.

2. § 20 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2, 4 und 5 NVersG und

| *Geltendes Recht* | *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* |
|---|---|
| 3. § 20 des Vereinsgesetzes. | |
| [2]Dabei darf weder auf die Gründung einer strafbaren Vereinigung hingewirkt noch eine steuernde Einflussnahme auf sie ausgeübt werden. [3]Erlaubt sind nur solche Handlungen, die unter Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit im Einzelfall unumgänglich sind. | bb) In Satz 3 wird nach dem Wort „unumgänglich“ die Angabe „und für die Aufklärung der Bestrebung oder der Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 unerlässlich“ eingefügt. |
| | c) Absatz 5 wird wie folgt geändert: |
| (5) [1]Liegen die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme einer in Absatz 1 genannten Person nicht mehr vor, so ist die Inanspruchnahme unverzüglich zu beenden. [2]Wird die Inanspruchnahme beendet, weil sich tatsächliche Anhaltspunkte ergeben haben, dass die Person rechtswidrig einen Straftatbestand von besonderer Bedeutung (Absatz 6) verwirklicht hat, so sind die Strafverfolgungsbehörden zu unterrichten, wenn nicht der Schutz von Leib und Leben der in Anspruch genommenen Person ein Unterlassen erfordert. | aa) Satz 2 erhält folgende Fassung:<br><br>„[2]Die Inanspruchnahme ist auch dann unverzüglich zu beenden, wenn sich tatsächliche Anhaltspunkte ergeben, dass die Person rechtswidrig einen Straftatbestand von besonderer Bedeutung (Absatz 6) verwirklicht hat.“ |
| | bb) Es wird der folgende Satz 3 angefügt:<br><br>„[3]In diesem Fall sind die Strafverfolgungsbehörden zu unterrichten, wenn nicht der Schutz von Leib und Leben der in Anspruch genommenen Person ein Unterlassen erfordert.“ |
| | d) Absatz 6 wird wie folgt geändert: |
| (6) Straftaten von besonderer Bedeutung im Sinne dieser Vorschrift sind | |
| 1. Verbrechen, | |
| 2. die in § 138 StGB genannten Vergehen, | aa) In Nummer 2 werden nach dem Komma die Worte „ausgenommen eine Straftat nach den §§ 129 a oder 129 b Abs. 1 Satz 1 StGB, soweit er auf § 129 a StGB verweist,“ angefügt. |
| 3. Vergehen nach § 129 StGB sowie | bb) Nummer 3 wird gestrichen. |
| 4. gewerbs- oder bandenmäßig begangene Vergehen nach | cc) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 3. |
| a) den §§ 243, 244, 260, 261, 263 bis 264 a, 265 b, 266, 283, 283 a, 291 und 324 bis 330 StGB, | |
| b) § 52 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. c und d des Waffengesetzes, | |
| c) § 29 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 und § 29 a Abs. 1 Nr. 2 des Betäubungsmittelgesetzes sowie | |

*Geltendes Recht*

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

d) den §§ 96 und 97 des Aufenthaltsgesetzes.

6. § 17 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

§ 17
Besondere Voraussetzungen für Observationen sowie Bildübertragungen und Bildaufzeichnungen

„Besondere Voraussetzungen für Observationen, Bildübertragungen und Bildaufzeichnungen sowie das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes“.

Die Verfassungsschutzbehörde darf die nachrichtendienstlichen Mittel der Observation nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 sowie der Bildübertragungen und Bildaufzeichnungen nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 nur einsetzen, um Erkenntnisse über ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt, das auf die Anwendung oder Vorbereitung von Gewalt gerichtet ist oder aus anderen Gründen erhebliche Bedeutung hat, oder über eine Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 zu gewinnen.

b) In dem Wortlaut wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt und nach der Angabe „Nr. 8“ wird die Angabe „sowie des verdeckten Mithörens und Aufzeichnens des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9“ eingefügt.

§ 18
Besondere Voraussetzungen für den Einsatz verdeckter Ermittlerinnen und Ermittler

(1) Eine verdeckte Ermittlerin oder ein verdeckter Ermittler darf nur unter den Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 Nr. 1 und des § 3 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes eingesetzt werden.

(2) [1]Der Einsatz einer verdeckten Ermittlerin oder eines verdeckten Ermittlers ist fortlaufend zu dokumentieren. [2]§ 16 Abs. 4 gilt für verdeckte Ermittlerinnen und Ermittler entsprechend.

§ 19
Besondere Voraussetzungen für den Einsatz bestimmter technischer Mittel

7. In § 19 Abs. 1 wird die Angabe „10 bis 12“ durch die Angabe „11 und 12“ ersetzt.

(1) Die Verfassungsschutzbehörde darf ein technisches Mittel nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 10 bis 12 nur unter den Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 Nr. 1 und des § 3 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes einsetzen.

(2) Der Einsatz eines technischen Mittels nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 11 darf sich nur gegen eine Person richten, bei der

1. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass sie eine Straftat nach § 3 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes plant, begeht oder begangen hat, oder

*Geltendes Recht*

2. aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass sie über ihren Teilnehmeranschluss für eine Person nach Nummer 1 bestimmte oder von ihr herrührende Mitteilungen entgegennimmt oder weitergibt oder dass eine Person nach Nummer 1 ihren Teilnehmeranschluss nutzt, und dass deshalb der Einsatz unumgänglich ist, um Erkenntnisse über ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt oder über eine Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 zu gewinnen.

§ 20
Besondere Auskunftsverlangen

(1) [1]Die Verfassungsschutzbehörde kann anordnen, dass ein Diensteanbieter nach § 2 Satz 1 Nr. 1 des Telemediengesetzes (TMG) ihr Auskunft erteilt

1. zu Bestandsdaten (§ 14 TMG) oder

2. zu Nutzungsdaten (§ 15 Abs. 1 TMG).

[2]Die Erteilung einer Auskunft nach Satz 1 darf nur im Einzelfall und unter der Voraussetzung angeordnet werden, dass sie zu einer planmäßigen Beobachtung und Aufklärung nach § 6 Abs. 1 Satz 1 oder § 7 Abs. 1 Satz 1 oder zur Erfüllung der Aufgabe nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 erforderlich ist und dass tatsächliche Anhaltspunkte für eine schwerwiegende Gefahr für ein in § 3 Abs. 1 genanntes Schutzgut vorliegen. [3]Die Erteilung einer Auskunft zu Bestandsdaten darf im Einzelfall auch angeordnet werden, wenn durch die Erteilung der Auskunft die zur planmäßigen Beobachtung und Aufklärung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts oder zur Erfüllung der Aufgabe nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 erforderlichen Vertrauenspersonen, sonstigen geheimen Informantinnen und Informanten, überworbenen Agentinnen und Agenten sowie Gewährspersonen gewonnen oder überprüft werden können und tatsächliche Anhaltspunkte für eine schwerwiegende Gefahr für ein in § 3 Abs. 1 genanntes Schutzgut vorliegen. [4]Zur Erfüllung der Aufgabe nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 darf die Erteilung einer Auskunft zu Nutzungsdaten nur angeordnet werden, wenn das Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt auf die Anwendung oder Vorbereitung von Gewalt gerichtet ist oder aus anderen Gründen erhebliche Bedeutung hat. [5]Die Erteilung einer Auskunft zu Nutzungsdaten darf nur zu einer Person angeordnet werden,

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

8. § 20 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Im einleitenden Satzteil wird die Angabe „Diensteanbieter nach § 2 Satz 1 Nr. 1 des Telemediengesetzes (TMG)“ durch die Angabe „Anbieter von digitalen Diensten nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 des Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetzes (TDDDG)“ ersetzt.

bb) In Nummer 1 wird die Angabe „(§ 14 TMG)“ durch die Angabe „(§ 2 Abs. 2 Nr. 2 TDDDG)“ ersetzt.

cc) In Nummer 2 wird die Angabe „(§ 15 TMG)“ durch die Angabe „(§ 2 Abs. 2 Nr. 3 TDDDG)“ ersetzt.

| *Geltendes Recht* | *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* |
|---|---|
| 1. bei der tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie die schwerwiegende Gefahr nachdrücklich fördert, oder | |
| 2. bei der aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass sie Telemedien für eine Person nach Nummer 1 nutzt und dass deshalb die Anordnung unumgänglich ist, um Erkenntnisse über ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt oder über eine Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 zu gewinnen. | |
| | b) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt geändert: |
| (2) [1]Die Verfassungsschutzbehörde kann anordnen, dass ein Diensteanbieter nach § 3 Nr. 6 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) ihr Auskunft erteilt | aa) Im einleitenden Satzteil wird die Angabe „Diensteanbieter nach § 3 Nr. 6“ durch die Angabe „Anbieter von Telekommunikationsdiensten nach § 3 Nr. 1“ ersetzt. |
| | bb) Nummer 1 erhält folgende Fassung: |
| 1. zu den nach den §§ 95 und 111 TKG erhobenen Bestandsdaten (einfache Bestandsdaten), | „1. zu den Bestandsdaten gemäß § 3 Nr. 6 und § 172 TKG (einfache Bestandsdaten),“. |
| 2. zu Bestandsdaten nach Nummer 1, mittels derer der Zugriff auf Endgeräte oder auf Speichereinrichtungen, die in diesen Endgeräten oder hiervon räumlich getrennt eingesetzt werden, geschützt wird oder die anhand einer zu einem bestimmten Zeitpunkt zugewiesenen Internetprotokoll-Adresse bestimmt werden (besondere Bestandsdaten), oder | |
| 3. zu Verkehrsdaten nach § 96 Abs. 1 Nrn. 1 bis 4 TKG und sonstigen zum Aufbau und zur Aufrechterhaltung der Telekommunikation notwendigen Verkehrsdaten. | cc) In Nummer 3 wird die Angabe „§ 96 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 TKG“ durch die Angabe „§ 9 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 TDDDG“ ersetzt. |
| [2]Die Erteilung einer Auskunft nach Satz 1 darf nur angeordnet werden, wenn sie im Einzelfall zu einer planmäßigen Beobachtung und Aufklärung nach § 6 Abs. 1 Satz 1 oder § 7 Abs. 1 Satz 1 oder zur Erfüllung der Aufgabe nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 erforderlich ist. [3]Die Erteilung einer Auskunft zu einfachen Bestandsdaten darf im Einzelfall auch angeordnet werden, wenn dadurch die zur planmäßigen Beobachtung und Aufklärung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts oder zur Erfüllung der Aufgabe nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 erforderlichen Vertrauenspersonen, sonstigen geheimen Informantinnen und Informanten, überworbenen Agentinnen und Agenten sowie Gewährspersonen gewonnen oder überprüft werden können. [4]Die Erteilung einer Auskunft zu besonderen Bestandsdaten und zu Verkehrsdaten darf nur unter den Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 Nr. 1 und des § 3 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes und nur zu einer Person angeordnet werden, bei der | |

*Geltendes Recht* *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

1. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass sie eine Straftat nach § 3 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes plant, begeht oder begangen hat,

2. aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass sie über ihren Teilnehmeranschluss für eine Person nach Nummer 1 bestimmte oder von ihr herrührende Mitteilungen entgegennimmt oder weitergibt oder dass eine Person nach Nummer 1 ihren Teilnehmeranschluss nutzt und dass deshalb die Anordnung unumgänglich ist, um Erkenntnisse über ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt oder über eine Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 zu gewinnen.

(3) [1]Die Verfassungsschutzbehörde kann anordnen, dass

1. Luftfahrtunternehmen sowie Betreiber von Computerreservierungssystemen und Globalen Distributionssystemen für Flüge Auskunft zu Namen und Anschriften von Kundinnen und Kunden sowie zur Inanspruchnahme und den Umständen von Transportleistungen, insbesondere zum Zeitpunkt von Abfertigung und Abflug und zum Buchungsweg, sowie

2. Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute und Finanzunternehmen Auskunft zu Konten und Geldanlagen, insbesondere zu Kontoständen, Zahlungsein- und -ausgängen und sonstigen Geldbewegungen, sowie zu Kontoinhaberinnen, Kontoinhabern, sonstigen Berechtigten und weiteren am Zahlungsverkehr Beteiligten,

erteilen. [2]Die Erteilung einer Auskunft nach Satz 1 darf nur im Einzelfall und unter der Voraussetzung angeordnet werden, dass sie zu einer planmäßigen Beobachtung und Aufklärung nach § 6 Abs. 1 Satz 1 oder § 7 Abs. 1 Satz 1 oder zur Erfüllung der Aufgabe nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 erforderlich ist und dass tatsächliche Anhaltspunkte für eine schwerwiegende Gefahr für ein in § 3 Abs. 1 genanntes Schutzgut vorliegen; Absatz 1 Satz 4 gilt entsprechend. [3]Die Erteilung einer Auskunft nach Satz 1 darf nur zu einer Person angeordnet werden, bei der

1. tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie die schwerwiegende Gefahr nachdrücklich fördert, oder

2. aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass sie eine in Satz 1 genannte Dienstleistung für eine Person nach Nummer 1 in Anspruch nimmt und dass deshalb die Anordnung unumgänglich ist, um Erkenntnisse über ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt oder über eine Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 zu gewinnen.

*Geltendes Recht*

(4) Die Verfassungsschutzbehörde kann unter den Voraussetzungen des Absatzes 3 Satz 2 Halbsatz 1 und Satz 3 das Bundesamt für Steuern um Abrufe aus dem gemäß § 24 c Abs. 1 des Kreditwesengesetzes zu führenden Dateisystem ersuchen (Kontostammdatenabfrage).

(5) [1]Auskünfte nach den Absätzen 1 und 3 sind unentgeltlich zu erteilen. [2]Die Verfassungsschutzbehörde hat für die Erteilung von Auskünften nach Absatz 2 eine Entschädigung entsprechend § 23 des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes zu gewähren.

(6) Anordnungen nach den Absätzen 1 bis 3 sowie Ersuchen nach Absatz 4 und die übermittelten Daten dürfen den betroffenen Personen oder Dritten von den Verpflichteten nicht mitgeteilt werden.

(7) [1]Den Verpflichteten ist es verboten, allein aufgrund einer Anordnung nach den Absätzen 1 bis 3 einseitige Handlungen vorzunehmen, die für die betroffene Person nachteilig sind und die über die Erteilung der Auskunft hinausgehen, insbesondere bestehende Verträge oder Geschäftsverbindungen zu beenden, ihren Umfang zu beschränken oder ein Entgelt zu erheben oder zu erhöhen. [2]Die Anordnung ist mit dem ausdrücklichen Hinweis auf dieses Verbot und darauf zu verbinden, dass das Auskunftsersuchen nicht die Aussage beinhaltet, dass sich die betroffene Person rechtswidrig verhalten hat oder ein darauf gerichteter Verdacht besteht.

§ 21
Verfahrensvorschriften

(1) [1]Der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 7 bis 12 wird von der Fachministerin oder dem Fachminister angeordnet, im Vertretungsfall von der Staatssekretärin oder dem Staatssekretär oder deren oder dessen Vertreterin oder Vertreter. [2]Dasselbe gilt für die Erteilung von Auskünften zu Nutzungsdaten nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, besonderen Bestandsdaten nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, Verkehrsdaten nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und Daten nach § 20 Abs. 3 Satz 1 sowie für Ersuchen nach § 20 Abs. 4 Satz 1. [3]Der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 4 bis 6 wird von der Leiterin oder dem Leiter der Verfassungsschutzabteilung angeordnet, im Vertretungsfall von der Vertreterin oder dem Vertreter. [4]Die Gründe für die Anordnungen nach den Sätzen 1 bis 3 sind zu dokumentieren.

(2) Anordnungen nach Absatz 1 sind zu befristen auf höchstens

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

c) In Absatz 4 wird die Angabe „des Absatzes 3 Satz 2 Halbsatz 1 und Satz 3 das Bundesamt“ durch die Angabe „des Absatzes 2 Satz 2 oder 3 das Bundeszentralamt“ ersetzt.

*Geltendes Recht*

1. drei Jahre in den Fällen des § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6, ein Jahr in den Fällen der vorübergehenden Inanspruchnahme einer Vertrauensperson (§ 16 Abs. 2 Satz 2),

2. drei Monate in den Fällen des § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 7 bis 12,

3. drei Monate bei der Erteilung von Auskünften zu künftig anfallenden Nutzungsdaten nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, Verkehrsdaten nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und Daten nach § 20 Abs. 3 Satz 1.

[2]Verlängerungen um jeweils höchstens den in Satz 1 genannten Zeitraum sind zulässig, wenn die Voraussetzungen der Anordnung weiterhin erfüllt sind; Absatz 1 gilt entsprechend. [3]Satz 2 gilt nicht für die vorübergehende Inanspruchnahme einer Vertrauensperson (§ 16 Abs. 2 Satz 2).

(3) [1]Anordnungen und Verlängerungen des Einsatzes nachrichtendienstlicher Mittel nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 7 bis 12 bedürfen der Zustimmung der G 10-Kommission. [2]Dasselbe gilt für Anordnungen und Verlängerungen der Erteilung von Auskünften zu Nutzungsdaten nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, besonderen Bestandsdaten nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, Verkehrsdaten nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 sowie Daten nach § 20 Abs. 3 Satz 1 und für Ersuchen nach § 20 Abs. 4 Satz 1. [3]Die G 10-Kommission prüft im Rahmen der Erteilung der Zustimmung die Zulässigkeit und Notwendigkeit des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels oder des besonderen Auskunftsverlangens. [4]Stimmt die G 10-Kommission einer Anordnung oder Verlängerung nicht zu, so hat die Fachministerin oder der Fachminister, im Vertretungsfall die Staatssekretärin oder der Staatssekretär oder deren oder dessen Vertreterin oder Vertreter, die Anordnung oder Verlängerung unverzüglich aufzuheben.

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

9. § 21 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

a) Am Ende des Absatzes 3 Satz 2 werden die Worte „und für Ersuchen nach § 20 Abs. 4“ gestrichen.

b) Satz 3 erhält folgende Fassung:

„[3]Die Verfassungsschutzbehörde informiert die G 10-Kommission im Rahmen der Einholung der Zustimmung nach Satz 1 oder 2 darüber, wenn sie gegen die betroffene Person bereits zeitgleich weitere nachrichtendienstliche Mittel und besondere Auskunftsverlangen, die der Zustimmung der G 10-Kommission unterliegen, einsetzt.“

c) Satz 4 erhält folgende Fassung:

„[4]Die G 10-Kommission prüft im Rahmen der Erteilung der Zustimmung die Zulässigkeit und Notwendigkeit des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels oder des besonderen Auskunftsverlangens; im Fall des Satzes 3 prüft sie zudem, ob sich aus der Summe der eingesetzten nachrichtendienstlichen Mittel und besonderen Auskunftsverlangen ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Grundrechte der betroffenen Person ergibt.“

d) Es wird der folgende Satz 5 eingefügt:

„[5]Führt die Überprüfung zu dem Ergebnis, dass ein unverhältnismäßiger Eingriff in die

| *Geltendes Recht* | *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* |
|---|---|
| | Grundrechte der oder des Betroffenen vorliegt, hat die Verfassungsschutzbehörde die eingesetzten nachrichtendienstlichen Mittel und besonderen Auskunftsverlangen unverzüglich auf ein verhältnismäßiges Maß zu reduzieren.“ |
| | e) Der bisherige Satz 4 wird Satz 6. |
| (4) [1]Bei Gefahr im Verzug kann in den Fällen des Absatzes 3 die Fachministerin oder der Fachminister, im Vertretungsfall die Staatssekretärin oder der Staatssekretär oder deren oder dessen Vertreterin oder Vertreter, anordnen, dass der Einsatz des nachrichtendienstlichen Mittels vor der Zustimmung der G 10-Kommission begonnen oder die Auskunft vor der Zustimmung erteilt wird. [2]In diesem Fall ist die Zustimmung unverzüglich nachträglich einzuholen. [3]Stimmt die G 10-Kommission nicht nachträglich zu, so gilt Absatz 3 Satz 4 entsprechend; der Einsatz des nachrichtendienstlichen Mittels ist unverzüglich zu beenden. [4]Bereits erhobene Daten dürfen nicht gespeichert, verändert, verwendet oder übermittelt werden; sie sind unverzüglich zu löschen. | |
| (5) [1]Die Beobachtungs- und Verdachtsobjekte, gegen die die Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen nach Absatz 1 Satz 3 angeordnet werden darf, werden zuvor von der Fachministerin oder dem Fachminister bestimmt, im Vertretungsfall von der Staatssekretärin oder dem Staatssekretär oder deren oder dessen Vertreterin oder Vertreter. [2]Die Gründe sind zu dokumentieren. [3]Die Bestimmung ist auf höchstens vier Jahre zu befristen. [4]Die Verlängerung der Bestimmung um jeweils höchstens vier Jahre ist zulässig, wenn die Voraussetzung des § 16 Abs. 2 weiterhin erfüllt ist. [5]Die Bestimmung und die Verlängerung bedürfen der Zustimmung der G 10-Kommission. [6]Absatz 3 Satz 3 gilt entsprechend. [7]Stimmt die G 10-Kommission einer Verlängerung nicht zu, so ist die Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen gegen das betroffene Beobachtungsobjekt unverzüglich zu beenden. | |
| (6) [1]Die Wahrnehmung der Aufgaben der G 10-Kommission nach den Absätzen 3 bis 5 obliegt der G 10-Kommission nach § 3 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes (Nds. AG G 10). [2]§ 3 Abs. 1 Sätze 5 bis 7 und Abs. 2 bis 4 Nds. AG G 10 gilt entsprechend. | |
| (7) Die weiteren Einzelheiten des Einsatzes nachrichtendienstlicher Mittel sind in Dienstvorschriften umfassend zu regeln. | |
| § 22<br>Mitteilung an betroffene Personen | 10. § 22 wird wie folgt geändert:<br>a) Absatz 1 wird wie folgt geändert: |

| *Geltendes Recht* | *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* |
|---|---|
| (1) [1]Die Verfassungsschutzbehörde hat den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 6 bis 12 nach seiner Beendigung den betroffenen Personen mitzuteilen. [2]Dasselbe gilt für Observationen nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4, soweit besondere für Observationszwecke bestimmte technische Mittel eingesetzt wurden. [3]Die Verfassungsschutzbehörde hat auch die besonderen Auskunftsverlangen nach Erteilung der Auskunft den betroffenen Personen mitzuteilen; dies gilt nicht für Auskunftsverlangen zu einfachen Bestandsdaten nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1. [4]In der Mitteilung ist auf die Rechtsgrundlage für den Einsatz des nachrichtendienstlichen Mittels oder für das besondere Auskunftsverlangen und auf das Auskunftsrecht nach § 30 hinzuweisen. [5]Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, wenn für die Mitteilung in unverhältnismäßiger Weise weitere personenbezogene Daten der betroffenen Person erhoben werden müssten. | aa) In Satz 1 wird nach den Worten „seiner Beendigung den“ das Wort „erheblich“ eingefügt.<br><br>bb) In Satz 3 werden die Worte „betroffenen Personen“ durch die Worte „erheblich betroffenen Personen“ ersetzt und nach der Angabe „20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1“ die Angabe „und zu Kontostammdaten nach § 20 Abs. 4“eingefügt.<br><br>cc) In Satz 4 wird die Angabe „§ 30“ durch die Angabe „§ 29“ ersetzt. |
| | b) Absatz 2 wird wie folgt geändert: |
| (2) [1]Die Mitteilung wird zurückgestellt, solange<br><br>1. eine Gefährdung des Zwecks des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels oder des besonderen Auskunftsverlangens nicht ausgeschlossen werden kann,<br><br>2. durch das Bekanntwerden des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels oder des besonderen Auskunftsverlangens Leib, Leben, Freiheit oder ähnlich schutzwürdige Belange einer Person gefährdet werden,<br><br>3. ihr überwiegende schutzwürdige Belange einer anderen betroffenen Person entgegenstehen oder<br><br>4. durch das Bekanntwerden des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels der weitere Einsatz der in § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 6 und 9 genannten Personen gefährdet wird und deshalb die Interessen der betroffenen Person zurücktreten müssen. | aa) In Satz 1 Nr. 4 werden nach dem Wort „Mittels“ die Worte „oder des besonderen Auskunftsverlangens“ eingefügt. |
| [2]Wird die Mitteilung nicht innerhalb eines Jahres nach der Beendigung des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels oder der Erteilung der Auskunft vorgenommen, so bedarf die Zurückstellung der Zustimmung der G 10-Kommission. [3]Stimmt die G 10-Kommission der Zurückstellung zu, so hat sie diese zu befristen. [4]Auch jede weitere Zurückstellung bedarf der Zustimmung der G 10-Kommission; Satz 3 gilt entsprechend. [5]Stimmt die G 10-Kommission der Zurückstellung oder der weiteren Zurückstellung nicht zu oder entfällt zwischenzeitlich der Grund für die Zurückstellung, so ist die Mitteilung unverzüglich von der Verfassungsschutzbehörde vorzunehmen. [6]Die Sätze 2 bis 5 gelten nicht für die Mitteilung des Einsatzes nachrichtendienstlicher Mittel nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 | |

| *Geltendes Recht* | *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* |
|---|---|
| und für die Mitteilung von besonderen Auskunftsverlangen zu Bestandsdaten nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1. [7]Wird in diesen Fällen die Mitteilung nicht innerhalb von zwei Jahren nach der Erteilung der Auskunft vorgenommen, so ist die Zurückstellung unter Angabe des Grundes der oder dem Landesbeauftragten für den Datenschutz mitzuteilen. | bb) Es wird der folgende Satz 8 angefügt:<br><br>„[8]Sind mehrere nachrichtendienstliche Mittel und besondere Auskunftsverlangen in demselben Sachzusammenhang durchgeführt worden, ist die Beendigung der letzten Maßnahme für die Berechnung der Fristen maßgeblich.“ |
| (3) [1]Einer Mitteilung bedarf es endgültig nicht, wenn<br><br>1. die Voraussetzung der Zurückstellung auch fünf Jahre nach Beendigung des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels oder nach Erteilung der Auskunft noch nicht entfallen ist,<br><br>2. die Voraussetzungen der Zurückstellung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft nicht entfallen werden,<br><br>3. die Voraussetzungen für eine Löschung der personenbezogenen Daten vorliegen und<br><br>4. die G 10-Kommission zustimmt.<br><br>[2]Bei nachrichtendienstlichen Mitteln nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 und bei besonderen Auskunftsverlangen zu Bestandsdaten nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bedarf es abweichend von Satz 1 Nr. 4 der Zustimmung der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz. | c) Dem Absatz 3 werden die folgenden Sätze 3 und 4 angefügt:<br><br>„[3]Einer Mitteilung bedarf es abweichend von Satz 1 endgültig auch dann nicht, wenn zehn Jahre nach Beendigung des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels oder nach der Erteilung der Auskunft die in Absatz 2 bestimmten Fristen noch nicht begonnen haben und die Voraussetzungen für eine Löschung der personenbezogenen Daten vorliegen. [4]Dies bedarf ebenfalls der Zustimmung der G 10-Kommission; in den Fällen des Satzes 2 der Zustimmung der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz.“ |
| § 23<br>Ersuchen und automatisierte Abrufverfahren | |
| (1) [1]Die Verfassungsschutzbehörde darf zur planmäßigen Beobachtung und Aufklärung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts sowie zur Erfüllung der Aufgabe nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 die Behörden des Landes, insbesondere die Staatsanwaltschaften und die Polizeibehörden, sowie die der ausschließlichen Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und | |

*Geltendes Recht* | *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

Stiftungen des öffentlichen Rechts um Übermittlung personenbezogener Daten ersuchen, wenn diese nicht aus allgemein zugänglichen Quellen oder nur mit übermäßigem Aufwand oder nur durch eine die betroffene Person stärker belastende Maßnahme erhoben werden können. [2]Die Gründe für das Ersuchen sind zu dokumentieren.

(2) [1]Die Verfassungsschutzbehörde darf anstelle eines Ersuchens nach Absatz 1 oder § 18 Abs. 3 Satz 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes (BVerfSchG) automatisierte Abrufverfahren nutzen, soweit die Nutzung eines automatisierten Abrufverfahrens durch die Verfassungsschutzbehörden ausdrücklich gesetzlich geregelt ist und durch technische und organisatorische Maßnahmen Risiken für die Rechte und Freiheiten der betroffenen Personen vermieden werden können. [2]Die Einrichtung eines automatisierten Abrufverfahrens wird von der Leiterin oder dem Leiter der Verfassungsschutzabteilung oder der Vertreterin oder dem Vertreter angeordnet. [3]Soweit die gesetzlichen Regelungen nach Satz 1 die abrufende Stelle nicht zur Dokumentation der Abrufe verpflichten, sind die Gründe für den Abruf im automatisierten Abrufverfahren zu dokumentieren.

(3) [1]Die ersuchte Behörde, Körperschaft, Anstalt oder Stiftung ist verpflichtet, die personenbezogenen Daten zu übermitteln. [2]Sie darf nur solche personenbezogenen Daten übermitteln, die bei ihr bereits bekannt sind oder von ihr aus allgemein zugänglichen Quellen entnommen werden können. [3]Erweisen sich personenbezogene Daten nach ihrer Übermittlung als unvollständig oder unrichtig, so sind sie gegenüber der empfangenden Verfassungsschutzbehörde unverzüglich zu ergänzen oder zu berichtigen, es sei denn, dass der Mangel für die Beurteilung des Sachverhalts offensichtlich ohne Bedeutung ist.

(4) Um Übermittlung personenbezogener Daten, die von einer Staatsanwaltschaft oder einer Polizeibehörde aufgrund einer strafprozessualen Zwangsmaßnahme oder nach § 32 Abs. 2 oder den §§ 33 a bis 37 a des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (NPOG) erhoben worden sind, darf nur ersucht werden, wenn die personenbezogenen Daten auch von der Verfassungsschutzbehörde mit einem vergleichbaren nachrichtendienstlichen Mittel oder besonderen Auskunftsverlangen hätten erhoben werden dürfen.

(5) [1]Um die Übermittlung personenbezogener Daten, die aufgrund einer strafprozessualen Zwangsmaßnahme oder einer dieser vergleichbaren Maßnahme nach dem Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz erhoben worden sind, zu der die Verfassungsschutzbehörde nach diesem Gesetz nicht befugt ist, darf nur ersucht werden, wenn dies zur planmäßigen Beobachtung und Aufklärung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts, das auf die Anwendung oder Vorberei-

*Geltendes Recht*

tung von Gewalt gerichtet ist, oder zur Erfüllung der Aufgabe nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 erforderlich ist. [2]Satz 1 gilt nicht für Ersuchen um Übermittlung von personenbezogenen Daten, die aufgrund einer Identitätsfeststellung nach § 163b StPO, auch in Verbindung mit § 111 Abs. 3 StPO, oder nach § 13 NPOG erhoben worden sind. [3]Ein Ersuchen um die Übermittlung personenbezogener Daten, die aufgrund einer Wohnraumüberwachung nach § 100c StPO oder nach § 35a NPOG erlangt worden sind, ist unzulässig.

(6) Die aufgrund eines Ersuchens nach den Absätzen 4 und 5 übermittelten personenbezogenen Daten sind von der übermittelnden Staatsanwaltschaft oder Polizeibehörde unter Angabe des zur Erhebung eingesetzten Mittels zu kennzeichnen.

§ 24
Registereinsicht

(1) Die Verfassungsschutzbehörde darf zur planmäßigen Beobachtung und Aufklärung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts, das auf die Anwendung oder Vorbereitung von Gewalt gerichtet ist, sowie zur Erfüllung der Aufgabe nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 die von öffentlichen Stellen geführten Register, insbesondere Grundbücher, Personenstandsbücher, Melderegister, Personalausweisregister, Passregister, Führerscheinkartei, Waffenscheinkartei, einsehen.

(2) [1]Die Einsichtnahme ist nur zulässig, wenn

1. ein Ersuchen nach § 23 Abs. 1 oder ein Abruf im automatisierten Abrufverfahren nach § 23 Abs. 2 den Zweck der Maßnahme gefährden würde und

2. die betroffene Person durch eine anderweitige Datenerhebung unverhältnismäßig beeinträchtigt würde.

[2]Die Einsichtnahme ist unzulässig, wenn ihr eine gesetzliche Geheimhaltungsvorschrift oder eine Pflicht zur Wahrung von Berufsgeheimnissen entgegensteht.

(3) Die Einsichtnahme wird von der Leiterin oder dem Leiter der Verfassungsschutzabteilung oder der Vertreterin oder dem Vertreter angeordnet.

(4) [1]Jede Einsichtnahme ist zu dokumentieren. [2]Die in der Dokumentation enthaltenen personenbezogenen Daten dürfen ausschließlich zur Datenschutzkontrolle verwendet werden. [3]Sie sind zwei Jahre nach der Dokumentation zu löschen.

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

11. § 23 Abs. 5 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„[3]Ein Ersuchen um die Übermittlung personenbezogener Daten, die aufgrund einer Wohnraumüberwachung nach § 100 c StPO oder nach § 35 NPOG erlangt worden sind, ist nur unter den in § 25 Abs. 2 Satz 3 genannten Voraussetzungen zulässig.“

12. In § 24 Abs. 1 werden die Worte „, insbesondere Grundbücher, Personenstandsbücher, Melderegister, Personalausweisregister, Passregister, Führerscheinkartei, Waffenscheinkartei,“ gestrichen.

| *Geltendes Recht* | *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* |
|---|---|
| § 25<br>Verpflichtung zur Datenübermittlung an die Verfassungsschutzbehörde | |
| (1) Die Behörden des Landes sowie die der ausschließlichen Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts übermitteln von sich aus der Verfassungsschutzbehörde die ihnen bekannt gewordenen Informationen einschließlich personenbezogener Daten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass dies zur planmäßigen Beobachtung und Aufklärung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts, das auf die Anwendung oder Vorbereitung von Gewalt gerichtet ist, oder zur Erfüllung der Aufgabe nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 erforderlich ist. | |
| (2) [1]Die Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden des Landes übermitteln von sich aus der Verfassungsschutzbehörde die ihnen bekannt gewordenen Informationen einschließlich personenbezogener Daten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass dies zur planmäßigen Beobachtung und Aufklärung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts oder zur Erfüllung der Aufgabe nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 erforderlich ist. [2]Personenbezogene Daten, die aufgrund einer strafprozessualen Zwangsmaßnahme oder einer vergleichbaren Maßnahme nach dem Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz erhoben worden sind, dürfen nur übermittelt werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass dies zur planmäßigen Beobachtung und Aufklärung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts, das auf die Anwendung oder Vorbereitung von Gewalt gerichtet ist, oder zur Erfüllung der Aufgabe nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 erforderlich ist. [3]Die Übermittlung personenbezogener Daten, die aufgrund einer Wohnraumüberwachung nach § 100c StPO oder nach § 35a NPOG erlangt worden sind, ist unzulässig. [4]Satz 2 gilt nicht für die Übermittlung von personenbezogenen Daten, die aufgrund einer Identitätsfeststellung nach § 163b StPO, auch in Verbindung mit § 111 Abs. 3 StPO, oder nach § 13 NPOG erhoben worden sind. [5]Die nach Satz 2 übermittelten personenbezogenen Daten sind unter Angabe des zur Erhebung eingesetzten Mittels zu kennzeichnen. | 13. § 25 Abs. 2 Satz 3 erhält folgende Fassung:<br><br>„[3]Die Übermittlung personenbezogener Daten, die aufgrund einer Wohnraumüberwachung nach § 100 c StPO oder nach § 35 a NPOG erlangt worden sind, ist nur unter den Voraussetzungen des Satzes 2 und nur bei einer im Hinblick auf das Ausmaß des zu erwartenden Schadens und die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts erhöhten Gefahr für eines der in § 30 Abs. 1 Satz 2 genannten besonders gewichtigen Rechtsgüter zulässig.“ |
| (3) Die Übermittlung von personenbezogenen Daten über eine Person, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, ist unzulässig. | |
| (4) § 23 Abs. 3 Satz 3 gilt entsprechend. | |

*Geltendes Recht* | *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

## Drittes Kapitel
## Speicherung, Veränderung, Verwendung, Löschung

### § 26
### Speicherung, Veränderung und Verwendung personenbezogener Daten, Zweckbindung

(1) [1]Die Verfassungsschutzbehörde darf die zur Erfüllung ihrer Aufgaben rechtmäßig erhobenen personenbezogenen Daten speichern, verändern und verwenden, wenn dies zu dem Zweck erforderlich ist, zu dem sie erhoben worden sind, und

1. tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die betroffene Person in dem oder für das Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt tätig ist,

2. tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die betroffene Person eine Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ausübt,

3. aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass die betroffene Person mit einer der in den Nummern 1 und 2 genannten Personen in Verbindung steht und dass deshalb die Speicherung, Veränderung oder Verwendung zur planmäßigen Beobachtung und Aufklärung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts, das auf die Anwendung oder Vorbereitung von Gewalt gerichtet ist, oder zur Erfüllung der Aufgabe nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 unumgänglich ist, oder

4. dies zur Gewinnung oder Überprüfung von Vertrauenspersonen, sonstigen geheimen Informantinnen oder Informanten, überworbenen Agentinnen oder Agenten oder Gewährspersonen erforderlich ist.

[2]Die in Satz 1 Nrn. 1 bis 4 genannten Voraussetzungen gelten nicht in der Verdachtsgewinnungsphase. [3]Sind mit personenbezogenen Daten, die nach Satz 1 gespeichert, verändert und verwendet werden dürfen, weitere personenbezogene Daten von betroffenen Personen oder von Dritten so verbunden, dass sie nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand getrennt werden können, so dürfen sie gemeinsam mit den personenbezogenen Daten nach Satz 1 gespeichert werden; sie sind nach Maßgabe des § 28 Abs. 3 in ihrer Verarbeitung einzuschränken.

(2) [1]Die mit nachrichtendienstlichen Mitteln oder durch ein besonderes Auskunftsverlangen erhobenen personenbezogenen Daten sind unter Angabe des eingesetzten Mittels zu kennzeichnen. [2]Bei den nach § 23 Abs. 6 gekennzeichneten personenbezogenen Daten ist die Kennzeichnung beizubehalten.

*Geltendes Recht*

(3) [1]Die Verfassungsschutzbehörde darf die personenbezogenen Daten, von denen sie durch Übermittlung nach § 25 rechtmäßig Kenntnis erlangt hat, nur speichern, verändern und verwenden, wenn dies zu einem Zweck erforderlich ist, zu dem sie die übermittelnde Behörde gemäß § 23 um Übermittlung dieser personenbezogenen Daten hätte ersuchen dürfen, und wenn die in Absatz 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 genannten Voraussetzungen erfüllt sind. [2]Die Zweckbestimmung ist bei der Speicherung festzulegen. [3]Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend. [4]Bei den nach § 25 Abs. 2 Satz 5 gekennzeichneten personenbezogenen Daten ist die Kennzeichnung beizubehalten.

(4) Die Speicherung von personenbezogenen Daten über eine minderjährige Person ist nur unter den Voraussetzungen des § 13 Abs. 3 zulässig.

§ 27
Speicherung, Veränderung und Verwendung personenbezogener Daten zu anderen Zwecken

[1]Eine Speicherung, Veränderung oder Verwendung der nach § 26 gespeicherten personenbezogenen Daten für einen anderen in § 12 Abs. 1 genannten Zweck ist zulässig, wenn die personenbezogenen Daten zur Erfüllung dieses Zwecks erforderlich sind und im Fall eines zur Erhebung eingesetzten nachrichtendienstlichen Mittels oder besonderen Auskunftsverlangens dieses auch für den anderen Zweck hätte eingesetzt werden dürfen. [2]Die nach § 26 Abs. 3 gespeicherten personenbezogenen Daten dürfen nur unter den dort genannten Voraussetzungen für einen anderen Zweck gespeichert, verändert und verwendet werden.

§ 28
Berichtigung, Löschung und Einschränkung der Verarbeitung von personenbezogenen Daten

(1) [1]Die Verfassungsschutzbehörde hat personenbezogene Daten zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind. [2]Sie hat sie zu ergänzen, wenn sie unvollständig sind und dadurch schutzwürdige Interessen der betroffenen Person beeinträchtigt sein können. [3]Wird die Richtigkeit von personenbezogenen Daten von der betroffenen Person bestritten und lässt sich weder die Richtigkeit noch die Unrichtigkeit feststellen, so ist dies zu vermerken; die betroffene Person kann sich an die Landesbeauftragte oder den Landesbeauftragten für den Datenschutz wenden.

(2) [1]Die Verfassungsschutzbehörde hat personenbezogene Daten zu löschen, wenn

1. ihre Speicherung unzulässig ist oder

2. ihre Kenntnis für die Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist.

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

14. § 28 wird wie folgt geändert:

| *Geltendes Recht* | *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* |
|---|---|
| [2]Die Löschung unterbleibt, wenn Grund zu der Annahme besteht, dass durch sie schutzwürdige Interessen der betroffenen Person beeinträchtigt würden; die entsprechenden personenbezogenen Daten sind nach Maßgabe des Absatzes 3 in ihrer Verarbeitung einzuschränken. [3]Ein schutzwürdiges Interesse liegt insbesondere dann vor, wenn die betroffene Person einen Antrag auf Auskunft nach § 30 gestellt hat oder aufgrund einer Mitteilung nach § 6 Abs. 4 oder § 22 Abs. 1 die Stellung eines solchen Antrags zu erwarten ist. [4]Sind personenbezogene Daten in Akten gespeichert, so ist die Löschung nach Satz 1 Nr. 2 erst durchzuführen, wenn die gesamte Akte nach Maßgabe der entsprechenden Rechts- oder Verwaltungsvorschriften zur Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist. [5]Werden durch die weitere Speicherung von personenbezogenen Daten nach Satz 4 schutzwürdige Interessen der betroffenen Person erheblich beeinträchtigt, so sind diese personenbezogenen Daten nach Maßgabe des Absatzes 3 in ihrer Verarbeitung einzuschränken. | a) In Absatz 2 Satz 3 wird die Angabe „§ 30“ durch die Angabe „§ 29“ ersetzt. |
| (3) [1]In ihrer Verarbeitung eingeschränkte personenbezogene Daten sind mit einem Vermerk über die Einschränkung der Verarbeitung zu versehen. [2]Im Fall einer automatisierten Verarbeitung ist die Einschränkung der Verarbeitung durch zusätzliche technische Maßnahmen zu gewährleisten. [3]In ihrer Verarbeitung eingeschränkte personenbezogene Daten darf die Verfassungsschutzbehörde nur in behördlichen und gerichtlichen Verfahren, mit denen eine Person ein schutzwürdiges Interesse nach Absatz 2 verfolgt, oder mit Einwilligung der betroffenen Person verändern, verwenden oder übermitteln. | |
| (4) [1]Die Verfassungsschutzbehörde prüft bei der Einzelfallbearbeitung, spätestens nach jeweils fünf Jahren, ob personenbezogene Daten zu berichtigen oder zu ergänzen, zu löschen oder nach Maßgabe des Absatzes 3 in ihrer Verarbeitung einzuschränken sind. [2]Bei personenbezogenen Daten, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 9 bis 12 oder mit besonderen Auskunftsverlangen zu Nutzungsdaten nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, besonderen Bestandsdaten nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, Verkehrsdaten nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 oder Daten nach § 20 Abs. 3 Satz 1 erhoben wurden, beträgt die Prüfungsfrist nach Satz 1 sechs Monate. | b) In Absatz 4 Satz 2 wird die Angabe „9“ durch die Angabe „10“ ersetzt. |
| (5) Die Verfassungsschutzbehörde prüft bei der Einzelfallbearbeitung, spätestens nach jeweils sechs Monaten, ob personenbezogene Daten über eine minderjährige Person zu berichtigen oder zu ergänzen, zu löschen oder nach Maßgabe des Absatzes 3 in ihrer Verarbeitung einzuschränken sind. | |
| (6) [1]Die Löschung von personenbezogenen Daten ist zu dokumentieren, wenn sie mit nachrichtendienstli- | |

*Geltendes Recht*

chen Mitteln oder besonderen Auskunftsverlangen erhoben wurden, die der Mitteilungspflicht nach § 22 Abs. 1 Sätze 1 bis 3 unterliegen. [2]Die in der Dokumentation enthaltenen personenbezogenen Daten dürfen ausschließlich zur Datenschutzkontrolle verwendet werden. [3]Sie sind zu löschen, wenn seit einer Mitteilung nach § 22 Abs. 1 ein Jahr vergangen ist oder es einer Mitteilung gemäß § 22 Abs. 3 endgültig nicht bedarf, frühestens jedoch zwei Jahre nach der Dokumentation.

(7) Die Löschung personenbezogener Daten, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 9 bis 12 oder mit besonderen Auskunftsverlangen zu Nutzungsdaten nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, besonderen Bestandsdaten nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, Verkehrsdaten nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 oder Daten nach § 20 Abs. 3 Satz 1 erhoben wurden, ist unter Aufsicht einer oder eines besonders bestellten, mit der Auswertung nicht befassten Beschäftigten, die oder der die Befähigung zum Richteramt hat, vorzunehmen.

*§ 29*
*(aufgehoben)*

V i e r t e s K a p i t e l
**Auskunft**

§ 30

Auskunft an betroffene Personen

(1) [1]Die Verfassungsschutzbehörde erteilt betroffenen Personen auf Antrag unentgeltlich Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit hierzu auf einen konkreten Sachverhalt hingewiesen und ein besonderes Interesse an der Auskunft dargelegt wird. [2]Über personenbezogene Daten aus Akten, die nicht zu den betroffenen Personen geführt werden, wird Auskunft nur erteilt, soweit die personenbezogenen Daten, namentlich aufgrund von Angaben der betroffenen Personen, mit angemessenem Aufwand auffindbar sind. [3]Die Verfassungsschutzbehörde bestimmt Verfahren und Form der Auskunftserteilung nach pflichtgemäßem Ermessen.

(2) [1]Die Auskunftserteilung ist abzulehnen, soweit

1. die Auskunft die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde,

2. die personenbezogenen Daten oder die Tatsache ihrer Speicherung nach einer Rechtsvorschrift geheim gehalten werden müssen,

3. die Interessen eines Dritten an der Geheimhaltung die Interessen der antragstellenden Person überwiegen oder

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

c) In Absatz 7 wird die Angabe „9“ durch die Angabe „10“ ersetzt.

15. Im Vierten Kapitel wird der bisherige § 30 als neuer § 29 eingefügt.

*Geltendes Recht*

4. durch die Auskunftserteilung Informationsquellen gefährdet würden oder die Ausforschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeitsweise der Verfassungsschutzbehörde zu befürchten ist und deshalb die Interessen der antragstellenden Person ausnahmsweise zurücktreten müssen.

[2]Die Entscheidung trifft die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung. [3]Die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung kann eine besonders bestellte Beschäftigte oder einen besonders bestellten Beschäftigten, die oder der mit der Auswertung nicht befasst war und die Befähigung zum Richteramt hat, damit beauftragen, ebenfalls Entscheidungen nach Satz 1 zu treffen.

(3) Die Auskunftsverpflichtung erstreckt sich nicht auf die Herkunft der Daten und die Empfänger der Übermittlung.

(4) [1]Die Ablehnung einer Auskunft bedarf keiner Begründung, soweit durch die Begründung der Zweck der Ablehnung gefährdet würde. [2]Die Gründe der Ablehnung sind zu dokumentieren. [3]Wird der antragstellenden Person keine Begründung für die Ablehnung der Auskunft gegeben, so ist ihr die Rechtsgrundlage dafür zu nennen. [4]Ferner ist sie darauf hinzuweisen, dass sie sich an die Landesbeauftragte oder den Landesbeauftragten für den Datenschutz wenden kann. [5]Der oder dem Landesbeauftragten für den Datenschutz ist auf Verlangen die von der antragstellenden Person begehrte Auskunft zu erteilen. [6]Mitteilungen der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz an die antragstellende Person dürfen keine Rückschlüsse auf den Erkenntnisstand der Verfassungsschutzbehörde zulassen, sofern diese nicht einer weitergehenden Mitteilung zustimmt.

F ü n f t e s K a p i t e l
**Übermittlung**

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

16. Das Fünfte Kapitel wird wie folgt geändert:

a) Es wird der folgende neue § 30 eingefügt:

„§ 30
Grundsätze für die Übermittlung
personenbezogener Daten

(1) [1]Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln oder durch besondere Auskunftsverlangen erhoben worden sind, nach Maßgabe der Absätze 4 bis 6 sowie der §§ 31 und 32 nur zum Schutz besonders gewichtiger Rechtsgüter übermitteln. [2]Besonders gewichtige Rechtsgüter sind

1. die freiheitliche demokratische Grundordnung, der Bestand oder die Sicherheit

*Geltendes Recht* *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

des Bundes und der Länder, die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 3,

2. der Bestand oder die Sicherheit anderer Staaten, internationaler oder überstaatlicher Organisationen, denen die Bundesrepublik Deutschland angehört, der Gedanke der Völkerverständigung (Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes) und das friedliche Zusammenleben der Völker (Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes),

3. die Menschenwürde, Leib, Leben, Freiheit oder sexuelle Selbstbestimmung einer Person oder

4. Sachen von bedeutendem Wert, deren Erhaltung im besonderen öffentlichen Interesse geboten ist.

[3]Ausnahmsweise darf die Übermittlung in Einzelfällen, in denen die in Absatz 1 Nrn. 1 bis 4 genannten Rechtsgüter oder solche von vergleichbarem Gewicht betroffen sind und ein Unterlassen der Übermittlung in krassem Missverhältnis zu den Grundwerten der Rechtsordnung stünde, unbeschadet der Maßgabe der §§ 31 und 32 auch dann erfolgen, wenn die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, im Vertretungsfall die Vertreterin oder der Vertreter, der Übermittlung zugestimmt hat. [4]Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie übermittelt wurden.

(2) Personenbezogene Daten, die nicht durch den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel oder durch besondere Auskunftsverlangen erhoben worden sind, darf die Verfassungsschutzbehörde übermitteln, sofern die Übermittlung zur Aufgabenerfüllung des Empfängers erforderlich ist.

(3) [1]Jede Übermittlung von personenbezogenen Daten im Sinne des Absatzes 1 ist zu dokumentieren. [2]Bei der Dokumentation ist auch die zugrunde gelegte Rechtsvorschrift anzugeben.

(4) Sind mit personenbezogenen Daten, die nach den §§ 30 bis 32 übermittelt werden dürfen, weitere personenbezogene Daten der betroffenen Person oder von Dritten so verbunden, dass eine Trennung nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich ist, so

| *Geltendes Recht* | *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* |
|---|---|
| | dürfen auch diese personenbezogenen Daten übermittelt werden; sie sind nach Maßgabe des § 28 Abs. 3 in ihrer Verarbeitung einzuschränken.<br><br>(5) Die Übermittlung ist unzulässig, wenn dadurch Informationsquellen oder die Arbeitsweise der Verfassungsschutzbehörde gefährdet würden und diese Sicherheitsinteressen das Interesse des Empfängers an der Datenübermittlung überwiegen.<br><br>(6) Erweisen sich personenbezogene Daten nach ihrer Übermittlung als unvollständig oder unrichtig, so sind sie gegenüber dem Empfänger unverzüglich zu ergänzen oder zu berichtigen, es sei denn, dass der Mangel für die Beurteilung des Sachverhalts offensichtlich ohne Bedeutung ist.“ |
| | b) § 31 erhält folgende Fassung: |
| § 31<br>Übermittlung personenbezogener Daten<br>an Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden | „§ 31<br>Übermittlung personenbezogener Daten<br>an Staatsanwaltschaften, Polizeibehörden<br>und Behörden zur Umsetzung operativer<br>Befugnisse |
| (1) [1]Die Verfassungsschutzbehörde übermittelt von sich aus personenbezogene Daten an die Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden des Landes, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dies zur Verfolgung besonders schwerer Straftaten gemäß § 100b Abs. 2 StPO oder von Straftaten gemäß den §§ 87, 88 und 89 StGB unumgänglich ist. [2]Den Polizeibehörden des Landes übermittelt die Verfassungsschutzbehörde von sich aus personenbezogene Daten auch | (1) [1]An Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden des Landes ist die Übermittlung personenbezogener Daten, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln oder durch besondere Auskunftsverlangen erhoben worden sind, nur zur Verfolgung einer besonders schweren Straftat zulässig, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht der Begehung einer solchen Tat begründen und die Tat besonders schwer wiegt. [2]Besonders schwere Straftaten sind: |
| 1. zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden Gefahr für den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder des Landes, für Leib, Leben oder Freiheit einer Person, für lebens- oder verteidigungswichtige Einrichtungen (§ 1 Abs. 4 und 5 des Niedersächsischen Sicherheitsüberprüfungsgesetzes - Nds. SÜG -) oder für Kulturdenkmale (§ 1 des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes), deren Erhaltung im herausragenden öffentlichen Interesse liegt, oder | 1. die in § 100 b Abs. 2 StPO in der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes geltenden Fassung genannten Straftaten, |
| 2. wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dies zur Verhütung | 2. die in § 100 g Abs. 2 StPO in der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes geltenden Fassung genannten Straftaten, |
| a) terroristischer Straftaten nach § 2 Nr. 15 NPOG, | 3. terroristische Straftaten nach § 2 Nr. 15 NPOG in der am 1. Januar 2023 geltenden Fassung, |
| | 4. aus dem Strafgesetzbuch: |

*Geltendes Recht*

b) von Straftaten der Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates gemäß den §§ 87, 88, 89, 89a und 89c Abs. 1 bis 4 StGB,

c) der Bildung einer kriminellen Vereinigung nach § 129 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 5 Satz 3 StGB sowie die Bildung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung nach § 129 a Abs. 1, 2, 4 und 5 Satz 1 StGB, jeweils auch in Verbindung mit § 129 b Abs. 1 StGB,

d) von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung gemäß § 176 Abs. 1 bis 3, § 176a Abs. 3, § 177 Abs. 6 bis 8 und § 184b Abs. 2 StGB,

e) von Straftaten gegen das Leben nach den §§ 211 und 212 StGB sowie der schweren Körperverletzung nach § 226 Abs. 2 StGB,

f) von Straftaten gegen die persönliche Freiheit gemäß § 232, § 232a Abs. 3, 4 und 5 Satzteil 2, § 232b Abs. 3 und 4 in Verbindung mit § 232a Abs. 4 oder 5 Satzteil 2, § 233 Abs. 2, § 233a Abs. 3 und 4 Satzteil 2, § 234 und § 234a StGB,

g) von gemeingefährlichen Straftaten gemäß § 310 Abs. 1 und § 316a StGB,

h) von Straftaten der gewerbs- und bandenmäßigen Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragstellung nach § 84a Abs. 1 des Asylverfahrensgesetzes oder des gewerbs- und bandenmäßigen Einschleusens von Ausländern nach § 97 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes oder

i) von Straftaten gemäß § 30a Abs. 1 und 2 des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG), auch in Verbindung mit § 30b BtMG und mit § 129 Abs. 5 StGB,

unumgänglich ist.

[3]Die Übermittlung nach den Sätzen 1 und 2 ist nur zulässig, wenn das zur Datenerhebung verwendete Mittel auch für den anderen Zweck hätte angewendet werden dürfen. [4]Personenbezogene Daten, die nicht durch den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel oder durch besondere Auskunftsverlangen erhoben worden sind, darf die Verfassungsschutzbehörde auch zu sonstigen Zwecken der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr an die Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden des Landes übermitteln. [5]Sind mit personenbezogenen Daten, die nach den Sätzen 1 bis 4 übermittelt werden dürfen, weitere personenbezogene Daten der betroffenen Person oder von Dritten so verbunden, dass eine Trennung nicht oder nur

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

a) Straftaten der Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates gemäß den §§ 87, 88 und 89 StGB,

b) Straftaten gegen Organe und Vertreter ausländischer Staaten in besonders schweren Fällen (§ 102 Abs. 1 StGB) sowie Straftaten gegen Verfassungsorgane in den Fällen der §§ 105, 106 Abs. 3 StGB,

c) besonders schwerer Fall der Sabotagehandlungen an Verteidigungsmitteln nach § 109 e Abs. 4 StGB,

d) Sexueller Missbrauch von Kindern ohne Körperkontakt mit dem Kind, § 176 a StGB,

e) Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit nach den §§ 224 bis 227 StGB,

f) besonders schwerer Fall der politischen Verdächtigung, § 241 a Abs. 4 StGB,

g) besonders schwerer Fall der Computersabotage nach § 303 b Abs. 4 StGB, soweit sich die Straftat gegen die innere oder äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere gegen sicherheitsempfindliche Stellen von lebenswichtigen Einrichtungen, richtet.

[3]Darüber hinaus ist eine Straftat besonders schwer, wenn sie mit einer Höchststrafe von mehr als fünf Jahren bedroht ist. [4]Die Übermittlung ist stets zulässig, soweit sie zur Ausräumung eines bestehenden Tatverdachts erfolgt.

(2) [1]An Polizeibehörden und andere Behörden des Landes mit der Befugnis, gegenüber einer Person unmittelbare Folgemaßnahmen mit Grundrechtsrelevanz vorzunehmen (operative Befugnis), ist die Übermittlung nur zulässig, soweit dies zur Abwehr einer konkretisierten Gefahr für ein Rechtsgut nach § 30 Abs. 1 Satz 2 oder eines von den besonders schweren Straftaten im Sinne des Absatzes 1 Sätze 2 und 3 geschützten Rechtsgütern erforderlich ist. [2]Die Übermittlung in den Fällen des § 32 Abs. 2 und 3 bleibt davon unberührt.

| *Geltendes Recht* | *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* |
|---|---|
| mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich ist, so dürfen auch diese personenbezogenen Daten übermittelt werden; sie sind nach Maßgabe des § 28 Abs. 3 in ihrer Verarbeitung einzuschränken. [6]Die Übermittlung ist unzulässig, wenn dadurch Informationsquellen oder die Arbeitsweise der Verfassungsschutzbehörde gefährdet würden und diese Sicherheitsinteressen das Interesse an der Strafverfolgung oder an der Gefahrenabwehr überwiegen. | |
| (2) [1]Sind die zu übermittelnden personenbezogenen Daten gekennzeichnet (§ 26 Abs. 2 und 3 Satz 4), so ist die Kennzeichnung bei der Übermittlung aufrechtzuerhalten. [2]Die Fachministerin oder der Fachminister, im Vertretungsfall die Staatssekretärin oder der Staatssekretär oder deren oder dessen Vertreterin oder Vertreter, kann anordnen, dass bei der Übermittlung auf die nach Satz 1 erforderliche Kennzeichnung der personenbezogenen Daten verzichtet wird, wenn dies unerlässlich ist, um die Geheimhaltung der Datenerhebung nicht zu gefährden, und die G 10-Kommission zugestimmt hat. [3]Bei Gefahr im Verzug kann die Anordnung bereits vor der Zustimmung getroffen werden. [4]In diesem Fall ist die Zustimmung unverzüglich nachträglich einzuholen. [5]Stimmt die G 10-Kommission nicht nachträglich zu, so ist die Kennzeichnung unverzüglich durch die empfangende Staatsanwaltschaft oder Polizeibehörde nachzuholen; darauf ist sie von der Verfassungsschutzbehörde hinzuweisen. [6]Die Übermittlung ist zu dokumentieren. [7]Über die Übermittlung von personenbezogen Daten, die unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 9 bis 12 oder mit besonderen Auskunftsverlangen zu Nutzungsdaten nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, besonderen Bestandsdaten nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, Verkehrsdaten nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 oder Daten nach § 20 Abs. 3 Satz 1 erhoben wurden, entscheidet eine besonders bestellte Beschäftigte oder ein besonders bestellter Beschäftigter, die oder der mit der Auswertung nicht befasst war und die Befähigung zum Richteramt hat. | (3) [1]Sind die zu übermittelnden personenbezogenen Daten nach § 26 Abs. 2 und Abs. 3 Satz 4 gekennzeichnet, so ist die Kennzeichnung bei der Übermittlung aufrechtzuerhalten. [2]Die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, im Vertretungsfall die Vertreterin oder der Vertreter, kann mit Zustimmung der G 10-Kommission anordnen, dass bei der Übermittlung auf die nach Satz 1 erforderliche Kennzeichnung der personenbezogenen Daten verzichtet wird, wenn dies unerlässlich ist, um die Geheimhaltung der Art und Weise der Datenerhebung nicht zu gefährden. [3]Bei Gefahr im Verzug kann die Anordnung bereits vor der Zustimmung getroffen werden. [4]In diesem Fall ist die Zustimmung unverzüglich nachträglich einzuholen. [5]Stimmt die G 10-Kommission nicht nachträglich zu, so ist die Kennzeichnung unverzüglich durch die empfangende Staatsanwaltschaft oder Polizeibehörde nachzuholen; darauf ist sie von der Verfassungsschutzbehörde hinzuweisen. [6]Über die Übermittlung von personenbezogenen Daten, die unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 10 bis 12 oder mit besonderen Auskunftsverlangen zu Nutzungsdaten nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, besonderen Bestandsdaten nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, Verkehrsdaten nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 oder Daten nach § 20 Abs. 3 Satz 1 erhoben wurden, entscheidet eine besonders bestellte Beschäftigte oder ein besonders bestellter Beschäftigter, die oder der mit der Auswertung nicht befasst war und die Befähigung zum Richteramt hat. |
| (3) [1]Erweisen sich personenbezogene Daten nach ihrer Übermittlung als unvollständig oder unrichtig, so sind sie gegenüber der empfangenden Staatsanwaltschaft oder Polizeibehörde unverzüglich zu ergänzen oder zu berichtigen, es sei denn, dass der Mangel für die Beurteilung des Sachverhalts offensichtlich ohne Bedeutung ist. [2]Absatz 2 gilt entsprechend. | |
| (4) [1]Die empfangende Staatsanwaltschaft oder Polizeibehörde darf die übermittelten personenbezogenen Daten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur zu dem Zweck verarbeiten, zu dem sie ihr übermittelt wurden. [2]Sind die übermittelten personenbezogenen Daten nach Absatz 2 Satz 1 gekennzeichnet, so hat sie die Kennzeichnung aufrechtzuerhalten. [3]Wurden personenbezogene Daten übermittelt, die unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 9 bis | (4) [1]Sind die übermittelten personenbezogenen Daten nach Absatz 3 Satz 1 gekennzeichnet, so hat die empfangende Staatsanwaltschaft, Polizeibehörde oder sonstige Be- |

| *Geltendes Recht* | *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* |
|---|---|
| 12 oder mit besonderen Auskunftsverlangen zu Nutzungsdaten nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, besonderen Bestandsdaten nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, Verkehrsdaten nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 oder Daten nach § 20 Abs. 3 Satz 1 erhoben worden sind, so prüft die empfangende Staatsanwaltschaft oder Polizeibehörde unverzüglich und danach in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die übermittelten personenbezogenen Daten für den Zweck erforderlich sind, zu dem sie übermittelt wurden. [4]Soweit die in Satz 3 genannten personenbezogenen Daten für diesen Zweck oder für eine rechtmäßige zweckändernde Verwendung oder Übermittlung nicht erforderlich sind, sind sie unverzüglich unter Aufsicht einer oder eines besonders bestellten Beschäftigten, die oder der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. [5]Die Löschung ist zu dokumentieren. [6]Die Verfassungsschutzbehörde ist unverzüglich über die Löschung zu unterrichten. | hörde mit operativen Befugnissen die Kennzeichnung aufrechtzuerhalten. [2]Wurden personenbezogene Daten übermittelt, die unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 10 bis 12 oder mit besonderen Auskunftsverlangen zu Nutzungsdaten nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, besonderen Bestandsdaten nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, Verkehrsdaten nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 oder Daten nach § 20 Abs. 3 Satz 1 erhoben worden sind, so prüft die empfangende Staatsanwaltschaft oder Polizeibehörde unverzüglich und danach in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die übermittelten personenbezogenen Daten für den Zweck erforderlich sind, zu dem sie übermittelt wurden. [3]Soweit die in Satz 3 genannten personenbezogenen Daten für diesen Zweck oder für eine rechtmäßige zweckändernde Verwendung oder Übermittlung nicht erforderlich sind, sind sie unverzüglich unter Aufsicht einer oder eines besonders bestellten Beschäftigten, die oder der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. [4]Die Löschung ist zu dokumentieren. [5]Die Verfassungsschutzbehörde ist unverzüglich über die Löschung zu unterrichten. |
| (5) [1]Die Polizeibehörden des Landes dürfen die Verfassungsschutzbehörde um Übermittlung personenbezogener Daten ersuchen, wenn diese zur Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit erforderlich sind. [2]Um Übermittlung personenbezogener Daten, die von der Verfassungsschutzbehörde durch den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel oder durch besondere Auskunftsverlangen erhoben worden sind, darf nur ersucht werden, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 2 vorliegen. [3]Die Verfassungsschutzbehörde ist verpflichtet, die personenbezogenen Daten zu übermitteln; Absatz 1 Sätze 5 und 6 sowie die Absätze 2 bis 4 gelten entsprechend. [4]Sie darf nur solche personenbezogenen Daten übermitteln, die bei ihr bereits bekannt sind oder von ihr aus allgemein zugänglichen Quellen entnommen werden können. | (5) [1]Die Polizeibehörden des Landes dürfen die Verfassungsschutzbehörde um Übermittlung personenbezogener Daten ersuchen, wenn diese zur Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit erforderlich sind. [2]Um Übermittlung personenbezogener Daten, die von der Verfassungsschutzbehörde durch den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel oder durch besondere Auskunftsverlangen erhoben worden sind, darf nur ersucht werden, wenn die Voraussetzungen der Absätze 1 oder 2 sowie des § 30 Abs. 1 vorliegen. [3]Die Verfassungsschutzbehörde ist verpflichtet, die personenbezogenen Daten zu übermitteln; die Absätze 3 und 4 sowie § 30 Abs. 5 bis 7 gelten entsprechend. [4]Sie darf nur solche personenbezogenen Daten übermitteln, die bei ihr bereits bekannt sind oder von ihr aus allgemein zugänglichen Quellen entnommen werden können.“ |
| (6) In der Verdachtsgewinnungsphase (§ 8) ist die Übermittlung personenbezogener Daten nicht zulässig. | |

*Geltendes Recht*

§ 32
Übermittlung an sonstige Behörden und Stellen

(1) [1]An sonstige inländische Behörden darf die Verfassungsschutzbehörde personenbezogene Daten übermitteln, wenn dies

1. zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 3 Abs. 2 bis 4 erforderlich ist oder

2. die empfangende Behörde die personenbezogenen Daten zu Zwecken der Gefahrenabwehr benötigt.

[2]An Finanzämter darf die Verfassungsschutzbehörde personenbezogene Daten auch übermitteln, wenn dies zu den in § 51 Abs. 3 der Abgabenordnung genannten Zwecken erforderlich ist. [3]Personenbezogene Daten, die durch den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel oder durch besondere Auskunftsverlangen erhoben worden sind, darf die Verfassungsschutzbehörde nach Satz 1 Nr. 2 nur übermitteln, wenn die empfangende Behörde die personenbezogenen Daten zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden Gefahr für den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder des Landes, für Leib, Leben oder Freiheit einer Person, für lebens- oder verteidigungswichtige Einrichtungen (§ 1 Abs. 4 und 5 Nds. SÜG) oder für Kulturdenkmale (§ 1 des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes), deren Erhaltung im herausragenden öffentlichen Interesse liegt, benötigt. [4]§ 31 Abs. 1 Sätze 5 und 6 sowie Abs. 2, 3 und 6 gilt entsprechend. [5]Für die Übermittlung an Behörden des Landes gilt auch § 31 Abs. 4 entsprechend. [6]An Behörden des Bundes und anderer Länder darf nur übermittelt werden, wenn für die empfangende Behörde den Vorschriften dieses Gesetzes vergleichbare Datenschutzregelungen gelten.

(2) [1]Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten an Dienststellen der alliierten Streitkräfte übermitteln, soweit dies im Rahmen der Zusammenarbeit nach Artikel 3 des Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen vom 3. August 1959 (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218) erforderlich ist. [2]Die Übermittlung ist zu dokumentieren und der oder dem Landesbeauftragten für den Datenschutz mitzuteilen.

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

c) § 32 erhält folgende Fassung:

„§ 32
Übermittlung an sonstige Behörden und Stellen

(1) [1]An sonstige Behörden und Stellen ist die Übermittlung von personenbezogenen Daten, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln oder durch besondere Auskunftsverlangen erhoben worden sind, nur unter den Voraussetzungen des § 30 Abs. 1 und nach Maßgabe der folgenden Absätze zulässig. [2]§ 26 a BVerfSchG bleibt unberührt.

(2) [1]Die Übermittlung ist zulässig

1. an Verbotsbehörden im Sinne des § 3 Abs. 2 des Vereinsgesetzes zur Vorbereitung oder Durchführung einer Maßnahme nach § 3 Abs. 1 Satz 1 des Vereinsgesetzes,

2. an den Bundestag, die Bundesregierung oder eine Landesregierung zur Vorbereitung oder Stellung eines Antrags nach Artikel 18 Satz 2 des Grundgesetzes in Verbindung mit § 36 Bundesverfassungsgerichtsgesetz (BVerfGG),

3. an den Bundestag, den Bundesrat, die Bundesregierung oder eine Landesregierung zur Vorbereitung oder Stellung eines Antrags nach Artikel 21 Abs. 4 des Grundgesetzes in Verbindung mit § 43 BVerfGG.

[2]Ferner ist die Übermittlung an sonstige Behörden zulässig, wenn hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dies im Einzelfall zur Erfüllung von Aufgaben des Empfängers erforderlich ist, insbesondere

1. zur Durchführung einer gesetzlich vorgesehenen Eignungs- oder Zuverlässigkeitsüberprüfung von Personen, insbesondere im Rahmen des Vollzugs des besonderen Ordnungsrechts, einschließlich des Waffen-, Jagd- und Sprengstoffrechts, des Atom- und Luftsicherheitsrechts, des Bewachungsgewerberechts, des Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrechts, des Beamtenrechts, der Sicherheitsüberprüfungsgesetze, des Spielbankengesetzes und in Ordensangelegenheiten,

*Geltendes Recht* | *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

2. an Finanzämter, wenn dies zu den in § 51 Abs. 3 der Abgabenordnung genannten Zwecken erforderlich ist,

3. für eine andere im besonderen öffentlichen Interesse liegende Überprüfung von Personen, insbesondere im Rahmen der Überprüfung der Verfassungstreue von Bewerberinnen und Bewerbern und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. In diesem Fall sind die betroffenen Personen vorab über die Anfrage zu informieren.

[3]Die Übermittlung darf keinen Nachteil herbeiführen, der erkennbar außer Verhältnis zum beabsichtigten Schutz steht. [4]§ 31 Abs. 3 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass die Kennzeichnung nicht aufrechtzuerhalten ist, wenn die Übermittlung aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung erfolgt.

(3) [1]Im Übrigen ist die Übermittlung an sonstige Behörden und öffentliche Stellen zulässig, wenn dies zur Abwehr einer konkretisierten Gefahr für ein Rechtsgut nach § 30 Abs. 1 Satz 2 oder zur Abwehr eines von den besonders schweren Straftaten im Sinne des § 31 Abs. 1 Sätze 2 und 3 geschützten Rechtsgütern erforderlich ist oder die empfangende Stelle über keine operativen Befugnisse verfügt und dies im Einzelfall zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. [2]Absatz 2 Sätze 3 und 4 gilt entsprechend. [3]Für die Übermittlung an Behörden des Landes gilt auch § 31 Abs. 4 entsprechend.

(3) [1]Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz an ausländische öffentliche Stellen sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen übermitteln, soweit die Übermittlung in einem Gesetz, einem Rechtsakt der Europäischen Gemeinschaften oder einer internationalen Vereinbarung geregelt ist. [2]Eine Übermittlung darf auch erfolgen, wenn sie zum Schutz von Leib oder Leben einer Person erforderlich ist und für die empfangende Stelle gleichwertige Datenschutzregelungen gelten. [3]Die Übermittlung unterbleibt, wenn ihr auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland oder überwiegende schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen, insbesondere deren Schutz vor einer rechtsstaatswidrigen Verfolgung, entgegenstehen. [4]Die Übermittlung der von einer Ausländerbehörde empfangenen personenbezogenen Daten unterbleibt, es sei denn, die Übermittlung ist völkerrechtlich geboten. [5]Übermittlungen nach den Sätzen 1 und 2 sind zu dokumentieren und der oder

(4) [1]Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz an ausländische öffentliche Stellen sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen übermitteln, soweit die Übermittlung in einem Gesetz, einem Rechtsakt der Europäischen Gemeinschaften oder einer internationalen Vereinbarung geregelt ist und in Abhängigkeit von der empfangenden Stelle die jeweils zu beachtenden Voraussetzungen der §§ 30 und 31 in entsprechender Anwendung vorliegen. [2]Die Übermittlung unterbleibt, wenn ihr auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland entgegenstehen oder ein datenschutzrechtlich angemessener und die elementaren Menschenrechte wahrender Umgang mit den Daten beim Empfänger nicht hinreichend gesichert ist. [3]Bei der Prüfung, ob eine Übermittlung zu unterblei-

*Geltendes Recht* | *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

dem Landesbeauftragten für den Datenschutz mitzuteilen.

(4) [1]Personenbezogene Daten dürfen an Personen oder Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs nicht übermittelt werden, es sei denn, dass dies zum Schutz vor Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 oder zur Gewährleistung der Sicherheit von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen (§ 1 Abs. 4 und 5 Nds. SÜG) erforderlich ist und die Fachministerin oder der Fachminister, im Vertretungsfall die Staatssekretärin oder der Staatssekretär oder deren oder dessen Vertreterin oder Vertreter, der Übermittlung zugestimmt hat. [2]Jede Übermittlung ist zu dokumentieren. [3]Die in der Dokumentation enthaltenen personenbezogenen Daten dürfen ausschließlich zur Datenschutzkontrolle verwendet werden. [4]Sie sind zu löschen, wenn seit der Mitteilung gemäß Satz 7 ein Jahr vergangen ist, frühestens jedoch zwei Jahre nach der Dokumentation. [5]Der Empfänger darf die übermittelten personenbezogenen Daten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur zu dem Zweck verarbeiten, zu dem sie ihm übermittelt wurden. [6]Er ist auf die Verarbeitungsbeschränkung und darauf hinzuweisen, dass sich die Verfassungsschutzbehörde vorbehält, Auskunft über die Verarbeitung der personenbezogenen Daten zu verlangen. [7]Die Übermittlung der personenbezogenen Daten ist der betroffenen Person durch die Verfassungsschutzbehörde mitzuteilen, sobald eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung durch die Mitteilung nicht mehr zu besorgen ist.

§ 32 a
Übermittlung personenbezogener Daten für Angebote zum Ausstieg

[1]Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten

1. an Polizeibehörden des Landes in entsprechender Anwendung des § 31 Abs. 1 Sätze 5 und 6 sowie Abs. 2 bis 4 und 6,

2. an sonstige inländische Behörden in entsprechender Anwendung des § 32 Abs. 1 Sätze 4 bis 6 und

ben hat, berücksichtigt die Verfassungsschutzbehörde insbesondere den bisherigen Umgang des Empfängers mit übermittelten Daten. [4]Die Übermittlung der von einer Ausländerbehörde empfangenen personenbezogenen Daten unterbleibt, es sei denn, die Übermittlung ist völkerrechtlich geboten. [5]Übermittlungen nach Satz 1 sind zu dokumentieren und der oder dem Landesbeauftragten für den Datenschutz mitzuteilen.

(5) [1]Personenbezogene Daten dürfen an Personen oder Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs nicht übermittelt werden, es sei denn, dass dies im Einzelfall zum Schutz eines in § 30 Abs. 1 Satz 2 genannten Rechtsguts oder gemäß § 30 Abs. 1 Satz 3 erforderlich ist und die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, im Vertretungsfall die Vertreterin oder der Vertreter, der Übermittlung zugestimmt hat. [2]Jede Übermittlung ist zu dokumentieren. [3]Die in der Dokumentation enthaltenen personenbezogenen Daten dürfen ausschließlich zur Datenschutzkontrolle verwendet werden. [4]Sie sind zu löschen, wenn seit der Mitteilung gemäß Satz 7 ein Jahr vergangen ist, frühestens jedoch zwei Jahre nach der Dokumentation. [5]Der Empfänger darf die übermittelten personenbezogenen Daten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur zu dem Zweck verarbeiten, zu dem sie ihm übermittelt wurden. [6]Er ist auf die Verarbeitungsbeschränkung und darauf hinzuweisen, dass sich die Verfassungsschutzbehörde vorbehält, Auskunft über die Verarbeitung der personenbezogenen Daten zu verlangen. [7]Die Übermittlung der personenbezogenen Daten ist der betroffenen Person durch die Verfassungsschutzbehörde mitzuteilen, sobald eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung durch die Mitteilung nicht mehr zu besorgen ist.“

*Geltendes Recht* | *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

3. an in der Präventionsarbeit bewährte Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs in entsprechender Anwendung des § 32 Abs. 4 Sätze 2 bis 7

übermitteln, soweit die empfangende Behörde oder Stelle die personenbezogenen Daten für Angebote zum Ausstieg aus Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 benötigt. [2]Satz 1 gilt nicht für personenbezogene Daten, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln oder besonderen Auskunftsverlangen erhoben wurden, welche der Mitteilungspflicht nach § 22 Abs. 1 Sätze 1 bis 3 unterliegen.

§ 33
Aufklärung der Öffentlichkeit, Verfassungsschutzbericht

(1) [1]Die Verfassungsschutzbehörde kann die Öffentlichkeit über Beobachtungsobjekte und über Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 aufklären. [2]Sie kann auch über Verdachtsobjekte aufklären, wenn die den Verdacht rechtfertigenden tatsächlichen Anhaltspunkte unter Berücksichtigung der Interessen der betroffenen Personen hinreichend gewichtig sind.

(2) [1]Die Verfassungsschutzbehörde ist verpflichtet, zur Aufklärung der Öffentlichkeit einen jährlichen Verfassungsschutzbericht vorzulegen, in dem auch die Summe der Haushaltsmittel sowie die Gesamtzahl der in der Verfassungsschutzabteilung Beschäftigten nach Stellen und Beschäftigungsvolumen darzustellen sind. [2]Ferner sind in dem Bericht allgemein die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel nach § 14, die besonderen Auskunftsverlangen nach § 20, die Auskunftsersuchen nach § 30 und die Strukturdaten der von der Verfassungsschutzbehörde in Dateien im Sinne des § 6 Abs. 2 Satz 1 BVerfSchG gespeicherten Personendatensätze darzustellen.

(3) Bei der Aufklärung der Öffentlichkeit dürfen personenbezogene Daten nur bekannt gegeben werden, wenn die Bekanntgabe für das Verständnis der Darstellung, insbesondere von Organisationen oder unorganisierten Gruppierungen, erforderlich ist und das Interesse der Allgemeinheit das schutzwürdige Interesse der betroffenen Person überwiegt.

d) In § 33 Abs. 2 Satz 2 wird die Angabe „§ 30“ durch die Angabe „§ 29“ ersetzt.

Sechstes Kapitel
**Unabhängige Datenschutzkontrolle, Anwendung des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes**

§ 33 a
Unabhängige Datenschutzkontrolle

(1) [1]Die oder der Landesbeauftragte für den Datenschutz kontrolliert bei der Verfassungsschutzbehörde die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften über die Verarbeitung personenbezogener Daten (Datenschutzvorschriften). [2]Die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften

*Geltendes Recht* | *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln oder besonderen Auskunftsverlangen erhoben wurden, die der Mitteilungspflicht nach § 22 Abs. 1 Sätze 1 bis 3 unterliegen, kontrolliert sie oder er im Abstand von höchstens zwei Jahren. [3]§ 57 Abs. 2 Nrn. 1 bis 9 NDSG gilt entsprechend.

(2) [1]Die Verfassungsschutzbehörde ist verpflichtet, die Landesbeauftragte oder den Landesbeauftragten für den Datenschutz bei der Erfüllung ihrer oder seiner Aufgaben zu unterstützen. [2]Dabei ist insbesondere

1. Auskunft zu Fragen sowie Einsicht in alle Unterlagen, insbesondere in die gespeicherten personenbezogenen Daten und in die Datenverarbeitungsprogramme, zu gewähren, die im Zusammenhang mit der Datenschutzkontrolle stehen,

2. jederzeit Zutritt in alle Diensträume zu gewähren.

[3]Soweit im Einzelfall die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet würde, dürfen die Rechte nach Satz 2 nur von der oder dem Landesbeauftragten für den Datenschutz oder im Vertretungsfall von der Vertreterin oder dem Vertreter persönlich ausgeübt werden.

(3) [1]Bestehen Anhaltspunkte dafür, dass eine beabsichtigte Verarbeitung personenbezogener Daten gegen eine Datenschutzvorschrift verstößt, so kann die oder der Landesbeauftragte für den Datenschutz die Verfassungsschutzbehörde vor einer solchen Datenverarbeitung warnen. [2]Stellt die oder der Landesbeauftragte für den Datenschutz im laufenden Betrieb einer Verarbeitung personenbezogener Daten einen Verstoß der Verfassungsschutzbehörde gegen eine Datenschutzvorschrift fest, so kann sie oder er

1. den Verstoß gegenüber der Verfassungsschutzbehörde mit der Aufforderung beanstanden, innerhalb einer bestimmten Frist Stellung zu nehmen, und

2. den Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes darüber unterrichten.

(4) Wenn der jährliche Tätigkeitsbericht der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Verfassungsschutzbehörde berührt, nimmt die Landesregierung auch dazu innerhalb von sechs Monaten gegenüber dem Landtag Stellung.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend für die Verarbeitung personenbezogener Daten durch andere Stellen auf der Grundlage von Vorschriften dieses Gesetzes, wenn die Verarbeitung der Erfüllung der Aufgaben nach § 3 dient.

*Geltendes Recht* | *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

§ 33 b
Anwendbarkeit des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes

Bei der Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben nach § 3 findet das Niedersächsische Datenschutzgesetz keine Anwendung mit Ausnahme der §§ 24, 27, 29 und 33 Abs. 1 bis 4, der §§ 34 und 35 Abs. 1, der §§ 36, 37, 38, 45, 54, 55 und 58 mit Ausnahme von Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 sowie der §§ 59 und 60, soweit nicht in diesem Gesetz abweichende Regelungen enthalten sind.

## Vierter Teil
## **Parlamentarische Kontrolle**

§ 34
Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes

Die parlamentarische Kontrolle auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes übt unbeschadet der Rechte des Landtages und seiner sonstigen Ausschüsse ein besonderer, vom Landtag unverzüglich nach Beginn der Wahlperiode einzusetzender Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes aus.

§ 35
Zusammensetzung und Verfahrensweise des Ausschusses

(1) [1]Der Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes soll aus mindestens sieben Abgeordneten des Landtages bestehen. [2]Mitglieder der Landesregierung können dem Ausschuss nicht angehören. [3]Jede Fraktion erhält mindestens einen Sitz. [4]Das Nähere regelt die Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages.

(2) Für die Verhandlungen des Ausschusses gelten die Vorschriften der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages, soweit in diesem Gesetz nichts Abweichendes bestimmt ist.

§ 36
Unterrichtungspflichten des Fachministeriums

(1) [1]Das Fachministerium ist verpflichtet, den Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes umfassend über seine Tätigkeit als Verfassungsschutzbehörde im Allgemeinen sowie über Vorgänge von besonderer Bedeutung zu unterrichten. [2]Es unterrichtet insbesondere über

1. die Bestimmung eines Beobachtungsobjekts und die Verlängerung der Bestimmung (§ 6 Abs. 2),

*Geltendes Recht*

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

2. die Beendigung der Beobachtung und Aufklärung eines Beobachtungsobjekts (§ 6 Abs. 2 und 3),

3. die beabsichtigte Bestimmung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts, in dem die Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen angeordnet werden darf, sowie die beabsichtigte Verlängerung der Bestimmung (§ 21 Abs. 5),

4. den beabsichtigten Erlass oder die beabsichtigte Änderung einer Dienstvorschrift für den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel (§ 21 Abs. 7) und

5. den beabsichtigten Änderung des Verzeichnisses von Verarbeitungstätigkeiten nach § 33 b in Verbindung mit § 38 NDSG.

(2) Das Fachministerium unterrichtet den Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes in Abständen von längstens sechs Monaten über den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel, die der Mitteilungspflicht nach § 22 Abs. 1 Sätze 1 und 2 unterliegen.

(3) [1]Das Fachministerium unterrichtet im Abstand von höchstens sechs Monaten den Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes über die besonderen Auskunftsverlangen nach § 20; dabei ist insbesondere ein Überblick über Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten der im Berichtszeitraum durchgeführten Maßnahmen zu geben. [2]Satz 1 gilt nicht für Auskunftsverlangen zu einfachen Bestandsdaten nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1.

(4) Das Fachministerium unterrichtet das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundes jährlich über besondere Auskunftsverlangen zu Nutzungsdaten nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, Verkehrsdaten nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und Daten nach § 20 Abs. 3 Satz 1; dabei ist ein Überblick über Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten der im Berichtszeitraum durchgeführten Maßnahmen zu geben.

§ 37
Aufhebung der Verschwiegenheitspflicht

(1) [1]Die Beschäftigten der Verfassungsschutzbehörde dürfen sich in dienstlichen Angelegenheiten ohne Einhaltung des Dienstweges unmittelbar an den Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes oder an einzelne Mitglieder des Ausschusses wenden. [2]Einzelne Mitglieder des Ausschusses dürfen die nach Satz 1 erhaltenen Mitteilungen sowie die ihnen dazu vorgelegten Unterlagen ausschließlich an den Ausschuss weitergeben. [3]Sie dürfen dabei von der Bekanntgabe des Namens der oder des Beschäftigten absehen.

17. In § 36 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 2 wird nach der Angabe „20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1“ die Angabe „und zu Kontostammdaten nach § 20 Abs. 4“ eingefügt.

*Geltendes Recht* | *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

(2) [1]Die Verhandlungen des Ausschusses über Mitteilungen nach Absatz 1 und die dazu vorgelegten Unterlagen sind vertraulich im Sinne der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages. [2]Der Ausschuss kann die Vertraulichkeit nach Maßgabe der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages einschränken oder aufheben.

§ 38
Beauftragung einer oder eines Sachverständigen

[1]Der Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes kann mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder eine Sachverständige oder einen Sachverständigen beauftragen, zur Wahrnehmung der Kontrollaufgaben des Ausschusses im Einzelfall Untersuchungen durchzuführen. [2]Die Landesregierung ist vor der Beauftragung der oder des Sachverständigen anzuhören. [3]Die oder der Sachverständige kann nach Maßgabe ihres oder seines Auftrages die dem Ausschuss nach Artikel 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung vorgelegten Akten einsehen. [4]Die Einsicht in vertrauliche Unterlagen setzt voraus, dass sie oder er zuvor von der Landtagsverwaltung förmlich zur Geheimhaltung verpflichtet worden ist. [5]Die oder der Sachverständige hat dem Ausschuss über das Ergebnis der Untersuchungen zu berichten.

§ 39
Beauftragung der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz

(1) [1]Der Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes hat auf Antrag von mindestens einem Fünftel seiner Mitglieder die Landesbeauftragte oder den Landesbeauftragten für den Datenschutz zu beauftragen, die Rechtmäßigkeit einzelner Maßnahmen der Verfassungsschutzbehörde zu überprüfen. [2]Die oder der Landesbeauftragte für den Datenschutz hat dem Ausschuss über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.

§ 40
Berichterstattung des Ausschusses gegenüber dem Landtag

(1) [1]Der Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes legt dem Landtag einmal jährlich einen Bericht über seine Tätigkeit vor. [2]Ausschussmitglieder, die den Bericht für unzutreffend halten, können ihre Auffassung in einem Zusatz zu diesem Bericht darstellen.

(2) Der Ausschuss legt dem Landtag einmal jährlich einen Bericht über die Durchführung der nachrichtendienstlichen Mittel und besonderen Auskunftsverlangen vor, die der Mitteilungspflicht nach 22 Abs. 1 Sätze 1 bis 3 unterliegen.

| *Geltendes Recht* | *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* |
|---|---|
| Fünfter Teil<br>**Schlussvorschriften** | |
| § 41<br>Einschränkung von Grundrechten | |
| Aufgrund dieses Gesetzes können das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8 Abs. 1 des Grundgesetzes) und das Grundrecht auf Wahrung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 des Grundgesetzes) eingeschränkt werden. | |
| § 42<br>Übergangsvorschrift | 18. § 42 erhält folgende Fassung: |
| Auf Vertrauenspersonen, die am 31. Oktober 2016 bereits in Anspruch genommen werden, finden § 16 Abs. 2 und § 21 Abs. 5 erst am 1. Mai 2017 Anwendung. | „[1]§ 22 Abs. 2 Satz 8 gilt für alle nach Inkrafttreten dieses Gesetzes beendeten Einsätze. [2]Für Einsätze, die bereits vor Inkrafttreten dieses Gesetzes beendet wurden, gilt § 22 Abs. 2 in der vorherigen Fassung.“ |
| | *Artikel 2 bis 4*<br>*(hier nicht abgedruckt)* |

Vorlage 2
zu Drs. 19/5071 und 19/5930

**Dietmar Marscholleck**
Referatsleiter im Bundesministerium des Innern und für Heimat

Berlin, 17.04.2025

**Stellungnahme[1] für die**

**Anhörung in öffentlicher Sitzung im Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes des Niedersächsischen Landtages am 18. Mai 2025**

zum

Gesetzentwurf der Landesregierung

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

- Drs. 19/5930

Antrag der Fraktion der CDU

**Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken - Verfassungsschutzgesetz grundlegend reformieren**

- Drs. 19/5071

[1] Die Stellungnahme gibt meine persönliche Auffassung wieder, nicht eine Position des Bundesinnenministeriums.

# Inhalt


1. **Wesentliche allgemeine Ergebnisse** ... 3

2. **Spezielle Fragen des Ausschusses** ... 4

2.1. § 4 Absatz 3 NVerfSchG ... 4

2.2. § 4 Absatz 5 NVerfSchG ... 5

3. **Zentrale Punkte** ... 5

3.1. Strafverfolgungsübermittlungen ... 5

3.1.1. Organisierte Politkriminalität ... 6

3.1.2. Geheimdienstliche Agententätigkeit ... 6

3.1.3. Delikte mit Freiheitsstrafe als Mindeststrafe ... 7

3.2. Inhaltliche Bestimmtheit von Einsatzschwellen ... 8

3.3. Binnenharmonisierung (bes. Auskunftsverlangen) ... 9

3.4. Effiziente Verfahrensverschlankung ... 10

3.5. Harmonisierung der Verdachtsfallbehandlung ... 11

4. **Weitere Anmerkungen** ... 12

4.1. Redaktion der Übermittlungsvorschriften ... 12

4.2. *Entschließungsantrag* ... 13

4.2.1. Nachjustierung der Mitteilungspflichten (Nrn. 4, 16) ... 13

4.2.2. Berufsgeheimnisse (Nr. 7) ... 15

4.2.3. Verarbeitung von Daten Minderjähriger (Nr. 9) ... 15

4.2.4. Wohnraumüberwachung / Onlinedurchsuchung (Nr. 10) ... 16

4.2.5. VP-Ausschlussgründe (Nr. 13) ... 16

# 1. Wesentliche allgemeine Ergebnisse

Der Gesetzentwurf der Landesregierung bezweckt einerseits, Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen, und andererseits, eine stärkere Harmonisierung mit dem Verfassungsschutzrecht des Bundes und anderer Länder anzustreben (LT-Drs.19/5930, S. 10 f.). Beides verbessert das Landesrecht begrüßenswert. Einige weitere Änderungen sollten in Betracht gezogen werden.

Die Umsetzung der Verfassungsrechtsprechung fokussiert sich auf die Übermittlungsvorschriften, die jedenfalls bei der wichtigen **Übermittlung zur Strafverfolgung** noch nachgebessert werden sollten, nämlich zumindest noch für Fälle organisierter politisch motivierter Kriminalität, am besten auch zur Verfolgung geheimdienstlicher Agententätigkeit und allgemein bei Delikten, deren Mindeststrafe Freiheitsstrafe ist.

Die Übermittlungsfokussierung entspricht dem Vorgehen des Bundes, der mit dem Gesetz zum ersten Teil der Reform des Nachrichtendienstrechts vom 22. Dezember 2023 (BGBl. Nr. 413) ebenso zunächst lediglich die Übermittlungsbefugnisse angepasst hat. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfGE 162, 1) hat allerdings wesentliche Vorgaben auch zur Datenerhebung unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel getroffen, denen das Landesgesetz noch nicht vollständig genügt. Zumindest muss noch **normenklar und inhaltlich bestimmt präzisiert** werden, welche Kriterien für die **Qualifikation der „erheblichen Bedeutung“** von Bestrebungen (speziell in § 16 Absatz 2, § 17) maßgeblich sind.

Der Harmonisierungsansatz führt im Entwurf bereits zu positiven Ergebnissen, etwa indem die bisher aufgabeninadäquate Einschränkung nachrichtendienstlicher Mittel nunmehr zugunsten einer wirksameren Aufklärung der Gefahrenlagen mit der maßvollen Nachjustierung in § 14 NVerfSchG aufgelockert wird. Der Ansatz sollte umfassender umgesetzt werden, indem einerseits auch die **verfahrensmäßigen Anforderungen** einbezogen werden. Ferner sollte eine Binnenharmonisierung des Gesetzes erfolgen, indem die **besonderen Auskunftsverlangen** (§ 20) in die von der Verfassungsrechtsprechung vorgezeichnete Schwellensystematik einbezogen werden, was zugleich überzogene Anforderungen ablöst. Zudem sollte der niedersächsische Sonderweg strikter Zeitschranken für eine **Verdachtsfallbearbeitung** (§ 7 Absatz 2 Satz 2 bis 4) überdacht werden.

Näheres dazu in Abschnitt 3, weitere Anregungen in Abschnitt 4.

## 2. Spezielle Fragen des Ausschusses

Für die Anhörung hat der Ausschuss folgende Fragen zu Änderungen von Legaldefinitionen in § 4 NVerfSchG aufgeworfen:

### 2.1. § 4 Absatz 3 NVerfSchG

Frage: „*Änderung der Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in § 4 Abs. 3 NVerfSchG im Hinblick auf die Rechtsprechung des BVerfG (insbesondere NPD-Verbot 2017)?*“

Von einer Änderung rate ich aktuell eher ab.

Die Frage ist zwar berechtigt, welche Bedeutung die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu Parteiverboten nach Artikel 21 Absatz 3 GG (BVerfGE 144, 20) auch für die Beobachtung extremistischer Bestrebungen hat. Sofern Änderungen im Verfassungsschutzrecht angezeigt erscheinen, wäre es allerdings Aufgabe des Bundesgesetzgebers dies aufzugreifen. Inhaltlich betrifft dies eher Fragen der Normästhetik als praxisrelevante Änderung.

Die Legaldefinition in § 4 Absatz 3 NVerfSchG bestimmt im Näheren den Inhalt der Aufgabenregelung in § 3 Absatz 1 Nummer 1 NVerfSchG (in Verbindung auch mit § 4 Absatz 1 und 2 NVerfSchG). Die in § 3 Absatz 1 Nummer 1 NVerfSchG aufgeführte Aufgabe ist dabei **bereits bundesrechtlich** in § 3 Absatz 1 Nummer 1 BVerfSchG auch für den Landesvollzug **geregelt** („Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder ist …“) und in § 4 BVerfSchG mit Definitionen präzisiert, darunter in § 4 Absatz 2 BVerfSchG die gleiche Regelung wie in § 4 Absatz 3 NVerfSchG. Eine Abweichung der landesrechtlichen von der bundesrechtlichen Definition (beide für den Landesvollzug durch das LfV) würde eher Anwendungsunsicherheit als eine verbesserte Regelungsklarheit schaffen. Dem Bundesrecht widersprechende landesrechtliche Vorgaben wären unbeachtlich (Artikel 31 GG).

Eine Änderung erscheint nicht dringlich, da im Ergebnis **ohne praktischen Belang**. Verständiger Weise sind die in § 4 Absatz 3 NVerfSchG genannten Verfassungsgrundsätze interpretierbar als konkretisierende Ableitungen der vom Bundesverfassungsgericht bezeichneten zentralen Grundprinzipien, die den Maßstab für Parteiverbotsverfahren bilden (a.a.O. Ls, 3).

## 2.2. § 4 Absatz 5 NVerfSchG

Frage: „*Streichung oder Änderung des Gewaltbegriffs in § 4 Abs. 5 NVerfSchG?*“

Hierzu möchte ich von einem Votum mangels zureichender Kenntnis der Durchführungspraxis absehen.

Historisch stellt sich zwar die Frage, weshalb der Landesgesetzgeber diese Legaldefinition in das Gesetz aufgenommen hat. Das Bundesverfassungsschutzgesetz kommt – ebenso wie etwa das Strafgesetzbuch – ohne eine solche Legaldefinition aus. Ausgehend vom geltenden Recht sollte die Frage zum Änderungsbedarf allerdings jetzt sein, ob sich im Normvollzug Probleme bei der Anwendung der Bestimmung ergeben haben. Abstrakt betrachtet würde ich nicht erwarten, dass die gewählte Legaldefinition Praxisprobleme erzeugt. Nähere Praxiserkenntnisse besitze ich über den Landesvollzug in Niedersachsen hierzu aber nicht.

# 3. Zentrale Punkte

## 3.1. Strafverfolgungsübermittlungen

Der Gesetzentwurf unternimmt mit dem neuen § 31 erstmals nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Hessisches Verfassungsschutzgesetz vom 17. Juli 2024 (1 BvR 2133/22), die dortigen – überraschenden – Vorgaben zu Strafverfolgungsübermittlungen im Verfassungsschutzrecht umzusetzen. Danach sind einerseits Übermittlungen gerechtfertigt, wenn die Höchststrafe des Delikts mehr als 5 Jahre beträgt (a.a.O. Ls. 2.a). Dies setzt der Gesetzentwurf in § 31 Absatz 1 Satz 3 um. Bei Delikten mit einer Höchststrafe von 5 Jahren müssen hingegen qualifizierende Umstände hinzukommen, die die Übermittlung als verhältnismäßig erscheinen lassen. Das Gericht sieht dazu als erforderlich an, dass das Delikt im Strafrecht als besonders schwere Straftat ausgeprägt ist, wofür neben dem maßgebenden Anhaltspunkt des *Strafrahmens* (a.a.O. Rn. 202) auch geschütztes *Rechtsgut* und - notwendig hinzutretend - *Tatbegehung* sowie *Tatfolgen* relevant sind (Rn. 205, 208), was sich *im Tatbestand der Strafnorm* niederschlagen muss (Rn. 209). Die Fragwürdigkeit dieser Verengung des Blicks der Übermittlungsrechtfertigung auf allein solche verhältnismäßigkeitsrelevante Gesichtspunkte, die in der Strafnorm objektivierten

Ausdruck finden, bedarf hier keiner Diskussion[2]. Ein pragmatischer Gesetzgeber tut gut daran, diese Entscheidung in jedem Fall seiner Gesetzgebung zugrunde zu legen, gleichzeitig aber nach Möglichkeit besonders drastische Folgen für die Wirksamkeit der Strafrechtspflege (letztlich mithin der Herrschaft des Rechts im Kernbereich der Rechtsbehauptung) zu vermeiden. Letzteres scheint mit dem Gesetzentwurf noch nicht vollständig überzeugend gelungen. Ich empfehle, jedenfalls in drei Punkten nachzubessern:

### 3.1.1. Organisierte Politkriminalität

Die Strafvorschrift für kriminelle Vereinigungen sieht in § 129 Absatz 5 StGB selbst besonders schwere Fälle als Qualifikationstatbestand vor. Diese Strafnorm sollte noch in den Deliktskatalog der Übermittlungsbefugnis einbezogen werden. Hier ist einerseits die verfassungsgerichtliche Anforderung, dass die besonders schwere Straftat im Strafrecht selbst tatbestandlich objektiviert ist, erfüllt, andererseits ist der Tatbestand praxisrelevant, da die Vereinigungsanforderungen nach § 129 Absatz 2 StGB auch informelle Personenzusammenschlüsse erfassen und der besonders schwere Fall generell bei extremistischen Zielen erfüllt ist (MüKoStGB/Schäfer/Anstötz, 4. Aufl. 2021, StGB § 129 Rn. 15).

### 3.1.2. Geheimdienstliche Agententätigkeit

Geheimdienstliche Agententätigkeit ist in den besonders schweren Fällen nach § 99 Absatz 2 StGB angesichts des Strafrahmens von der Übermittlungsbefugnis nach § 31 Absatz 1 Satz 3 des Gesetzentwurfs erfasst. Der „einfache“ Spion mit einer Strafbarkeit nach § 99 Absatz 1 StGB ist dagegen bislang nicht im Deliktskatalog nach § 31 Absatz 1 Satz 2 enthalten. Dies erscheint rechtsstaatlich zur Behauptung der Sicherheit Deutschlands schwer erträglich, zumal unter den Bedingungen der Zeitenwende mit einer gesteigert aggressiven Interessenverfolgung autoritär regierter Staaten. Die Strafverfolgungsbehörden sind in diesem Deliktsfeld wesentlich auf Informationen von Verfassungsschutzbehörden angewiesen.

Die vom BVerfG geforderte Qualifikationsbegründung ist in diesem Fall weniger eindeutig und dadurch auch mit höheren Risiken der Verfassungsrechtsprechung behaf-

[2] Die Innenministerkonferenz hat am 27.01.2025 in Nr 8.a ihres Beschlusses ungewöhnlich direkte Kritik an der Rechtsprechung des BVerfG formuliert (https://www.innenministerkonferenz.de/IMK/DE/termine/to-beschluesse/2025_01_27/Beschluss.pdf?__blob=publicationFile&v=4)

tet, die zur Vermeidung schwerer Vertrauensschäden in die Funktionsfähigkeit der grundgesetzverfassten Rechtsstaatlichkeit aber hingenommen werden sollten.

Am Maßstab der Verfassungsrechtsprechung spricht für eine Übermittlungsfähigkeit der tatbestandliche Bezug zum Geheimdienst einer fremden Macht. Die Beteiligung einer fremden Macht – und dies im geheimdienstlichen modus operandi der Heimlichkeit – beschreibt ein besonders hohes Gefährdungspotenzial eines Gesamtgeschehens, das über die einzelne Tat und damit über den hierauf konzipierten Strafrahmen hinausweist. Sowohl die Begehungsform (heimlich) wie die Tatfolgen (typischerweise als Teilakt eingebettet in ein umfassender gegen Deutschland gerichtetes Vorgehen und zwar eines Akteurs mit staatlichem Machtpotenzial) beschreibt die besondere Schwere bereits des Grunddelikts.

### 3.1.3. Delikte mit Freiheitsstrafe als Mindeststrafe

Wenn die Strafnorm neben der Höchststrafe von 5 Jahren auch eine Mindeststrafe in Form von Freiheitsstrafe vorsieht (z.B. Volksverhetzung, § 130 Absatz 1 StGB; Sexueller Missbrauch von Schutzbefohlenen, § 174 StGB; Menschenhandel, § 232 StGB; Zwangsheirat, § 237 StGB, oder Bestechung/Bestechlichkeit, §§ 332, 334 StGB) qualifiziert dies generell den Unrechtsgehalt der Tat in einer übermittlungsrechtfertigenden Weise. Denn nur bei besonders schweren Taten kann angemessen sein, dass unter allen sonstigen, auch mildernden Umständen ausschließlich Freiheitsstrafe schuldangemessen sein kann. Das Bundesverfassungsgericht sieht den Strafrahmen als maßgebenden Anhaltspunkt für die Gewichtung des Delikts. Eine bereits im Strafrahmen mit Freiheitsstrafe als Mindeststrafe ausgebildetes Gewichtungsmerkmal ist dabei mindestens ebenso bedeutsam für die Gewichtung wie tatbestandlich umschriebene Begehungsformen oder Tatfolgen (die trotz dieser Tatbestandlichkeit die Sanktionsoption der Geldstrafe belassen).

§ 31 Absatz 1 Satz 3 könnte dazu um diese Variante erweitert werden:

> „Darüber hinaus ist eine Straftat besonders schwer, wenn sie *mit Freiheitsstrafe als Mindeststrafe oder* mit einer Höchststrafe von mehr als fünf Jahren bedroht ist.“

Diese Änderung würde § 129 Absatz 5 StGB im Ergebnis einbeziehen, damit also eine gesonderte Änderung nach 3.1.1 überflüssig machen.

## 3.2. Inhaltliche Bestimmtheit von Einsatzschwellen

Das Gesetz bezieht bei einigen Befugnisregelungen die Schwelle auf Beobachtungs- oder Verdachtsobjekte, die „erhebliche Bedeutung“ haben, vgl. speziell.§ 16 Absatz 2 und § 17 NVerfSchG. Dies dürfte den Bestimmtheitsanforderungen der neueren Verfassungsrechtsprechung nicht mehr genügen. Danach muss der Gesetzgeber einerseits schwerere Eingriffe an besondere Voraussetzungen der Beobachtungsbedürftigkeit binden (in § 16 Absatz 2 und § 17 NVerfSchG der Fall), zudem aber auch noch die Maßgaben zur jeweils erforderlichen Beobachtungsbedürftigkeit hinreichend bestimmt und normenklar regeln (BVerfGE 162, 1 [BayVSG] – Rn. 190). Die Bestimmung von Kriterien, die für die Zuordnung einer Bestrebung zu einer bestimmten Stufe der Beobachtungsbedürftigkeit sprechen, bedarf darum einer gesetzlichen Grundlage (a.a.O. Rn. 204).. Das Bundesverfassungsgericht hat dazu einerseits relevante Kriterien bereits umfänglich selbst bezeichnet (a.a.O. Rn. 194 ff.). Zugleich hat es aber auch verdeutlicht, dass eine gesetzliche Vollprogrammierung ausscheidet: Gerade in dem vom Verfassungsschutz aufzuklärenden Vorfeldbereich sind Bewertungen aufgrund geringer Tatsachendichte in besonderem Maße von Erfahrung, Fachwissen und nachrichtendienstlichen Erkenntnislagen abhängig, über die die Verfassungsschutzbehörde verfügt, nicht aber der Gesetzgeber, der entsprechende Kriterien formuliert (BVerfG, Beschluss vom 17. Juli 2024 [Hess VSG] - 1 BvR 2133/22 - Rn. 149). Im Ergebnis geht es darum, dass die „erhebliche Bedeutung“ zwar in einer Gesamtwürdigung von der Verfassungsschutzbehörde einzuschätzen ist, der Gesetzgeber aber zur Ausübung der behördlichen Beurteilung Sachkriterien vorzugeben hat.

Demgemäß empfehle ich, durch einen zu ergänzenden gesetzlichen Kriterienkatalog zu spezifizieren, woraus die erhebliche Bedeutung von Beobachtungs-/Verdachtsobjekten folgt. Eine gute Orientierung bieten dafür die zwischenzeitlich an diese Rechtsprechungsvorgaben angepassten Landesverfassungsschutzgesetze (Art. 4 Abs. 2 BayVSG, § 5 Abs. 3 HmbVerfSchG, § 3 Abs. 2 HessVSG, § 5 Abs. 2 LVerfSchG RP, § 4 Abs. 4 Nr. 2 SächsVSG). Wie ausgeführt sollte die Einstufung allerdings nicht bereits gesetzlich bindend erfolgen. Die Kriterien brauchen also nicht abschließend benannt zu werden, der Verfassungsschutzbehörde muss eine Gesamtbeurteilung verbleiben („ist in der Regel anzunehmen, wenn“ oder „kann insbesondere der Fall sein, wenn“).

Auch die Schwelle der „schwerwiegenden Gefahr“ (§ 20 NVerfSchG) erscheint unter Bestimmtheitserwägungen angreifbar (siehe BVerfGE 162, 1 – Rn. 329; allerdings

ohne ausdrückliche Abkehr von der früheren Rechtsprechung speziell zu Unternehmensauskunftspflichten, Rn. 330, wenngleich eine gewisse Distanzierung durchscheint), dazu noch nachfolgend 3.3

## 3.3. Binnenharmonisierung (bes. Auskunftsverlangen)

Die neuere Verfassungsrechtsprechung fordert ein korrespondierendes Stufensystem von Eingriffsgewicht und Eingriffsrechtferigung. Danach ist das Eingriffsgewicht von Maßnahmen zu klassifzieren und die Beobachtungsbedürftigkeit von Bedrohungen nach ihrem Gefährdungspotenzial abzustufen: Erhebliche Eingriffe nur bei erheblicher Beobachtungsbedürftigkeit (siehe bereits 3.2). Das Bundesverfassungsgericht bezieht dies nicht nur auf nachrichtendienstliche Befugnisse, vielmehr gilt dies als Ausprägung der Verhältnismäßigkeitsanforderungen gleichermaßen für besondere Auskunftsverlangen (im Beschluss vom 17. Juli 2024 [HessVSG] - 1 BvR 2133/22- Rn. 159 ff auch darauf angewendet), Es läge gleichermaßen im rechtspolitischen Systematisierungsinteresse wie auch im praktischen Interesse erleichterter Gesetzesanwendung, wenn vergleichbar eingriffsgewichtige Maßnahmen nicht an unterschiedliche Schwellen gebunden werden.

Hiernach empfehle ich, in § 20 NVerfSchG auf die Sonderschwelle der „schwerwiegenden Gefahr für ein in § 3 Abs. 1 genanntes Schutzgut“ zu verzichten (vgl. BVerfG a.a.O. Rn. 170) und alternativ auf die Schwelle des „Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts von erheblicher Bedeutung“ abzustellen. Eine einfache Harmonisierungslösung könnte wie folgt differenzieren:

- Für alle geregelten Bestandsdatenauskünfte gilt die Voraussetzung, dass die Auskunft nur im Einzelfall und unter der Voraussetzung angeordnet werden, dass sie zu einer planmäßigen Beobachtung und Aufklärung nach § 6 Abs. 1 Satz 1 oder § 7 Abs. 1 Satz 1 oder zur Erfüllung der Aufgabe nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 erforderlich ist.
- Für alle weitergehenden Auskünfte gilt die zusätzliche Voraussetzung, dass das Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt erhebliche Bedeutung hat (vgl. etwa § 11 Absatz 3 HmbVerfSchG).

Dabei sollten ausdrücklich auch TK-Verkehrsdatenauskünfte in dieses System einbezogen werden. Die aktuelle Synchronisierung in § 20 Absatz 2 Satz 4 NVerfSchG mit der Inhaltsüberwachung verkennt deren deutlich intensiveren Eingriffsgehalt (vgl.

auch explizite Abstufung in BVerfGE 141, 220 – Rn. 107). Allerdings kann insoweit eine Verfahrensdifferenzierung sachgerecht sein (nachfolgend 3.4).

## 3.4. Effiziente Verfahrensverschlankung

Das NVerfSchG ist traditionell von hohen Verfahrensanforderungen für die Verfassungsschutzbehörde geprägt. Die resultierende Ressourcenbindung lenkt typischerweise knappe Operativressourcen auf unproduktive Prozesse aus. Im Ergebnis wird wirksame Aufgabenwahrnehmung dadurch beeinträchtigt. Dies ist sachlich geboten und dadurch zugleich auch wirtschaftlich gerechtfertigt, soweit dies zum wirksamen Grundrechtsschutz erforderlich ist. Das Landesgesetz geht aber deutlich darüber hinaus. Das Gesetzgebungsverfahren sollte zu einer Nachjustierung genutzt werden.

Dies betrifft vornehmlich die hohen Aufwände für die Vorabkontrollverfahren der G 10-Kommission (§ 21 Absatz 3 NVerfSchG). Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts besteht solches Verfahrenserfordernis bei Maßnahmen, bei denen damit zu rechnen ist, dass sie auch höchstprivate Informationen erfassen (BVerfGE 162, 1 – Rn. 214, 217). Dies ist bei einer Reihe von Maßnahmen, für die § 21 Absatz 3 diesen Verfahrensaufwand vorsieht, nicht der Fall, speziell nicht bei der Ermittlung der Geräte- oder Kartennummer eines Mobilfunkgeräts (§ 14 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1), sowie bei den in § 21 Absatz 3 aufgeführten besonderen Auskunftsverlangen mit Ausnahme der Telekommunikationsverkehrsdaten nach § 20 Absatz 2 Nummer 3 NVerfSchG.

Insofern ist zwar begrüßenswert, dass der Gesetzentwurf in Artikel 1 Nummer 9 Buchstabe a[3] immerhin für Kontostammdatenabfragen nach § 20 Absatz 4 („Bei welcher Bank hat X sein Girokonto?“) die sachlich gebotene Verfahrensverschlankung vorsieht, insgesamt bleibt der Entwurf aber bei der Entlastung von ungerechtfertigten Verfahrensaufwänden zu zögerlich. Dies schließt die Kontoinhaltsauskünfte nach § 20 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 ein, bei denen die Vorabkontrolle nach der Verfassungsrechtsprechung ausdrücklich nicht verfassungsrechtlich geboten ist (BVerfGE 120, 274 - Rn. 330).

Immerhin hinterfragt werden sollte auch die persönliche Anordnungszuständigkeit des Ministers bzw. der Ministerin in § 21 Absatz 1 Satz 1 und 2 NVerfSchG für ope-

[3] Der Änderungsbefehl ist allerdings redaktionell fehlerhaft, da am Satzende die Angabe „Satz 1“ erhalten bliebe. Außerdem scheint eine Folgeänderung zu § 21 Absatz 1 Satz 2 vergessen worden zu sein. Eine Ministerentscheidung erscheint bei einer solchen Banalmaßnahme zumal nach sachgerechtem Wegfall des G 10-Verfahrens bizarr.

rative Einzelfallentscheidungen. Bei einer funktionsadäquaten Organisation sollte eine Ministerin nicht die Hauptsachbearbeiterin ihres Hauses sein, sondern dieses politisch-strategisch leiten.

## 3.5. Harmonisierung der Verdachtsfallbehandlung

§ 7 Absatz 2 Satz 2 bis 4 NVerfSchG enthält eine im Verfassungsschutzrecht singulär strikte zeitliche Limitierung der Phase, in der Aufklärungsobjekte basierend auf einem Verdacht beobachtet werden. Wird innerhalb von maximal 4 Jahren der Verdacht nicht zur Gewissheit, ist die Beobachtung solcher Bestrebungen zwingend zu beenden. Dieses gesetzlich vorgeschriebene Ausblenden der Umstände des Einzelfalls wird der Vielgestaltigkeit der Lebenssachverhalte nicht gerecht und verfehlt damit praktische Anforderungen sachgerechter Aufgabenwahrnehmung.

Wenn beispielsweise in einem inhomogenen Personenzusammenschluss gewichtige extremistische Strömungen feststellbar sind und zudem Anhaltspunkte bestehen, dass diese im Personenzusammenschluss stetig an Einfluss gewinnen, dabei aber nach 4 Jahren noch nicht sicher gesagt werden kann, dass unter diesem Einfluss auch der Personenzusammenschluss bereits verfassungsfeindlich ausgerichtet ist, hätte die geltende Regelung des NVerfSchG zur Konsequenz, dass das Land sich sehenden Auges blind macht, einen bedrohlichen und dabei in dieser Dimension sogar aufwachsenden Sachverhalt künftig bewusst ignoriert. Dies ist kaum mit der bundesgesetzlichen Aufgabe nach § 3 Absatz 1 BVerfSchG zur wirksamen Extremismusaufklärung vereinbar.

Die Kritik wendet sich nicht gegen die – notwendige – Überprüfung eines Verdachtsfalls oder zeitliche Vorgaben dazu. Eine pauschale und dabei absolut strikte Zeitgrenze für die Verdachtsaufklärung von Bestrebungen ist aber sachwidrig. Das Gesetz sollte immerhin eine Ausnahmeöffnung für eine verlängernde Einzelfallentscheidung vorsehen. Diese mag dann an besondere Verfahrensvoraussetzungen gebunden werden. Im System des NVerfSchG könnte dies eine Zuständigkeitsregelung sein, die die Ausnahmeentscheidung der Ministerin oder dem Minister vorbehält.

# 4. Weitere Anmerkungen

## 4.1. Redaktion der Übermittlungsvorschriften

Der Regelungsinhalt der Ausnahmeregelung des vorgesehenen § 30 Absatz 1 Satz 3 NVerfSchG erschließt sich nicht ohne weiteres. Eindeutig ist, dass damit der Katalog der besonders gewichtigen Rechtsgüter (§ 30 Absatz 1 Satz 2) geöffnet wird, indem Rechtsgüter von vergleichbarem Gewicht ebenfalls die Übermittlung rechtfertigen können. Die Ausnahmeregelung betrifft aber ausdrücklich auch Fälle der in Satz 2 benannten Rechtsgüter. Zu diesen Fällen stellt sich die Frage, was hierzu als Ausnahme geregelt wird. Da die Ausnahme „unbeschadet der Maßgaben der §§ 31 und 32“ getroffen wird, scheint die Regelung keine Ausnahme von diesen Maßgaben zu treffen. Im Ergebnis würde dann lediglich abweichend von § 30 Absatz 1 Satz 1 eine Ausnahme von Absatz 5 (Ausschluss der Quellengefährdung) eröffnet. Das ist wohl kaum gemeint. Vermutlich ist mit der Formulierung, „*unbeschadet* der Maßgabe der §§ 31 und 32“ tatsächlich gemeint „*abweichend* von den Maßgaben der §§ 31 und 32“. Das sollte dann auch so formuliert werden.

Die Formulierung im vorgesehenen § 31 Absatz 1 Satz 1 NVerfSchG „nur zur Verfolgung einer besonders schweren Straftat zulässig, wenn … die Tat besonders schwer wiegt“ ist zunächst unverständlich. Die Gesetzesbegründung erhellt dies auch nicht. Offenkundig ist nicht gemeint, dass die Klassifizierung des Delikts nicht genüge, sondern zudem auch die konkrete Tat zu gewichten sei. Dies wäre auch sachwidrig, da von der Verfassungsrechtsprechung nicht gefordert, also wirksame Strafverfolgung unnötig einschränkend, und zudem nur begrenzt praktikabel, da die Verfassungsschutzbehörde im Übermittlungszeitpunkt kaum ein zureichendes Gesamtbild der mutmaßlichen Tat hat und danach auch keine umfassende Würdigung dieser Tat im Einzelfall vornehmen kann. Der Satz sollte verständlicher formuliert werden (z.B.: „…, nur zur Verfolgung einer besonders schweren Straftat zulässig und nur, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht der Begehung einer solchen Tat begründen.“).

Im vorgesehenen § 31 Absatz 2 Satz 1 NVerfSchG erscheint der gewählte Begriff „Grundrechtsrelevanz“ unnötig unbestimmt. Auch eine staatliche Leistung kann Grundrechtsrelevanz insofern besitzen, als hierdurch erweiterte Freiheitswahrnehmung eröffnet wird. Vermutlich ist aber eher gerade die Abgrenzung von Eingriffs- und Leistungsverwaltung gemeint (vgl. § 20 Absatz 2 BVerfSchG). Das sollte dann vorzugsweise klarer zum Ausdruck gebracht werden, etwa indem der Begriff „Grundrechtsrelevanz“ durch „Eingriffsgehalt“ ersetzt wird.

Der vorgesehene § 32 Absatz 2 Satz 2 NVerfSchG ist im Wortlaut verfassungsrechtlich bedenklich offen gefasst. Die Befugnis enthält eine ausschließlich finale Übermittlungsanleitung (zur Erfüllung von Aufgaben des Empfängers), ohne dass gewährleistet wäre, dass die empfängerseitige Weiterverarbeitung nicht in operative Befugnisse ausleitet. Die Beispiele in Nummern 1 bis 3 schließen auch solche Sachverhalte ein, die operative Anschlussmaßnahmen u.U. implizieren, etwa beim Bezug auf das Waffen- oder Aufenthaltsrecht. Solche Anschlusspotenzialität darf nach der Verfassungsrechtsprechung aber nicht ohne Übermittlungsschwelle (also einen rechtfertigenden Anlass, der neben die allgemeinen Zweckverfolgung hinzutritt) geöffnet werden. Zwar muss diese Schwelle nicht generell – wie bei § 31 Absatz 3 des Entwurfs – die konkretisierte Gefahr sein, sondern ist auch – unter qualifizierenden Voraussetzungen – in Fällen personen- oder gruppenbezogener Risikoprävention, also mit der Schwelle eines anlassgebenden Risikosachverhalts, möglich (BVerfG, Beschluss vom 17. Juli 2024 [HessVSG] - 1 BvR 2133/22- Rn. 113). In diesem Sinne können die aufgeführten Nummern 1 bis 3 in § 32 Absatz 2 Satz 2 NVerfSchG auch qualifiziert werden. Die Nummern bezeichnen in der bisherigen Regelung aber nur spezielle Beispiele („insbesondere“). Die Entwurfsregelung ist nicht auf diese besonders genannten Fallgruppen beschränkt, sondern öffnet die Übermittlung auch zur sonstigen Aufgabenerfüllung, Für eine verfassungsfeste Regelung sollten die Nummern abschließenden Charakter erhalten (Streichung des vorangestellten „insbesondere“), es kann aber stattdessen eine Auffangnummer 4 angefügt werden, die die Leitbilder der Nummern 1 bis 3 verallgemeinernd aufgreift (z.B.: „für vergleichbare gesetzlich geregelte Fälle einer Personenüberprüfung zur Risikoprävention, die dem Schutz eines Rechtsguts nach § 30 Absatz 1 Satz 2 dient.“)

## 4.2. Entschließungsantrag

Der Entschließungsantrag enthält Punkte, die im Gesetzgebungsverfahren noch näher in Betracht gezogen werden sollten (siehe auch bereits oben 3.5 bzgl. Nr. 3 Entschließungsantrag und 3.4 bzgl. Nr. 15 Entschließungsantrag).

### 4.2.1. Nachjustierung der Mitteilungspflichten (Nrn. 4, 16)

In der Verfassungsrechtsprechung ist anerkannt, dass Nachrichtendienste Daten grundsätzlich geheim sammeln. Der Grundsatz der Offenheit der Datenerhebung gilt für sie nicht, und sie sind von Transparenz- und Berichtspflichten gegenüber betroffenen Personen weithin freigestellt (BVerfGE 133, 277 - Rn. 117; BVerfGE 162, 1

– Rn. 150, 240, 290). Diesen Besonderheiten tragen besondere Kontrollstrukturen Rechnung, in Niedersachsen speziell die parlamentarische Kontrolle durch den vom Landtag eingesetzten Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

Diese materiespezifischen Besonderheiten funktionsadäquater Aufgabenwahrnehmung werden mit den ungewöhnlich weitgehenden Mitteilungspflichten nach § 22 NVerfSchG aus meiner Sicht aufgabenkritisch und damit schutzgefährdend konterkariert. Deshalb ist zu begrüßen, dass die Streubreite der Mitteilungspflicht im Gesetzentwurf durch Änderung des § 22 Absatz 1 NVerfSchG auf erheblich betroffene Personen eingeschränkt wird. Aus den vorstehenden Erwägungen wie auch im Interesse inhaltlich bestimmter Regelung wäre allerdings noch besser, die Mitteilungspflicht allein auf Zielpersonen, gegen die sich eine Maßnahme gerichtet hat, zu fokussieren.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner jüngeren Rechtsprechung im Übrigen ausdrücklich darauf hingewiesen, dass auf der Hand liegt, dass Benachrichtigungspflichten Erfordernisse des Quellen- und Methodenschutzes entgegenstehen können (Beschluss vom 17. Juli 2024 [HessVSG] - 1 BvR 2133/22 - Rn. 73). Bereits vorausgegangen (BVerfGE 156, 270 - Rn. 112) hatte es ausgeführt, dass bei menschlichen Quellen bereits der subjektive Eindruck, die Vertraulichkeit sei nicht gesichert, ausreichen kann, Quellen von einer weiteren Zusammenarbeit abzuhalten und die Gewinnung neuer Quellen zu erschweren, was wiederum die Aufgabenerfüllung der Nachrichtendienste gefährden kann, die auf den langfristigen Einsatz von V-Personen im betreffenden Milieu angewiesen sind.

Deshalb ist eine gesetzliche Verratspflicht, wie sie § 22 Absatz 1 NVerfSchG für die mit dem LfV vertraulich kooperierenden Quellen (§ 14 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6) und auch für eigene verdeckt operierende Mitarbeiter (§ 14 Absatz 1 Satz 1 Nummer 9) vorsieht, fachlich abzulehnen. Zwar enthält § 22 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 NVerfSchG eine Ausnahmeregelung gemäß einer im Einzelfall zu stellenden Gefahrenprognose. Diese Abhängigkeit von einer behördlichen Einschätzung ist jedoch kaum geeignet, verlässlich die subjektive Wahrnehmung gesicherter Vertraulichkeit zu vermitteln, zumal auch die Ausnahme völlig offen lässt, ob relevante Szenarien überhaupt von ihr erfasst sind (geschützt sind „Leib, Leben, Freiheit oder ähnlich schutzwürdige Belange einer Person“ – ist die soziale Anerkennung bzw. Ächtung im persönlichen Umfeld ein „ähnlich schutzwürdiger Belang“?).

Bei der jüngsten Änderung des Hamburgischen Verfassungsschutzgesetzes ist eine solche gesetzliche Verratspflicht zu vertraulich kooperierenden Quellen abgeschafft

worden (HmbGVBl. 2025, 192: § 16 Absatz 1 HmbVerfSchG bezieht in seiner geänderten Fassung bei der Rückverweisung auf § 15 nicht mehr dessen Absatz 9 ein). Zumindest diesen Fortschritt sollte die Novelle zum NVerfSchG aufgreifen, also § 14 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 von der Verweisung in § 22 Absatz 1 NVerfSchG ausnehmen. Vorzugsweise sollten ebenso eigene Verdeckte Mitarbeiter (§ 14 Absatz 1 Satz 1 Nummer 9) von der Verratspflicht ausgenommen werden (das BVerfSchG enthält keine solche Mitteilungspflicht, ebenso wie beispielsweise das bereits an jüngere Verfassungsrechtsprechung angepasste LVerfSchG RP).

#### 4.2.2. Berufsgeheimnisse (Nr. 7)

§ 10 Absatz 4 NVerfSchG gewährt abweichend vom allgemeinen Regelungsstandard der Sicherheitsgesetze (vgl. beispielhaft § 3b Absatz 2 G 10, § 31a Absatz 2 NPOG, § 160a Absatz 2 StPO) einen undifferenziert absoluten Schutz von Berufsgeheimnissen und verschließt damit eine Verhältnismäßigkeitsabwägung mit den kollidierenden Anforderungen des Rechtsgüterschutzes, die der Aufgabenwahrnehmung des LfV zugrunde liegen. Dies ist verfassungswidrig (vgl. BVerfGE 129, 208 – Rn. 268: „Der Gesetzgeber ist weder gehalten, *noch steht es ihm frei*, der Presse- und Rundfunkfreiheit den absoluten Vorrang vor anderen wichtigen Rechtsgütern einzuräumen“). Die verfehlte Regelung sollte danach dem Harmonisierungsansatz der Novelle folgend dem allgemeinen Regelungsstandard angeglichen werden.

#### 4.2.3. Verarbeitung von Daten Minderjähriger (Nr. 9).

Einerseits sind lebensaltersbezogene Speicherdifferenzierungen dem Gefahrenabwehrrecht eher fremd, da es objektive Gefährdungen, nicht individuelle Schuld zum Gegenstand hat. Andererseits ist nachvollziehbar, die Entwicklungsdynamik sehr junger Menschen zu berücksichtigen und einer fortwährenden Etikettierung wegen „Jugendsünden“ klar zu begegnen. Die adäquate Reaktion auf solche Entwicklungsdynamik sind allerdings verkürzte Regelprüfungs- bzw. Regelhöchstspeicherpflichten, also die Gewährleistung, dass eine Personenspeicherung gelöscht wird, wenn die tragenden Informationen nicht mehr aussagekräftig sind. Eine Blindstelle auch im Zeitpunkt der aktuellen Gefährdung ist vom Minderjährigenschutz weder gefordert noch gerechtfertigt. Fälle der Vergangenheit zeigen, dass dies kein rein theoretisches Szenario ist, sondern praktische Bedeutung besitzt. Aktuell sind etwa in der

sog. „Attentäterfanszene“[4] eine beträchtliche Zahl auch sehr junger Personen feststellbar.

In diesem Lichte erscheint die geltende Regelung des § 13 Absatz 1 NVerfSchG, die jedwede Datenerhebung zu Personen vor dem 15. Lebensjahr ausschließt, unangemessen. Wenn beispielsweise Informationen darüber bekannt würden, dass ein Zwölfjähriger in Kontakten mit dem IS durch diesen radikalisiert wird und zu Anschlägen angeleitet und verleitet werden soll (Realfall Ludwigshafen 2016, mit versuchtem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt durch unkonventionelle Sprengvorrichtung), könnte das LfV nicht wirksam zur Aufklärung beitragen. Neuere Verfassungsschutzgesetze versuchen einen verbesserten Ausgleich der widerstreitenden Belange. Ich empfehle, eine Regelung wie in § 9 Absatz 4 LVerfSchG RP oder § 22 HmbVerfSchG in Erwägung zu ziehen.

### 4.2.4. Wohnraumüberwachung / Onlinedurchsuchung (Nr. 10)

Für ein wirksames Aufklärungsinstrumentar wären fachlich grundsätzlich auch – verfassungskonforme und praxisgerechte – Befugnisse zur Wohnraumüberwachung oder Onlinedurchsuchung wünschenswert. Angesichts der von der Verfassungsrechtsprechung vorgegebenen Schwellenangleichung mit polizeilichen Befugnissen bei gleichzeitiger Subsidiarität hinter polizeilichen Maßnahmen (BVerfGE 162, 1 – Rn. 175 ff.) ist das erwartbare Erkenntnisaufkommen allerdings begrenzt, gleichwohl aber praxisrelevant (andere Zugangsmöglichkeiten und Ausgangsinformationen auch zur Maßnahmebegründung im Verfahren unabhängiger Vorabkontrolle, etwa bei Informationen ausländischer Nachrichtendienste, die nach der „Third-Party-Rule“ nicht an Polizeien weitergabefähig sind).

Angesichts der Sensitivität der Befugnisse ist die Frage ihrer Einräumung wesentlich politisch geprägt und politisch zu entscheiden.

### 4.2.5. VP-Ausschlussgründe (Nr. 13)

Der Gesetzentwurf streicht nunmehr begrüßenswerter Weise in § 16 Absatz 6 NVerfSchG Straftaten nach § 129 StGB (mitgliedschaftliche Beteiligung / Unterstützung von kriminellen Vereinigungen), so dass solche Vortaten nicht mehr zwangsläufig von einer Werbung ausschließen. Dies erscheint auch zur Ausschöpfung aller angemessenen Möglichkeiten der Aufklärung militanter Szenen geboten.

[4] https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/glossareintraege/DE/A/attentaeterfanszene.html

Zudem sieht der Gesetzentwurf vor, in § 16 Absatz 6 Nummer 2 NVerfSchG einen Zusatz anzufügen, wonach §§ 129a, 129b StGB ausgenommen sein sollen. Nach der Begründung sollen solche Taten wohl insgesamt nicht mehr der pauschalierenden Ausschlussregelung unterfallen (LT-Drs.19/5930, S. 23, ausdrücklich auch auf Mitgliedschaft referenzierend). Dieser Regelungsinhalt wird mit der Anfügung an Nummer 2 aber nicht zureichend klar. Die Nummer hat lediglich Vergehen zum Gegenstand. Die Änderung könnte danach auch so interpretiert werden, dass die Verbrechenstatbestände in §§ 129a, 129b weiterhin dem pauschalen Ausschluss nach Nummer 1 unterliegen (zudem ohne Ausnahmemöglichkeit wie etwa nach § 9b Absatz 2 Satz 3 BVerfSchG). Das nach der Gesetzesbegründung Gewollte sollte danach im Gesetz noch systematisch klarer zum Ausdruck gebracht werden, indem die im Entwurf als Zusatz zu Nummer 2 vorgesehene Ergänzung besser als Satz 2 angefügt wird, der sich gleichermaßen auf Nummer 1 wie Nummer 2 bezieht („Ausgenommen von Satz 1 Nummern 1 und 2 ist eine Straftat nach …“).

Im Ergebnis trägt der Gesetzentwurf dem Anliegen des Entschließungsantrags also bereits vollumfänglich Rechnung, allerdings könnte der Regelungsinhalt noch rechtsförmlich klarer umgesetzt werden.

Im Übrigen ist ebenfalls begrüßenswert, dass künftig nicht mehr bereits Anhaltspunkte für Ausschlusstaten entscheidend sind, sondern erst Registereinträge in ZStVfR oder BZR.

Angesichts der kritischen Hinterfragung und positiven Fortentwicklung der Regelung empfehle ich, ebenso noch den Ausschluss von Berufsgeheimnisträgern nach § 16 Absatz 1 Satz 2 NVerfSchG zu überprüfen. Sachlich geboten – und mit § 10 Absatz 4 NVerfSchG.gewährleistet – ist, solche Personen nicht zur Beschaffung von Informationen einzusetzen, wenn dem der Schutz des Berufsgeheimnisses entgegensteht. Die Besonderheit dieser Berufsgruppe betrifft den Vertrauensschutz ihrer Berufsbeziehungen. Im Übrigen sind sie aber gleichermaßen wie jeder andere als VP geeignet. In der NPD waren vormals wesentliche Kenntnisträger beruflich als Rechtsanwalt tätig. Es ist unverständlich, warum eine solche Person – jenseits ihres beruflichen Tätigkeitsfeldes – nicht als Quelle für Informationen aus der extremistischen Vereinigung einsetzbar sein soll. Deshalb sollte § 16 Absatz 1 Satz 2 NVerfSchG gestrichen werden.

UNIVERSITÄT
ZU KÖLN

Vorlage 3
zu Drs. 19/5071 und 19/5930

Universität zu Köln, Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln

Niedersächsischer Landtag
Ausschuss für Angelegenheiten
des Verfassungsschutzes

Per E-Mail: lars.wiesehahn@lt.niedersachsen.de

**Forschungsstelle Nachrichtendienste**

**Prof. Dr. Markus Ogorek, LL.M., Att. at Law**
Telefon: 0221 470 – 76545
Telefax: 0221 470 – 76570
Markus.Ogorek@uni-koeln.de

**Luca Manns, M.A., LL.M.**
Telefon: 0221 470 – 76544
Telefax: 0221 470 – 76570
Luca.Manns@uni-koeln.de

Köln, 23. April 2025

**Stellungnahme zur Anhörung am 16. Mai 2025**

Sehr geehrte Damen und Herren,

haben Sie vielen Dank für Ihre Bitte um Stellungnahme zu dem vorbezeichneten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen der niedersächsischen Landesregierung, der wir hiermit gerne nachkommen.

Mit Blick auf den Entwurfsumfang haben wir uns auf die aus hiesiger Sicht besonders wesentlichen Aspekte begrenzt.

Im Rahmen der mündlichen Anhörung steht der Unterzeichner Manns für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Ogorek Digital unterschrieben von Markus Ogorek Datum: 2025.04.23 15:32:47 +02'00'

Luca Manns Digital unterschrieben von Luca Manns Datum: 2025.04.23 15:32:55 +02'00'

**Postanschrift**
Albertus-Magnus-Platz
50923 Köln

**Besuchsanschrift**
3. Obergeschoss
Bernhard-Feilchenfeld-Straße 9
50969 Köln

KVB Pohligstraße

UNIVERSITÄT ZU KÖLN

**Stellungnahme**

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**
**Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 19/5930)**

**Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken – Verfassungsschutzgesetz grundlegend reformieren**
**Antrag der Fraktion der CDU (Drs. 19/5071)**

– Markus Ogorek / Luca Manns –

## A. Gesetzentwurf (Drs. 19/5930)

Der von der Landesregierung am 27. November 2024 in den Landtag eingebrachte *Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen* (LT-Drs. 19/5930) sieht zahlreiche Anpassungen des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes vor. Diese basieren insbesondere auf der Umsetzung aktueller verfassungsgerichtlicher Judikate, enthalten aber auch eigeninitiative Änderungen seitens der Landesregierung.

### 1. Aufnahme des Begriffs der Prävention in die Beschreibung des Aufgabengebiets der Verfassungsschutzbehörde (§ 3 Abs. 3 Satz 2 NVerfSchG-E)

Mit § 3 Abs. 3 Satz 2 NVerfSchG-E soll der Begriff der Prävention in die Beschreibung der Aufgaben des Verfassungsschutzes aufgenommen werden. Bereits heute sieht § 3 Abs. 3 Satz 2 NVerfSchG vor, dass die Verfassungsschutzbehörde Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 NVerfSchG auch durch Angebote zur Information und zum Ausstieg entgegentritt. Die begriffliche Verankerung der Prävention, die nach Auffassung der Landesregierung aufgrund ihrer Zielgerichtetheit über die bloße Information hinausgeht, soll die Relevanz der Präventionsarbeit des Verfassungsschutzes – insbesondere im Bereich des präventiven Wirtschaftsschutzes – hervorheben (vgl. LT-Drs. 19/5930, S. 16). Gegen die Änderung bestehen keine rechtlichen Bedenken. Die praktischen Auswirkungen dürften zwar eher gering sein, da das Aufgabenspektrum des niedersächsischen Verfassungsschutzes in tatsächlicher Hinsicht bereits über die (nicht zielgerichtete) Information und das zur Verfügung stellen von Ausstiegsangeboten hinausgehende Präventionsmaßnahmen erfasst (vgl. LT-Drs. 19/5930, S. 16). Zur Unterstreichung des Aspekts der Prävention im Rahmen der Arbeit des Verfassungsschutzes ist dessen Aufnahme im Gesetzeswortlaut aber dennoch begrüßenswert (vgl. auch § 16 Abs. 1 BVerfSchG, der den präventiven Wirtschaftsschutz im Rahmen der Öffentlichkeits-Norm ausdrücklich benennt).

## 2. Streichung der Voraussetzung des Gewaltbezugs bei Verhaltensweisen von Einzelpersonen (§ 4 Abs. 1 Sätze 3 und 4 NVerfSchG-E)

Im Gegensatz zum derzeitigen Gesetzeswortlaut stellt § 4 Abs. 1 Satz 3 NVerfSchG-E an von Einzelpersonen ausgehende Bestrebungen nicht mehr die Anforderung, dass diese auf Anwendung von Gewalt gerichtet oder aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet sein müssen, ein Schutzgut des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes erheblich zu beschädigen. Vielmehr soll es für das Tätigwerden des Verfassungsschutzes gemäß § 4 Abs. 1 Satz 4 NVerfSchG-E ausreichen, dass die Verhaltensweise der Einzelpersonen darauf gerichtet ist, Bestrebungen i.S.v. § 3 Abs. 1 Nrn. 1, 3 und 4 NVerfSchG zu verwirklichen.

Diese Änderung stellt eine Angleichung an den Maßstab des Bundesverfassungsschutzgesetzes sowie der Verfassungsschutzgesetze einiger Länder dar. So hat § 4 Abs. 1 Sätze 3 und 4 BVerfSchG seit seiner Änderung durch das Gesetz zur Anpassung des Verfassungsschutzrechts vom 5. Juli 2021 (BGBl. 2021 Teil I Nr. 40 S. 2274) einen mit dem Entwurf der Niedersächsischen Landesregierung vergleichbaren Wortlaut. Auch die Verfassungsschutzgesetze von Bayern (vgl. Art. 4 Abs. 1 BayVSG i.V.m. § 4 Abs. 1 Sätze 3 und 4 BVerfSchG), Hamburg (vgl. § 5 Abs. 1 Sätze 3 und 4 HmbVerfSchG), Hessen (vgl. § 3 Abs. 1 HVSG i.V.m. § 4 Abs. 1 Sätze 3 und 4 BVerfSchG), Rheinland-Pfalz (§ 4 Abs. 1 Sätze 3 und 4 LVerfSchG) und Sachsen (vgl. § 3 Abs. 1 Sätze 3 und 4 SächsVSG) verzichten – mittlerweile – auch bei von Einzelpersonen ausgehenden Bestrebungen auf das Erfordernis eines Gewaltbezugs oder einer Eignung zur erheblichen bzw. schwerwiegenden Schädigung eines Schutzguts des jeweiligen Verfassungsschutzgesetzes.

Die überwiegende Anzahl der Länder verlangt indes weiterhin einen Gewaltbezug oder eine erhebliche bzw. schwerwiegende Schädigungseignung. Dies gilt etwa für Baden-Württemberg (§ 4 Abs. 1 Satz 3 LVSG), Brandenburg (§ 4 Abs. 3 Satz 2 BbgVerfSchG), Berlin (§ 6 Abs. 1 Satz 3 VSG Bln), Bremen (§ 5 Abs. 1 Satz 3 BremVerfSchG), Mecklenburg-Vorpommern (§ 6 Abs. 4 Satz 2 LVerfSchG-MV), Nordrhein-Westfalen (§ 3 Abs. 5 Satz 3 VSG NRW), Saarland (§ 5 Abs. 1 Satz 3 SVerfSchG), Sachsen-Anhalt (§ 5 Abs. 1 Satz 3 VerfSchG-LSA, Schleswig-Holstein (§ 6 Abs. 1 Satz 2 LVerfSchG) und Thüringen (§ 6 Abs. 1 Satz 3 ThürVerfSchG).

Ein solches Erfordernis schränkt die Möglichkeit, frühzeitig gegen verfassungsfeindliche und staatsgefährdende Verhaltensweisen vorzugehen jedoch ohne eine hierfür bestehende Notwendigkeit ein und dürfte daher weder zweckmäßig noch geboten sein. Zwar dürften – insbesondere aufgrund der fehlenden Möglichkeit einer Arbeitsteilung sowie der nicht vorhandenen Gruppendynamik und damit einhergehend der Erleichterung eines potenziellen Ausstiegs von Einzelpersonen regelmäßig geringere Bedrohungen zu erwarten sein als von Personenzusammenschlüssen (vgl. *Warg* in: Dietrich/Eiffler (Hrsg.), Handbuch des Rechts der Nachrichtendienste, 2017, Kap. V § 1 Rn. 27; *Roth* in: Schenke/Graulich/Ruthig (Hrsg.), Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, BVerfSchG, § 4 Rn. 7). Dies ist aber keineswegs zwingend. Aus den Verhaltensweisen von Einzelpersonen kön-

nen mitunter innerhalb kürzester Zeit Gefahren erwachsen, die mit solchen, die aus Personenzusammenschlüssen hervorgehen, vergleichbar sind – auch dann, wenn das Verhalten (zunächst) nicht auf die Anwendung von Gewalt ausgerichtet und zuvor (noch) keine Eignung zu erkennen war, ein Schutzgut des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes erheblich zu beschädigen. Zudem können Einzelpersonen Botschaften schnell und unter minimalem Aufwand durch die Verwendung sozialer Medien einer breiten Masse zugänglich machen und hierdurch eine große Menge an Menschen mobilisieren (BT-Drs. 19/24785, S. 17). Durch ein frühzeitiges Sammeln und Auswerten von Informationen kann die Verfassungsschutzbehörde solche Entwicklungen im Auge behalten.

Die von der Landesregierung beabsichtigte Streichung der Voraussetzung des Gewaltbezugs bzw. der Eignung zu einer erheblichen Schädigung begegnet vorliegend keinen verfassungsrechtlichen Bedenken. Insbesondere ist die Verfassungsschutzbehörde verpflichtet, im Rahmen der von ihr vor der Ergreifung von Maßnahmen auf Grundlage des § 4 Abs. 1 Satz 4 NVerfSchG-E vorzunehmenden Entschließungsermessensprüfung den Umstand zu berücksichtigen, dass es sich bei dem Zielobjekt um eine Einzelperson handelt. Ist von einem Individuum nach Einschätzung der Behörde keine oder eine lediglich geringe Gefahr für die Schutzgüter des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes zu erwarten, können somit weiterhin keine Informationen über sie gesammelt und ausgewertet werden. Besteht aufgrund erlangter Kenntnisse nach Einschätzung der Verfassungsschutzbehörde hingegen das Potenzial, dass die Einzelperson sich zügig radikalisiert und künftig Schutzgüter des Verfassungsschutzgesetzes in relevanter Weise gefährdet, erhält die Behörde die Befähigung, ihrer „Frühwarnfunktion“ angemessen nachzukommen (vgl. BT-Drs. 19/24785, S. 17). Die geplante Änderung ist daher zu begrüßen.

### 3. Schaffung der Möglichkeit des verdeckten Mithörens und Aufzeichnens des öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 lit. b NVerfSchG-E)

§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 lit. b NVerfSchG-E erweitert die Befugnisse des Verfassungsschutzes zum verdeckten Mithören. Die beabsichtigte Änderung soll die Möglichkeit schaffen, öffentlich gesprochenes Wort außerhalb von Wohnungen unter Einsatz technischer Mittel mitzuhören und aufzuzeichnen. Aktuell ist ein verdecktes Mithören ausschließlich ohne Inanspruchnahme technischer Mittel möglich (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 NVerfSchG). Wie nach derzeitiger Rechtslage sollen auch Maßnahmen nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 lit. b NVerfSchG-E nur unter den Voraussetzungen des § 15 NVerfSchG und unter Beachtung des Kernbereichsschutzes (vgl. § 10 NVerfSchG) erfolgen.

Das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel dürfte – entgegen der Auffassung des Landesbeauftragten für Datenschutz (vgl. hierzu LT-Drs. 19/5930, S. 12 f.) – jedenfalls nicht aus rechtlichen Gründen auf die Fälle zu beschränken sein, in denen es dazu dient, sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland für eine fremde Macht

zu gewinnen oder Erkenntnisse über ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt zu erlangen, das einen Gewaltbezug aufweist oder aus anderen Gründen erhebliche Bedeutung hat (vgl. § 17 i.V.m. § 3 Abs. 1 Nr. 2 NVerfSchG).

Die an die Durchführung einer Maßnahme zu knüpfenden Anforderungen sind abhängig von dem Gewicht des damit verbundenen Eingriffs in Individualrechte (BVerfGE 162, 1, 84 f.; vgl. auch BVerfGE 141, 220, 269). Das Mithören des öffentlich gesprochenen Wortes greift in das Grundrecht auf Informationelle Selbstbestimmung ein (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG und Art. 3 Abs. 2 Satz 1 NVerf). Das Gewicht eines Eingriffs in dieses Grundrecht hängt maßgeblich von Art, Umfang, denkbarer Datenverwendung und Missbrauchsgefahr ab (BVerfG NVwZ-RR 2025, 10, 13 m.w.N.). Die heimliche Vornahme einer staatlichen Maßnahme führt dabei zu einer Erhöhung des Eingriffsgewichts (BVerfGE 155, 119, 179; vgl. auch EuGH Urt. v. 21.12.2016, Tele2 Sverige und Watson u.a., C-203/15 u.a., ECLI:EU:C:2016:970, Rn. 100). Auch die Verwendung technischer Mittel, die das heimliche Mithören für den Verfassungsschutz wesentlich vereinfachen, verstärken die Intensität des Grundrechtseingriffs. Auf eine besondere, den Eingriff vertiefende Vertraulichkeitserwartung – wie sie etwa in Wohnungen (BVerfGE 141, 220, 269) oder für nicht öffentliche Gespräche (vgl. BVerfG NVwZ-RR 2025, 10, 20) besteht –, kann sich der Betroffene dagegen nicht berufen. Öffentlich gesprochenes Wort zeichnet sich gerade dadurch aus, dass es von einem nicht abschließend bestimmbaren Personenkreis ohne erheblichen Aufwand gehört werden kann. Auf ein „unerwünschtes Belauschen“ muss der Äußernde daher stets gefasst sein (vgl. NK-BKAG/Pohlreich BKAG § 34 Rn. 17). Die Intensität des Eingriffs einer Maßnahme nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 lit. b NVerfSchG-E dürfte sich somit allenfalls im mittleren Bereich bewegen (vgl. BVerfGE 162, 1, 160 f.; BVerfG NVwZ-RR 2025, 10, 20). Entsprechend ist ein Einhalten der hohen Anforderungen des § 17 NVerfSchG verfassungsrechtlich nicht geboten.

Ferner ist die Eingriffstiefe – wie die Landesregierung bereits richtigerweise festgestellt hat (vgl. hierzu LT-Drs. 19/5930, S. 13 f.) – nicht mit der ebenfalls nur unter den Voraussetzungen des § 17 NVerfSchG-E möglichen, verdeckten Anfertigung von Bildübertragungen und -aufzeichnungen vergleichbar. Mit Letzteren ist es möglich, ein wesentlich detaillierteres Persönlichkeitsprofil einer Person zu erstellen als mittels einer bloßen Tonaufnahme. Dass die an eine verdeckte Bildübertragung oder -aufzeichnung zu richtenden Anforderungen höher sind, ist somit naheliegend. Nach alledem bleibt festzuhalten, dass hinsichtlich der Befugniserweiterung keine verfassungsrechtlichen Bedenken bestehen.

**4. Ausweitung von Bildaufzeichnungen nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 NVerfSchG auf nicht-fotografische Bildaufzeichnungen zur Feststellung von Personenpotenzial (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 NVerfSchG-E)**

§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 NVerfSchG-E soll die Möglichkeit, außerhalb von Wohnungen verdeckt fotografische Bildaufzeichnungen vorzunehmen, auf andere Bildaufzeichnungen ausweiten, die dem Zweck der Identifizierung von Personen durch die nachträgliche Erstellung von Einzelbildern dienen. Dabei sind auch hier die Voraussetzungen des § 15

NVerfSchG zu wahren. Die Norm ermöglicht damit insbesondere das Erstellen von Bewegtbildern, ohne dass es hierfür der Voraussetzungen des § 17 NVerfSchG bedarf. Entgegen der Auffassung des Landesdatenschutzbeauftragten (vgl. LT-Drs. 19/5930, S. 13) dürfte deren Vorliegen auch nicht notwendig sein, um einen Eingriff in das Recht auf Informationelle Selbstbestimmung zu rechtfertigen, wie ihn § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 NVerfSchG-E zulassen soll.

Fotografien dürften regelmäßig dann an ihre Grenzen stoßen, wenn eine Person identifiziert werden soll, die sich lediglich für einen kurzen und nicht exakt vorherbestimmbaren Zeitraum in Sichtweite des Verfassungsschutzes aufhält. In diesem Fall ist das Erstellen einer Fotografie, auf der eine Zielperson identifizierbar ist, maßgeblich vom Zufall abhängig. Eine Videoaufnahme erhöht die Chancen, ein entsprechendes Einzelbild zu erstellen. Dazu kommt, dass Eingänge von konspirativen Objekten, aber auch etwa von diplomatischen Vertretungen mit hohem Spionagepotential allein aus Gründen der Personalkapazitäten mitunter nicht durch ein klassisches Observationskommando beobachtet werden, sondern „lediglich“ eine Kamera in einem nahegelegenen Gebäude oder Fahrzeug Videosequenzen ohne dauerhaftes Vor-Ort-Personal aufnimmt, die dann später durch die Verfassungsschutzbehörden auf potentiell relevante Personen hin ausgewertet werden.

Die Norm ist daher geeignet und erforderlich, um eine bessere Identifizierbarkeit von Zielpersonen herbeizuführen. Zwar kann durch die Anfertigung eines Videos grundsätzlich ein detaillierteres Persönlichkeitsprofil gezeichnet werden als durch Fotografien. Angesichts der in der Norm enthaltenen Zweckbindung, die es erfordert, nicht-fotografische Bildaufzeichnungen unverzüglich zu löschen, soweit sie nicht für das Erstellen von Einzelbildern erforderlich sind (vgl. auch LT-Drs. 19/5930, S. 13, 17 f.), dürfte eine solche Maßnahme aber nur unwesentlich tiefer in das Recht auf Informationelle Selbstbestimmung eingreifen als die ohne die besonderen Voraussetzungen des § 17 NVerfSchG bereits zulässige Anfertigung von Fotografien. In Anbetracht der im Wortlaut des Entwurfs enthaltenen klaren Anforderungen an den Verwendungszweck dürfte entgegen der Ansicht des Landesdatenschutzbeauftragten (vgl. LT-Drs. 19/5930, S. 13) auch nicht zu erwarten sein, dass die Videos gespeichert und für andere Zwecke gebraucht werden (so auch die Landesregierung LT-Drs. 19/5930, S. 13).

Eine vergleichbare Zweckbindung enthält auch § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 NVerfSchG nicht, der verdeckte Bildübertragungen und -aufzeichnungen außerhalb von Wohnungen ermöglicht. Daher ist es konsequent, dass eine solche Maßnahme an wesentlich strengere Anforderungen – namentlich die des § 17 NVerfSchG – zu knüpfen ist als die Bildaufzeichnung zur nachträglichen Erstellung von Einzelbildern, die ausschließlich der Identifikation von Personen dienen. Gegen § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 NVerfSchG-E bestehen dementsprechend keine verfassungsrechtlichen Bedenken. Selbstverständlich ist die Aufsicht darüber, dass eine rechtskonforme Verwendung stattfindet, wie in vielen Bereichen des Nachrichtendienstrechts mit Erhebungs- und/oder Verarbeitungsbindung aber sowohl innerdienstlich wie auch durch die zuständigen externen Kontrollorgane zu überwachen.

**5. Erweiterung des Einsatzzeitraumes der kurzfristigen Observation (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 NVerfSchG-E)**

Der Einsatzzeitraum einer kurzfristigen Observation soll gemäß § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 NVerfSchG-E von aktuell 24 Stunden auf bis zu 48 Stunden innerhalb einer Woche erweitert werden. Diese Änderung dürfte verfassungsrechtlich unbedenklich sein. Einen entsprechenden Zeitraum (vgl. Art. 19a BayVSG) hat das Bundesverfassungsgericht bei seiner Prüfung des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes nicht beanstandet (BVerfGE 162, 1). Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, dass zum Beispiel in Hessen (vgl. § 11 Abs. 2 HSVG), Hamburg (vgl. § 17 Abs. 1 HmbVerfSchG) oder Rheinland-Pfalz (vgl. § 17 Abs. 4 Satz 1 LVerfSchG) ebenfalls die 48 Stunden-Höchstgrenze gilt.

Zudem enthält das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz etwa im Vergleich mit dem Bayerischen, Hessischen und Hamburgischen Verfassungsschutzgesetz verhältnismäßig strenge Vorgaben für eine kurzfristige Observation, welche die Rechte der Betroffenen schützen. So sind die Voraussetzungen des § 15 NVerfSchG zu wahren – darunter auch die sofortige Beendigung der Maßnahme, sobald sich Anhaltspunkte ergeben, dass ihr Zweck nicht auf diese Weise erreicht werden kann (vgl. § 15 Abs. 1 Satz 4). Außerdem ist die Verwendung von für Observationszwecke bestimmte technische Mitteln, deren Einsatz nicht ausschließlich der Bestimmung des Aufenthaltsorts einer beobachteten Person dient, nur unter den Voraussetzungen des § 17 NVerfSchG möglich (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 i.V.m. Nr. 4 NVerfSchG).

**6. Angleichung der Voraussetzungen für das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes außerhalb von Wohnungen unter Einsatz technischer Mittel an die einer längerfristigen Observation (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 NVerfSchG-E)**

§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 NVerfSchG-E soll die Voraussetzungen für das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen an die Voraussetzungen einer längerfristigen Observation anpassen. Bislang ist das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes an die wesentlich strengeren Voraussetzungen des § 19 Abs. 1 NVerfSchG i.V.m. § 1 Abs. 1 Nr. 1 und § 3 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes geknüpft. Hiernach bedarf es für den Einsatz dieses Mittels tatsächlicher Anhaltspunkte für den Verdacht, dass jemand entweder eine in § 3 Abs. 1 Artikel 10-Gesetz bezeichnete Katalogstraftat plant, begeht oder begangen hat oder, dass jemand Mitglied einer Vereinigung ist, deren Zwecke oder Tätigkeit darauf gerichtet sind, Straftaten zu begehen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind.

Namentlich der Landesdatenschutzbeauftragte sieht die Absenkung der Anforderungen an einen entsprechenden Eingriff kritisch, da das Mithören des nicht öffentlich gesprochenen Wortes aufgrund getroffener Verhinderungsmaßnahmen des Betroffenen einen tieferen Grundrechtseingriff darstelle als die Bildübertragungen und -aufzeichnungen i.S.v. §

14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 NVerfSchG (vgl. LT-Drs. 19/5930, S. 13). Die geplante Änderung begegnet dennoch keinen durchgreifenden verfassungsrechtlichen Bedenken. Die bereits hohen Anforderungen des § 17 i.V.m. § 3 Abs. 1 Nr. 2 NVerfSchG – namentlich der Zweck des Einsatzes zum Erkenntnisgewinn über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland für eine fremde Macht oder über ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt, das einen Gewaltbezug aufweist oder aus anderen Gründen erhebliche Bedeutung hat – dürften ausreichen, um den mit der Mithör- bzw. Aufzeichnungsmaßnahme verbundenen Eingriff in das Recht auf Informationelle Selbstbestimmung zu rechtfertigen. Überdies ist dieser Eingriff entgegen der Auffassung des Landesdatenschutzbeauftragten jedenfalls nicht zwangsläufig intensiver als verdeckte Bildübertragungen und -aufzeichnungen außerhalb der Wohnung. Zum einen ist bei der Ermittlung der Eingriffsintensität zu berücksichtigen, dass mit einer Bildübertragung bzw. -aufzeichnung grundsätzlich ein stärkerer Eingriff einhergeht als mit dem bloßen Mithören bzw. Aufzeichnen des Wortes. Zum anderen schließt § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 NVerfSchG nicht die Fälle aus, in denen der Betroffene gegen entsprechende Maßnahmen Vorkehrungen getroffen hat.

Auch im Hinblick auf den Schutz der in Art. 10 GG verankerten Grundrechte ist es nicht erforderlich, an das verdeckte Mithören des nicht öffentlich gesprochenen Wortes die Anforderungen von § 19 Abs. 1 NVerfSchG zu stellen. Sofern eine Maßnahme in Art. 10 GG eingreift, fällt diese bereits gemäß § 11 NVerfSchG unter die Voraussetzungen des Artikel 10-Gesetzes. Hinzu kommt, dass das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel in der Regel im Rahmen einer Observation erfolgen dürfte (vgl. LT-Drs. 19/5930, S. 20), deren Anordnung gemäß § 21 Abs. 3 Satz 1 NVerfSchG ohnehin der Zustimmung der G10-Kommission bedarf. Abschließend sei darauf hingewiesen, dass aufgrund des besonderen Schutzes von Art. 13 GG das hier gegenständliche nicht-öffentlich gesprochene Wort kein solches ist, das innerhalb einer Wohnung fällt. Derartige Eingriffe sind nach der geltenden Rechtslage in Niedersachsen – und auch nach dem hiesigen Gesetzentwurf – allgemein unzulässig. Eine Wohnraumüberwachung regt indes der Entschließungsantrag der CDU an (vgl. dazu B. 7).

**7. Ermöglichung des Einsatzes von IMSI-Catchern zur Standortermittlung, § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 11 NVerfSchG**

Gemäß § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 11 NVerfSchG sollen mithilfe sog. IMSI-Catcher, die nach aktueller Rechtslage unter den Voraussetzungen der §§ 15 und 19 NVerfSchG lediglich verwendet werden dürfen, um Geräte- und Kartennummern aktiv geschalteter Mobiltelefone zu ermitteln, künftig auch Standortdaten bestimmt werden dürfen. Damit wird die niedersächsische Rechtslage an die des Bundes aus § 9 Abs. 4 BVerfSchG sowie sämtlicher anderer Länder angepasst (vgl. hierzu § 5b Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 LVSG (BW); Art. 12 Abs. 1 Satz 1 BayVSG; § 27a Abs. 4 Nr. 1 VSG Bln; § 6 Abs. 3 Satz 1 Nr. 11 BbgVerfSchG; § 8 Abs. 1 Nr. 12 BremVerfSchG; § 20 Abs. 1 HmbVerfSchG; § 9 Abs. 1 Nr. 2 HVSG; § 10 Abs. 7 LVerfSchG M-V; § 7b VSG NRW; unter dem Begriff „Verkehrsdaten“ § 14 Abs.

1 LVerfSchG (RP); § 8 Abs. 7 SVerfSchG; § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SächsVSG; § 17a Abs. 6 Satz 1 VerfSchG-LSA; § 8 Abs. 2 Nr. 8b LVerfSchG (SH); § 10 Abs. 1 Nr. 11 ThürVerfSchG).

In Anbetracht der in § 15 und besonders §19 Abs. 1 und 2 NVerfSchG festgelegten hohen Anforderungen an den Einsatz eines IMSI-Catchers bestehen keine verfassungsrechtlichen Bedenken hinsichtlich der geplanten Erweiterung der Norm zur Ermöglichung der Standortermittlung.

**8. Streichung des Verbots des Einsatzes unbemannter Fluggeräte**

Das aktuell in § 14 Abs. 1 Satz 4 NVerfSchG verankerte Verbot des Einsatzes unbemannter Fluggeräte soll gestrichen werden. Damit wird das Verfassungsschutzgesetz an die Regelungen des Bundesverfassungsschutzgesetzes sowie die jener anderen Länder angepasst, die kein dem § 14 Abs. 1 Satz 4 NVerfSchG entsprechendes Verbot beinhalten. Grundsätzliche verfassungsrechtliche Bedenken gegen eine Streichung des Verbots bestehen nicht. Bei der Anordnung einer solchen Maßnahme im Einzelfall ist aber zu beachten, dass ein Drohneneinsatz die Eingriffsintensität regelmäßig nicht unerheblich vertieft. Dies ist im Rahmen der Prüfung der Verhältnismäßigkeit des konkreten Einsatzes und der Anforderungen des § 15 Abs. 1 NVerfSchG zwingend zu berücksichtigen (vgl. *Albrecht/Seidl* in: BeckOK PolR Nds/, 31. Ed. 15. Januar 2025, NPOG § 32 Rn. 17).

**9. Änderung der Anforderungen an die Inanspruchnahme von Gewährspersonen (§ 14 Abs. 3 NVerfSchG-E)**

Gemäß § 14 Abs. 3 Satz 1 NVerfSchG-E sollen Gewährspersonen künftig nicht mehr die Voraussetzungen des § 16 NVerfSchG-E erfüllen müssen. Sie sollen in Anspruch genommen werden können, soweit dies erforderlich ist für den Einsatz eines nachrichtendienstlichen Mittels, zum Schutz der Beschäftigten, Einrichtungen und Gegenstände der Verfassungsschutzbehörde, dem Schutz von Vertrauenspersonen, sonstigen geheimen Informanten und überworbenen Agenten oder für die Beschaffung, Herstellung und Verwendung von Hilfsmitteln (Legenden, Tarnpapieren und Tarnzeichen, vgl. § 14 Abs. 2 NVerfSchG). Einzelheiten sollen durch eine Dienstvorschrift geregelt werden, § 14 Abs. 3 Satz 2 NVerfSchG-E.

Gewährspersonen sind Akteure, die der Verfassungsschutzbehörde logistische Hilfe leisten ohne Vertrauenspersonen, sonstige geheime Informanten oder überworbene Agenten zu sein (§ 14 Abs. 3 Satz 1 NVerfSchG-E). An solche Personen geringere Anforderungen zu stellen ist angesichts dessen sachgerecht, als sie selbst keine Daten erheben und insbesondere keinen von der Behörde initiierten oder unterstützten direkten Kontakt mit Zielpersonen halten. Ihr Einsatz greift regelmäßig nicht in Grundrechte ein. Verfassungsrechtlich bestehen somit keine Bedenken, verwaltungsrechtlich ist die weitere Ausdifferenzierung zwischen den Gruppen sogar begrüßenswert.

**10. Änderung der Voraussetzungen zur Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen aufgrund der Begehung von Straftaten (§ 16 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 NVerfSchG-E)**

Die gesetzlichen Schwellen sollen dahin abgesenkt werden, dass Personen nicht mehr bereits dann von der Tätigkeit als Vertrauensperson (oder sonstiger geheimer Informant bzw. überworbener Agent) ausgeschlossen sind, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie rechtswidrig einen Straftatbestand von erheblicher Bedeutung verwirklicht haben. Nach der Logik von § 16 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 NVerfSchG-E soll es für einen Tätigkeitsausschluss vielmehr Tatvorwürfen wegen eines Straftatbestands von erheblicher Bedeutung bedürfen, die im zentralen staatsanwaltlichen Verfahrensregister eingetragen sind – oder alternativ (sogar) eines Eintrags im Bundeszentralregister wegen der Begehung eines Straftatbestands von erheblicher Bedeutung.

Die geplante Änderung ist zu begrüßen. Die derzeitige Regelung, nach der die nicht für repressive Maßnahmen zuständige Verfassungsschutzbehörde vor Inanspruchnahme einer Vertrauensperson selbst das Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte für die Verwirklichung eines Straftatbestandes zu prüfen hat, führt zu einem nicht unerheblichen Aufwand für die Behörde. Diese Aufgabe den kompetenten Strafgerichten bzw. Strafverfolgungsbehörden zu überlassen, die durch die Änderung ausschließlich den Übermittlungsaufwand – aber keinen Mehraufwand einer zusätzlichen Prüfung – zu tragen haben, ist daher adäquat. Zudem wird so ein Auseinanderfallen der Entscheidungen des Verfassungsschutzes und der Strafverfolgung verhindert und so die Einheit der Rechtsordnung gewahrt. § 16 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 NVerfSchG-E statuiert mit einem Ausschluss bereits bei Eintragung in das zentrale staatsanwaltliche Verfahrensregister strengere Anforderungen an die fehlende Verwirklichung eines Straftatbestandes von erheblicher Bedeutung als etwa § 9b Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 BVerfSchG, der nur im Falle eines Eintrags in das Bundeszentralregister die Inanspruchnahme als Vertrauensperson ausschließt. Die geplante Regelung in Niedersachsen erscheint aber angemessen, um auch den Zeitraum in den Blick zu nehmen, in welchem zwar noch kein Eintrag in das Bundeszentralregister erfolgt, die Eignung als Vertrauensperson aber aufgrund der Tatvorwürfe dennoch höchst zweifelhaft ist. Verfassungsrechtliche Bedenken hinsichtlich der Änderung bestehen nicht.

Zu überlegen wäre jedoch, ob auch in das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz eine Ausnahmeregelung entsprechend § 9b Abs. 2 Satz 3 BVerfSchG für den Fall eingefügt werden sollte, dass der Einsatz der Vertrauensperson zur Aufklärung von Bestrebungen, die auf die Begehung von Straftaten nach § 3 Abs.1 des Artikel 10-Gesetzes gerichtet sind, unerlässlich ist (vgl. zu derartigen absoluten Ausnahmekonstellationen bereits die Zeugenbewertung im 2. PUA der 17. WP des BT (NSU I), Protokoll Nr. 68, S. 14).

**11. Erweiterung des Katalogs der Straftaten, die Vertrauenspersonen begehen dürfen, um szenetypische Straftaten (§ 16 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 NVerfSchG-E)**

Der Katalog der Straftaten, die Vertrauenspersonen während ihrer Tätigkeit als solche begehen dürfen, soll um § 89a StGB (Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat) sowie § 89b StGB (Aufnahme von Beziehungen zur Begehung einer schweren

staatsgefährdenden Gewalttat) erweitert werden. Die Neuregelung des § 16 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 NVerfSchG-E soll insbesondere Vertrauenspersonen in „klandestinen jihadistischen Gruppen“ gerecht werden, die sich dort regelmäßig der Gefahr der Verwirklichung solcher Straftaten aussetzen, (vgl. LT-Drs. 19/5930, S. 22). Diese Erweiterung des Kataloges ist aus praktischer Sicht nachvollziehbar und bleibt in jener Logik, der auch die bundesgesetzliche Parallelnorm aus § 9 Abs. 2 Satz 3 BVerfSchG entspricht, indem sie sich auf gegen die Allgemeinheit gerichtete (Staatsschutz-)Delikte bezieht und klassische Individualdelikte bereits von vornherein ausnimmt (zum diesbezüglichen Willen des für das Strafrecht vorrangig zuständigen Bundesgesetzgebers vgl. BT-Drs. 18/4654, S. 26 f.).

Die Ergänzung in Satz 3, dass die Begehung der Straftat nicht nur – wie zuvor – unumgänglich, sondern zusätzlich auch für die Aufklärung der Bestrebung oder Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 unerlässlich sein muss, dürfte angesichts der bis dato ohnehin vorzunehmenden Verhältnismäßigkeitsprüfung vornehmlich eine klarstellende Funktion erfüllen, ist als Ausdruck des Gesetzgebers für eine besonders restriktive Abwägung aber sicherlich in grundrechtlicher Hinsicht keine Verschlechterung des status quo.

Nur der Vollständigkeit halber sei darüber hinaus auf folgendes hingewiesen:

Der aktuelle § 16 Abs. 4 Satz 1 NVerfSchG greift berechtigterweise die Problematik auf, dass innerhalb extremistischer Szenen oftmals zur Erprobung die Begehung szenetypischer Straftaten gefordert wird, bei deren Nichterfüllung über ein „Verbrennen“ der eingesetzten Verdeckten Ermittler oder Vertrauenspersonen hinaus auch eine Gefährdung von Leib und Leben droht. Die langjährige Praxis zwischen Polizeien, Staatsanwaltschaften und Verfassungsschutzbehörden über die Möglichkeit des Verfolgungsverzichts auf Basis von Richtlinien oder Einzelfallbewertungen war mit einer enormen Rechtsunsicherheit verbunden. Auch der Bezug auf ein Amts- bzw. Dienstrecht verfing vor den Strafgerichten nicht mehr (vgl. die Zeugenbewertung im 2. PUA der 17. WP des BT (NSU I), Protokoll Nr. 68, S. 4).

Vor diesem Hintergrund hat der Bundesgesetzgeber mittlerweile § 9a Abs. 2 BVerfSchG eingefügt. Dieser verzichtet zwar darauf, ausdrückliche strafrechtliche Rechtfertigungsgründe zu benennen, sondern spricht vielmehr nur davon, die Personen „dürften tätig werden“ bzw. „ihre Beteiligung an Bestrebungen im Einsatz“ sei unter der Erfüllung bestimmter Voraussetzungen „zulässig“. Nach der Gesetzesbegründung (BT-Drs. 18/4654, S. 26 f.) sowie der Kommentarliteratur (vgl. besonders *Graulich* in: Schenke/Graulich/Ruthig (Hrsg.), Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, BVerfSchG, § 9a Rn. 14: „gerechtfertigte Handlungen“) ist aber hinreichend eindeutig, dass der Bundesgesetzgeber hier ausdrücklich eine strafgesetzliche Rechtfertigung vorsehen wollte, sodass es eines Verfolgungsverzichts nicht bedarf. Dies unterscheidet sich von dem in § 9a Abs. 3 BVerfSchG geregelten fakultativen Strafverfolgungsverzicht, der besonders die – nach einhelliger Meinung hier nicht rechtfertigungsfähigen – Straftaten mit Individualrechtsgutsverletzung in den Blick nimmt.

Unklar bleibt aber, auf welcher Kompetenzgrundlage das Land Niedersachsen in § 16 Abs. 4 Satz 1 NVerfSchG ebenfalls eine Regelung vorgenommen hat, die das Verwirklichen bestimmter (hier kataloghaft aufgelisteter) Straftatbestände gegen die Allgemeinheit rechtfertigen kann. Anders als bei § 9a Abs. 3 BVerfSchG, der das „Kann"-Absehen von staatsanwaltschaftlicher Verfolgung auch für die Landesverfassungsschutzbehörden anordnet, fehlt es in § 9a Abs. 2 BVerfSchG eines entsprechenden Befehls. Anerkannt ist zwar, dass der Bund von seiner Gesetzgebungskompetenz im Strafrecht nicht vollständig Gebrauch gemacht hat und es daher etwa zulässig ist, nebenstrafrechtliche Tatbestände durch die Landesparlamente zu errichten (vgl. zu „Schulschwänzer-Paragraphen" etwa BVerfG NJW 2015, 44). Ob sich dies aber auch darauf erstreckt, im Strafgesetzbuch vorgesehene Tatbestände mit einer dort nicht geschriebenen Rechtfertigung zu versehen, lässt sich aber zumindest nicht eindeutig klären. Entsprechende Überlegungen sind insbesondere nicht den seinerzeitigen Gesetzgebungsmaterialien des Bundes oder des Landes Niedersachsen zu entnehmen. Da das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz gemeinhin als im deutschen Nachrichtendienstrecht vorbildliches Ordnungsgesetz gilt, wäre es erwägenswert, die Kompetenz zur Errichtung von § 16 Abs. 4 Satz 1 NVerfSchG jedenfalls in der Gesetzesbegründung näher zu bezeichnen.

**12. Redaktionelle Anpassung der besonderen Auskunftsverlangen an die Verweisungen auf die Vorschriften im Telemediengesetz und Telekommunikationsgesetz (§ 20 Abs. 1 und 2 NVerfSchG-E)**

Die redaktionelle Anpassung der besonderen Auskunftsverlangen an die Verweisungen auf die Vorschriften im Telemediengesetz und Telekommunikationsgesetz, die durch § 20 Abs. 1 und 2 NVerfSchG-E erfolgen soll, begegnet keinen rechtlichen Bedenken.

**13. Absenkung der Voraussetzungen für eine Kontostammdatenabfrage (§ 20 Abs. 4 NVerfSchG-E und § 21 Abs. 3 Satz 2 NVerfSchG-E)**

Mit § 20 Abs. 4 NVerfSchG-E sollen die Voraussetzungen für eine Kontostammdatenabfrage abgesenkt werden. Bisher darf diese nur im Einzelfall und nur unter engen Voraussetzungen erfolgen. Hierzu zählt, dass die Datenabfrage zu einer planmäßigen Beobachtung und Aufklärung nach § 6 Abs. 1 Satz 1 oder § 7 Abs. 1 Satz 1 NVerfSchG oder zur Erfüllung einer Aufgabe nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 NVerfSchG erforderlich ist. Darüber hinaus müssen tatsächliche Anhaltspunkte für eine schwerwiegende Gefahr für ein in § 3 Abs. 1 genanntes Schutzgut vorliegen (§ 20 Abs. 4 i.V.m. Abs. 3 Satz 2 NVerfSchG). Solcher tatsächlicher Anhaltspunkte für eine schwerwiegende Gefahr für ein Verfassungsschutzgut soll es indes künftig nicht mehr bedürfen. Zudem soll auch eine Kontostammdatenabfrage zur Überprüfung von Vertrauenspersonen, sonstigen geheimen Informanten, überworbenen Agenten und Gewährspersonen möglich sein.

Durchgreifende verfassungsrechtliche Bedenken bestehen nicht. Zwar greift die Kontostammdatenabfrage in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ein (vgl. zur Kontostammdatenabfrage im Steuerrecht BVerfGE 118, 168, 186). Mittels einer Ab-

frage i.S.v. § 20 Abs. 4 NVerfSchG-E können aber ausschließlich die Konto- bzw. Depotnummer, das Datum von Eröffnung und Auflösung sowie Geburtsdaten und Anschriften von Inhaber und Verfügungsberechtigten in Erfahrung gebracht werden – Informationen über Kontostand oder Kontobewegungen hingegen nicht (vgl. zum BVerfSchG *Gärditz* in: Dietrich/Eiffler (Hrsg.), Handbuch des Rechts der Nachrichtendienste, 2017, Kap. VI § 1 Rn. 38; *Mallmann* in: Schenke/Graulich/Ruthig, Sicherheitsrecht des Bundes, BVerfSchG § 8a Rn. 20). Der Eingriff wiegt dabei somit jedenfalls nicht wesentlich schwerer als die, bereits von § 20 Abs. 2 NVerfSchG erfasste, Bestandsdatenauskunft (so auch *Gärditz* in: Dietrich/Eiffler, Hdb-RdNd, Kap. VI § 1 Rn. 39). Angesichts dessen ist die Intensität des Eingriffs bei einer Kontostammdatenabfrage nicht derart ausgeprägt, dass es für seine Rechtfertigung zwingend des Vorliegens tatsächlicher Anhaltspunkte für eine schwerwiegende Gefahr für ein Verfassungsschutzgut bedarf (*Gärditz* in: Dietrich/Eiffler (Hrsg.), Handbuch des Rechts der Nachrichtendienste, 2017, Kap. VI § 1 Rn. 39, Rn. 28).

Aus den genannten Gründen ist auch die derzeit noch vorgesehene Einholung der Zustimmung der G 10-Kommission (§ 21 Abs. 3 Satz 2 NVerfSchG) verfassungsrechtlich nicht geboten und deren Streichung daher unbedenklich.

**14. Überprüfung der additiven Wirkung von nachrichtendienstlichen Mitteln wird unter die aufsichtliche Kontrolle der oder des Vorsitzenden der G 10-Kommission gestellt (§ 21 Abs. 3 Sätze 3 und 4 NVerfSchG-E)**

Mit § 21 Abs. 3 Satz 3 NVerfSchG-E soll die Verfassungsschutzbehörde zur Information der G 10-Kommission über sämtliche, zeitgleich eingesetzte nachrichtendienstliche Mittel sowie besonderer Auskunftsverlangen verpflichtet werden, die der Zustimmung der Kommission unterliegen. Nach § 21 Abs. 3 Satz 4 NVerfSchG-E prüft die G 10-Kommission im Rahmen der Zustimmung neben der stets zu untersuchenden Zulässigkeit und Notwendigkeit des Einsatzes im Fall des Satzes 3 zusätzlich, ob sich aus der Summe der eingesetzten Mittel bzw. Auskunftsverlangen ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Grundrechte der von den Maßnahmen betroffenen Person ergibt. An der Verfassungskonformität der Änderung bestehen keine Zweifel. Es handelt sich vielmehr um eine Anpassung an die aktuelle Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (vgl. insbesondere BVerfGE 162, 1, 130 ff.).

**15. Anpassung der Mitteilungspflichten (§ 22 Abs. 1 NVerfSchG-E)**

Mit § 22 Abs. 1 NVerfSchG-E sollen die Mitteilungspflichten dahin angepasst werden, dass eine Mitteilung des Einsatzes nachrichtendienstlicher Mittel nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 6 bis 12 NVerfSchG nach seiner Beendigung nicht mehr an jegliche Betroffene zu erfolgen hat, sondern ausschließlich an *erheblich* betroffene Personen.

Nach derzeitiger Rechtslage sind betroffene und damit Mitteilungspflichten auslösende Personen aufgrund des Verweises in § 33 b NVerfSchG nach § 24 Nr. 1 NDSG als *iden-*

*tifizierte oder identifizierbare natürliche Person* zu definieren. Diese umfassenden Mitteilungspflichten möchte die Landesregierung durch die Neuregelung einschränken (LT-Drs. 19/5930, S. 26). Die Begründung des Gesetzentwurfs sieht vor, dass von § 22 Abs. 1 NVerfSchG-E regelmäßig die jeweilige Zielperson sowie weitere Personen erfasst sind, über die wiederholt Erkenntnisse derart gesammelt wurden, dass dies in der Summe einen Eingriff in deren Grundrechte begründet (LT-Drs. 19/5930, S. 26). Diese Definition ist ein wenig widersprüchlich, da auch im Falle einer unerheblichen Betroffenheit – etwa bei dem von der Regierung geschilderten Beispiel, dass eine Person im Rahmen einer Bildübertragung und -aufzeichnung nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 in den Blickwinkel des Kameraobjektivs läuft und unbeabsichtigt mitaufgenommen wird (LT-Drs. 19/5930, S. 26) – bereits ein Grundrechtseingriff von jedenfalls sehr geringer Intensität anzunehmen sein dürfte. Die Definition bedarf daher einer Überarbeitung. Sie muss klar und bestimmt sein, darf keine zu hohen Anforderungen an die Erheblichkeit stellen und sollte dabei zugleich Eingriffe von sehr geringer Intensität und solche bei denen nicht davon auszugehen ist, dass die betroffene Person ein Interesse an der Mitteilung hat, von der Mitteilungspflicht ausschließen. Die geplante Verwendung von Regelbeispielen ist zu begrüßen.

Um sicherzustellen, dass die Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts gewahrt sind, wäre es indes vorzugswürdig, statt einer Beschränkung der Mitteilungspflicht auf erheblich betroffene Personen *einen Ausschluss für nur unerheblich betroffene Personen, bei denen nicht anzunehmen ist, dass sie ein Interesse an einer Benachrichtigung haben, vorzusehen*. Eine vergleichbare Regelung in § 74 Abs. 1 Satz 3 BKAG hat das Bundesverfassungsgericht bereits für verfassungsgemäß erklärt (BVerfGE 141, 220, 260). Auch § 101 Abs. 4 Satz 4 StPO enthält einen entsprechenden Wortlaut. Eine gelungene verfassungsschutzrechtliche Regelung, die diese Kriterien berücksichtigt und Ausnahmen von der grundsätzlichen Mitteilungspflicht klar und verständlich festsetzt, enthält etwa § 8b Abs. 2 und 3 BayVSG.

Im Ergebnis dürfte der Ausschluss einer Mitteilung von nur unerheblich betroffenen Personen zwar verfassungsgemäß sein. Es wäre aber vorzugswürdig, statt der „erheblichen“ auf eine „nicht nur unerhebliche“ Betroffenheit abzustellen. Sollte entgegen dem hiesigen Vorschlag kein BKAG und StPO entsprechender Wortlaut verwendet werden, ist zumindest darauf zu achten, dass aus der Dienstvorschrift klar, verständlich und widerspruchsfrei hervorgeht, dass eine Person jedenfalls immer dann erheblich betroffen ist, wenn kein bloß unerheblicher Grundrechtseingriff vorliegt oder anzunehmen ist, dass die betroffene Person ein hinreichendes Interesse an einer Mitteilung hat.

**16. Streichung des Verbots und Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Übermittlung von Daten aus einer Wohnraumüberwachung an die Verfassungsschutzbehörde (§ 25 Abs. 2 Satz 3 NVerfSchG-E)**

Das bisherige Verbot eines Ersuchens der Übermittlung von Daten aus einer Wohnraumüberwachung an die Verfassungsschutzbehörde in § 23 Abs. 5 Satz 3 NVerfSchG soll aufgehoben werden. § 23 Abs. 5 Satz 3 NVerfSchG-E verweist für die Voraussetzungen

eines solchen Ersuchens auf § 25 Abs. 2 Satz 3 NVerfSchG-E. Dieser soll eine Rechtsgrundlage für die Übermittlung von Daten aus einer Wohnraumüberwachung nach § 100 c StPO oder § 35 a NPOG an die Verfassungsschutzbehörde schaffen. Die Übermittlung soll nur zulässig sein zur Beobachtung oder Aufklärung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts oder zur Erfüllung einer Aufgabe nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 NVerfSchG. Zudem bedarf es „einer im Hinblick auf das Ausmaß des zu erwartenden Schadens und die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts erhöhten Gefahr für eines der in § 30 Abs. 1 Satz 2 NVerfSchG genannten besonders gewichtigen Rechtsgüter".

§ 25 Abs. 2 Satz 3 NVerfSchG-E genügt voraussichtlich nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen an eine solche Regelung. Eine akustische oder optische Wohnraumüberwachung darf gemäß Art. 13 Abs. 4 GG – unabhängig von der Art der erhebenden Behörde – ausschließlich zur Abwehr einer dringenden Gefahr für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr erfolgen (BVerfGE 162, 1, 81 f.; BVerfG NVwZ-RR 2025, 10, 12). Eine Übermittlung der erlangten Befugnisse ist zwar grundsätzlich möglich. Da diese allerdings einen neuen, mit der Erhebung vergleichbaren Grundrechtseingriff darstellt, muss die Übermittlung aber demjenigen Maßstab genügen, der nach der Verfassung für entsprechende eigene Grundrechtseingriffe der empfangenden Stelle gilt (BVerfG NVwZ-RR 2025, 10, 12 m.w.N.). Im Falle von Daten, die durch eine Wohnungsüberwachung erhoben worden sind, ist dies nur erfüllt, wenn die Weitergabe der Daten aufgrund einer den Erhebungsvoraussetzungen entsprechend dringenden Gefahr erforderlich ist (vgl. BVerfGE 162, 1, 107 f.; BVerfG NVwZ-RR 2025, 10, 14; BVerfGE 141, 220, 291). Demnach ist die Übermittlung von aus einer Wohnraumüberwachung erlangten Informationen nur dann mit Art. 13 Abs. 4 GG vereinbar, wenn sie die Abwehr einer dringenden Gefahr für die öffentliche Sicherheit bezweckt. Da diese Aufgabe originär den Polizeibehörden zufällt und das Trennungsgebot eine strikte Trennung polizeilicher Befugnisse von solchen des Verfassungsschutzes gebietet, ist eine Übermittlung an letzteren überdies nur dann zulässig, wenn geeigneter polizeilicher Schutz für das gefährdete Rechtsgut nicht rechtzeitig erlangt werden kann (vgl. BVerfGE 162, 1, 85 f.; siehe beispielsweise § 9 Abs. 2 Satz 1 BVerfSchG).

Auf die Frage, ob § 25 Abs. 2 Satz 3 NVerfSchG-E durch die gewählte Formulierung „bei einer im Hinblick auf das Ausmaß des zu erwartenden Schadens und die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts erhöhten Gefahr für eines der in § 30 Abs. 1 Satz 2 NVerfSchG genannten besonders gewichtigen Rechtsgüter" das Erfordernis einer dringenden Gefahr den Anforderungen des Art. 13 Abs. 4 GG entsprechend statuiert, kann vorliegend dahinstehen. Aus der Norm geht jedenfalls nicht klar hervor, dass die Übermittlung die Abwehr ebendieser Gefahr bezwecken soll (vgl. zur Erforderlichkeit der Zweckbestimmung BVerfGE 162, 1, 133 ff.). Nach dem Wortlaut von § 25 Abs. 2 Satz 3 NVerfSchG-E würde es vielmehr ausreichen, wenn eine solche beispielsweise zufällig zeitgleich mit der Übermittlung vorliegt. Als mögliche Übermittlungszwecke treten aus § 25 Abs. 2 Satz 3 NVerfSchG-E lediglich die Beobachtung oder Aufklärung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts sowie die Erfüllung einer Aufgabe nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 NVerfSchG hervor. Zudem fehlt es an der erforderlichen Subsidiaritätsregelung.

In Anbetracht dessen, dass eine den verfassungsrechtlichen Anforderungen entsprechende Normierung vor allem aufgrund der Zweckbindung und des Subsidiaritätserfordernisses nur einen begrenzten Anwendungsbereich hätte, wird angeregt, die Notwendigkeit einer Rechtsgrundlage hierfür zu überdenken. Schließlich dürfte eine Übermittlung von aus einer Wohnraumüberwachung erlangten Daten an die Verfassungsschutzbehörde in der Praxis zumindest aufgrund des Subsidiaritätsgebots höchst selten erforderlich sein.

**17. Überarbeitung und Neustrukturierung der Übermittlungsvorschriften unter Anpassung an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts (§§ 30 bis 32 NVerfSchG-E)**

Die Überarbeitung und Neustrukturierung der Übermittlungsvorschriften durch §§ 30-32 NVerfSchG-E unter Anpassung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts – insbesondere BVerfGE 162, 1 – ist dringend erforderlich und somit zu begrüßen. § 30 NVerfSchG-E zeigt die Grundsätze für die Übermittlung personenbezogener Daten auf, § 31 regelt Spezifika zur Übermittlung personenbezogener Daten an Behörden zur Umsetzung operativer Befugnisse und § 32 befasst sich mit der Übermittlung an sonstige Behörden und Stellen. Die Umsetzung des Urteils zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz und von Folgeentscheidungen in das niedersächsische Landesrecht ist mit der Neufassung der §§ 30 bis 32 NVerfSchG-E gelungen.

**18. Anpassung des § 4 Abs. 5 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes (Nds. AG G 10) mit § 12 des Artikel 10-Gesetzes, in dem das Zustimmungserfordernis bei vorläufiger Nichtmitteilung nach drei Monaten gestrichen wird**

§ 4 Abs. 5 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes (Nds. AG G 10) wurde – schlichtweg – an das novellierte Artikel-10 Gesetz selbst angepasst. Vor diesem Hintergrund bestehen keine rechtlichen Bedenken.

## B. Entschließungsantrag der CDU-Fraktion (Drs. 19/5071)

Der von der Fraktion der CDU am 20. August 2024 in den Landtag eingebrachte Entschließungsantrag *Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken – Verfassungsschutzgesetz grundlegend reformieren* (LT-Drs. 19/5071) beinhaltet neben bereits im zeitlich später dem Parlament zugeleiteten Gesetzesentwurf der Landesregierung verorteten Änderungen weitere gesetzliche Anpassungsvorschläge. Sie werden im Folgenden soweit gewürdigt, als sie nicht bereits in den Regierungsentwurf eingeflochten sind.

**1. Beobachtung von Organisierter Kriminalität als weitere Aufgabe des Verfassungsschutzes**

Das Sammeln und Auswerten von Informationen im Zusammenhang mit Organisierter Kriminalität gehört aktuell in drei Ländern zum Aufgabenspektrum des Verfassungsschutzes; nämlich in Bayern (Art. 3 Satz 2 BayVSG), Hessen (§ 2 Abs. 2 Nr. 5 HVSG) und dem

Saarland (§ 3 Abs. 1 Nr. 4 SVerfSchG). Teilweise wird die Bekämpfung von Organisierter Kriminalität – sogar ohne explizite Regelung in einer Aufgabennorm und ohne tatsächliche Anhaltspunkte für den Versuch einer Beeinflussung staatlicher Organe – stets als Auftrag der Verfassungsschutzbehörden verstanden. Begründet wird dies damit, dass Organisierte Kriminalität auch bei einer originär wirtschaftlichen Zielsetzung Staaten „von unten nach oben zersetzen" könne (*Roth* in: Schenke/Graulich/Ruthig (Hrsg.), Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, BVerfSchG, § 4 Rn. 26 m.w.N.). Die CDU-Fraktion möchte die Beobachtung von Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität als neue Aufgabe des Verfassungsschutzes festlegen (LT-Drs. 19/5071, Eckpunkt 1).

Eine entsprechende Normierung in Niedersachsen wäre nur zulässig, wenn sie sich auf die Sammlung und Auswertung von Informationen im Landesgebiet beschränkt. Selbstredend ist das Trennungsprinzip (§ 5 NVerfSchG) zwingend einzuhalten. Dieses gebietet auch im Hinblick auf Organisierte Kriminalität eine Begrenzung der Tätigkeit des Verfassungsschutzes auf Vorfeldermittlungen, die auf den Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder abzielen (§ 1 NVerfSchG; vgl. zum Trennungsgebot in der Sächsischen Verfassung auch SächsVerfGH, NVwZ 2005, 1310, 1310 ff.). Diese Begrenzung sollte sich jedenfalls aus Klarstellungsgründen unmittelbar aus einer entsprechenden Normierung ergeben. Zudem wäre eine Definition des – teils sehr umfassend verstandenen und politisch kontrovers diskutierten – Begriffs der Organisierten Kriminalität erforderlich, um dem Bestimmtheitsgebot zu genügen.

Vorteile gegenüber einer alleinigen Zuständigkeit der Polizei zur Bekämpfung Organisierter Kriminalität im Land könnten sich etwa aus nachrichtendienstlichem Spezialwissen – auch durch den Kontakt mit anderen deutschen oder ausländischen Diensten – sowie der Möglichkeit des Einsatzes nachrichtendienstlicher Mittel ergeben (vgl. BayLT-Drs. 17/10014, S. 22). Wenn die Beobachtung von Organisierter Kriminalität in das Aufgabenfeld des Niedersächsischen Verfassungsschutzes aufgenommen würde, bedürfte es aber jedenfalls einer Erhöhung der personellen Kapazität der Verfassungsschutzbehörde, um der neuen Aufgabe angemessen gerecht zu werden. Letztlich bleibt es eine politische Frage, ob eine entsprechende Befugniserweiterung angezeigt ist.

**2. Anpassung der Zweijahresfrist zur Überprüfung des Vorliegens der Voraussetzungen für eine Einstufung als Beobachtungsobjekt (Änderung des § 6 Abs. 3 NVerfSchG)**

Spätestens zwei Jahre nach der Bestimmung zum Beobachtungsobjekt oder einer Verlängerung verlangt § 6 Abs. 3 Satz 1 NVerfSchG von der Verfassungsschutzbehörde die Überprüfung, ob die Voraussetzungen hierfür noch vorliegen. Trifft dies nicht zu, ist die Bestimmung zum Beobachtungsobjekt gemäß § 6 Abs. 3 Satz 2 NVerfSchG aufzuheben. Die CDU-Fraktion fordert statt dieser starren Zweijahresfrist eine Regelung, die der des § 12 Abs. 3 Satz 1 BVerfSchG ähnelt (LT-Drs. 19/5071, Eckpunkt 3). Hiernach sind die

Voraussetzungen bei der Einzelfallbearbeitung und nach festgesetzten Fristen, spätestens nach fünf Jahren, zu überprüfen. Gegebenenfalls sind gespeicherte Informationen zu berichtigen oder löschen.

Zu beachten ist, dass sich § 12 Abs. 3 Satz 1 BVerfSchG mit der Pflicht zur Löschung oder Berichtigung personenbezogener Daten befasst – und nicht unmittelbar mit einer möglichen Überprüfungsdauer. Aufgrund der vom Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz abweichenden Struktur des Bundesverfassungsschutzgesetzes fehlt es entsprechend auch an einer ausdrücklich normierten Dauer der jeweiligen Beobachtungsphasen. Aufgrund der konkreten Regelung der Klassifizierung der Zielobjekte bedarf es in Niedersachsen indes (irgend)einer Bestimmung zur zeitlichen Ausgestaltung von Einstufungen. Grundsätzlich sollte an der ausdrücklichen Normierung der Einstufungskategorien eindeutig festgehalten werden, da sie dem Bürger ebenso wie der Verfassungsschutzbehörde selbst gesteigerte Orientierung bieten, sowie angesichts der Bedeutung von Einstufungen eine eigene Festlegung durch den Gesetzgeber geboten ist.

Da sich die Dauer einer erforderlichen, verhältnismäßigen Beobachtung einzelfallabhängig durchaus unterscheiden und zudem gerade bei größeren Bestrebungen der Prüfaufwand enorm groß sein kann, scheint eine Anhebung der bislang zweijährigen Prüffrist zwar durchaus zweckmäßig. Das Rechtsstaatsprinzip gebietet aber – namentlich aufgrund der potenziellen Grundrechtsintensität der mit einer Einstufung als Beobachtungsobjekt einhergehenden Befugnisse des Verfassungsschutzes – die Beibehaltung einer (noch) angemessenen Frist. Ob ein fünfjähriger Turnus hierfür von Verfassungs wegen ausreichte, lässt sich schwerlich beurteilen. Möglicherweise wäre es daher in einem ersten Schritt zu erwägen, die Frist zunächst auf drei Jahre zu erhöhen und die Umsetzung zu erproben.

### 3. Beschränkung der Mitteilungspflichten in § 6 Abs. 4 NVerfSchG

Gemäß § 6 Abs. 4 NVerfSchG soll die Verfassungsschutzbehörde nach Beendigung der Bestimmung zum Beobachtungsobjekt den ihr bekannten in dem Personenzusammenschluss verantwortlich tätigen Personen oder der Einzelperson die Beendigung der Beobachtung mitteilen. Die CDU-Fraktion möchte dieses Erfordernis nach dem Vorbild des § 8b BayVSG auf jene Fälle beschränken, in denen nachrichtendienstliche Mittel angewendet werden (LT-Drs. 19/5071, Eckpunkt 4). Angesichts der fehlenden Normierung der Klassifizierungen im Bundesverfassungsschutzgesetz und den Verfassungsschutzgesetzen der Länder, mangelt es in der Konsequenz auch an dem Erfordernis einer Mitteilung bei Beendigung der Einstufung als Beobachtungsobjekt. Da das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz an die Einstufung als Beobachtungsobjekt konkrete, in Grundrechte eingreifende Befugnisse knüpft, bedarf es hier grundsätzlich auch einer Mitteilung der Beendigung dieses Status.

Eine solche dürfte indes verfassungsrechtlich nicht zwingend geboten sein, wenn während der gesamten Beobachtung keinerlei nachrichtendienstliche Mittel angewendet wur-

den und auch die Öffentlichkeit nicht über die Einstufung informiert wurde (eigener Grundrechtseingriff). In Betracht kämen somit zwar, aber auch nur Fälle eher unbedeutender Legalisten, die lediglich offen beobachtet und nicht im Verfassungsschutzbericht oder weiteren Publikationen erwähnt wurden. Inwieweit dies auf die Lage in Niedersachsen zutrifft, lässt sich mangels entsprechender Erkenntnisse von hieraus nicht prognostizieren.

Eine Anpassung des die Mitteilung an Betroffene regelnden § 22 NVerfSchG nach dem Vorbild des § 8b BayVSG – insbesondere die Nachbildung der Ausnahmevorschriften in § 8b Abs. 2 und Abs. 3 BayVSG – wäre unabhängig davon zu begrüßen (vgl. hierzu näher A. 15).

**4. Anpassung der Regelungen zum Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung bei zeugnisverweigerungsberechtigten Personen (Änderung des § 10 Abs. 4 NVerfSchG)**

Derzeit regelt § 10 Abs. 1, Abs. 4 NVerfSchG, dass Daten aus dem durch das Berufsgeheimnis geschützten Vertrauensverhältnis nach §§ 53 und 53a StPO dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind und deren Erhebung daher nicht gestattet ist. Abweichend ist dies in § 31a Abs. 2 NPOG geregelt: Hiernach sind Maßnahmen nicht gänzlich untersagt, die sich gegen eine in § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, 3a, 3b, 5 StPO genannte Person richten (mit Ausnahme von Rechtsanwälten, nach § 206 BRAO in eine Rechtsanwaltskammer aufgenommenen Person oder Kammerrechtsbeiständen). Dieser Umstand ist lediglich im Rahmen der Prüfung der Verhältnismäßigkeit unter Würdigung des öffentlichen Interesses und des Interesses an der Geheimhaltung der dieser Person anvertrauten oder bekannt gewordenen Tatsachen besonders zu berücksichtigen.

Die CDU-Fraktion fordert eine Anpassung der Regelung im Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz an die des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (LT-Drs. 19/5071, Eckpunkt 7). Hierdurch würde der Verfassungsschutzbehörde etwa ermöglicht, bei Ärzten Daten zu erheben, soweit hierfür ein besonderes öffentliches Interesse besteht, das den mit der Datenerhebung verbundenen Eingriff im Einzelfall rechtfertigt. Jedenfalls soweit man die polizeirechtliche Spiegelnorm nichts als verfassungswidrig erachtet – wofür keine eindeutigen Anhaltspunkte sprechen –, wäre eine Anpassung im niedersächsischen Verfassungsschutzrecht sicherlich gut nachvollziehbar. Die dortige Rechtslage entspräche dann im Übrigen jener von § 3b Abs. 2 des Artikel 10-Gesetzes.

**5. Angleichung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes an die Ergebnisse der Innenministerkonferenz 2017 zur Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder zur Quellen-TKÜ**

Anlässlich der Stärkung des Einsatzes von Quellen-TKÜ fordert die CDU-Fraktion eine Anpassung der niedersächsischen Rechtslage an die von der Innenministerkonferenz 2017 erarbeiteten Vorschläge (vgl. Anlage 4 zum Bericht der länderoffenen Arbeitsgruppe des AK IV über die Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder vom 29. August 2017). Diese hatten seinerzeit eine Anpassung von § 3 des

Artikel 10-Gesetzes zum Gegenstand, auf den § 11 NVerfSchG für die Kompetenzen der niedersächsischen Landesbehörde schlichtweg verweist. Nach der bisherigen Logik von § 3 Artikel 10-Gesetz ist eine niedrige Nachweishürde (tatsächliche Anhaltspunkte) bei einem hohen Schutzgut (Verdacht für Katalogstraftat) vonnöten. Der Vorschlag der Innenministerkonferenz sah vor, neben diese Schwelle eine weitere zu setzen, die quasi umgekehrt eine hohe Nachweishürde (konkretisierte Gefahr) für vergleichsweise geringe Schutzgüter (neben Leib, Leben und Freiheit etwa auch nur bedeutende Sachgüter in öffentlichem Erhaltungsinteresse oder schlichtweg Verfassungsschutzgüter) vorsieht.

Verfassungsrechtlich ist der Vorschlag aufgrund der zunehmend enger werdenden Judikatur des Bundesverfassungsgerichts zwar durchaus kritisch zu beleuchten. Er dürfte aber zumindest dann zulässig sein, wenn die Möglichkeit eines Eingriffs in Art. 10 GG bei Vorliegen einer konkretisierten Gefahr für eines der oben genannten Schutzgüter eine Zweckbindung beinhaltet, die den Eingriff ausschließlich zur Abwehr dieser Gefahr zulässt. Schon aus Gründen der gewünschten weitgehenden Einheitlichkeit der Verfassungsschutzgesetze kann eine solche Änderung nur durch Anpassung des Artikel 10-Gesetzes erfolgen und nicht durch eine isolierte Erweiterung von § 11 NVerfSchG. Der Vorschlag der CDU-Fraktion könnte somit etwa per erneuter Initiative des Landes Niedersachsen in der Innenministerkonferenz oder unmittelbar im Bundesrat platziert werden.

## 6. Überprüfung der Altersgrenze

Bereits in der letzten Änderung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes wurden die Regelungen zur Altersgrenze einer möglichen Datenerhebung durch den Verfassungsschutz angepasst. Die CDU-Fraktion fordert in ihrem Entschließungsantrag die weitere Überprüfung der nun bestehenden Altersgrenze und eine entsprechende Änderung des § 13 NVerfSchG (LT-Drs. 19/5071, Eckpunkt 9). Derzeit ist eine Erhebung personenbezogener Daten über solche Minderjährige, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, gemäß § 13 Abs. 1 NVerfSchG unzulässig.

Gegen eine weitergehende Herabsetzung des Alters bestehen keine grundsätzlichen rechtlichen Bedenken. Insbesondere gelten für die Sammlung und Auswertung von Informationen durch den Verfassungsschutz nicht die gleichen Anforderungen wie für die Strafbarkeit. Im Rahmen der Datenerhebungen durch den Verfassungsschutz kommt es nicht auf die Frage der Schuldfähigkeit der betroffenen Personen an. Vielmehr ist stets zu untersuchen, ob die (potenzielle) Gefährdung eines Verfassungsschutzguts den durch die Datenerhebung entstehenden Eingriff in die Positionen des Betroffenen rechtfertigen kann. Unter Berücksichtigung des Umstands, dass auch von Minderjährigen bereits eine solche Gefährdung ausgehen kann, erscheint eine vollständige Beschränkung der Zulässigkeit einer Datenerhebung bis zu einem gewissen Alter weder zweckmäßig noch geboten. Zu berücksichtigen ist allerdings der Aspekt des Minderjährigenschutzes. Diesem dürften die Anforderungen an eine Datenerhebung, die § 13 in den Absätzen 2-4 statuiert jedoch genügen. Insbesondere, da bei betroffenen Minderjährigen ihr Alter in der konkreten Verhältnismäßigkeitsprüfung zu berücksichtigen ist.

## 7. Wiedereinführung der Wohnraumüberwachung sowie Einführung der Online-Durchsuchung

Derzeit hat die Niedersächsische Verfassungsschutzbehörde weder die Befugnis für eine Wohnraumüberwachung noch für eine Online-Durchsuchung. Die CDU-Fraktion möchte beides einführen (LT-Drs. 19/5071, Eckpunkt 10).

Verfassungsrechtlich wäre dies möglich – sofern die Einführung unter Beachtung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts erfolgt. Für die Wohnraumüberwachung bedarf es insbesondere einer in der Norm verankerten Zweckbindung, die eine solche Datenerhebung ausschließlich zum Zweck der Abwehr einer mindestens *dringenden* Gefahr für ein besonders gewichtiges Rechtsgut gestattet (hierzu könnte auf § 30 Abs. 1 Satz 2 NVerfSchG-E verwiesen werden; vgl. zum Ganzen BVerfGE 162, 1, 85 ff.). Die Online-Durchsuchung dürfte nur zum Zweck der Abwehr einer *konkretisierten* Gefahr für ein besonders gewichtiges Rechtsgut erfolgen (vgl. BVerfGE 162, 1, 85 ff.). Zudem bedarf es sowohl für die Wohnraumüberwachung als auch für die Online-Durchsuchung einer gesetzlich normierten Subsidiaritätsklausel, die diese Maßnahmen durch den Verfassungsschutz nur dann zulässt, wenn eine rechtzeitige, adäquate polizeiliche Gefahrenabwehr nicht möglich ist (vgl. BVerfGE 162, 1, 85 f.).

Die Zweckbindung erfordert zudem, dass etwaige Zweckänderungen und/oder Übermittlungen der erhobenen Daten (insbesondere an Gefahrenabwehrbehörden) ausschließlich zur Abwehr einer dringenden Gefahr oder – im Falle einer Online-Durchsuchung – einer konkretisierten Gefahr für ein hinreichend gewichtiges Rechtsgut zugelassen werden (vgl. BVerfGE 162, 1, 106 ff.).

## 8. Anpassung der Eingriffsschwellen für den Einsatz Verdeckter Ermittler an die der Schwellen für Vertrauenspersonen

Aktuell sieht das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz unterschiedliche Eingriffsschwellen für den Einsatz Verdeckter Ermittler und Vertrauenspersonen vor. Während die Voraussetzungen für den Einsatz von Vertrauenspersonen in § 16 Abs. 1-3 NVerfSchG geregelt sind, dürfen verdeckte Ermittler gemäß § 18 Abs. 1 nur unter den Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG und des § 3 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes eingesetzt werden. Lediglich hinsichtlich der Möglichkeit Straftaten zu begehen, verweist § 18 Abs. 2 NVerfSchG auf § 16 Abs. 4. Die CDU-Fraktion fordert eine Angleichung der Schwellen (LT-Drs. 19/5071, Eckpunkt 14).

Das Stellen strengerer Anforderungen an den Einsatz Verdeckter Ermittler als an den von Vertrauenspersonen erschließt sich tatsächlich nicht. Insbesondere dürften die mit dem Einsatz verbundenen Grundrechtsbeeinträchtigungen nicht aufgrund der bloßen Eigenschaft als Verdeckter Ermittler pauschal höher zu gewichten sein als bei Vertrauenspersonen. Zwar übt der Verdeckte Ermittler als Hoheitsträger unmittelbar einen staatlichen Eingriff bei seinem Einsatz aus, der bei Vertrauenspersonen nicht durch ihr originäres

(szenebezogenes) Verhalten entsteht, sondern erst mittelbar über ihre Zusammenarbeit mit dem Staat. Hingegen dürfte die Gefahr eines Missbrauchs der erhobenen Daten bei Verdeckten Ermittlern als geringer einzustufen sein und auch die Gefahr, dass sie als Agent Provocateur wirken, zumindest theoretisch niedriger ausfallen, da sie anders als Vertrauenspersonen über besondere Verfassungstreue verfügen müssen und ihrem Amtseid verpflichtet sind.

Die Anpassung wäre überdies in rechtsvergleichender Hinsicht überzeugend. So verweist auch das Bundesverfassungsschutzgesetz für die Anforderungen an die Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen auf die Voraussetzungen für den Einsatz Verdeckter Mitarbeiter (vgl. § 9b Abs. 1 Satz 1 BVerfSchG). Das durch die Innenministerkonferenz entwickelte Regelungsbeispiel bezieht sich für die Inanspruchnahme von Verdeckten Ermittlern ebenfalls auf die Voraussetzungen zum Einsatz von Vertrauenspersonen (vgl. Anlage 3 zum Bericht der länderoffenen Arbeitsgruppe des AK IV über die Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder vom 29. August 2017). Eine Angleichung der Einsatzvoraussetzungen für Verdeckte Ermittler im Rahmen der geplanten Gesetzesänderung wäre somit zu begrüßen.

## 9. Entbürokratisierung der Verfahrensvorschriften für die Anordnung nachrichtendienstlicher Mittel und Verlängerung der Anordnungsfristen

Weiterhin fordert die CDU-Fraktion eine Entbürokratisierung des Verfahrens bei der Anordnung nachrichtendienstlicher Mittel sowie eine Verlängerung der Anordnungsfristen (LT-Drs. 19/5071, Eckpunkt 15).

### a) Dreimonatsfrist des § 21 Abs. 2 Nr. 2 NVerfSchG für den Einsatz eines Verdeckten Ermittlers

Derzeit ermöglicht § 21 Abs 2 Nr. 2 NVerfSchG lediglich die Möglichkeit einer dreimonatigen Anordnung der dort aufgeführten nachrichtendienstlichen Mittel. Dies umfasst auch den Einsatz von Verdeckten Ermittlern. Ein rechtlicher Grund für das Stellen höherer Anforderungen an den Einsatz Verdeckter Ermittler im Vergleich zu Vertrauenspersonen ist – wie bereits unter 8. festgestellt – nicht ersichtlich. Eine Befristung für drei Monate mit nur einmaliger Verlängerungsmöglichkeit dürfte zudem im Hinblick auf die übliche Dauer eines solchen Einsatzes sehr kurz bemessen sein. Eine Angleichung der Fristen für den Einsatz Verdeckter Ermittler an die Fristen, die auf Vertrauenspersonen Anwendung finden (vgl. § 21 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1, Satz 3 NVerfSchG) oder zumindest eine Verlängerung der Anordnungsfristen sowie ein Ausbau der Verlängerungsmöglichkeiten, ist geboten.

### b) Anordnungsvorbehalte

Ferner wird eine Anpassung der aktuell bestehenden Vorbehalte für die Anordnung nachrichtendienstlicher Maßnahmen zum Zwecke der Entbürokratisierung und Arbeitserleichterung der Verfassungsschutzbehörde durch die CDU-Fraktion angeregt. Derzeit ist für

die Anordnung nachrichtendienstlicher Mittel i.S.d. § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 4-6 NVerfSchG gemäß § 21 Abs. 1 Satz 3 NVerfSchG der Leiter der Verfassungsschutzbehörde zuständig. Hierunter fallen etwa die nicht-längerfristige Observation (Nr. 4), die heimliche Anfertigung fotografischer Bildaufzeichnungen (Nr. 5) und die Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen (Nr. 6).

Grundsätzlich reicht für den Einsatz solcher nachrichtendienstlicher Mittel, der regelmäßig leichte bis allenfalls mittlere Grundrechtseingriffe nach sich zieht, eine innerbehördliche Genehmigung aus. Jedoch ist mit Blick auf die Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen nach der jüngeren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ebenfalls eine Vorabkontrolle wie etwa bei längerfristigen Observationen vorzuschalten, da das Gericht eine hinreichend schwere Grundrechtsbeeinträchtigung bejaht hat. Vor diesem Hintergrund dürfte ein – jedenfalls längerfristiger – Einsatz von Vertrauenspersonen nicht mehr als leichter oder allenfalls mittelschwerer Eingriff anzusehen sein.

Unter Vornahme dieser Anpassung erweist sich die Regelung des § 21 Abs. 1 Satz 3 NVerfSchG als hinreichend, wenn auf eine rein inneradministrative Anordnung gesetzt wird. Diese muss nach hiesiger Auffassung dann auch nicht zwingend durch den Behördenleiter erfolgen, sondern ist auch durch eine andere Person zulässig, die aufgrund ihrer Stellung die Gewähr für eine hinreichend kritische Prüfung bietet. In Betracht kommen hierzu insbesondere die Abteilungsleiter der Verfassungsschutzbehörde. Freilich sollte bedacht werden, dass der Behördenleiter etwa im Falle eines „Überwachungs"- oder „V-Mann-Skandals" auch dann faktisch politisch verantwortlich sein wird, wenn nicht er, sondern einer seiner Mitarbeiter für eine Genehmigung gezeichnet haben. Vor diesem Hintergrund sollte erwogen werden, nicht unmittelbar gesetzlich den Kreis der Anordnungsberechtigten zu erweitern, sondern vielmehr von Gesetzes wegen dem Behördenleiter die durch schriftliche Anordnung zu erteilende Befugnis der Delegation an bestimmte Behördenangehörige einzuräumen. Entschiede sich der Behördenleiter für eine solche und würden die von ihm Berechtigten eine kritikwürdige Genehmigung erteilen, so ließe sich seine Verantwortung zumindest hinsichtlich der Delegationsentscheidung identifizieren.

Keinem Behörden-, sondern einem Ministervorbehalt unterliegt in Niedersachsen hingegen der Einsatz von schwerer wiegenden nachrichtendienstlichen Mitteln i.S.d. § 14 Nrn. 7-12 NVerfSchG gemäß § 21 Abs. 1 Satz 1 NVerfSchG. Dies bezieht sich zum Beispiel auf die längerfristige Observation (Nr. 7), das verdeckte Mithören des nicht-öffentlich gesprochenen Wortes (Nr. 10) oder die Verwendung von IMSI-Catchern (Nr. 11) sowie auf bestimmte besondere Auskunftsverlangen. Wie obig dargestellt, wären hierunter richtigerweise auch (jedenfalls: längerfristige) Einsätze von Vertrauenspersonen (Nr. 4) zu fassen. Zwar gilt der Minister- oder Ministerialvorbehalt gegenüber einem bloßen behördeninternen Zeichnungserfordernis innerhalb der Verwaltungswissenschaften teilweise als etwas gewichtiger, weil er eine gegenüber dem Parlament unmittelbar verantwortliche Person mit einbezieht und dafür sorgt, dass – allein aus Schutz des Ressorts und seiner Spitze – eine kritische Prüfung der durch die vorlegende Behörde erbetenen Maßnahmen erfolgt. Allerdings sollte aus hiesiger Erfahrung eine solche Schwelle nicht überbewertet werden. Auch in rechtlicher Hinsicht handelt es sich weiterhin um eine inneradministrative

Prüfung des ohnehin fachaufsichtsführenden Ressorts. Angesichts dessen bestehen keine durchgreifenden Bedenken, in den o.g. Fällen anstelle des Minister- einen Behördenleitervorbehalt vorzusehen, der nicht delegierbar gemacht werden dürfte.

## 10. Datenweitergabe an Dritte

Ferner möchte die CDU-Fraktion die Datenweitergabe an andere Behörden so weit ermöglichen, wie es das Verfassungsrecht und insbesondere der durch das Bundesverfassungsgericht geschaffene Rahmen zulassen (LT-Drs. 19/5071, Eckpunkt 19). Hinsichtlich der Übermittlung von Daten an andere Behörden – allen voran solchen, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln erhoben wurden – setzt das Bundesverfassungsgericht enge Grenzen. Die namentlich aus den kürzlich ergangenen Entscheidungen zum Bayerischen (BVerfGE 162, 1) und zum Hessischen (BVerfG NVwZ-RR 2025, 10) Verfassungsschutzgesetz abzuleitenden Vorgaben werden in den §§ 30 ff. NVerfSchG-E bereits umgesetzt. Der vorliegende Entschließungsantrag begehrt darüber hinaus die Erweiterung der Möglichkeiten einer Datenweitergabe an Dritte im Zuge der Ausstiegs- und Präventionsarbeit.

So solle das generelle Verbot der Übermittlung von Daten, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln erhoben wurden, in § 32a Satz 2 NVerfSchG abgeschafft werden (vgl. LT-Drs. 19/5071, Eckpunkt 20). Da die Übermittlung personenbezogener Daten, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln erhoben wurden, einen eigenen Grundrechtseingriff begründet (BVerfGE 162, 1, 108), bedarf es für die Weiterleitung dieser Informationen an eine andere Behörde einer hinreichenden Rechtfertigung. Diese ist nach dem Kriterium der hypothetischen Datenneuerhebung zu beurteilen – also der Frage, ob die empfangende Behörde zu dem jeweiligen Übermittlungszweck eine eigene Datenerhebung und Informationsgewinnung mit vergleichbar schwerwiegenden Mitteln hätte durchführen können (BVerfGE 162, 1, 82 f.). Zu differenzieren ist dabei zwischen der Weiterleitung an eine Behörde mit oder ohne operative Anschlussbefugnisse.

Sollten derartige Informationen etwa an eine polizeiliche Dienststelle übermittelt werden, die sich an Präventionsangeboten beteiligt, oder einer Staatsanwaltschaft etwa zum Zwecke der Prüfung einer Haftverschonung für einen ausstiegswilligen extremistischen Straftäter gesandt werden, würden überaus hohe Hürden gelten. Es bedürfte einer hinreichend konkretisierten Gefahr für ein besonders gewichtiges Rechtsgut (Gefahrenabwehrbehörde) oder der Verfolgung einer besonders schweren Straftat (Strafverfolgungsbehörde; zum Ganzen BVerfGE 162, 1, 110 ff.). Eine konkretisierte Gefahr dürfte im Ausstiegs- oder noch deutlicher im Präventionsbereich selten vorliegen. Realistischer scheint die Übermittlung an eine Stelle ohne operative Anschlussbefugnisse wie etwa staatliche Sozialarbeiter oder spezielle Ausstiegsbegleiter. In diesem Übermittlungsszenario zum Zwecke des sog. administrativen Rechtsgüterschutzes bedürfte es hinsichtlich des Schutzes eines besonders gewichtigen Rechtsguts „lediglich“ tatsächlicher Anhaltspunkte.

Denkbar wäre vor diesem Hintergrund zwar, die Prävention in den Katalog von Regelbeispielen des § 32 Abs. 2 Satz 2 NVerfSchG aufzunehmen, der den administrativen Rechtsgüterschutz betrifft. So ist dies auch in § 25 Abs. 2 Nr. 3 lit. c BayVSG erfolgt. Dennoch

müssten hier in jedem Einzelfall die angesprochenen tatsächlichen Anhaltspunkte zum Schutz eines besonders gewichtigen Rechtsguts vorliegen. Da es hier an konkreter Kenntnis der nachrichtendienstlichen Lage in Niedersachsen mangelt, lässt sich keine abschließende Beurteilung darüber treffen, ob und wie viel Anwendung eine entsprechende Ermächtigungsgrundlage neben der bestehenden Bestimmung aus § 32a NVerfSchG fände.

**11. Streichung deklaratorischer Vorschriften aus dem Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz**

Der Entschließungsantrag fordert ferner die Streichung deklaratorischer Vorschriften aus dem Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz – konkret von § 6 Abs. 5 NVerfSchG, § 9 Abs. 1 Satz 1 NVerfSchG, § 15 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 NVerfSchG –, da diese „Vorschriften des Misstrauens gegenüber dem Verfassungsschutz“ seien (vgl. LT-Drs. 19/5071, Eckpunkte 5, 6, 12). Diese Vorschriften dürften jedenfalls keine über die Klarstellung hinausgehende rechtliche Funktion erfüllen. Insbesondere die Vorgabe des § 15 Abs. 3 NVerfSchG, nach welcher die Beschäftigten der Verfassungsschutzbehörde bei Einsatz eines nachrichtendienstlichen Mittels keine Straftaten begehen dürfen, dürfte in Anbetracht der Offensichtlichkeit dieses Umstands redundant sein. Die Entscheidung zur Streichung obliegt allein dem politischen Willen des Gesetzgebers.

**12. Schaffung einer Rechtsgrundlage zur befristeten Einrichtung projektbezogener Dateien**

Das Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz enthält derzeit keine Rechtsgrundlage, die die befristete Einrichtung projektbezogener Dateien – wie etwa der sog. Syrien-Datei – mit anderen Sicherheitsbehörden ermöglicht. Die CDU-Fraktion möchte daher eine solche schaffen (LT-Drs. 19/5071, Eckpunkt 21). Hiergegen bestehen keine grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Bedenken. Eine entsprechende Norm könnte etwa nach dem Vorbild des § 22b BVerfSchG formuliert werden.

**13. Überprüfung der Notwendigkeit von Dokumentationspflichten und Anpassung der Regelungen zur Löschung personenbezogener Daten**

Schließlich adressiert der Änderungsantrag die Überprüfung der Notwendigkeit von Dokumentationspflichten sowie die Anpassung der Regelungen zur Löschung personenbezogener Daten (LT-Drs. 19/5071, Eckpunkt 22). Das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz enthält im Vergleich zu vielen seiner Pendants eine hohe Dichte an Dokumentationspflichten. So sieht beispielhaft das Bundesverfassungsschutzgesetz ausdrücklich lediglich eine Dokumentation der Erlangung und Löschung von Erkenntnissen aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung vor, vgl. § 26c Abs. 6 BVerfSchG. Die Regelungen zur Löschung personenbezogener Daten entsprechen hingegen im Wesentlichen den Normierungen in anderen Verfassungsschutzgesetzen (vgl. etwa § 21 BayVSG). Auch die Prüffristen für personenbezogene Daten i.S.v. § 28 Abs. 4 NVerfSchG dürften angesichts der dort aufgelisteten, in der Regel mit einem hohen Eingriffsgewicht in die Grundrechte einhergehenden Maßnahmen angemessen sein.

In Ansehung der teils feingliedrigen Unterscheidungen, welche Dokumentationspflichten notwendig oder wenigstens üblich sind, könnte angesichts dieser komplexen Ausgangslage die angeregte Prüfung tatsächlichen Mehrwert versprechen.

## C. Ergänzende Prüfbitten des Ausschusses vom 28. März 2025

### 1. Erforderlichkeit der Änderung der Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in § 4 Abs. 3 NVerfSchG

Der Ausschuss hat um Stellungnahme zur Erforderlichkeit einer Änderung der Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung insbesondere im Hinblick auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Verbotsantrag gegen die Partei NPD/Neue Heimat vom 1. Juli 2017 (BVerfGE 144, 20 – NPD-Verbot II) gebeten. Nach diesem beschränkt sich der Regelungsgehalt der freiheitlichen demokratischen Grundordnung i.S.v. Art. 21 Abs. 2 GG auf die *„für den freiheitlichen demokratischen Verfassungsstaat schlechthin unverzichtbaren Grundsätze. Dabei steht das Prinzip der Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG) im Vordergrund, das durch die Grundsätze der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit näher ausgestaltet wird*“ (BVerfGE 144, 20, 203).

Uneinigkeit besteht zunächst über das Verhältnis dieser Definition zur diesbezüglichen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vor der o.g. Entscheidung. Einige Stimmen begreifen das Urteil als inhaltliche Fortführung bzw. Konkretisierung der bisherigen bundesverfassungsgerichtlichen Judikatur hinsichtlich des Begriffs der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (*Gärditz* in: Stern/Sodan/Möstl StaatsR, 2. Aufl. 2022, § 11 Rn. 126; *Kluth* in: BeckOK GG, 60. Ed. 28.12.2024, GG Art. 21 Rn. 207; *Koch* in Sachs, 10. Aufl. 2024, GG Art. 21 Rn. 169 f.; *Barczak* JuS 2025, 97, 102 f.; vgl. auch *Klafki* in: v. Münch/Kunig, 7. Aufl. 2021, GG Art. 21 Rn. 103 und *Klein* in: Dürig/Herzog/Scholz, 105. EL August 2024, GG Art. 18 Rn. 65). In seinem Urteil zum SRP-Verbot im Jahr 1952 definierte das Gericht die freiheitliche demokratische Grundordnung erstmals als rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit, die jegliche Gewalt- und Willkürherrschaft ausschließt (BVerfGE 2, 1, 12 f.). Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung seien mindestens die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten – vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung – die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition zu zählen (BVerfGE 2, 1, 13).

Das Bundesverfassungsgericht hat diese Rechtsprechung in seinen Folgejudikaten (jedenfalls bis zum 1. Juli 2017) bestätigt und den Katalog der von der freiheitlichen demokratischen Grundordnung erfassten Prinzipien weiter ergänzt (vgl. etwa BVerfGE 5, 85, 199 ff.). Diese Entscheidungen liegen der Definition der in § 4 Abs. 3 NVerfSchG – sowie der derzeitigen Begriffsbestimmungen in den Verfassungsschutzgesetzen des Bundes

und aller Länder – zugrunde. Die im Vergleich wesentlich allgemeinere Definition, die das Bundesverfassungsgericht in NPD-Verbot II zugrunde gelegt hat, wird von den Vertretern einer Fortführung der Rechtsprechungslinie als Rahmen betrachtet, der sämtliche Prinzipien des bisherigen Katalogs umfasst. Abgestellt wird dabei insbesondere auf den weiten Interpretationsspielraum der auf die drei Kernprinzipien Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gestützten Definition sowie die vom Bundesverfassungsgericht verwendete Formulierung, es sei *„zwischen den Kernelementen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und den sich daraus ergebenden (fallbezogenen) Ableitungen“* (BVerfGE 144, 20, 205) zu unterscheiden (etwa *Klafki* in: v. Münch/Kunig, 7. Aufl. 2021, GG Art. 21 Rn. 103; *Barczak* JuS 2025, 97, 102 f.).

Vorzugswürdig scheint indes, die Beschränkung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung auf die Menschenwürde und die aus dieser erwachsenden Grundsätze der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit als inhaltliche Reduzierung des Regelungsgehalts gegenüber der bisherigen Spruchpraxis zu betrachten (vgl. etwa *Warg* NVwZ-Beilage 2017, 42; *Uhle* NVwZ 2017, 583, 586 f.; *Ogorek* JZ 2023, 684, 691). Hierfür spricht zunächst der vom Bundesverfassungsgericht gewählte Wortlaut, der eine Beschränkung des Regelungsgehalts auf die für einen Verfassungsstaat unverzichtbaren Grundsätze vorsieht. Inhaltlich dürften – zumindest in dieser Pauschalität – weder sämtliche im Grundgesetz konkretisierte Menschenrechte noch die Verantwortlichkeit der Regierung oder der Wahlgrundsatz der Unmittelbarkeit unter dem für das Bundesverfassungsgericht zentralen Begriff der Menschenwürde subsumierbar sein (*Warg* NVwZ-Beilage 2017, 42, 45).

Unabhängig von dieser Wertungsfrage ist nicht abschließend geklärt, ob die Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, die das Bundesverfassungsgericht im Rahmen eines Parteiverbotsverfahrens aufgestellt hat, eine gemäß § 31 Abs. 1 BVerfGG bindende Pflicht für die Parlamente bei ihrer einfachen Gesetzgebung begründet. Ausdrücklich definiert das Bundesverfassungsgericht den Begriff lediglich im Kontext des Art. 21 Abs. 2 GG (vgl. BVerfGE 144, 20, 205). Inhaltlich tritt hinzu, dass die im Rahmen eines Parteiverbotsverfahrens stets relevante Parteienfreiheit aus Art. 21 Abs. 1 GG in Verfassungsschutzgesetzen zumindest nicht hinsichtlich sämtlicher (potenzieller) Beobachtungsobjekte anforderungsschärfend zu berücksichtigen ist. Zudem geht mit einem Parteiverbot ein wesentlich tieferer Eingriff in die Parteienfreiheit, die Offenheit des Prozesses der politischen Willensbildung und die Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG) einher als mit der bloßen Sammlung, Auswertung und Veröffentlichung von Informationen durch eine Verfassungsschutzbehörde. Das Bundesverfassungsgericht selbst betont in NPD-Verbot II mehrfach den Ausnahmecharakter des Parteiverbotsverfahrens (BVerfGE 144, 20, 193; 200; 205, 224; 228).

Für eine verpflichtende Übernahme der Definition wird hingegen angeführt, dass die Befugnisse des Verfassungsschutzes nicht weiter reichen dürfen als das von ihm beschützte Gut (*Barczak* JuS 2025, 97, 103; vgl. auch *Hohnerlein* DVBl 2024, 267; vgl. auch *Warg*, NVwZ-Beilage 2017, 42, 45). Jedenfalls in Bezug auf Parteien dürfte ein im Vergleich zu Art. 21 Abs. 2 GG umfangreicherer Regelungsinhalt der freiheitlichen demokratischen

Grundordnung in einem Verfassungsschutzgesetz nach dieser Ansicht fernliegen. Um ein Auseinanderfallen der Begriffserklärungen für Parteien und andere (potenzielle) Beobachtungsobjekte zu vermeiden, wäre ein Rückgriff auf die vom Bundesverfassungsgericht im Kontext des Parteiverbotsverfahrens angewandte Definition zumindest zweckmäßig. Würde der Auffassung gefolgt, dass das Gericht durch das Urteil NPD-Verbot II den Inhalt seiner Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung inhaltlich reduziert hat, wäre eine Änderung der Begriffserklärung im Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz entsprechend konsequent. Ansonsten bliebe eine Anpassung – möglicherweise unter Beibehaltung der bisherigen Definition in Form von Regelbeispielen – optional.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass eine dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum NPD-Verbot entsprechende Neufassung des § 3 Abs. 3 NVerfSchG ohne Weiteres rechtlich möglich ist, indem die freiheitliche demokratische Grundordnung i.S.v. § 3 Abs. 1 Nr. 1 als das Prinzip der Menschenwürde und die diese näher ausgestaltenden Grundätze der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit definiert werden. Die Frage, ob eine solche Anpassung auch von Verfassungs wegen geboten ist, ist davon abhängig, ob diese Definition mit dem zuvor in ständiger Rechtsprechung durch einen mittels eines Katalogs bestimmten Regelungsgehalt übereinstimmt oder er nun enger ist als zuvor. Im ersten Fall wäre eine Änderung der Definition nicht erforderlich. Im letzten Fall würde eine aus der Verfassung resultierende Anpassungspflicht nur dann ausscheiden, wenn die Judikatur des Bundesverfassungsgerichts zu Art. 21 Abs. 2 GG nicht auf Verfassungsschutzgesetze zu übertragen wäre. Ohne eine klare, eindeutige Positionierung des Bundesverfassungsgerichts hinsichtlich dieser beiden, nicht abschließend geklärten Problematiken, besteht zumindest kein dringender Handlungsbedarf.

Im Falle des Wunsches nach einer „vorsorglichen Anpassung“ sollte berücksichtigt werden, dass eine Definition mit ihrer Generalisierung an Klarheit und Bestimmtheit verliert. Schließlich würde eine Anpassung allein in Niedersachsen das beträchtliche Risiko bieten, gegenüber allen anderen Verfassungsschutzbehörden eine im Kernbereich des Tätigwerdens engere Kompetenznorm aufzuweisen, die etwa bei Übermittlungen für bislang noch nicht absehbare Prüfaufwände sorgen könnte.

## 2. Erforderlichkeit der Anpassung oder Streichung des Gewaltbegriffs in § 4 Abs. 5 NVerfSchG

Ferner bittet der Ausschuss um Stellungnahme zu der Frage, ob die Erforderlichkeit einer Anpassung oder Streichung des Gewaltbegriffs in § 4 Abs. 5 NVerfSchG besteht. Dieser definiert Gewalt aktuell als *die erhebliche, aggressive und unmittelbar gegen Personen oder fremde Sachen gerichtete Anwendung physischer Kraft*. Nach dem Entwurf der Landesregierung beabsichtigt diese die Streichung der derzeit in § 4 Abs. 1 Satz 3 NVerfSchG verankerten Voraussetzung des Gewaltbezugs bei Verhaltensweisen von Einzelpersonen (vgl. hierzu ausführlich A 2.). Diesbezüglich bedürfte es – sollte es zu dieser Gesetzesänderung kommen – keiner Definition des Begriffs Gewalt mehr.

Die Begrifflichkeit wird im Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz jedoch auch an anderen Stellen verwendet. So umfasst die Aufgabennorm des § 3 NVerfSchG in Abs. 1 Nr. 3 Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik gefährden (vgl. auch § 4 Abs. 4 NVerfSchG). § 25 Abs. 1 NVerfSchG verpflichtet andere Landesbehörden sowie der ausschließlichen Aufsicht des Landes unterstehende Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts der Verfassungsschutzbehörde, Informationen zu einem Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt, das einen Gewaltbezug aufweist, zuzuleiten. Weiterhin ist das Kriterium der Gewaltausrichtung eines Verdachts- oder Beobachtungsobjekts für die Fragen von Bedeutung, ob die Verfassungsschutzbehörde

- Daten von Minderjährigen zwischen 14 und 16 Jahren, die die Gewaltausrichtung fördern, erheben darf (§ 13 Abs. 2 Nr. 1 NVerfSchG),

- Personen, die nicht in einem oder für ein Verdachts- oder Beobachtungsobjekt tätig sind, mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachten darf (vgl. § 15 Abs. 2 Nr. 3 NVerfSchG),

- Vertrauenspersonen dauerhaft einsetzen darf (vgl. § 16 Abs. 2 Satz 1 NVerfSchG),

- bestimmte nachrichtendienstliche Mittel (etwa längerfristige Observation) einsetzen darf (vgl. § 17 NVerfSchG),

- Nutzungsdaten i.S.v. § 15 Abs. 1 TMG zum Zwecke der Beobachtung verfassungsfeindlicher Bestrebungen erfragen darf (vgl. § 20 Abs. 1 Satz 4 NVerfSchG),

- um Übermittlung von Daten, die aufgrund einer strafprozessualen Zwangsmaßnahme oder einer vergleichbaren Maßnahme nach dem NPOG erhoben worden sind, ersuchen darf (§ 23 Abs. 5 Satz 1 NVerfSchG),

- Einsicht in von öffentlichen Stellen geführte Register nehmen darf (§ 24 Abs. 1 NVerfSchG),

- und Daten von Personen, die nicht in einem oder für ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt tätig sind, speichern, verändern oder verwenden darf (§ 26 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 NVerfSchG.

Zwar haben es sich sowohl das Bundesverfassungsschutzgesetz als auch sämtliche Verfassungsschutzgesetze der Länder auf Grundlage von Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 lit. c GG zur Aufgabe gemacht, Bestrebungen zu beobachten, die mittels Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange gefährden. Niedersachsen ist aber derzeit das einzige Land, das den Gewaltbegriff legaldefiniert. Insbesondere angesichts der weiterhin bestehenden Relevanz des Gewaltbegriffs als Voraussetzung

für die Vornahme grundrechtsbezogener Maßnahmen dürfte eine Legaldefinition, wenn nicht erforderlich, doch jedenfalls zweckmäßig sein.

Die derzeitige Gewaltdefinition in § 4 Abs. 5 NVerfSchG umfasst ausschließlich erhebliche und aggressive physische Gewalt gegen Personen und Sachen. Psychische Gewalt wird indes nicht erfasst. In der Literatur wird im Hinblick auf das Bundesrecht teilweise vertreten, dass der Gewaltbegriff auch die Komponente der psychischen Gewalt beinhalten sollte (*Roth* in: Schenke/Graulich/Ruthig (Hrsg.), Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, BVerfSchG, § 4 Rn. 79). Überzeugender ist indes, den Begriff im Verfassungsschutzrecht eng zu fassen und auf die körperliche Kraftausübung gegen Personen oder Sachen zu beschränken – besonders im Hinblick auf die Gefahr, dass im Rahmen der psychischen Gewalt schon die bloße politische Druckausübung als Gewalt verstanden werden könnte (*Warg* in: Dietrich/Eiffler (Hrsg.), Handbuch des Rechts der Nachrichtendienste, 2017, Kap. V § 1 Rn. 66). Auch die Verankerung der Erheblichkeitsschwelle in § 4 Abs. 5 NVerfSchG ist unter dem Gesichtspunkt der mit der Überschreitung der Schwelle der Gewalt einhergehenden rechtlichen Folgen zu begrüßen. Nach der hier vertretenen Auffassung ist somit weder eine Streichung noch eine Anpassung des Gewaltbegriffs in § 4 Abs. 5 NVerfSchG geboten.

## D. Erforderlichkeit weiterer Anpassungen des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes

Besonders angesichts der derzeitigen Diskussionen um die Dauer einer möglichen Einstufung als „Verdachtsfall“ durch das Bundesamt für Verfassungsschutz sollte auch an eine Anpassung der möglichen Dauer einer Einstufung als Verdachtsobjekt gedacht werden (vgl. hierzu etwa Julia Klaus, Warum das AfD-Gutachten auf sich warten lässt, 03. April 2025, abrufbar unter https://zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/afd-gutachten-verfassungsschutz-einstufung-100.html). Derzeit sieht § 7 Abs. 2 Satz 2 NVerfSchG eine Begrenzung auf zwei Jahre mit einer in Satz 3 verankerten einmaligen Verlängerungsmöglichkeit von bis zu zwei Jahren vor. Eine solche starre Frist dürfte weder verfassungsrechtlich zwingend geboten, noch den Bedürfnissen des Verfassungsschutzes vollständig gerecht werden. Je nach Zielobjekt und seiner Entwicklung unterscheidet sich der für die Entscheidung einer Hochstufung zu einem Beobachtungsobjekt erforderliche Aufwand und damit auch die notwendige Dauer einer Überprüfung der entsprechenden Voraussetzungen erheblich (vgl. zum Verdachtsfall OVG Münster NVwZ-Beilage 2024, 94 Rn. 198).

Von hieraus angeregt wird daher, anstelle der bisherigen Höchst- nur noch eine Regelfrist zu statuieren. Diese könnte etwa drei Jahre betragen. Eine Verlängerung sollte einmalig und um höchstens drei Jahre ermöglicht werden. Mögliche überlange Bearbeitungszeiten im Rahmen der Erst- oder Verlängerungsphase könnten die Verwaltungsgerichte Niedersachsens sodann nach den Maßgaben des Verhältnismäßigkeitssatzes unter Berücksichtigung des konkreten Verdachtsfalls überprüfen. Anders als auf Bundesebene gäbe es für diese gerichtliche Wägung mit der dreijährigen Regelfrist einen geeigneten und validen Anhaltspunkt. Hierdurch würde sowohl dem Rechtstaatsprinzip Genüge getan als auch

der Verfassungsschutzbehörde die notwendige Zeit für die Entscheidung einer Hochstufung zu einem Beobachtungsobjekt eingeräumt.

## E. Fazit

Positiv ist festzuhalten, dass Niedersachsen als derzeit einziges Land die Einstufung von Zielpersonen durch die Verfassungsschutzbehörde ausdrücklich geregelt hat. Auch die Befugnisse der Verfassungsschutzbehörde sind an die entsprechenden Einstufungen angepasst. Hervorzuheben ist die spezifische Ermächtigungsgrundlage für die Sammlung und Auswertung öffentlich zugänglicher Daten, die der Prüfung dienen, ob das Zielobjekt die Voraussetzungen für das Vorliegen eines Verdachtsobjekts erfüllt (§ 7 Abs. 1 NVerfSchG).

Der Großteil der mit dem Entwurf LT-Drs. 19/5930 regierungsseitig geplanten Anpassungen ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden und wird überwiegend begrüßt (hierzu im Einzelnen unter A.). Anpassungsbedarf besteht nach hier vertretener Ansicht allerdings insbesondere im Hinblick auf die Mitteilungspflicht in § 22 NVerfSchG-E (näher hierzu unter A. 15) und die Übermittlung von im Rahmen einer Wohnraumüberwachung erhobenen Daten an den Verfassungsschutz, § 25 Abs. 2 Satz 3 NVerfSchG-E (näher hierzu unter A. 16).

Über die regierungsseitig geplanten Änderungen hinaus sollten insbesondere auch die Anpassung der Zweijahresfrist zur Überprüfung des Vorliegens der Voraussetzungen für eine Einstufung als Beobachtungsobjekt (näher hierzu unter B. 2), die Anpassung der Regelungen zum Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung bei zeugnisverweigerungsberechtigten Personen (näher hierzu unter B. 4), die Schaffung der Befugnis für Wohnraumüberwachungen und Online-Durchsuchungen (näher hierzu unter B. 7), die Anpassung der Schwellen für den Einsatz Verdeckter Ermittler (näher hierzu unter B. 8), eine Anpassung der Verfahrensvorschriften (näher hierzu unter B. 9), sowie die Schaffung einer Rechtsgrundlage für die befristete Errichtung projektbezogener Dateien mit anderen Sicherheitsbehörden (näher hierzu unter B. 12) erwogen werden, wie durch die CDU-Fraktion angeregt.

Anpassungen der Definitionen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und des Gewaltbegriffs dürften zumindest zum aktuellen Zeitpunkt nicht zwingend sein (näher hierzu unter C.). Schließlich wird von hieraus eigeninitiativ eine Anpassung der derzeitigen Zweijahresfrist zur Überprüfung, ob die Voraussetzungen für ein Verdachtsobjekt vorliegen, angeregt (näher hierzu unter D.).

Hochschule des Bundes
für öffentliche Verwaltung

Vorlage 4
zu Drs. 19/5071 und 19/5930

POSTANSCHRIFT HS BUND, POSTFACH 40527, 10063 BERLIN

Frau Präsidentin
des Niedersächsischen Landtags
- ausschließlich per Mail -

**Prof. Dr. Markus Löffelmann**
HAUSANSCHRIFT Habersaathstr. 51, 10115 Berlin
POSTANSCHRIFT Postfach 40527, 10063 Berlin
TEL 030 – 22 00 89 – 85513
E-MAIL markus.loeffelmann@hsbund-nd.de

DATUM Berlin, 05.05.2025

BETREFF **Stellungnahme zu Drs. 19/5930 und 19/5071**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

anliegend übersende ich die erbetene Stellungnahme zu dem

Entwurf der Landesregierung eines
**Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen** (Drs. 19/5930)

und dem

Antrag der Fraktion der CDU
**Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken – Verfassungsschutz grundlegend reformieren** (Drs. 19/5071)

# A. Vorbemerkung

Der Gesetzentwurf dient der Umsetzung der jüngeren Rechtsprechung des BVerfG zum Recht der Nachrichtendienste und steht insoweit in einer Linie mit Novellierungsbemühungen auf Bundesebene und in anderen Ländern (bislang Bayern, Hamburg, Hessen, Sachsen). In allen bislang durchgeführten Gesetzgebungsverfahren ist eine erhebliche Unsicherheit auszumachen, wie die verfassungsgerichtlichen Vorgaben umgesetzt werden sollen. Die Diversität der gesetzlichen Lösungen verdeutlicht den insoweit bestehenden gesetzgeberischen – und damit auch politischen – Gestaltungsspielraum. Auch der ebenfalls zu bewertende Entschließungsantrag der Fraktion der CDU greift solche Spielräume mit dem Ziel einer grundsätzlichen Stärkung der Befugnisse und Befähigungen des Verfassungsschutzes auf. Durch die Landtagsverwaltung wurden außerdem zwei Zusatzfragen an die Sachverständigen herangetragen.

Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden nicht nur auf verfassungsrechtliche Aspekte des Gesetzentwurfs (B.I.), des Entschließungsantrags (B.II.) und der Zusatzfragen (B.III.) eingegangen, sondern werden ergänzend Gesichtspunkte der Praktikabilität und Gesetzestechnik in den Blick genommen.

# B. Kritische Würdigung

## I. Zum Gesetzentwurf der Landesregierung – Drs. 19/5930

1. Zu § 3 Abs. 3 S. 2 NVerfSchG-E (Prävention)

Die ausdrückliche Aufnahme des Präventionsgedankens als Aufgabe des Verfassungsschutzes ist Ausdruck eines modernen Funktionsverständnisses und wurde vereinzelt auch bereits in anderen Ländern aufgegriffen.[1]

[1] Vgl. etwa Bürgerschaft Hamburg Drs. 22/16037 zum Entwurf eines neuen § 1 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 und 3 HmbVerfSchG; § 2 Abs. 1 S. 1 HVSG; BayLT-Drs. 18/25825 S. 57 m.d.H.a. Nordrhein-Westfalen.

2. Zu § 4 Abs. 1 S. 3, 4 NVerfSchG-E (Einzelpersonen)

Die Änderung gleicht die Rechtslage im NVerfSchG an die auf Bundesebene an[2], ist sachgerecht und daher zu begrüßen.

3. Zu § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 NVerfSchG-E (technische Überwachung des öffentlich gesprochenen Worts)

Die Schaffung einer Befugnis zum Mithören und Aufzeichnen des öffentlich gesprochenen Wortes mit technischen Mitteln erscheint sachgerecht und ist mit Blick auf die niedrigen Eingriffsschwellen verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden. Der Entwurf (S. 13, 17) weist zurecht auf den Unterschied zur Überwachung des nichtöffentlich gesprochenen Worts hin, die in ihrer Intensität einer Telekommunikationsüberwachung vergleichbar ist.[3]

4. Zu § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 NVerfSchG-E (Videoaufzeichnungen zur Erstellung von Einzelbildern)

Die Schaffung einer Befugnis zur Anfertigung von Videoaufzeichnungen mit dem Ziel der nachträglichen Erstellung von Einzelbildern erscheint sachgerecht und ist unter Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten nicht zu beanstanden. Verfassungsrechtlich ist zwar zwischen dem Anfertigen von Einzelbildern, Bildaufnahmen und Bildaufzeichnungen hinsichtlich der Eingriffsintensität zu differenzieren[4], was auch auf der Ebene des einfachen Rechts bei schweren Eingriffen eine spezialgesetzliche Regelung nahelegt. In § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 NVerfSchG-E wird die Verwendung der Aufzeichnungen jedoch auf die Extraktion von Einzelbildern beschränkt, weshalb es sich um keinen schweren Eingriff handelt. Was die Erforderlichkeit differenzierter Regelungen auf der Ebene des einfachen Rechts anbelangt, ist die Rechtslage im Übrigen ungeklärt. De lege lata werden Bild- und Videoaufzeichnungen auf Bundesebene und in einigen Ländern durch die Generalklausel zum Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel legitimiert.[5]

Erwägenswert wäre in diesem Zusammenhang die Schaffung einer Befugnis zum Zugriff auf Aufzeichnungen anderer Betreiber von Videoüberwachungen. In einigen LVerfSchG wurden

[2] Dort geändert durch G. v. 5.7.2021; dazu *Linzbach*, GSZ 2022, 7 ff.
[3] Vgl. näher *Löffelmann* in: Dietrich/Eiffler, Handbuch des Rechts der Nachrichtendienste, 2017, VI § 3 Rn. 65 m.w.N.
[4] Vgl. BVerfG, Beschl. v. 14.11.2024, 1 BvL 3/22, Rn. 63 m.w.N.
[5] Vgl. die Nachweise bei *Meiertöns*, Landesverfassungsschutzgesetze, 2023, S. 50 f.

bereits entsprechende Regelungen, welche auf einen Vorschlag der Innenministerkonferenz zur Schaffung eines harmonisierten Rechtsrahmens im Verfassungsschutzverbund zurückgehen[6] geschaffen (vgl. Art. 19a Abs. 1 S. 4 BayVSG[7]; § 14a Abs. 11 BbgVerfSchG[8]; § 21 LVerfSchG RP[9]).

5. Zu § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 6 Buchst. d), Abs. 3, § 16 Abs. 1 S. 1 NVerfSchG-E (Gewährspersonen)

Die separate Regelung von Gewährspersonen als Hilfsmittel für den Einsatz von nachrichtendienstlichen Mitteln ist systematisch vertretbar, weicht allerdings von der Einordnung als eigenständiges nachrichtendienstliches Mittel auf Bundesebene und in den anderen Ländern ab. Dem Anliegen einer Harmonisierung der Verfassungsschutzgesetze läuft das zuwider.

6. Zu § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 7 NVerfSchG-E (längerfristige Observation)

Die Erweiterung der kurzfristigen Observation auf bis zu 48 Stunden erscheint sachgerecht und begegnet keinen verfassungsrechtlichen Bedenken. Eine bestimmte Höchstdauer der kurzfristigen Observation ist verfassungsrechtlich nicht vorgegeben. Die ursprüngliche Grenze von 24 Stunden orientiert sich an § 163f Abs. 1 S. 1 Nr. 1 StPO, dessen Ausgestaltung ein gesetzgeberischer Gestaltungsspielraum zugrunde liegt.[10] Auf den Bereich des Verfassungsschutzes lässt sich dieser Maßstab wegen des längeren Zeithorizonts der Beobachtung von Bestrebungen und der bei Nachrichtendiensten praktizierten aufwändigeren Methoden der Observation nicht ohne weiteres übertragen.

7. Zu § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 9 NVerfSchG-E (akustische Überwachung außerhalb von Wohnungen)

Die vorgesehene Absenkung der Eingriffsschwelle begegnet verfassungsrechtlichen Bedenken. Bei der Überwachung des nicht öffentlich gesprochenen Worts außerhalb von Wohnungen handelt es sich um einen schweren Grundrechtseingriff, der seiner Intensität nach einer

[6] Vgl. BayLT-Drs. 17/20763 S. 15 f.
[7] Eingefügt durch G. v. 24.7.2023 (GVBl. S. 374); die Vorschrift des Art. 19a BayVSG a.F. wurde vom BVerfG mit Urteil vom 26.4.2022 (BVerfGE 162, 1, 160 ff.) für verfassungswidrig erklärt.
[8] Eingefügt durch G. v. 27.6.2024 (GVBl. I Nr. 36).
[9] Seit der Gesamtnovelle vom 11.2.2020 (GVBl. 2020 S. 43).
[10] BVerfGE 112, 304, 318 f.; BVerfGK 16, 1 = StraFo 2009, 453.

Überwachung des Telekommunikationsverkehrs gleichkommt.[11] Diese Wertung hat auch in § 9 Abs. 3 BVerfSchG Niederschlag gefunden. Bei der Überwachung des gesprochenen Worts besteht zudem eine erhöhte Gefahr des Eingriffs in den Kernbereich privater Lebensgestaltung.[12] Das bisherige Anknüpfen an die für G 10-Maßnahmen maßgeblichen Schwellen ist daher schlüssig und sollte nicht aufgegeben werden. Sinnvoll wäre es andererseits, das verfassungsrechtlich überobligatorisch aufwändige G 10-Verfahren zu reformieren und dabei zu verschlanken. Zu dem ohnehin mit Blick auf die G 10-Kommission gegebenen Reformbedarf vgl. näher unten 13.

8. Zu § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 11 NVerfSchG-E (Standortermittlung)

Die Erweiterung der Vorschrift auf die Ermittlung des Standorts eines Mobilfunkendgeräts mittels eines IMSI-/IMEI-Catchers erscheint aus drei Gründen nicht zielführend: Erstens kann eine solche Standortermittlung auf verschiedenen technischen Wegen erfolgen und sollte daher technikoffen formuliert sein. Von der beabsichtigten Regelung wäre z.B. das für die sicherheitsbehördliche Praxis wichtige stealth ping-Verfahren („stille SMS“) nicht erfasst. Das BVerfG differenziert insoweit hinsichtlich der gebotenen Eingriffsschwellen – zurecht – nicht zwischen den verschiedenen Maßnahmen zur Standortbestimmung.[13] § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 NVerfSchG-E füllt diese Regelungslücke nicht, weil insoweit eine laufende Observationsmaßnahme – deren Vorbereitung und Durchführung in der Regel sehr aufwändig ist, weshalb sie gerade durch Möglichkeiten der technischen Standortbestimmung substituiert werden soll – vorausgesetzt ist. Zweitens erscheint das Anknüpfen an die Voraussetzungen einer Individualüberwachung nach dem G 10 überobligatorisch hoch, sofern es sich nicht um eine langzeitige oder engmaschige Maßnahme handelt.[14] Das gilt im Übrigen auch für den auf die Erfassung der Karten- und Gerätekennnummer bezogenen Einsatz des IMSI-/IMEI-Catchers, weil es sich dabei um keinen schweren Grundrechtseingriff handelt.[15] Drittens berücksichtigt die beabsichtigte Regelung nicht, dass die Eingriffsintensität der Standortbestimmung abhängig von ihrer Dauer und Frequenz eine große Bandbreite aufweisen und insbesondere die Erstellung lückenloser Bewegungsprofile ermöglichen kann.[16] Da die beabsichtigte Regelung allgemein eine (zu) hohe Eingriffsschwelle aufweist, führt das Fehlen

[11] Vgl. BVerfGE 141, 220, 287; BT-Drs. 12/989, S. 39.
[12] BVerfGE 141, 220, 295.
[13] BVerfGE 162, 1, 143; BVerfG, B. v. 17.7.2024, 1 BvR 2133/22, Rn. 133 ff.
[14] Vgl. BVerfGE 162, 1, 144: Eingriff nicht sehr schwer, wenn auf punktuelle Maßnahmen begrenzt.
[15] Vgl. BVerfGK 9, 62.
[16] BVerfG, B. v. 17.7.2024, 1 BvR 2133/22, Rn. 120-158.

einer entsprechenden Differenzierung zwar nicht zur Verfassungswidrigkeit, engt aber den Handlungsrahmen des LfV bei einer praktisch bedeutsamen Befugnis ohne Not ein.

9. Zu § 16 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 NVerfSchG-E (Ausschluss straffällig gewordener geheimer Mitarbeiter)

Die Neuregelung bewirkt zwar eine Verbesserung gegenüber der bisherigen Rechtslage, schränkt aber dennoch den Einsatz bestimmter Arten von geheimen Mitarbeitern unnötig und unsystematisch ein. Durch die Einbeziehung von Informanten und überworbenen Agenten geht die Norm zunächst über die Parallelregelungen in § 9b Abs. 2 S. 2 Nr. 5 BVerfSchG und den LVerfSchG, die sich daran orientieren, hinaus. Auch die dort vorgesehenen Ausnahmetatbestände (§ 9b Abs. 2 S. 3-5 BVerfSchG) sieht das NVerfSchG nicht vor. Allgemein ist der Ausschluss der Zusammenarbeit mit Personen wegen deren strafbaren Vorverhaltens kritisch zu sehen.[17] Die Regelung geht zurück auf die Beschlüsse der Innenministerkonferenz und Empfehlungen der Bund-Länder-Kommission Rechtsterrorismus von 2013[18] und ist somit eine Reaktion auf einen spezifischen historischen Sachverhalt, der kaum verallgemeinert werden kann. Einen nachrichtendienstlichen oder kriminalistischen Erfahrungssatz, dass vorbestrafte Personen generell weniger zuverlässig oder nachrichtenehrlich sind als nicht vorbestrafte Personen gibt es nach Kenntnis des Unterzeichnenden nicht. Allenfalls ließe sich ein solcher Zusammenhang für bestimmte Delinquenzbereiche (z.B. Betrugstaten) vermuten. Ein Verzicht auf diese gesetzliche Einschränkung würde im Übrigen nicht ausschließen, im *Einzelfall* eine etwaige Vordelinquenz als Indikator für die Eignung als Quelle zu berücksichtigen. In jedem Fall wäre bei einer Beibehaltung der Einschränkung die Aufnahme einer Behördenleiterausnahme wie in § 9b Abs. 2 S. 3 BVerfSchG empfehlenswert.

Am Rande ist darauf hinzuweisen, dass die Regelung zu Berufsgeheimnisträgern in § 16 Abs. 1 S. 2 NVerfSchG systematisch verfehlt ist und geändert werden sollte. Die Zeugnisverweigerungsrechte nach § 53 StPO lösen spezifisch strafprozessuale Konflikte, die aus der allgemeinen Zeugnispflicht im Strafverfahren und der besonderen Nähe bestimmter Berufsgruppen zu strafrechtlich relevanten Sachverhalten resultieren, was sich auf nachrichten-

[17] Vgl. m.w.N. *Dietrich* in: Dietrich/Eiffler, Handbuch des Rechts der Nachrichtendienste, 2017, VI § 2 Rn. 61, der die Regelung des § 16 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 NVerfSchG als „lebensfremd und sicherheitspolitisch bedenklich“ bezeichnet.
[18] BT-Drs.18/4654 S. 28.

dienstliche Aufklärungsbedarfe nur eingeschränkt übertragen lässt.[19] Erforderlich wäre eine bereichsspezifische Abwägung des durch den Verfassungsschutz gewährleisteten Rechtsgüterschutzes mit schutzwürdigen Interessen von Berufsgeheimnisträgern, soweit diese verfassungsrechtlich radiziert sind.[20]

10. Zu § 16 Abs. 4, 5 und 6 NVerfSchG-E (Strafbarkeit geheimer Mitarbeiter)

Die enumerative Bezugnahme auf bestimmte Straftatbestände stellt – mit Blick auf die Anforderungen an die Bestimmtheit von strafrechtlichen Rechtfertigungsgründen[21], an die Rechtsanwendungssicherheit für geheime Mitarbeiter und die Nachrichtendienstbehörden und die parlamentarische Legitimation von Straffreistellungen – ein im Vergleich zu § 9a Abs. 2 S. 2 und 3 BVerfSchG und den Parallelnormen in zahlreichen LVerfSchG vorzugswürdiges Regelungssystem dar.[22] Ein Nachteil dieses Regelungsmodells ist die Abgeschlossenheit der Rechtfertigungsgründe, was ein Nachsteuern des Gesetzgebers erforderlich machen kann. Dem kommt der Entwurf mit der Einbeziehung von Straftaten nach §§ 89b und 89c StGB mit guten Gründen (S. 22 f.) nach. Die Aufnahme einer strengen Subsidiaritätsklausel in § 16 Abs. 4 S. 3 NVerfSchG-E (unerlässlich) ist unter Verhältnismäßigkeitsaspekten zu begrüßen. Klargestellt werden sollte in Absatz 4, dass der Rechtfertigungsgrund sich nur auf solche Handlungen bezieht, die die Person *anlässlich* (und nicht bei Gelegenheit oder außerhalb) ihrer Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz ausführt. Die in der Gesetzbegründung in diesem Sinne verwendete Formulierung „während“ (S. 23) bringt diesen Nexus nicht hinreichend zum Ausdruck.

Bei den Änderungen in § 16 Abs. 5 NVerfSchG-E handelt es sich um redaktionelle Angleichungen. Das Anknüpfen des Beendigungstatbestands an den Katalog der Straftaten von besonderer Bedeutung in § 16 Abs. 6 NVerfSchG überzeugt allerdings nicht und sollte aufgegeben werden. Es ist nicht nachvollziehbar, warum das rechtswidrige Verwirklichen von anderen nicht unerheblichen Straftatbeständen, die ggf. sogar Rückschlüsse auf die Eignung der Person als Quelle zulassen (z.B. exemplarisch Aussagedelikte, Urkundendelikte, Beste-

[19] Näher zu dieser Kritik *Löffelmann*/*Zöller*, Nachrichtendienstrecht, 2. Aufl. 2025, Rn. A.103 f.; *Löffelmann*, GSZ 2019, 119 ff.
[20] Vgl. zu möglichen Lösungsansätzen die – nicht Gesetz gewordenen – Regelungsvorschläge in Bayerischer Landtag, Drs. 17/11610 S.2, 20ff. und 17/21807; dem folgend § 8 Abs. 5 bis 8 HmbVerfSchG (Bürgerschaft Hamburg-Drs. 22/16037 S. 6, 32 ff.).
[21] Vgl. OLG Düsseldorf NStZ 2013, 590f.; BGH NStZ 2011, 153.
[22] Vgl. zur Kritik an dem in § 9a BVerfSchG verwirklichten Regelungskonzept näher *Löffelmann*/*Zöller*, Nachrichtendienstrecht, 2. Aufl. 2025, Rn. B.98; *Blome*/*Sellmeier*, DÖV 2016, 881, 891; *Roggan*, GA 2016, 393, 396 ff.; *Hofmann*/*Ritzert*, NStZ 2014, 177, 183;

chungsdelikte) keine Beendigung der Zusammenarbeit oder wenigstens deren Überprüfung auslösen soll. Die Begrenzung der Beendigung auf eine bestimmte Anzahl von Delikten impliziert im Ergebnis eine Tolerierung anderer Straftaten. Die strengere und zugleich flexiblere (Sollvorschrift) Regelung auf Bundesebene (§ 9a Abs. 2 S. 4 und 5 BVerfSchG) und in anderen LVerfSchG erscheint deshalb – bei aller berechtigten Kritik auch an diesem Konzept[23] – vorzugswürdig. Am konsequentesten wäre es, *jede* nicht nach § 16 Abs. 4 NVerfSchG gerechtfertigte Straftat, die eine Quelle im Zusammenhang mit ihrem Einsatz begeht, zum Anlass einer Überprüfung der Zusammenarbeit im Einzelfall zu nehmen. Denn die Qualifizierung eines Verhaltens als strafbar beruht auf einem sozialethischen Unwertgehalt, den der Staat als Garant von Rechtsstaatlichkeit außerhalb spezifisch umschriebener Ausnahmen (Tatbestandsausnahmen und Rechtfertigungsgründe für hoheitliches Handeln) nicht negieren oder ignorieren darf.

Die – schlüssig begründete (S. 23) – Herausnahme der §§ 129a, 129b StGB aus § 16 Abs. 6 Nr. 2 NVerfSchG unterstreicht die verfehlte Konstruktion des Ausnahmetatbestands nach § 16 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 NVerfSchG-E (oben 9.). Der Gleichlauf des mit der Beendigung der Zusammenarbeit sanktionierten Verbots, im Einsatz Straftaten zu begehen (§ 16 Abs. 5 S. 2, Abs. 6 NVerfSchG) und des Ausschlusskriteriums in der Vergangenheit begangener Straftaten für eine künftige Zusammenarbeit (§ 16 Abs. 1 S. 1 Nr. 2, Abs. 6 NVerfSchG) beruht auf einer Analogie, die sowohl die Bedeutung der strafrechtlichen Prävention (Resozialisierung) und des Schuldausgleichs durch Strafe als auch das allgemein durch Straftatbestände vermittelte Verbot pönalisierter Handlungen verkennt.

Denkbar sind im Übrigen auch andere Regelungsmodelle zum Umgang mit Strafnormen verletzenden Handlungen geheimer Mitarbeiter. Letzten Endes geht es um die Legitimierung leichter bis mittel schwerer milieuseitig erwarteter Straftaten, zu denen z.B. auch eine Sachbeschädigung oder Beleidigung zählen kann, Straftaten also, die in Individualrechte eingreifen.[24] Der Zweck der Rechtfertigung solcher Taten könnte durch eine abstrakte Regelung, die an den Strafrahmen (bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe) und an die Unerlässlichkeit zur Vermeidung einer Enttarnung anknüpft, umgesetzt werden. Ein Katalog der maßgeblichen Delikte könnte dann in einer Dienstvorschrift näher ausgestaltet werden.[25]

[23] Vgl. *Dietrich* in: Dietrich/Eiffler, Handbuch des Rechts der Nachrichtendienste, 2017, VI § 2 Rn. 83.
[24] Weitere Beispiele bei *Löffelmann*/*Zöller*, Nachrichtendienstrecht, 2. Aufl. 2025, Rn. B.92.
[25] So der Vorschlag eines Art. 10 Abs. 3 S. 2 und 3 BayModVSG unter BayLT-Drs. 18/25825 S. 8.

11. Zu § 17 NVerfSchG-E (Eingriffsschwelle bei Überwachung des nicht öffentlich gesprochenen Worts)

Auf die Ausführungen zu oben 7. wird Bezug genommen. Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass die Norm unter Bestimmtheitsgesichtspunkten („oder aus anderen Gründen erhebliche Bedeutung“) Bedenken begegnet. Das BVerfG hat in seiner jüngeren Rechtsprechung zahlreiche Kriterien genannt, an denen sich ein qualifizierter Aufklärungsbedarf orientieren kann.[26] Die Norm sollte durch die Aufnahme weiterer Regelbeispiele neben der Gewaltorientierung präzisiert werden, um die Auslegung des unbestimmten Rechtsbegriffs der erheblichen Bedeutung stärker anzuleiten.[27]

12. Zu § 20 NVerfSchG-E (Auskunftsverlangen nach TMG)

Es handelt sich in den Absätzen 1 und 2 um redaktionelle Anpassungen an Neuregelungen im Telekommunikationsrecht. Die Absenkung der Eingriffsschwelle für die Kontostammdatenabfrage nach Absatz 4 ist aus den zutreffenden in der Entwurfsbegründung genannten Gesichtspunkten (S. 25) grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass dadurch die Diskrepanz zur Regelungslage auf Bundesebene (vgl. § 8a Abs. 2 BVerfSchG) und in anderen Ländern, wo Tatsachen für die Annahme schwerwiegender Gefahren für die betroffenen Schutzgüter vorausgesetzt werden[28], weiter verstärkt wird. Das gilt auch für die verfahrensrechtlichen Voraussetzungen (vgl. § 21 Abs. 3 S. 2 NVerfSchG-E einerseits und § 8b BVerfSchG andererseits). Allgemein sollte eine Harmonisierung der Rechtslage in Bund und Ländern angestrebt werden (vgl. unten C.).

13. Zu § 21 NVerfSchG-E (Zustimmung der G 10-Kommission)

Dass die vom BVerfG für informationelle Maßnahmen mit hoher Eingriffsintensität geforderte unabhängige quasi-gerichtliche Vorabkontrolle de lege lata nach § 21 Abs. 3 NVerfSchG einheitlich durch dasselbe Kontrollorgan wahrgenommen wird, besitzt Vorbildcharakter für die zerfaserte Kontrollarchitektur auf Bundesebene und in anderen Ländern. Zu begrüßen ist auch die mit § 21 Abs. 3 S. 3 bis 5 NVerfSchG-E beabsichtigte Klarstellung einer Kompetenz des Kontrollorgans zur Prüfung kumulativer oder additiver Grundrechtseingriffe, wodurch die

[26] BVerfGE 162, 1, 80, 91 ff.
[27] Vgl. insoweit Art. 4 Abs. 2 BayVSG; § 3 Abs. 4 Nr. 2 SächsVSG; § 5 Abs. 3 HmbVerfSchG.
[28] Vgl. dazu *Löffelmann/Zöller*, Nachrichtendienstrecht, Rn. B.117.

in diese Richtung deutende Rechtsprechung des BVerfG[29] auf der Ebene des einfachen Rechts weiterentwickelt wird. Eine Kumulationsproblematik kann zwar auch bei einem Zusammentreffen mehrerer einfacher nachrichtendienstlicher Mittel, die jeweils keiner besonderen Präventivkontrolle unterliegen, eintreten, worin ein systematisches Defizit erblickt werden könnte. Praktisch lässt sich eine Kumulationskontrolle mit vertretbarem Aufwand aber nur bei solchen Maßnahmen umsetzen, die dem Kontrollorgan schon je für sich zur Kenntnis gelangen. Insoweit stellt die beabsichtigte Regelung eine praktikable Lösung dar. Eine alternative Zuständigkeit des Landesbeauftragten für den Datenschutz wäre zwar denkbar, bietet aufgrund der sich dann ergebenden Kompetenzüberlagerungen (Doppelzuständigkeit, Verantwortungsdiffusion, divergierende Entscheidungen) aber keine Vorzüge.

Unberücksichtigt lässt der Entwurf allerdings die jüngst vom BVerfG geäußerte Kritik am fehlenden gerichtsähnlichen Zuschnitt der G 10-Kommission auf Bundesebene.[30] Es handelt sich insofern zwar lediglich um ein obiter dictum, das im Zusammenhang mit der strategischen Inland-Ausland-Fernmeldeaufklärung des BND ergangen ist. Die allgemein formulierte Kritik dürfte sich aber auf andere eingriffsintensive Maßnahmen, die einer gerichtsähnlichen Vorabkontrolle bedürfen, und auf das Landesrecht übertragen lassen. Vor diesem Hintergrund sollte über Möglichkeiten der Professionalisierung der Vorabkontrolle nachgedacht werden. Hierfür kommt entweder eine Stärkung der G 10-Kommission in Betracht, die Errichtung einer neuen unabhängigen gerichtsähnlichen Stelle nach dem Vorbild des Unabhängigen Kontrollrats (so die Lösung in Hamburg für ein Unabhängiges Kontrollgremium[31]) oder die Einführung einer originär gerichtlichen Kontrolle (so realisiert in Bayern[32] und Hessen[33]). Aufgrund bestehender Strukturen dürfte die letztgenannte Option am einfachsten umzusetzen sein. Wichtig ist bei alledem, die *einheitliche* Zuständigkeit eines *spezialisierten* Kontrollorgans zu erhalten. Außerdem sollte in diesem Zusammenhang das Verhältnis zum Zuständigkeitsbereich des Landesbeauftragten für den Datenschutz gesetzlich geklärt werden.[34]

[29] Vgl. BVerfGE 112, 304, 319 f.; 123, 186, 265 f.; 141, 220, 280 f.; 159, 223, 349; 162, 1, 130 f.; dazu ausf. *Löffelmann*, Überwachungsgesamtrechnung und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, 2022.
[30] BVerfG, B. v. 8.10.2024, 1 BvR 1743/16 u.a., Rn. 207 ff. m. Anm. *Löffelmann*, GSZ 2025, 94 ff.
[31] § 9 HmbVerfSchG (Bürgerschaft-Drs. 22/16037 S. 6, 34 f.).
[32] Art. 29 BayVSG.
[33] § 5a HVSG.
[34] Vgl. zu dieser Problematik nun § 40 Abs. 2 S. 2 HmbVerfSchG; zum Konflikt zwischen dem BfDI und dem UKR vgl. https://www.bfdi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/05_Klage-BND.html.

14. Zu § 22 NVerfSchG-E (Mitteilungspflichten)

Die beabsichtigte Einschränkung der Benachrichtigungspflichten auf Zielpersonen und erheblich betroffene Personen ist ausdrücklich zu begrüßen, weil diese Entlastung für die Behörde eine sorgfältigere Wahrnehmung der Benachrichtigungspflichten gegenüber solchen Personen erlaubt, die mit einiger Wahrscheinlichkeit ein Interesse an der Mitteilung und dem Ergreifen von Rechtsschutzmöglichkeiten haben. Die bloße gesetzliche Kennzeichnung als „erheblich betroffene Personen“ birgt allerdings ein verfassungsrechtliches Risiko, da aus dem Gesetz nicht hinreichend klar wird, welche Personenkreise zu benachrichtigen sind. Der Hinweis der Entwurfsbegründung auf BVerfGE 141, 220, 320 (S. 26) trägt insoweit nicht, weil die dort zugrundeliegende Norm (§ 20w BKAG a.F.) ebenso wie ihr Regelungsvorbild in § 101 Abs. 4 StPO einen deutlich differenzierteren Katalog der zu benachrichtigenden Personen aufweist. Die weitere Spezifizierung in einer Dienstvorschrift (so S. 26) könnte einen vertretbaren Kompromiss darstellen, setzt dann aber voraus, dass § 22 NVerfSchG-E eine Rechtsgrundlage hierfür enthält und die betreffende – normkonkretisierende – Dienstvorschrift veröffentlicht wird[35], um Rechtsschutz Suchende in die Lage zu versetzen, erkennen zu können, ob sie einen Anspruch auf Benachrichtigung haben. Denkbar wären auch alternative Regelungsansätze.[36]

Die Ergänzungen in Absatz 2 Satz 8 und Absatz 3 Satz 3 zum Fristbeginn bei mehreren parallel laufenden Maßnahmen und endgültigen Verzicht auf eine Benachrichtigung erscheinen praxisgerecht und mit Blick auf die darin zum Ausdruck kommende Abwägung zwischen dem Interesse betroffener Personen auf Löschung ihrer personenbezogenen Daten und ihrem Anspruch auf effektiven Rechtsschutz auch angemessen. Der verfassungsrechtliche Gedanke, dass eine Datenlöschung nicht den Anspruch auf Rechtsschutz aushebeln darf[37], steht einer solchen Regelung nicht prinzipiell entgegen, da die Datenlöschung nicht unmittelbar und automatisch erfolgt und einem etwaigen Missbrauch der Regelung wirksam durch die verfahrensrechtlichen Anforderungen nach Absatz 3 Satz 4 begegnet werden kann. Dabei ist durch die G 10-Kommission und ggf. den Datenschutzbeauftragten zu prüfen, ob noch ein mutmaßliches Interesse der betroffenen Person am Erwirken von Rechtsschutz besteht. Es handelt sich somit um eine gesetzgeberische Abstimmung der gegebenen Konfliktlage mit einer Sicherung gegen ein Vereiteln gebotenen Rechtsschutzes. Diese Regelung kann unproblematisch verfassungskonform i.S.d. Rechtsprechung des BVerfG ausgelegt werden.

---

[35] Vgl. *Maurer*/*Waldhoff*, Allgemeines Verwaltungsrecht, 19. Aufl. 2017, S. 691.

[36] Vgl. etwa unter BayLT-Drs. 18/25825 S. 7, 38 f. den – nicht Gesetz gewordenen – Vorschlag eines Art. 8 BayModVSG m.w.N. zur Rspr. des BVerfG.

[37] Vgl. BVerfGE 100, 313, 364, 400; BVerfGE 109, 279, 380; vgl. auch § 101 Abs. 8 StPO.

15. Zu § 23 Abs. 5 S. 3, § 25 Abs. 2 S. 3 NVerfSchG (Übermittlung von Daten aus einer Wohnraumüberwachung)

Nach dem vom BVerfG für zweckändernde Datenübermittlungen entwickelten Prinzip der hypothetischen Datenneuerhebung dürfen Daten, die durch eine Wohnraumüberwachung erlangt wurden, an eine andere Stelle nur unter den für die Ersterhebung maßgeblichen Voraussetzungen übermittelt werden. Das gilt – anders als bei anderen Datenerhebungsmaßnahmen mit Ausnahme der sog. Online-Durchsuchung – auch für die bloße Verwendung als Spuren- oder Ermittlungsansatz.[38] § 23 Abs. 5 S. 3 i.V.m. § 25 Abs. 2 S. 3 NVerfSchG-E trägt diesen Voraussetzungen nicht Rechnung und ist deshalb verfassungswidrig. Erforderlich ist eine einfachrechtliche Abbildung der Schranken des Art. 13 Abs. 4 GG. Eine Übermittlung ist daher nur zum Zweck der Gefahrenabwehr[39] bei Vorliegen einer dringenden Gefahr für besonders gewichtige Rechtsgüter zulässig. Hier fehlt es an der Zweckbindung der Gefahrenabwehr. Auch der Kreis der in § 30 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 und 4 NVerfSchG-E genannten Rechtsgüter begegnet teilweise verfassungsrechtlichen Bedenken [näher unten 16. b)].

16. Zu §§ 30 bis 32 NVerfSchG-E (Grundsätze der Datenübermittlung)

Die §§ 30 bis 32 NVerfSchG-E setzen vergleichsweise übersichtlich und systematisch die Vorgaben der jüngsten verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung zu Datenübermittlungen durch Nachrichtendienste um. Der Entwurf geht dabei zum Teil neue Wege, die von den in anderen Ländern und auf Bundesebene erarbeiteten Lösungen abweichen. Hervorzuheben sind dabei folgende Gesichtspunkte:

a) Beschränkung auf nachrichtendienstliche Mittel und besondere Auskunftsverlangen

Der Entwurf sieht qualifizierte Übermittlungsanforderungen nur für personenbezogene Daten vor, die durch nachrichtendienstliche Mittel oder besondere Auskunftsverlagen erlangt wurden (§ 30 Abs. 1 S. 1, Abs. 2, § 31 Abs. 1 S. 1, § 32 Abs. 1 S. 1 NVerfSchG-E). In seiner maßgeblichen Rechtsprechung bezog sich das BVerfG ausdrücklich nur auf Daten, die durch nachrichtendienstliche Mittel erhoben wurden.[40] Diese Begrenzung beruht auf dem nur inso-

[38] BVerfGE 141, 220, 326; BVerfGE 162, 1, 107 f.
[39] Vgl. für Ersterhebungen durch den Verfassungsschutz BVerfGE 162, 1, 81 f., 85, 134 f., 140.
[40] BVerfGE 162, 1, 111; BVerfGE 163, 43 (Rn. 123).

weit gegebenen Streitgegenstand. Soweit daraus teilweise gefolgert wurde, anderweitig erhobene Daten unterlägen nicht den erhöhten Anforderungen[41], ist dies daher analytisch nicht zwingend und birgt ein gewisses verfassungsrechtliches Risiko. Zwingende Voraussetzung einer Begrenzung auf durch nachrichtendienstliche Mittel erhobene Daten ist unter Bestimmtheitsgesichtspunkten jedenfalls ausreichende Klarheit über den Kreis dieser Mittel. Dem trägt § 14 NVerfSchG Rechnung. Richtig – wenngleich über die Vorgaben des BVerfG hinausgehend – ist auch die Einbeziehung von Daten, die durch besondere Auskunftsverlangen gewonnen werden, weil diese – selbst wenn man sie nicht den nachrichtendienstlichen Mitteln im engeren Sinne zurechnet – nur unter erhöhten Voraussetzungen zulässig sind. Vor diesem Hintergrund begegnen § 30 Abs. 1 S. 1, § 31 Abs. 1 S. 1 und § 32 Abs. 1 S. 1 NVerfSchG-E keinen Bedenken. Denkbar ist allerdings, dass Daten, welche nicht durch nachrichtendienstliche Mittel oder besondere Auskunftsverlangen erlangt wurden, zusammengeführt werden und dadurch eine neue Eingriffsqualität entsteht.[42] Die so neu aggregierten Daten müssten (wohl) ebenfalls dem strengen Übermittlungsregime unterfallen.[43] Man könnte freilich bestimmte Formen des Aggregierens von Daten (etwa automatisierte Datenanalysen) selbst als nachrichtendienstliches Mittel verstehen und in den Katalog des § 14 NVerfSchG aufnehmen.

b) Besonders gewichtige Rechtsgüter

Die Entwurfsbegründung (S. 31) weist zurecht auf die uneinheitliche Begriffsbildung des BVerfG bei der Bezeichnung und Einhegung der besonders gewichtigen Rechtsgüter hin. Man kann daraus folgern, dass es keinen aus verfassungsrechtlichen Gründen abgeschlossenen Kreis solcher Rechtsgüter gibt. Diese Auffassung kann auch der insoweit bereichsspezifisch zugeschnittenen Gesetzgebung auf Bundesebene entnommen werden (vgl. § 19 Abs. 3 BVerfSchG einerseits und § 11b Abs. 1 S. 2 BNDG andererseits). § 30 Abs. 1 S. 3 NVerfSchG-E greift diesen Gedanken mit einem Ausnahmetatbestand auf, der an Rechtsgüter „von vergleichbarem Gewicht“ anknüpft, was vor diesem Hintergrund gut vertretbar erscheint und in begrüßenswerter Weise eine größere Flexibilität bei den Übermittlungen eröffnet. Die Feststellung einer insoweit gegebenen Vergleichbarkeit der Rechtsgüter kann bei der Rechtsanwendung jedoch nur gelingen, wenn der Kreis der gesetzlich definierten Rechtsgüter von besonderem Gewicht ausreichend präzise und eng gefasst ist. Das ist bei

[41] So *Gitter/Marscholleck*, GSZ 2024, 45, 50.
[42] Vgl. BVerfGE 156, 11, 53; BVerfGE 165, 363, 395 ff.
[43] Dem tragen auf Bundesebene § 25d Abs. 2 BVerfSchG und § 10a Abs. 2 BNDG Rechnung.

den in § 30 Abs. 1 S. 2 NVerfSchG-E genannten Rechtsgütern nicht durchgehend der Fall. Der gemeinsame Nenner der besonders gewichtigen Rechtsgüter kann darin gesehen werden, dass sie fundamentale Bedingungen der individuellen und sozialen Existenz betreffen. Bei den Rechtsgütern Menschenwürde, Leib, Freiheit und sexuelle Selbstbestimmung (§ 30 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 NVerfSchG-E) ist das nicht durchgehend der Fall. Das Rechtsgut der Sachen von bedeutendem Wert, deren Erhalt im besonderen öffentlichen Interesse geboten ist (§ 30 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 NVerfSchG-E), ist nach der Rechtsprechung des BVerfG eng auszulegen und umfasst insbesondere Anlagen der Kritischen Infrastruktur.[44] Der Bundesgesetzgeber hat vor diesem Hintergrund auf die Aufnahme der Menschenwürde in den Katalog der besonders gewichtigen Rechtsgüter verzichtet und die Rechtsgüter der körperlichen Integrität (Leib) und Freiheit an die Voraussetzung einer erheblichen Gefährdung im Einzelfall gebunden (§ 19 Abs. 3 Nr. 4 BVerfSchG).[45] Andererseits hat er neben den bedeutenden Sachwerten auch bedeutende Vermögenswerte, deren Erhaltung im besonderen öffentlichen Interesse geboten ist (§ 19 Abs. 3 Nr. 3 BVerfSchG), aufgenommen. Der Katalog des § 30 Abs. 1 S. 2 NVerfSchG-E sollte daher – auch mit dem Ziel einer Vereinheitlichung der Rechtslage auf Bundes- und Landesebene – nochmals einer Revision unterzogen werden.

c) Übermittlung an Behörden mit operativen Anschlussbefugnissen

Die vergleichsweise schlanke Vorschrift zur Übermittlung an Behörden mit operativen Anschlussbefugnissen in § 31 NVerfSchG-E begegnet überwiegend keinen Einwänden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die teilweise undurchsichtigen und wenig praxisfreundlichen[46] Vorgaben des BVerfG den Gesetzgeber vor beträchtliche Herausforderungen stellen.

Die Vorschrift kombiniert für die Übermittlung zum Zweck der Strafverfolgung einerseits statische Verweisungen auf die Kataloge besonders schwerer Straftaten in der StPO und dem NPOG (§ 31 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 bis 3 NVerfSchG-E) mit einem Katalog enumerativ bezeichneter minder schwerer Delikte (§ 31 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 NVerfSchG-E), die (wohl) den Anforderungen des BVerfG in seiner Entscheidung vom 17.7.2024[47] genügen dürften. Hinzu tritt eine Auffangklausel (§ 31 Abs. 1 S. 3 NVerfSchG-E), welche ebenfalls den verfassungsgerichtlichen Vorgaben[48] entspricht. Für die sicherheitsbehördliche Praxis relevante Delikte werden

[44] BVerfGE 162, 1, 115.
[45] BT-Drs. 20/9345 S. 23 m.w.N.
[46] Vgl. hierzu *Unterreitmeier*, GSZ 2024, 273 ff.; *Löffelmann*/*Wallrath*, JR 2024, 672 ff.
[47] BVerfG, B. v. 17.7.2024, 1 BvR 2133/22, Rn. 193 ff.
[48] BVerfGE 109, 279, 343 ff.; BVerfG, B. v. 17.7.2024, 1 BvR 2133/22, Rn. 203.

auf diese Weise zwar teilweise nicht erfasst (z.B. § 99 Abs. 1 StGB[49]), was jedoch angesichts der verfassungsgerichtlichen Vorgaben hinzunehmen bzw. im Bereich des materiellen Strafrechts durch den Bundesgesetzgeber zu korrigieren ist.

Nicht ganz schlüssig erscheint die Begrenzung der Übermittlungsmöglichkeit auf „Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden des Landes“ (Absatz 1 Satz 1), was eine Übermittlung z.B. an den Generalbundesanwalt, an Strafverfolgungsbehörden anderer Länder oder (nach Eröffnung des Hauptverfahrens an die dann zuständigen) Strafgerichte ausschließen würde. Entsprechendes gilt – etwa für Übermittlungen an das BKA oder die BPol – für die Übermittlung an Polizeibehörden des Landes (Absatz 2 Satz 1).

Konsequent erscheint demgegenüber die Einbeziehung der durch besonders schwere Straftatbestände geschützten Rechtsgüter (§ 31 Abs. 2 S. 1 Alt. 2 NVerfSchG-E), wodurch der vom BVerfG geforderte „Gleichlauf“ von Repression und Prävention[50] hergestellt wird. Sprachlich könnte diese Alternative noch etwas geglättet werden („soweit dies zur Abwehr einer konkretisierten Gefahr für ein Rechtsgut nach § 30 Abs. 1 Satz 2 oder ein durch einen Straftatbestand nach Absatz 1 Sätze 2 und 3 geschütztes Rechtsgut erforderlich ist.“). Nicht zu beanstanden ist ferner die in § 31 Abs. 2 S. 1 NVerfSchG-E enthaltene (strenge) Legaldefinition der operativen Befugnis. § 32 Abs. 2 NVerfSchG-E, der Übermittlungen an Stellen regelt, bei denen es sich ebenfalls um Behörden mit operativen Befugnissen handelt, ist hierzu lex specialis und weitgehend der Regelung auf Bundesebene nachgebildet (§ 20 BVerfSchG), enthält allerdings insbesondere nicht die dortigen, auch für Landesbehörden relevanten, Alternativen der Aufhebung eines begünstigenden Verwaltungsakts (§ 20 Abs. 1 S. 1 Nr. 6 BVerfSchG) und der Übermittlung zum Zweck der Strafvollstreckung (§ 20 Abs. 1 S. 1 Nr. 8 BVerfSchG).[51]

Nicht zu beanstanden ist schließlich der Verzicht auf eine Legaldefinition des unbestimmten Rechtsbegriffs der konkretisierten Gefahr (anders § 19 Abs. 2 BVerfSchG, § 9f Abs. 3 BNDG), der mittlerweile von der verfassungs- und fachgerichtlichen Rechtsprechung hinreichend klar ausgelegt wurde.[52]

Bedenken begegnet allerdings die Durchbrechung des Übermittlungsregimes nach § 31 Abs. 1 S. 4 NVerfSchG-E „zur Ausräumung eines bestehenden Tatverdachts“. Denn strafpro-

[49] Vgl. hierzu jedoch das Vorhaben auf Bundesebene, den Strafrahmen anzuheben, Koalitionsvertrag 2025, Z. 2866 f.
[50] BVerfGE 141, 220, 348; BVerfGE 162, 1, 115.
[51] Vgl. dazu BT-Drs. 20/9345 S. 26.
[52] Vgl. die Nachweise unter BT-Drs. 20/9345 S. 22.

zessual lassen sich be- und entlastende Umstände – zumal in einem frühen Stadium des Ermittlungsverfahrens – häufig nicht voneinander klar abgrenzen. Die entsprechende Würdigung obliegt vielmehr final dem Tatgericht. Andererseits können sich auch aus entlastenden Umständen Anhaltspunkte für strafbares Verhalten ergeben, denen die an das Legalitätsprinzip gebundene Staatsanwaltschaft nachgehen muss. Vor diesem Hintergrund wäre es sinnvoller und weniger risikobehaftet, den Ausnahmetatbestand an eine Zustimmung der betroffenen Person zu knüpfen.

Am Rande ist darauf hinzuweisen, dass § 31 Abs. 4 S. 3 NVerfSchG-E statt auf Satz 2 auf sich selbst verweist und insoweit redaktionell berichtigt werden muss.

d) Übermittlung an Nachrichtendienste

Keine ausdrückliche Regelung enthält der Entwurf für die Übermittlung von Daten an andere inländische Nachrichtendienste. Insoweit würde die Grundsatznorm des § 30 Abs. 1 NVerfSchG-E greifen, was grundsätzlich unschädlich ist, da die Tätigkeit der Nachrichtendienste durchgehend auf den Schutz besonders gewichtiger Rechtsgüter bezogen ist.[53] Allerdings kommt dieser Gedanke im Gesetz nicht ausreichend deutlich zu Ausdruck. Denn der legaldefinierte Katalog der besonders gewichtigen Rechtsgüter in § 30 Abs. 1 S. 2 NVerfSchG-E orientiert sich offensichtlich am Katalog der Aufgaben des Verfassungsschutzes (§ 3 Abs. 1 NVerfSchG), ohne aber die dortige Aufgabe der Spionageabwehr (§ 3 Abs. 1 Nr. 2 NVerfSchG) aufzugreifen. Daraus könnte gefolgert werden, dass eine Übermittlung an andere Nachrichtendienste zum Schutz vor Spionageaktivitäten nicht zulässig ist. Das wiederum stünde in einem Widerspruch zu § 6 Abs. 1 BVerfSchG, der die Rechtsgrundlage für Datenübermittlungen im Verfassungsschutzverbund bildet. Insoweit scheint eine Klarstellung geboten. Dasselbe gilt (erst recht) für Übermittlungen im Verhältnis zum BND (vgl. insoweit § 22 Abs. 2 BVerfSchG und umgekehrt § 11 BNDG).

e) Übermittlungsverbote

Nach § 30 Abs. 5 NVerfSchG-E ist eine Übermittlung unzulässig, wenn Sicherheitsinteressen in Form des Quellen- und Befähigungsschutzes das Interesse der empfangenden Stelle überwiegen. Diese schlanke Regelung deckt allerdings nicht alle Facetten von Geheimhaltungsgründen ab. Maßgeblich kann etwa auch der Schutz der informationellen Selbstbe-

[53] BVerfGE 155, 119, 189 m.w.N.; BVerfGE 162, 1, 73, 84 f.

stimmung dritter Personen sein. Umgekehrt kommt es nicht allein auf das Interesse der empfangenden Stelle an, sondern auch auf das der übermittelnden Stelle (vgl. insoweit die – allerdings wenig übersichtlichen – Regelungen in § 23 BVerfSchG und § 9e BNDG).

## II. Zum Antrag der Fraktion der CDU – Drs. 19/5071

1. Zu § 3 NVerfSchG (Aufgabe der Beobachtung der Organisierten Kriminalität)

Die Anfang der 2000er Jahre zu beobachtende Tendenz einer zunehmenden Erweiterung der Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden auf die Beobachtung Organisierter Kriminalität[54] zeichnet sich mittlerweile nicht mehr ab. In Sachsen forderte der SächsVerfGH in seiner Entscheidung vom 21.7.2005, die Befugnis des dortigen LfV zur Beobachtung Organisierter Kriminalität müsse verfassungskonform dergestalt ausgelegt werden, dass das Landesamt auf seine „klassischen Aufgaben, die letztlich auf den Verfassungsschutzbegriff des Bundes in Art. 73 Nr. 10 Buchst. b) und c) GG zurückgehen, und auf seine herkömmlichen Tätigkeiten, die in Art. 87 Abs. 1 GG für die Verfassungsschutzbehörden des Bundes zum Ausdruck kommen, beschränkt ist“.[55] § 2 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 SächsVSG wurde daraufhin mit Wirkung zum 28.4.2006 durch den sächsischen Landesgesetzgeber aufgehoben. Obwohl in Sachsen die Besonderheit besteht, dass das sog. Trennungsgebot dort in der Landesverfassung verankert ist (vgl. Art. 83 Abs. 3 SächsVerf), strahlte diese Entscheidung auf andere Bundesländer aus. So wurde in Thüringen die vormals bestehende entsprechende Aufgabe nach § 2 Abs. 1 S. 1, S. 2 Nr. 5 VerfSchGTh durch die Novellierung des ThürVerfSchG 2014[56] wieder aufgehoben. In den Bundesländern, in denen die LfV nicht über die Aufgabe zur Beobachtung Organisierter Kriminalität verfügen, wurden keinerlei auf eine entsprechende Aufgabenerweiterung zielende Initiativen mehr unternommen. In den verbleibenden Bundesländern, in denen die LfV weiterhin diese Aufgabe wahrnehmen, müssen die Aufgabennormen verfassungskonform dahin ausgelegt werden, dass sie sich nicht schlechthin auf die Beobachtung Organisierter Kriminalität beziehen, sondern nur insoweit, als darin verfassungsfeindliche Bestrebungen erkennbar sind. Dann aber verfügt die zusätzliche Aufgabe gegenüber den originären Aufgaben des § 3 Abs. 1 BVerfSchG kaum mehr über einen eigenständigen An-

[54] Ausf. *Droste*, Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität, S. 60 f.
[55] SächsVerfGH NVwZ 2005, 1310, 1312.
[56] GVBl. 2014, 529.

wendungsbereich.[57] Mit Blick auf die Binnenorganisation der Verfassungsschutzbehörden würde ein Verzicht auf den Auftrag zur Beobachtung Organisierter Kriminalität im Übrigen keineswegs ausschließen, besondere Einheiten zu bilden, die im Umfeld von Erscheinungsformen Organisierter Kriminalität verfassungsfeindliche Bestrebungen im Sinne des § 3 Abs. 1 BVerfSchG beobachten und eng mit den Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeiten. Insoweit ist durchaus ein Mehrwert der Beobachtung verfassungsfeindlicher Bestrebungen im Bereich der Organisierten Kriminalität durch den Verfassungsschutz erkennbar.[58] Eine *gesetzliche* Verankerung dieser Aufgabe erscheint allerdings verzichtbar.

2. Zu § 4 NVerfSchG (Beobachtung von Einzelpersonen)

Der Antrag entspricht dem Regierungsentwurf (näher oben I.2.).

3. Zu § 6 Abs. 3 NVerfSchG (Zweijahresfrist)

Die gegenüber § 12 Abs. 3 S. 1 BVerfSchG kürzere Frist ist der differenzierenden Regelung von Beobachtungs- und Verdachtsfällen in §§ 6 und 7 NVerfSchG geschuldet. Da in einem Beobachtungsfall die Aufklärungsaktivitäten intensiver ausfallen, lassen sich durchaus sachliche Gründe für die dortige kürzere Frist finden. Die Dauer der Verdachtsphase kann bis zu vier Jahre betragen, so dass eine erstmalige Prüfung nach sechs Jahren erfolgt. Verfassungsrechtlich zwingend sind solche Fristen nicht. Ausreichend – und für die Praxis einfacher zu handhaben – wäre es, eine Pflicht zur „regelmäßigen Überprüfung“ gesetzlich zu verankern. Allgemein wäre hier eine Harmonisierung der Rechtslage auf Bundes- und Landesebene wünschenswert, womit aber in erster Linie Reformbedarf im BVerfSchG angesprochen ist.

4. Zu § 6 Abs. 4 NVerfSchG (Benachrichtigungspflicht)

Der Änderungsvorschlag ist aus Gründen des Geheimschutzes und der Ressourcenschonung zu begrüßen. Verfassungsrechtliche Maßgaben stehen insoweit nicht entgegen.

---

[57] Vgl. auch *Gusy,* KritV 1994, Bd. 77, 242, 251: „Aufgabe ist bei der Polizei in praktisch angemessenen und rechtlich ausreichenden Händen“; *Warg*, Recht der Nachrichtendienste, 2023, Rn. 61: grundsätzlich verfassungsschutzfremde Aufgabe.

[58] Vgl. *Soiné*, ZRP 2004, 208 ff.; *Pechtold* in: Möstl/Schwabenbauer, BeckOK Polizei- und Sicherheitsrecht Bayern, 1. Aufl. 2022, Art. 3 BayVSG Rn. 25.

5. Zu § 6 Abs. 5 NVerfSchG (Aufklärung entlastender Umstände)

Die Vorschrift erfüllt eine klarstellende Funktion und kann zu einer ausgewogenen Behördenkultur beitragen.

6. Zu § 9 Abs. 1 S. 1 NVerfSchG (Bindung an allgemeine Rechtsvorschriften)

Die Vorschrift erfüllt keinen Regelungszweck und ist zudem unbestimmt und daher verzichtbar.

7. Zu § 10 Abs. 4 NVerfSchG (Berufsgeheimnisträger)

Die Gleichsetzung des Kernbereichs privater Lebensgestaltung mit dem Schutz der in § 53 StPO genannten Berufsgeheimnisträger, der weder durchgehend verfassungsrechtlich radiziert noch mit dem Kernbereich identisch ist, ist systematisch verfehlt. Erforderlich ist eine verfassungsschutzspezifische Regelung (näher oben I.9.).

8. Zu § 11 NVerfSchG (Quellen-TKÜ)

Die (einfache und erweiterte) Quellen-TKÜ ist mittlerweile in § 11 Abs. 1a G 10 geregelt[59], auf den § 11 NVerfSchG verweist. Insoweit ist derzeit kein Regelungsbedarf im NVerfSchG ersichtlich. Perspektivisch sollte das G 10 allerdings aufgelöst und sein Regelungsgehalt in die Fachgesetze integriert werden, um bestehende Divergenzen zu beheben.

9. Zu § 13 NVerfSchG (Minderjährigenschutz)

Der Antrag auf Überprüfung der Altersschutzgrenzen ist aus den genannten Gründen zu begrüßen.

10. Zu § 14 NVerfSchG (Wohnraumüberwachung und Online-Durchsuchung)

Die akustische und optische Wohnraumüberwachung besitzt aufgrund der engen Schranken des Art. 13 Abs. 4 GG[60] für den Verfassungsschutz keinen relevanten Anwendungsbereich

[59] Näher hierzu *Dietrich*, GSZ 2021, 1 ff.; *Gitter*/*Marscholleck*, GSZ 2021, 191 ff.; *Gärditz*/*Linzbach*, GSZ 2023, 140 ff.; *Schlömer*, NVwZ 2023, 1121 ff.
[60] Vgl. hierzu BVerfGE 162, 1, 85 f.

und wurde daher in der Vergangenheit auch nicht in nennenswertem Ausmaß durchgeführt.[61] Zwingende Voraussetzung einer Wiedereinführung wäre daher eine Änderung des Art. 13 Abs. 4 GG, wofür keine politische Mehrheit erkennbar ist. Anders verhält es sich mit der Wohnraumüberwachung zu Zwecken der Eigensicherung nach Art. 13 Abs. 5 GG, für die eine Befugnis geboten erscheint. Die so erlangten Daten dürfen freilich nicht für weitere Zwecke der nachrichtendienstlichen Aufklärung verwendet werden (Art. 13 Abs. 5 S. 2 GG).

Informationstechnische Eingriffe unterliegen vergleichbaren engen Schranken, die zwar nicht explizit in der Verfassung verankert sind, vom BVerfG aber aus dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz abgeleitet werden.[62] Auch insofern sind die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine praktikable Befugnis ungünstig. Die Schaffung einer Befugnis zu informationstechnischen Eingriffen – ggf. für einen begrenzten Aufgabenbereich wie die Spionageabwehr oder Phänomenbereich wie terroristische Bestrebungen[63] – wäre jedenfalls mit verfassungsrechtlichen Risiken verbunden. Erwägenswert wäre es außerdem, in diesem Zusammenhang die praktisch bedeutsame Asservatenauswertung rechtssicher zu regeln.[64]

Der Antrag betont darüber hinaus völlig zurecht den wichtigen Gesichtspunkt einer Harmonisierung nachrichtendienstlicher Befugnisse auf Bundesebene und in den Ländern. Der Reformbedarf richtet sich jedoch in erster Linie gegen das systematisch veraltete BVerfSchG und die seinem Vorbild folgenden LVerfSchG. Die Befugnis zur Wohnraumüberwachung in § 9 Abs. 2 BVerfSchG ist unstreitig verfassungswidrig und müsste daher überarbeitet oder gestrichen werden.

## 11. Zu § 14 NVerfSchG (Katalog der nachrichtendienstlichen Mittel)

Mit der Einführung eines Katalogs nachrichtendienstlicher Mittel durch die Novellierung 2016 kam dem NVerfSchG eine Vorreiterrolle und Vorbildfunktion für die Schaffung zeitgemäßer Verfassungsschutzgesetze zu. Aus einer verfassungsrechtlichen Perspektive erscheint diese Regelungstechnik vorzugswürdig, da sie die Forderung nach bereichsspezifischen und präzisen Regelungen, für die der parlamentarische Gesetzgeber die Verantwortung übernimmt[65], einlöst. Hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung solcher Kataloge besteht freilich ein gesetzgeberischer Gestaltungsspielraum. Begrüßenswert und verfassungsrechtlich un-

[61] Vgl. *Löffelmann* in: Dietrich/Eiffler, Handbuch des Rechts der Nachrichtendienste, 2017, VI § 3 Rn. 35 m.w.N.
[62] Vgl. BVerfGE 162, 1, 86, 140.
[63] Vgl. den Regelungsvorschlag eines Art. 15 BayModVSG unter BayLT-Drs. 18/25825 S. 10.
[64] Vgl. den Regelungsvorschlag eines Art. 14 BayModVSG unter BayLT-Drs. 18/25825 S. 10.
[65] Vgl. etwa BVerfGE 162, 1, 91, 95 f., 125.

bedenklich[66] ist es zunächst, Befugnisnormen technikoffen zu formulieren (vgl. zur Standortbestimmung näher oben I.8.). Befugnisse, die nicht über eine hohe Eingriffsintensität verfügen, können zudem mit einer Öffnungsklausel („insbesondere", „vergleichbare Mittel") versehen werden, was es erleichtert, kurzfristig auf technische und methodische Entwicklungen zu reagieren. Denkbar ist auch die Verlagerung der Spezifizierung nicht eingriffsintensiver Befugnisse in untergesetzliches Recht (Dienstvorschriften) oder eine Kombination von Standardbefugnissen und einer Generalklausel. Voraussetzung für alle differenzierenden Lösungen ist die Etablierung eines Stufensystems nachrichtendienstlicher Mittel, die nach ihrer Eingriffsintensität unter Berücksichtigung verfassungsrechtlicher Maßgaben kategorisiert und an unterschiedliche Eingriffsschwellen geknüpft werden müssen. Über ein solches Stufensystem verfügt das NVerfSchG derzeit und nach dem gegenständlichen Entwurf nicht. Perspektivisch ist eine Harmonisierung der heterogenen Rechtslage auf Bundesebene und in den Ländern dringend geboten, wobei weniger der Gedanke der „Vollständigkeit" von Befugnissen als ihrer Einheitlichkeit im Vordergrund stehen sollte. Bisherige Harmonisierungsbemühungen und -ideen[67] sind allerdings gescheitert. Aus den Beschlüssen der Innenministerkonferenz von 2017 zur Harmonisierung wirksamer Verfassungsschutzbefugnisse in Bund und Ländern und der Empfehlung von Musterregelungen[68] sind bislang trotz entsprechender politischer Willensbekundungen[69] keine einheitlichen gesetzlichen Regelungen erwachsen.

12. Zu § 15 Abs. 1 S. 2, Abs. 3 NVerfSchG (Verhältnismäßigkeit, Verbot strafbaren Verhaltens)

Die einfachgesetzliche Ausprägung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes in § 15 Abs. 1 S. 2 NVerfSchG ist deklaratorischer Art, entspricht allerdings dem Regelungsstand in allen Verfassungsschutzgesetzen (vgl. exemplarisch § 8 Abs. 2 S. 3, Abs. 5 BVerfSchG). Stattdessen sollten substanzielle Eingriffsschwellen definiert werden. Der Hinweis auf das Verbot der Begehung von Straftaten in § 15 Abs. 3 NVerfSchG erscheint unterkomplex und missverständlich. Die Befugnis zum Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel kann, wenn sie ausrei-

[66] Vgl. BVerfGE 112, 304 ff.; BVerfGE 162, 1, 144.
[67] Vgl. zur Idee eines Musterverfassungsschutzgesetzes *Dietrich* in: Dietrich/Eiffler, Handbuch des Rechts der Nachrichtendienste, 2017, III § 3 Rn. 71; *Meiertöns* in: Dietrich/Fahrner/Gazeas/von Heintschel-Heinegg, § 18 Rn. 84.
[68] Vgl. den Bericht der länderoffenen Arbeitsgruppe des AK IV vom 29.8.2017 „Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder - Schaffung eines harmonisierten Rechtsrahmens mit wirksamen Befugnissen", https://www.innenministerkonferenz.de/IMK/DE/termine/to-beschluesse/2017-12-07_08/anlage-zu-top-29.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (letzter Abruf: 16.2.2025).
[69] Vgl. Koalitionsvertrag 19. Wahlperiode, Z. 6099, 6116; Koalitionsvertrag 20. Wahlperiode, Z. 3520 ff., 3676 f.

chend präzise formuliert ist, einen strafrechtlichen Rechtfertigungsgrund darstellen. Die Problematik, in welchem Rahmen Mitarbeitende der Verfassungsschutzbehörden in Ausübung ihrer Tätigkeit Straftatbestände verwirklichen dürfen, ist generell bislang nur unbefriedigend geregelt.[70]

13. Zu § 16 NVerfSchG (Vertrauenspersonen)

Eine Harmonisierung des Rechtsrahmens auf Bundes- und Länderebene im Bereich HUMINT ist dringend geboten. Die jüngere Rechtsprechung des BVerfG legt auch insoweit eine gestufte Regelung mit unterschiedlichen Eingriffsschwellen nahe.[71] Näher zur Kritik an den auf begangene Straftaten bezogenen Ausschlusstatbeständen oben I.9.

14. Zu § 18 NVerfSchG (Verdeckte Mitarbeiter)

Dem Antrag ist zuzustimmen. Ein entsprechender Gleichlauf entspricht sowohl der Rechtslage in den meisten anderen Verfassungsschutzgesetzen als auch der Rechtsprechung des BVerfG.[72]

15. Zu § 21 NVerfSchG (Anordnungsverfahren)

Anwendungsfreundlichkeit sollte generell in viel höherem Maße als Eigenwert rechtsstaatlicher Verfahren begriffen werden. Entscheidend ist dabei weniger, auf welcher Ebene Entscheidungen getroffen werden, sondern dass möglichst einheitliche und einfache Verfahren existieren, die das Etablieren von Routinen erlauben. Einheitliche Verfahren wirken ressourcenschonend, fördern die Rechtsanwendungssicherheit und wirken dem Entstehen von parallelen Rechtsanwendungskulturen entgegen. Nicht nur im NVerfSchG, sondern allgemein in den Nachrichtendienstgesetzen besteht unter diesem Blickwinkel ein großer Reformbedarf, weshalb beim Heranziehen vermeintlicher Regelungsvorbilder Vorsicht geboten ist. Das gilt nachgerade auch für das untergesetzliche Recht.

[70] Vgl. näher zur Rechtslage auf Bundesebene *Löffelmann*/*Zöller*, Nachrichtendienstrecht, 2. Aufl. 2025, Rn. B.98.
[71] Vgl. BVerfGE 162, 1, 95 ff.
[72] BVerfGE 162, 1, 158.

16. Zu § 22 Abs. 1 NVerfSchG (Mitteilungen)

Auf die Ausführungen unter I.14. wird Bezug genommen.

17. Zu § 23 NVerfSchG (Datenaustausch mit Polizei- und Strafverfolgungsbehörden)

Der Datenaustausch zwischen dem Landesamt für Verfassungsschutz und Polizei- sowie Strafverfolgungsbehörden richtet sich verfassungsrechtlich nach dem Grundsatz der hypothetischen Datenneuerhebung. Dessen Umsetzung dienen die §§ 30 bis 32 NVerfSchG-E. § 23 Abs. 4 und 5 NVerfSchG engt diesen Rahmen überobligatorisch ein, indem Voraussetzung einer Abfrage die Existenz einer *einfachrechtlichen* Befugnis für die Datenerhebung mit vergleichbaren Mitteln durch das Landesamt ist. Maßgeblich ist jedoch, ob dem Landesamt nach *verfassungsrechtlichen* Maßstäben eine solche Befugnis eingeräumt werden dürfte. Diese Frage ist freilich – namentlich mit Blick auf offene Maßnahmen, die mit „operativen" Befugnissen verbunden sind (etwa Durchsuchung und Beschlagnahme) – nicht leicht zu beantworten, weshalb der Grundsatz der hypothetischen Datenneuerhebung (den auch das BVerfG nicht konsequent anwendet) teilweise als ungeeignet zur Lösung der Übermittlungsproblematik erachtet wird.[73] Da die Tätigkeit des Verfassungsschutzes ausnahmslos dem Schutz besonders gewichtiger Rechtsgüter dient und die Verfassungsschutzbehörden selbst über keine operativen Anschlussbefugnisse verfügen, bedarf es nach Auffassung des Unterzeichnenden keiner besonderen Einhegung der Datenübermittlung von Polizei- und Strafverfolgungsbehörden an die Verfassungsschutzämter. § 23 Abs. 4 und 5 NVerfSchG könnten also gestrichen werden. Die besonders eingriffsintensiven Maßnahmen der Wohnraumüberwachung und Online-Durchsuchung nehmen in der Rechtsprechung des BVerfG hingegen eine Sonderstellung ein.[74] Jede weitere Verwendung der so erlangten Daten – auch als bloßer Ermittlungs- oder Spurenansatz – muss den qualifizierten verfassungsrechtlichen Erhebungsschranken genügen. D.h. insbesondere, dass eine Verwendung durch den Verfassungsschutz nur zum Zweck der Gefahrenabwehr – die originär nicht zu seinem Tätigkeitsbereich gehört – zulässig ist. Insoweit wäre eine spezifische Rechtsgrundlage erforderlich.

[73] Vgl. zur Kritik etwa *Unterreitmeier*, GSZ 2022, 251 ff.; *ders*. GSZ 2023, 34 ff.; *ders*. GSZ 2023, 81 ff.; *ders*. GSZ 2024, 273; *Schneider* GSZ 2022, 1 ff.; *Gärditz*, GSZ 2022, 161 ff.; *Müller/Schwabenbauer*, GSZ 2023, 1 ff.; *Löffelmann*, GSZ 2019, 16 ff.; *ders*. GSZ 2022, 433 ff.; *Barczak*, KritV 2021, 91 ff.; Vorschlag für ein alternatives Konzept bei *Löffelmann*, GSZ 2024, 215 ff.

[74] BVerfGE 141, 220, 326; BVerfGE 162, 1, 107 f.

18. Zu § 25 Abs. 1 und 2 NVerfSchG (Übermittlungspflichten)

Auf die Antwort zu 17. wird Bezug genommen. Richtiger Regelungsort für die Übermittlungspflichten (und Übermittlungsersuchen, vgl. § 31 Abs. 5 NVerfSchG-E) der Polizei- und Strafverfolgungsbehörden sind die jeweiligen Fachgesetze (NPOG und StPO). Hinsichtlich strafprozessualer Übermittlungsregelungen liegt die Gesetzgebungskompetenz beim Bund.

19. Zu §§ 31, 32 NVerfSchG (Übermittlungsvorschriften)

Auf die Ausführungen unter I.16. wird Bezug genommen.

20. Zu § 32a NVerfSchG (Datenweitergabe an Dritte)

Nach nachrichtendienstlicher Erfahrung besteht ein praktischer Bedarf für erweiterte Datenübermittlungen an Dritte. Besonders relevant sind Mitteilungen zur Ermöglichung des Selbstschutzes der von verfassungsfeindlichen Aktivitäten oder Spionage bedrohten Wirtschaftsunternehmen und Einrichtungen der Kritischen Infrastruktur. Vor diesem Hintergrund hat der Bundesgesetzgeber in § 22a BVerfSchG erweiterte Übermittlungsmöglichkeiten geschaffen[75], bei denen sich allerdings bereits Nachbesserungsbedarf andeutet. Auch hinsichtlich des Schutzes von Unternehmen vor Wirtschaftsspionage erscheint eine großzügigere Regelung der Datenweitergabe geboten. Die dadurch betroffenen Rechtsgüter lassen sich nicht ohne weiteres dem Katalog des § 30 Abs. 1 S. 2 NVerfSchG-E zuordnen.

21. Gemeinsame Dateien

Nach § 22b BVerfSchG kann das BfV zeitlich befristete gemeinsame Projektdateien mit anderen Sicherheitsbehörden, darunter auch den Landesämtern für Verfassungsschutz, einrichten. Einer eigenständigen Rechtsgrundlage für die Beteiligung daran bedarf es auf Landesebene nicht. Die Eingabe und der Abruf von Daten richtet sich für die Landesbehörde nach den Übermittlungsvorschriften des jeweiligen Fachgesetzes. Ein hiervon nicht erfasster Bedarf könnte allerdings für die Errichtung einer gemeinsamen Datei des LfV mit einer oder mehreren anderen Sicherheitsbehörden des Landes (etwa dem LKA) gegeben sein. Insoweit stünde auch nicht die Kompetenzgrenze des Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. b) und c) GG einer landesrechtlichen Regelung entgegen.

[75] Vgl. BT-Drs. 20/9345 S. 31.

22. Dokumentations- und Löschpflichten

Die de lege lata verstreuten und damit unübersichtlichen Kennzeichnungs-, Protokollierungs-, Überprüfungs- und Löschpflichten sollten generell gebündelt und auf Bundes- und Länderebene harmonisiert werden.

23. Parlamentarische Kontrolle

Notwendig ist eine Verschlankung und Vereinheitlichung der unübersichtlichen nachrichtendienstlichen Kontrollarchitektur.[76] Die Instrumente der parlamentarischen – also politischen – Erfolgskontrolle, wie sie im PKGrG auf Bundesebene und in den Ländern durch vergleichbare parlamentarische Kontrollorgane (vgl. §§ 34 ff. NVerfSchG) wahrgenommen werden, lassen grundlegende regulatorische Defizite nicht erkennen, sondern allenfalls Verbesserungspotenzial bei der Implementierung. Dringend notwendig ist hingegen eine Harmonisierung und Ökonomisierung der präventiven gerichtlichen oder quasi-gerichtlichen und der Verlaufskontrolle. Das schließt die bislang im NVerfSchG nicht vorgesehene (vgl. §§ 33a, 39 Abs. 1 S. 1 NVerfSchG und § 28 Abs. 2 S. 2 BVerfSchG) normenklare Abgrenzung der Zuständigkeiten der G 10-Kommission und des Landesbeauftragten für den Datenschutz ein.

## III. Zusätzliche Fragen

1. Änderung der Definition der fdGO in § 4 Abs. 3 NVerfSchG

Die Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (fdGO) in § 4 Abs. 3 NVerfSchG entspricht derjenigen in § 4 Abs. 2 BVerfSchG und den anderen LVerfSchG. Als *verfassungsrechtlicher* Begriff hat die fdGO in der Judikatur des BVerfG zunächst eine Ausdehnung und seit dem zweiten NPD-Urteil sodann eine deutliche, am obersten Wert der Menschenwürde orientierte Einengung erfahren.[77] Umstritten ist, ob diese neue Engführung nur Bedeutung für die verfassungsunmittelbaren Instrumente der wehrhaften Demokratie wie Parteiverbot oder Ausschluss von der Parteienfinanzierung hat, oder auch auf die Ebene der einfachrechtlichen nachrichtendienstlichen Befugnisse durchschlägt, die folglich einer verfassungskonformen einschränkenden Auslegung bedürften.

[76] Vgl. dazu *Löffelmann/Zöller*, Nachrichtendienstrecht, 2. Aufl. 2025, Rn. F.1 ff.
[77] Vgl. einerseits BVerfGE 5, 85, 199 f.; 7, 198, 208; 27, 195, 201; 39, 334, 349; 77, 65, 74; 137, 273, 303; andererseits BVerfGE 144, 20, 202 ff.; 149, 160, 197; BVerfG NJW 2024, 645, 657.

Hierfür wird zum Teil geltend gemacht, zwei unterschiedliche „Grundordnungs-Paralleluniversen“ seien angesichts der zentralen Bedeutung des Begriffs nicht hinnehmbar.[78] Dogmatisch handelt sich jedoch nicht um zwei verschiedene verfassungsrechtliche Begriffe der fdGO[79], sondern lediglich um eine kontextabhängig unterschiedlich weite Auslegung des Begriffs auf den Ebenen des Verfassungsrechts und des einfachen Rechts. Aus einem Blickwinkel der wirkungsvollen „Wehrhaftigkeit“ des Rechtsstaats müssen außerdem durch die Instrumente des einfachen Rechts zunächst die tatsächlichen Erkenntnisse gewonnen werden, welche den Gegenstand der verfassungsrechtlichen Verfahren bilden, zumal, wenn deren materielle Schwelle im Übrigen mit der des Verfassungsschutzrechts parallel läuft (so bei Art. 21 Abs. 3 S. 1 GG: „darauf ausgerichtet, zu beseitigen“) oder sogar abgesenkt ist („darauf ausgerichtet, zu beeinträchtigen“). Als Frühwarnsystem soll und darf der Verfassungsschutz nicht erst tätig werden, wenn die Voraussetzungen für die einschneidenden verfassungsrechtlichen Instrumente gegeben sind.

Auch der Behandlung einfachrechtlicher nachrichtendienstlicher Befugnisse in der Rechtsprechung des BVerfG lässt sich eine enge Interpretation bislang nicht entnehmen: Das BVerfG verlangt als Voraussetzung für den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel lediglich das Bestehen eines „verfassungsschutzspezifischen Aufklärungsbedarfs.“[80] Konsequent umfasst die Idee der „wehrhaften“ oder „streitbaren“ Demokratie, die dem Verfassungsschutz zugrunde liegt, nicht nur den Schutz des Menschenwürdegehalts von Verfassungsgrundsätzen oder Menschenrechten, sondern generell von „Freiheiten, die das Grundgesetz gewährt“ und der „Verfassungsordnung“.[81] Weil die fdGO im Sinne des einfachen Rechts eine gesetzliche Schranke für Eingriffe in Grundrechte darstellt, verkörpert sie zudem notwendig einen Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers.

Vor diesem Hintergrund sollte – auch mit Blick auf ein einheitliches Verständnis in allen Verfassungsschutzgesetzen – die Definition des § 4 Abs. 3 NVerfSchG beibehalten werden. Bei alledem ist zu berücksichtigen, dass die Verfassungsschutzämter – soweit ersichtlich – in der Praxis aus Gründen der Rechtssicherheit einen engen Begriff der fdGO zugrunde legen.

---

[78] *Barczak*, JuS 2025, 97, 103; *Warg*, Recht der Nachrichtendienste, Rn. 122 m.w.N.
[79] Was freilich, wie *Barczak* selbst anhand der Vieldeutigkeit des Begriffs der verfassungsmäßigen Ordnung darlegt, keineswegs ungewöhnlich wäre.
[80] BVerfGE 162, 1, 87, 101.
[81] BVerfGE 162, 1, 73.

2. Streichung oder Änderung des Gewaltbegriffs in § 4 Abs. 5 NVerfSchG

Die einfachrechtliche Definition des Gewaltbegriffs in § 4 Abs. 5 NVerfSchG ist nach Kenntnis des Unterzeichnenden ein Alleinstellungsmerkmal des NVerfSchG. Die Definition geht zurück auf eine Empfehlung des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und sollte ausdrücklich an den strafrechtlichen Gewaltbegriff angelehnt werden, um z.B. Sitzblockaden oder Fälle psychisch vermittelter Gewalt auszuschließen.[82] Hintergrund des engen – und nach wie vor umstrittenen[83] – strafrechtlichen Gewaltbegriffs ist das strafrechtliche Bestimmtheitsgebot und Analogieverbot des Art. 103 Abs. 2 GG.[84]

Dieser Gedanke lässt sich auf den Regelungsbereich des Verfassungsschutzrechts unmittelbar nicht übertragen. Das könnte mit einer im Schrifttum vertretenen Ansicht dafür sprechen, dem Gewaltbegriff im Verfassungsschutzrecht neben physischer auch psychische Gewalt zuzuordnen.[85] Allerdings steht der Gewaltbegriff in § 3 Abs. 1 Nr. 3 BVerfSchG und den nachgebildeten Vorschriften der LVerfSchG im Kontext des unbestimmten Rechtsbegriffs der auf die Anwendung von Gewalt gerichteten Vorbereitungshandlungen. Diese entgrenzen den Gewaltbegriff in den Bereich nicht unmittelbar physisch wirkender Handlungen.[86] Bei einem weiten Verständnis des Gewaltbegriffs würde der darauf aufbauende Begriff der Vorbereitungshandlungen vollkommen konturlos und würde den verfassungsrechtlichen Bestimmtheitserfordernissen (wohl) nicht mehr genügen.[87] Das spricht für einen engen Gewaltbegriff in diesem Zusammenhang.

Ausreichend ist dabei, dass die Anwendung von Gewalt als Mittel des Handelns ein Fernziel der Bestrebung darstellt. Neben bereits ausgeführten oder konkret geplanten Anschlägen können deshalb auch aggressive Propaganda gegen das Existenzrecht anderer Staaten, rassistische Hetze, das Beschaffen von Waffen, Anwerben von Gehilfen oder das Sammeln von Geld für künftige gewaltsame Aktionen tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 3 BVerfSchG darstellen. Allerdings kann dem Gewaltbegriff de lege ferenda auch außerhalb der Definition völkerrechtswidriger Bestrebungen und losgelöst von dem Begriff der Vorbereitungshandlungen bei der Ausformung eines Stufensystems verfas-

[82] Nieders. LT-Drs. 17/6464 S. 4.
[83] Vgl. nur *Fischer*, StGB, § 240 Rn. 10 ff. m. zahlr. w.N.
[84] BVerfGE 92, 1, 18.
[85] Vgl. *Roth* in: Schenke/Graulich/Ruthig, Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, BVerfSchG, § 4 Rn. 79.
[86] Vgl. dazu *Droste*, Handbuch des Verfassungsschutzrechts, 2008, S. 120.
[87] So *Löffelmann/Zöller*, Nachrichtendienstrecht, 2. Aufl. 2025, Rn. B.40; i. Erg. mit anderer Begründung auch *Warg* in: Dietrich/Eiffler, Handbuch des Rechts der Nachrichtendienste, 2017, V § 1 Rn. 66 sowie *Warg*, Recht der Nachrichtendienste, 2023, Rn. 166 jew. unter expliziter Bezugnahme auf § 4 Abs. 5 NVerfSchG.

sungsschutzrechtlicher Befugnisse Bedeutung zukommen.[88] In einem solchen Kontext wäre ein weiterer Gewaltbegriff vorteilhaft und auch zulässig, was gegen eine allgemeine Definition sprechen könnte.

## C. Schlussbemerkung

Das NVerfSchG hat bei seiner Novellierung im Jahr 2016 in systematischer Hinsicht Maßstäbe für die Entwicklung moderner Verfassungsschutzgesetze in zahlreichen anderen Ländern gesetzt. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist jedoch der Befund einer in hohem Maße heterogenen Rechtslage auf Bundes- und Länderebene augenfällig. Harmonisierungsbestrebungen wurden vielfach zwar verbalisiert, aber nicht umgesetzt. Dabei ist das Verfassungsschutzrecht sowohl einem hohen verfassungsrechtlichen als auch sicherheitspolitischen Reformdruck ausgesetzt. Die Umsetzung verfassungsgerichtlicher Vorgaben wie auch die Behebung von Regulierungs- oder Implementierungsdefiziten werden aktuell in siebzehn Ressorts und den nachgeordneten Behörden sowie übergreifenden Arbeitsgruppen geprüft. Das Beispiel der im Reformprozess begriffenen Übermittlungsvorschriften zeigt, dass eine Vereinheitlichung der Regelungen dabei in immer weitere Ferne rückt. Für die Funktionsfähigkeit des Verfassungsschutzes und unter einem Blickwinkel der Verfahrens- und Ressourcenökonomie ist dieser Befund verheerend. Einzig zielführend wäre nach Auffassung des Unterzeichnenden eine Bündelung der Gesetzgebungskompetenz für den Verfassungsschutz auf der Bundesebene. Die Landesämter könnten dann unter eigener Verwaltungshoheit auf einer einheitlichen rechtlichen Grundlage tätig werden. Insbesondere sollten die praktisch wichtigen Rechtsgrundlagen für den Datenaustausch der Sicherheitsbehörden untereinander sowie die perspektivisch immer bedeutsameren Formen der automatisierten Datenanalyse wie auch die Zusammenarbeit in Gemeinsamen Zentren in einem zentralen anwendungsfreundlichen Gesetz gebündelt werden. Für solche Formen der Zusammenarbeit liegt bereits heute die Gesetzgebungskompetenz beim Bund.

*Prof. Dr. Markus Löffelmann*

[88] Vgl. BVerfGE 162, 1, 92 f.

Vorlage 5
zu Drs. 19/5071 und 19/5930

DPolG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB
Landesverband Niedersachsen

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**
Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930

**Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken – Verfassungsschutzgesetz grundlegend reformieren**
Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/5071

Hannover, 02. Mai 2025

## Stellungnahme der DPolG Niedersachsen

Sehr geehrte Ausschussmitglieder,
die DPolG Niedersachsen bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu o.g. Gesetzentwurf und dem damit verbundenen Entschließungsantrag der CDU-Fraktion, Drs. 19/5071, Handlungsfähigkeit das Verfassungsschutzes stärken - Verfassungsschutzgesetz grundlegend reformieren.
Zu den wesentlichen Änderungen des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes unter Berücksichtigung des Entschließungsantrages nehmen wir wie folgt Stellung:

### § 3 NVerfSchG: Ergänzung Organisierte Kriminalität (OK)

Eine Ergänzung analog der Regelung in Art. 3 S.2 BayVSG, also der Möglichkeit zum Mitwirken bei der Beobachtung von Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität im Geltungsbereich des Grundgesetzes, wird für sinnvoll erachtet.
Denn die OK führt durch ihre Massivität und Sozialschädlichkeit einen Angriff auf den freiheitlich demokratischen Rechtsstaat aus, der sich von den extremistisch-terroristischen Bestrebungen zunehmend nicht mehr unterscheidet, insbesondere dort, wo Einnahmen aus OK-Aktivitäten gezielt zur Unterstützung extremistischer oder terroristischer Gruppierungen verwendet werden.

Drahtzieher der OK bedrohen die Grundlagen unserer Gesellschaft und des Zusammenlebens, indem sie die Interessen einer kriminellen Organisation mit Gewalt, Geld und massiver Einflussnahme durchsetzen wollen. Die handelnden Personen verhalten sich meist konspirativ und unauffällig. Die OK hat zweifelsfrei mit einer dem politischen Extremismus gleichen Bedrohungsqualität Fuß gefasst, versucht die freiheitliche demokratische Grundordnung teilweise zu beseitigen und versucht auch in das Innerste unserer Behörden und Institutionen einzudringen, um diese und damit in der Konsequenz auch den Rechtsstaat von innen heraus auszuhöhlen. Der freiheitliche Rechtsstaat muss sich dieser Herausforderung deshalb auch mit allen Instrumentarien der abwehrbereiten Demokratie stellen. Protagonisten der OK sind zudem häufig auch im Umfeld des Extremismus/Terrorismus zu finden, bzw. bedienen und unterstützen oder tolerieren sich zumindest gegenseitig.

Die Ergänzung könnte auch in Niedersachsen, analog zu anderen Ländern, eine wichtige Lücke schließen, um OK-Aktivitäten bereits in einem frühen Stadium durch Strukturermittlungen und Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel feststellen und aufklären zu können, bevor dies für Polizei und Staatsanwaltschaft möglich ist. Diese strukturellen Ermittlungen schaffen wiederum ergänzende Grundlagen für polizeiliche Verfahren, können laufende Ermittlungen unterstützen und damit auch einen zielgerichteten Personaleinsatz fördern.

Ziel ist also die frühzeitigere Identifikation von Akteuren, die insbesondere im Rauschgifthandel, Geldwäsche, Schleusung, sowie der Unterstützung verfassungsfeindlicher Strukturen tätig sind. Die DPolG Niedersachsen ist der Meinung, dass dort, wo der Erlös aus OK-Aktivitäten gezielt zur Finanzierung extremistischer oder terroristischer Aktivitäten verwendet wird, dies die sicherheitsrelevante Bedeutung erheblich erhöht.

**§ 4 I S.3 NVerfSchG: Erweiterung der „Bestrebung“ auf Einzelpersonen und Streichung Gewaltbezug**

Die Änderung wird vollumfänglich unterstützt, da zunehmend Radikalisierungsverläufe von Einzelpersonen im Internet und den sozialen Medien -auch ohne Gruppierungszugehörigkeiten- erfolgen und diese somit frühzeitiger erkannt, identifiziert, analysiert und bewertet werden können.

**§ 6 III NVerfSchG: Verlängerung der Zweijahresfrist zur BO-Überprüfung**

Die Forderung der Friständerung zur Überprüfung, ob die Voraussetzungen für eine Beobachtung nach § 3 I S. 2 NVerfSchG noch vorliegen, von zwei Jahren hin zu fünf Jahren, vergleichbar der regelmäßigen Überprüfung der gespeicherten Daten gemäß § 12 III S. 1 BVerfSchG, ist sinnvoll, da der Zweijahreszeitraum sehr eng bemessen ist. Dies führt in der Praxis zu einer Arbeitserleichterung und minimiert das Risiko eines Erkenntnisverlustes.

**§ 6 V NVerfSchG: ersatzlose Streichung**

Der Absatz sollte aus Sicht der DPolG ersatzlos gestrichen werden, da dieser ein Misstrauen des Gesetzgebers und den politisch Verantwortlichen gegenüber den Mitarbeitenden des niedersächsischen Verfassungsschutzes im Rahmen der Verrichtung ihrer Tätigkeiten ausdrückt. Durch die Formulierung wird ihnen in ihrer alltäglichen Aufgabenerfüllung unterstellt, parteiisch und somit nicht neutral und objektiv zu arbeiten. Im Verfassungsschutz werden ebenso wie bei der Polizei in der Bearbeitung immer sowohl neben „belastende“ auch gegebenenfalls „entlastende“ Informationen und Materialien gesammelt und erhoben. Gerade in den aktuellen Zeiten, die auch von gesellschaftlicher Erosion geprägt sind, vermittelt der Absatz ein falsches Signal.

**§ 9 I S. 1 NVerfSchG: ersatzlose Streichung**

Auch dieser Satz sollte ersatzlos gestrichen werden, da er ein Misstrauen des Gesetzgebers gegenüber den Mitarbeitenden des niedersächsischen Verfassungsschutzes im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung unterstellt. Zu den Prinzipien eines Rechtsstaates gehört zwingend, dass jede Behörde an die für sie geltenden allgemeinen Rechtsvorschriften gebunden ist und diese einzuhalten hat – dies gilt somit natürlich auch für den Verfassungsschutz und seine Mitarbeitenden.

**§ 10 IV NVerfSchG: Anpassung des Schutzes des Kernbereichs privater Lebensgestaltung**

Die Regelungen zum Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung bei zeugnisverweigerungsberechtigten Personen sollte differenzierter betrachtet und an den § 31a NPOG angepasst werden. Vergleichbar der Regelung in § 8a II BayVSG, sollte auch für den Verfassungsschutz eine Datenerhebung bei zeugnisverweigerungsberechtigten Personen, die keinen absoluten Schutz genießen, im Rahmen einer Verhältnismäßigkeitsprüfung ermöglicht werden.

**§ 11 II NVerfSchG: Anpassung der Regelungen zur Quellen-TKÜ**

Die Forderung kann im EA so nicht nachvollzogen werden, da es aktuell keinen §11 II NVerfSchG gibt, der geändert werden könnte. Die dargestellten Probleme sind der DPolG Niedersachsen so auch nicht bekannt. Grundsätzlich gilt natürlich, dass Verfassungsschutzarbeit Verbundarbeit ist und Extremismus/Terrorismus sich auch nicht an Ländergrenzen hält, insofern ist ein harmonisierter gleichlautender Rechtsrahmen anzustreben und deutlich praktikabler.

**§ 13 NVerfSchG: Absenkung der Altersgrenze bei Minderjährigen**

Die Aufnahme der Absenkung der Altersgrenze bei der Erhebung von personenbezogenen Daten gegenüber Minderjährigen als absoluter Ausnahmefall, analog der Regelung in § 11 BVerfSchG, erscheint sinnvoll, da Radikalisierungsprozesse immer früher starten und dies auch schon deutlich vor dem 14. Lebensjahr.

**§ 14 NVerfSchG: Aufnahme der Wohnraumüberwachung sowie der Online-Durchsuchung**

Sowohl das nachrichtendienstliche Mittel der Wohnraumüberwachung als auch der Einführung der Online-Durchsuchung sollten ins NVerfSchG aufgenommen werden, wie sie auch in den Verfassungsschutzgesetzen anderer Länder und beim Bund genannt sind. Verfassungsschutz ist Verbundarbeit und dazu gehört auch die Harmonisierung der Befugnisnormen von Bund und Ländern.

**§ 14 I S. 1 Nr. 2b NVerfSchG: Verdecktes Mithören/Aufzeichnen des öffentlich gesprochenen Wortes**

Die Aufnahme dieses nachrichtendienstlichen Mittels als Erweiterung wird begrüßt, da das öffentlich gesprochene Wort in Beobachtungsobjekten - gleich ob Rede, Vortrag oder Predigt - ja gerade den Sinn erfüllen soll, dass es von Dritten gehört wird. Der Kernbereich privater Lebensgestaltung gemäß § 10 NVerfSchG wird hierbei ebenfalls nicht tangiert. Dieses technische Mittel ergänzt und objektiviert die Berichterstattung von Quellen – frei von Informationsverlusten und subjektiver Wertung. Analysen und Bewertungen des Verfassungsschutzes werden gestärkt und sind noch besser nachvollziehbar.

**§ 14 I S.1 Nr. 5 NVerfSchG: Verdeckte videographische Bildaufzeichnungen**

Die Ergänzung von außerhalb von Wohnungen verdeckt videographisch angefertigten Bildaufzeichnungen zum Zwecke der Identifizierung von Personen durch nachträgliche Erstellung von Einzelbildern ist sinnvoll und hilft den eingesetzten Kräften in der alltäglichen Praxis ungemein. Das Enttarnungsrisiko sinkt, auch schwer zugängliche örtliche Gegebenheiten können besser observiert werden und dem gesetzlichen Aufklärungsauftrag kann somit ressourcenschonender und professioneller nachgekommen werden.

**§ 14 Abs. 1 Nr. / NVerfSchG: zeitliche Erweiterung der kurzfristigen Observation**

Die zeitliche Erweiterung von bislang 24 auf nunmehr 48 Stunden für den Einsatzzeitraum einer kurzfristigen Observation wird begrüßt. Kurzfristige Observationen zielen häufig auf die Aufklärung temporär eng begrenzter Treffen/Veranstaltungen/Sachverhalte ab und können somit auch bei kurzfristigen terminlichen Verschiebungen noch besser aufgefangen werden. Eine Überschneidung zur längerfristigen Observation ist ausgeschlossen, da der Zeitraum sowie der Aufklärungszweck ein anderer ist, nämlich die Erstellung eines längerfristigen Kontakt- und Bewegungsbildes.

**§ 14 I S.1 Nr. 10 NVerfSchG: Verdecktes Mithören/Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes**

Das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen wird neu geregelt und ist unter den Voraussetzungen der §§ 15 und 17 NVerfSchG möglich. Da in der Praxis dieses in der Regel im Zusammenhang mit einer längerfristigen Observation erfolgt, ist die Angleichung der Voraussetzungen auch folgerichtig. Die Neuregelung ist sinnvoll und zu begrüßen.

**§ 14 I S.1 Nr.11 NVerfSchG: Standortermittlung durch technische Mittel**

Die beabsichtigte Neuregelung ist ebenfalls zu begrüßen, da hierdurch auch in Niedersachsen eine Angleichung an die Rechtsvorschriften des Bundes und der anderen Länder erfolgt und in der Praxis somit Observationsmaßnahmen effizienter gestaltet werden können.

**§ 14 I S. 4 NVerfSchG: Drohnen**

Im Bund und allen Ländern mit Ausnahme Niedersachsens ist der Einsatz von Drohnen rechtlich zulässig. Durch die Streichung dieses Satzes wird auch der Drohneneinsatz für Niedersachsen rechtlich möglich. Durch den Drohneneinsatz wird das Enttarnungsrisiko minimiert, eine bessere Aufklärung vorangetrieben und eine Harmonisierung im Verfassungsschutzverbund hergestellt. Die Streichung ist somit zu befürworten.

**§ 14 III NVerfSchG: Gewährspersonen**

Die beabsichtigte Neueinordnung der Gewährsperson als „Hilfsmittel“, vergleichbar den Tarnpapieren, Legenden und Tarnkennzeichen, ist richtig und zu begrüßen. Da Gewährspersonen auch nicht an Informationsbeschaffungen beteiligt sind und auch keine personengebundenen Daten erheben sind somit auch andere rechtliche Maßstäbe anzuwenden. Eine Kategorisierung als „nachrichtendienstliches Mittel“ mit der Konsequenz auch nach Beendigung einer Maßnahme Mitteilungspflichten an Betroffene auszulösen war falsch, denn es gab in dem gesetzlichen Sinne keine Betroffenen und die Gewährsperson diente seit jeher nur als Hilfsmittel weiterer nachrichtendienstlicher Mittel.

**§ 15 I S.2 und III NVerfSchG: Streichung, da obsolet**

Diese Forderung des Entschließungsantrags wird seitens der DPolG nicht als Misstrauen gegenüber den Mitarbeitenden des Verfassungsschutzes gesehen, eher als rechtliche Klarstellung, obwohl sie nicht notwendigerweise aufgeführt werden müsste. Eine Streichung erscheint nicht notwendig.

**§16 I NVerfSchG: Abfrage im ZStVR und BZR**

Mit der Neuregelung wird bei der Inanspruchnahme einer VP auf eine Abfrage im ZStVR und BZR abgestellt. Hierdurch wird eine rechtssichere und zugleich effiziente Bearbeitung ermöglicht. Diese Neuregelung ist zu begrüßen.

**§ 16 IV NVerfSchG: Ergänzung §§ 89b und c StGB**

Durch die Ergänzung darf eine VP in Ausübung ihrer Tätigkeit auch Straftaten nach §§ 89 b und c StGB erfüllen. Die Ergänzung wird ausdrücklich begrüßt, da sie mögliche realistische Situationen abbildet.

Darüber hinaus sollte zusätzlich auch § 89a StGB aufgenommen werden, um in einem Beobachtungsobjekt auch Zugang zu konspirativen Informationskreisen und dadurch auch zu Informationen bekommen zu können, die eine schwere staatsgefährdende Gewalttat vorbereiten.

**§ 16 VI NVerfSchG: Quellenanwerbung trotz Verwirklichung §§ 129,129a, 129b StGB**

Diese Änderung ist ausdrücklich zu begrüßen, um auch den Widerspruch zwischen den Absätzen 4 und 6 aufzuheben und effektiv Informationen insbesondere aus verbotenen Organisationen erheben zu können. Die rechtliche Neuregelung entspricht damit dann auch den Regelungen des Bundes und anderer Länder und harmonisiert den Rechtsrahmen im Verbund.

**§ 21 NVerfSchG: Aufsichtliche Gesamtkontrolle durch die G10-Kommission**

Die beabsichtigte Neuregelung entspricht den Vorgaben des BVerfG. Sie ist erforderlich und zu begrüßen.

**§ 22 NVerfSchG: Änderung Mitteilungspflichten, etc.**

Alle geplanten Änderungen und Neuregelungen werden begrüßt.

**Fazit:**

Zusammenfassend kann von Seiten der DPolG Niedersachsen festgestellt werden, dass der Gesetzentwurf die zwischenzeitlichen Entscheidungen und Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts beachtet und in geeigneter Form umsetzt. Die beabsichtigten Änderungen werden als sinnvoll, erforderlich und in Teilen als zwingend notwendig erachtet. Die Verhältnismäßigkeit wird gewahrt. Der Gesetzentwurf entwickelt den Rechtsrahmen des Verfassungsschutz Niedersachsens maßvoll weiter und passt diesen den tatsächlichen Erfordernissen an.

Eine Aufnahme der Möglichkeit zum Mitwirken bei der Beobachtung von Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität wird ergänzend angeregt.

Der Geschäftsführende Landesvorstand

Vorlage 6
zu Drs. 19/5071 u. 19/5930

# Stellungnahme der GdP Niedersachsen zum Entschließungsantrag der Fraktion der CDU „Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken – Verfassungsschutzgesetz grundlegend reformieren“

Zunächst bedankt sich die GdP Niedersachsen für die Möglichkeit der Stellungnahme zu o.g. Entschließungsantrag.

Zu den beabsichtigten wesentlichen Änderungsforderungen des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes nehmen wir wie folgt Stellung:

*Punkt 1: Beobachtung von Bestrebungen und Tätigkeiten der organisierten Kriminalität als neue Aufgabe des Verfassungsschutzes, Änderung des § 3 NVerfSchG*
Die Kernaufgabe des Verfassungsschutzes umfasst das Sammeln, Bewerten und Analysieren von Erkenntnissen über verfassungsfeindliche Bestrebungen. Die Kriminalitätsbekämpfung inklusive der Aufklärung von kriminellen Strukturen fällt in den Aufgabenbereich der Polizei. Erkenntnisse mit Bezug zur organisierten Kriminalität können bereits aktuell seitens des Verfassungsschutzes an die Polizei übermittelt werden.

Eine Erweiterung der Aufgaben des Verfassungsschutzes ist diesbezüglich daher weder erforderlich noch zielführend.

*Punkt 3: Streichung der Zweijahresfrist zur Überprüfung, ob die Voraussetzungen für eine Beobachtung nach § 3 Abs. 1 Satz 2 NVerfSchG vorliegen, Änderung des § 6 Abs. 3 NVerfSchG*
Die derzeitige Frist von zwei Jahren wird hinsichtlich einer zwingend erforderlichen kontinuierlichen Bewertung aktueller Ereignisse als angemessen angesehen. Damit wird auch der zunehmenden Dynamisierung von Radikalisierungsprozessen und einer ggf. damit einhergehenden Neubewertung Rechnung getragen.

*Punkt 4: Benachrichtigung der Zielpersonen beim Ende der Bestimmung zum Beobachtungsobjekt nur noch beim Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel, Änderung des § 6 Abs. 4 NVerfSchG*
Bei der Einstufung als Beobachtungsobjekt gibt es in dem Sinne keine „Zielpersonen“. Zu unterscheiden hiervon sind die in § 22 NVerfSchG normierten Mitteilungspflichten bzgl. des Einsatzes von nachrichtendienstlichen Mitteln oder besonderen Auskunftsverlangen. Eine Änderung des § 6 Abs. 4 NVerfSchG ist demzufolge nicht erforderlich.

Punkte 5, 6 und 12: Streichung des § 6 Abs. 5 NVerfSchG, Streichung des § 9 Abs. 1 Satz 1 NVerfSchG , Streichung des § 15 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 NVerfSchG
Die o.a. Rechtsvorschriften dienen der Transparenz hinsichtlich der Arbeit des niedersächsischen Verfassungsschutzes. Durch diese Normierungen unterstreicht der Verfassungsschutz

Niedersachsen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sein rechtsstaatliches Handeln. Dies trägt wesentlich zur Klarheit der Arbeit im Verfassungsschutz Niedersachsen bei. Eine Streichung der o.a. gesetzlichen Vorschriften würde dagegen gerade aktuell das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Arbeit des Verfassungsschutzes Niedersachsen schmälern.

Punkt 7: Anpassung der Regelungen zum Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung bei zeugnisverweigerungsberechtigten Personen an die Regelungen des § 31 a NPOG, Änderung des § 10 Abs. 4 NVerfSchG

Eine Änderung der bestehenden Norm ist nicht erforderlich, da eine Datenerhebung bei zeugnisverweigerungsberechtigten Personen, die keinen absoluten Schutz genießen, bereits nach heutigem Rechtsstand im Rahmen einer Verhältnismäßigkeitsprüfung möglich ist.

*Punkt 8: Anpassung der Regelungen u. a. zur Quellen-TKÜ an die IMK-Musterregelungen der Bund-Länder-AG „Harmonisierung wirksamer Verfassungsschutzbefugnisse“, Änderung des § 11 NVerfSchG*

Mit dem § 11 Abs. 1 a G 10 wurde im Jahr 2021 eine explizite Rechtsgrundlage für die Durchführung der Quellen-TKÜ geschaffen. Eine Neuregelung ist daher nicht erforderlich.

*Punkt 9: Überprüfung der Altersgrenze bei der Erhebung von personenbezogenen Daten gegenüber Minderjährigen, Änderung des § 13 NVerfSchG*

Im Rahmen der letztmaligen Novellierung des NVerfSchG im Jahre 2021 wurde die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Erhebung von personenbezogenen Daten gegenüber Minderjährigen auf 14 Jahre seitens der GdP Niedersachsen befürwortet. Entscheidender Orientierungspunkt ist und bleibt die strafrechtliche Schuldfähigkeit aus § 19 StGB. Eine weitere Herabsetzung der Altersgrenze ist daher nicht angezeigt.

*Punkt 10: Wiedereinführung der Wohnraumüberwachung sowie Einführung der Online-Durchsuchung, Änderung des § 14 NVerfSchG*

Eine Wohnraumüberwachung sowie die Online-Durchsuchung sind an hohe rechtliche Vorgaben gebunden. Ein rechtmäßiger Eingriff in den Kernbereich privater Lebensgestaltung ist nur für eine im Einzelfall drohende konkrete Gefahr für ein überragend wichtiges Rechtsgut gegeben. In der Praxis ist im Regelfall die Schwelle der Gefahrenabwehr überschritten. Eine Relevanz für die Tätigkeit des Verfassungsschutzes ist daher nur geringfügig gegeben.

*Punkt 14: Anpassung der Eingriffsschwelle für den Einsatz von verdeckten Ermittlern an die Eingriffsschwelle für Vertrauenspersonen, Änderung des § 18 NVerfSchG*

Bei Vertrauenspersonen handelt es sich um Privatpersonen. Demgegenüber sind verdeckte Ermittler hauptamtliche und nachrichtendienstlich geschulte Beschäftigte des Verfassungsschutzes. Analog den daraus resultierenden Unterschieden hinsichtlich der Möglichkeit der Informationsgewinnung, sind auch entsprechende Differenzierungen hinsichtlich der rechtlichen Bewertung der Eingriffsschwelle vorzunehmen.

*Punkt 22: Überprüfung der Notwendigkeit von Dokumentationspflichten sowie der Regelungen zur Löschung personenbezogener Daten*

Die Speicherung personenbezogener Daten im Verfassungsschutz stellt einen Grundrechtseingriff dar. Gem. § 28 Abs. 4 S. 1 NVerfSchG prüft der Verfassungsschutz spätestens nach fünf Jahren, ob personenbezogene Daten zu löschen sind. Diese Frist wird als angemessen und verhältnismäßig angesehen und entspricht auch der Praxis anderer Verfassungsschutzbehörden.

**Fazit:**

Der Gesetzesentwurf der Landesregierung beachtet zum einem die zwischenzeitlichen Entscheidungen und Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 2022.

Zum anderen ist es für einen handlungsfähigen und effizienten Verfassungsschutz dringend geboten, rechtliche Vorschriften kontinuierlich auf die tatsächlichen Erfordernisse hin zu überprüfen - auch im Hinblick auf die stetige Fortentwicklung technischer Möglichkeiten.

Die beabsichtigten Änderungen werden als erforderlich und sinnvoll erachtet. Die Verhältnismäßigkeit wird unter Beachtung weiterer einschlägiger Normen gewahrt.

Die beabsichtigten, wesentlichen Eckpunkte des Entschließungsantrags der Landtagsfraktion der CDU Niedersachen gehen darüber hinaus. Die Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes Niedersachsen würde hierdurch nicht merklich gestärkt werden. Weiterhin stehen die beabsichtigten Änderungen zum Teil in Widerspruch zu aktuell bestehenden Rechtsnormen.

Thore Tippe
Geschäftsführer
Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt)

Dragan Maric
Vorsitzender der Kreisgruppe MI Abt. 5

Gewerkschaft der Polizei
Niedersachsen

1. Nachtrag zu
Vorlage 6
zu Drs. 19/5071 u. 19/5930

Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen
zum Entschließungsantrag der Fraktion der CDU
„Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken –
Verfassungsschutzgesetz grundlegend reformieren“
Stand: 20.08.2024

# Ergänzende Stellungnahme der GdP Niedersachsen zum Entschließungsantrag der Fraktion der CDU „Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken – Verfassungsschutzgesetz grundlegend reformieren“

Im Rahmen der Anhörung im Ausschuss wurde darum gebeten, ergänzend Stellung zur Erforderlichkeit der Änderung der Begriffsbestimmung der freiheitlich demokratischen Grundordnung (§ 4 Abs. 3 NVerfSchG) zu nehmen.

Das BVerfG definiert die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Art. 21 Abs. 2 GG als eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt; zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteiensystem und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition (*vgl. BVerfG, Urt. V. 23.10.1952 – 1 BvB 1/52*).

In seinem Urteil zum NPD-Verbotsverfahren hat das BVerfG diesen Begriff weiter konkretisiert, auf diesem Umstand gründet die Fragestellung nach einem etwaig erforderlichen Änderungserfordernis im NVerfSchG.

Das Gericht stellt unter Bezugnahme auf das genannte SRP-Urteil heraus, dass dem Begriff der freiheitlich demokratischen Grundordnung zunächst acht Elemente zugeordnet wurden. Im KPD-Urteil (*BVerfG, Urt. v. 17.08.1956 – 1 BvB 2/51*) wurden diese Elemente ergänzt um die Vereinigungsfreiheit sowie den aus dem Mehrstaatenprinzip fließenden Parlamentarismus und daneben auf das Erfordernis freier Wahlen abgestellt.

Weiter stellt das Gericht heraus, dass die Kritik an der katalogartigen Aufzählung unter den Gesichtspunkten der Unvollständigkeit, Beliebigkeit, Unbestimmtheit, Missbrauchsanfälligkeit und fehlender Systematik verkennt, dass zwischen den Kernelementen der freiheitlich demokratischen Grundordnung und den sich daraus ergebenden (fallbezogenen Ableitungen zu unterscheiden ist (*vgl. BVerfG, Urt. v. 17.01.2017 – 2 BvB 1/13*). Der Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung iSv Art. 21 Abs. 2 GG erfordert eine Konzentration auf wenige, zentrale Grundprinzipien, die für den freiheitlichen Verfassungsstaat schlechthin unentbehrlich sind; ein derartiger reduzierter Ansatz erscheint nicht zuletzt durch den Ausnahmecharakter des Parteiverbots geboten; die Grundentscheidung der Verfassung für einen offenen Prozess der

politischen Willensbildung hat zur Folge, dass auch das kritische Hinterfragen einzelner Elemente der Verfassung möglich sein muss, ohne dass dadurch ein Parteiverbot ausgelöst werden kann; ein Ausschluss aus dem Prozess der politischen Willensbildung kommt erst in Betracht, wenn dasjenige infrage gestellt und abgelehnt wird, was zur Gewährleistung eines freiheitlichen und demokratischen Zusammenlebens schlechthin unverzichtbar ist und daher außerhalb jedes Streits stehen muss (*vgl. BVerfG, a.a.O.*).

Daraus folgt, dass das BVerfG den Begriff nicht neu definiert, sondern vielmehr präzisiert und zwischen den Kernelementen und den sich daraus ergebenden Ableitungen unterscheidet. Die Kernelemente der Garantie der Menschenwürde, das Demokratieprinzip sowie der Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit, werden von § 4 NVerfSchG erfasst. Überdies können die Ableitungen des jeweiligen Einzelfalls auf Grundlage der Begriffsbestimmungen erfasst sein.

Eine zwingende Notwendigkeit zur Änderung ergibt sich daher aus unserer Sicht nicht.

Thore Tippe
Geschäftsführer
Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt)

Dragan Maric
Vorsitzender der Kreisgruppe MI Abt. 5

Vorlage 7
zu Drs. 19/5930

MAX-PLANCK-INSTITUT
ZUR ERFORSCHUNG VON
KRIMINALITÄT, SICHERHEIT UND RECHT

Dr. Jakob Hohnerlein
6. Mai 2025

# Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen der Landesregierung Niedersachsen (LT-Drs. 19/5930)

Der Gesetzesentwurf der Landesregierung nimmt zahlreiche Änderungen am Niedersächischen Verfassungsschutzgesetz (NVerfSchG) vor. Eine Beurteilung sämtlicher dieser Änderungen in allen Einzelheiten würden den Rahmen dieser Stellungnahme sprengen. Die Stellungnahme konzentriert sich vielmehr darauf, einige besonders relevante Kernpunkte des Entwurfs in der gebotenen Tiefe verfassungsrechtlich zu überprüfen (I). Darüber hinaus wird – entsprechend der Anfrage des Ausschusses – dargelegt, warum das aktuelle Gesetzgebungsvorhaben zum Anlass genommen werden sollte, die Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in § 4 Abs. 3 NVerfSchG an die neuere Rechtsprechung des BVerfG anzupassen (II).

## I. Stellungnahme zu Kernpunkten der geplanten Änderungen

Ein Kernelement der Reform ist die Neufassung der Übermittlungsvorschriften. Der Entwurf verfolgt das Anliegen, den in der neueren Rechtsprechung des BVerfG herausgearbeiteten Anforderungen nachzukommen. Dieser überaus komplexen Aufgabe wird der Entwurf in seiner Grundtendenz gerecht; in Teilen besteht jedoch aus verfassungsrechtlicher Sicht noch Überarbeitungsbedarf (1). Soweit zudem eine gewisse Ausweitung der Informationserhebungsbefugnisse geplant ist, begegnet das keinen verfassungsrechtlichen Bedenken (2). Die Ausweitung der Beobachtung von Einzelpersonen ist im Lichte des Aufgabenprofil des Verfassungsschutzes kritisch zu überprüfen (3).

### 1. Neufassung der Übermittlungsvorschriften

Die Vorschriften zur Übermittlung von Erkenntnissen des Verfassungsschutzes an andere Stellen werden in §§ 30 ff. umfassend neugefasst. Im Zentrum steht dabei die Übermittlung von mit nachrichtendienstlichen Mitteln gewonnenen Erkenntnissen an Strafverfolgungs- und Gefahrenabwehrbehörden mit operativen Befugnissen nach § 31 i.V.m. § 30, für die das BVerfG in seiner neueren Rechtsprechung strenge Anforderungen herausgearbeitet hat. Diesen werden die vorgeschlagenen Regelungen überwiegend, aber nicht voll gerecht (a). Die Übermittlungsbefugnisse an sonstige Behörden in § 32 begegnen überwiegend keinen Bedenken (b).

a) Übermittlung an Strafverfolgungs- und Gefahrenabwehrbehörden (§ 31 i.V.m. § 30)

Der Entwurf trägt den Anforderungen der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung im Grundsatz dadurch Rechnung, dass die Übermittlung an Strafverfolgungs- und Gefahrenabwehrbehörden mit operativen Befugnissen nur unter den Voraussetzungen hinreichend verdichteter Erkenntnisse (Übermittlungsschwellen) sowie des Schutzes höchstrangiger Rechtsgüter zugelassen wird (1). Fraglich bleibt allerdings, ob die konkrete Ausgestaltung des Katalogs besonders schwerer Straftaten den insoweit jüngst präzisierten Anforderungen des BVerfG genügt (2). Als überaus problematisch erweist sich, dass nach § 30 Abs. 1 S. 3 ausnahmsweise auch ungeachtet der Voraussetzungen des § 31 Übermittlungen zulässig sein sollen (3).

(1) Grundsätzliche Übereinstimmung mit den Maßstäben des BVerfG

Das BVerfG hat in seiner neueren Rechtsprechung aus dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung ein **informationelles Trennungsprinzip** zwischen Nachrichtendiensten einerseits und Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden andererseits entwickelt. Danach ist eine Übermittlung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse an letztere nur in engen Grenzen zulässig. Der Grundgedanke wird in der Entscheidung zum Antiterrordatei-Gesetz 2013 ausgeführt: Weil die Nachrichtendienste nicht selbst über operative Eingriffsbefugnisse verfügen, dürfen ihnen zwar heimliche Informationserhebungsmaßnahmen in weitreichendem Umfang eingeräumt werden. Dieses „verfassungsrechtliche Privileg“[1] der Nachrichtendienste setzt jedoch voraus, dass Übermittlungen an Behörden mit operativen Eingriffsbefugnissen nur in engen Grenzen zulässig sind.[2] Maßgeblich ist dabei das Kriterium der **hypothetischen Datenneuerhebung**: Die Empfänger sollen grundsätzlich nur die Informationen erhalten dürfen, die sie auch selbst erheben dürften.

Unter welchen Voraussetzungen Datenübermittlungen der Nachrichtendienste an Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden danach im Einzelnen zugelassen werden dürfen, hat das BVerfG in den neuesten Entscheidungen zum BayVSG und zum BVerfSchG 2022 sowie zum HVSG 2024 näher herausgearbeitet.[3] Dabei geht es zum einen darum, dass die für die Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden geltenden **Eingriffsschwellen** nicht unterlaufen werden dürfen. Für das Gefahrenabwehrrecht hat das BVerfG zwar bestätigt, dass Informationserhebungsbefugnisse im Vorfeld konkreter Gefahren vorgesehen werden dürfen; es bedarf jedoch im Sinne einer „**konkretisierten Gefahr**“ hinreichende auf die Person des Betroffenen bezogene Anhaltspunkte, dass es zu einer Schutzgutschädigung kommen kann.[4] Datenerhebungen über Einzelne „ins Blaue hinein“ dürfen die Gefahrenabwehrbehörden nicht vornehmen. Im Bereich der Strafverfolgung setzen Datenerhebungen einen hinreichend durch Tatsachen belegten **Anfangsverdacht** gegen den Betroffenen voraus. In der Folge muss auch für die Übermittlung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse die Schwelle der konkretisierten Gefahr bzw. des Anfangsverdachts vorgesehen werden.[5] Zum anderen fordert das BVerfG, dass die Datenübermittlung **nur zum Schutz besonders gewichtiger Rechtsgüter** zugelassen werden darf. Neben dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie dem Staatsschutz, die nach § 3 Abs. 1 bereits Aufgabe des Verfassungsschutzes sind, kommt eine Verwendung durch Behörden mit operativen Befugnissen nur zum Schutz der höchstrangiger Individualrechtsgüter Leib, Leben und Freiheit der Person sowie zum Schutz von Sachen von bedeutendem Wert, deren Erhaltung im öffentlichen Interesse geboten ist, in Betracht. Zwar sind eigene Datenerhebungsbefugnisse der Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden, soweit sie nicht besonders eingriffsintensiv sind, auch zum Schutz weniger bedeutsamer

[1] *Bäcker*, Die Polizei im Verfassungsgefüge, in: Lisken/Denninger (Hrsg.), HdbPolR, [7]2021, B Rn. 245b.
[2] BVerfGE 133, 277 (Rn. 115 ff.) [2013].
[3] BVerfGE 162, 1 (Rn. 170 ff.) [2022]; 163, 43 (Rn. 120 ff.) [2022]; 169, 130 (Rn. 104 ff.) [2024]; vgl. zur Rechtsprechung näher *Bäcker*, in: Lisken/Denninger, HdbPolR, B Rn. 244 ff.; *Unterreitmeier* (2024), in: BeckOK Polizei- und Sicherheitsrecht Bayern, BayVSG Art. 25, Rn. 1 ff.; *Gärditz*, Verfassungsschutzrecht und Datenübermittlung, GSZ 2022, 161
[4] Vgl. v.a. BVerfGE 141, 220 (Rn. 112) [2016]; dazu näher *Bäcker*, Sicherheitsverfassungsrecht, in: Herdegen/Masing u.a. (Hrsg.), HdbVerfR, 2021, § 28 Rn. 95 ff.
[5] BVerfGE 162, 1 (Rn. 245 ff.) [2022]; 163, 43 (Rn. 132 ff.) [2022]; 169, 130 (Rn. 109, 110) [2024].

Rechtsgüter zulässig; die besonders umfassende nachrichtendienstliche Tätigkeit ist aber nur zulässig, weil sie auf den Schutz zentraler Rechtsgüter beschränkt ist.[6] Jedenfalls für die Übermittlung an Strafverfolgungsbehörden muss dabei ein **Katalog besonders schwerer Straftaten** aufgestellt werden (dazu näher unten I.1.a)(2)).

An der Rechtsprechung des BVerfG wird deutlich, dass die Verfassungsschutzämter einerseits, Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden andererseits **unterschiedliche Aufgaben** haben.[7] Dem in der Literatur geäußerten Vorschlag, den Verfassungsschutz als „Informationsdienstleister" für Behörden mit operativen Eingriffsbefugnissen zu konzipieren,[8] hat das Gericht unter der Prämisse der bestehenden nachrichtendienstlichen Informationserhebungsbefugnisse eine Absage erteilt. Es wäre zwar denkbar, derartige „Dienstleistungsbehörden" vorzusehen; dann müssten sich deren Befugnisse aber auf das beschränken, was für eigene Überwachungsmaßnahmen der operativen Behörden verfassungsrechtlich zulässig ist.[9] Die weitergehenden Informationserhebungsbefugnisse der Nachrichtendienste sind im Kern darauf angelegt, der Regierung ein umfassendes Bild über Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung zu liefern, damit sie darauf mit politischen, aber auch den rechtlichen Mitteln insbesondere der Partei- und Vereinsverbote reagieren kann. Erkenntnisse zu bevorstehenden oder begangenen einzelnen Straftaten sind gewissermaßen nur ein Nebenprodukt. Dass diese Erkenntnisse nach den dargelegten Anforderungen nur begrenzt genutzt werden können, schafft verfassungsrechtlich einen Ausgleich zwischen Verpflichtungen zu einem effektiven Rechtsgüterschutz und dem Schutz der Einzelnen vor einer weitreichenden Überwachung.

Die **Regelungen des § 31** des Entwurfs nehmen die verfassungsrechtlichen Anforderungen im Grundsatz zutreffend auf. Für die Übermittlung an **Strafverfolgungsbehörden** wird als Übermittlungsschwelle in § 31 Abs. 1 S. 1 ein durch Tatsachen begründeter Tatverdacht genannt. Zugleich soll die Begrenzung der Übermittlungsbefugnisse auf den Schutz höchstrangiger Rechtsgüter dadurch gewahrt werden, dass es um die Verfolgung einer besonders schwerwiegenden Straftat nach Maßgabe des Katalogs in § 31 Abs. 1 S. 2 und 3 gehen muss. Hinsichtlich der Übermittlung an **Gefahrenabwehrbehörden** nennt § 31 Abs. 2 S. 1 als Übermittlungsschwelle die konkretisierte Gefahr. Dabei fehlt es jedoch an einer aus Gründen der Bestimmtheit und Normenklarheit wünschenswerten **Definition**, wie sie nunmehr etwa in § 19 Abs. 2 BVerfSchG oder auch in den Datenerhebungsbefugnissen des NPOG (z.B. § 33a Abs. 1 Nr. 2) enthalten ist. Um die Begrenzung auf den Schutz besonders gewichtiger Rechtsgüter zu gewährleisten, ist nach § 31 Abs. 2 S. 1 einerseits maßgeblich, dass schwere Straftaten im Sinne des § 31 Abs. 1 S. 2 und 3 verhindert werden. Alternativ kann auch unmittelbar auf die in § 30 Abs. 1 S. 2 aufgeführten Rechtsgüter abgestellt werden. Diese Variante ist regelungstechnisch nicht nur deshalb auffällig, weil nicht recht einsichtig ist, warum die Rechtsgüter nicht unmittelbar in § 31 Abs. 2 aufgeführt werden. Vor allem aber erscheint der **Mehrwert einer Verdopplung neben der Bezugnahme auf den Straftatenkatalog fraglich**. Die präventive polizeiliche Tätigkeit bezieht sich im Wesentlichen auf die Verhütng von Straftaten; Maßnahmen

[6] BVerfGE 162, 1 (Rn. 236 ff.) [2022]; 163, 43 (Rn. 125 ff.) [2022]; 169, 130 (Rn. 108) [2024].
[7] Deutlich bereits BVerfGE 133, 277 (Rn. 115 ff.) [2013].
[8] Insb. *Lindner/Unterreitmeier*, in: Beck-OK PolR-BY, BayVSG Vorbemerkungen, Rn. 33.
[9] Vgl. *Bäcker*, in: Lisken/Denninger, HdbPolR, B Rn. 255 ff.

zum Schutz der öffentlichen Sicherheit jenseits der Sicherung der Unversehrtheit der Rechtsordnung sind in einer umfassend durchnormierten Rechtsordnung kaum noch denkbar.[10]

(2) Zur Festlegung des Straftatenkatalogs

Jedenfalls für die Übermittlung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse des Verfassungsschutzes an Strafverfolgungsbehörden, nach dem Gesagten aber auch für diejenige an Gefahrenabwehrbehörden kommt es – neben den Übermittlungsschwellen – entscheidend auf den Katalog besonders schwerwiegender Straftaten an. Dass eine Übermittlung nach dem informationellen Trennungsprinzip nur ausnahmsweise zugelassen werden darf, wird dadurch gesichert, dass der Katalog hinreichend eng gezogen wird. Die Einschätzung, welche Straftaten als besonders schwerwiegend anzusehen sind, obliegt zwar zunächst dem Gesetzgeber; sie muss sich aber als verfassungsrechtlich vertretbar erweisen. Die insoweit bestehenden Anforderungen hat das BVerfG in der Entscheidung zum HVSG 2024 präzisiert.[11] Eine wesentliche Rolle spielen dabei die Strafrahmen. Ausgehend vom Strafrahmen ist dem BVerfG zufolge eine Tat jedenfalls dann besonders schwerwiegend, wenn dafür eine **Höchststrafe von mehr als fünf Jahren** vorgesehen ist. Doch können auch Delikte mit einer Höchststrafe von fünf Jahren in einer **Gesamtschau** als besonders schwerwiegend angesehen werden, wenn sie nicht nur dem Schutz besonders gewichtiger Rechtsgüter dienen, sondern auch die tatbestandlich erfassten **Begehungsweisen und Tatfolgen** besonders schwerwiegend erscheinen. Diese differenzierten Anforderungen gelten auch für die **Staatsschutzdelikte** nach §§ 74a, 120 GVG. Diese dürfen – entgegen der bisherigen Rechtslage in vielen Verfassungsschutzgesetzen – nicht pauschal einbezogen werden.[12] Auch hier kommt dem Verfassungsschutz nicht die Rolle eines universellen Informationsdienstleisters der Strafverfolgungsbehörden zu. Für die Verfolgung von leichten und mittelschweren Staatsschutzdelikten müssen sich die Strafverfolgungsbehörden auf die üblichen Erkenntnisquellen stützen (einschließlich eigener Überwachungsmaßnahmen, etwa Observationen nach § 100h StPO, die auch bei leichteren Taten zulässig sind).

Der Katalog des § 31 Abs. 1 S. 2 bezieht weithin Straftaten ein, für die eine **Höchststrafe von mehr als fünf Jahren** vorgesehen ist. Das gilt zunächst für die Delikte, die in §§ 100b Abs. 2 und 100g Abs. 2 StPO erfasst sind; der Bundesgesetzgeber hat sich hier an der Rechtsprechung des BVerfG zum Straftatenkatalog für die Wohnraumüberwachung nach § 100c StPO a.F. orientiert, die die Einbeziehung von Delikten mit einer geringeren Höchststrafe beanstandet hatte.[13] Eine Höchststrafe von mehr als fünf Jahren ist ebenfalls vorgesehen in den einbezogenen §§ 102 Abs. 1 Alt. 2, 105 Abs. 1, 106 Abs. 3, 109e, 176a, 224-227, 241a Abs. 4 und 303b Abs. 4 StGB. Schließlich bezieht § 31 Abs. 1 S. 3 auffangweise sämtliche Straftaten mit einer derart hohen Höchststrafe ein. Stellt man isoliert auf den Strafrahmen ab, erscheint all dies unbedenklich. Dafür spricht auch, dass das BVerfG § 20a Abs. 1 S. 2 lit. a HVSG nicht beanstandet hat.[14] Gleichwohl erscheint **nicht ausgemacht, dass die rein formale Anknüpfung an eine Höchststrafe von mehr als fünf Jahren genügt**, wenn Verhaltensweisen weit im Vorfeld einer Rechtsgutsschädigung kriminalisiert werden. In der Entscheidung zum bayVSG

[10] Vgl. nur *Kingreen/Poscher*, Polizei- und Ordnungsrecht, [12]2022, § 7 Rn. 6.
[11] BVerfGE 169, 130 (Rn. 201 ff.) [2024].
[12] BVerfGE 169, 130 (Rn. 208 ff.) [2024]; ebenso bereits BVerfGE 163, 43 (Rn. 155) [2022].
[13] BVerfGE 109, 279 (347 f.) [2004]; daran anknüpfend BT-Drs. 15/4533, S. 13.
[14] BVerfGE 169, 130 (Rn. 203, 212) [2024].

hat das BVerfG offengelassen, ob die in **§ 100b Abs. 2 StPO** aufgeführten Taten die erforderliche Schwere aufweisen; der Gesetzgeber habe darauf zu achten, dass der Weiterverarbeitungs- und Übermittlungsanlass nicht zu weit ins Vorfeld einer in ihren Konturen noch nicht absehbaren Gefahr für die Schutzgüter verlegt wird.[15] Insoweit kann fraglich erscheinen, ob nicht auch bei einer Höchststrafe von 10 Jahren das Indiz einer besonders schweren Straftat, zu deren Verfolgung nachrichtendienstliche Erkenntnisse übermittelt werden dürfen, widerlegt werden kann. Dafür spricht auch, dass das BVerfG bislang keine engen Grenzen für die Festlegung der Strafrahmen selbst aufgestellt hat, weil diese regelmäßig genügend Raum für im Einzelfall verhältnismäßige Strafen belassen. Es ist nicht auszuschließen, dass sich der Bundesgesetzgeber bei der Festlegung der Strafrahmen außer von Strafwürdigkeitserwägungen auch vom zulässigen Anwendungsbereich von Überwachungsmaßnahmen leiten lässt.[16] Bereits für den originären Anwendungsbereich des § 100b StPO, Online-Durchsuchungen der Strafverfolgungsbehörden, erscheint fraglich, ob die dort einbezogenen Eigentums- und Vermögensdelikte sowie Verstöße gegen das Asyl- und Ausländerrecht materiell hinreichend schwer sind, um diese besonders eingriffsintensive Überwachungsmaßnahme zu rechtfertigen.[17] Für die Übermittlung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse an Strafverfolgungs- und Gefahrenabwehrbehörden ist jedenfalls daran festzuhalten, dass die **besondere Schwere einer Straftat nicht unabhängig von der Betroffenheit eines besonders gewichtigen Rechtsguts** bestimmt werden kann. Den Kreis dieser Rechtsgüter hat das BVerfG abschließend bestimmt; Eigentum und Vermögen sowie die Zuwanderungsbegrenzung und -kontrolle zählen nicht dazu. Zwar wird in § 30 Abs. 1 kumulativ zu den Voraussetzungen des § 31 der Schutz eines besonders gewichtigen Rechtsguts verlangt, wobei der Kreis entsprechend der Rechtsprechung des BVerfG definiert wird. Aus Gründen der Normenklarheit ist jedoch zu verlangen, dass der Straftatenkatalog selbst so bestimmt wird, dass nur der Schutz besonders gewichtiger Rechtsgüter erfasst ist. Der Verweis auf die derzeitige Fassung der §§ 100b Abs. 2, 100g Abs. 2 StPO ist daher mit einem hohen verfassungsrechtlichen Risiko behaftet. Sollte der Bundesgesetzgeber die StPO-Vorschriften nachbessern müssen, was wegen der anhängigen Verfassungsbeschwerde nicht unwahrscheinlich ist, ergäbe sich auch für das NVerfSchG Reformbedarf. Zu empfehlen ist daher, einen **eigenen Katalog besonders schwerer Straftaten** aufzustellen, der nicht allein auf eine Höchststrafe von mehr als fünf Jahren abstellt, sondern strikt auf solche Delikte begrenzt wird, die dem Schutz besonders gewichtiger Rechtsgüter dient.

Die übrigen erfassten Delikte sehen durchgehend eine Höchststrafe von fünf Jahren vor, so dass eine Einbeziehung nach der HVSG-Entscheidung nicht von vornherein ausscheidet, aber die besondere Schwere nicht schon durch den Strafrahmen indiziert ist. Dabei ist nach den Anforderungen des BVerfG die Bedeutung der geschützten Rechtsgüter ein wichtiger Aspekt der notwendigen Gesamtbetrachtung; sie genügt aber für sich allein nicht für die Einstufung als besonders schwere Straftaten. Mit heranzuziehen sind vielmehr auch die jeweils inkriminierten **Begehungsformen und Tatfolgen**. Zweifel bestehen insoweit insbesondere

[15] BVerfGE 162, 1 (Rn. 388) [2022].
[16] Vgl. *Unterreitmeier*, Karlsruher Patchday für den Verfassungsschutz, GSZ 2024, 283 (280).
[17] Krit. etwa *Rückert*, in: Münchener Kommentar StPO Bd. 1, [2]2023, § 100b, Rn. 62; vgl. auch die Verfassungsbeschwerde der Gesellschaft für Freiheitsrechte unter https://freiheitsrechte.org/uploads/documents/Freiheit-im-digitalen-Zeitalter/Staatstrojaner/Verfassungsbeschwerdeschrift-Gesellschaft_fuer_Freiheitsrechte-2018-Staatstrojaner-Freiheit_im_digitalen_Zeitalter.pdf, S. 62 ff.

hinsichtlich der Einbeziehung der **§§ 86-89 StGB**. Dass es sich hier um Staatsschutzdelikte handelt, genügt dem BVerfG zufolge nicht. Die Tatbestände erfassen Handlungen, die noch weit im Vorfeld einer konkreten Schädigung verbleiben; insbesondere sind hier nicht Sabotageakte erfasst, sondern nur Vorbereitungen dazu. Demgegenüber sind die über § 2 Nr. 15 NPOG in Bezug genommenen **terroristischen Straftaten** durch die besondere Begehungsweise auch dann zulässiger Gegenstand der Übermittlung, wenn sie, wie § 223 StGB, mit einer Höchststrafe von nur 5 Jahren bedroht sind.

(3) Verfassungswidrigkeit der unbestimmten Ausnahmeklausel des § 30 Abs. 1 S. 3

Tiefgreifenden Bedenken begegnet, dass von den in § 31 festgelegten Anforderungen gemäß § 30 Abs. 1 S. 3 ausnahmsweise abgewichen werden darf, wenn „ein Unterlassen der Übermittlung in krassem Missverhältnis zu den Grundwerten der Rechtsordnung stünde". Hierbei handelt es sich um eine hochgradig **unbestimmte Ausnahmeklausel**, mit der angestrebt wird, die Übermittlung gegenüber der Steuerung durch detaillierte normative Vorschriften zu flexibilisieren. Solche Klauseln sind zwar allgemein in der Rechtsordnung nicht unüblich und auch nicht ohne weiteres verfassungswidrig. Doch muss sich die Delegation normativer Entscheidungsmacht auf exekutive und judikative Rechtsanwender stets an der Grenze des rechtsstaatlich und demokratisch begründeten **Vorbehalts hinreichend dichter gesetzlicher Regelungen** messen lassen. Dabei steigen die Anforderungen mit der grundrechtlichen Relevanz der erfassten Fallgestaltungen.[18] Danach kann selbst die traditionsreiche richterliche Rechtsfortbildung auf der Grundlage von Generalklauseln im Zivilrecht unzulässig sein, weil erhebliche Grundrechtsbeeinträchtigungen einer hinreichend spezifischen gesetzlichen Grundlage bedürfen.[19] Die Wahrung der Anforderungen des Parlamentsvorbehalts ist eine notwendige Voraussetzung für die Zulässigkeit von Grundrechtseingriffen, die zu den materiellen Anforderungen der Verhältnismäßigkeit hinzutritt. Auch eine Maßstabsbildung der Behörden oder Gerichte, gegen die inhaltlich keine grundrechtlichen Bedenken bestehen, kann unzulässig sein, weil es an der erforderlichen Regelungsverantwortung der demokratischen Gesetzgebung sowie der rechtsstaatlichen Orientierungsfunktion des Gesetzestexts fehlt.[20] Im Bereich der **heimlichen Informationserhebungsmaßnahmen** hat das BVerfG besonders strenge Anforderungen an die Regelungsdichte aufgestellt. Die Legislative muss durch detaillierte Befugnisse die Reichweite der möglichen Maßnahmen in **bestimmter und normenklarer** Weise festlegen.[21] Der Grund dafür ist, dass es sich bei Überwachungsmaßnahmen um grundrechtlich besonders sensible Tätigkeiten handelt und eine gerichtliche Konkretisierung partiell unbestimmter gesetzlicher Maßstäbe, die unter Umständen für gewisse Abstriche bei den Bestimmtheitsanforderungen an die Normen sprechen kann, praktisch kaum eine Rolle spielt, weil sie allenfalls nachträglich stattfindet, soweit eine Bekanntgabe erfolgt. Im Bereich der heimlichen Überwachungsmaßnahmen sind die Behörden somit auf das Modell der rein nachvollziehenden

[18] Vgl. zu den Anforderungen nur *Barczak*, Parlamentsvorbehalt und Bestimmtheitsgebot, in: Stern/Sodan/Möstl (Hrsg.), StaatsR, [2]2022, § 86.
[19] BVerfGE 138, 377 [2015] zu dem vom BGH aus § 242 BGB entwickelten Anspruch des „Scheinvaters" eines Kindes gegenüber der Mutter auf Auskunft über ihre Geschlechtspartner zur Zeit der Empfängnis. Eine derart tiefgreifende Beeinträchtigung von Persönlichkeitsrechten bedürfe einer spezifischen gesetzlichen Grundlage.
[20] Deutlich hervorgehoben etwa in BVerfGE 133, 112 (Rn. 53) [2013].
[21] Insb. BVerfGE 141, 220 (Rn. 94) [2016]; dazu *Bäcker*, in: Herdegen/Masing u.a., HdbVerfR, § 28 Rn. 85 ff.

Rechtsanwendung ohne eigene Konkretisierung der normativen Maßstäbe festgelegt. Diese Anforderungen hat das BVerfG auch auf Übermittlungsbefugnisse übertragen.[22]

Danach erweist es sich als verfassungswidrig, wenn die in § 31 im Einzelnen geregelten Voraussetzungen der Übermittlung „ausnahmsweise" außer Acht gelassen werden dürfen. Es bliebe hier – entgegen der dargelegten Anforderungen – der Leitung des Verfassungsschutzes überlassen, zu definieren, wann „ein Unterlassen der Übermittlung in krassem Missverhältnis zu den Grundwerten der Rechtsordnung stünde". Dabei spielt es keine Rolle, ob eine Übermittlung sich materiell im Einzelfall auch außerhalb der Voraussetzungen des § 31 als verhältnismäßig erweisen könnte. Denn die Grundsätze der Bestimmtheit und Normenklarheit verlangen im Bereich der Übermittlungsbefugnisse, dass die **Verhältnismäßigkeit der Übermittlung bestimmter Daten zu bestimmten Zwecken generell durch die Ausgestaltung der gesetzlichen Regelungen gesichert** wird. Insoweit beziehen sich die Ausführungen des BVerfG zur Festlegung von Straftaten als besonders schwerwiegend in einer Gesamtwürdigung auch allein auf die Ausgestaltung des Katalogs durch den Gesetzgeber und nicht, wie die Entwurfsbegründung offenbar meint (S. 32), auf eine Einzelfallprüfung durch die Leitung der Verfassungsschutzbehörde. Denkbar ist lediglich, dass eine nach den gesetzlichen Voraussetzungen zulässige Übermittlung im Einzelfall mangels Verhältnismäßigkeit unzulässig ist. Umgekehrt ist es aber, weil die Anforderungen des Parlamentsvorbehalts und der Normbestimmtheit für Grundrechtseingriffe kumulativ neben der Verhältnismäßigkeit gelten, unzulässig, verhältnismäßige Übermittlungen im Einzelfall ungeachtet der gesetzlichen Voraussetzungen zu ermöglichen. Im Übrigen erscheint angesichts des weiten Straftatenkatalogs auch nicht ersichtlich, inwieweit hier Lücken denkbar sein sollen. § 30 Abs. 1 S. 3 sollte daher ersatzlos **gestrichen** werden.

b) Übermittlung an weitere öffentliche Stellen (§ 32)

Die Übermittlung an öffentliche Stellen jenseits der Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden wird in § 32 unter leichteren Voraussetzungen zugelassen. Selbstverständlich ist dabei die Regelung des § 32 Abs. 2 S. 1, wonach Erkenntnisse des Verfassungsschutzes ohne Weiteres **an Verfassungsorgane für die Zwecke der Verfahren nach Art. 9 Abs. 2, 18 und 21 Abs. 2-4 GG** weitergegeben werden dürfen. Da die Informationssammlung der Verfassungsschutzämter im Zusammenhang mit den Instrumenten zur Abwehr verfassungsfeindlicher Bestrebungen konzipiert ist, handelt es sich hier schon um keine Zweckänderung (vgl. zutreffend die Entwurfsbegründung, S. 39).

Aber auch die erleichterte Übermittlung an Behörden nach § 32 Abs. 2 S. 2 zur **Nutzung der Erkenntnisse in gesetzlich geregelten Verfahren, wonach die Verfassungstreue eine Rolle für staatliche Entscheidungen spielt**, wie bei der Erteilung waffenrechtlicher Zulassungen, der Einstellung und Entlassung von Beamten und der Gemeinnützigkeit im Abgabenrecht, dürfte – ebenso wie die Parallelregelung in § 20 Abs. 1 Nr. 1, 5, 6 BVerfSchG – verfassungsrechtlich zulässig sein. In der Entscheidung zum HVSG 2024 hat das BVerfG insoweit ausgeführt, dass der Grundsatz der hypothetischen Datenneuerhebung nicht schematisch abschließend gilt. Jedenfalls in gesetzlich geregelten, herausgehobenen Zusammenhängen mit besonders hohem Gefahrenpotential für hochrangige Rechtsgüter und einer engen Verbindung zu

[22] BVerfGE 162, 1 (Rn. 200 f.) [2022]; 163, 43 (Rn. 108 ff.) [2022]; 169, 130 (Rn. 115 f., 196) [2024].

den Schutzgütern des Verfassungsschutzes ist auf der Grundlage entsprechender tatsächlicher Anhaltspunkte eine Übermittlung grundsätzlich möglich.[23] Allerdings folgte das Gericht dabei nicht dem in der Literatur vertretenen Ansatz, wonach eine Übermittlung unter erleichterten Voraussetzungen hier schon deshalb zulässig sei, weil die empfangenden Behörden nicht wie die Polizei gegenüber den Betroffenen unmittelbar mit Zwangsmaßnahmen handeln, sondern Entscheidungen treffen, gegenüber denen umfassende Möglichkeiten des (nicht nur nachträglichen) gerichtlichen Rechtsschutzes einschließlich des Eilrechtsschutzes bestehen.[24] Das BVerfG beanstandete gerade einen Auffangtatbestand im HVSG, der Übermittlungen an Behörden ohne unmittelbare Zwangsbefugnisse ohne eine weitergehende Eingriffsschwelle zuließ; für die das Erfordernis der Eingriffsschwelle einer konkretisierten Gefahr auslösende Weitergabe an „Behörden mit operativen Befugnissen" komme es nicht darauf an, dass diese unmittelbar Zwang anwenden dürften.[25] Danach dürften auch die die Betroffenen real belastenden Entscheidungen im Beamten-, Waffen-, Gemeinnützigkeitsrecht etc. als operative Maßnahmen anzusehen sein, für die aber eine Ausnahme von dem sonst geltenden verfassungsrechtlichen Erfordernis der Eingriffsschwelle besteht. Damit ist zugleich klar, dass außerhalb dieser Prüfungsverfahren die Eingriffsschwelle unverändert gilt. Der Entwurf vermeidet das Problem dadurch, dass die **Anforderungen des § 31 Abs. 2** nicht nur für die Übermittlung an Polizeibehörden, sondern auch an „andere Behörden des Landes mit der Befugnis, gegenüber einer Person unmittelbar Folgemaßnahmen mit Grundrechtsrelevanz vorzunehmen" gelten. Der Begriff der „operativen Befugnis" wird also im Sinne des BVerfG weit definiert und nicht vom unmittelbaren Zwangseinsatz abhängig gemacht (vgl. Entwurfsbegründung, S. 36). Indem § 31 Abs. 2 S. 2 erklärt, dass § 32 Abs. 2 unberührt bleibt, wird deutlich, dass es sich bei letzterem um eine Ausnahme von den sonst noch § 31 Abs. 2 S. 1 geltenden Anforderungen handelt.

Verwirrend erscheint in diesem Zusammenhang der **Auffangtatbestand** des **§ 32 Abs. 3**. Soweit hier für die Übermittlung an Stellen mit operativen Befugnissen das Erfordernis einer konkretisierten Gefahr für ein besonders gewichtiges Rechtsgut i.S.v. § 30 Abs. 1 bzw. der Begehung einer besonders schweren Straftat i.S.v. § 31 Abs. 1 S. 2 und 3 verlangt wird, wird lediglich § 31 Abs. 2 S. 1 wiederholt. Es bleibt der – schmale – Bereich der Übermittlung an Behörden ohne operative Befugnisse, was bereits zu deren Aufgabenerfüllung zulässig sein soll. Darauf wäre der Übermittlungstatbestand jedenfalls zu begrenzen. Hier bleibt aber fraglich, ob nicht gesetzlich spezifiziert werden müsste, um welche behördlichen Aufgaben es hier geht, etwa die in der Entwurfsbegründung (S. 40) genannten Lagebilder. Gegenüber dem Entwurf vorzuziehen wäre eine Regelung nach dem Vorbild des **§ 22 BVerfSchG**.

### 2. Ausweitungen einzelner Informationserhebungsbefugnisse

Neben den Übermittlungsbefugnissen erstrecken sich die geplanten Änderungen auch auf die Befugnisse zur Informationserhebung mit nachrichtendienstlichen Mitteln. Mit § 14 Abs. 1 Nr. 2 lit. b wird eine Rechtsgrundlage für das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des öffentlich gesprochenen Wortes geschaffen. § 14 Abs. 1 Nr. 7 erstreckt die kurzfristige Observation,

[23] BVerfGE 169, 130 (Rn. 113) [2024].
[24] *Gärditz*, GSZ 2022, 161 (165 ff.); *Warg*, Was sind „operative Anschlussbefugnisse"?, ZD 2024, 434; *Unterreitmeier* (2024), in: Beck-OK PolR-BY, BayVSG Art. 25, Rn. 16 ff.
[25] BVerfGE 169, 130 (Rn. 223 ff.) [2024].

die unter leichteren Voraussetzungen zulässig ist als die längerfristige, auf einen Zeitraum von 48 Stunden statt wie bisher 24. Durch § 14 Abs. 3 und die Neufassung des § 16 wird die Inanspruchnahme von Gewährspersonen, die nicht Vertrauenspersonen sind, unter weniger strengen Anforderungen zugelassen. Mit der Streichung des bisherigen § 14 Abs. 1 Nr. 4 soll der **Einsatz unbemannter Flugobjekte** bei der Observation ermöglicht werden. An der letzteren Änderung ist auffällig, dass der Einsatz unbemannter Flugobjekte nicht ausdrücklich zugelassen wird. Angesichts der strengen Anforderungen des BVerfG an die Normenklarheit bei heimlichen Informationserhebungsmaßnahmen empfiehlt es sich, die Zulassung, sofern sie gewünscht ist, positiv klarzustellen, statt nur das bisherige Verbot zu streichen.[26]

Im Gesamteindruck zeigt sich eine gewisse Ausweitung der Befugnisse. Darin kann man auch einen Verlust rechtsstaatlicher Hürden sehen. Insgesamt gehen die Ausweitungen aber nicht sehr weit. Zu beachten bleibt die Grundaussage der Verfassungsrechtsprechung, dass Datenerhebungsbefugnisse der Nachrichtendienste – abgesehen von für sich genommen besonders eingriffsintensiven, da in besonders geschützte Privatsphärebereiche eindringenden Maßnahmen wie der Wohnraumüberwachung und der Online-Durchsuchung, die hier nicht geplant sind – in weitem Umfang vorgesehen werden dürfen, soweit die Übermittlung der Erkenntnisse an Behörden mit operativen Befugnissen engen Grenzen unterworfen wird. Zudem sind weitreichende Informationserhebungsbefugnisse der Verfassungsschutzämter im Zusammenhang mit deren eingeschränktem Aufgabenbereich zu sehen.

### 3. Ausweitung der Beobachtung von Einzelpersonen

Durch die Neufassung des § 4 Abs. 1 wird die Beobachtung von Einzelpersonen wie 2021 im BVerfSchG insofern ausgeweitet, als ein Gewaltbezug bzw. eine Eignung zur erheblichen Schädigung von Schutzgütern nicht mehr vorausgesetzt wird. Dabei ist die **Annahme, dass das Land die Befugnisse des Verfassungsschutzes nicht enger regeln dürfte als der Bund** (S. 16), **unzutreffend**. Die Gesetzgebungskompetenz steht dem Land zu; die Bundeskompetenz nach Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 lit. b bezieht sich allein auf die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder, insbesondere den Informationsaustausch, nicht aber auf die Ersterhebung.

Hintergrund der bisherigen Einschränkung war die Annahme, dass die Gefährlichkeit Einzelner einem organisierten Zusammenwirken mehrerer Personen nicht ohne weiteres gleichsteht. Auf diese Weise werde auch bei Einzelpersonen eine gewisse Eingriffsschwelle verlangt und eine Ausforschung extremistischer Einstellungen als solcher unabhängig von Handlungsabsichten („Gesinnungsschnüffelei“) verhindert.[27] Die Entwurfsbegründung (S. 16) geht nun in Anlehnung an die Begründung der Änderung des Bundesrechts[28] davon aus, dass an der Annahme einer geringeren Gefährlichkeit von Einzelpersonen, „angesichts der Bedingungen der digitalen Moderne und Erkenntnissen zu Radikalisierungsverläufen nicht mehr festgehalten werden“ kann. Letztlich kommt es auf solche empirischen Einschätzungen allerdings nicht an. Denn die **Verhältnismäßigkeit** der Überwachung, die sowohl gegenüber Personenzusammenschlüssen, wie auch gegenüber Einzelpersonen gewahrt sein muss, wird auf andere Weise

[26] Die Frage, ob es einer speziellen gesetzlichen Ermächtigung für Drohneneinsätze der Polizei neben derjenigen zum Einsatz technischer Mittel bedarf, wurde offengelassen von VG Sigmaringen, 20.10.2020 – 14 K 7613/18.
[27] Vgl. den Gesetzesentwurf 1991, LT-Drs. 12/2440, S. 58.
[28] BT-Drs. 19/24785, 17.

gewährleistet. Eine zentrale Rolle spielt zunächst, dass die Informationserhebungsmaßnahmen der Nachrichtendienste für die Betroffenen nicht unmittelbar reale Folgen auslösen und die Übermittlung an Behörden mit operativen Befugnissen nur unter den dargelegten strengen Anforderungen zugelassen werden darf. Überwachungsmaßnahmen, die als solche besonders eingriffsintensiv sind, dürfen auch von den Nachrichtendiensten erst ab einer erhöhten Eingriffsschwelle vorgenommen werden. Schließlich erfährt die Überwachungstätigkeit des Verfassungsschutzes aber vor allem auch durch dessen **begrenzte Aufgabe** eine entscheidende Einschränkung. Er darf Informationen nicht zu beliebigen Zielen erheben, insbesondere nicht originär mit dem Zweck einer Weitergabe an Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden zur Verhinderung und Verfolgung einzelner Straftaten, sondern allein, um Bestrebungen i.S.d. § 3 Abs. 1 NVerfSchG zu erkennen, die das Gemeinwesen als Ganzes, insbesondere die (nach dem NPD-Urteil eng zu verstehende, s.u. II.) freiheitliche demokratische Grundordnung bedrohen.

Dabei stellt sich freilich die Frage, **inwieweit die Beobachung von Einzelpersonen, die unabhängig von organisierten Strukturen handeln, überhaupt zum Aufgabenprofil des Verfassungsschutzes passt**. Die Sammlung von Erkenntnissen über Bedrohungen des Staates und der freiheitlichen demokratischen Grundordnung dient nach § 3 Abs. 2 der Information von Landesregierung und Landtag, damit diese „die erforderlichen Maßnahmen" treffen können. Diese **Reaktionsmaßnahmen** sind **typischerweise auf die Bekämpfung organisierter Strukturen** in Form von Vereins- und Parteiverboten oder auch der Warnung vor ihnen im Verfassungsschutzbericht **bezogen**. Immerhin denkbar ist allerdings auch, gegen Einzelpersonen das Verfahren der Grundrechtsverwirkung nach Art. 18 GG zu beschreiten. Die **Beobachtung von Einzelpersonen** setzt dabei aber voraus, dass eine **Gefährdung der Schutzgüter des § 3 Abs. 1 durch sie überhaupt denkbar** ist. Aller Erfahrung nach lässt sich ein „Umsturz" nicht von Einzeltätern planen. Ob auch in Einzeltaten eine Bedrohung des Gemeinwesens insgesamt namentlich durch einen kommunikativen Angriff auf seine Werte gesehen werden kann, erscheint fraglich.[29] Letztlich dürfte mit der Beobachtung von Einzelpersonen eine andere Aufgabe als die in § 3 Abs. 1 normierte verfolgt werden, nämlich als „Informationsdienstleister" für Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden zur Verhinderung und Verfolgung einzelner Straftaten beizutragen. Solange nicht die Aufgabenzuweisung des Verfassungsschutzes in diesem Sinne geändert wird – was aber verfassungsrechtlich eine erhebliche Einschränkung der Informationserhebungsbefugnisse nach sich ziehen würde (s.o. I.1.a) – bleibt die Kriminalitätsprävention Sache der Polizei, die nach dem NPOG selbst über erhebliche Überwachungsbefugnisse verfügt. **Die Beobachtung von Einzelpersonen durch den Verfassungsschutz riskiert damit regelmäßig, gegen dessen begrenzte Aufgabenzuweisung zu verstoßen**. Vor diesem Hintergrund muss zwar nicht die bisherige Regelung beibehalten werden. Es wäre aber ganz grundsätzlich zu überdenken, ob die Beobachtung von Einzelpersonen, die unabhängig von Personenzusammenschlüssen handeln, überhaupt beibehalten werden sollte. Angesichts der beschränkten Aufgabe des Verfassungsschutzes spräche einiges dafür, die Beobachtungstätigkeit ganz auf organisierte Strukturen zu fokussieren.

[29] Dafür aber *Linzbach*, Beobachtung von Einzelpersonen durch das Bundesamt für Verfassungsschutz, GSZ 2022, 7.

Soweit an dieser Änderung gleichwohl festgehalten werden soll, ist nicht etwa in der Folge auch die **Definition des Gewaltbegriffs** in § 4 Abs. 5 entbehrlich. Denn gewaltsame Handlungen spielen auch an anderer Stelle eine Rolle (§ 13 Abs. 2 Nr. 1, § 15 Abs. 2 Nr. 3, § 16 Abs. 2 S. 1, § 17, § 20 Abs. 1 S. 4, § 23 Abs. 5 S. 1, § 24 Abs. 1, § 25 Abs. 1, Abs. 2 S. 2, § 26 Abs. 1 S. 1 Nr. 3). Die Gewaltdefinition im Sinne einer aggresiven Anwendung physischer Kraft überzeugt auch inhaltlich. Sie entspricht nicht nur dem allgemeinen Sprachgebrauch, sondern liegt auch auf einer Linie mit dem vom BVerfG verfassungsrechtlich zugrundegelegten Verständnis des staatlichen Gewaltmonopols. Dass gerade die Ausübung physischer Gewalt bei den staatlichen Organen monopolisiert ist, ist eine wichtige Ausprägung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (näher unten II.1). Dem entspricht es, dass die Ausübung physischer Gewalt durch Private in besonders qualifizierter Weise als für die Tätigkeit des Vefassungsschutzes relevant angesehen wird.

## II. Änderungsbedarf hinsichtlich der Begriffsbestimmung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Unter dem in § 3 Abs. 1 bezeichneten Aufgaben, die die Erhebung und Übermittlung von Informationen durch den Verfassungsschutz erheblich beschränken, spielt der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (fdGO) nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 Alt. 1 in der Praxis die zentrale Rolle. Von entscheidender Bedeutung für die Reichweite der Tätigkeit des Verfassungsschutzes ist demnach, wie dieser Begriff im Einzelnen verstanden wird. Insoweit findet sich in § 4 Abs. 3 eine Definition in Form einer katalogartigen Aufzählung einzelner Elemente. Eine Änderung ist bislang nicht geplant. Sie erscheint aber aus den folgenden Erwägungen dringend geboten. Die geltende Regelung ist an der Rechtsprechung des BVerfG in den Parteiverbotsverfahren der 1950er-Jahren orientiert; nunmehr hat aber das BVerfG im NPD-Urteil 2017 eine bedeutsame Neujustierung vorgenommen, die zu einem erheblich engerem Verständnis führt (1). Daraus ergibt sich auch für die Begriffsbestimmungen in den Verfassungsschutzgesetzen Änderungsbedarf (2). Eine verfassungskonforme einschränkende Auslegung kann eine aus Gründen der Normenklarheit gebotene Änderung des Gesetzestexts allenfalls übergangsweise ersetzen (3). Dass die fdGO-Definition in anderen Landesgesetzen und dem BVerfSchG bisher nicht angepasst worden ist, steht einer am NPD-Urteil orientierten Neudefinition in Niedersachsen nicht entgegen (4). Dafür wird ein Formulierungsvorschlag unterbreitet (5). Denkbar wäre auch, übergangsweise nur die alte Definition zu streichen (6).

### 1. Neukonturierung des fdGO-Begriffs im NPD-Urteil des BVerfG 2017

§ 4 Abs. 3 definiert den Begriff der fdGO, ebenso wie die anderen Landesgesetze und das BVerfSchG, durch eine Auflistung von Elementen. Diese Begriffsbestimmung wurde aus älteren Fassungen des NVerfSchG übernommen. Sie findet sich erstmals in § 4 Abs. 5 NVerfSchG i.d.F.v. 03.11.1992,[30] als die Tätigkeit des Verfassungsschutzes wie in den anderen Ländern und auf Bundesebene infolge des Volkszählungsurteils des BVerfG auf umfassendere Rechtsgrundlagen gestützt wurde. Auch in Niedersachsen wurde mit der Definition Anschluss an die Rechtsprechung des BVerfG zum Begriff der fdGO in Art. 21 Abs. 2 GG in den **frühen**

[30] GVBl. Nds. 1992/41

**Parteiverbotsverfahren gegen die SRP und die KPD**[31] gesucht.[32] In der Liste der zur fdGO zählenden Elemente werden einige Charakteristika der konkreten Verfassungsordnung des Grundgesetzes aufgezählt, insbesondere etwa die durch Wahlen gekennzeichnete repräsentative Demokratie einschließlich sämtlicher Wahlrechtsgrundsätze des Art. 38 Abs. 1 S. 1 GG und „die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte".

An dieser Art der Begriffsbestimmung ist politisch und verfassungsrechtlich immer wieder kritisiert worden, **Wünsche nach radikaler politischer Veränderung zu weitgehend als verfassungsfeindlich einzuordnen**.[33] Die Frage nach Grund und Grenzen der staatlichen Extremismusbekämpfung gipfelte in der Auseinandersetzung um den sog. Radikalenerlass, aufgrund dessen vielen Personen wegen einer Mitgliedschaft in der DKP der Zugang zum Lehramt versagt blieb.[34] Hier zeigt sich das **Grunddilemma der staatlichen Extremismusbekämpfung**: Im Zuge des Anliegens der „wehrhaften Demokratie", eine Beseitigung der demokratischen Staatsordnung auf legalem Wege zu verhindern, kann es leicht zu einer problematischen Verengung der politischen Auseinandersetzung kommen. Im schlimmsten Fall gelingt es so den Inhabern politischer Macht, Konkurrenten vom Zugang dazu fernzuhalten. Dabei ist die Veränderungsoffenheit der staatlichen Ordnung im Grundgesetz deutlich angelegt. Nach Art. 79 GG sind die allermeisten Verfassungsbestimmungen änderbar. Und selbst bei einem Teil der unabänderlichen Bestimmungen wie derjenigen zur föderalen Staatsorganisation lassen sich Forderungen nach ihrer Abschaffung kaum mit der Zielsetzung der legalen Errichtung einer Diktatur gleichsetzen. Die Änderbarkeit des Grundgesetzes betrifft nur die Frage, ob das bestehende Verfassungsprojekt fortgesetzt wird, oder, wie beispielsweise auch im Fall einer Aufgabe der deutschen Staatlichkeit zugunsten der Einordnung in einen europäischen Bundesstaat,[35] ein neues begonnen wird. Überzeugend begründen lässt sich ein Konzept wehrhafter Demokratie danach nur, wenn nicht auf Einzelheiten der gegenwärtigen Ausgestaltung der demokratischen Staatsordnung abgestellt wird, sondern auf Elemente, ohne die eine Staatsordnung nicht mehr als demokratisch bezeichnet werden kann.

Ganz in diesem Sinne hat das BVerfG den fdGO-Begriff im **Urteil im NPD-Parteiverbotsverfahren 2017** neu und gegenüber dem SRP- und KPD-Urteil enger definiert.[36] Der Begriff erfordere eine Konzentration auf **wenige zentrale Elemente**, die **für den freiheitlichen Verfassungsstaat schlechthin unentbehrlich** sind.[37] Unter ausdrücklicher Bezugnahme auf Kritik in der Literatur an der katalogartigen Aufzählung einzelner Rechtsinstitute „unter den Gesichtspunkten der Unvollständigkeit, Beliebigkeit, Unbestimmtheit, Missbrauchsanfälligkeit

[31] BVerfGE 2, 1 (12 f.) [1952]; 5, 85 (140) [1956].
[32] Vgl. den damaligen Gesetzesentwurf der Landesregierung v. 03.12.1991, LT-Drs. 12/2440, S. 59, lediglich redaktionell geändert in der Beschlussempfehlung des Innnenausschusses v. 23.09.1992, LT-Drs. 12/3790, S. 9.
[33] Vgl. etwa *Ridder*, Die soziale Ordnung des Grundgesetzes, 1975, 65; *Preuß*, Notstand und Parteienverbot, KJ 32 (1999), 263 (267 ff.); jüngst näher *Wihl*, Die verfassungsrechtliche Aufklärung des Extremismusmodells, KJ 56 (2023), 291; s.a. *Hohnerlein*, Zwei freiheitliche demokratische Grundordnungen?, DVBl 2024, 267 (268 ff.).
[34] Vgl. dazu *Schulz*, Die freiheitliche demokratische Grundordnung, 2019, 323 ff.
[35] Nach BVerfGE 123, 267 (343) [2009] wäre dies nicht im Wege einer Verfassungsänderung nach Art. 79 GG möglich, allerdings ermögliche Art. 146 GG die Ablösung des Grundgesetzes in einer Legalitätskontinuität.
[36] Vgl. *Warg*, Nur der Kern des demokratischen Rechtsstaats – die Neujustierung der fdGO im NPD-Urteil vom 17.1.2017, NVwZ-Beilage 2017, 42; *Wihl*, KJ 56 (2023), 291 (304 ff.); *Hohnerlein*, DVBl 2024, 267 (269); *Barczak*, Verfassungsmäßige Ordnung und freiheitliche demokratische Grundordnung, JuS 2025, 97 (103 f.).
[37] BVerfGE 144, 20 (Rn. 535) [2017].

und fehlender Systematik“ betont das BVerfG, dass „zwischen den Kernelementen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und den sich daraus ergebenden (fallbezogenen) Ableitungen zu unterscheiden ist“.[38] Dabei könne die fdGO auch **nicht mit den nach Art. 79 Abs. 3 GG änderungsfesten Verfassungsinhalten gleichgesetzt** werden, da etwa auch unitarische Staaten und Monarchien zum Typus des freiheitlichen Verfassungsstaats zählen könnten.[39] Positiv macht das BVerfG die **Menschenwürde** als Ausgangspunkt der fdGO aus. Das beinhaltet zunächst Achtung und Schutz personaler Individualität, Identität und Integrität sowie die elementare Rechtsgleichheit aller Menschen. Damit verbunden ist aber auch ein **grundlegendes Demokratiegebot** im Sinne einer gleichberechtigten politischen Mitwirkung aller Bürgerinnen und Bürger und der Rückbindung der Staatsgewalt an sie sowie ein Kerngehalt **rechtsstaatlicher Bindung und Kontrolle** der Staatsgewalt.[40] Im Zuge des rechtsstaatlichen Elements nennt das BVerfG auch, dass „die Anwendung physischer Gewalt den gebundenen und gerichtlicher Kontrolle unterliegenden staatlichen Organen vorbehalten“ ist (**Gewaltmonopol des Staates**).[41] Dabei wird – anders als bei dem im SRP- und insbesondere im KPD-Urteil zugrundegelegten Begriffsverständnis – deutlich, dass der unverzichtbare Kerngehalt freiheitlicher Verfassungsstaat sehr unterschiedliche politische Ordnungen ermöglicht. Insbesondere betont das BVerfG, dass die repräsentative Demokratie nicht die allein mögliche Ausgestaltung einer demokratischen Staatsorganisation ist, solange die Bürgerinnen und Bürger überhaupt die Möglichkeit haben, gleichberechtigt auf die Staatsgewalt Einfluss zu nehmen. Auch ist klar, dass nicht jede Forderung nach Veränderungen des Grundrechtskatalogs als verfassungsfeindlich angesehen werden darf, was die Formulierung der „im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte“ noch suggerieren konnte. In grundrechtlicher Hinsicht beschränkt sich die fdGO vielmehr auf den elementaren Schutz der Menschenwürde. Insbesondere Forderungen der radikalen Linken nach grundlegenden Veränderungen der Eigentumsordnung lassen sich nicht (mehr) als fdGO-widrig ansehen.

### 2. Gleichlauf des fdGO-Begriffs in Art. 21 Abs. 2 GG und Verfassungsschutzrecht

Die Neubestimmung der fdGO durch das BVerfG ist unmittelbar auf Art. 21 Abs. 2 GG bezogen. Nun ist es nicht von vornherein ausgeschlossen, dass identische Begriffe in der Rechtsordnung unterschiedlich verstanden werden. Zur fdGO ist mitunter in der Tat die Ansicht vertreten worden, dass der Begriff im Verfassungsschutzrecht weiter definiert werden könne als beim Parteiverbot, da es lediglich um die Informationssammlung gehe, die die Beteiligung der „Verfassungsfeinde“ an der politischen Auseinandersetzung nicht beeinträchtige.[42] Dagegen spricht aber, dass die **Tätigkeit des Verfassungsschutzes**, wie bereits dargelegt (oben I.1.b), in **untrennbarem Zusammenhang mit den Instrumenten der Abwehr verfassungsfeindlicher Bestrebungen** nach Art. 21 Abs. 2-4, 9 Abs. 2 und 18 GG steht, für die jedenfalls einheitlich der im NPD-Urteil entwickelte fdGO-Begriff gilt.[43] Daneben betreiben die

[38] BVerfGE 144, 20 (Rn. 534) [2017].
[39] BVerfGE 144, 20 (Rn. 536 f.) [2017].
[40] BVerfGE 144, 20 (Rn. 538 ff.) [2017].
[41] BVerfGE 144, 20 (Rn. 547) [2017].
[42] So VG Köln, 08.03.2022 – 13 K 326/21, BeckRS 2022, 3817 Rn. 122; VG Köln, 13.10.2022 – 13 K 4222/18 2022, 30493 Rn. 36.
[43] Zur Übertragung auf die „verfassungsmäßige Ordnung“ in Art. 9 Abs. 2 GG BVerfGE 149, 160 (Rn. 107) [2018].

Verfassungsschutzbehörden auch „Verfassungsschutz durch Aufklärung“, indem sie in den Verfassungsschutzbehörden verfassungsfeindliche Bestrebungen öffentlich benennen und damit die Bevölkerung vor diesen waren. Auch hierbei handelt es sich um einen staatlichen Eingriff in die freie politische Auseinandersetzung, für die es nicht nur einer Rechtsgrundlage bedarf,[44] sondern die auch materiell nur im Sinne des Konzepts der wehrhaften Demokratie verstanden werden darf. Die freiheitliche demokratische Grundordnung, die hier geschützt wird, kann keine andere sein, als diejenige der Art. 21 Abs. 2-4, 9 Abs. 2 und 18 GG. Der **Unterschied** zu den „harten“ Verbotsinstrumenten ist nur, dass diese den eindeutigen **Nachweis** einer verfassungsfeindlichen Bestrebung voraussetzen, während es bei der Informationssammlung der Verfassungsschutzbehörden darum geht, entsprechenden **Verdachtsmomenten** nachzugehen, und diese bei entsprechender Kennzeichnung auch zum Gegenstand der Berichtserstattung gemacht werden dürfen.[45] Von der Identität der Schutzgüter beim Parteiverbot und im Verfassungsschutzrecht geht auch das BVerfG aus, das in einem Nichtannahmebeschluss zur Verfassungsbeschwerde gegen eine Nennung im Verfassungsschutzbericht ausgeführt hat, der Begriff der fdGO sei durch das NPD-Urteil 2017 geklärt.[46] Das OVG Münster hat sich im Verfahren zur Einstufung der AfD als Verdachtsfall einer verfassungsfeindlichen Bestrebung für eine vollumfängliche Maßstabsidentität ausgesprochen.[47] Für die Verfassungstreuepflicht der Beamten und Soldaten, deren Wahrung ja auch anhand von Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden überprüft wird, hat das BVerwG ebenfalls den Gleichlauf mit der Begriffsbestimmung der fdGO zu Art. 21 Abs. 2 GG bestätigt.[48] In der Kommentarliteratur zur Bundeskompetenz für die Regelung der Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden nach Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 lit. b wird der Aufgabenbereich dieser Behörden durchgehend mit dem Begriff der fdGO in Art. 21, 9 und 18 GG identifiziert.[49]

Nach dem engeren fdGO-Verständnis sind Teile der bisherigen **Beobachtungstätigkeit** der Verfassungsschutzbehörden erheblichen **Bedenken** ausgesetzt. Vor allem die Kapitel zum Komplex „Linksextremismus“ zeigen, dass bei den Verfassungsschutzbehörden oft die Vorstellung vorherrscht, schon der Wunsch nach radikalen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen führe zur Verfassungsfeindlichkeit von Organisationen. Auch im niedersächsischen Verfassungsschutzbericht 2023 werden die Ablehnung bestehender staatlicher und ökonomischer (soziale Marktwirtschaft) Strukturen sowie ein „übersteigerter Gleichheitsbegriff“ als Grund der Beobachtung genannt.[50] Besonders auffällig ist die Beobachtung von Teilen der Klimaschutzbewegung wie der Gruppe „Ende Gelände“.[51] Nach dem im NPD-Urteil entwickelten Maßstab können die politischen Ziele aber nur eine Beobachtung rechtfertigen, wenn die unverzichtbaren Kernelemente der Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

[44] BVerfGE 113, 63 (74 ff.) [2005]; vgl. für Niedersachsen § 33 NVerfSchG.
[45] Dazu bereits *Hohnerlein*, DVBl 2024, 267 (270 ff.).
[46] BVerfG, NVwZ 2023, 67 Rn. 14.
[47] OVG Münster, 13.05.2024, NVwZ-Beilage 2024, 94 Rn. 82.
[48] BVerwGE 168, 323 (Rn. 37) [2020]; BVerwG, 19.04.2024, NVwZ 2024, 1755 Rn. 41.
[49] *Broemel,* in: Münch/Kunig, GG, [7]2021, Art. 73, Rn. 48; *Degenhart,* in: Sachs, GG, [9]2021, Art. 73, Rn. 50; *Heintzen,* in: Huber/Voßkuhle, GG, [8]2024, Art. 73, 116; *Kment,* in: GG, [18]2024, Art. 73, Rn. 37; *Seiler* (2024), in: Epping/Hillgruber, BeckOK-GG, Art. 73, Rn. 48.
[50] *IM Niedersachsen*, Verfassungsschutzbericht 2023, 159 ff.
[51] *IM Niedersachsen*, Verfassungsschutzbericht 2023, 186 ff. Zur Beobachtung durch das BfV bereits *Hohnerlein*, Warum die Verdachtsfalleinstufung der Gruppe „Ende Gelände“ rechtswidrig ist. Verfassungsblog, 26.06.2024.

abgelehnt werden. Dass Gruppen mit Aktionsformen des „zivilen Ungehorsams“, die zumindest tatbestandsmäßig Straftatbestände wie Nötigung (§ 240 StGB) und Hausfriedensbruch (§ 123 StGB) erfüllen, für ihre politischen Forderungen eintreten, rechtfertigt nach den Kriterien des NPD-Urteils ebenfalls nicht ihre Beobachtung. Denn unabhängig von der Frage, ob derartige Aktionen im Ergebnis strafbar oder etwa aufgrund der Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG) gerechtfertigt sind, **trägt der Schutz der fdGO nicht die Bekämpfung sämtlicher politisch motivierter Kriminalität**. Diese bleibt Aufgabe der Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden. Eine Gefahr für die unentbehrlichen Elemente freiheitlicher Verfassungsstaatlichkeit besteht bei politisch motivierter Kriminalität nach den Kriterien des NPD-Urteils mit Blick auf die Aktionsformen vielmehr erst dann, wenn **physische Gewalt** eingesetzt wird. Denn hier ist das staatliche Gewaltmonopol, das das BVerfG explizit zu den Kernelementen der Rechtsstaatlichkeit gezählt hat, betroffen. Auch Anliegen zu radikalen politischen Veränderungen müssen in den bestehenden demokratischen Verfahren verwirklicht werden.

### 3. Verfassungsrechtlich gebotene Normenklarheit und Nachbesserungspflichten

Solange die Verfassungsschutzgesetze noch die alte fdGO-Definition enthalten, bleibt nur der Weg einer verfassungskonformen einschränkenden Auslegung. Das ist zwar methodisch möglich, weil sich die gegenüber dem Normtext engere Fassung der Aufgabe allein zugunsten der Individuen auswirkt. Gleichwohl ist ein Rechtszustand, bei dem der **Gesetzestext ein unzutreffendes Bild von der wirklichen Rechtslage vermittelt**, defizitär. Angesichts der maßgeblichen Orientierungsfunktion des Gesetzeswortlauts für die behördliche Praxis ist nicht ausgemacht, dass rechtlich gebotene Einschränkungen auch tatsächlich vorgenommen werden. Der Verfassungsschutzbericht für Niedersachsen 2023 nimmt hier noch auf § 4 Abs. 3 NVerfSchG sowie das SRP- und das KPD-Urteil Bezug, ohne die Neujustierung im NPD-Urteil überhaupt zu erwähnen.[52] Zwar ist dieser Zusammenhang nicht zwingend, wie die gegenläufigen Beispiele des Bundes-, des baden-württembergischen und des bremischen Verfassungsschutzberichts zeigen, die sich zur Beschreibung der Aufgabe allein auf die Kriterien des NPD-Urteils stützen.[53] Zukünftig könnte eine einschränkende Auslegung in diesem Sinne verstärkt von den Gerichten eingefordert werden.[54] Dennoch zeigt sich hier die Bedeutung des Gesetzestext.

In diesem Zusammenhang ist an die strengen Anforderungen der **Bestimmtheit und Normenklarheit** für die Regelung der Befugnisse der Verfassungsschutzbehörden zu erinnern.[55] Das BVerfG hat bei heimlichen Überwachungsbefugnissen in jüngerer Zeit sogar wegen dieser Anforderungen die Möglichkeit verfassungskonformer Auslegungen ausgeschlossen und eine Neuregelung verlangt, die die verfassungsrechtlichen Vorgaben ausdrücklich aufnimmt.[56] Diese hohen Anforderungen an die Regelung der Zulässigkeit einzelner Informationserhebungsmaßnahmen bleiben aber unvollständig, wenn der Zweck, zu dem diese Maßnahmen durchgeführt werden dürfen, im Unklaren bleibt. Die ursprüngliche Aufnahme der

[52] *IM Niedersachsen*, Verfassungsschutzbericht 2023, 18.
[53] *BMI*, Verfassungsschutzbericht 2023, 18; *IM Baden-Württemberg*, Verfassungsschutzbericht 2023, 20; *Innensenator Bremen*, Verfassungsschutzbericht 2023, 12.
[54] Vgl. etwa die Heranziehung der Kriterien des NPD-Urteils statt des alten Katalogs in VGH München, 14.09.2023 – 10 CE 23.796, BeckRS 2023, 24631 Rn. 126.
[55] Oben I.1.a)(3).
[56] BVerfGE 169, 332 (Rn. 113 ff.) [2024].

katalogartigen Definition der fdGO in die Verfassungsschutzgesetze in den 1990er-Jahren war gerade von der Bemühung getragen, die Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörden so weit wie möglich durch klare gesetzliche Vorgaben einzuhegen.[57] Dann erscheint es aber auch geboten, die Weiterentwicklung der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung zum fdGO-Begriff im Text der Verfassungsschutzgesetze aufzugreifen. Den jeweils zuständigen Gesetzgeber trifft hier eine **Nachbesserungspflicht**. Legislative Nachbesserungspflichten sind bislang vor allem im Zusammenhang mit empirischen Annahmen, die bestimmten Regelungen zugrundegelegt werden, anerkannt.[58] Aber auch ein Wandel des normativen Umfelds durch ein geändertes Verfassungsverständnis des BVerfG kann eine verfassungsrechtliche Nachbesserungspflicht auslösen.[59] Zwar ist in anzuerkennen, dass Nachbesserungspflichten erst mit einer gewissen Zeitverzögerung umgesetzt werden können. Doch ist das NPD-Urteil nunmehr bereits einige Jahre alt und werden seine Auswirkungen auf das Verfassungsschutzrecht ebenfalls bereits seit einiger Zeit diskutiert. Unabhängig von der Frage, wann ein initiales Tätigwerden der Gesetzgebungsorgane geboten ist, sollte jedenfalls dann, wenn die bestehenden Gesetze ohnehin umfassend überarbeitet werden, die Gelegenheit genutzt werden, der Pflicht nachzukommen. Die Legislative darf sich ihrer Regelungsverantwortung hier nicht dauerhaft verweigern. Andernfalls besteht das Risiko, dass die Gerichte die Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörden mangels bestimmter und normenklarer Rechtsgrundlagen für unzulässig erklären.

### 4. Untätigkeit des Bundes- und anderer Landesgesetzgeber kein Gegenargument

Das Problem, dass die Legaldefinitionen der fdGO im Verfassungsschutzrecht im Lichte des NPD-Urteils der Nachbesserung bedürfen, besteht nicht nur in Niedersachsen, sondern in sämtlichen Ländern und auf Bundesebene. Angesichts der bislang identischen Definitionen in allen Verfassungsschutzgesetzen erscheint eine gewisse Zurückhaltung gegenüber einer Änderung allein in Niedersachsen nachvollziehbar. Hier bestünde sicherlich auch die **Möglichkeit eines koordinierten Vorgehens** in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe. Insoweit könnte das Land Niedersachsen die Initiative übernehmen.

Aus verfassungsrechtlicher Sicht ist allerdings zu betonen, dass **keinerlei Verpflichtung besteht, die Definition identisch mit derjenigen der anderen Landesgesetze und des BVerfSchG auszugestalten**. Das ergibt sich schon daraus, dass das Verfassungsschutzrecht abgesehen von der Bundeskompetenz zur Normierung der Kooperation sowie der Befugnisse des BfV **Ländersache** ist. Auch besteht auf dem Gebiet des Verfassungsschutzrechts **kein Staatsvertrag**, der die Länder wie etwa im Medien- und im Glücksspielrecht auf bestimmte Regelungsinhalte verpflichtet. Das Fehlen derartiger staatsvertraglicher Verpflichtungen lässt sich auch nicht mit allgemeinen Pflichten zur Bundestreue überspielen. Die Bindung der Gesetzgebungsorgane der Länder an bestimmte mit anderen Länder und/oder dem Bund koordinierte Regelungsinhalte ist bereits als solche demokratisch nicht unproblematisch;[60] jedenfalls muss sie voraussetzen, dass die Gesetzgebungsorgane einem darauf bezogenen Staatsvertrag zugestimmt haben. Hier kommt noch hinzu, dass eine **Nachbesserung der Legaldefinition gerade**

[57] Vgl. die Begründung des Gesetzesentwurfs 1991, LT-Drs. 12/2440, S. 58.
[58] Vgl. etwa m.w.N. BVerfGE 150, 1 (Rn. 176) [2018]; *Sodan*, Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, in: Stern/Sodan/Möstl (Hrsg.), StaatsR, ²2022, § 87 Rn. 61 ff.
[59] Vgl. *Mayer*, Die Nachbesserungspflicht des Gesetzgebers, 1996, 123.
[60] Vgl. dazu *Hohnerlein*, Recht und demokratische Reversibilität, 2020, 405.

**verfassungsrechtlich geboten**, der bisherige bundesweit harmonisierte Rechtszustand also verfassungswidrig geworden ist. Die Definition der fdGO ist eben keine Frage der freien politischen Gestaltung, für die sich föderale Koordinierungspflichten ergeben könnten; es geht vielmehr darum einen **verfassungsrechtlich vorgegebenen Begriff** zu konkretisieren. Dabei bleibt es natürlich auch möglich, eine erste Neudefinition nachträglich anzupassen, wenn sich ein bundesweiter Trend zu einheitlichen Formulierungen zeigen sollte.

### 5. Zur Formulierung der Neudefinition

Als erste Anregung für eine mögliche neue Definition der fdGO in § 4 Abs. 3 soll der folgende Vorschlag dienen. Er ist bewusst eng an die Formulierungen des BVerfG im NPD-Urteil[61] anlehnt:

> Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1 zählen:
>
> 1. die Verpflichtung aller Staatsgewalt, die Menschenwürde zu achten und zu schützen; dies umfasst insbesondere die Wahrung personaler Individualität, Identität und Integrität sowie die elementare Rechtsgleichheit aller Menschen,
>
> 2. die demokratische Organisation der politischen Herrschaft; dies umfasst die Möglichkeit der gleichberechtigten Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an der politischen Willensbildung und die Rückbindung der Ausübung der Staatsgewalt an das Volk,
>
> 3. die rechtsstaatliche Bindung und Begrenzung der Staatsgewalt; dies umfasst die Rechtsbindung der Staatsgewalt, die Kontrolle dieser Bindung durch unabhängige Gerichte sowie das Monopol der Ausübung physischer Gewalt bei den gebundenen und gerichtlicher Kontrolle unterliegenden staatlichen Organen.

Alternativ erscheint es ebenfalls gut möglich, den **Leitsatz** Nr. 3 des NPD-Urteils in den Gesetzestext des § 4 Abs. 3 sinngemäß zu übernehmen.

### 6. Alternative: Interimsweise bloße Streichung der alten Definition

Soweit hinsichtlich der Ausarbeitung einer neuen Definition der fdGO im Lichte des NPD-Urteils ein koordiniertes Vorgehen mit anderen Ländern und dem Bund bevorzugt wird, wäre als Interimslösung auch denkbar, lediglich die alte Definition zu streichen. Damit würde immerhin deutlich, dass der bisherige § 4 Abs. 3 nicht mehr die gegenwärtige Rechtslage widerspiegelt. Im Übrigen würde die Definition in die Hände der Praxis gegeben, die sich dabei an den Kriterien des NPD-Urteils orientieren müsste. Das ist zwar unter dem Aspekt der Normenklarheit keine dauerhaft tragfähige Lösung. Doch wäre es allemal besser, auf eine in erheblichem Umfang obsolet gewordene Definition zu verzichten, als einen Gesetzestext beizubehalten, der einen irreführenden Eindruck von der gegenwärtigen Rechtslage erweckt.

[61] BVerfGE 144, 20 (Rn. 538 ff.) [2017].

## III. Zusammenfassung der Empfehlungen

1. Hinsichtlich der geplanten Änderungen:
    a. Im Zusammenhang mit der Übermittlung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse an Gefahrenabwehrbehörden sollte aus Gründen der Bestimmtheit und Normenklarheit eine **Definition der konkretisierten Gefahr** etwa in Anlehnung an § 19 Abs. 2 BVerfSchG in das Gesetz aufgenommen werden (I.1.a(1), S. 3).
    b. Der **Straftatenkatalog** bei den Übermittlungsbefugnissen sollte überarbeitet werden, um entsprechend den Anforderungen des BVerfG eine Begrenzung auf den Schutz besonders gewichtiger Rechtsgüter gegenüber Handlungen, die diese konkret bedrohen, sicherzustellen. Insbesondere die Übernahme der Kataloge der §§ 100b Abs. 2, 100g Abs. 2 StPO in ihrer derzeitigen Fassung dürfte den Anforderungen nicht entsprechen (I.1.a(2), S. 4 ff.).
    c. Die unbestimmte Ausnahmeklausel des **§ 30 Abs. 1 S. 3** sollte wegen eines Verstoßes gegen die Grundsätze der Bestimmtheit und Normenklarheit gestrichen werden (I.1.a(3), S. 6 f.).
    d. Der Auffang-Übermittlungstatbestand des **§ 32 Abs. 3** sollte auf die Übermittlung an Behörden ohne operative Befugnisse begrenzt und etwa nach dem Vorbild des § 22 BVerfSchG präzisiert werden (I.1.b, S. 8).
    e. Die Zulässigkeit des Einsatzes unbemannter Flugobjekte bei der Observation sollte, falls politisch gewünscht, explizit normiert werden (I.2, S. 9).
    f. Die Regelung der **Beobachtung von Einzelpersonen** sollte angesichts des zweifelhaften Bezugs zum Aufgabenprofil des Verfassungsschutzes überdacht werden (I.3, S. 9 f.).
2. Die Legaldefinition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in § 4 Abs. 3 sollte im Lichte des NPD-Urteils des BVerfG 2017 neugefasst werden. Soweit insoweit ein kooperatives Vorgehen mit anderen Ländern und dem Bund angestrebt wird, sollte interimsweise die geltende Definition gestrichen werden (II., S. 11 ff.).

Vorlage 7
zu Drs. 19/5071

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen
Postfach 2 21 * 30002 Hannover

**Der Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen**

Vorlage 8
zu Drs. 19/5930

An die
Präsidentin
des Niedersächsischen Landtages
– Landtagsverwaltung –
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

ausschließlich per E-Mail:
lars.wiesehahn@lt.niedersachsen.de

Bearbeitet von
Frau Busche

| Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom | Mein Zeichen (Bitte bei Antwort angeben) | Durchwahl 0511 120- | Hannover, |
|---|---|---|---|
| II/71 – 0103 – 02/08, 14.03.2025 | LfD 1.11-11121-3/25 | 4564 | 08.05.2025 |

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**
Gesetzentwurf der Landesregierung – Drs. 19/5930

**Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken – Verfassungsschutzgesetz grundlegend reformieren**
Antrag der Fraktion der CDU – Drs. 19/5071

hier: Stellungnahme des Landesbeauftragten für den Datenschutz (LfD) Niedersachsen

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Wiesehahn,

für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem oben genannten Gesetzesentwurf (GE) sowie dem Fraktionsantrag bedanke ich mich.

Die in diversen Regelungen vorgenommenen Anpassungen an Vorgaben des Bundesverfassunsgerichts (BVerfG) wird ausdrücklich begrüßt.
Hinsichtlich weiterer ergangener verfassungsrechtlicher Entscheidungen besteht allerdings an verschiedenen Stellen im Gesetz noch Anpassungsbedarf.

Insgesamt ergeben sich aus datenschutzrechtlicher Sicht die nachfolgenden relevanten Aspekte:

**A.**
**Zum Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 19/5930) – Entwurf eines Gesetzes zu Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

**Zu Artikel 1 (Änderung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes)**

**Zu Nummer 4 (§ 14 – Nachrichtendienstliche Mittel)**

**Zu Buchstabe a), Doppelbuchstabe aa)**
Die Einschätzung des verdeckten Mithörens und Aufzeichnens des öffentlich gesprochenen Wortes als weniger eingriffsintensive Maßnahme (im Vergleich zum nicht öffentlich

gesprochenen Wort) sowie die Begründung der Erforderlichkeit zur Aufgabenerfüllung erscheint insbesondere anhand der Anwendungsbeispiele plausibel. Allerdings dürfte das vorgesehene verdeckte Mithören und Aufzeichnen des öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz von technischen Mitteln aufgrund der Eingriffstiefe nach hiesiger Einschätzung vergleichbar mit verdeckt angefertigten Bildübertragungen und Bildaufzeichnungen außerhalb von Wohnungen nach § 14 Absatz 1 Nummer 8 sein. Insofern sollten die Voraussetzungen des § 17, auf den in § 14 Absatz 1 Nummer 8 verwiesen wird, auch für den Einsatz dieses nachrichtendienstlichen Mittels gelten.

**Zu Buchstabe a), Doppelbuchstabe bb)**
Die Begründung der Ausweitung von Bildaufzeichnungen auch auf nicht-fotografische Bildaufzeichnungen zur Personenidentifizierung durch die nachträgliche Erstellung von Einzelbildern erscheint zwar grundsätzlich plausibel. Nichtsdestotrotz handelt es sich dabei um eine gravierende Absenkung der bisher für Videoaufnahmen geltenden strengen Voraussetzungen. Dem soll laut Begründung mit der abschließenden Zweckbestimmung Rechnung getragen werden. Dies erscheint auch vor dem Hintergrund der genannten Gründe und Beispielfälle letztlich nicht akzeptabel. Der Eingriff bei Erhebung und Auswertung der Videoaufnahmen ist als identisch zu Aufzeichnungen im Sinne des § 14 Absatz 1 Nummer 8 einzustufen. Selbst wenn die Videodateien mit Ausnahme der Einzelbilder zu löschen sind, wären etwaige Erkenntnisse aus der Auswertung weiterhin bekannt und könnten etwa mittels Vermerken verfügbar gemacht werden.

**Zu Buchstabe a), Doppelbuchstabe ff)**
Grundsätzlich stellt die Verlängerung der maximalen Dauer kurzfristiger Observationen nach § 14 Absatz 1 Nummer 4 von 24 auf 48 Stunden eine Erhöhung des Eingriffsgewichts hinsichtlich des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung dar. Dadurch, dass – bezogen auf eine Woche im Sinne von § 14 Absatz 1 Nummer 7 – der Zeitraum der Observation weiterhin einen geringen Anteil hat und damit noch keine deutlich erhöhte Eingriffstiefe vorliegt, mag die Erweiterung der Stundenzahl unter Berücksichtigung der Begründung sowie Zurückstellung datenschutzrechtlicher Bedenken hinnehmbar sein.

**Zu Buchstabe a), Doppelbuchstabe hh)**
Die faktische Gleichstellung des verdeckten Mithörens und Aufzeichnens des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen mit § 14 Absatz 1 Nummer 8 in Bezug auf die Voraussetzung zum Einsatz erscheint nicht sachgerecht. Während bei § 14 Absatz 1 Nummer 8 der Betroffene im Hinblick auf Bildaufzeichnungen keine Verhinderungsmaßnahmen für eine Bildaufzeichnung außerhalb von Wohnungen ergreift, ist dieses gerade bei § 14 Absatz 1 Nummer 10 der Fall. Denn es handelt sich gerade um das nicht öffentlich gesprochene Wort außerhalb von Wohnungen, das nicht von jedermann wahrgenommen werden soll. Insofern sollte es aufgrund der höheren Eingriffstiefe bei den Voraussetzungen des § 19 bleiben. Gleiches gilt für die bisherige Reihenfolge des § 14 Absatz 1 Nummern 9 und 10.

**Zu Buchstabe a), Doppelbuchstabe ii)**
Im Hinblick auf die konkretisierenden Ausführungen des BVerfG zu dem Aspekt, wann die Befugnis zur Ermittlung des Standorts eines aktiv geschalteten Mobilfunkendgerätes zu einem intensiven Grundrechtseingriff führen kann (Beschluss vom 17. Juli 2024, 1 BvR 2133/22, Rn. 130, 132, 136 fortfolgende), ist aus dem Gesetzentwurf nicht erkennbar, ob die Vorgaben des BVerfG, insbesondere zur zeitlichen Komponente, eingehalten werden.

**Zu Buchstabe b)**
Angesichts der angeführten Begründung sowie des inzwischen immer weiter fortschreitenden Einsatzes von Drohnen in den Bereichen Polizei, Feuerwehr und Katastrophenschutz erscheint es nachvollziehbar, das bisher für den Verfassungsschutz bestehende Verbot aufzuheben. Allerdings bedarf es für einen Einsatz von Drohnen aufgrund der

durch die Drohnen erzielten höheren Eingriffsqualität – wie von hiesiger Seite auch in den angesprochenen Bereichen gefordert – auch für den Einsatz von Drohnen durch den Verfassungsschutz einer spezifischen Rechtsgrundlage. Eine solche liegt derzeit nicht vor.

**Zu Nummer 5 (§ 16 – Besondere Voraussetzungen für die Inanspruchnahme von Personen)**

**Zu Buchstabe c)**
Unter Verweis auf die unten stehenden hiesigen Ausführungen zu Nummer 13 (§ 25) wird hinsichtlich der im zukünftigen Satz 3 (und bisher in Satz 2 enthaltenen) Pflicht zur Unterrichtung der Strafverfolgungsbehörden über tatsächliche Anhaltspunkte, dass die betreffende Vertrauensperson rechtswidrig einen Straftatbestand von besonderer Bedeutung verwirklicht hat, dringend empfohlen, zu überprüfen, ob hier die Voraussetzungen des BVerfG aus seiner Entscheidung vom 16. Februar 2023, 1 BvR 1547/19 und 1 BvR 2634/20 zur Anwendung kommen müssen.

**Zu Nummer 6 und Nummer 7**

Die Folgeänderungen sind unter Hinweis auf die obigen Ausführungen zu Nummer 4 Buchstabe a) Doppelbuchstabe hh) abzulehnen.

**Zu Nummer 8 (§ 20 – Besondere Auskunftsverlangen)**

**Zu Buchstabe c)**
Hinsichtlich Nummer 8 Buchstabe c) kann zunächst auf die hiesige Stellungnahme an den Niedersächsischen Landtag zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen (Landtagsdrucksache 18/7315) vom 26. Januar 2021 verwiesen werden. Demnach entsprechen die bisherigen Regelungen in § 20 Absatz 2 nicht den Anforderungen an den Beschluss des BVerfG vom 27. Mai 2020, 1 BvR 1873/13 und 1 BvR 2618/13.
Es mangelt weiterhin in Bezug auf einfache Bestandsdaten an der Anknüpfung an eine konkretisierte Gefahr. Bezüglich der besonderen Bestandsdaten entspricht die jetzige Regelung vom Wortlaut her ebenfalls nicht den Anforderungen an die Gefahrenkonkretisierung. Zumindest ist die Schaffung einer normklaren Regelung angezeigt.

Unter der Annahme, dass die in der Gesetzesbegründung angegebene Eingriffstiefe bei einer Kontostammdatenabfrage nach § 20 Absatz 4 mit einer einfachen Bestandsdatenabfrage nach § 20 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 identisch ist und somit die gleichen Eingriffsvoraussetzungen angenommen werden können, bedarf es für eine verfassungskonforme Regelung in § 20 Absatz 4 jedoch einer Angleichung des § 20 Absatz 2 im oben genannten Sinne.

**Zu Nummer 9 (§ 21 – Verfahrensvorschriften)**

**Zu Buchstabe a)**
Die Änderung mag vor dem Hintergrund der obigen Ausführungen zu § 20 folgerichtig sein. Nichtsdestotrotz bedeutet ein Wegfall des Zustimmungserfordernisses der G 10-Kommission als unabhängiges Kontrollgremium zu der auch weiterhin für sich genommen durchaus eingriffsintensiven Maßnahme der Kontostammdatenabfrage aus hiesiger Perspektive einen Verlust an unabhängiger Kontrollinstanz.

**Zu Buchstaben b), c), d)**
Die Änderungen erscheinen im Vergleich zur aktuell geltenden Gesetzesfassung insgesamt sinnvoll und datenschutzfreundlich. Insofern ist gegen sie grundsätzlich nichts einzuwenden.

**Zu Nummer 10 (§ 22 – Mitteilung an betroffene Personen)**

**Zu Buchstabe a), Doppelbuchstaben aa) und bb)**
Die geplante Änderung bedeutet eine Einschränkung des in § 24 Nummer 1 NDSG gesetzlich normierten Betroffenenbegriffs, die damit den Personenkreis, gegenüber dem Mitteilungen zu erfolgen haben, erheblich einschränkt. Tatsächlich hat das BVerfG in der zitierten Entscheidung bestätigt, dass die genannten Formulierungen in den in Bezug genommenen Vorschriften den verfassungsrechtlichen Anforderungen genügen.
Es wird allerdings empfohlen, die insofern vorgesehene Neuschaffung des unbestimmten Rechtsbegriffs der „erheblich betroffenen Person“ wie bei der Legaldefinition des § 24 Nummer 1 NDSG im Hinblick auf die „betroffene Person“ nicht untergesetzlich im Rahmen einer Dienstvorschrift, sondern durch eine gesetzliche Regelung legal zu definieren.

Um für den Verlust an Transparenz durch die Begrenzung der Mitteilungspflicht gegenüber den Betroffenen einen aus Datenschutzsicht erforderlichen Ausgleich herzustellen, wird dringend empfohlen, der Funktion der/des Datenschutzbeauftragten einen Zustimmungsvorbehalt hinsichtlich der Einstufung einer Person als nicht erheblich betroffen einzuräumen. Zudem sollte als Ausgleichsmaßnahme die Überprüfung der Nichterfüllung der Voraussetzungen als „erheblich betroffene Person“ durch den LfD als weitere gesetzliche Vorgabe in dem turnusmäßigen gesetzlichen Prüfauftrag nach § 33a Absatz 1 Satz 2 aufgenommen werden.

**Zu Buchstabe a), Doppelbuchstabe bb) Halbsatz 2**
Unter der Annahme, dass die zu § 22 Absatz 1 Satz 3 in der Gesetzesbegründung angegebene Eingriffstiefe bei einer Kontostammdatenabfrage nach § 20 Absatz 4 mit einer einfachen Bestandsdatenabfrage nach § 20 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 identisch ist und somit die gleichen Eingriffsvoraussetzungen angenommen werden können, erscheint die hier vorgenommene Änderung folgerichtig. Allerdings wird rein vorsorglich auf die obigen Ausführungen zu Nummer 8 (§ 20 Absatz 4) verwiesen.

**Zu Buchstabe b) Doppelbuchstabe aa)**
Hinsichtlich der angedachten Gleichstellung mit den Zurückstellungsgründen des § 22 Absatz 2 Nummern 1 und 2 bestehen keine rechtlichen Bedenken. Die Begründung ist nachvollziehbar.

**Zu Buchstabe b) Doppelbuchstabe bb)**
Die Ergänzung eines Satzes 8 im § 22 Absatz 2 erscheint vor dem in der Begründung angegebenen Hintergrund, wonach es nach der Rechtsprechung des BVerfG geboten sei, dass Vertrauenspersonen umfassend geschützt werden (BVerfG, Urteil vom 26. April 2022 – 1 BvR 1619/17, Rn. 355), nur in Bezug auf die Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen plausibel und sinnvoll. Für sämtliche übrige nachrichtendienstliche Mittel sowie besondere Auskunftsverlangen ergibt sich jedoch hieraus keine Notwendigkeit. Es wird dringend empfohlen, den Anwendungsbereich der einschränkenden Norm entsprechend zu begrenzen. Zudem ist aus datenschutzrechtlicher Sicht kritisch festzustellen, dass hierdurch deutlich seltener und in Bezug auf die einzelnen Maßnahmen erst zeitlich verzögert Mitteilungen an betroffene Personen ergehen würden. Hierdurch verschiebt sich für die Betroffenen der Zeitpunkt des Bewusstwerdens über die etwaige Möglichkeit zur Wahrnehmung ihrer Betroffenenrechte deutlich nach hinten (beziehungsweise wird mit Blick auf die zusätzlich vorgesehene zeitliche Kappungsgrenze – dazu sogleich – vollständig ausgeschlossen).

**Zu Buchstabe c)**
Die Neuregelung – insbesondere in Verbindung mit der im GE ausgeführten Begründung – ist datenschutzrechtlich äußerst kritisch zu sehen. Die Eingriffsintensität einer (wenn

auch langjährigen) Speicherung personenbezogener Daten zum Zwecke der Wahrnehmungsmöglichkeit von Betroffenenrechten und möglichen Überprüfung der Maßnahmen des Verfassungsschutzes mit der erheblichen Eingriffsintensität von nachrichtendienstlichen Maßnahmen zu vergleichen oder gar gleichzusetzen, erscheint abwegig. Sie ist nicht nachvollziehbar.
Hier ist hervorzuheben, dass der in den oben genannten Fällen vorgesehene endgültige Entfall der Mitteilungspflicht eine schweren Grundrechtseingriff darstellt. Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung aus Artikel 2 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes verlangt, dass – dem Grundsatz der Transparenz folgend – beim Einsatz von nachrichtendienstlichen Mitteln grundsätzlich zumindest im Nachhinein die betroffene Person über die Erhebung ihrer personenbezogenen Daten informiert wird. Denn beispielsweise liegt mit dem Eingriff bei der Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen aufgrund der damit verbundenen Ausnutzung des Vertrauensverhältnisses zwischen der betroffenen und der eingesetzten Person ein besonders intensiver Grundrechtseingriff vor. Diesen Grundrechtsingriff seitens des Staates kann die betroffene Person jedoch erst nach Erlangung der Kenntnis bewerten und gegebenenfalls gemäß dem Rechtsstaatsprinzip überprüfen lassen.
Im Übrigen erscheint die Regelung nicht normenklar. Sie verlangt als Tatbestandsvoraussetzung, dass die Voraussetzungen für eine Löschung vorliegen. Die diesbezüglich relevante Regelung in § 28 Absatz 2 Satz 4 sieht eine Löschung von Daten, deren Kenntnis für die Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist, jedoch erst dann vor, wenn die gesamte Akte nicht mehr zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Insofern erschließt sich nicht, wie die Voraussetzungen des neu vorgesehenen § 22 Absatz 3 Satz 3 im Einzelfall erfüllt sein können. Denn die weiteren Maßnahmen, die dazu führen, dass der nunmehr vorgesehene Fristbeginn (§ 22 Absatz 2 Satz 8) noch nicht eintritt, verhindern, dass die Voraussetzungen einer Löschung vorliegen. Wenn die Akte zur Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich wäre, dürfte auch kein nachrichtendienstliches Mittel mehr im Einsatz sein.

Schließlich ist zu berücksichtigen, dass die Daten nach § 28 Absatz 2 Satz 2 im Falle der weiteren Speicherung allein zur Wahrung der Informationsinteressen der Betroffenen in der Verarbeitung einzuschränken sind. Durch eine solche Speicherung unter Einschränkung rein zugunsten der betroffenen Person wird den in der Begründung geäußerten Bedenken hinsichtlich einer langandauernden Speicherung bereits ausreichend Rechnung getragen.

**Zu Nummer 11 (§ 23 – Ersuchen und automatisierte Abrufverfahren)**
Die Schaffung der Befugnis für den Verfassungsschutz, die Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden um Übermittlung von Daten, die mit polizeilicher Wohnraumüberwachung nach § 100c StPO beziehungsweise § 35a NPOG gewonnen wurden, zu ersuchen, erscheint folgerichtig. Unter Verweis auf die unten stehenden hiesigen Ausführungen zu Nummer 13 (§ 25) wird dringend empfohlen, zu überprüfen, ob hier beim „Ersuchen“ bereits die Voraussetzungen des BVerfG aus seiner Entscheidung vom 16. Februar 2023, 1 BvR 1547/19 und 1 BvR 2634/20 zur Anwendung kommen müssen.

**Zu Nummer 13 (§ 25 – Verpflichtung zur Datenübermittlung an die Verfassungsschutzbehörde)**
Hinsichtlich der Ausgestaltung der geänderten Norm wird dringend empfohlen, ergänzend die Ausführungen des BVerfG in seinem Urteil vom 16. Februar 2023, 1 BvR 1547/19 und 1 BvR 2634/20, Rn. 60 folgende, mit einzubeziehen. Gemäß den Maßgaben des BVerfG in seiner Entscheidung bedarf es für eine rechtmäßige Zweckänderung ein jeweils zu schützendes vergleichbares Rechtsgut beziehungsweise eine aufzudeckende Straftat. Weiter bedürfe es eines erforderlichen Konkretisierungsgrads der Gefahrenlage beziehungsweise des Tatverdachts, also der Eingriffsschwelle (die nicht in jedem Fall identisch sei mit derjenigen der Datenerhebung). Schließlich wird im Rahmen der Ermächtigung zu

einer Nutzung für andere Zwecke das Vorliegen eines eigenen, hinreichend spezifischen Anlasses verlangt. So sei es verfassungsrechtlich geboten, aber regelmäßig auch ausreichend, dass sich aus den Daten – sei es aus ihnen selbst, sei es in Verbindung mit weiteren Erkenntnissen der Behörde – ein konkreter Ermittlungsansatz ergebe.
Diese Voraussetzungen müssten sich hier im Gesetzestext wiederfinden, wobei zwischen dem Bereich der Strafverfolgung einerseits und dem Bereich der Gefahrenabwehr andererseits zu differenzieren ist.

**Zu Nummer 16 (Fünftes Kapitel „Übermittlung“, §§ 30 bis 32)**
Unter Verweis auf die obigen hiesigen Ausführungen zu Nummer 13 (§ 25) wird dringend empfohlen, zu überprüfen, ob hier die Voraussetzungen des BVerfG aus seiner Entscheidung vom 16. Februar 2023, 1 BvR 1547/19 und 1 BvR 2634/20 zur Anwendung gebracht wurden. Bislang scheint die Entscheidung nicht eingearbeitet zu sein. So mangelt es bei allen Übermittlungsnormen an der Erfüllung des eigenen hinreichend spezifischen Anlasses (konkreter Ermittlungsansatz), siehe Randnummer 62 der genannten Entscheidung.

Hinsichtlich der angestrebten Neufassung der Übermittlungsnormen ist positiv hervorzuheben, dass die Entscheidung des BVerfG vom 17. Juli 2024 – 1 BvR 2133/22 – nunmehr an verschiedenen Stellen im GE berücksichtigt und – wenn auch noch nicht vollständig (siehe etwa unten zu Nummer 16, Buchstaben b und c), so zumindest teilweise – umgesetzt worden sind.

Zu einzelnen, aus datenschutzrechtlicher Sicht besonders kritischen Aspekten der in § 30 bis § 32 vorgesehenen Regelungen wird im Folgenden Stellung genommen, wobei eine endgültige Bewertung erst nach Einarbeitung der obig genannten Vorgaben des BVerfG zweckmäßig und möglich erscheint.

**Zu Nummer 16, Buchstabe a) (§ 30 – Grundsätze für die Übermittlung personenbezogener Daten)**
Die in Absatz 1 Satz 3 – wenn auch nur im Ausnahmefall – vorgesehene Übermittlungsbefugnis erscheint – insbesondere angesichts des vorgesehenen Außerachtlassens der Voraussetzungen der §§ 31 und 32 – zu weitgehend und im Ergebnis nicht akzeptabel. Im Übrigen entspricht diese Regelung nicht den Vorgaben des BVerfG (siehe oben). In den Entscheidungen des BVerfG ist keine Möglichkeit für eine solche Ausnahme vorgesehen. Das BVerfG verlangt im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung zur hypothetischen Datenneuerhebung, dass seitens des Gesetzgebers klare und eindeutige Regelungen geschaffen werden.

**Zu Nummer 16, Buchstabe b) (§ 31 – Übermittlung personenbezogener Daten an Staatsanwaltschaften, Polizeibehörden und Behörden zur Umsetzung operativer Befugnisse)**
Die seitens der BVerfG im Beschluss vom 16. Februar 2023, 1 BvR 1547/19 und 1 BvR 2634/20, aufgestellten Anforderungen an den Tatverdacht scheinen erfüllt. Das BVerfG verlangt in Randnummern 58 und 62 keine besonderen Tatverdachtsmomente, sofern es um den Schutz gleichgewichtiger Rechtsgüter beziehungsweise um die Aufdeckung gleichgewichtiger Straftaten geht. Randnummer 59 ist hinsichtlich des GE nicht relevant, da im GE keine entsprechenden Regelungen zur Wohnraumüberwachung und Online-Durchsuchung enthalten sind.

In Bezug auf den in § 31 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 aufgeführten Straftatenkatalog scheinen nicht alle Straftatbestände den Anforderungen des BVerfG in seiner Entscheidung vom 17. Juli 2024 – 1 BvR 2133/22 – Randnummer 207 zu entsprechen, wie beispielsweise § 100b Absatz 2 Nummer 4 Buchstabe a StPO in Verbindung mit § 17 Absatz 1 Außenwirtschaftsgesetz, auf den in der genannten Norm verwiesen wird. Im Übrigen

bestehen aufgrund der Verweisungsketten ernsthafte Zweifel an der Erfüllung des verfassungsrechtlichen Grundsatzes der Normenklarheit.

Die Formulierung in der Begründung zu Satz 3 als „Auffangtatbestand“ und „Rechtsgrundlage“ erscheint hier etwas unglücklich, außer sie soll sich insgesamt auf Absatz 1 beziehen. Für sich genommen, dürfte es sich bei Satz 3 eher um eine ergänzende Legaldefinition des Begriffs der „besonders schweren Straftat“ handeln. Die Rechtsgrundlage für die Datenübermittlung findet sich in Satz 1.

Weiter wird darauf hingewiesen, dass in der Begründung zu Absatz 2 Satz 1 im letzten Absatz eine Bezugnahme auf § 30 Absatz 1 Satz 3 erfolgt, auf den § 31 Absatz 2 Satz 1 (etwaig) verweise. Letzteres ist jedoch nicht der Fall. In § 31 Absatz 2 Satz 1 ist kein Verweis auf § 30 Absatz 1 Satz 3 enthalten.

**Zu Nummer 16, Buchstabe c) (§ 32 – Übermittlung an sonstige Behörden und Stellen)**
Die Regelung in § 32 Absatz 2 Satz 1 entspricht nicht den Vorgaben des BVerfG in seiner Entscheidung vom 17. Juli 2024 – 1 BvR 2133/22 –, Rn. 113. Das BVerfG differenziert nicht bezüglich der Empfänger hinsichtlich des Erfordernisses von hinreichenden tatsächlichen Anhaltspunkten, die im Einzelfall auf deren Ersuchen beziehungsweise für eine Risikoprävention vorliegen müssen. Die Voraussetzung in § 32 Absatz 2 Satz 2 muss auch für die Übermittlungen nach § 32 Absatz 2 Satz 1 gelten.

Hinsichtlich des in Absatz 5 enthaltenen Verweises auf § 30 Absatz 1 Satz 3 wird auf die obigen Ausführungen verwiesen. Der betreffende Verweis wäre entsprechend zu streichen.

**Zu Nummer 18 (§ 42 – Übergangsvorschrift)**
Es wird auf die Ausführungen zu Nummer 10 Buchstabe b) Doppelbuchstabe bb) zu § 22 Absatz 2 Satz 8 verwiesen.

**Zu Artikel 2 (Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes)**

Die Änderung des § 4 Absatz 5 mag vor dem Hintergrund der angestrebten Harmonisierung mit § 12 des Artikel 10-Gesetzes plausibel erscheinen. Nichtsdestotrotz bedeutet ein Wegfall des Zustimmungserfordernisses der G 10-Kommission als unabhängiges Kontrollgremium zu der Nichtbenachrichtigung innerhalb von drei Monaten nach Einstellung der Beschränkungsmaßnahme aus hiesiger Perspektive einen Verlust an unabhängiger Kontrollinstanz.

Weiter wird darauf hingewiesen, dass es mit dem Beschluss des BVerfG vom 8. Oktober 2024 – 1 BvR 2539/16 – zu einer Verfassungsbeschwerde gegen die strategische Inland-Ausland-Fernmeldeaufklärung durch den Bundesnachrichtendienst eine gerichtliche Entscheidung gibt, die möglicherweise auch Auswirkungen auf die Kontrollarchitektur und damit auch auf den Reformbedarf von G 10-Kommissionen in den Ländern hat (siehe hierzu auch Urteilsanmerkung von Löffelmann, GSZ 2025, Seite 89).

**B.**
**Zum Antrag der Fraktion der CDU (Drs. 19/5071) – „Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken – Verfassungsschutzgesetz grundlegend reformieren“**

**Zu Nummer 1 (Änderung des § 3)**
Unmittelbar besteht mit dieser Forderung keine Verbindung zum Datenschutz. Nur mittelbar hat eine erweiterte Aufgabe weitergehende Datenverarbeitungen zur Folge. Von

hiesiger Seite liegen keine Erkenntnisse vor, etwa hinsichtlich einer „Bewährung“ entsprechender Normen in anderen Bundesländern oder etwaigen Verflechtungen organisierter Kriminalität zum islamistischen Extremismus und Terrorismus. Hier wäre auf konkrete Erfahrungswerte der Polizei zurückzugreifen. Die Aufnahme der Beobachtung von Bestrebungen und Tätigkeiten der organisierten Kriminalität als neue Aufgabe des Verfassungsschutzes erscheint aber nur gerechtfertigt, wenn von der organisierten Kriminalität eine derart große Gefahr ausgeht, dass der Staat davon in seinen Grundfesten berührt ist. Nach der Rechtsprechung des BVerfG kommt es beispielsweise hinsichtlich der Verfassungstreue einer Partei entscheidend darauf an, ob eine qualifizierte Vorbereitung einer Beseitigung oder Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung festzustellen ist (vergleiche BVerfG, Urteil vom 17. Januar 2017 – 2 BvB 1/13 – zum NPD-Verbotsverfahren, Randnummer 579).
Sofern die organisierte Kriminalität jedoch darauf abzielen sollte, etwa Vorteile aus dem Sozialleistungssystem zu erlangen und davon zehrt, scheint ihr aus hiesiger Perspektive nicht an der Abschaffung des Staates zu liegen; mithin dürfte noch nicht die entsprechende Gefahr für den Staat bestehen.

**Zu Nummer 2 (Änderung des § 4)**
Für eine mögliche Streichung des Gewaltbezugs spricht, dass nach dem obig genannten Urteil des BVerfG zum NPD-Verbotsverfahren (vergleiche dort Randnummer 578), von der Verfassungswidrigkeit einer Partei auch dann ausgegangen werden kann, wenn sie ihre verfassungsfeindlichen Ziele unter Ausschluss jeglicher Gewaltanwendung verfolgt. Ausreichend sei es etwa auch, wenn eine „Atmosphäre der Angst“ oder der Bedrohung herbeigeführt werde, wobei es genüge, wenn hierdurch erzeugte Beeinträchtigungen in regional begrenzten Räumen herbeigeführt werden (vergleiche Leitsatz Nummer 6d und Randnummer 588).
Allerdings wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die im oben genannten Urteil enthaltene Definition des Begriffs der freiheitlich demokratischen Grundordnung (vergleiche Leitsatz Nummer 3 und Randnummer 529 folgende) nicht nur für bundesgesetzliche Regelungen, sondern auch für den Landesgesetzgeber gelten muss. Dieses verlangt der aus dem Rechtsstaatsprinzip stammende Grundsatz der Einheit der Rechtsordnung.

**Zu Nummer 3 (Änderung des § 6 Absatz 3)**
Die Streichung der Zweijahresfrist zur Überprüfung, ob die Voraussetzungen für eine Beobachtung nach § 3 Absatz 1 Satz 2 (Anmerkung: ein solcher existiert nicht, eventuell ist § 6 Absatz 1 Satz 2 gemeint) vorliegen, ist datenschutzrechtlich kritisch zu sehen. Nur weil es laut CDU-Antrag „insbesondere“ Fälle „offenkundig verfassungsfeindlicher Beobachtungsobjekte“ geben könne, rechtfertigt dies nicht, eine pauschale Streichung für sämtliche Fälle vorzunehmen. Bei dem genannten Alternativvorschlag einer Regelung, „die die Überprüfung der gespeicherten Daten in regelmäßigen Abständen (fünf Jahre) vorsieht“, bleibt unklar, ob hier eine inhaltlich deckungsgleiche Prüfung der „Voraussetzungen für eine Beobachtung“ (siehe oben) gemeint ist. Die obige Wortwahl („Überprüfung der gespeicherten Daten“) deutet darauf hin, dass es sich um die Daten, die zu einer Person gespeichert sind, handelt und nicht um die Daten zum Nachweis der Erfüllung der Voraussetzungen für eine Beobachtung. Zudem lässt sich die als Vergleich herangezogene allgemeine Norm des § 12 Absatz 3 Satz 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes nicht unmittelbar auf die konkrete Konstellation im Landesrecht übertragen.

**Zu Nummer 4 (Änderung des § 6 Absatz 4)**
Wenn Betroffene mangels Benachrichtigung keine Kenntnis von der Beobachtung erhalten und dementsprechend keine Betroffenenrechte wahrnehmen, ist der Grundsatz der Transparenz gefährdet. Mangels Kenntnis wird das Auskunftsrecht nach § 30 oftmals nicht in Anspruch genommen werden (können).

**Zu Nummer 5 (Streichung des § 6 Absatz 5)**
Sofern denn der Absatz 5 ein Misstrauen gegenüber dem Verfassungsschutz beinhalten sollte, bestehen aus datenschutzrechtlicher Sicht keine Bedenken gegen die Streichung. Angemerkt sei, dass vergleichbare Normen auch im Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG) sowie in der Strafprozessordnung (StPO) enthalten sind.

**Zu Nummer 6 (Streichung des § 9 Absatz 1 Satz 1)**
Es wird auf die Ausführungen zu Nummer 5 verwiesen.

**Zu Nummer 7 (Änderung des § 10 Absatz 4)**
Grundsätzlich ist eine Differenzierung zwischen dem Kernbereich privater Lebensgestaltung und Berufsgeheimnisträgern möglich. Für eine endgültige Bewertung sind jedoch wegen des betroffenen hohen Schutzguts der Vertraulichkeit in Bezug auf Berufsgeheimnisträger weitere Information erforderlich, ob und wie viele Fälle es gegeben hat, in denen der Verfassungsschutz keine Maßnahmen ergreifen durfte, obwohl die Polizei die entsprechende Möglichkeit hatte.
Anzumerken ist, dass strafrechtlich diesbezüglich nicht unterschieden wird. Dort sind alle Berufsgruppen gleichgestellt. Gleiches müsste an sich auch für den Verfassungsschutz und die Polizei gelten.
Im Übrigen dürfte sich die Umsetzung in der Praxis als schwierig erweisen, da es sich bei der Erhebung der Daten oftmals zugleich um einen Eingriff in den Kernbereich handeln kann und wird (§ 10 Absatz 1 und 2).

**Zu Nummer 8 (Änderung des § 11)**
Grundsätzlich ist eine solche Anpassung möglich. Es bedarf hierfür jedoch einer gesetzlichen Grundlage und einer Darlegung anhand von Fallzahlen, wie oft eine Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) erforderlich gewesen, also überhaupt zum Einsatz gekommen wäre. Im Bereich der Polizei etwa handelt es sich hierbei nach hiesigem Kenntnisstand nur um sehr wenige Fälle.

**Zu Nummer 9 (Änderung des § 13)**
Die bereits zuletzt anhand der Verschiebung der Altersgrenze erfolgte Herabsetzung des Schutzniveaus für Minderjährige war bisher gemäß der Begründung zur letzten Gesetzesänderung an die strafrechtliche Schuldfähigkeit angelehnt. Insofern wird auf die Stellungnahme des LfD vom 26. Januar 2021 im damaligen Gesetzgebungsverfahren (Drs. 18/7315) verwiesen. Hier stellt sich die Frage, ob die Altersgrenze nun an das Strafrecht angelehnt sein soll oder nicht. Zudem wären Fallzahlen für die Bewertung der Erforderlichkeit einer weiteren Verschiebung erforderlich.

**Zu Nummer 10 (Änderung § 14)**
Hinsichtlich der Wiedereinführung der Wohnraumüberwachung ist festzustellen, dass eine solche grundsätzlich möglich und denkbar erscheint. Jedoch ist der Kernbereich privater Lebensgestaltung zu schützen. Insofern sind für eine Rechtfertigung des Eingriffs die besonderen Voraussetzungen des Artikels 13 Grundgesetz zu beachten.
Hinsichtlich der Einführung der Online-Durchsuchung wird auf die Ausführungen zu Nummer 8 verwiesen.

**Zu Nummer 11 (unter anderem Änderung von § 14)**
Ein Einsatz von Drohnen und technischen Mitteln zur Ortung von Mobilfunkgeräten erscheint grundsätzlich möglich. Zu beachten ist hierbei jedoch die Rechtsprechung des BVerfG (siehe Entscheidung des BVerfG vom 17. Juli 2024 – 1 BvR 2133/22 – zur automatisierten Datenanalyse, dort etwa Randnummern 130 folgende).
Allerdings stellt sich die Frage, ob der Einsatz einer Drohne überhaupt als verdeckter Einsatz im Sinne von § 14 möglich ist. Hier bleibt der Antrag zu unbestimmt. Zudem ist nicht

ersichtlich, welche Funktion einer solche Drohne zukommen soll – etwa zur Videoüberwachung oder als Transportmittel für technische Mittel zur Ortung.
Im Übrigen sind bezüglich des Einsatzes von Drohnen für sämtliche Einsatzzwecke – nicht nur für eine etwaige Ortung von Mobilfunkgeräten – Rechtsgrundlagen zu schaffen.

Hinsichtlich der Einführung einer Generalklausel zur Absicherung der Entwicklungs- und Technikoffenheit nachrichtendienstlicher Mittel ist anzumerken, dass eine solche in der Regel nicht unbedingt nützlich wäre. Es ist jeweils die durch den Einsatz des technischen Mittels entstehende Eingriffstiefe zu betrachten. Hierfür reicht eine Generalklausel nach der Rechtsprechung des BVerfG unter Umständen nicht.
Insbesondere bei neuen Einsatzmitteln ist häufig die Erforderlichkeit einer speziellen Rechtsgrundlage anzunehmen.

Hinsichtlich einer etwaigen Änderung und Überprüfung des Katalogs nachrichtendienstlicher Mittel in § 14 sind insbesondere in Bezug auf das beispielhaft im Antrag genannte verdeckte Mithören und Aufzeichnen des öffentlich gesprochenen Wortes mithilfe technischer Mittel außerhalb von Wohnungen die Vorgaben des BVerfG zur Eingriffsschwelle im Verhältnis zum Schutz der jeweiligen gewichtigen Rechtsgüter genau zu beachten (siehe Entscheidung des BVerfG vom 17. Juli 2024 – 1 BvR 2133/22 – zur automatisierten Datenanalyse).
Zu den übrigen im Antrag beispielhaft aufgeführten Maßnahmen siehe die entsprechenden obigen Ausführungen zum Gesetzentwurf, Drucksache 19/5930.

**Zu Nummer 12 (Streichung des § 15 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 3)**
Es wird auf die Ausführungen zu Nummer 5 verwiesen.

**Zu Nummer 13 (Änderung des § 16)**
Hier ist keine datenschutzrechtliche Relevanz erkennbar.

**Zu Nummer 14 (Änderung des § 18)**
Hinsichtlich der angedachten Änderung, wonach die Voraussetzungen für Vertrauenspersonen auch für verdeckte Ermittler gelten sollen, ist zu prüfen, ob die Eingriffsschwellen für Vertrauenspersonen und verdeckte Ermittler gleichzusetzen sind. Da im Falle der verdeckten Ermittler der Staat mit seinen eigenen Personen handelt, wäre die Unmittelbarkeit des Eingriffs entsprechend größer einzustufen.

**Zu Nummer 15 (Änderung des § 21)**
Es liegen hier keine Erkenntnisse vor, ob die Fristen zu kurz gesetzt sind.
Aufgrund der regelmäßig verdeckten und eingriffsintensiven Vorgehensweise bedarf es einer fachlichen Kontrolle (regelmäßig durch eine Person mit der Befähigung zum Richteramt) der jeweiligen Anordnungen, die in jeden Fall sichergestellt sein muss.

**Zu Nummer 16 (Änderung des § 22 Absatz 1)**
Hinsichtlich der angedachten Einschränkung der Mitteilung an Betroffene beim Einsatz von Vertrauenspersonen oder verdeckten Ermittlern auf das verfassungsrechtlich erforderliche Maß wird auf die obigen Ausführungen zum Gesetzentwurf, Drucksache 19/5930, zu § 22 unter Nummer 10 a) Doppelbuchstaben aa) und bb) verwiesen.

**Zu Nummer 17 (Änderung des § 23)**
Diesbezüglich sind die Grundsätze der hypothetische Daten-Neuerhebung (hyDaNe) als Voraussetzung für eine zweckändernde Datenverarbeitung zu beachten. Diese sind (vereinfacht dargestellt):

- vergleichbare Rechtsgüter oder Straftaten,
- die Konkretisierung der Gefahrenlage oder des Tatverdachts (Eingriffsschwelle) und
- ein hinreichend spezifischer Anlass (konkreter Ermittlungsansatz).

**Zu Nummer 18 (Änderung des § 25 Absatz 1, vollständige Neufassung des § 25 Absatz 2)**
Hinsichtlich der im Antrag enthaltenen Formulierung, wonach besondere Übermittlungsschwellen von Sicherheitsbehörden wie der Polizei an den Verfassungsschutz grundsätzlich nicht erforderlich seien, stellt sich die Frage nach dem Rechtsstaatsprinzip beziehungsweise konkret nach dem Trennungsgebot. Dieses verlangt eine informationelle Trennung beim Datenaustausch. Insofern wird auf das Urteil des BVerfG zum informationellen Trennungsprinzip vom 28. September 2022 – 1 BvR 2354/13 – Rn. 120 folgende zum Antiterrordatei-Gesetz (ATDG) verwiesen. Die Grundsätze der hyDaNe gelten auch für diesen Bereich (siehe oben zu Nummer 17).
Hinsichtlich der im Antrag enthaltenen Formulierung, dass besondere Übermittlungsschwellen nur bei besonders eingriffsintensiven Maßnahmen erforderlich seien, ist die obige Rechtsprechung des BVerfG zu beachten.
Hinsichtlich der vorgesehenen Streichung des Tatbestandsmerkmals des „Gewaltbezugs“ wird auf die obigen Ausführungen zu Nummer 2 zum Gewaltbegriff verwiesen.

**Zu Nummer 19 (Änderung der §§ 31, 32)**
Es wird auf die obigen diesbezüglichen Ausführungen zum Gesetzentwurf, Drucksache 19/5930, verwiesen.

**Zu Nummer 20 (Änderung des § 33a – Anmerkung: wohl § 32a gemeint)**
Es sind keine Fälle bekannt, bei denen das derzeitige Verbot zu einem Nicht-Ausstieg von Personen geführt habe. Es stellt sich die Frage der Erforderlichkeit der Regelung. Zudem sind die obig genannten Grundsätze der hyDaNe zu beachten.

**Zu Nummer 21**
Zur angedachten Schaffung einer Rechtsgrundlage zur zeitlich befristeten Einrichtung projektbezogener Dateien mit anderen Sicherheitsbehörden, insbesondere der Polizei, ist anzumerken, dass Dateien wie die ATD und RED bereits existieren, jedoch faktisch kaum genutzt werden (siehe BfDI-Tätigkeitsbericht 2024, Seite 109). Auch hier stellt sich die Frage der Erforderlichkeit.

**Zu Nummer 22**
Die Notwendigkeit von Dokumentationspflichten und die Regelungen zur Datenlöschung richten sich nach den Grundsätzen der Transparenz und der Erforderlichkeit; je länger Daten – insbesondere ohne Einschränkung in der Verarbeitung – gespeichert werden, desto größer ist der Grundrechtseingriff. Zudem müssen – vorgelagert vor einer Löschung – für sämtliche Speicherungen des Verfassungsschutzes Rechtsgrundlagen vorhanden sein.

**Zu Nummer 23**
Hinsichtlich der genannten parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes wird auf den Beschluss des BVerfG vom 8. Oktober 2024 – 1 BvR 2539/16 – zu einer Verfassungsbeschwerde gegen die strategische Inland-Ausland-Fernmeldeaufklärung durch den Bundesnachrichtendienst verwiesen. Diese gerichtliche Entscheidung hat möglicherweise auch Auswirkungen auf die Kontrollarchitektur und damit auch auf den Reformbedarf von G 10-Kommissionen in den Ländern hat (siehe hierzu auch Urteilsanmerkung von Löffelmann, GSZ 2025, Seite 89). Insbesondere wird darin eine effektive, unabhängige, kontinuierliche und umfassende Kontrolle „durch eine gerichtsähnlich ausgestaltete Stelle“ gefordert.

Im Auftrage

Bölsing

Vorlage 9
zu Drs. 19/5930

**Prof. Dr. Kurt Graulich**

**Kirchweg 70**
**14129 Berlin**
**Tel.: 030/28098257**
**Mobilfunk: 0170/3243201**
**e-mail: Kurt.Graulich@t-online.de**

**Datum:** 11.05.2025

Die Präsidentin des
Niedersächsischen Landtags
- Landtagsverwaltung -

**Betr. :** Zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen
Gesetzesentwurf der Landesregierung – Drs. 19/5930

**Bezug :** Dortiges Schreiben vom 17.01.2025
**Anlage:** - 1 -

Sehr geehrter Herr Wiesehahn,

beigefügt übersende ich Ihnen meine Stellungnahme zu dem o.a. Entwurf der Niedersächsischen Landesregierung.

**Zu A. Allgemeiner Teil**

Der Gesetzesentwurf betrifft im Wesentlichen das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz (Artikel 1) und eine Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel-10-Gesetzes (Artikel 2). Er steht im Kontext des Urteils des BVerfG vom 26. April 2022 – BvR 1619/17 – zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz, das sich mittelbar auch auf die Verfassungsschutzgesetze des Bundes und der Länder auswirkt[1]. Anpassungsbedarfe haben sich – unter Berücksichtigung des Kriteriums der hypothetischen Datenneuerhebung - vor allem im Bereich der Datenübermittlungsbe-

[1] Niedersächsische Ltg. Drs. 19/5930 S. 10

fugnisse ergeben[2]. Einbezogen in die Überarbeitung wurde auch der nachfolgende Beschluss[3] des BVerfG vom 28. September 2022 – 1 BvR 2354/13 -; darin hatte das BVerfG die Übermittlungspflichten der Verfassungsschutzbehörden an die Staatsanwaltschaften und die Polizeien gem. §§ 20 und 21 BVerfSchG für mit dem GG unvereinbar erklärt. Eine weitere Anpassung aufgrund des Urteils zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz stellt die nunmehr eingerichtete unabhängige Kontrolle der additiven Wirkung von nachrichtendienstlichen Mitteln und besonderen Auskunftsverlangen dar[4].

Redaktionelle Anpassungen waren im Bereich der besonderen Auskunftsverlangen erforderlich aufgrund der umfassenden Änderungen des Telemediengesetzes (TMG), des Telekommunikationsgesetzes (TKG) sowie der Schaffung des Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetz (TDDDG)[5].

**Zu B. Besonderer Teil**

**Zu Artikel 1 (Änderung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes)**

**Zu Nummer 1 (§ 3 Aufgaben)**

Der Gesetzesentwurf bekennt sich zur Präventionsarbeit als einem Schwerpunkt der Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörden. Im Vergleich zu reinen Informationsmaßnahmen zeichnen sich Präventionsmaßnahmen durch ihre

[2] Niedersächsische Ltg. Drs. 19/5930 S. 11
[3] Niedersächsische Ltg. Drs. 19/5930 S. 11
[4] Niedersächsische Ltg. Drs. 19/5930 S. 11
[5] Niedersächsische Ltg. Drs. 19/5930 S. 11

Zielgerichtetheit aus und gehen daher inhaltlich über den Begriff der Information hinaus. Zur Prävention gehören auch Angebote zum Ausstieg[6].

**Zu Nummer 2 (§ 4 Begriffsbestimmungen)**

Zu den Schwerpunkten des Gesetzesentwurfs gehört die Streichung der Voraussetzung des expliziten Gewaltbezugs bei Verhaltensweisen von Einzelpersonen[7]. Bislang mussten Verhaltensweisen durch Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, auf die Anwendung von Gewalt gerichtet sein. Die von Einzelgängern verübten Anschläge in Halle und Hanau zeigen, dass der Verfassungsschutz angesichts dieser Entwicklungen seitherige insbesondere im Hinblick auf seine Frühwarnfunktion in die Lage versetzt werden muss, Extremisten und andere Verfassungsfeinde bereits im Vorfeld militanter Handlungen in den Blick nehmen zu können[8].

**Zu Nummer 4 (§ 14 Nachrichtendienstliche Mittel)**

Zu den Schwerpunkten des Gesetzesentwurfs zählt die Schaffung der Möglichkeit des verdeckten Mithörens und Aufzeichnens des öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. b. NVerfSchG-E) Eine praktische Relevanz für eine solche Maßnahme ergibt sich z.B. für die Aufzeichnung von aus religiösem Versinken im Gebet Vorträgen und Predigten in öffentlich zugänglichen Moscheen, die Beobachtungs- oder Verdachtsobjekten zuzuordnen sind. Ausgenommen sind hingegen solche Momente, die den Kernbereich

[6] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 16.
[7] § 4 Abs. 1 NVerfSchG-E
[8] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 16

der privaten Lebensführung im Sinne des § 10 betreffen wie z.B. das religiöse Versinken im Gebet[9].

§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 umfasst nicht mehr nur die verdeckte Anfertigung einzelner fotografischer Bildaufzeichnungen, sondern öffnet den Anwendungsbereich auch für die Anfertigung von nicht fotografischen Bildaufzeichnungen (z.B. Videografie). Mit dieser Anpassung wird dem Bedürfnis der Praxis Rechnung getragen, Bildaufnahmen im Rahmen von verdeckten Ermittlungen oder kurzfristigen Observationen zuzulassen[10]

Mit der Gesetzesänderung 2016 wurde eine Differenzierung zwischen nachrichtendienstlichen Mitteln nach § 14 Abs.1 und anderen Hilfsmitteln nach §14 Abs. 2, die der Durchführung anderer nachrichtendienstlicher Mittel nach § 14 Abs. 2 dienen, vorgenommen. Es wurde festgestellt, dass es sich bei Legenden sowie Tarnpapieren und Tarnkennzeichen nicht um eigenständige nachrichtendienstliche Mittel, sondern vielmehr um sogenannte Hilfsmittel handelt. Um der Differenzierung zwischen Hilfs- und nachrichtendienstlichen Mitteln Rechnung zu tragen, wurde die Gewährsperson aus den nachrichtendienstlichen Mitteln herausgenommen und gesondert in § 14 Abs. 3 als besonderes Hilfsmittel aufgeführt.

Das verdeckte Mithören mit technischen Mitteln wird nur außerhalb von Wohnungen für zulässig erachtet und damit außerhalb eines besonders geschützten Bereichs. Dabei handelt es sich vornehmlich um Bild- und Videoaufzeichnungen sowie verdecktes Mithören. Der Abhörvorgang soll nach den Vorstellungen des Gesetzentwurfs mit weiteren nachrichtendienstlichen Mitteln kombiniert werden[11].

[9] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 17
[10] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 17 ff..
[11] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 20

Mit der Neufassung von § 14 Abs. 1 Nr. 11 wird die Möglichkeit geschaffen – zur Unterstützung von Observationsmaßnahmen -, mit technischen Mitteln wie dem IMSI-Catcher zusätzlich eine Standortermittlung durchzuführen. Diese schon früher im Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz enthalten gewesene Möglichkeit wurde im Jahr 2009 gestrichen. Die Neuregelung trägt einsatztaktischen Erwägungen Rechnung: Der Einsatz eines technischen Mittels wie des IMSI-Catchers ermöglicht eine Standortfeststellung auch dann, wenn Betroffene keine Fahrzeuge nutzen und damit die Nutzung eines GPS-Senders als für Observationszwecke bestimmtes Mittel i.S.d. § 14 Abs. 1 Nrn. 4 und 7 nicht in Betracht kommt[12].

Eine Änderung von § 14 Abs. 1 beseitigt das schon bislang einzigartige Verbot, Drohnen zur Anfertigung von Bildübertragungen und Bildaufzeichnungen einzusetzen. Der Einsatz von Drohnen unterliegt – abhängig vom Einsatzzweck – den entsprechenden Voraussetzungen des § 14, insbesondere der Nr. 4, 5 und 8[13].

**Zu Nummer 5 (§ 16 Besondere Voraussetzungen für die Inanspruchnahme von Personen**)

Aus § 16 Abs. 1 wird § 14 Abs. 1 Nr. 6 Buchst. d gestrichen, womit Gewährspersonen aus dem Katalog nachrichtendienstlicher Mittel gelöst werden. Die besonderen Voraussetzungen des § 16 können demnach keine Anwendung mehr finden. Der Maßstab für den Ausschluss von Vertrauenspersonen, sonstigen geheimen Informantinnen und Informanten sowie überworbenen Agentinnen und Agenten aufgrund von Straftaten, die diese in der Vergangenheit begangen haben, wird angepasst. Die Verfassungsschutzbehörde hat

[12] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 21
[13] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 21

in diesem Kontext lediglich die formalen Kriterien juristisch zu überprüfen. Die Prüfung der Voraussetzungen der Straftatbestände entfällt[14].

Der Katalog der Straftaten, die die in Anspruch genommenen Person begehen dürfen, wird um die szenetypischen Straftaten der §§ 89b und 89c StGB erweitert (§ 16 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 NVerfSchG-E)[15].

Sofern nach Inanspruchnahme einer Vertrauensperson tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, dass die Person rechtswidrig einen Straftatbestand von besonderer Bedeutung verwirklich hat, soll die Verfassungsschutzbehörde verpflichtet sein, den Einsatz unverzüglich zu beenden[16].

Gem. § 16 Abs. 4 NVerfSchG-E dürfen Vertrauenspersonen, sonstige geheime Informantinnen und Informanten sowie überworbene Agentinnen und Agenten währen ihres Einsatzes u.a. die Tatbestände der §§ 129, 129a und 129b Abs. 1 Satz 1 StGB – Bildung, Beteiligung, Unterstützung, Bewerbung einer kriminellen/terroristischen Vereinigung im In- und Ausland – verwirklichen, soweit dies im Einzelfall verhältnismäßig und für die Aufklärung der Bestrebung unerlässlich ist. Insoweit sind diese Taten nach § 16 Abs. 4 NVerfSchG-E im strafrechtlichen Sinne gerechtfertigt[17].

**Zu Nummer 6 (§ 17 Besondere Voraussetzungen für Observationen sowie Bildübertragungen und Bildaufzeichnungen)**

Es handelt sich um eine aus Nummer 4 Doppelsbuchst. hh resultierende Folgeänderung[18].

---

[14] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 22.
[15] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 23
[16] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 23
[17] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 23
[18] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 23

**Zu Nummer 7 (§ 19 Besondere Voraussetzungen für den Einsatz bestimmter technischer Mittel)**

Mit der vorgeschlagenen Änderung von § 19 werden die Voraussetzungen für das verdeckte Mithören des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen angepasst[19].

**Zu Nummer 8 (§ 20 Besondere Auskunftsverlangen)**

Im Bereich der besonderen Auskunftverlangen werden die Verweisungen auf die Vorschriften im Telemediengesetz und Telekommunikationsgesetz redaktionell auf die überarbeiteten Gesetze angepasst (§ 20 Abs. 1 und 2 ). Auf Bundesebene ist das Digitale Dienste Gesetz (DDG) am 14. Mai 2024 in Kraft getreten, mit dem das zuvor geltende Telemediengesetz (TMG) abgelöst wurde. Der zuvor gebräuchliche Begriff „Telemedien“ wird durch den Begriff „digitale Dienste“ abgelöst. In der Folge wurde die Bezeichnung Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutzgesetz (TDDDG) eingeführt[20].

Das TDDDG hat redaktionelle Anpassungen ausgelöst, indem z.B. der Begriff des „Anbieters digitaler Dienste“ den Begriff des „Diensteanbieters“ ersetzt und erweitert den Anwendungsbereich des TDDDG im Vergleich zum TMG. Da der Begriff des „Diensteanbieters“ nicht mehr verwendet wird, ist auch das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz an die neue Definition anzupassen[21].

[19] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 23
[20] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 23
[21] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 24

Die Regelung über den Begriff der „Bestandsdaten“ nach § 95 TKG a.F. ist in der Neufassung des TMG nicht mehr enthalten. Eine Definition der „Bestandsdaten“ befindet sich nunmehr in§ 3 Nr. 6 TKG[22].

Die Definition der Verkehrsdaten enthält nunmehr § 9 Abs. 1 Nrn. 1 bis 4 TDDDG. Die Regelung genügt auch den Anforderungen der Rechtsprechung des BVerfG an das sog. Doppeltürenmodell; der Abrufregelung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes steht nämlich eine Datenübermittlungspflicht der Telekommunikationsdienstleister in § 8b Abs.6 BVerfSchG gegenüber[23].

Mit der Neufassung des § 20 Abs. 4 werden die Voraussetzungen für eine Kontostammdatenabfrage – im Unterschied zu einer vollumfänglichen Finanzermittlung nach § 20 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 - herabgesetzt. So kann mit einer Kontostammdatenabfrage nach § 20 Abs. 4 lediglich ermittelt werden, welche Person welche Konten führt, wann die Konten eröffnet wurden und wer ggfs. noch berechtigt ist, das Konto zu nutzen. Da die Eingriffsintensität bei einer Kontostammdatenabfrage derjenigen einer einfachen Bestandsdatenauskunft nach § 20 Abs. 2 Nr. 1 gleichkommt, ist eine Angleichung an die für Letztere vorgesehenen Voraussetzungen und damit die Schaffung abgestufter Voraussetzungen zwischen Auskunftsverlangen nach Absatz 3 Satz 1 Nr. 2 und Abfragen nach Absatz 4 systematisch korrekt und angemessen[24].

**Zu Nummer 9 (§ 21 Verfahrensvorschriften)**

Die Voraussetzungen der Kontostammdatenabfrage nach § 20 Abs. 4 werden aufgrund der vergleichbaren Eingriffstiefe an diejenigen einer einfachen

[22] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 24
[23] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 24
[24] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 25

Bestandsdatenauskunft nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 angeglichen. In der Konsequenz kann auch die Zustimmung durch die G 10-Kommission entfallen[25].

Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit erfordert die Schaffung einer effektiven aufsichtlichen Kontrolle, da die Transparenz der Datenerhebung und Datenverarbeitung sowie die Möglichkeiten individuellen Rechtsschutzes bei heimlichen Überwachungsmaßnahmen eingeschränkt sind[26]. Als wichtige Voraussetzung einer effektiven Kontrolle wird in der Rspr. des BVerfG hervorgehoben, dass die kontrollierende Stelle alle zeitgleich eingesetzten Überwachungsmaßnahmen gegen eine Person überprüfen können muss. Aus dem Umstand, dass das BVerfG für die Nachrichtendienste keine konkrete Stelle für die effektive aufsichtliche Kontrolle mehr nennt, kann gefolgert werden, dass dem Gesetzgeber bei der Ausgestaltung der aufsichtlichen Kontrolle ein weiter Gestaltungsspielraum zukommt, sofern die grundsätzlichen, vom BVerfG festgestellten Anforderungen gewährleistet sind. Der Gesetzesentwurf hält im Anwendungsbereich des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes die G 10-Kommission für eine geeignete Kontrollinstanz[27].

**Zu Nummer 10 (§ 22 Mitteilung an betroffene Personen)**

Zu den Schwerpunkten des Gesetzesentwurfs gehört auch die Anpassung der Mitteilungspflichten[28]. Der Begriff der „erheblichen Betroffenheit“ soll in das Gesetz aufgenommen werden, weil durch den Einsatz der aufgeführten nachrichtendienstlichen Überwachungsmaßnahmen Personen mitbetroffen sein können, die nicht selbst Ziel der jeweiligen Maßnahme sind. Einschrän-

[25] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 25
[26] BVerfG, U. v. 26.04.2022 – 1 BvR 1619/17 Rn. 290
[27] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 26
[28] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 12 Nr. 11.

kungen des Betroffenenbegriffs finden sich ebenfalls beispielsweise in § 101 Abs.4 StPO und § 74 Abs. 1 BKAG[29].

Mit der Änderung werden die besonderen Auskunftsverlangen ergänzt, da diese in den Zurückstellungsgründen des § 22 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 1 und 2 bereits enthalten sind. Es ist daher sachgerecht, diese auch in den Zurückstellungsgrund der Nr. 4 mit aufzunehmen. Durch die Änderung kann eine Mitteilung nach Absatz 1 erst dann erfolgen, wenn sämtliche in demselben Sachzusammenhang durchgeführten nachrichtendienstlichen Maßnehmen beendet sind. In Fällen, in welchen zeitgleich oder auch zeitversetzt mit Überschneidungen mehrere Überwachungsmaßnahmen beispielsweise gegen eine bestimmte Person eingesetzt werden, liegt regelmäßig ein Zurückstellungsgrund nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 vor. Dasselbe gilt für einen gegen ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt gerichteten Einsatz, insbesondere im Hinblick auf Personen nach § 14 Abs. 1 Satz Nr. 6. Daher ist es auch in diesen Fällen sachgerecht und notwendig, die Mitteilungspflicht erst mit Ende sämtlicher Maßnahmen gegen das jeweilige Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt beginnen zu lassen. Den Interessen der Betroffenen wird dabei ebenso wie den Grundsätzen des Quellenschutzes Rechnung getragen[30].

Die Möglichkeit der endgültigen Nichtmitteilung wird dahin gehend ergänzt, dass es einer Mitteilung auch dann endgültig nicht bedarf, wenn die Fristen für die Mitteilung gem. Abs. 2 Satz 8 auch zehn Jahre nach Beendigung des Einsatzes der jeweiligen Maßnahme noch nicht begonnen haben. Angesichts dieser Neuregelung wird es für erforderlich gehalten, eine „Kappungsgrenze“ festzulegen. Auch diese Form der Nichtmitteilung be-

[29] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 26.
[30] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 26

darf jedoch der Zustimmung der G 10-Kommission bzw. der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz [31]

**Zu Nummer 11 (§ 23 Ersuchen und automatisierte Abrufverfahren)**

Die neue Regelung in § 23 überwindet des bislang bestehende Übermittlungsverbot von personenbezogenen Daten. Dieses Verbot soll nunmehr aufgehoben und eine Übermittlung unter engen Voraussetzungen zugelassen werden. Demensprechend soll es möglich sein, unter den entsprechenden Voraussetzungen, um die Übermittlung dieser Daten ersuchen zu können[32].

**Zu Nummer 12 (§ 24 Registereinsicht)**

Die Aufzählung der analogen Register in § 24 Abs. 1 wird gestrichen, nachdem einige der genannten Beispiele in der Vergangenheit umbenannt oder ganz weggefallen sind. Aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung in Niedersachsen sowie auf Bundesebene wird erwartet, dass auch weitere der in § 24 Abs. 1 genannten Beispiele in naher Zukunft wegfallen werden. Stattdessen werden Register grundsätzlich genannt, welche die in § 24 Abs. 1 genannten Beispiele mit abdeckt[33].

**Zu Nummer 13 (§ 25 Verpflichtung zur Datenübermittlung an die Verfassungsschutzbehörde)**

Bislang war die Übermittlung von personenbezogenen Daten, die mit polizeilicher Wohnraumüberwachung nach § 100c StPO bzw. § 35 NPOG ge-

[31] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 28
[32] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 28
[33] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 28

wonnen wurden nach Abs. 2 Satz 3 unzulässig. Durch dieses ausdrückliche Verbot wurde der Verfassungsschutz Niedersachsen im Einzelfall um eine potenziell wichtige Erkenntnisquelle beschnitten. Das Übermittlungsverbot wird daher gestrichen und stattdessen eine entsprechende Rechtsgrundlage geschaffen. Der Entwurf liegt in § 25 Abs. 2 Satz 3 vor und ist entsprechend eng gefasst. Dies ist akzeptabel[34].

**Zu Nummer 14 (§ 26 Speicherung, Veränderung und Verwendung personenbezogener Daten, Zweckbindung)**

Es handelt sich um Anpassungen aufgrund von Änderungen unter Nr. 15[35].

**Zu Nummer 15 (§ 29 Auskunft an betroffene Personen)**

Es handelt sich um eine Verschiebung des seitherigen § 30. Aufgrund der Überarbeitung der Übermittlungsvorschriften wird der seitherige § 30 a.F. an die bislang nicht besetzte Position des § 29 versetzt. Zugleich erstreckt sich das Vierte Kapitel „Auskunft“ zukünftig auf den § 29. Das Fünfte Kapitel „Übermittlung“ beginnt aufgrund der Verschiebung bereits mit § 30[36].

**Zu Nummer 16 (Fünftes Kapitel „Übermittlung“)**

**a) Es wird der folgende neue § 30 eingefügt**

Die Übermittlungsvorschriften werden aufgrund der Vorgaben des BVerfG und auf Grundlage des Abschlussberichts der Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der bisherigen Gesetzessystematik des Niedersächsi-

[34] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 28
[35] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 29
[36] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 29

schen Verfassungsschutzgesetzes neu gefasst. Dabei werden insbesondere die Ausführungen des BVerfG zu den Grundsätzen der Zweckbindung und Zweckänderung berücksichtigt. Im Rahmen der Übermittlung ist vor allem die zweckändernde Nutzung durch dieselbe oder eine andere Behörde zu betrachten. Dies richtet sich – jedenfalls wenn die Daten mit nachrichtendienstlichen Mitteln erhoben werden – nach dem Kriterium der hypothetischen Datenneuerhebung[37]. In seinem Urteil zu den heimlichen Überwachungsmaßnahmen im BKAG hat das BVerfG für eine verhältnismäßige und somit rechtmäßige Weiterverwendung von Daten das Kriterium der sog. hypothetischen Neuerhebung eingeführt und somit die im Volkszählungsgesetz-Urteil begonnene Rechtsprechung fortentwickelt[38].

Das Kriterium der hypothetischen Datenneuerhebung gilt grundsätzlich auch für die Übermittlug von Daten durch nachrichtendienstliche Behörden, also auch durch eine Verfassungsschutzbehörde. Für eine verhältnismäßige Ausgestaltung der Übermittlungsvorschriften kommt es demnach darauf an, dass die entsprechenden Daten nach verfassungsrechtlichen Maßstäben auch für den geänderten Zweck mit vergleichbar schwerwiegenden Mitteln neu erhoben werden dürften. Mit dem neuen § 30 wird eine zentrale Regelung zur Übermittlung von Daten durch den niedersächsischen Verfassungsschutz geschaffen. Dieser legt die bei jeder Übermittlung zu erfüllenden Anforderungen fest[39].

**Zu § 30 Abs. 1**

Abs. 1 legt die Voraussetzungen fest, die bei jeder Übermittlung von personenbezogenen Daten, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln oder besonderen Auskunftsverlangen erhoben worden sind, einzuhalten. Bereits aus der

[37] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 29
[38] Graulich in § 14 BKAG Rn. 2 zu BVerfG, Urt. v. 20.4.2016 – 1 BvR 966/09, 1 BvR 1140/09.
[39] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 29

Legaldefinition in Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 Buchs. b GG sowie § 3 Abs. 1 Nr. 1 ergibt sich, dass der Verfassungsschutz „zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ tätig wird. Diese bildet das zentrale Schutzgut der wehrhaften Demokratie. Die politischen und völkerrechtlichen Verpflichtungen, die aus der, Mitgliedschaft in Bündnissen und Systemen gegenseitiger kollektiver Sicherheit im Sinne des Art. 24 Abs. 2 GG und ähnlichen Kooperationen einhergehen, rechtfertigen auch eine Einbeziehung von internationalen Institutionen die der Europäischen Union (Art. 23 GG) der NATO oder der Europäischen Freihandelszone[40].

Zu den zentralen Aufgaben des Staates zählen auch besonders gewichtige Rechtsgüter ebenso wie wesentliche Infrastruktureinrichtungen oder sonstigen Anlagen von unmittelbarer Bedeutung für das Gemeinwesen. Ihr Schutz vor Sabotage und Spionage gehört zu den zentralen Aufgaben des Verfassungsschutzes[41].

Auch wenn die §§ 31 und 32 die weit überwiegende Zahl der Übermittlungssachverhalte normativ präzise und sachgerecht regeln, so sind Fallgestaltungen denkbar, in welchen im Einzelfall die vom BVerfG aufgestellten Grundsätze der Rechtsgutgefährdungen erfüllt sind, ohne dass in diesem konkreten Fall eine Subsumtion unter einen Übermittlungstatbestand möglich ist, beispielsweise eine Häufung von Bestechlichkeitssachverhalten in einer niedersächsischen Behörde[42].

[40] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 31
[41] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 32
[42] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 32

§ 30 Abs. 1 Satz 4 schließt eine zweckändernde Weiterverarbeitung durch die Empfänger aus. Dadurch wird gewährleistet, dass sensible, personenbezogene Daten nicht unkontrolliert gestreut werden können[43].

Mit § 30 Abs. 2 wird eine Regelung zur Übermittlung von Daten geschaffen, die aus offen zugänglichen Quellen gewonnen wurden[44].

**b) Es wird der folgender § 31 eingefügt**

§ 31 determiniert die speziellen Anforderungen für die Übermittlung an Staatsanwaltschaften und Politeibehörden zur Strafverfolgung oder zur Gefahrenabwehr sowie für andere Behörden, die über operative Befugnisse verfügen. Durch die Kombination der Straftaten mit den weitergehenden Anforderungen wird die Regelung auch den strengeren Anforderungen der Rechtsprechung des BVerfG gerecht und gewährleistet darüber hinaus einen normativen Gleichlauf mit dem Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz[45].

Hinzu treten die in § 31 Abs. 1 Nr. 4 genannten Straftaten, die gegen ein besonders gewichtiges Rechtsgut im Sinne der Rspr. des BVerfG gerichtet sind und die zudem mit einer besonders hohen Strafandrohung – Höchststrafe von mehr als fünf Jahren – bewehrt sind[46].

Das BVerfG hat festgelegt, dass die besondere Schwere einer Straftat jedenfalls dann vorliegt, wenn sie mit einer Höchststrafe von mehr als fünf Jahren bedroht ist. Aus diesem Grund wurde die Regelung in § 31 Abs. 1 Satz 3 als

[43] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 32
[44] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 33
[45] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 34
[46] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 35

Auffangtatbestand eingefügt, um eine formale Rechtsgrundlage auch für künftige oder eher untypische Übermittlungsfälle zu generieren[47].

Die kategorische Unterscheidung zwischen dem Aufgaben- und Befugniskreis von Nachrichtendiensten und Polizeibehörden liefert in der Rspr. des BVerfG die zentrale, dogmatische Grundlage für die Etablierung spezifischer verfassungsrichterlicher Vorgaben sowohl in Bezug auf die gegenüber der Polizei abgesenkten Schwellen zur Datenerhebung als auch für die kompensatorisch erhöhten Übermittlungsschwellen (Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 36).

Terminologisch zieht das BVerfG zur Unterscheidung das Kriterium der „operativen Handlungsbefugnis“ bzw. „operativen Anschlussbefugnis“ heran. Das Fehlen „polizeilicher Befugnisse“ gehört umgekehrt zu den Definitionsmerkmalen der Nachrichtendienste. Diese Regelungen gehen auf die Vorgaben der Militärgouverneure der westdeutschen Besetzungszonen im sog. Polizeibrief vom 14. April 1949 zurück und gehören seitdem zu den hergebrachten Grundsätzen des deutschen Nachrichtendienstrechts (Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 36).

Die operative Befugnis bezeichnet somit die Möglichkeit, gegenüber Einzelnen Maßnahmen erforderlichenfalls auch mit Zwang durchzusetzen. Als Schwelle für Übermittlungen durch den Verfassungsschutz an Polizei- und andere Gefahrenabwehrbehörden sowie sonstige Behörden mit operativen Befugnissen fordert das BVerfG wenigstens eine konkretisierte Gefahr für ein besonders bedeutsames Rechtsgut. Eine konkretisierte Gefahr liegt vor, wenn zumindest tatsächliche Anhaltspunkte für die Entstehung einer kon-

[47] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 35

kreten Gefahr für die Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bestehen[48].

**c) Zu Buchstabe c (§ 32 Übermittlung an sonstige Behörden und Stellen)**

Mit § 32 werden umfassende Regelungen für die Übermittlung von personenbezogenen Daten, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln oder durch besondere Auskunftsverlangen erhoben worden sind, an sonstige Behörden und Stellen getroffen[49].

Abs. 1 stellt klar, dass die Übermittlung von personenbezogenen Daten, die mit nachrichtedienstlichen Mitteln oder durch besondere Auskunftsverlangen erhoben worden sind, nur zum Schutz der dort aufgezählten besonders gewichtigen Rechtsgüter zulässig ist[50].

Abs. 2 Satz 1 regelt die Datenübermittlung in besonderen Fällen, nämlich an Verbotsbehörden i.S.v. § 3 Abs. 2 VereinsG (Nr. 1.), an den Bundestag, die Bundesregierung oder eine Landesregierung zur Vorbereitung oder Stellung eines Antrags nach Art. 18 Abs. 2 GG (Nr. 2) oder an den Bundestag, den Bundesrat, die Bundesregierung oder eine Landesregierung zur Vorbereitung oder Stellung eines Antrags nach Art. 21 Abs. 4 GG (Nr. 3)[51].

Abs. 2 Satz 2 konkretisiert durch enumerative Aufzählung die Übermittlungen im Rahmen von Mitwirkungsverfahren nach § 32 Abs. 2 Satz 2. Zu den „sonstigen Behörden“ in diesem Sinne gehören auch die Ordnungsbehörden, die zumeist im Wege von sog. Regelanfragen die Verfassungsschutzbe-

[48] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 37
[49] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 38
[50] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 38
[51] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 39

hörden beteiligen müssen[52]. Die Möglichkeit der Übermittlung an Finanzämter zu den in § 51 Abs. 3 AO genannten Zwecken bestand bereits in der vorherigen Gesetzesfassung[53]. Die Übermittlung von Daten bei anderen, im besonderen öffentlichen Interesse liegenden Personen, insbesondere zur Überprüfung der Verfassungstreue von Bewerberinnen und Bewerbern sowie Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wird in Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 geregelt[54].

Um sicherzustellen, dass dem jeweiligen Gewicht des Grundrechtseingriffs in jedem Einzelfall Rechnung getragen wird, verpflichtet Abs. 2 Satz 3 die Verfassungsschutzbehörde bei jeder Übermittlung zu prüfen, ob Betroffene dadurch unverhältnismäßige Nachteile erleiden[55].

Abs. 2 Satz 4 enthält die Verweisung auf die Kennzeichnungspflicht, die sich aus § 31 Abs. 3 ergibt. Sie wird mit der Einschränkung versehen, dass eine Pflicht zur Aufrechterhaltung der Kennzeichnung nicht besteht, wenn die Übermittlung aufgrund von gesetzlicher Verpflichtung erfolgt[56].

Mit Abs. 3 wird ein Auffangtatbestand geschaffen, der den hohen Anforderungen des BVerfG Rechnung trägt, sowohl hinsichtlich der Rechtsprechung zu den Anforderungen an das sog. Doppeltürenmodell als auch bzgl. der Anforderungen an die Übermittlungstatbestände[57].

Abs. 4 regelt die Übermittlung von Daten an ausländische öffentliche Stellen und entspricht in großen Teilen § 32 Abs. 3 NVerfSchG a.F.

---

[52] Abs. 2 Satz 2 Nr. 1, Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 39
[53] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 40
[54] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 40
[55] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 40
[56] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 40)
[57] Nieders. Ltg. Drs. 19/5930 S. 40

Abs. 5 regelt die Übermittlung von personenbezogenen Daten an Personen oder Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs und entspricht im Wesentlichen § 32 Abs. 4 NVerfSchG a.F.

**Zu Nummer 17 (§ 36)**

In § 36 Abs. 3 Satz 2 Halbs. 2 wird nach der Angabe „20 Abs. 2 Satz 1Nr. 1“ die Angabe „und zu Kontostammdaten nach § 20 Abs. 4“ eingefügt.

**Zu Nummer 18 (§ 42)**

Die Regelung enthält eine Übergangsvorschrift für die bereits beendeten nachrichtendienstlichen Maßnahmen, die sich entweder noch in der Jahresfrist der Mitteilungsprüfung nach § 33 Abs. 2 Satz 2 befinden oder bereits zurückgestellt wurden. Diesbezüglich wird klargestellt, dass die Altfassung fort gilt.

Mit freundlichen Grüßen

(Prof. Dr. Graulich)

| Vorlage 8<br>zu Drs. 19/5071 | Vorlage 10<br>zu Drs. 19/5930 |
|---|---|

*Dr. iur. habil. Ulrich Vosgerau ·*
*Rechtsanwalt | Berlin*

An den
Niedersächsischen Landtag
- Ausschuß für Angelegenheiten des Verfassungs-
schutzes -

per E-Mail: lars.wiesehahn@lt.niedersachsen.de

**14. Mai 2025**

# Stellungnahme für den Ausschuß für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes

für die

öffentliche Anhörung im am 16. Mai 2025

über

- den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen (LT-Drucks. 19/5930), und

- den Antrag der Fraktion der CDU „Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken – Verfassungsschutz grundlegend reformieren“ (LT-Drucks. 19/5071)

**nehme ich wie folgt Stellung:**

## A. Grundsatz: Warum gibt es in Niedersachsen überhaupt ein Landesamt für Verfassungsschutz, und nicht nichts?

Daß es in Deutschland Verfassungsschutzbehörden, also geheim und für die Öffentlichkeit in aller Regel völlig intransparent operierende Inlands-Nachrichtendienste gibt, die nicht nur und v.a. auch nicht in erster Linie die Aufgabe haben staatsfeindliche Aktionen abzuwehren, die mit rechtswidrigen Mitteln, zumal mit Gewalt ausgeführt werden sollen, sondern die v.a. die Gedanken und (vermeintlichen) geheimen Absichten politischer Parteien, zivilgesellschaftlicher Organisationen und Vereine sowie, seit 2021, sogar auch von Einzelpersonen ausforschen sollen, auch wenn gegen diese nicht im Entferntesten der Verdacht besteht, daß sie

jemals rechtswidrige oder gar gewaltsame Taten begehen zu wollen, ist im internationalen Vergleich völlig ungewöhnlich. Es handelt sich um einen deutsch-österreichischen Sonderweg, der aufgrund der geschichtlichen Erfahrung vor 1945 in der unmittelbaren Nachkriegszeit, als noch niemand wußte, ob und wann überhaupt eine wirklich stabile Demokratie westlicher Prägung in (West-)Deutschland entstehen würde, rechtspolitisch nachvollziehbar und insofern auch demokratietheoretisch legitim gewesen sein mag (wie übrigens auch der Volksverhetzungs-Paragraph im Strafgesetzbuch, § 130), der aber mittlerweile im Sinne einer verfassungspolitischen Normalisierung und Westernisierung Deutschlands an ein Ende gekommen sein müßte.

Es ist also nicht nur die Ausweitung von Befugnissen und Kompetenzen bestehender Verfassungsschutzbehörden u.U. im Detail problematisch, sondern v.a. auch *bereits die Existenz* der Verfassungsschutzbehörden in ihrer heutigen Form. Es ist einem US-Amerikaner, einem Dänen oder einem Australier erfahrungsgemäß kaum zu erklären, daß man in Deutschland von einer staatlichen Behörde öffentlich und mit staatlicher Autorität als eine Art „Volksfeind" angeprangert werden kann, obwohl man nachweislich nichts Rechtswidriges getan, sondern lediglich z.B. die Einwanderungspolitik der Regierung kritisiert hatte. In liberalen Verfassungsstaaten ist es eigentlich selbstverständlich, daß Bürger die Regierung kritisieren dürfen; auch über das Schicksal politischer Parteien entscheidet dort allein der Wähler, ein „Parteiverbotsverfahren", das von politischen Konkurrenten angeschoben werden kann, um gewissermaßen den politischen Meinungsmarkt zu bereinigen, wäre in den USA völlig undenkbar.

Die Einrichtung von Verfassungsschutzbehörden auf Bundes- oder auf Länderebene ist verfassungsrechtlich nicht vorgeschrieben. Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 b GG gewährt dem Bund lediglich eine Gesetzgebungskompetenz für die Regelung der Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Staatsschutzfragen, Art. 87 Abs. 1 Satz 2 GG eröffnet dem Bund die Option zur zentralen Sammlung entsprechender Unterlagen. Die Einrichtung personalstarker Ämter zur Erforschung der Gedanken und Ansichten von Einzelpersonen und der Absichten von Vereinen ist verfassungsrechtlich keinesfalls geboten und hat den Vätern und Müttern des Grundgesetzes wohl auch kaum vorgeschwebt. Angesichts der sich zuspitzenden inneren Auseinandersetzungen in Deutschland, bei denen Verfassungsschutzbehörden zunehmend als Waffe gegen oppositionelle Bestrebungen (deren Kritik und Herausforderungen eher demokratisch und diskursiv abzuarbeiten wären, wie in anderen Ländern, so z.B. Dänemark, ja auch) eingesetzt wird, kommen international zunehmend Zweifel auf, ob Deutschland derzeit überhaupt noch in jeder Hinsicht und ohne Abstriche als westliche Demokratie gelten kann; dies wurde der deutschen Öffentlichkeit spätestens durch die kritischen Anmerkungen des US-amerikanischen Vizepräsidenten anläßlich der letzten Münchner Wehrkundetagung deutlich.

Bereits vor diesem Eklat wurde jedoch in der jüngeren Zeit in zwei wichtigen Büchern, deren Autoren beide dem politisch linken Spektrum angehören und in keinerlei Verbindung zu derjenigen politischen Partei stehen, gegen die der Verfassungsschutz heute auf breiter Front mobilisiert wird, die hier angedeutete Problematik des „deutschen Sonderweges" in die politische Instrumentalisierung eines gesinnungsbezogenen Inlandsgeheimdienstes thematisiert und i.E. die Abschaffung des Verfassungsschutzes in der heutigen Form gefordert, nämlich:

*Ronen Steinke*, Verfassungsschutz – Wie der Geheimdienst Politik macht (2023) und *Mathias Brodkorb*, Gesinnungspolizei im Rechtsstaat? (2024).

## B. Die Vorschläge im einzelnen (Auswahl)

### I. Regierungsentwurf

#### § 3 Abs. 3 Satz 2 n.F., „Prävention"

Der Landesverfassungsschutz ist eigentlich ein *Nachrichten*dienst und kein herkömmlicher „Geheimdienst". Ein Nachrichtendienst sammelt Informationen und reicht sie ggf. an die Regierung weiter (damit diese mehr weiß, als in der Zeitung steht), er *„handelt"* aber nicht. Das „handeln" muß ein Nachrichtendienst z.B. Polizei und Staatsanwaltschaft überlassen, die ja durchaus von der Regierung in Masch gesetzt werden können – sofern und sobald die gesetzlichen Voraussetzungen eines Tätigwerdens der Polizei oder Staatsanwaltschaft vorliegen, also der Anfangsverdacht einer Straftat bzw. eine „Gefahr" im polizeirechtlichen Sinne. Insbesondere darf der Verfassungsschutz keine *polizeilichen* Aufgaben wahrnehmen, zu denen aber eben auch die Prävention „abstrakter" Gefahren gehören würde; die „Mauer" zwischen nachrichtendienstlicher und polizeilicher Tätigkeit (Gegenbeispiel bekanntlich: Gestapo; aber auch: FBI) gilt in Deutschland herrschend zumindest als Verfassungsgewohnheitsrecht, im übrigen als ungeschriebenes Verfassungsrecht („Trennungsgebot", vergl. § 5 NVerfSchG).

Die „Prävention" wirklich oder vermeintlich rechtswidrigen Verhaltens – hier ergibt sich im Hinblick auf die Tätigkeit von Verfassungsschutzbehörden immer schon ein rechtsstaatlich bedenklicher Graubereich, da Verfassungsschutzbehörden, ein deutscher Sonderweg, eben nicht auf die „Rechtswidrigkeit" von Äußerungen oder Handlungen abstellen, sondern eher auf eine Art „gesinnungsmäßige Bedenklichkeit" – ist jedenfalls nicht Aufgabe des Verfassungsschutzes, sondern allenfalls der Polizei. Und dies eben auch nur dann, wenn eine „abstrakte Gefahr" besteht.

#### § 4 Abs. 1 Satz 3 (gewaltfreie Einzelperson)

Damit wird die Rechtslage auf Landesebene der Rechtslage nach Bundes-VerfSchG (§ 4 Abs. 1 Satz 3) angepaßt. Herkömmlicherweise hatte sich der Verfassungsschutz gar nicht mit Aktivitäten von Einzelpersonen befaßt, später dann im Einzelfall mit Aktivitäten von gewalttätigen Einzelpersonen. Rechtspolitisch wünschenswert wäre aus hiesiger Sicht – jedenfalls, solange und soweit der Verfassungsschutz, wie eben in Niedersachsen gemäß § 1 Abs. 1 bis 3 NVerfSchG, mit „verfassungspolitischen" Angelegenheiten beschäftigt (und nicht z.B. mit der Abwehr organisierter Kriminalität) eher eine Einschränkung und nicht eine Ausweitung der Aufgaben von Verfassungsschutzbehörden.

## § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 n.F.

Unter den allgemeinen Voraussetzungen des § 15 NVerfSchG soll das außerhalb von Wohnungen „öffentlich“ gesprochene Wort nicht nur verdeckt mitgehört, sondern auch aufgezeichnet werden. Über Bedenken der Landesbeauftragten für den Datenschutz hat sich der Niedersächsische Ministerpräsident dabei unter Verweis auf die vermeintlich geringe Eingriffsintensität hinweggesetzt (Gesetzentwurf S. 12 f.).

Daran ist bereits problematisch, daß einfaches heimliches Mithören des öffentlich gesprochenen Wortes ohne Einsatz technischer Mittel herrschend nicht als nachrichtendienstliches Mittel gilt, das Aufzeichnen aber schon.

> Statt aller etwa *Roth*, in: W.-R. Schenke/Graulich/Ruthig, Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, BVerfSchG § 8 Rn. 35.

D.h., es wird hier ein nachrichtendienstliches Mittel in eine Vorschrift über den Einsatz eines nicht-nachrichtendienlichen Mittels aufgenommen und denselben, niedrigen Eingriffsvoraussetzungen unterstellt. Hierdurch wird der prinzipielle Unterschied zwischen nachrichtendienstlichen und nicht-nachrichtendienstlichen Mittel unter Verweis auf die angeblich niedrige Eingriffsintensität des nachrichtendienstlichen Mittels systematisch aufgelöst.

Ein weiteres Problem ist die völlige Unbestimmtheit des Begriffs „öffentlich gesprochenes Wort“. „Die Öffentlichkeit“ gibt es in praktischer Hinsicht eigentlich fast nur bei Live-Übertragung im Fernsehen. Jede andere, präsente Öffentlichkeit ist faktisch immer nur Teil-Öffentlichkeit, da bei kaum einer Versammlung wirklich freier und gleicher Zugang für jedermann gilt. Das liegt – abgesehen von den inzwischen fast überall unabdingbaren Sicherheitsvorkehrungen im Sinne von Zugangsbeschränkungen, Taschenkontrollen usw. – schon daran, daß man erst einmal Kenntnis vom Stattfinden einer ansonsten mehr oder weniger öffentlichen Versammlung haben muß. Politische Parteien und auch andere Weltanschauungsvereinigungen, insbesondere, wenn sie mit Gegnerschaft und Verfolgung konfrontiert sind, versuchen, bereits die Kenntnis vom Stattfinden einer ansonsten durchaus öffentlichen Versammlung aus Sicherheitsgründen möglichst nur den eigenen Anhängern frühzeitig zu übermitteln und jedenfalls politische Gegner so lange wie möglich darüber im unklaren zu lassen. Daher operieren Redner auf solchen Versammlungen unter der Annahme, es im wesentlichen nur mit eigenen Anhängern zu tun zu haben, jedenfalls, so lange Störversuche ausbleiben.

Hinzu kommt weiter, daß die Wahrnehmbarkeit sonstiger Kommunikation bei oder aus Anlaß von „öffentlichen“ Versammlungen wegen der geringen Lautstärke, Umgebungslärm usw. keineswegs dem entsprechen muß, was man sich unter „öffentlich“ vorstellen mag. Ein politisch engagierter Mensch, der gemeinsam mit einigen Freunden eine Kundgebung der von ihm präferierten Partei aufsucht und bei dieser Gelegenheit und aus diesem Anlaß mit seinen Freunden über politische Themen redet, wird kaum selbst die Wahrnehmung haben, er rede gerade „öffentlich“. Die Gesetzentwurfsverfasser behaupten dies aber und meinen, es dürfe also alles ohne weiteres nicht nur belauscht, sondern auch mitgeschnitten werden.

## § 14 Abs. 1 Satz 4 (Drohnen)

Die Abschaffung des bisher geltenden Drohnen-Verbots wird im Gesetzentwurf (S. 21) mit der Erwägung begründet:

> „Insbesondere für die Beobachtung von Strukturen bei Gruppierungen wie den sogenannten völkischen Siedlern ist ein Drohneneinsatz ein sinnvolles und notwendiges Instrument, da Veranstaltungen und Treffen häufig auf abgeschiedenen, schwer einsehbaren Grundstücken stattfinden. Eine herkömmliche Observation stellt aufgrund der fehlenden Möglichkeit des versteckten Agierens bzw. einer erhöhten Enttarnungsgefahr in diesem Umfeld kein geeignetes Mittel zur Aufklärung dar."

Dies ist nun allerdings verräterisch und wirft ein zweifelhaftes Licht auf das gesamte Gesetzgebungsvorhaben. Da soll es also Leute geben („völkische Siedler"), die insgeheim und völlig abgeschieden irgendwelche Dinge tun, deren verfassungsschutzrechtliche Relevanz gänzlich unklar bleibt – offenbar irgendeine Brauchtumspflege, vielleicht ja Volks- oder Viereckstänze oder gar Sonnenwendfeiern. Zugleich suchen diese Leute offenbar in keiner Weise die Öffentlichkeit, behelligen keinen Außenstehenden mit ihrer gemeinschaftlichen Freizeitgestaltung und versuchen niemanden zu missionieren. Es mag ja sogar sein, daß sie politisch wirklich manches anders sehen als typische Linke und Grüne; insofern haben sie sich jedoch offenbar vollends aus dem öffentlichen und politischen Leben zurückgezogen und möchten, ähnlich vielleicht wie manche christliche oder sonstige Sekte, ganz einfach niemanden behelligen und in ihrem Anderssein auch nicht behelligt werden. Es ist unerfindlich, was daran verfassungsschutzrelevant sein soll. Ebensogut könnte man die Notwendigkeit des Drohneneinsatzes mit der Beobachtung von Reitern oder Golfspielern begründen, die in ihrer Freizeit irgendwo im Außenbereich ansonsten schwer zu beobachtenden Beschäftigungen nachgehen, die die große Mehrheit der Bevölkerung nicht weiter interessieren.

Diese Passage in der Gesetzesbegründung zeigt, daß es den Verfassern des Entwurfs offenbar nicht (nur) darum geht, die Verfassungsordnung vor aktivistischen, zumal gewaltbereiten Staatsfeinden zu beschützen, sondern daß ganz allgemein auch völlig zurückgezogene und letztlich unpolitische Menschen, die irgendwie im Verdacht stehen, über ein anders „Mindset" als der typische großstädtische Grünen-Wähler zu verfügen, als potentiell Andersdenkende unter Generalverdacht und unter geheimdienstliche Beobachtung gestellt werden sollen. Dies paßt hinten und vorne nicht zu einem liberalen Verfassungsstaat. Vielmehr war der Umstand, daß Inlands-Geheimdienste aktiv nach Personen fahnden, die im Verdacht stehen, sei es auch in aller Heimlichkeit manche Dinge anders zu beurteilen als staatliche Entscheidungsträger und politische Eliten, ein typisches Merkmal der kommunistischen Diktaturen.

## § 16 Abs. 6 Nr. 2

Es macht ohne Zweifel Sinn, „echte" Jihadisten als Informanten für den Verfassungsschutz gewinnen zu können statt nur zu versuchen, „falsche" Jihadisten bei den echten

einzuschleusen, was häufig nicht gelingen wird und, wenn es doch gelingt, mit großen Entdeckungsrisiken verbunden sein wird. „Echt“ ist eben „echt“ – auch wenn sie jetzt für den VS arbeiten.

### §§ 30 n.F. ff.

Das fünfte Kapitel beschäftigt sich, wie in der Begründung des Gesetzentwurfs, Allgemeiner Teil (S. 10 ff.), angekündigt, mit Anpassungen des NVerfSchG an neuere Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts

> u.a. BVerfGE 141, 220 ff. – *BKA*; BVerfG, NJW 2022, 1583 ff. – *BayVerfSchG;* BVerfGE 163, 43 ff.

v.a. zum Thema der Übermittlung von bereits mit nachrichtendienstlichen Mitteln gewonnenen Daten an andere Stellen und zu weiteren Zwecken. Dazu noch sogleich unter II., *ad Nr. 1,* (1) a.E.

## II. Entschließungsantrag der Fraktion der CDU

### Nr. 1 (neue Aufgaben des VS)

Eine bessere Bekämpfung der organisierten Kriminalität, speziell der Clankriminalität und des Islamismus erscheint sinnvoll. Hierbei mag auch der Inlands-Nachrichtendienst künftig eine Rolle spielen. Jedenfalls nach der hier vertretenen Konzeption sollte diese Aufgabe dann nicht zu den bisherigen Aufgaben des VS *hinzutreten* – wie etwa der Beschäftigung mit Menschen, die auf abgeschiedenen Bauernhöfen angeblich gelegentlich heimlich Volkstänze aufführen, wobei sie jedoch demnächst mit Drohnen beobachtet werden sollen – sondern die Verbrechensbekämpfung könnte dann tendenziell *an die Stelle* der Beobachtung rechtmäßig handelnder Bürger aus rein politischen Gründen treten.

Dabei stellen sich zwei Probleme, ein rechtliches (1) und ein faktisches (2).

(1) Verfassungsschutzbehörden haben schon wiederholt zur Verhinderung geplanter Straftaten beigetragen, von denen sie mit nachrichtendienstlichen Methoden Kenntnis erlangt hatten, und diese dann an die Polizei weiterleiteten. Das Ergebnis scheint begrüßenswert, was aber nichts daran ändert, daß der VS regelmäßig diese Kenntnisse eben nicht nur „zufällig“ erlangt hatte, sondern speziell deswegen, weil die für die Polizei geltenden Restriktionen der StPO eben für einen Nachrichtendienst nicht gelten. Es wurden also im Ergebnis rechtsstaatliche Grenzen verletzt; zwar wurde nicht § 5 NVerfSchG direkt verletzt, aber es hat eben umgekehrt die Polizei mit nachrichtendienstlichen Kenntnissen agiert, die ihr – eigentlich – nicht zustehen.

Es wäre insofern zu hoffen, daß die neuen Regelungen aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts über die Daten-Übermittlung diese Probleme vertretbar lösen helfen; ob dies der Fall sein wird, ist im Rahmen dieses Kurzgutachtens nicht abschließend zu klären, dies kann auch letztlich nur die Praxis ergeben.

(2) Die Bekämpfung von organisierter Kriminalität und erst recht des internationalen Islamismus scheitert in Deutschland nicht an der Formulierung der Zuständigkeitsnormen in Verfassungsschutzgesetzen auf Länderebene, sondern an den mangelnden technischen Möglichkeiten deutscher Dienste und Stellen. Von der Deutschland-Kritik des US-amerikanischen Vizepräsidenten war ja schon in anderem Zusammenhang die Rede; diese ist auch deswegen so relevant, weil Deutschland ohne amerikanische geheimdienstliche Amtshilfe speziell gegen islamistische Anschläge völlig wehrlos wäre. Alle dschihadistischen Anschläge, die in Deutschland bislang verhindert wurden, wurden – soweit hier bekannt – nur aufgrund und dank amerikanischer Hinweise verhindert.

Es wird sich also durch die Umformulierung von Normen nur wenig ändern, so lange Deutschland seine technischen Möglichkeiten nicht revolutioniert und den Zustand, ein informationstechnisches Entwicklungsland zu sein, das aufklärungs- und präventionstechnisch restlos von den USA abhängig ist, hinter sich läßt.

## Nr. 5 (Streichung § 6 Abs. 5 NVerfSchG)

Wer eine solche Forderung erhebt, zeigt, daß er keine Ahnung hat. Die Vorschrift im niedersächsischen VS-Recht ist bundesweit eine Ausnahme – und zwar eine positive.

In Deutschland sind Staatsanwaltschaften bekanntlich nicht unabhängig, sondern letztlich weisungsgebunden; aber immerhin sind sie qua Gesetzes verpflichtet, immer auch zugunsten des Angeschuldigten zu ermitteln, und nennen sich daher gern „die objektivste Behörde der Welt“. Na ja.

Bei Verfassungsschutzbehörden gibt es normalerweise einen solchen „Objektivitätspflicht“ nicht. Und selbstverständlich neigen Verfassungsschutzbehörden daher dazu, im Hinblick auf Beobachtungsobjekte, die der jeweilige Innenminister aus Gründen politischer Konkurrenz als Verfassungsfeinde hingestellt wissen will, *ausschließlich* belastende Momente und Äußerungen zusammenzutragen.

Dies zeigt sich an jedem beliebigen Verfassungsschutzbericht auf Bundes- oder Länderebene, dies zeigte sich jüngst anhand des von verschiedenen Medien, u.a. der Jungen Freiheit, geleakten 1.110-seitigen VS-„Gutachtens“ über die Bundes-AfD (das überhaupt kein Gutachten ist, sondern ein nach der „Methode Correctiv“ zusammengestelltes Sammelsurium von Unterstellungen und Anschuldigungen auf schmaler und meist banaler Tatsachenbasis), und dies zeigt sich auch im derzeit beim Bundesverwaltungsgericht anhängigen Compact-Verfahren.

Wo stehen im Bundes-Verfassungsschutzbericht eigentlich die entlastenden Momente zu Martin Sellner und der „identitären Bewegung“? Wann plant das Bundesinnenministerium, dem nun öffentlich gemachten 1.100-seitigen AfD-Belastungsgutachten ein weiteres „Gutachten“ mit den *ent*lastenden Momenten nachzuschieben, das etwa mit der Feststellung beginnen könnte, das AfD-Bundesprogramm sei verfassungsschutzrechtlich völlig einwandfrei?

Die Vorschrift, die die CDU-Fraktion nun streichen will, ist die vernünftigste im gesamten niedersächsischen VS-Gesetz. Sinnvoll wäre eine Ergänzung der Vorschrift im Sinne einer Subjektivierung: Betroffene könnten dann eine „Objektivitätsklage“ erheben, und dann würde vor den Verwaltungsgerichten geklärt, wie der VS überhaupt zu seinen „Erkenntnissen“ gekommen ist und was alles nicht berücksichtigt wurde, obwohl es quasi offensichtlich war.

### Nr. 13 (echte Dschihadisten)

Wurde schon gezeigt: es ist sinnvoller, echte Dschihadisten für den VS anzuwerben, als unechte Dschihadisten bei den echten einzuschleusen. Wurde im Regierungsentwurf berücksichtigt.

## C. Weitere Fragen des Ausschusses

### Änderung der FDGO-Definition

Die FDGO-Definition folgt der bekannten und verbreiteten einfach-gesetzlichen Definition, die sich etwa in § 4 Abs. 2 BVerfSchG und in § 92 Abs. 2 StGB finden. Eine Änderung auf der niedersächsischen Landesebene würde zunächst dazu führen, daß die einfach-gesetzliche Definition auf Landesebene sich von der auf Bundesebene unterscheiden würde.

Das Bundesverfassungsgericht hat nun in seiner NPD-II-Entscheidung von 2017

> BVerfGE 144, 20 (202 ff; Rn. 528 ff.)

gegenüber solcherlei im Anschluß v.a. an die SPR- und die KPD-Entscheidung

> BVerfGE 2, 1 (12 f.); E 5, 85 (112 ff.; 199 ff.; 230; 236)

entwickelten Kataloge betont, daß der Begriff der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ allein schon wegen des völligen Ausnahmecharakters eines Parteienverbots eine „Konzentration auf wenige, zentrale Grundprinzipien“ erfordere, da Parteien sehr wohl „einzelne Elemente der Verfassung“ hinterfragen können müßten, ohne ein Parteienverbot zu fürchten; sonst gäbe es keinen „offenen Prozeß der politischen Willensbildung“ (a.a.O., S. 205

Rn. 535). Dies hat es dahingehend präzisiert, daß keineswegs der gesamte Inhalt der grundgesetzlichen Selbstbestimmungsgarantie (Art. 79 Abs. 3) die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ bilde, da es Bürgern und Parteien z.B. unbenommen sei, für die Einführung einer Monarchie oder gegen den Bundesstaat zu sein (a.a.O., S. 206 Rn. 537).

An der Umdeutung der FDGO durch das Bundesverfassungsgericht sehe ich positive (1), aber auch zweifelhafte (2) Aspekte:

(1) Unbedingt richtig ist es, daß das Bundesverfassungsgericht die Offenhaltung des politischen Willensbildungsprozesses betont, der keineswegs nur Details, sondern auch die Fundamentalia des Verfassungslebens betrifft. Die gesamte Verfassung ist und bleibt änderbares Menschenwerk, und sogar die innersten Essentialia sei es der Selbstbestimmungsgarantie (Art. 79 Abs. 3 GG), sei es der freiheitlichen demokratischen Grundordnung als der „Essenz der Essenz“ könnten sehr wohl abgeändert werden – zwar nicht durch den verfassungsändernden Gesetzgeber, wohl aber durch das deutsche Volk als der in der Präambel wie in Art. 146 GG vorausgesetzten verfassungsgebenden Gewalt. In gegenwärtigen Verfassungsschutz-Debatten scheinen manche Autoren anzunehmen, das (letztlich völkerrechtliche) Selbstbestimmungsrecht sei dem deutschen Volk erst durch das Grundgesetz – und zwar in gewissen Grenzen! – verliehen worden. Das ist nicht richtig: das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes ist von Natur aus da und besteht fort und fort, solange es ein deutsches Volk gibt, und das heutige Verfassungsgesetz ist nur dessen vorübergehender konkreter Ausdruck in einer bestimmten historischen Epoche. Zur Offenhaltung des Prozesses der politischen Willensbildung muß und sollte, jedenfalls, so lange es die Möglichkeit von Parteiverboten gibt (das könnte man auch ändern!), der Begriff der FDGO eigentlich gar nicht eng genug gefaßt werden.

(2) Bei seinem dahingehenden Versuch hat indessen das Bundesverfassungsgericht m.E. die Bedeutung der Menschenwürde aber auch überbetont. Hierin liegt eine Gefahr der „Individualisierung“, „Privatisierung“ und „Subjektivierung“ des (vermeintlichen) innersten Verfassungskerns. Denn über eine Menschenwürde verfügen immer nur Menschen, nicht aber der Staat oder die Verfassung. Beim der FDGO, zumal im Kontext mit dem Parteienverbot, geht es aber um den Schutz eines konkreten Staates und einer konkreten Verfassung (hier im dezisionistischen Sinne, also im Unterschied zum „Verfassungsgesetz“) vor illegitimen Umsturzversuchen, nicht um das ungestörte Dasein von Individuen.

SPR- und KPD-Entscheidung können jedenfalls immerhin insofern als verfassungsrechtlich mustergültig gelten, als in ihnen nicht auf die (vielleicht rein privaten?) Auffassungen und Meinungen der Parteianhänger ankam, sondern allein auf konkrete Pläne der Parteien als solcher. Die Ansichten, Meinungen oder Haltungen z.B. der KPD-Anhänger fielen seinerzeit für das Bundesverfassungsgericht klar unter die Meinungsfreiheit und das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und hatten nichts mit dem KPD-Verbot zu tun; dafür kam es auf ganz andere Dinge, also institutioneller und programmatischer Natur, an.

Werden Menschenwürde und Verfassungsschutz übermäßig vermengt (gar noch unter Betonung der „elementaren Rechtsgleichheit“, a.a.O. S. 207 Rn. 539, die grundrechtsdogmatisch allerdings von der Menschenwürdegarantie zu unterscheiden wäre!), so taucht die Gefahr auf, daß am Ende Parteien und Bewegungen für „verfassungsfeindlich“ gehalten werden, die die freiheitliche demokratische Grundordnung mitnichten umstoßen wollen, sondern sich z.B. nur gelegentlich in einer Weise ausdrücken, die andere als „würdeverletzend“ erfahren mögen. Darum geht es aber nicht, und eine solche Umdeutung wäre gerade in der heutigen Zeit, wo zahlreiche Minderheiten mit ihren jeweiligen Interessenvertretern um den Opferstatus und daraus abzuleitende Kompensationsansprüche konkurrieren, völlig untunlich.

Am meisten stört mich an der neuen Ausdeutung der FDGO in der NPD-II-Entscheidung dabei in der Tat der (in linken bis linksextremistischen Kreisen vielfach und begeistert rezipierte) – grundrechtsdogmatisch verkehrte Kurzschluß zwischen Menschenwürdepostulat und „elementarer Rechtsgleichheit“ (was immer das bedeuten soll). Jedenfalls im bestehenden Grundgesetz, das das Bundesverfassungsgericht auszulegen und nicht neu zu erfinden hat, ist von der *Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz* (Art. 3 Abs. 1 GG) die Rede, nicht von „elementarer Rechtsgleichheit“. Jedenfalls konservativen Verfassungsinterpreten drängt sich hier der fatale Eindruck auf, das Gericht wolle am Ende das Verständnis der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes von seinen eigentlichen, christlich-naturrechtlichen Wurzeln abschneiden (die u.a. Günter Dürig stets zu Recht betont hat) und stattdessen ein irgendwie „kommunistisches“, jedenfalls radikal-egalitäres Vorverständnis einführen. Dies könnte nicht richtig sein.

(3) Ich würde – wird eine Neuformulierung gesucht – also vorschlagen:

> „Unter der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1 ist der innere Wesenskern sowohl des Demokratie- wie des Rechtsstaatsprinzips des Grundgesetzes zu verstehen. Bei deren konkretisierender Auslegung ist stets das grundgesetzliche Menschenwürdeprinzip mitzuberücksichtigen, welches besagt, daß zwar nicht alle Menschen gleich sind, aber alle Menschen jeweils Rechtssubjekte sind und jeweils Rechte haben.“

## Streichung oder Änderung des Gewaltbegriffes?

Gestrichen werden sollte der Gewaltbegriff auf gar keinen Fall. Er müßte vielmehr stärker im Vordergrund stehen. Denn es war ja schon betont worden, daß sich in einer echten liberalen, verfassungsstaatlichen Demokratie ein Inlandsgeheimdienst nur mit der Abwehr (1) jedenfalls klar rechtswidriger, (2) typischerweise auch gewaltsamer Angriffe auf Staat und Verfassung beschäftigen würde und nicht mit der Beobachtung und Anprangerung unbescholtener

Bürger, die lediglich anderer Ansicht sind als die Regierung, oder Parteien, die der Partei des jeweiligen Innenministers Konkurrenz machen.

Geändert werden sollte er auch nicht, die Definition ist brauchbar. Soll man etwa schreiben: „Gewalt ist auch, wenn jemand etwas sagt, das ein anderer unangemessen findet“? Das wäre natürlich Unsinn.

Vorlage 11 neu
zu Drs. 19/5930

Dr. Tim Wihl
Universität Erfurt
Staatswissenschaftliche Fakultät

**Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen, Niedersächsischer Landtag, Drucksache 19/5930, Stand vom 16. Mai 2025**

In der vorliegenden Stellungnahme zum Gesetzentwurf beschränke ich mich auf zwei Punkte:

*1. Ist eine Änderung der Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in § 4 Abs. 3 NVerfSchG im Hinblick auf die jüngere Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts geboten?*

*2. Empfiehlt sich eine Streichung oder Änderung des Gewaltbegriffs in § 4 Abs. 5 NVerfSchG?*

*Zu 1.*

Bisher ist keine Änderung der Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (fdGO) in § 4 Abs. 3 NVerfSchG vorgesehen. Sie ist jedoch aus verfassungsrechtlichen Gründen geboten. Das ergibt sich aus den nachfolgenden Erwägungen (vgl. zur gesamten Thematik auch Wihl, KJ 2023, 291 ff.).

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat in seiner Judikatur der letzten 20 Jahre die langjährige wissenschaftliche Kritik der „extremismustheoretischen" Deutung des fdGO-Modells implizit an verschiedenen Stellen aufgegriffen, indem es den Stellenwert der politischen Freiheit gestärkt hat und dem Grundgesetz überdies nun eine antinationalsozialistische Stoßrichtung zuschreibt. Es setzte zudem mit dem NPD-Urteil 2017 dadurch eine so ausdrückliche wie einschneidende Zäsur, dass es die „fdGO"-Formel in ihrem Kern wie in ihren einzelnen Elementen *grundlegend revidiert* und auf die Demokratie als Zentralwert festgelegt hat. Diese Zäsur hat das BVerfG im Urteil zu „Die Heimat" (BVerfG, Urt. vom 23.1.2024, Az. 2 BvB 1/19) bekräftigt. *Damit ist der extensive Katalog der fdGO-Elemente, wie er in der Gesetzgebung und Rechtsprechung der 1950er Jahre entwickelt wurde und auch noch § 4 Abs. 3 NVerfSchG bestimmt, verfassungswidrig.*

Mit dem abweisenden Judikat des BVerfG zum zweiten Anlauf eines NPD-Parteiverbots (und seiner Bekräftigung im „Heimat“-Urteil) liegen nunmehr die maßgeblichen Aussagen der Rechtsprechung zum heutigen Inhalt der „fdGO“ vor. Das BfV greift sie in seinen Gutachten zur AfD auf; auch weitere Hinweise lassen auf eine zumindest teilweise entsprechend angepasste Praxis des BfV und verschiedener LfV schließen (vgl. Hohnerlein, DVBl. 2024, 267 ff. mit zahlreichen Nachweisen).
Eine relativ symmetrische Behandlung linker und rechter politischer „Radikalismen“ widerstreitet danach trotz einer insoweit oft noch im Widerspruch zur Verfassungsrechtsprechung stehenden Praxis der im NPD-Urteil ausbuchstabierten dreiteiligen Verfassungssubstanz („fdGO“) von Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat.

a) Definitionsverengung der fdGO (im Vergleich zur Linie der 1950er Jahre)

Das BVerfG verengt und präzisiert in seinem NPD-Urteil (im Folgenden: Rn.) in entscheidender Weise den Rechtsbegriff der fdGO. Diese wird auf die genannten drei Elemente von Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat reduziert, während die weiteren Kriterien, wie sie in den Parteiverbotsurteilen der 1950er Jahre und im BVerfSchG aufgezählt sind, verworfen werden. Das wirkt insbesondere der „Gefahr permanenter, schleichender Definitionserweiterungen“ der fdGO (van Ooyen, RuP 2017, 468 ff., 470) entgegen, die lange auch die Praxis des BfV und der Landesämter gerade im linken Spektrum befördert hat: „Im Falle der fdGO wiederum müssen – gerade auch in der täglichen Arbeit der Verfassungsschutzbehörden – dann immer mehr politische Inhalte als `extremistisch´ oder zumindest `problematisch´ bewertet und beobachtet werden“ (van Ooyen 2017, 471). Van Ooyen nennt selbst das Beispiel der Partei Die Grünen der 1980er Jahre; andere fragwürdige Fälle sind Legion, etwa Teile der aktuellen Klimabewegung oder Oppositionelle gegen das aktuelle kapitalistische Wirtschaftssystem.
Die Folgen der nun erfolgten Rechtsprechungswende hin zum „Unabdingbaren“ (Rn. 535 ff.) sind deshalb erheblich und im Großteil der kommentierenden Literatur auch bereits früh erkannt worden (vgl. nur Ebert/Karaosmanoglu, DVBl. 2017, 375 ff.; Gusy NJW 2017, 601 ff.; Kingreen, JURA 2017, 499 ff.; Linke, DÖV 2017, 483 ff.; Shirvani DÖV 2017, 477 ff.; van Ooyen 2017). Entscheidend sind neben der deutlichen

*Verschlankung* der Definition die nunmehr erreichte immanente *Verschränkung* und Bedingtheit der drei Momente der fdGO. Der Senat „schlägt sich (…) auf die Seite des eher funktionell-libertären Demokratie-, Grundordnungs- und Verbotsverständnisses“ – ein „relevanter Wandel“, wie Tobias Linke (Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung) zu Recht resümiert (Linke 2017, 487). Die „materiellen Gehalte“ fielen auch als Reaktion auf die Kritik an den Verbotsurteilen der 1950er Jahre aus der Definition des Schutzguts fort (Linke 2017, 488).

Die *Menschenwürde* wird insbesondere hinsichtlich des in ihr enthaltenen Rechtsgleichheitsgrundsatzes unter anderem im *antirassistischen* Sinn akzentuiert: eine – sei es auch verdeckt – rassistisch begründete Ungleichbehandlung verstößt gegen den elementarsten Verfassungsgrundsatz des GG. Dasselbe gilt für eher menschenwürdebezogene Verständnisse des Antisemitismus – *menschenwürdebezogen* wäre dieser tendenziell personal (wahrscheinlich nahe an der wissenschaftlich vorgeschlagenen Definition „Antisemitism is discrimination, prejudice, hostility or violence against Jews as Jews (or Jewish institutions as Jewish).“ und an ähnlichen, angemessenen Bestimmtheitsanforderungen genügenden, personenorientierten Definitionen) zu begreifen, dürfte mithin jedenfalls keine bloße politische Kritik einschließen. Diese Deutungsfrage ist zwar allein wissenschaftlich zu diskutieren und erst recht nicht politisch zu entscheiden, aber im Kontext der neuen fdGO-Formel *rechtlich bedeutsam*: denn *nur menschenwürdebezogen-personale* Verständnisse des Antisemitismus oder Rassismus sind überhaupt juristisch aufgreif- und anwendbar, jedenfalls im Kontext des Verfassungsschutzrechts und weiterer Anwendungsgebiete der fdGO.

Gleiches gilt für Diskriminierungen aufgrund von Abstammung, Alter, Gesundheit, Fähigkeiten oder Geschlecht (Rn. 541 f.). Ihr Verbot bildet den menschenrechtlichen Kern der Würde, die nun vollständig auf „*egalitäre Freiheit und Teilhabe“* (Linke 2017, 488, meine Hervorhebung) in der rechtsstaatlichen Demokratie ausgerichtet ist.

Das Demokratieprinzip, als „Herzstück“ der neuen Deutung, ist ein Ausdruck der in der Menschenwürde enthaltenen gleichen Freiheit und entfaltet deren kollektive Dimension. Demokratie wird von der Basis, von unten nach oben gedacht (deutlich Gusy 2017, 601). Eine Garantie verfestigter Strukturen etwa des parlamentarischen oder repräsentativen Systems ist damit ebenso wenig verbunden wie eine Festlegung auf das Mehrparteiensystem (ebenso Shirvani 2017, 479). Der Demokratieschutz ist „prozedural“ ausgerichtet (Linke 2017, 488).

Das Rechtsstaatsprinzip ist ebenfalls als Ausfluss gleicher Freiheit „von unten“ „im Dienst des Einzelnen“ (Linke 2017, 487) gedacht und trifft im Kontext der Demokratie fast keine substantiellen inhaltlichen Festlegungen, weil es wesentlich demokratisch ausgestaltbar bleiben soll. Das gilt insbesondere für die *Inhalte der einzelnen Grundrechte*.

Das Attribut „freiheitlich“ in der fdGO steht nicht für irgend geartete, etwa politisch liberale Inhalte, sondern wird letztlich tautologisch (so auch Linke 2017, 489) mit dem zweiten Attribut „demokratisch“ verschmolzen. Eine materiale Aufladung des Rechtsstaatsgedankens als „Wertordnung“, die ihn in einen Gegensatz zur Demokratie und zu einer abstrakt verstandenen gleichen Freiheit bringen könnte, wird konsequent vermieden.

Die fdGO wird so auf überzeugende Weise deutlich schlanker, fundamentaler und widerspruchsfreier konzipiert, *„deliberativ“* und in gewisser Hinsicht „relativistischer“ (im unschädlichen Sinne Hans Kelsens und des aktuellen Forschungsstandes der Demokratietheorie) (vgl. Linke 2017, 492). Damit geht, wie auch Linke hervorhebt, eine *Abkehr von materialen Konzepten liberaler Demokratie* einher, wie sie von Vertreter:innen der „Extremismustheorie“ wie Eckhard Jesse vertreten werden (vgl. dessen Zitierung a. a. O. in Fn. 101).

Das ändert nichts an der grundlegenden Bedeutung gerade der Menschenrechte, aber eben im Rahmen der fdGO reduziert auf deren jeweiligen *„Menschenwürdekern“* oder absoluten Wesensgehalt. Die Demokratie und der Rechtsstaat sind beide und gleichermaßen deren abstrakte institutionelle Ausdrucksformen – nicht mehr, aber vor allem auch nicht weniger. „Der Staat ist um des Menschen willen da“ – ausnahmslos soll dieser Ursprungsformulierung des Menschenwürdeartikels des GG nun genügt werden (vgl. Rn. 538: dem Staat wird „jede Absolutheit“ im Sinne einer vorrangigen Staatsraison genommen).

Die Bestimmung der *Inhalte* der gleichen Freiheiten und deren Rangverhältnis im Einzelfall – etwa die Bedeutung der staatlichen Sicherheitsgewährleistung – stehen in der fdGO keinesfalls fest. Die fdGO ist *etatismuskritisch* und menschenrechtlich angelegt, der Staat eine *bloße Funktion* der Menschenwürde und nur kollektiv realisierbaren gleichen Freiheit. Er muss sich ausnahmslos *„von unten“* vor dem Maßstab *demokratisch auszufüllender gleicher Freiheitsrechte* begründen. Die Inhalte des Rechtsstaates sind daher irreduzibel politisch und stehen in der demokratischen Kontroverse.

FdGO ist hingegen nur das, was fast universal außer Streit steht, namentlich was Bedingung der Möglichkeit des demokratischen Zusammenlebens auf der Grundlage der Würde respektive gleicher Selbstbestimmung ist. Von Anti-„Extremismus“, gar Anti-Radikalismus, „Ordnungsstaat“ oder „von oben“ festgelegter „Wertordnung“ kann als fdGO-Gehalt keine Rede sein.

Selbst an diesen sehr engen Maßstäben gemessen, musste die NPD als verfassungsfeindlich – wenn auch nicht verfassungswidrig – eingestuft werden. Erkennbar erfüllen den im Urteil herausgearbeiteten Rassismustatbestand auch andere politische Kräfte, die ebenfalls als verfassungsfeindlich betrachtet werden dürfen. Viele bisher verdächtigte politische Akteure dürften hingegen angesichts der neuen Maßstäbe des BVerfG eine Art Absolution erhalten haben oder jedenfalls erhalten müssen, zumal gerade die weit ausführlicheren und material aufgeladeneren Kriterien des KPD-Urteils, ein regelmäßig in der Wissenschaft kritisiertes „Sammelsurium“ ohne klaren Zusammenhang (vgl. Rn. 534, prominent zu dessen „Theorielosigkeit“: Dreier/Morlok, GG, 2015, Art. 21 Rn. 148), eindeutig verworfen wurden. Das geschah zugunsten einer nunmehr kohärenten fdGO-Vorstellung auf homogener Basis, mit der der Begriff der fdGO „*abstrahiert* (meine Hervorhebung) von der verfassungsmäßigen Ordnung des Grundgesetzes“ (Kingreen 2017, 501) gefasst wird. Diese Abstraktion auf das, was „schlechthin unverzichtbar ist und daher außerhalb jedes Streits stehen muss“ (Rn. 535), kann gar nicht genug hervorgehoben werden. Darin kristallisiert sich die fundamentale Wende der Konzeption der Verfassungsfeindlichkeit unter dem Grundgesetz, die 2017 eingeleitet worden ist.

### b) Neues Fundament der fdGO

Die fdGO ist mit dem NPD-Urteil insgesamt auf ein neues, demokratisch-menschenrechtliches Fundament gestellt, das die Staatsordnung allein als Ausdruck einer Orientierung am Grundprinzip gleicher Freiheit legitimiert. Das kann man daran ermessen, dass die Würde im Verständnis des BVerfG nichts anderes als den nicht verhandelbaren Kern aller Menschenrechte bezeichnet: Folter- und Sklavereiverbot, materielles Existenzminimum sowie vor allem die *elementare Rechtsgleichheit*, den egalitären „Achtungsanspruch des Einzelnen als Person“ (Rn. 541), insbesondere als Verbot von antisemitischen, rassistischen, sexistischen oder ableistischen personalen

Diskriminierungen, wie sie in besonders drastischer Form die NS-Unrechtsherrschaft kennzeichneten. Zwar soll die Abwendung vom NS laut dem NPD-Urteil kein *eigenständiger* Bestandteil der fdGO (wenn auch, siehe „Wunsiedel"-Entscheid, ein überragendes Verfassungsprinzip) sein („Wesensverwandtschaft mit dem NS" soll keinen eigenen Verbotsgrund, aber doch ein starkes Indiz bilden!) – aber dies nur deshalb, weil sie sich klarer denn je in dem neu präzisierten Fundament der fdGO in der Menschenwürde ohnehin verankert hat. Die Menschenwürde bringt damit die elementare Freiheit und Gleichheit aller Menschen zum Ausdruck.

Sie ist als solche auch das Fundament der Demokratie, die laut BVerfG nurmehr als kollektive Selbstbestimmung, also „bottom up" (Volkssouveränität!), von den Bürger:innen zu den Staatsorganen, und keineswegs als Sicherung eines institutionellen Status quo zu verstehen ist. Die Demokratie ist „Herrschaftsform der Freien und Gleichen" (Rn. 542). *Das BVerfG betont, etwa das Repräsentationsprinzip sei nicht unverhandelbar, der Parlamentarismus nur eine Ausdrucksform der Demokratie unter vielen* (vgl. Rn. 543). So sind insbesondere Bemühungen, mehr „Basisdemokratie" zu erreichen, in die fdGO unzweifelhaft eingeschlossen. Auch eine vollständig unmittelbare Demokratie wäre der repräsentativ-parlamentarischen laut BVerfG gleichgestellt.

Das Postulat jüngerer Demokratietheorie, gerade die *permanente Institutionenkritik*, unhintergehbare Polymorphie und die ständigen Metamorphosen der Demokratie als deren Wesenskern anzusehen, greift Karlsruhe erkennbar auf und macht es zum Definitionsbestandteil der fdGO. Eine konservierende Ideologie des politischen Status quo liegt hier keineswegs vor; vielmehr knüpft das BVerfG ideell an seinen Brokdorf-Beschluss zur Versammlungsfreiheit (BVerfGE 69, 315) an, in dem es gerade die Ausübung politischer Freiheit in Versammlungen, „ein Stück ursprünglich-ungebändigter, unmittelbarer Demokratie" (Rn. 67), als notwendiges „Frühwarnsystem" (ebd.) bezeichnet, das politischen Reformbedarf anzeigt – fürwahr ein gegenüber den Verfassungsschutzämtern gleichsam umgekehrtes Verständnis vom „politischen Frühwarnsystem". Die Demokratie als Ausdruck menschlicher Würde, sonach gleicher Freiheit und Selbstbestimmung, kann nur „von unten nach oben" gedacht und verteidigt werden.

Gleichfalls leitet das BVerfG sein drittes Konstitutionsmoment der fdGO, den Rechtsstaat, nun konsequent aus dem Prinzip der gleichen Freiheit her. Der Rechtsstaat erfüllt nicht mehr und nicht weniger als rein individualistische Ziele des

Schutzes der Einzelnen vor übermächtiger Herrschaft, vor willkürlicher Machtausübung und vor einer nicht gewahrten elementaren Rechtsstellung, wobei dieser Schutz mit zumindest *auch demokratisch* motivierten Mitteln wie der grundsätzlichen Gewaltenteilung, der Gesetzesbindung (Art. 20 III GG!) oder dem Vorbehalt des Gesetzes sowie demokratisch legitimierten, unabhängig arbeitenden Gerichten sicherzustellen ist.

Was hier in erstaunlicher Deutlichkeit erkennbar wird, ist die Abkehr von einem „altliberalen" Gegensatz von Demokratie und Rechtsstaat: beide sind vielmehr durch den gemeinsamen Grundsatz gleicher Freiheit aus der Würde miteinander engstens verflochten, verschränkt oder gegenseitig bedingt und beziehen ihre Dignität allein daraus. Damit sind aber auch Gestaltungsspielräume hinsichtlich der genauen Ausprägung rechtsstaatlicher Institutionen eröffnet, die ihrerseits gerade ursprünglich aus der gleichen Freiheit als Fundament erwachsen, etwa eine eher als „rule of law" begriffene Rechtsstaatlichkeit oder ein kollektiv organisierter Rechtsschutz inner- oder außerhalb der staatlichen Justiz. Der Staat muss seine unter geregelten Umständen legalisierte Gewaltausübung, deren *hinkende Monopolisierung* (wiederum) allein *funktional* im Interesse der gleich freien Bürger:innen zu begreifen ist, kraft fdGO (anders als im „konservativ-etatistische(n) Erbe des kontinentaleuropäischen Absolutismus", so van Ooyen 2017, 472) stets gegenüber den Bürger:innen rechtfertigen und deren egalitäre Praxis immer wieder neu sicherstellen; umgekehrt kommen gesetzliche Einschränkungen individueller Freiheit durch den Staat zugunsten der kollektiven Sicherheit in Betracht, aber keine Rechtfertigungspflicht der Bürger:innen im Sinne eines Verfassungsgrundsatzes der fdGO.

### c) Weitere Zugeständnisse an die liberale Kritik

Auch in anderen Teilen des NPD-Urteils finden sich bedeutende Zugeständnisse an eine kritische wissenschaftliche Literatur, die das Instrument des Parteiverbots im Rahmen der „wehrhaften Demokratie" als ein höchst zwiespältiges Mittel sieht. Offener denn je bekennt sich das BVerfG zur „Zweischneidigkeit" (Rn. 405, 586) der Mittel der streitbaren Demokratie, die der Freiheit größeren Schaden als Nutzen zufügen könnten. Daher begrenzt das Gericht das Parteiverbot – unabhängig von der gezeigten sparsameren und im Fundament umgestülpten Lesart der fdGO – anhand des

Tatbestandsmerkmals „darauf ausgehen“ auf die Fälle eines potentiellen Erfolges der verfassungsfeindlichen Agitation.
Das Potentialitätskriterium wirkt allerdings – darauf kommt es hier an – auf die gesamte Konzeption der repressiven Elemente der streitbaren Demokratie zurück: diese ist erst dann ein angemessenes Reaktionsinstrument des Staates, wenn die grundrechtlich geschützte politische Meinungskundgabe für die Verfassungsordnung ernsthaft und nachweisbar gefährlich wird. Auch verfassungsfeindliche „Bestrebungen“ als allzu unbestimmter, aber entscheidender Schwellen-Rechtsbegriff der VerfSch-Gesetze gehören entsprechend restriktiver ausgelegt und sollten sich, wenn schon nicht auf ein enges konkretes Gefahrenvorfeld wie beim Parteiverbot, so doch auf (kollektives) aggressiv-kämpferisches *Handeln* (nicht wie in der überholten Rechtsprechung: *Haltung*), besser: *gewaltbezogene* Aktivitäten, anstelle von an sich harmlosen Ausdrucksformen politischer Freiheit wie Reden, Versammlungen, Presseartikeln oder gewöhnlicher Parteiarbeit konzentrieren. Eine (de facto) verlängerte Gesinnungskontrolle findet entsprechend den neuen Karlsruher Maßstäben nicht (mehr) legal statt.

### d) Zäsurwirkung

Mit dem NPD-Urteil ist nach dem Gesagten eine *Zäsur* in der Rechtsgeschichte des Konzeptes der fdGO als Kernelement der streitbaren Demokratie erreicht worden. Das BfV scheint die neuen, schlankeren Maßstäbe in seiner kritischen Bewertung der AfD bereits anzulegen, verweigert sich aber wie die Landesämter teils noch einer gebotenen Anpassung seiner Praxis, indem es einer Art „zweistufigen“ Konzeption der fdGO zu folgen scheint. Dafür besteht aber keinerlei Grund, wie nicht nur van Ooyen in seinem Plädoyer *für eine gesetzliche Änderung* (oder mindestens verfassungskonforme Auslegung) des § 4 II BVerfSchG – und entsprechend wäre zu ergänzen: auch des § 4 III NVerfSchG – zu Recht herausgestellt hat (van Ooyen 2017, 472; aktuell ebenso u. a. Hohnerlein 2024). Das Konzept der fdGO ist ein *einheitliches* und nicht mit den in der Tat abstufbaren Eingriffsschwellen (je nachdem, ob Beobachtung, Nennung in Berichten, Vereinsverbot, Parteienfinanzierungseinschränkung, Parteiverbot…) zu vermengen. Daher ist auch der vereinzelten Auffassung entgegenzutreten, die bisher in Übereinstimmung mit der fdGO gelesene „verfassungsmäßige Ordnung“ in Art. 9 II GG bezeichne fortan ein Plus

gegenüber der nun enger verstandenen fdGO (anders überzeugend BVerfGE 149, 160: „elementare Grundsätze der Verfassung“, Ls. 3 b) und Rn. 107). Solche Grundordnungs-Zweistufigkeit überzeugt nicht, weil sie die grundrechtlich geforderten Eingriffs*schwellen* mit dem Eingriffs*grund (Schutzgut!)* unlogisch vermengt und so zur rechtsdogmatischen Verwirrung beiträgt. Das BVerfG lehnt sie in seiner jüngsten Rechtsprechung (a. a. O.) zu Recht ab und bekennt sich zur *Einheitlichkeit der fdGO*.

Zu resümieren ist nach dem Gesagten:

*Erstens:* Die sog. Extremismustheorie erfährt nicht nur politikwissenschaftlich, insbesondere demokratietheoretisch, eine überwältigende und sehr gut begründete Ablehnung. Sie hat auch *keine normative Stütze im Grundgesetz*.

Damit bricht der sog. normativ-administrative Extremismusansatz zusammen. Er widerspricht der jüngeren Rechtsprechung des BVerfG, das die zugrunde liegende Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung derart *verschlankt* und *entmaterialisiert* hat, dass nur noch deliberative oder (allgemeiner:) *prozedural* orientierte Demokratiekonzepte auf dem gleichfreiheitlichen Boden der deutschen Verfassung legitim verteidigbar erscheinen.

Der Verfassungsschutz – besser noch: die politische Bildungsarbeit – muss sich verstärkt demokratiefeindlichen Tendenzen der „Mitte“ der Gesellschaft zuwenden, in der diskriminierende Einstellungen weit verbreitet sind, die dem vom BVerfG hervorgehobenen Würdeverständnis als elementarer Rechtsgleichheit widerstreiten.

Der Demokratiebegriff und der Rechtsstaat sind ebenfalls weit offener und zudem nur in immanenter Verschränkung mit einer anti-etatistischen, egalitären Würdekonzeption „von unten“ zu verstehen, anders als es die sog. Extremismustheorie nahelegt. Diese will eher eine Verfasstheit als die Verfassung schützen und begreift im Widerspruch zur Verfassungsrechtsprechung Demokratieschutz als Staatsschutz.

Wer hingegen auf dem Boden der verfassungsrechtlichen fdGO argumentiert, sollte sich mit dem BVerfG (schon vor dem NPD-Urteil: BVerfG, Az. 1 BvR 1106/08, gegen den Rechtsextremismus- als Rechtsbegriff) und dem konsolidierten Stand der politikwissenschaftlichen Forschung von der Extremismustheorie verabschieden. Jegliche politischen Orientierungen und Radikalismen verdienen ihre eigene Theorie.

*Zweitens: Die gesetzliche Formulierung in § 4 III NVerfSchG ist an die neue Verfassungslage anzupassen. Die Formulierungen aus dem NPD-Urteil des BVerfG sind zu übernehmen (fdGO als Schutz von Menschenwürde, Demokratie und*

*Rechtsstaat).* (Selbst wenn man davon ausginge, Länder dürften die Definitionen aus dem BVerfSchG nicht einschränken, sondern nur ausweiten, wofür verfassungsrechtlich allerdings kein durchschlagendes Argument spricht, bedeutet eine Anpassung an das NPD-Urteil nur eine Klarstellung und Anpassung an die auch bundesrechtlich verbindliche Verfassungslage.)

*Zu 2.*

Eine Streichung oder Änderung des Gewalterfordernisses für Einzelpersonen in § 4 V NVerfSchG ist nicht zu empfehlen.

*Gewaltförderliche*, gewaltvorbereitende oder gewaltverherrlichende Aktivitäten, inklusive Menschenwürdeverletzungen auf dem Niveau von *psychischer Gewalt* (im Sinne einer an Diskriminierungsmerkmale anknüpfenden Einschüchterung), sollten im Gegenteil vorzugsweise eine *allgemeine* Voraussetzung der Beobachtung von verfassungsfeindlichen Bestrebungen sein. Ein „hinkendes" Vorbild könnte hier etwa das Verfassungsschutzgesetz von Mecklenburg-Vorpommern sein, vgl. § 6 II MVVerfSchG.

Der Verfassungsschutz von oben sollte sich – wie zu zeigen ist – auch in Niedersachsen – wie in Mecklenburg-Vorpommern – vorzugsweise aufgrund von Wertungen eines erst noch an die Verfassung anzupassenden Rechts *(de lege ferenda)* nur um solche politischen „Bestrebungen" kümmern, die einen irgendgearteten *physischen oder psychischen Gewaltbezug* aufweisen. Mein Vorschlag lautet, eine solche Neubestimmung des Rechtsbegriffs der „Bestrebungen" gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vor dem Hintergrund dreier Modelle des Verfassungsschutzes theoretisch einzuordnen, die als etatistisch, liberal und republikanisch zu bezeichnen sind. Ein Blick in die Rechtsgeschichte und aktuelle Rechtsprechung beweist, dass alle diese Verständnisse eine Stütze im deutschen Verfassungsschutzrecht finden.

Im Folgenden möchte ich einen Impuls für eine schärfere Konturierung der „Bestrebungen" geben. Das Ziel ist, die bisherige Beliebigkeit der Beobachtung einerseits unbedeutender, harmloser politischer Splittergruppen oder gar Zeitschriften, andererseits tatsächlich gefährlicher terroristischer Milieus zugunsten eines konsistenten Konzepts der Beobachtungsobjekte zu überwinden. Die bisherige Auseinandersetzung konzentrierte sich bisher fast nicht auf diesen Tatbestand der

Bestrebungen, sondern nahezu ausschließlich auf die fdGO, und erreichte in der Zeit des sogenannten Radikalenbeschlusses in den 1970er Jahren, der „Extremist:innen“ aus dem öffentlichen Dienst fernhalten sollte, eine beträchtliche Schärfe.
Eher stiefmütterlich werden seit jeher die „Bestrebungen“ behandelt, bis heute herrscht hier große Ratlosigkeit; wohingegen sich das Bundesverfassungsgericht des logisch herausfordernden Problems einer Grundordnung, die aus Prinzipien besteht, zuletzt 2017 in der NPD-Verbotsentscheidung umfassend angenommen hat.
Was die „Bestrebungen“ angeht, steht eine Klärung hingegen noch aus. Ansätze zur Konturierung lassen sich indes in der jüngeren Rechtsprechung, gerade des Bundesverfassungsgerichts, wie auch in manchen Gesetzesformulierungen erkennen. Sie verdienen es, konsequent weitergedacht zu werden.
Einen interessanten Anhaltspunkt bietet eine etwas versteckte Formulierung aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Beobachtung des seinerzeitigen Abgeordneten Bodo Ramelow von 2013 (BVerfGE 134, 141). Dort heißt es in Bezug auf die beobachtungsrelevanten Verhaltensweisen von Abgeordneten: „Ein Überwiegen des Interesses am Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung kommt insbesondere dann in Betracht, wenn Anhaltspunkte dafür bestehen, dass der Abgeordnete sein Mandat zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung missbraucht oder diese aktiv und aggressiv bekämpft.“ (Rn. 121) Die zweite Option ist nicht mandats- und damit nicht abgeordnetenspezifisch. Unterstellt man die prinzipielle Gleichrangigkeit von freiem Mandat und anderen, universalen Grundrechten der Verfassung, wie es der Rechtsprechung entspricht, kann man hier einen Hinweis auf die Deutung der „Bestrebung“ als aggressiv-kämpferische Verhaltensweise erkennen. Eine Privilegierung von Abgeordneten gegenüber anderen Staatsbürger:innen ist keineswegs zwingend. Der Gewaltbezug (aggressiver Kampf) lässt sich vielmehr auf die Citoyens insgesamt erstrecken.
Einzelpersonenbezogene Wahrscheinlichkeitsurteile müssen sich auf Besonderheiten des jeweiligen *Verhaltens* stützen, nicht primär auf persönliche Eigenschaften, soziale Bindungen oder gar kategoriale Zuordnungen zu bestimmten Personengruppen. Bedeutsam sind zudem ein nicht in die unüberschaubare Zukunft verlegter Gefährdungszeitpunkt und eine objektive Gesamtwürdigung aller Umstände. Diese allgemeinen sicherheitsrechtlichen Grundsätze müssten angesichts der besonderen Grundrechts- und Demokratierelevanz *politischer* Verhaltensweisen auch für die stark

ins Vorfeld von bilanzierbaren Schäden für die Grundordnung verlegten Beobachtungen von „Bestrebungen“ gelten.

Das Bundesverfassungsgericht konstatiert zwar in der jüngeren Judikatur die besondere Beobachtungsbedürftigkeit gewaltgeneigter „Bestrebungen“, aber zählt auch legalistische oder pazifistische Verhaltensweisen zumindest verfassungsrechtlich als diffuse „Bestrebungen“. Die gelegte Spur aus der Ramelow-Entscheidung wird so erst einmal wieder verwischt. Die besondere, schlechthin konstituierende Bedeutung der politischen Grundrechtsausübung für die Demokratie gerät aus dem Blick, wenn wenigstens potentielle Schäden für die Grundordnung gar nicht absehbar sein müssen, um Überwachungsmaßnahmen mit der ihnen inhärenten Stigmatisierungswirkung und Verzerrung des politischen Diskurses (vor allem qua Abschreckungswirkung) zu rechtfertigen.

„Nach einer Recherche des Bayerischen Rundfunks haben zahlreiche Funktionäre der Klägerin des bayerischen Landesverbands in einer internen Chat-Gruppe die Bundesrepublik Deutschland als totalitäres System verunglimpft und Umsturzfantasien und Aufrufe zur Gewaltanwendung geäußert. Zu den Administratoren der Gruppe zählten der Landesvorsitzende Protschka, der auch dem Bundesvorstand der Klägerin angehört, sowie der Bundestagsabgeordnete Huber (Bl. 253 ff. GA).“ Die hier zitierte Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln zur Einstufung der AfD als Verdachtsfall einer „Bestrebung“, deren Bestätigung durch das Oberverwaltungsgericht Münster 2023 erfolgt ist, weist zumindest indirekt einen Ausweg (VG Köln, 8.3.2022, Az. 13 K 326/21). Denn dort führt das Gericht Belege für eine Verfassungsfeindlichkeit der Partei an, die auf die Argumentation des NPD-Urteils zurückgreifen, wonach ein ethnischer Volksbegriff der Menschenwürde widerspricht. Die aufgezählten Verhaltensweisen sind teils legal, insbesondere wenn es um programmatische Äußerungen geht, teils werden aber auch illegale oder jedenfalls *gewaltbezogene* Handlungen angedeutet. Das erscheint ein erfolgversprechender und plausibel begründeter Weg zur Verdachtseinstufung zu sein. Statt auf kontroverse Meinungsbeiträge wäre dann auf strafrechtlich relevanten Rassismus abzustellen, wie er nicht nur im Volksverhetzungs- und Beleidigungstatbestand, sondern auch im EU-Rahmenbeschluss 2008/913/JI thematisiert wird. Hinreichend viele solcher *psychisch gewaltsamen* Äußerungsdelikte, aber auch die schon bei der NPD relevanten physischen Aggressionen wären aufzuführen, wobei die Prüffallphase sich auf

*Anhaltspunkte jeder Art für physische und psychische Gewaltorientierung* (inklusive Ermutigung etc.) zu richten hätte.

Landesgesetze weisen teils in die hier vorgeschlagene Richtung. So heißt es in Mecklenburg-Vorpommern in § 6 II MVVerfSchG: „Eine Bestrebung im Sinne des Gesetzes ist insbesondere dann gegeben, wenn sie auf Gewaltanwendung gerichtet ist oder sonst ein kämpferisches und aggressives Verhalten gegenüber den (in Absatz 3 genannten) Grundsätzen (der fdGo) erkennen lässt.“ Zwar relativiert das Adverb „insbesondere“ das Gewaltkriterium wieder. Doch lässt sich hier zumindest das Ansinnen herauslesen, sich bei den Bestrebungen am *Leitbild des Gewaltbezugs* zu orientieren. Einfach klarzustellen wäre eine alleinige Ausrichtung sogenannter „Bestrebungen“ auf jegliche Gewaltform.

*Drei Modelle des Verfassungsschutzes*

Streitbar demokratisch sind die drei nun vorgestellten Modelle der Beobachtungspraxis des Verfassungsschutzes sämtlich. Sie akzentuieren allerdings die Rolle von Mitbürger:innen, politischen und zivilgesellschaftlichen Gruppen, Nachrichtendiensten und Polizei bei der Verteidigung der Grundordnung – Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat – je etwas anders. Daraus folgen verschieden enge oder weite Auslegungen des Bestrebungsbegriffs.

Das erste Interpretationsmodell ist das etatistische oder auch hobbesianische Modell. Es geht auf die Furcht vor den Leidenschaften der Masse zurück, wie sie sich in der ersten Phase des modernen Staatsschutzes ungebrochen Ausdruck verschaffte, etwa im Sozialistengesetz. Dieses Modell war repressiv und zugleich erfolglos. Es lebt allerdings im Bestrebungsbegriff insoweit fort, als darin jenseits bloß innerer Gesinnung bereits fundamentalkritische bürgerschaftliche Meinungsäußerungen staatlicherseits unter Verdacht gestellt sind. Hier kristallisiert sich ein Vorurteil gegenüber politischer Selbstorganisation von unten, das sich auch in der unterstellten besonderen Gefährlichkeit kollektiver Aktion niederschlägt. Der Staat erscheint als transzendente Anstalt, restbeständig „sterblicher Gott“, wie der Hobbes´sche Leviathan.

Das zweite Modell stellt sich dem ersten radikal entgegen, teilt aber ironischerweise manche seiner typisch neuzeitlichen Prämissen. Hans Kelsen forderte, der Staat, ebenfalls als Herrschaftsverband verstanden, müsse sich auf den Schutz der Demokratie vor physischer Gewaltausübung beschränken. Das sei der Preis der

Freiheit. Dieser Gedanke lebte bei Jurist:innen wie Ralf Dreier oder Horst Meier fort, auch andere dachten in diese liberale Richtung. Ein trennschärferes Kriterium stehe dem Staat nicht zur Verfügung, und nur so könne er seinen Gesellschaftsvertrag erfüllen, der bedauerlicherweise – aber verfassungsrechtlich zulässig nur durch die Bürger:innen-Mehrheit selbst – aufkündbar sei.

Als eine Variante der liberalen Modellierung der Bestrebungen mag ein *republikanisches* Konzept gelten, das sich auf den konsequent innerweltlich gedachten Staat als Gemeinwesen seiner Bürger:innen stützt. Hier ist der Staat der institutionelle Ausdruck des jeweils vorhandenen Willens einer öffentlich kooperierenden Bürgerschaft. Jegliche Macht begründet sich nach Hannah Arendt – hier nahe beim Machtbegriff Spinozas – gleichsam horizontal durch gemeinsames Handeln. Das Anathema dieser politischen Macht, die sich punktuell in wandelbaren herrschaftlichen Institutionen verfestigen kann, ist die Gewalt. Denn Gewalt – verstanden als gezielte Verletzung der körperlichen und psychischen Integrität – zerstört die Grundlagen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens. Wenn sie zudem politisch agiert, indem sie Bürger:innen offensiv körperlich oder seelisch herabwürdigt, um ihre Fähigkeit zur Kooperation und zur gemeinsamen Machtausübung anzugreifen, haben wir es nicht nur mit einem Zivilisationsproblem, sondern mit einer Untergrabung der Grundlagen der Demokratie zu tun. Hier liegt der Ansatzpunkt für ein Neuverständnis der *„Bestrebungen“ als aggressiv-kämpferisches Verhalten, ob von Einzelnen oder von Kollektiven* – und zwar gerade in halböffentlichen Räumen wie digitalsozialen Netzwerken, die insoweit potentiell konspirativ sind, wie sie das von Arendt so geschätzte Licht der Öffentlichkeit scheuen.

Für die *Republik* gefährlich sind Einzelpersonen und kollektive Zusammenschlüsse jeweils nur bei der skizzierten Gewalt*orientierung*. Von der avisierten Gesetzesänderung ist daher sinnvollerweise Abstand zu nehmen.

| | |
|---|---|
| Vorlage | 9 |
| zu Drs. | 19/5071 |

| | |
|---|---|
| Vorlage | 12 |
| zu Drs. | 19/5930 |

HöMS
HESSISCHE HOCHSCHULE
FÜR ÖFFENTLICHES MANAGEMENT
UND SICHERHEIT
University of Applied Sciences

Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit
Campus Kassel, Frankfurter Str. 365, 34134 Kassel

Niedersächsischer Landtag
Vorsitzender des Ausschusses
für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes
Herrn Gerd Hujahn
Hannah-Arendt-Platz 1

30159 Hannover

*per E-Mail:*
*lars.wiesehahn@lt.niedersachsen.de*

**Prof. Dr. jur. Mattias G. Fischer**

Fachbereich Polizei

Campus Kassel
Frankfurter Str. 365
34134 Kassel
Tel.: +49 611 3256-9416
E-Mail: mattias.fischer@hoems.hessen.de

Kassel, 15.05.2025

**Schriftliche Stellungnahme zum „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen“ (Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 19/5930) und zum Entschließungsantrag „Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes stärken – Verfassungsschutzgesetz grundlegend reformieren“ (Antrag der Fraktion der CDU, Drs. 19/5071)**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Ausschussmitglieder,

haben Sie vielen Dank für die Gelegenheit zu einer Stellungnahme, die ich hiermit gerne wahrnehme. Angesichts des Umfangs insbesondere des Gesetzentwurfs und aus Zeitgründen kann nur auf ausgewählte Inhalte eingegangen werden.

## I. Ausgangslage

Keine Sicherheitsbehörde ist in Deutschland so umstritten wie der Verfassungsschutz. Die Schutzbedürftigkeit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung steht zwar außer Frage – und als *Aufgabe* ist der Verfassungsschutz gegenwärtig vielleicht so notwendig wie nie in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik. Aber der

*nachrichtendienstliche* bzw. *behördliche* Verfassungsschutz in Bund und Ländern hat in Deutschland seit Jahrzehnten ein Legitimationsproblem.[1]

Eine seiner größten Legitimationskrisen erlebte das föderale System des behördlichen Verfassungsschutzes nach seinem offenbarten Versagen im Zusammenhang mit der Mordserie der rechtsterroristischen Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU).

Das Zeitfenster für eine mehr oder weniger radikale Lösung dieses Legitimationsproblems hat die vormalige rot-grüne Landesregierung in den Jahren 2013-2017 verpasst. Diese Jahre waren noch geprägt vom Schock des „NSU“-Terrors, der sich im November 2011 praktisch selbst enttarnen musste, um erkannt zu werden. Das Unvermögen und die Verfehlungen des Verfassungsschutzes im „NSU-Komplex“ stellten dessen Existenzberechtigung in einem bis zum damaligen Zeitpunkt nicht gekannten Ausmaß in Frage.

Nicht nur der sicherheitspolitische *Mehrwert* des nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes war zweifelhaft – insbesondere auch im Verhältnis zu seinen Kosten. Vielmehr schien vom Verfassungsschutz *selbst* eine Gefahr für Demokratie und Rechtsstaat auszugehen.

Damals wurde keineswegs nur ideologisch motiviert darüber diskutiert, Behörden des Landesverfassungsschutzes zusammenzulegen oder sogar gänzlich abzuschaffen und als Kompensation *zum einen* den polizeilichen so genannten Staatschutz zu stärken und *zum anderen* den diskursiven gesellschaftlichen Demokratieschutz auszubauen – etwa durch die Stärkung der Landeszentralen für politische Bildung. In Niedersachsen wäre es sogar um einen völligen Neustart der staatlich geförderten politischen Bildung gegangen, denn die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung war – deutschlandweit einzigartig – zum 31.12.2004 aufgelöst worden.

Die rot-grüne Regierungskoalition hat sich damals allerdings für einen anderen Weg entschieden. Der Niedersächsische Verfassungsschutz blieb zwar als Behörde unangetastet. Seine Eingriffsbefugnisse wurden aber limitiert. Mit der Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes im Jahr 2016 entzog der Gesetzgeber der Behörde das

[1] Vgl. dazu etwa *Gusy*, Legitimation des Verfassungsschutzes, in: Lange/Lanfer (Hg.), Verfassungsschutz, 2016, S. 77 ff.

Mittel der Wohnraumüberwachung und führte – bundesweit einmalig – ein ausdrückliches Verbot für den Einsatz von Drohnen ein (§ 14 Abs. 1 Satz 4 NVerfSchG). Auch weitere, fachpolitisch als notwendig angesehene Befugnisse wie beispielsweise die Kontostammdatenabfrage wurden der Behörde zunächst vorenthalten. Hinsichtlich seiner Eingriffsbefugnisse zählt der Niedersächsische Verfassungsschutz im bundesweiten Vergleich bis heute zu den Behörden mit den größten Restriktionen.

Auf der anderen Seite – und das ist angesichts der behördenkritischen Ausgangslage, die sich sogar im Gesetzeswortlaut der Neufassung des NVerfSchG von 2016 widerspiegelt,[2] umso bemerkenswerter – wurde die Zahl der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verfassungsschutzbehörde in den Folgejahren deutlich angehoben: So stieg die Beschäftigtenzahl von 286 im Jahr 2015 auf 350 im Jahr 2023 an – das bedeutet eine Steigerung um fast ein Viertel.

## II. Stellungnahme zu ausgewählten Regelungen des Gesetzentwurfs und weiteren Fragen des Ausschusses

Der vorliegende Gesetzentwurf – im Folgenden: GE – der Landesregierung will Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG), insbesondere die Vorgaben der Entscheidung zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz[3], umsetzen. Dieses Urteil ist als Grundsatzurteil zum Verfassungsschutzrecht anzusehen und erfordert in der Sache zahlreiche Änderungen auch des niedersächsischen Rechts.

Zudem verfolgt der GE ausweislich seiner Begründung das Ziel, die nachrichtendienstlichen Mittel „maßvoll an die tatsächlichen Erfordernisse einer effektiven nachrichtendienstlichen Tätigkeit anzupassen“ (S. 11 GE). Schon vor dem Hintergrund des bereits angesprochenen Umstands, dass der Niedersächsische Verfassungsschutz im bundesweiten Vergleich hinsichtlich seiner Eingriffsbefugnisse zu den Behörden mit den größten Restriktionen zählt, ist diese Zielsetzung uneingeschränkt zu begrüßen.

Angesichts des Umfangs des GE kann nur auf ausgewählte Regelungen eingegangen werden.

[2] Dazu näher unter Gliederungspunkt III. 1.
[3] Urt. v. 26.04.2022, 1 BvR 1619/17.

## 1. Absenkung der Anforderungen für die Beobachtung von Einzelpersonen (§ 4 Abs. 1 Satz 3 und 4 GE)

Besondere Bedeutung kommt den Normen zu, welche die Beobachtungsobjekte des behördlichen Verfassungsschutzes definieren. Sie legen den äußeren Rahmen der nachrichtendienstlichen Tätigkeit maßgeblich fest und determinieren insoweit auch den Anwendungsbereich der nachrichtendienstlichen Befugnisse.

Die Beobachtung von Einzelpersonen ist bisher nur dann zulässig, wenn deren verfassungsfeindliche Verhaltensweisen „auf Anwendung von Gewalt gerichtet oder aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut dieses Gesetzes erheblich zu beschädigen“ (§ 4 Abs. 1 Satz 3 NVerfSchG). Nach dem GE soll diese Einschränkung vollständig entfallen. Zukünftig sollen (auch) bei Einzelpersonen Verhaltensweisen genügen, die auf die Verwirklichung verfassungsfeindlicher Ziele gerichtet sind (§ 4 Abs. 1 Satz 3 und 4 GE). Eine entsprechende Forderung findet sich auch im Entschließungsantrag der CDU-Fraktion (Nr. 2 des Forderungskatalogs).

Diese Ausweitung der Beobachtung von Einzelpersonen ist kritisch zu sehen. Sie erweist sich (a) bereits sicherheitspolitisch als nicht hinreichend begründet, führt (b) zu rechtssystematischen Verwerfungen, und ihr liegt (c) entgegen der Begründung des GE auch keine verfassungsrechtliche Verpflichtung zur Übernahme einer entsprechenden Regelung des Bundesverfassungsschutzrechts zugrunde.

### a) Unzureichende sicherheitspolitische Begründung

Der behördliche Verfassungsschutz hat im Kern die Aufgabe, Bestrebungen zu beobachten, die auf die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtet sind oder den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes insgesamt erschüttern wollen (§§ 1, 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG; vgl. auch Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. b Grundgesetz [GG]). Derartigen Bestrebungen ist eine gewisse „Relevanzschwelle“ inhärent: Sie sind regelmäßig erst bedeutsam, wenn sie von *Personenzusammenschlüssen* ausgehen, also von einer (mehr oder weniger) verbunden Personenmehrzahl. Klassischerweise sind das politische Parteien oder Vereine; es können aber auch Gruppierungen von geringerem Organisationsgrad sein.

Einzelpersonen, die tatsächlich isoliert agieren, sind grundsätzlich nicht dazu in der Lage, die Verfassungsordnung als solche ernsthaft herauszufordern. Die Beobachtung einer Einzelperson widerspricht insofern der Kernaufgabe des nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes, wenn die Person keinerlei Bezug zu einem Personenzusammenschluss aufweist.

Dessen ungeachtet kann auch eine *terroristisch* agierende Einzelpersonen den inneren Frieden erschüttern, wie etwa die Anschläge von Anders Breivik in Norwegen (2011), von David Sonboly („OEZ-Attentat“) in München (2016) und die Anschläge von Hamburg (2017), Halle (2019), Hanau (2020) oder Mannheim (2024) zeigen. Vor diesem Hintergrund ist es zumindest nachvollziehbar, mit dem geltenden Recht (§ 4 Abs. 1 Satz 3 NVerfSchG) in der *Gewaltorientierung* verfassungsfeindlicher Verhaltensweisen die nötige „Relevanzschwelle“ zu sehen, die es rechtfertigt, dass die Verfassungsschutzbehörde *ausnahmsweise* auch Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, als Beobachtungsobjekte führen darf.

Welcher Stellenwert der Gewaltorientierung *insgesamt* für die Kernaufgabe des nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes beigemessen wird, macht § 1 Satz 2 VerfSchG NRW deutlich, der bestimmt, dass die Behörde diesbezüglich ihre „Schwerpunkte beim Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel im Bereich der *gewaltorientierten* Bestrebungen und Tätigkeiten“ zu setzen hat.

Für die Änderung der Rechtslage und damit der normativen Beseitigung des Ausnahmecharakters der Beobachtung von Einzelpersonen ist schon ein *sicherheitspolitisches Bedürfnis* nicht dargelegt. Zwar weist die Gesetzesbegründung zutreffend darauf hin, dass „insbesondere soziale Medien (…) Einzelpersonen eine enorme Wirkungsbreite für Agitation und Hassbotschaften“ eröffnen, „sodass (eruptive) Radikalisierungsverläufe auch ohne die Zugehörigkeit zu einer Gruppierung möglich sind“ (S. 16 GE). Die zahlreichen terroristischen Anschläge von Einzeltätern insbesondere seit den 2010er Jahren zeigen auch das Bedürfnis auf, Verfassungsfeinde „bereits im Vorfeld militanter Handlungen in den Blick nehmen zu können“ (S. 16 GE). Genau das ermöglicht aber bereits das geltende Recht. Die Beobachtung von Einzelpersonen setzt gegenwärtig keineswegs voraus, dass „militanten Handlungen“ bereits begangen wurden – dann ginge es im Übrigen primär um Strafverfolgung –, sondern verlangt Verhaltensweisen, die „auf Anwendung von Gewalt gerichtet“ sind.

Noch bedeutsamer ist und nicht unterschlagen werden darf zudem, dass schon das geltende Recht eine *Gewaltorientierung nicht zwingend verlangt*: Nach § 4 Abs. 1 Satz 3 Alt. 2 NVerfSchG können Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, auch dann beobachtet werden, wenn die Verhaltensweisen der betreffenden Personen „aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut erheblich zu beschädigen".

**b) Widerspruch zur Kernaufgabe der Verfassungsschutzbehörde**

Angesichts des nicht nachvollziehbar begründeten sicherheitspolitischen Bedarfs sind die rechtssystematischen Verwerfungen umso problematischer, die mit der geplanten Gesetzesänderung drohen. Die Ausweitung der Beobachtung von Einzelpersonen soll ausweislich der Gesetzesbegründung (S. 16 GE), die explizit die Anschläge von Halle (2019) und Hanau (2020) thematisiert, offenbar insbesondere der Vorfeldaufklärung terroristischer Anschläge dienen. Die Terrorismusbekämpfung als solche kann aber schon von Verfassungs wegen nicht etwa als Unterfall des materiellen Verfassungsschutzes angesehen werden – dieser wird in der diesbezüglichen (begrenzten) Gesetzgebungskompetenz des Bundes in Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. b GG erfasst –, sondern stellt eine genuin landes- bzw. bundes*polizeiliche* Aufgabe dar, wie die in Art. 73 Abs. 1 Nr. 9a GG normierte (ebenfalls begrenzte) Gesetzgebungskompetenz des Bundes für „die Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus" zeigt. Der nachrichtendienstliche Verfassungsschutz hat gegen Staat und Verfassung gerichtete Bewegungen *im Allgemeinen* zu beobachten, während auf drohende (terroristische) Einzeltaten bezogene Abwehrmaßnahmen grundsätzlich den Polizeien in Bund und Ländern vorbehalten sind.[4] Die beabsichtigte Neuregelung erschwert vor diesem Hintergrund die notwendige Abgrenzung der polizeilichen Aufgaben von denen des behördlichen Verfassungsschutzes.[5]

Von besonderer Bedeutung ist allerdings Folgendes: Wie bereits ausgeführt wurde, sind Einzelpersonen, die tatsächlich isoliert agieren, grundsätzlich nicht dazu in der Lage, die Verfassungsordnung als solche ernsthaft herauszufordern. Die Beobachtung einer Einzelperson widerspricht insofern der in §§ 1, 3 Abs. 1 Nr. 1 NVerfSchG formulierten

[4] Vgl. *Masing*, Nachrichtendienste im freiheitlichen Rechtsstaat, in: Dietrich u.a. (Hg.), Nachrichtendienste im demokratischen Rechtsstaat, 2018, S. 3/10.
[5] Zur Bedeutung dieser Abgrenzung näher *Masing*, aaO., S. 9 ff.

Kernaufgabe des Verfassungsschutzes, verlangt jedenfalls normativ nach einer erhöhten Eingriffsschwelle, die nach dem GE aber zukünftig entfallen soll. Dass die Regelung zur Beobachtung von Einzelpersonen als Ermessensnorm ausgestaltet werden soll (§ 4 Abs. 1 Satz 3 GE: „können"), stellt keinen adäquaten Ersatz für eine erhöhte Eingriffsschwelle dar.

Bezeichnenderweise heißt es bereits in der Gesetzesbegründung zur Novellierung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes aus dem Jahr 1991, dass die Beobachtung von isoliert agierenden Einzelpersonen erst dann zulässig sein darf, wenn deren verfassungsfeindlichen Aktivitäten „in ihrer Relevanz oder Gefährlichkeit einem organisierten Zusammenwirken mehrerer Personen gleichstehen".[6] Mit der erhöhten Eingriffsschwelle des § 4 Abs. 1 Satz 3 NVerfSchG – so die Gesetzesbegründung aus dem Jahr 1991 – sollte auch normativ sichergestellt werden, dass eine den Verfassungsschutzbehörden „vielfach unterstellte ‚Gesinnungsschnüffelei', also die Beobachtung einer extremistischen Einstellung als solcher, nicht stattfinden darf".[7] An diesem Bedürfnis sollte sich nichts geändert haben.

### c) Keine Verpflichtung zur Übernahme einer entsprechenden Regelung des Bundesverfassungsschutzgesetzes

Die Begründung des GE weist die vorgesehene Ausweitung der Beobachtung von Einzelpersonen als *bindende Vorgabe* des Bundesverfassungsschutzgesetzes (BVerfSchG) aus; der Landesgesetzgeber soll dazu *verpflichtet* sein, die entsprechende Regelung des BVerfSchG zu übernehmen (S. 16 GE). Tatsächlich enthält § 4 Abs. 1 Satz 3 und 4 BVerfSchG seit der Novellierung des Bundesverfassungsschutzrechts im Jahr 2021 eine gleichlautende Ausweitung der Beobachtung von Einzelpersonen. Diese sieht sich freilich denselben Einwendungen ausgesetzt wie die geplante niedersächsische Neuregelung.

Eine Verpflichtung zur „nachvollziehenden Landesgesetzgebung" existiert m.E. insoweit nicht. Der Bund verfügt auf dem Gebiet des Verfassungsschutzrechts nur über die Gesetzgebungskompetenz zur Regelung der „*Zusammenarbeit* des Bundes und der Länder" auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes (Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. b GG) und über die Kompetenz zur normativen Ausgestaltung einer „*Zentralstelle*" zur „Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes" (Art. 87 Abs. 1 Satz 2

[6] LT-Drs. 12/2440 v. 03.12.1991, S. 58.
[7] AaO.

GG). Diese punktuellen Bundeskompetenzen, die primär die (Behörden-)Organisation des Verfassungsschutzes betreffen, zeugen verfassungstextlich von einer insbesondere auch materiell-rechtlichen grundsätzlichen „Verfassungsschutzhoheit der Länder“[8]. Der – zutreffende – Befund, dass die Landesverfassungsschutzgesetze *faktisch* „nahezu Ausführungsgesetze des Bundesrechts geworden“ sind[9], ist verfassungs*rechtlich* irrelevant, kann jedenfalls keine normative Verpflichtung zur „nachvollziehenden Landesgesetzgebung“ auslösen.

Man kann die Frage stellen, ob und inwieweit dem Bund und nicht den Ländern aufgrund der zitierten Verfassungsbestimmungen die Kompetenz zusteht, den (Verfassungs-)Begriff des Verfassungsschutzes (Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. b GG) „näher [zu] umschreiben und inhaltlich [zu] konkretisieren“.[10] Selbst wenn man dies bejahte, wären die Aufgabenbeschreibungen des BVerfSchG entgegen der Annahme der Gesetzesbegründung (S. 16 GE) damit nicht per se für die Verfassungsschutzgesetze der Länder verbindlich. Im Übrigen muss bezweifelt werden, dass es sich bei § 4 Abs. 1 Satz 3 und 4 GE tatsächlich um Aufgabennormen handelt; die Ausgestaltung von § 4 Abs. 1 Satz 3 GE als Ermessensnorm spricht jedenfalls inhaltlich für den Charakter einer Befugnisnorm.

Eine weit reichende Harmonisierung der Aufgabenbestimmungen und auch der Befugnisse der Verfassungsschutzgesetze von Bund und Ländern ist zwar zweckmäßig und wünschenswert – aber eben nicht verfassungsrechtlich vorgegeben. Zweckmäßig und wünschenswert sind Harmonisierungen von Normen im Übrigen auch nur dann, wenn diese inhaltlich überzeugen können.

Hervorzuheben ist schließlich, dass die Mehrzahl der Landesverfassungsschutzgesetze nach wie vor an erhöhten Anforderungen für die Beobachtung von Einzelpersonen festhält. Ob und inwieweit anstehende Gesetzesnovellierungen daran etwas ändern werden, bleibt abzuwarten.

[8] *Gusy*, Legitimation des Verfassungsschutzes, in: Lange/Lanfer (Hg.), Verfassungsschutz, 2016, S. 77/87.
[9] *Gusy*, aaO., S. 87.
[10] Dies bejahend die Gesetzesbegründung zur Reform des BVerfSchG von 1990, BT-Drs. 11/4306, S. 60.

## 2. Frage nach der Erforderlichkeit einer Streichung oder Änderung des Gewaltbegriffs in § 4 Abs. 5 NverfSchG

Angesichts der Thematisierung der Gewaltorientierung in dem soeben behandelten § 4 Abs. 1 Satz 3 NVerfSchG bietet sich an dieser Stelle an, auf die seitens des Ausschusses aufgeworfene Frage einzugehen, ob die Legaldefinition des Gewaltbegriffs in § 4 Abs. 5 NVerfSchG gestrichen oder geändert werden sollte.

Der grundsätzliche Bedarf nach einer Legaldefinition richtet sich naturgemäß zunächst danach, ob der zu definierende Begriff in dem fraglichen Gesetz überhaupt verwendet wird. Tatsächlich findet sich der Gewaltbegriff nicht nur in § 4 Abs. 1 Satz 3 NVerfSchG, sondern beispielsweise auch in den §§ 3 Abs. 1 Nr. 3, 4 Abs. 4, 13 Abs. 2 Nr. 1, 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3, 16 Abs. 3 Satz 1, 23 Abs. 5 Satz 1, 24 Abs. 1, 25 Abs. 1 und 26 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 NVerfSchG.

Berücksichtigt man zudem, dass der juristische Gewaltbegriff hoch umstritten ist, so spricht der aus dem Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 2 und 3 GG) herzuleitende Bestimmtheitsgrundsatz für die Aufnahme einer entsprechenden Legaldefinition. Allerdings ist das niedersächsische Gesetz das einzige Verfassungsschutzgesetz, das den Gewaltbegriff definiert.

Die Legaldefinition des § 4 Abs. 5 NVerfSchG zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass sie physische Gewalt nicht erfasst. Dieser Ausschluss überzeugt schon mit Blick auf die damit gewährleistete Begriffsklarheit. Daher wird empfohlen, die Legaldefinition unverändert beizubehalten.

## 3. Frage nach der Erforderlichkeit einer Änderung der Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in § 4 Abs. 3 NVerfSchG im Hinblick auf die neuere Rechtsprechung des BVerfG

Das Schutzgut der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ ist zentraler Bestandteil der Definition des Verfassungsschutzes in Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. a GG und verlangt seinerseits nach einer näheren Begriffsbestimmung. Eine solche findet sich in § 4 Abs. 3 NVerfG und gleich lautend in den anderen Verfassungsschutzgesetzen des Bundes und der Länder. Diese einfachgesetzliche Definition geht zurück auf entsprechende Begriffsbestimmungen durch das BVerfG in dessen Entscheidungen in zwei Parteiverbotsverfahren aus den 1950er Jahren (BVerfGE 2, 1 ff.; 5, 85 ff.). Das

Schutzgut der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ wird auch in der Verfassungsnorm zum Parteienverbot (Art. 21 Abs. 2 GG) thematisiert.

In seiner (zweiten) Entscheidung zum NPD-Verbotsverfahren vom 17.01.2017 hat sich das BVerfG erneut ausführlich mit dem Schutzgut der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ befasst. Das BVerfG geht hinsichtlich des Verständnisses dieses Schutzguts davon aus, dass sein „Regelungsgehalt (…) nicht durch einen pauschalen Rückgriff auf Art. 79 Abs. 3 GG bestimmt“ werden dürfe, „sondern (…) sich auf die für den freiheitlichen demokratischen Verfassungsstaat schlechthin unverzichtbaren Grundsätze“ beschränke. Dabei stehe „das Prinzip der Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG) im Vordergrund, das durch die Grundsätze der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit näher ausgestaltet“ werde.[11] Im Anschluss führt das BVerfG dieses Begriffsverständnis näher aus.[12]

Diese Ausführungen haben zu der Frage geführt, ob und inwieweit das BVerG in diesem Urteil eine gegenüber seinen früheren Entscheidungen engere Neudefinition des Schutzguts der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vorgenommen hat. Dies unterstellt, wäre sodann darüber zu diskutieren, ob die Neudefinition auch eine Neufassung der entsprechenden Begriffsbestimmung in § 4 Abs. 3 NVerfG verlangt oder zumindest empfiehlt.

Schon die Frage, ob das BVerfG im NPD-Urteil von 2017 tatsächlich eine inhaltlich gegenüber früheren Entscheidungen abweichende, engere Neudefinition vorgenommen hat, wird in den rechtswissenschaftlichen Auswertungen des Urteils nicht einheitlich beantwortet. Dagegen spricht jedenfalls, dass das BVerfG eine – vorgebliche – Eingrenzung des Begriffsverständnisses an keiner Stelle seines Urteils explizit thematisiert und sich stattdessen umfänglich auf die einschlägigen früheren Urteile bezieht.

Auffällig ist auch, dass das Karlsruher Gericht in seinem Urteil zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz,[13] das als Grundsatzurteil zum Verfassungsschutzrecht anzusehen ist, die naturgemäß zentrale Frage nach dem Auftrag des Verfassungsschutzes, die sich nach einer tatsächlichen Neudefinition der freiheitlichen

[11] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, Rn. 529.
[12] AaO., Rn. 530-547.
[13] Urt. v. 26.04.2022, 1 BvR 1619/17.

demokratischen Grundordnung im NPD-Urteil aus dem Jahr 2017 förmlich aufgedrängt hätte, an keiner Stelle problematisiert.

M. E. ist eine Neufassung der Definition der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in § 4 Abs. 3 NVerfSchG deshalb schon aus inhaltlichen Gründen nicht angezeigt.

Rechtssystematische Gründe, konkret: der Grundsatz „Bundesrecht bricht Landesrecht“ (Art. 31 GG) sprechen m. E. sogar dafür, dass dem Landesgesetzgeber eine neue und damit gegenüber der Definition im BVerfSchG abweichende Begriffsbestimmung von vornherein untersagt ist: Der Bund verfügt auf dem Gebiet des Verfassungsschutzrechts über die Gesetzgebungskompetenz zur Regelung der „Zusammenarbeit des Bundes und der Länder“ auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes (Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. b GG) und über die Kompetenz zur normativen Ausgestaltung einer „Zentralstelle“ zur „Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes“ (Art. 87 Abs. 1 Satz 2 GG).

Um eine solche bundesverfassungsrechtlich vorgegebene Zusammenarbeit sinnvoll gestalten zu können, müssen zumindest deren Grundlagen in einem Minimalkonsens bundesweit einheitlich geregelt sein. Damit wird hinsichtlich des bundesverfassungsrechtlich in Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. b GG vorgegebenen Grundauftrags des Verfassungsschutzes, umschrieben zuvörderst mit dem „Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“, *insoweit* eine Bindung des Landesgesetzgebers an die entsprechende (verfassungs- und verfassungsgerichtskonforme) Definition des BVerfSchG anzunehmen sein.

**4. Aufhebung des Verbotes des Einsatzes von Drohnen**

Die Aufhebung des im bundesweiten Vergleich einzigartigen Verbots eines Einsatzes von Drohnen in § 14 Abs. 1 Satz 4 NVerfSchG wird uneingeschränkt begrüßt.

Im Hinblick auf Parallelvorschriften in den Landespolizeigesetzen (siehe etwa § 15d Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung) und vor dem Hintergrund des aus dem Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 2 und 3 GG) herzuleitenden Bestimmtheitsgrundsatzes sollte aber erwogen werden, Drohnen ausdrücklich in den Katalog der nachrichtendienstlichen Mittel (§ 14 NVerfSchG) aufzunehmen.

## III. Zu einzelnen Forderungen des Entschließungsantrags

### 1. Streichung von Normen, die als Ausdruck von Misstrauen gegenüber den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Verfassungsschutzes zu bewerten sind

Ausnahmslos alle Verwaltungsbehörden sind von Verfassungs wegen an „Gesetz und Recht gebunden“ (Art. 20 Abs. 3 GG). Diese so genannte Gesetzmäßigkeit der Verwaltung stellt den obersten Grundsatz allen Verwaltungshandelns dar. Als *Verfassungs*grundsatz ist er so selbstverständlich, dass die einschlägigen Fachgesetze ihn nicht wiederholen (müssen).

Demgegenüber heißt es in § 9 Satz 1 NVerfSchG, dass die Verfassungsschutzbehörde „an die allgemeinen Rechtsvorschriften gebunden“ ist. Diese Norm ist im bundesweiten Vergleich aller Verfassungsschutz- und Polizeigesetze einzigartig. Indem der Gesetzgeber es für notwendig hält, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verfassungsschutzbehörde ausdrücklich an den selbstverständlichen Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung erinnern zu müssen, bringt er zum Ausdruck, dass er die Nichtbeachtung dieses Grundsatzes befürchtet. Damit drückt diese Norm ein Misstrauen des Gesetzgebers gegenüber den Beschäftigten aus.

Eine ähnliche Stoßrichtung weist § 6 Abs. 5 NVerfSchG auf. In dieser Norm wird bestimmt, dass bei der Beobachtung (potenzieller) Verfassungsfeinde auch Informationen berücksichtigt werden müssen, „die gegen die Bestimmung zum Beobachtungsobjekt sprechen“.

Fraglos muss sich gerade auch der nachrichtendienstliche Verfassungsschutz nicht zuletzt vor dem Hintergrund zahlreicher Skandale einer behördenkritischen Betrachtung unterziehen. Auch das Unvermögen und die Verfehlungen des Verfassungsschutzes im „NSU-Komplex“ sind wesentlich auf personelle Mängel zurückzuführen. Diesen Mängeln kann wirksam allerdings nicht mit deklaratorischen, Misstrauen ausdrückenden Normen begegnet werden, sondern nur mit faktischen Änderungen der Behördenkultur. Die angesprochenen Normen sollten daher ersatzlos gestrichen werden.

**2. Überarbeitung der Regelungen zum Schutz von Minderjährigen**

Nach § 13 Abs. 1 NVerfSchG ist die Speicherung von Daten erst von Personen ab dem 14. Lebensjahr zulässig. Gerade im Bereich des religiös motivierten Extremismus können allerdings bereits Kinder auffällig werden. Zu erinnern ist daran, dass ein 12jähriger Junge im Jahr 2016 offenbar plante, mit einer selbstgebastelten Nagelbombe einen Anschlag auf den Weihnachtsmarkt von Ludwigshafen zu verüben. Das Kind soll dazu Anweisungen von der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) erhalten haben.

Vor diesem Hintergrund sollte die Altersgrenze des § 13 Abs. 1 NVerfSchG entfallen. Als Orientierungsnormen für eine Neuregelung kommen insoweit § 11 Abs. 1 iVm. § 10 BVerfSchG oder § 22 HmbVerfSchG in Betracht.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Mattias G. Fischer

Niedersächsischer Landtag
Gesetzgebungs- und Beratungsdienst

Hannover, den 17.09.2025
81/84/1081-84

# V o r l a g e 13

zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930

Diese Vorlage enthält die Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes (GBD) zu dem o. a. Gesetzentwurf (ohne Artikel 1 Nr. 16 Buchst. a bis c [§§ 30 bis 32 NVerfSchG-Entwurf], der in einer weiteren Vorlage behandelt wird). Die Anmerkungen und Formulierungsvorschläge sind mit dem Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung (MI) abgestimmt, soweit nicht in den Anmerkungen ausdrücklich auf das Gegenteil hingewiesen wird.

Im Auftrag
Dr. Miller

Per E-Mail zu verteilen an:
Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes
Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen
Präsidentin des Landtages
Fraktionen
Staatskanzlei
Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung
Justizministerium
Landesrechnungshof
Landesbeauftragter für den Datenschutz
Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen
Staatsgerichtshof
Kommunale Spitzenverbände

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

**Gesetz**
**zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

Artikel 1
Änderung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes

Das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz in der Fassung vom 2. August 2021 (Nds. GVBl. S. 564) wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Abs. 3 Satz 2 werden nach dem Wort „Information“ ein Komma und das Wort „Prävention“ eingefügt.

2. § 4 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

   a) Satz 3 erhält folgende Fassung:

   „[3]Bestrebungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 oder 4 können auch von Einzelpersonen ausgehen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln.“

   b) Es wird der folgende Satz 4 angefügt:

   „[4]In diesem Fall gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass die Verhaltensweise der Einzelperson darauf gerichtet sein muss, die dort genannten Bestrebungen zu verwirklichen.“

*Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD*

**Gesetz**
**zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

Artikel 1
Änderung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes

Das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz in der Fassung vom 2. August 2021 (Nds. GVBl. S. 564) wird wie folgt geändert:

1. ____ § 3 Abs. 3 Satz 2 **erhält folgende Fassung:**

   **„[2]Sie wirkt solchen Bestrebungen und Tätigkeiten entgegen und beugt ihrem Entstehen vor (**Prävention**), insbesondere durch Angebote zur Information und zum Ausstieg.“**

*Anmerkung:*
*Die Aufgabe der Prävention ist schon im geltenden Recht enthalten, sie soll aber nach Mitteilung des MI im Gesetz deutlicher zum Ausdruck kommen. Da die Prävention als Oberbegriff der Angebote zum Ausstieg angesehen wird (Begründung, Drs. 19/5930, S. 16), kann sie sprachlich nicht gleichrangig daneben gestellt werden. Der o. g. Vorschlag präzisiert durch eine Legaldefinition, dass die Aufgabe der Prävention darin besteht, Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes (NVerfSchG) entgegenzuwirken und ihrem Entstehen vorzubeugen (so die Begründung, Drs. 19/5930, S. 16; wortgleich auch schon Drs. 17/2161, S. 23, zu § 3 Abs. 3 NVerfSchG-Entwurf 2014). Angebote zur Information und zum Ausstieg bleiben Regelbeispiele der Prävention.*

2. § 4 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

   a) *unverändert*

   b) Es wird der folgende Satz 4 angefügt:

   „[4]In diesem Fall gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass die Verhaltensweise der Einzelperson darauf gerichtet sein muss, die **in Absatz 2** genannten **Ziele** zu verwirklichen.“

*Anmerkung:*
*§ 4 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 NVerfSchG weicht in seiner Regelungsstruktur mindestens seit 1992 von § 4 Abs. 1*

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *Satz 1 des Bundesverfassungsschutzgesetzes (BVerfSchG) ab. Da insoweit allerdings keine inhaltlichen Unterschiede bestehen, wurde dies offenbar in der Vergangenheit auch vor dem Hintergrund der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die „Zusammenarbeit des Bundes und der Länder … zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Verfassungsschutz)“ (Artikel 73 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. b des Grundgesetzes [GG]) in rechtlicher Hinsicht nicht problematisiert. Um keine unbeabsichtigte inhaltliche Abweichung zu erzeugen, sollte die aus § 4 Abs. 1 Satz 4 BVerfSchG übernommene Entwurfsfassung des Satzes 4 wie vorgeschlagen an die abweichende Regelungsstruktur angepasst werden, indem die in Absatz 2 genannten Ziele der Bestrebung in Bezug genommen werden.*<br><br>*Die Begründung (Drs. 19/5930, S. 16 f.), der zufolge „in Bezug auf Einzelpersonen ein Entschließungsermessen auszuüben ist“ (dies entspricht der Begründung zu § 4 Abs. 1 Satz 4 BVerfSchG in BT-Drs. 19/24785, S. 17), ist allerdings rechtlich schwer verständlich. Im Rahmen einer Begriffsbestimmung, die durch Inbezugnahme in den §§ 6 ff. zum Tatbestandsmerkmal wird, kann kein Ermessen ausgeübt werden; Ermessen gibt es nicht auf Tatbestands-, sondern ausschließlich auf Rechtsfolgenseite. Gemeint ist hier nach Auskunft des MI, dass der Verfassungsschutzbehörde, wenn von einer Einzelperson eine Bestrebung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 oder 4 ausgeht, ein Entschließungsermessen zustehen soll. Sie soll folglich entscheiden, ob sie tätig wird (durch Bestimmung der Einzelperson zum Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt nach den §§ 6 und 7 oder durch Beginn einer Verdachtsgewinnungsphase nach § 8) oder nicht. Dies ist bei Bestrebungen, die von einem Personenzusammenschluss ausgehen („Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss“) anders; hier steht der Verfassungsschutzbehörde kein Entschließungsermessen zu, sondern lediglich ein Auswahlermessen hinsichtlich der Art und Intensität der zu ergreifenden Maßnahmen (OVG Münster, NVwZ-Beilage 2024, 94, 113; Warg, in: Dietrich/Eiffler, Handbuch des Rechts der Nachrichtendienste, 2017, VI § 1 Rn. 40; Roth, in: Schenke/Graulich/Ruthig, Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, § 4 BVerfSchG Rn. 131, 133; Droste, Handbuch des Verfassungsschutzrechts, 2007, S. 200). Obwohl die vom MI mitgeteilten Regelungsziele im Wortlaut der Regelung nicht deutlich zum Ausdruck kommen, spricht sich das MI für die Beibehaltung der Entwurfsformulierung aus, um möglichst einheitliche Begriffsbestimmungen mit dem Bundesrecht (und anderem Landesrecht) zu erzielen. Die o. g. Auslegungsschwierigkeiten müssen dann in Kauf genommen werden.* |

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

*Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD*

**2/1. Dem § 6 wird der folgende Absatz 6 angefügt:**

**„(6) [1]Ein Beobachtungsobjekt hat erhebliche Bedeutung, wenn es auf die Anwendung oder Vorbereitung von Gewalt gerichtet oder aus anderen Gründen nach seiner Verhaltens- oder Wirkungsweise geeignet ist, ein in § 3 Abs. 1 genanntes Schutzgut erheblich zu beeinträchtigen. [2]Andere Gründe im Sinne des Satzes 1 liegen in der Regel vor, wenn das Beobachtungsobjekt**

**1. zum Hass aufstachelt oder zu Gewalt- und Willkürmaßnahmen auffordert, Straftaten begeht oder auf die Begehung von Straftaten gerichtet ist,**

**2. seine Existenz, Organisation, Ziele oder Tätigkeit in erheblichem Maß verschleiert,**

**3. erheblichen gesellschaftlichen Einfluss besitzt, insbesondere**

**a) durch Vertretung in Ämtern und Mandaten,**

**b) durch wirkungsbreite Publikationen oder systematisches Verbreiten von Desinformationen oder Betreiben von Einschüchterung oder**

**c) aufgrund des Gesamtbilds von Mitglieder- und Unterstützerzahl, Organisationsstruktur, Mobilisierungsgrad, Aktionsfähigkeit und Finanzkraft.“**

*<u>Anmerkung:</u>*
*Der vorgeschlagene Absatz 6 geht auf die neuere Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zurück, die bei besonders eingriffsintensiven nachrichtendienstlichen Mitteln - insbesondere bei längerfristigen Observationen, der Erfassung nichtöffentlicher Gespräche, der Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen und dem Einsatz verdeckter Ermittlerinnen/Ermittler (BVerfGE 162, 1, 91 f. [Rn. 191]) - eine gesteigerte Beobachtungsbedürftigkeit der Bestrebungen verlangt (BVerfGE 162, 1, 92 ff. [Rn. 192 ff.]), die vom Gesetzgeber hinreichend bestimmt und normenklar zu regeln ist (BVerfGE 162, 1, 95 ff. [Rn. 199 ff.]). In dem Erfordernis der „erheblichen Bedeutung“ der Bestrebungen bzw. der Beobachtungs- und Verdachtsobjekte, die bisher Bestandteil der Eingriffsschwellen in § 16 Abs. 2 (Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen) und § 17 (längerfristige Observationen und Bildaufzeichnungen, nach dem Entwurf auch das Erfassen nichtöffentlicher Gespräche außerhalb von Wohnungen) ist, hat das BVerfG keine hinreichend bestimmte Re-*

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *gelung der von Verfassungs wegen erforderlichen gesteigerten Beobachtungsbedarfs gesehen (BVerfGE 162, 1, 161 f. [Rn. 359 f.]). Auf diese verfassungsrechtliche Problematik wurde auch in der Anhörung hingewiesen (vgl. Vorlage 2 [Marscholleck], S. 3, 8; Vorlage 4 [Löffelmann], S. 9).*<br><br>*Wir empfehlen, eine den verfassungsrechtlichen Anforderungen genügende Konkretisierung der erheblichen Bedeutung von Beobachtungs- und Verdachtsobjekten in das Gesetz aufzunehmen. Da an den Begriff des Beobachtungs- und Verdachtsobjekts von erheblicher Bedeutung in § 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3, § 16 Abs. 2 Satz 1, § 17 sowie 20 Abs. 1 Satz 4 angeknüpft wird, schlagen wir vor, diesen Begriff in § 6 Abs. 6 gesetzlich zu definieren und in § 7 darauf zu verweisen (vgl. den Vorschlag zu Nummer 3 Buchst. b), um eine Wiederholung derselben Formulierung in den §§ 15, 16, 17 und 20 zu vermeiden.*<br><br>*Die vorgeschlagene Formulierung beruht auf einem Vorschlag des MI, der zurückgeht auf die Aufzählung in Anlage 1 des Abschlussberichts der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Auswertung des BVerfG-Urteils zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz (BayVSG) vom 21.06.2022 (abrufbar unter www.imk2022.bayern.de). Diese Aufzählung ist - teilweise mit verbesserter Trennschärfe - auch eingegangen in Art. 4 Abs. 2 Nr. 2 BayVSG (vgl. BayLT-Drs. 18/29057, S. 17; zur Entstehungsgeschichte Aicher/Unterreitmeier, BayVBl. 2023, 617, 620 f.) und § 5 Abs. 2 des Landesverfassungsschutzgesetzes Rheinland-Pfalz (LVerfSchG RP) (vgl. LT-RP-Drs. 18/10483, S. 39 ff.) sowie § 5 Abs. 3 des Hamburgischen Verfassungsschutzgesetzes (HmbVerfSchG), § 3 Abs. 2 des Hessischen Verfassungsschutzgesetzes (HVSG) und § 3 Abs. 4 Nr. 2 des Sächsischen Verfassungsschutzgesetzes (SächsVSG), die in der Anhörung als geeignete Vorbildregelungen bezeichnet worden sind (Vorlage 2 [Marscholleck], S. 3, 8; Vorlage 4 [Löffelmann], S. 9).*<br><br>*<u>Satz 1</u> enthält den vom BVerfG für die Beobachtungsbedürftigkeit vorgegebenen Maßstab der „Potentialität“, nämlich die Intensität der Bedrohung der in § 3 Abs. 1 genannten Schutzgüter des Verfassungsschutzes. Demnach steigt die Beobachtungsbedürftigkeit, je deutlicher tatsächliche Anhaltspunkte es als möglich erscheinen lassen, dass die Schutzgüter des Verfassungsschutzes konkret bedroht sind und das gegen sie gerichtete Handeln erfolgreich sein kann (vgl. BVerfGE 162, 1, 92 [Rn. 193]; LT-RP-Drs. 18/10483, S. 42). Der Vorschlag zu Satz 1 folgt der bisherigen Wertung des NVerfSchG, die Gewaltausrichtung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts als herausgehobenen Fall der erheblichen Bedeutung anzusehen (vgl. dazu BVerfGE 162, 1, 92 [Rn. 194]; 144, 20, 226 [Rn. 588]).* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *Satz 2 benennt Regelbeispiele der erheblichen Bedeutung im Sinne einer widerlegbaren Vermutung, d. h. eine weitere Prüfung der Potentialität im Einzelfall bleibt erforderlich, wie vom BVerfG ausdrücklich eingefordert (BVerfG, Beschl. v. 17.07.2024 - 1 BvR 2133/22 -, Rn. 151).*<br><br>*Nummer 1 enthält zunächst volksverhetzende Tätigkeiten, welche die Potentialität indizieren (BVerfGE 162, 1, 92 f. [Rn. 194]), die Formulierung („zum Hass aufstachelt oder zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen auffordert“) ist angelehnt an die Tatbestandsmerkmale des § 130 Abs. 1 Nr. 1 des Strafgesetzbuchs (StGB) (vgl. LT-RP-Drs. 18/10483, S. 43), wenngleich darin u. U. auch schon eine Gewaltausrichtung im Sinne des Satzes 1 zum Ausdruck kommen kann (eine solche Überschneidung ist unschädlich). Indizwirkung hat nach Nummer 1 zudem die (sonstige, d. h. nicht gewalttätige oder volksverhetzende) Straftatenbegehung im Rahmen der Zielverfolgung oder die Ausrichtung darauf (siehe auch Artikel 9 Abs. 2 GG: „Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen …, sind verboten.“), weil diese im Regelfall auch in einer Beziehung zu den Schutzgütern des Verfassungsschutzes steht (BVerfG, Beschl. v. 17.07.2024 - 1 BvR 2133/22 -, Rn. 153 f.; BVerfGE 162, 1, 92 [Rn. 192]).*<br><br>*Nummer 2 trägt dem Umstand Rechnung, dass die Beobachtungsbedürftigkeit auch von dem Maß der Abschottung abhängt (BVerfGE 162, 1, 93 f. [Rn. 196]; vgl. auch BVerfGE 156, 270, 304 [Rn. 104]). Abgestellt wird darauf, ob das Beobachtungsobjekt seine Existenz, Organisation, Ziele oder Tätigkeit in erheblichem Maß verschleiert (vgl. LT-RP-Drs. 18/10483, S. 43).*<br><br>*In Nummer 3 wird das insbesondere für sog. legalistische Bestrebungen relevante Kriterium des erheblichen gesellschaftlichen Einflusses zusammengefasst und durch Regelbeispiele in den Buchstaben a bis c näher konkretisiert. Erforderlich ist hier eine wertende Gesamtbetrachtung unter Berücksichtigung der aufgezählten Kriterien (BVerfGE 162, 1, 93 [Rn. 195]), nicht ausreichend ist der Versuch, erheblichen gesellschaftlichen Einfluss auszuüben (BVerfG, Beschl. v. 17.07.2024 - 1 BvR 2133/22 -, Rn. 155 f.).*<br><br>*Anknüpfungspunkte des gesellschaftlichen Einflusses sind nach Buchstabe a die Vertretung in Ämtern und Mandaten (BVerfGE 162, 1, 93 f. [Rn. 195]; dazu auch LT-RP-Drs. 18/10483, S. 44), nach Buchstabe b wirkungsbreite Publikationen (BVerfGE 162, 1, 93 f. [Rn. 195]) und das systematische Verbreiten von Desinformationen oder Betreiben von Einschüchterung im Sinne des Herbeiführens einer Atmosphäre der Angst oder der Bedrohung (BVerfGE 162, 1, 93 f. [Rn. 197]; dazu auch BayLT-* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *Drs. 18/29057, S. 19 f.) sowie nach Buchstabe c das Gesamtbild des Beobachtungsobjekts (BVerfGE 162, 1, 93 f. [Rn. 195]; vgl. auch Art. 4 Abs. 2 Nr. 3 Buchst. b BayVSG; dazu BayLT-Drs. 18/29057, S. 20).*<br><br>*Der Vorschlag führt zu Folgeänderungen in § 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3, § 16 Abs. 2 Satz 1, § 17 und § 20 Abs. 1 Satz 4; die Nennung der Beobachtungs- und Verdachtsobjekte, die auf die Anwendung oder Vorbereitung von Gewalt gerichtet sind, sollte dort gestrichen werden, denn die Gewaltausrichtung ist in die vorgeschlagene Legaldefinition der erheblichen Bedeutung eingeflossen. Kein Folgeänderungsbedarf wird ausgelöst für die Vorschriften, in denen (schon bisher) nur auf Beobachtungs- und Verdachtsobjekte, die auf die Anwendung oder Vorbereitung von Gewalt gerichtet sind, abgestellt wird (das sind § 13 Abs. 2 Nr. 1, § 23 Abs. 5 Satz 1, § 24 Abs. 1, § 25 Abs. 1 und 2 Satz 2 sowie § 26 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3).* |
| 3. In § 7 Abs. 1 Satz 1 wird nach dem Wort „Einzelperson“ die Angabe „nach § 4 Abs. 1“ eingefügt. | 3. ____ § 7 **wird wie folgt geändert:**<br><br>**a)** In **Absatz** 1 Satz 1 wird nach dem Wort „Einzelperson“ die Angabe „nach § 4 Abs. 1“ eingefügt.<br><br>**b) In Absatz 2 Satz 5 wird die Angabe „Abs. 5“ durch die Angabe „Abs. 5 und 6“ ersetzt.**<br><br>*Anmerkung:*<br>*Zu Buchstabe b schlagen wir eine Folgeänderung zu dem vorgeschlagenen § 6 Abs. 6 vor. Durch Verweisung auf § 6 Abs. 6 werden die Verdachtsobjekte von erheblicher Bedeutung im Gesetz definiert.*<br><br>**3/1. § 10 wird wie folgt geändert:**<br><br>**a) Die Absätze 1 bis 3 erhalten folgende Fassung:**<br><br>**„(1) [1]Die Inanspruchnahme einer Vertrauensperson (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 Buchst. a) darf nicht angeordnet werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dadurch nicht nur zufällig der Kernbereich privater Lebensgestaltung beeinträchtigt wird. [2]Wenn sich während eines bereits laufenden Einsatzes tatsächliche Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung des Kernbereichs privater Lebensgestaltung ergeben, ist der Einsatz unverzüglich und so lange wie erforderlich zu unterbrechen. [3]Dies gilt nicht, solange die Fortsetzung der Inanspruchnahme zum Schutz von Leib oder Leben einer Vertrauensperson oder zur Sicherung ihres weiteren Ein-** |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | **satzes erforderlich ist. [4]Vertrauenspersonen und die sie führenden Beschäftigten der Verfassungsschutzbehörde dürfen, insbesondere in den Fällen des Satzes 3, den Kernbereich privater Lebensgestaltung beeinträchtigende Daten nicht speichern, verändern, verwenden oder übermitteln; sie haben solche Daten unverzüglich zu löschen. [5]Die Tatsache, dass den Kernbereich privater Lebensgestaltung beeinträchtigende Daten erhoben wurden, die Fortsetzung der Inanspruchnahme nach Satz 3 und die Löschung der Daten nach Satz 4 sind zu dokumentieren. [6]Die Sätze 1 bis 5 gelten entsprechend für den Einsatz einer verdeckten Ermittlerin oder eines verdeckten Ermittlers (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 10).** |
| | *<u>Anmerkung:</u>*<br>*Der Vorschlag zu <u>Absatz 1</u> dient zur Umsetzung der neuesten Rechtsprechung des BVerfG zum Schutz des unantastbaren Kernbereichs privater Lebensgestaltung bei dem polizeilichen Einsatz von Vertrauenspersonen und verdeckten Ermittlerinnen/Ermittlern (BVerfGE 165, 1, 55 ff. [Rn. 100 ff.]), die auf den Verfassungsschutz übertragbar ist. Die Änderung ist erforderlich, um einen Verfassungsverstoß zu vermeiden, insbesondere durch die Anpassung der Ausnahmen von der Verpflichtung, eine laufende Datenerhebung unverzüglich zu unterbrechen, wenn sich tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erhoben werden (vgl. § 10 Abs. 2 Satz 1 g. F.). Aus Sicht des GBD lassen sich die Maßgaben des BVerfG für den Kernbereichsschutz bei Vertrauenspersonen (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 Buchst. a) und verdeckten Ermittlerinnen/Ermittlern (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 10 des Entwurfs) nicht mehr in einer einheitlich für alle Datenerhebungen geltenden Regelung umsetzen (anders auch § 33 Abs. 2 Satz 1 des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes [NPOG]). Daher empfehlen wir, für diese nachrichtendienstlichen Mittel eine von § 10 Abs. 1 und 2 g. F. abweichende Regelung in dem vorgeschlagenen Absatz 1 zu treffen und die bisherige Regelung in dem vorgeschlagen Absatz 2 auf die übrigen Datenerhebungen zu beschränken.*<br><br>*Der Vorschlag zu <u>Satz 1</u> stellt bei der Kernbereichsprognose, die vor der Anordnung der Inanspruchnahme durchgeführt werden muss, auf eine mögliche Beeinträchtigung des Kernbereichs ab. Diese Beeinträchtigung kann sich aus den zu erhebenden Daten selbst ergeben (nach der Rechtsprechung des BVerfG ist die Gefahr, durch den Einsatz von Vertrauenspersonen oder verdeckten Ermittlerinnen/Ermittlern kernbereichsrelevante* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *Informationen zu erheben, umso größer, je tiefer die vermeintliche Vertrauensbeziehung der Zielperson zu der Vertrauensperson oder der verdeckten Ermittlerin/dem verdeckten Ermittler ist). Der Kernbereich privater Lebensgestaltung kann laut BVerfG aber auch schon durch die Interaktion als solche berührt werden, ohne dass es hierfür noch auf die erhobenen Informationen ankommt, insbesondere, wenn zum Aufbau oder Erhalt des Vertrauensverhältnisses intime oder vergleichbar engste persönliche Bindungen begründet oder fortgeführt werden (BVerfGE 165, 1, 58 f. [Rn. 106 f.]). Durch den Vorschlag zu Satz 1 soll für Vertrauenspersonen - und i. V. m. dem vorgeschlagenen Satz 6 auch für verdeckte Ermittlerinnen/Ermittler - sprachlich gegenüber § 10 Abs. 1 g. F. deutlicher zum Ausdruck gebracht werden, dass sich die Kernbereichsrelevanz nicht zwingend aus den erhobenen Daten selbst ergibt, sondern sich auch durch die Interaktion als solche ergeben kann. Den Anforderungen auf der Erhebungsebene, Informationen aus dem Kernbereich nicht gezielt zu erheben und Kontakte zur Zielperson in einem kernbereichsrelevanten Umfeld (z. B. im engen Familienkreis) zu meiden (BVerfGE 165, 1, 60 f. [Rn. 110 f.]), wird damit entsprochen.*<br><br>*Zur Umsetzung der weiteren Anforderung auf Erhebungsebene, den Einsatz bei einem Eindringen in den Kernbereich abzubrechen (BVerfGE 165, 1, 62 [Rn. 113]), dient der Vorschlag zu den Sätzen 2 und 3 (auch i. V. m. Satz 6). Die Abbruchpflicht in Satz 2 trifft sowohl die Vertrauensperson selbst (bzw. i. V. m. Satz 6 die verdeckte Ermittlerin/den verdeckten Ermittler) als auch die Führungsperson in der Verfassungsschutzbehörde. Die vorgeschlagene Wendung „solange wie erforderlich“ entspricht § 10 Abs. 2 Satz 1 g. F. Sie dient auch zur Umsetzung der Vorgabe des BVerfG, nach einem kernbereichsrelevanten Vorfall die Kernbereichsrelevanz der gesamten Überwachungsmaßnahme erneut zu prüfen und den Einsatz ggf. vollständig zu beenden (BVerfGE 165, 1, 65 f. [Rn. 119]).*<br><br>*Der vorgeschlagene Satz 3 berücksichtigt, dass die Ausnahme von der Abbruchpflicht wegen einer Gefährdung von Vertrauenspersonen oder verdeckten Ermittlerinnen/Ermittlern, wie sie schon § 10 Abs. 2 Satz 1 g. F. implizit vorsieht („soweit … dadurch die Datenerhebung den betroffenen Personen nicht bekannt wird“; vgl. dazu Drs. 17/6464, S. 9; Dietrich, in: Dietrich/Eiffler, VI § 2 Rn. 124), zwar zulässig bleibt, jedoch voraussetzt, dass ansonsten Leib oder Leben der Vertrauenspersonen und verdeckten Ermittlerinnen/Ermittler (Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 GG) in Gefahr gerieten (BVerfGE 165, 1, 63 [Rn. 115]). Diese Voraussetzung kann § 10 Abs. 2 Satz 1 g. F. nicht entnommen werden, und eine verfassungskonforme Auslegung hat das BVerfG mit Blick auf die Bestimmtheit und Normenklarheit ausdrücklich abgelehnt* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *(BVerfGE 165, 1, 66 [Rn. 121]). Bei der weiteren zulässigen Ausnahme - Sicherung des weiteren Einsatzes der Vertrauenspersonen und verdeckten Ermittlerinnen/Ermittler - ist zu berücksichtigen, dass die Notwendigkeit des Schutzes für die weitere Verwendung der Person konkret darlegbar sein muss (dazu BVerfGE 165, 1, 63 f. [Rn. 115 f.]; krit. dazu Bergmann, VR 2024, 370, 374).* |
| | *Auch die vorgeschlagenen Sätze 4 und 5 tragen den Anforderungen des BVerfG Rechnung. Das BVerfG verlangt eine ausdrückliche Regelung der „Pflicht der verdeckt Ermittelnden und der Vertrauenspersonen und ihrer V-Person-Führer, im Fall eines unterbliebenen Abbruchs die Kernbereichsrelevanz vor der Weitergabe der Information zu überprüfen, gegebenenfalls den fehlenden Abbruch zu dokumentieren, etwa festgehaltene kernbereichsrelevante Informationen sofort zu löschen oder sonst zu vernichten und dies ebenfalls zu dokumentieren“ (BVerfGE 165, 1, 67 [Rn. 122 mit Verweisung auf die Rn. 117 ff.]). Der Einschub in Satz 4 („insbesondere in den Fällen des Satzes 3“) stellt klar, dass die Pflicht auch gilt, wenn der nach Satz 2 vorgeschriebene Abbruch stattgefunden hat, aber bereits kernbereichsrelevante Daten erhoben wurden. Wird die Kernbereichsrelevanz erst bei der Auswertung offenbar, gilt hingegen (weiterhin) Absatz 3.* |
| | *Für Zweifelsfälle hat das BVerfG verlangt, dass die „Klärung der Kernbereichsrelevanz zumindest durch die behördlichen Datenschutzbeauftragten erfolgt“ (BVerfGE 165, 1, 65 [Rn. 119]). Wir gehen davon aus, dass diese Anforderung erfüllt ist. Denn § 10 Abs. 5 g. F. verpflichtet bei (sämtlichen) Zweifelsfällen dazu, diese der Leiterin/dem Leiter der Verfassungsschutzabteilung zur Entscheidung vorzulegen. Kommen Vertrauenspersonen Zweifel über die Kernbereichsrelevanz, haben sie ihre Zweifel ihrer Führungsperson mitzuteilen, welche sie der Abteilungsleitung zur Entscheidung vorlegt.* |
| | *Nach dem vorgeschlagenen Satz 6 sind die Sätze 1 bis 5 auch auf verdeckte Ermittlerinnen/Ermittler anzuwenden. Die verdeckten Ermittlerinnen/Ermittler in den Sätzen 1 bis 5 jeweils neben den Vertrauenspersonen zu nennen, würde die Regelungen sprachlich überfrachten.* |
| *(nachrichtlich: § 10 Abs. 1 bis 3 g. F.:)* | |
| *(1) Eine Datenerhebung darf nicht angeordnet werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dadurch nicht nur zufällig Daten erhoben werden, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind.* | |
| *(2) [1]Wenn sich während einer bereits laufenden Datenerhebung tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Daten aus dem Kernbereich pri-* | **(2) [1]Eine sonstige Datenerhebung darf nicht angeordnet werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dadurch nicht nur zufällig Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erhoben werden. [2]Wenn sich während der bereits laufenden Datenerhebung tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Daten aus dem Kernbereich privater Lebens-** |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| *vater Lebensgestaltung erhoben werden, ist die Datenerhebung unverzüglich und so lange wie erforderlich zu unterbrechen, soweit dies informationstechnisch möglich ist und dadurch die Datenerhebung den betroffenen Personen nicht bekannt wird. [2]Bereits erhobene Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung dürfen nicht gespeichert, verändert, verwendet oder übermittelt werden; sie sind unverzüglich unter Aufsicht einer oder eines besonders bestellten, mit der Auswertung nicht befassten Beschäftigten, die oder der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. [3]Die Tatsache, dass Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erhoben wurden, und deren Löschung sind zu dokumentieren. [4]Die in der Dokumentation enthaltenen Daten dürfen ausschließlich zur Datenschutzkontrolle verwendet werden. [5]Sie sind zu löschen, wenn seit einer Mitteilung nach § 22 Abs. 1 ein Jahr vergangen ist oder es einer Mitteilung gemäß § 22 Abs. 3 endgültig nicht bedarf, frühestens jedoch zwei Jahre nach der Dokumentation.* | **gestaltung erhoben werden, ist die Datenerhebung unverzüglich und so lange wie erforderlich zu unterbrechen, soweit dies technisch möglich ist. [3]Bereits erhobene Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung dürfen nicht gespeichert, verändert, verwendet oder übermittelt werden; sie sind unverzüglich zu löschen. [4]Die Tatsache, dass Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erhoben wurden, und deren Löschung sind zu dokumentieren.** |
| | *Anmerkung:*<br>*Der vorgeschlagene Absatz 2 fasst die bisherigen Regelungen aus § 10 Abs. 1 und 2 g. F. zusammen. In Satz 1 dient das Wort „sonstige“ dazu, das Verhältnis zu der Spezialregelung in Absatz 1 zu verdeutlichen.*<br><br>*Zu Satz 2 schlagen wir Folgeänderungen vor. Insbesondere bedarf es der bisherigen zweiten Ausnahme von der Unterbrechungspflicht („und dadurch die Datenerhebung den betroffenen Personen nicht bekannt wird“) nicht mehr, weil diese ausdrücklich für Vertrauenspersonen und verdeckte Ermittlerinnen/Ermittler vorgesehen wurde (vgl. Drs. 17/6464, S. 9). In der verbleibenden Ausnahme (bisher: „soweit dies informationstechnisch möglich ist“) sollte - wie auch sonst im Gesetz - sprachlich nicht zwischen Informationstechnik und (sonstiger) Technik differenziert werden.* |
| *(3) Ergeben sich erst bei der Speicherung, Veränderung oder Verwendung von Daten tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass Daten dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, so gilt Absatz 2 Sätze 2 bis 5 entsprechend.* | **(3) [1]Ergeben sich erst bei der Speicherung, Veränderung oder Verwendung von Daten tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass Daten dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, so dürfen diese Daten nicht mehr gespeichert, verändert, verwendet oder übermittelt werden; sie sind unverzüglich zu löschen. [2]Die Tatsache, dass Daten, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, erhoben wurden, sowie deren Löschung sind zu dokumentieren.“** |

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

*Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD*

*Anmerkung:*
*Anstatt in Satz 2 g. F. die Verweisung auf Absatz 2 anzupassen, enthält der Vorschlag zu Absatz 3 eine ausformulierte Regelung des Kernbereichsschutzes auf Verwertungsebene.*

**b) Es wird der folgende Absatz 6 angefügt:**

**„(6) [1]Die Löschung von Daten nach dieser Vorschrift erfolgt unter Aufsicht einer oder eines besonders bestellten, mit der Auswertung nicht befassten Beschäftigten, die oder der die Befähigung zum Richteramt hat. [2]Daten, die in einer nach dieser Vorschrift angefertigten Dokumentation enthalten sind, dürfen ausschließlich zur Datenschutzkontrolle verwendet werden. [3]Sie sind nach Beendigung der gemäß § 33 a Abs. 1 Satz 2 durchzuführenden Kontrolle der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz zu löschen, spätestens zwei Jahre nach der Dokumentation.“**

*Anmerkung:*
*Die bisherigen Regelungen über die Aufsichtsperson und den Umgang mit Dokumentationen (Absatz 2 Satz 2 Halbsatz 2 und Sätze 4 und 5 g. F., auch i. V. m. Absatz 3 g. F.) sollten in dem vorgeschlagenen Absatz 6 verallgemeinert werden. Neben einer sprachlichen Entlastung des Absatzes 2 werden dadurch weitere entsprechende Regelungen in dem ohnehin bereits umfangreichen Vorschlag zu Absatz 1 entbehrlich. Die Löschungspflicht hinsichtlich der Dokumentation (Satz 3) sollte an die Vorschläge zu § 28 Abs. 6 und zur Dokumentation von Übermittlungen angeglichen werden. Die Protokollierungspflicht dient nach Satz 2 ausschließlich dazu, eine unabhängige Datenschutzkontrolle zu ermöglichen, nicht dem individuellen Rechtsschutz der betroffenen Person (die von den Protokolldaten gar keine Kenntnis hat). Daher sollte bei der Löschung auf die gemäß § 33 a Abs. 1 Satz 2 von der oder dem LfD im Abstand von höchstens zwei Jahren durchzuführenden Kontrolle abgestellt werden, da spätestens danach die weitere Speicherung der Daten nicht mehr erforderlich ist. Die Höchstfrist von zwei Jahren gilt für die nicht von § 33 a Abs. 1 Satz 2 erfassten Daten aus Maßnahmen, die nicht der Mitteilungspflicht nach § 22 Abs. 1 Sätze 1 bis 3 unterliegen.*

4. § 14 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 2 erhält folgende Fassung:

4. § 14 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 **wird wie folgt geändert:**

**aa)** Satz 1 wird wie folgt geändert:

**aaa) Es wird die folgende neue Nummer 2a eingefügt:**

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| „2. verdecktes Mithören | _____ |
| a) ohne Inanspruchnahme technischer Mittel, | _____ |
| b) und Aufzeichnen des öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen, | **„2a.** verdecktes Mithören und Aufzeichnen des außerhalb von Wohnungen **von einer bestimmten Person zu einem bestimmten Zeitpunkt an einen nicht bestimmten oder beschränkten Personenkreis gerichteten (**öffentlich gesprochenen**)** Wortes unter Einsatz technischer Mittel, |
| unter den Voraussetzungen des § 15;“. | unter den Voraussetzungen des § 15;“. |

*Anmerkung:*
*Nummer 2 Buchst. a des Entwurfs entspricht Nummer 2 g. F. (verdecktes Mithören ohne Inanspruchnahme technischer Mittel). Das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen (Nummer 2 Buchst. b des Entwurfs) wird neu in den Katalog der nachrichtendienstlichen Mittel eingefügt. Die Entwurfsregelung begegnet in verschiedener Hinsicht* ***verfassungsrechtlichen Bedenken****.*

***1.*** *Das verdeckte Aufzeichnen des gesprochenen Wortes ist eine Verarbeitung (Speicherung) personenbezogener Daten und damit ein* ***Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung*** *als Bestandteil des allgemeinen Persönlichkeitsrechts gemäß Artikel 2 Abs. 1 i. V. m. Artikel 1 Abs. 1 GG (vgl. BVerfGE 150, 244, 266 [Rn. 43] m. w. N.; zum Recht am eigenen Wort BVerfGE 106, 28, 39). Dies gilt auch für das öffentlich gesprochene Wort, denn mit der Öffentlichkeit ist keine Einwilligung in dessen verdeckte staatliche Aufzeichnung im Sinne eines Grundrechtsverzichts verbunden.*

*Ob es dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz genügt, die verdeckten Tonaufzeichnungen unter die niedrigste Eingriffsschwelle für den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel zu stellen (§ 15), wie es der Entwurf vorsieht, bestimmt sich nach dem Eingriffsgewicht, das wiederum davon abhängt, wie weitgehend die Persönlichkeit betroffener Personen erfasst werden kann (BVerfGE 162, 1, 84 [Rn. 174] m. w. N.). Zwar begründet eine verdeckte Tonaufzeichnung des öffentlich gesprochenen Wortes einen weniger schwerwiegenden Grundrechtseingriff als eine verdeckte Tonaufzeichnung des nichtöffentlich gesprochenen Wortes nach Nummer 9 des Entwurfs. Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass der Wortlaut des Entwurfs auch*

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *gestattet, sämtliche in der Öffentlichkeit gesprochene Worte einer Zielperson über einen unbestimmten Zeitraum unter Einsatz von Überwachungstechnik (wie Richt- oder Lasermikrofone usw.; vgl. Löffelmann, in: Dietrich/Eiffler, VI § 3 Rn. 61) vollständig zu erfassen und aufzuzeichnen. Insbesondere bei längerer Dauer könnten solche Tonaufzeichnungen eine hohe Aussagekraft hinsichtlich der persönlichen, insbesondere auch der politischen und religiösen Einstellungen einer Zielperson gewinnen, sodass die Entwurfsregelung auch Eingriffe von erheblichem Gewicht zulassen würde (vgl. dazu zuletzt BVerfG, Beschl. v. 14.11.2024 - 1 BvL 3/22 -, Rn. 94).*<br><br>*Eingriffe von solchem Gewicht zuzulassen, entspricht allerdings nicht dem Regelungsziel des MI, das lediglich punktuelle Tonaufzeichnungen beabsichtigt. Der o. g. Formulierungsvorschlag beabsichtigt daher, die vom MI nicht gewollten intensiveren Persönlichkeitsbeeinträchtigungen auszuschließen, sodass keine höhere Eingriffsschwelle erforderlich wird (diese Regelungstechnik wurde vom BVerfG ausdrücklich anerkannt; BVerfGE 162, 1, 161 f. [Rn. 359 a. E.] und bereits bei den weniger eingriffsintensiven Observationen und Bildaufzeichnungen nach den Nummern 4 und 5 genutzt). Entsprechend dem Regelungsansinnen des MI sollte das neue nachrichtendienstliche Mittel auf den Einsatz gegen eine bestimmte Person beschränkt werden, sodass eine Anordnung gegen ein ganzes Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt (vgl. § 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Alt. 1) nicht in Betracht kommt (wie auch bei Observationen, die sich nicht abstrakt gegen Beobachtungs- oder Verdachtsobjekte, sondern immer nur gegen konkrete Einzelpersonen i. S. d. § 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Alt. 2. und Nrn. 2 bis 4 richten). Aus der vorgeschlagenen Begrenzung auf einen bestimmten Zeitpunkt ergibt sich, dass die verdeckten Tonaufzeichnungen - wie vom MI beabsichtigt - für einen einzelnen Anlass angeordnet werden, also nicht als Dauermaßnahme zulässig sind (daher bedarf es auch keiner Befristung der Maßnahme in § 21 Abs. 2). Zur näheren Konturierung der Reichweite der Maßnahme sollte zudem der Begriff des öffentlich gesprochenen Wortes konkretisiert werden. Nach bisheriger Auslegung ist ein Wort öffentlich gesprochen, wenn es entweder (subjektiv) an die Allgemeinheit gerichtet worden ist oder (objektiv) über einen durch persönliche oder sachliche Beziehungen abgegrenzten Bereich hinaus ohne weiteres wahrnehmbar gewesen ist (vgl. zum Strafrecht Fischer, StGB, § 201 Rn. 3 f.; zum Nachrichtendienstrecht Mallmann, in: Schenke/Graulich/Ruthig, § 9 BVerfSchG Rn. 21; Löffelmann, in: Dietrich/Eiffler, VI § 3 Rn. 40; Droste, S. 313 f.). Angelehnt daran spricht sich das MI dafür aus, das Wort als öffentlich gesprochen anzusehen, wenn es nicht an einen bestimmten (d. h. von der Sprecherin/dem Sprecher festgelegten) oder beschränkten (d. h. von äußeren Umständen wie den räumlichen Verhältnissen begrenz-* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *ten) Personenkreis gerichtet ist. Um die Lesbarkeit zu verbessern, ist der Vorschlag als eigenständige Nummer 2a gefasst.* |
| | ***2.*** *Verfassungsrechtliche Bedenken ergeben sich auch daraus, dass laut Gesetzesbegründung verdeckte Tonaufzeichnungen von Redebeiträgen auf Demonstrationen, Versammlungen und Kundgebungen im öffentlichen Raum beabsichtigt sind (Drs. 19/5930, S. 17). Darin liegt ein Eingriff in die* ***Versammlungsfreiheit (Artikel 8 Abs. 1 GG)****, deren Ausübung vor staatlicher Überwachung geschützt ist (vgl. dazu schon Bäumler, JZ 1986, 469, 471 f.; Hartmann, in: BK-GG, Art. 8 Rn. 314 m. w. N.; laut BVerfGE 69, 315, 349 verstoßen „exzessive Observationen" gegen Artikel 8 Abs. 1 GG; zu heimlichen Maßnahmen BVerfGE 122, 342, 369/373; 155, 119, 183 [Rn. 139]). Dass die Verfassungsschutzbehörde auch in die Versammlungsfreiheit eingreift, ist zwar nicht neu, daher wird Artikel 8 Abs. 1 GG in § 41 (Einschränkung von Grundrechten) zitiert (vgl. Drs. 17/6464, S. 71 f.). Jedoch wurden verdeckte Tonaufzeichnungen von Versammlungen bisher - soweit ersichtlich - nicht erörtert (auch nicht in der nachrichtendienstrechtlichen Literatur, vgl. Droste, S. 412 ff.; Dietrich, in: Dietrich/Eiffler, VI § 2 Rn. 98; Löffelmann/Zöller, Nachrichtendienstrecht, 2. Aufl. 2025, B Rn. 74).* |
| | *Wenn die verdeckten Tonaufzeichnungen nur punktuell und zudem nicht anlasslos erfolgen, wie der o. g. Formulierungsvorschlag klarstellt, besteht allenfalls ein geringes verfassungsrechtliches Risiko im Hinblick auf Artikel 8 Abs. 1 GG, auch wenn dazu - soweit ersichtlich - noch keine einschlägige Rechtsprechung vorliegt. Diese Einschätzung beruht insbesondere darauf, dass aufgrund der oben vorgeschlagenen Einschränkungen die Rednerin/der Redner bei einer Versammlung, deren öffentlich gesprochenes Wort aufgezeichnet werden soll, dazu selbst i. S. d. § 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Alt. 2 oder Nrn. 2 bis 4 Anlass gegeben haben muss. Öffentliche Redebeiträge unbeteiligter Dritter aufzuzeichnen, sieht die vorgeschlagene Fassung nicht vor.* |
| | *Allerdings verstößt der Gesetzentwurf - auch in der vorgeschlagenen Fassung - gegen das* ***Zitiergebot (Artikel 19 Abs. 1 Satz 2 GG)****. Dieses erfordert nach der Rechtsprechung des BVerfG, in einem Änderungsgesetz, das in Artikel 8 Abs. 1 GG eingreift (wie hier durch Nummer 2 Buchst. b des Entwurfs bzw. die vorgeschlagene Nummer 2a), das Grundrecht erneut zu zitieren; eine im Stammgesetz bestehende Zitierung (wie hier in § 41) genügt insoweit nicht (BVerfGE 113, 348, 366 f.). Um diesen Verstoß zu vermeiden, sollte der folgende neue Artikel 2/1 aufgenommen werden (diese Regelungstechnik wird vom BVerfG akzeptiert; BVerfGE 155, 119, 175 f. [Rn. 120]):* |

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

*Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD*

*„Artikel 2/1*
*Einschränkung der Versammlungsfreiheit*

*Aufgrund dieses Gesetzes kann das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit (Artikel 8 Abs. 1 GG) eingeschränkt werden.“*

***3.*** *Weitere verfassungsrechtliche Bedenken ergeben sich daraus, dass nach der Gesetzesbegründung die „Aufzeichnung von Vorträgen und Predigten in öffentlich zugänglichen Moscheen“ beabsichtigt ist (Drs. 19/5930, S. 17).*

***a)*** *Darin liegt ein Eingriff in die* ***Religionsfreiheit (Artikel 4 Abs. 1 und 2 GG)****. Ein solcher Eingriff kann, da Artikel 4 GG keinen Gesetzesvorbehalt kennt, nur durch kollidierendes Verfassungsrecht unter Abwägung im Sinne einer praktischen Konkordanz gerechtfertigt werden (OVG Münster, Urt. v. 12.02.2008 - 5 A 130/05 -, juris, Rn. 250 f. m. w. N.). In der Rechtsprechung ist grundsätzlich anerkannt, dass das Verfassungsschutzrecht zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung auch auf Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zur Anwendung gebracht werden kann, einschließlich des Einsatzes nachrichtendienstlicher Mittel; allerdings sind dabei die in Artikel 4 Abs. 1 und 2 GG verbürgten Grundrechte zu berücksichtigen (OVG Münster, a. a. O., Rn. 252 f. und 264 f. m. w. N.; Roth, in: Schenke/Graulich/Ruthig, § 8 BVerfSchG Rn. 59; Mallmann, a. a. O., § 9 BVerfSchG Rn. 14). Demnach muss - unter der Voraussetzung, dass es sich bei der aufzuzeichnenden Predigt in einer Moschee tatsächlich um ein öffentlich gesprochenes Wort handelt (so wie im Fall des OLG Brandenburg, NJW-RR 2007, 1641, 1642) - im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung berücksichtigt werden, dass in die Glaubensfreiheit des Predigers eingegriffen wird (sofern es sich noch um dessen Religionsausübung handelt, nicht um politische Agitation, wie im Fall des LG Köln, ZUM-RD 2005, 351, 353). Die Tatsachengrundlage muss dementsprechend auf eine hinreichend gewichtige Bedrohung der Schutzgüter des Verfassungsschutzes hindeuten.*

***b)*** *Die Aufzeichnung einer Predigt in einer öffentlich zugänglichen Moschee könnte zudem einen Eingriff in das* ***Wohnungsgrundrecht (Artikel 13 Abs. 1 GG)*** *begründen. In diesem Fall würde sie nicht „außerhalb von Wohnungen“ stattfinden, wäre also auf Grundlage der Nummer 2 Buchst. b des Entwurfs bzw. der vorgeschlagenen Nummer 2a unzulässig.*

*Das MI vertritt dazu die Auffassung, dass eine Moschee, soweit öffentlich für jedermann zugänglich (also ohne Nebenräume usw.), nicht als Wohnung i. S. d. Artikels 13 Abs. 1 GG geschützt sei. Als Wohnung seien nur Räum-*

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *lichkeiten anzusehen, die einer allgemeinen Zugänglichkeit durch räumliche Abschirmung entzogen und Stätte des privaten Lebens und Wirkens seien, was von außen erkennbar sein müsse. Frei zugängliche Kirchen, Moscheen und andere Gotteshäuser könnten auch nicht mit Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen gleichgesetzt werden, die dem weiten Wohnungsbegriff unterfielen, denn der Sinn solcher Häuser mit freiem, unbeschränkten Zugang liege darin, das „Wort Gottes“ einer möglichst breiten Masse zu verkünden. Eine potenzielle (Teil-)Privatheit sei in diesen Fällen ausgeschlossen, mithin werde der Schutzzweck des Artikels 13 Abs. 1 GG nicht berührt.*<br><br>*Die Auffassung des MI, eine Moschee sei nicht als Wohnung i. S. d. Artikels 13 Abs. 1 GG geschützt, begegnet aus Sicht des GBD verfassungsrechtlichen Bedenken. Nach der ständigen Rechtsprechung des BVerfG und des BVerwG ist der Wohnungsbegriff mit Blick auf Entstehungsgeschichte und Schutzzweck des Artikels 13 Abs. 1 GG weit auszulegen. Er umfasst Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume, und zwar auch dann, wenn diese der Öffentlichkeit zugänglich sind, denn Artikel 13 Abs. 1 GG schützt auch gegen Eingriffe in die Entscheidung über das Zutrittsrecht im Einzelnen und über die Zweckbestimmung des Aufenthalts (vgl. nur BVerfGE 97, 228, 265; BVerwG, NJW 2005, 454 f., jeweils m. w. N.). Wenn der Sinn des Artikels 13 Abs. 1 GG die „Abschirmung der Privatsphäre in räumlicher Hinsicht“ ist (so BVerfGE 97, 228, 265), erschließt sich nicht, warum Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume darunterfallen sollten, Räume, die der Religionsausübung dienen, hingegen nicht. Auch wenn in der Literatur umstritten ist, ob Kirchen unter den weiten Wohnungsbegriff des Artikels 13 Abs. 1 GG fallen (dafür: Berkemann, in: AK-GG, 2. Aufl. 1989, Bd. 1, Art. 13 Rn. 23; Grote/Kraus, JuS 1997, 345, 350 m. w. N.; dagegen: Löffelmann, in: Dietrich/Eiffler, VI § 3 Rn. 63), spricht jedenfalls einiges dafür.*<br><br>*Der volle Grundrechtsschutz besteht allerdings nur bei nicht allgemein zugänglichen Räumen; die Zugänglichkeit von (Geschäfts-)Räumen hebt den Privatcharakter dieser Räume teilweise auf, führt aber nicht zu einem allgemeinen Verzicht auf das Wohnungsgrundrecht (vgl. nur Papier, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, Bd. 2, Art. 13 Rn. 14 m. w. N.). Insbesondere kann in der Zugänglichkeit keine Einwilligung in die Anfertigung von Tonaufzeichnungen gesehen werden (Gornig, in: v. Mangoldt/Klein/Starck, GG, Bd. 1, 7. Aufl. 2018, Art. 13 Rn. 47 f.). Das BVerfG hat wegen dieses abgestuften Schutzes die gesetzlichen Betretungs- und Besichtigungsrechte von Behörden zum Zweck von Überwachungen und Prüfungen (vgl. zu deren Anforderungen Wischmeyer, in: Dreier, GG, Bd. 1, 4. Aufl. 2023, Art. 13 Rn. 121 m. w. N.) zwar nicht der strengen Schrankensystematik des Artikels 13 Abs. 2 bis 7 GG unterworfen (vgl. nur Papier, a. a. O, Rn. 15 m. w. N.). Es erschließt sich jedoch nicht, warum Tonaufzeichnungen* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *in Betriebs- und Geschäftsräumen während der Zeiten der allgemeinen Zugänglichkeit als Aufzeichnungen „außerhalb von Wohnungen“ i. S. d. § 100 f StPO zu verstehen sein sollten (so aber Rückert, in: MüKo-StPO, Bd. 1, 2. Aufl. 2023, § 100 f Rn. 10; anders hingegen ders., a. a. O., § 100 c Rn. 12; ausdrücklich offengelassen von BGH, NStZ 1997, 195, 196). Abgesehen davon bedürfte es auch wegen der strengen Anforderungen an die Bestimmtheit und Normenklarheit bei heimlichen Überwachungsmaßnahmen des Verfassungsschutzes (vgl. BVerfGE 162, 1, 125 f. [Rn. 273]) für einen Eingriff in den abgestuft geschützten räumlichen Bereich einer allgemein zugänglichen „Wohnung“ durch die Anfertigung von Tonaufzeichnungen zumindest einer ausdrücklichen gesetzlichen Ermächtigung unter Einhaltung des Zitiergebots (Artikel 19 Abs. 1 Satz 2 GG findet auf Artikel 13 Abs. 1 GG unstreitig Anwendung; vgl. nur Huber, in: v. Mangoldt/Klein/Starck, Art. 19 Rn. 75).*<br><br>*Sollten Moscheen also, wofür einiges spricht, als Wohnungen i. S. d. Artikels 13 Abs. 1 GG anzusehen sein, dürfte der Einsatz des nachrichtendienstlichen Mittels der Nummer 2 Buchst. b des Entwurfs bzw. der vorgeschlagenen Nummer 2a (sowie der Nummer 9) auch während der Zeit, in der die Moschee allgemein zugänglich ist, unzulässig sein.* |
| bb) Nummer 5 erhält folgende Fassung:<br><br>„5. außerhalb von Wohnungen verdeckt angefertigte fotografische Bildaufzeichnungen sowie außerhalb von Wohnungen verdeckt angefertigte Bildaufzeichnungen zum Zwecke der Identifizierung von Personen durch die nachträgliche Erstellung von Einzelbildern unter den Voraussetzungen des § 15;“. | **bbb)** Nummer 5 erhält folgende Fassung:<br><br>„5. außerhalb von Wohnungen verdeckt angefertigte<br><br>**a) einzelne** fotografische Bildaufzeichnungen sowie<br><br>**b) sonstige** Bildaufzeichnungen**, die ausschließlich zur nachträglichen** Identifizierung von Personen **bestimmt sind,**<br><br>unter den Voraussetzungen des § 15;“.<br><br><u>*Anmerkung:*</u><br>*Die in Nummer 5 des Entwurfs enthaltene Maßnahme soll nach der Begründung (S. 17 f.) den Einsatz verdeckter, stationärer Videotechnik ermöglichen, um brauchbare Einzelbilder zu erhalten, anhand derer die Personen identifiziert werden können. Da die Bildaufzeichnungen, nach ihrem Eingriffsgewicht unterschieden, in zwei nachrichtendienstlichen Mitteln genannt werden (Nummern 5 und 8), ist eine hinreichend bestimmte und praktisch ausführbare Abgrenzung erforderlich (vgl. auch die Kritik des LfD in der Verbandsbeteiligung; Begründung, S. 13).* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *Dazu dient der o. g. Formulierungsvorschlag, der durch die vorgeschlagene Untergliederung in die Buchstaben a und b das sprachlich unglückliche Nebeneinander von „verdeckt angefertigten fotografischen Bildaufzeichnungen“ und „verdeckt angefertigten Bildaufzeichnungen“ auflöst.*<br><br>*In Buchstabe a sollte, da der Gesetzentwurf insoweit keine Abweichung beabsichtigt, das Wort „einzelne“ wieder aufgenommen werden.*<br><br>*In Buchstabe b sollten die sonstigen Bildaufzeichnungen (also Videos sowie nicht nur einzelne Fotografien) geregelt werden. Diese sind nach Mitteilung des MI ausschließlich zur nachträglichen Identifizierung von Personen bestimmt. Erhebungszweck des nachrichtendienstlichen Mittels ist mithin die Identifizierung von Personen im Rahmen einer Personenpotenzialfeststellung (Begründung, S. 17). Dies stellt auf Ebene der Datenerhebung aber keine Beschränkung dar, die zur Abgrenzung von den Bildaufzeichnungen nach Nummer 8 geeignet wäre (so in der Anhörung auch Vorlage 8 [LfD], S. 2). Aus diesem Grund empfehlen wir, die das im Vergleich zu Nummer 8 geringere Eingriffsgewicht gewährleistende Beschränkung auf der Verwertungsebene deutlicher werden zu lassen (ähnlich wie Satz 2 im Hinblick auf Nummer 4). Dazu empfehlen wir, den folgenden neuen Satz 3 aufzunehmen:*<br><br>*„[3]Die nach Satz 1 Nr. 5 Buchst. b angefertigten Bildaufzeichnungen dürfen ausschließlich zur nachträglichen Auswahl von Einzelbildern gespeichert, verändert und verwendet werden; anschließend sind sie unverzüglich zu löschen.“*<br><br>*Die Regelungsabsicht des Entwurfs, „die jeweilige Bildaufzeichnung nach der zur Identifizierung von Einzelpersonen erfolgten Erstellung von Einzelbildern unverzüglich zu löschen“ (Begründung, S. 13), wird durch den empfohlenen Halbsatz 2 klarer im Gesetz abgebildet. In Halbsatz 1 sollte sowohl bei nicht nur einzelnen fotografischen Bildaufzeichnungen als auch bei Video-Bildaufzeichnungen auf die „Auswahl“ von Einzelbildern abgestellt werden, nicht auf deren „Erstellung“. Der Vorschlag ändert nichts daran, dass sich die weitere Speicherung, Veränderung, Verwendung und Löschung der ausgewählten Einzelbilder - wie auch nach dem Entwurf und der g. F. - nach den §§ 26 ff. richtet.* |
| cc) Am Ende der Nummer 6 Buchst. b wird nach dem Komma das Wort „sowie“ eingefügt. | **ccc)** _____ Nummer 6 **wird wie folgt geändert:**<br><br>**aaaa)** Am Ende **des Buchstaben** b wird nach dem Komma das Wort „sowie“ eingefügt. |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| dd) Am Ende der Nummer 6 Buchst. c wird das Wort „sowie“ gestrichen. | **bbbb)** Am Ende **des Buchstaben** c wird das Wort „sowie“ gestrichen. |
| ee) Nummer 6 Buchst. d wird gestrichen. | **cccc)** ____ **Buchstabe** d wird gestrichen.<br><br>*<u>Anmerkung:</u>*<br>*Die Änderungsbefehle der Doppelbuchstaben cc bis ee des Entwurfs sollten redaktionell in Doppelbuchstabe cc zusammengefasst werden. Vgl. im Übrigen die Anmerkung zu Absatz 3.* |
| ff) In Nummer 7 wird die Angabe „24“ durch die Angabe „48“ ersetzt. | **ddd)** *unverändert* |
| gg) Die bisherige Nummer 9 wird Nummer 10. | **eee)** *unverändert* |
| hh) Die bisherige Nummer 10 wird Nummer 9 und darin wird die Angabe „19“ durch die Angabe „17“ ersetzt. | **fff)** *unverändert*<br><br>*<u>Anmerkung:</u>*<br>*Die Eingriffsschwelle für das verdeckte Abhören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes außerhalb von Wohnungen (Nummer 10 g. F. bzw. Nummer 9 des Entwurfs) abzusenken, von § 19 („G 10-Schwelle“) auf § 17 (Beobachtungs- und Verdachtsobjekte von erheblicher Bedeutung), dürfte verfassungsrechtlich zulässig sein, auch wenn einige Stimmen in der nachrichtendienstrechtlichen Literatur die bisherige Gleichstellung mit der Telekommunikationsüberwachung (G 10-Maßnahmen) in § 9 Abs. 3 BVerfSchG und im Strafprozessrecht betonen (vgl. Bergemann, in: Lisken/Denninger, Handbuch des Polizeirechts, 6. Aufl. 2018, H Rn. 84) und insoweit ein grundsätzlich vergleichbares Eingriffsgewicht annehmen (BT-Drs. 12/989, S. 39; Löffelmann, in: Dietrich/Eiffler, VI § 3 Rn. 65; so i. E. auch die Kritik des LfD in der Verbandsbeteiligung; Begründung, S. 13; so auch in der Anhörung Vorlage 4 [Löffelmann], S. 4 f.; Vorlage 8 [LfD], S. 2). Die Begründung (S. 20) verweist insoweit in erster Linie auf praktische Notwendigkeiten. Hinsichtlich der Eingriffstiefe lässt der Hinweis, dass die hier erfassten Maßnahmen das Fernmeldegeheimnis (Artikel 10 GG) nicht einschränken, außer Acht, dass das allgemeine Persönlichkeitsrecht in Gestalt des Rechts am gesprochenen Wort ebenfalls hohen Schutzwert genießt (vgl. BVerfGE 106, 28, 40 f.).* |
| ii) In Nummer 11 werden nach dem Wort „Ermittlung“ die Worte „des Standortes sowie“ eingefügt. | **ggg)** *unverändert* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | **bb) Es wird der folgende neue Satz 3 eingefügt:**<br><br>**„[3]Die nach Satz 1 Nr. 5 Buchst. b angefertigten Bildaufzeichnungen dürfen ausschließlich zur nachträglichen Auswahl von Einzelbildern gespeichert, verändert und verwendet werden; anschließend sind sie unverzüglich zu löschen."**<br><br>*Anmerkung:*<br>*Vgl. die Anmerkung zu Satz 1 Nr. 5.* |
| | **cc) Der bisherige Satz 3 wird Satz 4.**<br><br>*Anmerkung:*<br>*Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung.* |
| b) Absatz 1 Satz 4 wird gestrichen. | **dd) Der bisherige** Satz 4 wird gestrichen.<br><br>*Anmerkung:*<br>*Die im Entwurf vorgesehene Streichung des Verbots, unbemannte Fluggeräte (Drohnen) einzusetzen, führt nach der Begründung (S. 21) dazu, dass die Verfassungsschutzbehörde Drohnen nach Maßgabe des Satzes 1 Nrn. 4, 5 und 8 im Rahmen kurzfristiger Observationen sowie verdeckter Bildübertragungen und -aufzeichnungen außerhalb von Wohnungen einsetzen kann. Zu ergänzen ist, dass der Einsatz von Drohnen auch nach Maßgabe des Satzes 1 Nr. 7 (längerfristige Observation) denkbar ist, denn (theoretisch) können auch Drohnen besondere für Observationszwecke bestimmte technische Mittel sein (Drs. 16/395, S. 18: „technische Mittel zur Ortung und Aufenthaltsbestimmung"; vgl. auch Meyer-Goßner/Schmitt, StPO, 66. Aufl. 2023, § 100h Rn. 2). Denkbar ist der Einsatz von Drohnen auch nach Maßgabe des Satzes 1 Nr. 9 des Entwurfs (heimliches Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes außerhalb von Wohnungen), wenn diese mit Mikrofonen ausgestattet sind.*<br><br>*Nach unserer Einschätzung ist mit dem Einsatz von Drohnen zur verdeckten Anfertigung von Bildaufzeichnungen kein so viel höheres Eingriffsgewicht verbunden, dass dieser Einsatz auf der Grundlage der BVerfG-Rechtsprechung (vgl. BVerfGE 162, 1, 84 [Rn. 174], 125 f. [Rn. 273]) nach den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit sowie der Bestimmtheit und Normenklarheit von den gesetzlichen Regelungen nicht mehr abgedeckt wäre. Bei der Erstellung von Bildaufzeichnungen wird zwar faktisch aufgrund des technischen Fortschritts (Miniaturisierung und Fernsteuerbarkeit der Kameras, Datenfernübertragung und praktisch unbegrenzter Speicherplatz) von einer erheblichen Zunahme der Eingriffsintensität ausgegangen (Löffelmann, in: Dietrich/Eiffler, VI § 3 Rn 78).* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *Dies wurde jedoch vom BVerfG bisher nicht zum Anlass genommen, höhere Eingriffsschwellen für Bildaufzeichnungen zu verlangen. Dass Drohnen personenbezogene Aufnahmen und Übersichtsaufnahmen von Orten und aus Perspektiven erlauben, die mit fest installierten oder händisch geführten Kameras nicht erreicht werden können (vgl. Kornmeier, Der Einsatz von Drohnen zur Bildaufnahme, 2012, S. 147; Skobel, Die Polizei 2018, 252, 254; vgl. auch VGH München, Beschl. v. 15.02.2024 - 4 CE 23.2267 -, juris, Rn. 27), dürfte daran nichts ändern. Eingriffsvertiefend wirkt sich hier auch nicht aus, dass dem Einsatz von Drohnen im Vergleich zur offenen (polizeilichen) Videoüberwachung ein höheres Eingriffsgewicht beigemessen wird, weil heutige Drohnen wegen ihrer geringen Größe und Geräuschemission bei größerer Entfernung zu den aufgenommenen Personen unscheinbar sind und damit ihr Einsatz einem verdeckten Einsatz nahekommt, denn es handelt sich hier von vornherein um einen verdeckten Einsatz (vgl. Buckler, in: Möstl/Schwabenbauer, BeckOK Polizei- und Sicherheitsrecht Bayern, Art. 47 PAG Rn. 9 f. m. w. N.; a. A. - allerdings ohne nähere Begründung - Vorlage 8 [LfD], S. 2 f. [für eine spezifische Rechtsgrundlage]; Vorlage 3 [Ogorek/Manns], S. 9 [erhöhtes Eingriffsgewicht]). Verfassungsgerichtliche Entscheidungen zum Drohneneinsatz im Sicherheitsrecht, die unsere Einschätzung untermauern, liegen allerdings gegenwärtig - soweit ersichtlich - noch nicht vor.*<br><br>*Zu der möglicherweise missverständlichen Begründung (S. 21), dass Drohneneinsätze (auch) dazu dienen sollen, „Veranstaltungen und Treffen … auf abgeschiedenen, schwer einsehbarem Grundstücken“ zu überwachen, hat das MI mitgeteilt, dass damit keine Umgehung des Satzes 3 beabsichtigt sei. Bildübertragungen und -aufzeichnungen nach Satz 1 Nrn. 5 und 8 von Versammlungen i. S. d. § 2 NVersG, die unter dem Schutz von Artikel 8 GG stünden, blieben unverändert verboten. Das MI weist zudem darauf hin, dass mit den „abgeschiedenen, schwer einsehbaren Grundstücken“ keine in den Schutzbereich des Wohnungsgrundrechts (Artikel 13 Abs. 1 GG) fallenden eingefriedeten Bereiche gemeint seien (z. B. Terrassen und Balkone). Aus solchen Bereichen mittels Drohnen Daten zu erheben, wäre als Einsatz technischer Mittel zur Überwachung von Wohnungen i. S. d. Artikels 13 Abs. 4 GG zu qualifizieren. Eine Rechtsgrundlage dafür ist im NVerfSchG nicht (mehr) enthalten.* |
| c) Es wird der folgende Absatz 3 angefügt:<br><br>„(3) [1]Darüber hinaus darf die Verfassungsschutzbehörde Personen, die ihr logistische oder sonstige Hilfe leisten, ohne Vertrauenspersonen, sonstige geheime Informantinnen oder Informanten oder überworbene Agentinnen oder Agenten zu sein (Gewährspersonen), in Anspruch nehmen, soweit dies | **b)** Es wird der folgende Absatz 3 angefügt:<br><br>„(3) [1]_____ Die Verfassungsschutzbehörde **darf** Personen, die ihr logistische oder sonstige Hilfe leisten, ohne Vertrauenspersonen, sonstige geheime Informantinnen oder Informanten oder überworbene Agentinnen oder Agenten zu sein (Gewährspersonen), in Anspruch nehmen, soweit dies |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| für den Einsatz eines nachrichtendienstlichen Mittels nach Absatz 1, zum Schutz der Beschäftigten, Einrichtungen und Gegenstände der Verfassungsschutzbehörde sowie zum Schutz der in Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 genannten Personen oder für die Beschaffung, Herstellung und Verwendung von Hilfsmitteln nach Absatz 2 erforderlich ist. [2]Die weiteren Einzelheiten der Inanspruchnahme von Gewährspersonen sind in einer Dienstvorschrift umfassend zu regeln.“ | **erforderlich ist** für den Einsatz eines nachrichtendienstlichen Mittels nach Absatz 1, zum Schutz der Beschäftigten, Einrichtungen und Gegenstände der Verfassungsschutzbehörde sowie zum Schutz der in Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 genannten Personen oder für die Beschaffung, Herstellung und Verwendung von Hilfsmitteln nach Absatz 2 _____. [2]_____ *(jetzt in § 21 Abs. 7)*“ |

*<u>Anmerkung:</u>*
*Nach der Begründung (S. 18 f.) werden durch die Inanspruchnahme von Gewährspersonen (Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 Buchst. d g. F.) keine personenbezogenen Daten erhoben, sodass die Gewährspersonen nicht zu den nachrichtendienstlichen Mitteln nach Absatz 1 gehören, sondern zu den Hilfsmitteln nach Absatz 2. Wir weisen darauf hin, dass diese Sichtweise der nachrichtendienstrechtlichen Literatur widerspricht, die Gewährspersonen zwar nicht als „Quelle im Objekt“ ansieht, aber diesen sehr wohl einen Informationszugang zum Milieu zuschreibt (aufgrund beruflicher oder privater Verbindungen, z. B. Kneipenwirte von Szenetreffs), auf dessen Grundlage sie anlassbezogen Informationen über Aufenthaltsorte oder bevorstehende Aktionen liefern (Droste, S. 275 f.; Dietrich, in: Dietrich/Eiffler, VI § 2 Rn. 25 f.; Roth, in: Schenke/Graulich/Ruthig, § 8 BVerfSchG Rn. 30 m. w. N.; ähnlich in der Anhörung auch Vorlage 4 [Löffelmann], S. 4). Auch nach § 8 Abs. 2 Satz 1 BVerfSchG dienen Gewährspersonen ausdrücklich „zur heimlichen Informationsbeschaffung“ (siehe auch BVerfGE 146, 1, 50 f. [Rn. 111]).*

*Das MI hat dazu erklärt, dass die o. g. Literatur die nachrichtendienstliche Praxis nicht korrekt abbildet. Es hält daher an seinem Begriffsverständnis fest. Gewährspersonen leisteten lediglich logistische oder sonstige Hilfe, seien aber an der unmittelbaren Informationsbeschaffung - im Unterschied zu Vertrauenspersonen, sonstigen geheimen Informantinnen/Informanten oder überworbenen Agentinnen/Agenten - gerade nicht beteiligt. Vielmehr ermöglichten sie durch reine Unterstützungshandlungen die heimliche Informationsbeschaffung nur mittelbar. Bei dem angeführten Beispiel des Kneipenwirts handele es sich daher nicht um eine Gewährsperson. Anders als im NVerfSchG werde in § 8 Abs. 2 BVerfSchG nicht trennscharf zwischen nachrichtendienstlichen und sonstigen Hilfsmitteln differenziert. Die Norm nehme allgemein sowohl auf die unmittelbare als auch auf die mittelbare heimliche Informationsbeschaffung durch Methoden, Gegenstände und Instrumente Bezug (vgl. die Nennung von Tarnpapieren und -kennzeichen neben nachrichtendienstlichen Mitteln wie Observationen und Bild- und Tonaufzeichnungen).*

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *Vor diesem Hintergrund unterbreiten wir lediglich sprachlich-redaktionelle Verbesserungsvorschläge zu Satz 1. Satz 2 sollte zur Beibehaltung der Rechtssystematik in § 21 Abs. 7 verlagert werden (siehe den dortigen Vorschlag).* |
| 5. § 16 wird wie folgt geändert: | 5. § 16 wird wie folgt geändert: |
| a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert: | a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert: |
| aa) Im einleitenden Satzteil werden die Worte „sowie Gewährspersonen“ gestrichen und nach dem Wort „Informanten“ wird das Komma durch das Wort „sowie“ ersetzt. | aa) *unverändert* |
| bb) Nummer 2 erhält folgende Fassung: | bb) Nummer 2 erhält folgende Fassung: |
| „2. gegen sie im zentralen staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister keine Tatvorwürfe wegen der Begehung eines Straftatbestandes von besonderer Bedeutung im Sinne des Absatzes 6 eingetragen oder sie diesbezüglich freigesprochen sind und sie nicht im Bundeszentralregister mit einer Verurteilung wegen eines solchen Straftatbestandes eingetragen sind,“. | „2. ____ sie **nicht** im zentralen staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister **mit** Tatvorwürfen wegen der Begehung **einer in** Absatz 6 **genannten** Straftat _____ eingetragen **sind, es sei denn, sie wurden** freigesprochen**,** und sie nicht im Bundeszentralregister mit einer Verurteilung wegen einer **in Absatz 6 genannten** Straftat____ eingetragen sind,“. |
| | *Anmerkung:*<br>*Im Hinblick auf die Ausführbarkeit der Nummer 2 des Entwurfs weisen wir zur Ergänzung der Gesetzesbegründung (S. 22) darauf hin, dass die Verfassungsschutzbehörde bei entsprechenden Ersuchen nach § 18 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 BVerfSchG an das Bundesamt für Justiz (BfJ) zwar Auskunft aus dem dort geführten zentralen staatsanwaltlichen Verfahrensregister (ZStV) erhält, jedoch nach § 492 Abs. 4 Satz 1 der Strafprozessordnung (StPO) beschränkt auf die Personendaten des Beschuldigten, die zuständige Stelle und das Aktenzeichen (§ 492 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 1 und 2 StPO) sowie - wenn dies erforderlich ist - die nähere Bezeichnung der Straftaten und die Tatvorwürfe (§ 492 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 3 und 4 StPO). Das BfJ darf folglich keine Auskunft über die Verfahrenserledigung bei Staatsanwaltschaft oder Gericht (§ 492 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 StPO) erteilen (vgl. auch § 6 Abs. 2 i. V. m. § 4 Abs. 1 bis 3 ZStVBetrV). Um den Freispruch in Erfahrung zu bringen, der im Falle einer Positivmeldung (d. h. einer vom BfJ mitgeteilten einschlägigen Eintragung im ZStV) die Inanspruchnahme ausnahmsweise erlauben würde, ist mithin ein Ersuchen bei der zuständigen Staatsanwaltschaft nach § 18 Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 BVerfSchG unumgänglich (siehe auch Meyer-Goßner/Schmitt, § 492 Rn. 8). In der Praxis wird also bei jeder* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *Positivmeldung ein weiteres Ersuchen an die jeweilige Staatsanwaltschaft erforderlich.*<br><br>*Das MI hat dies bestätigt und zudem bekräftigt, dass im Fall einer Positivmeldung allein ein Freispruch (der allerdings noch nicht rechtskräftig sein muss) die Inanspruchnahme trotz einer Eintragung im ZStV rechtfertigen soll. Zwar wird die Eintragung im ZStV auch bei unanfechtbarer Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens oder endgültiger Einstellung gelöscht (mit der Folge, dass die Inanspruchnahme dann zulässig wird), jedoch frühestens zwei Jahre nach der Erledigung des Verfahrens (§ 494 Abs. 2 Satz 2 StPO). In der Zwischenzeit, also bis zur Löschung im ZStV, soll nach Mitteilung des MI die Inanspruchnahme verboten bleiben, um Handlungssicherheit zu gewinnen (außer bei einem Freispruch).*<br><br>*Vor diesem Hintergrund schlagen wir lediglich sprachlich-redaktionelle Verbesserungen vor. Insbesondere sollte auf die Begehung einer „in Absatz 6 genannten Straftat" abgestellt werden, aber deren „besondere Bedeutung" entfallen. Dadurch wird sprachlich auf eine (weitere) Kategorie von Straftatbeständen verzichtet, die mit Blick auf die Übermittlungsregelungen in den §§ 30 ff. des Entwurfs zu Verwechslungen führen könnte (§ 31: „besonders schwere Straftat").* |
| *<u>(nachrichtlich: Absatz 2 g. F.:)</u>*<br><br>*(2) [1]Eine Vertrauensperson darf dauerhaft nur gegen ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt in Anspruch genommen werden, das auf die Anwendung oder Vorbereitung von Gewalt gerichtet ist oder aus anderen Gründen erhebliche Bedeutung hat. [2]Wenn die erhebliche Bedeutung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts noch nicht festgestellt werden kann und zu dessen Beobachtung und Aufklärung andere nachrichtendienstliche Mittel nicht denselben Erfolg versprechen, darf abweichend von Satz 1 eine Vertrauensperson vorübergehend gegen dieses Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt in Anspruch genommen werden.* | **a/1) Absatz 2 erhält folgende Fassung:**<br><br>**„(2) Die Verfassungsschutzbehörde darf eine Vertrauensperson**<br><br>**1. über sechs Monate hinaus,**<br><br>**2. gezielt gegen eine bestimmte Person oder**<br><br>**3. gezielt in zu privaten Wohnzwecken genutzten Räumlichkeiten**<br><br>**nur in Anspruch nehmen, um Erkenntnisse über ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt von erheblicher Bedeutung oder über eine Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 zu gewinnen."**<br><br>*<u>Anmerkung:</u>*<br>*Absatz 2 Satz 1 g. F. knüpft für die dauerhafte Inanspruchnahme einer Vertrauensperson an die Gewaltausrichtung oder die erhebliche Bedeutung des Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts an. Dies genügt nach der Rechtsprechung des BVerfG den Anforderungen an die Normenklarheit nicht mehr (BVerfGE 162, 1, 158 f. [Rn. 352] i. V. m. 155 f. [Rn. 343 f.]). Da diese verfassungsrechtliche Problematik durch den Vorschlag zu § 6* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *Abs. 6 gelöst werden sollte (siehe die Anmerkung dort), bedarf es hier insoweit lediglich einer Folgeänderung.*<br><br>*Weiterer Änderungsbedarf ergibt sich allerdings daraus, dass das BVerfG in seiner neueren Rechtsprechung nunmehr ausdrücklich festgestellt hat, dass die Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen wegen ihres erhöhten Eingriffsgewichts auch im Nachrichtendienstrecht einer unabhängigen Vorabkontrolle unterliegen muss (BVerfGE 162, 1, 158 f. [Rn. 352] i. V. m. 157 [Rn. 348]). Dieser verfassungsrechtlichen Vorgabe soll durch die Vorschläge zu § 21 entsprochen werden (siehe die Anmerkungen dort).*<br><br>*Um zu vermeiden, dass sämtliche Vertrauenspersonen zukünftig vor Ihrer Inanspruchnahme einer einzelfallbezogenen Vorabkontrolle durch die G 10-Kommission unterworfen werden, hat das MI vorgeschlagen, die bisherige Differenzierung der Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen in zwei Varianten mit unterschiedlichem Eingriffsgewicht (vorübergehende Inanspruchnahme einerseits, dauerhafte Inanspruchnahme andererseits) zu überarbeiten und an das neue bayerische Recht (Artikel 18 Abs. 1 Satz 2 i. V. m. Artikel 19 Abs. 1 Satz 1 BayVSG) anzulehnen. Nur die eingriffsintensivere Variante solle einer erhöhten Eingriffsschwelle und der notwendigen unabhängigen Vorabkontrolle durch die G 10-Kommission unterliegen. Diese Regelungstechnik der Untergliederung von nachrichtendienstlichen Mitteln anhand der jeweiligen Eingriffsintensität, die das BVerfG ausdrücklich anerkannt hat (BVerfGE 162, 1, 161 f. [Rn. 359 a. E.]), findet im NVerfSchG auch bei anderen nachrichtendienstlichen Mitteln Anwendung, so bei den Tonaufzeichnungen (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 2 und 9 des Entwurfs), den Observationen (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 4 und 7 g. F.) und den Bildaufzeichnungen (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 5 und 8 g. F.). Der o. g. Formulierungsvorschlag geht auf diesen Vorschlag des MI zurück.*<br><br>*Die vorgeschlagene <u>Nummer 1</u> berücksichtigt, dass die Dauer der Inanspruchnahme herausgehobene Bedeutung für das Eingriffsgewicht hat (BVerfGE 162, 1, 154 [Rn. 341]). Ein Einsatz von bis zu sechs Monaten lässt den Aufbau einer (das Eingriffsgewicht erhöhenden) Vertrauensbeziehung noch nicht erwarten (BVerfGE 162, 1, 157 [Rn. 348]). Die Begrenzung auf sechs Monate ist angelehnt an die Regelungen in Bayern, Hamburg, Hessen und Rheinland-Pfalz (Artikel 18 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 i. V. m. Artikel 19 Abs. 1 Satz 1 BayVSG, § 15 Abs. 7 Nr. 1 i. V. m. § 16 Abs. 1 HmbVerfSchG, § 12 Abs. 1 Satz 2 i. V. m. § 13 Abs. 1 Satz 1 HVSG und § 10 Abs. 1 Satz 3 Nr. 3 i. V. m. § 11 Abs. 1 Satz 1 LVerfSchG RP), sie beruht auf dem vom BVerfG festgesetzten Übergangsrecht (BVerfGE 162, 1, 177 [Rn. 406]; BayLT-Drs. 18/20957, S. 34). In der Praxis wird das vermutlich der Regelfall der Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen durch die* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|

*Verfassungsschutzbehörde sein, weil kürzere Einsätze als sechs Monate wohl nur in atypischen Fällen in Betracht kommen (so BayLT-Drs. 18/29057, S. 36).*

*Nummer 2 trägt - wie Artikel 18 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 i. V. m. Artikel 19 Abs. 1 Satz 1 BayVSG - der Rechtsprechung des BVerfG (BVerfGE 162, 1, 154 [Rn. 341]) Rechnung, der zufolge konkret personenbezogene Einsätze (§ 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Alt. 2 sowie Nrn. 2 und 3) eingriffsintensiver sind als organisationsbezogene Einsätze (§ 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Alt. 1).*

*In Nummer 3 wird dem Einsatz in Räumlichkeiten, die zu privaten Wohnzwecken dienen, ein erhöhtes Gewicht beigemessen (so auch BayLT-Drs. 18/29057, S. 34). Da mit der Nummer 3 der Einsatz von Vertrauenspersonen in Wohnungen i. S. d. Artikels 13 GG erstmals ausdrücklich im Gesetz genannt wird, sollten auch Regelungen über das Recht, Wohnungen zu betreten, aufgenommen werden (vgl. dazu den Vorschlag zu Absatz 4 Sätze 4 und 5).*

*Der ausleitende Satzteil entspricht § 17. Neben der planmäßigen Beobachtung und Aufklärung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts wird hier die Erfüllung der Aufgabe nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 (Spionageabwehr) genannt, bei der es keine Beobachtungs- oder Verdachtsobjekte gibt (vgl. § 6 Abs. 1 und § 12 Abs. 1) und bei der generell eine erhebliche Beobachtungsbedürftigkeit angenommen wird (vgl. § 13 Abs. 2 Nr. 3, § 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und § 17 sowie Artikel 4 Abs. 2 Nr. 2 Buchst. b BayVSG).*

**a/2) In Absatz 3 Satz 2 werden die Worte „wenn die G 10-Kommission die Zustimmung nach § 21 Abs. 5 Satz 5 erteilt hat“ durch die Worte „wenn die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, im Vertretungsfall die Vertreterin oder der Vertreter, dies angeordnet hat“ ersetzt.**

*Anmerkung:*
*Da die eingriffsintensivere Variante der Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen (siehe den vorgeschlagenen Absatz 2) unter die einzelfallbezogene Vorabkontrolle der G 10-Kommission gestellt werden muss (vgl. die Vorschläge und Anmerkungen zu § 21), ist die verfassungsrechtliche Notwendigkeit für die bisherige organisationsbezogene Vorabkontrolle gemäß § 21 Abs. 5 entfallen. Wenn dem Vorschlag, § 21 Abs. 5 zu streichen (siehe dort), gefolgt wird, sollte in Absatz 3 Satz 2 als Folgeänderung der Beginn der Werbung einer Vertrauensperson zumindest unter den Vorbehalt der Abteilungsleitung gestellt werden (vgl. auch BayLT-Drs. 18/29057, S. 36). Eine Anwerbungsphase, in der „die ursprüngliche Vertrauensbeziehung … noch nicht vollständig durch staatliche Inpflichtnahme unterhöhlt ist“ (BVerfGE 162, 1, 158*

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *[Rn. 351]), hat das BVerfG anerkannt, sie darf aber „nur von begrenzter Dauer sein“, wenn erst die Entscheidung über die Verpflichtung der unabhängigen Vorabkontrolle unterliegen soll (BVerfGE 162, 1, 159 [Rn. 353 f.]), wie es die Vorschläge zu § 21 vorsehen. Ob die bisher in Absatz 3 Satz 1 geregelte Werbung, die den Zeitraum von einem Jahr nicht überschreiten soll, dieser Vorgabe des BVerfG entspricht, können wir mangels konkreter Zeitvorgaben des BVerfG nicht sicher sagen. In Bayern und Hamburg ist sie auf grundsätzlich 9 Monate, in Ausnahmefällen 18 Monate begrenzt (Artikel 19 Abs. 1 Sätze 2 und 3 BayVSG, § 16 Abs. 2 HmbVerfSchG), in Rheinland-Pfalz auf 6 Monate (§ 11 Abs. 1 Satz 2 LVerfSchG RP).* |
| b) Absatz 4 wird wie folgt geändert: | b) Absatz 4 wird wie folgt geändert: |
| aa) In Satz 1 Nr. 1 werden nach der Angabe „§§ 86 a“ ein Komma und die Angabe „89 b und c“ eingefügt. | aa) In Satz 1 Nr. 1 werden nach der Angabe „§§ 86 a“ ein Komma und die Angabe „89 b**, 89** c“ eingefügt.<br><br>*<u>Anmerkung:</u>*<br>*Redaktionelle Korrektur.* |
| bb) In Satz 3 wird nach dem Wort „unumgänglich“ die Angabe „und für die Aufklärung der Bestrebung oder der Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 unerlässlich“ eingefügt. | bb) *unverändert* |
| | **cc) Es werden die folgenden Sätze 4 und 5 angefügt:**<br><br>**„[4]Eine in Absatz 1 genannte Person darf eine Wohnung mit dem Einverständnis der oder des Berechtigten betreten. [5]Das Einverständnis darf nicht durch ein über die Verwendung einer Legende hinausgehendes Vortäuschen eines Zutrittsrechts herbeigeführt werden.“**<br><br>*<u>Anmerkung:</u>*<br>*Der Vorschlag beruht auf der vom MI gewünschten ausdrücklichen Erwähnung des Einsatzes von Vertrauenspersonen in Privatwohnungen (siehe Vorschlag und Anmerkung zu Absatz 2 Nr. 3), der einer gesetzlichen Grundlage bedarf (Dietrich, in: Dietrich/Eiffler, VI § 2 Rn. 106). Die Formulierung ist angelehnt an Artikel 18 Abs. 1 Sätze 4 und 5 i. V. m. Artikel 19 Abs. 1 Satz 1 BayVSG (dazu BayLT-Drs. 18/29057, S. 34), § 11 Abs. 1 Sätze 3 und 4 i. V. m. § 12 Abs. 1 SächsVSG, § 36 a Abs. 2 Sätze 2 und 3 NPOG sowie § 110 c Sätze 1 und 2 StPO. Durch die Verweisung in § 18 Abs. 2 Satz 2 gilt die Vorschrift auch für verdeckte Ermittlerinnen/Ermittler.* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| c) Absatz 5 wird wie folgt geändert: | c) **In** Absatz 5 wird **der bisherige** Satz 2 **durch die** folgenden **neuen Sätze 2 und** 3 **ersetzt**: |
| aa) Satz 2 erhält folgende Fassung: „[2]Die Inanspruchnahme ist auch dann unverzüglich zu beenden, wenn sich tatsächliche Anhaltspunkte ergeben, dass die Person rechtswidrig einen Straftatbestand von besonderer Bedeutung (Absatz 6) verwirklicht hat.“ | „[2]Die Inanspruchnahme ist auch dann unverzüglich zu beenden, wenn sich tatsächliche Anhaltspunkte ergeben, dass die Person rechtswidrig einen **in Absatz 6 genannten** Straftatbestand _____ verwirklicht hat. [3]In diesem Fall sind die Strafverfolgungsbehörden zu unterrichten, wenn nicht der Schutz von Leib und Leben der in Anspruch genommenen Person ein Unterlassen erfordert.“ |
| bb) Es wird der folgende Satz 3 angefügt: „[3]In diesem Fall sind die Strafverfolgungsbehörden zu unterrichten, wenn nicht der Schutz von Leib und Leben der in Anspruch genommenen Person ein Unterlassen erfordert.“ | |
| | *Anmerkung:* *Es handelt sich um eine rechtsförmliche Berichtigung. Zu der Vereinfachung der Verweisung auf Absatz 6 vgl. die Anmerkung zu Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 des Entwurfs.* |
| d) Absatz 6 wird wie folgt geändert: | d) Absatz 6 wird wie folgt geändert: |
| | **1/aa) Im einleitenden Satzteil werden die Worte „Straftaten von besonderer Bedeutung im Sinne dieser Vorschrift“ durch die Worte „Straftatbestände, deren rechtswidrige Verwirklichung eine Inanspruchnahme nach dieser Vorschrift ausschließt,“ ersetzt.** |
| aa) In Nummer 2 werden nach dem Komma die Worte „ausgenommen eine Straftat nach den §§ 129 a oder 129 b Abs. 1 Satz 1 StGB, soweit er auf § 129 a StGB verweist,“ angefügt. | aa) In Nummer 2 werden nach dem Komma die Worte „ausgenommen ____ Straftat**en** nach den §§ 129 a **und** 129 b Abs. 1 Satz 1 StGB, soweit er auf § 129 a StGB verweist, **sowie**“ angefügt. |
| bb) Nummer 3 wird gestrichen. | bb) *unverändert* |
| cc) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 3. | cc) *unverändert* |
| | *Anmerkung:* *Zum einleitenden Satzteil vgl. die Anmerkung zu Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 des Entwurfs sowie den Vorschlag zu Absatz 5. Im Übrigen handelt es sich um redaktionelle Verbesserungsvorschläge.* |
| 6. § 17 wird wie folgt geändert: | 6. § 17 **erhält folgende Fassung:** |
| a) Die Überschrift erhält folgende Fassung: | _____ |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| „Besondere Voraussetzungen für Observationen, Bildübertragungen und Bildaufzeichnungen sowie das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes“. | „**§ 17**<br>Besondere Voraussetzungen für Observationen **sowie verdeckte** Bild**-** und **Ton**aufzeichnungen _____ |
| b) In dem Wortlaut wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt und nach der Angabe „Nr. 8“ wird die Angabe „sowie des verdeckten Mithörens und Aufzeichnens des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9“ eingefügt. | **Die Verfassungsschutzbehörde darf die nachrichtendienstlichen Mittel der Observation nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7, der Bildübertragungen und Bildaufzeichnungen nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8** sowie des verdeckten Mithörens und Aufzeichnens des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 **nur einsetzen, um Erkenntnisse über ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt von erheblicher Bedeutung oder über eine Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 zu gewinnen.“**<br><br>*<u>Anmerkung:</u>*<br>*Vgl. zur im Entwurf vorgesehenen Absenkung der Eingriffsschwelle für verdeckte Tonaufzeichnungen außerhalb von Wohnungen die Anmerkung zu § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 10 g. F. bzw. Nr. 9 des Entwurfs.*<br><br>*Wir empfehlen, die Vorschrift insgesamt neu zu fassen und die sprachlich sperrige Überschrift zu straffen. Die vorgeschlagene Bezugnahme auf Beobachtungs- und Verdachtsobjekte von erheblicher Bedeutung ist eine Folgeänderung zu dem vorgeschlagenen § 6 Abs. 6 (vgl. die dortige Anmerkung).* |
| 7. In § 19 Abs. 1 wird die Angabe „10 bis 12“ durch die Angabe „11 und 12“ ersetzt. | 7. *unverändert* |
| 8. § 20 wird wie folgt geändert: | 8. § 20 wird wie folgt geändert: |
| a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert: | a) Absatz 1 Satz 1 **erhält folgende Fassung**: |
| aa) Im einleitenden Satzteil wird die Angabe „Diensteanbieter nach § 2 Satz 1 Nr. 1 des Telemediengesetzes (TMG)“ durch die Angabe „Anbieter von digitalen Diensten nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 des Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetzes (TDDDG)“ ersetzt. | **„[1]Die Verfassungsschutzbehörde kann anordnen, dass diejenigen, die geschäftsmäßig** digitale Dienste **erbringen, daran mitwirken oder den Zugang zur Nutzung daran vermitteln, ihr Auskunft erteilen** |
| bb) In Nummer 1 wird die Angabe „(§ 14 TMG)“ durch die Angabe „(§ 2 Abs. 2 Nr. 2 TDDDG)“ ersetzt. | **1. zu Bestandsdaten** (§ 2 Abs. 2 Nr. 2 **des Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetzes -** TDDDG **-**) **mit Ausnahme von Passwörtern oder anderen Daten, mittels derer der Zugriff auf Endgeräte oder auf Speichereinrichtungen, die in diesen Endgeräten oder hiervon räumlich getrennt eingesetzt werden, geschützt wird, oder** |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| cc) In Nummer 2 wird die Angabe „(§ 15 TMG)“ durch die Angabe „(§ 2 Abs. 2 Nr. 3 TDDDG)“ ersetzt. | **2. zu Nutzungsdaten** (§ 2 Abs. 2 Nr. 3 TDDDG) _____.**“** |
| | *Anmerkung:*<br>*Wir schlagen vor, § 20 Abs. 1 Satz 1 (Auskunftsverlangen zu digitalen Diensten) neu zu fassen.*<br><br>*Die Formulierung des einleitenden Satzteils beruht auf dem redaktionellen Wunsch des MI, die Verweisung auf die Begriffsbestimmung der Anbieter von digitalen Diensten nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 des Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetzes (TDDDG) aufzulösen und stattdessen auszuformulieren - in inhaltlicher Übereinstimmung mit der Übermittlungsregelung in § 22 Abs. 1 TDDDG, der „ersten Tür“ der Datenübermittlung im „Doppeltürmodell“ des BVerfG. Dadurch werden auch die Mitwirkenden und Zugangsvermittler (vgl. § 2 Abs. 2 Nr. 1 TDDDG) sichtbarer (vgl. dazu auch die vorgeschlagene Einleitung von Absatz 2 Satz 1).*<br><br>*Zu Nummer 1 schlagen wir vor, die hier für Bestandsdaten geregelte Abrufregelung („zweite Tür“ der Datenübermittlung) enger zu fassen, um sie an die Übermittlungsregelung in § 23 TDDDG („erste Tür“) anzugleichen. Ohne die vorgeschlagene Beschränkung würde die Abrufregelung auch „die als Bestandsdaten erhobenen Passwörter oder andere Daten, mittels derer der Zugriff auf Endgeräte oder auf Speichereinrichtungen, die in diesen Endgeräten oder hiervon räumlich getrennt eingesetzt werden, geschützt sind“ (§ 23 Abs. 1 Satz 1 TDDDG), erfassen, obwohl diese nach § 23 Abs. 2 TDDDG nur an Strafverfolgungs- und Gefahrenabwehrbehörden, nicht hingegen an Verfassungsschutzbehörden übermittelt werden dürfen (vgl. BT-Drs. 19/17741, S. 40 f.). Ein solches Auseinanderfallen von „erster und zweiter Tür“, bei dem die landesrechtliche Abrufvorschrift zum Abruf von Daten ermächtigt, welche die Diensteanbieter nach Bundesrecht nicht an die Landesverfassungsschutzbehörde übermitteln dürfen, hat das BVerfG als Verstoß gegen das Gebot der Normenklarheit gewertet und infolgedessen die landesrechtliche Abrufregelung für verfassungswidrig erklärt (BVerfGE 162, 1, 151 f. [Rn. 336]). Ein solcher Verstoß wird durch den Vorschlag zu Nummer 1 vermieden.*<br><br>*Der Vorschlag zu Nummer 2 (Auskunftsverlangen zu Nutzungsdaten) berichtigt ein redaktionelles Versehen des Entwurfs (bisher: „§ 15 Abs. 1 TMG“).* |
| b) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt geändert: | b) Absatz 2 ____ wird wie folgt geändert: |
| aa) Im einleitenden Satzteil wird die Angabe „Diensteanbieter nach § 3 Nr. 6“ durch die Angabe „Anbieter von Telekommunikationsdiensten nach § 3 Nr. 1“ ersetzt. | aa) **Satz 1 erhält folgende Fassung:**<br><br>**„[1]Die Verfassungsschutzbehörde kann anordnen, dass diejenigen, die** |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | **geschäftsmäßig** Telekommunikationsdienste nach § 3 Nr. **61 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) erbringen oder daran mitwirken, ihr Auskunft erteilen** |
| bb) Nummer 1 erhält folgende Fassung: | |
| „1. zu den Bestandsdaten gemäß § 3 Nr. 6 und § 172 TKG (einfache Bestandsdaten),“. | 1. zu den **von ihnen erhobenen** Bestandsdaten gemäß § 3 Nr. 6 und **den nach** § 172 TKG **erhobenen Daten** _____, |
| | **2. zu Daten nach Nummer 1, mittels derer der Zugriff auf Endgeräte oder auf Speichereinrichtungen, die in diesen Endgeräten oder hiervon räumlich getrennt eingesetzt werden, geschützt wird oder die anhand einer zu einem bestimmten Zeitpunkt zugewiesenen Internetprotokoll-Adresse bestimmt werden, oder** |
| cc) In Nummer 3 wird die Angabe „§ 96 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 TKG“ durch die Angabe „§ 9 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 TDDDG“ ersetzt. | **3. zu Verkehrsdaten nach** § 9 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 TDDDG **und sonstigen zum Aufbau und zur Aufrechterhaltung der Telekommunikation notwendigen Verkehrsdaten.“** |
| | **bb) In Satz 3 wird die Angabe „Auskunft zu einfachen Bestandsdaten“ durch die Angabe „Auskunft nach Satz 1 Nr. 1“ ersetzt.** |
| | **cc) In Satz 4 wird die Angabe „Auskunft zu besonderen Bestandsdaten und zu Verkehrsdaten“ durch die Angabe „Auskunft nach Satz 1 Nr. 2 oder 3“ ersetzt.** |
| | *<u>Anmerkung:</u>*<br>*Wir schlagen zu Doppelbuchstabe aa vor, § 20 Abs. 2 Satz 1 (Auskunftsverlangen zu Telekommunikationsdiensten) neu zu fassen.* |
| | *Die Formulierung des <u>einleitenden Satzteils von Satz 1</u> beruht auf einer Anregung des MI. Da „Anbieter von Telekommunikationsdiensten“ gemäß § 3 Nr. 1 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) „jeder, der Telekommunikationsdienste erbringt“, ist, werden davon diejenigen nicht erfasst, die an der Erbringung von Telekommunikationsdiensten lediglich mitwirken. In § 174 Abs. 1 Satz 1 TKG („erste Tür“ der Datenübermittlung) werden allerdings auch die an der Erbringung Mitwirkenden zur Übermittlung ermächtigt, daher spricht sich das MI dafür aus,* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *diese auch hier in der Abrufvorschrift („zweite Tür" der Datenübermittlung) zu verpflichten (so auch § 8 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 BVerfSchG). Rechtlich ist dagegen nichts einzuwenden. Es sollte dann allerdings anstelle des § 3 Nr. 1 TKG („Anbieter von Telekommunikationsdiensten") § 3 Nr. 61 TKG („Telekommunikationsdienste") in Bezug genommen werden.* |
| | *Die in Satz 1 Nr. 1 des Entwurfs gewählte Anknüpfung an „Bestandsdaten gemäß § 3 Nr. 6 und § 172 TKG" ist ungenau, denn Bestandsdaten gemäß § 3 Nr. 6 TKG sind (nur) „Daten eines Endnutzers, die erforderlich sind für die Begründung, inhaltliche Ausgestaltung, Änderung oder Beendigung eines Vertragsverhältnisses über Telekommunikationsdienste". Die nach § 172 Abs. 1 TKG für Auskunftsersuchen der Sicherheitsbehörden zu verarbeitenden Daten sind hingegen auch zu speichern, „soweit diese Daten für betriebliche Zwecke nicht erforderlich sind". Im letztgenannten Fall handelt es sich begrifflich also nicht mehr um Bestandsdaten i. S. d. TKG. Der Vorschlag dient der Anpassung an die vom TKG vorgegebenen Begriffe. In diesem Zusammenhang spricht sich das MI dafür aus, die seit 2016 bestehende begriffliche Unterscheidung von „einfachen Bestandsdaten" (Satz 1 Nr. 1) und „besonderen Bestandsdaten" (Satz 1 Nr. 2), die sich im TKG so nicht wiederfindet, aufzugeben. Die jeweils abzufragenden Daten seien hinreichend klar beschrieben und deren Unterscheidung auch in der Sachbearbeitung verinnerlicht. Rechtlich ist gegen diese Änderung nichts einzuwenden.* |
| | *Zu Satz 1 Nr. 3 weisen wir auf ein verfassungsrechtliches Problem der Datenübermittlung hin, auch wenn der Landesgesetzgeber dieses nicht lösen kann. Die hier geregelte Abrufvorschrift („zweite Tür" der Datenübermittlung von Telekommunikationsverkehrsdaten) bedarf einer passenden bundesrechtlichen Übermittlungsvorschrift („erste Tür" der Datenübermittlung). Es bestehen Zweifel, dass die im Bundesrecht geregelte „erste Tür" den Anforderungen des BVerfG genügt. § 9 TDDDG selbst enthält keine geeignete Übermittlungsregelung, sondern lässt in Absatz 1 Satz 4 lediglich die Pflicht zur Verarbeitung von Verkehrsdaten aufgrund von anderen Rechtsvorschriften offen (vgl. dazu näher Bäcker, GSZ 2023, 257, 259 f.). Eine Übermittlung von Verkehrsdaten an die Verfassungsschutzbehörde ist nach den §§ 170 ff. TKG nicht zulässig, denn § 174 Abs. 3 Nr. 5 und Abs. 5 Nr. 3 TKG betrifft nur Bestandsdaten und in § 177 TKG (Verwendung der nach § 176 TKG gespeicherten Verkehrsdaten) werden die Verfassungsschutzbehörden nicht genannt, sondern nur Strafverfolgungs- und Gefahrenabwehrbehörden. Die erforderliche Übermittlungsvorschrift kann daher allenfalls in § 8 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 und § 8 b Abs. 10 BVerfSchG gesehen werden, insbesondere unter Berücksichtigung der Entstehungsgeschichte (Terrorismusbekämpfungsgesetz 2002) und in der Auslegung als* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *Delegation der Gesetzgebungsbefugnis für die Übermittlungsvorschrift (Artikel 73 Abs. 1 Nr. 7 Alt. 2 GG) an die Länder (so Aicher, GSZ 2024, 69, 70 f.). Diese Lösung begegnet allerdings verfassungsrechtlichen Bedenken sowohl hinsichtlich des Gebots der Normenklarheit als auch der Kompetenzordnung des Grundgesetzes (Bäcker, GSZ 2024, 71, 72). Da das BVerfG ausdrücklich entschieden hat, dass verfassungsrechtliche Mängel der „ersten Tür" (Übermittlungsvorschrift) nicht durch strengere Anforderungen der „zweiten Tür" (Abrufregelung) kompensiert werden können (vgl. nur BVerfGE 155, 119, 194 [Rn. 162]), wirken sich diese verfassungsrechtlichen Risiken auch auf die Entwurfsregelung aus. Da der Landesgesetzgeber diesem Risiko nicht abhelfen kann, spricht sich das MI dafür aus, an der Abrufregelung in Satz 1 Nr. 3 festzuhalten.*<br><br>*Die Vorschläge zu den Doppelbuchstaben bb und cc (Sätze 3 und 4) enthalten redaktionelle Folgeänderungen zu dem vom MI angeregten Verzicht auf die bisherige Unterscheidung von einfachen und besonderen Bestandsdaten in Satz 1 Nrn. 1 und 2.*<br><br>**[b/1) Dem Absatz 3 wird der folgende Satz 4 angefügt:**<br><br>**„[4]Zur Erteilung einer Auskunft nach Satz 1 sind Unternehmen verpflichtet, die in Deutschland eine Niederlassung haben oder Leistungen erbringen."]**<br><br>*Anmerkung:*<br>*Das MI spricht sich dafür aus, (nur) für die besonderen Auskunftsverlangen nach Absatz 3 Satz 1 (Luftverkehrs- und Finanzauskünfte) das sog. Marktortprinzip aufzunehmen (wie auch in Bayern, Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg und Hessen). Da der Bundesgesetzgeber mit § 8 a Abs. 4 BVerfSchG eine gleichlautende Vorschrift in die Übermittlungsvorschrift („erste Tür") aufgenommen hat, um deren Anwendungsbereich klarzustellen in Bezug auf ausländische Unternehmen, die über keine (Zweig-) Niederlassung im Inland verfügen (BT-Drs. 19/24785, S. 18), bestehen gegen diesen Vorschlag des MI zur Anpassung der „zweiten Tür" keine rechtlichen Bedenken.* |
| c) In Absatz 4 wird die Angabe „des Absatzes 3 Satz 2 Halbsatz 1 und Satz 3 das Bundesamt" durch die Angabe „des Absatzes 2 Satz 2 oder 3 das Bundeszentralamt" ersetzt. | c) *unverändert*<br><br>*Anmerkung:*<br>*Die Entwurfsregelung senkt die Eingriffsschwelle für den Abruf von Kontostammdaten, bei denen es sich funktional um Bestandsdaten handelt (vgl. Gärditz, in: Dietrich/Eiffler, VI § 1 Rn. 38). Bisher wurden Kontostammdatenabfragen in der Praxis regelmäßig in Kombination mit einer* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *umfassenden Kontoauskunft gestellt (Gärditz, a. a. O.), die einer höheren Eingriffsschwelle unterliegt. Wenn an der Praxis der Kombinationsanträge festgehalten würde, wäre die Absenkung der Eingriffsschwelle somit faktisch irrelevant. Das MI hat dazu mitgeteilt, dass sich die Praxis ändern werde, weil Kontostammdaten auch für sich genommen einen Erkenntniswert zur Aufgabenerfüllung der Verfassungsschutzbehörde hätten. Bei der Tatsache, dass eine bestimmte Person eine Kontoverbindung nutzt oder dass sie über eine Verfügungsberechtigung für eine Kontoverbindung Dritter verfügt, handele es sich um eine relevante Information i. S. d. § 3 Abs. 1. Gleichermaßen könne die Kenntnis, dass (und welche) Personen über ein Konto verfügen dürfen, das mit einem Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt im Zusammenhang steht, eine relevante Erkenntnis zur Aufhellung von Personenstrukturen in eben diesem Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt darstellen.* |
| 9. § 21 Abs. 3 wird wie folgt geändert: | 9. § 21 ____ wird wie folgt geändert: |
| | **1/a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:** |
| | **aa) In Satz 2 werden nach dem Wort „gilt“ die Worte „für die Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen in den Fällen des § 16 Abs. 2 sowie“ eingefügt sowie das Wort „besonderen“ [und die Angabe „sowie für Ersuchen nach § 20 Abs. 4 Satz 1“] gestrichen.** |
| | **bb) In Satz 3 werden nach der Angabe „Nrn. 4 bis 6“ die Worte „in den nicht von § 16 Abs. 2 erfassten Fällen“ eingefügt.** |
| | *Anmerkung:*<br>*Der Vorschlag zu Absatz 1 Satz 2 enthält eine Folgeänderung zu Absatz 3 Satz 2. Dort schlagen wir vor, die Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen in den eingriffsintensiveren Fällen des vorgeschlagenen § 16 Abs. 2 (siehe dort) der einzelfallbezogenen unabhängigen Vorabkontrolle durch die G 10-Kommission zu unterwerfen (vgl. den Vorschlag und die Anmerkung zu Absatz 3 Satz 2). Infolgedessen sollte für die Anordnung der Inanspruchnahme, wie auch in den anderen Fällen, die der Vorabkontrolle der G 10-Kommission unterfallen (z. B. § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 7 bis 12), der Ministervorbehalt des Absatzes 1 Satz 2 gelten.*<br><br>*Zu Absatz 1 Satz 2 schlagen wir zudem eine Folgeänderung zu § 20 Abs. 2 Satz 1 vor (Streichung der „einfachen“ und „besonderen“ Bestandsdaten; vgl. die dortige Anmerkung).* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *Überdies regt das MI an, den Ministervorbehalt für die Kontostammdatenabfrage nach § 20 Abs. 4 Satz 1 zu streichen (eckige Klammer), um diese insoweit den Bestandsdatenabfragen nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 gleichzustellen. Im Gesetzentwurf sei versehentlich nur der Zustimmungsvorbehalt der G 10-Kommission gestrichen worden (vgl. Absatz 3 Satz 2 des Entwurfs). Dieser Vorschlag wurde auch in der Anhörung vorgetragen (Vorlage 2 [Marscholleck], S. 10 Fn. 3). Aus rechtlicher Sicht ist dagegen nichts einzuwenden.* |
| | *Zu Absatz 1 Satz 3 wird lediglich eine Folgeänderung zu der vorgeschlagenen Erweiterung des Ministervorbehalts in Satz 2 vorgeschlagen.* |
| | **2/a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:** |
| | **aa) Satz 1 Nr. 1 erhält folgende Fassung:** |
| | **„1. ein Jahr in den Fällen des § 16 Abs. 2,“** |
| | **bb) In Satz 2 Halbsatz 1 werden nach dem Wort „Anordnung“ die Worte „unter Berücksichtigung ihrer Gesamtdauer und der in dieser Zeit erlangten Erkenntnisse“ eingefügt.** |
| | **cc) Satz 3 wird gestrichen.** |
| | *Anmerkung:*<br>*Das BVerfG verlangt, dass eine notwendige unabhängige Vorabkontrolle bei länger andauernden Einsätzen wiederholt wird, zumal sich die Bedingungen für die Fortsetzung im Laufe der Zeit ändern können (BVerfGE 162, 1, 159 f. [Rn. 354] i. V. m. 157 [Rn 348]; dazu sogleich zu Satz 2 Halbsatz 1). Angesichts der Bedeutung, die das BVerfG der Dauer des Einsatzes für die Eingriffsintensität beimisst (BVerfGE 162, 1, 154 [Rn. 341]), sollte dieser Zeitraum nicht zu lang bemessen sein. Wir schlagen zu Satz 1 Nr. 1 vor, sich in den eingriffsintensiveren Fällen der Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen (§ 16 Abs. 2) an Bayern, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Sachsen zu orientieren (ein Jahr, siehe Artikel 18 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. Artikel 19 Abs. 1 Satz 1 BayVSG, § 9 Abs. 4 Satz 3 i. V. m. § 15 Abs. 8 und § 16 Abs. 1 HmbVerfSchG, § 12 Abs. 3 Satz 2 i. V. m. § 13 Abs. 1 Satz 1 HVSG, § 10 Abs. 1 Satz 2 i. V. m. § 11 Abs. 1 Satz 1 LVerfSchG RP, § 11 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 i. V. m. § 12 Abs. 1 SächsVSG). Für die weiteren Fälle des § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6, für die bisher eine Anordnungsfrist von drei Jahren gilt, dürfte eine Regelung entbehrlich sein. Die nicht von § 16 Abs. 2 erfasste Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 Buchst. a ist ohnehin auf sechs Monate begrenzt (§ 16 Abs. 2 Nr. 1).* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *Die vorgeschlagene Änderung in Satz 2 Halbsatz 1 dient zur Verbesserung der Normenklarheit. Schon bisher ist bei einer Verlängerung im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung das durch die Gesamtdauer der Maßnahme ggf. erhöhte Eingriffsgewicht ins Verhältnis zu setzen zu den dadurch gewonnenen Erkenntnissen. Angesichts der vom BVerfG betonten Bedeutung dieses Zusammenhangs (BVerfGE 162, 1, 157 [Rn. 348]) sollte diese Maßgabe im Gesetzeswortlaut zum Ausdruck kommen, um dem Gebot der Normenklarheit gerecht zu werden.*<br><br>*Die bisherige Ausnahme in Satz 3 für die vorübergehende Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen sollte als Folgeänderung zu § 16 Abs. 2 gestrichen werden.* |
| a) Am Ende des Absatzes 3 Satz 2 werden die Worte „und für Ersuchen nach § 20 Abs. 4“ gestrichen. | a) _____ Absatz 3 **wird wie folgt geändert:**<br><br>*Anmerkung:*<br>*Redaktionell müssen sämtliche Änderungen des Absatzes 3 (Buchstaben a bis e des Entwurfs) in Buchstabe a zusammengefasst und in die vorgeschlagenen Doppelbuchstaben aa bis cc untergliedert werden.*<br><br>**aa) In** Satz 2 werden **nach dem Wort „gilt“ die Worte „für die Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen in den Fällen des § 16 Abs. 2 sowie“ eingefügt sowie das Wort „besonderen“ und** die Worte „und für Ersuchen nach § 20 Abs. 4“ gestrichen.<br><br>*Anmerkung:*<br>*Nach dem bisherigen Absatz 5 beschränkt sich die unabhängige Vorabkontrolle durch die G 10-Kommission bei der Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen darauf, die für den dauerhaften Einsatz nach § 16 Abs. 2 Satz 1 g. F. erforderliche erhebliche Bedeutung des Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts, gegen das Vertrauenspersonen eingesetzt werden sollen, zu überprüfen. Diese objektbezogene Vorabkontrolle ist mit der neueren Rechtsprechung des BVerfG nicht zu vereinbaren. Das BVerfG hat unmissverständlich klargestellt, dass - erstens - das Eingriffsgewicht der dauerhaften Inanspruchnahme von Vertrauensleuten dem des Einsatzes verdeckter Mitarbeiter gleicht (BVerfGE 162, 1, 158 [Rn. 350 f.]), also - zweitens - die gleichen Anforderungen an Eingriffsschwelle und Vorabkontrolle gelten (BVerfGE 162, 1, 158 ff. [Rn. 352 ff.]). Wörtlich: „Wegen des Eingriffsgewichts ist auch beim Einsatz von Vertrauensleuten … eine (wiederholte) unabhängige Vorabkontrolle verfassungsrechtlich unverzichtbar“ (BVerfGE 162, 1, 159 [Rn. 354 mit Verweis auf Rn. 348]). Da das Eingriffsgewicht der Maßnahme mit der Dauer der Maßnahme steigt und sich die qualitative* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *und quantitative Intensität der abgeschöpften Beziehung im Laufe der Maßnahme ebenso verändert wie der erwartbare Erkenntnisgewinn, reicht die bisherige abstrakte, auf das Beobachtungs- bzw. Verdachtsobjekt, nicht auf die konkrete abgeschöpfte Kommunikationsbeziehung bezogene Kontrolle durch die G 10-Kommission verfassungsrechtlich nicht aus (so auch in der Anhörung Vorlage 3 [Ogorek/Manns], S. 23). Sie sollte durch die reguläre, einzelfallbezogene Vorabkontrolle ersetzt werden, jedenfalls in den eingriffsintensiveren Fällen des vorgeschlagenen § 16 Abs. 2. Dazu dient der o. g. Formulierungsvorschlag. Dem besonderen, vom BVerfG anerkannten Schutzbedürfnis der Vertrauenspersonen (BVerfGE 162, 1, 160 [Rn. 355] m. w. N.) ist im Rahmen der Vorabkontrolle Rechnung zu tragen.*<br><br>*Der Vorschlag zu Satz 2 enthält zudem eine Folgeänderung zu § 20 Abs. 2 Satz 1 (Streichung der „einfachen“ und „besonderen“ Bestandsdaten, vgl. die dortige Anmerkung).* |
| b) Satz 3 erhält folgende Fassung:<br><br>„[3]Die Verfassungsschutzbehörde informiert die G 10-Kommission im Rahmen der Einholung der Zustimmung nach Satz 1 oder 2 darüber, wenn sie gegen die betroffene Person bereits zeitgleich weitere nachrichtendienstliche Mittel und besondere Auskunftsverlangen, die der Zustimmung der G 10-Kommission unterliegen, einsetzt.“ | **bb) Der bisherige** Satz 3 **wird durch die folgenden neuen Sätze 3 bis 5/1 ersetzt:**<br><br>„[3]**In dem schriftlichen Antrag auf Zustimmung sind der G 10-Kommission alle beurteilungsrelevanten Tatsachen mitzuteilen; insbesondere sind anzugeben:**<br><br>**1. das Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt oder die Person, soweit möglich, mit Name und Anschrift, gegen das oder die sich der Einsatz des nachrichtendienstlichen Mittels richtet oder zu dem oder zu der die Erteilung der Auskunft angeordnet wird,**<br><br>**2. die** zeitgleich gegen **eine in Nummer 1 genannte** Person **von der Verfassungsschutzbehörde eingesetzten** weiteren nachrichtendienstlichen Mittel und besonderen Auskunftsverlangen**,**<br><br>**3. Art, Umfang und Dauer des Einsatzes oder der Auskunft,**<br><br>**4. der Sachverhalt sowie**<br><br>**5. eine Begründung**.<br><br>*<u>Anmerkung:</u>*<br>*Der Vorschlag zu Satz 3 beruht darauf, dass das BVerfG bei eingriffsintensiven Überwachungsmaßnahmen dem* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *Erfordernis einer Vorabkontrolle im Verfassungsschutzrecht „wegen der Weite der nachrichtendienstlichen Eingriffsschwellen … besondere Bedeutung“ beimisst (BVerfGE 162, 1, 101 [Rn. 213]). Der Gesetzgeber muss „das Gebot vorbeugender unabhängiger Kontrolle in spezifischer und normenklarer Form“ regeln; diese Regelungen müssen „das Erfordernis einer hinreichend substantiierten Begründung des von der Behörde zu stellenden Antrags auf Anordnung enthalten, die es überhaupt erst praktisch erlaubt, eine unabhängige Kontrolle effektiv auszuüben; überdies „muss die antragstellende Behörde verpflichtet werden, über alle beurteilungsrelevanten Aspekte zu informieren“, um ein eigenverantwortliches Urteil der unabhängigen Stelle zu ermöglichen (BVerfGE 162, 1, 102 [Rn. 215]).*<br><br>*Nach Mitteilung des MI sind bei den eingriffsintensiven Überwachungsmaßnahmen, die nach den Sätzen 1 und 2 der Vorabkontrolle durch die G 10-Kommission unterliegen, substantiierte Begründungen zwar geübte Praxis, jedoch verlangt der Wortlaut des Gesetzes lediglich eine Anordnung der Fachministerin/des Fachministers (Absatz 1 Satz 1) sowie eine Dokumentation der Gründe für die Anordnung (Absatz 1 Satz 4). An dieser bisherigen Regelung festzuhalten, begegnet verfassungsrechtlichen Bedenken im Hinblick auf das Gebot der Normenklarheit. Daher sollten nähere Begründungserfordernisse aufgenommen werden. Der Vorschlag ist - unter Berücksichtigung des Satzes 3 des Entwurfs in der vorgeschlagenen Nummer 3 - angelehnt an § 39 Abs. 3 Sätze 1 und 2 LVerfSchG RP (dazu LT-RP-Drs. 18/10483, S. 128 f.).*<br><br>*Nach <u>Nummer 1</u> ist das Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt zu bezeichnen, wenn sich der Einsatz des nachrichtendienstlichen Mittels gegen ein solches richtet (objektbezogener Einsatz gemäß § 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Alt. 1; bei den zustimmungsbedürftigen besonderen Auskunftsverlangen gibt es keinen objektbezogenen Einsatz). In den Fällen, in denen das nachrichtendienstliche Mittel oder besondere Auskunftsverlangen gegen eine Person eingesetzt wird, ist diese Person zu nennen, soweit möglich, mit Name und Anschrift. Dies betrifft den IMSI-Catcher (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 11 i. V. m. § 19 Abs. 2) sowie Auskünfte zu Nutzungsdaten digitaler Dienste nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 (§ 20 Abs. 1 Satz 5), zu Telekommunikationsdaten nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2 und 3 (§ 20 Abs. 2 Satz 4) sowie zu Luftverkehrs- und Finanzdaten nach § 20 Abs. 3 Satz 1 (§ 20 Abs. 3 Satz 3) sowie die sonstigen der Vorabkontrolle der G 10-Kommission unterfallenden nachrichtendienstlichen Mittel, wenn sie nach § 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Alt. 2 oder Nrn. 2 bis 4 personenbezogen eingesetzt werden.*<br><br>*<u>Nummer 2</u> greift Satz 3 des Entwurfs auf (siehe oben). Die dort enthaltene Beschränkung auf Maßnahmen, die* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *der Zustimmung der G 10-Kommission unterliegen, widerspricht den Maßgaben des BVerfG, das ausdrücklich betont hat, eine effektive Kontrolle erfordere, „dass die kontrollierende Stelle jedenfalls alle Überwachungsmaßnahmen, denen eine Person durch eine Behörde ausgesetzt ist, in den Blick nehmen kann“ (BVerfGE 162, 1, 132 [Rn. 290]). Dass nach Satz 3 des Entwurfs die G 10-Kommission nur auf diejenigen Überwachungsmaßnahmen hingewiesen werden muss, die der Vorabkontrolle durch die G 10-Kommission unterliegen (denen sie also bereits selbst zugestimmt hat), würde angesichts der nachrichtendienstlichen Mittel, die nicht der Zustimmung der G 10-Kommission bedürfen (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 6 g. F.), zu einem unvollständigen Bild der Überwachungsmaßnahmen führen. Vor diesem Hintergrund wird zu Nummer 2 vorgeschlagen, die Beschränkung zu streichen. An der Beschränkung auf „zeitgleich“ eingesetzte nachrichtendienstliche Mittel und besondere Auskunftsverlangen ändert dieser Vorschlag nichts. Maßnahmen, die sich bereits erledigt haben, müssen also nicht angegeben werden. Nach Mitteilung des MI betrifft dies insbesondere die im Rahmen von Vorermittlungen durchgeführten Bestandsdatenabfragen nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Abs. 2 Satz 1 Nrn. 1 und 2 sowie Abs. 4 (vgl. § 21 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3, der die Abfrage künftig anfallender Daten nur bei Auskunftsverlangen nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und Abs. 3 Satz 1 vorsieht).*<br><br>*Nach Mitteilung des MI soll die Nummer 2 nicht für die objektbezogenen Einsätze gemäß § 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Alt. 1 gelten. Der Vorschlag erfasst daher weder die Fälle, in denen das zustimmungsbedürftige nachrichtendienstliche Mittel gegen ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt gerichtet ist (§ 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Alt. 1), noch die Fälle, in denen das zustimmungsbedürftige nachrichtendienstliche Mittel oder Auskunftsverlangen gegen eine bestimmte Person eingesetzt wird, die von zeitgleich laufenden objektbezogenen Maßnahmen betroffen sein kann. Mit der o. g. Maßgabe des BVerfG dürfte dies noch zu vereinbaren sein, denn auch in diesen Fällen ist die G 10-Kommission nicht gehindert, die parallel laufenden Überwachungsmaßnahmen in den Blick zu nehmen, wenn sie diese im Hinblick auf die additive Wirkung der Grundrechtseingriffe für beurteilungsrelevant hält.* |
| c) Satz 4 erhält folgende Fassung: | _____ |
| „[4]Die G 10-Kommission prüft im Rahmen der Erteilung der Zustimmung die Zulässigkeit und Notwendigkeit des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels oder des besonderen Auskunftsverlangens; im Fall des Satzes 3 prüft sie zudem, ob sich aus der Summe der einge- | [4]Die G 10-Kommission prüft im Rahmen der Erteilung der Zustimmung die Zulässigkeit und Notwendigkeit des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels oder des besonderen Auskunftsverlangens**[**; im Fall des Satzes 3 **Nr. 2** prüft sie zu- |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| setzten nachrichtendienstlichen Mittel und besonderen Auskunftsverlangen ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Grundrechte der betroffenen Person ergibt.“ | dem, ob sich aus der Summe der eingesetzten nachrichtendienstlichen Mittel und besonderen Auskunftsverlangen ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Grundrechte _____ ergibt**]**.<br><br>*<u>Anmerkung:</u>*<br>*Die gegenüber der geltenden Fassung neue Regelung in <u>Satz 4</u> Halbsatz 2 des Entwurfs (Prüfung der additiven Grundrechtsbeeinträchtigung) muss nach der Rechtsprechung des BVerfG nicht ausdrücklich in das Gesetz aufgenommen werden, denn die Behörden haben als Ausprägung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes bereits unmittelbar von Verfassungs wegen im Rahmen ihrer Befugnisse von sich aus zu beachten, dass das Ausmaß der Überwachung insgesamt beschränkt bleibt (BVerfGE 162, 1, 130 f. [Rn. 287 f.]). Da die Entwurfsregelung des Halbsatzes 2 darüber nicht hinausgeht, könnte sie auch gestrichen werden (eckige Klammer). Sie schadet allerdings auch nicht, kann also zur Klarstellung beibehalten werden; für diesen Fall schlagen wir redaktionelle Anpassungen an die Vorschläge zu Satz 3 Nrn. 1 und 2 vor.* |
| d) Es wird der folgende Satz 5 eingefügt: | _____ |
| „[5]Führt die Überprüfung zu dem Ergebnis, dass ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Grundrechte der oder des Betroffenen vorliegt, hat die Verfassungsschutzbehörde die eingesetzten nachrichtendienstlichen Mittel und besonderen Auskunftsverlangen unverzüglich auf ein verhältnismäßiges Maß zu reduzieren.“ | _____<br><br>*<u>Anmerkung:</u>*<br>*<u>Satz 5 des Entwurfs</u> (Reduzierung der Eingriffe bei Unverhältnismäßigkeit wegen additiver Grundrechtsbeeinträchtigung) geht nicht unmittelbar auf die Rechtsprechung des BVerfG zurück. Regelungszweck und praktische Umsetzung dieser Entwurfsregelung erschließen sich nicht, weil bereits Satz 6 des Entwurfs (Satz 4 g. F.) bestimmt, dass im Fall der Verweigerung der Zustimmung die Anordnung unverzüglich aufzuheben ist, und zwar von der Ministerin/dem Minister („actus contrarius“). Diese Vorschrift erfasst auch Fälle, in denen die Zustimmung wegen einer unverhältnismäßigen additiven Grundrechtsbeeinträchtigung verweigert wird. Der für die Aufhebung geltende Ministervorbehalt würde umgangen, wenn nach Satz 5 des Entwurfs in der laufenden G 10-Kommissionssitzung, in der die Ministerin/der Minister in aller Regel nicht anwesend ist, die Anordnung abgeändert werden könnte. Vor diesem Hintergrund sollte Satz 5 des Entwurfs gestrichen werden.*<br><br>**[5/1]Die G 10-Kommission hat die Zustimmung und ihre wesentlichen Gründe schriftlich festzuhalten**.“ |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *<u>Anmerkung:</u>*<br>*In dem vorgeschlagenen <u>Satz 5/1</u> sollte eine Begründungspflicht aufgenommen werden (vgl. auch § 39 Abs. 4 Satz 5 LVerfSchG RP; dazu LT-RP-Drs. 18/10483, S. 129), die das schon bisher von der G 10-Kommission praktizierte Verfahren im Gesetzeswortlaut abbildet. Dieser Vorschlag dient zur Vermeidung eines verfassungsrechtlichen Risikos. Denn nach der Rechtsprechung des BVerfG muss die Vorabkontrolle „die Rechtmäßigkeit der vorgesehenen Maßnahme eingehend prüfen und die Gründe schriftlich festhalten“ (BVerfGE 120, 274, 332; vgl. auch BVerfGE 125, 250, 338; BVerfGE 162, 1, 102 [Rn. 215] verweist auf BVerfGE 141, 220, 275 [Rn. 118], wo es heißt: „Der Gesetzgeber hat das Gebot vorbeugender unabhängiger Kontrolle in spezifischer und normenklarer Form mit strengen Anforderungen an den Inhalt und die Begründung der gerichtlichen Anordnung zu verbinden.“).*<br><br>*Weiterer Anpassungsbedarf bei der Ausgestaltung der unabhängigen Vorabkontrolle durch die G 10-Kommission ist der neueren Rechtsprechung des BVerfG nicht zu entnehmen. Die Entscheidung mit Mehrheit sowie die Unabhängigkeit und Weisungsfreiheit der G 10-Kommission sind durch die in Absatz 6 Satz 2 enthaltene Verweisung auf § 3 Abs. 1 Sätze 6 und 7 des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Artikel 10-Gesetz (Nds. AG G 10) gewährleistet. Das BVerfG hat in seinen neueren Entscheidungen zu den strategischen Überwachungsbefugnissen des BND zwar weitere Anforderungen an eine effektive Kontrolle gestellt (insbesondere die Hauptamtlichkeit und richterliche Erfahrung der Mitglieder; BVerfGE 154, 152, 290 ff., 295 [Rn. 272 ff., 286 f.]; BVerfG, Beschl. v. 08.10.2024 - 1 BvR 1743/16, 2539/16 -, Rn. 170 ff.), die zur Einführung eines Unabhängigen Kontrollrats geführt haben (vgl. die §§ 40 ff. des BND-Gesetzes). Diese Rechtsprechung kann jedoch auf die notwendige unabhängige Vorabkontrolle landesverfassungsschutzrechtlicher Maßnahmen nicht übertragen werden (a. A. wohl Friedrich, JZ 2025, 403, 410 f.). Die Rechtsprechung ist zur strategischen Telekommunikationsüberwachung ergangen und beruht auf der „außerordentlichen Reichweite“ dieser Befugnisse (BVerfGE 154, 152, 243 [Rn. 151]; BVerfG, Beschl. v. 08.10.2024 - 1 BvR 1743/16, 2539/16 -, Rn. 160) und dem weitgehenden Verzicht auf Benachrichtigungen, insbesondere im Ausland (BVerfGE 154, 152, 287 ff. [Rn. 267 ff.]). Diese Umstände führen zu besonders hohen Anforderungen an die Ausgestaltung der objektivrechtlichen Kontrolle, um einen „Ausgleich dafür zu schaffen, dass übliche rechtsstaatliche Sicherungen in weitem Umfang ausfallen“ und zugleich „die im Wesentlichen nur finale Anleitung der Überwachungsbefugnisse“ des BND zu kompensieren (BVerfGE 154, 152, 290 [Rn. 273]; BVerfG, Beschl. v. 08.10.2024 - 1 BvR 1743/16, 2539/16 -, Rn. 171).* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *Beide Aspekte sind Besonderheiten der strategischen Auslandsüberwachung, die bei dem einzelfallbezogenen Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel nach dem Landesverfassungsschutzrecht nicht in demselben Umfang vorliegen. Das BVerfG hat daher in seiner späteren Entscheidung zum BayVSG diese Ausführungen auch nicht wiederholt oder zitiert (BVerfGE 162, 1, 100 ff. [Rn. 213 ff.]), sondern im Gegenteil unter beispielhafter Verweisung auf die Tätigkeit der G 10-Kommission ausgeführt, dass die Vorabkontrolle gerade durch ein Gericht verfassungsrechtlich nicht vorgegeben ist (BVerfGE 162, 1, 106 [Rn. 224]). Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass das BVerfG in der vorbeugenden Kontrolle durch die G 10-Kommission weiterhin einen der richterlichen Kontrolle gleichwertigen Kontrollmechanismus sieht (BVerfGE 120, 274, 335).*<br><br>*Aus den o. g. Gründen sollten die Vorschläge zu den Sätzen 3 und 5/1 auch in § 4 Abs. 1 Nds. AG G 10 aufgenommen werden (vgl. dazu den Vorschlag zu Artikel 2 Nr. 1).* |
| e) Der bisherige Satz 4 wird Satz 6. | **cc)** *unverändert*<br><br>**c) Absatz 5 wird gestrichen.**<br><br>*<u>Anmerkung:</u>*<br>*Die Vorschläge zu den Absätzen 1 bis 3 (vgl. die dortigen Anmerkungen) setzen die Rechtsprechung des BVerfG um, indem sie die eingriffsintensiveren Fälle der Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen einer einzelfallbezogenen Vorabkontrolle durch die G 10-Kommission unterwerfen. Dadurch entfällt die verfassungsrechtliche Notwendigkeit des bisherigen Absatzes 5 mit der dort geregelten abstrakten Vorabkontrolle der Beobachtungs- und Verdachtsobjekte, gegen die Vertrauenspersonen in Anspruch genommen werden dürfen. Das in Absatz 5 geregelte Verfahren, das - soweit ersichtlich - im Nachrichtendienstrecht des Bundes und der Länder einzigartig geblieben ist, sollte folglich gestrichen werden, falls nicht andere, neue Überlegungen seiner Beibehaltung zugrunde gelegt werden. Die vorgeschlagene Streichung führt zu notwendigen Folgeänderungen in § 16 Abs. 3 Satz 2 und in § 36 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 (siehe dort).*<br><br>*Das MI stimmt zwar der Streichung des Absatzes 5 zu, es spricht sich aber dafür aus, gesetzliche Zuständigkeits- und Fristenregelungen für die Bestimmung von Beobachtungs- und Verdachtsobjekten von erheblicher Bedeutung und deren Verlängerung in die §§ 6 und 7 aufzunehmen, die dem bisherigen § 21 Abs. 5 Sätze 1 bis 4 entsprechen (Ministervorbehalt, Begründung, Befristung auf vier Jahre). Wenn der Ausschuss dem Regelungsansinnen des MI folgen möchte, sollte dem Vorschlag zu § 6 Abs. 6 (siehe dort) der folgende Satz 3 angefügt werden, der* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|

*über den vorgeschlagenen § 7 Abs. 2 Satz 5 auch für Verdachtsobjekte von erheblicher Bedeutung Anwendung fände:*

> *„[3]Für die Bestimmung eines Beobachtungsobjekts von erheblicher Bedeutung und dessen Verlängerung gilt Absatz 2 Sätze 1 bis 4 entsprechend."*

*Die Verweisung auf Absatz 2 Satz 4, der die Voraussetzungen eines „einfachen" Beobachtungsobjekts in Bezug nimmt, ist bei der entsprechenden Anwendung so zu verstehen, dass hier die Voraussetzungen eines Beobachtungsobjekts von erheblichen Bedeutung weiterhin vorliegen müssen. Das MI verspricht sich von diesem zusätzlichen Verfahren praktische Vorteile bei der Darlegung der Voraussetzungen der nachrichtendienstlichen Mittel, die nur gegen ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt von erheblicher Bedeutung eingesetzt werden können.*

*Aus Sicht des GBD bestehen dazu keine rechtlichen Einwände. Wir weisen lediglich darauf hin, dass die ministerielle Festlegung der erheblichen Bedeutung die G 10-Kommission bei einer erforderlichen Zustimmung nach § 21 Abs. 3 nicht bindet, sondern von dieser aufgrund der Darlegungen des MI überprüft werden muss. Dabei muss die G 10-Kommission auf den entscheidungserheblichen Zeitpunkt der Anordnung oder Verlängerung des nachrichtendienstlichen Mittels abstellen, also ggf. neuere Entwicklungen berücksichtigen. Im Übrigen bliebe es dem MI auch ohne die vorgeschlagene Ergänzung im Gesetz unbenommen, durch interne Weisungen das gewünschte ministerielle Bestimmungs-/Verlängerungsverfahren zu etablieren.*

**d) Die bisherigen Absätze 6 und 7 werden Absätze 5 und 6.**

**e) In dem neuen Absatz 5 Satz 1 wird die Angabe „bis 5" durch die Angabe „und 4" ersetzt.**

*Anmerkung:*
*Die vorgeschlagenen Buchstaben d und e enthalten Folgeänderungen zu der vorgeschlagenen Streichung von Absatz 5 g. F.*

**f) In dem neuen Absatz 6 werden nach dem Wort „Mittel" die Worte „sowie der Inanspruchnahme von Gewährspersonen" eingefügt.**

*Anmerkung:*
*Der Vorschlag zu Absatz 6 enthält - an rechtssystematisch passender Stelle - die Verpflichtung, die Einzelheiten der Inanspruchnahme von Gewährspersonen in einer*

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *Dienstvorschrift zu regeln, aus § 14 Abs. 3 Satz 2 des Entwurfs.* |
| 10. § 22 wird wie folgt geändert: | 10. § 22 wird wie folgt geändert: |
| a) Absatz 1 wird wie folgt geändert: | a) Absatz 1 wird wie folgt geändert: |
| aa) In Satz 1 wird nach den Worten „seiner Beendigung den“ das Wort „erheblich“ eingefügt. | aa) ***wird gestrichen*** |
| | *Anmerkung:*<br>*Die Beschränkung der Mitteilungspflicht in Satz 1 auf „erheblich betroffene Personen“ begegnet erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken. Nach der Rechtsprechung des BVerfG verlangt der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz bei heimlichen Überwachungsmaßnahmen die gesetzliche Anordnung von Benachrichtigungspflichten, um subjektiven Rechtsschutz i. S. d. Artikels 19 Abs. 4 GG zu gewährleisten. Ausnahmen von der Benachrichtigungspflicht sind in Abwägung mit verfassungsrechtlich geschützten Rechtsgütern Dritter zulässig, aber auf das unbedingt Erforderliche zu beschränken; es müssen zwingende Gründe vorliegen, die eine nachträgliche Benachrichtigung ausschließen (BVerfGE 141, 220, 282 f. [Rn. 136] unter Verweis auf BVerfGE 125, 260, 336; siehe auch BVerfGE 129, 208, 250 f.; 109, 279, 363 f.). Dabei ist anerkannt, dass die Benachrichtigung von Personen, die „nur zufällig miterfasst wurden und die selbst nicht im Fokus staatlichen Handelns standen“, unterbleiben kann, wenn sie „von der Maßnahme nur unerheblich betroffen wurden und anzunehmen ist, dass sie kein Interesse an der Benachrichtigung haben“; in diesen Fällen ist auch die richterliche Bestätigung der Abwägung nicht notwendig (BVerfGE 125, 260, 337; 129, 208, 251). Diesem Maßstab wird die Entwurfsregelung nicht gerecht. Insbesondere fehlt die Voraussetzung des fehlenden Interesses an der Benachrichtigung.*<br><br>*Hinzu kommt, dass nicht leicht festzustellen ist, wer nach der Entwurfsregelung als „erheblich betroffene Person“ angesehen werden soll. Da die mitzuteilenden Eingriffe vom Verfassungsschutz heimlich durchgeführt werden, folgen ihnen, anders als bei der polizeilichen Gefahrenabwehr oder Strafverfolgung, in der Regel keine offenen Maßnahmen, sodass sie kaum zur Kenntnis der Betroffenen gelangen und daher nur selten einer gerichtlichen Überprüfung unterliegen. Daraus leitet das BVerfG besonders strenge Anforderungen an die Bestimmtheit der Vorschriften ab (BVerfGE 162, 1, 95 f. [Rn. 200]). Die Entwurfsregelung ist aber weniger bestimmt als die Vorbildregelungen im Bundeskriminalamtgesetz (BKAG) und in der StPO. In § 101 Abs. 4 StPO und § 74 Abs. 1 BKAG findet sich zwar, wie in der Begründung (S. 26) ausgeführt, der Begriff „erheblich mitbetroffene Personen“, der* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *auch einer verfassungsgerichtlichen Überprüfung standgehalten hat (vgl. BVerfGE 141, 220, 319 f. [Rn. 260] zu § 20 w BKAG a. F.). In diesen Vorbildregelungen wird jedoch für die unterschiedlichen heimlichen Überwachungsmaßnahmen differenziert zwischen verschiedenen Benachrichtigungsempfängern. Bei den längerfristigen Observationen, Bild- und Tonaufzeichnungen sowie Einsätzen von Vertrauenspersonen und verdeckten Ermittlerinnen/Ermittlern wird zur Benachrichtigung der „Zielperson“ verpflichtet (und daneben der „erheblich mitbetroffenen Personen“), wobei die „Zielperson“ durch die ausführliche Regelung der Störerverantwortlichkeit (vgl. § 45 Abs. 1 Satz 1 BKAG) näher konkretisiert wird (vgl. Ruthig, in: Schenke/Graulich/Ruthig, § 74 BKAG Rn. 9). Beim Einsatz von Vertrauenspersonen und verdeckten Ermittlerinnen/Ermittlern sind außerdem zu benachrichtigen „die Personen, deren nicht allgemein zugängliche Wohnung die … Vertrauensperson oder der Verdeckte Ermittler betreten hat“ (§ 74 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. c BKAG; dazu Ruthig, a. a. O., Rn. 13). Bei Eingriffen in die Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme oder das Post- und Fernmeldegeheimnis bestimmt § 74 Abs. 1 Satz 3 BKAG, dass die Benachrichtigung der betroffenen Personen unterbleiben kann, wenn die Person von der Maßnahme nur unerheblich betroffen ist und anzunehmen ist, dass sie kein Interesse an einer Benachrichtigung hat. Die Bestimmtheit des Rechtsbegriffs „erheblich betroffen“ leidet überdies dadurch, dass die nachrichtendienstlichen Mittel von der Verfassungsschutzbehörde häufig nicht personenbezogen (also gegen „Zielpersonen“) eingesetzt werden (woraus eine erhebliche Betroffenheit abgeleitet werden könnte), sondern objektbezogen (also gegen ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt gemäß § 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Alt. 1, d. h. in der Regel gegen einen Personenzusammenschluss; vgl. § 6 Abs. 1 Satz 1). Die fehlende Bestimmtheit der Entwurfsregelung wurde auch in der Anhörung gerügt (Vorlage 3 [Ogorek/Manns], S. 13 f.; Vorlage 4 [Löffelmann], S. 11; Vorlage 8 [LfD], S. 4).*<br><br>*Um die dargelegten verfassungsrechtlichen Bedenken auszuräumen, wird vorgeschlagen, die Änderung in Satz 1 zu streichen, also wie bisher „betroffene Personen“ zu benachrichtigen, nicht nur „erheblich betroffene Personen“. Stattdessen sollte in Satz 5 Nr. 2 eine zusätzliche - verfassungsrechtlich unbedenkliche - Ausnahmeregelung für unerheblich betroffene Personen in Anlehnung an den o. g. Maßstab des BVerfG eingefügt werden (siehe die dortige Anmerkung).* |
| bb) In Satz 3 werden die Worte „betroffenen Personen“ durch die Worte „erheblich betroffenen Personen“ ersetzt und nach der Angabe „20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1“ die Angabe „und zu Kontostammdaten nach § 20 Abs. 4“eingefügt. | bb) In Satz 3 **Halbsatz 2** werden _____ **das Wort „einfachen“ gestrichen und** nach der Angabe „20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1“ die Angabe „und zu Kontostammdaten nach § 20 Abs. 4“eingefügt. |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *Anmerkung:*<br>*Auch hier sollte die Beschränkung auf „erheblich“ betroffene Personen gestrichen werden (vgl. die Anmerkung zu Satz 1). Die empfohlene Streichung des Wortes „einfachen“ ist eine Folgeänderung zu § 20 Abs. 2 Satz 1 (siehe die dortige Anmerkung).* |
| cc) In Satz 4 wird die Angabe „§ 30“ durch die Angabe „§ 29“ ersetzt. | cc) *unverändert* |
| *(Nachrichtlich: Satz 5 g. F.:)* | **dd) Satz 5 erhält folgende Fassung:** |
| *[5]Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, wenn für die Mitteilung in unverhältnismäßiger Weise weitere personenbezogene Daten der betroffenen Person erhoben werden müssten.* | **„[5]Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, wenn**<br>**1. für die Mitteilung in unverhältnismäßiger Weise weitere personenbezogene Daten der betroffenen Person erhoben werden müssten oder**<br>**2. die Person nur unerheblich betroffen und anzunehmen ist, dass sie kein Interesse an einer Mitteilung hat.“** |
| | *Anmerkung:*<br>*Vor dem Hintergrund der empfohlenen Streichung der Beschränkung der Mitteilungspflicht auf „erheblich betroffene“ Personen (siehe die Anmerkung zu Satz 1) schlagen wir vor, die bisherige Ausnahme von der Mitteilungspflicht in Satz 5 neu zu fassen.*<br><br>*Die vorgeschlagene Nummer 1 entspricht der bisherigen Regelung, die einen Teil der in der Begründung geschilderten praktischen Probleme bereits abdeckt. Wenn z. B. eine Person bei einer Videoüberwachung „in den Blickwinkel des Kameraobjektivs läuft und damit unbeabsichtigt mit aufgenommen wird“ (Begründung, S. 26), löst dies, wenn die Person nicht namentlich bekannt ist, bereits nach Satz 5 g. F. keine Benachrichtigungspflicht aus (vgl. dazu Drs. 17/6464, S. 32).*<br><br>*Der Vorschlag zu Nummer 2 dient dazu, die verbleibenden Fälle zu erfassen, in denen eine Benachrichtigungspflicht von vornherein ausscheiden soll. Nach Satz 5 g. F. wäre nämlich in dem o. g. Beispiel eine betroffene Person, die bereits namentlich bekannt ist, zu der also keine weiteren Nachforschungen angestellt werden müssten, zwingend zu benachrichtigen, auch wenn sie nur unerheblich betroffen ist und vermutlich kein Interesse an einer Mitteilung hat. Die vorgeschlagene Ausnahme von der Mitteilungspflicht entstammt der Rechtsprechung des BVerfG (siehe oben die Anmerkung zu Satz 1) und entspricht § 74 Abs. 1 Satz 3 BKAG, § 101 Abs. 4 Satz 4 StPO und Artikel 8 b Abs. 2 und 3 BayVSG (so auch der* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *Vorschlag in Vorlage 3 [Ogorek/Manns], S. 14). Die Personen, gegen die das nachrichtendienstliche Mittel oder besondere Auskunftsverlangen eingesetzt wurde, sind im Regelfall erheblich betroffen, müssen also benachrichtigt werden, ebenso wie die Personen, deren nicht allgemein zugängliche Wohnung betreten wurde (so auch die Begründung, S. 26). In Dienstvorschriften kann die unerhebliche Betroffenheit näher konturiert werden. Die Anwendung der Mitteilungspflicht im Allgemeinen und der hier vorgeschlagenen Ausnahme im Besonderen unterliegt der regelmäßigen zweijährlichen Kontrolle durch den LfD gemäß § 33 a Abs. 1 Satz 2 (a. A. wohl Vorlage 8 [LfD], S. 4).* |
| b) Absatz 2 wird wie folgt geändert: | b) Absatz 2 wird wie folgt geändert: |
| aa) In Satz 1 Nr. 4 werden nach dem Wort „Mittels“ die Worte „oder des besonderen Auskunftsverlangens“ eingefügt. | aa) *unverändert* |
| | **aa/1) In Satz 7 werden nach dem Wort „nach“ die Worte „der Beendigung des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels oder“ eingefügt.** |
| | *Anmerkung:*<br>*Es handelt sich um eine Berichtigung eines redaktionellen Versehens aus dem Gesetzgebungsverfahren 2014-2016 (eine aufgrund des Satzes 6 in der Fassung des Fraktionsänderungsvorschlags in der Vorlage 25 zu Drs. 17/2161 notwendige Folgeänderung wurde übersehen).* |
| bb) Es wird der folgende Satz 8 angefügt:<br>„[8]Sind mehrere nachrichtendienstliche Mittel und besondere Auskunftsverlangen in demselben Sachzusammenhang durchgeführt worden, ist die Beendigung der letzten Maßnahme für die Berechnung der Fristen maßgeblich.“ | bb) ***wird gestrichen*** |
| | *Anmerkung:*<br>*Die Entwurfsregelung begegnet erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken und sollte gestrichen werden. Sie wurde auch in der Anhörung kritisiert (Vorlage 8 [LfD], S. 4).*<br><br>*Im Hinblick auf die eingriffsintensiven heimlichen Überwachungsmaßnahmen des Verfassungsschutzes hat das BVerfG aus dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz das Erfordernis einer richterlichen Überprüfung der Nichtbenachrichtigung abgeleitet (BVerfGE 162, 1, 131 [Rn. 289] verweist auf BVerfGE 141, 220, 282 f. [Rn. 136], wo es heißt: „Liegen zwingende Gründe vor, die eine nachträgliche Benachrichtigung ausschließen, ist dies richterlich* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *zu bestätigen und in regelmäßigen Abständen zu prüfen“; so auch schon BVerfGE 125, 260, 336 f.; 109, 299, 367 f.). Die bisher geltende Regelung in Satz 2, welche die Zustimmung der G 10-Kommission verlangt, wenn die Mitteilung nicht innerhalb eines Jahres nach der Beendigung des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels oder der Erteilung der Auskunft vorgenommen wurde, wird diesem Maßstab gerecht. Die Zustimmung der G 10-Kommission steht der vom BVerfG verlangten richterlichen Bestätigung gleich (vgl. dazu die Anmerkungen zu dem vorgeschlagenen § 21 Abs. 3 Satz 5/1).*<br><br>*Die Entwurfsregelung des Satzes 8 schiebt die notwendige Kontrolle durch die G 10-Kommission bis zur Beendigung „der letzten Maßnahme“ auf, die „in demselben Sachzusammenhang durchgeführt“ wird. Denn die im Entwurfswortlaut genannten „Fristen“ sind laut Begründung (S. 27) „die in Absatz 2 normierten Fristen“, nach Mitteilung des MI konkret die Frist in Absatz 2 Satz 2 (siehe oben) und die Frist in Absatz 2 Satz 7 (Mitteilung an den LfD in den Fällen des Satzes 6). Die Entwurfsregelung ermöglicht also der Verfassungsschutzbehörde, durch den Einsatz irgendeines nachrichtendienstlichen Mittels (eine Beschränkung auf die mitteilungspflichtigen Mittel ist hier nicht vorgesehen) in dem nicht näher bestimmten „Sachzusammenhang“ die verfassungsrechtlich gebotene richterliche Überprüfung des Zurückstellungsgrunds auf lange Zeit, ggf. um Jahre oder sogar Jahrzehnte, auszuschließen. Der „Sachzusammenhang“ ist weit gefasst, nach der Begründung (S. 27) ist damit bei einem objektbezogenen Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel (vgl. § 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Alt. 1) das (gesamte) Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt (auch ein Sammelbeobachtungsobjekt) gemeint. Der Wortlaut erlaubt aber auch ein über das einzelne Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt hinausgehendes Verständnis.*<br><br>*Eine so weitgehende Suspendierung der gerichtlichen Kontrolle ist mit den Maßstäben des BVerfG nicht vereinbar. Die richterliche Bestätigung ergibt grundsätzlich nur dann einen Sinn, wenn sie unmittelbar an die Zurückstellung anschließt bzw. spätestens in dem prozessual ggf. notwendigen Abstand von einem Jahr (siehe Absatz 2 Satz 2). Dies folgt auch aus der verfassungsrechtlichen Verpflichtung, die Zurückstellung in regelmäßigen Abständen (erneut) zu prüfen. Diese Verpflichtung wäre sinnlos, wenn die erstmalige Prüfung schon in so weitem Umfang aufgeschoben werden könnte, wie es der Entwurf vorsieht.*<br><br>*Vor diesem Hintergrund sollte die Entwurfsregelung gestrichen werden. Das vom MI dargelegte praktische Problem der wiederkehrenden Befassung der G 10-Kommission mit notwendigen Zurückstellungen lässt sich, soweit in dem oben dargelegten verfassungsrechtlichen Rahmen möglich (die Zurückstellung der Benachrichtigung* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *muss in zeitlicher Hinsicht auf das unbedingt Erforderliche begrenzt bleiben; BVerfGE 129, 208, 257 f.), an anderer Stelle lösen. Denn der Gesetzgeber hat die G 10-Kommission zwar verpflichtet, die Zustimmung zu einer Zurückstellung zu befristen (§ 22 Abs. 2 Satz 3 g. F.). Dabei hat er jedoch bewusst keine Höchstfrist gesetzt (Drs. 17/6464, S. 33). Es liegt nahe, sich bei der Fristbemessung daran zu orientieren, wann voraussichtlich der Zurückstellungsgrund entfallen könnte. Eine solche Prognose dürfte auch leistbar sein (siehe Absatz 3 Satz 1 Nr. 2). Das MI spricht sich dafür aus, diesen Spielraum der G 10-Kommission in Absatz 2 Satz 3 unter Einhaltung der verfassungsrechtlichen Grenzen (d. h. die Zurückstellung „richterlich zu bestätigen und in regelmäßigen Abständen zu prüfen“) in einem zweiten, klarstellenden Halbsatz wie folgt zu verdeutlichen:*<br><br>*„[3]Stimmt die G 10-Kommission der Zurückstellung zu, so hat sie diese zu befristen; **der Fristbestimmung kann der Zeitraum zugrunde gelegt werden, in dem die Voraussetzungen der Zurückstellung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht entfallen werden**.“*<br><br>*Mit dieser Ergänzung wäre es der G 10-Kommission (wie im Übrigen auch bisher schon) möglich, die Mitteilung solange zurückzustellen, wie eine andere Maßnahme läuft, die eine Zurückstellung nach Satz 1 begründet (z. B. die Inanspruchnahme einer Vertrauensperson). Die Zurückstellung der Mitteilung würde in einem solchen Fall erst nach dem Ende dieser Maßnahme enden. Auch während einer solchen Zurückstellung wäre es im Übrigen jederzeit möglich, die G 10-Kommission um die Zustimmung zur endgültigen Nichtmitteilung zu ersuchen, wenn die erhobenen Daten gelöscht werden können und die sonstigen Voraussetzungen des Absatzes 3 Satz 1 vorliegen.* |
| c) Dem Absatz 3 werden die folgenden Sätze 3 und 4 angefügt:<br><br>„[3]Einer Mitteilung bedarf es abweichend von Satz 1 endgültig auch dann nicht, wenn zehn Jahre nach Beendigung des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels oder nach der Erteilung der Auskunft die in Absatz 2 bestimmten Fristen noch nicht begonnen haben und die Voraussetzungen für eine Löschung der personenbezogenen Daten vorliegen. [4]Dies bedarf ebenfalls der Zustimmung der G 10-Kommission; in den Fällen des Satzes 2 der Zustimmung der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz.“ | c) ***wird gestrichen***<br><br>*<u>Anmerkung:</u>*<br>*Als Folgeänderung zu der empfohlenen Streichung von Absatz 2 Satz 8 des Entwurfs sollte auch diese Regelung* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *gestrichen werden (vgl. auch die Kritik in der Anhörung: Vorlage 8 [LfD], S. 4 f.). Das in der Gesetzesbegründung dargelegte Regelungsbedürfnis für eine „Kappungsgrenze“ (Drs. 18/5930, S. 27 f.) entfällt nach Mitteilung des MI, wenn dem Vorschlag zur Konkretisierung der schutzwürdigen Interessen der Betroffenen in § 28 Abs. 2 Satz 3 gefolgt wird (siehe dort).* |
| 11. § 23 Abs. 5 Satz 3 erhält folgende Fassung:<br><br>„[3]Ein Ersuchen um die Übermittlung personenbezogener Daten, die aufgrund einer Wohnraumüberwachung nach § 100 c StPO oder nach § 35 NPOG erlangt worden sind, ist nur unter den in § 25 Abs. 2 Satz 3 genannten Voraussetzungen zulässig.“ | 11. ***wird gestrichen***<br><br>*Anmerkung:*<br>*Das BVerfG verlangt, dass „angesichts des besonderen Eingriffsgewichts dieser Maßnahmen [der Wohnraumüberwachung und der Online-Durchsuchung] (…) für sie jede neue Nutzung der Daten wie bei der Datenerhebung selbst auch durch eine dringende Gefahr (…) oder eine im Einzelfall hinreichend konkretisierte Gefahr (…) gerechtfertigt sein“ muss (BVerfGE 141, 220, 329 [Rn. 291]). Das bedeutet für die Wohnraumüberwachung, dass das Ersuchen (hier: durch die Verfassungsschutzbehörde) der Abwehr der dringenden Gefahr durch die Verfassungsschutzbehörde selbst (!) dienen muss (vgl. BVerfGE 162, 1, 135 f. [Rn. 301]). Es ist schon nicht ersichtlich, wie die Verfassungsschutzbehörde solche Gefahren abwehren sollte. Vor allem aber würde eine solche Gefahrenabwehr der Subsidiarität polizeilicher Hilfe unterliegen (vgl. BVerfGE 162, 1, 85 ff. [Rn. 178 ff.], 137 [Rn. 303]). Da in diesen Fällen die Polizei die zur Gefahrenabwehr erforderlichen Daten bereits hat, sind zudem keine Anwendungsfälle ersichtlich, selbst wenn die Subsidiarität aufgenommen werden sollte. Die Entwurfsregelung sollte daher gestrichen werden (vgl. auch die Kritik in der Anhörung: Vorlage 3 [Ogorek/Manns], S. 14 ff.; Vorlage 4 [Löffelmann], S. 12).* |
| 12. In § 24 Abs. 1 werden die Worte „, insbesondere Grundbücher, Personenstandsbücher, Melderegister, Personalausweisregister, Passregister, Führerscheinkartei, Waffenscheinkartei,“ gestrichen. | 12. *unverändert* |
| 13. § 25 Abs. 2 Satz 3 erhält folgende Fassung:<br><br>„[3]Die Übermittlung personenbezogener Daten, die aufgrund einer Wohnraumüberwachung nach § 100 c StPO oder nach § 35 a NPOG erlangt worden sind, ist nur unter den Voraussetzungen des Satzes 2 und nur bei einer im Hinblick auf das Ausmaß des zu erwartenden Schadens und die Wahr- | 13. ***wird gestrichen*** |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| scheinlichkeit des Schadenseintritts erhöhten Gefahr für eines der in § 30 Abs. 1 Satz 2 genannten besonders gewichtigen Rechtsgüter zulässig.“ | |
| | *Anmerkung:*<br>*Vgl. die Anmerkung zu § 23 Abs. 5 Satz 3 des Entwurfs. Die Entwurfsregelung erfüllt die verfassungsrechtlichen Vorgaben nicht und sollte gestrichen werden (vgl. auch die Kritik in der Anhörung: Vorlage 3 [Ogorek/Manns], S. 14 ff.; Vorlage 4 [Löffelmann], S. 12).* |
| 14. § 28 wird wie folgt geändert: | 14. § 28 wird wie folgt geändert: |
| a) In Absatz 2 Satz 3 wird die Angabe „§ 30“ durch die Angabe „§ 29“ ersetzt. | a) ____ Absatz 2 Satz 3 **erhält folgende Fassung:**<br><br>**„[3]Ein schutzwürdiges Interesse liegt insbesondere dann vor, wenn die betroffene Person einen Antrag auf Auskunft nach** § 29 **gestellt oder innerhalb des vergangenen Jahres eine Mitteilung nach § 6 Abs. 4 oder § 22 Abs. 1 erhalten hat.“**. |
| | *Anmerkung:*<br>*Nach § 28 Abs. 2 Satz 3 g. F. liegt ein schutzwürdiges Interesse, das einer Löschung von Daten nach Satz 2 entgegensteht, insbesondere dann vor, „wenn die betroffene Person einen Antrag auf Auskunft nach § 30 gestellt hat oder aufgrund einer Mitteilung nach § 6 Abs. 4 oder § 22 Abs. 1 die Stellung eines solchen Antrags zu erwarten ist“. Diese Vorschrift wird - entgegen ihrer Intention (vgl. dazu Drs. 17/6464, S. 44) - nach Mitteilung des MI in der Praxis so verstanden, dass auf die Löschung auch dann verzichtet wird, wenn eine Mitteilung nach § 22 Abs. 2 zurückgestellt worden ist. Vor diesem Hintergrund ist in der Praxis auch die endgültige Nichtmitteilung nach § 22 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 abgelehnt worden. Der aus diesem Grund in § 22 Abs. 3 Sätze 3 und 4 des Entwurfs aufgenommenen „Kappungsgrenze“, die gestrichen werden soll (siehe oben), bedürfte es nicht, wenn die Vorschrift entsprechend ihrer ursprünglichen Intention so ausgelegt würde, dass nur eine tatsächlich vorgenommene Mitteilung das Regelbeispiel eines schutzwürdigen Interesses begründet und eine Löschung der Daten verhindert. In den Fällen, in denen eine Mitteilung zurückgestellt worden ist, liegt es regelmäßig im Interesse der betroffenen Person, dass die zu ihr gespeicherten Daten unwiderruflich gelöscht werden (auch wenn dies nach § 22 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 zu einer endgültigen Nichtmitteilung beitragen kann).*<br><br>*Das MI spricht sich dafür aus, diese Regelungsabsicht mit der oben vorgeschlagenen Formulierung deutlicher zum Ausdruck zu bringen, um eine der bisherigen Intention des Satzes 3 widersprechende Praxis zukünftig zu ver-* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *hindern. Zusätzlich schlägt das MI vor, eine Frist von einem Jahr aufzunehmen, in der die tatsächlich vorgenommenen Mitteilungen nach § 6 Abs. 4 und § 22 Abs. 1 einer Löschung entgegenstehen sollen, um den effektiven Rechtsschutz der Mitteilungsempfänger zu gewährleisten.* |
| b) In Absatz 4 Satz 2 wird die Angabe „9“ durch die Angabe „10“ ersetzt. | b) In Absatz 4 Satz 2 wird die Angabe „9“ durch die Angabe „10“ ersetzt **und das Wort „besonderen“ wird gestrichen**.<br><br>**b/1) Absatz 6 Satz 3 erhält folgende Fassung:**<br><br>**„[3]Sie sind nach Beendigung der gemäß § 33 a Abs. 1 Satz 2 durchzuführenden Kontrolle der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz zu löschen.“**<br><br>*<u>Anmerkung:</u>*<br>*Die Löschungspflicht hinsichtlich der Dokumentation in Absatz 6 Satz 3 sollte an die Vorschläge zu § 10 Abs. 6 Satz 3 und zur Dokumentation von Übermittlungen angeglichen werden (vgl. dazu bereits den Vorschlag und die Anmerkung zu § 10 Abs. 6 Satz 3). Die Protokollierungspflicht dient nach Absatz 6 Satz 2 ausschließlich dazu, eine unabhängige Datenschutzkontrolle zu ermöglichen. Daher sollte bei der Löschung auf die gemäß § 33 a Abs. 1 Satz 2 von der oder dem LfD im Abstand von höchstens zwei Jahren durchzuführenden Kontrolle abgestellt werden; danach ist die weitere Speicherung der Protokolldaten nicht mehr erforderlich. Einer Höchstfrist von zwei Jahren wie in § 10 Abs. 6 Satz 3 bedarf es hier nicht, da die Protokollierungspflicht nach Absatz 6 Satz 1 für Daten gilt, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln oder besonderen Auskunftsverlangen erhoben wurden, ebenso wie die regelmäßige Datenschutzkontrolle der oder des LfD nach § 33 a Abs. 1 Satz 2.* |
| c) In Absatz 7 wird die Angabe „9“ durch die Angabe „10“ ersetzt. | c) In Absatz 7 wird die Angabe „9“ durch die Angabe „10“ ersetzt **und das Wort „besonderen“ wird gestrichen**.<br><br>*<u>Anmerkung:</u>*<br>*Es handelt sich um Folgeänderungen zu § 20 Abs. 2 Satz 1 (Streichung der „einfachen“ und „besonderen“ Bestandsdaten; vgl. die dortige Anmerkung).* |
| 15. Im Vierten Kapitel wird der bisherige § 30 als neuer § 29 eingefügt. | 15. **Das** Vierte Kapitel wird **wie folgt geändert:**<br><br>Der bisherige § 30 **wird** § 29 ____.<br><br>*<u>Anmerkung:</u>*<br>*Redaktionelle Korrektur.* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| 16. Das Fünfte Kapitel wird wie folgt geändert: | 16. **Im** Fünften Kapitel **werden die bisherigen §§ 31 und 32 durch die** folgenden neuen **§§** 30 **bis 32 h ersetzt**:<br><br>*<u>Anmerkung:</u>*<br>*Die Änderungsbefehle zu Nummern 16 Buchst. a bis c sollten entsprechend den Hinweisen der StK zur einheitlichen rechtsförmlichen Gestaltung gefasst werden.* |
| *Buchstaben a bis c*<br>*(§§ 30 bis 32)*<br>*hier nicht abgedruckt* | *§§ 30 bis 32 h*<br>*hier nicht abgedruckt* |
| d) In § 33 Abs. 2 Satz 2 wird die Angabe „§ 30“ durch die Angabe „§ 29“ ersetzt. | **16/1.***unverändert*<br><br>*<u>Anmerkung:</u>*<br>*Redaktionelle Korrektur.* |
| 17. In § 36 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 2 wird nach der Angabe „20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1“ die Angabe „und zu Kontostammdaten nach § 20 Abs. 4“ eingefügt. | 17. ____ § 36 **wird wie folgt geändert:**<br><br>**a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:**<br><br>**aa) Nummer 3 erhält folgende Fassung:**<br><br>**„3. das Vorliegen der Voraussetzungen eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts von erheblicher Bedeutung (§ 6 Abs. 6, § 7 Abs. 2 Satz 5),“**<br><br>**bb) In Nummer 4 wird im Klammerzusatz die Angabe „Abs. 7“ durch die Angabe „Abs. 6“ ersetzt.**<br><br>*<u>Anmerkung:</u>*<br>*Es handelt sich um Folgeänderungen zu der vorgeschlagenen Streichung der bisher in § 21 Abs. 5 geregelten abstrakten Vorabkontrolle der Beobachtungs- und Verdachtsobjekte, in denen Vertrauenspersonen eingesetzt werden dürfen (siehe dort).*<br><br>*Die vorgeschlagene Fassung der Nummer 3 entspricht inhaltlich in etwa der bisherigen Pflicht, über die beabsichtigte Bestimmung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts zu unterrichten, in dem die Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen angeordnet werden darf, um die politische Kontrolle des Einsatzes von Vertrauenspersonen zu ermöglichen (vgl. Drs. 17/6464, S. 59; vgl. zu den Regelungszielen auch den Gesetzentwurf von 2014, Drs. 17/2161, S. 21 und 29).* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | *Wenn der Ausschuss dem Vorschlag des MI folgen sollte, ein abstraktes Verfahren zur Bestimmung von Beobachtungs- und Verdachtsobjekten von erheblicher Bedeutung in den §§ 6 und 7 zu regeln (vgl. dazu die Anmerkung zur vorgeschlagenen Streichung von § 21 Abs. 5), schlägt MI die folgende Fassung der Nummer 3 vor:*<br><br>*„3. die Bestimmung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts von erheblicher Bedeutung sowie die Verlängerung der Bestimmung (§ 6 Abs. 6, § 7 Abs. 2 Satz 5),“.*<br><br>**b)** In **Absatz 3** Satz 2 Halbsatz 2 **werden das Wort „einfachen“ gestrichen und** nach der Angabe „20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1“ die Angabe „und zu Kontostammdaten nach § 20 Abs. 4“ eingefügt.<br><br>*Anmerkung:*<br>*Es handelt sich um eine Folgeänderung, siehe die Anmerkung zu § 20 Abs. 2 Satz 1.* |
| 18. § 42 erhält folgende Fassung: | 18. § 42 erhält folgende Fassung: |
| „[1]§ 22 Abs. 2 Satz 8 gilt für alle nach Inkrafttreten dieses Gesetzes beendeten Einsätze. [2]Für Einsätze, die bereits vor Inkrafttreten dieses Gesetzes beendet wurden, gilt § 22 Abs. 2 in der vorherigen Fassung.“ | **„§ 42**<br>**Übergangsvorschrift**<br><br>**_____ Für Vertrauenspersonen, die am *[Tag vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes]* bereits in Anspruch genommen werden, finden § 16 Abs. 2 und § 21 Abs. 1 bis 3 erst ab dem Zeitpunkt einer Verlängerung der Inanspruchnahme Anwendung.**“<br><br>*Anmerkung:*<br>*Die im Gesetzentwurf enthaltene Übergangsvorschrift ist angesichts der vorgeschlagenen Streichung von § 22 Abs. 2 Satz 8 des Entwurfs entbehrlich und sollte gestrichen werden.*<br><br>*Stattdessen sollte für die gegenwärtig auf Grundlage des § 16 Abs. 2 sowie § 21 Abs. 3 und 5 g. F. in Anspruch genommenen Vertrauenspersonen eine Übergangsregelung aufgenommen werden. Ansonsten müssten sämtliche Vertrauenspersonen der Verfassungsschutzbehörde, die dem vorgeschlagenen § 16 Abs. 2 unterfallen, mit dem Tag des Inkrafttretens des Gesetzes das neue Verfahren nach dem vorgeschlagenen § 21 Abs. 1 bis 3 (Ministervorbehalt und Zustimmung der G 10-Kommission) durchlaufen. Die Übergangsregelung beruht auf Vorschlägen des MI und ist sprachlich an § 42 g. F. angelehnt. Sie wird im Höchstfall für die drei Jahre nach dem Inkrafttreten benötigt (vgl. § 21 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 g. F.).* |

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

Artikel 2
Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes

§ 4 Abs. 5 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes vom 27. Januar 2004 (Nds. GVBl. S. 35), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 7. Juli 2021 (Nds. GVBl. S. 483), erhält folgende Fassung:

*Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD*

Artikel 2
Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes

§ 4 ____ des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes vom 27. Januar 2004 (Nds. GVBl. S. 35), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 7. Juli 2021 (Nds. GVBl. S. 483), **wird wie folgt geändert**:

**1. Absatz 1 wird wie folgt geändert:**

**a) Es werden die folgenden neuen Sätze 3 und 4 eingefügt:**

„[3]**In dem schriftlichen Antrag auf Zustimmung sind der G 10-Kommission alle beurteilungsrelevanten Tatsachen mitzuteilen; insbesondere sind anzugeben:**

**1. die Person, gegen die sich die Beschränkungsmaßnahme richtet, soweit möglich, mit Name und Anschrift,**

**2. Art, Umfang und Dauer der Beschränkungsmaßnahme,**

**3. bei einer Überwachung der Telekommunikation die Rufnummer oder eine andere Kennung des Telekommunikationsanschlusses oder die Kennung des Endgerätes, wenn diese allein diesem Endgerät zugeordnet ist,**

**4. im Fall des § 11 Abs. 1a des Artikel 10-Gesetzes eine möglichst genaue Bezeichnung des informationstechnischen Systems, in das zur Datenerhebung eingegriffen werden soll,**

**5. die zeitgleich gegen die in Nummer 1 genannte Person von der Verfassungsschutzbehörde eingesetzten weiteren nachrichtendienstlichen Mittel und besonderen Auskunftsverlangen,**

**6. der Sachverhalt sowie**

**7. eine Begründung.**

**[4]Die G 10-Kommission hat die Zustimmung und ihre wesentlichen Gründe schriftlich festzuhalten**.**“**

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
|---|---|
| | **b) Die bisherigen Sätze 3 bis 5 werden Sätze 5 bis 7.**<br><br>*<u>Anmerkung:</u>*<br>*Der Vorschlag, in Absatz 1 die neuen Sätze 3 und 4 mit Verfahrensvorschriften aufzunehmen, entspricht den Vorschlägen zu § 21 Abs. 3 Sätze 3 und 5/1 NVerfSchG (vgl. die dortigen Anmerkungen) in sprachlicher Anlehnung an § 10 des Artikel 10-Gesetzes (G 10) (Anordnung des Fachministeriums) und § 33 a Abs. 5 Satz 2 NPOG. Die § 9 G 10 (Antrag der Verfassungsschutzbehörde) und § 10 G 10 (Anordnung der obersten Landesbehörde), die auch für Überwachungsmaßnahmen durch die niedersächsische Verfassungsschutzbehörde unmittelbar gelten, betreffen nicht die Vorabkontrolle (§ 15 G 10 betrifft nur die G 10-Kommission des Bundes) und enthalten mithin keine verfassungsrechtlich ausreichenden Verfahrensvorschriften für den Antrag auf Zustimmung und die Zustimmung selbst. Diese kann nur der Landesgesetzgeber vornehmen (vgl. § 16 G 10). Da das Nds. AG G 10 solche bisher nicht enthält, sollten sie hier eingefügt werden. Eine entsprechende Verpflichtung in der nach § 3 Abs. 4 Nds. AG G 10 erlassenen Geschäftsordnung der G 10-Kommission (GO G 10-K) würde den verfassungsrechtlichen Vorgaben nicht genügen (siehe dazu die Anmerkungen zu § 21 Abs. 2 NVerfSchG-Entwurf; zu § 15 G 10 und § 5 Abs. 1 GO G 10-K des Bundes so auch Friedrich, JZ 2025, 403, 407).* |
| | **2. Absatz 5 erhält folgende Fassung:** |
| „(5) [1]Das Fachministerium unterrichtet die Kommission innerhalb von drei Monaten nach Einstellung der Beschränkungsmaßnahme über die Mitteilung an Betroffene oder über die Gründe, die einer Mitteilung entgegenstehen (§ 12 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes). [2]Hält die Kommission eine Mitteilung für geboten, so ist diese unverzüglich von der Verfassungsschutzbehörde vorzunehmen. [3]§ 12 des Artikel 10-Gesetzes bleibt unberührt.“ | „(5) [1]Das Fachministerium unterrichtet die Kommission innerhalb von drei Monaten nach Einstellung der Beschränkungsmaßnahme über die Mitteilung an Betroffene oder über die Gründe, die einer Mitteilung entgegenstehen (§ 12 Abs. 1 **Satz 2** des Artikel 10-Gesetzes). [2]Hält die Kommission eine Mitteilung für geboten, so ist diese unverzüglich von der Verfassungsschutzbehörde vorzunehmen. [3] “<br><br>*<u>Anmerkung:</u>*<br>*In Absatz 5 <u>Satz 1</u> sollte die Verweisung präzisiert werden. <u>Satz 3</u> ist entbehrlich und sollte gestrichen werden.* |
| Artikel 3<br>Neubekanntmachung | Artikel 3<br>Neubekanntmachung |
| Das Ministerium für Inneres und Sport wird ermächtigt, das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz in der nunmehr geltenden Fassung mit neuem Datum bekannt zu machen und dabei Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen. | *unverändert* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD* |
| --- | --- |
| Artikel 4<br>Inkrafttreten | Artikel 4<br>Inkrafttreten |
| Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft. | *unverändert* |

Niedersächsischer Landtag
Gesetzgebungs- und Beratungsdienst

Hannover, den 29.10.2025
81/84/2936-813

# Vorlage 14

zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930

Die Vorlage enthält unsere bis auf eine Ausnahme mit dem Ministerium für Inneres und Sport abgestimmten Formulierungsvorschläge und Anmerkungen zum Fünften Kapitel des o. g. Gesetzentwurfs.

Dr. Wefelmeier

Per E-Mail zu verteilen an:
Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes
Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen
Präsidentin des Landtages
Fraktionen
Staatskanzlei
Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung
Justizministerium
Landesrechnungshof
Landesbeauftragter für den Datenschutz
Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen
Staatsgerichtshof
Kommunale Spitzenverbände

*Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD*

*Vorbemerkung:*
*Seit der Verabschiedung der §§ 31 ff. NVerfSchG sind mehrere einschlägige Urteile des BVerfG ergangen, die einschränkende Vorgaben für die Datenübermittlungen von Verfassungsschutzbehörden sowohl an Behörden und öffentliche Stellen als auch an nicht öffentliche Stellen enthalten (vgl. insbesondere BVerfG, U. vom 26.4.2022, BVerfGE 162, 1 ff., Rn. 231 ff.; 362 ff.; BVerfG, B. vom 28.9.2022, BVerfGE 163, 43 ff., Rn. 124 ff.; BVerfG, B. vom 17.7.2024, NVwZ-RR 2025, Beilage 1, S. 10 ff., Rn. 110 ff.; Rn. 193 ff.; BVerfG, B. vom 24. 6. 2025, 1 BvR 2466/19, „Trojaner I"; BVerfG, B. vom 24. 6. 2025, 1 BvR 180/23, „Trojaner II"). Diese machen eine umfassende Neuregelung der Datenübermittlungsvorschriften erforderlich. Die §§ 30 ff. des Entwurfs sollten diesem Änderungsbedarf Rechnung tragen, begegnen allerdings teilweise verschiedenen verfassungsrechtlichen und auch rechtssystematischen Bedenken (vgl. auch Marscholleck, Vorlage 2, S. 12 f.). Daher wird vorgeschlagen, das Fünfte Kapitel - Datenübermittlung – insgesamt neu zu fassen. Die Formulierungsvorschläge dienen der Umsetzung der genannten Entscheidungen. Die Vorschläge berücksichtigen aus Gründen einer möglichst weitgehenden Harmonisierung (vgl. dazu Marschollek, Vorlage 2, S. 3) auch die Neuregelungen des Gesetzes zum ersten Teil der Reform des Nachrichtendienstrechts vom 22.12.2023 (BGBl. 2023, Nr. 413), die allerdings die Entscheidungen des BVerfG ab 2024 noch nicht berücksichtigen konnten.*

*Da eine grundlegende Neufassung der Regelungen zur Datenübermittlung vorgeschlagen wird, ist die ansonsten übliche Gegenüberstellung der Vorschläge mit den Regelungen des Gesetzentwurfs nicht zielführend. Soweit die Vorschläge auf Regelungen des Entwurfs beruhen oder diese ändern, wird darauf stattdessen in den Anmerkungen hingewiesen. Dort wird zur größtmöglichen Verringerung eines verfassungsrechtlichen Risikos (auch) ausführlich dargelegt, welche verfassungsgerichtlichen Vorgaben durch die jeweils vorgeschlagenen Änderungen umgesetzt werden sollen.*

16. **Im** Fünfte**n** Kapitel **werden die bisherigen §§ 31 bis 32 a durch die folgenden §§ 30 bis 32 h ersetzt:**

**„§ 30**
**Übermittlung an inländische öffentliche Stellen**

**(1) Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten an inländische öffentliche Stellen übermitteln, wenn dies zur Erfüllung von Aufgaben der empfangenden Stelle erforderlich ist.**

*Anmerkung:*
*Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, die in den Übermittlungsvorschriften zu beachten sind, beziehen sich bei der Übermittlung an öffentliche Stellen (dieser Begriff umfasst auch Polizei- und sonstige Behörden; für die Übermittlung an nichtöffentliche Stellen vgl. den Vorschlag zu § 32 b) nach unserer Auffassung nur auf die mit nachrichtendienstlichen Mitteln und besondere Auskunftsverlangen erhobenen personenbezogenen Daten. Der Vorschlag unterscheidet deshalb in den Absätzen 1 und 2 deutlicher als der Entwurf zwischen Übermittlungen*

*dieser eingriffsintensiv erhobenen Daten (jetzt Absatz 2 in Verbindung mit den jeweiligen nachflogenden Vorschriften) und den jetzt in Absatz 1 des Vorschlags erfassten Übermittlungen der übrigen nach den sonstigen Vorschriften dieses Gesetzes erhobenen oder erlangten personenbezogenen Daten. Deren Übermittlung unterliegt über die Erforderlichkeit zur Aufgabenerfüllung der empfangenden Stelle hinaus keinen zusätzlichen Anforderungen (vgl. auch die entsprechende Erhebungsvorschrift in § 12).*

*Die Regelungen im Bund und in den anderen Ländern sowie im allgemeinen Datenschutzrecht (vgl. § 25 d Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BVerfSchG, Art. 25 Abs. 3 BayVSG, § 25 HmbgVerfSchG; § 5 Abs. 1 Satz 1 NDSG) sehen zusätzlich eine Befugnis zur Übermittlung zwecks Erfüllung eigener Aufgaben vor. Auch das geltende Gesetz enthielt in § 32 Abs. 1 Nr. 2 eine solche Befugnis für die Übermittlung an sonstige öffentliche Stellen. Das MI hält die ergänzende Aufnahme einer solchen allgemeinen Befugnis in Absatz 1 nicht für erforderlich, sondern hält insoweit an der Entwurfsfassung (vgl. § 30 Abs. 2 d. E.) fest.*

**(2) [1]Absatz 1 gilt nicht für die Übermittlung von personenbezogenen Daten, die die Verfassungsschutzbehörde durch den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel oder durch besondere Auskunftsverlangen, die der Mitteilungspflicht nach § 22 Abs. 1 Satz 3 unterliegen, erhoben hat. [2]Die Übermittlung dieser Daten an inländische öffentliche Stellen ist nur unter den Voraussetzungen der §§ 31 bis 32 a zulässig.**

*Anmerkung:*
*Da das Bundesverfassungsgericht für die eingriffsintensiv erhobenen Daten je nach Empfänger bzw. dessen Verarbeitungszwecken unterschiedliche besondere Anforderungen an die Eingriffsschwelle stellt, sollten für diese Daten - ebenso wie im Bund und den Ländern, die zuletzt ihre Verfassungsschutzgesetze novelliert haben - in den §§ 31 ff. nach Empfängern/Übermittlungszwecken differenzierende Übermittlungsregelungen formuliert werden.*

*Absatz 2 stellt dies in Abgrenzung zu Absatz 1 dementsprechend für die Übermittlung der Daten an öffentliche Stellen klar. Für die Übermittlung dieser Daten sollen wegen der Eingriffsintensität ihrer Erhebung - die deshalb nur unter den gegenüber § 12 erhöhten Eingriffsschwellen zulässig ist - auch die gegenüber Absatz 1 erhöhten Eingriffsschwellen der §§ 31 ff. gelten. Für die mit besonderen Auskunftsverlangen erhobenen Daten soll dies aber nur gelten, soweit sie der Mitteilungspflicht nach § 22 Abs. 1 Satz 3 unterliegen. Nicht unter Absatz 2, sondern unter Absatz 1 fallen danach die Bestandsdaten nach § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und die Kontostammdaten nach § 20 Abs. 4 (in der Fassung der Vorlage 13 S. 46), da auch für deren Erhebung wegen ihrer vergleichsweise geringen Eingriffsintensität keine erhöhten Eingriffsschwellen gelten und ihre Erhebung deshalb auch nicht der Mitteilungspflicht gemäß § 21 Abs. 1 Satz 3 unterliegt.*

*Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD*

**§ 31**
**Übermittlung zur Strafverfolgung**

*Anmerkung:*
*Die Regelung enthält eine gegenüber § 31 Abs. 1 d. E. neugefasste Vorschrift zur Übermittlung von Daten an die Strafverfolgungsbehörden (Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden, soweit sie Aufgaben der Strafverfolgung wahrnehmen). Diese Neufassung ist erforderlich, weil § 31 Abs. 1 d. E. den Anforderungen, die das BVerfG an die Übermittlung an Strafverfolgungsbehörden gestellt hat (vgl. dazu insbesondere BVerfG, NVwZ-RR 2025, Beilage 1, S. 10 ff., Rn. 110 ff.; Rn. 193 ff.), nicht durchgängig gerecht wird.*

**(1) Die Verfassungsschutzbehörde übermittelt die in § 30 Abs. 2 genannten personenbezogenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden des Landes, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht einer besonders schweren Straftat begründen und soweit die Daten zur Verfolgung dieser Straftat erforderlich sind.**

*Anmerkung:*
*Nach Auffassung des BVerfG ist eine Übermittlung der eingriffsintensiv erhobenen Daten zu Strafverfolgungszwecken nur zulässig unter der Voraussetzung, dass „bestimmte Tatsachen den Verdacht des Vorliegens einer besonders schweren Straftat begründen“ (BVerfG, NVwZ-RR 2025, Beilage 1, S. 10 ff., Rn. 200). Diesen Grundsatz greift nunmehr Absatz 1 des Vorschlages auf, insoweit in Übereinstimmung mit § 21 Abs. 1 BVerfSchG.*

*Die Übermittlungsbefugnis ist auf die Strafverfolgungsbehörden Niedersachsens beschränkt. Die Übermittlung an die Strafverfolgungsbehörden anderer Länder regelt § 26 a Abs. 1 Satz 1 BVerfSchG abschließend. Diese Regelung findet jedoch gemäß § 26 a Abs. 1 Satz 2 BVerfG auf die Datenübermittlung zwischen Behörden desselben Bundeslandes keine Anwendung. Die dadurch entstehende Regelungslücke wird durch Absatz 1 geschlossen.*

*Abweichend von § 31 Abs. 1 d. E. wird die Übermittlung aber nicht ins Ermessen der Verfassungsschutzbehörde gestellt, sondern ist (wie bisher, vgl. § 31 Abs. 1 Satz 1 des geltenden Rechts) verpflichtend. Dies beruht auf dem Umstand, dass auch § 26 a Abs. 1 Satz 1 BVerfSchG eine Verpflichtung enthält, den Strafverfolgungsbehörden der anderen Länder unter den Voraussetzungen des § 21 BVerfSchG die Daten zu übermitteln. Es wäre nicht nachvollziehbar, die Übermittlung an die Strafverfolgungsbehörden des eigenen Landes abweichend zu regeln.*

*Auf Wunsch des MI wird darauf hingewiesen, dass die Erforderlichkeit der übermittelten Daten für die Verfolgung der jeweiligen besonders schweren Straftat - wie auch die Erforderlichkeit der Übermittlung zu den sonstigen, in den anderen Vorschriften geregelten Übermittlungszwecken - aus der Sicht der Verfassungsschutzbehörde auf der Grundlage der dort vorhandenen Erkenntnisse zu beurteilen ist.*

**(2) Besonders schwere Straftaten gemäß Absatz 1 sind**

1. **Straftaten, die im Höchstmaß mit einer Freiheitsstrafe von mehr als fünf Jahren bedroht sind, und**
2. **Straftaten gemäß den §§ [87, 88, 89,] 95, 100 a, 106 und 109 e StGB.**

*Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD*

*Anmerkung:*
*Absatz 2 konkretisiert unter Berücksichtigung der dazu ergangenen Ausführungen des BVerfG den Begriff der besonders schweren Straftat aus Absatz 1 in Abweichung von § 31 Abs. 1 Satz 2 Nrn. 1 bis 4 d. E. Die dortigen Straftatenkataloge, die sich inhaltlich überschneiden und deshalb auch aus Bestimmtheitsgründen problematisch sind, werden den Anforderungen des BVerfG nicht gerecht. Für die Beurteilung, ob es sich um eine besonders schwere Straftat handelt, für deren Verfolgung die übermittelten Daten erforderlich sein müssen, stellt das Gericht maßgeblich auf den Strafrahmen der Tat ab (BVerfG, NVwZ-RR 2025, Beilage 1, S. 10 ff., Rn. 110, 202 ff.; zuletzt bestätigt vom BVerfG, B. vom 24. 6. 2025 – 1 BvR 180/ 25 „Trojaner II“, Rn. 203 ff.):*

- *Eine besonders schwere Straftat liegt danach jedenfalls dann vor, wenn sie mit einer Höchstfreiheitsstrafe von mehr als fünf Jahren bedroht ist (BVerfG, NVwZ-RR 2025, Beilage 1, S. 10 ff., Rn. 203; BVerfG, B. vom 24. 6. 2025 – 1 BvR 180/ 25 „Trojaner II“, Rn. 209).*
- *Eine Einordnung eines Delikts als besonders schwer ist dagegen ausgeschlossen, wenn es lediglich mit einer Freiheitsstrafe von höchstens drei Jahren oder mit Geldstrafe bedroht ist (BVerfG, NVwZ-RR 2025, Beilage 1, S. 10 ff., Rn. 208; BVerfG, B. vom 24. 6. 2025 – 1 BvR 180/ 25 „Trojaner II“, Rn. 211).*
- *Eine Straftat mit einer angedrohten Höchstfreiheitsstrafe von mindestens **fünf Jahren** kann als besonders schwer eingestuft werden, „wenn dies nicht nur unter Berücksichtigung des jeweils geschützten Rechtsguts und dessen Bedeutung für die Rechtsgemeinschaft, sondern auch unter Berücksichtigung der Tatbegehung und Tatfolgen vertretbar erscheint“ (BVerfG, NVwZ-RR 2025, Beilage 1, S. 10 ff., Rn. 205; BVerfG, B. vom 24. 6. 2025 – 1 BvR 180/ 25 „Trojaner II“, Rn. 210).*

*Zu Nummer 1:*
*In Nummer 1 sollen abweichend vom Entwurf sämtliche Straftaten als besonders schwer eingestuft werden, die im Höchstmaß mit einer Freiheitsstrafe von mehr als fünf Jahren bedroht sind. Diese Formulierung lehnt sich sprachlich eng an die Vorgabe des BVerfG (BVerfG, NVwZ-RR 2025, Beilage 1, S. 10 ff., Rn. 203) an. Die damit wohl verbundene teilweise Erweiterung des Katalogs der erfassten Straftaten (erfasst werden insgesamt mehr als 100 Straftatbestände) gegenüber den (unübersichtlichen) Vorgaben des § 31 Abs. 1 Satz 2 d. E. ist deshalb insoweit verfassungsrechtlich unproblematisch.*

*Zu Nummer 2:*
*Der nunmehr hier vorgeschlagene Katalog enthält ergänzend einzelne Straftaten, die mit einer Höchstfreiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren bedroht sind. Straftaten mit diesem Strafmaß können nach Auffassung des BVerfG nur dann als besonders schwer eingestuft werden, „wenn dies nicht nur unter Berücksichtigung des jeweils geschützten Rechtsgutes, sondern auch unter Berücksichtigung der Tatbegehung und Tatfolgen vertretbar erscheint“ (BVerfG, NVwZ-RR 2025, Beilage 1, S. 10 ff., Rn. 205; jüngst bestätigt durch BVerfG, B. vom 24.6.2025 – 1 BvR 180/23 – „Trojaner II, Rn. 211).*

*Das BVerfG führt in diesem Zusammenhang näher aus, dass die besondere Schwere in tatbestandlich umschriebenen oder in einem Qualifikationstatbestand enthaltenen Begehungs-*

*merkmalen und Tatfolgen einen „objektivierten Ausdruck" findet (BVerfG, NVwZ-RR 2025, Beilage 1, S. 10 ff., Rn. 206). Entgegen der zuvor von einer Bund-Länder-Gruppe und der Fachliteratur erwogenen Auffassung (vgl. dazu nur Unterreitmeier, GSZ 2023, S. 34, 39 m. w. N.; Gärditz, GSZ 2022, 161, 168 f.) hat das BVerfG einer bloßen Anknüpfung an „Staatsschutzdelikte oder sonstige im Einzelfall gegen Verfassungsschutzgüter gerichtete Delikte" eine ausdrückliche Absage erteilt (BVerfG, NVwZ-RR 2025, Beilage 1, S. 10 ff., Rn., 210). Namentlich erwähnt werden vom BVerfG insbesondere die in §§ 74 a, 120 GVG genannten Staatsschutzdelikte (BVerfG, NVwZ-RR 2025, Beilage 1, S. 10 ff., Rn. 208). Eine „Privilegierung aus einem übergreifenden präventiven Interesse an der Strafverfolgung im Aufgabenbereich der Verfassungsschutzbehörden" sei nicht zulässig, weil damit die grundlegenden Unterschiede bei den Datenerhebungsbefugnissen zwischen Nachrichtendiensten einerseits und Strafverfolgungsbehörden andererseits unterlaufen würden (BVerfG, NVwZ-RR 2025, Beilage 1, S. 10 ff., Rn. 210). Daher genüge auch die Bezugnahme auf Verfassungsschutzgüter allein nicht. Hinzukommen müssten vielmehr in der Strafnorm objektivierte besondere Begehungsformen oder Tatfolgen (BVerfG, NVwZ-RR 2025, Beilage 1, S. 10 ff., Rn. 208, 214, 215). Diese Umstände müssten, tatbestandlich umschrieben, das besondere Gewicht der Straftat begründen (BVerfG, NVwZ-RR 2025, Beilage 1, S. 10 ff., Rn. 209, 214). Trotz der zu dieser Rechtsprechung in der Fachliteratur vorgetragenen Kritik (vgl. dazu insbesondere die Urteilsanmerkungen von Löffelmann/Wallrath, JR 2024, 671, 673 ff.; Unterreitmeier, GSZ 2024, 273, 278 ff.) hat das BVerfG die genannten Grundsätze in der Entscheidung zur (teilweise fehlenden) Verfassungsmäßigkeit verschiedener Vorschriften der StPO („Trojaner II) im Ergebnis bestätigt (vgl. BVerfG, B. vom 24.6.2025 – 1 BvR 180/23 – „Trojaner II, Rn. 210).*

*Die in der Nummer 2 genannten Straftatbestände der §§ 95, 100a, 106 und 109 e StGB unterscheiden sich von anderen mit der gleichen Höchststrafe von fünf Jahren bedrohten Straftatbeständen dadurch, dass sie eine Freiheitstrafe als Mindeststrafe vorsehen. Der Gesetzgeber sieht diese Straftaten daher als so gravierend an, dass er die Bestrafung mit Geldstrafe nicht für ausreichend hält. Darin liegt nach Auffassung des MI in Kombination mit dem durch die genannten Straftatbestände beabsichtigten Schutz von Rechtsgütern des Verfassungsschutzes der vom BVerfG geforderte objektivierte Ausdruck der besonderen Schwere der Straftat (vgl. auch Marscholleck, Vorlage 2, S. 7). Auch wenn sich mangels genannter Beispiele nicht eindeutig ermitteln lässt, was das BVerfG unter den „in der Strafnorm objektivierten besonderen Begehungsformen oder Tatfolgen" versteht, dürfte das verfassungsrechtliche Risiko der Aufnahme der genannten Tatbestände angesichts der genannten Argumentation eher gering sein.*

*Das MI spricht sich ergänzend dafür aus, auch die Straftatbestände der §§ 87, 88 und 89 StGB in den Katalog der Nummer 2 aufzunehmen. Zur Begründung trägt das MI folgendes vor:*

*„So spricht für eine Aufnahme von § 87 StGB (Agententätigkeit zu Sabotagezwecken) in diesen Katalog bereits der Bezug zu einer fremden Macht, gar dem Geheimdienst einer fremden Macht, bzw. einer ausländischen nichtstaatlichen terroristischen Gruppierung. Die in § 87 StGB genannten Tathandlungen finden zudem in einem klandestinen Bereich statt. Hierbei handelt sich daher nach Auffassung des MI um eine in der Strafnorm objektivierte besondere Begehungsform i. S. d. Rechtsprechung des BVerfG (vgl. insoweit auch Marschollek, Vorlage 2, S. 7).*

*Hinzu kommt, dass die §§ 87 und 88 StGB an Sabotagehandlungen bzw. deren Vorbereitung anknüpfen. Sabotage, also die bewusste Beeinträchtigung von zivilen oder militärischen Einrichtungen durch vorsätzliche Beschädigung oder Zerstörung, zeichnet sich in der Regel durch unerwartete und zumeist auch unkalkulierbare Tatfolgen aus. Sie betrifft insbesondere Infrastruktureinrichtungen und Einrichtungen, die der öffentlichen Daseinsvorsorge dienen. Neben der Gefährdung der öffentlichen Daseinsvorsorge – gerade auch im Bereich kritischer Infrastrukturen – führt Sabotage als (mindestens mittelbare) Tatfolge zu einer Verunsicherung der Bevölkerung und zu einem Vertrauensverlust in die ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung des Staates. MI ist daher der Auffassung, dass sich in diesen Straftatbeständen – anders als bei beispielsweise anderen Staatsschutzdelikten wie etwa den Verunglimpfungsdelikten – der Umstand der besonderen Betroffenheit von Verfassungsschutzgütern in den Tatbeständen dieser beiden Strafnormen niederschlägt und damit zugleich das besonders schwere Unrecht der jeweiligen Tat begründet. Hinzu kommen hier die dargestellten besonderen Tatfolgen i. S. d. verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung.*

*Vergleichbares gilt nach Auffassung des MI auch für den Straftatbestand des § 89 StGB (Verfassungsfeindliche Einwirkung auf Bundeswehr und öffentliche Sicherheitsorgane). Durch § 89 StGB werden Angehörige der Bundeswehr oder eines öffentlichen Sicherheitsorgans vor bestimmten Beeinflussungen geschützt. Zu den Sicherheitsorganen gehören die Bundespolizei, die Polizeien der Länder, Verfassungsschutzbehörden und Nachrichtendienste sowie in Deutschland stationierte NATO-Truppen* (*BeckOK StGB/Ellbogen StGB § 89 Rn. 1-3). Hierbei handelt es sich um Garanten für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Im planmäßigen Einwirken auf die Angehörigen dieser Institutionen, um die Verteidigungsbereitschaft und Gewährleistung der inneren Sicherheit zu schwächen und damit letztendlich das Vertrauen in den Bestand der Bundesrepublik zu erschüttern, sieht MI eine in der Strafnorm objektivierte besondere Begehungsform bzw. Tatfolge im Sinne der Rechtsprechung des BVerfG.*

*Nach Auffassung des MI ist hier insgesamt zu berücksichtigen, dass gerade bei den vorliegenden Sabotage- und Zersetzungstatbeständen die Strafverfolgung letztendlich auch dazu beiträgt, Netzwerke und Strukturen aufzudecken und auf diese Weise Sabotagehandlungen und weitere Straftaten zu verhindern.*

*MI sieht daher auch bei Aufnahme der Vorschriften der §§ 87, 88 und 89 StGB in den Katalog der besonders schweren Straftaten zur Übermittlung an die Strafverfolgungsbehörden insgesamt ein geringes und vertretbares verfassungsrechtliches Risiko."*

*Ob diese Argumentation die Bewertung als besonders schwere Straftat im Sinne der Rechtsprechung des BVerfG rechtfertigt, bleibt aus Sicht des GBD zweifelhaft. Soweit nämlich Begehungsmerkmale bzw. Tatfolgen im jeweiligen Straftatbestand angesprochen werden, wirken sich diese regelmäßig bereits auf den - laut BVerfG grundsätzlich maßgeblichen - Strafrahmen aus. Diese Unklarheit wird dadurch verschärft, dass das BVerfG den tatbestandlichen Bezug zu den Schutzgütern des Verfassungsschutzes bzw. den Staatsschutzbezug des Straftatbestandes für sich genommen nicht als ausreichend erachtet hat (BVerfG, a. a. O. Rn. 208 und 210). Insofern verbleibt das nicht einzuschätzende Risiko, dass die Argumentation des MI, die wesentlich auf die von den §§ 87 bis 89 StGB geschützten Rechtsgüter (Bestand und Sicherheit sowie die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik) abstellt, nach Auffassung des*

*BVerfG nicht tragen würde. Dies gilt insbesondere für die §§ 87 und 89 StGB. § 87 StGB stellt schon Vorbereitungshandlungen zu bestimmten Sabotageakten unter Strafe, wobei die eigentlichen Sabotagehandlungen gemäß § 87 Abs. 2 Nr. 1 StGB teilweise nicht einmal besonders schwere Straftaten nach der Nummer 1 sind (§§ 109 e, 305, 315 b, 316 b, 317, 318 StGB). Für den Straftatbestand des § 89 StGB reicht ein bloßes Einwirken auf Angehörige der Bundeswehr aus, ohne dass es auf den Erfolg dieser Einwirkung oder eine dadurch verursachte Gefahr ankommt.*

**§ 32**
**Übermittlung zur Gefahrenabwehr**

*Anmerkung:*
*Diese Vorschrift regelt die Datenübermittlung an Polizeibehörden und sonstige Stellen zur Gefahrenabwehr und dient der Umsetzung der insoweit vom BVerfG aufgestellten Anforderungen (vgl. dazu insbesondere BVerfG, BVerfGE 162, 1 ff., Rn. 231 ff.; 362 ff.; BVerfG, BVerfGE 163, 43 ff., Rn. 124 ff.; BVerfG, NVwZ-RR 2025, Beilage 1, S. 10 ff., Rn. 107 ff.; Rn. 193 ff.). Der Vorschlag tritt damit an die Stelle von § 31 Abs. 2 d. E., der diesen Anforderungen nicht durchgängig genügt.*

*Der Vorschlag lehnt sich an § 19 Abs. 1 bis 3 BVerfSchG an (vgl. zu dessen Begründung BT-Drs. 20/9345, S. 21 ff.).*

**(1) [1]Die Verfassungsschutzbehörde darf die in § 30 Abs. 2 genannten personenbezogenen Daten an inländische öffentliche Stellen übermitteln, soweit dies im Einzelfall zur Abwehr einer zumindest konkretisierten Gefahr für ein besonders gewichtiges Rechtsgut erforderlich ist. [2]Abweichend von Satz 1 ist die Verfassungsschutzbehörde im Fall einer unmittelbar bevorstehenden Gefahr oder einer im Einzelfall bestehenden Gefahr, die von einer Bestrebung oder Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 ausgeht, zur Übermittlung an die Polizeibehörden des Landes verpflichtet.**

*Anmerkung:*
*Zu Satz 1:*
*Satz 1 setzt die Rechtsprechung des BVerfG zu den Voraussetzungen der Datenübermittlung zur Gefahrenabwehr um. Da für die Gefahrenabwehrmaßnahmen grundsätzlich operative Zwangsbefugnisse erforderlich sind, sind nach Auffassung des BVerfG zur Umsetzung des Grundsatzes der hypothetischen Datenneuerhebung, der auch für die Übermittlung der von Nachrichtendiensten erhobenen Daten gilt, strenge Anforderungen sowohl an die Übermittlung an Polizeibehörden als auch an sonstige öffentliche Stellen mit „operativen Befugnissen“ zu stellen (vgl. grundlegend BVerfG, BVerfGE 156, 11 ff., Rn. 97 ff., insbesondere Rn. 102 ff.; BVerfG, NVwZ-RR 2025, Beilage 1, S. 10 ff., Rn. 221 f.). Daher ist - wie für die Ersterhebung der Daten durch die Gefahrenabwehrbehörden selbst - eine Übermittlung nur zulässig, wenn für ein besonders gewichtiges Rechtsgut eine wenigstens konkretisierte Gefahr besteht und die Übermittlung zu deren Abwehr erforderlich ist (vgl. ausführlich BVerfG, BVerfGE 163, S. 43 ff., Rn. 124 ff. m. w. N.). Dies setzt die Zuständigkeit der empfangenden Behörde zu entsprechenden Gefahrenabwehrmaßnahmen voraus.*

*Zu Satz 2:*
*Satz 2 beruht auf der Parallelvorschrift des § 26 a Abs.1 Satz 1 i. V. m. § 19 Abs. 1 Satz 2 BVerfSchG. Danach ist die Verfassungsschutzbehörde bundesrechtlich unter den im Vorschlag enthaltenen Voraussetzungen zur Datenübermittlung an die Staatsanwaltschaften und Polizeien der anderen Länder verpflichtet. Diese Regelung findet jedoch gemäß § 26 a Abs. 1 Satz 2 BVerfSchG auf die Übermittlung von Informationen zwischen Behörden desselben Bundeslandes keine Anwendung (vgl. auch die Anm. zu § 31 Abs. 1). Insoweit bedarf es also zur Begründung der Übermittlungspflicht - die Übermittlung nach Satz 1 steht im Ermessen der Verfassungsschutzbehörde - einer ergänzenden landesrechtlichen Bestimmung. Der Vorschlag stellt die niedersächsischen Polizeibehörden den Polizeibehörden anderer Länder gleich. Die gegenüber § 19 Abs. 1 Satz 2 BVerfSchG leicht abweichende Formulierung soll verdeutlichen, dass es auch für die Pflichtübermittlung entsprechend der Rechtsprechung des BVerfG einer Gefahr für ein besonders gewichtiges Rechtsgut bedarf.*

*Satz 2 tritt damit im Ergebnis auch an die Stelle des § 31 Abs. 5 d. E. Angesichts der Verpflichtung der Verfassungsschutzbehörde, unter den genannten Voraussetzungen die Daten von sich aus den zur Gefahrenabwehr befugten Stellen zu übermitteln, soll die im Entwurf vorgesehene gesonderte Regelung zur Übermittlung auf Ersuchen der Polizeibehörden, die ohnehin nicht zu den Vorschlägen dieser Vorlage passt, entfallen.*

**(2) Eine konkretisierte Gefahr nach Absatz 1 Satz 1 liegt vor, wenn sich der zum Schaden führende Kausalverlauf zwar noch nicht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit vorhersehen lässt, aber bereits bestimmte Tatsachen im Einzelfall auf die Entstehung einer konkreten Gefahr für ein besonders gewichtiges Rechtsgut hinweisen.**

*Anmerkung:*
*Die Regelung definiert - ebenso wie § 19 Abs. 2 BVerfSchG - den Begriff der „konkretisierten Gefahr“ in Übernahme der Rechtsprechung des BVerfG (vgl. nur BVerfG, BVerfGE 163, 43 ff., Rn. 134). Dies ist sinnvoll, weil dieser Begriff zwar in jüngerer Zeit vom Bundesverfassungsgericht in ständiger Rechtsprechung verwendet wird, dem bisherigen niedersächsischen Recht aber unbekannt und insbesondere in den Gefahrendefinitionen des § 2 NPOG nicht enthalten ist.*

**(3) Besonders gewichtige Rechtsgüter nach Absatz 1 Satz 1 sind**

1. **die freiheitliche demokratische Grundordnung, einschließlich des Gedankens der Völkerverständigung und des friedlichen Zusammenlebens der Völker,**
2. **der Bestand und die Sicherheit des Bundes, der Länder sowie überstaatlicher und internationaler Organisationen, denen die Bundesrepublik Deutschland angehört,**
3. **sonstige Güter der Allgemeinheit, deren Bedrohung die Grundlagen der Existenz des Menschen berührt, Sachen von bedeutendem Wert und bedeutende Vermögenswerte, deren Erhaltung im besonderen öffentlichen Interesse geboten ist,**
4. **das Leben sowie bei einer erheblichen Gefährdung im Einzelfall die körperliche Integrität und Freiheit einer Person.**

*Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD*

*Anmerkung:*
*Absatz 3 definiert in Umsetzung der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung (vgl. nur BVerfGE 165, 363 ff., Rn. 105 m. w. N.) den Begriff des besonders wichtigen Rechtsguts. Diese Definition entspricht inhaltlich im Wesentlichen § 30 Abs. 1 Satz d. E., gleicht aber auf Vorschlag des MI den Wortlaut der Nummern 1 bis 4 im Interesse der Rechtsvereinheitlichung an § 19 Abs. 3 BVerfSchG an (vgl. dazu auch BT-Drs. 20/9345, S. 23).*

*In der Übernahme von § 19 Abs. 3 Nr. 4 BVerfSchG könnte eine inhaltliche Abweichung vom Gesetzentwurf liegen, da in § 30 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 ausdrücklich auch die Menschenwürde und die sexuelle Selbstbestimmung als besonders gewichtige Rechtsgüter ausdrücklich genannt werden. Das MI zieht hier aber aus Gründen des Gleichlaufs mit § 19 Abs. 3 BVerfG die vorgeschlagene Formulierung vor. Hiergegen bestehen keine rechtlichen Einwände.*

**§ 32 a**
**Übermittlung zum vorbeugenden Rechtsgüterschutz**

**Die Verfassungsschutzbehörde darf die in § 30 Abs. 2 genannten personenbezogenen Daten übermitteln**

1. **an Verbotsbehörden im Sinne des § 3 Abs. 2 des Vereinsgesetzes zur Durchführung von Verbotsverfahren nach § 3 Abs. 1 Satz 1 des Vereinsgesetzes,**
2. **an den Bundestag, die Bundesregierung oder eine Landesregierung zur Vorbereitung eines Antrags auf Entscheidung gemäß Artikel 18 Satz 2 des Grundgesetzes,**
3. **an den Bundestag, den Bundesrat, die Bundesregierung oder eine Landesregierung zur Vorbereitung eines Antrags nach Artikel 21 Abs. 2 und 3 des Grundgesetzes und**
4. **an inländische öffentliche Stellen, insbesondere zur Durchführung von Verwaltungsverfahren,**
   a) **auf deren Ersuchen, wenn dieses Ersuchen auf einer gesetzlichen Regelung beruht, oder**
   b) **wenn die Verfassungsschutzbehörde zur Übermittlung gesetzlich verpflichtet oder berechtigt ist,**

**soweit dies im Einzelfall aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte zum Schutz der in § 32 Abs. 3 genannten Rechtsgüter erforderlich ist.**

*Anmerkung:*
*Die empfohlene Neuregelung beruht auf der Rechtsprechung des BVerfG zur Datenübermittlung an eine inländische öffentliche Stelle „auf deren Ersuchen oder zur Erfüllung einer dieser gegenüber bestehenden Nachberichts- oder Unterrichtungspflicht im Rahmen personen- oder gruppenbezogener Risikoprävention“ (vgl. dazu BVerfG, NVwZ-RR 2025, Beilage 1, S. 10 ff., Rn. 113).*

*Das BVerfG hat entschieden, dass der Grundsatz der hypothetischen Datenneuerhebung (mit den Folgen der strengen Voraussetzungen für die Übermittlung an Behörden zu Gefahrenabwehrzwecken, vgl. dazu den Vorschlag zu § 32) insoweit nicht schematisch gilt. Vielmehr sei in „gesetzlich geregelten, herausgehobenen Zusammenhängen mit besonders hohem Gefahrenpotential für hochrangige Rechtsgüter und einer engen Verbindung zu den Schutzgütern des Verfassungsschutzes" die Übermittlung schon bei einer gegenüber § 32 abgesenkten Eingriffsschwelle dann grundsätzlich zulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dies im Einzelfall zum Schutz besonders gewichtiger Rechtsgüter erforderlich ist (BVerfG, NVwZ-RR 2025, Beilage 1, S. 10 ff., Rn. 113).*

*Der Vorschlag tritt an die Stelle von § 32 Abs. 2 d. E. Insbesondere der dortige Satz 2 wird den oben genannten Anforderungen des BVerfG an die Zulässigkeit einer abgesenkten Eingriffsschwelle in mehrfacher Hinsicht nicht gerecht.*

*<u>Zu den Nummern 1 bis 3:</u>*
*Die Regelungen beruhen hinsichtlich der empfangenden Behörden auf § 32 Abs. 2 Satz 1 d. E., ergänzt werden diese aber um die vom BVerfG geforderte Eingriffsschwelle. Die Übermittlungen zum Schutz der Rechtsgüter aus Art. 9 Abs. 2, Art. 18 und Art. 21 GG werden vom BVerfG ausdrücklich angesprochen (BVerfG, NVwZ-RR 2025, Beilage 1, S. 10 ff., Rn. 113) und zeichnen sich durch eine enge Verbindung zum Verfassungsschutz aus (vgl. auch § 20 Abs. 1 Nrn. 2 bis 4 BVerfSchG). Insoweit besteht daher kein verfassungsrechtliches Risiko.*

*<u>Zu Nummer 4:</u>*
*Die Regelung greift die Vorgabe des BVerfG auf, dass es sich um eine Übermittlung auf gesetzlicher Grundlage handeln muss („gesetzlich geregelt") und auf Ersuchen (Buchst. a) oder zur Erfüllung einer bestehenden Nachberichts- oder Unterrichtungspflicht (Buchst. b) erfolgt. Das BVerfG führt insoweit beispielhaft Prüfzwecke im Waffen- oder Luftsicherheitsrecht sowie personenbezogene Eignungs- oder Sicherheitsüberprüfungen im öffentlichen Dienst an (BVerfG, NVwZ-RR 2025, Beilage 1, S. 10 ff., Rn. 113). Hinsichtlich des Übermittlungszwecks soll, auch im Hinblick auf die vom BVerfG erwähnten Prüfzwecke, auf die Durchführung von Verwaltungsverfahren abgestellt werden. Damit werden alle Verfahren erfasst, die auf die Prüfung der Voraussetzungen, die Vorbereitung und den Erlass von Verwaltungsakten gerichtet sind (vgl. § 9 VwVfG).*

*Abweichend von § 32 Abs. 2 Satz 2 d. E. und auch von § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 BVerfSchG soll dagegen auf Wunsch des MI auf eine konkrete Aufzählung einzelner Regelungsbereiche verzichtet werden, um alle zurzeit schon gesetzlich vorgesehenen Übermittlungen zu erfassen und bei aktuellen Änderungen der Rechtslage nicht jeweils das Gesetz ändern zu müssen. Die insoweit vorgeschlagene offenere Formulierung dürfte dennoch verfassungsrechtlich zulässig sein. Zum einen bedarf es entsprechend der Vorgabe des BVerfG für die Übermittlung jeweils einer gesetzlichen Grundlage für das Ersuchen oder die Übermittlungspflicht im jeweiligen Fachgesetz. Der Fachgesetzgeber muss sich also bei der Schaffung oder Beibehaltung dieser Grundlage vergewissern, ob die Datenübermittlung durch den Verfassungsschutz unter Berücksichtigung der Anforderungen des BVerfG für die Aufgabenerledigung der empfangenden Stelle gerechtfertigt ist. Zum anderen muss die Verfassungsschutzbehörde bei der jeweiligen Übermittlung („im Einzelfall") im Rahmen der Ermessensausübung prüfen, ob und welche Daten „zum Schutz der in § 32 Abs. 3 genannten Rechtsgüter" erforderlich sind und daher übermittelt werden dürfen.*

*Die in § 32 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 d in Übernahme von § 32 Abs. 1 Satz 2 des geltenden Gesetzes vorgesehene Ermöglichung einer Datenübermittlung an die Finanzämter soll entfallen. Die Schaffung der „ersten Tür“ für die Datenübermittlung an die Finanzbehörden im Sinn des sog. „Doppeltürenmodells“ des BVerfG (dazu grundlegend BVerfGE 130, 151 ff., Rn. 123) fällt nicht in die Gesetzgebungskompetenz des Landesgesetzgebers. Der Bund hat die Problematik der möglichen Steuerbegünstigung extremistischer Organisationen gesehen und deshalb in § 51 Abs. 3 Satz 2 AO eine widerlegliche Vermutung für die fehlende Gemeinnützigkeit für den Fall geregelt, dass die steuerpflichtige Körperschaft im Verfassungsschutzbericht des Bundes oder eines Landes erwähnt wird; ein individuelles Ersuchen der Finanzbehörden ist daneben nicht vorgesehen. Ggf. müsste daher der Bund, wenn er dies für erforderlich hält, zunächst die AO um eine Abfragemöglichkeit der Finanzbehörden ergänzen. Dann wäre die Übermittlung nach Nr. 4 a des Vorschlags zulässig, ohne dass es einer gesonderten Regelung bedarf.*

**§ 32 b**
**Übermittlung an inländische nichtöffentliche Stellen**

**[1]Die Übermittlung personenbezogener Daten an inländische nichtöffentliche Stellen ist unzulässig, es sei denn, dass dies im Einzelfall zur Abwehr einer zumindest konkretisierten Gefahr für eines der in § 32 Abs. 3 genannten Rechtgüter erforderlich ist. [2]Die Übermittlung bedarf der Zustimmung der Leiterin oder des Leiters der Verfassungsschutzbehörde, im Vertretungsfall der Vertreterin oder des Vertreters. [3]Für Handlungen zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr ist die Zustimmung nach Satz 2 entbehrlich. [4]Die empfangende Stelle hat die Verfassungsschutzbehörde über Handlungen nach Satz 3 und deren Anlass unverzüglich nachträglich zu unterrichten. [5]Die Verfassungsschutzbehörde hat der betroffenen Person eine Übermittlung nach Satz 1 mitzuteilen, sobald eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung nach § 3 Abs. 1 durch die Mitteilung nicht mehr zu besorgen ist.**

*Anmerkung:*
*Satz 1 ersetzt § 32 Abs. 5 Satz 1 d. E. Im Urteil „BND-Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung“ (BVerfG, BVerfGE 154, 152, Rn. 313 i. V. m. 222) hat das BVerfG gefordert, dass für die Übermittlung an nichtöffentliche Stellen eine zumindest hinreichend konkretisierte Gefahr für besonders gewichtige Rechtsgüter erforderlich ist. Dem trägt Satz 1 Rechnung (ähnlich auch § 22 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BVerfSchG).*

*Die Notwendigkeit der Zustimmung der Abteilungsleitung in Satz 2 ist aus § 32 Abs. 5 Satz 1 d. E. übernommen worden.*

*Die neuen Sätze 3 und 4 beruhen auf einem Vorschlag des MI. Sie lehnen sich an § 22 a Sätze 3 und 4 BVerfSchG an. Die in Satz 3 liegende Abweichung vom Gesetzentwurf, der einen solchen Verzicht auf die Zustimmung nicht vorsieht, dürfte für die erfassten Fälle der gegenwärtigen Gefahr, die in § 2 Nr. 2 NPOG legal definiert wird, wegen der Eilbedürftigkeit der gefahrenabwehrenden Maßnahmen verfassungsrechtlich unproblematisch sein.*

*Satz 5 entspricht inhaltlich § 32 Abs. 5 Satz 7 d. E.*

**§ 32 c**
**Übermittlung für Angebote zum Ausstieg**

**[1]Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten an Polizeibehörden des Landes, sonstige inländische öffentliche Stellen und in der Präventionsarbeit bewährte nichtöffentliche Stellen übermitteln, soweit die empfangende Stelle die Daten für Angebote zum Ausstieg aus Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 benötigt. [2]Satz 1 gilt nicht für personenbezogene Daten, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln oder besonderen Auskunftsverlangen erhoben wurden, welche der Mitteilungspflicht nach § 22 Abs. 1 Sätze 1 bis 3 unterliegen.**

*Anmerkung:*
*Die Regelung übernimmt inhaltlich weitgehend § 32 a des geltenden Rechts. Der bisherige Verweis auf die jeweiligen Verfahrensregelungen ist wegen § 32 g entbehrlich.*

*Dass eine Übermittlung an nichtöffentliche Stellen auch ohne Vorliegen einer konkretisierten Gefahr für eines der in § 32 Abs. 3 genannten Rechtsgüter im Hinblick auf die Rechtsprechung des BVerfG (vgl. dazu die Anm. zu § 32 b) verfassungsrechtlich zulässig ist, ist zwar nicht vollständig sicher. Angesichts des begrenzten Übermittlungszwecks, der keine für die betroffene Person unmittelbar belastende Wirkung hat („Angebot"), und der Bindung der empfangenden Stelle an den Übermittlungszweck (vgl. § 32 h Abs. 1) dürfte das verfassungsrechtliche Risiko jedoch sehr gering sein.*

**§ 32 d**
**Übermittlung an ausländische sowie über- und zwischenstaatliche Stellen**

*Anmerkung:*
*Der Vorschlag tritt an die Stelle von § 32 Abs. 4 des Entwurfs. Er berücksichtigt dabei die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts aus der Entscheidung zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz zur Datenübermittlung an ausländische Behörden (BVerfGE 162, 1 ff, Rn. 260 ff.)*

**(1) [1]Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz an ausländische öffentliche Stellen sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen übermitteln, soweit die Übermittlung in einem Gesetz, einem Rechtsakt der Europäischen Gemeinschaften oder einer internationalen Vereinbarung geregelt und die Übermittlung zur Aufgabenerfüllung der empfangenden Stelle erforderlich ist. [2]Die Übermittlung der in § 30 Abs. 2 genannten personenbezogenen Daten ist nur zulässig**

1. **zur Strafverfolgung in entsprechender Anwendung von § 31,**
2. **zur Gefahrenabwehr in entsprechender Anwendung von § 32 und**
3. **zum vorbeugenden Rechtsgüterschutz in entsprechender Anwendung von § 32 a.**

*Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD*

*Anmerkung:*
*Satz 1 entspricht weitgehend dem geltenden Gesetz und § 32 Abs. 4 Satz 1 d. E.*

*Satz 2 präzisiert die unklare Vorgabe aus § 32 Abs. 4 Satz 1 d. E., dass „in Abhängigkeit von der empfangenden Stelle die jeweils zu beachtenden Voraussetzungen der §§ 30 und 31 in entsprechender Anwendung vorliegen“ müssen. Nach der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung sind bei der Übermittlung der mit nachrichtendienstlichen Mitteln und besonderen Auskunftsverlangen erhobenen Daten an ausländische Behörden die gleichen Anforderungen zu beachten wie bei der Übermittlung im Inland (vgl. ausführlich BVerfG, a. a. O., Rn. 261 f.). Dementsprechend verweisen die Nrn. 1 bis 3 konkret auf die Vorgaben für die Übermittlungen für die jeweiligen in den §§ 31 bis 32 a geregelten Zwecke. Diese Vorgaben können aber nur „entsprechend“ Anwendung finden, da bei der Übermittlung „die Eigenständigkeit der jeweils anderen Rechtsordnung zu berücksichtigen“ ist (BVerfG, a. a. O., Rn. 263).*

**(2) [1]Die Übermittlung ist unzulässig, wenn**

1. **auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland entgegenstehen oder**
2. **ein datenschutzrechtlich angemessener und die elementaren Menschenrechte wahrender Umgang mit den Daten bei der empfangenden Stelle nicht hinreichend gesichert ist.**

**[2]Bei der Prüfung, ob eine Übermittlung gemäß Satz 1 Nr. 2 unzulässig ist, hat die Verfassungsschutzbehörde insbesondere den bisherigen Umgang der empfangenden Stelle mit übermittelten Daten zu berücksichtigen.**

*Anmerkung:*
*Satz 1 schränkt die Datenübermittlung ins Ausland unter den in den Nrn. 1 und 2 genannten Voraussetzungen in inhaltlicher Übernahme der Vorgaben aus § 32 Abs. 4 Satz 2 d. E. ein. Diese Einschränkungen treten neben die allgemeinen Übermittlungsverbote aus § 32 f.*

*Nummer 1 wird aus § 32 Abs. 2 Satz 2, Alt. 1 des geltenden Rechts bzw. § 32 Abs. 4 Satz 2 d. E. übernommen (enger § 25 a Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BVerfSchG: „wesentliche“ auswärtige Belange).*

*Nummer 2 übernimmt § 32 Abs. 4 Satz 2, Alt. 2 des Entwurfs (vgl. auch § 22 a Abs. 2 Satz 2 BVerfSchG. Damit werden die vom BVerfG erhobenen Forderungen zum Schutz der betroffenen Person umgesetzt. Das BVerfG verlangt, dass trotz der anzuerkennenden Eigenständigkeit der Rechtsordnung des Empfängerstaates „nicht die Garantien des menschenrechtlichen Schutzes personenbezogener Daten unterlaufen werden“. Geboten ist daher „die Gewährleistung eines angemessenen materiellen datenschutzrechtlichen Niveaus für den Umgang mit den übermittelten Daten im Empfängerstaat“ (BVerfG, a. a. O., Rn. 266) sowie die „Einhaltung elementarer Menschenrechtsgewährleistungen (BVerfG, a. a. O., Rn. 268).*

*Satz 2 übernimmt inhaltlich § 32 Abs. 4 Satz 3 d. E. (vgl. auch § 25 a Abs. 2 Satz 3 BVerfSchG). Durch die Prüfpflicht wird die Forderung des BVerfG umgesetzt, dass sich die Verfassungsschutzbehörde über den datenschutzrechtlich angemessenen Umgang mit den übermittelten Daten im Empfängerstaat vergewissern muss (BVerfG, a. a. O., Rn. 269).*

**(3) Übermittlungen nach Absatz 1 sind der oder dem Landesbeauftragten für den Datenschutz mitzuteilen.**

*Anmerkung:*
*Die Regelung beruht auf § 32 Abs. 4 Satz 5, Halbsatz 2 d. E.*

**§ 32 e**
**Übermittlung im Interesse der betroffenen Person**

**Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten übermitteln, wenn offensichtlich ist, dass die Übermittlung im Interesse der betroffenen Person liegt, deren Einwilligung nicht oder nicht rechtzeitig eingeholt werden kann und kein Grund zu der Annahme besteht, dass sie in Kenntnis der Übermittlung die Einwilligung verweigern würde.**

*Anmerkung:*
*Der Vorschlag verallgemeinert auf Wunsch des MI in Anlehnung an § 25 b Satz 1 BVerfSchG den bereits in § 31 Abs. 1 Satz 4 d. E. (Übermittlung zur Ausräumung eines Tatverdachts) enthaltenen Rechtsgedanken, dass eine Übermittlung zum Vorteil der betroffenen Person unabhängig davon, mit welchen Mitteln diese Daten erhoben worden sind, deren Recht auf informationelle Selbstbestimmung nicht beeinträchtigt. Laut MI wird damit einem Bedürfnis der Praxis Rechnung getragen.*

**§ 32 f**
**Allgemeine Übermittlungsverbote**

*Anmerkung:*
*Der Vorschlag bündelt aus Gründen der besseren Verständlichkeit die im Entwurf an unterschiedlicher Stelle enthaltenen Übermittlungsverbote (mit Ausnahme der nur für die Übermittlung ins Ausland zusätzlich geltenden Verbote des § 32 d Abs. 2). Der Standort und die Überschrift verdeutlichen, dass diese Verbote für sämtliche zuvor geregelten Übermittlungen der §§ 30 bis 32 e gelten.*

**(1) Die Verfassungsschutzbehörde darf nur solche personenbezogenen Daten übermitteln, die ihr bereits bekannt sind oder von ihr aus allgemein zugänglichen Quellen entnommen werden können.**

*Anmerkung:*
*Die Regelung ist im geltenden Recht in § 31 Abs. 5 Satz 4 enthalten, wird aber nach Auskunft des MI wegen ihres grundlegenden Charakters bereits jetzt auf sämtliche Datenübermittlungen angewendet (vgl. auch § 17 Abs. 1 BVerfSchG). Die insoweit vom MI vorgeschlagene gesetzliche Übernahme in die allgemeinen Vorgaben für die Datenübermittlung ist rechtlich unproblematisch.*

**(2) Die Übermittlung ist unzulässig, wenn dadurch Informationsquellen oder die Arbeitsweise der Verfassungsschutzbehörde gefährdet würden und diese Sicherheitsinteressen das Interesse der empfangenden Stelle an der Datenübermittlung überwiegen.**

*Anmerkung:*
*Die Regelung entspricht § 30 Abs. 5 des Entwurfs.*

**§ 32 g**
**Allgemeine Verfahrensvorschriften für die Übermittlung**

**(1) [1]Jede Übermittlung der in § 30 Abs. 2 genannten personenbezogenen Daten ist zu dokumentieren. [2]Bei der Dokumentation ist die zugrunde gelegte Rechtsvorschrift und der Zeitpunkt der Übermittlung anzugeben. [3]Die in der Dokumentation enthaltenen personenbezogenen Daten dürfen ausschließlich zur Datenschutzkontrolle verwendet werden. [4]Sie dürfen nicht gelöscht werden, solange sie für diese Kontrolle erforderlich sind.**

*Anmerkung:*
*Die Regelungen in den Sätzen 1 und 2 entsprechen weitgehend § 30 Abs. 3 d. E.*

*Nach § 25 c Abs. 1 Satz 1 BVerfSchG (ebenso § 28 Abs. 1 HmbgVerSchG) ist allerdings auch der Zeitpunkt der Übermittlung zu dokumentieren. Dies ist für die Ermöglichung einer wirksamen Kontrolle der Rechtmäßigkeit der Übermittlung (vgl. dazu BVerfG, BVerfGE 141, 220, Rn. 141: „hinreichende Angaben zu dem zu kontrollierenden Vorgang"; vgl. auch BVerfGE 154, 152, Rn. 229) notwendig und soll daher hier ergänzt werden.*

*Satz 3 entspricht § 32 Abs. 4 Satz 3 des geltenden Rechts bzw. § 32 Abs. 5 Satz 3 d. E.*

*Satz 4 tritt an die Stelle der Löschungsvorgabe aus § 32 Abs. 5 Satz 4 d. E. Die Protokollierungs- bzw. Dokumentationspflicht ist nach Auffassung des BVerfG erforderlich, um eine unabhängige Datenschutzkontrolle zu ermöglichen. Es ist sicherzustellen, dass die dokumentierten Daten der oder dem Datenschutzbeauftragten in praktikabel auswertbarer Weise zur Verfügung stehen (vgl. nur BVerfGE 141, 220, Rn. 141). Dies soll durch Satz 4 sichergestellt werden. Im Hinblick auf § 33 a Abs. 1 Satz 2 dürfte eine längere Speicherung als zwei Jahre grundsätzlich nicht erforderlich sein (vgl. auch § 10 Abs. 6 Satz 3 sowie § 28 Abs. 6 Satz 3 in der Fassung der Vorlage 13, S. 12, 53). Nach Durchführung der Kontrolle sind die Daten nach § 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 zu löschen, weil eine anderweitige Verwendung durch die Verfassungsschutzbehörde nach Satz 3 ausgeschlossen ist, sodass die Daten nicht mehr erforderlich sind. Dies bedarf keiner ausdrücklichen Regelung.*

*Dagegen erweckt § 32 Absatz 5 Satz 7 d. E. durch das Abstellen auf die Mitteilung an die betroffene Person (vgl. Absatz 6) den (falschen) Eindruck, als habe die Dokumentationspflicht trotz der in Satz 3 geregelten Zweckbindung auch den Rechtsschutz der betroffenen Person zum Zweck. Dies ist aber nicht der Fall.*

**(2) Sind mit personenbezogenen Daten weitere personenbezogene Daten der betroffenen Person oder von Dritten so verbunden, dass eine Trennung nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich ist, so dürfen auch diese übermittelt werden, soweit nicht berechtigte Interessen der betroffenen oder einer anderen Person offensichtlich überwiegen; die Verarbeitung dieser Daten ist nach Maßgabe des § 28 Abs. 3 einzuschränken.**

*Anmerkung:*
*Die Regelung entspricht inhaltlich § 31 Abs. 1 Satz 5 des geltenden Rechts sowie § 30 Abs. 4 d. E.*

*Ergänzend wird vorgeschlagen, die Regelung durch die notwendige Berücksichtigung der berechtigten Interessen der Betroffenen an § 5 Abs. 3 NDSG (ähnlich auch § 25 c Abs. 2 BVerfSchG) anzugleichen („soweit …“). Es wäre nicht gerechtfertigt, wenn die Betroffenen bei der Übermittlung insbesondere der besonders eingriffsintensiv erhobenen Daten einen geringeren Schutz genießen würden als die nach allgemeinen Datenschutzrecht übermittelten Daten.*

**(3) [1]Sind die personenbezogenen Daten nach § 26 Abs. 2 oder Abs. 3 Satz 4 gekennzeichnet, so hat die Verfassungsschutzbehörde die Kennzeichnung bei der Übermittlung aufrechtzuerhalten. [2]Die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, im Vertretungsfall die Vertreterin oder der Vertreter, kann mit Zustimmung der G 10-Kommission anordnen, dass bei der Übermittlung auf die Aufrechterhaltung der Kennzeichnung verzichtet wird, wenn dies unerlässlich ist, um die Geheimhaltung der Art und Weise der Datenerhebung nicht zu gefährden. [3]Bei Gefahr im Verzug kann die Anordnung bereits vor der Zustimmung getroffen werden. [4]In diesem Fall ist die Zustimmung unverzüglich nachträglich einzuholen. [5]Stimmt die G 10-Kommission nicht nachträglich zu, so ist die Kennzeichnung unverzüglich durch die empfangende Stelle nachzuholen; darauf ist sie von der Verfassungsschutzbehörde hinzuweisen. [6]Die Sätze 1 bis 5 gelten nicht für die Übermittlungen gemäß § 32 a Nr. 4.**

*Anmerkung:*
*Die Regelung findet sich bisher in § 31 Abs. 3 d. E. Die dortige Beschränkung allein auf Staatsanwaltschaften und Polizei erschließt sich nicht und entspricht auch nicht dem geltenden Recht (§ 31 Abs. 2 Sätze 1 bis 6), sodass die Vorgabe in die allgemeinen Vorschriften aufgenommen werden soll.*

*Satz 6 übernimmt § 32 Abs. 2 Satz 4 d. E. und beruht auf dem Gedanken, dass für die auf einer gesetzlichen Regelung beruhenden Übermittlung zum „administrativen Rechtsgüterschutz“ gemäß § 32 a Nr. 4 unseres Vorschlags der Grundsatz der hypothetischen Datenneuerhebung nur begrenzt gilt (vgl. LT-Drs.19/5930, S. 40; vgl. dazu auch die Anm. zu § 32 a).*

**(4) Über die Übermittlung von personenbezogenen Daten, die unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 10 bis 12 oder mit besonderen Auskunftsverlangen nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2 und 3 oder Abs. 3 Satz 1 erhoben wurden, entscheidet in den Fällen der §§ 31 bis 32 a sowie § 32 d eine besonders bestellte Beschäftigte oder ein besonders bestellter Beschäftigter, die oder der mit der Auswertung nicht befasst war und die Befähigung zum Richteramt hat.**

*Anmerkungen und Formulierungsvorschläge des GBD*

*Anmerkung:*
*Die Regelung beruht auf § 31 Abs. 3 Satz 6 d. E. Der Entscheidungsvorbehalt der oder des besonders bestellten Beschäftigten sollte wegen des gegenüber Absatz 3 anderen Regelungsgehalts und zum besseren Verständnis in einem eigenen Absatz geregelt werden. Im Fall des § 32 b greift wegen des dortigen Satz 2 der Behördenleitervorbehalt.*

*Im Übrigen kann der Verweis auf die durch besondere Auskunftsverlangen erhobenen Daten vereinfacht werden.*

**(5) Erweisen sich personenbezogene Daten nach ihrer Übermittlung als unvollständig oder unrichtig, so sind sie gegenüber der empfangenden Stelle unverzüglich zu ergänzen oder zu berichtigen, es sei denn, dass der Mangel für die Beurteilung des Sachverhalts offensichtlich ohne Bedeutung ist.**

*Anmerkung:*
*Die Regelung übernimmt § 30 Abs. 6 d. E.*

**§ 32 h**
**Pflichten der empfangenden Stelle**

*Anmerkung:*
*Die Pflichten der empfangenden Behörde sollten aus systematischen Gründen ähnlich wie in § 25 BVerfSchG in einer eigenen Vorschrift geregelt werden.*

**(1) [1]Die empfangende Stelle darf die personenbezogenen Daten nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie übermittelt worden sind. [2]Nichtöffentliche Stellen sind auf die Zweckbindung nach Satz 1 und darauf hinzuweisen, dass sich die Verfassungsschutzbehörde vorbehält, Auskunft über die Verarbeitung der übermittelten Daten zu verlangen. [3]Sind die übermittelten Daten nach § 32 g Abs. 3 gekennzeichnet, so hat die empfangende Stelle die Kennzeichnung aufrecht zu erhalten.**

*Anmerkung:*
*Satz 1 entspricht § 30 Abs. 1 Satz 4 d. E. Eine zweckändernde Weiterverarbeitung ist daher nicht zulässig.*

*Satz 2 übernimmt § 32 Abs. 5 Satz 6 d. E. (§ 32 Abs. 4 Satz 6 des geltenden Gesetzes).*

*Satz 3 übernimmt inhaltlich § 31 Abs. 4 Satz 1 d. E.*

**(2) [1]Die Daten sind zu löschen, wenn sie für den Übermittlungszweck nicht oder nicht mehr erforderlich sind. [2]Wurden personenbezogene Daten übermittelt, die unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 10 bis 12 oder mit besonderen Auskunftsverlangen nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2 und 3 oder Abs. 3 Satz 1 erhoben wurden, so prüft die empfangende Stelle unverzüglich und danach in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die übermittelten Daten für den Zweck erforderlich sind, zu dem sie übermittelt wurden. [3]Soweit dies nicht der Fall ist, sind sie unverzüglich unter Aufsicht einer oder eines besonders bestellten Beschäftigten, die oder der die Befähigung zum Richteramt**

**hat, zu löschen. [4]Die Löschung ist zu dokumentieren. [5]Die Verfassungsschutzbehörde ist unverzüglich über die Löschung zu unterrichten.“**

*Anmerkung:*
*Satz 1 enthält eine dem allgemeinen Datenschutzrecht entsprechende Löschungsverpflichtung (vgl. auch § 25 Abs. 1 Sätze 1 und 2 BVerfSchG). Es wird klarstellend darauf hingewiesen, dass die Löschungsverpflichtung nicht für die nach § 32 g Abs. 2 übermittelten Daten gilt. Es wäre sinnwidrig, wenn die danach übermittelten Daten, die mit den zweckgebunden übermittelten Daten untrennbar verbunden sind, mangels Erforderlichkeit dann von der empfangenden Stelle gelöscht werden müssten, obwohl ihre Trennung von den erforderlichen Daten weiterhin nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich ist. Diese Daten sind nach § 32 g Abs. 2 in ihrer Verarbeitung eingeschränkt; sie dürfen nach Absatz 1 mangels Übermittlungszwecks ohnehin von der empfangenden Stelle nicht verwendet werden.*

*Die Sätze 2 bis 5 übernehmen für alle Übermittlungen von Daten, die mit besonders eingriffsintensiven Maßnahmen erhoben wurden, die Vorgaben aus § 31 Abs. 4 Sätze 2 bis 5 d. E.*

**16./1** In § 33 Abs. 2 Satz 2 wird die Angabe „§ 30“ durch die Angabe „§ 29“ ersetzt.

*Anmerkung:*
*Es handelt sich um die Übernahme der Nr. 16 Buchst. d des Entwurfs.*

Niedersächsischer Landtag
Gesetzgebungs- und Beratungsdienst

Hannover, den 27.11.2025
81/84/1095-84

# V o r l a g e 15

zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930

Diese Vorlage gibt den im federführenden Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes erreichen Beratungstand des o. g. Gesetzentwurfs wieder und enthält den vom Ausschuss zu § 4 Abs. 3 des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes (NVerfSchG) erbetenen Formulierungsvorschlag.

Im Auftrag
Dr. Miller

Per E-Mail zu verteilen an:
Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes
Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen
Präsidentin des Landtages
Fraktionen
Staatskanzlei
Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung
Justizministerium
Landesrechnungshof
Landesbeauftragter für den Datenschutz
Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen
Staatsgerichtshof
Kommunale Spitzenverbände

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

**Gesetz**
**zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

Artikel 1
Änderung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes

Das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz in der Fassung vom 2. August 2021 (Nds. GVBl. S. 564) wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Abs. 3 Satz 2 werden nach dem Wort „Information“ ein Komma und das Wort „Prävention“ eingefügt.

2. § 4 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

   a) Satz 3 erhält folgende Fassung:

   „[3]Bestrebungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 oder 4 können auch von Einzelpersonen ausgehen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln.“

   b) Es wird der folgende Satz 4 angefügt:

   „[4]In diesem Fall gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass die Verhaltensweise der Einzelperson darauf gerichtet sein muss, die dort genannten Bestrebungen zu verwirklichen.“

*Beratungsstand des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes*

**Gesetz**
**zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

Artikel 1
Änderung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes

Das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz in der Fassung vom 2. August 2021 (Nds. GVBl. S. 564) wird wie folgt geändert:

1. ____ § 3 Abs. 3 Satz 2 **erhält folgende Fassung:**

   **„[2]Sie wirkt solchen Bestrebungen und Tätigkeiten entgegen und beugt ihrem Entstehen vor (**Prävention**), insbesondere durch Angebote zur Information und zum Ausstieg.“**

2. § 4 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

   a) *unverändert*

   b) Es wird der folgende Satz 4 angefügt:

   „[4]In diesem Fall gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass die Verhaltensweise der Einzelperson darauf gerichtet sein muss, die **in Absatz 2** genannten **Ziele** zu verwirklichen.“

*<u>Anmerkung:</u>*
*Der Ausschuss hat um einen Formulierungsvorschlag gebeten, die bisherige Begriffsbestimmung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in § 4 Abs. 3 NVerfSchG durch eine dynamische Verweisung auf § 4 Abs. 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes (BVerfSchG) zu ersetzen. Um dieses Ziel zu erreichen, könnte § 4 Abs. 3 wie folgt gefasst werden:*

*„(3) Die Begriffsbestimmung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gemäß § 4 Abs. 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes (BVerfSchG) findet in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.“*

*Wenn dieser Formulierungsvorschlag angenommen werden sollte, bedürfte es einer redaktionellen Anpassung des Änderungsbefehls zu Nummer 2 („§ 4 wird wie folgt*

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

*Beratungsstand des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes*

*geändert:“) sowie einer weiteren redaktionellen Folgeänderung in § 23 Abs. 2 Satz 1 (Einführung/Verwendung der Abkürzung „BVerfSchG“).*

**2/1. Dem § 6 wird der folgende Absatz 6 angefügt:**

**„(6) [1]Ein Beobachtungsobjekt hat erhebliche Bedeutung, wenn es auf die Anwendung oder Vorbereitung von Gewalt gerichtet oder aus anderen Gründen nach seiner Verhaltens- oder Wirkungsweise geeignet ist, ein in § 3 Abs. 1 genanntes Schutzgut erheblich zu beeinträchtigen. [2]Andere Gründe im Sinne des Satzes 1 liegen in der Regel vor, wenn das Beobachtungsobjekt**

**1. zum Hass aufstachelt oder zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen auffordert, Straftaten begeht oder auf die Begehung von Straftaten gerichtet ist,**

**2. seine Existenz, Organisation, Ziele oder Tätigkeit in erheblichem Maß verschleiert oder**

**3. erheblichen gesellschaftlichen Einfluss besitzt, insbesondere**

**a) durch Vertretung in Ämtern und Mandaten,**

**b) durch wirkungsbreite Publikationen oder systematisches Verbreiten von Desinformationen oder Betreiben von Einschüchterung oder**

**c) aufgrund des Gesamtbilds von Mitglieder- und Unterstützerzahl, Organisationsstruktur, Mobilisierungsgrad, Aktionsfähigkeit und Finanzkraft.**

**[[3]Für die Bestimmung eines Beobachtungsobjekts von erheblicher Bedeutung und dessen Verlängerung gilt Absatz 2 Sätze 1 bis 4 entsprechend.]“**

*<u>Anmerkung:</u>*
*Über die Aufnahme des Satzes 3 (eckige Klammern) hat der Ausschuss noch nicht entschieden (vgl. dazu Vorlage 13, S. 43 f.).*

3. In § 7 Abs. 1 Satz 1 wird nach dem Wort „Einzelperson“ die Angabe „nach § 4 Abs. 1“ eingefügt.

3. ____ § 7 **wird wie folgt geändert:**

**a)** In **Absatz** 1 Satz 1 wird nach dem Wort „Einzelperson“ die Angabe „nach § 4 Abs. 1“ eingefügt.

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

*Beratungsstand des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes*

**b) In Absatz 2 Satz 5 wird die Angabe „Abs. 5“ durch die Angabe „Abs. 5 und 6“ ersetzt.**

**3/1. § 10 wird wie folgt geändert:**

**a) Die Absätze 1 bis 3 erhalten folgende Fassung:**

**„(1) [1]Die Inanspruchnahme einer Vertrauensperson (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 Buchst. a) darf nicht angeordnet werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dadurch nicht nur zufällig der Kernbereich privater Lebensgestaltung beeinträchtigt wird. [2]Wenn sich während eines bereits laufenden Einsatzes tatsächliche Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung des Kernbereichs privater Lebensgestaltung ergeben, ist der Einsatz unverzüglich und so lange wie erforderlich zu unterbrechen. [3]Dies gilt nicht, solange die Fortsetzung der Inanspruchnahme zum Schutz von Leib oder Leben einer Vertrauensperson oder zur Sicherung ihres weiteren Einsatzes erforderlich ist. [4]Vertrauenspersonen und die sie führenden Beschäftigten der Verfassungsschutzbehörde dürfen, insbesondere in den Fällen des Satzes 3, den Kernbereich privater Lebensgestaltung beeinträchtigende Daten nicht speichern, verändern, verwenden oder übermitteln; sie haben solche Daten unverzüglich zu löschen. [5]Die Tatsache, dass den Kernbereich privater Lebensgestaltung beeinträchtigende Daten erhoben wurden, die Fortsetzung der Inanspruchnahme nach Satz 3 und die Löschung der Daten nach Satz 4 sind zu dokumentieren. [6]Die Sätze 1 bis 5 gelten entsprechend für den Einsatz einer verdeckten Ermittlerin oder eines verdeckten Ermittlers (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 10).**

**(2) [1]Eine sonstige Datenerhebung darf nicht angeordnet werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dadurch nicht nur zufällig Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erhoben werden. [2]Wenn sich während der bereits laufenden Datenerhebung tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erhoben werden, ist die Datenerhebung unverzüglich und so lange wie**

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Beratungsstand des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| | **erforderlich zu unterbrechen, soweit dies technisch möglich ist. [3]Bereits erhobene Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung dürfen nicht gespeichert, verändert, verwendet oder übermittelt werden; sie sind unverzüglich zu löschen. [4]Die Tatsache, dass Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erhoben wurden, und deren Löschung sind zu dokumentieren.**<br><br>**(3) [1]Ergeben sich erst bei der Speicherung, Veränderung oder Verwendung von Daten tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass Daten dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, so dürfen diese Daten nicht mehr gespeichert, verändert, verwendet oder übermittelt werden; sie sind unverzüglich zu löschen. [2]Die Tatsache, dass Daten, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, erhoben wurden, sowie deren Löschung sind zu dokumentieren.“**<br><br>**b) Es wird der folgende Absatz 6 angefügt:**<br><br>**„(6) [1]Die Löschung von Daten nach dieser Vorschrift erfolgt unter Aufsicht einer oder eines besonders bestellten, mit der Auswertung nicht befassten Beschäftigten, die oder der die Befähigung zum Richteramt hat. [2]Daten, die in einer nach dieser Vorschrift angefertigten Dokumentation enthalten sind, dürfen ausschließlich zur Datenschutzkontrolle verwendet werden. [3]Sie sind nach Beendigung der gemäß § 33 a Abs. 1 Satz 2 durchzuführenden Kontrolle der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz zu löschen, spätestens zwei Jahre nach der Dokumentation.“** |
| 4. § 14 wird wie folgt geändert: | 4. § 14 wird wie folgt geändert: |
| a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert: | a) Absatz 1 **wird wie folgt geändert:** |
| | **aa)** Satz 1 wird wie folgt geändert: |
| aa) Nummer 2 erhält folgende Fassung: | **aaa) Es wird die folgende neue Nummer 2a eingefügt:** |
| „2. verdecktes Mithören | _____ |
| a) ohne Inanspruchnahme technischer Mittel, | _____ |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Beratungsstand des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| b) und Aufzeichnen des öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen,<br><br>unter den Voraussetzungen des § 15;“. | **„2a.** verdecktes Mithören und Aufzeichnen des außerhalb von Wohnungen **von einer bestimmten Person zu einem bestimmten Zeitpunkt an einen nicht bestimmten oder beschränkten Personenkreis gerichteten (**öffentlich gesprochenen**)** Wortes unter Einsatz technischer Mittel unter den Voraussetzungen des § 15;“. |
| bb) Nummer 5 erhält folgende Fassung:<br><br>„5. außerhalb von Wohnungen verdeckt angefertigte fotografische Bildaufzeichnungen sowie außerhalb von Wohnungen verdeckt angefertigte Bildaufzeichnungen zum Zwecke der Identifizierung von Personen durch die nachträgliche Erstellung von Einzelbildern unter den Voraussetzungen des § 15;“. | **bbb)** Nummer 5 erhält folgende Fassung:<br><br>„5. außerhalb von Wohnungen verdeckt angefertigte<br><br>**a) einzelne** fotografische Bildaufzeichnungen sowie<br><br>**b) sonstige** Bildaufzeichnungen**, die ausschließlich zur nachträglichen** Identifizierung von Personen **bestimmt sind,**<br><br>unter den Voraussetzungen des § 15;“. |
| cc) Am Ende der Nummer 6 Buchst. b wird nach dem Komma das Wort „sowie“ eingefügt. | **ccc)** _____ Nummer 6 **wird wie folgt geändert:**<br><br>**aaaa)** Am Ende **des Buchstaben** b wird nach dem Komma das Wort „sowie“ eingefügt. |
| dd) Am Ende der Nummer 6 Buchst. c wird das Wort „sowie“ gestrichen. | **bbbb)** Am Ende **des Buchstaben** c wird das Wort „sowie“ gestrichen. |
| ee) Nummer 6 Buchst. d wird gestrichen. | **cccc)**____ **Buchstabe** d wird gestrichen. |
| ff) In Nummer 7 wird die Angabe „24“ durch die Angabe „48“ ersetzt. | **ddd)** *unverändert* |
| gg) Die bisherige Nummer 9 wird Nummer 10. | **eee)** *unverändert* |
| hh) Die bisherige Nummer 10 wird Nummer 9 und darin wird die Angabe „19“ durch die Angabe „17“ ersetzt. | **fff)** *unverändert* |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Beratungsstand des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| ii) In Nummer 11 werden nach dem Wort „Ermittlung“ die Worte „des Standortes sowie“ eingefügt. | **ggg)** *unverändert* |
| | **bb) Es wird der folgende neue Satz 3 eingefügt:**<br><br>**„[3]Die nach Satz 1 Nr. 5 Buchst. b angefertigten Bildaufzeichnungen dürfen ausschließlich zur nachträglichen Auswahl von Einzelbildern gespeichert, verändert und verwendet werden; anschließend sind sie unverzüglich zu löschen.“** |
| | **cc) Der bisherige Satz 3 wird Satz 4.** |
| b) Absatz 1 Satz 4 wird gestrichen. | **dd) Der bisherige** Satz 4 wird gestrichen. |
| c) Es wird der folgende Absatz 3 angefügt:<br><br>„(3) [1]Darüber hinaus darf die Verfassungsschutzbehörde Personen, die ihr logistische oder sonstige Hilfe leisten, ohne Vertrauenspersonen, sonstige geheime Informantinnen oder Informanten oder überworbene Agentinnen oder Agenten zu sein (Gewährspersonen), in Anspruch nehmen, soweit dies für den Einsatz eines nachrichtendienstlichen Mittels nach Absatz 1, zum Schutz der Beschäftigten, Einrichtungen und Gegenstände der Verfassungsschutzbehörde sowie zum Schutz der in Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 genannten Personen oder für die Beschaffung, Herstellung und Verwendung von Hilfsmitteln nach Absatz 2 erforderlich ist. [2]Die weiteren Einzelheiten der Inanspruchnahme von Gewährspersonen sind in einer Dienstvorschrift umfassend zu regeln.“ | **b)** Es wird der folgende Absatz 3 angefügt:<br><br>„(3) [1]_____ Die Verfassungsschutzbehörde **darf** Personen, die ihr logistische oder sonstige Hilfe leisten, ohne Vertrauenspersonen, sonstige geheime Informantinnen oder Informanten oder überworbene Agentinnen oder Agenten zu sein (Gewährspersonen), in Anspruch nehmen, soweit dies **erforderlich ist** für den Einsatz eines nachrichtendienstlichen Mittels nach Absatz 1, zum Schutz der Beschäftigten, Einrichtungen und Gegenstände der Verfassungsschutzbehörde sowie zum Schutz der in Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 genannten Personen oder für die Beschaffung, Herstellung und Verwendung von Hilfsmitteln nach Absatz 2 _____. [2]_____ *(jetzt in § 21 Abs. 7)*“ |
| 5. § 16 wird wie folgt geändert: | 5. § 16 wird wie folgt geändert: |
| a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert: | a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert: |
| aa) Im einleitenden Satzteil werden die Worte „sowie Gewährspersonen“ gestrichen und nach dem Wort „Informanten“ wird das Komma durch das Wort „sowie“ ersetzt. | aa) *unverändert* |
| bb) Nummer 2 erhält folgende Fassung: | bb) Nummer 2 erhält folgende Fassung: |
| „2. gegen sie im zentralen staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister | „2. ____ sie **nicht** im zentralen staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister **mit** Tatvorwürfen wegen der |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Beratungsstand des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| keine Tatvorwürfe wegen der Begehung eines Straftatbestandes von besonderer Bedeutung im Sinne des Absatzes 6 eingetragen oder sie diesbezüglich freigesprochen sind und sie nicht im Bundeszentralregister mit einer Verurteilung wegen eines solchen Straftatbestandes eingetragen sind,“. | Begehung **einer in** Absatz 6 **genannten** Straftat _____ eingetragen **sind, es sei denn, sie wurden** freigesprochen**,** und sie nicht im Bundeszentralregister mit einer Verurteilung wegen einer **in Absatz 6 genannten** Straftat____ eingetragen sind,“. |
| | **a/1) Absatz 2 erhält folgende Fassung:**<br><br>**„(2) Die Verfassungsschutzbehörde darf eine Vertrauensperson**<br><br>**1. über sechs Monate hinaus,**<br><br>**2. gezielt gegen eine bestimmte Person oder**<br><br>**3. gezielt in zu privaten Wohnzwecken genutzten Räumlichkeiten**<br><br>**nur in Anspruch nehmen, um Erkenntnisse über ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt von erheblicher Bedeutung oder über eine Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 zu gewinnen.“** |
| | **a/2) In Absatz 3 Satz 2 werden die Worte „wenn die G 10-Kommission die Zustimmung nach § 21 Abs. 5 Satz 5 erteilt hat“ durch die Worte „wenn die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, im Vertretungsfall die Vertreterin oder der Vertreter, dies angeordnet hat“ ersetzt.** |
| b) Absatz 4 wird wie folgt geändert: | b) Absatz 4 wird wie folgt geändert: |
| aa) In Satz 1 Nr. 1 werden nach der Angabe „§§ 86 a“ ein Komma und die Angabe „89 b und c“ eingefügt. | aa) In Satz 1 Nr. 1 werden nach der Angabe „§§ 86 a“ ein Komma und die Angabe „89 b**, 89** c“ eingefügt. |
| bb) In Satz 3 wird nach dem Wort „unumgänglich“ die Angabe „und für die Aufklärung der Bestrebung oder der Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 unerlässlich“ eingefügt. | bb) *unverändert* |
| | **cc) Es werden die folgenden Sätze 4 und 5 angefügt:**<br><br>**„[4]Eine in Absatz 1 genannte Person darf eine Wohnung mit dem Einverständnis der oder des Berechtigten** |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Beratungsstand des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| | **betreten. [5]Das Einverständnis darf nicht durch ein über die Verwendung einer Legende hinausgehendes Vortäuschen eines Zutrittsrechts herbeigeführt werden.“** |
| c) Absatz 5 wird wie folgt geändert: | c) **In** Absatz 5 wird **der bisherige** Satz 2 **durch die** folgenden **neuen Sätze 2 und** 3 **ersetzt**: |
| aa) Satz 2 erhält folgende Fassung:<br><br>„[2]Die Inanspruchnahme ist auch dann unverzüglich zu beenden, wenn sich tatsächliche Anhaltspunkte ergeben, dass die Person rechtswidrig einen Straftatbestand von besonderer Bedeutung (Absatz 6) verwirklicht hat.“ | „[2]Die Inanspruchnahme ist auch dann unverzüglich zu beenden, wenn sich tatsächliche Anhaltspunkte ergeben, dass die Person rechtswidrig einen **in Absatz 6 genannten** Straftatbestand _____ verwirklicht hat. [3]In diesem Fall sind die Strafverfolgungsbehörden zu unterrichten, wenn nicht der Schutz von Leib und Leben der in Anspruch genommenen Person ein Unterlassen erfordert.“ |
| bb) Es wird der folgende Satz 3 angefügt:<br><br>„[3]In diesem Fall sind die Strafverfolgungsbehörden zu unterrichten, wenn nicht der Schutz von Leib und Leben der in Anspruch genommenen Person ein Unterlassen erfordert.“ | |
| d) Absatz 6 wird wie folgt geändert: | d) Absatz 6 wird wie folgt geändert: |
| | **1/aa) Im einleitenden Satzteil werden die Worte „Straftaten von besonderer Bedeutung im Sinne dieser Vorschrift“ durch die Worte „Straftatbestände, deren rechtswidrige Verwirklichung eine Inanspruchnahme nach dieser Vorschrift ausschließt,“ ersetzt.** |
| aa) In Nummer 2 werden nach dem Komma die Worte „ausgenommen eine Straftat nach den §§ 129 a oder 129 b Abs. 1 Satz 1 StGB, soweit er auf § 129 a StGB verweist,“ angefügt. | aa) In Nummer 2 werden nach dem Komma die Worte „ausgenommen ____ Straftat**en** nach den §§ 129 a **und** 129 b Abs. 1 Satz 1 StGB, soweit er auf § 129 a StGB verweist, **sowie**“ angefügt. |
| bb) Nummer 3 wird gestrichen. | bb) *unverändert* |
| cc) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 3. | cc) *unverändert* |
| 6. § 17 wird wie folgt geändert: | 6. § 17 **erhält folgende Fassung:** |
| a) Die Überschrift erhält folgende Fassung: | _____ |
| „Besondere Voraussetzungen für Observationen, Bildübertragungen und Bildaufzeichnungen sowie das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes“. | „**§ 17**<br>Besondere Voraussetzungen für Observationen **sowie verdeckte** Bild**-** und **Ton**aufzeichnungen _____ |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Beratungsstand des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| b) In dem Wortlaut wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt und nach der Angabe „Nr. 8“ wird die Angabe „sowie des verdeckten Mithörens und Aufzeichnens des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9“ eingefügt. | **Die Verfassungsschutzbehörde darf die nachrichtendienstlichen Mittel der Observation nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7, der Bildübertragungen und Bildaufzeichnungen nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8** sowie des verdeckten Mithörens und Aufzeichnens des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 **nur einsetzen, um Erkenntnisse über ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt von erheblicher Bedeutung oder über eine Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 zu gewinnen.“** |
| 7. In § 19 Abs. 1 wird die Angabe „10 bis 12“ durch die Angabe „11 und 12“ ersetzt. | 7. *unverändert* |
| 8. § 20 wird wie folgt geändert: | 8. § 20 wird wie folgt geändert: |
| a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert: | a) Absatz 1 Satz 1 **erhält folgende Fassung**: |
| aa) Im einleitenden Satzteil wird die Angabe „Diensteanbieter nach § 2 Satz 1 Nr. 1 des Telemediengesetzes (TMG)“ durch die Angabe „Anbieter von digitalen Diensten nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 des Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetzes (TDDDG)“ ersetzt. | **„[1]Die Verfassungsschutzbehörde kann anordnen, dass diejenigen, die geschäftsmäßig** digitale Dienste **erbringen, daran mitwirken oder den Zugang zur Nutzung daran vermitteln, ihr Auskunft erteilen** |
| bb) In Nummer 1 wird die Angabe „(§ 14 TMG)“ durch die Angabe „(§ 2 Abs. 2 Nr. 2 TDDDG)“ ersetzt. | **1. zu Bestandsdaten** (§ 2 Abs. 2 Nr. 2 **des Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetzes -** TDDDG **-**) **mit Ausnahme von Passwörtern oder anderen Daten, mittels derer der Zugriff auf Endgeräte oder auf Speichereinrichtungen, die in diesen Endgeräten oder hiervon räumlich getrennt eingesetzt werden, geschützt wird, oder** |
| cc) In Nummer 2 wird die Angabe „(§ 15 TMG)“ durch die Angabe „(§ 2 Abs. 2 Nr. 3 TDDDG)“ ersetzt. | **2. zu Nutzungsdaten** (§ 2 Abs. 2 Nr. 3 TDDDG) _____**.“** |
| b) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt geändert: | b) Absatz 2 ____ wird wie folgt geändert: |
| aa) Im einleitenden Satzteil wird die Angabe „Diensteanbieter nach § 3 Nr. 6“ durch die Angabe „Anbieter von Telekommunikationsdiensten nach § 3 Nr. 1“ ersetzt. | aa) **Satz 1 erhält folgende Fassung:** |
| bb) Nummer 1 erhält folgende Fassung: | **„[1]Die Verfassungsschutzbehörde kann anordnen, dass diejenigen, die geschäftsmäßig** Telekommunikationsdienste nach § 3 Nr. **61 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) erbringen oder daran mitwirken, ihr Auskunft erteilen** |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Beratungsstand des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| „1. zu den Bestandsdaten gemäß § 3 Nr. 6 und § 172 TKG (einfache Bestandsdaten),“. | 1. zu den **von ihnen erhobenen** Bestandsdaten gemäß § 3 Nr. 6 und **den nach** § 172 TKG **erhobenen Daten** _____, |
| | **2. zu Daten nach Nummer 1, mittels derer der Zugriff auf Endgeräte oder auf Speichereinrichtungen, die in diesen Endgeräten oder hiervon räumlich getrennt eingesetzt werden, geschützt wird oder die anhand einer zu einem bestimmten Zeitpunkt zugewiesenen Internetprotokoll-Adresse bestimmt werden, oder** |
| cc) In Nummer 3 wird die Angabe „§ 96 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 TKG“ durch die Angabe „§ 9 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 TDDDG“ ersetzt. | **3. zu Verkehrsdaten nach** § 9 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 TDDDG **und sonstigen zum Aufbau und zur Aufrechterhaltung der Telekommunikation notwendigen Verkehrsdaten.“** |
| | **bb) In Satz 3 wird die Angabe „Auskunft zu einfachen Bestandsdaten“ durch die Angabe „Auskunft nach Satz 1 Nr. 1“ ersetzt.** |
| | **cc) In Satz 4 wird die Angabe „Auskunft zu besonderen Bestandsdaten und zu Verkehrsdaten“ durch die Angabe „Auskunft nach Satz 1 Nr. 2 oder 3“ ersetzt.** |
| | **[b/1) Dem Absatz 3 wird der folgende Satz 4 angefügt:** |
| | **„[4]Zur Erteilung einer Auskunft nach Satz 1 sind Unternehmen verpflichtet, die in Deutschland eine Niederlassung haben oder Leistungen erbringen.“]** |
| | *Anmerkung:* *Über die Aufnahme von Absatz 3 Satz 4 (eckige Klammern) hat der Ausschuss noch nicht entschieden (vgl. dazu Vorlage 13, S. 34).* |
| c) In Absatz 4 wird die Angabe „des Absatzes 3 Satz 2 Halbsatz 1 und Satz 3 das Bundesamt“ durch die Angabe „des Absatzes 2 Satz 2 oder 3 das Bundeszentralamt“ ersetzt. | c) *unverändert* |
| 9. § 21 Abs. 3 wird wie folgt geändert: | 9. § 21 ____ wird wie folgt geändert: |
| | **1/a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:** |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Beratungsstand des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| | **aa) In Satz 2 werden nach dem Wort „gilt“ die Worte „für die Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen in den Fällen des § 16 Abs. 2 sowie“ eingefügt sowie das Wort „besonderen“ [und die Angabe „sowie für Ersuchen nach § 20 Abs. 4 Satz 1“] gestrichen.** |
| | *Anmerkung:*<br>*Über die Aufnahme des Inhalts der eckigen Klammern in Absatz 1 Satz 2 hat der Ausschuss noch nicht entschieden (vgl. dazu Vorlage 13, S. 35 f.).* |
| | **bb) In Satz 3 werden nach der Angabe „Nrn. 4 bis 6“ die Worte „in den nicht von § 16 Abs. 2 erfassten Fällen“ eingefügt.** |
| | **2/a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:** |
| | **aa) Satz 1 Nr. 1 erhält folgende Fassung:** |
| | **„1. ein Jahr in den Fällen des § 16 Abs. 2,“** |
| | **bb) In Satz 2 Halbsatz 1 werden nach dem Wort „Anordnung“ die Worte „unter Berücksichtigung ihrer Gesamtdauer und der in dieser Zeit erlangten Erkenntnisse“ eingefügt.** |
| | **cc) Satz 3 wird gestrichen.** |
| a) Am Ende des Absatzes 3 Satz 2 werden die Worte „und für Ersuchen nach § 20 Abs. 4“ gestrichen. | a) _____ Absatz 3 **wird wie folgt geändert:** |
| | **aa) In** Satz 2 werden **nach dem Wort „gilt“ die Worte „für die Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen in den Fällen des § 16 Abs. 2 sowie“ eingefügt sowie das Wort „besonderen“ und** die Worte „und für Ersuchen nach § 20 Abs. 4“ gestrichen. |
| b) Satz 3 erhält folgende Fassung: | **bb) Der bisherige** Satz 3 **wird durch die folgenden neuen Sätze 3 bis 5/1 ersetzt:** |
| „[3]Die Verfassungsschutzbehörde informiert die G 10-Kommission im Rahmen der Einholung der Zustimmung nach Satz 1 oder 2 darüber, wenn sie gegen die betroffene Person bereits zeitgleich weitere nachrichtendienstliche Mittel und besondere Auskunftsverlangen, die der | „[3]**In dem schriftlichen Antrag auf Zustimmung sind der G 10-Kommission alle beurteilungsrelevanten Tatsachen mitzuteilen; insbesondere sind anzugeben:** |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Beratungsstand des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| Zustimmung der G 10-Kommission unterliegen, einsetzt.“ | **1. das Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt oder die Person, soweit möglich, mit Name und Anschrift, gegen das oder die sich der Einsatz des nachrichtendienstlichen Mittels richtet oder zu dem oder zu der die Erteilung der Auskunft angeordnet wird,**<br><br>**2. die** zeitgleich gegen **eine in Nummer 1 genannte** Person **von der Verfassungsschutzbehörde eingesetzten** weiteren nachrichtendienstlichen Mittel und besonderen Auskunftsverlangen**,**<br><br>**3. Art, Umfang und Dauer des Einsatzes oder der Auskunft,**<br><br>**4. der Sachverhalt sowie**<br><br>**5. eine Begründung**. |
| c) Satz 4 erhält folgende Fassung: | _____ |
| „[4]Die G 10-Kommission prüft im Rahmen der Erteilung der Zustimmung die Zulässigkeit und Notwendigkeit des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels oder des besonderen Auskunftsverlangens; im Fall des Satzes 3 prüft sie zudem, ob sich aus der Summe der eingesetzten nachrichtendienstlichen Mittel und besonderen Auskunftsverlangen ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Grundrechte der betroffenen Person ergibt.“ | [4]Die G 10-Kommission prüft im Rahmen der Erteilung der Zustimmung die Zulässigkeit und Notwendigkeit des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels oder des besonderen Auskunftsverlangens **[**; im Fall des Satzes 3 **Nr. 2** prüft sie zudem, ob sich aus der Summe der eingesetzten nachrichtendienstlichen Mittel und besonderen Auskunftsverlangen ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Grundrechte _____ ergibt**]**.<br><br>*<u>Anmerkung:</u>*<br>*Über die Beibehaltung des Satzes 4 Halbsatz 2 (eckige Klammern) hat der Ausschuss noch nicht entschieden (vgl. dazu Vorlage 13, S. 40 f.).* |
| d) Es wird der folgende Satz 5 eingefügt: | _____ |
| „[5]Führt die Überprüfung zu dem Ergebnis, dass ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Grundrechte der oder des Betroffenen vorliegt, hat die Verfassungsschutzbehörde die eingesetzten nachrichtendienstlichen Mittel und besonderen Auskunftsverlangen unverzüglich auf ein verhältnismäßiges Maß zu reduzieren.“ | _____<br><br>**[5/1]Die G 10-Kommission hat die Zustimmung und ihre wesentlichen Gründe schriftlich festzuhalten**.“ |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Beratungsstand des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| e) Der bisherige Satz 4 wird Satz 6. | **cc)** *unverändert*<br><br>**b) In Absatz 4 Satz 3 wird die Angabe „Absatz 3 Satz 4“ durch die Angabe „Absatz 3 Satz 6“ ersetzt.**<br><br>**c) Absatz 5 wird gestrichen.**<br><br>**d) Die bisherigen Absätze 6 und 7 werden Absätze 5 und 6.**<br><br>**e) In dem neuen Absatz 5 Satz 1 wird die Angabe „bis 5“ durch die Angabe „und 4“ ersetzt.**<br><br>**f) In dem neuen Absatz 6 werden nach dem Wort „Mittel“ die Worte „sowie der Inanspruchnahme von Gewährspersonen“ eingefügt.** |
| 10. § 22 wird wie folgt geändert: | 10. § 22 wird wie folgt geändert: |
| a) Absatz 1 wird wie folgt geändert: | a) Absatz 1 wird wie folgt geändert: |
| aa) In Satz 1 wird nach den Worten „seiner Beendigung den“ das Wort „erheblich“ eingefügt. | aa) ***wird gestrichen*** |
| bb) In Satz 3 werden die Worte „betroffenen Personen“ durch die Worte „erheblich betroffenen Personen“ ersetzt und nach der Angabe „20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1“ die Angabe „und zu Kontostammdaten nach § 20 Abs. 4“eingefügt. | bb) In Satz 3 **Halbsatz 2** werden **_____ das Wort „einfachen“ gestrichen und** nach der Angabe „20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1“ die Angabe „und zu Kontostammdaten nach § 20 Abs. 4“eingefügt. |
| cc) In Satz 4 wird die Angabe „§ 30“ durch die Angabe „§ 29“ ersetzt. | cc) *unverändert*<br><br>**dd) Satz 5 erhält folgende Fassung:**<br><br>**„[5]Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, wenn**<br><br>**1. für die Mitteilung in unverhältnismäßiger Weise weitere personenbezogene Daten der betroffenen Person erhoben werden müssten oder**<br><br>**2. die Person nur unerheblich betroffen und anzunehmen ist, dass sie kein Interesse an einer Mitteilung hat.“** |
| b) Absatz 2 wird wie folgt geändert: | b) Absatz 2 wird wie folgt geändert: |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Beratungsstand des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| aa) In Satz 1 Nr. 4 werden nach dem Wort „Mittels“ die Worte „oder des besonderen Auskunftsverlangens“ eingefügt. | aa) *unverändert* |
| | **aa/1) Satz 3 erhält folgende Fassung:** |
| | **„[3]Stimmt die G 10-Kommission der Zurückstellung zu, so hat sie diese zu befristen; der Fristbestimmung kann der Zeitraum zugrunde gelegt werden, in dem die Voraussetzungen der Zurückstellung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht entfallen werden.“** |
| | **aa/2) In Satz 7 werden nach dem Wort „nach“ die Worte „der Beendigung des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels oder“ eingefügt.** |
| bb) Es wird der folgende Satz 8 angefügt: | bb) ***wird gestrichen*** |
| „[8]Sind mehrere nachrichtendienstliche Mittel und besondere Auskunftsverlangen in demselben Sachzusammenhang durchgeführt worden, ist die Beendigung der letzten Maßnahme für die Berechnung der Fristen maßgeblich.“ | |
| c) Dem Absatz 3 werden die folgenden Sätze 3 und 4 angefügt: | c) ***wird gestrichen*** |
| „[3]Einer Mitteilung bedarf es abweichend von Satz 1 endgültig auch dann nicht, wenn zehn Jahre nach Beendigung des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels oder nach der Erteilung der Auskunft die in Absatz 2 bestimmten Fristen noch nicht begonnen haben und die Voraussetzungen für eine Löschung der personenbezogenen Daten vorliegen. [4]Dies bedarf ebenfalls der Zustimmung der G 10-Kommission; in den Fällen des Satzes 2 der Zustimmung der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz.“ | |
| 11. § 23 Abs. 5 Satz 3 erhält folgende Fassung: | 11. ***wird gestrichen*** |
| „[3]Ein Ersuchen um die Übermittlung personenbezogener Daten, die aufgrund einer Wohnraumüberwachung nach § 100 c StPO oder nach § 35 NPOG erlangt worden sind, ist nur unter den in § 25 Abs. 2 Satz 3 genannten Voraussetzungen zulässig.“ | |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Beratungsstand des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| 12. In § 24 Abs. 1 werden die Worte „, insbesondere Grundbücher, Personenstandsbücher, Melderegister, Personalausweisregister, Passregister, Führerscheinkartei, Waffenscheinkartei," gestrichen. | 12. *unverändert* |
| 13. § 25 Abs. 2 Satz 3 erhält folgende Fassung:<br><br>„[3]Die Übermittlung personenbezogener Daten, die aufgrund einer Wohnraumüberwachung nach § 100 c StPO oder nach § 35 a NPOG erlangt worden sind, ist nur unter den Voraussetzungen des Satzes 2 und nur bei einer im Hinblick auf das Ausmaß des zu erwartenden Schadens und die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts erhöhten Gefahr für eines der in § 30 Abs. 1 Satz 2 genannten besonders gewichtigen Rechtsgüter zulässig." | 13. ***wird gestrichen*** |
| 14. § 28 wird wie folgt geändert: | 14. § 28 wird wie folgt geändert: |
| a) In Absatz 2 Satz 3 wird die Angabe „§ 30" durch die Angabe „§ 29" ersetzt. | a) ____ Absatz 2 Satz 3 **erhält folgende Fassung:**<br><br>**„[3]Ein schutzwürdiges Interesse liegt insbesondere dann vor, wenn die betroffene Person einen Antrag auf Auskunft nach** § 29 **gestellt oder innerhalb des vergangenen Jahres eine Mitteilung nach § 6 Abs. 4 oder § 22 Abs. 1 erhalten hat."**. |
| b) In Absatz 4 Satz 2 wird die Angabe „9" durch die Angabe „10" ersetzt. | b) In Absatz 4 Satz 2 wird die Angabe „9" durch die Angabe „10" ersetzt **und das Wort „besonderen" wird gestrichen**.<br><br>**b/1) Absatz 6 Satz 3 erhält folgende Fassung:**<br><br>**„[3]Sie sind nach Beendigung der gemäß § 33 a Abs. 1 Satz 2 durchzuführenden Kontrolle der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz zu löschen."** |
| c) In Absatz 7 wird die Angabe „9" durch die Angabe „10" ersetzt. | c) In Absatz 7 wird die Angabe „9" durch die Angabe „10" ersetzt **und das Wort „besonderen" wird gestrichen**. |
| 15. Im Vierten Kapitel wird der bisherige § 30 als neuer § 29 eingefügt. | 15. **Das** Vierte Kapitel wird **wie folgt geändert:**<br><br>Der bisherige § 30 **wird** § 29 ____. |
| 16. Das Fünfte Kapitel wird wie folgt geändert: | 16. **Im** Fünften Kapitel **werden die bisherigen §§ 31 und 32 durch die folgenden neuen §§ 30 bis 32 h ersetzt**: |
| a) Es wird der folgende neue § 30 eingefügt: | _____ |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Beratungsstand des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| „§ 30<br>Grundsätze für die Übermittlung personenbezogener Daten | **„§ 30**<br>**Übermittlung an inländische öffentliche Stellen** |
| *(hier nicht abgedruckt)* | **(1) Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten an inländische öffentliche Stellen übermitteln, wenn dies zur Erfüllung von Aufgaben der empfangenden Stelle erforderlich ist.**<br><br>**(2) [1]Absatz 1 gilt nicht für die Übermittlung von personenbezogenen Daten, die die Verfassungsschutzbehörde durch den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel oder durch besondere Auskunftsverlangen, die der Mitteilungspflicht nach § 22 Abs. 1 Satz 3 unterliegen, erhoben hat. [2]Die Übermittlung dieser Daten an inländische öffentliche Stellen ist nur unter den Voraussetzungen der §§ 31 bis 32 a zulässig.** |
| b) § 31 erhält folgende Fassung: | _____ |
| „§ 31<br>Übermittlung personenbezogener Daten an Staatsanwaltschaften, Polizeibehörden und Behörden zur Umsetzung operativer Befugnisse | **§ 31**<br>**Übermittlung zur Strafverfolgung** |
| *(hier nicht abgedruckt)* | **(1) Die Verfassungsschutzbehörde übermittelt die in § 30 Abs. 2 genannten personenbezogenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden des Landes, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht einer besonders schweren Straftat begründen und soweit die Daten zur Verfolgung dieser Straftat erforderlich sind.**<br><br>**(2) Besonders schwere Straftaten gemäß Absatz 1 sind**<br><br>**1. Straftaten, die im Höchstmaß mit einer Freiheitsstrafe von mehr als fünf Jahren bedroht sind, und**<br><br>**2. Straftaten gemäß den §§ [87, 88, 89,] 95, 100 a, 106 und 109 e StGB.**<br><br>*<u>Anmerkung:</u>*<br>*Über die Aufnahme der §§ 87, 88 und 89 StGB in Absatz 2 Nr. 2 (eckige Klammern) hat der Ausschuss noch nicht entschieden (vgl. dazu Vorlage 14, S. 4 ff.).* |
| c) § 32 erhält folgende Fassung: | _____ |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Beratungsstand des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| „§ 32<br>Übermittlung an sonstige Behörden und Stellen | **§ 32**<br>**Übermittlung zur Gefahrenabwehr** |
| *(hier nicht abgedruckt)* | **(1) [1]Die Verfassungsschutzbehörde darf die in § 30 Abs. 2 genannten personenbezogenen Daten an inländische öffentliche Stellen übermitteln, soweit dies im Einzelfall zur Abwehr einer zumindest konkretisierten Gefahr für ein besonders gewichtiges Rechtsgut erforderlich ist. [2]Abweichend von Satz 1 ist die Verfassungsschutzbehörde im Fall einer unmittelbar bevorstehenden Gefahr oder einer im Einzelfall bestehenden Gefahr, die von einer Bestrebung oder Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 ausgeht, zur Übermittlung an die Polizeibehörden des Landes verpflichtet.**<br><br>**(2) Eine konkretisierte Gefahr nach Absatz 1 Satz 1 liegt vor, wenn sich der zum Schaden führende Kausalverlauf zwar noch nicht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit vorhersehen lässt, aber bereits bestimmte Tatsachen im Einzelfall auf die Entstehung einer konkreten Gefahr für ein besonders gewichtiges Rechtsgut hinweisen.**<br><br>**(3) Besonders gewichtige Rechtsgüter nach Absatz 1 Satz 1 sind**<br><br>**1. die freiheitliche demokratische Grundordnung, einschließlich des Gedankens der Völkerverständigung und des friedlichen Zusammenlebens der Völker,**<br><br>**2. der Bestand und die Sicherheit des Bundes, der Länder sowie überstaatlicher und internationaler Organisationen, denen die Bundesrepublik Deutschland angehört,**<br><br>**3. sonstige Güter der Allgemeinheit, deren Bedrohung die Grundlagen der Existenz des Menschen berührt, Sachen von bedeutendem Wert und bedeutende Vermögenswerte, deren Erhaltung im besonderen öffentlichen Interesse geboten ist,**<br><br>**4. das Leben sowie bei einer erheblichen Gefährdung im Einzelfall die körperliche Integrität und Freiheit einer Person.**<br><br>**§ 32 a**<br>**Übermittlung zum vorbeugenden Rechtsgüterschutz** |

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

*Beratungsstand des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes*

**Die Verfassungsschutzbehörde darf die in § 30 Abs. 2 genannten personenbezogenen Daten übermitteln**

**1. an Verbotsbehörden im Sinne des § 3 Abs. 2 des Vereinsgesetzes zur Durchführung von Verbotsverfahren nach § 3 Abs. 1 Satz 1 des Vereinsgesetzes,**

**2. an den Bundestag, die Bundesregierung oder eine Landesregierung zur Vorbereitung eines Antrags auf Entscheidung gemäß Artikel 18 Satz 2 des Grundgesetzes,**

**3. an den Bundestag, den Bundesrat, die Bundesregierung oder eine Landesregierung zur Vorbereitung eines Antrags nach Artikel 21 Abs. 2 und 3 des Grundgesetzes und**

**4. an inländische öffentliche Stellen, insbesondere zur Durchführung von Verwaltungsverfahren,**

**a) auf deren Ersuchen, wenn dieses Ersuchen auf einer gesetzlichen Regelung beruht, oder**

**b) wenn die Verfassungsschutzbehörde zur Übermittlung gesetzlich verpflichtet oder berechtigt ist,**

**soweit dies im Einzelfall aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte zum Schutz der in § 32 Abs. 3 genannten Rechtsgüter erforderlich ist.**

**§ 32 b**
**Übermittlung an inländische nichtöffentliche Stellen**

**[1]Die Übermittlung personenbezogener Daten an inländische nichtöffentliche Stellen ist unzulässig, es sei denn, dass dies im Einzelfall zur Abwehr einer zumindest konkretisierten Gefahr für eines der in § 32 Abs. 3 genannten Rechtgüter erforderlich ist. [2]Die Übermittlung bedarf der Zustimmung der Leiterin oder des Leiters der Verfassungsschutzabteilung, im Vertretungsfall der Vertreterin oder des Vertreters. [3]Für Handlungen zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr ist die Zustimmung nach Satz 2 entbehrlich. [4]Die empfangende Stelle hat die Verfassungsschutzbehörde über Handlungen nach Satz 3 und deren Anlass unverzüglich nachträglich zu unterrichten. [5]Die Verfassungsschutzbe-**

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

*Beratungsstand des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes*

**hörde hat der betroffenen Person eine Übermittlung nach Satz 1 mitzuteilen, sobald eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung nach § 3 Abs. 1 durch die Mitteilung nicht mehr zu besorgen ist.**

**§ 32 c**
**Übermittlung für Angebote zum Ausstieg**

**[1]Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten an Polizeibehörden des Landes, sonstige inländische öffentliche Stellen und in der Präventionsarbeit bewährte nichtöffentliche Stellen übermitteln, soweit die empfangende Stelle die Daten für Angebote zum Ausstieg aus Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 benötigt. [2]Satz 1 gilt nicht für personenbezogene Daten, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln oder besonderen Auskunftsverlangen erhoben wurden, welche der Mitteilungspflicht nach § 22 Abs. 1 Sätze 1 bis 3 unterliegen.**

**§ 32 d**
**Übermittlung an ausländische sowie über- und zwischenstaatliche Stellen**

**(1) [1]Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz an ausländische öffentliche Stellen sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen übermitteln, soweit die Übermittlung in einem Gesetz, einem Rechtsakt der Europäischen Gemeinschaften oder einer internationalen Vereinbarung geregelt und die Übermittlung zur Aufgabenerfüllung der empfangenden Stelle erforderlich ist. [2]Die Übermittlung der in § 30 Abs. 2 genannten personenbezogenen Daten ist nur zulässig**

**1. zur Strafverfolgung in entsprechender Anwendung von § 31,**

**2. zur Gefahrenabwehr in entsprechender Anwendung von § 32 und**

**3. zum vorbeugenden Rechtsgüterschutz in entsprechender Anwendung von § 32 a.**

**(2) [1]Die Übermittlung ist unzulässig, wenn**

**1. auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland entgegenstehen oder**

**2. ein datenschutzrechtlich angemessener und die elementaren Menschenrechte wah-**

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

*Beratungsstand des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes*

**render Umgang mit den Daten bei der empfangenden Stelle nicht hinreichend gesichert ist.**

**[2]Bei der Prüfung, ob eine Übermittlung gemäß Satz 1 Nr. 2 unzulässig ist, hat die Verfassungsschutzbehörde insbesondere den bisherigen Umgang der empfangenden Stelle mit übermittelten Daten zu berücksichtigen.**

**(3) Übermittlungen nach Absatz 1 sind der oder dem Landesbeauftragten für den Datenschutz mitzuteilen.**

**§ 32 e**
**Übermittlung im Interesse der betroffenen Person**

**Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten übermitteln, wenn offensichtlich ist, dass die Übermittlung im Interesse der betroffenen Person liegt, deren Einwilligung nicht oder nicht rechtzeitig eingeholt werden kann und kein Grund zu der Annahme besteht, dass sie in Kenntnis der Übermittlung die Einwilligung verweigern würde.**

**§ 32 f**
**Allgemeine Übermittlungsverbote**

**(1) Die Verfassungsschutzbehörde darf nur solche personenbezogenen Daten übermitteln, die ihr bereits bekannt sind oder von ihr aus allgemein zugänglichen Quellen entnommen werden können.**

**(2) Die Übermittlung ist unzulässig, wenn dadurch Informationsquellen oder die Arbeitsweise der Verfassungsschutzbehörde gefährdet würden und diese Sicherheitsinteressen das Interesse der empfangenden Stelle an der Datenübermittlung überwiegen.**

**§ 32 g**
**Allgemeine Verfahrensvorschriften für die Übermittlung**

**(1) [1]Jede Übermittlung der in § 30 Abs. 2 genannten personenbezogenen Daten ist zu dokumentieren. [2]Bei der Dokumentation ist die zugrunde gelegte Rechtsvorschrift und der Zeitpunkt der Übermittlung anzugeben. [3]Die in der Dokumentation enthaltenen personenbezogenen Daten dürfen ausschließlich zur Datenschutzkontrolle verwendet werden. [4]Sie dürfen**

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

*Beratungsstand des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes*

**nicht gelöscht werden, solange sie für diese Kontrolle erforderlich sind.**

**(2) Sind mit personenbezogenen Daten weitere personenbezogene Daten der betroffenen Person oder von Dritten so verbunden, dass eine Trennung nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich ist, so dürfen auch diese übermittelt werden, soweit nicht berechtigte Interessen der betroffenen oder einer anderen Person offensichtlich überwiegen; die Verarbeitung dieser Daten ist nach Maßgabe des § 28 Abs. 3 einzuschränken.**

**(3) [1]Sind die personenbezogenen Daten nach § 26 Abs. 2 oder Abs. 3 Satz 4 gekennzeichnet, so hat die Verfassungsschutzbehörde die Kennzeichnung bei der Übermittlung aufrechtzuerhalten. [2]Die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, im Vertretungsfall die Vertreterin oder der Vertreter, kann mit Zustimmung der G 10-Kommission anordnen, dass bei der Übermittlung auf die Aufrechterhaltung der Kennzeichnung verzichtet wird, wenn dies unerlässlich ist, um die Geheimhaltung der Art und Weise der Datenerhebung nicht zu gefährden. [3]Bei Gefahr im Verzug kann die Anordnung bereits vor der Zustimmung getroffen werden. [4]In diesem Fall ist die Zustimmung unverzüglich nachträglich einzuholen. [5]Stimmt die G 10-Kommission nicht nachträglich zu, so ist die Kennzeichnung unverzüglich durch die empfangende Stelle nachzuholen; darauf ist sie von der Verfassungsschutzbehörde hinzuweisen. [6]Die Sätze 1 bis 5 gelten nicht für die Übermittlungen gemäß § 32 a Nr. 4.**

**(4) Über die Übermittlung von personenbezogenen Daten, die unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 10 bis 12 oder mit besonderen Auskunftsverlangen nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2 und 3 oder Abs. 3 Satz 1 erhoben wurden, entscheidet in den Fällen der §§ 31 bis 32 a sowie § 32 d eine besonders bestellte Beschäftigte oder ein besonders bestellter Beschäftigter, die oder der mit der Auswertung nicht befasst war und die Befähigung zum Richteramt hat.**

**(5) Erweisen sich personenbezogene Daten nach ihrer Übermittlung als unvollständig oder unrichtig, so sind sie gegenüber der empfangenden Stelle unverzüglich zu ergänzen oder zu berichtigen, es sei denn, dass der Mangel für die**

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Beratungsstand des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| | **Beurteilung des Sachverhalts offensichtlich ohne Bedeutung ist.** |
| | **§ 32 h**<br>**Pflichten der empfangenden Stelle** |
| | **(1) [1]Die empfangende Stelle darf die personenbezogenen Daten nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie übermittelt worden sind. [2]Nichtöffentliche Stellen sind auf die Zweckbindung nach Satz 1 und darauf hinzuweisen, dass sich die Verfassungsschutzbehörde vorbehält, Auskunft über die Verarbeitung der übermittelten Daten zu verlangen. [3]Sind die übermittelten Daten nach § 32 g Abs. 3 gekennzeichnet, so hat die empfangende Stelle die Kennzeichnung aufrecht zu erhalten.** |
| | **(2) [1]Die Daten sind zu löschen, wenn sie für den Übermittlungszweck nicht oder nicht mehr erforderlich sind. [2]Wurden personenbezogene Daten übermittelt, die unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 10 bis 12 oder mit besonderen Auskunftsverlangen nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2 und 3 oder Abs. 3 Satz 1 erhoben wurden, so prüft die empfangende Stelle unverzüglich und danach in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die übermittelten Daten für den Zweck erforderlich sind, zu dem sie übermittelt wurden. [3]Soweit dies nicht der Fall ist, sind sie unverzüglich unter Aufsicht einer oder eines besonders bestellten Beschäftigten, die oder der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. [4]Die Löschung ist zu dokumentieren. [5]Die Verfassungsschutzbehörde ist unverzüglich über die Löschung zu unterrichten.“** |
| d) In § 33 Abs. 2 Satz 2 wird die Angabe „§ 30“ durch die Angabe „§ 29“ ersetzt. | **16/1.***unverändert* |
| 17. In § 36 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 2 wird nach der Angabe „20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1“ die Angabe „und zu Kontostammdaten nach § 20 Abs. 4“ eingefügt. | 17. ____ § 36 **wird wie folgt geändert:** |
| | **a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:** |
| | **aa) Nummer 3 erhält folgende Fassung:** |
| | **„3. das Vorliegen der Voraussetzungen eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts von erheblicher Bedeutung (§ 6 Abs. 6, § 7 Abs. 2 Satz 5),“** |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Beratungsstand des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| | *<u>Anmerkung:</u>*<br>*Wenn der Ausschuss empfiehlt, § 6 Abs. 6 Satz 3 aufzunehmen (siehe oben), sollte hier Nummer 3 wie folgt gefasst werden:*<br><br>*„3. die Bestimmung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts von erheblicher Bedeutung sowie die Verlängerung der Bestimmung (§ 6 Abs. 6 Satz 3, § 7 Abs. 2 Satz 5),“*<br><br>**bb) In Nummer 4 wird im Klammerzusatz die Angabe „Abs. 7“ durch die Angabe „Abs. 6“ ersetzt.**<br><br>**b)** In **Absatz 3** Satz 2 Halbsatz 2 **werden das Wort „einfachen“ gestrichen und** nach der Angabe „20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1“ die Angabe „und zu Kontostammdaten nach § 20 Abs. 4“ eingefügt. |
| 18. § 42 erhält folgende Fassung: | 18. § 42 erhält folgende Fassung: |
| „[1]§ 22 Abs. 2 Satz 8 gilt für alle nach Inkrafttreten dieses Gesetzes beendeten Einsätze. [2]Für Einsätze, die bereits vor Inkrafttreten dieses Gesetzes beendet wurden, gilt § 22 Abs. 2 in der vorherigen Fassung.“ | **„§ 42**<br>**Übergangsvorschrift**<br><br>**_____ Für Vertrauenspersonen, die am *[Tag vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes]* bereits in Anspruch genommen werden, finden § 16 Abs. 2 und § 21 Abs. 1 bis 3 erst ab dem Zeitpunkt einer Verlängerung der Inanspruchnahme Anwendung.**“ |
| Artikel 2<br>Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes | Artikel 2<br>Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes |
| § 4 Abs. 5 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes vom 27. Januar 2004 (Nds. GVBl. S. 35), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 7. Juli 2021 (Nds. GVBl. S. 483), erhält folgende Fassung: | § 4 ____ des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes vom 27. Januar 2004 (Nds. GVBl. S. 35), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 7. Juli 2021 (Nds. GVBl. S. 483), **wird wie folgt geändert**:<br><br>**1. Absatz 1 wird wie folgt geändert:**<br><br>**a) Es werden die folgenden neuen Sätze 3 und 4 eingefügt:**<br><br>„[3]**In dem schriftlichen Antrag auf Zustimmung sind der G 10-Kommission alle beurteilungsrelevanten Tatsachen mitzuteilen; insbesondere sind anzugeben:** |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Beratungsstand des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| | **1. die Person, gegen die sich die Beschränkungsmaßnahme richtet, soweit möglich, mit Name und Anschrift,** |
| | **2. Art, Umfang und Dauer der Beschränkungsmaßnahme,** |
| | **3. bei einer Überwachung der Telekommunikation die Rufnummer oder eine andere Kennung des Telekommunikationsanschlusses oder die Kennung des Endgerätes, wenn diese allein diesem Endgerät zugeordnet ist,** |
| | **4. im Fall des § 11 Abs. 1a des Artikel 10-Gesetzes eine möglichst genaue Bezeichnung des informationstechnischen Systems, in das zur Datenerhebung eingegriffen werden soll,** |
| | **5. die zeitgleich gegen die in Nummer 1 genannte Person von der Verfassungsschutzbehörde eingesetzten weiteren nachrichtendienstlichen Mittel und besonderen Auskunftsverlangen,** |
| | **6. der Sachverhalt sowie** |
| | **7. eine Begründung.** |
| | **[4]Die G 10-Kommission hat die Zustimmung und ihre wesentlichen Gründe schriftlich festzuhalten.“** |
| | **b) Die bisherigen Sätze 3 bis 5 werden Sätze 5 bis 7.** |
| | **2. Absatz 5 erhält folgende Fassung:** |
| „(5) [1]Das Fachministerium unterrichtet die Kommission innerhalb von drei Monaten nach Einstellung der Beschränkungsmaßnahme über die Mitteilung an Betroffene oder über die Gründe, die einer Mitteilung entgegenstehen (§ 12 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes). [2]Hält die Kommission eine Mitteilung für geboten, so ist diese unverzüglich von der Verfassungsschutzbehörde vorzunehmen. [3]§ 12 des Artikel 10-Gesetzes bleibt unberührt.“ | „(5) [1]Das Fachministerium unterrichtet die Kommission innerhalb von drei Monaten nach Einstellung der Beschränkungsmaßnahme über die Mitteilung an Betroffene oder über die Gründe, die einer Mitteilung entgegenstehen (§ 12 Abs. 1 **Satz 2** des Artikel 10-Gesetzes). [2]Hält die Kommission eine Mitteilung für geboten, so ist diese unverzüglich von der Verfassungsschutzbehörde vorzunehmen. [3]_____“ |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Beratungsstand des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| | **Artikel 2/1**<br>**Einschränkung der Versammlungsfreiheit**<br><br>**Aufgrund dieses Gesetzes kann das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit (Artikel 8 Abs. 1 GG) eingeschränkt werden.** |
| Artikel 3<br>Neubekanntmachung | Artikel 3<br>Neubekanntmachung |
| Das Ministerium für Inneres und Sport wird ermächtigt, das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz in der nunmehr geltenden Fassung mit neuem Datum bekannt zu machen und dabei Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen. | *unverändert* |
| Artikel 4<br>Inkrafttreten | Artikel 4<br>Inkrafttreten |
| Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft. | *unverändert* |

Niedersächsischer Landtag
Gesetzgebungs- und Beratungsdienst

Hannover, den 05.12.2025
81/84/1099-84

# V o r l a g e 16

zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930

Der federführende Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes hat die Beratung des o. g. Gesetzentwurfs vorbehaltlich des Ergebnisses der Mitberatung mit dem aus dieser Vorlage ersichtlichen Ergebnis abgeschlossen und bittet um Durchführung der Mitberatung.

Im Auftrag
Dr. Miller

Per E-Mail zu verteilen an:

Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes
Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen
Präsidentin des Landtages
Fraktionen
Staatskanzlei
Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung
Justizministerium
Landesrechnungshof
Landesbeauftragter für den Datenschutz
Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen
Staatsgerichtshof
Kommunale Spitzenverbände

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

**Gesetz**
**zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

Artikel 1
Änderung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes

Das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz in der Fassung vom 2. August 2021 (Nds. GVBl. S. 564) wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Abs. 3 Satz 2 werden nach dem Wort „Information“ ein Komma und das Wort „Prävention“ eingefügt.

2. § 4 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

   a) Satz 3 erhält folgende Fassung:

   „[3]Bestrebungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 oder 4 können auch von Einzelpersonen ausgehen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln.“

   b) Es wird der folgende Satz 4 angefügt:

   „[4]In diesem Fall gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass die Verhaltensweise der Einzelperson darauf gerichtet sein muss, die dort genannten Bestrebungen zu verwirklichen.“

*Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes*

**Gesetz**
**zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen**

Artikel 1
Änderung des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes

Das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz in der Fassung vom 2. August 2021 (Nds. GVBl. S. 564) wird wie folgt geändert:

1. ____ § 3 Abs. 3 Satz 2 **erhält folgende Fassung:**

   **„[2]Sie wirkt solchen Bestrebungen und Tätigkeiten entgegen und beugt ihrem Entstehen vor (**Prävention**), insbesondere durch Angebote zur Information und zum Ausstieg.“**

2. § 4 ____ wird wie folgt geändert:

   **a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:**

   **aa)** *unverändert*

   **bb)** Es wird der folgende Satz 4 angefügt:

   „[4]In diesem Fall gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass die Verhaltensweise der Einzelperson darauf gerichtet sein muss, die **in Absatz 2** genannten **Ziele** zu verwirklichen.“

   **b) Absatz 3 erhält folgende Fassung:**

   **„(3) Die Begriffsbestimmung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gemäß § 4 Abs. 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes (BVerfSchG) findet in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.“**

**2/1. Dem § 6 wird der folgende Absatz 6 angefügt:**

**„(6) [1]Ein Beobachtungsobjekt hat erhebliche Bedeutung, wenn es auf die Anwendung oder Vorbereitung von Gewalt gerichtet oder aus anderen Gründen nach seiner Verhaltens- oder Wirkungsweise geeignet ist, ein in § 3 Abs. 1 genanntes Schutzgut erheblich zu beeinträchtigen.**

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| | **[2]Andere Gründe im Sinne des Satzes 1 liegen in der Regel vor, wenn das Beobachtungsobjekt**<br><br>**1. zum Hass aufstachelt oder zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen auffordert, Straftaten begeht oder auf die Begehung von Straftaten gerichtet ist,**<br><br>**2. seine Existenz, Organisation, Ziele oder Tätigkeit in erheblichem Maß verschleiert oder**<br><br>**3. erheblichen gesellschaftlichen Einfluss besitzt, insbesondere**<br><br>**a) durch Vertretung in Ämtern und Mandaten,**<br><br>**b) durch wirkungsbreite Publikationen oder systematisches Verbreiten von Desinformationen oder Betreiben von Einschüchterung oder**<br><br>**c) aufgrund des Gesamtbilds von Mitglieder- und Unterstützerzahl, Organisationsstruktur, Mobilisierungsgrad, Aktionsfähigkeit und Finanzkraft.**<br><br>**[3]Für die Bestimmung eines Beobachtungsobjekts von erheblicher Bedeutung und dessen Verlängerung gilt Absatz 2 Sätze 1 bis 4 entsprechend.“** |
| 3. In § 7 Abs. 1 Satz 1 wird nach dem Wort „Einzelperson“ die Angabe „nach § 4 Abs. 1“ eingefügt. | 3. ____ § 7 **wird wie folgt geändert:**<br><br>**a)** In **Absatz** 1 Satz 1 wird nach dem Wort „Einzelperson“ die Angabe „nach § 4 Abs. 1“ eingefügt.<br><br>**b) In Absatz 2 Satz 5 wird die Angabe „Abs. 5“ durch die Angabe „Abs. 5 und 6“ ersetzt.**<br><br>**3/1. § 10 wird wie folgt geändert:**<br><br>**a) Die Absätze 1 bis 3 erhalten folgende Fassung:**<br><br>**„(1) [1]Die Inanspruchnahme einer Vertrauensperson (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 Buchst. a) darf nicht angeordnet werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dadurch nicht nur zufällig der Kernbereich privater Lebensgestaltung beeinträchtigt wird. [2]Wenn sich während ei-** |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| | **nes bereits laufenden Einsatzes tatsächliche Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung des Kernbereichs privater Lebensgestaltung ergeben, ist der Einsatz unverzüglich und so lange wie erforderlich zu unterbrechen. [3]Dies gilt nicht, solange die Fortsetzung der Inanspruchnahme zum Schutz von Leib oder Leben einer Vertrauensperson oder zur Sicherung ihres weiteren Einsatzes erforderlich ist. [4]Vertrauenspersonen und die sie führenden Beschäftigten der Verfassungsschutzbehörde dürfen, insbesondere in den Fällen des Satzes 3, den Kernbereich privater Lebensgestaltung beeinträchtigende Daten nicht speichern, verändern, verwenden oder übermitteln; sie haben solche Daten unverzüglich zu löschen. [5]Die Tatsache, dass den Kernbereich privater Lebensgestaltung beeinträchtigende Daten erhoben wurden, die Fortsetzung der Inanspruchnahme nach Satz 3 und die Löschung der Daten nach Satz 4 sind zu dokumentieren. [6]Die Sätze 1 bis 5 gelten entsprechend für den Einsatz einer verdeckten Ermittlerin oder eines verdeckten Ermittlers (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 10).**<br><br>**(2) [1]Eine sonstige Datenerhebung darf nicht angeordnet werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dadurch nicht nur zufällig Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erhoben werden. [2]Wenn sich während der bereits laufenden Datenerhebung tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erhoben werden, ist die Datenerhebung unverzüglich und so lange wie erforderlich zu unterbrechen, soweit dies technisch möglich ist. [3]Bereits erhobene Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung dürfen nicht gespeichert, verändert, verwendet oder übermittelt werden; sie sind unverzüglich zu löschen. [4]Die Tatsache, dass Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung erhoben wurden, und deren Löschung sind zu dokumentieren.**<br><br>**(3) [1]Ergeben sich erst bei der Speicherung, Veränderung oder Verwendung von Daten tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass Daten dem Kernbereich privater Le-** |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| | **bensgestaltung zuzurechnen sind, so dürfen diese Daten nicht mehr gespeichert, verändert, verwendet oder übermittelt werden; sie sind unverzüglich zu löschen. [2]Die Tatsache, dass Daten, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, erhoben wurden, sowie deren Löschung sind zu dokumentieren.“** |
| | **b) Es wird der folgende Absatz 6 angefügt:** |
| | **„(6) [1]Die Löschung von Daten nach dieser Vorschrift erfolgt unter Aufsicht einer oder eines besonders bestellten, mit der Auswertung nicht befassten Beschäftigten, die oder der die Befähigung zum Richteramt hat. [2]Daten, die in einer nach dieser Vorschrift angefertigten Dokumentation enthalten sind, dürfen ausschließlich zur Datenschutzkontrolle verwendet werden. [3]Sie sind nach Beendigung der gemäß § 33 a Abs. 1 Satz 2 durchzuführenden Kontrolle der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz zu löschen, spätestens zwei Jahre nach der Dokumentation.“** |
| 4. § 14 wird wie folgt geändert: | 4. § 14 wird wie folgt geändert: |
| a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert: | a) Absatz 1 **wird wie folgt geändert:** |
| | **aa)** Satz 1 wird wie folgt geändert: |
| aa) Nummer 2 erhält folgende Fassung: | **aaa) Es wird die folgende neue Nummer 2a eingefügt:** |
| „2. verdecktes Mithören<br>a) ohne Inanspruchnahme technischer Mittel,<br>b) und Aufzeichnen des öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen,<br>unter den Voraussetzungen des § 15;“. | _____<br>_____<br>**„2a.** verdecktes Mithören und Aufzeichnen des außerhalb von Wohnungen **von einer bestimmten Person zu einem bestimmten Zeitpunkt an einen nicht bestimmten oder beschränkten Personenkreis gerichteten (**öffentlich gesprochenen**)** Wortes unter Einsatz technischer Mittel unter den Voraussetzungen des § 15;“. |
| bb) Nummer 5 erhält folgende Fassung: | **bbb)** Nummer 5 erhält folgende Fassung: |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| „5. außerhalb von Wohnungen verdeckt angefertigte fotografische Bildaufzeichnungen sowie außerhalb von Wohnungen verdeckt angefertigte Bildaufzeichnungen zum Zwecke der Identifizierung von Personen durch die nachträgliche Erstellung von Einzelbildern unter den Voraussetzungen des § 15;“. | „5. außerhalb von Wohnungen verdeckt angefertigte<br>**a) einzelne** fotografische Bildaufzeichnungen sowie<br>**b) sonstige** Bildaufzeichnungen**, die ausschließlich zur nachträglichen** Identifizierung von Personen **bestimmt sind,**<br>unter den Voraussetzungen des § 15;“. |
| cc) Am Ende der Nummer 6 Buchst. b wird nach dem Komma das Wort „sowie“ eingefügt. | **ccc)** _____ Nummer 6 **wird wie folgt geändert:**<br>**aaaa)** Am Ende **des Buchstaben** b wird nach dem Komma das Wort „sowie“ eingefügt. |
| dd) Am Ende der Nummer 6 Buchst. c wird das Wort „sowie“ gestrichen. | **bbbb)** Am Ende **des Buchstaben** c wird das Wort „sowie“ gestrichen. |
| ee) Nummer 6 Buchst. d wird gestrichen. | **cccc)**____ **Buchstabe** d wird gestrichen. |
| ff) In Nummer 7 wird die Angabe „24“ durch die Angabe „48“ ersetzt. | **ddd)** *unverändert* |
| gg) Die bisherige Nummer 9 wird Nummer 10. | **eee)** *unverändert* |
| hh) Die bisherige Nummer 10 wird Nummer 9 und darin wird die Angabe „19“ durch die Angabe „17“ ersetzt. | **fff)** *unverändert* |
| ii) In Nummer 11 werden nach dem Wort „Ermittlung“ die Worte „des Standortes sowie“ eingefügt. | **ggg)** *unverändert* |
| | **bb) Es wird der folgende neue Satz 3 eingefügt:**<br>**„[3]Die nach Satz 1 Nr. 5 Buchst. b angefertigten Bildaufzeichnungen dürfen ausschließlich zur nachträglichen Auswahl von Einzelbildern gespeichert, verändert und verwendet werden; anschließend sind sie unverzüglich zu löschen.“** |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| | **cc) Der bisherige Satz 3 wird Satz 4.** |
| b) Absatz 1 Satz 4 wird gestrichen. | **dd) Der bisherige** Satz 4 wird gestrichen. |
| c) Es wird der folgende Absatz 3 angefügt: | **b)** Es wird der folgende Absatz 3 angefügt: |
| „(3) [1]Darüber hinaus darf die Verfassungsschutzbehörde Personen, die ihr logistische oder sonstige Hilfe leisten, ohne Vertrauenspersonen, sonstige geheime Informantinnen oder Informanten oder überworbene Agentinnen oder Agenten zu sein (Gewährspersonen), in Anspruch nehmen, soweit dies für den Einsatz eines nachrichtendienstlichen Mittels nach Absatz 1, zum Schutz der Beschäftigten, Einrichtungen und Gegenstände der Verfassungsschutzbehörde sowie zum Schutz der in Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 genannten Personen oder für die Beschaffung, Herstellung und Verwendung von Hilfsmitteln nach Absatz 2 erforderlich ist. [2]Die weiteren Einzelheiten der Inanspruchnahme von Gewährspersonen sind in einer Dienstvorschrift umfassend zu regeln.“ | „(3) [1]_____ Die Verfassungsschutzbehörde **darf** Personen, die ihr logistische oder sonstige Hilfe leisten, ohne Vertrauenspersonen, sonstige geheime Informantinnen oder Informanten oder überworbene Agentinnen oder Agenten zu sein (Gewährspersonen), in Anspruch nehmen, soweit dies **erforderlich ist** für den Einsatz eines nachrichtendienstlichen Mittels nach Absatz 1, zum Schutz der Beschäftigten, Einrichtungen und Gegenstände der Verfassungsschutzbehörde sowie zum Schutz der in Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 genannten Personen oder für die Beschaffung, Herstellung und Verwendung von Hilfsmitteln nach Absatz 2 _____. [2]_____“ |
| 5. § 16 wird wie folgt geändert: | 5. § 16 wird wie folgt geändert: |
| a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert: | a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert: |
| aa) Im einleitenden Satzteil werden die Worte „sowie Gewährspersonen“ gestrichen und nach dem Wort „Informanten“ wird das Komma durch das Wort „sowie“ ersetzt. | aa) *unverändert* |
| bb) Nummer 2 erhält folgende Fassung: | bb) Nummer 2 erhält folgende Fassung: |
| „2. gegen sie im zentralen staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister keine Tatvorwürfe wegen der Begehung eines Straftatbestandes von besonderer Bedeutung im Sinne des Absatzes 6 eingetragen oder sie diesbezüglich freigesprochen sind und sie nicht im Bundeszentralregister mit einer Verurteilung wegen eines solchen Straftatbestandes eingetragen sind,“. | „2. ____ sie **nicht** im zentralen staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister **mit** Tatvorwürfen wegen der Begehung **einer in** Absatz 6 **genannten** Straftat _____ eingetragen **sind, es sei denn, sie wurden** freigesprochen**,** und sie nicht im Bundeszentralregister mit einer Verurteilung wegen einer **in Absatz 6 genannten** Straftat____ eingetragen sind,“. |
| | **a/1) Absatz 2 erhält folgende Fassung:** |
| | **„(2) Die Verfassungsschutzbehörde darf eine Vertrauensperson** |
| | **1. über sechs Monate hinaus,** |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| | **2. gezielt gegen eine bestimmte Person oder**<br><br>**3. gezielt in zu privaten Wohnzwecken genutzten Räumlichkeiten**<br><br>**nur in Anspruch nehmen, um Erkenntnisse über ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt von erheblicher Bedeutung oder über eine Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 zu gewinnen.“** |
| | **a/2) In Absatz 3 Satz 2 werden die Worte „wenn die G 10-Kommission die Zustimmung nach § 21 Abs. 5 Satz 5 erteilt hat“ durch die Worte „wenn die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, im Vertretungsfall die Vertreterin oder der Vertreter, dies angeordnet hat“ ersetzt.** |
| b) Absatz 4 wird wie folgt geändert: | b) Absatz 4 wird wie folgt geändert: |
| aa) In Satz 1 Nr. 1 werden nach der Angabe „§§ 86 a“ ein Komma und die Angabe „89 b und c“ eingefügt. | aa) In Satz 1 Nr. 1 werden nach der Angabe „§§ 86 a“ ein Komma und die Angabe „89 b**, 89** c“ eingefügt. |
| bb) In Satz 3 wird nach dem Wort „unumgänglich“ die Angabe „und für die Aufklärung der Bestrebung oder der Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 unerlässlich“ eingefügt. | bb) *unverändert* |
| | **cc) Es werden die folgenden Sätze 4 und 5 angefügt:**<br><br>**„[4]Eine in Absatz 1 genannte Person darf eine Wohnung mit dem Einverständnis der oder des Berechtigten betreten. [5]Das Einverständnis darf nicht durch ein über die Verwendung einer Legende hinausgehendes Vortäuschen eines Zutrittsrechts herbeigeführt werden.“** |
| c) Absatz 5 wird wie folgt geändert: | c) **In** Absatz 5 wird **der bisherige** Satz 2 **durch die** folgenden **neuen Sätze 2 und** 3 **ersetzt**: |
| aa) Satz 2 erhält folgende Fassung: | |
| „[2]Die Inanspruchnahme ist auch dann unverzüglich zu beenden, wenn sich tatsächliche Anhaltspunkte ergeben, dass | „[2]Die Inanspruchnahme ist auch dann unverzüglich zu beenden, wenn sich tatsächliche Anhaltspunkte ergeben, dass die Person rechtswidrig einen **in Absatz 6 genannten** Straftatbestand _____ verwirklicht hat. |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| die Person rechtswidrig einen Straftatbestand von besonderer Bedeutung (Absatz 6) verwirklicht hat.“ | [3]In diesem Fall sind die Strafverfolgungsbehörden zu unterrichten, wenn nicht der Schutz von Leib und Leben der in Anspruch genommenen Person ein Unterlassen erfordert.“ |
| bb) Es wird der folgende Satz 3 angefügt:<br><br>„[3]In diesem Fall sind die Strafverfolgungsbehörden zu unterrichten, wenn nicht der Schutz von Leib und Leben der in Anspruch genommenen Person ein Unterlassen erfordert.“ | |
| d) Absatz 6 wird wie folgt geändert: | d) Absatz 6 wird wie folgt geändert: |
| | **1/aa) Im einleitenden Satzteil werden die Worte „Straftaten von besonderer Bedeutung im Sinne dieser Vorschrift“ durch die Worte „Straftatbestände, deren rechtswidrige Verwirklichung eine Inanspruchnahme nach dieser Vorschrift ausschließt,“ ersetzt.** |
| aa) In Nummer 2 werden nach dem Komma die Worte „ausgenommen eine Straftat nach den §§ 129 a oder 129 b Abs. 1 Satz 1 StGB, soweit er auf § 129 a StGB verweist,“ angefügt. | aa) In Nummer 2 werden nach dem Komma die Worte „ausgenommen ____ Straftat**en** nach den §§ 129 a **und** 129 b Abs. 1 Satz 1 StGB, soweit er auf § 129 a StGB verweist, **sowie**“ angefügt. |
| bb) Nummer 3 wird gestrichen. | bb) *unverändert* |
| cc) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 3. | cc) *unverändert* |
| 6. § 17 wird wie folgt geändert: | 6. § 17 **erhält folgende Fassung:** |
| a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:<br><br>„Besondere Voraussetzungen für Observationen, Bildübertragungen und Bildaufzeichnungen sowie das verdeckte Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes“. | _____<br><br>„**§ 17**<br>Besondere Voraussetzungen für Observationen **sowie verdeckte** Bild**-** und **Ton**aufzeichnungen _____ |
| b) In dem Wortlaut wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt und nach der Angabe „Nr. 8“ wird die Angabe „sowie des verdeckten Mithörens und Aufzeichnens des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9“ eingefügt. | **Die Verfassungsschutzbehörde darf die nachrichtendienstlichen Mittel der Observation nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7, der Bildübertragungen und Bildaufzeichnungen nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8** sowie des verdeckten Mithörens und Aufzeichnens des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb von Wohnungen nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 **nur einsetzen, um Erkenntnisse über ein Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt von erheblicher Bedeutung oder über eine Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 zu gewinnen.“** |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| 7. In § 19 Abs. 1 wird die Angabe „10 bis 12“ durch die Angabe „11 und 12“ ersetzt. | 7. *unverändert* |
| 8. § 20 wird wie folgt geändert: | 8. § 20 wird wie folgt geändert: |
| a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert: | a) Absatz 1 Satz 1 **erhält folgende Fassung**: |
| aa) Im einleitenden Satzteil wird die Angabe „Diensteanbieter nach § 2 Satz 1 Nr. 1 des Telemediengesetzes (TMG)“ durch die Angabe „Anbieter von digitalen Diensten nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 des Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetzes (TDDDG)“ ersetzt. | **„[1]Die Verfassungsschutzbehörde kann anordnen, dass diejenigen, die geschäftsmäßig** digitale Dienste **erbringen, daran mitwirken oder den Zugang zur Nutzung daran vermitteln, ihr Auskunft erteilen** |
| bb) In Nummer 1 wird die Angabe „(§ 14 TMG)“ durch die Angabe „(§ 2 Abs. 2 Nr. 2 TDDDG)“ ersetzt. | **1. zu Bestandsdaten** (§ 2 Abs. 2 Nr. 2 **des Telekommunikation-Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetzes -** TDDDG **-**) **mit Ausnahme von Passwörtern oder anderen Daten, mittels derer der Zugriff auf Endgeräte oder auf Speichereinrichtungen, die in diesen Endgeräten oder hiervon räumlich getrennt eingesetzt werden, geschützt wird, oder** |
| cc) In Nummer 2 wird die Angabe „(§ 15 TMG)“ durch die Angabe „(§ 2 Abs. 2 Nr. 3 TDDDG)“ ersetzt. | **2. zu Nutzungsdaten** (§ 2 Abs. 2 Nr. 3 TDDDG) _____.**“** |
| b) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt geändert: | b) Absatz 2 ____ wird wie folgt geändert: |
| aa) Im einleitenden Satzteil wird die Angabe „Diensteanbieter nach § 3 Nr. 6“ durch die Angabe „Anbieter von Telekommunikationsdiensten nach § 3 Nr. 1“ ersetzt. | aa) **Satz 1 erhält folgende Fassung:** |
| | **„[1]Die Verfassungsschutzbehörde kann anordnen, dass diejenigen, die geschäftsmäßig** Telekommunikationsdienste nach § 3 Nr. **61 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) erbringen oder daran mitwirken, ihr Auskunft erteilen** |
| bb) Nummer 1 erhält folgende Fassung: | 1. zu den **von ihnen erhobenen** Bestandsdaten gemäß § 3 Nr. 6 und **den nach** § 172 TKG **erhobenen Daten** _____, |
| „1. zu den Bestandsdaten gemäß § 3 Nr. 6 und § 172 TKG (einfache Bestandsdaten),“. | **2. zu Daten nach Nummer 1, mittels derer der Zugriff auf Endgeräte oder auf Speichereinrichtungen, die in diesen Endgeräten oder hiervon räumlich getrennt eingesetzt werden, geschützt wird oder die anhand einer zu einem** |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| | **bestimmten Zeitpunkt zugewiesenen Internetprotokoll-Adresse bestimmt werden, oder** |
| cc) In Nummer 3 wird die Angabe „§ 96 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 TKG“ durch die Angabe „§ 9 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 TDDDG“ ersetzt. | **3. zu Verkehrsdaten nach** § 9 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 TDDDG **und sonstigen zum Aufbau und zur Aufrechterhaltung der Telekommunikation notwendigen Verkehrsdaten.“** |
| | **bb) In Satz 3 wird die Angabe „Auskunft zu einfachen Bestandsdaten“ durch die Angabe „Auskunft nach Satz 1 Nr. 1“ ersetzt.** |
| | **cc) In Satz 4 wird die Angabe „Auskunft zu besonderen Bestandsdaten und zu Verkehrsdaten“ durch die Angabe „Auskunft nach Satz 1 Nr. 2 oder 3“ ersetzt.** |
| | **b/1) Dem Absatz 3 wird der folgende Satz 4 angefügt:** |
| | **„[4]Zur Erteilung einer Auskunft nach Satz 1 sind Unternehmen verpflichtet, die in Deutschland eine Niederlassung haben oder Leistungen erbringen.“** |
| c) In Absatz 4 wird die Angabe „des Absatzes 3 Satz 2 Halbsatz 1 und Satz 3 das Bundesamt“ durch die Angabe „des Absatzes 2 Satz 2 oder 3 das Bundeszentralamt“ ersetzt. | c) *unverändert* |
| 9. § 21 Abs. 3 wird wie folgt geändert: | 9. § 21 ____ wird wie folgt geändert: |
| | **1/a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:** |
| | **aa) In Satz 2 werden nach dem Wort „gilt“ die Worte „für die Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen in den Fällen des § 16 Abs. 2 sowie“ eingefügt sowie das Wort „besonderen“ und die Angabe „sowie für Ersuchen nach § 20 Abs. 4 Satz 1“ gestrichen.** |
| | **bb) In Satz 3 werden nach der Angabe „Nrn. 4 bis 6“ die Worte „in den nicht von § 16 Abs. 2 erfassten Fällen“ eingefügt.** |
| | **2/a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:** |
| | **aa) Satz 1 Nr. 1 erhält folgende Fassung:** |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| | **„1. ein Jahr in den Fällen des § 16 Abs. 2,“** |
| | **bb) In Satz 2 Halbsatz 1 werden nach dem Wort „Anordnung“ die Worte „unter Berücksichtigung ihrer Gesamtdauer und der in dieser Zeit erlangten Erkenntnisse“ eingefügt.** |
| | **cc) Satz 3 wird gestrichen.** |
| a) Am Ende des Absatzes 3 Satz 2 werden die Worte „und für Ersuchen nach § 20 Abs. 4“ gestrichen. | a) _____ Absatz 3 **wird wie folgt geändert:** |
| | **aa) In** Satz 2 werden **nach dem Wort „gilt“ die Worte „für die Inanspruchnahme von Vertrauenspersonen in den Fällen des § 16 Abs. 2 sowie“ eingefügt sowie das Wort „besonderen“ und** die Worte „und für Ersuchen nach § 20 Abs. 4“ gestrichen. |
| b) Satz 3 erhält folgende Fassung: | **bb) Der bisherige** Satz 3 **wird durch die folgenden neuen Sätze 3 bis 5/1 ersetzt:** |
| „[3]Die Verfassungsschutzbehörde informiert die G 10-Kommission im Rahmen der Einholung der Zustimmung nach Satz 1 oder 2 darüber, wenn sie gegen die betroffene Person bereits zeitgleich weitere nachrichtendienstliche Mittel und besondere Auskunftsverlangen, die der Zustimmung der G 10-Kommission unterliegen, einsetzt.“ | „[3]**In dem schriftlichen Antrag auf Zustimmung sind der G 10-Kommission alle beurteilungsrelevanten Tatsachen mitzuteilen; insbesondere sind anzugeben:** |
| | **1. das Beobachtungs- oder Verdachtsobjekt oder die Person, soweit möglich, mit Name und Anschrift, gegen das oder die sich der Einsatz des nachrichtendienstlichen Mittels richtet oder zu dem oder zu der die Erteilung der Auskunft angeordnet wird,** |
| | **2. die** zeitgleich gegen **eine in Nummer 1 genannte** Person **von der Verfassungsschutzbehörde eingesetzten** weiteren nachrichtendienstlichen Mittel und besonderen Auskunftsverlangen**,** |
| | **3. Art, Umfang und Dauer des Einsatzes oder der Auskunft,** |
| | **4. der Sachverhalt sowie** |
| | **5. eine Begründung**. |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| c) Satz 4 erhält folgende Fassung: | _____ |
| „[4]Die G 10-Kommission prüft im Rahmen der Erteilung der Zustimmung die Zulässigkeit und Notwendigkeit des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels oder des besonderen Auskunftsverlangens; im Fall des Satzes 3 prüft sie zudem, ob sich aus der Summe der eingesetzten nachrichtendienstlichen Mittel und besonderen Auskunftsverlangen ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Grundrechte der betroffenen Person ergibt.“ | [4]Die G 10-Kommission prüft im Rahmen der Erteilung der Zustimmung die Zulässigkeit und Notwendigkeit des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels oder des besonderen Auskunftsverlangens; im Fall des Satzes 3 **Nr. 2** prüft sie zudem, ob sich aus der Summe der eingesetzten nachrichtendienstlichen Mittel und besonderen Auskunftsverlangen ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Grundrechte _____ ergibt. |
| d) Es wird der folgende Satz 5 eingefügt: | _____ |
| „[5]Führt die Überprüfung zu dem Ergebnis, dass ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Grundrechte der oder des Betroffenen vorliegt, hat die Verfassungsschutzbehörde die eingesetzten nachrichtendienstlichen Mittel und besonderen Auskunftsverlangen unverzüglich auf ein verhältnismäßiges Maß zu reduzieren.“ | _____ |
| | **[5/1]Die G 10-Kommission hat die Zustimmung und ihre wesentlichen Gründe schriftlich festzuhalten**.“ |
| e) Der bisherige Satz 4 wird Satz 6. | **cc)** *unverändert* |
| | **b) In Absatz 4 Satz 3 wird die Angabe „Absatz 3 Satz 4“ durch die Angabe „Absatz 3 Satz 6“ ersetzt.** |
| | **c) Absatz 5 wird gestrichen.** |
| | **d) Die bisherigen Absätze 6 und 7 werden Absätze 5 und 6.** |
| | **e) In dem neuen Absatz 5 Satz 1 wird die Angabe „bis 5“ durch die Angabe „und 4“ ersetzt.** |
| | **f) In dem neuen Absatz 6 werden nach dem Wort „Mittel“ die Worte „sowie der Inanspruchnahme von Gewährspersonen“ eingefügt.** |
| 10. § 22 wird wie folgt geändert: | 10. § 22 wird wie folgt geändert: |
| a) Absatz 1 wird wie folgt geändert: | a) Absatz 1 wird wie folgt geändert: |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| aa) In Satz 1 wird nach den Worten „seiner Beendigung den“ das Wort „erheblich“ eingefügt. | aa) ***wird gestrichen*** |
| bb) In Satz 3 werden die Worte „betroffenen Personen“ durch die Worte „erheblich betroffenen Personen“ ersetzt und nach der Angabe „20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1“ die Angabe „und zu Kontostammdaten nach § 20 Abs. 4“eingefügt. | bb) In Satz 3 **Halbsatz 2** werden **_____ das Wort „einfachen“ gestrichen und** nach der Angabe „20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1“ die Angabe „und zu Kontostammdaten nach § 20 Abs. 4“eingefügt. |
| cc) In Satz 4 wird die Angabe „§ 30“ durch die Angabe „§ 29“ ersetzt. | cc) *unverändert* |
| | **dd) Satz 5 erhält folgende Fassung:**<br><br>**„[5]Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, wenn**<br><br>**1. für die Mitteilung in unverhältnismäßiger Weise weitere personenbezogene Daten der betroffenen Person erhoben werden müssten oder**<br><br>**2. die Person nur unerheblich betroffen und anzunehmen ist, dass sie kein Interesse an einer Mitteilung hat.“** |
| b) Absatz 2 wird wie folgt geändert: | b) Absatz 2 wird wie folgt geändert: |
| aa) In Satz 1 Nr. 4 werden nach dem Wort „Mittels“ die Worte „oder des besonderen Auskunftsverlangens“ eingefügt. | aa) *unverändert* |
| | **aa/1) Satz 3 erhält folgende Fassung:**<br><br>**„[3]Stimmt die G 10-Kommission der Zurückstellung zu, so hat sie diese zu befristen; der Fristbestimmung kann der Zeitraum zugrunde gelegt werden, in dem die Voraussetzungen der Zurückstellung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht entfallen werden.“** |
| | **aa/2) In Satz 7 werden nach dem Wort „nach“ die Worte „der Beendigung des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels oder“ eingefügt.** |
| bb) Es wird der folgende Satz 8 angefügt: | bb) ***wird gestrichen*** |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| „[8]Sind mehrere nachrichtendienstliche Mittel und besondere Auskunftsverlangen in demselben Sachzusammenhang durchgeführt worden, ist die Beendigung der letzten Maßnahme für die Berechnung der Fristen maßgeblich.“ | |
| c) Dem Absatz 3 werden die folgenden Sätze 3 und 4 angefügt:<br><br>„[3]Einer Mitteilung bedarf es abweichend von Satz 1 endgültig auch dann nicht, wenn zehn Jahre nach Beendigung des Einsatzes des nachrichtendienstlichen Mittels oder nach der Erteilung der Auskunft die in Absatz 2 bestimmten Fristen noch nicht begonnen haben und die Voraussetzungen für eine Löschung der personenbezogenen Daten vorliegen. [4]Dies bedarf ebenfalls der Zustimmung der G 10-Kommission; in den Fällen des Satzes 2 der Zustimmung der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz.“ | c) ***wird gestrichen*** |
| 11. § 23 Abs. 5 Satz 3 erhält folgende Fassung:<br><br>„[3]Ein Ersuchen um die Übermittlung personenbezogener Daten, die aufgrund einer Wohnraumüberwachung nach § 100 c StPO oder nach § 35 NPOG erlangt worden sind, ist nur unter den in § 25 Abs. 2 Satz 3 genannten Voraussetzungen zulässig.“ | 11. **In** § 23 **Abs. 2 Satz 1 wird die Angabe „des Bundesverfassungsschutzgesetzes (BVerfSchG)“ durch die Angabe „BVerfSchG“ ersetzt.** |
| 12. In § 24 Abs. 1 werden die Worte „, insbesondere Grundbücher, Personenstandsbücher, Melderegister, Personalausweisregister, Passregister, Führerscheinkartei, Waffenscheinkartei,“ gestrichen. | 12. *unverändert* |
| 13. § 25 Abs. 2 Satz 3 erhält folgende Fassung:<br><br>„[3]Die Übermittlung personenbezogener Daten, die aufgrund einer Wohnraumüberwachung nach § 100 c StPO oder nach § 35 a NPOG erlangt worden sind, ist nur unter den Voraussetzungen des Satzes 2 und nur bei einer im Hinblick auf das Ausmaß des zu erwartenden Schadens und die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts erhöhten Gefahr für eines der in § 30 Abs. 1 Satz 2 genannten besonders gewichtigen Rechtsgüter zulässig.“ | 13. ***wird gestrichen*** |
| 14. § 28 wird wie folgt geändert: | 14. § 28 wird wie folgt geändert: |
| a) In Absatz 2 Satz 3 wird die Angabe „§ 30“ durch die Angabe „§ 29“ ersetzt. | a) ____ Absatz 2 Satz 3 **erhält folgende Fassung:** |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| | **„[3]Ein schutzwürdiges Interesse liegt insbesondere dann vor, wenn die betroffene Person einen Antrag auf Auskunft nach** § 29 **gestellt oder innerhalb des vergangenen Jahres eine Mitteilung nach § 6 Abs. 4 oder § 22 Abs. 1 erhalten hat.“**. |
| b) In Absatz 4 Satz 2 wird die Angabe „9“ durch die Angabe „10“ ersetzt. | b) In Absatz 4 Satz 2 wird die Angabe „9“ durch die Angabe „10“ ersetzt **und das Wort „besonderen“ wird gestrichen**. |
| | **b/1) Absatz 6 Satz 3 erhält folgende Fassung:** |
| | **„[3]Sie sind nach Beendigung der gemäß § 33 a Abs. 1 Satz 2 durchzuführenden Kontrolle der oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz zu löschen.“** |
| c) In Absatz 7 wird die Angabe „9“ durch die Angabe „10“ ersetzt. | c) In Absatz 7 wird die Angabe „9“ durch die Angabe „10“ ersetzt **und das Wort „besonderen“ wird gestrichen**. |
| 15. Im Vierten Kapitel wird der bisherige § 30 als neuer § 29 eingefügt. | 15. **Das** Vierte Kapitel wird **wie folgt geändert:**<br><br>Der bisherige § 30 **wird** § 29 ____. |
| 16. Das Fünfte Kapitel wird wie folgt geändert: | 16. **Im** Fünften Kapitel **werden die bisherigen §§ 31 und 32 durch die folgenden neuen §§ 30 bis 32 h ersetzt**: |
| a) Es wird der folgende neue § 30 eingefügt: | _____ |
| „§ 30<br>Grundsätze für die Übermittlung personenbezogener Daten | **„§ 30**<br>**Übermittlung an inländische öffentliche Stellen** |
| *(hier nicht abgedruckt)* | **(1) Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten an inländische öffentliche Stellen übermitteln, wenn dies zur Erfüllung von Aufgaben der empfangenden Stelle erforderlich ist.**<br><br>**(2) [1]Absatz 1 gilt nicht für die Übermittlung von personenbezogenen Daten, die die Verfassungsschutzbehörde durch den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel oder durch besondere Auskunftsverlangen, die der Mitteilungspflicht nach § 22 Abs. 1 Satz 3 unterliegen, erhoben hat. [2]Die Übermittlung dieser Daten an inländische öffentliche Stellen ist nur unter den Voraussetzungen der §§ 31 bis 32 a zulässig.** |
| b) § 31 erhält folgende Fassung: | _____ |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| „§ 31<br>Übermittlung personenbezogener Daten an Staatsanwaltschaften, Polizeibehörden und Behörden zur Umsetzung operativer Befugnisse | **§ 31**<br>**Übermittlung zur Strafverfolgung** |
| *(hier nicht abgedruckt)* | **(1) Die Verfassungsschutzbehörde übermittelt die in § 30 Abs. 2 genannten personenbezogenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden des Landes, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht einer besonders schweren Straftat begründen und soweit die Daten zur Verfolgung dieser Straftat erforderlich sind.**<br><br>**(2) Besonders schwere Straftaten gemäß Absatz 1 sind**<br><br>**1. Straftaten, die im Höchstmaß mit einer Freiheitsstrafe von mehr als fünf Jahren bedroht sind, und**<br><br>**2. Straftaten gemäß den §§ 95, 100 a, 106 und 109 e StGB.** |
| c) § 32 erhält folgende Fassung: | _____ |
| „§ 32<br>Übermittlung an sonstige Behörden und Stellen | **§ 32**<br>**Übermittlung zur Gefahrenabwehr** |
| *(hier nicht abgedruckt)* | **(1) [1]Die Verfassungsschutzbehörde darf die in § 30 Abs. 2 genannten personenbezogenen Daten an inländische öffentliche Stellen übermitteln, soweit dies im Einzelfall zur Abwehr einer zumindest konkretisierten Gefahr für ein besonders gewichtiges Rechtsgut erforderlich ist. [2]Abweichend von Satz 1 ist die Verfassungsschutzbehörde im Fall einer unmittelbar bevorstehenden Gefahr oder einer im Einzelfall bestehenden Gefahr, die von einer Bestrebung oder Tätigkeit nach § 3 Abs. 1 ausgeht, zur Übermittlung an die Polizeibehörden des Landes verpflichtet.**<br><br>**(2) Eine konkretisierte Gefahr nach Absatz 1 Satz 1 liegt vor, wenn sich der zum Schaden führende Kausalverlauf zwar noch nicht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit vorhersehen lässt, aber bereits bestimmte Tatsachen im Einzelfall auf die Entstehung einer konkreten Gefahr für ein besonders gewichtiges Rechtsgut hinweisen.** |

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| | **(3) Besonders gewichtige Rechtsgüter nach Absatz 1 Satz 1 sind**<br><br>**1. die freiheitliche demokratische Grundordnung, einschließlich des Gedankens der Völkerverständigung und des friedlichen Zusammenlebens der Völker,**<br><br>**2. der Bestand und die Sicherheit des Bundes, der Länder sowie überstaatlicher und internationaler Organisationen, denen die Bundesrepublik Deutschland angehört,**<br><br>**3. sonstige Güter der Allgemeinheit, deren Bedrohung die Grundlagen der Existenz des Menschen berührt, Sachen von bedeutendem Wert und bedeutende Vermögenswerte, deren Erhaltung im besonderen öffentlichen Interesse geboten ist,**<br><br>**4. das Leben sowie bei einer erheblichen Gefährdung im Einzelfall die körperliche Integrität und Freiheit einer Person.**<br><br>**§ 32 a**<br>**Übermittlung zum vorbeugenden Rechtsgüterschutz**<br><br>**Die Verfassungsschutzbehörde darf die in § 30 Abs. 2 genannten personenbezogenen Daten übermitteln**<br><br>**1. an Verbotsbehörden im Sinne des § 3 Abs. 2 des Vereinsgesetzes zur Durchführung von Verbotsverfahren nach § 3 Abs. 1 Satz 1 des Vereinsgesetzes,**<br><br>**2. an den Bundestag, die Bundesregierung oder eine Landesregierung zur Vorbereitung eines Antrags auf Entscheidung gemäß Artikel 18 Satz 2 des Grundgesetzes,**<br><br>**3. an den Bundestag, den Bundesrat, die Bundesregierung oder eine Landesregierung zur Vorbereitung eines Antrags nach Artikel 21 Abs. 2 und 3 des Grundgesetzes und**<br><br>**4. an inländische öffentliche Stellen, insbesondere zur Durchführung von Verwaltungsverfahren,**<br><br>**a) auf deren Ersuchen, wenn dieses Ersuchen auf einer gesetzlichen Regelung beruht, oder** |

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

*Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes*

**b) wenn die Verfassungsschutzbehörde zur Übermittlung gesetzlich verpflichtet oder berechtigt ist,**

**soweit dies im Einzelfall aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte zum Schutz der in § 32 Abs. 3 genannten Rechtsgüter erforderlich ist.**

**§ 32 b**
**Übermittlung an inländische nichtöffentliche Stellen**

**[1]Die Übermittlung personenbezogener Daten an inländische nichtöffentliche Stellen ist unzulässig, es sei denn, dass dies im Einzelfall zur Abwehr einer zumindest konkretisierten Gefahr für eines der in § 32 Abs. 3 genannten Rechtsgüter erforderlich ist. [2]Die Übermittlung bedarf der Zustimmung der Leiterin oder des Leiters der Verfassungsschutzabteilung, im Vertretungsfall der Vertreterin oder des Vertreters. [3]Für Handlungen zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr ist die Zustimmung nach Satz 2 entbehrlich. [4]Die empfangende Stelle hat die Verfassungsschutzbehörde über Handlungen nach Satz 3 und deren Anlass unverzüglich nachträglich zu unterrichten. [5]Die Verfassungsschutzbehörde hat der betroffenen Person eine Übermittlung nach Satz 1 mitzuteilen, sobald eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung nach § 3 Abs. 1 durch die Mitteilung nicht mehr zu besorgen ist.**

**§ 32 c**
**Übermittlung für Angebote zum Ausstieg**

**[1]Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten an Polizeibehörden des Landes, sonstige inländische öffentliche Stellen und in der Präventionsarbeit bewährte nichtöffentliche Stellen übermitteln, soweit die empfangende Stelle die Daten für Angebote zum Ausstieg aus Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 benötigt. [2]Satz 1 gilt nicht für personenbezogene Daten, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln oder besonderen Auskunftsverlangen erhoben wurden, welche der Mitteilungspflicht nach § 22 Abs. 1 Sätze 1 bis 3 unterliegen.**

**§ 32 d**
**Übermittlung an ausländische sowie über- und zwischenstaatliche Stellen**

**(1) [1]Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten im Einvernehmen mit**

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| | **dem Bundesamt für Verfassungsschutz an ausländische öffentliche Stellen sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen übermitteln, soweit die Übermittlung in einem Gesetz, einem Rechtsakt der Europäischen Gemeinschaften oder einer internationalen Vereinbarung geregelt und die Übermittlung zur Aufgabenerfüllung der empfangenden Stelle erforderlich ist. [2]Die Übermittlung der in § 30 Abs. 2 genannten personenbezogenen Daten ist nur zulässig**<br><br>**1. zur Strafverfolgung in entsprechender Anwendung von § 31,**<br><br>**2. zur Gefahrenabwehr in entsprechender Anwendung von § 32 und**<br><br>**3. zum vorbeugenden Rechtsgüterschutz in entsprechender Anwendung von § 32 a.**<br><br>**(2) [1]Die Übermittlung ist unzulässig, wenn**<br><br>**1. auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland entgegenstehen oder**<br><br>**2. ein datenschutzrechtlich angemessener und die elementaren Menschenrechte wahrender Umgang mit den Daten bei der empfangenden Stelle nicht hinreichend gesichert ist.**<br><br>**[2]Bei der Prüfung, ob eine Übermittlung gemäß Satz 1 Nr. 2 unzulässig ist, hat die Verfassungsschutzbehörde insbesondere den bisherigen Umgang der empfangenden Stelle mit übermittelten Daten zu berücksichtigen.**<br><br>**(3) Übermittlungen nach Absatz 1 sind der oder dem Landesbeauftragten für den Datenschutz mitzuteilen.**<br><br>**§ 32 e**<br>**Übermittlung im Interesse der betroffenen Person**<br><br>**Die Verfassungsschutzbehörde darf personenbezogene Daten übermitteln, wenn offensichtlich ist, dass die Übermittlung im Interesse der betroffenen Person liegt, deren Einwilligung nicht oder nicht rechtzeitig eingeholt werden kann und kein Grund zu der Annahme besteht, dass sie in Kenntnis der Übermittlung die Einwilligung verweigern würde.** |

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

*Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes*

**§ 32 f**
**Allgemeine Übermittlungsverbote**

**(1) Die Verfassungsschutzbehörde darf nur solche personenbezogenen Daten übermitteln, die ihr bereits bekannt sind oder von ihr aus allgemein zugänglichen Quellen entnommen werden können.**

**(2) Die Übermittlung ist unzulässig, wenn dadurch Informationsquellen oder die Arbeitsweise der Verfassungsschutzbehörde gefährdet würden und diese Sicherheitsinteressen das Interesse der empfangenden Stelle an der Datenübermittlung überwiegen.**

**§ 32 g**
**Allgemeine Verfahrensvorschriften für die Übermittlung**

**(1) [1]Jede Übermittlung der in § 30 Abs. 2 genannten personenbezogenen Daten ist zu dokumentieren. [2]Bei der Dokumentation ist die zugrunde gelegte Rechtsvorschrift und der Zeitpunkt der Übermittlung anzugeben. [3]Die in der Dokumentation enthaltenen personenbezogenen Daten dürfen ausschließlich zur Datenschutzkontrolle verwendet werden. [4]Sie dürfen nicht gelöscht werden, solange sie für diese Kontrolle erforderlich sind.**

**(2) Sind mit personenbezogenen Daten weitere personenbezogene Daten der betroffenen Person oder von Dritten so verbunden, dass eine Trennung nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich ist, so dürfen auch diese übermittelt werden, soweit nicht berechtigte Interessen der betroffenen oder einer anderen Person offensichtlich überwiegen; die Verarbeitung dieser Daten ist nach Maßgabe des § 28 Abs. 3 einzuschränken.**

**(3) [1]Sind die personenbezogenen Daten nach § 26 Abs. 2 oder Abs. 3 Satz 4 gekennzeichnet, so hat die Verfassungsschutzbehörde die Kennzeichnung bei der Übermittlung aufrechtzuerhalten. [2]Die Leiterin oder der Leiter der Verfassungsschutzabteilung, im Vertretungsfall die Vertreterin oder der Vertreter, kann mit Zustimmung der G 10-Kommission anordnen, dass bei der Übermittlung auf die Aufrechterhaltung der Kennzeichnung verzichtet wird, wenn dies unerlässlich ist, um die Geheimhaltung der Art und Weise der Datenerhebung nicht zu gefährden.**

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

*Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes*

**[3]Bei Gefahr im Verzug kann die Anordnung bereits vor der Zustimmung getroffen werden. [4]In diesem Fall ist die Zustimmung unverzüglich nachträglich einzuholen. [5]Stimmt die G 10-Kommission nicht nachträglich zu, so ist die Kennzeichnung unverzüglich durch die empfangende Stelle nachzuholen; darauf ist sie von der Verfassungsschutzbehörde hinzuweisen. [6]Die Sätze 1 bis 5 gelten nicht für die Übermittlungen gemäß § 32 a Nr. 4.**

**(4) Über die Übermittlung von personenbezogenen Daten, die unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 10 bis 12 oder mit besonderen Auskunftsverlangen nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2 und 3 oder Abs. 3 Satz 1 erhoben wurden, entscheidet in den Fällen der §§ 31 bis 32 a sowie § 32 d eine besonders bestellte Beschäftigte oder ein besonders bestellter Beschäftigter, die oder der mit der Auswertung nicht befasst war und die Befähigung zum Richteramt hat.**

**(5) Erweisen sich personenbezogene Daten nach ihrer Übermittlung als unvollständig oder unrichtig, so sind sie gegenüber der empfangenden Stelle unverzüglich zu ergänzen oder zu berichtigen, es sei denn, dass der Mangel für die Beurteilung des Sachverhalts offensichtlich ohne Bedeutung ist.**

**§ 32 h**
**Pflichten der empfangenden Stelle**

**(1) [1]Die empfangende Stelle darf die personenbezogenen Daten nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie übermittelt worden sind. [2]Nichtöffentliche Stellen sind auf die Zweckbindung nach Satz 1 und darauf hinzuweisen, dass sich die Verfassungsschutzbehörde vorbehält, Auskunft über die Verarbeitung der übermittelten Daten zu verlangen. [3]Sind die übermittelten Daten nach § 32 g Abs. 3 gekennzeichnet, so hat die empfangende Stelle die Kennzeichnung aufrecht zu erhalten.**

**(2) [1]Die Daten sind zu löschen, wenn sie für den Übermittlungszweck nicht oder nicht mehr erforderlich sind. [2]Wurden personenbezogene Daten übermittelt, die unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 10 bis 12 oder mit besonderen Auskunftsverlangen nach § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2 und 3 oder Abs. 3 Satz 1 erhoben**

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| | **wurden, so prüft die empfangende Stelle unverzüglich und danach in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die übermittelten Daten für den Zweck erforderlich sind, zu dem sie übermittelt wurden. [3]Soweit dies nicht der Fall ist, sind sie unverzüglich unter Aufsicht einer oder eines besonders bestellten Beschäftigten, die oder der die Befähigung zum Richteramt hat, zu löschen. [4]Die Löschung ist zu dokumentieren. [5]Die Verfassungsschutzbehörde ist unverzüglich über die Löschung zu unterrichten.“** |
| d) In § 33 Abs. 2 Satz 2 wird die Angabe „§ 30“ durch die Angabe „§ 29“ ersetzt. | **16/1.***unverändert* |
| 17. In § 36 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 2 wird nach der Angabe „20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1“ die Angabe „und zu Kontostammdaten nach § 20 Abs. 4“ eingefügt. | 17. ____ § 36 **wird wie folgt geändert:**<br>**a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:**<br>**aa) Nummer 3 erhält folgende Fassung:**<br>**„3. die Bestimmung eines Beobachtungs- oder Verdachtsobjekts von erheblicher Bedeutung sowie die Verlängerung der Bestimmung (§ 6 Abs. 6 Satz 3, § 7 Abs. 2 Satz 5),“.**<br>**bb) In Nummer 4 wird im Klammerzusatz die Angabe „Abs. 7“ durch die Angabe „Abs. 6“ ersetzt.**<br>**b)** In **Absatz 3** Satz 2 Halbsatz 2 **werden das Wort „einfachen“ gestrichen und** nach der Angabe „20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1“ die Angabe „und zu Kontostammdaten nach § 20 Abs. 4“ eingefügt. |
| 18. § 42 erhält folgende Fassung: | 18. § 42 erhält folgende Fassung: |
| „[1]§ 22 Abs. 2 Satz 8 gilt für alle nach Inkrafttreten dieses Gesetzes beendeten Einsätze. [2]Für Einsätze, die bereits vor Inkrafttreten dieses Gesetzes beendet wurden, gilt § 22 Abs. 2 in der vorherigen Fassung.“ | **„§ 42**<br>**Übergangsvorschrift**<br>**_____ Für Vertrauenspersonen, die am *[Tag vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes]* bereits in Anspruch genommen werden, finden § 16 Abs. 2 und § 21 Abs. 1 bis 3 erst ab dem Zeitpunkt einer Verlängerung der Inanspruchnahme Anwendung.**“ |

*Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930*

Artikel 2
Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes

§ 4 Abs. 5 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes vom 27. Januar 2004 (Nds. GVBl. S. 35), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 7. Juli 2021 (Nds. GVBl. S. 483), erhält folgende Fassung:

*Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes*

Artikel 2
Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes

§ 4 ____ des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes vom 27. Januar 2004 (Nds. GVBl. S. 35), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 7. Juli 2021 (Nds. GVBl. S. 483), **wird wie folgt geändert**:

**1. Absatz 1 wird wie folgt geändert:**

**a) Es werden die folgenden neuen Sätze 3 und 4 eingefügt:**

„[3]**In dem schriftlichen Antrag auf Zustimmung sind der G 10-Kommission alle beurteilungsrelevanten Tatsachen mitzuteilen; insbesondere sind anzugeben:**

**1. die Person, gegen die sich die Beschränkungsmaßnahme richtet, soweit möglich, mit Name und Anschrift,**

**2. Art, Umfang und Dauer der Beschränkungsmaßnahme,**

**3. bei einer Überwachung der Telekommunikation die Rufnummer oder eine andere Kennung des Telekommunikationsanschlusses oder die Kennung des Endgerätes, wenn diese allein diesem Endgerät zugeordnet ist,**

**4. im Fall des § 11 Abs. 1a des Artikel 10-Gesetzes eine möglichst genaue Bezeichnung des informationstechnischen Systems, in das zur Datenerhebung eingegriffen werden soll,**

**5. die zeitgleich gegen die in Nummer 1 genannte Person von der Verfassungsschutzbehörde eingesetzten weiteren nachrichtendienstlichen Mittel und besonderen Auskunftsverlangen,**

**6. der Sachverhalt sowie**

**7. eine Begründung.**

[4]**Die G 10-Kommission hat die Zustimmung und ihre wesentlichen Gründe schriftlich festzuhalten**.“

| *Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/5930* | *Empfehlungen des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes* |
|---|---|
| | **b) Die bisherigen Sätze 3 bis 5 werden Sätze 5 bis 7.** |
| | **2. Absatz 5 erhält folgende Fassung:** |
| „(5) [1]Das Fachministerium unterrichtet die Kommission innerhalb von drei Monaten nach Einstellung der Beschränkungsmaßnahme über die Mitteilung an Betroffene oder über die Gründe, die einer Mitteilung entgegenstehen (§ 12 Abs. 1 des Artikel 10-Gesetzes). [2]Hält die Kommission eine Mitteilung für geboten, so ist diese unverzüglich von der Verfassungsschutzbehörde vorzunehmen. [3]§ 12 des Artikel 10-Gesetzes bleibt unberührt.“ | „(5) [1]Das Fachministerium unterrichtet die Kommission innerhalb von drei Monaten nach Einstellung der Beschränkungsmaßnahme über die Mitteilung an Betroffene oder über die Gründe, die einer Mitteilung entgegenstehen (§ 12 Abs. 1 **Satz 2** des Artikel 10-Gesetzes). [2]Hält die Kommission eine Mitteilung für geboten, so ist diese unverzüglich von der Verfassungsschutzbehörde vorzunehmen. [3]_____“ |
| | **Artikel 2/1**<br>**Einschränkung der Versammlungsfreiheit** |
| | **Aufgrund dieses Gesetzes kann das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit (Artikel 8 Abs. 1 GG) eingeschränkt werden.** |
| Artikel 3<br>Neubekanntmachung | Artikel 3<br>Neubekanntmachung |
| Das Ministerium für Inneres und Sport wird ermächtigt, das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz in der nunmehr geltenden Fassung mit neuem Datum bekannt zu machen und dabei Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen. | ***wird gestrichen*** |
| Artikel 4<br>Inkrafttreten | Artikel 4<br>Inkrafttreten |
| Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft. | *unverändert* |